Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig - Hybridsitzung

Sitzung: **Dienstag, 17.12.2024, 11:00 Uhr**

Raum, Ort: **Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig**

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung	
2.	24-24844 Ablauf der Beratungen für die Haushaltssatzung 2025/2026	
3.	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.11.2024	
4.	Mitteilungen	
4.1.	Sachstand: Unterstützungsleistungen im Rahmen der Solidaritätspartnerschaft mit der Stadt Bila Zerkwa Mitteilung der Verwaltung	**24-24830**
5.	Anträge	
5.1.	Erhalt des Gliesmaroder Bades Antrag der BIBS-Fraktion	**24-24538**
5.2.	Strafanträge bei Schwarzfahren abschaffen Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS	**24-24649**
5.2.1.	Strafanträge bei Schwarzfahren abschaffen Stellungnahme der Verwaltung	**24-24649-01**
5.3.	Krankenwohnungen für wohnungslose Personen Antrag der SPD-Fraktion	**24-24661**
5.3.1.	Krankenwohnungen für wohnungslose Personen Stellungnahme der Verwaltung	**24-24661-01**
5.4.	Der Querumer Forst als Naturwald - ein Pilotprojekt zum Waldschutz in Braunschweig Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN	**24-24723**
6.	Anpassung des Vertrages zum BS-Mobil-Ticket	**24-24671**
7.	Städtisches Klinikum Braunschweig Medizinstrategie, Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung	**24-24703**
7.1.	Städtisches Klinikum Braunschweig Medizinstrategie, Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung Änderungsantrag zur Vorlage 24-24703 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	**24-24703-01**
8.	Städtisches Klinikum Braunschweig Aufruf zur Sicherstellung der Krankenhausfinanzierung	**24-24713**
9.	24-24845 Haushaltssatzung 2025/2026 der Stadt Braunschweig	
10.	24-24859 Umbesetzung in Ausschüssen - Entsendung von Bürgermitgliedern -	
11.	Berufung von Vertreterinnen bzw. Vertretern der Gruppe der Schülerinnen und Schüler in den Schulausschuss	**24-24588**
12.	Kurzfristige Eigentumsübernahme von Hilfsgütern aus dem Förderpaket Mobilität - Ergänzungslieferung - im Rahmen der	**24-24829**

	Teilnahme der Stadt Braunschweig am Projekt "Kommunale Direkthilfe im Rahmen der deutsch-ukrainischen Solidarpartnerschaften" der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	
13.	Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Braunschweig	**24-24852**
14.	Vorschlag einer Person für das Amt einer ehrenamtlichen Richterin/ eines ehrenamtlichen Richters am Sozialgericht Braunschweig	**24-24853**
15.	Öffentliche Ausschreibung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat	**24-24855**
16.	Bevollmächtigung eines städtischen Vertreters zur Wahrnehmung der Rechte der Stadt Braunschweig in der Generalversammlung der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG	**24-24858**
17.	Bestellung eines städtischen Vertreters im Aufsichtsrat der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG	**24-24857**
18.	Berufung von einem Stellvertretenden Ortsbrandmeister	**24-24635**
19.	Braunschweig Beteiligungen GmbH Schaffung einer "Braunschweig Digital GmbH"	**24-24748**
20.	Haushaltsvollzug 2024 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	**24-24754**
20.1.	Haushaltsvollzug 2024 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	**24-24754-01**
20.2.	Haushaltsvollzug 2024 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	**24-24754-02**
21.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	**24-24719**
22.	Auftragsvergabe des Fachbereichs Tiefbau und Verkehr: Betrieb der öffentlichen Beleuchtung sowie der Lichtsignalanlagen und Verkehrsanlagen, Verkehrsmanagement und Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Braunschweig	**24-24814**
23.	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Wenden-West, 2. BA", WE 63 Stadtgebiet zw. d. Str. Heideblick, d. Stadtbahntrasse u. Veltenhöfer Str. (Geltungsb. A), Stadtgebiet Gem. Wenden Fl. 3, Flurst. 152/3 (Geltungsb. B), Stadtgebiet Gem. Veltenhof Fl. 7, Flurst. 34/3 tlw. (Geltungsb. C), Stadtgebiet Gem. Waggum Fl. 3, Flurst. 47/5 tlw. (Geltungsb. D), Stadtgebiet Gem. Rüningen Fl. 4, Flurst. 90/5 tlw. (Geltungsb. E) Behandlung d. Stellungnahmen, Satzungsbeschluss, Teilaufh. Aufstellung WE 50	**24-23636**
24.	Anpassung der Förderrichtlinien des Förderprogramms für regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen 2025	**24-24746**
25.	Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung)	**24-24575**
26.	Neufassung des Entgelttarifes der Stadt Braunschweig für die Benutzung städtischer Sporteinrichtungen	**24-24000**
26.1.	Neufassung des Entgelttarifes der Stadt Braunschweig für die Benutzung städtischer Sporteinrichtungen Antrag zur Vorlage 24-24000 Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die GRÜNEN	**24-24000-01**

27.	Anfragen	
27.1.	Entwicklung der Arbeitslosigkeit Anfrage der CDU-Fraktion	**24-24871**
27.2.	Standort für den Verein Spokuzzi e. V. Anfrage der Gruppe Die FRAKTION. BS	**24-24868**
27.3.	Erhalt des Gliesmaroder Bades weniger wichtig als Haus der Musik? Anfrage der BIBS-Fraktion	**24-24870**
27.4.	Stärkung der Kinderrechte im Jugendamt Braunschweig, in den Abteilungen "Allgemeiner Sozialer Dienst" und "Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften". Anfrage des Ratsherrn Glogowski	**24-24873**
27.5.	Umsetzung der Cannabis-Freigabe - Vorbereitung auf Kontrollen Anfrage der CDU-Fraktion	**24-24872**
27.6.	Jugendzentrum B58: Mögliche Alternativen zum Neubau Anfrage der BIBS-Fraktion	**24-24869**

Braunschweig, den 6. Dezember 2024

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24844
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Ablauf der Beratungen für die Haushaltssatzung 2025/2026

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	11.12.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	17.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

Für die Beratungen über die Haushaltssatzung 2025/2026 wird das in der Vorlage in den Ziffern 1 und 2 beschriebene Verfahren festgelegt.

Sachverhalt:

1. Die Beschlussfassung des Rates über die Haushaltssatzung 2025/2026 erfolgt in der Sitzung am 17. Dezember 2024. Für den Ablauf der Beratungen wird die folgende Verfahrensregelung der letzten Jahre vorgeschlagen:

1.1 Der Rat berät auf der Grundlage der Beratungsergebnisse des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung entsprechend der Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses in der Sitzung am 17. Dezember 2024 die Haushaltssatzung 2025/2026.

1.2 Zu Beginn der Beratungen unterrichtet Erster Stadtrat Geiger als Berichterstatter den Rat über die haushalts- und finanzwirtschaftliche Situation der Stadt auf der Grundlage der Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung und des Verwaltungsausschusses.

1.3 Die folgende Aussprache soll sich auf die Darstellung politischer Schwerpunkte beschränken. Auf eine Diskussion in der Reihenfolge der Teilhaushalte wird verzichtet.

1.4 Änderungsanträge zum Haushalt sollten in der Haushaltslesung des Rates nur noch dann gestellt werden, wenn sie entsprechende Deckungsvorschläge enthalten.

1.5 Nach Abschluss der Aussprache und einer evtl. kurzen Sitzungspause geben die Fraktionen und Gruppen in der Reihenfolge

AfD-Fraktion,
BIBS-Fraktion,
FDP-Fraktion,
Gruppe Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt und Die PARTEI,
Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN,
CDU-Fraktion und
SPD-Fraktion

ihre Abschlusserklärungen zur Haushaltssatzung 2025/2026 ab.

Anschließend folgt die Schlusserklärung des Vertreters der Verwaltung.

Danach erfolgt die endgültige Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2025/2026, über die finanzunwirksamen Anträge zum Haushalt 2025/2026 sowie über ggf. weitere Punkte der Beschlussvorlage jeweils in der Fassung der Empfehlungen des Verwaltungsausschusses unter Berücksichtigung der während der Haushaltslesung angenommenen Anträge.

2. Die geltenden Festlegungen zur Redezeit ergeben sich aus § 36 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt Braunschweig vom 16. November 2021 in der Fassung vom 14. November 2023.

2.1 Im Rahmen der unter Ziffer 1.3 genannten Aussprache gilt die allgemeine Regelung über die Redezeit gemäß § 36 Abs. 1 der o. g. Geschäftsordnung. Hiernach beträgt die Redezeit für die erste Rednerin/den ersten Redner einer Fraktion/Gruppe sowie für fraktions- und gruppenlose Ratsmitglieder höchstens 5 Minuten. Für jede weitere Rednerin/jeden weiteren Redner einer Fraktion/Gruppe beträgt die Redezeit höchstens 3 Minuten.

Als Gesamtredezeit stehen den Fraktionen und Gruppen

- bis einschließlich 4 Mitgliedern 8 Minuten,
- bis einschließlich 12 Mitgliedern 14 Minuten
- und darüber hinaus 17 Minuten zu.

Die Gesamtredezeit darf nicht überschritten werden. Abweichungen hiervon kann der Ratsvorsitzende gemäß § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung in Ausnahmefällen gestatten.

2.2 Für die Abschlusserklärungen im Rahmen der Haushaltsberatung im Rat stehen den Fraktionen und Gruppen nach § 36 Abs. 3 Satz 1 der o. g. Geschäftsordnung

- bis einschl. 10 Mitgliedern 15 Minuten
- und darüber hinaus 20 Minuten zur Verfügung.

Fraktions- und gruppenlosen Ratsmitgliedern steht danach keine Redezeit zu.

2.3 Nach § 36 Abs. 6 der Geschäftsordnung kann der Rat auf Empfehlung des Ältestenrates im Einzelfall von diesen Regelungen abweichen.

3. Eine Verlängerung der Redezeit für die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen und Gruppen im Rahmen der Aussprache zum Haushalt 2025/2026 von 5 auf 10 Minuten - entsprechend dem Vorgehen der zurückliegenden Haushaltsberatungen - wäre gemäß § 36 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung vom Rat zu Beginn der Ratssitzung zu beschließen.

Geiger

Anlage/n:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24830
Mitteilung
öffentlich

Betreff:
Sachstand: Unterstützungsleistungen im Rahmen der Solidaritäts-partnerschaft mit der Stadt Bila Zerkwa

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat I 0100 Steuerungsdienst	05.12.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	17.12.2024	Ö

Sachverhalt:

Mit Ratsbeschluss vom 22.11.2022 (DS 22-19958) hat der Rat dem Vorschlag zur Bildung einer Solidaritätspartnerschaft zwischen der Stadt Braunschweig und der zentralukrainischen Stadt Bila Zerkwa zugestimmt. Während des Besuchs einer offiziellen Delegation aus Bila Zerkwa konnte am 14.12.2022 die Vereinbarung der beiden Städte unterzeichnet - und somit die Solidaritätspartnerschaft zwischen der Stadt Braunschweig und der Stadt Bila Zerkwa offiziell begründet werden. Die Solidaritätspartnerschaft zwischen Braunschweig und Bila Zerkwa verlängert sich vertragsgemäß automatisch um weitere zwei Jahre.

Angesichts des fortwährenden völkerrechtswidrigen Angriffskrieges der Russischen Föderation auf die Ukraine bestand und besteht auch weiterhin ein großer Unterstützungsbedarf der Menschen in der Ukraine und der Partnerstadt Bila Zerkwa.

Vor diesem Hintergrund hat der Rat im Doppelhaushalt 2023/2024 jährliche Mittel in Höhe von jeweils 100.000 Euro für Hilfsgüterlieferungen bzw. Solidaritätsprojekte im Rahmen der Solidaritätspartnerschaft zur Verfügung gestellt. Diese Mittel konnten von der Verwaltung vollumfänglich für Unterstützungsleistungen eingesetzt werden. Dabei ist es gelungen, über die Nutzung von Förderkulissen, insbesondere von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW) Hilfslieferungen und Projekte im Wert von rund 600.000 Euro zu realisieren. Neben diesem Betrag sind zudem Sachspenden im erheblichen Umfang an die Stadt Bila Zerkwa geliefert worden.

Unabhängig von den konkreten Hilfslieferungen und Projekten wurden zudem vielschichtige Beziehungen in unterschiedlichen Bereichen der Verwaltung und der Zivilgesellschaft angebahnt.

Eine Übersicht der seit Vertragsunterzeichnung erfolgten Hilfslieferungen und umgesetzten Projekte ist in der Anlage beigefügt.

Der Verwaltung ist es ein wichtiges Anliegen, dass sich die Unterstützungsleistungen nicht nur auf kurzzeitige bzw. vorübergehende Maßnahmen beschränken, sondern dass langfristig ausgerichtete freundschaftliche Beziehungen mit der Stadt Bila Zerkwa aufgebaut werden und weiterhin wirksame Unterstützungsleistungen realisiert werden können. Daher sind auch im Entwurf des Doppelhaushalt 2025/2026 wieder jährliche Mittel in Höhe von jeweils 100.000 Euro für Hilfsgüterlieferungen bzw. Solidaritätsprojekte eingeplant.

Dr. Kornblum

Anlage/n:
Übersicht der Hilfsgüterlieferungen und Projekte im Rahmen der Solidaritätspartnerschaft mit Bila Zerkwa

Hilfsgüterlieferungen und Projekte im Rahmen der Solidaritätspartnerschaft mit Bila Zerkwa (Stand: 11/2024)

Unterzeichnung des Solidaritätspartnerschaftsvertrags am **14. Dezember 2022**			
Datum der Lieferung	**Gelieferte Hilfsgüter/ Projekt**	**Wert der Hilfslieferung und Transportkosten/ Projektkosten**	**Kooperationspartner**
Vorhaben in 2023			
Januar 2023	1.200 Schlafsäcke 3.000 Bettensets 15.000 Rettungsdecken 25 Generatoren	Wert der Hilfslieferung (inkl. Transport): **77.399,75 €**	SKEW/ Kleinprojektefonds (Kosten 90% SKEW – 10% Stadt Braunschweig)
März - Mai 2023	259 neue Winterjacken Krankentransportwagen 2 Gelenkbusse Ca. 1000 Stück Hardware (Laptops,PC`s,Monitore) Ca. 400 Stück Hardware (Mini PC`s und Laptops) Generator 5 Beatmungsgeräte Feuerwehrstiefel	Spenden von Unternehmen und Institutionen (Wert der Hilfslieferungen nicht genau bezifferbar – Transportkosten **11.920,00 €**)	Unternehmen und Institutionen, Verein Freie Ukraine e.V.
Juli/August 2023	**Jugendprojekt** mit Jugendlichen aus Bila Zerkwa 27.07. – 10.08.2023	Projektkosten: **24.027,43 €**	Stadt Braunschweig, FB 51 Stadt Bila Zerkwa, Jugendarbeit Verein Freie Ukraine e.V.
November 2023	GIZ Projekt „Kommunale Direkthilfe für Solidaritätspartnerschaften mit der Ukraine“ (Bauhofpaket - Kompaktlader, Generatoren, Werkzeugsätze, Motorgeräte Set, Elektrowerkzeug Set, Minibus)	Warenwert: **ca. 130.000,00 €** Kosten für Überführung: **4.212,35 €**	GIZ

Vorhaben in 2024			
April 2024	„Bauhofpaket“ (2. Teillieferung Minibus Fiat Ducato)	Warenwert siehe November 2023 Kosten für Überführung: **1.529,41 €**	GIZ
April 2024	10 Paletten Fensterfolie zum Witterungsschutz der Bevölkerung	Warenwert: **15.228,29 €** Transportkosten: **1.012,12 €**	SKEW/ Kleinprojektefonds (Kosten 88,22% bezahlt von der SKEW, 11,78 % Stadt Braunschweig)
Juni 2024	Medizinische Hilfsgüter des Städtischen Klinikums Braunschweig	Spende des Städtischen Klinikums Braunschweig für die Entbindungsklinik Bila Zerkwa Transportkosten: **1.590,10 €**	Städtisches Klinikum Braunschweig Verein Freie Ukraine e.V.
Juli 2024	**Jugendprojekt** internationale Jugendbegegnung vom 11.07. – 21.07.2024 in Olsztyn, Polen (Allenstein) mit Jugendlichen aus BS und Bila Zerkwa	Projektkosten: **39.723,19 €**	Stadt Braunschweig, FB 51 Stadt Bila Zerkwa, Jugendarbeit
Mai 2024 – Januar 2025	1 Großgenerator (300 kVA) 3 Generatoren (30 kVA)	1 Großgenerator Warenwert: **43.809,73 €** 3 Generatoren Warenwert: **42.137,07 €** Zzgl. Transportkosten bei Auslieferung im Januar 2025 (Anmerkung: bislang wurde erst eine Teilzahlung geleistet; die Restzahlung ist mit Auslieferung im Januar fällig. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden hier bereits die vollständigen Warenwerte aufgeführt)	SKEW/ Kleinprojektefonds (Kosten 88,22% bzw. 90 % bezahlt von der SKEW, 22,89 % bzw. 10 % Stadt Braunschweig)
Oktober/ November 2024	Powerbanks Portable Powerstationen Hygieneartikel für Senioreneinrichtung und Einrichtung für Kinder mit Beeinträchtigungen	Warenwert: **19.991,05 €** Warenwert: **17.058,80 €** Warenwert: **19.614,29 €** Transportkosten insgesamt: **8.200,00 €**	

Oktober/ November 2024	Fachkräfteaustausch Feuerwehr	Wurde seitens der Stadt Bila Zerkwa wegen Ausreisestopps der männlichen Mitarbeiter verschoben	
Oktober/ November 2024	Projekt Besuch Germanistikstudentinnen der Nationalen Agraruniversität Bila Zerkwa	Projekt mit dem Verein Moct e.V. aus Braunschweig: Einladung von Germanistikstudenten aus Bila Zerkwa mit Hospitation an Grundschulen und VHS **Projektkosten Stadt Braunschweig: 3.679,75 €**	Verein Moct e.V. Verein Freie Ukraine e.V. Grundschule Gliesmarode/ Grundschule Heinrichstraße VHS
November 2024	GIZ Projekt „Kommunale Partnerschaften für Bevölkerungsschutz und Wiederaufbau in der Ukraine“ (Mobilitätspaket – Minibus)	Warenwert: **ca. 60.000,00€** Transportkosten: **888,85 €**	GIZ
Dezember 2024	Projekt Fachkräfteaustausch im Bereich Jugendarbeit *Projekt* *Aufbau und Ausstattung eines Jugendzentrums*	Geschätzte Kosten: ca. **3.000,00 €** ***In Bearbeitung** / Geschätzte Kosten für Ausstattungsbedarf Jugendzentrum inkl. Transport (**ca. 14.000,- €**)*	SKEW Stadt Braunschweig, FB 51 Verein Freie Ukraine e.V.
Dezember 2024 (Auslieferung 1. Quartal 2025)	GIZ Projekt „Kommunale Partnerschaften für Bevölkerungsschutz und Wiederaufbau in der Ukraine“ (Mobilitätspaket – Minibus - Ergänzungslieferung)	Warenwert: **ca. 60.000,00€** Transportkosten: ca. **1.000 €** **Anmerkung:** **Die Zusage der GIZ gilt vorbehaltlich des erfolgreichen Abschlusses des Ausschreibungsverfahrens. Die Überführung ist im 1. Quartal 2025 geplant.**	GIZ
Sonderansatz Ukraine 2023: *Sonderansatz Ukraine 2024:*		*100.000,00 €* *100.000,00 €*	
Warenwerte der in 2023 und 2024 getätigte Hilfsmaßnahmen Projekte/Hilfsgüter (Warenwert und Transportkosten): (zuzüglich der Spenden von Unternehmen und Institutionen) *davon Mittel der Stadt Braunschweig aus dem Sonderansatz Ukraine:*		**600.022,18 €** *200.000,00 €*	

Absender:
Fraktion BIBS im Rat der Stadt

24-24538
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Erhalt des Gliesmaroder Bades

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	23.10.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.10.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	05.11.2024	Ö

Beschlussvorschlag:
Der Rat der Stadt Braunschweig spricht sich für den langfristigen Erhalt des Gliesmaroder Bades aus. Er bittet die Verwaltung, die notwendigen Maßnahmen dafür zu ergreifen.

Sachverhalt:
Derzeit nutzen sechs Schulen (GS Comeniusstraße, GS Gliesmarode, GS Heinrichstraße, IGS Franzsches Feld, Gymnasium Neue Oberschule, Ricarda-Huch-Schule) aus dem direkten Umfeld das Gliesmaroder Bad zum Schwimmunterricht (Ds. 24-24330-01).
Das Schwimmbad deckt also einen großen Einzugsbereich ab. Dieses Angebot soll den Schulkindern unbedingt weiter zur Verfügung stehen, nach dem Motto 'Kurze Beine, kurze Wege', um organisatorische Probleme für die Stadt und Erschwernisse für die Schulkinder (kürzere Schwimmzeiten wegen längerer Anreise) zu vermeiden. Auch bei Familien und Rentner*innen erfreut sich das Gliesmaroder Bad großer Beliebtheit.

Eine breite Unterstützung des Rates für diese Resolution würde die Bedeutung des Gliesmaroder Bades für Braunschweig unterstreichen und ein Zeichen der Unterstützung für den Erhalt senden.

Anlagen:
keine

Absender:
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der Stadt / Gruppe Die FRAKTION. BS im Rat der Stadt / Fraktion BIBS im Rat der Stadt

24-24538-01
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Erhalt des Gliesmaroder Bades Änderungsantrag zum Antrag 24-24538

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	10.12.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschlussvorschlag:
Der Rat der Stadt Braunschweig bekennt sich dazu, Schwimm- und Wasserbewegungsflächen am Standort des Gliesmaroder Bades langfristig zu sichern.

1. Daher wird die Verwaltung beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zur kurz- und mittelfristigen Bestandssicherung und Instandhaltung des Schwimmbades einzuleiten, so dass eine Wiederinbetriebnahme grundsätzlich möglich ist. Zu diesen Schritten soll dem Rat und seinen Gremien regelmäßig Bericht erstattet werden.

2. Es ist zu prüfen, ob der Betrieb des Bades durch die Stadtbad GmbH oder eine Stiftung mit städtischer Beteiligung erfolgen kann. Das Ergebnis dieser Prüfung ist dem Rat im 1. Quartal 2025 mitzuteilen.

3. Ebenfalls innerhalb des 1. Quartals 2025 ist die Verwaltung beauftragt, die Kosten vorzulegen und eine Finanzierung vorzuschlagen, mit der die Sanierung und der Betrieb des Bades innerhalb der Stadtbad GmbH oder einer Stiftung durchgeführt werden kann.

Sachverhalt:
Das Gliesmaroder Bad ist eine zentrale Einrichtung für den Schwimmunterricht, die Freizeitgestaltung und den Gesundheitssport in Braunschweig. Es wird derzeit von sieben Schulen für den Schwimmunterricht genutzt, darunter Grundschulen wie die Comeniusstraße, Gliesmarode und Heinrichstraße, weiterführende Schulen wie die IGS Franzsches Feld, die Gymnasien Neue Oberschule und Ricarda-Huch-Schule sowie die Freie Schule. Eine dauerhafte Schließung würde nicht nur erhebliche logistische Probleme verursachen, sondern auch die Schwimmsicherheit vieler Kinder gefährden, da sich durch die verlängerten Wege zu anderen Schwimmbädern und die Überbuchung der restlichen Schwimmflächen zwangsläufig verringerte und ausfallende Schwimmzeiten ergeben würden.

Darüber hinaus erfüllt das Bad Gliesmarode wichtige Funktionen für Senior*innen, Familien und Menschen mit körperlichen Einschränkungen. Es bietet Angebote wie Gesundheitssport, Aquafitness und barrierefreie Bewegungsmöglichkeiten, die nicht nur zur körperlichen Fitness, sondern auch zur sozialen Teilhabe beitragen. Familien schätzen insbesondere die Möglichkeit, gemeinsam Zeit in einer wetterunabhängigen Umgebung zu verbringen, was besonders in den Wintermonaten von Bedeutung ist.

Eine Einbindung des Bades Gliesmarode in die Stiftung für das Haus der Musik würde deren gesellschaftliche Ausrichtung erweitern und damit nicht nur die Akzeptanz in der Bevölkerung, sondern auch die politischen Mehrheiten für eine Beteiligung der Stadt an der Stiftung stärken. Angesichts der zentralen Bedeutung des Standorts Gliesmarode für die Braunschweiger Bevölkerung ist der langfristige Erhalt von wohnortnahen Schwimmflächen so essentiell, dass der Betrieb im Falle einer Nichtaufnahme in die Stiftung durch die Stadtbad GmbH gewährleistet werden muss.

Anlagen:
keine

Absender:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt / CDU-Fraktion im Rat der Stadt / FDP-Fraktion im Rat der Stadt

24-24538-02
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Erhalt des Gliesmaroder Bades - Änderungsantrag

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	10.12.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschlussvorschlag:
Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich, gründlich und ergebnisoffen zu prüfen, ob und zu welchen Konditionen das Bad Gliesmarode weiterbetrieben werden kann. Dabei sind insbesondere die in der Mitteilung der Verwaltung zum „Sachstand Bad Gliesmarode“ (Drs. 24-24843) genannten Optionen zu prüfen.

Um eine Entscheidung über die Zukunft des Bades treffen zu können, sind insbesondere die erforderlichen Betriebs- und Investitionskosten der verschiedenen Optionen transparent zu machen und einander gegenüberzustellen.

Da eine mindestens zeitweise Schließung des Bades nicht verhindert werden kann, stellt die Verwaltung die Unterstützung der betroffenen Schulen und Vereine bei der Organisation von Alternativen für die entfallenen Schwimmzeiten sicher und unterbreitet hierzu Vorschläge, soweit noch nicht geschehen.

Das Bad Gliesmarode soll bis zu einer finalen Entscheidung so stillgelegt werden, dass eine spätere Wiederinbetriebnahme möglich ist. Die dafür erforderlichen Betriebskosten sind ebenfalls offenzulegen.

Sachverhalt:
Dieser Antrag greift die Diskussionen im Sportausschuss und im Schulausschuss zu dem Thema auf und bündelt die Meinungen der antragsstellenden Fraktionen, um ein starkes Signal für die Förderung des Schwimmens (Schulschwimmen, Schwimmenlernen, Vereinsschwimmen, Sportschwimmen, Freizeitschwimmen) durch die Stadt zu setzen.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich, um den beteiligten Fraktionen die Möglichkeit für weitere Akzentsetzungen zu geben.

Anlagen:
keine

Absender:
Gruppe Die FRAKTION. BS im Rat der Stadt

24-24649
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Strafanträge bei Schwarzfahren abschaffen

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	06.11.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)	20.11.2024	Ö
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	05.12.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschlussvorschlag:
Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

1. der Braunschweiger Verkehrs-GmbH Braunschweig

und

2. der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH

folgenden Beschluss zu fassen:

Ab sofort wird auf das Stellen von Strafanträgen wegen Erschleichens von Leistungen (§ 265a StGB) verzichtet.

Sachverhalt:
Wer ohne Fahrschein erwischt wird, kann wegen „Erschleichens von Beförderungsleistungen“ zur Zahlung eines erhöhten Beförderungsentgelts verpflichtet werden. Wer dies nicht zahlt, nicht zahlen kann oder z.B. mehrfach erwischt wird, muss, sofern Strafanzeige gestellt wird, mit einer Geldstrafe rechnen, oder eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen, d.h. die Geldstrafe im Gefängnis absitzen.

Ersatzfreiheitsstrafen treffen vor allem arme und hilfsbedürftige Menschen, psychisch Kranke, Suchtkranke und Obdachlose. Die Betroffenen können nicht zahlen oder sind mit der Situation überfordert. In manchen Fällen wissen sie gar nicht, dass sie zu einer Geldstrafe verurteilt wurden. Bei von Armut betroffenen Menschen entfaltet die Haftandrohung nicht die gewünschte abschreckende Wirkung, da sie die geforderten Bußgelder schlichtweg nicht bezahlen können. Die extremen Nachteile für die verurteilte Person stehen in keinem angemessenen Verhältnis zum Unrechtsgehalt der Tat. Zudem wird den Inhaftierten keine sinnvolle Behandlung ermöglicht, die ihnen aus der Situation helfen könnte. Ersatzfreiheitsstrafen verschärfen somit nur soziale Probleme und Ungleichheiten.

Die Kosten für die Inhaftierung von Zahlungsunfähigen beliefen sich nach Angaben der Bundesregierung 2022 auf durchschnittlich 157,72 Euro pro Hafttag. Das bedeutet, dass bundesweit täglich rund 450.000 Euro für die Inhaftierung von verurteilten Schwarzfahrenden ausgegeben werden, für Personen also, die im strafrechtlichen Sinne nicht gefährlich sind.

Immer mehr Kommunen werden selbst aktiv, um das Schwarzfahren zu entkriminalisieren. Einige Stadträte wie zum Beispiel von Düsseldorf, Münster und Köln schreiben ihren Verkehrsunternehmen vor, Schwarzfahrende nicht mehr anzuzeigen. Am Straftatbestand selbst können die Städte nichts ändern. Die Entscheidung, regelmäßig davon abzusehen, sorgt aber für den Wegfall der tatsächlichen Strafverfolgung.

Mit Anfrage 24-24329 hat unsere Fraktion erfragt, ob Braunschweig ebenfalls das Ziel verfolgt Schwarzfahren zu entkriminalisieren. Die Antwort war erschreckend. Von August 2022 bis August 2024 wurden von der BSVG 648 Strafanträge gestellt. Weiter hat die Staatsanwaltschaft Braunschweig mitgeteilt, dass von Juni 2022 bis Juni 2024 gegen 196 Personen Ersatzfreiheitsstrafen verhängt wurden. Von diesen Menschen wiederum wurden nur 113 Personen vom Amtsgericht verurteilt. Die anderen 83 Menschen sind in das Gefängnis gekommen, ohne je einen Richter gesehen zu haben. Es ist schwer vorstellbar, dass so etwas in unserem Rechtsstaat überhaupt möglich ist, zumal es sich ausschließlich gegen Arme richtet.

Der vorliegende Antrag soll diese Praxis beenden und einen Bereich entkriminalisieren, der nicht kriminell ist. Wer schwarz fährt, muss mit einem erhöhten Beförderungsentgelt rechnen. Das ist Strafe genug.

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24649-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Strafanträge bei Schwarzfahren abschaffen

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat V 50 Fachbereich Soziales und Gesundheit	20.11.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Kenntnis)	20.11.2024	Ö
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (zur Kenntnis)	05.12.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	17.12.2024	Ö

Sachverhalt:

Zum Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS vom 06.11.2024 [DS 24-24649] nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Strafanträge werden durch die BSVG nicht bei jeder Feststellung eines erhöhten Beförderungsentgelts (EBE) gestellt, sondern nur bei besonderen Bedingungen (z.B. wiederholte EBE-Feststellung und Betrugsverdacht). Der Strafantrag wird als Rechtsmittel gewählt, wenn die üblichen Sanktionen (EBE) offenbar nicht ausreichend sind. Aus Sicht der BSVG ist der Strafantrag wichtig zur Durchsetzung der Beförderungsbedingungen und der Pflicht, nur mit einem gültigen Fahrausweis zu reisen. Die Stadt Braunschweig stellt mit dem BS-Mobil-Ticket günstige Monatsfahrkarten für einkommensschwache Personengruppen bereit, die preislich deutlich unter dem im Bürgergeld festgelegten Regelsatz (RBS 1) für Mobilität i. H. v. 50,50 Euro liegen (Preis BS-Mobil-Ticket: 18,00 Euro; BS-Mobil-Ticket Plus: 25,00 Euro). Auch für Schulkinder gibt es ein Fahrscheinangebot unterhalb des gültigen Regelsatzes (31,09 Euro). Das heißt, in Braunschweig ist die Möglichkeit zur rechtsgültigen Nutzung des ÖPNV gegeben. Es bleibt die Entscheidung des Einzelnen, sich keinen Fahrschein zu kaufen und sich damit nach StGB 265a die Leistung zu erschleichen. Sollte dieser Tatbestand nicht mehr nachverfolgt werden, rechnet die BSVG mit verminderten Einnahmen aus Fahrscheinverkäufen, da das Fahren ohne Fahrschein milder sanktioniert wird. Der Verzicht auf Strafanträge würde den internen Aufwand für die Erfassung von EBE-Vorgängen und das Forderungsmanagement nur gering abschwächen. Die BSVG sieht daher aus betrieblicher Sicht keine Veranlassung, von der bisherigen Praxis, die den Prinzipien des Rechtsstaats folgt, abzuweichen. Inwiefern das Strafmaß für den Tatbestand angemessen ist, ist an anderer Stelle zu bewerten. Die BSVG ist zu dieser Thematik mit den weiteren im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) vertretenden Verkehrsunternehmen im Austausch. Die Position des Verbandes ist dem beiliegenden Artikel zu entnehmen, die BSVG teilt diese Auffassung vollständig.

Dr. Rentzsch

Anlage/n:

VDV-Schwarzfahren als Straftat

Beförderungserschleichung soll eine Straftat bleiben

Seit längerer Zeit gibt es die Forderung, die Beförderungserschleichung in § 265a StGB entweder in eine Ordnungswidrigkeit umzuwandeln oder sogar gänzlich abzuschaffen. Bislang hat es der VDV immer geschafft, diesen Bestrebungen Einhalt zu gebieten. Doch die Luft wird deutlich dünner. Alte Wahrheiten sollen nicht mehr gelten. Gleichwohl bleiben wir mit der Forderung präsent.

In der letzten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages kam von zwei Oppositionsparteien der Antrag, die Beförderungserschleichung in § 265a StGB zu streichen. Dies konnte verhindert werden.

Nach den letzten Bundestagswahlen formierte sich ein neues Bündnis und es schrieb in seinen Koalitionsvertrag den folgenden Satz: „Wir überprüfen das Strafrecht […] und legen einen Fokus auf historisch überholte Straftatbestände, die Modernisierung des Strafrechts und die schnelle Entlastung der Justiz." Dieser Satz war Anlass, trotz guter gegenteiliger Gründe, eine Abschaffung der Leistungserschleichung im Strafgesetzbuch in Angriff zu nehmen.

Was spricht für die Beibehaltung des § 265a StGB?
Als Beispiele für die guten Gründe, den Straftatbestand beizubehalten, seien hier genannt:

- Die negative Signalwirkung an Kunden und Mitarbeitende, denn eine Abschaffung lässt das Unrechtsbewusstsein sinken. Hiermit verbunden ist auch eine weitere Abnahme des Respekts gegeüber den Mitarbeitenden.
- Die Vergleichbarkeit der Leistungserschleichung mit anderen Taten, wie z. B. dem Tankbetrug. Und auch der Unterschied im Unrechtsgehalt zum Diebstahl oder der Unterschlagung ist gering.
- Ferner besteht bei einer Streichung aus dem StGB kein Festnahmerecht nach § 127 StPO mehr („Jedermannsrecht"). Hierdurch entfällt für die Fahrausweisprüfer ein wichtiger Baustein, den Tätern habhaft zu werden.

Überzeugen die Gegenargumente?
Gleichzeitig muss man feststellen, dass die Gegenargumente bei genauer Prüfung nicht tragen.

- Dem Kostenargument von Gefängnisaufenthalten bei Ersatzfreiheitsstrafen ist bereits entgegenzuhalten, dass sich diese Kosten durch die 2023 geänderte Anrechnung der Tagessätze auf Gefängnistage halbiert haben. Hinzu kommt, dass bei einer Umwandlung des § 265a StGB in eine Ordnungswidrigkeit dem, der das Bußgeld nicht zahlt, Erzwingungshaft und damit auch ein Gefängnisaufenthalt droht.
- Und auch das Überlastungsargument von Polizei und Staatsanwaltschaft überzeugt schon deshalb nicht, weil die angezeigten Fälle aufgeklärte Taten sind, weshalb sie der Polizei und Staatsanwaltschaft weniger Arbeit machen als andere Taten.
- Gegen das Armutsargument spricht, dass in Sozialleistungen Beträge für Fahrausweise enthalten sind und als Sachleistung gewährt werden können.
- Soweit jemand irrtümlich ohne gültigen Fahrausweis fährt, liegt bereits jetzt keine Straftat vor.
- Und Zugangsbarrieren verhindern auch keine Fahrten ohne gültigen Fahrausweis, haben aber große Nachteile für mobilitätseingeschränkte Personen und lassen sich kaum bei Bussen und Straßenbahnen verwirklichen.

Wie sah die Arbeit des VDV aus?
Die Arbeit des VDV bestand mithin darin, die Argumente im öffentlichen Diskurs zu platzieren. Hierfür veröffentlichte der Verband z. B. ein Argumentationspapier zum Thema mit dem Titel „Strafbarkeit des Erschleichens von Leistungen (§ 265a StGB)". Erfreulich ist, dass das Argumentationspapier auf reges Interesse in der Politik stieß.

Gleiches gilt für die Stellungnahme zu einem vom Justizministerium vorgelegten Eckpunktepapier, in dem die Streichung aus dem StGB enthalten war. Auch hier machte der Verband seine Position mit guten Gründen deutlich.

Weitere Aktivitäten waren u. a. Gespräche und Presse- und Zeitschriftenveröffentlichungen, in denen wir für unsere Auffassung warben.

Fazit und Ausblick
Ob diese Bemühungen gegen den aktuellen Mainstream letztlich Erfolg haben, ist nicht gesagt. Allerdings kümmern wir uns gleichwohl weiterhin darum, dass unsere Argumente Gehör finden.

Dr. Thomas Hilpert-Janßen
Arbeits- und allg. Zivilrecht, Straf- und Straßenverkehrsrecht, Beförderungsbedingungen
T 0221 57979-158
hilpert-janssen@vdv.de

Absender:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt

24-24661
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Krankenwohnungen für wohnungslose Personen

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	07.11.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)	20.11.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschlussvorschlag:
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie auch in Braunschweig sog. Krankenwohnungen für wohnungslose Personen vorgehalten werden können, die diesem Personenkreis nach einer Entlassung aus der stationären Krankenbehandlung eine Genesung in einem geschützten und hygienischen Rahmen ermöglichen.

Sachverhalt:
Wohnungslose Personen, die aus dem Krankenhaus entlassen werden, können noch körperliche Schonung und eine Weiterbehandlung benötigen, werden aktuell jedoch häufig direkt auf die Straße entlassen. Erforderlich ist aber weiterhin eine Möglichkeit zum Rückzug und zur Genesung. Einige Städte haben daher sog. Krankenwohnungen geschaffen, die diesem Personenkreis eine zeitlich begrenzte Rückzugsmöglichkeit bieten. In einigen Fällen beginnt sonst ein Kreislauf der stationären Aufnahme, der Entlassung auf die Straße mit einer damit verbundenen erneuten Verschlimmerung des Krankheitszustands und einer anschließenden Wiederaufnahme im Krankenhaus, der sich mehrfach wiederholen kann. Die Sicherstellung einer weiteren Schonung und einer erforderlichen Weiterbehandlung könnte diesen Kreislauf durchbrechen.

Voraussetzung für die Aufnahme in eine solche Wohnung ist eine Verordnung zur häuslichen Pflege. Die Patientinnen und Patienten versorgen sich selbst, Wunden und Verletzungen werden von einem Pflegedienst versorgt. Auch eine Alltagsbegleitung durch Sozialarbeiter*innen kann erfolgen. Um einen geschützten Raum zu schaffen, sollten kleine abgetrennte Einheiten anstelle einer Einrichtung für mehrere Personen angestrebt werden.

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24661-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Krankenwohnungen für wohnungslose Personen

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat V 50 Fachbereich Soziales und Gesundheit	13.11.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Kenntnis)	20.11.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (zur Kenntnis)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	17.12.2024	Ö

Sachverhalt:

Zum Antrag der SPD-Fraktion vom 07.11.2024 [DS 24-24661] nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Die Notwendigkeit einer Krankenwohnung für wohnungslose Menschen, die nach Entlassung aus dem Krankenhaus noch einer Nachsorge und der Schonung bedürfen, wird auch von der Verwaltung gesehen.

Aktuell befindet sich die Verwaltung bereits mit der Diakonie in Abstimmung, wie eine diesbezügliche Kooperation für die Einrichtung zunächst einer Krankenwohnung gestaltet werden kann. Sobald sich die Planungen hierfür konkretisieren, wird die Verwaltung den Ausschuss über die Details informieren.

Dr. Rentzsch

Anlage/n:

Keine

Absender:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt / Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der Stadt

24-24723
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Der Querumer Forst als Naturwald - ein Pilotprojekt zum Waldschutz in Braunschweig

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	12.11.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Umwelt- und Grünflächenausschuss (Vorberatung)	26.11.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschlussvorschlag:
Die Verwaltung wird beauftragt, das im Sachverhalt beschriebene Pilotprojekt „Der Querumer Forst als Naturwald“ umzusetzen.

Sachverhalt:

Zum Zustand des Waldes
Am 8. Oktober 2024 wurde vom Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) die Bundeswaldinventur zum Zustand und Umfang der deutschen Wälder vorgestellt. Die Untersuchung lieferte unter anderem Informationen zu Wuchs und Schäden an Bäumen sowie den Anteilen der Baumarten.

Das Ergebnis der Inventur ist erschreckend: Demnach ist in Deutschland aktuell nur einer von fünf Bäumen gesund. Dazu schlägt das BMEL zur Kohlenstoffspeicherung und Klimabilanz Alarm: „Der Wald ist erstmals seit Jahrzehnten zur Kohlenstoffquelle geworden. Dies unterstreicht die Notwendigkeit dringend erforderlicher Maßnahmen zur Anpassung und Wiederherstellung der Wälder, um ihre Rolle als Klimaschützer wieder langfristig zu stärken“ (https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/108-bundeswaldinventur.html).

Als Folge aus dieser Analyse fordern Experten wie der NABU im Kern zwei Dinge (https://www.nabu.de/news/2024/10/bundeswaldinventur.html):

- „ein Umdenken bei der Bewirtschaftung“ unserer Wälder und
- „einen klimagerechten Waldumbau“, weg von den Monokulturen und hin zu vielfältigen, gemischten Laubwäldern. Denn diese sind widerstandsfähiger gegen Wetterextreme und Schädlingsbefall, bleiben so länger erhalten und stärken den CO_2-Kreislauf.

Um beides zu erreichen, braucht es Zeit und im Zweifel gesetzliche oder regulatorische Vorgaben, damit sich die Wälder auf eine natürliche Art und Weise nachhaltig entwickeln und eine Resilienz aufbauen können.

Aus Sicht der Stadt Braunschweig bietet es sich daher an, ein Pilotprojekt zu initiieren und damit zu zeigen, dass wir auch in der Kommune die Erkenntnisse aus der Bundeswaldinventur ernst nehmen und bereit sind, zum Schutz unserer Wälder und damit des Klimas zu handeln: durch das Schaffen eines Naturwalds im Querumer Forst.

Hintergrund
Der Querumer Forst befindet sich aktuell im Eigentum der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) und wird forstwirtschaftlich dauerhaft genutzt (Holzeinschlag, Verjüngungsmaßnahmen).

Laut Vorlage 23-22368 besteht ein Vertrag zwischen der Stadt Braunschweig und der SBK, wonach seit Januar 2014 kontinuierlich Flächen im Wert von jährlich 4.000 Euro zzgl. Mehrwertsteuer (als Kompensation an die SBK) durch die Stadt Braunschweig aus der dauerhaften Nutzung herausgekauft werden. Zielmarke ist eine Gesamtfläche von 37,1 ha.

Die herausgekauften Flächen werden durch entsprechende Eintragungen im Grundbuch und in den Forsteinrichtungswerken dauerhaft geschützt, aus einem Wirtschaftswald wird ein „Wald mit Vorrang für Prozessschutz“: Teilweise jahrhundertealte Eichen können dauerhaft erhalten werden, die biologische Vielfalt wird gestärkt, und alle vom NABU geforderten Maßnahmen als Folge der Bundeswaldinventur werden erfüllt. Es entsteht ein durch natürliche Entwicklung durchmischter und klimaresistenter Naturwald, der dauerhaft CO_2 umwandeln und Kohlenstoff binden kann, der zudem eine große Artenvielfalt beherbergt und der den Menschen noch dazu als wunderschönes Naherholungsgebiet dienen kann.

Mit Stand 13. Oktober 2023 wurden bisher 12,03 ha aus der Nutzung dauerhaft herausgekauft. Etwa 25 ha werden also aktuell noch wirtschaftlich genutzt und sind damit potenziell ungeschützt.

Pilotprojekt „Der Querumer Forst als Naturwald“
Mit dem Pilotprojekt „Der Querumer Forst als Naturwald“ soll der Herauskauf dieser Flächen und damit die In-Schutz-Stellung des Querumer Forsts signifikant beschleunigt werden. Durch die Koppelung der herauszukaufenden Fläche an die Geburtenzahlen der Stadt Braunschweig entsteht für die Bürgerinnen und Bürger zudem eine emotionale Verbindung zu dem Pilotprojekt, die außerdem Raum für eine Sensibilisierung zu den Themen Wald- und Klimaschutz bietet. Eine entsprechende begleitende Öffentlichkeitsarbeit ist daher dringend gewünscht.

Als konkrete Schritte werden vorgesehen:

1. Pro neugeborenem Kind in der Stadt Braunschweig werden vom 1. Januar 2025 an jeweils weitere 10 m² der noch verbliebenen 25 ha Fläche des Querumer Forsts durch die Stadt Braunschweig von der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) aus ihrer dauerhaften Nutzung abgelöst. Zielmarke ist eine Gesamtfläche von 37,1 ha.

2. Die Sicherung des dauerhaften Bewirtschaftungsverzichtes erfolgt zum Vertragsende durch entsprechende Eintragung sowohl im Grundbuch als auch in den Forsteinrichtungswerken, wie in Drucksache 23-22368 bereits mitgeteilt wurde.

3. Begleitend plant die Verwaltung eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Pilotprojekt, z. B. in Form von Hinweistafeln zum Pilotprojekt direkt im Querumer Forst, und zur Bedeutung des Waldschutzes für den Klimaschutz allgemein.

4. Es ist zu prüfen, wie nach vollständiger Ablösung der hier genannten Flächen eine Fortführung des Projektes zur Naturwaldentwicklung unter Einbeziehung weiterer SBK-Flächen im Braunschweiger Stadtgebiet erfolgen kann.

Finanzierung
Die für die Umsetzung des Pilotprojekts „Der Querumer Forst als Naturwald“ erforderlichen Mittel werden zum Doppelhaushalt 2025/2026 von der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt.

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24671
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Anpassung des Vertrages zum BS-Mobil-Ticket

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat V 50 Fachbereich Soziales und Gesundheit	18.11.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)	20.11.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen zur Anpassung des BS-Mobil-Tickets mit dem Verkehrsverbund Region Braunschweig unter Beachtung der nachfolgend beschriebenen neuen Rahmenbedingungen zu führen und den Vertrag entsprechend anzupassen:

1. Das BS-Mobil-Ticket soll ab dem 1.1.2025 zu einem neuen Preis von 25,00 Euro für Erwachsene verkauft werden. Die Nutzungsmöglichkeiten des ÖPNVs im Stadtgebiet bleiben unverändert.

2. Das BS-Mobil-Ticket Plus soll ab dem 1.1.2025 zu einem neuen Preis von 33,00 Euro für Erwachsene angeboten werden. Die Nutzungsmöglichkeiten des ÖPNVs im Stadtgebiet bleiben unverändert.

3. Das BS-Mobil-Ticket für Schülerinnen und Schüler berechtigt die Schüler-innen und Schüler ohne zeitliche Einschränkung zur Nutzung des gesamten ÖPNV-Angebotes in Braunschweig und bleibt unverändert.

Die übrigen Bedingungen bleiben unverändert.

Sachverhalt:

Seit dem 1. Juli 2020 bietet die Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) auf Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig (vgl. Drs. 20-12642) für Inhaberinnen und Inhaber des Braunschweig-Passes ein tageszeitlich begrenztes BS-Mobil-Ticket für 17 € bzw. ein tageszeitlich unbegrenztes BS-Mobil-Ticket Plus für 25 € an. Für Schülerinnen und Schüler gibt es zudem ein BS-Mobil-Ticket Schüler für 15,00 €. Alle drei Tickets gelten jeweils einen Monat und werden verwaltungsintern als Sozialtickets bezeichnet.

Um dem Endkunden den oben genannten vergünstigten Preis anzubieten, teilen BSVG und Stadt die Differenz zu den regulären Monatstickets untereinander auf. Die BSVG übernimmt einen festen Betrag in Höhe von19,50 € (sog. Erlösminderung) für das Mobil-Ticket und das Mobil-Ticket Plus sowie 24,50 € (sog. Erlösminderung) für das BS-Mobil-Ticket Schüler, während die Stadt den Restbetrag (sog. Fahrgeldauffüllung) übernimmt, der von den regulären Ticketpreisen abhängt. Als Bezugsgröße werden die Tickets Plus-Monatskarte (65,10 €) bzw. Schüler-Monatskarte (59,40 €) des VRB zugrunde gelegt (Stand 2024).

Steigende Nutzerzahlen und Anhebungen der regulären Fahrpreise führen zu einer stetig steigenden Belastung des städtischen Haushalts. Der Kooperationsvertrag zwischen Stadt und BSVG soll daher angepasst werden.

Die Unterstützung der sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen ist eine wichtige sozialpolitische Aufgabe. Mit Blick auf erforderliche Defizitverringerungen im Doppelhaushalt 2025/26 ist eine Anpassung der Preisstruktur jedoch erforderlich.

Der Preis der BS-Mobiltickets wurde über vier Jahre nicht angepasst, obwohl die Bezugsgröße Monatskarte des VRB (Plus-Abo Stadttarif) regelmäßige Kostensteigerungen erfahren hat. Die im folgenden vorgeschlagene Anpassung an die Preismaßnahmen des Verbundtarifs Region Braunschweig trägt beiden Aspekten Rechnung. Die Monatskarte im Stadttarif Braunschweig ist im Zeitraum von 2020 bis 2024 um 7 € (von 58,10 € auf 65,10 € = 12 %) angehoben worden. Für 2025 ist ein weiterer Preisanstieg für die Monatskarten durch den VRB geplant.
Aktuell geht man von 70,00 € für das Plus-Abo im Stadttarif und von 63,80 € für die Schülermonatskarte aus.

Um das steigende Defizit zu mindern sollen die Preise der BS-Mobil-Tickets ab dem kommenden Jahr 2025 daher für die Kundinnen und Kunden um je 8 € erhöht werden, wie in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Kostensteigerung auf Seiten der Kunden führt zu einer unmittelbaren Reduzierung der städtischen Fahrgeldauffüllung. Die Erlösminderung auf Seiten der BSVG bliebe beim bisherigen Fixbetrag von 19,50 € pro BS-Mobil- bzw. BS-Mobil-Ticket Plus. Das ebenfalls vorhandene BS-Mobil-Ticket Schüler wird unverändert angeboten.

Produkt	BS-Mobil-Ticket (2024)	**BS-Mobil-Ticket (2025 ohne Preisanpassung)**	**BS-Mobil-Ticket (2025 mit Preisanpassung)**
Plus-Monatskarte	65,10 €	70,00 €	70,00 €
Zahlung durch die Kundinnen und Kunden	17,00 €	**17,00 €**	**25,00 €**
Erlösminderung BSVG	19,50 €	19,50 €	19,50 €
Zahlung durch Stadt Braunschweig	28,60 €	**33,50 €**	**25,50 €**

Produkt	BS-Mobil-Ticket Plus (2024)	**BS-Mobil-Ticket Plus (2025 ohne Preisanpassung)**	**BS-Mobil-Ticket Plus (2025 mit Preisanpassung)**
Plus-Monatskarte	65,10 €	70,00 €	70,00 €
Zahlung durch die Kundinnen und Kunden	25,00 €	**25,00 €**	**33,00 €**
Erlösminderung BSVG	19,50 €	19,50 €	19,50 €
Zahlung durch Stadt Braunschweig	20,60 €	**25,50 €**	**17,50 €**

Im Jahr 2024 nutzten durchschnittlich 6.050 Fahrgäste monatlich eine der beiden Varianten des BS-Mobil-Tickets.

Eine Preiserhöhung der beiden Mobil-Tickets um jeweils acht Euro führt, unter Berücksichtigung des Preisanstiegs des zugrundeliegenden Stadt-Abo Plus Tarifes, zu einer Defizitreduzierung von 3,10 € pro verkauftem Ticket für den städtischen Haushalt.
Legt man die konkreten Nutzerzahlen der Mobiltickets aus den letzten zwölf Monaten (Oktober 2023 bis September 2024) und den ab 2025 geltenden Preis der Monatskarte des VRB zugrunde, führt die vorgeschlagene Erhöhung des Verkaufspreises zu einer Verringerung des städtischen Defizits von rund 574.120 €.

Die Anhebung der Kosten ist unter Verweis auf den Anteil für Mobilität im Regelsatz des Bürgergeldes in Höhe von monatlich 50,50 €, die angesprochenen Kostensteigerungen im ÖPNV sowie die Haushaltsbelastung aus Sicht der Verwaltung vertretbar. Sobald das Deutschland-Ticket vom Bund auf eine verlässliche und planbare Basis gestellt ist, wird die Verwaltung die Umstellung der BS-Mobiltickets auf das Deutschland-Ticket prüfen. Nach den derzeit vorliegenden Informationen ist die Umstellung der BS-Mobil-Tickets auf das D-Ticket aktuell noch nicht kalkulierbar, weil der Kostenausgleich beim D-Ticket zwischen Bund, Ländern und Kommunen leider immer noch nicht abschließend geklärt ist.

Es werden über eine nachträgliche Anpassung der Ansatzveränderungen der Verwaltung die sich ergebenden Änderungen des Haushalt 2025/2026 in die Beratungen zum Haushalt eingebracht. Die Zahlungen an die BSVG sind in den Ansätzen des Fachbereiches Soziales und Gesundheit abgebildet.

Dr. Rentzsch

Anlage/n:

Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24703
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Städtisches Klinikum Braunschweig
Medizinstrategie, Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	28.11.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	05.12.2024	Ö
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Kenntnis)	05.12.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. *‚Die Geschäftsführung wird beauftragt, die Medizinstrategie 2028 und Ergebnisse des WMC-Gutachtens in Abstimmung mit der Gesellschafterin und dem Aufsichtsrat umzusetzen. Diese und weitere nutzbare Impulse aus dem WMC-Gutachten sollen, sofern sie nicht bereits im Wirtschaftsplan 2025 enthalten sind, bei den zukünftigen Wirtschaftsplanungen ab dem Geschäftsjahr 2026 ff. berücksichtigt werden.‘*

2. *‚Die Geschäftsführung wird veranlasst, im Auftrag und zur Unterstützung des Aufsichtsrates die mehrjährige Umsetzungsbewertung des WMC-Gutachtens in enger Abstimmung mit der Gesellschafterin und dem Aufsichtsrat zu beauftragen und durchzuführen. Die Ausschreibungsunterlagen (u. a. die Leistungsbeschreibung), die Auswahl der Bieter zur Bieterpräsentation sowie die abschließende Auswahl des umsetzungsbewertenden Unternehmens bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrates. Den Aufsichtsratsmitgliedern wird die Möglichkeit der Teilnahme an den Bieterpräsentationen eingeräumt.‘“*

Sachverhalt:

In der Mitteilung vom 10. Mai 2024 wurde der Rat erstmals über die laufenden Prozesse zur Medizinstrategie 2028 und zum Gutachten der WMC HEALTHCARE GmbH (nachfolgend „WMC-Gutachten“) im Städtischen Klinikum Braunschweig (skbs) informiert (siehe hierzu DS 24-23757). Beide Prozesse wurden im Jahr 2024 planmäßig abgeschlossen. Die Medizinstrategie 2028 und das WMC-Gutachten dienen der wirtschaftlichen Sicherung des skbs auf dem Niveau eines Maximalversorgers und bilden ab dem Geschäftsjahr 2025 die Grundlage für die Wirtschaftsplanung des skbs (siehe hierzu DS 24-24702).

Die von der *miralytik healthcare consulting GmbH* begleitete Medizinstrategie 2028 zeigt ein DRG-Erlöspotenzial i. H. v. rd. 25 Mio. € sowie einen Deckungsbeitrag von etwa 6 Mio. € für das Geschäftsjahr 2028 auf. Das WMC-Gutachten beschreibt ein Optimierungsszenario, in dem ein Maßnahmenpaket eine Verbesserung des operativen Ergebnisses um etwa

36 Mio. € ermöglichen soll. Hierfür wurden im Gutachten 37 Maßnahmen in 11 Handlungsfeldern identifiziert. Dieses Potenzial soll bis Ende des Geschäftsjahres 2028 vollständig ausgeschöpft werden.

Mit den oben genannten Beschlüssen soll die Geschäftsführung beauftragt werden, die Medizinstrategie 2028 und die Maßnahmen des WMC-Gutachtens umzusetzen sowie eine fortlaufende Bewertung der Umsetzung ermöglichen. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass die wirtschaftliche Situation des skbs nachhaltig von den Ergebnissen beider Prozesse profitiert. Der Aufsichtsrat des skbs hat in seiner Sitzung am 26. November 2024 eine entsprechende Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Herr Dr. Goepfert (Geschäftsführung des skbs) und Herr Dr. Jensen (Projektleitung der Begutachtung und Partner bei WMC HEALTHCARE) werden an der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) und des Ausschusses für Soziales und Gesundheit (AfSG) als Gäste teilnehmen, um die Ergebnisse der Medizinstrategie und des Gutachtens zu präsentieren.

Geiger

Anlage/n:

skbs: Medizinstrategie 2028 – Präsentation (Ö)
WMC: Gutachten – Präsentation (Ö)

Bericht der Geschäftsführung

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung

05. Dezember 2024

skbs

skbs.de

Glossar (1/2)

Begriff	Erläuterung
Ambulant	Behandlung ohne Aufenthalt im Krankenhaus
AOP	Ambulantes Operieren/Ambulante OP
BA	Bauabschnitt
BG	Berufsgenossenschaft
bspw.	Beispielsweise
DRG	Diagnosis Related Groups (Pauschalisiertes Abrechnungssystem stationärer Leistungen)
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung
EBITDA	Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände
EUR	Euro
Fallzahl	Anzahl der behandelten Fälle

Begriff	Erläuterung
FPDA	Finanzen-, Personal- und Digitalisierungsausschuss
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
i.H.v.	In Höhe von
insb.	Insbesondere
KH	Krankenhaus
KHG	Krankenhausgesetz
KHVVG	Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz
MD/ MDK	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
Mgmt.	Management
Mio	Millionen

skbs

Glossar (2/2)

Begriff	Erläuterung
Q*x*	Quartal
rd.	Rund
SbA	Sonstige betriebliche Aufwendungen
SGB V	Sozialgesetzbuch V
skbs	Städtisches Klinikum Braunschweig
Stationär	Behandlung mit zeitlich ununterbrochenem Aufenthalt im Krankenhaus
tlw.	Teilweise
WP, WiPlan	Wirtschaftsplan
ZNA	Zentrale Notaufnahme

Das skbs ist der Garant für hochwertige Gesundheitsversorgung in der Region Braunschweig

Rolle des skbs in der Versorgungsregion Braunschweig

Ein herausragender Bestandteil der niedersächsischen Krankenhauslandschaft

- 1.475 (teil-) stationäre Planbetten und damit das zweitgrößte Klinikum in Niedersachsen mit rd. 4% der Planbetten
- 21 Kliniken, 10 selbständige klinische Abteilungen und 7 Institute
- 5. Platz unter den kommunalen Kliniken in Deutschland im FOCUS-Ranking

Einer der größten Arbeitgeber der Region Braunschweig

- skbs beschäftigt derzeit rd. 4.000 Mitarbeiter und ist einer der größten Arbeitgeber in der Region Braunschweig
- Mit jährlich 525 Auszubildenden leistet das skbs darüber hinaus einen bedeutenden Beitrag zur Weiterentwicklung der Region Braunschweig

Die tragende Säule für die Gesundheitsversorgung in der Region Braunschweig

- Rund 50.000 Notfallkontakte und 200.000 stationäre und ambulante Fälle pro Jahr
- Unverzichtbar für die Notfallversorgung der Region - Die Zentrale Notaufnahme (ZNA) des skbs ist die einzige ZNA der Region ohne nennenswerte Abmeldequoten
- Das skbs ist für rd. 1,4 Mio. niedersächsische Bürger ein integraler Bestandteil ihrer Gesundheitsversorgung

Quelle: skbs

Medizinstrategie

Die Medizinstrategie wurde in unterschiedlichen Entwicklungsschritten erarbeitet – Je Schritt bestehen Kernprodukte

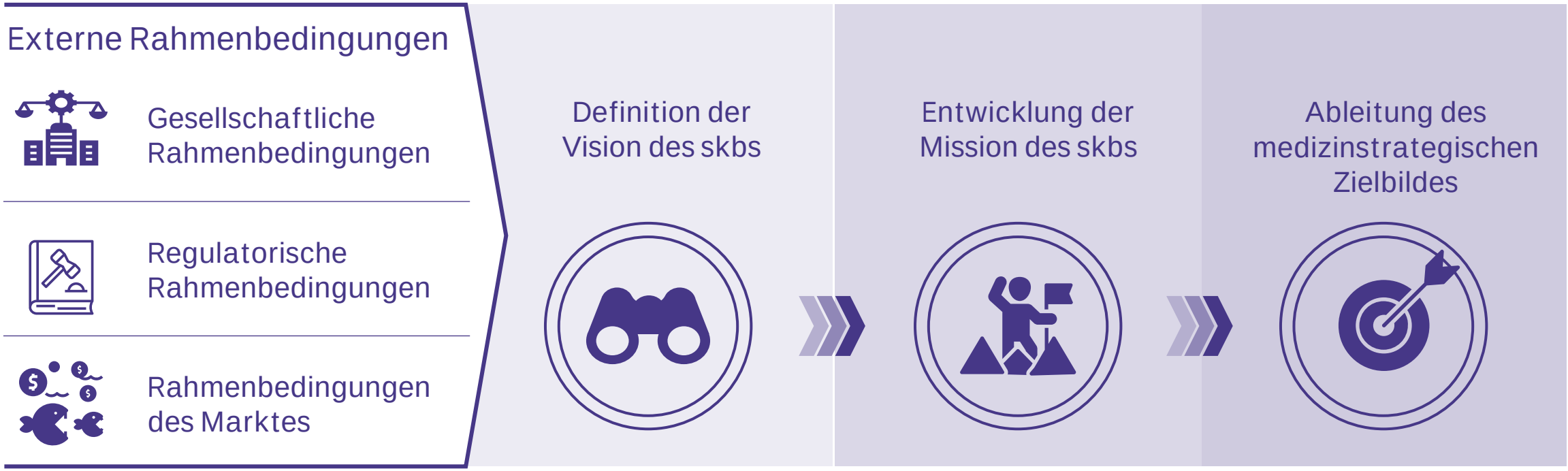
Überblick der Entwicklungsschritte und Kernprodukte der Medizinstrategie

Entwicklungsschritte der Medizinstrategie	Kernprodukte	Beschreibung
Entwicklung eines med. strategischen Zielbildes 2028		• Ausarbeitung des Status quo und der externen Herausforderungen sowie Entwicklung eines medizinstrategischen Zielbildes • Ableitung von medizinstrategischen Leitplanken für das skbs
Entwicklung von medizinstrategischen Handlungsfeldern		• Entwicklung von medizinstrategischen Handlungsfeldern auf Basis eines detaillierten Status quo und bestehender Projekte des skbs • Priorisierung von Handlungsfeldern vor dem Hintergrund ihrer wirtschaftlichen Potenziale
Auswahl und Detaillierung von med. strat. Handlungsfeldern		• Ausarbeitung von Maßnahmenpaketen zur Operationalisierung der ausgewählten Handlungsfelder des skbs • Priorisierung der Maßnahmenpakete innerhalb der Handlungsfelder zur Fokussierung der Ressourcen
Umsetzung der med. strat. Handlungsfelder		• Operative Umsetzung der Maßnahmenpakete innerhalb des skbs insb. Weiterentwicklung des medizinischen Portfolios

Quelle: skbs

Das medizinstrategische Zielbild berücksichtigt externe Rahmenbedingungen sowie skbs-interne Anforderungen

Entwicklung des medizinstrategischen Zielbilds



Quelle: skbs

Im Zentrum der Vision des skbs steht die Garantie für eine qualitative medizinische Versorgung der gesamten Region

Zusammenfassung der Vision des skbs

Vision

Das skbs ist der Garant für hochwertige Gesundheitsversorgung in der Region Braunschweig.

Garant

- Das skbs nimmt die Rolle als Maximalversorger der Versorgungsregion Braunschweig wahr
- Das skbs übernimmt Verantwortung zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung

Hochwertig

- Das skbs verfolgt das Ziel moderne und hochwertige medizinische Leistungen für seine Patienten bereitzustellen
- Das skbs setzt auf Innovation und die kontinuierliche Verbesserung seiner medizinischen Behandlungen

Region

- Das skbs richtet sein Leistungsangebot auf die medizinischen Bedürfnisse der Versorgungsregion Braunschweig aus
- Das skbs verfolgt eine partnerschaftliche und langfristige Beziehung zu den Patienten, Mitarbeitenden und Partnern

Mission

Vertiefung auf Folgefolie

Quelle: skbs

Innerhalb der Mission des skbs wird die Bedeutung von Patienten-orientierung und Kooperation für die Versorgung herausgestellt

Zusammenfassung der Mission des skbs

Mission

Das skbs fördert die regionale Gesundheit durch eine moderne, patientenorientierte Versorgung, eine Kultur der Vielfalt und Fürsorge sowie durch die Koordination intersektoraler Netzwerke. Dabei sichert das skbs die Wirtschaftlichkeit durch nachhaltiges und langfristiges Handeln.

Patientenorientierte Versorgung	• Das skbs stellt den Patienten ins Zentrum der qualitativen hochwertigen Versorgung
Koordination von Netzwerken	• Das skbs koordiniert gemeinsam mit den Gesundheitspartnern die Versorgung der Region
Nachhaltige Wirtschaftlichkeit	• Das skbs setzt die Ressourcen zur Versorgung Effektiv und Effizient ein
Kultur der Fürsorge	• Das skbs stärkt seine Mitarbeitenden durch Entwicklungsmöglichkeiten und Fürsorge

Medizin-strategisches Zielbild

Vertiefung auf Folgefolie

Quelle: skbs

Im medizinstrategischen Zielbild 2028 des skbs werden die Erwartungen je Zieldimension aggregiert

Übersicht des medizinstrategischen Zielbildes 2028

Zieldimensionen des medizinstrategischen Zielbild 2028

A Qualitative Patientenversorgung

Das skbs versteht die Zieldimension qualitative Patientenversorgung als ein ganzheitliches Konzept, das darauf ausgerichtet ist, eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung als Maximalversorger der Region sicherzustellen.

B Koordination in der Region

Das skbs versteht die Zieldimension Koordination in der Region als die Aufgabe, gemeinsam mit den Partnern innerhalb der Region die Gesundheitsversorgung aktiv zu gestalten.

C Wirtschaftlichkeit

Das skbs versteht die Zieldimension Wirtschaftlichkeit als das Fundament einer stabilen und nachhaltigen Unternehmensführung. Öffentliche Mittel werden dabei zweckmäßig eingesetzt, um die medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen

D Arbeitgeberattraktivität

Das skbs versteht die Zieldimension Arbeitgeberattraktivität als die Fähigkeit, hervorragende Mitarbeitende anzuziehen, zu halten und zu fördern.

Quelle: skbs

Für die Erreichung des med. strategischen Zielbilds wurden unterschiedliche Handlungsfelder definiert

Prozess zur medizinstrategischen Zielbilderreichung

STATUS QUO

- skbs: Durchführung von Umfragen & Interviews
- skbs: Bereitstellung DB-Rechnung & Basisdaten
- miralytik: Analyse von Markt-, Wettbewerbs- und internen Daten

Medizinstrategische Handlungsfelder

- Med. Portfolio & Versorgungsqualität
- Ambulantisierung
- Innovation & Digitalisierung
- Netzwerksteuerung
- Infrastruktur
- Governance-, Organisations- & Führungsstruktur
- Interne Steuerungsansätze
- Mitarbeiterbindung & -entwicklung

Zielbild des skbs

Heutiger Fokus | Erkenntnisse werden durch Miralytik-Workshops detailliert | Detaillierung je Handlungsfeld

Quelle: skbs

In die Erarbeitung der Medizinstrategie wurde eine Vielzahl an Dimensionen einbezogen

Dimensionsübersicht

Derzeitiges Portfolio und Versorgungsauftrag

- Prüfung des Versorgungauftrags
- Analyse und kritische Diskussion des Portfolios im Zeitvergleich
- Diskussion potentieller Portfolioanpassungen (externe und interne Sicht)

Markt und Wettbewerber

- Analyse von Patientenherkunft/Marktanteilen
- Analyse des Portfolios der Marktteilnehmer (auch nach neuer Leistungsgruppensystematik)
- Diskussion von möglichen Marktausschöpfungen und Potenzialen ggü. Marktteilnehmern

Demografische Veränderungen

- Simulation des Einflusses demografischer Veränderungen (nach Kreisen, Alter, Geschlecht und Krankheitsbildern)
- Diskussion von Potenzialen bei möglicher Unterversorgung

Krankenhausreform und Strukturvorgaben

- Simulation des Portfolios nach neuer Leistungsgruppensystematik und
- kritische Diskussion vor dem Hintergrund von Mindestmengen, Strukturvorgaben und daraus ggf. resultierender Verschiebungen von Leistungen kleinerer Häuser

Effekt Ambulantisierung auf stat. Versorgung

- Simulation und Diskussion möglicher Leistungsverschiebungen in den ambulanten Bereich auf der Basis von AOP und IGES
- Medizinisch inhaltliche Bewertung und Diskussion mit Leistungserbringern und GF

Medizinscher und technischer Fortschritt

- Diskussion von Chancen und Risiken durch neue Behandlungsmöglichkeiten (z.B. weitere minimalinvasive Klappeneingriffe, Robotik, individualisierte Krebstherapie)

Prozessoptimierungen Normalstation

- Simulation zukünftiger Ressourcenbedarfe auf Basis bestehender und optimierter Prozesse auf Normalstation im Benchmark

Prozessoptimierungen Intensiveinheiten

- Simulation benötigter Ressourcenbedarfe auf Basis eines sich ändernden Portfolios

Prozessoptimierungen OP

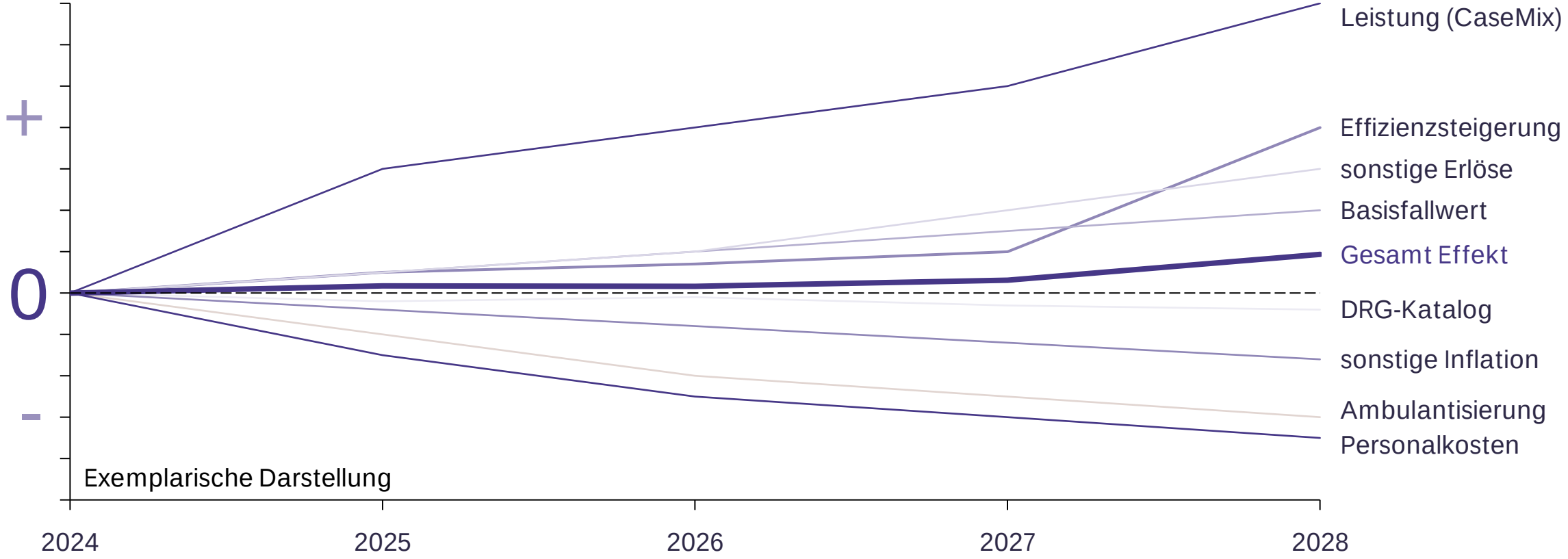
- Simulation der OP-Ressourcen vor dem Hintergrund optimierter Ressourcennutzung und der Verschiebung ambulanter Eingriffe aus dem Zentral-OP in ambulante OP-Möglichkeiten

Alle Dimensionen wurden auf der Ebene der Fachabteilungen, der neuen Leistungsgruppen sowie einer erweiterten Leistungsgruppensystematik (miralytik Leistungsgruppen (MDG+®)) analysiert, diskutiert, bewertet und simuliert.

Quelle: skbs

Multiple Einflussfaktoren wirken sich divergent auf das wirtschaftliche Ergebnis aus

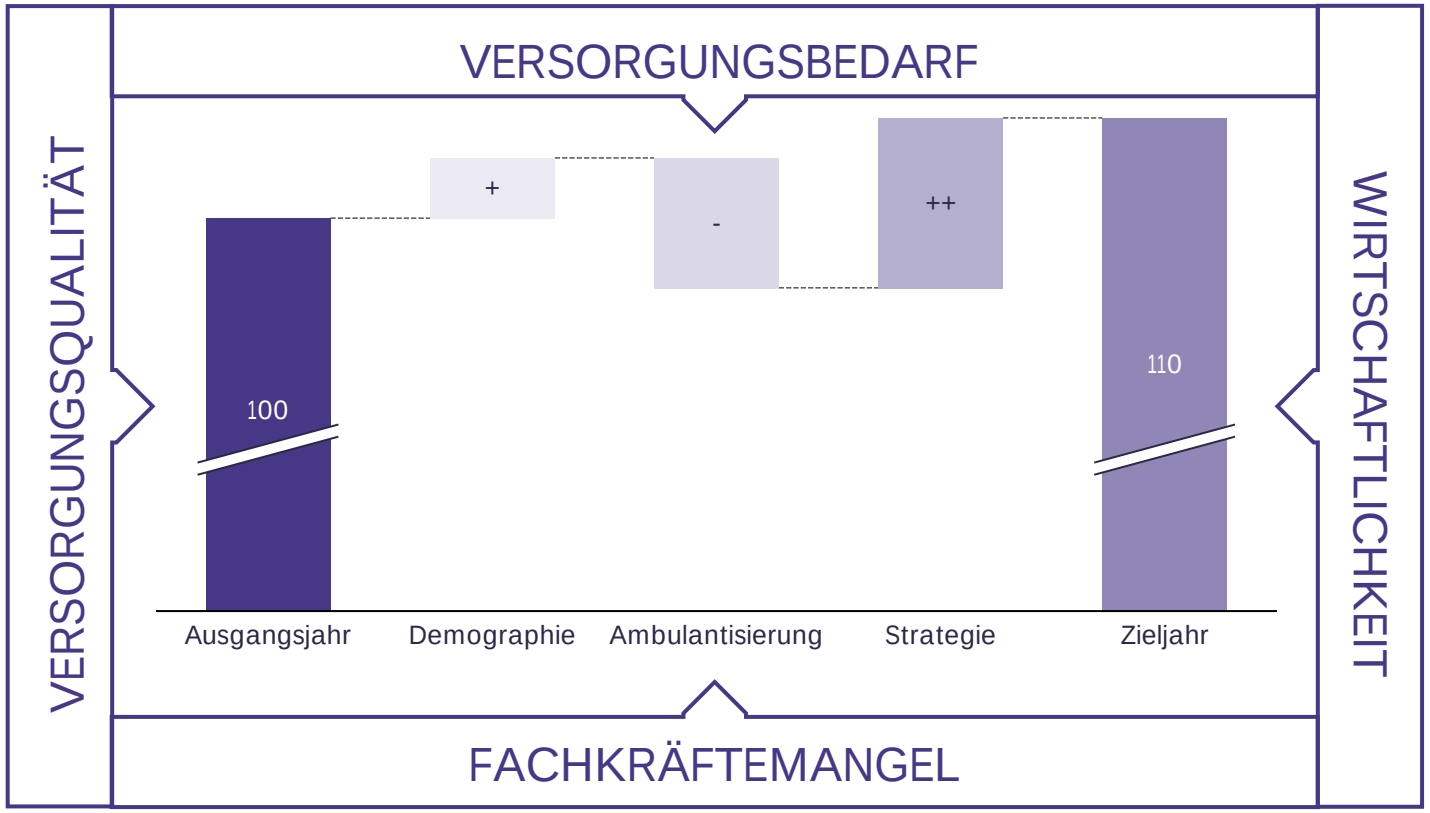
Einflussentwicklung ausgewählter Faktoren



Quelle: skbs

Die leistungsseitigen Einflussfaktoren der Medizinstrategie zeigen im Detail ebenfalls divergente Effekte

Exemplarische Einflussfaktoren Leistungsentwicklung in %



Die Medizinstrategie basiert auf einer hausspezifischen, einzelfallbezogenen und mit den Leistungserbringenden abgestimmten Leistungsprognose, unter Berücksichtigung von:

- der regionalen Bevölkerungsentwicklung (+)
- strategischen Effekten (++)
- der Ambulantisierung (-)

Quelle: skbs

skbs

Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung und Ergebnis-verbesserungsmaßnahmen

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

FPDA-Sitzung 5. Dezember 2024

Abkürzungen (1/5)

Abkürzung	Bedeutung
&	Und
€	Euro
abs.	Absolut
ACH	Allgemeinchirurgie
ÄD	Ärztlicher Dienst
AKG	Allianz kommunaler Großkrankenhäuser
AL	Abteilungsleiter
Allg.	Allgemein
amb.	Ambulant
AOP	Ambulantes Operieren
Aufw.	Aufwendungen
Auge	Augenheilkunde
B	Bereinigt
B	Bereinigt
BCM	Business Continuity Management
BelT	Belegtage
betriebl.	Betrieblich
BS	Braunschweig

Abkürzung	Bedeutung
CA	Chefarzt
CAGR	Compound annual growth rate
Chirurg.	Chirurgisch
CMI	Case-Mix-Index
CMP	Case-Mix-Punkte
DB	Deckungsbeitrag
Diff.	Differenz
DMI	Day-Mix-Index
Dr.	Doktor
DRG	Diagnosis Related Group
EBITDA	Earnings before interest, taxes, deprciation and amortization (Betriebsergebnis)
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
Endo	Endokrinologie
EvB	Ergebnisverbesserungsbedarf
FAB	Fachabteilung
FD	Funktionsdienst
FRA	Frankfurt
FZ	Fallzahl

© WMC HEALTHCARE GmbH

Quelle: WMC Healthcare

Abkürzungen (2/5)

Abkürzung	Bedeutung
FZZ	Fahrzeitzone
g	Gramm
Gastro	Gastroenterologie
GBA	Gemeinsamer Bundesausschuss
Geb	Geburtshilfe
Geri	Geriatrie
GF	Geschäftsführer
ggf.	Gegebenenfalls
gGmbH	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
ggü.	Gegenüber
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte
GuV	Gewinn- und Verlusrechnung
Gyn	Gynäkologie
h	Stunden
Hämato	Hämatologie
HGB	Handelsgesetzbuch
HH	Hamburg

Abkürzung	Bedeutung
HIV	Humanes Immundefizienz-Virus
HNO	Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde
HR	Hochrechnung
HR	Human Ressources
HTG	Herz-, Thorax- und Gefäßchirurgie
i.H.v.	In Höhe von
ICD	International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems
IMC	Intermediate Care
InEK	Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus
inkl.	Inklusive
Inn.	Innere
Insb.	Insbesondere
ITS	Intensivstation
Kardio	Kardiologie
KFZ	Kraftfahrzeug
KGr.	Kontengruppe
KH	Krankenhaus
KHP	Klinisches Hauspersonal

© WMC HEALTHCARE GmbH

Quelle: WMC Healthcare

Abkürzungen (3/5)

Abkürzung	Bedeutung
KHTG	Krankenhaustransparenzgesetz
KHVVG	Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz
KHZG	Krankenhauszukunftsgesetz
KiChri	Kinderchirurgie
km	Kilometer
KST	Kostenstelle
KV	Klinikvergleich
kWh	Kilowattstunde
LAK	Leiharbeitskraft
LBFW	Landesbasisfallwert
Leist.	Leistung
LK	Landkreis
Max.	Maximum
Max.	Mitarbeiter
Med.	Medizinisch
Min.	Minuten
Min.	Minimum
Mio.	Millionen

Abkürzung	Bedeutung
MKG	Mund-, Kiefer- & Gesichtschirurgie
MTD	Medizinisch-technischer Dienst
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum
NCH	Neurochirurgie
Neo	Neonatologie
Nephro	Nephrologie
Neuro	Neurologie
NRW	Nordrhein-Westfalen
NUK	Nuklearmedizin
Ø	Durchschnitt
OA	Oberarzt
öff.	Öffentlich
Onko	Onkologie
OP	Operation
Ortho	Orthopädie
P	Plan
p.a.	per annum
PA	Personal der Ausbildungsstätten

© WMC HEALTHCARE GmbH

Quelle: WMC Healthcare

Abkürzungen (4/5)

Abkürzung	Bedeutung
Päd.	Pädiatrie
Pat.	Patient
PCH	Plastische- & Handchirurgie
PD	Pflegedienst
PEPP	Pauschalierendes Entgeltsystem Psychiatrie und Psychosomatik
PKV	Private Krankenversicherung
PLZ	Postleitzahl
Pneu	Pneumologie
PPUGV	Pflegepersonaluntergrenzenverordnung
Prof.	Professor
pt	Punkt
Q	Quartal
Rad	Radiologie
rel.	Relativ
RHB	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
Rheuma	Rheumatologie
S	Stadt
S1	Standort Holwedestraße

Abkürzung	Bedeutung
S2	Standort Salzdahlumerstraße
S3	Standort Cellerstraße
SbA	Sonstige betriebliche Aufwendungen
SbE	Sonstige betriebliche Erträge
SD	Sonderdienst
SK	Stadtkreis
skbs	Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH
SP	Sonstiges Personal
SPZ	Sozialpädiatrisches Zentrum
St.	Sankt
stat.	Stationär
Stb.	Stabsbereich
Std.	Stunden
Str.	Straße
Strahl.	Strahlentherapie
TD	Technischerdienst
Transp.	Transport
Tsd.	Tausend

© WMC HEALTHCARE GmbH

Quelle: WMC Healthcare

Abkürzungen (5/5)

Abkürzung	Bedeutung
u.a.	Unter anderem
UCH	Unfallchirurgie
UE	Umsatzerlöse
Unfall	Unfallchirurgie
Uro	Urologie
v.a.	Vor allem
VD	Verwaltungsdienst
VK	Vollkräfte
VWD	Verweildauer
W&I	Wartung und Instandhaltung
WL	Wahlleistung
WP	Wirtschaftsplan
WS	Wirbelsäule
WUV	Wirtschafts- und Versorgungsdienst
YTD	Year to date
z.B.	Zum Beispiel
zzgl.	Zuzüglich
u.a.	Unter anderem

© WMC HEALTHCARE GmbH

Quelle: WMC Healthcare

Agenda

1	Projektauftrag	8
2	Ausgangslage	11
3	Wirtschaftliche Prognose	17
3.1	Nullszenario	21
3.2	Optimierungsszenario	23
4	Empfehlung	26

© WMC HEALTHCARE GmbH

Agenda

1	**Projektauftrag**	**8**
2	Ausgangslage	11
3	Wirtschaftliche Prognose	17
4	Empfehlung	26

© WMC HEALTHCARE GmbH

Projektinhalte | Beantwortung der zentralen Fragestellungen im Rahmen von 3 Modulen

1 Standortbestimmung

Analyse des Status quo und Einordnung der aktuellen Situation

Bewertung der Ergebnis-, Liquiditäts-, und Vermögens- bzw. Investitions-planung

Effizienzprüfung des Liquiditäts- und Forderungsmanagements

2 Strategische Handlungsoptionen (Zielbild 2028)

Identifikation von Auffälligkeiten und Potenzialen

Ableitung von strategischen Handlungsoptionen

Entwicklung von Maßnahmen zur langfristigen Ergebnissicherung

3 Wirtschaftliche Prognose

Wirtschaftliche Entwicklung ohne Umsetzung von Maßnahmen

Kalkulation der wirtschaftlichen Tragfähigkeit unter Berücksichtigung der identifizierten Maßnahmen

Herausstellen der Finanzierungskraft aus dem operativen Betrieb

Im Ergebnis entsteht ein **Gutachten zur Stabilisierung und Zukunftssicherung** des Klinikums

© WMC HEALTHCARE GmbH

Quelle: WMC Healthcare

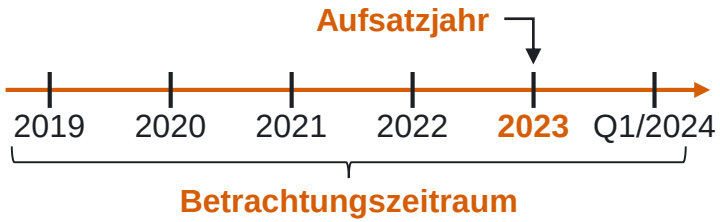
Methodik | Sicherstellung einer hohen Robustheit durch Schaffung von Vergleichbarkeit, sehr hoher Transparenz und einem kontinuierlichen Austausch

Datenbasierte Analysen

Datengrundlagen

- **Finanzen/Controlling:**
  z.B. GuV, Bilanz, Wirtschaftsplan, …
- **Leistung/klinischer Betrieb**
  z.B. §21-Datensätze, OP-Daten, …
- **Personal:**
  z.B. VK-Statistik, Personalkosten, …
- **Medizinischer Sachbedarf:**
  z.B. Apothekendaten, Verbrauchsgüter, …
- **Nicht medizinischer Sachbedarf:**
  z.B. Gebäudereinigung, Technik, Labor, …
- **Medizin- & Standortstrategie:**
  z.B. Masterplanung, Medizinstrategie, …

Aufsatzjahr / Betrachtungsjahr



Einordnung der Erkenntnisse

Methodik

- ✓ Abgleich mit der retrospektiven Entwicklung des skbs
- ✓ Einordnung gegenüber vergleichbaren Häusern und internen sowie externen Benchmarks

Erläuterung Benchmarks

Eigenschaften Klinikvergleich (nicht abschließend):

- Maximalversorger (& Unikliniken)
- Mehrere Standorte
- Großes Versorgungsgebiet mit geringem Wettbewerb durch andere Maximalversorger in direkter Umgebung
- Ähnliche medizinische Schwerpunkte
- Wesentliche Leistungskennzahlen: Fälle, Case-Mix, CMI, Betten, …

Validierung der Auffälligkeiten

Regelmäßiger Austausch zwischen Stadt, skbs und WMC

WMC Präsenz im Klinikum (teils JF-Struktur)

Gremien

- Lenkungsgruppe
- Projektgruppe
- Workshop
- Jour fixe Finanzen & Liquidität
- Diverse Treffen auf Arbeitsebene

Zur Plausibilisierung der Ergebnisse mit dem Klinikum

Quelle: WMC Healthcare

© WMC HEALTHCARE GmbH

Agenda

1	Projektauftrag	8
2	**Ausgangslage**	**11**
3	Wirtschaftliche Prognose	17
4	Empfehlung	26

© WMC HEALTHCARE GmbH

Entwicklungen und Herausforderungen in den deutschen Krankenhäusern

Regulatorik führt zu Unsicherheit

Krankenhausreform und Leistungsgruppensystematik

KHTG und KHVVG(1)

Strukturanforderungen und Abhängigkeiten

Veränderung der stationären Versorgung

Fallzahlstagnation

Ambulante Medizin

Notfalldruck

Treiber des operativen Betriebs

Massive Tarif- und Preisentwicklungen

Unterproportionaler Erlösanstieg

Produktivitätsreserven

Wirtschaftlichkeit und Liquidität

Negative Ergebnisentwicklung

Überlagernde Sonder-/Einmaleffekte

Investitionsverpflichtungen/ nachgelagerte Finanzierung

Hoher Handlungsdruck durch Unsicherheit, Dynamik und Geschwindigkeit

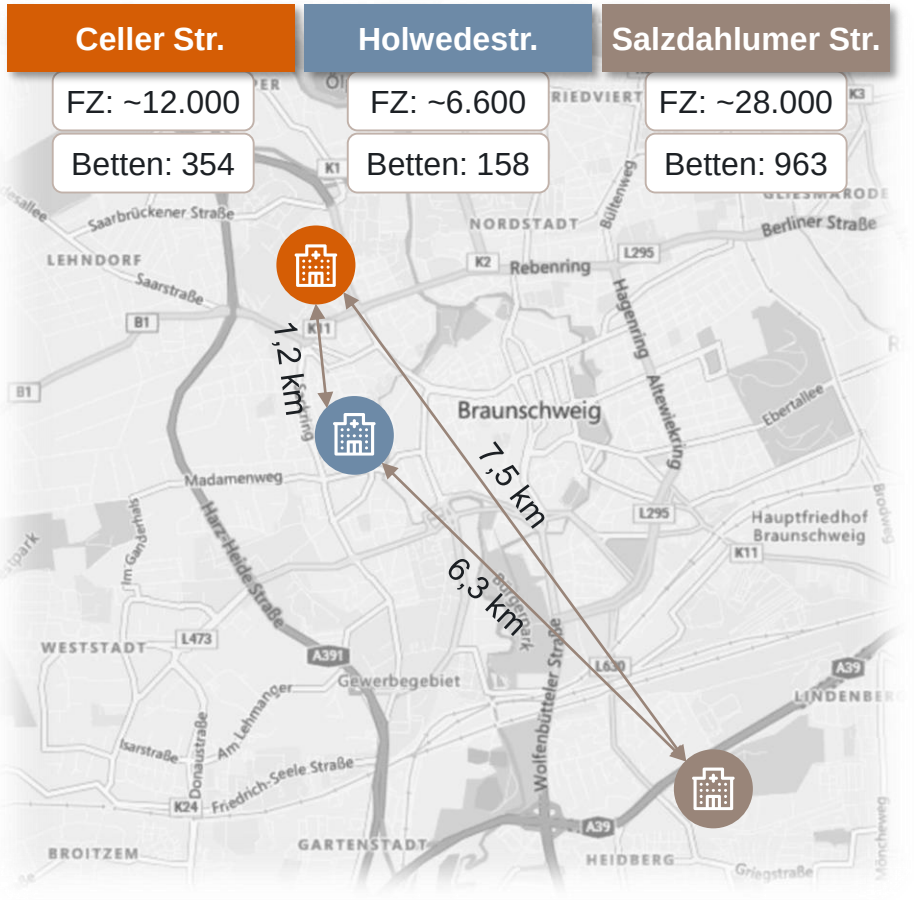
(1) KHTG: Krankenhaustransparenzgesetz; KHVVG: Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz

Quelle: WMC Healthcare

© WMC HEALTHCARE GmbH

55 von 1285 in Zusammenstellung

Überblick skbs | Städtisches Klinikum Braunschweig als eines der größten Krankenhäuser Niedersachsens mit hoher Relevanz in der Region



Medizin

- **~1.500** Betten(1) verteilt auf **3** Standorte
- **~50 Tsd.** stationäre und **~200 Tsd.** ambulante Patienten
- **22** Kliniken, **10** selbstständige klinische Abteilungen und **8** Institute

Personal

- **4.000** Mitarbeiter
- **Lehrkrankenhaus** der Medizinischen Hochschule Hannover
- **Viertgrößter** Arbeitgeber in Braunschweig

Finanzen

- **~450 Mio. €** Umsatz(2)
- **~-14 Mio. €** EBiTDA(2)
- **~-2 Mio. €** Jahresergebnis(2)

(1) Voll- & teilstationäre Planbetten (2) 2023

Quelle: Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH; WMC Healthcare

© WMC HEALTHCARE GmbH

56 von 1285 in Zusammenstellung

Einordnung | Bei den nicht-universitären Maximalversorgern befindet sich das skbs unter den Top-10 der größten Maximalversorger mit < 4 Standorten

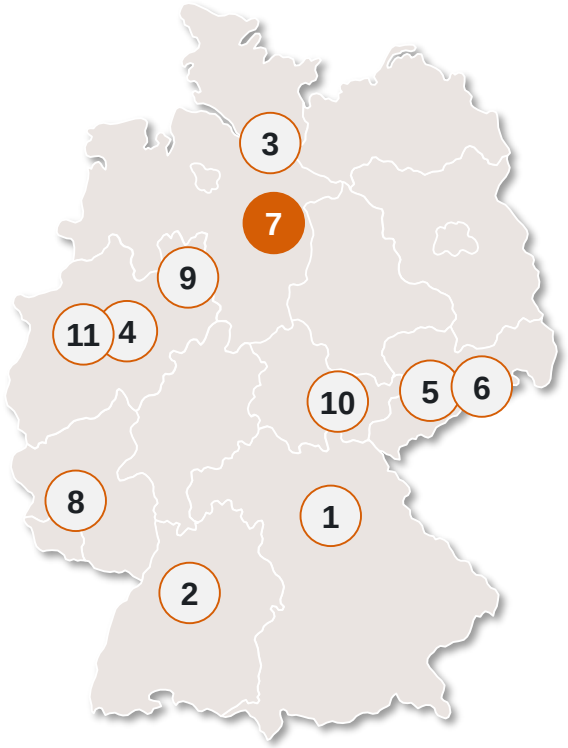
Übersicht der größten nicht-universitären Maximalversorger Deutschlands

~1.900
Krankenhäuser gesamt

~90
Krankenhäuser >800 Betten(2)

Das **Städtische Klinikum Braunschweig** gehört zu den **5 % der größten Krankenhäuser**

Karte Deutschland



	Name der Klinik	Betten(1)	Mitglied AKG
1	Klinikum Nürnberg	2.233	✓
2	Klinikum Stuttgart	2.200	✓
3	Asklepios Klinik Nord	1.800	
4	Evangelisches Klinikum Bethel	1.755	✓
5	Klinikum Chemnitz	1.735	✓
6	Städtisches Klinikum Dresden	1.557	✓
7	Städtisches Klinikum Braunschweig	1.499	✓
8	Westpfalz-Klinikum	1.391	✓
9	Klinikum Dortmund	1.408	✓
10	Helios Klinikum Erfurt	1.282	
11	Evangelisches Klinikum Niederrhein	1.274	

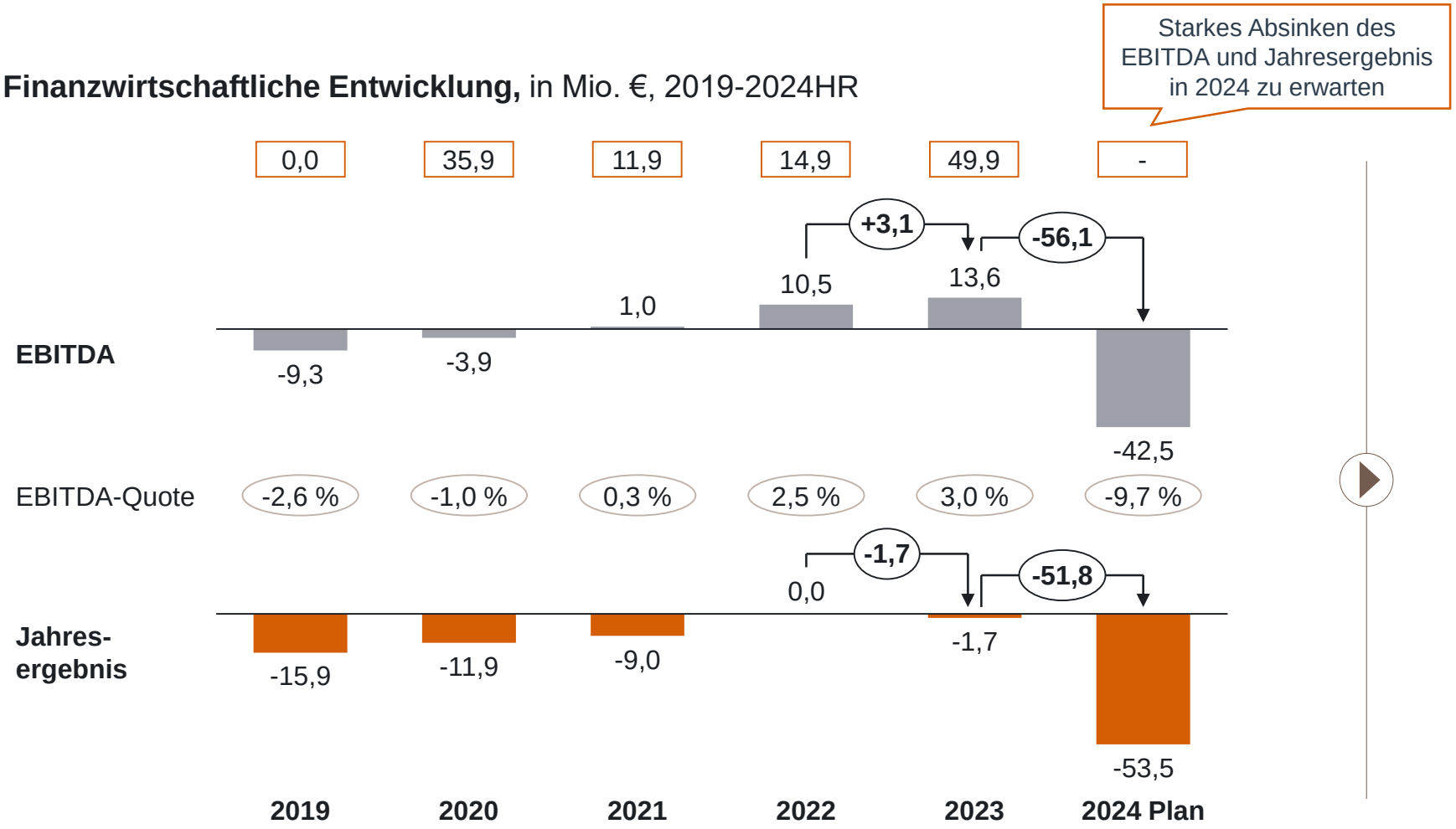
(1) Betten gemäß Krankenhausverzeichnis stand 31.12.21 (ggf. Verteilung auf mehrere Standorte) (2) Inkl. Uniklinika

Quelle: Statistisches Bundesamt; WMC Healthcare

© WMC HEALTHCARE GmbH

Übersicht | Positive Entwicklung des EBITDA und Jahresergebnis ist auf Sondereffekte wie Ertragszuschüsse und Bundesausgleiche zurückzuführen

Finanzwirtschaftliche Entwicklung, in Mio. €, 2019-2024HR



Bereits im Jahr **2019** negative **EBITDA-Quote** von **-2,6 %** – **Vergleichbare Kliniken** erzielten vor der Pandemie **positive EBITDAs**

Ausgleich der Ergebnisse 2020-2023 durch **Ertragszuschüsse** – kumulativer Zuschuss beträgt **~113 Mio. €**

Massives Abrutschen des operativen Ergebnisses **in der Pandemie** ohne Zuschüsse – grundsätzlich marktübliche Beobachtung

(1) Zum 31.03.2024

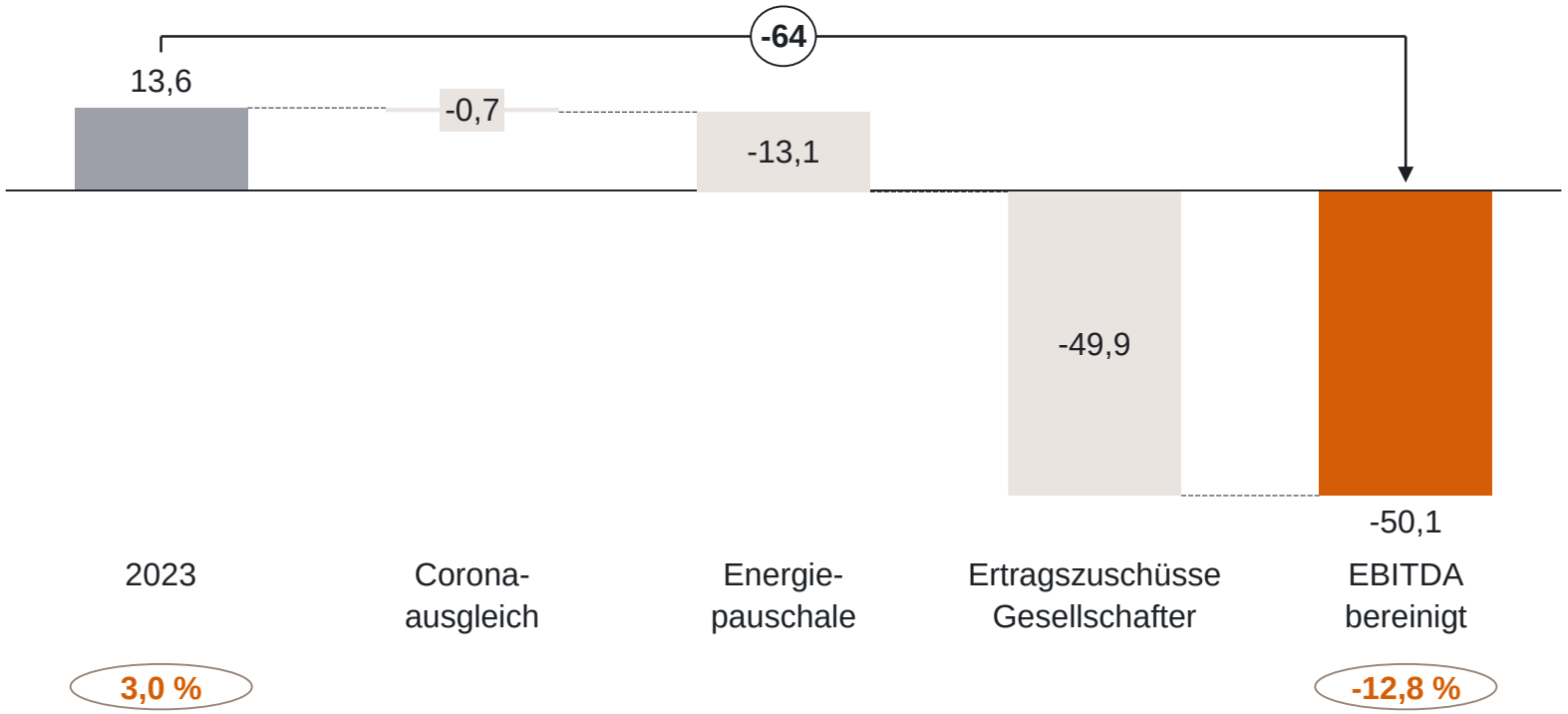
Quelle: GuV skbs 2019-2024YTD; WMC Healthcare

© WMC HEALTHCARE GmbH

Bereinigter Aufsatzpunkt | Durch die Bereinigung der Sondereffekte sinkt das EBITDA 2023 um ~64 Mio. € auf ~-50 Mio. €

x % EBITDA-Marge

EBITDA Bereinigung um Sondereffekte, 2023, in Mio. €



Die **Sondereffekte** sind **nicht nachhaltig** und werden sich in 2024 nicht fortsetzen – die **Ausgleichszahlungen** für **Corona** und **Energie laufen in 2024 aus** und auch der **Gesellschafterzuschuss soll perspektivisch sinken**

Unter Berücksichtigung von **Einmal- und Sondereffekten** beträgt das EBITDA 2023 **~-50 Mio. €**

Jährlicher Druck der Kosten-Erlösentwicklung beträgt 4-5 Mio. € – dieser Effekt muss bei einem stabilen Ergebnis unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen jedes Jahr erreicht werden

Damit liegt die **Absprungbasis für** das Jahr **2024** bei **-55 Mio. €**

Quelle: GuV skbs 2023; WMC Healthcare

© WMC HEALTHCARE GmbH

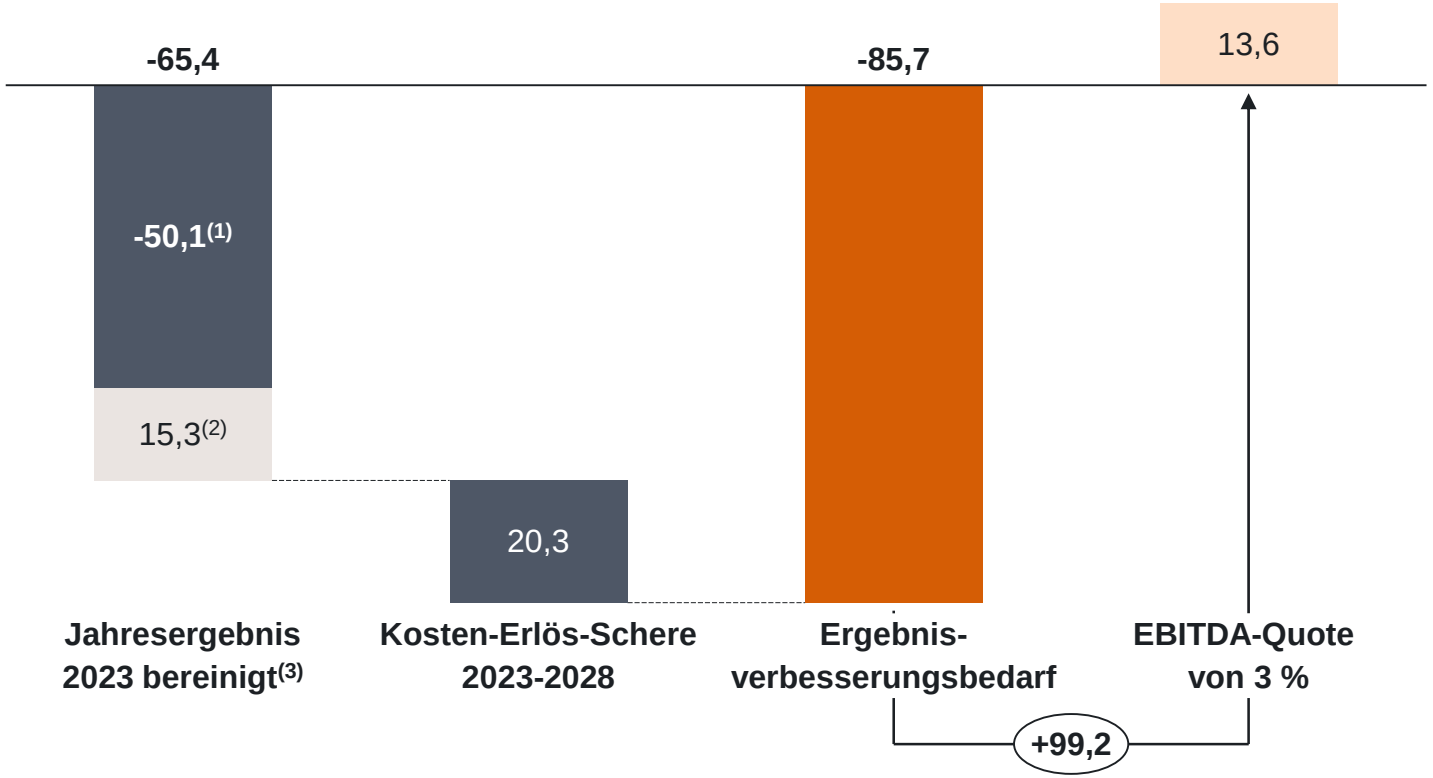
Agenda

1	Projektauftrag	8
2	Ausgangslage	11
3	**Wirtschaftliche Prognose**	**17**
3.1	Nullszenario	21
3.2	Optimierungsszenario	23
4	Empfehlung	26

© WMC HEALTHCARE GmbH

Ergebnisverbesserungsbedarf | Unter Berücksichtigung der Kosten-Erlös-Schere und einer EBITDA-Quote von 3 % beträgt der Ergebnisverbesserungsbedarf ~100 Mio. €

Ergebnisverbesserungsbedarf (EvB) 2028, in Mio. €



Unter der Annahme, dass die Abschreibungen, das Investitions- & Finanzergebnis, sowie die Steuern konstant bleiben liegt der **Ergebnis-verbesserungsbedarf bei ~100 Mio. €** (inkl. einer EBITDA-Quote von 3 %)

Eine marktübliche EBITDA-Quote würde die Abschreibungen, Investitions- & Finanzergebnisse und Steuern aus dem Jahr 2023 annähernd neutralisieren

(1) EBITDA bereinigt (2) Abschreibungen, Investitions- & Finanzergebnis & Steuern (3) Bereinigt um Sondereffekte (Coronaausgleiche, Energieausgleich & Verlustausgleich des Gesellschafters)

Quelle: WMC Healthcare

© WMC HEALTHCARE GmbH

Methodik Defizitcluster | Der Jahresfehlbetrag kann in 4 Defizitcluster gegliedert werden

Übersicht der Cluster

Defizitcluster	Resultiert aus….	Beispiele
Investiv	Das Investive Defizit basiert auf den überdurchschnittlich hohen Abschreibungen und Zinsaufwendungen im Rahmen der Standortkonsolidierung, welche aus der Eigenmittelfinanzierung resultieren, sowie den hohen Instandhaltungskosten	• Abschreibungen, Zinsaufwendungen & Instandhaltungskosten die über das normale Maß hinaus gehen
Strukturell	Der Strukturelle Nachteil ergibt sich aus dem Zusammenspiel von regulatorischen Rahmenbedingungen in Bezug auf die Krankenhausplanung und -finanzierung, die zu strukturellen Defiziten führen	• Nicht auskömmlich refinanzierte amb. Notfälle & Fachabteilungen • Maximalversorgungsanteil gemäß versorgungsauftrag
Infrastrukturell	Das infrastrukturelle Cluster setzt sich zusammen aus infrastrukturellen Nachteilen durch die 3 Standorte und Synergiepotenzialen durch die Konsolidierung & Zentralisierung	• Synergiepotenziale: Labor, Ambulanzzentrum, Pforte, etc. • Infrastrukturelle Nachteile: Transporte, Feuerwehr, ITS-Stationen, etc.
Operativ	Das operative Defizit ist das am besten adressierbare und ist getrieben von den betrieblichen Kosten und Erlösen sowie den Prozessen des skbs	• Erlöse: Leistung & Fallzahlen • Kosten: Personal, Produktivität & Sachkosten • Prozesse

© WMC HEALTHCARE GmbH

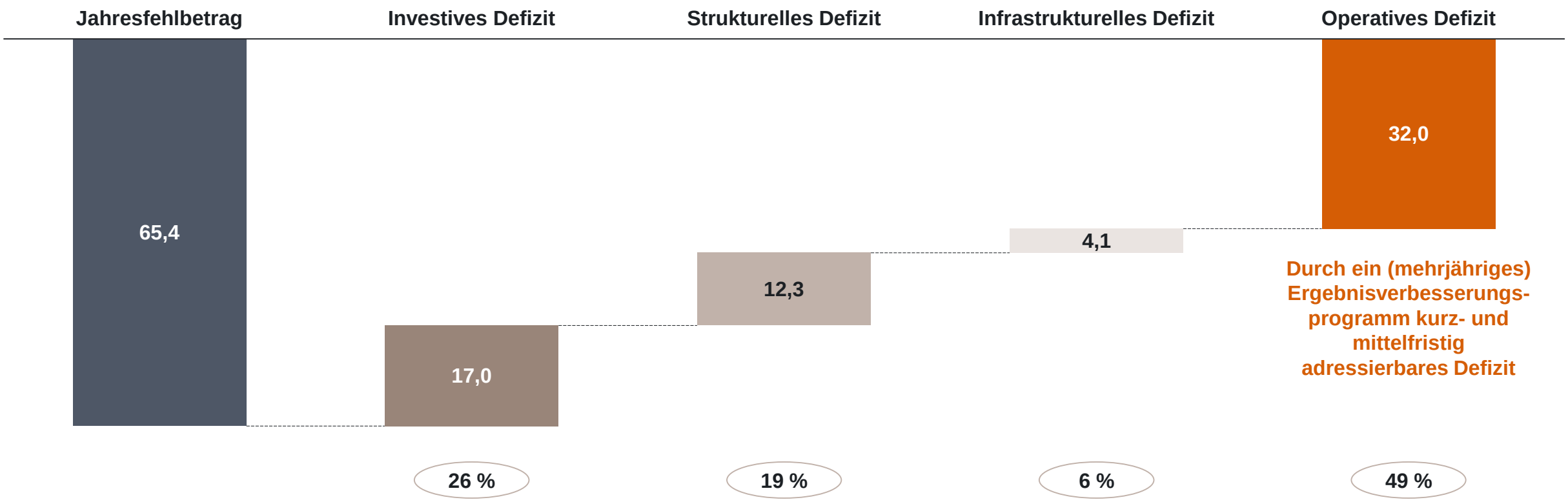
Quelle: GuV skbs; WMC Healthcare

Defizitclusterung | Aus der Defizitclusterung ergibt sich ein durch ein (mehrjähriges) Ergebnisverbesserungsprogramm adressierbares Defizit

Übersicht

Aufteilung des Jahresfehlbetrag in Defizitcluster

X % Anteil an Gesamtdefizit



Quelle: GuV skbs; WMC Healthcare

© WMC HEALTHCARE GmbH

Agenda

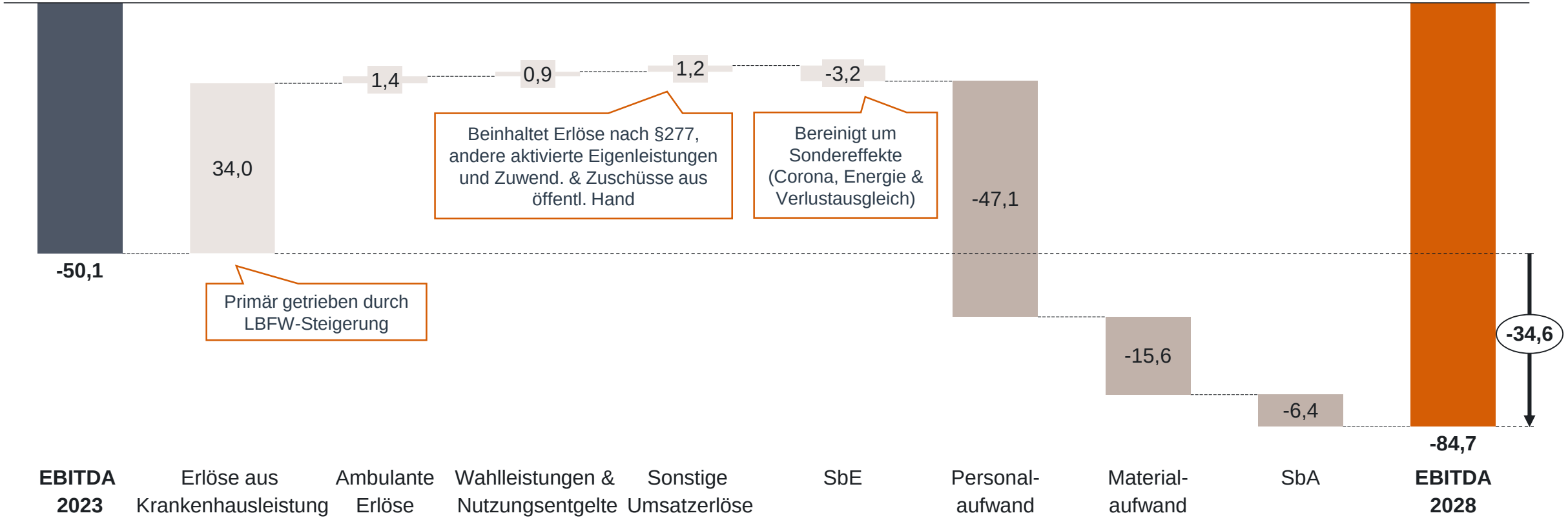
1	Projektauftrag	8
2	Ausgangslage	11
3	Wirtschaftliche Prognose	17
3.1	**Nullszenario**	**21**
3.2	Optimierungsszenario	23
4	Empfehlung	26

© WMC HEALTHCARE GmbH

EBITDA | Das bereinigte EBITDA 2023 verschlechtert sich im Nullszenario von -50 Mio. € um insgesamt 35 Mio. € auf -85 Mio. € im Jahr 2028

Nullszenario

EBITDA-Entwicklung, 2023bereinigt bis 2028, in Mio. €



Quelle: Nullszenario; WMC Healthcare

© WMC HEALTHCARE GmbH

Agenda

1	Projektauftrag	8
2	Ausgangslage	11
3	Wirtschaftliche Prognose	17
3.1	Nullszenario	21
3.2	**Optimierungsszenario**	**23**
4	Empfehlung	26

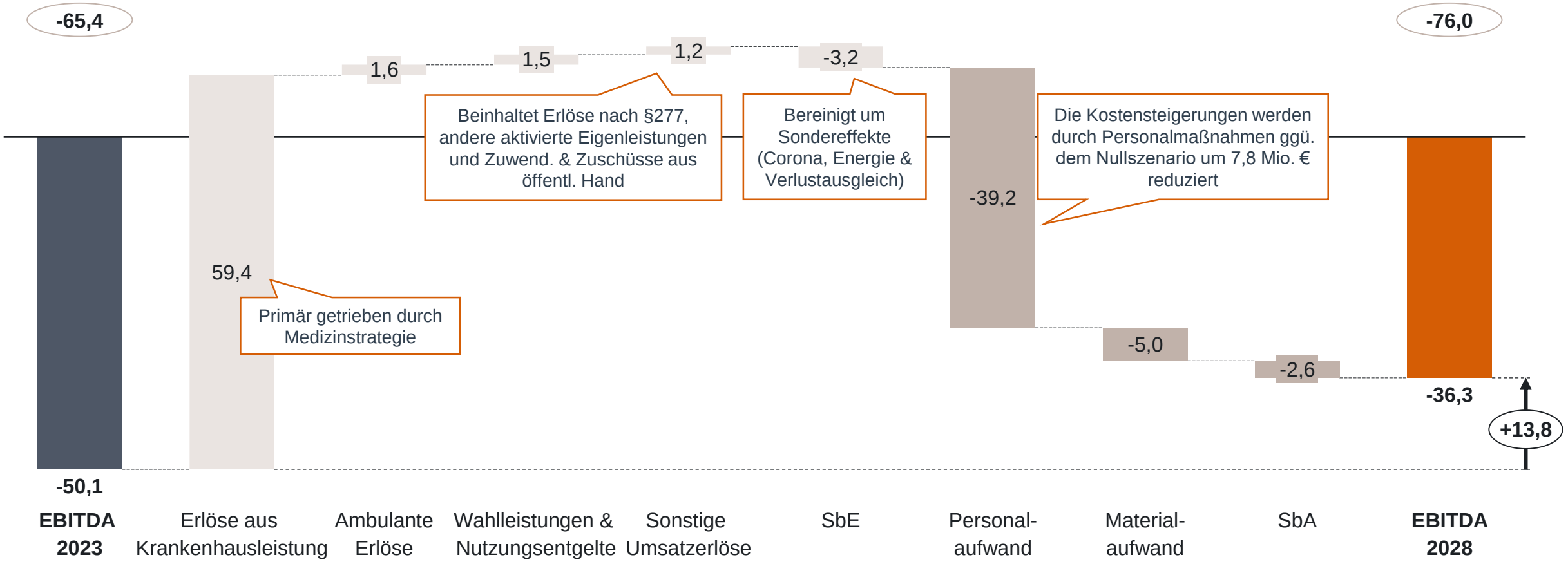
© WMC HEALTHCARE GmbH

EBITDA | Das bereinigte EBITDA 2023 verbessert sich im Optimierungsszenario von -51,1 Mio. € um insgesamt 13,8 Mio. € auf -36,3 Mio. € im Jahr 2028

Optimierungsszenario

x Jahresergebnis

EBITDA-Entwicklung, 2023bereinigt bis 2028, in Mio. €

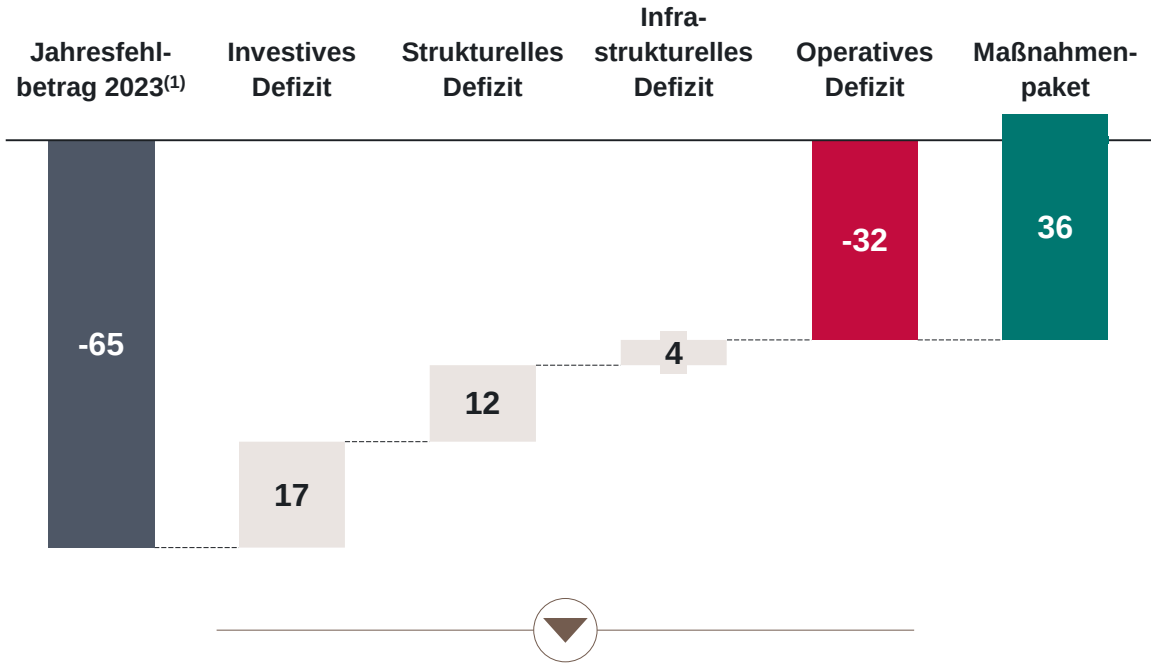


© WMC HEALTHCARE GmbH

Quelle: Optimierungsszenario; WMC Healthcare

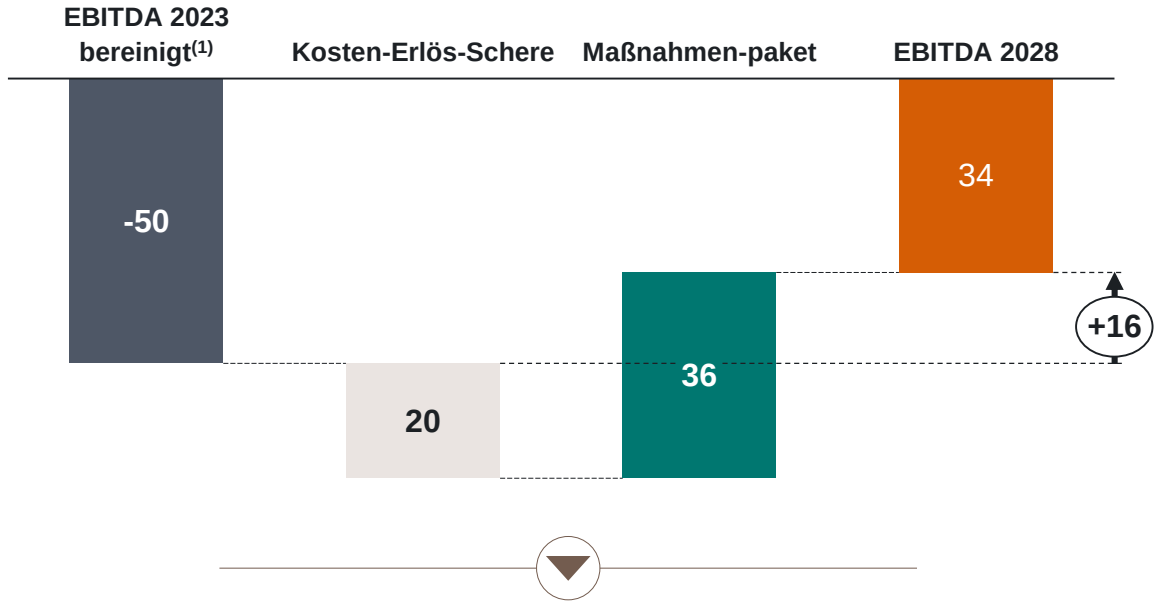
Zusammenfassung Ergebnisentwicklung | Die Höhe des Maßnahmenpakets ist geeignet, die Kosten-Erlös-Schere zu adressieren und das EBITDA zu verbessern

Defizitclusterung, 2023, in Mio. €



- Das **investive, strukturelle und infrastrukturelle Defizit** ist durch operative Maßnahmen **nicht adressierbar**
- Das **Maßnahmenpaket adressiert** mit 36 Mio. € das **operative Defizit vollständig**

EBITDA-Entwicklung bis 2028, in Mio. €



- Die **Kosten-Erlös-Schere** von 20 Mio. € wird durch das Maßnahmenpaket **vollständig kompensiert**
- **Das Maßnahmenpaket verbessert das EBITDA um ~16 Mio. €**

(1) Bereinigt um Sondereffekte (Coronaausgleiche, Energieausgleich & Verlustausgleich des Gesellschafters)

Quelle: WMC Healthcare

© WMC HEALTHCARE GmbH

Agenda

1	Projektauftrag	8
2	Ausgangslage	11
3	Wirtschaftliche Prognose	17
4	**Empfehlung**	**26**

© WMC HEALTHCARE GmbH

Erkenntnisse und Empfehlung | Relevante Ergebnisverbesserung im operativen Bereich möglich – klare Umsetzungsstruktur und regelmäßiges Monitoring erforderlich

1	**Begünstigende Markt- & Wettbewerbssituation vorhanden**	• Großes Einzugsgebiet mit relevanter Bevölkerungsanzahl (~760 Tsd. Einwohner innerhalb 30 Min. Fahrzeit, ~1,3 Mio. im Großraum) und geringe Anzahl an Maximalversorgern im direkten Umfeld • Sinnvolle medizinische Schwerpunktsetzung mit zunehmender Fallzahl und positiven Auswirkungen durch KH-Reform (Leistungskonzentration und Vorhaltefinanzierung)
2	**Relevante Verbesserungshebel identifiziert**	• Umfassendes Maßnahmenpaket zur Ergebnisverbesserung identifiziert und konsentiert • Positive wirtschaftliche Entwicklung insbesondere durch Leistungswachstum, Produktivitätssteigerung und Sachkostenanpassung zu erreichen; zudem Rückenwind durch neue Infrastruktur zu erwarten
3	**Operatives Defizit nahezu vollständig adressiert**	• Das direkt adressierbare Defizit im operativen Bereich kann durch das Maßnahmenpaket vollständig geschlossen werden • Die systemimmanenten Finanzierungsprobleme über einen Prognosezeitraum sind planerisch seriös nicht einzufangen – wichtig ist eine Projektion der Effekte unter jetzigen Rahmenbedingungen des aktuellen Jahres
4	**Striktes Umsetzungsprogramm erforderlich**	• Zur Realisierung der Potenziale bzw. Effekte ist eine strikte Umsetzungsstruktur einschließlich regelmäßigem Monitoring erforderlich, Zielabweichungen sind transparent zu reporten und Gegenmaßnahmen einzuleiten • Die Umsetzungsdauer und die nachhaltige Implementierung einer entsprechenden Struktur betragen im Schnitt 3-5 Jahre
5	**Unterstützungsbedarf weiterhin notwendig**	• Das skbs wird mittelfristig einen relevanten Unterstützungsbedarf in den vier Defizitclustern benötigen • Das Ergebnisprogramm ist geeignet den Zuführungsbetrag im operativen Geschäft substanziell zu verringern

© WMC HEALTHCARE GmbH

Quelle: WMC Healthcare

WMC HEALTHCARE GmbH
Healthcare aus Leidenschaft

Friedrichstraße 1 a | 80801 München

+49 89 2620840
kontakt@wmc-healthcare.de
www.wmc-healthcare.de

Absender:
CDU-Fraktion im Rat der Stadt

24-24703-01
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Städtisches Klinikum Braunschweig Medizinstrategie, Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung Änderungsantrag zur Vorlage 24-24703

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	04.12.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	05.12.2024	Ö
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Kenntnis)	05.12.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschlussvorschlag:
1. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen, folgenden Beschluss zu fassen:

‚Die Geschäftsführung wird beauftragt, die Medizinstrategie 2028 und Ergebnisse des WMC-Gutachtens in Abstimmung mit der Gesellschafterin und dem Aufsichtsrat umzusetzen. Diese und weitere nutzbare Impulse aus dem WMC-Gutachten sollen, sofern sie nicht bereits im Wirtschaftsplan 2025 enthalten sind, bei den zukünftigen Wirtschaftsplanungen ab dem Geschäftsjahr 2026 ff. berücksichtigt werden.‘

2. Die städtische Beteiligungsverwaltung beauftragt die mehrjährige Umsetzungsbewertung des WMC-Gutachtens. Die politischen Gremien sind mindestens vierteljährlich über den jeweils aktuellen Sachstand zu informieren.

Sachverhalt:
Die grundsätzliche Ausrichtung des WMC-Gutachtens wird ausdrücklich geteilt. Denn seit mehreren Jahren fordern wir, dass beim Blick auf die finanziellen Defizite des Klinikums zwar richtigerweise auf Land und Bund geblickt wird, dieses aber nicht der ausschließliche Schritt sein darf. Eigene Anstrengungen zur Reduktion der Verluste sind ebenso notwendig – dazu dienen die Ergebnisse des WMC-Gutachtens. Deshalb besteht dieser Änderungsantrag zunächst aus dem Anweisungsbeschluss, welcher die Geschäftsführung beauftragen soll, die Medizinstrategie 2028 und Ergebnisse des WMC-Gutachtens umzusetzen.

Für die Folge ist es aber notwendig, dass sich die Geschäftsführung nicht selbst den „Kontrolleur“ der Umsetzungsbewertung aussucht, sondern dieses durch die Gesellschafterin – also hier unsere Beteiligungsverwaltung für die Stadt Braunschweig – erfolgt. Es wird u.a. von der Geschäftsführung regelmäßig erklärt, dass die Gesellschafterin als Eigentümerin definieren solle, in welchem Umfange und wie das Klinikum seine Leistungen zu erbringen hat. An dieser Stelle muss ein Anfang gemacht werden, um diesen Wunsch umzusetzen.

Abgesehen davon steht es jeder Logik entgegen, dass derjenige, dessen Arbeit kontrolliert werden soll, sich den Kontrolleur selber aussucht und dazu noch definiert, welchen Umfang diese Kontrollen haben sollen. Das muss durch die Stadt Braunschweig als Gesellschafterin erfolgen, um eine wirkliche Unabhängigkeit, bestmögliche Transparenz und größte Umsetzung zu erreichen.

Darüber hinaus haben die politischen Gremien (insbesondere FPDA und AfSG, aber auch der Rat in Gänze) in der Vergangenheit regelmäßig (öffentliche) Informationen eingefordert, da die Situation des Städtischen Klinikums die Menschen in unserer Stadt massiv bewegt. Unter Berücksichtigung des momentanen Defizits von mehr als 70 Millionen Euro pro Jahr ist eine mindestens vierteljährliche öffentliche Berichterstattung auf jeden Fall angezeigt.

Die weitere Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich.

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24703-02
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Städtisches Klinikum Braunschweig
Medizinstrategie, Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	10.12.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Sachverhalt:

Zu dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 04.12.2024 (DS 24-24703-01) wird wie folgt Stellung genommen:

Der Beschlusstext basiert auf einer Empfehlung des Aufsichtsrates des skbs, die in seiner Sitzung am 26. November 2024 ausgesprochen wurde. Zusätzlich ist eine verwaltungsinterne Abstimmung erfolgt, um eine rechtssichere Gestaltung des Beschlusstextes zu erzielen und gleichzeitig eine angemessene Einflussnahme der Gesellschafterin sicherzustellen.

Im Hinblick auf den Änderungsantrag – bzw. die dazugehörige Beschlussvorlage – bezieht die Verwaltung wie folgt ergänzend Stellung:

1. **Der Änderungsantrag überschreitet die Kompetenzen des Beteiligungsmanagements** (im Änderungsantrag *„Beteiligungsverwaltung“*): Die Aufgaben des Beteiligungsmanagements sind in § 150 NKomVG beschrieben: Diese beschränken sich auf die Überwachung und Koordinierung der Unternehmen, zu deren Durchsetzung das Gesetz ein Auskunftsrecht gegenüber den Unternehmen vorsieht. Über eigenständige Handlungskompetenzen gegenüber den Unternehmen verfügt das Beteiligungsmanagement hingegen nicht; es arbeitet vielmehr den städtischen Gremien zu, die auf diesem Wege ihre Steuerungsmöglichkeiten nutzen können. Das Beteiligungsmanagement verfügt aus diesem Grund nicht über die Kompetenz, rechtlich verbindliche Verträge für das skbs abschließen zu können.

2. **Der Änderungsantrag berücksichtigt nicht hinreichend die operative Eigenständigkeit des skbs**: Aus rechtlicher Sicht ist es nicht möglich, der Geschäftsführung zugewiesene Kompetenzen auf Dritte (z. B. auf ein Beratungsunternehmen) zu übertragen. Ein wie in dem Änderungsantrag gefasster Beschluss würde bedeuten, dass die Verwaltung als Auftraggeberin fungieren würde und „Entscheidungen“ des Beratungsunternehmens zu operativen Angelegenheiten des skbs gegenüber der Geschäftsführung durchgesetzt werden müssten. Hierdurch wäre jedoch ein deutliches Kompetenzproblem vorgezeichnet, da operative Entscheidungen der Geschäftsführung obliegen. Insofern ist es erforderlich, die Umsetzungsbewertung in die bestehenden operativen Geschäftsstrukturen rechtssicher zu integrieren. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung berücksichtigt diesen Umstand, indem er die Geschäftsführung als Auftraggeberin und eine enge Abstimmung mit der Gesellschafterin und dem Aufsichtsrat (insbesondere durch Zustimmungsvorbehalte) vorsieht.

In dem Änderungsantrag wird angemerkt, dass es *„notwendig [sei], dass sich die Geschäftsführung nicht selbst den ‚Kontrolleur' der Umsetzungsbewertung aussucht, sondern dieses durch die Gesellschafterin […] erfolgt"*. Um dies sicherzustellen, wurde im Beschlussvorschlag der Verwaltung jeweils eine enge Abstimmung mit der Gesellschafterin und dem Aufsichtsrat vorgesehen; darüber hinaus sind Zustimmungserfordernisse des Aufsichtsrates definiert worden. Insofern wird darauf hingewiesen, dass der Beschlussvorschlag eine angemessene Einflussnahme durch die Gesellschafterin im Rahmen der gesellschaftsrechtlichen Strukturen rechtskonform sicherstellt und gleichzeitig die der Geschäftsführung zustehenden Kompetenzen wahrt.

Festzuhalten ist ferner, dass das durch WMC HEALTHCARE erstellte Gutachten von der Gesellschafterin in Auftrag gegeben worden ist. Dieses unterscheidet sich jedoch von der geplanten Umsetzungsbewertung dahingehend, dass es lediglich dem Feststellen des aktuellen Status quo sowie dem Aufzeigen verschiedener Handlungsmöglichkeiten dient, um der Gesellschafterin eine grundlegende Positionierung zu ermöglichen. Im Gegensatz dazu ist mit der Umsetzungsbewertung eine laufende Begleitung der operativen Geschäftstätigkeit vorgesehen, deren Inanspruchnahme den Aufsichtsrat bei der Wahrnehmung der von ihm wahrzunehmenden laufenden Überwachung der Geschäftstätigkeit unterstützen soll; insofern sind beide Prozesse differenziert zu betrachten.

Geiger

Anlage/n:
keine

Absender:
CDU-Fraktion im Rat der Stadt

24-24703-03
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Städtisches Klinikum Braunschweig Medizinstrategie, Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung Änderungsantrag zur Vorlage 24-24703

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	16.12.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschlussvorschlag:
1. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen, folgenden Beschluss zu fassen:

‚Die Geschäftsführung wird beauftragt, die Medizinstrategie 2028 und Ergebnisse des WMC-Gutachtens in Abstimmung mit der Gesellschafterin und dem Aufsichtsrat umzusetzen. Diese und weitere nutzbare Impulse aus dem WMC-Gutachten sollen, sofern sie nicht bereits im Wirtschaftsplan 2025 enthalten sind, bei den zukünftigen Wirtschaftsplanungen ab dem Geschäftsjahr 2026 ff. berücksichtigt werden.‘

2. Die **Verwaltung** beauftragt die mehrjährige Umsetzungsbewertung des WMC-Gutachtens. Die politischen Gremien sind mindestens vierteljährlich über den jeweils aktuellen Sachstand zu informieren.

Sachverhalt:
Mit ihrer kurzfristigen schriftlichen Stellungnahme vom Tag der Sitzung des Verwaltungsausschusses (vgl. DS.-Nr. 24-24703-02) hat die Verwaltung darauf hingewiesen, dass die in der ursprünglichen Fassung des Änderungsantrages gewählte Formulierung die Kompetenzen des Beteiligungsmanagements nach § 150 NKomVG überschreiten würde. Mit der nun vorgelegten Formulierung („Verwaltung“) wird diesem Einwand Rechnung getragen.

Es bleibt jedoch festzuhalten, dass nicht nur die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH (skbs), sondern auch die Verwaltung ein eigenes Gutachten zur finanziellen Solidität des skbs beauftragt hatte, da man dem vom Klinikum beauftragten Gutachter misstraute. Es ist also kein Grund ersichtlich und geradezu unlogisch, warum die Verwaltung – trotz aller gebotenen und notwendigen Eigenständigkeit der Gesellschaft – nicht auch die Kontrolle der Umsetzung des WMC-Gutachtens beauftragen sollte.

Die im ursprünglichen Änderungsantrag vorgebrachten Argumente behalten also ihre Gültigkeit, so dass die Begründung hier noch einmal in Gänze wiedergegeben wird:

Die grundsätzliche Ausrichtung des WMC-Gutachtens wird ausdrücklich geteilt. Denn seit mehreren Jahren fordern wir, dass beim Blick auf die finanziellen Defizite des Klinikums zwar richtigerweise auf Land und Bund geblickt wird, dieses aber nicht der ausschließliche Schritt sein darf. Eigene Anstrengungen zur Reduktion der Verluste sind ebenso notwendig – dazu dienen die Ergebnisse des WMC-Gutachtens. Deshalb besteht dieser Änderungsantrag zunächst aus dem Anweisungsbeschluss, welcher die Geschäftsführung beauftragen soll, die Medizinstrategie 2028 und Ergebnisse des WMC-Gutachtens umzusetzen.

Für die Folge ist es aber notwendig, dass sich die Geschäftsführung nicht selbst den „Kontrolleur“ der Umsetzungsbewertung aussucht, sondern dieses durch die Gesellschafterin – also hier unsere Beteiligungsverwaltung für die Stadt Braunschweig – erfolgt. Es wird u.a. von der Geschäftsführung regelmäßig erklärt, dass die Gesellschafterin als Eigentümerin definieren solle, in welchem Umfange und wie das Klinikum seine Leistungen zu erbringen hat. An dieser Stelle muss ein Anfang gemacht werden, um diesen Wunsch umzusetzen.

Abgesehen davon steht es jeder Logik entgegen, dass derjenige, dessen Arbeit kontrolliert werden soll, sich den Kontrolleur selber aussucht und dazu noch definiert, welchen Umfang diese Kontrollen haben sollen. Das muss durch die Stadt Braunschweig als Gesellschafterin erfolgen, um eine wirkliche Unabhängigkeit, bestmögliche Transparenz und größte Umsetzung zu erreichen.

Darüber hinaus haben die politischen Gremien (insbesondere FPDA und AfSG, aber auch der Rat in Gänze) in der Vergangenheit regelmäßig (öffentliche) Informationen eingefordert, da die Situation des Städtischen Klinikums die Menschen in unserer Stadt massiv bewegt. Unter Berücksichtigung des momentanen Defizits von mehr als 70 Millionen Euro pro Jahr ist eine mindestens vierteljährliche öffentliche Berichterstattung auf jeden Fall angezeigt.

Die weitere Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich.

Dieser Änderungsantrag ersetzt den Antrag 24-24703-01.

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24713
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Städtisches Klinikum Braunschweig
Aufruf zur Sicherstellung der Krankenhausfinanzierung

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	02.12.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	05.12.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

1. Die Stadt Braunschweig will das Städtische Klinikum Braunschweig (SKBS) auch künftig als Klinikum in öffentlicher Trägerschaft erhalten. Als mit Abstand größtes nichtstaatliches Klinikum Niedersachsens versorgt es weit über das Stadtgebiet hinaus die gesamte Gesundheitsregion Braunschweig mit stationären Leistungen der Maximalversorgung.

2. Das SKBS leidet unter investiv und operativ bedingten hohen Defiziten, die inzwischen die Größenordnung von über 70 Mio. € jährlich erreichen, sowie den Folgen eines langjährigen Sanierungsstaus. Seit Jahren unternimmt es große Anstrengungen, um die aufgelaufenen Probleme zu lösen, soweit diese selbst bewältigt werden können. Es kann den Betrieb seit längerem nur aufrechterhalten, weil es in niedersachsenweit einzigartigem Umfang mit städtischen Finanzmitteln unterstützt wird, insbesondere zum Ausgleich operativer Defizite und den Folgen unzureichender staatlicher Investitionskostenförderung.

3. Die alleinige Trägerschaft und Finanzierung des SKBS droht die Stadt Braunschweig in einer gleichzeitigen Strukturkrise der Kommunal- und Krankenhausfinanzierung jedoch schon bald zu überfordern. Es ist daher zeitnah eine erheblich ausgeweitete finanzielle Unterstützung erforderlich. Verantwortlich für die Zuweisung des regionalen Maximalversorgungsauftrags, die vollständige Refinanzierung der erforderlichen Krankenhausinvestitionen sowie auch die aufgabengerechte kommunale Finanzausstattung ist das Land Niedersachsen.

4. Das Land Niedersachsen wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine kurzfristig erhöhte Krankenhausfinanzierung einzusetzen, die es auch kommunalen Maximalversorgern wie dem SKBS ermöglicht, kostendeckend ihren Versorgungsauftrag zu erfüllen, und auf Landesebene seinem gesetzlichen Auftrag einer vollständigen Investitionsförderung sowie einer differenzierten Krankenhausplanung nachzukommen, welche sicherstellt, dass komplexere stationäre Behandlungen künftig nur durch entsprechend spezialisierte Krankenhäuser wahrgenommen werden.

5. Bis dies erreicht ist, wird das Land Niedersachsen aufgefordert, kurzfristig zumindest die Anteile des jährlichen Defizits des SKBS zu übernehmen, die auf der investiven Unterfinanzierung beruhen sowie auf dem Umstand, dass SKBS in einem Zustand struktureller Unterfinanzierung der Krankenhäuser nach den Vorgaben der Krankenhausplanung Versorgungsleistungen erbringen soll, welche quantitativ und qualitativ weit über eine Grund- und Regelversorgung des Stadtgebiets hinausgehen.‘

6. Die Verwaltung wird gebeten, zeitnah in Gespräche mit der Landesregierung einzutreten, um Lösungen zum dauerhaften Erhalt des SKBS als Krankenhaus der Maximalversorgung in öffentlicher Trägerschaft zu finden.

Sachverhalt:

Seit mehreren Jahren leidet die gesamte Krankenhausbranche in Deutschland unter einer massiven Unterfinanzierung. Angesichts eines dauerhaften Rückgangs der Anzahl stationärer Versorgungsfälle und eines Vergütungssystems von Fallpauschalen, die nicht entsprechend der tatsächlichen Kostenentwicklung in der Krankenhausbranche angehoben wurden, soll nach Erhebungen der Branchenverbände inzwischen ein Großteil der Krankenhäuser in Deutschland von Insolvenz bedroht sein.

Zwar tritt in Kürze die mit Verabschiedung des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes beschlossene Krankenhausreform des Bundes in Kraft. Sie soll das System der Fallpauschalen modifizieren und durch Vorhaltepauschalen ergänzen. Jedoch ergeben sich hieraus keine durchgreifenden kurzfristigen Verbesserungen der Krankenhausfinanzierung, da es lange Übergangsfristen geben wird und zudem eine wirkungsunterstützende Anpassung der Krankenhausplanung auf Landesebene benötigt wird. Vor allem aber wurde bisher keine Lösung auf Bundesebene gegen die Kosten-Erlös-Scheren-bedingte strukturelle Unterfinanzierung der Krankenhäuser gefunden, so dass weiterhin eine ungesteuerte Marktbereinigung in den nächsten Jahren droht.

In dieser generell schwierigen Situation, für kommunale Träger von Krankenhäusern zusätzlich verschärft durch die dramatische bundesweite Krise der Kommunalfinanzen, fällt es nicht leicht Belastungsunterschiede zwischen unterschiedlichen Krankenhäusern und ihren jeweiligen Trägern wahrzunehmen.

Es muss daher immer wieder nachdrücklich auf die Sondersituation des SKBS und seiner Trägerin Stadt Braunschweig hingewiesen werden. Nach Niedersächsischem Krankenhausgesetz sind die Landkreise und kreisfreien Städte grundsätzlich nur dazu verpflichtet, die Sicherstellung der Versorgung der eigenen Bevölkerung mit Krankenhausleistungen sicherzustellen, was insbesondere im ländlichen Raum typischerweise durch ein kleineres Kreiskrankenhaus geschieht, sofern nicht bereits durch nichtkommunal getragene Krankenhäuser die Versorgung sichergestellt wird.

Das SKBS dagegen ist mit seinen im Krankenhausplan des Landes Niedersachsen fixierten 1.499 voll- und teilstationären Planbetten und seinen über 4.000 Mitarbeitenden nach Größe, Leistungsspektrum und regionalem Versorgungsauftrag in Niedersachsen in seiner Funktion als regionaler Anker der stationären Gesundheitsversorgung einzig vergleichbar mit den großen Universitätskliniken in Hannover (MHH) und Göttingen (UMG). Ebenso wie diese benötigt es wegen eines jahrzehntelang aufgelaufenen Sanierungsstaus Neubauten, deren Finanzierungsvolumen jeweils die Milliardenschwelle deutlich überschreiten wird.

Anders als die MHH und UMG werden die vom SKBS ebenfalls benötigten Neubauten jedoch nicht vollständig zulasten des Landeshaushalts finanziert, sondern nur durch Investitionsfördermittel partiell unterstützt, welche im Falls des SKBS selbst nach den im Jahr 2023 erhöhten Förderzusagen des Landes nur etwa die Hälfte der benötigten Neubaukosten des aktuellen Förderprojekts abdecken, dem im kommenden Jahrzehnt weitere folgen müssten. Hinzu kommen erhebliche und unvermeidliche, jedoch nicht geförderte Kosten, die zum Lebenserhalt von Altbauten anfallen, bis diese im Laufe der Zeit durch Neubauten ersetzt werden.

Die nicht ausreichende staatliche Förderung für das SKBS führt im Ergebnis dazu, dass Hunderte von Millionen Kredite für die Neubauvorhaben aufgenommen werden müssen. Die daraus resultierende immer weiter ansteigende Zins- und Abschreibungsbelastung führt zu einer dauerhaften jährlichen Ergebnisbelastung, die nicht vom SKBS kompensiert werden kann. Durch eine mit den Wirtschaftsprüfern des Klinikums entwickelte Trennungsrechnung kann ab dem Wirtschaftsjahr 2025 nachgewiesen werden, welcher Teil des jährlichen SKBS-Defizits auf der unzureichenden Investitionsfinanzierung durch das Land Niedersachsen beruht.

Eine Sondersituation des SKBS besteht auch in Bezug auf die operativ bedingte Höhe des jährlichen Defizits. In der bestehenden erheblichen strukturellen Unterfinanzierung der Krankenhausbranche werden Krankenhäuser der Maximalversorgung in öffentlicher Trägerschaft nicht nur aufgrund ihrer Größe, sondern darüber hinaus sogar überproportional pro Bett belastet. Denn sie betreiben anders als privatwirtschaftliche Krankenhäuser keine renditegetriebene Selektion ihrer Leistungsangebote. Soweit dies die Universitätskliniken betrifft, wird die finanzielle Belastung über den Landeshaushalt aufgefangen. Die Defizite kommunaler Krankenhäuser der Maximalversorgung, deren Trägerschaft bei einzelnen Städten liegt, belasten dagegen allein den Haushalt der Trägerstädte.

Zwar gibt es im Bundesgebiet mehrere Dutzend solcher dem SKBS vergleichbarer kommunaler Krankenhäuser der Maximalversorgung, in Niedersachsen jedoch keines. Daher fällt es im Flächenland Niedersachsen besonders schwer, die Ausnahmesituation und Sonderbelastung des SKBS und seiner Trägerin Stadt Braunschweig herauszuarbeiten.

Auch daher war es erforderlich, in einer bundesweiten Allianz der Trägerstädte kommunalen Krankenhäuser der Maximalversorgung auf deren Sonderbelastung in der aktuellen Krankenhaus- und Kommunalfinanzkrise hinzuweisen. Bereits zu Beginn des vergangenen Jahres ist mit der Mitteilung außerhalb von Sitzungen „Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, Reform- und Finanzierungsbedarfe kommunaler Maximalversorger“ (DS 23-20815) informiert worden über ein von Braunschweig aus initiiertes gemeinsames Schreiben von 18 weiteren Trägerstädten kommunaler Krankenhäuser der Maximalversorgung an die Verantwortlichen in Bund und Ländern, das breite mediale Beachtung gefunden hat.

Die Krise der Krankenhausfinanzierung hat sich jedoch markt- und regulierungsbedingt seitdem weiter verschärft. Die desaströse wirtschaftliche Lage der Kliniken bedeutet für das SKBS konkret, dass in den Geschäftsjahren 2018 bis 2023 Jahresfehlbeträge vor Verlustübernahme von insgesamt 156,0 Mio. € anfielen. Die Stadt Braunschweig nahm als Gesellschafterin bis einschließlich Geschäftsjahr 2023 Verlustausgleichszahlungen von 112,6 Mio. € vor. Auch im laufenden Jahr 2024 wird die Gesellschaft mit monatlichen Zuschusszahlungen unterstützt, die sich einschließlich überplanmäßig genehmigter Aufwendungen aktuell auf einen Gesamtbetrag 2024 von 53,4 Mio. € belaufen. Es zeichnet sich ab, dass für 2024 noch über diesen Betrag hinaus ein weiterer Zuschuss im zweistelligen Millionen-Bereich erforderlich werden wird (siehe hierzu DS 24-24827).

Für die Jahre 2025 ff. ist, wie die aktuelle Wirtschaftsplanung 2025 des SKBS zeigt (siehe hierzu DS 24-24702) trotz massiver Gegensteuerungsmaßnahmen keine Trendwende absehbar, da sich die finanziellen Auswirkungen der landesseitig bisher nur etwa hälftig statt vollständig geförderten Baumaßnahmen im Rahmen des Zwei-Standorte-Konzepts erheblich im Ergebnis widerspiegeln. Neben den anlaufenden Abschreibungen sorgt die unzureichende Förderquote dafür, dass städtische Konzernkredite im Umfang von bislang schon rd. 400 Mio. € zugunsten des Städtischen Krankenhauses aufgenommen werden mussten, die bei einer annähernden Vollförderung überwiegend nicht notwendig gewesen wären.

Zu den Gegenmaßnahmen gehören unter anderem die seitens SKBS im Anschluss an das ab 2019 aufgelegte Performance-Programm entwickelte Medizinstrategie sowie das seitens der Gesellschafterin Stadt Braunschweig in Auftrag gegebene Gutachten zur strategischen und wirtschaftlichen Entwicklung, mit dem die WMC HEALTHCARE GmbH beauftragt wurde.

Das WMC-Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass das operative Defizit durch ein mehrjähriges Maßnahmenpaket auftreppend bis zum Jahr 2028 um 36 Mio. € verringert werden kann. Gleichzeitig wird allerdings auch darauf hingewiesen, dass das investive Defizit, das nach der vorgelegten Trennungsrechnung im Jahr 2025 34,9 Mio. € (rd. 45 %) des erwarteten Jahresdefizits in Höhe von 78,3 Mio. € ausmacht, mit der weiteren Bautätigkeit perspektivisch weiter steigen und insofern die aus eigener Kraft erzielbaren operativen Effekte wieder weitgehend aufzehren wird. Nach der mittelfristigen Wirtschaftsplanung des SKBS wird das der unzureichenden Landesförderung zuzurechnende investive Jahresdefizit im Jahr 2029 zu dem dann erwarteten Jahresfehlbetrag von 89,7 Mio. € entscheidend beitragen, wenn nach dessen Inbetriebnahme die Abschreibung des Neubaus Süd einsetzt und das Jahresergebnis dauerhaft belastet.

Gleichzeitig wird die dramatische Krise der Kommunalfinanzen dazu führen, dass die Stadt Braunschweig künftig nicht mehr in der Lage sein wird, Jahresdefizite des SKBS in der aktuellen Größenordnung auszugleichen und Investitionskredite im bisherigen Umfang bereitzustellen.

Im Ergebnis bedeutet dies, dass die Aufrechterhaltung der öffentlichen Trägerschaft des SKBS und das in Braunschweig vorgehaltene Niveau der Krankenhausversorgung spätestens mittelfristig bedroht sind. Bisher sichert das SKBS eine medizinische Versorgung auf universitärem Standard für rund 1,25 Mio. Menschen der Region. Patientinnen und Patienten erhalten bei schweren Erkrankungen passgenaue Therapien und Operationen von hochspezialisierten Fachärztinnen und Fachärzten. Darüber hinaus profitieren die Patientinnen und Patienten der gesamten Region von der Lehr- und Forschungstätigkeit der Chefärztinnen und Chefärzte mit Professur im SKBS, das seit langem Akademisches Lehrkrankenhaus der Medizinischen Hochschule Hannover ist. So halten das SKBS und damit die Stadt Braunschweig ein Angebot vor, was weit über das gesetzlich vorgeschriebene Niveau eines kommunal getragenen Krankenhauses hinausgeht und leisten einen erheblichen Beitrag zur Gesundheitsversorgung in ganz Niedersachsen. Bei einer Leistungsreduzierung müssten entweder die Universitätskliniken die entsprechenden Fälle übernehmen, was sie an ihre Kapazitätsgrenzen bringen dürfte, ansonsten sinken schlichtweg Niveau und Umfang der stationären Versorgung der Menschen. Konkret würde ein finanziell bedingter Rückzug des SKBS aus der jetzigen Maximalversorgung also unweigerlich zu einem Qualitätsverlust der medizinischen Versorgung in Braunschweig und der gesamten Region führen.

Es sind daher Gespräche mit der Landesregierung über eine finanzielle Stützung des Städtischen Klinikums Braunschweig erforderlich, die dessen beschriebener Sondersituation und der damit verbundenen Sonderbelastung der Stadt Braunschweig gerecht werden.

Neben der Gewährung anteiliger Defizitausgleiche und Bereitstellung von Landeskrediten könnte ggf. auch über die perspektivische Übernahme der Trägerschaft des Städtischen Klinikums Braunschweig durch das Land Niedersachsen gesprochen werden, um zugleich dessen Erhalt in öffentlicher Trägerschaft sicherzustellen und ein zur Ausbildung von Medizinstudenten in Niedersachsen benötigtes weiteres Universitätsklinikum am Standort Braunschweig zu schaffen. Eine solche Umwandlung eines kommunalen Maximalversorgers in ein staatlich getragenes Universitätsklinikum gab es beispielsweise bereits in Augsburg (2019) und Cottbus (2024) sowie voraussichtlich 2025 in Mannheim.

Geiger

Anlage/n:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24845
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Haushaltssatzung 2025/2026 der Stadt Braunschweig

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	11.12.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	17.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

„1. Den Anpassungen bei den Ansatzveränderungen der Verwaltung zum Ergebnishaushalt (Anlage 2.4.2), zum Investitionsmanagement (Anlage 2.5.2) sowie bei der Einzahlung aus Finanzierungstätigkeit (Anlage 2.5.2.2) wird zugestimmt.

2. Die Haushaltssatzung 2025 / 2026 (Anlage 1) mit

   a) dem Doppelhaushaltsplan 2025/2026 einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm 2024 - 2029

   b) den Haushaltsplänen 2025/2026 einschließlich Stellenübersichten und Investitionsprogrammen 2024 - 2029 für

   - die Sonderrechnung Fachbereich 65 Gebäudemanagement und Referat 0650 Hochbau
   - die Sonderrechnung Stadtentwässerung und
   - die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

   c) dem Haushaltsplan 2025/2026 des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig" in der gegenüber dem Haushaltsentwurf 2025/2026 unveränderten Fassung

   wird entsprechend den Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung sowie den während der Sitzung des Verwaltungsausschusses gefassten Empfehlungen zusammen mit den während der Haushaltslesung angenommenen Anträgen und Ansatzveränderungen und Änderungen der Ermächtigung zur Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten beschlossen.

3. Die finanzunwirksamen Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte werden entsprechend den Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung und den während der Sitzung gefassten Empfehlungen des Verwaltungsausschusses zusammen mit den während der Haushaltslesung angenommenen Anträgen beschlossen.

4. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den vorstehenden Beschlusspunkten und der Aufteilung der Personalaufwendungen ergebenden Veränderungen in der Endausfertigung des Haushaltsplanes 2025/2026 auf die Teilhaushalte einschließlich der Produktdarstellung zu übertragen."

Sachverhalt:

1. Haushaltsentwurf 2025/2026 als Ausgangspunkt

Der am 21.06.2024 veröffentlichte **Haushaltsentwurf 2025/2026** hat unter Berücksichtigung des Jahresabschluss 2021 (- 8,6 Mio. €) sowie der vorl. Jahresergebnisse 2022 (- 5 Mio. €) und 2023 (-15 Mio. €) folgende Finanzdaten:

in Mio. €	2025	2026	2027	2028	2029
Jahresergebnis	-223,0	-196,6	-199,8	-151,1	-163,4
Stand der Überschussrücklagen am Jahresende	241,7	45,1	-154,7	-305,8	-469,3
Gesonderter Passivposten (§ 182 Abs. 4 NKomVG)	-414,7	-414,7	-414,7	-414,7	-414,7
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-153,4	-147,4	-148,6	-99,4	-111,1
Bestand an Zahlungsmitteln am Jahresende	-69,7	-262,1	-464,2	-634,3	-818,4

2. Allgemeine Rahmenbedingungen der Haushaltsplanung

Trotz der schwierigen Haushaltssituation ist die Verwaltung bestrebt, ein Investitionsniveau beizubehalten, das wichtige Zukunftsinvestitionen insbesondere mit den Schwerpunkten Kinder, Bildung und Gefahrenabwehr ermöglicht. Im Blickpunkt stehen hierbei neben den Investitionen in die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur die Stabilisierung des Klinikums und des ÖPNV sowie die Stärkung der Innenstadt. Besonders hingewiesen wird darauf, dass die Haushaltssituation durch die Folgen der Inflation und steigenden Personalaufwendungen in Folge von hohen Tarifabschlüssen bzw. entsprechenden gesetzlichen Regelungen zu Besoldung und Versorgung beeinflusst ist. Auch führt die Notwendigkeit der finanziellen Unterstützungsleistungen der städtischen Gesellschaften, z.B. des Städtischen Klinikums und der Verkehrs GmbH, zu einer Verschlechterung der finanziellen Lage.

Der gesetzlich geforderte Haushaltsausgleich kann in den Planjahren 2025/2026 nur aufgrund der Sonderregelung des § 182 Abs. 4 NKomVG (2025) und Entnahme aus den Überschussrücklagen (2026) erreicht werden. Hierdurch kann die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts 2025/2026 erreicht werden. Zur Beurteilung der Höhe der genehmigungsfähigen Kreditaufnahme muss die Kommunalaufsicht jedoch auf die sog. „dauernde Leistungsfähigkeit“ abstellen, die in der Regel unter anderem nur dann anzunehmen ist, wenn die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung ausgeglichen ist (§§ 120 Abs. 2 NKomVG, 23 KomHKVO).

Die Inanspruchnahme der Sonderregelung erfolgt im Jahr 2025 letztmalig. Zum Erhalt der Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes ist grundsätzlich (§ 110 NKomVG) der

planerische Nachweis einer Überschussrücklage am Ende des zweiten Planjahres 2026 erforderlich. Die Überschussrücklage von rd. 241,7 Mio. € wird nach derzeitigem Stand der Planung für den Ausgleich des planerischen Defizits in 2026 ausreichend sein. Erst mit Beginn des Zeitraumes der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2027 bis 2029 wird diese aufgezehrt. Im Rahmen der Haushaltsplanung 2025/2026 ist die Vorlage eines Haushaltssicherungskonzepts (HSK) daher nicht erforderlich.

Im Lichte der oben genannten Herausforderungen ist ein Haushaltsausgleich ohne Rückgriff auf etwaige Überschussrücklagen, ohne einen konjunkturellen Aufschwung und eine deutlich verbesserte finanzielle Unterstützung von Bund und Land nicht möglich. Oberstes Ziel der Haushaltsplanung zum Entwurf des Doppelhaushalts 2025/2026 war es daher, im Hinblick auf die Haushaltsgenehmigung durch die Kommunalaufsicht trotz der schwierigen Rahmenbedingungen eine unter Rückgriff auf die Überschussrücklage im Jahr 2026 ausgeglichene Haushaltsplanung vorzulegen.

Hierfür ist an der Haushaltsplanung intensiv gearbeitet worden, um den sich verschlechternden Rahmenbedingungen auch aufgrund der Inflation, hohen Energiekosten sowie Baupreissteigerungen begegnen zu können. Hierzu gehörte u.a. die pauschale Reduzierung in Höhe von 3 % auf die Sachaufwandsbudgets der Teilhaushalte (u. a. ohne Personal, Instandhaltungen und Abschreibungen) zum Haushaltsentwurf, von der allein die Teilhaushalte der Fachbereiche 40, 51 und 37 ausgenommen wurden. Darüber hinaus wurde im Rahmen des verwaltungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahrens 2025/2026 an die angemeldeten Mehrbedarfe der Organisationseinheiten ein strenger Maßstab angelegt.

Jedoch haben sich die planerischen Rahmenbedingungen nach Erstellung des Haushaltsentwurfs weiter wesentlich verschlechtert und mussten im Rahmen der weiteren Planungsphase ergebnisbelastend berücksichtigt werden. Es ergeben sich insbesondere folgende Haushaltsbelastungen in den Jahren 2025 und 2026:

- Unabweisbare Bedarfe, bspw. im Bereich SGB II (THH FB 50) und Staatstheater (THH Kultur und Wissenschaft), rd. 11,5 Mio. € (2025) bzw. 11,8 Mio. € (2026), Personalaufwandssteigerungen: rund 7 Mio. €, erhöhte Verlustausgleichszahlungen für die städtischen Gesellschaften: 19,6 Mio. € (2025) bzw. 13,7 Mio. € (2026)

Mit den geplanten Verlusten des Ergebnishaushalts gehen im Finanzhaushalt negative Salden aus laufender Verwaltungstätigkeit in den Planjahren 2025 bis 2029 einher. Aufgrund der negativen Salden aus laufender Verwaltungstätigkeit sind für die Finanzierung der geplanten Investitionen entsprechende Kreditermächtigungen eingeplant.

Zu den geplanten Kreditaufnahmen ist anzumerken, dass es sich hierbei um eine Kreditermächtigung handelt. Die Inanspruchnahme dieser Ermächtigung durch eine tatsächliche Kreditaufnahme darf nach den gesetzlichen Vorgaben (Subsidiaritätsprinzip) erst dann erfolgen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist. Kreditaufnahmen werden daher wie auch in der Vergangenheit dann nicht erfolgen, wenn sich die Liquidität im Jahresverlauf positiver als geplant entwickelt.

3. Fachausschussempfehlungen zum Haushaltsplanentwurf 2025/2026

Der Verwaltungsentwurf sowie die Anträge der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte zum Doppelhaushalt 2025/2026 und zum Investitionsprogramm 2024 - 2029 sowie die Ansatzveränderungen der Verwaltung sind durch die Ausschüsse beraten worden. Die Empfehlungen der Ausschüsse hierzu sowie die nach den Ausschussberatungen, aber vor der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) am 28.11.2024 eingereichten Anträge der Fraktionen, die Ansatzveränderungen und die haushaltsneutralen Umsetzungen und Haushaltsvermerke sind dem FPDA zu dieser Sitzung vorgelegt worden.

4. Beschlussempfehlungen des FPDA

FPDA-Sitzung am 28.11.2024

Der FPDA hat in seiner Sitzung am 28.11.2024 die bis dahin vorliegenden Ansatzveränderungen, finanzwirksamen Haushaltsanträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte, Stellenplananträge sowie finanzunwirksamen Anträge und die Änderung der Ermächtigung zur Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten beraten. Die Beschlussempfehlungen sind insgesamt in den Anlagen 2.1 bis 2.5 dieser Vorlage dargestellt. Der FPDA hat am Ende seiner Beratungen dem nachstehenden Beschlussvorschlag mit 7 Ja- und 4 Nein-Stimmen ohne Enthaltung zugestimmt.

„Beschluss:

Zur Vorbereitung der Haushaltslesung des Rates am 17. Dezember 2024 wird der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung um folgende Beschlussempfehlung gebeten:
1. Der **Verwaltungsentwurf** der Haushaltssatzung 2025/2026 nach dem derzeitigen Stand mit

a) dem Doppelhaushalt 2025/2026 einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm 2024 – 2029

b) den Haushaltsplänen 2025/2026 einschließlich Stellenübersichten und Investitionsprogrammen 2024 - 2029 für - Sonderrechnung Fachbereich 65 Gebäudemanagement und Referat 0650 Hochbau - die Sonderrechnung Stadtentwässerung und- die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

c) dem Haushaltsplan 2025/2026 des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig" in der gegenüber dem Haushaltsentwurf 2025/2026 unveränderten Fassung
wird beschlossen, soweit sich nicht aus den nachfolgenden Beschlusspunkten eine andere Empfehlung ergibt.

2. Die finanzunwirksamen Anträge der **Fraktionen** werden entsprechend den Empfehlungen der Fachausschüsse oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlage 2).

3. Die finanzwirksamen Anträge der **Fraktionen** einschließlich der Anträge der **Stadtbezirksräte** werden entsprechend den Empfehlungen der Fachausschüsse oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlagen 4.1 und 5.1).

4. Die Ansatzveränderungen der **Verwaltung** werden entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlagen 4.2, 5.2, 5.2.2 und 5.2.3).

5. Die haushaltsneutralen Umsetzungen und die Haushaltsvermerke der **Verwaltung** (Anlagen 4.3, 5.3 und 5.4) sowie die Änderungen an Wesentlichen Produkten und Maßnahmen (Anlage 3) werden entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen.

6. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den vorstehenden Beschlusspunkten und der Aufteilung der Personalaufwendungen ergebenden Veränderungen in die Endausfertigung des Haushaltsplanes 2025/2026 auf die Teilhaushalte einschließlich der Produktdarstellung zu übertragen.

7. Die Ermächtigung zur Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten wird, abweichend vom Haushaltsentwurf 2025/2026, für 2025 auf 300 Mio. € und für 2026 auf 540 Mio. € festgelegt."

5. Hinweise

5.1 Der FPDA hat in seiner Sitzung am 28.11.2024 u. a. Veränderungen an der Einplanung der Investitionstätigkeit beschlossen. Dies machte Anpassungen auch an den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kreditaufnahmen) erforderlich. Die Zustimmung zu diesen in der Anlage 2.5.2.2 dargestellten Veränderungen wird unter dem Beschlusspunkt 1 erbeten. In der im Abschnitt 6.3 enthaltenen Tabelle über die voraussichtliche Entwicklung der Kreditaufnahmen und der ordentlichen Tilgung sind die Veränderungen bereits berücksichtigt.

5.2 Wegen der Auftragsvergabe zum Betrieb der öffentlichen Beleuchtung sowie der Lichtsignalanlagen und Verkehrsanlagen, Verkehrsmanagement und Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Braunschweig (DS 24-24814) sind zusätzliche Ansatzveränderungen erforderlich geworden. Die Zustimmung zu diesen in den Anlagen 2.4.2 und 2.5.2 dargestellten Veränderungen wird unter dem Beschlusspunkt 1 erbeten.

5.3 Im FPDA ist über die Ansatzveränderungen der Verwaltung zu den Sanierungsgebieten Donauviertel und Bahnstadt beraten worden. Die Anträge mit der lfd. Nr. 57 a-f und Nr. 59 a-h wurden angenommen. Es wird hinsichtlich der Fragestellungen auf die Mitteilung DS 24-24728 verwiesen. In diesem Zusammenhang wurde von der Fraktion „Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" die Frage gestellt, wieso Straßenausbaubeiträge in den Sanierungsgebieten auftreten und keine Einplanung von Ausgleichsbeträgen erfolgt ist. Hierzu hat die Fachabteilung folgende Informationen gegeben:

„Das Westliche Ringgebiet ist ein förmlich festgelegtes Sanierungsgebiet gem. § 142 ff. BauGB, welches durch Beschluss einer Sanierungssatzung realisiert wurde. In einem förmlich festgelegten Sanierungsgebiet sind sanierungsrechtliche Ausgleichsbeiträge zu erheben, jedoch keine Straßenausbaubeiträge. Die anderen Gebiete der Städtebauförderung (Donauviertel und Bahnstadt) wurden durch Ratsbeschluss gem. §171 b und e BauGB festgelegt. Hierfür dürfen keine Ausgleichsbetragserhebungen vorgenommen werden, daher durften, bis zur Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung, Straßenausbaubeiträge erhoben werden."

5.4 Für die Baumaßnahmen zum Ausbau und zur Schließung des Ringgleises liegt eine Ansatzveränderung der Verwaltung vor, die im FPDA auch angenommen wurde, die beinhaltet, keine Haushaltsmittel mehr für Maßnahmen ab 2025 vorzusehen (lfd. Nr. 77a-b). Demgegenüber steht der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, der weitere Maßnahmen auch ab 2025 mit einem Kostenvolumen von 1,7 Mio. € vorsieht (FWI 175). Der Antrag der Fraktion wurde im FPDA abgelehnt. In diesem Zusammenhang wurde von der Fraktion „Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI“ die Frage gestellt, welche Inhalte beide Anträge haben und ob diese sich ersetzen. Folgende Informationen stehen hierzu zur Verfügung:

„Die Verwaltung sieht ab 2025 bis auf Restabwicklungen keine weiteren Maßnahmen beim Ausbau und der Schließung des Ringgleises mehr vor. In der Folge gab es im Rahmen der Ansatzveränderungen den Vorschlag der Verwaltung, die Ansätze für 2025 entsprechend wegfallen zu lassen. Für den Ausbau und die Schließung des Ringgleises wären ab 2025 dann direkt keine Haushaltsmittel mehr veranschlagt, sofern der Rat den FPDA-Empfehlungen folgt, die Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 77) zur Reduzierung der Haushaltsmittel anzunehmen und den Antrag der Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ (FWI 175) zur Aufnahme weiterer Finanzmittel abzulehnen.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beinhaltet mit einem Kostenvolumen von 1,7 Mio. € Maßnahmen, um das Ringgleis (gemäß dem Masterplan) im Rahmen der angestrebten Gestattung seitens der DB-AG direkt über die Echobrücke sowie die Brücken über die Wolfenbütteler und Salzdahlumer Straße bis zur Borsigstraße zu führen und mit einem Rampenbauwerk anzuschließen. Für diese Maßnahme werden eigentlich Gesamtkosten von 3,5 Mio. € aufgerufen, die aber mit 1,8 Mio. € aus Städtebaufördermitteln finanziert werden könnten, so das eine Finanzierungslücke von 1,7 Mio. € verbleibt. Damit ist städtebaulich eine Anbindung der Bahnstadt an das Ringgleis möglich.“

6. Ergebnisse des Haushaltsplans 2025/2026 unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlungen des FPDA

6.1 Ergebnishaushalt (ohne Investitionsmanagement – IM)

6.1.1 Ansatzveränderungen

Seitens der einzelnen Organisations-Einheiten sind umfangreich Ansatzveränderungen gemeldet worden. Um die mit dem Haushaltsentwurf fortgesetzten Bemühungen zum Abbau der Überplanung nicht aufzuzehren, mussten an eine zusätzliche Einplanung strenge Maßstäbe angelegt werden. Berücksichtigt wurde dabei neben dem Aspekt des notwendigen Inflationsausgleiches und der oben genannten Priorisierung von Kindern, Bildung, Gefahrenabwehr und der Innenstadtentwicklung im Wesentlichen Folgendes:

- Ergebnisse der Steuerschätzung,
- Personalkostensteigerungen,
- Sachkostensteigerungen im Zusammenhang mit dem Inflationsausgleich,
- Verlustausgleiche für städtische Gesellschaften und
- Zinsanpassungen.

Insgesamt umfassen die zur Entscheidung gestellten Ansatzveränderungen saldiert ein Gesamtvolumen von rund 71,2 Mio. € in 2025 und von rund 34,5 Mio. € in 2026. Den in den Fachausschüssen behandelten Ansatzveränderungen der Verwaltung wurde zugestimmt oder sie wurden passieren gelassen.

Zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen lagen insbesondere die nachstehend näher erläuterten Ansatzveränderungen vor:

6.1.1.1 Allgemeine Finanzwirtschaft - Steuern und allgemeine Deckungsreserve

Bei der **Gewerbesteuer** wird nach den Steuerschätzdaten im laufenden Jahr mit einer positiven Entwicklung gerechnet. Ursächlich hierfür waren aber oftmals Sondereffekte wie einmalige Nachzahlungen. Auch im Jahr 2025 und den Folgejahren wird mit einer moderaten Aufwärtsentwicklung gerechnet. Bei der Einschätzung der Gewerbesteuer steht jedoch die Situation bei den regionalen Steuerzahlern im Vordergrund. In den Jahren 2025 und 2026 wird ein Aufkommen in Höhe von 215,0 Mio. € bzw. 220,0 Mio.€ prognostiziert. In den Planungsjahren 2027 bis 2029 werden Erträge in Höhe von 225,0 Mio. €, 230,0 Mio. € bzw. 235,0 Mio. € erwartet.

Nach den regionalisierten Ergebnissen der Herbst-Steuerschätzung 2024 ergeben sich beim **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** im Jahr 2025 Mindererträge gegenüber der Entwurfsplanung in Höhe von 1,1 Mio. €, es werden Erträge in Höhe von 171,3 Mio. € erwartet. Für 2026 wird von Erträgen in Höhe von 178,1 Mio. € ausgegangen, so dass sich Mindererträge in Höhe von rd. 1,3 Mio. € ergeben. Für das Jahr 2027 werden Mindererträge in Höhe von 0,8 Mio. € erwartet, in den Jahren 2028 und 2029 werden Mindererträge in Höhe von 1,7 Mio. € gegenüber der Entwurfsplanung prognostiziert.

Beim **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** werden sich für 2025 bei Erträgen in Höhe von 33,7 Mio. € Mindererträge in Höhe von rd. 1,4 Mio. € ergeben. Im Jahr 2026 ergeben sich Mindererträge in Höhe von 1,3 Mio.€, die Veranschlagung beträgt dann 34,5 Mio. €. Für die Folgejahre bis 2029 ergeben sich ebenfalls Mindererträge in Höhe von jeweils 1,3 Mio. €.

Bei den **Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich** ergeben sich nach den vorläufigen Berechnungsgrundlagen für den Finanzausgleich im Jahr 2025 Erträge in Höhe von 165,79 Mio. €., was Mindererträge gegenüber dem Entwurf von rd. 1,2 Mio. € zur Folge hat. Dies ergibt sich aus Mindererträgen in Höhe von rd. 10,0 Mio. € aufgrund einer geringeren Verteilungsmasse sowie aus voraussichtlichen Mehrerträgen in Höhe von rd. 8,3 Mio. € aufgrund einer im Rahmen des Zensus 2022 nach oben korrigierten Einwohnerzahl der Stadt Braunschweig. Eine weitere geringfügige Verbesserung von 0,5 Mio. € entsteht aus der Berücksichtigung der Steuerkraft der Städte und Gemeinden im zugrunde zu legenden Zeitraum.

Auf dieser Basis würden sich für das Jahr 2026 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 179,5 Mio. € (+5,5 Mio. €) ergeben. Am 19. November 2024 wurde jedoch das „Gutachten zur Weiterentwicklung des horizontalen kommunalen Finanzausgleichs“ veröffentlicht, womit die Niedersächsische Landesregierung ihrer Verpflichtung zu einer regelmäßigen Überprüfung der Methoden des kommunalen Finanzausgleichs nachkommt. Die Ergebnisse aus diesem Gutachten sollen frühestens ab dem Jahr 2026 wirksam werden und könnten im Endeffekt für die Stadt Braunschweig zu Mehrerträgen von jährlich rd. 10,0 Mio. € führen.

Die im Gutachten als notwendig eingestuften Änderungen sind im Grundsatz verfassungsrechtlich erforderlich, allerdings bestehen gewisse Spielräume des Landesgesetzgebers bezüglich des Umsetzungszeitpunkts und der Umsetzungsdauer.

Es könnte gegeben falls entschieden werden, dass zur Abmilderung der finanziellen Effekte bei den von Mindererträgen betroffenen Gebietskörperschaften - wie bereits in der Vergangenheit praktiziert – die Auswirkungen erst nach mehreren Jahren volle Wirksamkeit entfalten. Somit bestehen Unsicherheiten, ab welchem Haushaltsjahr und über welchen Zeitraum sich durch die noch zu treffenden gesetzlichen Regelungen die grundsätzlich zu erwartenden Mehrerträge für die Stadt Braunschweig ergeben. Wegen dieser Unsicherheiten bezüglich der Umsetzung der Erkenntnisse aus dem Gutachten erfolgt im Jahr 2026 lediglich eine Einplanung von Mehrerträgen in Höhe von 2,5 Mio. €, so dass sich Schlüsselzuweisungen in Höhe von 182,0 Mio. € ergeben würden. Für die Folgejahre wird angenommen, dass die im Gutachten aufgezeigten Veränderungen nach vier Jahren jährlicher Auftreppung, also ab dem Haushaltsjahr 2029, ihre volle Wirksamkeit entfalten. Sollten sich allerdings im weiteren Verfahren zur Umsetzung dieses Gutachtens Veränderungen ergeben, wären zukünftige Haushaltsplanungen entsprechend anzupassen.

In den Planungsjahren 2027 bis 2029 ergeben sich somit Verbesserungen in Höhe von 12,2 Mio. €, 14,4 Mio. €, bzw. 17,9 Mio. €. gegenüber der Veranschlagung im Entwurf.

Bei der Zuweisung für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises sind Mehrerträge gegenüber der Veranschlagung im Entwurf zu verzeichnen, da sich die Steigerungen im Tarif- und Besoldungsbereich erhöhend auf diese Zuweisung auswirken. Für 2025 und 2026 sind Erträge in Höhe von 15,19 Mio. €, bzw. 16,02 Mio. € zu erwarten, was Mehrerträge von rd. 0,2 Mio. € bzw. 0,7 Mio. € zur Folge hat. In weiteren Finanzplanungszeitraum bis 2029 ist ebenfalls mit Mehrerträgen in Höhe von jeweils rd. 0,7 Mio. € auszugehen.

Neben diesen Mehrerträgen ergeben sich Anpassungen bei den **Zinsveranschlagungen**. Es mussten aufgrund der vorgesehenen Veränderungen bei der Investitionstätigkeit in den Jahren 2025 bis 2029 die Kreditaufnahmen an den sich ergebenden Saldo aus der Investitionstätigkeit angepasst werden. Gleichzeitig wirkt sich ein prognostizierter beschleunigter Mittelabfluss bei Investitionsprojekten und die weitere Verschlechterung des Saldos aus Verwaltungstätigkeit durch die oben genannten Ansatzveränderungen im Ergebnishaushalt auf die unterjährige Liquiditätsplanung (teilweise bereits ab 2024) aus. Dadurch müssen die veranschlagten Kredite frühzeitiger als bisher angenommen in Anspruch genommen werden, was zu höheren Zinsbelastungen führt. Gegenläufige Auswirkungen haben die sinkenden Zinssätze am Kapitalmarkt. Veränderungen bei den Kreditaufnahmen zur Weitergabe an städt. Gesellschaften aus der sog. Experimentierklausel wirken sich auf die Zinserträge (Erstattungen der Gesellschaften) im Teilhaushalt FB 20, der entsprechende Zinsaufwand (Zahlungen an Banken) im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft aus.

In diesem Teilhaushalt waren im Haushaltsentwurf 2025/2026 zudem **Deckungsreserven** gemäß § 13 Abs. 2 KomHKVO zur Deckung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen in Höhe von 5,0 Mio. € im Jahr 2025 bzw. von 9,0 Mio. € im Jahr 2026 vorgesehen. Die nun vorgeschlagenen Ansatzveränderungen weisen eine Absenkung zum Haushaltsentwurf 2025/2026 aus (2025: -5,0 Mio. €, 2026: -9,0 Mio. €), da dies aufgrund der aktuellen Haushaltssituation erforderlich war.

6.1.1.2 Personal- und Versorgungsaufwendungen

Gegenüber dem Haushaltsplanentwurf ist beim Personalaufwand für 2025 nochmals ein Anstieg von rd. 7,0 Mio. € zu verzeichnen, für das Jahr 2026 beträgt der Anstieg rd. 7,1 Mio. €. Wesentliche Ursache hierfür ist die gegenüber den Vorjahren deutlich gestiegene Beschäftigtenanzahl im Tarifbereich. Weitere geringfügige Mehrbedarfe ergeben sich u.a. im Bereich der Ausbildung, der Beihilfe und der Versorgung. In der Folge ergeben hieraus sich in den Jahren 2027 bis 2029 Mehrbedarfe in Höhe von 5,9 Mio. €, 6,0 Mio. € bzw. 6,1 Mio. €.

6.1.1.3 Verlustausgleiche für städtische Gesellschaften

Weitere Ansatzveränderungen betreffen insbesondere die städtischen Gesellschaften.

Die Wirtschaftsplanungen der städtischen Gesellschaften für 2025 ff. sind abgeschlossen. Die Anweisungsbeschlüsse zum Wirtschaftsplan 2025 an die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der jeweiligen Gesellschaft wurden vom FPDA in seiner Sitzung am 5. Dezember 2024 beschlossen. Die Ansatzveränderungen berücksichtigen die diesen Beschlüssen zugrundeliegenden Wirtschaftsplanungen.

Hinsichtlich weiterer Ansatzveränderungen wird auf die Anlage 2.4.2 hingewiesen.

6.1.2 Fraktionsanträge

Sämtliche im FPDA angenommenen Fraktionsanträge zum Ergebnishauhalt führen zu Ergebnisverschlechterungen. Sie beinhalten Leistungsausweitungen bzw. Ansatzerhöhungen. Deckungsvorschläge wurden nicht genannt.

Hinsichtlich Einzelheiten wird auf die Anlage 2.4.1 hingewiesen.

6.2 Investitionsmanagement (IM)

In den nachfolgenden Ziffern 6.2.1.1, 6.2.2.1 und 6.2.3.1 (Ansatzveränderungen für die Jahre 2025 bis 2029) sind die finanziellen Anpassungen des Investitionsmanagements gegenüber dem Entwurf dargestellt. Trotz der verschlechterten Haushaltslage besteht weiterhin ein hoher Baubedarf in die Infrastruktur bzw. ein hoher Baubedarf aufgrund gesellschaftspolitischer Herausforderungen.

6.2.1 Investitionsmanagement für 2025 und 2026 – ergebniswirksam

6.2.1.1 Ansatzveränderungen

Das Investitionsmanagement (IM) beinhaltet auch Aufwandsmaßnahmen (z.B. Festwertbeschaffungen, Vorplanungen, Instandhaltungsmaßnahmen), die sich nicht nur auf den Finanzhaushalt, sondern auch auf den Ergebnishaushalt auswirken. Für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 ergibt sich aufgrund der Ansatzveränderungen der Verwaltung folgende Ergebnis**belastung** (+) / Ergebnis**entlastung** (-):

Investitionsmanagement	**2025**	**2026**
Ergebniswirksame Ansatzveränderungen	+8.410.200 €	+7.736.800 €

Es wurden umfangreiche Ansatzveränderungen der Verwaltung im Verhältnis zum Haushaltsentwurf 2025 ff. im IM gemeldet. Insgesamt würde sich bei Annahme der Ansatzveränderungen der Ergebnishaushalt um rd. 8,4 Mio. € für 2025 und um rd. 7,7 Mio. € für 2026 verschlechtern. Diese Veränderungen sind insbesondere auf den Hochbaubereich (neue Projektanforderungen, Anpassung der Finanzraten vorhandener Projekte an den aktuellen Finanzbedarf) zurückzuführen.

Ein Teil der Mehraufwendungen resultiert aus dem Vorziehen von Finanzraten (wie z.B. für die Erweiterung und Sanierung des GY Martino-Katharineum, für den Umbau von Gebäudeteilen des Vienna House zur Kindertagesstätte, der Erweiterung der Ressourcen der Oswald-Berkhan-Schule) sowie aus Mehrkosten (wie z.B. für die Herrichtung der Sporthalle der GS Comeniusstraße sowie für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums und des Gymnasiums Neue Oberschule).

Weiterhin sind Maßnahmen des Mobilitätsentwicklungsplans neu aufgenommen worden, die ebenfalls zu den ergebniswirksamen Belastungen beigetragen haben (z.B. Maßnahmen zur Verbesserung der Radverkehrsführung).

Hinsichtlich der Ansatzveränderungen zu den Sanierungsgebieten Donauviertel und Bahnstadt sowie den im APH aufgetretenen Fragestellungen wird auf die Mitteilung DS 24-24728 verwiesen.

Nach den Fachausschussberatungen sind weitere Ansatzveränderungen der Verwaltung gemeldet worden, die entsprechend mit „NEU“ in den Beratungsunterlagen gekennzeichnet wurden. Eine Beratung im FPDA hat stattgefunden.

Hierbei handelt es sich u.a. um das Förderprojekt LiViK (Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels; Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken). Es wird mit Gesamtkosten von rd. 6 Mio. € und Einnahmen von rd. 5 Mio. € gerechnet (inkl. Personalkosten). In diesem Zusammenhang wird auch auf den Stellenantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hingewiesen (SP_170 Neu) und die Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 2.7) hingewiesen.

Darüber hinaus hat die Verwaltung eine Ansatzveränderung eingebracht, die anstatt der Instandhaltung des Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage Franzsches Feld die Erneuerung des Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage Kennelweg vorsieht.

Für die Baumaßnahmen in Zusammenhang mit der Erweiterung und Sanierung des GY Martino-Katharineum hat sich eine Baukostensenkung ergeben, da dieses Projekt vorgezogen werden soll. Diese Haushaltsansatzminderung für 2027 wurde nachträglich eingebracht und bisher ebenfalls noch in keinem Fachausschuss behandelt.

Für die Vorplanung des Neubaus des JZ B 58 hat die Verwaltung ebenfalls neu Ansätze berücksichtigt.

Die ergebniswirksamen Ansatzveränderungen der Verwaltung sind im FPDA alle angenommen worden.

Nach dem FPDA hat sich eine weitere Ansatzveränderung der Verwaltung ergeben, die die Auftragsvergabe des Fachbereichs Tiefbau und Verkehr zum Betrieb der öffentlichen Beleuchtung sowie der Lichtsignalanlagen und Verkehrsanlagen, Verkehrsmanagement und Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Braunschweig beinhaltet (DS 24-24814). Eine Zustimmung über die Auftragsvergabe ist bereits im AMTA am 05.12.2024 erfolgt. Die Ratsentscheidung ist neben den Ansatzveränderungen ebenfalls für den 17.12.2024 vorgesehen.

Die Veränderungen im Einzelnen ergeben sich aus der Anlage 2.5.2.

6.2.1.2 Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Die bisherige Beschlusslage zu den Anträgen der Fraktionen und den Vorschlägen der Stadtbezirksräte führt nach dem gegenwärtigen Beratungsstand für 2025 und 2026 zu folgenden Veränderungen gegenüber dem Entwurf des Ergebnishaushaltes 2025 und 2026 ((Belastung (+) / Entlastung (-)):

Veränderungen durch:	2025	2026
a) die Anträge der Fraktionen	+380.000 €	+135.000 €
b) die Anträge der Stadtbezirksräte	+0 €	+0 €
Veränderungen gesamt	**+380.000 €**	**+135.000 €**

Aus den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte würde sich eine ergebniswirksame Belastung im IM in Höhe von **rd. 0,4 Mio. € im Jahr 2025 bzw. von rd. 0,1 Mio. € im Jahr 2026** ergeben.

Die Änderungsanträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sind in der Anlage 2.5.1 zusammengestellt.

6.2.2 Investitionsmanagement für 2025 und 2026. – investiv

6.2.2.1 Ansatzveränderungen

Die Ansatzveränderungen für investive Maßnahmen wirken sich **für 2025 und 2026** im Einzelnen wie folgt aus ((Belastung (+) / Entlastung (-)):

Investitionsmanagement	2025	2026
Investive Ansatzveränderungen (ohne "Experimentierklausel")	+19.366.900 €	-11.911.700 €
Investive Ansatzveränderungen ("Experimentierklausel")	+ 23.976.300 €	+ 56.232.700 €
Gesamt	**+43.343.200 €**	**+ 44.321.000 €**

Den investiven Ein- und Auszahlungen durch die Ausleihungen an Städtische Gesellschaften (sog. Experimentierklausel) stehen entsprechende Einnahmen durch Kreditaufnahmen und Zins- und Tilgungsleistungen gegenüber. Zu den Details der sog. Experimentierklausel wird auf Ziffer 6.3 verwiesen.

Im Übrigen gibt es einen Gesetzesentwurf des Landes zur Änderung des NKomVG, der besagt, dass Einzahlungen und Auszahlungen in Zusammenhang mit der Experimentierklausel zukünftig nur noch unter der „laufenden Verwaltungstätigkeit“ im Ergebnis- und Finanzhaushalt abzubilden sind. Inwieweit das Gesetz beschlossen wird und wie sich die kaufmännischen Prozesse darstellen, ist noch nicht bekannt. Aufgrund fehlender Informationen werden die bisherigen Veranschlagungsgrundsätze angewandt.

Insgesamt ergeben sich durch die Ansatzveränderungen ohne die sog. Experimentierklausel eine **zusätzliche Belastung** des Finanzhaushalts **für 2025** in Höhe von rd. **19,4 Mio. € und eine Entlastung** des Finanzhaushalts **für 2026** in Höhe **von rd. 11,9 Mio. €**.

Wie bereits unter Ziffer 6.2.1.1. dargestellt, haben sich die finanziellen Belastungen / Entlastungen insbesondere aus dem Hochbaubereich ergeben. Unter anderem hat die Anpassung der Finanzraten zur Sanierung der Stadthalle zu diesen Belastungen / Entlastungen geführt. Hinzu kommt, dass die Finanzraten der Projekte in Alternativer Beschaffung an den tatsächlichen Finanzbedarf angepasst worden sind (z.B. Sanierung GS Altmühlstraße). Das Haushaltsjahr 2026 wird dadurch entlastet und die Haushaltsjahre 2025 und 2027 entsprechend belastet.

Darüber hinaus sind Mehrkosten bei diversen Hochbauprojekten angefallen (wie z.B. Herrichtung der Sporthalle der GS Comeniusstraße sowie für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums und des Gymnasiums Neue Oberschule).

Zu den Ansatzveränderungen, die die Sanierungsgebiete Donauviertel und Bahnstadt betreffen, wird - wie unter Ziffer 6.2.1.1 bereits dargestellt – auf die Mitteilung DS-24-24728 verwiesen.

Nach den Fachausschussberatungen sind weitere investive Ansatzveränderungen der Verwaltung gemeldet worden, die entsprechend mit „NEU“ in den Beratungsunterlagen gekennzeichnet wurden. Es fand lediglich eine Behandlung im FPDA statt.

Hierbei handelt es sich wie bereits unter Ziffer 6.2.1.1 dargestellt u.a. um das Förderprojekt LiViK (Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels; Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken).

Weiterhin ist eine Kapitaleinlage mit einem Volumen von 678.300 € in die Braunschweig Beteiligung GmbH (BSBG) zum Ankauf von Beteiligungen der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH geplant. Ziel ist es, eine Braunschweig Digital GmbH zu schaffen. Diese Ansatzveränderung der Verwaltung ist ebenfalls neu hinzugekommen.

Der Antrag zur Installation von Videokameras im Stadtgebiet zur Unterstützung der Aufgaben der Polizei wurde mit einem Haushaltsansatz von 616.000 € im AFKO im Rahmen der Haushaltsberatung passieren gelassen. Nach Ratsentscheidung vom 05.11.2024 (DS 24-24349) ist dem Vorhaben inhaltlich zugestimmt und eine Erweiterung der Standorte vorgesehen worden (Gieseler, Kalenwall, Platz am Ritterbrunnen und Herzogin-Anna-Amalia-Platz). Die Verwaltung schätzt die Gesamtkosten nunmehr auf rund 1 Mio. €. Hierbei sind Anschlusskosten BS-Energy und Mietkosten nicht enthalten. Die zusätzliche Ansatzveränderung (+384.000 €) wird neu in die Beratungen zur Haushaltslesung eingebracht. Teil des Ratsbeschlusses ist, dass angestrebt wird, mindestens eine Kostenbeteiligung des Landes Niedersachsens für die Ausweitung einzubringen.

Für das Jahr 2026 sind Verkäufe von Grundstücken (Magnitorwall 16 und Augusttorwall 5) geplant, die in Zusammenhang mit der Gründung des „Hauses der Musik“ stehen. In die Ansatzveränderungen der Verwaltung sind neben den erwarteten Verkaufserlösen auch die finanziellen Unterstützungsleistungen zur Entwicklung und baulichen Errichtung des Hauses der Musik eingeflossen. Es wird derzeit von Investitionszuschüssen ausgegangen.

Die investiven Ansatzveränderungen der Verwaltung sind im FPDA alle angenommen worden.

Im Übrigen wird auf die in der Anlage 2.5.2 aufgeführten Sachverhalte hingewiesen.

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen (VE)** verändert sich durch die Ansatzveränderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf wie folgt:

VE	**Haushalt 2025**	**Haushalt 2026**
Haushaltsentwurf 2025 ff.	220.821.300 €	287.316.000 €
Haushalt 2025 ff.	205.985.900 €	326.267.400 €
Veränderungen	**-14.835.400 €**	**+38.951.400 €**

6.2.2.2 Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Die bisherige Beschlusslage zu von den Fraktionen gestellten Anträgen und zu den Vorschlägen der Stadtbezirksräte für die **Investitionen** führt in 2025 und 2026 zu folgenden Veränderungen ((Belastung (+) / Entlastung (-)):

Investitionsmanagement Veränderungen durch	2025	2026
a) die Anträge der Fraktionen	+158.200 €	+158.200 €
b) die Anträge der Stadtbezirksräte	0 €	0 €
Gesamtsummen	**+158.200 €**	**+158.200 €**

Die finanzielle Belastung aus der Investitionstätigkeit würde sich somit um **rd. 0,2 Mio. € jeweils für 2025 und 2026** erhöhen.

Durch die einberechneten Fraktions- und Stadtbezirksratsanträge ergeben sich folgende Veränderungen in der Höhe der Verpflichtungsermächtigungen (VE).

VE	Haushalt 2025	Haushalt 2026
Haushaltsentwurf 2025 ff.	220.821.300 €	287.316.000 €
Haushalt 2025 ff.	220.821.300 €	287.316.000 €
Veränderungen	0 €	0 €

Die Fraktions- und Stadtbezirksräte sind aus der Anlage 2.5.1 ersichtlich.

6.2.3 Investitionsprogramm – IP - Haushaltsjahre 2027 - 2029

6.2.3.1 Ansatzveränderungen

Das IP würde sich gegenüber dem Haushaltsplanentwurf aufgrund der Ansatzveränderungen in den Planungsjahren 2027 - 2029 um folgende Beträge verändern (Belastung (+) / Entlastung (-)). Zu den Veränderungen 2025 und 2026 wird auf Ziffer 6.2.1.1 und 6.2.2.1 verwiesen:

Investitionsmanagement	Planungsjahr 2027	2028	2029
	- € -	**- € -**	**- € -**
Ansatzveränderungen	**+58.775.600**	**+97.495.400**	**+55.523.900**
davon ergebniswirksam	+15.457.000	+3.230.900	-1.166.400
davon werterhöhend	+52.845.900	+24.301.500	+ 9.610.200
davon werterhöhend "Experimentierklausel"	-9.527.300	+69.963.000	+ 47.080.100

Die zusätzliche Belastung für das Haushaltsjahr 2027 und für das Jahr 2028 resultieren insbesondere aus dem Hochbaubereich und sind auf Baukostensteigerungen als auch auf das Verschieben von Projekten (z.B. Sanierung Rathaus-Neubau) zurückzuführen. Durch das Vorziehen von Projekten aus dem Jahr 2029 im Hochbaubereich tritt entsprechend die Entlastung für dieses Jahr ein.

Zu den Ansatzveränderungen der Ausleihungen an Städtische Gesellschaften (sog. Experimentierklausel) sind Erläuterungen unter Ziffer 6.2.2.1 und Ziffer 6.3 aufgenommen worden.

Im Übrigen wird auf die in der Anlage 2.5.2 aufgeführten Sachverhalte hingewiesen.

Aktuell liegen Informationen vor, dass sich die Stadt Braunschweig in den nächsten Jahren (voraussichtlich ab 2027) zahlungswirksam an den Sanierungsmaßnahmen des Staatstheaters Braunschweig aufgrund des Staatstheatervertrages zu beteiligen hat. Es wird derzeit von einem Kostenanteil für das „Kleine Haus" und das „Große Haus" von rd. 41-52 Mio. € ausgegangen. Die Kosten sind jedoch noch zu verifizieren. Eine Aufnahme bei den Ansatzveränderungen hat daher nicht stattgefunden.

6.2.3.2 Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Das IP würde sich gegenüber dem Verwaltungsentwurf unter Berücksichtigung der Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte in den **Jahren 2027 - 2029** um folgende Beträge verändern (Belastung (+) / Entlastung (-)). Zu den Veränderungen 2025 und 2026 s. 6.2.1.2 und 6.2.2.2.

Investitionsmanagement	Planungsjahr 2027	2028	2029
	- € -	- € -	- € -
Veränderungen im Investitionsprogramm durch die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte	**+108.200**	**+108.200**	**+108.200**
davon ergebniswirksam	100.000	100.000	100.000
davon werterhöhend	+8.200	+8.200	+8.200

Die Änderungsanträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sind in der Anlage 2.5.1 zusammengestellt.

Die haushaltsneutralen Umsetzungen des Investitionsmanagements sowie die Änderungen der Haushaltsvermerke sind in den Anlagen 2.5.3 und 2.5.4 zusammengestellt. Von der Verwaltung ist u.a. geplant, die Deckungskreise für derzeitig als Großprojekte eingestufte Maßnahmen zu erweitern und diese gegenseitig deckungsfähig zu gestalten. Die Details zu den Deckungskreisen (hier Programme) sind aus der Anlage 2.5.4 ersichtlich. Hierdurch wird die Anzahl der überplanmäßigen und außerplanmäßigen Anträge reduziert.

6.3 Finanzhaushalt – Finanzierungstätigkeit

Im Haushaltsentwurf 2025/2026 sind für Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen der Kernverwaltung Kreditaufnahmen in Höhe von 148,9 Mio. € für 2025 bzw. rund 183,4 Mio. € für 2026 eingeplant. Darüber hinaus waren unter Inanspruchnahme der sog. Experimentierklausel gemäß § 181 Abs. 1 NKomVG zusätzliche Kreditaufnahmen für Investitionsmaßnahmen städtischer Gesellschaften in Höhe von 152,1 Mio. € für 2025 bzw. rund 77,6 Mio. € für 2026 vorgesehen.

Nach der aktuellen Planung verändern sich die Kreditaufnahmen der Kernverwaltung auf 172,9 Mio. € im Jahr 2025 bzw. auf rund 173,4 Mio. € im Jahr 2026. Auch wurden die Ansätze der Kredite für die Konzernfinanzierung entsprechend den Wirtschaftsplanungen 2025 ff. für die teilnehmenden städtischen Gesellschaften auf rund 172,3 Mio. € im Jahr 2025 bzw. rund 131,9 Mio. € im Jahr 2026 verändert. Diese Anpassungen sind in den unter Ziffer 5.2 dargestellten Haushaltsergebnissen berücksichtigt.

Die Ermächtigungen verteilen sich wie folgt auf die Gesellschaften:

Gesellschaft	2025	2026
	Mio. €	Mio. €
Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	105,9	76,0
Braunschweiger Verkehrs-GmbH	41,8	24,2
Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH	20,0	5,0
Nibelungen-Wohnbau-GmbH	2,0	5,0
Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH	1,5	0,0
Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	1,1	1,7
Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	0,0	20,0
Gesamt:	172,3	131,9

Die Anlagen 2.5.2.2 und 2.5.2.3 weisen die Ansatzveränderungen bezüglich der Kreditaufnahme und -Tilgungen in den Planjahren 2025 – 2029 aus.

6.4 Finanzielle Gesamtauswirkungen nach den Beratungen im FPDA

6.4.1 Ergebnishaushalt

Unter Berücksichtigung der Abstimmungsergebnisse im FPDA am 28.11.2024 sowie der Abstimmungsergebnisse über den vorstehenden Beschlusspunkt 1 verändern sich die Gesamtwerte des Doppelhaushalts 2025/2026 wie nachstehend beschrieben (in Klammern Werte des Haushaltsentwurfs 2025/2026).

Damit stellt sich der Haushalt 2025/2026 wie folgt dar:

in Mio. €	**2025**	**2026**	**2027**	**2028**	**2029**
Jahresergebnis	-298,4 (-223,0)	-236,6 (-196,6)	-228,9 (-199,8)	-152,1 (-151,1)	-156,9 (-163,5)
Stand der Überschussrücklagen am Jahresende	241,7 (241,9)	5,1 (45,3)	-223,8 (-154,5)	-375,9 (-305,6)	-532,8 (-469,1)
Gesonderter Passivposten gem. § 182 Abs. 4 NKomVG	-490,2 (-406,1)	-490,2 (-406,1)	-490,2 (-406,1)	-490,2 (-406,1)	-490,2 (-406,1)

Die Klammerzahlen zeigen den Stand zum Haushaltsentwurf 2025/2026.

Bezüglich des gesonderten Passivpostens gem. § 182 Abs. 4 NKomVG wurde ein Aufbau bis zum Jahr 2025 in der Planung berücksichtigt. Ein Abbau des gesonderten Passivpostens ist im Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung nicht berücksichtigt.

6.4.2 Finanzhaushalt

Der **Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit** ist abhängig von den Jahresergebnissen im Ergebnishaushalt, soweit sie zahlungswirksam sind. Für den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ergeben sich folgende Veränderungen:

in Mio. €	**2025**	**2026**	**2027**	**2028**	**2029**
Aktueller Stand	**-212,2**	**-186,5**	**-174,3**	**-96,5**	**-100,3**
Stand Haushaltsentwurf	-153,4	-147,4	-148,6	-99,4	-111,1

Mit dem Haushaltsentwurf 2025/2026 war noch ein Bestand an Zahlungsmitteln Ende 2024 von 123,5 Mio. € berücksichtigt worden. Nach derzeitigem Stand beträgt die Liquidität voraussichtlich nur 90,5 Mio. €. Durch diese niedrige Ausgangsbasis und die o. g. Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit wird der planerische Liquiditätstand für die Haushaltsjahre 2025 ff belastet. Dies führt zu folgendem Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des jeweiligen Haushaltsjahres:

in Mio. €	**2025**	**2026**	**2027**	**2028**	**2029**
Aktueller Stand	**-154,9**	**-389,0**	**-621,3**	**-789,1**	**-968,6**
Stand Haushaltsentwurf	-69,7	-262,1	-464,2	-634,3	-818,4

7. Bewertung

Wie unter Abschnitt 6.4.2 dargelegt, sind die Salden aus laufender Verwaltungstätigkeit negativ, so dass Tilgungen der Kredite planerisch nicht möglich sind. Um die gesetzlich vorgeschriebene dauernde Leistungsfähigkeit (§ 23 KomHKVO) nachhaltig sicherzustellen, besteht neben der gesetzlichen Vorgabe des Haushaltsausgleichs die Notwendigkeit, den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit so hoch zu gestalten, dass daraus mindestens die ordentlichen Tilgungen der aufgenommenen Kredite getragen werden könnte, damit nicht mittelfristig ein schwer wieder abzubauender Sockelbetrag an Liquiditätskrediten entsteht.

Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ist abhängig von den Jahresergebnissen im Ergebnishaushalt, soweit sie zahlungswirksam sind. Im Hinblick auf den nachhaltigen Erhalt der dauernden Leistungsfähigkeit führt kein Weg an strukturellen Verbesserungen der Haushaltsplanungen im Ergebnishaushalt vorbei. Dieses Planungsziel wird auch gesetzlich konkretisiert, indem der Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt vorrangig ohne Rückgriff auf die Überschussrücklagen (§ 110 Abs. 4 NKomVG) verfolgt werden soll.

Wie unter Ziffer 2 dargestellt, ist ein Haushaltsausgleich ohne Rückgriff auf etwaige Überschussrücklagen ohne einen konjunkturellen Aufschwung und eine deutlich verbesserte finanzielle Unterstützung von Bund und Land nicht möglich und der gesetzlich geforderte Haushaltsausgleich kann in den Planjahren 2025/2026 derzeit nur aufgrund der Sonderregelung des § 182 Abs. 4 NKomVG (2025) und Entnahme aus den Überschussrücklagen (2026) erreicht werden.

Sofern dieser Ausgleich durch Entnahme aus der Überschussrücklage nicht mehr möglich wäre, da diese aufgezehrt ist, bestünde die gesetzliche Verpflichtung, mit Beschluss des Haushaltsplans ein Haushaltssicherungskonzept vorzulegen (§ 110 Abs. 8 NKomVG).

Bei Annahme des Beschlussvorschlages ergibt sich eine rechnerisch verbleibende Überschussrücklage von rd. 5,1 Mio. €.

8. Ab- bzw. Aufbau von Haushaltsresten

Es sind Haushaltsreste im Gesamtergebnis- und finanzhaushalt in Höhe von rd. 93,6 Mio. € von 2023 auf 2024 zur Abwicklung von Geschäftsvorfällen übertragen worden.

Hierbei handelt es sich um die vorrangig dargestellten Bedarfe. Dies berücksichtigend ist davon auszugehen, dass diese Haushaltsmittel auch bereits in Anspruch genommen worden sind.

9. Sonstige Änderungen

9.1 Änderung der Produktdarstellungen und der Teilhaushaltsergebnisse

Bei den Wesentlichen Produkten wurden einige Kennzahlen angepasst und eine Maßnahme neu aufgenommen - siehe Anlage 2.3.

Die Beschlussempfehlungen des FPDA, die vorliegenden Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte, die von der Verwaltung dargelegten Ansatzveränderungen und später die endgültigen Beschlüsse des Rates zum Haushalt 2025/2026 haben auch (redaktionelle) Auswirkungen auf die Teilhaushalte und auf die Produkte.

Sie führen in den Teilhaushalten zu einer Änderung der dargestellten Haushaltsansätze und somit auch zu anderen Ergebnissen der Teilhaushalte im Vergleich zum Haushaltsplanentwurf. Sie haben ferner Änderungen der Produkterträge und Produktaufwendungen zur Folge. Aus technischen Gründen sind diese Auswirkungen auf die Teilhaushalte sowie auf die Produkterträge und Produktaufwendungen erst nach der Beschlussfassung durch den Rat darstellbar. Die endgültige Darstellung der Teilhaushalte sowie der Produktplanbeträge kann daher erst in der Endausfertigung des Haushaltsplanes abgebildet werden.

Dies gilt entsprechend für die Aufteilung des Personalaufwandes auf die Teilhaushalte bzw. zwischen den Teilhaushalten. Hierdurch ergeben sich u. a. durch die Auflösung der Personalkostendeckungsreserve noch Verschiebungen, die erst in der Endausfertigung des Haushaltsplanes abgebildet werden können.

10. Stellenplan

Stellenplan 2025

Im Verwaltungsentwurf vom Mai 2024 waren zum Stellenplan 2025 rd. 47 Stellenschaffungen und rd. 51 Stellenwegfälle in der Gesamtverwaltung vorgesehen.

Danach haben sich durch die Beratung der Stellenpläne in der Dezernentensitzung am 4. September 2024 noch gravierende Änderungen ergeben, über die Ende September 2024 mit einer weiteren Mitteilung außerhalb von Sitzungen (DS 24-24429) als Vorbereitung für die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) informiert wurde.

Zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung am 28. November 2024 wurden von der Verwaltung somit insgesamt **rd. 89 Stellenschaffungen** und **rd. 77 Stellenwegfälle** vorschlagen.

Davon erfolgen rd. 3,50 Stellenschaffungen im Bereich der Sonderrechnungen (Ref. 0660, FB 65). Rd. 7,8 Stellenschaffungen (davon 1,50 Stellen im Bereich der Sonderrechnung) sind voraussichtlich durch Einnahmen (z. B. aus Gebühren, Kostenerstattung, Fördermittel) gedeckt.

Insgesamt rd. 6 Stellen werden mit Sperrvermerk geschaffen, da der konkrete Stellenbedarf weder zeitlich noch inhaltlich feststeht. In Abänderung der bisherigen Regelung soll die Freigabe dieser Stellen zum Stellenplan 2025 durch den VA und nicht wie bisher durch die Verwaltung erfolgen.

Nach der Beratung der Verwaltungsvorlage zum Stellenplan 2025 und der daraus resultierenden **Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung** sind aufgrund von Fraktionsanträgen folgende Anpassungen erfolgt:

- <u>Referat 0150 Gleichstellungsreferat:</u>
  0,75 Stellenschaffungen für das Projekt StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt -
- <u>Fachbereich 40 Schule:</u>
  Wegfall des kw 2026-Vermerks zur dauerhaften Unterstützung der Förderprojekte zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen
- <u>Fachbereich 41 Kultur und Wissenschaft:</u>
  1,00 Stellenschaffungen für die Aufgabe der Kulturförderung
  1,00 Stellenschaffungen für eine personelle Unterstützung im Kulturpunkt West (KPW)
- <u>Fachbereich 50 Soziales und Gesundheit:</u>
  0,50 Stellenschaffungen zur Fortführung des Angebotes „Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt - Präventive Hausbesuche“

- Fachbereich 67 Stadtgrün:
  1,00 Stellenschaffungen für die Umsetzung des Förderprojekts „Stillgewässersanierung mit einer minimal-invasiven Methode als Pilotprojekt (Teichentschlammung)“ (mit kw 3)-Vermerk)

Somit enthält der Stellenplan 2025 nun insgesamt rd. 93 Stellenschaffungen in der Gesamtverwaltung.

Die Schwerpunkte der vorgeschlagenen Stellenschaffungen stellen sich wie folgt dar:

- Digitalisierung (städt. Kitas sowie Umwandlung der Poststelle in eine zentrale Post- und Scanstelle) (jeweils 2,00 Stellen in den Fachbereichen 40 und 10)
- Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes und Verabschiedung eines neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes im Bereich Ausländerangelegenheiten (rd. 3,00 Stellen im
  Fachbereich 32)
- Bevölkerungsschutz und Rettungsdienstabrechnung (rd. 5,00 im Fachbereich 37)
- 4. Fortschreibung des Medienentwicklungsplanes (3,70 Stellen im Fachbereich 40)
- Angebotsverbesserung und Personalausstattung im Bereich Kindertagesstätten (rd. 11,00 Stellen im Fachbereich 51)
- Personalbedarfsbemessung nach INSO im Fachdienst für minderjährige Geflüchtete, in der Eingliederungshilfe SGB IX sowie in der Jugendhilfe im Strafverfahren (rd. 8,00 Stellen im Fachbereich 51)
- Erweiterung des Kinder- und Jugendschutzhauses Ölper in der Außenstelle Hebbelstraße (14,00 Stellen im Fachbereich 51)
- Schulkindbetreuung und Schulsozialarbeit (rd. 6,00 Stellen im Fachbereich 51)
- Umsetzung von Projekten (insgesamt 3,00 Stellen in den Fachbereichen 67 und 68)

Den rd. 93 Stellenschaffungen stehen rd. 77 Stellenwegfälle gegenüber. Die Stellenwegfälle sind überwiegend durch die Realisierung von kw-Vermerken sowie Aufgabenrückgänge begründet und verteilen sich auf verschiedene Bereiche der Verwaltung.

Stellenplan 2026

Im Verwaltungsentwurf vom Mai 2024 waren zum Stellenplan 2026 rd. 7 Stellenschaffungen und rd. 4 Stellenwegfälle in der Gesamtverwaltung vorgesehen.

Danach haben sich durch die Beratung der Stellenpläne in der Dezernentensitzung am 4. September 2024 noch Änderungen ergeben, über die Ende September 2024 mit einer weiteren Mitteilung außerhalb von Sitzungen (DS 24-24429) als Vorbereitung für die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) informiert wurde. Darin waren für den Stellenplan 2026 **rd. 8,5 Stellenschaffungen** und **rd. 5 Stellenwegfälle** vorgesehen.

Davon werden rd. 2,5 Stellen mit Sperrvermerk geschaffen, da der konkrete Stellenbedarf weder zeitlich noch inhaltlich feststeht. Die Freigabe dieser Stellen zum Stellenplan 2026 soll ebenfalls durch den VA und nicht wie bisher durch die Verwaltung erfolgen.

Nach der Beratung der Verwaltungsvorlage zum Stellenplan 2026 und der daraus resultierenden **Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung** sind keine weiteren Anpassungen erfolgt.

Den rd. 8,5 Stellenschaffungen stehen rd. 5 Stellenwegfälle gegenüber. Die Stellenwegfälle sind überwiegend durch die Realisierung von kw-Vermerken sowie Aufgabenrückgänge begründet und verteilen sich auf verschiedene Bereiche der Verwaltung.

Zusammenfassung der Stellenpläne 2025 und 2026

Somit werden insgesamt zu den Stellenplänen 2025 und 2026 rd. 101,5 Stellen zur Schaffung vorgeschlagen und rd. 82 Stellen zum Wegfall vorgesehen, insgesamt rd. 7,8 Stellen sind gegenfinanziert und bei 8,5 Stellen sind Sperrvermerke angebracht, da der konkrete Stellenbedarf weder zeitlich noch inhaltlich feststeht. Die Freigabe der Stellen soll durch den VA erfolgen.

Unter Berücksichtigung dieser Parameter kann das strategische Ziel eines „Netto-Null-Stellenplanes“ für den Doppelhaushalt 2025/2026 nahezu erreicht werden.

Der Gesamtpersonalrat hat das Benehmen zu den Stellenplänen 2025 und 2026 hergestellt (siehe Anlage 5.6 zum Stellenplan 2025).

Personalaufwand

Der Personalaufwand beträgt für das Jahr **2025** rd. 339,92 Mio. € und für das Jahr **2026** rd. 323,58 Mio. €.

Dieser Personalaufwand berücksichtigt u. a. die Stellenschaffungen zu den Stellenplänen 2025 und 2026 sowie eine Steigerung im Besoldungsbereich von +5,5 % zum 1. Februar 2025 und eine erwartete Steigerung von +2,0 % in 2026. Für den Tarifbereich wurde für die Jahre 2025 und 2026 eine erwartete Steigerung von jeweils +2,0 % kalkuliert.

Durch die **Stellenschaffungen aufgrund von Fraktionsanträgen** kommen außerdem
weitere rd. 0,19 Mio. € für das Jahr 2025, rd. 0,34 Mio. € für das Jahr 2026 und rd. 0,39 Mio. € für das Jahr 2027 beim Personalaufwand dazu.

Für die 1,00 Stellenschaffungen im Fachbereich 67 (Fraktionsantrag SP 188) für das Projekt „Stillgewässersanierung mit einer minimalinvasiven Methode als Pilotprojekt (Teichentschlammung)" stehen bei Genehmigung des Projekts voraussichtlich anteilige Fördermittel im Rahmen des Landesförderprogramms „Landschaftswerte 2.0“ in Höhe von bis zu 55 % zur Verfügung.

Die Veränderungen im Stellenplan 2025 und im Stellenplan 2026 sowie der förmliche Stellenplan 2025 und der förmliche Stellenplan 2026 sind als Anlage 5 beigefügt.

10. Sonderrechnungen Abfallwirtschaft, Stadtentwässerung sowie FB 65 Gebäudemanagement und Referat 0650 Hochbau

Etwaige Änderungen der Stellenpläne der Sonderrechnungen sind im Stellenplanentwurf (Anlage 5) enthalten. Gegenüber den Haushaltsentwürfen 2025/2026 der Sonderrechnungen Abfallwirtschaft, Stadtentwässerung sowie FB 65 Gebäudemanagement und Referat 0650 Hochbau ergeben sich im Übrigen keine Veränderungen.

11. Pensionsfonds

Durch Beschluss des Rates vom 5. Oktober 1999 wurde der rechtlich unselbständige „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ mit Wirkung vom 1. Januar 2000 errichtet. Es handelt sich hierbei um ein Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 5 des NKomVG, für das ein besonderer Haushaltsplan aufgestellt werden kann. Gemäß § 6 der geltenden Satzung zur Errichtung und Verwaltung des Pensionsfonds ist für jedes Jahr ein Haushaltsplan aufzustellen.

Gegenüber dem in Abschnitt XIII. des Haushaltsplanentwurfs 2025/2026 dargestellten Haushaltsplan 2025/2026 für das Sondervermögen „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ ergeben sich keine Veränderungen. Somit ist dieser gemäß § 130 Abs. 4 NKomVG anstelle einer Haushaltssatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Entsprechend dem Ratsbeschluss über die Änderung der Satzung zur Errichtung und Verwaltung des "Pensionsfonds der Stadt Braunschweig Satzung vom 29. März 2022 sind die Zuführungen zum Sondervermögen ab dem Jahr 2022 vollständig eingestellt worden. Dies gilt auch für empfangene Abfindungsleistungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag. Für zu leistende Abfindungszahlungen bei Dienstherrenwechseln sowie zur Kompensation der dauerhaft steigenden Versorgungsaufwendungen werden nunmehr bis auf Weiteres jährlich pauschal 2,5 Mio. € aus dem Sondervermögen entnommen und dem Kernhaushalt zuführt.

Geiger

Anlage/n:
Anlage 1
Anlage 2.1
Anlage 2.2
Anlage 2.3
Anlage 2.4
Anlage 2.5
Anlage 2.7
Anlage 3
Anlage 4
Anlage 5

Anlage 1

Entwurf der Haushaltssatzung 2025/2026

Stand: 10. Dezember 2024

Haushaltssatzung der Stadt Braunschweig für die Haushaltsjahre 2025 / 2026

Gemäß § 58 Abs.1 Ziffer 9 in Verbindung mit § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Stadt Braunschweig in der Sitzung am 17. Dezember 2024 folgende Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das jeweilige Haushaltsjahr wird

1.	im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag		
		2025	**2026**
1.1	der ordentlichen Erträge auf in Euro	**1.121.023.641**	**1.164.738.529**
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf in Euro	**1.405.683.529**	**1.403.270.342**
1.3	der außerordentlichen Erträge auf in Euro	**266.300**	**2.827.100**
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf in Euro	**13.985.812**	**896.400**

2.	im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag		
		2025	**2026**
2.1	der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit in Euro	**1.113.621.641**	**1.161.221.028**
2.2	der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit in Euro	**1.325.821.238**	**1.347.710.079**
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit in Euro	**27.474.100**	**35.334.600**
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit in Euro	**372.727.000**	**341.198.900**
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit in Euro	**345.146.000**	**305.372.000**
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit in Euro	**33.104.100**	**47.107.900**

festgesetzt.

§ 1 a

Der Haushaltsplan der Sonderrechnung des Fachbereichs 65 Gebäudemanagement und des Referats Hochbau für das jeweilige Haushaltsjahr wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

		2025	2026
1.1	der ordentlichen Erträge auf in Euro	**118.932.740**	**120.464.200**
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf in Euro	**119.500.240**	**121.620.100**
1.3	der außerordentlichen Erträge auf in Euro	**0**	**0**
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf in Euro	**10.000**	**10.000**

2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

		2025	2026
2.1	der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit in Euro	**118.932.740**	**120.464.200**
2.2	der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit in Euro	**116.951.540**	**119.049.000**
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit in Euro	**0**	**0**
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit in Euro	**209.900**	**217.900**
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit in Euro	**0**	**0**
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit in Euro	**0**	**0**

festgesetzt.

Der Haushaltsplan der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das jeweilige Haushaltsjahr wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

		2025	2026
1.1	der ordentlichen Erträge auf in Euro	**84.330.200**	**90.341.100**
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf in Euro	**80.853.500**	**87.021.900**
1.3	der außerordentlichen Erträge auf in Euro	**0**	**0**
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf in Euro	**200.000**	**200.000**

2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

		2025	2026
2.1	der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit in Euro	**73.760.000**	**81.302.100**
2.2	der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit in Euro	**74.977.200**	**81.280.900**
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit in Euro	**0**	**16.500.000**
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit in Euro	**16.903.000**	**16.553.000**
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit in Euro	**0**	**0**
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit in Euro	**205.900**	**205.900**

festgesetzt.

Der Haushaltsplan der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das jeweilige Haushaltsjahr wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

		2025	2026
1.1	der ordentlichen Erträge auf in Euro	**46.209.500**	**47.198.300**
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf in Euro	**46.626.500**	**47.615.600**
1.3	der außerordentlichen Erträge auf in Euro	**0**	**0**
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf in Euro	**0**	**0**

2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

		2025	2026
2.1	der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit in Euro	**44.079.000**	**45.025.300**
2.2	der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit in Euro	**46.045.400**	**43.984.300**
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit in Euro	**1.168.400**	**21.202.500**
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit in Euro	**21.724.000**	**22.024.000**
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit in Euro	**0**	**0**
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit in Euro	**131.700**	**23.800**

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen** (Kreditermächtigung) der **Stadt Braunschweig** wird für das

Haushaltsjahr 2025 in Höhe von **345.146.000 Euro** und für das

Haushaltsjahr 2026 in Höhe von **305.372.000 Euro** festgesetzt.

Für den **Kernhaushalt** der **Stadt Braunschweig** ergibt sich davon eine Kreditermächtigung für das

Haushaltsjahr 2025 in Höhe von **172.900.000 Euro** und für das

Haushaltsjahr 2026 in Höhe von **173.390.000 Euro**.

Für die **städtischen Gesellschaften** ergibt sich davon eine Kreditermächtigung für Investitionsmaßnahmen für das

Haushaltsjahr 2025 in Höhe von **172.246.000 Euro** und für das

Haushaltsjahr 2026 in Höhe von **131.982.000 Euro**

Die Weiterleitung erfolgt zu marktüblichen Konditionen. Etwaige Zinsaufschläge verbleiben bei der Kernverwaltung.

§ 2 a

Im Haushaltsplan der **Sonderrechnung des Fachbereichs Gebäudemanagement und des Referats Hochbau** wird eine **Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen** nicht veranschlagt.

Im Haushaltsplan der **Sonderrechnung Stadtentwässerung** werden **Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen** nicht veranschlagt.

Im Haushaltsplan der **Sonderrechnung Abfallwirtschaft** werden Kredite für **Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen** nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** in der **Stadt Braunschweig** wird für das

Haushaltsjahr 2025 in Höhe von **220.821.300 Euro** und für das

Haushaltsjahr 2026 in Höhe von **287.316.000 Euro** festgesetzt.

§ 3 a

Im Haushaltsplan der **Sonderrechnung des Fachbereichs Gebäudemanagement und des Referats Hochbau** werden Verpflichtungsermächtigungen nicht veranschlagt.

Im Haushaltsplan der **Sonderrechnung Stadtentwässerung** werden Verpflichtungsermächtigungen nicht veranschlagt.

Im Haushaltsplan der **Sonderrechnung Abfallwirtschaft** werden Verpflichtungsermächtigungen nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 **Liquiditätskredite** zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird für das

Haushaltsjahr 2025 in Höhe von **300.000.000 Euro** und für das

Haushaltsjahr 2026 in Höhe von **540.000.000 Euro** festgesetzt.

Für die **städtischen Gesellschaften** wird der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, der zur Vorfinanzierung von Investitionsmaßnahmen aufgenommen werden darf, für das

Haushaltsjahr 2025 in Höhe von **65.000.000 Euro** und für das

Haushaltsjahr 2026 in Höhe von **65.000.000 Euro** festgesetzt.

Die Weiterleitung erfolgt zu marktüblichen Konditionen. Etwaige Zinsaufschläge verbleiben bei der Kernverwaltung.

§ 4 a

In der **Sonderrechnung des Fachbereichs Gebäudemanagement und des Referats Hochbau** werden Liquiditätskredite nicht beansprucht.

Der Höchstbetrag, bis zu dem in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 der **Sonderrechnung Stadtentwässerung** zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird für das

Haushaltsjahr 2025 in Höhe von **5.000.000 Euro** und für das

Haushaltsjahr 2026 in Höhe von **5.000.000 Euro** festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 der **Sonderrechnung Abfallwirtschaft** zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird für das

Haushaltsjahr 2025 in Höhe von **5.000.000 Euro** und für das

Haushaltsjahr 2026 in Höhe von **5.000.000 Euro** festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern sind durch eine Hebesatzsatzung für das jeweilige Haushaltsjahr wie folgt festgesetzt:

	2025	**2026**
1. Grundsteuer		
1.1 für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A)	**400 v. H.**	**400 v. H.**
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B)	**750 v. H.**	**750 v. H.**
2. Gewerbesteuer	**450 v. H.**	**450 v. H.**

§ 6

Zur Unerheblichkeit bezüglich über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen und über- und außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen im Sinne des § 117 Abs. 1 NKomVG bzw. § 119 Abs. 5 NKomVG finden die Regelungen in lit. g) der Richtlinie des Rates gemäß § 58 Abs. 1 NKomVG zur Auslegung des Begriffs „Geschäfte der laufenden Verwaltung“ in der jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung.

Ferner sind als **nicht erheblich** anzusehen, Beträge (unbegrenzt),

- die der Verrechnung zwischen den Teilhaushalten dienen,
- die wirtschaftlich durchlaufend sind,
- die auf Grund von Aufgabenverlagerungen und der Ausgliederung von Aufgaben aus dem Haushalt zu haushaltsneutralen Umsetzungen von Erträgen und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen zwischen den Teilhaushalten führen,
- die der Verwendung zweckgebundener Erträge und Einzahlungen dienen,
- die der Rückzahlung von Zuweisungen dienen,
- die zur Deckung von Kosten der Geldbeschaffung, zur Tilgung von Darlehen oder für abschlusstechnische Buchungen notwendig sind,
- die der Auflösung von Deckungsreserven dienen.

Braunschweig, den 17. Dezember 2024

Der Oberbürgermeister

Siegel

_____

Dr. Kornblum

Anlage 2.1

Anfragen/Anregungen

Stand: 04. Dezember 2024

- A 001 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Diverse / FB 20
Produkt / Kostenart
Diverse / 471102

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Ergebnishaushalt, Konto 471102: Abschreibungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände werden 2025 und 2026 deutlich niedriger, danach sogar drastisch geringer bewertet. Welche immateriellen Vermögensgegenstände besitzt die Stadt hauptsächlich? Wie kommen die geringeren AfA-Sätze zustande?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. VII
FB 20

Datum: 08.11.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A001 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025** ff

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 471102; Abschreibungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände werden 2025 und 2026 deutlich niedriger; danach sogar drastisch geringer bewertet.

Welche immateriellen Vermögensgegenstände besitzt die Stadt hauptsächlich?

Wie kommen die geringen AfA-Sätze zustande?

Begründung:

Antwort:

Zu den sonstigen immateriellen Vermögensgegenständen zählen insbesondere Softwarelizenzen und ausgesuchte Rechte (z.B. Bildrechte). Darüber hinaus gibt es noch immaterielle Vermögensgegenstände in Form von Investitionszuschüssen, die aber über das Konto 471101 abgeschrieben werden.

Die Planabschreibungen für sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (Konto 471102) basieren einerseits auf den bereits angeschafften neuen Vermögensgegenständen als auch andererseits auf den Planansätzen für die Beschaffung von sonstigen immateriellen Vermögensgegenständen.

Das Förderprojekt für den DigitalPakt ist nach erfolgreicher Inanspruchnahme durch die Stadt Braunschweig ausgelaufen, so dass entsprechend ab dem Haushalt 2025 ff. geringere Ansätze für Datenleitungen, Software und Hardware erforderlich geworden sind. Hierin begründet sind auch die geringer kalkulierten Abschreibungen auf dem Konto 471102 für die Haushaltsjahre 2025 ff..

Wählen Sie ein Element aus.

Gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 002 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 / FB 20 (FB 65)
Produkt / Kostenart
1.11.1165.XX / 421110

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
FB20 Finanzen, Produkt 1.11.1165 Immobilienmanagement: woraus besteht der erhöhte Bedarf für 2025, im Vergleich zu den Folgejahren, aber besonders zu 2024?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. VII
FB 65

Datum: 29.10.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. 002 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB20 Finanzen, Produkt 1.11.1165 Immobilienmanagement: woraus besteht der erhöhte Bedarf für 2025, im Vergleich zu den Folgejahren, aber besonders zu 2024?

Begründung:

Antwort:

Das Produkt 1.11.1165 beinhaltet verschiedene Kostenarten im Zusammenhang mit der Verwaltung städt. Grundvermögens und der Fremdanmietung, z. B. Personalaufwendungen, Erwerb von Vermögensgegenständen (Festwert) oder Mieten und Pachten. Der überwiegende Anteil der Gesamtaufwendungen (2025: 75 %) entfällt auf die Kostenart Grundstücke und bauliche Anlagen - Instandhaltungen / Sachkonto 421110. Die jährliche Höhe dieser Aufwendungen ist vom Gesamtumfang der durchzuführenden Hochbaumaßnahmen und deren Struktur abhängig.

Findet bei einem städt. Objekt nur die Sanierung eines Bauteils statt - z. B. Projekt 4E.210186 Kita Thune, Dachsanierung - , handelt es sich zu 100 % um eine reine Aufwandsmaßnahme. Davon sind die sog. Mischprojekte zu unterscheiden, deren Haushaltsmittel in einen investiven Anteil (i. d. R. 80 %) und in einen nicht werterhöhenden Anteil (Aufwand, i. d. R. 20 %) aufgeteilt werden. Dazu zählen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie umfängliche Sanierungen, z. B. Projekt 4E.210315 Neubau 6. IGS. Bei den Mischprojekten handelt es sich zugleich um Großprojekte, deren Gesamtkosten sich oft im zweistelligen Millionenbereich bewegen. 2025 ist der Anteil der Großprojekte im Vergleich zu 2024 am Gesamtvolumen sehr groß. Deren absolute Aufwandsanteile führen zu den hohen Ansätzen ab 2025.

gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 003 -

AfD-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 / FB 20 (FB 65)
Produkt / Kostenart
Diverse / 421110

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Ergebnishaushalt, Konto 421110: die Ansätze für Instandhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen und die Planung für 2027 liegen deutlich höher als in den Vorjahren bzw. für 2028 angenommen. Aus welchen Gründen werden hier bis zu 50Mio EUR (im Vergleich zu 2023) mehr angesetzt? Wie unterscheiden sich diese Maßnahmen von bisher häufig als „Investitionen“ bezeichneten Instandhaltungs-/Sanierungsarbeiten? Welcher Fachbereich wird mit dem größten Teil dieser Ansätze betraut?

Begründung:

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. VIII
FB 65

Datum: 23.10.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. 003 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 421110: die Ansätze für Instandhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen und die Planung für 2027 liegen deutlich höher als in den Vorjahren bzw. für 2028 angenommen.
Aus welchen Gründen werden hier bis zu 50 Mio EUR (im Vergleich zu 2023) mehr angesetzt?
Wie unterscheiden sich diese Maßnahmen von bisher häufig als „Investitionen“ bezeichneten Instandhaltungs-/Sanierungsarbeiten?
Welcher Fachbereich wird mit dem größten Teil dieser Ansätze betraut?

Begründung:

Antwort:

Die Höhe der Aufwendungen des Sachkontos 421110 ist abhängig vom Gesamtumfang der je Haushaltsjahr durchzuführenden Hochbaumaßnahmen und deren Struktur.

Findet bei einem städt. Objekt nur die Sanierung eines Bauteils statt - z. B. Projekt 4E.210186 Kita Thune, Dachsanierung - , handelt es sich zu 100 % um eine reine Aufwandsmaßnahme. Davon sind die sog. Mischprojekte zu unterscheiden, deren Haushaltsmittel in einen investiven Anteil (i. d. R. 80 %) und in einen nicht werterhöhenden Anteil (Aufwand, i. d. R. 20 %) aufgeteilt werden. Dazu zählen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie umfängliche Sanierungen, z. B. Projekt 4E.210315 Neubau 6. IGS.

Bei den Mischprojekten handelt es sich zugleich um Großprojekte, deren Gesamtkosten sich oft im zweistelligen Millionenbereich bewegen. 2025 - 2027 ist der Anteil der Großprojekte im Vergleich zu 2028 oder auch 2023 am Gesamtvolumen sehr groß. Deren absolute Aufwandsanteile führen zu den hohen Ansätzen.

Die Haushaltmittel des Sachkontos 421110 werden zum überwiegenden Teil vom Referat Hochbau und von Fachbereich Gebäudemanagement umgesetzt.

I. V.

Herlitschke

Unterschrift (Dez./FBL)

TOP 9

Die FRAKTION. - DIE LINKE, Volt, Die PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Diverse / FB 20
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
"Ergebnisverbesserungen" im Planungsverfahren

Begründung:
In der Präsentation zum Entwurf teilt die Verwaltung mit, dass im internen Planungsverfahren "Ergebnisverbesserungen" im Umfang von rund 45 Mio. Euro realisiert wurden. Dazu fragen wir an, welche konkreten Minderaufwendungen oder Mehrerträge in jedem Fachbereich/Referat jeweils erzielt wurden? Die Beantwortung soll in dem für den jeweiligen Fachbereich/Referat zuständigen Ausschuss erfolgen.

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. VII
FB 20

Datum: 17.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 004 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

"Ergebnisverbesserungen" im Planungsverfahren

Begründung:

In der Präsentation zum Entwurf teilt die Verwaltung mit, dass im internen Planungsverfahren "Ergebnisverbesserungen" im Umfang von rund 45 Mio. Euro realisiert wurden.

Dazu fragen wir an, welche konkreten Minderaufwendungen oder Mehrerträge in jedem Fachbereich/Referat jeweils erzielt wurden?

Die Beantwortung soll in dem für den jeweiligen Fachbereich/Referat zuständigen Ausschuss erfolgen.

Antwort:

Ich nehme Bezug auf die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt "Transparenz in den Haushaltsberatungen" (DS 24-24333-01).

Im Rahmen des verwaltungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahren wurde an die angemeldeten Mehrbedarfe der Organisationseinheiten ein strenger Maßstab angelegt und zur Vermeidung von Überplanungen den Anmeldungen der Ist-Aufwand des Jahres 2023 gegenübergestellt und analysiert. Hierdurch kam es bereits zu einer erheblichen Absenkung gegenüber den geltend gemachten Mehrbedarfen.

Als Reaktion auf die stark angespannte Haushaltslage wurde auf Basis dieser reduzierten Mehrbedarfsanmeldungen zusätzlich eine pauschale Reduzierung in Höhe von 3 % auf die Aufwandsbudgets der Teilhauhalte vorgenommen, von der allein die Teilhaushalte der Fachbereiche 40, 51 und 37 ausgenommen wurden.

Im späteren Vollzug des Haushalts besteht insoweit Flexibilität, dass die Dezernatsleitungen im Rahmen ihrer Fachverantwortung die im Haushaltsentwurf vorläufig bestimmten Ansätze, denen die pauschalen Kürzungen zunächst zugeordnet wurden, unterjährig innerhalb der Budgets eigenverantwortlich anders zuordnen können. Im Ergebnis dieses Planungsverfahrens erhält jede Organisationseinheit jedoch mindestens einen Inflationsausgleich im Vergleich zum Ist-Aufwand 2023.

Es wurde ebenfalls eine Priorisierung der Maßnahmen im Investitionsmanagement vorgenommen (s. u.a. Liste der Zukunftsprojekte (Ziffer 3.2.9.3) im Vorbericht zum Haushaltsentwurf 2025/2026).

Rechnerisch konnte in dem verwaltungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahren dabei eine Ergebnisverbesserung von ca. 45 Mio. € erzielt werden (s. Präsentation zum Haushaltsentwurf 2025/2026).

Im Vergleich der Teilhaushalte im Doppelhaushalt 2023/2024 zu den Teilhaushalten im Haushaltsentwurf 2025/2026 sind die Ansätze für die Aufwendungen im Ergebnishaushalt insgesamt angestiegen. Die Ausweitung konnte jedoch durch die o. g. verwaltungsinterne Vorgehensweise begrenzt und die Überplanung in den Budgets weiter abgebaut werden.

Ferner hat die Verwaltung Maßnahmen ergriffen um die Ertragskraft für die Jahre 2025 ff. zu erhöhen. Dies erfolgt insbesondere durch die Anhebung der Grundsteuer B.

Gez. Geiger 17.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 005 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Allg. Finanzw. / FB 20
Produkt / Kostenart
1.61.6120.01 / 451710

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Ergebnishaushalt, Konto 451710: warum ist im allgemeinen Aufwärtstrend nur für das Jahr 2025 ein deutlich geringerer Zinsaufwand zu erwarten?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 20
20.11

Datum: 07.11.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 005 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 451710: warum ist im allgemeinen Aufwärtstrend nur für das Jahr 2025 ein deutlich geringerer Zinsaufwand zu erwarten?

Begründung:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Antwort:

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsentwurfs 2025/2026 bestand eine verbesserte Liquiditätsannahme für das Jahr 2025, sodass ein geringerer Zinaufwand eingeplant worden ist. Diese damals geplanten Liquiditätsannahme musste angepasst werden, sodass im Rahmen der Ansatzveränderung der Verwaltung eine Anpassung an den tatsächlich erwarteten Mittelbedarf erfolgte. Bei der Ansatzveränderung wurden u. a. das Kreditvolumen, die Zinsentwicklung und der Aufnahmezeitpunkt der Kredite berücksichtigt.

Die Verwaltung geht davon aus, dass Finanzmittel in ausreichender Höhe auf dem Konto 451710 zum Doppelhaushalt 2025/2026 eingeplant sind.

I. A.

Hübner

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 006 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Allg. Finanzw. / FB 20
Produkt / Kostenart
1.61.6120.01 / 459115

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Ergebnishaushalt, Konto 459115: was ist unter "Kreditbeschaffungskosten Experimentierklausel" zu verstehen und warum entwickeln sich diese Kosten in den Jahren 2024-2027 so massiv?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 20
20.42

Datum: 16.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 006 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 459115: was ist unter "Kreditbeschaffungskosten Experimentierklausel" zu verstehen und warum entwickeln sich diese Kosten in den Jahren 2024-2027 so massiv?

Begründung:

Antwort:

Kreditbeschaffungskosten sind einmalige Kosten, die im Zusammenhang mit der Aufnahme von Krediten anfallen können. Wird z. B. ein Kredit auf Vermittlung einer Bank als Schuldscheindarlehen bei einem Versicherungsunternehmen aufgenommen, fällt dafür üblicherweise eine Vermittlungsgebühr an. Die Höhe richtet sich nach dem Kreditvolumen. Folglich stehen die veranschlagten Kreditbeschaffungskosten in Relation zu dem bei Sachkonto 692735 geplanten Volumen der Kreditaufnahmen.

Zur Vollständigkeit wird darauf hingewiesen, dass die ggf. tatsächlich anfallenden Kosten von den städtischen Gesellschaften, für die die Darlehensaufnahmen erfolgen, erstattet werden. Die entsprechende Veranschlagung erfolgt bei Sachkonto 369925 im Teilhaushalt Fachbereich 20 - Finanzen.

Gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 007 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 / FB 20
Produkt
1.11.1166.XX

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
FB20 Finanzen, Produkt 1.11.1166 sonstiges Grundstücks-/Immobilienmanagement: woraus besteht der erhöhte Bedarf für 2025, im Vergleich zu den Folgejahren, aber besonders zu 2023?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. VII
20.13

Datum: 11.11.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 007 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt** 2025/2026

Text:

FB20 Finanzen, Produkt 1.11.1166 sonstiges Grundstücks-/Immobilienmanagement: woraus besteht der erhöhte Bedarf für 2025, im Vergleich zu den Folgejahren, aber besonders zu 2023?

Begründung:

Antwort:

Hinter dem Produkt 1.11.1166 - sonstiges Grundstücks-/Immobilienmanagement verbirgt sich der Zuschuss/Verlustausgleich für die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH.

Gemäß der Mittelfristplanung aus dem Wirtschaftsplan 2024 wurde seinerzeit ein Zuschussbedarf für das Wirtschaftsjahr 2025 in Höhe von 5.549 T€ veranschlagt. Ich verweise hierzu auf die seinerzeitige Vorlage zum Wirtschaftsplan 2024 für den Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) zur Sitzung vom 2. November 2023 (23-22242), Anlage zur Vorlage S. 27.

Ergänzend wird hierzu mitgeteilt, dass die aktualisierte Wirtschaftsplanung der Gesellschaft für das Wirtschaftsjahr 2025 voraussichtlich einen Zuschussbedarf von rd. 241,1 T€ ausweisen wird. Dies resultiert aus noch vorhandenen Gewinnvorträgen aus Vorjahren aufgrund des gegenüber der Planung 2024 voraussichtlich besseren Ergebnisses im Jahr 2024 sowie der Verschiebung von geplanten Grundstücksveräußerungen in die Folgejahre (der Wirtschaftsplan 2025 wird dem FPDA voraussichtlich zur Sitzung am 5. Dezember 2024 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt).

gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 008 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 / FB 20
Produkt / Kostenart
Diverse / 431510

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Ergebnishaushalt, Konto 431510: warum werden die Zuschüsse an verbundene Unternehmern, Beteiligungen und/oder Sondervermögen in 2025 und 2026 mit 118Mio bzw. 114Mio die entsprechenden Positionen der umliegenden Jahre so stark überragen? Welche sind dabei jeweils die 3 größten oder ggfs. neuen Posten in diesen Beträgen?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. VII
20.13

Datum: 18.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 008 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt** 2025/2026

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 431510: warum werden die Zuschüsse an verbundene Unternehmern, Beteiligungen und/oder Sondervermögen in 2025 und 2026 mit 118Mio bzw. 114Mio die entsprechenden Positionen der umliegenden Jahre so stark überragen? Welche sind dabei jeweils die 3 größten oder ggfs. neuen Posten in diesen Beträgen?

Begründung:

Antwort:

Der Anstieg der Zuschüsse an verbundene Unternehmen und Beteiligungen in 2025 und 2026 resultiert insbesondere aus dem Anstieg der Zuschüsse bzw. Verlustausgleichszahlungen für die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH und die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (Hinweis: mit Wirkung vom 16. August 2024 wurde letztgenannte Gesellschaft in "Braunschweig Beteiligungen GmbH" umfirmiert; ich verweise hierzu auf die Vorlage vom 26. April 2024; DS 24-23578).

Ausführliche Erläuterungen zu den Notwendigkeiten einer höheren Zuschussveranschlagung für die o. g. Gesellschaften sowie eine Auflistung aller Veranschlagungen für alle weiteren Gesellschaften finden sich im Vorbericht zum Haushaltsplanentwurf 2025/2026, Kapitel 2.2.3.3: "Verlustausgleich an verbundene Unternehmen und Beteiligungen", pdf-Seite 109 bis 111.

Gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 009 -

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
32 / FB 32
Produkt
1.12.1221.21 und 1.12.1221.22

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
FB32 Öffentliche Sicherheit, Produkt 1.12.1221 Ordnungswidrigkeiten ruhender und fließender Verkehr: welche Gründe haben die Ansätze der deutlich niedrigeren Salden für 2025 und 2026?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. II
FB 32

Datum: 08.10.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 009 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB32 Öffentliche Sicherheit, Produkt 1.12.1221 Ordnungswidrigkeiten ruhender und fließender Verkehr:
welche Gründe haben die Ansätze der deutlich niedrigeren Salden für 2025 und 2026?

Begründung:

Antwort:

Der Jahresabschluss für 2023 ist noch offen. Es wurden noch nicht alle Prozesse abgeschlossen. Im Haushaltsplanentwurf fehlt für 2023 die produktgenaue Zuordnung, so dass die Salden für 2023 nicht aussagekräftig sind. Zum Beispiel enthalten Sie keine Personalaufwendungen.

Bei den Ordnungswidrigkeiten ruhender Verkehr werden im Vergleich zu 2024 in den beiden Jahren 2025 und 2026 positivere Salden erzielt.

Bei den Ordnungswidrigkeiten fließender Verkehr werden im Vergleich zu 2024 in den beiden Jahren 2025 und 2026 niedrigere Salden erzielt.
Die Entwicklung begründet sich in den Tarifkostensteigerungen die naturgemäß 2023 noch nicht durchtrugen und im Ansatz 2024 noch keine Berücksichtigung finden konnten.

gez. Dr. Köhler 15.10.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 010 -

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
37 / FB 37
Produkt
1.12.1260.13

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
FB37 Feuerwehr, Produkt 1.12.1260.13 Leitstelle: wie groß ist in den Erträgen für 2025 und 2026 jeweils eine Kostenbeteiligung durch die von der Leitstelle mitbetreuten Nachbarlandkreise? Kann dieser Anteil eventuell erhöht werden?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. VII
FB 37

Datum: 08.10.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 010 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB37 Feuerwehr, Produkt 1.12.1260.13 Leitstelle:
wie groß ist in den Erträgen für 2025 und 2026 jeweils eine Kostenbeteiligung durch die von der Leitstelle mitbetreuten Nachbarlandkreise?
Kann dieser Anteil eventuell erhöht werden?

Begründung:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Antwort:

Die Kostenbeteiligung durch die von der Leitstelle mitbetreuten Nachbarlandkreise Wolfenbüttel und Peine beträgt im Jahr 2024 pro Quartal jeweils 249.859,21 €.

Für die Jahre 2025 und 2026 wird sich nach derzeitiger Vertragslage die Beteiligung um die dann geltende Grundlohnsummensteigerung entsprechend erhöhen. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang jedoch das zwischenzeitlich beauftragte Leitstellengutachten, mit dessen Ergebnis in 2025 gerechnet wird. Insofern geht die Verwaltung derzeit davon aus, dass eine neue Kostenbetrachtung mit Fertigstellung des Leitstellengutachtens vorzunehmen ist.

Gez. Geiger

_____
Unterschrift (Dez./FBL)

- A 011 -

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
KuW / FB 41 (FB 10)
Produkt
1.25.2734.XX

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Kulturpunkt West (KPW)

Mit der Mitteilung außerhalb von Sitzungen 24-23688-01 „Kulturpunkt West - Angebotsqualität für die Menschen in der Weststadt sichern und ausbauen“ hat die Verwaltung (Dezernat IV / Fachbereich 41) am 04.06.2024 über den aktuellen Sachstand bei dieser soziokulturellen Einrichtung informiert. In der genannten Mitteilung heißt es u. a.:

„In den Jahren seines Bestehens ist das Veranstaltungsangebot des KPW kontinuierlich ausgebaut worden. Im Sinne des Förderprogramms „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ im Fördergebiet „Soziale Stadt – Donauviertel“ wird der KPW derzeit für 2,6 Millionen Euro saniert und umgebaut. Durch die umfangreiche räumliche Bestandserweiterung erfährt der KPW eine neue Nutzbarmachung und Würdigung.“

In derselben Mitteilung wird jedoch auch darauf verwiesen, dass weder im Doppelhaushalt 2023 / 2024 noch im Doppelhaushalt 2025 / 2026 eine Stellenschaffung im Bereich des KPW vorgesehen war / ist.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. In welchem Umfang findet im KPW durch die aktuellen baulichen Maßnahmen eine räumliche Bestandserweiterung statt?

2. Gibt es bereits Ideen oder Konzepte, was mit diesen neuen Räumen bzw. Flächen inhaltlich geschehen soll?

3. Ist die Bestandserweiterung mit der vorhandenen personellen und finanziellen Ausstattung zu leisten oder bedarf es hier einer Aufstockung?

Begründung:

Erfolgt mündlich.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. IV
41-01-12-2024-06

Datum: 01.10.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 011 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Kulturpunkt West (KPW)

Mit der Mitteilung außerhalb von Sitzungen 24-23688-01 „Kulturpunkt West - Angebotsqualität für die Menschen in der Weststadt sichern und ausbauen“ hat die Verwaltung (Dezernat IV / Fachbereich 41) am 04.06.2024 über den aktuellen Sachstand bei dieser soziokulturellen Einrichtung informiert. In der genannten Mitteilung heißt es u.a.:

„In den Jahren seines Bestehens ist das Veranstaltungsangebot des KPW kontinuierlich ausgebaut worden. Im Sinne des Förderprogramms „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ im Fördergebiet „Soziale Stadt – Donauviertel“ wird der KPW derzeit für 2,6 Millionen Euro saniert und umgebaut. Durch die umfangreiche räumliche Bestandserweiterung erfährt der KPW eine neue Nutzbarmachung und Würdigung.“

In derselben Mitteilung wird jedoch auch darauf verwiesen, dass weder im Doppelhaushalt 2023 / 2024 noch im Doppelhaushalt 2025 / 2026 eine Stellenschaffung im Bereich des KPW vorgesehen war / ist.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. In welchem Umfang findet im KPW durch die aktuellen baulichen Maßnahmen eine räumliche Bestandserweiterung statt?

2. Gibt es bereits Ideen oder Konzepte, was mit diesen neuen Räumen bzw. Flächen inhaltlich geschehen soll?

3. Ist die Bestandserweiterung mit der vorhandenen personellen und finanziellen Ausstattung zu leisten oder bedarf es hier einer Aufstockung?

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antwort:

Die Sanierung und der Ausbau des Kulturpunkt West (KPW) sind seit 2019 Teil des Förderprogramms „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ im Fördergebiet „Soziale Stadt - Donauviertel“. Ehedem erhielt die Stadt Braunschweig 2,6 Mio. Euro Fördermittel vom Land für die Sanierungsmaßnahme. Die Sanierung des KPW wird im kommenden Jahr zum Abschluss kommen. Neben der Sanierung wird der KPW um Gebäudeteile erweitert, die bisher vom „Kinder- und Teeny-Klub (KTK) Weiße Rose“ genutzt wurden und ebenfalls einer Renovierung unterzogen werden mussten. Neben der Erweiterung des Keller- und Obergeschosses wird auch der Außenbereich neugestaltet und entwickelt den KPW mit verbessertem Zugang sowie erweiterten Flächen und Angeboten zu einem noch relevanteren und wichtigeren (sozio-)kulturellen Knotenpunkt im Donauviertel und in der Weststadt.

Auf die Anfrage antwortet die Verwaltung wie folgt:

Zu 1.:
Mit der Sanierung des KPW wird das Raumangebot erweitert. Die Anzahl nutzbarer Räume erhöht sich von 6 auf 13 Räume. Die Nutzfläche lag bisher bei 411 Quadratmetern. Nach der Sanierung werden es 664 Quadratmeter zzgl. Nebenflächen sein.

Zu 2.:
Der KPW ist die größte soziokulturelle Einrichtung der Weststadt sowie ein wichtiger Bestandteil der soziokulturellen Infrastruktur der Stadt Braunschweig. Der seit 1988 bestehende KPW steht explizit allen sozialen Gruppen, Vereinen und Organisationen sowie Privatpersonen zur Anmietung zur Verfügung. Hinzu kommen Eigenveranstaltungen des KPW, die mit der Zielsetzung verbunden sind, möglichst alle Nutzergruppen anzusprechen bzw. relevante Schwerpunktthemen der soziokulturellen Stadtteilarbeit zu bearbeiten. Durch die Erweiterung des Raumangebots ergeben sich weitere Nutzungsoptionen, z.B. für kulturelle, integrative und sozialpädagogische Angebote. Entsprechende Kurse und Workshops werden das bestehende Angebot sinnvoll und umfassend ergänzen. Beispielhaft benannt werden können Angebote zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe oder Tanz- und Musikangebote für Kinder und Jugendliche. Ergänzend dazu soll es zukünftig auch Beratungsräume für beispielsweise das Jobcenter, den Stadtteile ohne Partnergewalt e.V. oder die Erziehungsberatungsstelle geben.

Zu 3.:
Derzeit ist der KPW personell mit einer Stelle Leitung des Hauses (S17 TVöD SuE) und zwei Stellen für Hausmeister (EGr. 5 TVöD) ausgestattet.
Im Jahr 2023 haben im KPW insgesamt 151 Eigenveranstaltungen sowie 455 Vermietungen stattgefunden.
Mit dem vorhandenen Personal wie auch den finanziellen Mitteln kann das bisherige Veranstaltungs- sowie Vermietungsvolumen im Anschluss an die Bestandserweiterung durch die Sanierungsarbeiten beibehalten werden.

I. V.

gez. Prof. Dr. Hesse

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 012 -

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
KuW / FB 41
Produkt
1.25.2811.10

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Projektfördermittel Kulturbereich / Magnifest

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (AfKW) hat am 21. Mai 2024 ausführlich über die Verwaltungsvorlage 24-23781 „Projektförderantrag Magnifest 2024“ diskutiert und anschließend beschlossen, das Magnifest 2024 mit 28.250 Euro aus Projektfördermitteln der Kulturbereichs zu unterstützen. Die Fachverwaltung hatte ursprünglich rund 18.360 Euro zur Finanzierung der kulturellen Anteile (Bühnenprogramm und Kinderfest am Löwenwall) vorgeschlagen. Um den Kulturetat mit diesem geänderten AfKW-Beschluss nicht überzustrapazieren, wurden die Projektfördermittel im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft in der Ratssitzung am 11. Juni 2024 (auf Antrag von SPD, Grünen und Fraktion BS) um 66.700 Euro erhöht.

Vor dem Hintergrund der Diskussion über diese Zuwendung an die Werbegemeinschaft Magniviertel e. V. für das Magnifest 2024 und deren mögliche Auswirkungen auf andere kulturelle Projekte bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch ist der gesamte Projektat der Kulturförderung im nächsten Haushaltsjahr 2025?

2. Ist vorgesehen, im kommenden Jahr 2025 wieder ca. 30.000 Euro für das Magnifest aus dem Kulturetat bereitzustellen?

3. Wurde / wird das Magnifest 2024 auch mit Mitteln der Wirtschaftsförderung unterstützt - falls Ja, in welcher Höhe?

Begründung:

In der genannten Sitzung des AfKW am 21. Mai 2024 wurde laut Beschlussauszug zu TOP 7 „Projektförderantrag Magnifest 2024“ von unserer Ratsfrau Dr. Elke Flake u. a. geäußert, dass verhindert werden müsse, dass aufgrund der aufgestockten Förderung des Magnifestes und der vorläufigen Überzeichnung des Projektfördertopfes andere Projekte im Kulturbereich nicht gefördert werden könnten. Kulturdezernentin Prof. Dr. Anja Hesse richtete zudem die Bitte an die Politik, die Finanzierung des Magnifestes langfristig von einer Projektförderung in eine dauerhafte Förderung umzuwandeln. Dadurch könne auch eine Bevorzugung des Magnifestes im Rahmen der kulturellen Projektförderungen verhindert und dem Gleichbehandlungsgrundsatz entsprochen werden.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 41 Datum: 25.09.2024
41-01-12-2024-06

Beantwortung der Anfrage Nr. A 012 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Projektfördermittel Kulturbereich / Magnifest

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (AfKW) hat am 21. Mai 2024 ausführlich über die Verwaltungsvorlage 24-23781 „Projektförderantrag Magnifest 2024“ diskutiert und anschließend beschlossen, das Magnifest 2024 mit 28.250 Euro aus Projektfördermitteln der Kulturbereichs zu unterstützen.
Die Fachverwaltung hatte ursprünglich rund 18.360 Euro zur Finanzierung der kulturellen Anteile (Bühnenprogramm und Kinderfest am Löwenwall) vorgeschlagen.
Um den Kulturetat mit diesem geänderten AfKW-Beschluss nicht überzustrapazieren, wurden die Projektfördermittel im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft in der Ratssitzung am 11. Juni 2024 (auf Antrag von SPD, Grünen und Fraktion BS) um 66.700 Euro erhöht.

Vor dem Hintergrund der Diskussion über diese Zuwendung an die Werbegemeinschaft Magniviertel e. V. für das Magnifest 2024 und deren mögliche Auswirkungen auf andere kulturelle Projekte bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch ist der gesamte Projektat der Kulturförderung im nächsten Haushaltsjahr 2025?

2. Ist vorgesehen, im kommenden Jahr 2025 wieder ca. 30.000 Euro für das Magnifest aus dem Kulturetat bereitzustellen?

3. Wurde / wird das Magnifest 2024 auch mit Mitteln der Wirtschaftsförderung unterstützt - falls Ja, in welcher Höhe?

Begründung:

In der genannten Sitzung des AfKW am 21. Mai 2024 wurde laut Beschlussauszug zu TOP 7 „Projektförderantrag Magnifest 2024“ von unserer Ratsfrau Dr. Elke Flake u. a. geäußert, dass verhindert werden müsse, dass aufgrund der aufgestockten Förderung des Magnifestes und der vorläufigen Überzeichnung des Projektfördertopfes andere Projekte im Kulturbereich nicht gefördert werden könnten. Kulturdezernentin Prof. Dr. Anja Hesse richtete zudem die Bitte an die Politik, die Finanzierung des Magnifestes langfristig von einer Projektförderung in eine dauerhafte Förderung umzuwandeln. Dadurch könne auch eine Bevorzugung des Magnifestes im Rahmen der kulturellen Projektförderungen verhindert und dem Gleichbehandlungsgrundsatz entsprochen werden.

Antwort:

Zu 1.:
Der Projektetat der Kulturförderung im Haushaltsjahr 2025 ohne dauerhafte Projektförderungen, Atelierförderung und Tanzförderung beträgt 299.300 Euro.

Zu 2.:
Es liegen bisher keine Absichtserklärungen von Seiten der Veranstalter des Magnifestes vor, in 2025 einen erneuten Antrag auf Mittel der Kulturförderung zu stellen. Eine Antragsstellung steht dem Verein für das zweite Halbjahr 2025 bis zum 30. Mai 2025 frei. Eine Bewilligung erfordert gemäß Unterpunkt f) der Richtlinie des Rates gemäß § 58 Abs. 1 NKomVG zur Auslegung des Begriffs „Geschäfte der laufenden Verwaltung“ bei Antragssummen über 5.000 Euro eine Beschlussfassung durch den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (AfKW). Zudem muss der Antragsteller den ordnungsgemäßen Nachweis der Mittelverwendung für die noch ausstehenden Jahre 2023 und 2024 sicherstellen.

Zu 3.:
Durch Beschluss des Antrages „Erhalt des Magnifestes“ (DS Nr. 16-02985) des Rates am 6. Dezember 2016 wurde die Verwaltung beauftragt, der Werbegemeinschaft Magniviertel e.V. bei der Erstellung eines neuen Konzepts für das Magnifest und bei der Suche nach potenziellen Partnern und Sponsoren für die Durchführung des Festes behilflich zu sein. Daraufhin wurde die Braunschweig Stadtmarketing GmbH (BSM) damit betraut, die Werbegemeinschaft zu unterstützen. Seitdem berät die BSM den Veranstalter im Rahmen der Sondernutzung und unterstützt die Kommunikation der Veranstaltung. Darüber hinaus erhält der Veranstalter ein Sponsoring i.H.V. von 30.000 Euro zzgl. gesetzl. MwSt. Hierzu wird auf die Mitteilung „Magnifest 2017 - Unterstützungsleistungen der Stadt Braunschweig“ (DS Nr. 17-05085) verwiesen.

I. A.

gez. Dr. Malorny

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 013 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
KuW / Ref. 0414
Produkt
1.25.2514.01

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Kultur und Wissenschaft, Produkt 1.25.2514 / .01 Stadtarchiv: was wird unter "sonstigen Dienstleistungen" zusammengefasst? Wie erklären sich die defizitären Entwicklungen in den beiden nächsten Jahren durch diese Dienstleistungen und dem allgemeinen Wissenschafts- und Forschungsbereich des Stadtarchivs?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Ref. 0414
0414-V-8

Datum: 25.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 013 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Kultur und Wissenschaft, Produkt 1.25.2514 / .01 Stadtarchiv:
was wird unter "sonstigen Dienstleistungen" zusammengefasst?
Wie erklären sich die defizitären Entwicklungen in den beiden nächsten Jahren durch diese Dienstleistungen und dem allgemeinen Wissenschafts- und Forschungsbereich des Stadtarchivs?

Begründung:

.

Antwort:

Das Produkt "Sonstige Dienstleistungen" umfasst externe und interne Anfragen zu wissenschaftlichen, heimatkundlichen und genealogischen Themen. Einnahmen werden u.a. über gebührenpflichtige externe Anfragen erzielt, deren Zahl während der Corona-Pandemie zurückgegangen ist. Weitere Einnahmen werden durch Benutzungsgebühren erzielt, sowie durch von Nutzerinnen und Nutzern vor Ort erteilte Scanaufträge und Aufträge in Bezug auf Kopien von verfilmten Zeitungen. Da die Nutzerzahlen aufgrund der Pandemie regelrecht eingebrochen waren (das Archiv war zeitweise komplett geschlossen und über einen langen Zeitraum nur zu stark reduzierten Öffnungszeiten und mit einem stark reduzierten Platzangebot nutzbar), hat sich dies in den letzten Jahren auch auf die vor Ort eingenommenen Gebühren negativ ausgewirkt. Aufgrund einer anstehenden Anpassung der Archivgebührenordnung ist in Zukunft mit erhöhten Einnahmen zu rechnen. Die Erhöhung der Einnahmen wurde seinerzeit durch eine Bewertungskommission der KGSt festgesetzt.

I. A.

gez. Dr. Henning Steinführer

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 014 -

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
KuW / FB 41
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Kürzung Veranstaltungsetat

Im Doppelhaushalt 2025 / 2026 ist im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft auf Seite 603 auch das Produkt 1.25.2811.04 „Eigene kult. Veranst. sonst. Kulturpfl.“ zu finden. Nachzulesen ist dort, dass der Ansatz für dieses Produkt von 1.416.866 € im Jahr 2024 auf 475.255 € im Jahr 2025 gekürzt werden soll. Das entspricht einer massiven Reduzierung um insgesamt 941.611 €.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche eigenen kulturellen Veranstaltungen können / sollen 2025 und 2026 noch im geplanten Umfang stattfinden?

2. Welche eigenen kulturellen Veranstaltungen können / sollen 2025 und 2026 in reduziertem Umfang stattfinden?

3. Welche eigenen kulturellen Veranstaltungen können / sollen 2025 und 2026 überhaupt nicht mehr stattfinden?

Wir bitten jeweils um detaillierte Aufzählung aller Veranstaltungen mit den jeweiligen Aufwendungen bzw. Erträgen 2025 / 2026.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. IV
41-01-12-2024-06

Datum: 02.10.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 014 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Kürzung Veranstaltungsetat

Im Doppelhaushalt 2025 / 2026 ist im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft auf Seite 603 auch das Produkt 1.25.2811.04 „Eigene kult. Veranst. sonst. Kulturpfl." zu finden. Nachzulesen ist dort, dass der Ansatz für dieses Produkt von 1.416.866 € im Jahr 2024 auf 475.255 € im Jahr 2025 gekürzt werden soll. Das entspricht einer massiven Reduzierung um insgesamt 941.611 €.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Welche eigenen kulturellen Veranstaltungen können / sollen 2025 und 2026 noch im geplanten Umfang stattfinden?

2. Welche eigenen kulturellen Veranstaltungen können / sollen 2025 und 2026 in reduziertem Umfang stattfinden?

3. Welche eigenen kulturellen Veranstaltungen können / sollen 2025 und 2026 überhaupt nicht mehr stattfinden?

Wir bitten jeweils um detaillierte Aufzählung aller Veranstaltungen mit den jeweiligen Aufwendungen bzw. Erträgen 2025 / 2026.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antwort:

Der Antwort vorangestellt wird, dass die o.g. Anfrage Bezug auf den Veranstaltungsetat des Produktes 1.25.2811.04 nimmt. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich beim Veranstaltungsetat des Produktes 1.25.2811.04 grundsätzlich um den allgemeinen Veranstaltungsansatz des Fachbereichs 41 Kultur und Wissenschaft handelt. Hierüber werden alle zentralen kulturellen Projekte des FB 41, u.a. Veranstaltungen und Kooperationen mit Dritten, z.B. im Rahmen der Erinnerungskultur, finanziert.

Die in der Anfrage aufgezeigte Differenz weist im Haushaltsentwurf 2025/2026 einen reduzierten Finanzierungsansatz für die o.g. kulturellen Projekte in Höhe von ca. 520.000 Euro gegenüber dem Haushalt 2023/2024 aus.
Diese Differenz resultiert aus den verwaltungsseitigen Konsolidierungsmaßnahmen zur Haushaltsaufstellung 2025/2026.

Folgende zusätzlichen technischen Anpassungen wurden im erfragten Produkt 1.25.2811.04 zudem vorgenommen, die zu zahlenmäßigen Abweichungen führen:
Die Veranschlagung des Ansatzes für die Tanzförderung (177.500 Euro) wird zukünftig auf dem PSP-Element 1.25.2811.09 geführt.
Zudem handelt es sich bei dem auf S.603 aufgeführten Ansatz nicht ausschließlich um den Etat des Sachkontos für Veranstaltungen. So sieht der Ansatz auch Aufwendungen für Personalkosten und sonstige ordentliche Aufwendungen (Mitgliedsbeiträge, Erstattungen an den FB 65 Gebäudemanagement etc.) vor.
Des Weiteren ergibt sich die Differenz aus neuen Kostenverteilungen innerhalb des Budgets (hier insb. bei den Personalkosten und der internen Leistungsverrechnung).

Im Sinne der Fragestellung wird bei der Beantwortung nicht nur das konkret zitierte Produkt herangezogen, sondern alle Produkte, aus denen sich der Veranstaltungsetat des FB 41 zusammensetzt. Denn die einzelnen Sparten, wie z.B. der Rote Saal, der Kulturpunkt West (KPW) oder das Raabe-Haus:Literaturzentrum, verfügen innerhalb des FB 41 über jeweils gesonderte Veranstaltungsansätze, die ebenfalls zur Haushaltskonsolidierung herangezogen wurden und deren bisher gewohntes Veranstaltungsangebot daher eingeschränkt wird.

Diese haushaltstechnischen Erläuterungen vorausgeschickt, werden die Fragen wie folgt beantwortet:

Zu 1.:
Für die Jahre 2025/2026 sind folgende Veranstaltungen der Verwaltung geplant:

2025:
• Durchführung der 15. Braunschweiger Kulturnacht (Budget: 165.000 Euro)
• Verleihung des Louis Spohr Musikpreises (Budget: 33.000 Euro)
• Durchführung des Salons der Wissenschaft (Budget: 50.000 Euro)
• Umsetzung des Architekturpavillons in der Innenstadt (Budget aus Übertragungen 2024 sowie Fördermitteln)

2025/2026:
• Verleihung des Raabe-Literaturpreises (Budget: jeweils 62.500 Euro)
• Literaturfestival (Budget: jeweils 35.000 Euro)
• Durchführung von Braunschweig International (Budget: jeweils 46.000 Euro)
• Fortführung der Umsetzung Kultur.Raum.Zentrale (Budget: jeweils 70.000 Euro)

2026:
• Regionales Musikfest in Braunschweig (Budget: 30.000 Euro)
• Verleihung des Friedrich-Gerstäcker-Preises (Budget: 25.000 Euro)

Zu 2.:
Über die Finanzierungen der großen und zum Teil wiederkehrenden Veranstaltungen, die unter Frage 1 benannt werden, hinaus, stehen dem FB 41 ab dem Haushaltsjahr 2025 keine weiteren Finanzmittel mehr zur Verfügung, mit denen die einzelnen Sparten und Kultureinrichtungen des FB 41 kleine und mittlere Formate über das Jahr verteilt für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zur Verfügung stellen können.
Es wird ab 2025 im Roten Saal, im KPW und in der halle267 lediglich ein Grundbetrieb möglich sein. Der Rote Saal, der KPW und insbesondere die halle267 werden künftig vorrangig Vermietungen vornehmen, und mithin ein deutlich eingeschränktes Veranstaltungs- und Ausstellungsprogramm (gegenüber Ausstellungen in der Vergangenheit wie von Herlinde Koelbl, Peter Tuma und Malte Bartsch) anbieten. Der Einfluss auf die Qualität der Ausstellungen wird geringer.
Das Angebot des Raabe-Haus:Literaturzentrums wird bis zur Grenze der Aufrechterhaltung der Landesförderung auf ein Minimum reduziert.
Neben den kulturellen Projekten der Kultureinrichtungen des FB 41 werden auch die Ansätze für Erinnerungskultur, Wissenschaft und Stadtteilkulturarbeit reduziert.
Ebenso werden überdies die Musikschultage der Städtischen Musikschule nur noch in einem erheblich reduzierten Umfang stattfinden können.

Zu 3.:
Durch die Reduzierung des Veranstaltungsansatzes des Produktes 1.25.2811.04 und der anderen Teilveranstaltungsprodukte würden dem FB 41 - nach derzeitigem Stand der Haushaltsaufstellung - über die unter Antwort 1 benannten Projektmittel hinaus, keine freien Veranstaltungsmittel mehr zur Verfügung stehen. Die Verwaltung ist derzeit aktiv darum bemüht, dass im Rahmen der Ansatzveränderungen bzw. durch Mittelumschichtungen weitere kulturelle Projekte ermöglicht werden könnten. Dies hätte ggf. auch positive Auswirkungen auf die in Antwort 2 dargestellten potenziellen Einschränkungen.

I. V.

gez. Prof. Dr. Hesse

Unterschrift (Dez./FBL)

Die FRAKTION.BS - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
0500 / Ref. 0500
Produkt
1.31.3119.40

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Fonds für Kinder und Jugendliche 0 €?

Begründung:

Seit 2007 gibt es das Präventionsnetzwerk Kinderarmut in Braunschweig. Der Beirat Kinderarmut bildet das Arbeitsgremium des Netzwerkes. Diese Struktur ist im 2012 vom Rat der Stadt verabschiedeten „Kommunalen Handlungskonzept Kinderarmut“ verankert wie auch die Festlegung der Zuständigkeit des Beirates für den Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche (früher Schulkostenfonds).

Gefüllt wird der Fonds durch Spenden die von "Spendenbeauftragten in Sachen Kinderarmut" eingesammelt werden. Von 2007 - 2016 war der ehem. Propst Armin Kraft, der vom Ex OB Hoffmann benannte Beauftragte. Nachdem er wegen privater Zuwendungen in Misskredit geriet, trat er 2016 zurück. 2018 folgten die Ex-Bürgermeisterin Friederike Harlfinger und der Ex-GF der Nibelungen Wohnbau Rüdiger Warnke.

Auf dem Netzwerktreffen gegen Kinderarmut am 6. Juni 2023 erfolgte auch ein Bericht von Herrn Warnke (hier Schirmherr des Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche) über das Jahr 2022. Es heißt dort: "Insgesamt wurden im Jahr 2022 101.294,22 Euro Spenden eingenommen. Für die langfristig angelegten Resilienzförderkonzepte "Starke Kinder und Jugendliche in BS“, Early Excellence-Qualifizierung der Familienzentren, Das Chancennetzwerk, Bewegung und Sprache sowie buddy e. V. sind Mittel geblockt und werden je nach Ausgabenlage angewiesen. Im Jahr 2022 wurden 158.427,11 Euro für Projekte, Einzelfallhilfen, Defizitausgleich bei Schulessen und das Kitabudget durch den Braunschweiger Fonds ausgegeben. Ziel ist es, diese unterstützenden Leistungen aufrecht zu erhalten. In Zeiten von Teuerung und steigenden Zahlen von Familien in Armutslagen ist Kontinuität zur Linderung der Folgen notwendig." zum Schluss heißt es: "Prognose Kontostand nach aktueller Kalkulation 2022 181.708,24 EUR"

Im vorliegenden Entwurf werden nun beim Produkt Spenden Kinderarmut (1.31.3119.80) folgende Beträge genannt:

2023 (Ergebnis): -76.557

2024 (Ansatz): 0

2025 (Ansatz): 0

2026 (Ansatz): 0

Dazu wird die Verwaltung gefragt:

1. Was genau bedeuten die Beträge von 0 € in Bezug auf den Fonds für Kinder und Jugendliche?

2. Ist geplant, den Kampf gegen Kinderarmut als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anzusehen und den Fonds für Kinder und Jugendliche aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren?

3. Falls ja, mit welchen Mitteln?

4. Falls nein, wie soll die zukünftige Finanzsausstattung des Fonds für Kinder und Jugendliche erfolgen?

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

Ref. 0500
0500.20

Datum: 13.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A_015 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Fonds für Kinder und Jugendliche 0 €?

Begründung:

Seit 2007 gibt es das Präventionsnetzwerk Kinderarmut in Braunschweig. Der Beirat Kinderarmut bildet das Arbeitsgremium des Netzwerkes. Diese Struktur ist im 2012 vom Rat der Stadt verabschiedeten „Kommunalen Handlungskonzept Kinderarmut“ verankert wie auch die Festlegung der Zuständigkeit des Beirates für den Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche (früher Schulkostenfonds).
Gefüllt wird der Fonds durch Spenden die von "Spendenbeauftragten in Sachen Kinderarmut" eingesammelt werden. Von 2007 - 2016 war der ehem. Propst Armin Kraft, der vom Ex OB Hoffmann benannte Beauftragte. Nachdem er wegen privater Zuwendungen in Misskredit geriet, trat er 2016 zurück. 2018 folgten die Ex-Bürgermeisterin Friederike Harlfinger und der Ex-GF der Nibelungen Wohnbau Rüdiger Warnke.
Auf dem Netzwerktreffen gegen Kinderarmut am 6. Juni 2023 erfolgte auch ein Bericht von Herrn Warnke (hier Schirmherr des Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche) über das Jahr 2022. Es heißt dort: "Insgesamt wurden im Jahr 2022 101.294,22 Euro Spenden eingenommen. Für die langfristig angelegten Resilienzförderkonzepte "Starke Kinder und Jugendliche in BS“, Early Excellence-Qualifizierung der Familienzentren, Das Chancennetzwerk, Bewegung und Sprache sowie buddy e. V. sind Mittel geblockt und werden je nach Ausgabenlage angewiesen. Im Jahr 2022 wurden 158.427,11 Euro für Projekte, Einzelfallhilfen, Defizitausgleich bei Schulessen und das Kitabudget durch den Braunschweiger Fonds ausgegeben. Ziel ist es, diese unterstützenden Leistungen aufrecht zu erhalten. In Zeiten von Teuerung und steigenden Zahlen von Familien in Armutslagen ist Kontinuität zur Linderung der Folgen notwendig." zum Schluss heißt es: "Prognose Kontostand nach aktueller Kalkulation 2022 181.708,24 EUR"
Im vorliegenden Entwurf werden nun beim Produkt Spenden Kinderarmut (1.31.3119.80) folgende Beträge genannt:
2023 (Ergebnis): -76.557
2024 (Ansatz): 0
2025 (Ansatz): 0
2026 (Ansatz): 0
Dazu wird die Verwaltung gefragt:
1. Was genau bedeuten die Beträge von 0 € in Bezug auf den Fonds für Kinder und Jugendliche?
2. Ist geplant, den Kampf gegen Kinderarmut als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anzusehen und den Fonds für Kinder und Jugendliche aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren?
3. Falls ja, mit welchen Mitteln?

4. Falls nein, wie soll die zukünftige Finanzsausstattung des Fonds für Kinder und Jugendliche erfolgen?

Antwort:

1. Der Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche ist ein Treuhandfonds, der vom Sozialreferat der Stadt Braunschweig kostenneutral verwaltet wird. Für den Fonds ist kein Ansatz im städtischen Haushalt vorhanden. Die 0 € beziehen sich auf die geplanten Ansätze für außerordentliche Erträge und außerordentliche Aufwendungen für Spenden für Kinderarmut. Da Spenden in unregelmäßigen Höhen und Abständen erfolgen und nicht garantiert zu Gunsten der Stadt Braunschweig eingehen, werden diese nicht eingeplant. Auch in den vorherigen (Haushalts-)Jahren wurden generell keinerlei Spenden-Erträge und -Aufwendungen eingeplant.

2. Der Kampf gegen Kinderarmut ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es ist jedoch nicht geplant, städtische Haushaltsmittel in den Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche fließen zu lassen.

3. Siehe zu 2.

4. Wie in den vergangenen Jahren wird der Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche auch künftig auf die Spendenbereitschaft aus der Stadtgesellschaft angewiesen sein.

gez. Kundolf, 13.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 016 -

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Diverse / FB 50 (Diverse)
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Dynamisierung der Zuschüsse

Nach der von der Verwaltung zurückgezogenen Mitteilung 24-23608 vom 31.05.2024 zur Ratssitzung am 11.06.2024 würde der Dynamisierungsatz für die Zuwendungen im Jahr 2025 um 3,45 % erhöht werden, wenn man das im Jahr 2022 neu eingeführte „Durchschnittsverfahren“ (Vorlage 21-17494) zugrunde legt. Angesichts der außergewöhnlich hohen Tarifsteigerungen und der hohen Inflationsrate der letzten beiden Jahre wird eine Durchschnittsberechnung, die 6 Jahre rückwärts einen Durchschnitt berechnet, allerdings massiv von den Zuschussempfängern kritisiert und ist für Einige existenzbedrohend.

In der zurückgezogenen Mitteilung wird von der Verwaltung vorgeschlagen, aus finanziellen Gründen statt der unzureichenden 3,45 % nur die im Jahr 2024 geltenden 2,19 % zu veranschlagen. Im vorgelegten Haushaltsentwurf der Verwaltung wurden auch nur 2,19 % als Dynamisierungssatz veranschlagt. Allerdings wurde mündlich angedeutet, daran noch etwas von Seiten der Verwaltung zu korrigieren.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Plant die Verwaltung die Dynamisierungrate auf den in der Mitteilung errechneten Durchschnittssatz von 3,45 % zu erhöhen, in dem ein Antrag der Verwaltung zur Korrektur in den Haushaltsberatungen vorgelegt wird?

2. Welches Vorgehen schlägt die Verwaltung vor, um dem berechtigten Anliegen z. B. der Wohlfahrtsverbände, die durch zu geringe Zuschussdynamisierungen an existenzielle wirtschaftliche Grenzen stoßen, zu begegnen?

Begründung:

Erfolgt mündlich.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 50
50.02

Datum: 19.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 016 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Dynamisierung der Zuschüsse
Nach der von der Verwaltung zurückgezogenen Mitteilung 24-23608 vom 31.05.2024 zur Ratssitzung am 11.06.2024 würde der Dynamisierungsatz für die Zuwendungen im Jahr 2025 um 3,45 % erhöht werden, wenn man das im Jahr 2022 neu eingeführte „Durchschnittsverfahren“ (Vorlage 21-17494) zugrunde legt. Angesichts der außergewöhnlich hohen Tarifsteigerungen und der hohen Inflationsrate der letzten beiden Jahre wird eine Durchschnittsberechnung, die 6 Jahre rückwärts einen Durchschnitt berechnet, allerdings massiv von den Zuschussempfängern kritisiert und ist für Einige existenzbedrohend.
In der zurückgezogenen Mitteilung wird von der Verwaltung vorgeschlagen, aus finanziellen Gründen statt der unzureichenden 3,45 % nur die im Jahr 2024 geltenden 2,19 % zu veranschlagen. Im vorgelegten Haushaltsentwurf der Verwaltung wurden auch nur 2,19 % als Dynamisierungssatz veranschlagt. Allerdings wurde mündlich angedeutet, daran noch etwas von Seiten der Verwaltung zu korrigieren.
Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:
1. Plant die Verwaltung die Dynamisierungrate auf den in der Mitteilung errechneten Durchschnittssatz von 3,45 % zu erhöhen, in dem ein Antrag der Verwaltung zur Korrektur in den Haushaltsberatungen vorgelegt wird?
2. Welches Vorgehen schlägt die Verwaltung vor, um dem berechtigten Anliegen z. B. der Wohlfahrtsverbände, die durch zu geringe Zuschussdynamisierungen an existenzielle wirtschaftliche Grenzen stoßen, zu begegnen?

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antwort:

Zu 1. Es ist geplant die Dynamisierung an die neuen Dynamisierungssätze anzupassen. Ein entsprechender Beschlussvorschlag wird von der Verwaltung zu den Haushaltsberatungen erstellt.

Zu. 2 Bezüglich evtl. Fehlbedarfe wird auf das bekannte Antragsverfahren über die Ratsfraktionen verwiesen.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 017 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
50 / FB 50
Produkt / Kostenart
1.31.3114.60 / 445430

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Ergebnishaushalt, Konto 445430: Erstattungen an den sonstigen öffentlichen Bereich üöT werden gegenüber 2024 fast um das Doppelte steigen, sind aber auch klar höher als 2023. Was ist unter dieser Position zu verstehen? Warum wird zukünftig ein Bedarf von annähernd und später genau 3Mio EUR angenommen? Welchen Grund hat die Erwartung von nur 1,6Mio für 2024?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 50
50.02

Datum: 19.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 017 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 445430: Erstattungen an den sonstigen öffentlichen Bereich üöT werden gegenüber 2024 fast um das Doppelte steigen, sind aber auch klar höher als 2023.
Was ist unter dieser Position zu verstehen?
Warum wird zukünftig ein Bedarf von annähernd und später genau 3Mio EUR angenommen?
Welchen Grund hat die Erwartung von nur 1,6Mio für 2024?

Begründung:

Antwort:

Das Sachkonto bezieht sich auf die Übernahme von Kosten für Krankenbehandlungen nach § 264 Abs. 7 SGB V. Dieser Paragraf regelt die Kostenerstattung für Personen ohne Krankenversicherungsschutz, insbesondere für nicht versicherungspflichtige Personen wie Asylbewerber oder Geflüchtete. Angesichts steigender Fallzahlen und den anhaltenden weltweisen Krise werden hier wachsende Aufwendungen erwartet.

Die Planung erfolgte anhand der Hochrechnung 2023. Das Rechnungsergebnis 2023 weist Aufwendungen in Höhe von rd. 2,5 Mio. € aus. Nach aktuellen Prognosen wird in 2024 von Aufwendungen ebenso in Höhe von ca. 2,5 Millionen Euro ausgegangen. Die Steigerung auf 2,7 Mio. € für 2025 und 3 Mio. EUR für 2026 erfolgt aufgrund der o.g. Faktoren.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 018 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
50 / FB 50
Produkt
1.31.3111.XX

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
FB 50, Produkt 1.31.3111, HLU Kap. SGB XII: warum werden hier Mehrkosten von ca. 2Mio EUR in den Jahren 2025 und 2026 erwartet?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 50
50.02

Datum: 19.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 018 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 50, Produkt 1.31.3111, HLU Kap. SGB XII:
warum werden hier Mehrkosten von ca. 2Mio EUR in den Jahren 2025 und 2026 erwartet?

Begründung:

Antwort:

Die erwarteten Mehrkosten von jeweils 1 Mio. € für die Jahre 2025 und 2026 in diesem Bereich lassen sich auf den Anstieg der Fallzahlen sowie auf die zum Zeitpunkt der HH-Planung prognostizierten Kostensteigerungen in 2025 und 2026 zurückführen.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

TOP 9

Die FRAKTION.BS - DIE LINKE, Volt, Die PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
50 / FB 50
Produkt Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Kosten für Geflüchtete

Begründung:
Regelmäßig wird dargestellt, dass die Mittel von Bund und Land nicht die kommunalen Kosten decken, die für Geflüchtete aufgewendet werden. Dazu ergeben sich beim vorgelegten Entwurf Fragen. Produkt 1.31.31XX.XO Aufnahme, Betreuung und Integration von Geflüchteten Hier sind in den Ansätzen zwischen 2024 und 2026 Fehlbeträge von 17 - 14 Mio. Euro kalkuliert. Für das Jahr 2023 gibt es ein Ergebnis. Dies ist kein Fehlbetrag, sondern ein Überschuss von 6,3 Mio. Euro. Die Verwaltung wird gebeten, diesen Überschuss zu erläutern. Produkt 1.31.3130.10 Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz Für 2025 und 2026 sind Fehlbeträge von 2,1 Mio. bzw. knapp 900.000 Euro eingeplant. Für 2024 ist ein Überschuss von 1,7 Mio. Euro dargestellt und das Ergebnis für 2023 ist sogar ein Überschuss von 15,8 Mio. Euro. Auch dazu wird die Verwaltung um Erläuterung gebeten.

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 50
50.02

Datum: 19.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 019 der
Die FRAKTION.BS - DIE LINKE, Volt, Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Kosten für Geflüchtete

Begründung:

Regelmäßig wird dargestellt, dass die Mittel von Bund und Land nicht die kommunalen Kosten decken, die für Geflüchtete aufgewendet werden.
Dazu ergeben sich beim vorgelegten Entwurf Fragen.
Produkt 1.31.31XX.XO Aufnahme, Betreuung und Integration von Geflüchteten
Hier sind in den Ansätzen zwischen 2024 und 2026 Fehlbeträge von 17 - 14 Mio. Euro kalkuliert. Für das Jahr 2023 gibt es ein Ergebnis. Dies ist kein Fehlbetrag, sondern ein Überschuss von 6,3 Mio. Euro. Die Verwaltung wird gebeten, diesen Überschuss zu erläutern.
Produkt 1.31.3130.10 Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz
Für 2025 und 2026 sind Fehlbeträge von 2,1 Mio. bzw. knapp 900.000 Euro eingeplant. Für 2024 ist ein Überschuss von 1,7 Mio. Euro dargestellt und das Ergebnis für 2023 ist sogar ein Überschuss von 15,8 Mio. Euro. Auch dazu wird die Verwaltung um Erläuterung gebeten.

Antwort:

Zu 1. Produkt 1.31.31XX.X0:

Das wesentliche Produkt 1.31.31XX.X0 enthält u. a. auch das Produkt 1.31.3130.10 "Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz".

Das positive Ergebnis 2023 ist insbesondere auf Einmaleffekte im Zusammenhang mit den aus der Ukraine geflüchteten Menschen im Jahr 2022 zurückzuführen. So erhielt die Stadt BS im Jahr 2023 eine Kostenabgeltung nach dem Aufnahmegesetz (AufnG) - Basisjahr 2022 - für rechnerisch 1.664,67 Personen anstatt der ursprünglich geplanten 1.050 erstattungsfähigen Personen.

Zusätzlich wurden im Jahr 2023 die Ausgaben für Unterbringung und Heizung für die unter § 24 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) fallenden Kriegsvertriebenen aus der Ukraine nach dem AsylblG im Jahr 2022 gesondert erstattet.

Zudem erhielt die Stadt Braunschweig im Jahr 2023 nach § 4 b AufnG zusätzlich zu der Kostenabgeltung nach § 4 Abs. 1 bis 3 AufnG zwei einmalige Sonderzahlungen. Die Sonderzahlungen dienten der finanziellen Unterstützung insbesondere bei der Aufnahme und Unterbringung von Kriegsvertriebenen aus der Ukraine im Jahr 2023.

Zu 2. Produkt 1.31.3130.10:

siehe Ausführungen zu 1.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 020 -

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
50 / FB 50
Produkt
1.31.3142.XX

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
FB 50, Produkt 1.31.3142, Leistungen zur Beschäftigung §111 SGB IX: wie kommen die Mehrkosten von jeweils 3Mio EUR in den Planungsjahren zustande?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 50
50.02

Datum: 19.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 020 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 50, Produkt 1.31.3142, Leistungen zur Beschäftigung §111 SGB IX:
wie kommen die Mehrkosten von jeweils 3 Mio EUR in den Planungsjahren zustande?

Begründung:

Antwort:

Die Mehraufwendungen sind aufgrund von Vergütungsanpassungen in der HH-Planung 2025 und 2026 berücksichtigt worden. Die Vergütungsanpassungen werden jährlich durch Beschlüsse der Gemeinsamen Kommission festgelegt (zuletzt am 25.10.2023). Es wird erwartet, dass die Personal- und Sachkosten der Leistungsanbieter durch die Vergütungsanpassungen in den kommenden Jahren weiter deutlich steigen werden.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 021 -

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
50 / FB 50
Produkt / Kostenart
1.31.3121.10 / 446110

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Ergebnishaushalt, Konto 446110, Leistungsbet. für Unterkunft und Heizung Arbeitssuchender: nur für die Jahre 2025 und 2026 werden Beträge angesetzt, die um 9-11Mio EUR unterhalb derjenigen für die umliegenden Jahre liegen werden. Warum sind die Annahmen für die beiden kommenden Jahre deutlich geringer?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 50
50.02

Datum: 19.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 021 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 446110, Leistungsbet. für Unterkunft und Heizung Arbeitssuchender: nur für die Jahre 2025 und 2026 werden Beträge angesetzt, die um 9-11Mio EUR unterhalb derjenigen für die umliegenden Jahre liegen werden.
Warum sind die Annahmen für die beiden kommenden Jahre deutlich geringer?

Begründung:

Antwort:

Im Zuge der Haushaltsplanung 2025/2026 wurde für die Leistungsbeteiligung Unterkunft und Heizung zunächst ein Planwert von 64 Millionen angesetzt. Nach Anmeldung aller Planwerte gab es zentrale Vorgaben zur Kürzung der Aufwandsbudget in den Teilhaushalten (siehe hierzu Beantwortung der Anfrage Nr. A004).

Diese pauschale Kürzung sollte möglichst bei dem größen Einzelplanwert vorgenommen werden. Aufgrund dessen wurde die Kürzung bei der Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung für SGB II-Hilfeempfänger/-innen vorgenommen.

Da es sich bei den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II um Pflichtaufwendungen handelt, ist eine Ansatzverändungen der Verwaltung vorgesehen, um hier den tatsächlich benötigten Bedarf abdecken zu können (siehe hierzu Ansatzänderung der Verwaltung).

gez. Klockgether,19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 022 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
50 / FB 50
Produkt
1.31.3145.21

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
FB 50, Produkt 1.31.3145.21, Qualifizierte Assistenzleistungen: wie kommen die Mehrkosten in den Planungsjahren 2025 und 2026 zustande?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 50
50.02

Datum: 19.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 022 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 50, Produkt 1.31.3145.21, Qualifizierte Assistenzleistungen:
wie kommen die Mehrkosten in den Planungsjahren 2025 und 2026 zustande?

Begründung:

Antwort:

Die Mehraufwendungen sind aufgrund von Vergütungsanpassungen in der HH-Planung 2025 und 2026 berücksichtigt worden. Die Vergütungsanpassungen werden jährlich durch Beschlüsse der Gemeinsamen Kommission festgelegt (zuletzt am 25.10.2023). Es wird erwartet, dass die Personal- und Sachkosten der Leistungsanbieter durch die Vergütungsanpassungen in den kommenden Jahren weiter deutlich steigen werden.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 023 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
50 / FB 50
Produkt / Kostenart
Diverse / 424190

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Ergebnishaushalt, Konto 424190: die sonstigen Bewirtschaftungskosten werden zukünftig durchgehend erheblich niedriger angesetzt als 2023 und 2024 Welche Gründe gibt es für diese Senkungen?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 50
50.02

Datum: 19.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 023 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 424190: die sonstigen Bewirtschaftungskosten werden zukünftig durchgehend erheblich niedriger angesetzt als 2023 und 2024
Welche Gründe gibt es für diese Senkungen?

Begründung:

Antwort:

Die sonstigen Bewirtschaftungskosten wurden auf Basis der prognostizierten Kosten pro Wohnstandort bzw. Unterkunft kalkuliert. Für den Haushalt 2025/2026 sind die Planwerte deutlich niedriger im Vergleich zu den Haushaltsjahren 2023 und 2024, da sich die Anzahl der Unterkünfte verändert hat und die kostenintensivsten Unterkünfte, wie z. B. die Sporthallen Naumburgstraße, Arminiusstraße und Rheinring, nicht mehr genutzt werden.

Zudem sind in den Haushaltsplanansätzen 2023 und 2024 Haushaltsmittel für Bewirtschaftungskosten für die seinerzeit noch für die Unterbringung von Geflüchteten geplanten Leichtbauhallen enthalten, die tatsächlich nicht realisiert worden sind.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 024 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
50 / FB 50
Produkt
1.31.3118.90

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
FB 50, Produkt 1.31.3118.90, Stationäre Pflege SGB XII: warum werden hier jeweils über 40% Mehrkosten gegenüber 2024 in den Jahren 2025 und 2026 angesetzt?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 50
50.02

Datum: 19.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 024 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Produkt 1.31.3118.90, Stationäre Pflege SGB XII: warum werden hier jeweils über 40% Mehrkosten gegenüber 2024 in den Jahren 2025 und 2026 angesetzt?

Begründung:

Antwort:

Ursache für die Mehraufwendungen bzw. erhöhten Einplanungen im Bereich der stationären Pflege in den Jahren 2025 und 2026 gegenüber den vorherigen Haushaltsjahren ist der Anstieg der Fallzahlen sowie die deutliche Erhöhung der zu übernehmenden Heimkosten seit Ende 2023. Für die Jahre 2025 und 2026 wird mit einer weiteren Erhöhung gerechnet.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 025 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
51 / FB 51
Produkt
1.36.3630.11

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
FB 51, Produkt 1.36.3630.11, Inobhutnahmen: hier entwickelt sich der Sald o nach einem Abschluss von ~3,2Mio EUR im Jahr 2023 und nur 462.000,-EUR im Ansatz 2024 hin zu gut 7,2Mio in 2025 und über 8Mio in 2026. Was verursacht diese Entwicklungen? Sind hierbei auch die Steigerungen im Personalbereich bereits berücksichtigt?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 51
51.2

Datum: 18.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A-025 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025**

Text:

FB 51, Produkt 1.36.3630.11, Inobhutnahmen:
hier entwickelt sich der Sald o nach einem Abschluss von ~3,2Mio EUR im Jahr 2023 und nur 462.000,-EUR im Ansatz 2024 hin zu gut 7,2Mio in 2025 und über 8Mio in 2026. Was verursacht diese Entwicklungen?
Sind hierbei auch die Steigerungen im Personalbereich bereits berücksichtigt?

Begründung:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Antwort:

Der Jahresabschluss 2023 ist noch offen. Im Haushaltsplanentwurf fehlt für 2023 die produktgenaue Zuordnung. Dies wird bis zum endgültigen Jahresabschluss 2023 zu einer Verringerung der Abweichungen zu den Ansätzen für 2025 und 2026 führen.

Die Entwicklung begründet sich sowohl in den Tarif- als auch in den Sachkostensteigerungen, die naturgemäß 2023 noch nicht durchtrugen und im Ansatz 2024 noch keine Berücksichtigung finden konnten.
Dies betrifft städtische Einrichtungen, wie beispielsweise das Kinder- und Jugendschutzhaus, und Einrichtungen freier Träger gleichermaßen und ist unabhängig vom Rechtskreis (Jugendhilfe (SGB VIII) und Eingliederungshilfe (SGBIX)).
Hierneben sind bei den zu unterstützenden jungen Menschen komplexere Unterstützungsbedarfe festzustellen.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 026 -

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
51 / FB 51
Produkt / Kostenart
1.36.3630.XX / 433250

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Ergebnishaushalt, Konto 433250: die Jugendhilfe-Leistungen in Einrichtungen steigen ab 2025 gegenüber dem Wert von 2023 um 9 bis 12Mio jährlich; was ist die Ursache für diesen stark erhöhten Ansatz?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 51
51.2

Datum: 18.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A-026 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 433250: die Jugendhilfe-Leistungen in Einrichtungen steigen ab 2025 gegenüber dem Wert von 2023 um 9 bis 12Mio jährlich;
was ist die Ursache für diesen stark erhöhten Ansatz?

Begründung:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Antwort:

Der Jahresabschluss 2023 ist noch offen. Im Haushaltsplanentwurf fehlt für 2023 die produktgenaue Zuordnung. Dies wird bis zum endgültigen Jahresabschluss 2023 zu einer Verringerung der Abweichungen zu den Ansätzen für 2025 und 2026 führen.

Die Entwicklung begründet sich sowohl in den Tarif- als auch in den Sachkostensteigerungen, die aufgrund der im Jahr 2022 erfolgten HH-Planung für den Doppel-HH 2023/2024 noch nicht absehbar waren.
Für den Doppelhaushalt 2025/2026 erfolgt daher eine an den tatsächlichen Verhältnissen ausgerichtete Planung.
Die Aufwandssteigerung betrifft städtische Einrichtungen, wie beispielsweise das Kinder- und Jugendschutzhaus, und Einrichtungen freier Träger gleichermaßen und ist unabhängig vom Rechtskreis (Jugendhilfe (SGB VIII) und Eingliederungshilfe (SGBIX)).
Hierneben sind bei den zu unterstützenden jungen Menschen komplexere Unterstützungsbedarfe festzustellen.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 027 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
51 / FB 51
Produkt
1.36.3620.01

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
FB 51, Produkt 1.36.3620.01, Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Einrichtungen: was begründet die erwarteten Kostensteigerungen?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. V
FB 51 - 51.4

Datum: 13.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 027 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 51, Produkt 1.36.3620.01, Kinder- und Jugendarbeit außerhalb von Einrichtungen: was begründet die erwarteten Kostensteigerungen?

Begründung:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Stellungnahme:

Der Jahresabschluss 2023 ist noch offen. Im Haushaltsplanentwurf fehlt für 2023 die produktgenaue Zuordnung. Dies wird bis zum endgültigen Jahresabschluss 2023 zu einer Verringerung der Kostensteigerungen führen.

Kostensteigerungen ergeben sich insbesondere durch höhere Planansätze bei den Personalkosten, zu den zum jetzigen Zeitpunkt noch keine verlässliche Aussage getroffen werden kann.

Im Sachkostenbereich gibt es im Vergleich zum Plan 2024 Kostensteigerungen in den Bereichen Ferien in Braunschweig (FiBS) und Internationale Jugendarbeit, denen entsprechende Mehreinnahmen gegenüberstehen.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 028 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
51 / FB 51
Produkt
1.36.3650.XX

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
FB 51, Produkt 1.36.3650, Tageseinrichtungen für Kinder: angesetzt sind Saldenverschlechterungen von 35-40Mio EUR für die beiden Entwurfsjahre; was verursacht diese drastischen Verschlechterungen, was sind im jeweiligen Jahr die drei größten zusätzlichen Kostentreiber?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. V
FB 51

Datum: 18.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 028 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 51, Produkt 1.36.3650, Tageseinrichtungen für Kinder:
angesetzt sind Saldenverschlechterungen von 35-40Mio EUR für die beiden Entwurfsjahre; was verursacht diese drastischen Verschlechterungen, was sind im jeweiligen Jahr die drei größten zusätzlichen Kostentreiber?

Begründung:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Stellungnahme:

Der Jahresabschluss 2023 ist noch offen. Im Haushaltsplanentwurf fehlt für 2023 die produktgenaue Zuordnung. Dies wird bis zum endgültigen Jahresabschluss 2023 zu einer Verringerung der Abweichungen zu den Ansätzen für 2025 und 2026 führen.

Zu den Veränderungen im Bereich der Personalkosten kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine verlässlich Aussage getroffen werden.

Im Sachkostenbereich gibt es Steigerungen bei den Zuschüssen an Freie Träger aufgrund von Tarifsteigerungen in den letzten Jahren, sowie aufgrund der über dem Durchschnitt liegenden Inflation, auf deren Basis die Sachkosten dynamisiert werden. Außerdem wird ein weiterer Ausbau der Betreuungsplätze zur Erreichung und Erfüllung der jeweiligen Rechtsansprüche geplant.

Ein weiterer Grund für die starke Abweichung sind die Gebäudekosten, die noch nicht im Ergebnis 2023 berücksichtigt sind.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 029 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
51 / FB 51
Produkt
1.32.3143.XX

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
FB 51, Produkt 1.32.3143, Leistung zur Teilhabe an Bildung §112 SGB IX: wie kommen die Mehrkosten in den Planungsjahren 2025 und 2026 zustande?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 51
51.2

Datum: 18.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A-029 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025**

Text:

FB 51, Produkt 1.32.3143, Leistung zur Teilhabe an Bildung §112 SGB IX:
wie kommen die Mehrkosten in den Planungsjahren 2025 und 2026 zustande?

Begründung:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Antwort:

Der Jahresabschluss 2023 ist noch offen. Im Haushaltsplanentwurf fehlt für 2023 die produktgenaue Zuordnung. Dies wird bis zum endgültigen Jahresabschluss 2023 zu einer Verringerung der Abweichungen zu den Ansätzen für 2025 und 2026 führen.

Die Entwicklung begründet sich sowohl in den Tarif- als auch in den Sachkostensteigerungen, die naturgemäß 2023 noch nicht durchtrugen und im Ansatz 2024 noch keine Berücksichtigung finden konnten.

Die Mehrkosten in der Eingliederungshilfe resultieren u.a. aus folgenden Konstellationen:
-steigende Bedarfe an Schulassistenzen an Förderschulen und inklusiven Regelschulen
-kostenintensive Hilfsmittelausstattungen in Schulen
-steigende Bedarfe an Unterbringungen in besonderen Wohnformen
-komplexere Problemlagen bedürfen außergewöhnlich betreuungsintensive Unterstützungsangebote, die sehr kostenintensiv sind.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

TOP 9

Die FRAKTION. BS - DIE LINKE, Volt, Die PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66
Projekt
4S.660012

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

1. In welche konkreten Projekten sind die Mittel aus dem Projekt Nr. 4S.660012 in den Jahren 2025 und 2026 geflossen?

2. Welche Kosten sind für den jeweiligen Radwegeneubau geplant?

3. Wie werden bei diesen Projekten die Kosten für den Autoverkehr und die Kosten für die Fahrradstrecke auseinandergerechnet?

Begründung:

Im ISV 2023 wurden für die Jahre 2025 und 2026 noch jeweils 2,66 Millionen Euro für das Programm Radwege / Neubau geplant. Im aktuellen Haushaltsplanentwurf sind nur noch 350.000 Euro für 2025 und 380.000 Euro für 2026 vorgesehen, die übrigen Gelder sind direkt für gezielte Projekte eingeplant. Es lässt sich nicht erkennen, um welche Projekte es sich handelt und wie viel Geld genau für Radwege und den Radwegeneubau geplant ist.

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. III
FB 66

Datum: 27.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A_030 der
Gruppe Die Fraktion.BS – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

1. In welche konkreten Projekten sind die Mittel aus dem Projekt Nr. 4S.660012 in den Jahren 2025 und 2026 geflossen?

2. Welche Kosten sind für den jeweiligen Radwegeneubau geplant?

3. Wie werden bei diesen Projekten die Kosten für den Autoverkehr und die Kosten für die Fahrradstrecke auseinandergerechnet?

Begründung:

Im ISV 2023 wurden für die Jahre 2025 und 2026 noch jeweils 2,66 Millionen Euro für das Programm Radwege / Neubau geplant. Im aktuellen Haushaltsplanentwurf sind nur noch 350.000 Euro für 2025 und 380.000 Euro für 2026 vorgesehen, die übrigen Gelder sind direkt für gezielte Projekte eingeplant. Es lässt sich nicht erkennen, um welche Projekte es sich handelt und wie viel Geld genau für Radwege und den Radwegeneubau geplant ist.

Antwort:

Zu 1 und 2.: In 2025 sind 2 Mio. € in das Projekt 5E.660162 "Anbind. Innenst./Bau Veloroute 1", sowie 0,55 Mio. € in das Projekt 5E.660161 "Uferstraße /Neuausbau F.-Radweg" geflossen.

In 2026 ist zum Haushaltsplanentwurf 1 Mio. € in das Projekt 5E.660162 "Anbind. Innenst./Bau Veloroute 1" und 1 Mio. € in das Projekt 5S.660067 "Fahrradstraßennetz Wallring /Lückenschl." geflossen.

Darüber hinaus sind als Ansatzveränderung die neuen Projekte "MEP Umbau südliche Innenstadtumfahrung", "MEP Qualitätsstandards Radverkehr umsetzen" und "MEP Verbesserung Radverkehr an Knotenpunkten" mit zusammen jährlich 600.000 € in 2025 und 2026 angemeldet worden.

In Summe wurden also mehr Mittel in die genannten Radverkehrsprojekte eingeplant als ursprünglich in dem Projekt 4S.660012 zur Verfügung standen.

zu 3.: Bei allen Planungen werden grundsätzlich alle Verkehrsarten betrachtet. Die Kosten für die verschiedenen Verkehrsarten werden in jeglichen Projekten nicht auseinander gerechnet.

I. V.

Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 031 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
67, 37 / FB 67 (FB 37)
Produkt / Kostenart
Diverse / 422130

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Ergebnishaushalt, Konto 422130: zum Jahr 2025 wird ein deutlich höherer Bedarf für Fahrzeug-Instandhaltungen erwartet als für alle Folgejahre und 2024. Nur 2023 war dieser Betrag ähnlich hoch. Warum werden fast 1,9Mio EUR für Reparaturen nur im nächsten Jahr angenommen?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. VII
20.1

Datum: 10.10.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 031 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 422130: zum Jahr 2025 wird ein deutlich höherer Bedarf für Fahrzeug-Instandhaltungen erwartet als für alle Folgejahre und 2024. Nur 2023 war dieser Betrag ähnlich hoch.
Warum werden fast 1,9Mio EUR für Reparaturen nur im nächsten Jahr angenommen?

Begründung:

-/-

Antwort:

Die dem genannten Sachkonto zuzuordnenden Aufwendungen für Unterhaltung der Fahrzeuge (Ansatz 2025: 1.907.600 €) sind insbesondere in den Teilhaushalten FB 67 Stadtgrün (Ansatz 2025: 914.000 €) und FB 37 Feuerwehr (Ansatz 2025: 910.400 €) veranschlagt.

Für den Fachbereich Stadtgrün ist festzustellen, dass der Fuhrpark im FB 67 jährlich steigende Reparaturkosten verursacht. Im Ergebnis ist absehbar, dass für 2024 mit Gesamtaufwendungen i.H.v. rund 1,5 Mio. € (nur FB 67, Ansatz 2024: 594.000 €) zu rechnen ist. Die angestrebte Erneuerung der Fahrzeugflotte wird vermutlich erst ab dem Haushaltsjahr 2027 die erwünschten Effekte und die damit verbundene Kostensenkung für die Fahrzeugreparaturen mit sich bringen. Daher werden auch ergänzend über die Ansatzveränderungen der Verwaltung weitere Mehraufwendungen in Höhe von 400.000 € pro Jahr für die Jahre 2025 und 2026 in die Haushaltslesung eingebracht.

Für den Fachbereich Feuerwehr ist festzustellen, dass ab dem Jahr 2026 Aufwendungen in Höhe von rd. 505.000 € pro Jahr veranschlagt sind. Der Rückgang um rd. 405.000 € begründet sich insbesondere durch eine einmalige Anschaffung von Rüstsätzen für die Freiwillige Feuerwehr in Höhe von rund 350.000 € im Jahr 2025.

Im Ergebnis wurden die Aufwendungen in den Haushaltsjahren 2025 ff. in ihrer voraussichtlichen Höhe veranschlagt.

Gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 032 -

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
67 / FB 67
Produkt
5S.670074

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Am 13.02.2024 hat der Verwaltungsausschuss die Verwaltung damit beauftragt, ein Konzept für die Errichtung temporärer Spielplätze in der Innenstadt (sog. Pop-Up-Spielplätze) zu entwickeln und dieses Konzept mit der Benennung mehrerer potenzieller Standorte in der Innenstadt vorzulegen (DS 24-23034). Hiezru bitten wir um einen aktuellen Sachstandsbericht und insbesondere um die Beantwortung der folgenden Fragen: 1. Wie weit ist die Bearbeitung dieses Konzeptes mittlerweile fortgeschritten? 2. Welche Orte in der Innenstadt kommen aus Sicht der Verwaltung infrage, um hier einen Pop-Up-Spielplatz einrichten zu können? 3. Kann die Verwaltung schon Aussagen zu den Kosten für die Beschaffung bzw. das Aufstellen an verschiedenen Orten in der Innenstadt beziffern?

Begründung:

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. VIII
67.0

Datum: 10.10.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 032 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Am 13.02.2024 hat der Verwaltungsausschuss die Verwaltung damit beauftragt, ein Konzept für die Errichtung temporärer Spielplätze in der Innenstadt (sog. Pop-Up-Spielplätze) zu entwickeln und dieses Konzept mit der Benennung mehrerer potenzieller Standorte in der Innenstadt vorzulegen (DS 24-23034).
Hierzu bitten wir um einen aktuellen Sachstandsbericht und insbesondere um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie weit ist die Bearbeitung dieses Konzeptes mittlerweile fortgeschritten?

2. Welche Orte in der Innenstadt kommen aus Sicht der Verwaltung infrage, um hier einen Pop-Up-Spielplatz einrichten zu können?

3. Kann die Verwaltung schon Aussagen zu den Kosten für die Beschaffung bzw. das Aufstellen an verschiedenen Orten in der Innenstadt beziffern?

Begründung:

keine

Antwort:

Zu 1: Ein Konzeptentwurf liegt nach erster verwaltungsinterner Abstimmung und Erörterung mit dem Stadtmarketing seit kurzem vor. Angedacht ist, Spielgeräte und Stadtmobiliar verschiedener Größe zur Erhöhung der Spiel- und Aufenthaltsqualität temporär an verschiedenen Orten im Innenstadtbereich aufzustellen.

Zu 2.: Geeignete Standorte sind an verschiedenen Stellen im Innenstadtbereich identifiziert worden, bspw. in den Bereichen Wollmarkt, Alte Waage, Ritterbrunnen und Eiermarkt. An einem entsprechenden Übersichtsplan wird zurzeit gearbeitet. Der Plan in Verbindung mit konkreten Maßnahmen soll dem Ausschuss für Planung und Hochbau in seiner Dezembersitzung vorgestellt werden.

Zu 3.: Je nach Anzahl der parallel mit temporären Spielgelegenheiten auszustattenden Innenstadtstandorte und dem Umfang des Spielangebotes sowie unter der Prämisse, dass diese Spielgelegenheiten mehrjährig an unterschiedlichen Stellen einsetzbar sind, werden die Kosten für den Erwerb, Lieferung und Erstmontage auf ca. 150.000 € geschätzt. Da der finanzielle Aufwand für den regelmäßigen Standortwechsel solcher temporären Spielgelegenheiten überschaubar ist, könnte dieser aus dem laufenden Budget des Fachbereiches Stadtgrün getragen werden.

I. A.
Gez. Michael Loose
Unterschrift (Dez./FBL)

- A 033 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 / FB 20
Produkt / Kostenart
Diverse / 424100

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Ergebnishaushalt, Konto 424100: die Reinigungskosten werden zukünftig durchgehend erheblich höher angesetzt als 2023. Welche Gründe gibt es für diese Erhöhungen?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. VII
20.11

Datum: 10.10.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 033 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 424100: die Reinigungskosten werden zukünftig durchgehend erheblich höher angesetzt als 2023.
Welche Gründe gibt es für diese Erhöhungen?

Begründung:

-

Antwort:

Die Arbeiten zum Jahresabschluss 2023 sind noch nicht abgeschlossen. Daher erfolgt im Haushaltsentwurf 2025/2026 hinsichtlich des Ergebnis 2023 die Angabe des Buchungsstands. Eine entsprechende Fußnote im Haushaltsentwurf 2025/2026 weist darauf hin.

Die weiteren Jahresabschlussarbeiten werden voraussichtlich zu weiteren Aufwandsbuchungen führen, so dass die Erhöhung unter Berücksichtigung des endgültigen Jahresergebnisses 2023 geringer ausfallen wird als im Haushaltsentwurf 2025/2026 vorläufig ausgewiesen.

Im Ergebnis wurden die Aufwendungen in den Haushaltsjahren 2025 ff. in ihrer voraussichtlichen Höhe veranschlagt.

Gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 034 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
67 / FB 67
Produkt / Kostenart
Diverse / 421270

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Ergebnishaushalt, Konto 4212790: nach einem Ansatz von ca. 8,7Mio EUR im laufenden Jahr soll die Unterhaltung von Grünanlagen ab 2025 wieder mit jährlichen Beiträgen von gut 4Mio EUR auskommen. Ist dieser Ansatz dauerhaft hinreichend? Aus welchem Grund wurde der Wert für 2024 verdoppelt? Wird der Ansatz für 2024 voraussichtlich voll in Anspruch genommen?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. VIII
67.0

Datum: 10.10.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A034 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 4212790: nach einem Ansatz von ca. 8,7Mio EUR im laufenden Jahr soll die Unterhaltung von Grünanlagen ab 2025 wieder mit jährlichen Beiträgen von gut 4Mio EUR auskommen.
Ist dieser Ansatz dauerhaft hinreichend?
Aus welchem Grund wurde der Wert für 2024 verdoppelt?
Wird der Ansatz für 2024 voraussichtlich voll in Anspruch genommen?

Begründung:

keine

Antwort:

Zu dem Sachkonto "421270 Infrastrukturverm. - Unterhaltung Grünanlagen" bewirken zwei Effekte die Herabsetzung des Ansatzes im Vergleich zum Haushaltsjahr 2024.

Zum einen sollten im Zuge allgemeiner Einsparvorgaben durch den FB 67 Einsparpotentiale ermittelt werden. Diese betragen für das angeführte Sachkonto insgesamt rund 2. Mio. € über diverse PSPs verteilt.
(siehe hierzu auch die Beantwortung der Anfrage Nr. A 004)

Zum anderen beinhaltet der Haushaltsansatz 2024 einen Einmaleffekt (Projekt "Südteich/ Teichentschlammung" PSP: 4E.670067) in Höhe von rd. 2,2 Mio. €, die insgesamt zu Verringerungen für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 führen.

Im Ergebnis lässt sich aufgrund der Einsparvorgaben feststellen, dass eine uneingeschränkt zumindest substanzerhaltende städtische Grünflächenpflege im Stadtgebiet nicht möglich ist, sondern nur priorisiert erfolgen kann.

Der Wert wurde nicht verdoppelt. Im Soll waren im Ansatz 2023 rund 7 Mio. € veranschlagt. Im Ist sind allerdings nur rund 4 Mio. € verausgabt worden, da eine Reihe von Stellen, die inzwischen besetzt wurden, den überwiegenden Teil des Jahres 2023 vakant waren und deshalb eine Vielzahl von geplanten Auftragsvergaben nicht zur Durchführung kam.

Mit Ausnahme der Inanspruchnahme der veranschlagten Mittel für das Teichentschlammungsprojekt (Förderprojekt, für das es noch keinen Förderbescheid gibt) wird aktuell davon ausgegangen, dass bis zum Jahresende 2024 der aktuelle Haushaltsansatz weitestgehend in Anspruch genommen wird (einschließlich Mittelbindungen durch erteilte Aufträge).

I. A.
Gez. Michael Loose
Unterschrift (Dez./FBL)

- A 035 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
68 / FB 68
Produkt
1.56.5610.15

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
FB 68, Produkt 1.56.5610.15, "Klimaschutz": für 2025 sind Erträge von 114.006,-EUR angesetzt, für 2026 113.233,-EUR. Wie kommen diese Erträge zustande?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 68
68.0

Datum: 07.10.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 035 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 68, Produkt 1.56.5610.15, "Klimaschutz":
für 2025 sind Erträge von 114.006,-EUR angesetzt, für 2026 113.233,-EUR.
Wie kommen diese Erträge zustande?

Begründung:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Antwort:

Die Erträge auf dem Produkt Klimaschutz (1.56.5610.15) werden hauptsächlich durch Landesmittel für die kommunale Wärmeplanung (Aufstellung kommunaler Wärmeplan, § 20 NKlimaG) generiert.

Gez. Herlitschke

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 036 -

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
68 / FB 68
Produkt
1.56.5610.12

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Kürzung der Zuschüsse für den FUN Hondlage e.V. Während die Ansätze für den Doppelhaushalt 2023/2024 eine Förderung für den FUN Hondelage e.V. in Höhe von jährlich 30.000 € ausweisen, stehen in den Jahren 2025 und 2026 jeweils nur 20.000 € zur Verfügung. Wir bitten um eine Erläuterung und Begründung für die Kürzung dieser Zuschüsse.

Begründung:

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 68
68.0

Datum: 07.10.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 036 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Kürzung der Zuschüsse für den FUN Hondelage e.V.
Während die Ansätze für den Doppelhaushalt 2023/2024 eine Förderung für den FUN Hondelage e.V. in Höhe von jährlich 30.000 € ausweisen, stehen in den Jahren 2025 und 2026 jeweils nur 20.000 € zur Verfügung. Wir bitten um eine Erläuterung und Begründung für die Kürzung dieser Zuschüsse.

Begründung:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Antwort:

Es ist keine Kürzung vorgesehen. Bisher wurde dem FUN Hondelage e.V. neben der auf einem Ratsbeschluss zum Haushalt 2022 basierenden Förderung für eine landwirtschaftliche naturschutzorientierte Fachkraft (20.000 €) und diverser Projektförderungen ein jährlicher institutioneller Zuschuss für den Betrieb des Vereins in Höhe von 10.000 € gewährt. Grundlage hierfür ist die Förderrichtlinie für Gewässer- und Naturschutz sowie Klima („Ökotopf“).

In den letzten Jahren wurden für diverse Vereine bereits entsprechende institutionelle Zuwendungen aus dem Ökotopf im Vorbericht zum Haushaltsplan ausgewiesen. Dies galt auch für den FUN Hondelage e.V.

Aus Sicht der Verwaltung war diese Regelung nicht mehr zielführend. Zum einem müssen die Vereine trotzdem einen Antrag stellen und den Bedarf nachweisen, zum anderen gab es dadurch eine Ungleichbehandlung, da nicht jeder Verein, der institutionelle Förderungen erhält bzw. erhalten kann, im Vorbericht aufgelistet ist.

Die bisher getrennt je Verein aufgelisteten Förderungen sind nun unter Ziffer 2.2.3.1 Zuschüsse (nicht für Investitionen) auf dem 1.56.5610.12 (Förderung von Umweltorganisationen und -verbänden) zusammengefasst.

Gez. Herlitschke

Unterschrift (Dez./FBL)

Die FRAKTION.BS – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
0800 / Stabsst. 0800
Produkt 4S.000024 4S.000038

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Wie sind die Erträge und Aufwendungen bei den Produktnummern 4S.000024 (Breitbandausbau "weiße Flecken") und 4S.000038 (Breitbandausbau "graue Flecken") zu interpretieren?

Begründung:

Im Haushaltsplanentwurf wird erläutert, dass die Förderquote von Bund und Land beim Breitbandausbau "weiße Flecken" und "graue Flecken" jeweils 75 Prozent beträgt.

Beim Breitbandausbau "weiße Flecken" stehen den Gesamtaufwendungen in Höhe von knapp 20 Millionen Euro lediglich Gesamterträge in Höhe von 500.000 Euro gegenüber, was einer Förderquote von nur 2,5 Prozent entspricht. An einer anderen Stelle im Haushaltsplanentwurf wird sogar von einem "Wegfall der Einnahmeerwartungen aus dem geförderten Breitbandausbau ab dem Jahr 2025" gesprochen.

Wir bitten die Verwaltung, die Zusammenhänge zwischen den Erträgen und Aufwendungen zu erläutern. Dabei bitten wir auch, auf die ursprünglichen Fördermöglichkeiten und die aktuellen Änderungen einzugehen.

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. VI
0800

Datum: 01.10.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 037 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Wie sind die Erträge und Aufwendungen bei den Produktnummern 4S.000024 (Breitbandausbau "weiße Flecken") und 4S.000038 (Breitbandausbau "graue Flecken") zu interpretieren?

Begründung:

Im Haushaltsplanentwurf wird erläutert, dass die Förderquote von Bund und Land beim Breitbandausbau "weiße Flecken" und "graue Flecken" jeweils 75 Prozent beträgt.
Beim Breitbandausbau "weiße Flecken" stehen den Gesamtaufwendungen in Höhe von knapp 20 Millionen Euro lediglich Gesamterträge in Höhe von 500.000 Euro gegenüber, was einer Förderquote von nur 2,5 Prozent entspricht. An einer anderen Stelle im Haushaltsplanentwurf wird sogar von einem "Wegfall der Einnahmeerwartungen aus dem geförderten Breitbandausbau ab dem Jahr 2025" gesprochen.

Wir bitten die Verwaltung, die Zusammenhänge zwischen den Erträgen und Aufwendungen zu erläutern. Dabei bitten wir auch, auf die ursprünglichen Fördermöglichkeiten und die aktuellen Änderungen einzugehen.

Antwort:

Das Wirtschaftsdezernat befasst sich seit dem Jahr 2019 mit der Breitbandkoordinierung. Seitdem stehen Mittel für einen geförderten Ausbau (anfänglich für Beratungskosten und ab 2021 auch für den Adressausbau) im Haushalt der Stabsstelle 0800 zur Verfügung.

Die genannte Förderquote von rd. 75 % ist weiterhin aktuell. Es bleibt bei einem Mittelbedarf von ca. 7.000.000 € bei Einnahmeerwartungen von 5.000.000 € für den geförderten Breitbandausbau "weiße Flecken".

Im Rahmen der Ansatzveränderungen für den Haushalt 2021 wurden für den geförderten Breitbandausbau Mittel in Höhe von 6.000.000 € bei einer Ertragserwartung von 4.500.000 € angemeldet. Die Mittel konnten insbesondere aufgrund der umfassenden bürokratischen Fördermittelvorgaben (z. B. EU-weites Ausschreibungsverfahren) größtenteils nicht verausgabt werden. Im Aufwand sind Haushaltsmittel lediglich ein Jahr als Haushaltsrest übertragbar, sodass (incl. eines Mehrbedarfes von 1.000.000 €) knapp 7.000.000 € für den Haushalt 2023/2024 erneut angemeldet wurden. Mit dem geförderten Ausbau ist aufgrund der ergangenen Förderbescheide von Bund und Land sowie dem mit der Telekom vereinbarten Zuwendungsvertrag im Frühjahr 2024 begonnen worden.

Da ein Mittelabruf seitens der Telekom voraussichtlich erst im Jahr 2025 erfolgen wird, verfallen die vorgenannten Haushaltsmittel wiederum Ende des Haushaltsjahres 2024, sodass für den Haushalt 2025 eine zweite Nachveranschlagung der Mittel stattfand. Technische Gründe erfordern im Investitionsprogramm eine Darstellung der insgesamt angemeldeten Mittel der Vorjahre für dieses Projekt, auch wenn die Mittel, wie in diesem

Fall, zwei Mal verfallen sind und neu veranschlagt werden mussten.
Einnahmeerwartungen werden hingegen nicht nachveranschlagt, damit dieselbe Einnahme nicht das erwartete Ergebnis zweier Haushaltsjahre verbessert. Daher sieht es nach einer Reduzierung der Einnahmeerwartung aus, obwohl diese sich nicht verändert hat. Die Formulierung „Wegfall der Einnahmeerwartungen aus dem geförderten Breitbandausbau“ ist missverständlich. Die Einnahmeerwartung ist lediglich den Vorjahren und nicht dem Jahr 2025 zugeordnet.

I. A.

Leppa

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 038 -

AfD-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
0800 / Stabsst. 0800
Produkt / Kostenart
4S.000038 / 431813

ANFRAGE ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Ergebnishaushalt, Konto 431813: in der Zahlenreihe der IM-Zuschüsse an übrige Bereiche fallen besonders die 2,7Mio für 2026 und die 16,5Mio für 2027 auf. Wie kommt die Ungleichverteilung zustande? Was wäre der größte Einzelposten für die Planung 2027?

Begründung:

Stefan Wirtz

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. VI
0800

Datum: 01.10.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 038 der
AfD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Ergebnishaushalt, Konto 431813: in der Zahlenreihe der IM-Zuschüsse an übrige Bereiche fallen besonders die 2,7 Mio für 2026 und die 16,5 Mio für 2027 auf.

Wie kommt die Ungleichverteilung zustande?

Was wäre der größte Einzelposten für die Planung 2027?

Begründung:

--

Antwort:

Grund für die Ungleichverteilung zwischen 2026 und 2027 ist die Platzierung von Mitteln für den geförderten Breitbandausbau („Graue-Flecken-Förderung“) in Höhe von 14.500.000 € im Jahr 2027. Diese Mittel stellen folglich auch den größten Einzelposten in diesem Ansatz dar und sollen - wie bereits die Mittel für die „Weiße-Flecken-Förderung“ - im Teilhaushalt der Stabsstelle Wirtschaftsdezernat verortet werden.

I. A.

Leppa

Unterschrift (Dez./FBL)

TOP 9

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
50 / FB 50
Produkt
1.31.3151.20

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Nicht-Dynamisierung von Zuschüssen

Ende August 2024 ist bei unserer Ratsfraktion ein weiterer Zuschussantrag zum Sozialbereich eingegangen, für die Begegnungsstätte „Lange Aktiv Bleiben“ (LAB). Dabei handelt es sich um eine überwiegend ehrenamtlich betriebene Einrichtung für Senior*innen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Braunschweig.

Der Paritätische BS beantragt für die genannte Senior*innen-Begegnungsstätte insgesamt 25.000 Euro. Das sind 6.000 Euro mehr als bisher, da der Haushaltsansatz der Verwaltung nur 19.000 Euro beträgt - seit 2023 bis 2026, d. h. hier erfolgte bislang keine Dynamisierung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Warum sind die Haushaltsansätze für die Begegnungsstätte „LAB“ in den letzten Jahren nicht wie bei vielen anderen Einrichtungen dynamisiert worden?

2. Wie sieht es mit der Dynamisierung bei anderen Begegnungsstätten für Senior*innen aus?

3. Bei welchen anderen sozialen Einrichtungen - nicht nur im Bereich der Altenhilfe - wurden die Haushaltsansätze bislang ebenfalls nicht dynamisiert?

Begründung:

Erfolgt mündlich.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 50
50.02

Datum: 19.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 137 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Nicht-Dynamisierung von Zuschüssen
Ende August 2024 ist bei unserer Ratsfraktion ein weiterer Zuschussantrag zum Sozialbereich eingegangen, für die Begegnungsstätte „Lange Aktiv Bleiben“ (LAB). Dabei handelt es sich um eine überwiegend ehrenamtlich betriebene Einrichtung für Senior*innen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Braunschweig.
Der Paritätische BS beantragt für die genannte Senior*innen-Begegnungsstätte insgesamt 25.000 Euro. Das sind 6.000 Euro mehr als bisher, da der Haushaltsansatz der Verwaltung nur 19.000 Euro beträgt - seit 2023 bis 2026, d. h. hier erfolgte bislang keine Dynamisierung.
Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:
1.Warum sind die Haushaltsansätze für die Begegnungsstätte „LAB“ in den letzten Jahrennicht wie bei vielen anderen Einrichtungen dynamisiert worden?
2.Wie sieht es mit der Dynamisierung bei anderen Begegnungsstätten für Senior*innen aus?
3.Bei welchen anderen sozialen Einrichtungen - nicht nur im Bereich der Altenhilfe - wurdendie Haushaltsansätze bislang ebenfalls nicht dynamisiert?

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antwort:

Zu 1. Die LAB wurde zum Zeitpunkt der erstmaligen Dynamsierung als Seniorentagesstätte geführt. Seniorentagesstätten und Seniorenkreise werden nicht dynamisiert. Zudem gab es in der Zeit keine Personalkosten.

Zu 2. siehe unter 3.

Zu 3.
AWO-Fahrradstation - Erhöhung aufgrund Vertrag
Verbraucherzentrale - Förderung nach Vertrag
Hospizarbeit Braunschweig e. V. - Anteilsförderung nach Richtlinie der Pflegekasse
Begegnungsstätte "In den Rosenäckern" - Förderung und ggfs. Anpassung aufgrund Vertrag
Nachbarschaftshilfe "In den Rosenäckern" - Förderung und ggfs. Anpassung aufgrund Vertrag
ambet Achilles Hof - Förderung und ggfs. Anpassung aufgrund Vertrag
Begnungsstätte Am Wasserturm - Förderung und ggfs. Anpassung aufgrund Vertrag
Begegnungsstätte Böcklerstr. - Förderung und ggfs. Anpassung aufgrund Vertrag
Begegnungsstätte Ottenroderstr. - Förderung und ggfs Anpassung aufgrund Vertrag
Begegnungsstätte Bebelhof - Förderung und ggfs Anpassung augrund Vertrag

Seniorenrat
AntiRost e.V.
Hebammenzentrale
Pro Familia Mietzuschuss
Antidiskriminierungsstelle
Beratungsstelle für mobile Beschäftigte
Lange aktiv bleiben (LAB)

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

BIBS-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
61 / FB 61 (FB 20 / BSBG)
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Kein Abriss und Neubau der städtischen Immobilie Wilhelmstraße 62-71 (ehemalige Landesschulbehörde): Synergieeffekte durch gemeinsame Entwicklung von ökologischen und sozialen Grundsätzen

1) Inwieweit kann die Stadt den Vorschlägen der Braunschweiger Ortsgruppe der Architects for Future Rechnung tragen und vor allem aus den genannten Klimaschutzgründen die städtische Immobilie Wilhelmstraße 62-71 zu erhalten und im Sinne eines klima- und sozialgerechten Umbaus zu entwickeln?

2) Inwieweit kann sich die Stadt vorstellen, durch eine ressourcenschonende Sanierung und einen Umbau der Immobilie dem Mangel an preisgünstigem Wohnraum gerade in der Innenstadt entgegenzuwirken?

Begründung:

Die Braunschweiger Ortsgruppe der Architects For Future (A4F) hat sich am 20.07.2024 in einem offenen Brief an den Oberbürgermeister Kornblum, Stadtbaurat Leuer und Umweltdezernent Herlitschke zum Thema Stadtplanung und Klimaschutz im Bausektor geäußert. Hierin befürwortet die Gruppe Braunschweiger Architekt*innen und Stadtplaner*innen nachdrücklich den Erhalt der Immobilie Wilhelmstraße 62-71 zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums.

Begründet wird dies folgendermaßen:

"Die Klima- und Umweltschäden des Bausektors werden von der Gesellschaft unterschätzt und von Politik und Wirtschaft vernachlässigt. Doch der Bausektor und der Betrieb von Gebäuden in Deutschland und anderen Ländern des globalen Nordens verursachen ca. 40% der Treibhausgasemissionen und 55% des Müllaufkommens. 50% der produzierten Rohstoffe entfallen auf diesen Bereich. Allein in Deutschland frisst die Versiegelung für neue Siedlungen und Infrastruktur täglich eine Fläche von ca. 80 Fußballfeldern. Dadurch werden Ökosysteme zerstört sowie Hitzeeffekte und Hochwasserrisiken verstärkt. Bauen verursacht weltweit Ressourcenausbeutung, Umweltzerstörung und soziale Ungerechtigkeit in einem unvorstellbaren Ausmaß.

Das müssen und können wir JETZT ändern - auch hier in Braunschweig. Wissen und Technik für umweltfreundliches, klima- und sozialgerechtes (Um)Bauen sind vorhanden — lokal und global, innovativ und traditionell. Die Bauwende ist machbar – auch hier in Braunschweig!

Bei Projekten wie […] dem Gebäudekomplex der ehemaligen Landesschulbehörde in der Wilhelmstraße, […] stellen wir leider fest, dass die Stadt Braunschweig immer noch und immer wieder das Abreißen und Neubauen als Normalfall der Stadtentwicklung propagiert oder in Erwägung zieht. Wir hingegen halten es im Sinne des Klimaschutzes für geboten, dass gerade die öffentliche Hand den Bestandserhalt priorisiert. Abriss muss immer kritisch

hinterfragt werden. Sowohl die dabei entstehenden Treibhausgasemissionen als auch der unnötig anfallende Müll müssen realistisch bewertet werden.

'Braunschweig soll bis zum Jahr 2030 klimaneutral sein.' Um dies – auch und gerade im Bausektor – erreichen zu können, ist es dringend geboten, Bedarfe zu überdenken, Abriss kritisch zu hinterfragen und Raum für Biodiversität zu erhalten und zu schaffen. Nur so ist die notwendige Bauwende auch in Braunschweig zu schaffen."

Silke Arning (Fraktionsvorsitzende)

Unterschrift

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Kornblum,

Sehr geehrter Herr Stadtbaurart Leuer,

Sehr geehrter Herr Stadtrat Herlitschke

Als Braunschweiger Ortsgruppe von Architects For Future wenden wir uns heute an Sie und nehmen Stellung zu einigen aktuellen städtebaulichen, architektonischen und unsere gebaute Umwelt betreffenden Diskursen in Braunschweig.

Die Klima- und Umweltschäden des Bausektors werden von der Gesellschaft unterschätzt und von Politik und Wirtschaft vernachlässigt. Doch der Bausektor und der Betrieb von Gebäuden in Deutschland und anderen Ländern des globalen Nordens verursachen ca. 40% der Treibhausgasemissionen und 55% des Müllaufkommens. 50% der produzierten Rohstoffe entfallen auf diesen Bereich. Allein in Deutschland frisst die Versiegelung für neue Siedlungen und Infrastruktur täglich eine Fläche von ca. 80 Fußballfeldern. Dadurch werden Ökosysteme zerstört sowie Hitzeeffekte und Hochwasserrisiken verstärkt. Bauen verursacht weltweit Ressourcenausbeutung, Umweltzerstörung und soziale Ungerechtigkeit in einem unvorstellbaren Ausmaß.

Das müssen und können wir JETZT ändern - auch hier in Braunschweig - bevor die Klima-Kipppunkte erreicht und unsere Lebensgrundlagen zerstört werden. Wissen und Technik für umweltfreundliches, klima- und sozialgerechtes (Um)Bauen sind vorhanden — lokal und global, innovativ und traditionell. Die Bauwende ist machbar – auch hier in Braunschweig!

Leider müssen wir als Architects for Future immer wieder feststellen, dass die Stadt Braunschweig – trotz ihrer erklärten Ziele bis 2030 klimaneutral zu werden – sich nicht in ausreichendem Maße dafür einsetzt an dieser notwendigen Bauwende aktiv mitzuwirken, im Gegenteil.

Bei Projekten wie der Burgpassage, dem Kaufhaus am Gewandhaus (ehemals Karstadt) oder dem Gebäudekomplex der ehemaligen Landesschulbehörde in der Wilhelmstraße, welche kürzlich vorgestellt wurden, stellen wir leider fest, dass die Stadt Braunschweig immer noch und immer wieder das Abreißen und Neubauen als Normalfall der Stadtentwicklung propagiert oder in Erwägung zieht. Wir hingegen halten es im Sinne des Klimaschutzes für geboten, dass gerade die öffentliche Hand den Bestandserhalt priorisiert. Abriss muss immer kritisch hinterfragt werden. Sowohl die dabei entstehenden Treibhausgasemissionen als auch der unnötig anfallende Müll müssen realistisch bewertet werden. Wir stimmen dem Präsidenten der Architektenkammer Niedersachsen zu, wenn er diesbezüglich feststellt, dass „die bestmögliche Lösung […] noch nicht gefunden sein“ kann (Statement der Architektenkammer Niedersachsen vom 25. April 2024).

Wir fordern Sie auf, als politisch Verantwortliche und als Team der Bauverwaltung bei den genannten und allen weiteren Bauvorhaben der Stadt Braunschweig die selbstgesteckten Klimaziele ernst zu nehmen:„Braunschweig soll bis zum Jahr 2030 klimaneutral sein.“ Um dies – auch und gerade im Bausektor – erreichen zu können, ist es dringend geboten, Be-

darfe zu überdenken, Abriss kritisch zu hinterfragen und Raum für Biodiversität zu erhalten und zu schaffen. Nur so ist die notwendige Bauwende auch in Braunschweig zu schaffen.

Zeigen Sie, Herr Dr. Kornblum, dass Braunschweig es kann. Unterstützen Sie ein Abriss-Moratorium. Unterstützen Sie ein umfangreiches Klimaschutzprogramme auch im Bausektor. Machen Sie ganz Braunschweig zu einem Leuchtturmprojekt unter den deutschen Städten in Hinblick auf eine Bauwende und einen aktiven Klimaschutz. Machen Sie Braunschweig zu einer auf Dauer lebenswerten Stadt, - auch für zukünftigen Generationen.

Mit besten Grüßen und in Hoffnung auf einen baldigen Austausch

Architects For Future, Ortsgruppe Braunschweig

FB 61
61.0

Datum: 30.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A138 der
BIBS-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Kein Abriss und Neubau der städtischen Immobilie Wilhelmstraße 62-71 (ehemalige Landesschulbehörde): Synergieeffekte durch gemeinsame Entwicklung von ökologischen und sozialen Grundsätzen
1) Inwieweit kann die Stadt den Vorschlägen der Braunschweiger Ortsgruppe der Architectsfor Future Rechnung tragen und vor allem aus den genannten Klimaschutzgründen die städtische Immobilie Wilhelmstraße 62-71 zu erhalten und im Sinne eines klima- und sozialgerechten Umbaus zu entwickeln?
2) Inwieweit kann sich die Stadt vorstellen, durch eine ressourcenschonende Sanierung und einen Umbau der Immobilie dem Mangel an preisgünstigem Wohnraum gerade in der Innenstadt entgegenzuwirken?

Begründung:

Zur Begründung wird auf die Anfrage A138 der BIBS-Fraktion verwiesen.

Antwort:

Zu 1):
Die Immobilie Wilhelmstraße 62-71 befindet sich im Eigentum der Braunschweig BeteiligungenGmbH (BSBG). Die BSBG und die Stadt Braunschweig verfolgen mit der Durchführung eines Konzeptvergabeverfahrens explizit eine Entwicklung, die auch ökologischen und sozialen Grundsätzen folgt. Im Rahmen der Konzeptvergabe werden seitens der Stadt umfangreiche Vorgaben gemacht und Bewertungskriterien angesetzt, die sowohl eine klima- als auch eine sozialgerechte Entwicklung vorgeben bzw. in die Bewertung einstellen. Es findet keine Vergabe nach dem Höchstpreiskriterium statt.
Der Erhalt oder Teilerhalt im Sinne einer ressourcenschonenden Entwicklung und der damit einhergehende Umgang mit dem Bestand sind dabei möglich – sie obliegen im Endeffekt der Einschätzung der Bewerber:innen. Ein Abriss wird nicht zwingend eingefordert. Vorliegende Untersuchungen weisen allerdings auf eine Vielzahl von Rissbildungen in den Decken bzw. Böden im Großteil der Bestandsbebauung hin. Seit 2019 erfolgen aufgrund dieser auftretenden Rissbildungen jährliche Untersuchungen durch einen Baustatiker. Demnach kann durch Erschütterungen im Zuge von Bauarbeiten (Umbauten, Errichten neuer Innenwände, Wand-/ Deckendurchbrüche, Schlitzen etc.) der Gleichgewichtzustand und damit die Stabilität des Gebäudes empfindlich gestört werden. Nach statisch-konstruktiver Bewertung „besitzt das Gebäude kein Umbaupotential“ aufgrund des Zustands der Decken. Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte Braunschweig-Wolfsburg hat für das Objekt das Ende der wirtschaftlichen Nutzung festgestellt.

Zu 2):
Mit dem Vergabeverfahren der Wilhelmstraße 62-71 wird nicht vorgegeben, ob saniert, teilerhalten oder abgerissen und neugebaut wird, dies obliegt der Konzeptidee der Bewerber:innen um das Grundstück.

Gez. Schmidbauer

Unterschrift (Dez./FBL)

TOP 9

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
61 / FB 61
Produkt
4S.610047

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:
Unter der Produktnummer 4S.610047 sind im Investitionsprogramm für den Fachbereich 61 rund 800.000 Euro in den nächsten Jahren zur Erstellung von Straßenpanoramabildern eingestellt, für 2025 beläuft sich der Anteil auf 140.000 Euro und für 2026 auf 50.000 Euro. Wozu werden diese Straßenponaramabilder genutzt? Wer kann auf diese zugreifen?

Begründung:

gez. Thorsten Köster
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 61
61.0

Datum: 30.09.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A155 der
CDU-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Unter der Produktnummer 4S.610047 sind im Investitionsprogramm für den Fachbereich 61 rund 800.000 Euro in den nächsten Jahren zur Erstellung von Straßenpanoramabildern eingestellt, für 2025 beläuft sich der Anteil auf 140.000 Euro und für 2026 auf 50.000 Euro.

Wozu werden diese Straßenponaramabilder genutzt?
Wer kann auf diese zugreifen?

Begründung:

-

Antwort:

Nach den Erst- und Wiederholungsbefahrungen von 2000 Straßenkilometern in der Stadt Braunschweig in den Jahren 2019 und 2022 gehören die Straßenpanoramabilder mittlerweile zu den wichtigsten und wertvollsten Geodaten der Stadt Braunschweig. Sie werden den Beschäftigten der Stadt Braunschweig über das verwaltungsinterne Geoportal FRISBI zur Verfügung gestellt.
Sie ermöglichen einen schnellen und eindeutigen Blick auf die Örtlichkeit ohne den Arbeitsplatz verlassen zu müssen. Neben der reinen digitalen Ortsbesichtigung ermöglichen die Bilder u.a. die geometrisch einwandfreie Ermittlung von Abständen, Höhen, Flächen, Horizonten und vieles mehr. Zusätzlich können die Bilder in Beziehung mit anderen Geo- und Fachdaten gesetzt werden. Die Straßenpanoramabilder liefern einen erheblichen Beitrag zur Effizienzsteigerung in der Verwaltung. Gemäß einer aktuellen Auswertung ergeben sich für das Jahr 2023 über 16.800 Personen-Zugriffstage mit jeweils mindestens einem Zugriff am Tag. Mit Hilfe aktueller Straßenpanoramabilder konnten somit in 2023 mind. 16.800 virtuelle Ortsbesichtigungen mit dem bestehenden Personal bei minimalem Ressourceneinsatz zur Erledigung der städtischen Aufgaben durchgeführt werden. Die tatsächliche Anzahl wird auf das 2 bis 5 fache geschätzt.

Zur Sicherstellung und Intensivierung zeit- und ressourcensparender virtueller Ortsbesichtigungen sind regelmäßige Aktualisierungen der Straßenpanoramabilder notwendig. Entsprechende Wiederholungsbefahrungen sind daher zukünftig im Zweijahresrhythmus vorgesehen. Ohne die Bereitstellung aktueller Straßenpanoramabilder für die Aufgabenerledigung in der Stadtverwaltung können Ortsbesichtigungen in erheblicher Anzahl und damit Aufgaben insbesondere mit Blick auf den Fachkräftemangel im aktuellen Umfang nicht mehr erledigt werden. Selbst eine teilweise Kompensation ist mit erheblichen Ressourcenaufwand verbunden (Zeit, Kosten

Fahrzeugbereitstellung, Kosten Wartung & Pflege, etc.).
Die Gesamtkosten für die Jahre 2025 bis 2029 betragen insgesamt voraussichtlich 520.000 €, wobei die Kosten im jeweils ersten Jahr auf die Befahrung selbst und im jeweils zweiten Jahr auf das Hosting und nachgelagerte Datenanalysen entfallen. Die in der Anfrage und im HH-Entwurf aufgeführten Gesamtkosten von 800.000 € beinhalten bereits die Befahrungs- und Hostingkosten seit 2019.

Gez. Schmidbauer

Unterschrift (Dez./FBL)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
68 / Ref. 0680
Produkt
5E.000007

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Text:

Kürzung der Mittel für den Ausbau des Ringgleises

Im Investitionsprogramm für den Doppelhaushalt 2025/2026 findet sich unter der Bezeichnung "Ref.0680 Ringgleis/Ausbau und Schließung" der Hinweis, dass die Gelder für den weiteren Ausbau des Ringgleises um insg. 2.060.000 EUR gekürzt wurden. Konkret bedeutet das, dass in der mittelfristigen Planung keine Mittel mehr für dieses Projekt zur Verfügung stehen. Wir bitten hierzu um die Beantwortung der folgenden Fragen:
1. Welche bereits beschlossenen Maßnahmen könnten aufgrund dieser Kürzung nicht umgesetzt werden?
2. Was bedeutet diese Kürzung für zukünftige Maßnahmen, z.B. im Bereich der sog. Echobrücke?
3. Wie begründet die Verwaltung die hier vorgenommene Kürzung?

Begründung:

Bekanntlich handelt es sich beim Ringgleis um einen beliebten Freizeitweg für den Fuß- und Radverkehr, der insbesondere für Radfahrende längst auch eine wichtige Bedeutung im Alltagsverkehr innehat. Insbesondere dadurch, dass nach jahrelangem Stillstand die Verhandlungen zur Nutzung der Echobrücke jüngst einen Schritt voran gekommen sind, wuchs die Hoffnung, dass es beim Ausbau des Ringgleises auf der ursprünglich vorgesehenen Trasse einen Schritt vorangehen könnte. Dafür muss der weitere Ausbau des Ringgleises jedoch zwingend mit ausreichenden Mitteln hinterlegt werden. Sollte die hier genannte Ansatzänderung tatsächlich beschlossen werden, droht stattdessen jahrelanger Stillstand.

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 68
68.0

Datum: 14.10.2024

Beantwortung der Anfrage Nr. A 172 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Kürzung der Mittel für den Ausbau des Ringgleises
Im Investitionsprogramm für den Doppelhaushalt 2025/2026 findet sich unter der Bezeichnung "Ref.0680 Ringgleis/Ausbau und Schließung" der Hinweis, dass die Gelder für den weiteren Ausbau des Ringgleises um insg. 2.060.000 EUR gekürzt wurden. Konkret bedeutet das, dass in der mittelfristigen Planung keine Mittel mehr für dieses Projekt zur Verfügung stehen. Wir bitten hierzu um die Beantwortung der folgenden Fragen:
1. Welche bereits beschlossenen Maßnahmen könnten aufgrund dieser Kürzung nicht umgesetzt werden?
2. Was bedeutet diese Kürzung für zukünftige Maßnahmen, z.B. im Bereich der sog. Echobrücke?
3. Wie begründet die Verwaltung die hier vorgenommene Kürzung?

Begründung:

Bekanntlich handelt es sich beim Ringgleis um einen beliebten Freizeitweg für den Fuß- und Radverkehr, der insbesondere für Radfahrende längst auch eine wichtige Bedeutung im Alltagsverkehr innehat. Insbesondere dadurch, dass nach jahrelangem Stillstand die Verhandlungen zur Nutzung der Echobrücke jüngst einen Schritt voran gekommen sind, wuchs die Hoffnung, dass es beim Ausbau des Ringgleises auf der ursprünglich vorgesehenen Trasse einen Schritt vorangehen könnte. Dafür muss der weitere Ausbau des Ringgleises jedoch zwingend mit ausreichenden Mitteln hinterlegt werden. Sollte die hier genannte Ansatzänderung tatsächlich beschlossen werden, droht stattdessen jahrelanger Stillstand.

Antwort:

Bei dem Ringgleis handelt es sich um einen beliebten und gut frequentierten Freizeitweg, der in seiner jetzigen Gestaltung von Fußgängern und Radfahrern im Zusammenhang mit der Naherholung, aber auch als Weg zur Arbeitsstelle oder zu Freizeitaktivitäten gern in Anspruch genommen wird. Dies vorausgeschickt, wird zu den Fragen wie folgt Stellung genommen:

1. Über die zwei bereits in Vorbereitung befindlichen Infostelen hinaus, können keine weiteren Stelen und auch keine weiteren Industriecontainer realisiert werden. Die Auflösung derzeit bestehender Umwegsituationen mit der Zielsetzung der generellen Führung des Ringgleises auf originärer Trasse wäre aktuell nicht zu realisieren (vgl. dazu z.B. ´Masterplan Ringgleis´/ DS 14329/11, ´Weiterführung Ringgleis-Maßnahmenprogramm 2021 bis 2023´/ DS 20-14402 und ´Weiterführung des Ringgleises´/ DS 16-03035). Die ergänzende Bepflanzung sowie die Anlage weiterer Aufenthaltsorte zur Erhöhung des Freizeitwertes am Ringgleis entfällt.

2. Wie unter Pkt. 1 erwähnt würden aktuelle Umwegsituationen beibehalten werden. Damit entfallen würde auch das Projekt „Brückenschlag-Süd“, welches die Trasse von der Echobrücke beginnend über die Wolfenbütteler und Salzdahlumer Straße und über ein neues Rampenbauwerk bis zur Borsigstraße führt. Die dadurch beabsichtigte Anbindung der Bahnstadt an das Ringgleis müsste somit verschoben bzw. ggf. alternativ gelöst

werden. Darüber hinaus können weitergehende Anbindungen von Stadtteilen an das Ringgleis aktuell nicht erfolgen.

3. Die Kürzung der bisher eingeplanten Mittel ist ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

Gez. Herlitschke

Unterschrift (Dez./FBL)

Anlage 2.2

Finanz**un**wirksame Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2025/2026

Der FPDA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt.

Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich den Fachausschussempfehlungen an.

Abstimmungsergebnis: 7 / 4 / 0

Stand: 04. Dezember 2024

- FU 039 -

Die FRAKTION.BS – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
61 / FB 61
Produkt
1.51.5116.01

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Überschrift
Verfügungsfonds des Westlichen Ringgebiets nicht schlagartig beenden

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie eine Weiterführung des Verfügungsfonds im Südwestlichen Ringgebiet erfolgen kann.

Begründung
Wahrscheinlich endet das Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt" im Westlichen Ringgebiet im Jahr 2026. Damit endet auch der Verfügungsfonds, der derzeit 75.000 Euro pro Jahr beinhaltet und zu je einem Drittel von Bund, Land und Stadt finanziert wird. Aus dem Verfügungsfonds werden derzeit eine Vielzahl von kleinen sozialen Projekten finanziert. Ein abruptes Ende würde sich verheerend auf die soziale Infrastruktur im südwestlich Ringgebiet auswirken. Daher soll eine Weiterführung geprüft werden.

gez. Udo Sommerfeld

Unterschrift

- FU 039 -

FB 61
61.0

Datum: 30.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FU 039 **der**
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Verfügungsfonds des Westlichen Ringgebiets nicht schlagartig beenden.
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie eine Weiterführung des Verfügungsfonds im Südwestlichen Ringgebiet erfolgen kann.

Begründung:

Wahrscheinlich endet das Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt" im Westlichen Ringgebiet im Jahr 2026. Damit endet auch der Verfügungsfonds, der derzeit 75.000 Euro pro Jahr beinhaltet und zu je einem Drittel von Bund, Land und Stadt finanziert wird. Aus dem Verfügungsfonds werden derzeit eine Vielzahl von kleinen sozialen Projekten finanziert. Ein abruptes Ende würde sich verheerend auf die soziale Infrastruktur im südwestlich Ringgebiet auswirken. Daher soll eine Weiterführung geprüft werden.

Stellungnahme:

Im Teilhaushalt 61 sind in den Jahren 2025 und 2026 jeweils 75.000 Euro für den Verfügungsfonds im Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet" eingeplant. Das Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet" muss nach Vorgabe des Nieders. Ministeriums (MW) zum 31.12.2026 beendet werden. Nach Abschluss des Sanierungsverfahrens stehen daher ab dem Jahr 2027 keine Städtebaufördermittel mehr zur Verfügung. Eine Weiterführung des Verfügungsfonds aus Mitteln der Städtebauförderung im Teilhaushalt 61 ist daher ab 2027 nicht mehr möglich.

Gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

- FU 039 -

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
APH am 23.10.2024	1	10	0		**X**
FPDA am 28.11.2024					**X**

- FU SBR 02 -

SBR 310 Westliches Ringgebiet
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Div. / FB 61 (Ref. 0500)
Produkt
Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Überschrift
Verfügungsfond des Westlichen Ringgebiets nicht schlagartig beenden

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie eine Weiterführung des Verfügungsfonds im südwestlichen Ringgebiet erfolgen kann.

Begründung
Im Jahr 2029 endet das Städteförderprogramm „Soziale Stadt" im Westlichen Ringgebiet. Damit endet auch der Verfügungsfond der derzeit 75.000 Euro pro Jahr, finanziert zu je einem drittel von Bund, Land und Stadt, beinhaltet. Ein abruptes Ende würde sich verheerend auf die soziale Infrastruktur im südwestlichen Ringgebiet auswirken. Daher soll eine Weiterführung geprüft werden.

Unterschrift

- FU SBR 02 -

FB 61
61.0

Datum: 30.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FU SBR 02 der
Stadtbezirksrats 310 Westl. Ringgebiet **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Verfügungsfonds des Westlichen Ringgebiets nicht schlagartig beenden.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie eine Weiterführung des Verfügungsfonds im Südwestlichen Ringgebiet erfolgen kann.

Begründung:

Im Jahr 2029 endet das Städteförderprogramm „Soziale Stadt" im Westlichen Ringgebiet. Damit endet auch der Verfügungsfond der derzeit 75.000 Euro pro Jahr, finanziert zu je einem drittel von Bund, Land und Stadt, beinhaltet. Ein abruptes Ende würde sich verheerend auf die soziale Infrastruktur im südwestlichen Ringgebiet auswirken. Daher soll eine Weiterführung geprüft werden.

Stellungnahme:

Im Teilhaushalt 61 sind in den Jahren 2025 und 2026 jeweils 75.000 Euro für den Verfügungsfonds im Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet" eingeplant. Das Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet" muss nach Vorgabe des Nieders. Ministeriums (MW) zum 31.12.2026 beendet werden. Nach Abschluss des Sanierungsverfahrens stehen daher ab dem Jahr 2027 keine Städtebaufördermittel mehr zur Verfügung. Eine Weiterführung des Verfügungsfonds aus Mitteln der Städtebauförderung im Teilhaushalt 61 ist daher ab 2027 nicht mehr möglich.

Gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

- FU SBR 02 -

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
APH am 23.10.2024	1	10	0		**X**
FPDA am 28.11.2024					**X**

- FU SBR 01 -

-

SBR 322 Nördliche Schunter-/Okeraue
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Div. / FB 10
Produkt
Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Überschrift
Fortbestand der Altentagesstätte Veltenhof

Beschlussvorschlag
Der Stadtbezirksrat bittet die Verwaltung, zu prüfen, ob, wie und in welcher Größenordnung die Altentagesstätte Veltenhof dauerhaft finanziell bezüglich des laufenden Betriebes und der Unterhaltung unterstützt werden kann, um den Fortbestand dieses Hauses zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger sowie der örtlichen Vereine zu garantieren.

Begründung

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPDA am 28.11.2024	8	3	0	**X**	

- FU 156 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Diverse / FB 61 (FB 68)
Produkt
Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Überschrift
Interkommunaler Windpark

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird gebeten, mit den umliegenden Kommunen, auf deren Gebiet die Windenergieplanung des Regionalverband Großraum Braunschweig Flächen für Windparks ausweist, in Gespräche einzutreten mit dem Ziel, einen interkommunalen Windpark zu schaffen. Die Stadt Braunschweig bietet mit der Energiegenossenschaft ihr technisches Wissen und kann im Gegenzug die CO2-Einsparungen für das Ziel der Klimaneutralität in Braunschweig einrechnen.

Begründung
Auf dem Stadtgebiet Braunschweig werden – abgesehen vom Repowering im Südwesten – voraussichtlich keine zusätzlichen Windkraftanlagen erstellt, auch wenn momentan der Regionalverband Großraum Braunschweig (RGB) damit befasst ist, das neue Flächenbeitragsziel von 3,18 % zur Nutzung für Windenergie planerisch zu erreichen (derzeit beläuft sich dieser Wert auf 1,3 % der Fläche des RGB). Denn die von der Verbandspolitik festgesetzten Parameter lassen vor allem in Hinblick auf den festgelegten Abstand von 1.000 Metern zu Wohnbebauung vermuten, dass dies auf dem Gebiet der Stadt Braunschweig keinerlei Flächen ermöglicht. Um das Ziel der Klimaneutralität in Braunschweig zu erreichen, ist bilanziell Windkraft jedoch mit einzubeziehen. Um also einen Beitrag zu erreichen, sollten die umliegenden Gemeinden einbezogen werden. Durch einen interkommunalen Windpark könnten diese vom technischen Sachverstand der Energiegenossenschaft profitieren und für die Stadt Braunschweig hingegen könnten die CO2-Einsparungen anteilig angerechnet werden. Auf die weitergehenden inhaltlichen Ausführungen des CDU-Antrages „Konkrete Maßnahmen statt abstrakter Konzepte - Treibhausgasneutralität 2045 durch effiziente und generationengerechte Maßnahmen“ (DS.-Nr. 24-24242) wird an dieser Stelle hingewiesen.

gez. Thorsten Köster
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

- FU 156 -

FB 61
61.0

Datum: 30.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FU 156 **der**
CDU-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Interkommunaler Windpark
Die Verwaltung wird gebeten, mit den umliegenden Kommunen, auf deren Gebiet die Windenergieplanung des Regionalverband Großraum Braunschweig Flächen für Windparks ausweist, in Gespräche einzutreten mit dem Ziel, einen interkommunalen Windpark zu schaffen.
Die Stadt Braunschweig bietet mit der Energiegenossenschaft ihr technisches Wissen und kann im Gegenzug die CO2-Einsparungen für das Ziel der Klimaneutralität in Braunschweig einrechnen.

Begründung:

Zur Begründung wird auf den Antrag FU156 der CDU-Fraktion verwiesen.

Wählen Sie ein Element aus.**:**

Der Regionalverband Großraum Braunschweig plant seine Windenergieplanung im November zu veröffentlichen. Die Verwaltung tritt anschließend in Gespräche mit Nachbargemeinden ein.

Gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

- FU 156 -

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
APH am 23.10.2024	3	8	0		**X**
FPDA am 28.11.2024					**X**

- FU 157 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
0800 / Stabsst. 0800
Produkt
1.57.5711.01

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Überschrift
Quantentechnologie - Konzept zum Ausbau von Technologietransfer zu Bestandsunternehmen und von Inkubatorfunktion für Gründungen

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird gebeten ein Konzept auszuarbeiten und dem Wirtschaftsausschss vorzustellen, wie beim Thema Quantentechnologie der Technologietransfer zu Bestandsunternehmen, aber auch die Inkubatorfunktion für entsprechende Gründungen umfassend und zeitnah ausgebaut werden kann, um in diesem Bereich eine führende Rolle für Braunschweig und die Region zu sichern

Begründung
Braunschweig ist ein führender Standort in der Quantentechnologie. Dieses wurde nicht zuletzt beim Unternehmergespräch am 14. August dieses Jahres bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) deutlich. Gemeinsam mit der PTB und dem QVLS (Quantum Valley Lower Saxony) haben wir als Stadt der Wissenschaft und Forschung beste Chancen, um bei diesem Megatrend eine entscheidende Rolle einzunehmen. Deshalb sollte über die Antragsförderung hinaus ein Konzept erstellt werden, wie der der Technologietransfer zu Bestandsunternehmen, aber auch die Inkubatorfunktion für entsprechende Gründungen zügig und umfassend ausgebaut werden kann. Dies sichert die führende Rolle für Braunschweig und die Region in diesem Bereich und hat darüber hinaus die Chance, diese sogar noch auszubauen.

gez. Thorsten Köster
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

- FU 157 NEU -

CDU-Fraktion – erweitert auf Antrag der SPD-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
0800 / Stabsst. 0800
Produkt
1.57.5711.01

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2025/2026

Überschrift
Quantentechnologie - Konzept zum Ausbau von Technologietransfer zu Bestandsunternehmen und von Inkubatorfunktion für Gründungen

Beschlussvorschlag geändert im WA am 19.10.2024:
Die Verwaltung wird gebeten ein Konzept **stufenweise** auszuarbeiten und dem Wirtschaftsausschuss **sowie anschließend dem Rat** vorzustellen, wie beim Thema Quantentechnologie der Technologietransfer zu Bestandsunternehmen, aber auch die Inkubatorfunktion für entsprechende Gründungen umfassend und zeitnah ausgebaut werden kann, um in diesem Bereich eine führende Rolle für Braunschweig und die Region zu sichern.

Begründung
Braunschweig ist ein führender Standort in der Quantentechnologie. Dieses wurde nicht zuletzt beim Unternehmergespräch am 14. August dieses Jahres bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) deutlich. Gemeinsam mit der PTB und dem QVLS (Quantum Valley Lower Saxony) haben wir als Stadt der Wissenschaft und Forschung beste Chancen, um bei diesem Megatrend eine entscheidende Rolle einzunehmen. Deshalb sollte über die Antragsförderung hinaus ein Konzept erstellt werden, wie der der Technologietransfer zu Bestandsunternehmen, aber auch die Inkubatorfunktion für entsprechende Gründungen zügig und umfassend ausgebaut werden kann. Dies sichert die führende Rolle für Braunschweig und die Region in diesem Bereich und hat darüber hinaus die Chance, diese sogar noch auszubauen.

Unterschrift

- FU 157 NEU -

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
WA am 15.10.2024	10		1	**X**	
FPDA am 28.11.2024				**X**	

Im Wirtschaftsausschuss am 15.10.2024 wird der Antrag FU 157 durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Frau Bürgermeisterin Ihbe) geändert: FU 157 NEU.

Anlage 2.3

Änderung der Produktdarstellungen

Die Änderungen wurden im FPDA insgesamt abgestimmt.

Ergebnis: 11 / 0 / 0

Stand: 04. Dezember 2024

Teilhaushalt:	FB 60 - Bauordnung und Zentrale Vergabestelle

Strategische Ziele 2025 - 2029

Lfd. Nr.	Beschreibung
1.	Sicherung der Einhaltung des öffentlichen Baurechts unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten
2.	Qualifizierte Bauberatung und zügige Genehmigungsverfahren
3.	Digitalisierung aller Arbeitsprozesse im Fachbereich
4.	Sicherstellung des baulichen Brandschutzes
5.	Erhöhung des Sicherheits-Niveaus von Versammlungsstätten
6.	Vereinheitlichung der Vergabeverfahren sowie Optimierung der Nutzung der E-Vergabeplattform durch stufenweise Ausweitung des Workflows

Anpassung gegenüber dem Entwurf:
Beim strategischen Ziel Nr. 3 wurde die Beschränkung auf Baugenehmigungsverfahren und Aktenarchiv geändert in alle Arbeitsprozesse im Fachbereich.

Teilhaushalt:	FB 68 - Umwelt

Strategische Ziele 2025 - 2029

Lfd. Nr.	Beschreibung
1.	Sicherung einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Entwicklung Braunschweigs unter besonderer Berücksichtigung des Umweltschutzes sowie einer integrierten Freiraumplanung
2.	Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität durch Schutz der Umweltgüter einschließlich der Aufarbeitung der Hochwasserproblematik, des Lärmschutzes und der Verbesserungen der aquatischen Lebensbereiche durch Renaturierung
3.	Planung und Durchführung effektiver Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel, als Beitrag der Stadt Braunschweig zur Bewältigung der globalen Herausforderungen durch den Klimawandel, inklusive dem Erhalt, der Aufwertung und der Schaffung zusätzlicher Freiräume
4.	Sanierung von Altlasten und Brachflächen zur Sicherung natürlicher Wasserreserven und zum Schutz der natürlichen Bodenfunktionen in den Außenbereichen sowie der Reduzierung der von Blindgängern aus dem zweiten Weltkrieg ausgehenden Gefahr
5.	Steigerung der Biodiversität bei gleichzeitiger Ausweitung und Attraktiveren der Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung sowie der Beteiligungsprozesse
6.	Bereitstellung von neuen Parkanlagen, Spiel- und Jugendplätzen und Pocket Parks als Ankerpunkte einer multifunktionalen „grünen Infrastruktur“ im Stadtgefüge sowie der Neubau und die grundlegende Umgestaltung von Außenanlagen insbes. an städtischen Schulen und Kitas

Anpassung gegenüber dem Entwurf:
Die strategischen Ziele Nr .5 und 6 wurden aus Vereinfachungsgründen verkürzt.

Strategische Ziele, Wesentliche Produkte und Maßnahmen

Änderungen bei	Fachbereich 50 Soziales und Gesundheit
und	Referat 0500 Sozialreferat

Die Aufgaben des Büros für Migrationsfragen wurden vom FB 50 zum Ref. 0500 verlagert. Aufgrund dessen…

a) werden die Strategische Ziele beider Bereiche angepasst,

b) wird das Wesentliche Produkt 1.31.3119.40 „Leistungen des Sozialreferates“ beim Ref. 0500 um diese Aspekte erweitert,

c) werden 2 Maßnahmen, die bisher beim FB 50 geführt wurden, beim Ref. 0500 aufgenommen

d) und entfallen beim FB 50 das Wesentliche Produkt 1.31.3517.20 „Integration von Migranten“ und die beiden bisher hier abgebildeten Maßnahmen.

Die neu gefassten Strategischen Ziele, Wesentlichen Produkte und Maßnahmen werden mit auf folgenden Seiten dargestellt.

Teilhaushalt:	FB 50 - Soziales und Gesundheit

Strategische Ziele 2025 - 2029

Lfd. Nr.	Beschreibung
1.	Beibehaltung und Ausweitung der Aktivitäten für alle Langzeitarbeitslosen, insbesondere für junge Menschen sowie eine angemessene Bereitstellung von kommunalen Eingliederungsleistungen, z. B. psychosoziale Betreuung
2.	Bedarfsgerechte Sicherstellung der Lebensqualität von älteren, kranken und/oder pflegebedürftigen Menschen im Hinblick auf ein möglichst selbständiges und selbstbestimmtes Leben unter Beachtung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ in der Hilfe zur Pflege
3.	Schaffung einer bedarfsgerechten Wohnsituation für benachteiligte Personengruppen, Verhinderung von Wohnungslosigkeit und Erreichung einer kurzen Verweildauer in den Wohnungslosenunterkünften; möglichst dezentrale Unterbringung
4.	Verbesserung der Teilhabe für alle am öffentlichen Leben durch die Entstehung und Fortschreibung eines Kommunalen Aktionsplans mit dem Ziel, die Gesamtverwaltung zum Thema Inklusion zu sensibilisieren
5.	Förderung der Integration von Geflüchteten und ihrer Teilhabe
6.	Personenzentrierte, bedarfsdeckende Leistungsgewährung in der Eingliederungshilfe für volljährige Menschen mit Behinderung mit beendeter Schulausbildung durch Anwendung des Gesamtplan-/Teilhabeplanverfahrens unter Berücksichtigung eines partizipativen Ansatzes; weitere Umsetzung der gesetzlichen Regelungen des SGB IX

Anpassung gegenüber dem Entwurf:
Das Strategische Ziel 5 wurde aufgrund der Verlagerung des Büros für Migrationsfragen zum Ref. 0500 „Sozialreferat“ angepasst.

Teilhaushalt:	Ref. 0500 - Sozialreferat

Strategische Ziele 2025 – 2029

Lfd. Nr.	Beschreibung
1.	Entwicklung, Steuerung und Umsetzung einer Kennzahlen gestützten Integrationsplanung und davon Ableitung sowie Umsetzung von Konzepten und Maßnahmen zur Integration von Migrant:innen zur Förderung der Teilhabe und interkulturellen Öffnung der Kommune
2.	Aufbau, Fortschreibung und Weiterentwicklung einer integrierten Sozialberichterstattung mit dem Ziel der Förderung konfliktarmer Sozialstrukturen sowie gemeinwesenorientierten Quartiersarbeit u.a. durch die Einrichtung und den Aufbau von Nachbarschaftszentren
3.	Herstellung und Förderung von mehr Chancengerechtigkeit und Teilhabe durch ein breites Netzwerk gegen Kinderarmut und der Erstellung und Umsetzung eines Konzeptes gegen Altersarmut
4.	Förderung der Vielfalt und Demokratie durch sensibilisierende Maßnahmen im Bereich LSBTIQ* sowie Entwicklung eines lokalen Aktionsplanes gegen Rechtsextremismus und Förderung der Willkommenskultur
5.	Weiterentwicklung und Umsetzung einer initiierenden und koordinierenden Gesundheitsplanung sowie die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der senioren- und pflegerelevanten Infrastruktur

Anpassung gegenüber dem Entwurf:
Die Verlagerung des Büros für Migrationsfragen zum Ref. 0500 „Sozialreferat“ wurde zum Anlass genommen, die Strategischen Ziele vollständig neu zu formulieren.

Wesentliches Produkt

1.31.3119.40 - Leistungen des Sozialreferates

Produktbeschreibung:

- Entwicklung von Planungsgrundlagen im Dezernat V inkl. Sozialmonitoring
- Durchführung von Fachplanungen und Begleitung wesentlicher Projekte
- Koordination und Umsetzung von Vorhaben im Bereich der gesundheitlichen Vorsorge, im kommunalen Handlungsfeld Alters- und Kinderarmut, im Bereich Nachbarschaftszentren, Quartiersarbeit sowie in den Themenfeldern LSBTIQ* und Altenhilfe- und Pflegeplanung

Produktziele:

- Steuerung und Umsetzung von kommunalen Handlungskonzepten zur Integration von Migrant:innen und zur interkulturellen Öffnung/Förderung der Teilhabe, zur Kinderarmut,zur Altenhilfe- /Pflegeplanung sowie Altersarmut
- Verbesserung der Gesundheitsversorgung
- Konzipierung, Förderung und Unterstützung sozialer Stadtteil- und Quartiersarbeit
- Förderung der Chancengleichheit von LSBTIQ*-Personen
- Aufbau eines integrierten Sozialmonitorings

*Zum Produkt gehörende **Leistungen**:*

1.31.3119.40.01	Soziale Stadt- und Stadtteilentwicklung
1.31.3119.40.03	Planungsbegl. u. Grundsatzarb. f. Dez. V
1.31.3119.40.05	Integrationsförderung
1.31.3119.40.06	Gesundheitsplanung und -förderung
1.31.3119.40.07	Koordination Kinderarmut
1.31.3119.40.08	LSBTIQ*
1.31.3119.40.09	Nachbarschaftszentren
1.31.3119.40.10	Altenhilfe- & Pflegeplanung
1.31.3119.40.11	Präventive Hausbesuche (bis 2024)
1.31.3119.40.12	Altersarmut
1.31.3119.40.13	Zuwendungen Ref. 0500

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2023 *) -Euro-	Ansatz 2024 -Euro-	**Ansatz 2025 -Euro-**	**Ansatz 2026 -Euro-**
Ordentliche Erträge					
	Entgelte	0	0	**0**	**0**
	Übrige ordentliche Erträge	65.556	135.225	**136.530**	**0**
12	**Summe ordentliche Erträge**	**65.556**	**135.225**	**136.530**	**0**
Ordentliche Aufwendungen					
13	Personalaufwendungen	270.928	613.843	**812.873**	**831.571**
14	Versorgungsaufwendungen		In Zeile 13 enthalten		
15	Aufw. für Sach- u. Dienstleistungen	24.115	94.212	**93.300**	**15.900**
16	Abschreibungen	0	2.172	**1.896**	**758**
17	Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	**0**	**0**
18	Transferaufwendungen	0	0	**0**	**0**
19	Sonstige ordentliche Aufw.	0	58.010	**57.110**	**57.110**
20	**Summe ordentliche Aufwend.**	**295.042**	**768.237**	**965.179**	**905.339**
21	**Ordentl. Ergebnis**	**-229.487**	**-633.012**	**-828.649**	**-905.339**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen					
22	Außerordentliche Erträge	0	0	**0**	**0**
23	Außerordentliche Aufw.	0	0	**0**	**0**
24	**Außerordentl. Ergebnis**	**0**	**0**	**0**	**0**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-229.487**	**-633.012**	**-828.649**	**-905.339**
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen					
26	Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	**0**	**0**
27	Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	470	55.100	**66.881**	**66.881**
28	Saldo aus int. Leistungsbezieh.	-470	-55.100	**-66.881**	**-66.881**
29	**Ergebnis** unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-229.957**	**-688.112**	**-895.530**	**-972.220**

Produktkennzahl(en):

Ist 2021	Ist 2022	Ist 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026

*) Buchungsstand; auf Produktebene insbesondere Einzelkosten.

Anpassung gegenüber dem Entwurf:
Aufgrund der Verlagerung des Büros für Migrationsfragen zum Ref. 0500 „Sozialreferat“ wurden die Produktziele angepasst und die Liste der Leistungen erweitert.

Wesentliches Produkt 1.31.3119.40 - Leistungen des Sozialreferats

Maßnahmen zur Zielerreichung:

Maßnahme: **Umsetzung Kommunales Handlungskonzept Integration**

Nr.: **1**

Wirkung: Zielgenaue sowie qualitätsgesicherte Planung, Steuerung und Evaluation von Integrationsmaßnahmen und -projekten

Betrifft Strat. Ziel Nr.: 1

Finanzbedarf	
Gesamt:	**1.478.400 €**
Personalaufwend.:	1.310.400 €
Sachaufwendungen:	168.000 €
Erträge:	0 €

** bis 02/2024 im THH 50*

Zielerreichung: (Kennzahl, Planwert) Maßnahmen zur Umsetzung des Handlungskonzeptes, u. a.: Mitwirkung von Eltern im Bildungsbereich, integrative Projekte im Stadtteil

Maßnahmezeitraum: 2008 bis 2029

Maßnahme: **Sprachförderangebote für Erwachsene in Kooperation mit der VHS international Braunschweig**

Nr.: **2**

Wirkung: Verbesserung der Sprachkompetenz von Migrantinnen und Migranten

Betrifft Strat. Ziel Nr.: 1

Finanzbedarf	
Gesamt:	**1.490.000 €**
Personalaufwend.:	90.000 €
Sachaufwendungen:	1.400.000 €
Erträge:	0 €

** bis 02/2024 im THH 50*

Zielerreichung: (Kennzahl, Planwert) Pro Jahr mindestens 8 niedrigschwellige Sprachkurse

Maßnahmezeitraum: 2009 bis 2029

Anpassung gegenüber dem Entwurf:
Aufgrund der Verlagerung des Büros für Migrationsfragen zum Ref. 0500 „Sozialreferat“ werden die bisher beim FB 50 "Soziales und Gesundheit" abgebildeten Maßnahmen hier zugeordnet.

Anlage 2.4

Ergebnishaushalt

Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2025/2026

Stand: 09. Dezember 2024

Anlage 2.4.1

Ergebnishaushalt

Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Stand: 06. Dezember 2024

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Fachbereich 20 - Finanzen			**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
149	1.25.2710.01 Volkshochschulen	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv	Die FRAKTION. BS	**Weiterführung Sozialer Arbeitsmarkt nach SGB II § 16i** 1. Der Rat beauftragt die Vertreterin der Stadt Braunschweig in der Trägerversammlung des Jobcenters Braunschweig, dort den Antrag einzubringen, dass der zum Jahresende auslaufende "Soziale Arbeitsmarkt nach dem Teilhabegesetz" für weitere fünf Jahre fortgesetzt wird. Dazu sollen wieder bis zu 100 Personen bei der VHS Arbeit und Beruf GmbH eingestellt werden. Weitere 50 Personen sollen bei freien Trägern eingestellt werden können. 2. Die VHS-Arbeit und Beruf GmbH wird auch weiterhin im Kontext ihrer grundsätzlichen Zuständigkeit für kommunale Beschäftigungsförderung mit allen beteiligten städtischen Organisationseinheiten mit der Steuerung und Umsetzung des Bundesprogramms „Sozialer Arbeitsmarkt“ nach dem Teilhabechancengesetz SGB II § 16i für bis zu 150 Personen beauftragt. 3. Die VHS Arbeit und Beruf GmbH stellt bis zu 100 Personen zum Einsatz in eigenen Projekten bzw. anderer Tätigkeiten bei städtischen Gesellschaften ein. 4. Die VHS Arbeit und Beruf GmbH koordiniert weiterhin die Abwicklung mit den freien Trägern. Hierzu gehört auch die Entgegennahme und das Bescheiden von Anträgen, die Vorbereitung der Auszahlungen an die freien Träger durch die Stadt sowie das Controlling. 5. Der VHS Arbeit und Beruf GmbH werden für diese Aufgaben die benötigten Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Das waren bislang 2.115.134 Euro 6. Für die Beschäftigung von bis zu 50 Personen bei freien Trägern stellt die Stadt für die Jahre 2025 – 2029 Finanzmittel zur Verfügung. Das waren bislang 800.463 Euro. Begründung: 2019 hat die Stadt Braunschweig eine Gesetzesänderung genutzt und für 150 Langzeitarbeitslose eine Perspektive geschaffen. In der Vorlage (DS 19-10181) war damals vom Einstieg in einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt die Rede. Von 2.441 langzeitarbeitslosen Menschen hatten 150 die Chance auf den Einstieg in ein selbstbestimmtes Leben. Doch damit soll nun Schluss sein. Zum einen schafft das Jocenter Braunschweig es nicht, die 8 Arbeitsplätze nach 16i zu besetzen, die es selber vorhält, zum anderen will das Jobcenter zukünftig nur noch einen Bruchteil der bisherigen 150 Arbeitsplätze finanzieren. Hier muss sicht etwas ändern. Nach dem Wechsel der Geschäftsführung des Jobcenters ist nun die Vertreterin der Stadt die Vorsitzende der Trägerversammlung und verfügt damit über eine Mehrheit. Diese Mehrheit muss unbedingt genutzt werden, damit auch weiterhin wenigstens 150 langzeitarbeitslose Menschen eine Perspektive haben. Im Anschluss sollte dann die VHS Arbeit und Beruf GmbH für weitere 5 Jahre beauftragt und mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet werden.											Für 5 Jahre	
				0	+ 3.000.000	0	+ 3.000.000	0	+ 3.000.000	0	+ 3.000.000	0	+ 3.000.000		
			AfSG	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
040	1.54.5470.01 ÖPNV	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv	Die FRAKTION. BS	**Preissenkung Fahrscheine ÖPNV um 10%** Die Verkehrswende kann nicht nur mit Verboten umgesetzt werden. Viel wichtiger sind Anreize, damit der ÖPNV attraktiver wird. Insbesondere ein kostenfreier ÖPNV würde viele Menschen zum Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn bewegen. Ein 10prozentiger Preisnachlass kann ein erster Schritt in diese Richtung sein.											Dauerhaft	
				0	+ 4.000.000	0	+ 4.000.000	0	+ 4.000.000	0	+ 4.000.000	0	+ 4.000.000		
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
			FPDA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Fachbereich 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit			**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
176	1.12.1221.51 Tierschutz/Tiergesundheit	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Verein Stadttiere Braunschweig e. V.** Das sogenannte Stadttaubenkonzept in Braunschweig wurde im Mai 2022 vom Rat beschlossen. Hierin ist vorgesehen, dass der Verein Stadttiere Braunschweig e.V. die Betreuung und Pflege der zu errichtenden Taubenschläge übernimmt. Der Verein hat hierfür eine institutionelle Förderung in Höhe von 85.000 € für 2025 bzw. 88.000 € für 2026 beantragt. Beide Summen stellen nur eine geringfügige Erhöhung zu den für 2023 und 2024 bewilligten 81.200 € dar und werden unter anderem zur Pflege der beiden bereits errichteten Taubenschläge benötigt. Außerdem wird die Förderung für die für 2025/2026 geplante Realisierung von bis zu zwei weiteren Taubenschlägen in der Braunschweiger Innenstadt gebraucht. Hierzu ist es notwendig, eine weitere hauptamtliche Beschäftigte in Teilzeit einzustellen.									2 Jahre	Es liegen sowohl Ansatzveränderungen der Verwaltung als auch ein politischer Antrag zu diesem Thema vor.
				0	+ 85.000	0	+ 88.000	0	0	0	0	0	0		
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-				
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-	*Der Antrag FWE 176 ist erledigt durch Ansatzveränderungen der Verwaltung*			
	Fachbereich 37 - Feuerwehr			**0**	**+ 5.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
158	1.12.1260.21 Freiwillige Feuerwehr	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	**Ortsbrandmeisterweiterbildung** Für das Jahr 2025 ist eine zweitägige Ortsbrandmeisterweiterbildung in Duderstadt geplant. An dieser sollen die Ortsbrandmeister unserer 30 Ortsfeuerwehren, ihre Stellvertreter und die Inhaber von Sonderfunktionen teilnehmen. Es ist begrüßenswert und wir sind dankbar dafür, dass diese Funktionsträger neben ihrem Einsatz- und Ausbildungsdienst sowie zahlreicher anderer administrativer Aufgaben an einem Wochenende zusammenkommen, um sich fortzubilden und weiter an der Zukunft der Feuerwehr Braunschweig zu arbeiten. Es ist daher nicht nachzuvollziehen, dass zwar die Tagungsräume und mögliche Referenten aus dem Budget des Fachbereichs 37 bezahlt werden, für die Übernachtung jeder einzelne Feuerwehrmann und jede einzelne Feuerwehrfrau persönlich aufkommen soll. Wenn man das Ehrenamt wirklich schätzt, dann sollte es selbstverständlich sein, dass diese Kosten ebenfalls von der Stadt Braunschweig getragen werden.									Einmalig	
				0	+ 5.000	0	0	0	0	0	0	0	0		
			AFKO	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €	2025 Erträge	2025 Aufwendungen	2026 Erträge	2026 Aufwendungen	2027 Erträge	2027 Aufwendungen	2028 Erträge	2028 Aufwendungen	2029 Erträge	2029 Aufwendungen	Dauer	Anmerkungen
	Fachbereich 40 - Schule				**0**	**+ 1.730.500**	**0**	**+ 1.853.500**	**0**	**+ 1.853.500**	**0**	**+ 1.853.500**	**0**	**+ 1.853.500**		
180	1.21.2410.13 Schülerbeförderung	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	**Kostengünstiges Schülerticket** Das kostengünstige Schülerticket wird 2025 und 2026 unter Anpassung des Ticketpreises auf 20 Euro fortgeführt. In Kombination zur verbundweiten Schülermonatskarte hat sich in Braunschweig das kostengünstige Schülerticket bewährt. Das kostengünstige Schülerticket für das Stadtgebiet Braunschweig kostet seit seiner Einführung konstant 15 Euro. Angesichts der allgemeinen Preissteigerung und der allgemeinen Haushaltslage ist eine Preisanpassung auf 20 Euro erforderlich und angemessen. Für 20 Euro im Monat steht den Schüler*innen damit weiterhin ein sehr attraktives und kostengünstiges ÖPNV-Angebot zur Verfügung, und es erfolgt weiterhin eine Stärkung des ÖPNV; die Stärkung des ÖPNV ist eine der Maßnahmen im Handlungsfeld „Mobilität und Verkehr“ des integrierten Klimaschutzkonzepts IKSK 2.0 der Stadt Braunschweig. – Mit 20 Euro im Monat liegt der Preis des Schülertickets immer noch deutlich unter dem früheren Preis des Schülermonatstickets von ca. 50 Euro, und es stellt eine attraktive und kostengünstige Alternative zum verbundweiten Schülermonatsticket dar, das 30 Euro kostet. Darüber hinaus bleibt es bei den bisherigen Feststellungen, dass 1. das kostengünstige Schülerticket für das Stadtgebiet Braunschweig an das Fortbestehen des regionalen Schülertickets gebunden ist (siehe u. a. Drs. 20-13758, 24-23893) und dass 2. am Ziel festgehalten wird, eine Finanzierung der Schülertickets durch das Land Niedersachsen zu erreichen (vgl. Drs. 20-12645-02, 20-13758).	0	+ 1.677.000	0	+ 1.800.000	0	+ 1.800.000	0	+ 1.800.000	0	+ 1.800.000	Dauerhaft	
				Dafür:	*-*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*-*						
			FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*						
139	1.21.2410.13 Schülerbeförderung	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv	Die FRAKTION. BS	**Schülerticket weiter finanzieren** Um den jungen Menschen in Braunschweig weiterhin ein kostengünstiges Schüler:innen-Ticket anbieten zu können, beantragen wir, die notwendigen Haushaltsmittel für einen Vertragszeitraum über den 31. Januar 2025 hinaus einzustellen. Wir halten das landesweite Schüler*innen-Ticket für keinen ausreichenden Ersatz. Viele Schüler*innen benötigen kein landesweites Ticket, da sie überwiegend Braunschweig unterwegs sind und stärker von der deutlich günstigeren 15-Euro-Monatsfahrkarte profitieren. Ob das landesweite Ticket rechtzeitig kommt, ist ebenfalls noch unklar. Das kostengünstige Schüler:innen-Ticket wird von den Schüler:innen sehr gut angenommen und gilt auch für Auszubildende und Teilnehmende an Freiwilligendiensten (FSJ, FÖJ, BFD). Wir unterstützen damit die Forderung des Jugendparlaments Braunschweig, des Jugendring Braunschweig e.V. und des Stadtschülerrates Braunschweig. Seit 11 Jahren haben die Jugendlichen auf die Notwendigkeit eines kostenlosen oder zumindest kostengünstigen Schüler:innen-Tickets hingewiesen und diese Forderung mit vielfältigen Aktionen untermauert. Der Kompromiss war am Ende, die Kosten für eine Schüler*innen-Monatsfahrkarte in Braunschweig von über 50 Euro auf 15 Euro zu senken. Mit unserem Antrag wollen wir diese wichtige Errungenschaft erhalten.	0	+ 1.585.000	0	+ 1.585.000	0	+ 1.585.000	0	+ 1.585.000	0	+ 1.585.000	Dauerhaft	
			SchA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*3*	*Passieren lassen*						
			FPDA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*						

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
041	1.21.2430.11 Schulentwicklung und -organisation	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.	Bündnis 90/Die Grünen	**Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen** Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 21.03.2023 die Haushaltssatzung 2023 / 2024 beschlossen. Mit der Haushaltssatzung 2023 / 2024 wurde auch der Interfraktionelle Antrag zum Ergebnishaushalt FWE 179 von SPD, GRÜNEN und BIBS „Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen“ beschlossen. Der Antrag FWE 179 wurde damals von einem ebenfalls gemeinsamen Antrag derselben Fraktionen zum Stellenplan SP 190 begleitet. Das Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen sollte in den kommenden Jahren fortgesetzt und dauerhaft verstetigt werden. Unseres Wissens sind jedoch bislang für die Fortsetzung des Förderprojekts weder Mittel noch Personal in den Doppelhaushalt 2025 / 2026 eingeplant worden, daher sind erneute Anträge zum Ergebnishaushalt und zum Stellenplan nötig. Zur inhaltlichen Begründung des Förderprojekts heißt es in dem genannten Antrag FWE 179 zum Doppelhaushalt 2023 / 2024: „Dieser Antrag zu Sachmitteln ergänzt den Antrag zum Stellenplan mit dem Ziel, Fördeprojekte zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung von Braunschweiger Schüler*innen zu unterstützen. Die Sachmittel sollen u. a. dafür genutzt werden, das bestehende Angebot um neue Bildungsprojekte sinnvoll zu erweitern und auszubauen und setzen sich für 2024-2025 wie folgt zusammen: Sachkosten I: 10.000 € Sachkosten im Zusammenhang mit der beantragten Stelle Sachkosten II: 2.000 € für Seminardurchführung und Schulungsmaterial Honorare: 31.250 € für Dozent*innenhonorare Näheres ergibt sich aus dem ausführlichen, vorliegenden Konzept. (…) Die Anzahl politisch motivierter Straftaten rechtsextremer Täter*innen hat in Braunschweig in letzter Zeit zugenommen. Vor allem Jugendliche geraten in den Fokus rechter und populistischer Einflüsse, sodass es wichtig ist, ihre Resilienz gegenüber diesen Ideologien zu stärken. So wünschten sich laut der CTC-Befragung unter Braunschweiger Schüler*innen 4,1 % der Kinder und Jugendlichen, dass Deutschland von einem „Führer mit starker Hand“ regiert werden solle. Um sich gegen rechte Einflüsse und Gewalt zur Wehr setzen zu können, müssen ihnen Werkzeuge an die Hand gegeben werden, die sie bei der Entwicklung einer demokratischen Gegenpraxis unterstützen. Um möglichst viele Kinder und Jugendliche ansprechen zu können, sollen Präventionsangebote an Braunschweiger Schulen stattfinden. Dabei ist es wichtig, die Angebotsstruktur zu erfassen, an die Schulen zu kommunizieren und mit den Erfordernissen des schulischen Alltags in Einklang zu bringen, sodass möglichst viele Schulen an den Angeboten teilnehmen und somit möglichst viele Schüler*innen erreicht und in ihrer Resilienz gestärkt werden. Eben diesen Zweck soll die Koordinationsstelle durch das oben angeführte Aufgabenspektrum erfüllen. Die Abstimmung mit dem Regionalen Landesamt für Schule und Bildung Braunschweig ist vorzunehmen. Eine Vernetzung mit der vorhandenen Koordinationsstelle im Büro für Migrationsfragen wäre hier sicherlich eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen. Als Modellprojekt soll die Stelle nach zwei Jahren erstmals evaluiert werden.“											Dauerhaft	Siehe SP 134 Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766
				0	+ 43.300	0	+ 43.300	0	+ 43.300	0	+ 43.300	0	+ 43.300		
			SchA	*Dafür:*	*14*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
042	1.21.2430.11 Schulentwicklung und -organisation	Diverse Diverse	Die FRAKTION. BS	**Essensgeld an Schulen abschaffen, Druck auf Landesregierung erhöhen** In ihrem Koalitionsvertrag 2022 hatte die niedersächsische Landesregierung angekündigt, ein kostenloses, gesünderes und möglichst nachhaltiges Schul-Mittagessen anzustreben. Daraufhin hatte der Niedersächsische Städtetag ein Konzept zur Umsetzung gefordert. Zwei Jahre später muss festgestellt werden, dass weder ein Konzept geschweige denn eine Umsetzung erkennbar ist. Vielmehr erklärte die Kultusministerin sogar, dass für Preisgestaltung und Umsetzung die Schulträger - also die Kommunen - verantwortlich seinen. Das Versagen der Landesregierung und insbesondere der grünen Kultusministerin ist wirklich bitter. Damit das Essen nicht weiter vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist, sollte es in Braunschweig kostenlos angeboten werden. Gleichzeitig sollte die Stadt Braunschweig damit beginnen, Druck auf die Landesregierung auszuüben, damit diese ihre eigenen Versprechen erfüllt.											Dauerhaft	
				- 3.200.000	0	- 3.500.000	0	- 3.500.000	0	- 3.500.000	0	- 3.500.000	0		
			SchA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*14*	*Enthaltung:*	*2*	*Abgelehnt*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €	2025	2026	2027	2028	2029	Dauer	Anmerkungen
043	400-1010 Schulentwicklung und -organisation	Diverse Diverse	Bündnis 90/Die Grünen	**Mietfreiheit für Hey, Alter! e. V.** Der Verein „Hey, Alter! Alte Rechner für junge Leute“ kann das Torhaus Am Wendentor 2 in Braunschweig zukünftig mietfrei nutzen. Die Kaltmiete wird dem Verein auf dessen Wunsch dauerhaft erlassen, damit „Hey, Alter!“ seine Arbeit weiter fortsetzen kann. Der Verein „Hey, Alter!“ wurde 2020 in Braunschweig gegründet. Seitdem sammelt der Verein ausrangierte Rechner von Firmen, Institutionen und privat ein, bereitet diese auf und verteilt sie dann an Schüler*innen, die keinen eigenen haben. Allein in Braunschweig wurden so 3.000 alte Rechner an neue Nutzer*innen weitergegeben. „Hey, Alter!“ steht so vorbildhaft für digitale Teilhabe und Chancengleichheit sowie einen nachhaltigen Umgang mit technischen Ressourcen. Laut Verein sind die meisten Spenden allerdings zweckgebunden und für die Beschaffung von Hardware einzusetzen. Sonstige Spenden beliefen sich (2024) auf maximal 10.000 Euro, was noch nicht einmal ausreiche, um Miete und Nebenkosten zu bezahlen. „Hey, Alter!“ benötigt aber einen Standort, an dem die Aktiven sich treffen, arbeiten und Computer lagern können. Die von der Stadt Braunschweig angemietete Liegenschaft konnte bislang aus Spenden Dritter finanzieren werden, was aber zunehmend schwerer wird. Um die erfolgreiche und sinnvolle Arbeit fortsetzen zu können, bittet der Verein daher um Mietfreiheit im Torhaus Am Wendentor 2. Damit auch weiterhin in Braunschweig und Umgebung pro Jahr rund 1.000 Laptops an Schüler*innen verschenkt werden können - was eine erhebliche Wertschöpfung für sozialen Ausgleich darstellt, sollte diesem Wunsch entsprochen werden. Den finanziellen Gegenwert für den Erlass der Kaltmiete (netto etwas 10.000 Euro pro Jahr) schätzt der Verein auf mindestens 200.000 Euro pro Jahr.	0	+ 10.200	0	+ 10.200	0	+ 10.200	0	+ 10.200	0	+ 10.200	Dauerhaft	Bei Annahme des Antrages wird ein mietzinsfreier Änderungs-Mietvertrag zwischen dem Mieter und der Stadt abgeschlossen. Die entfallende Mietzahlung muss der Sonderrechnung Fachbereich 65 Gebäudemanagement und Referat 0650 Hochbau im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells aus dem Haushalt der Kernverwaltung erstattet werden.
			SchA	*Dafür:*	*14*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-			
	Kultur und Wissenschaft			**0**	**+ 153.100**	**0**	**+ 156.800**	**0**	**+ 162.129**	**0**	**+ 167.618**	**0**	**+ 173.270**		
044	1.25.2511.09 Kontinuitätsförderung Wissenschaft	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Arbeitskreis Andere Geschichte** Der Arbeitskreis Andere Geschichte ist seit Juli 2019 Träger der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße. Im Jahr 2024 hat sich der Beirat für die Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße und das Schill-Denkmal konstituiert (Drs. 24-23507). Mit der Trägerschaftsübernahme beschloss der Rat, für die Weiterentwicklung der Gedenkstättenarbeit und der Konzeption neuer Forschungsschwerpunkte, einen wissenschaftlichen Beirat einzurichten, der jährlich die Erinnerungsarbeit durch den Arbeitskreis evaluiert. Im Februar 2024 fand die konstituierende Sitzung statt. In dem von der Gedenkstättenleitung auf Basis der Empfehlungen des Beirats zusammengestellten Sachstands- und Planungsbericht wird darauf hingewiesen, dass trotz des großen haupt- und ehrenamtlichen Engagements die Nachfrage nach Vermittlungsangeboten nicht mehr zufriedenstellend gestemmt werden könne (Drs. 24-23507, Anlage 2). Dementsprechend hat der Arbeitskreis Andere Geschichte neben der Dynamisierung eine Erhöhung der städtischen Zuwendung zum Ausbau der Bildungs- und Vermittlungsarbeit beantragt. Bei einer errechneten Dynamisierung von 3,86 % für 2025 und (vorläufig) 3,71 % für 2026 gem. Drs. 21-17494 und 24-23943 kommen wir auf eine Erhöhung des im Haushaltsplanentwurf ausgewiesenen Ansatzes um 39.300€ für 2025 und um 43.900 € für 2026.	0	+ 39.300	0	+ 43.900	0	+ 45.529	0	+ 47.218	0	+ 48.970	Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,71 % entsprechend dem Antragstext berücksichtigt.
			AfKW	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt		Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
	Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
045	1.25.2511.09 Kontinuitätsförderung Wissenschaft	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Arbeitskreis Andere Geschichte** Der Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. hat im Juli 2024 einen Antrag auf Erhöhung der Kontinuitätsförderung für die Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße vorgelegt. Insgesamt hat der AK Andere Geschichte für das Jahr 2025 eine Erhöhung um rund 45.040 Euro beantragt und für das Jahr 2026 eine weitere Erhöhung um rund 4.830 Euro, also insgesamt 49.870 Euro (45.040 plus 4.830 Euro) - unter Einberechnung der Dynamisierung, die bereits im Haushaltsentwurf 2025 / 2026 verankert ist. (Ansatz für 2025 = 220.000 Euro, Ansatz für 2026 = 225.000 Euro). Begründet wird der erhöhte Zuschussbedarf a) mit den deutlichen Tariferhöhungen, die zu Mehrkosten für alle Mitarbeitenden im Jahr 2025 führen sowie mit den prognostizierten Tarifsteigerungen im Jahr 2026 und b) mit zusätzlichen Personalmitteln zur Schaffung einer weiteren halben Stelle (pädagogische Mitarbeiter*in für den Bereich Bildungsarbeit der Gedenkstätte.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 45.040	0	+ 49.870	0	+ 51.591	0	+ 53.370	0	+ 55.212		
			AFKW	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-	*Interfraktionelle Einigung auf Antrag A 044.*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-	*Interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 044.*			
046	1.25.2511.09 Kontinuitätsförderung Wissenschaft	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Erhöhung Bildungsarbeit Arbeitskreis Andere Geschichte e.V. , Schaffung einer zusätzlichen halben Stelle** Der zunehmende Rechtsruck wird von einer gestiegenen Nachfrage nach Angeboten der historisch-politischen Bildung begleitet. Im Ergebnis kann die Gedenkstätte Schillstraße die Nachfrage nach Führungen oder Workshops mit dem vorhandenen Personal schon heute nicht mehr decken. Daher ist es erforderlich, dass der AK Andere Geschicht eine zusätzliche halbe Stelle schafft, um diesen Bedarf zu decken.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 34.500	0	+ 35.200	0	+ 36.414	0	+ 37.671	0	+ 38.970		
			AFKW	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-	*Interfraktionelle Einigung auf Antrag A 044.*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-	*Interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 044.*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
047	1.25.2511.09 Kontinuitätsförderung Wissenschaft	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Arbeitskreis Andere Geschichte e.V.** Der Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. bringt Interessierte zusammen, die zur Braunschweiger Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert arbeiten. Der Verein ist außerdem Träger der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig-Schillstraße, welche der zentrale Erinnerungsort im Erinnerungskonzept der Stadt Braunschweig ist. Die Gedenkstätte leistet vor allem für Schüler*innen umfangreiche Vermittlungsarbeit zur NS-Geschichte in der Region und sensibilisiert damit für die Themen Intoleranz, Diskriminierung, Repression und Gewalt. In den nächsten beiden Jahren wird der Verein die Angebote der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße in seiner Trägerschaft weiterentwickeln, um ihre Attraktivität für Besucher*innen aus Stadt und Region kontinuierlich zu erhöhen. Der zunehmende Rechtsruck in unserer Gesellschaft geht einher mit einer steigenden Nachfrage nach historisch-politischen Bildungsangeboten. Davon unabhängig konnten die eigenen Angebote des Vereins bereits in den letzten beiden Jahren deutlich ausgeweitet und die Attraktivität der Gedenkstätte erhöht werden. Im Jahr 2023 konnten alleine ca. 2.500 Schüler*innen und weitere Jugendliche mit den Bildungsangeboten des Arbeitskreises Andere Geschichte erreicht werden; vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019 waren es noch ca. 640 Personen. Für 2025 sind Ausstellungen im Kontext der Jubiläen der Gedenkstätte und des Arbeitskreises geplant. Außerdem jährt sich im Jahr 2025 zum 80. Male die Befreiung vom Nationalsozialismus. Um das gestiegene Interesse an historisch-politischer Bildungsarbeit weiter durch pädagogisch fundierte Angebote bedienen zu können, wird eine Erhöhung der städtischen Förderung für eine zusätzliche halbe Stelle pädagogische Mitarbeiter*in benötigt.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 44.955	0	+ 44.789	0	+ 46.334	0	+ 47.933	0	+ 49.586		
			AfKW	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Interfraktionelle Einigung auf Antrag A 044.*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 044.*			
048	1.25.2522.09 Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**WRG-Studios e. V.** Der gemeinnützige Verein WRG Studios e. V. wurde 2021 von Braunschweiger Künstler*innen gegründet, die zuvor gemeinsam ein Atelierhaus saniert hatten. Zweck des Vereins ist die Förderung von Kunst und Kultur, insbesondere, aber nicht ausschließlich im westlichen Ringgebiet. Der Verein hat das Werkstattgebäude an der Frankfurter Straße in ein Atelierhaus umgewandelt und seit 2021 zahlreiche sehr innovative Veranstaltungen für die und mit der Kulturszene durchgeführt und etabliert. Formate sind Veranstaltungen wie Kunstausstellungen, Diskussionsrunden, Seminare, Vorträge, die Schaffung von Wer und Ausstellungsräumen und die Förderung von Vernetzung und Austausch. Dieses Engagement trägt dazu bei, den im Kulturentwicklungsprozess herausgearbeiteten Bedarf an Atelier- und Arbeitsmöglichkeiten für bildende Künstler*innen ein adäquates Angebot gegenüberzustellen und damit auch der Abwanderung von an der HBK ausgebildeten Künstler*innen entgegenzuwirken. Mit dem WRG SENSOR hat der Verein 2023 in einer leerstehenden Wohnung in der Jahnstraße einen Ausstellungsraum eingerichtet, in dem bereits zahlreiche Ausstellungen und Klangperformances stattgefunden haben und der für Sommerkinovorstellungen genutzt wurde. Für die Jahre 2025 bis 2027 beantragt der Verein eine Kontinuitätsförderung in Höhe von 20.000€ p. a., um Planungssicherheit zu erlangen. Der Verein erhielt in den vergangenen Jahren regelmäßig städtische Projektfördermittel in ungefähr der gleichen Höhe. Für 2026 wurde eine Dynamisierung i. H. v. 3,71 % angesetzt (vgl. Drs. 21-17494, 24-23943).										Dauerhaft	Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,71 % entsprechend dem Antragstext berücksichtigt.
				0	+ 20.000	0	+ 20.700	0	+ 21.500	0	+ 22.300	0	+ 23.100		
			AfKW	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
049	1.25.2522.09 Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Kontinuitätsförderung für WRG Studios e. V. ab 2025** Im Doppelhaushalt 2025 / 2026 (Teilhaushalt FB 41 Kultur und Wissenschaft) wird für WRG Studios e. V. eine Kontinuitätsförderung in Höhe von 20.000 Euro pro Jahr veranschlagt. Der junge Kunstverein WRG Studios hat zum Doppelhaushalt 2025 / 2026 erstmals eine Kontinuitätsförderung in Höhe von 20.000 Euro pro Jahr beantragt. Der WRG Studios e. V. wurde 2021 von Künstler:innen und Absolvent:innen der HBK Braunschweig gegründet. Die Projekte des jungen Kunstvereins - wie Open Studios, Filmfeste / Sommerkino und Performance Festivals - fördern den Austausch mit europäischen Künstler:innen. Der „WRG SENSOR" – ein Ausstellungsort in der Jahnstr. 8A - und die Gesprächsplattform „Gartengeräde" bereichern seit 3 Jahren die Kunstszene Braunschweigs. Regelmäßig bespielt der junge Kunstverein auch die Braunschweiger Innenstadt, u. a. die Glasfassade des ehem. Kaufhauses am Bohlweg oder mit Aktionen der ShiShi Bar. Der WRG Studios e. V. öffnet jährlich seine Ateliers für interessiertes Publikum. Bis 2023 strebt der junge Kunstverein den Aufbau eines Kunstzentrums mit Atelier-, Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Gastronomieflächen an. Mit der beantragten Kontinuitätsförderung möchte sich der WRG Studios e. V. professionalisieren und in der Umsetzung von wiederkehrenden Projekten und administrativen Aufgabenbereichen auf sichere Beine stellen. Die Kontinuitätsförderung soll dem jungen Kunstverein zudem erleichtern, weitere Förder:innen für seine Projektarbeit zu gewinnen (auf Landes-, Bundes- und Europaebene).											Dauerhaft	Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 20.000	0	+ 20.700	0	+ 21.500	0	+ 22.300	0	+ 23.100		
			AfKW	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Interfraktionelle Einigung auf Antrag A 048.*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 048.*			
050	1.25.2522.09 Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Kontinuitätsförderung Kunstverein WRG STUDIOS e. V.** Mit einer Kontinuitätsförderung möchte sich der WRG Studios e.V. professionalisieren und in der Umsetzung von wiederkehrenden Projekten und administrativen Aufgabenbereichen auf sichere Beine stellen. Besonderer Fokus liegt vor allem auf der Projektarbeit am „WRG SENSOR" und für das „Gartengeräde".											Dauerhaft	Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 20.000	0	+ 20.700	0	+ 21.500	0	+ 22.300	0	+ 23.100		
			AfKW	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Interfraktionelle Einigung auf Antrag A 048.*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 048.*			
SBR03	1.25.2522.09 Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	310 - Westliches Ringgebiet	**WRG Studios e. V.** Hiermit bitten wir die Verwaltung die WRG Studios e.V. mit einer Kontinuitätsförderung von je 20.000 € in den Jahren 2025 und 2026 zu unterstützen.										für 2 Jahre	
				0	+ 20.000	0	+ 20.000	0	0	0	0	0	0		
			AfKW	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Beschlussfassung entfällt durch Beschluss des Antrages A 048.*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 048.*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €	2025		2026		2027		2028		2029		Dauer	Anmerkungen
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
051	1.25.2522.09 Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**bskunst.de / Alternativer Kunstverein Braunschweig e. V.** Im Juni 2024 hat bskunst.de / Alternativer Kunstverein Braunschweig e. V. beantragt, die Kontinuitätsförderung für bskunst.de 2025 / 2026 auf insgesamt 18.600 Euro zu erhöhen. Für 2025 ergibt sich demzufolge eine Erhöhung um 8.900 Euro (Ansatz 2025 = 9.700€), für 2026 eine Erhöhung um 8.600 Euro (Ansatz 2026 = 10.000 €). Benötigt wird die Zuschusserhöhung laut bskunst.de u. a. aufgrund der erweiterten Vereinsarbeit bzw. wegen der finanziellen Mehrkosten bei dem Erfolgsprojekt #kunsttour.	0	+ 8.900	0	+ 8.600	0	+ 8.900	0	+ 9.300	0	+ 9.700	Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfKW	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Interfraktionelle Einigung auf Antrag A 052.*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 052.*			
052	1.25.2522.09 Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**bskunst.de Alternativer Kunstverein Braunschweig e. V.** Bskunst.de ist ein Kulturangebot des Alternativen Kunstvereins in Braunschweig und gestaltet seit 6 Jahren hochwertige Ausstellungen in der Stadt. Dabei wird auch Kulturschaffenden und Künstler*innen ein Raum geboten, die sich außerhalb der etablierten und bekannten Kunstszene bewegen - ein großer Mehrwert für Braunschweig! bskunst.de wünscht sich besonders bei ihrem erfolgreichen Großprojekt #kunsttour durch das Öffnen von privaten Räumen der teilnehmenden Kulturschaffenden, dass die mentalen Barrieren zur „Kunst“, die oft abgehoben wirkt, verringert oder ganz beseitigt werden. Das Anliegen des Vereins ist es, verbindende Impulse zu setzen, Menschen in Kontakt zu bringen und das Schöne und vielleicht auch Fremde an der Kunst näher zu den Besucher*innen zu bringen. Braunschweig besser kennenlernen, private Einblicke zu ermöglichen, das sind erwünschte Nebeneffekte des Kunstrundgangs. Ein Projekt mit großer Strahlkraft sind die Ausstellungen in leerstehenden Braunschweiger Immobilien, die die Schaufenster der Stadt wieder beleben! Insgesamt konnte der Verein in 8 Jahren über 130 Ausstellungen organisieren und damit mehr als 150 Kulturschaffende unterstützen. Zur besseren Planungssicherheit für Ehrenamtspauschalen, Deckung der Fixkosten und Honorarvergütungen benötigt der Verein eine Erhöhung der institutionellen Förderung. Diese wird bskunst.de künftig in großem Maße bei seiner erfolgreichen Kulturarbeit in Braunschweig unterstützen!	0	+ 8.900	0	+ 9.300	0	+ 9.700	0	+ 10.100	0	+ 10.500	Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfKW	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*						
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-						

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
053	1.25.2522.09 Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Internationales Filmfest Braunschweig** Mit großer Mehrheit hat der Rat dem Verein Internationales Filmfest Braunschweig e. V. am 20.02.2024 für 2024 eine erhöhte Zuwendung aus der Deckungsreserve gewährt. Diese Förderung sollte auch in den Folgejahren fortgesetzt werden. Der Ansatz unterliegt der Dynamisierung gem. Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Drs. 21-17494). Zum Hintergrund wird verwiesen auf die Drs. 24-23046.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 15.000	0	+ 17.000	0	+ 17.600	0	+ 18.300	0	+ 19.000		
			AfKW	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
110	1.25.2522.09 Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff. -** Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... Dem Verein Internationales Filmfest Braunschweig e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 06.12.2023 für 2024 eine um 13.000€ erhöhte Zuwendung (Produkt 1.25.2522.09) gewährt. ...]										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor - siehe Anlage 2.7.
				0	+ 14.600	0	+ 16.400	0	+ 17.000	0	+ 17.600	0	+ 18.300		
			AfKW	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Interfraktionelle Einigung auf Antrag A 053.*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 053.*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
054 NEU	1.25.2620.09 Kontinuitätsförderung Musik	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	**If a Bird e. V.** Der Verein If a Bird wurde im Jahr 2020 gegründet und ist als gemeinnützig anerkannt. Ziel des Vereins ist die Entdeckung und Förderung von musikalischen und künstlerischen Talenten, insbesondere von Kindern und Jugendlichen durch Musikprojekte. Die Mitglieder des Vereins haben bereits Bandprojekte und Workshops in der Region und auch international durchgeführt. Der Verein bietet jungen Menschen die Möglichkeit, durch Poesie, Musik, Sensibilisierungs- und Austauschprojekte ihre Erfahrungen, Wünsche, aber auch Probleme zu äußern und so zum Sprachrohr für ihre Communities und letztlich für ihre ganze Generation zu werden. Mehrere hundert Kinder und Jugendliche aus Braunschweig haben in den vergangenen Jahren aktiv an den Projekten und Schul-Workshops oder -AGs teilgenommen. Den Ratsgremien ist der Verein wohlbekannt durch seine Projektarbeit (Drs. 21-15680), seine Unterstützung bei den Workshops zum Jugendparlament (Drs. 23-20692-01), seine Mitarbeit am Konzept „Dritter Ort“ für das Haus der Musik (Drs. 23-22412) sowie durch seine Auszeichnung mit der Bürgermedaille der Stadt Braunschweig (Drs. 22-19579). Teile der bisher ausschließlich ehrenamtlichen Arbeit, wie die Organisation von Workshops, das Fundraising, das Projektmanagement, Social-Media-Management und die Buchhaltung, sollen zukünftig ausgelagert oder gegen Honorar wahrgenommen werden. Der Verein hat dazu bei der Stadtverwaltung einen Antrag auf Kontinuitätsförderung in Höhe von 52.200 Euro gestellt. Angesichts der Haushaltslage schlagen die antragstellenden Fraktionen vor, dem Antrag zu 50 % nachzukommen. Der Ansatz für 2026 ist regulär dynamisiert. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 054 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.	0	+ 26.100	0	+ 27.500	0	+ 28.500	0	+ 29.500	0	+ 30.600	Dauerhaft	Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 054 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
			FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Der Antrag FWE 054 NEU ersetzt den Antrag FWE 054.*			
054	1.25.2620.09 Kontinuitätsförderung Musik	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Kontinuitätsförderung für If a Bird e. V. ab 2025** Im Doppelhaushalt 2025 / 2026 (Teilhaushalt FB 41 Kultur und Wissenschaft) wird für If a Bird e. V. eine Kontinuitätsförderung in Höhe von 52.200 Euro pro Jahr veranschlagt. Der Verein If a Bird hat zum Doppelhaushalt 2025 / 2026 erstmals eine Kontinuitätsförderung in Höhe von 52.200 Euro pro Jahr beantragt. In dem Antrag von If a Bird heißt es u. a.: „Die Arbeit und die Aktivitäten des Vereins sind von Jahr zu Jahr angestiegen. Bisher wurde fast die gesamte Geschäftsführung, die Planung, die Organisations- und Kreativarbeit ehrenamtlich gemacht und ruhte auf den Schultern von 2 Menschen: Tiana Kruškić und Billy Ray Schlag. Das gelingt uns nicht mehr. Wir müssen einen Teil der Tätigkeiten wie die Leitung, das Projektmanagement und bestimmte Tätigkeiten bezahlen. Nur so können wir weiterhin die Arbeit des Vereins gewährleisten und ein nach wie vor hohes Mass an ehrenamtlichen Engagement garantieren. (…) Mehrere hundert Kinder und Jugendliche aus Braunschweig nahmen aktiv in den letzten drei Jahren an unseren Projekten und oder unseren Schul-Workshops/-AGs teil. Besonders benachteiligte Kinder, die sonst nicht so oft Gehör finden, fühlen sich bei uns sehr aufgehoben und verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit. (…) If a Bird stärkt Jugendliche durch zwei Säulen: Musik und Kultur einerseits und politisches Empowerment sowie Demokratieförderung andererseits. So war If a Bird mit all seinen Jugendlichen Mitinitatorin und -Begründerin des Braunschweiger Jugendparlaments. (…)“	0	+ 52.200	0	+ 54.100	0	+ 56.000	0	+ 58.000	0	+ 60.100	Dauerhaft	Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. Dieser Antrag wird ersetzt durch den Antrag FWE 054 NEU.
			AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Der Antrag FWE 054 ist ersetzt durch den Antrag FWE 054 NEU.*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
055	1.25.2620.09 Kontinuitätsförderung Musik	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Antrag zur Kontinuitätsförderung von If a Bird e.V.** Der Gleichstellungsverein und Bürgermedaillenträger If a Bird e.V. steht für kulturelle und demokratische Bildungsarbeit für benachteiligte Jugendliche aus Braunschweig und der Region. Mehrere hundert Kinder und Jugendliche aus Braunschweig nahmen aktiv in den letzten drei Jahren an den Projekten und Schul-Workshops/-AGs teil. Die Arbeit und die Aktivitäten des Vereins sind von Jahr zu Jahr angestiegen. Bisher wurde fast die gesamte Geschäftsführung, die Planung, die Organisations- und Kreativarbeit ehrenamtlich gemacht. Das gelingt dem Verein nicht mehr. Nur mit einem Zuschuss für ein Grundteam kann weiterhin die Arbeit des Vereins gewährleistet werden.										Dauerhaft	Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 52.200	0	+ 54.100	0	+ 56.000	0	+ 58.000	0	+ 60.100		
			AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*					
056	1.25.2620.09 Kontinuitätsförderung Musik	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**If a Bird e.V.** Der Gleichstellungsverein und Bürgermedaillenträger If a Bird e.V. steht für kulturelle und demokratische Bildungsarbeit, der benachteiligte Jugendliche aus Braunschweig und der Region empowert und ihnen Strategien in die Hand legt, sich kreativ und menschlich zu entfalten. Bisher wurde fast die gesamte Geschäftsführung, die Planung, die Organisations- und Kreativarbeit ehrenamtlich durchgeführt. In ihrer kulturpädagogischen Arbeit mit Jugendlichen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt sind durch z.B. Armut, Herkunft, sexuelle Orientierung oder Familienhintergründe, bieten If a Bird jungen Menschen die Möglichkeit, durch Poesie, Musik, Sensibilisierungs-, und Austauschprojekte ihre Erfahrungen, Wünsche aber auch Probleme zu äußern und so zum Sprachrohr für ihre Communities zu werden. Mehrere hundert Kinder und Jugendliche aus Braunschweig nahmen aktiv in den letzten drei Jahren an Projekten und oder Schul-Workshops/-AGs des Vereins teil. Besonders benachteiligte Kinder, die sonst nicht so oft Gehör finden, fühlen sich bei If a Bird sehr aufgehoben und bekommen hier die besondere Aufmerksamkeit, die sie verdienen. Aktuelles Projekt ist die Antidiskriminierungsstelle Fair.Spot von Jugendlichen für Jugendliche in Kooperation mit dem Jugendzentrum B58. Zweck ist, benachteiligten Jugendlichen eine Anlaufstelle zu ermöglichen, zu der sie sich trauen hinzugehen, weil sie dort auf Gleichaltrige treffen und ihre Diskriminierungserfahrungen angstfrei teilen können. Ein weiteres erfolgreiches Projekt ist die Talkshowreihe 'Wo kommst du eigentlich her?' Diese stellt Kontakt zwischen hiesigen Politiker*innen, Braunschweiger Persönlichkeiten und den Jugendlichen her, um auf Augenhöhe voneinander zu lernen. So auch, als If a Bird 2021 anlässlich der Oberbürgermeister*in-Wahl die Kandidat*innen in Braunschweigs größter Shishabar zu Fragen der postmigrantischen Jugend Braunschweigs interviewte. Der Verein beantragt erstmals eine städtische Förderung, um seine vielfältigen integrativen Projekte weiter aufrechterhalten zu können.										Einmalig	Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 52.200	0	+ 52.200	0	0	0	0	0	0		
			AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
151	1.25.2811.01 Sonstige Dienstleistungen sonst. Kulturp	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Kulturrat** Für die Unterstützung der Arbeit des Kulturrats werden im Budget des FB 41 Mittel in Höhe von 23.000€ für 2025 und dauerhaft 15.000 € ab 2026 bereitgestellt. Der Vorstand des Kulturrats hatte Ende Juli 2024 alle Fraktionen und Gruppen des Rates angeschrieben und um finanzielle Unterstützung gebeten (s. Anlage). Der Kulturrat der Stadt Braunschweig ist die Interessenvertretung der in Braunschweig im Kulturbereich aktiv tätigen kulturellen und künstlerischen Akteur:innen, Institutionen sowie Gruppen (§ 1 der Geschäftsordnung des Kulturrats). Seine Gründung zählt zu den aus den Ergebnissen des Braunschweiger Kulturentwicklungsprozesses abgeleiteten Kernmaßnahmen (Drs. 22-18910, Abschnitt IV). In der AfKW-Sitzung am 20.08.2024 hat der Vorstand des Kulturrats sein Anliegen noch einmal mündlich vorgetragen und ausgeführt, dass die Unterstützung des Kulturrats durch die Stadt Braunschweig nicht zulasten der Projektförderung erfolgen soll.									Dauerhaft	
				0	+ 23.000	0	+ 15.000	0	+ 15.000	0	+ 15.000	0	+ 15.000		
			AfKW	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
057	1.25.2811.09 Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpfl.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Kontinuitätsförderung für Spokuzzi e. V. / Zirkus Dobbelino ab 2025** Im Doppelhaushalt 2025 / 2026 (Teilhaushalt FB 41 Kultur und Wissenschaft) wird für Spokuzzi e. V. / Zirkus Dobbelino eine Kontinuitätsförderung in Höhe von 50.000 Euro pro Jahr veranschlagt. Der Verein Spokuzzi e. V. / Zirkus Dobbelino hat zum Doppelhaushalt 2025 / 2026 erstmals eine Kontinuitätsförderung in Höhe von rund 123.000 bzw. 80.000 Euro pro Jahr für das Zirkuspädagogische Zentrum und den Zirkusplatz in Braunschweig beantragt. In dem Antrag von Spokuzzi e. V. / Zirkus Dobbelino heißt es u. a.: „In den vergangen 18 Jahren ist es uns hierbei gelungen, ein einzigartiges Kunst- und Kulturprogramm zu entwickeln, das weit über die Stadtgrenzen Braunschweigs und über die Landesgrenzen Niedersachsens hinaus strahlt. Mit dem Zirkus Dobbelino und dem Zirkuspädagogischen Zentrum haben wir Orte geschaffen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, alternative Wege aufzuzeigen, um dem zunehmenden Bewegungsmangel sowie der Phantasie- und Kreativitätslosigkeit bei Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken. Über die künstlerische Nachwuchsförderung hinaus entwickeln wir eigene Kunstproduktionen, wie zum Beispiel unser jährlich neu erstelltes Wintervarieté, Straßenauftritte mit der Feuerwehr und viele weitere kleine Produktionen, die aufgeführt werden. (…) Mittlerweile betreiben wir sowohl mobile Spielstätten als auch einen fest installierten Kultur- und Veranstaltungsort in Braunschweig. Dieser Ort befindet sich noch im Aufbau, und ein endgültiger Standort für die beiden Zirkuszelte, die in Braunschweig verbleiben sollen, wird demnächst gefunden. Um diesen Kulturort bewirtschaften zu können, sind wir auf eine Kontinuitätsförderung angewiesen, da er inzwischen eine Größe erreicht hat, die sich nicht mehr rein ehrenamtlich und mit Mitgliedsbeiträgen betreiben lässt. (…) Seit der Eröffnung des Zirkusplatzes haben wir eine stetig wachsende Nachfrage nach all unseren Angeboten. Da wir ein gemeinnütziger Verein sind und nicht gewinnorientiert arbeiten, können wir die Nachfrage nicht decken, da wir alle hauptamtlich in anderen Berufen tätig sind. Wenn wir nun versuchen, die nachgefragten Projekte privatwirtschaftlich darzustellen, was wir ohne Förderung müssten, sind die Vereine, Schulen, Familien und freien Theatergruppen oft nicht in der Lage, diese Kosten zu tragen. Die Nachfrage ist aber da und wir würden gerne mehr AGs an Schulen anbieten oder auch freien Theatergruppen und jungen Künstlern eine Auftrittsmöglichkeit bieten." Dem Antrag zufolge hat der Verein Spokuzzi beim Verband der freien Darstellenden Künste in Niedersachsen (LAFT e. V.) bereits einen Antrag auf Spielstättenförderung in Höhe von 43.000 Euro gestellt. Sollte die beantragte Spielstättenförderung vom Land Niedersachsen in voller Höhe bewilligt werden, würde sich die beantragte Kontinuitätsförderung der Stadt Braunschweig auf 80.000 Euro reduzieren. Mit diesem Haushaltsantrag soll die Kontinuitätsförderung für den Verein Spokuzzi / Zirkus Dobbelino auf den Weg gebracht werden, die Startsumme soll dabei 50.000 Euro betragen.									Dauerhaft	Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 50.000	0	+ 51.800	0	+ 53.600	0	+ 55.500	0	+ 57.500		
			AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Zurückgezogen*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
181	1.25.2811.10 Projekt- u. Konz.-Förd. sonst. Kulturpf.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Komitee Braunschweiger Karneval gGmbh** Im Dezember 2023 hat der Rat einem interfraktionellen Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU zugestimmt und dem Komitee Braunschweiger Karneval für seine Aktivitäten eine um 10.900 Euro erhöhte Zuwendung gewährt (Drs. 23-22678). Der erhöhte Zuwendungsbedarf besteht seitdem unverändert fort. Erhöhte Sicherheitsauflagen und -vorkehrungen, allgemeine Preissteigerungen und hohe bis steigende Zuschauerzahlen bei den Karnevalsveranstaltungen, insbesondere dem Schoduvel, Norddeutschlands größtem Karnevalsumzug, erfordern eine Verstetigung des erhöhten Haushaltsansatzes für Karnevalsaktivitäten (vgl. Drs. 23-22678). Der oben genannte Ratsbeschluss vom Dezember 2023 bezog sich auf die Karnevalssession 2023/2024 mit Sessionseröffnung am 11.11.2023 und den wesentlichen Karnevalsaktivitäten (Prunksitzungen, Umzug, Sessionsabschluss) im Folgejahr Anfang 2024. Es ist daher ggf. noch zu klären, welcher Zuwendungsbedarf im laufenden Haushaltsjahr 2024 für die Session 2024/2025 besteht. Bereits für das kommunale Haushaltsjahr 2025 besteht nach Aussage des Komitees jedenfalls ein um 10.000 Euro erhöhter Zuwendungsbedarf, der im vorliegenden Antrag berücksichtigt und für 2026 dynamisiert wird.	0	+ 20.800	0	+ 23.400	0	+ 24.300	0	+ 25.200	0	+ 26.100	Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
			FPDA	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	*2*	*Angenommen*		*Die Anträge FWE 181 und FWE 159 NEU wurden gemeinsam abgestimmt.*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

	Teilhaushalt			Veränderungen in €											
Nr.	Produkt-Nr. Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029		Dauer	Anmerkungen
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
159 NEU	1.25.2811.10 Projekt- u. Konz.-Förd. sonst. Kulturpf.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	**Komitee Braunschweiger Karneval gGmbh** Die im ursprünglichen Antrag FWE 159 genannten Summen müssen aufgrund neuer Erkenntnisse zu den Finanzbedarfen des Komitee Braunschweiger Karneval angepasst werden. Diese begründet sich in den unterschiedlich betrachteten Zeiträumen eines Förderjahres. Dieser Antrag ersetzt daher den Antrag FWE 159. Die inhaltliche Begründung des Ursprungsantrages sei an dieser Stelle der Vollständigkeit halber noch einmal wiederholt: Unser Braunschweiger Schoduvel ist nicht nur der größte Karnevalsumzug Norddeutschlands, sondern auch beliebt bei Jung und Alt. Nach der coronabedingten Pause gab es in 2023 einen neuen Zuschauerrekord mit rund 300.000 Besuchern und auch in diesem Jahr säumten rund 250.000 Karnevalisten die Strecke. Dieser Erfolg bringt jedoch u.a. erhöhte Sicherheitsvorkehrungen und Auflagen mit sich, die allesamt mit zusätzlichen Kosten hinterlegt sind. Der Schoduvel ist also ein Opfer seines eigenen Erfolgs. Darüber hinaus konnte bereits mehrfach in der Zeitung nachgelesen werden, dass einerseits die Preise für Wurfmaterial gestiegen sind und es anderseits immer schwieriger wird, neue Sponsoren zu finden bzw. die alten Sponsoren zu binden. Doch auch die anderen Veranstaltungen des Komitee Braunschweiger Karneval bringen viel Freude in die eigentlich dunkle Jahreszeit zwischen dem 11.11. und Aschermittwoch. Zu nennen sind hierbei die Büttenabende der drei Braunschweiger Gesellschaften, das Biwak zur Prinzenproklamation und der Sessionsabschluss an Rosenmontag. Bereits für 2024 wurden die Mittel durch einen interfraktionellen Antrag von SPD, CDU und Grünen erhöht. Dieser Haushaltsansatz soll nun verstetigt werden. Unser Schoduvel ist bestes Stadtmarketing und sollte daher auch zukünftig bestmöglich unterstützt werden.									Dauerhaft	Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 159. Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 20.800	0	+ 23.400	0	+ 24.300	0	+ 25.200	0	+ 26.100		
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-				
			FPDA	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	*2*	*Angenommen*		*Die Anträge FWE 181 und FWE 159 NEU wurden gemeinsam abgestimmt. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 159.*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
159	1.25.2811.10 Projekt- u. Konz.-Förd. sonst. Kulturpf.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	**Komitee Braunschweiger Karneval gGmbh** Unser Braunschweiger Schoduvel ist nicht nur der größte Karnevalsumzug Norddeutschlands, sondern auch beliebt bei Jung und Alt. Nach der coronabedingten Pause gab es in 2023 einen neuen Zuschauerrekord mit rund 300.000 Besuchern und auch in diesem Jahr säumten rund 250.000 Karnevalisten die Strecke. Dieser Erfolg bringt jedoch u.a. erhöhte Sicherheitsvorkehrungen und Auflagen mit sich, die allesamt mit zusätzlichen Kosten hinterlegt sind. Der Schoduvel ist also ein Opfer seines eigenen Erfolgs. Darüber hinaus konnte bereits mehrfach in der Zeitung nachgelesen werden, dass einerseits die Preise für Wurfmaterial gestiegen sind und es anderseits immer schwieriger wird, neue Sponsoren zu finden bzw. die alten Sponsoren zu binden. Doch auch die anderen Veranstaltungen des Komitee Braunschweiger Karneval bringen viel Freude in die eigentlich dunkle Jahreszeit zwischen dem 11.11. und Aschermittwoch. Zu nennen sind hierbei die Büttenabende der drei Braunschweiger Gesellschaften, das Biwak zur Prinzenproklamation und der Sessionsabschluss an Rosenmontag. Bereits für 2024 wurden die Mittel durch einen interfraktionellen Antrag von SPD, CDU und Grünen erhöht. Dieser Haushaltsansatz soll nun verstetigt werden. Unser Schoduvel ist bestes Stadtmarketing und sollte daher auch zukünftig bestmöglich unterstützt werden.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. Dieser Antrag wird ersetzt durch den Antrag FWE 159 NEU.
				0	+ 10.800	0	+ 20.800	0	+ 21.600	0	+ 22.400	0	+ 23.200		
			AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Der Antrag FWE 159 ist ersetzt durch FWE 159 NEU*			
058	1.25.2811.10 Projekt- u. Konz.-Förd. sonst. Kulturpf.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Magnifest** Zur Förderung der kulturellen Anteile des Magnifestes wird eine dauerhafte Förderung in Höhe von 30.000€ p. a. aus dem TH Kultur und Wissenschaft gewährt. Der Ansatz unterliegt der Dynamisierung gem. Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Drs. 21-17494). Zum Hintergrund wird verwiesen auf die Drs. 24-23781 und 24-23867-01. Für die Jahre 2025 ff. soll dadurch die städtische Förderung frühzeitig sichergestellt sein, zugleich bedeutet dies eine Entlastung des Gesamtansatzes für Projektfördermittel (Wissenschaft, Literatur, bildende Kunst, Musik, Chorleiter und Förderung weiterer kultureller Projekte); vgl. Drs. 24-23867.										Dauerhaft	Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 30.000	0	+ 31.100	0	+ 32.200	0	+ 33.400	0	+ 34.600		
			AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	*4*	*Dagegen:*	*6*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Referat 0500 - Sozialreferat			**0**	**+ 40.800**	**0**	**+ 21.300**	**0**	**+ 21.800**	**0**	**+ 22.400**	**0**	**+ 23.000**		
061	1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.	SPD	**Handlungskonzept Kinderarmut** Für den Prozess der Überarbeitung des Handlungskonzepts Kinderarmut werden 20.000€ bereitgestellt. Der Rat hat am 18.12.2012 das Handlungskonzept Kinderarmut beschlossen. Dieser Ratsbeschluss verpflichtet die Stadt, bei ihrer weiteren Arbeit zur Bekämpfung von Kinderarmut und zur Linderung ihrer Folgen sich an diesen Handlungsplan zu halten und ihn zu verwirklichen. Die Stadtverwaltung erhielt den Auftrag, Schritt für Schritt Maßnahmen für die Kinder in Armut auf den Weg zu bringen. Der Ratsbeschluss und das Handlungskonzept sind inzwischen fast zwölf Jahre alt. Eine Überarbeitung des Handlungskonzepts ist daher angezeigt und sollte zeitnah auf den Weg gebracht werden.										Einmalig	
				0	+ 20.000	0	0	0	0	0	0	0	0		
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					*Bündnis 90/Die Grünen haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 20.000 EUR geändert. Die Anträge 061 und 062 wurden zusammengefasst abgestimmt*	
			AVI	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					*Bündnis 90/Die Grünen haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 20.000 EUR geändert. Die Anträge 061 und 062 wurden zusammengefasst abgestimmt*	
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					*Bündnis 90/Die Grünen haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 20.000 EUR geändert. Die Anträge 061 und 062 wurden zusammengefasst abgestimmt*	

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
062	1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.	Bündnis 90/Die Grünen	**Kinder- und Familienarmut / Handlungskonzept Kinderarmut** Das vom Rat der Stadt Braunschweig am 18.12.2012 beschlossen Kommunale Handlungskonzept Kinderarmut „Braunschweig für alle Kinder“ wird in einem moderierten Beteiligungsprozess überarbeitet. Im Haushalt 2025 / 2026 werden Mittel in Höhe von 30.000 Euro für die Moderation bzw. fachliche Begleitung des Beteiligungsprozesses bereitgestellt. Seit dem Jahr 2007 wird in Braunschweig an dem Thema Kinder- und Familienarmut gearbeitet. Akteure des Diskussionsprozesses sind: a) das Präventionsnetzwerk Kinderarmut. Das Präventionsnetzwerk tagt einmal im Jahr zu wichtigen und aktuellen Themen. b) der Beirat gegen Kinder- und Familienarmut. Der Beirat ist das Arbeitsgremium des Präventionsnetzwerks und trifft sich regelmäßig alle 4 bis 6 Wochen. Die Geschäftsführung des Beirates wird von der Stelle Koordination gegen Kinderarmut im Sozialreferat der Stadt (Koordinierungsstelle Kinderarmut) wahrgenommen. c) der Runde Tisch Politik und Beirat gegen Kinderarmut. Auf Einladung des Sprechertandems im Beirat kommen einmal im Jahr Vertreter*innen der Ratsfraktionen mit den Mitgliedern des Beirates zusammen. Darüber hinaus existiert mit dem Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche ein niedrigschwelliger Spendenfonds, der Hilfe- und Unterstützungsangebo für von Armut betroffene Kinder, Jugendliche und Familien ermöglicht. Seit dem Ratsbeschluss von 2012 zum Handlungskonzept Kinderarmut ist viel passiert, was die Situation im sozialen Bereich zusätzlich verschärft hat. Insbesondere die Jahre der Corona-Pandemie 2020 bis 2023 brachten für viele Familien in prekären Lebenslagen eine hohe Belastung mit sich. Das gilt auch fi den Anstieg der Inflation, die in den Jahren 2022 und 2023 ein Rekordniveau erreichte. Im Jahr 2017 gab es einen ersten Bericht über die Umsetzung des Kommunalen Handlungskonzepts Kinderarmut „Braunschweig für alle Kinder“. Neue Handlungsvorschläge, die über das Handlungskonzept Kinderarmut von 2012 hinausgehen, sind unseres Wissens in den vergangenen Jahren aber nicht erarbeitet worden. Vor diesem Hintergrund halten wir es für sinnvoll, das Handlungskonzept zu modifizieren, um neuen Entwicklungen und aktuellen Herausforderungen wirksam begegnen zu können. Um der positiven Beteiligungskultur in Braunschweig zu entsprechen, soll die Überarbeitung in einem moderierten Beteiligungsprozess erfolgen.	0	+ 20.000	0	0	0	0	0	0	0	0	Einmalig	
			AfSG	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Bündnis 90/Die Grünen haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 20.000 EUR geändert. Die Anträge 061 und 062 wurden zusammengefasst abgestimmt. Betrag wurde von 30.000 EUR auf 20.000 EUR geändert.*		
			AVI	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Bündnis 90/Die Grünen haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 20.000 EUR geändert. Die Anträge 061 und 062 wurden zusammengefasst abgestimmt*		
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Bündnis 90/Die Grünen haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 20.000 EUR geändert. Die Anträge 061 und 062 wurden zusammengefasst abgestimmt*		

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €	2025		2026		2027		2028		2029		Dauer	Anmerkungen
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
063	1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	427115 Planungskosten	Bündnis 90/Die Grünen	**Ausstattung des Sozialreferats mit Planungsmitteln und Mitteln für Aktivitäten** Dem Sozialreferat werden ab dem Haushaltsjahr 2025 jährlich 120.000 Euro für die Sozial- und Gesundheitsplanung und die Stelle „Vielfalt, Zuwanderung und Demokratie“ zur Verfügung gestellt, um ausreichende Mittel für die anstehenden Planungsaufgaben und deren Umsetzung zu haben. Dazu gehören u. a. die Integrationsplanung, aber auch die Umsetzung von Rats- und Haushaltsbeschlüssen wie dem im Juni 2024 beschlossenen Lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus. Das Sozialreferat ist zum 1. März 2024 neu strukturiert worden. Neben der wichtigen Aufgabe der Sozial- und Gesundheitsplanung wie der Altenhilfe oder der Quartiersentwicklung wurde auch eine Verwaltungseinheit (Stelle) „Vielfalt, Zuwanderung und Demokratie“ geschaffen, durch die u. a. auch die Integrationsplanung fortgeschrieben werden soll. Damit werden alle wichtigen Planungsbereiche im Sozialreferat und somit einer Organisationseinheit gebündelt. Dem Sozialreferat kommt eine wesentliche Bedeutung zu. Allerdings braucht es neben einer Personalausstattung auch Mittel für die Erstellung von Plänen und Mittel für erste Umsetzungsschritte. Es braucht Mittel für Beteiligung und Kommunikation. Diese Gelder sind im Haushaltsplanentwurf nicht berücksichtigt. Ein Beispiel dafür ist das vorgesehene Konzept zur Integrationsplanung, für das bereits 2022 von den beiden Mehrheitsfraktionen Haushaltsmittel in Höhe von 80.000 Euro im Doppelhaushalt 2023 / 2024 zur Verfügung gestellt wurden (siehe Antrag FWE 51), die bislang nicht verausgabt wurden und im Doppelhaushalt 2025 / 2026 nun nicht mehr verankert sind. Ein weiteres Beispiel ist der im Juni 2024 mit einstimmiger Ratsmehrheit (bei 3 Enthaltungen) beschlossene Lokale Aktionsplan gegen Rechtsextremismus (siehe Änderungsantrag 24-23646-01), für dessen Erstellung ausreichend Mittel für entsprechende Beteiligungsformate benötigt werden, die bislang jedoch im Haushaltsentwurf 2025 / 2026 nicht eingeplant sind.	0	+ 120.000	0	+ 120.000	0	+ 120.000	0	+ 120.000	0	+ 120.000	Dauerhaft	
			AfSG		*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*A 063 schieben auf den 20.11.24*			
			AfSG 20.11.2024		*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*					
			AVI		*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPDA		*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-						
059	1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Deutsches Rotes Kreuz Sprungbrett gGmbH - DRK Beratungsbüro Ukraine** Das "DRK Beratungsbüro Ukraine" übernimmt Beratungsleistungen und Unterstützung für Menschen aus der "Vienna-Unterkunft" und Ukrainerinnen und Ukrainern, die anderweitig Unterkunft im Stadtgebiet gefunden haben. Die Finanzierung erfolgt derzeit aus Mitteln des DRK. Diese können laut Mitteilung des DRK nicht weiter bereitgestellt werden. Um das Beratungsangebot finanziell abzusichern, soll eine anteilige Finanzierung durch die Stadt Braunschweig erfolge	0	+ 75.000	0	+ 77.600	0	+ 80.300	0	+ 83.100	0	+ 86.000	Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AVI		*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*		*BIBS haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 75.000 EUR geändert. Die Anträge 059 und 060 wurden zusammengefasst abgestimmt*			
			FPDA		*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
060	1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**DRK Beratungsbüro Ukraine** Die DRK Sprungbrett gGmbH betreibt seit August 2023 das „DRK- Beratungsbüro Ukraine“ und übernimmt damit Beratungsleistungen und Unterstützung für die Bewohner*innen aus der Vienna-Flüchtlingsunterkunft und derjenigen ukrainischen MitbürgerInnen, die bereits anderen Wohnraum in Braunschweig beziehen konnten. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine läuft seit über 2 Jahren und es ist völlig offen, wie lange er noch dauert. Diese Unsicherheit prägt auch das Leben der vielen ukrainischen Geflüchteten, die zahlreich in Braunschweig untergekommen sind. Nachdem zum 01.08.2023 der Betrieb des Vienna-Hotels einem anderen Anbieter übertragen wurde, nahm die Zahl der rat- und hilfesuchenden ukrainischen Flüchtlinge in der DRK Kaufbar deutlich zu. Zu den Aufgaben des Beratungsbüros gehören Unterstützung bei der Wohnungssuche, bei Ämter- und Behördengängen, Bankangelegenheiten, Verträgen, Mietangelegenheiten, Fragen in Gesundheitsthemen, sowie in Schule, Jobcenter, Arbeit oder Beruf. Ein wichtiger Baustein sind auch die Kooperation und der Austausch mit anderen regionalen und überregionalen Beratungsstellen und Behörden sowie die Unterstützung der Stadt Braunschweig mit vier Mitarbeiter*innen beim Dolmetscherkurs des Büros für Migrationsfragen/Sozialamt. Um dieses wichtige Beratungsangebot weiter aufrechterhalten zu können, wird eine Erhöhung der städtischen Förderung benötigt.	0	+ 20.400	0	+ 19.200	0	+ 19.900	0	+ 20.600	0	+ 21.400	Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AVI	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*		*BIBS haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 75.000 EUR geändert. Die Anträge 059 und 060 wurden zusammengefasst abgestimmt*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
084	1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Refugium / Flüchtlingshilfe** Der Refugium e. V. hat am 27.11.2023 bei der Stadt Braunschweig eine Erhöhung der Institutionellen Förderung auf 125.000 Euro für 2025 beantragt. Die Erhöhung des Grundzuschusses ergibt sich laut dem Verein durch die Kostensteigerungen und insbesondere durch die Tarifanpassungen. Im Haushaltsplan-Entwurf 2025 / 2026 ist der Zuschuss für den Refugium e. V. mit 111.200 Euro für 2025 und 113.700 Euro für 2026 zwar leicht, aber nicht auskömmlich dynamisert worden. Der Differenzbetrag zwischen Ansatz und Bedarf sollte daher zusätzlich bereitgestellt werden.	0	+ 13.800	0	+ 14.300	0	+ 14.800	0	+ 15.400	0	+ 16.000	Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AVI	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
085	1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Refugium e.V.** Der Verein Refugium Flüchtlingshilfe e.V. ist seit über 35 Jahren ein unabhängiger und qualifizierter Träger der Migrationsarbeit sowie der Flüchtlingssozialarbeit in der Region. Der Verein arbeitet daran, sozialen und ethnischen Minderheiten die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Aufgrund des großen Hilfebedarfs und der durch Kriege nach wie vor hohen Anzahl an Geflüchteten ist das Arbeitsaufkommen des Refugiums sehr hoch. Für die kommenden beiden Jahre steht der Verein vor großen Herausforderungen: Der Bedarf an hochqualifizierter Migrationsberatung ist durch zahlreiche Gesetzesänderungen weiter angestiegen. Viele Betroffene, aber auch Institutionen sind unsicher über die aktuellen Rechte und Pflichten für Menschen mit Fluchthintergrund. Ihnen kann das Refugium mit seiner langjähriger Erfahrung und gesammeltem Fachwissen beratend zur Seite stehen. Die Arbeit des Vereins ist nicht wegzudenken aus der Stadt und erfüllt zentrale gesamtgesellschaftliche Aufgaben.											Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 13.800	0	+ 11.300	0	+ 11.700	0	+ 12.200	0	+ 12.700		
			AVI	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Erledigt durch FWE 084.*			
162	1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	**Förderung POLDEH e.V. - Deutsch-Polnischer Hilfsverein** Der deutsch-polnische Hilfsverein POLDEH e.V. leistet wichtige Integrationsarbeit in Braunschweig und erhält dafür eine Landesförderung, die jedoch mit einem Eigenanteil in Höhe von 10 % verbunden ist. Dieser Eigenanteil entspricht den hiermit beantragten 7.000 Euro jährlich und konnte bisher nicht – wie ursprünglich durch den Verein geplant – durch Spenden, Mitgliedsbeiträge oder Ähnliches erwirtschaftet werden. Die Landesförderung muss jeweils bis spätestens zum 30. September eines Jahres beantragt werden und hat lediglich eine Laufzeit von 12 Monaten. So lange POLDEH die Landesförderung erhält, sollte der Eigenanteil von der Stadt Braunschweig getragen werden.											Dauerhaft	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
				0	+ 7.000	0	+ 7.000	0	+ 7.000	0	+ 7.000	0	+ 7.000		
			AVI	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*					
	Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit			**0**	**+ 650.555**	**0**	**+ 837.185**	**0**	**+ 835.100**	**0**	**+ 694.800**	**0**	**+ 718.200**		
064	1.31.3119.10 Verwalt. d. Soz.hilfe (o. Einr./Wohnen)	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv	Die FRAKTION. BS	**Mobil-Ticket kostenlos** Geringverdienende und Leistungsberechtigte können über den Braunschweig-Pass das vergünstigte Mobilticket erwerben. Als Ausgleich entrichtet die Stadt im Jahr 2025 237.100 Euro und ab 2026 137.100 Euro an die BSVG. Das Mobilticket kostet 17€/Monat mit und 25 €/Monat ohne Zeitbegrenzung. Unsere Fraktion schlägt vor, dass Armutsbetroffene künftig kostenlos Bus und Bahn fahren können und mit dem Braunschweig Pass ÖPNV-Tickets kostenlos erhalten. Dies ist nicht nur eine sozialpolitisch sinnvolle Investition, sondern trägt auch dazu bei, dass vorhandene alte und besonders umweltschädliche Autos abgeschafft werden. Der Wegfall der 17 bzw. 25 Euro müsste dann zusätzlich mit der BSVG verrechnet werden.											Dauerhaft	Siehe hierzu Ansatzveränderungen der Verwaltung - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor siehe Anlage 2.7.
				0	+ 200.000	0	+ 100.000	0	+ 100.000	0	+ 100.000	0	+ 100.000		
			AfSG	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

	Teilhaushalt			Veränderungen in €											
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029		Dauer	Anmerkungen
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
065	1.31.3151.10 Altentagesstätten	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.	SPD	**Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt – Präventive Hausbesuche** Das Angebot „Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt – Präventive Hausbesuche“ hat sich bewährt: Besucht werden Seniorinnen und Senioren, die in ihrem Haushalt leben. Die besuchten Personen fühlten sich fast ausnahmslos gut bis sehr gut durch das Projekt informiert. In fast 53 % der Fälle konnte den Senioren und Seniorinnen direkte Hilfe vermittelt oder Unterstützung auf den Weg gebracht werden. Die Projektförderung durch das Land Niedersachsen endete zum 31.12.2023 und wird nicht fortgesetzt. Der Bedarf für Präventionsberatung und Informationen bei den Seniorinnen und Senioren ist sehr groß und aufgrund des soziologisch-demografischen Wandels wird ein steigender Bedarf gesehen. Der Rat hat daher am 20.02.2024 bei drei Enthaltungen beschlossen, für 2024 aus der Deckungsreserve 58.000€ zur Fortführung des Angebots bereitzustellen (Drs. 24-23046). Für die Fortführung des Angebots in den Jahren 2025 und 2026 ist ein erneuter Beschluss erforderlich. Zur weiteren Begründung s. auch Drs. 24-23046.										Dauerhaft	Der Antrag wurde auch als Stellenplantrag bewertet. Siehe FWE 065, FWE 110, SP 135, SP 136 Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766
				0	+ 31.000	0	+ 31.000	0	+ 31.000	0	+ 31.000	0	+ 31.000		
			AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge 065 und 110 wurden zusammengefasst abgestimmt.*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 065 und FWE 110 wurden zusammengefasst abgestimmt.*			
110	1.31.3151.10 Altentagesstätten	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.	Bündnis 90/Die Grünen	**Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff. - Präventive Hausbesuche** Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: „1. Das Angebot „Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt – Präventive Hausbesuche“ wird 2024 fortgesetzt. Hierfür werden Mittel in Höhe von bis zu 58.000€ bereitgestellt. (…)										Dauerhaft	Der Antrag wurde auch als Stellenplantrag bewertet. Siehe FWE 065, FWE 110, SP 135, SP 136 Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766 - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor - siehe Anlage 2.7.
				0	+ 31.000	0	+ 31.000	0	+ 31.000	0	+ 31.000	0	+ 31.000		
			AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge 065 und 110 wurden zusammengefasst abgestimmt.*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 065 und FWE110 wurden zusammengefasst abgestimmt.*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
152	1.31.3151.20 Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Lange Aktiv Bleiben (LAB)** Für die Begegnungsstätte "LAB - lange aktiv bleiben" soll 2025 eine um 6000€ erhöhte Zuwendung gewährt werden, zudem soll die Begegnungsstätte in die Dynamisierung aufgenommen werden. Neben Bildungsangeboten für Senior*innen ist die LAB ein niedrigschwelliger Raum der Begegnung und des Austauschs. Der niedrigschwellige Zugang der Begegnungsstätte und die offenen Bürozeiten ermöglichen es, der Vereinsamung von Senior*innen entgegenzuwirken und durch Information und Beratung auf weiterführende Hilfen und Beratungsstellen hinzuweisen. Die LAB leistet so einen wichtigen Beitrag zur präveniven Seniorenarbeit im Quartier. Da Miet- und Personalkosten in den letzten Jahren deutlich angestiegen sind, ist eine Erhöhung des städtischen Zuschusses auf 25.000€ für 2025 angezeigt.									Dauerhaft	Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 6.000	0	+ 6.900	0	+ 7.200	0	+ 7.500	0	+ 7.800		
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
141	1.31.3151.20 Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Begegnungsstätte "LAB - Lange aktiv bleiben"** Die Begegnungsstätte "LAB - Lange aktiv bleiben" ist seit Anfang 2020 eine Einrichtung der gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Braunschweig mbH. Die Arbeit der LAB ist geprägt durch das Konzept der Selbstorganisation. Vor Ort organisiert sich die LAB durch ein ehrenamtliches Engagement, sowohl in Bezug auf die Leitung, den inhaltlichen Aufbau und die Struktur sowie die Büroorganisation und die Gremienarbeit. Seit Dezember 2021 unterstützt eine Sozialarbeiterin diese Arbeit mit wöchentlich 4 Stunden. Sie begleitet die ehrenamtliche Leitung der LAB konzeptionell und fungiert als Bindeglied zwischen dem Paritätischen Braunschweig und der Begegnungsstätte. Neben den Bildungsangeboten für Senior*innen ist die LAB ein niedrigschwelliger Raum der Begegnung und des Austauschs mit offenen Bürozeiten. Hierdurch wird ermöglicht, der Vereinsamung von Braunschweiger Senior*innen entgegen zu wirken und durch Information und Beratung auf weiterführende Hilfen und Beratungsstellen hinzuweisen. Auf diese Weise leistet die LAB einen wichtigen Teil der präventiven Arbeit mit Senior*innen im Quartier. Durch die hohen jährlichen Kosten für die Räumlichkeiten (Miete, Energiekosten) hat die LAB seit 2021 leider ein jährliches Defizit von zwischen 9.500 und 16.000 € zu verzeichnen. Um dieses auszugleichen, sollen die Beiträge der teilnehmenden Senior*innen angehoben werden. Um ältere Menschen mit einem geringen Einkommen aber nicht von der wertvollen Senor*innenarbeit auszuschließen, benötigt die LAB eine leichte Erhöhung der städtischen Förderung.									Dauerhaft	
				0	+ 6.000	0	+ 6.000	0	+ 6.000	0	+ 6.000	0	+ 6.000		
			AfSG	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Antrag 141 der BIBS hat sich erledigt, da A 152 angenommen wurde*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Antrag FWE 141 der BIBS hat sich erledigt, da FWE 152 angenommen*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt		Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
160	1.31.3151.20 Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	**Gerontopsychiatrische Beratungsstelle** Die Gerontopsychiatrische Beratungsstelle von ambet leistet hervorragende Arbeit und ist deshalb sehr stark nachgefragt. Die in den vergangenen Jahren stetig gestiegene Nachfrage übersteigt aber die bislang vorhandenen finanziellen Mittel bei Weitem, so dass sich der Verein an die Verwaltung sowie die Politik gewandt hat. Der Rat der Stadt Braunschweig hat sich in den zurückliegenden Jahren auf vielfältigste Weise mit dem Thema Demenz beschäftigt. Inzwischen sind rund 6.000 Personen in unserer Stadt erkrankt, betroffen sind aber immer auch Angehörige, Freunde, Pfleger und so weiter. Bei Demenz geht es momentan noch nicht um das Aufhalten der Krankheit, sondern immer nur um ein Verlangsamen. Mit dem von der CDU beantragten Dialogforum Demenz wurden zahlreiche neue Handlungsfelder erkannt. Eines davon ist die Förderung der Gerontopsychiatrischen Beratungsstelle. Bereits für 2024 wurden die Mittel durch einen politischen Antrag um 10.000 Euro erhöht. Dieser Haushaltsansatz soll nun verstetigt werden und den Betroffenen Braunschweigerinnen und Braunschweigern eine bessere Perspektive bieten.									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 27.300	0	+ 33.300	0	+ 34.500	0	+ 35.700	0	+ 37.000		
			AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Bündnis 90/Die Grünen haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 27.300 EUR geändert. Die Anträge 160 und 066 wurden zusammengefasst abgestimm. Stühmeier während der Abstimmung abwesend*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Antrag FWE 160 wurde gemeinsam mit Antrag FWE 066 abgestimmt*			
110	1.31.3151.20 Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff. -** Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... 4. Dem Verein Ambet – Ambulante Betreuung von hilfs- und pflegebedürftigen Menschen e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 08.11.2023 für di gerontopsychiatrische Beratungsstelle (Produkt 1.31.3151.20) für 2024 eine um 10.000€ erhöhte Zuwendung gewährt. ...]									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
				0	+ 12.400	0	+ 15.000	0	+ 15.600	0	+ 16.200	0	+ 16.800		
			AfSG	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Antrag 110 durch Bündnis 90/Die Grünen zurückgenommen*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Antrag 110 durch Bündnis 90/Die Grünen zurückgenommen*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
066	1.31.3151.20 Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Gerontopsychiatrische Beratungsstelle** Am 31.07.2024 hat der Verein Ambet - Ambulante Betreuung hilfs- und pflegebedürftiger Menschen e. V. für das Haushaltsjahr 2025 eine Förderung durch die Stadt BS in Höhe von 201.900 Euro beantragt, für das Haushaltsjahr 2026 in Höhe von 210.900 Euro. Begründet wird der gestiegene Zuschussbedarf mit einer verstärkten Nachfrage nach den Angeboten der Gerontopsychiatrischen Beratungsstelle, der seit vielen Jahren mit insgesamt 2 Vollzeitstellen im Bereich der Beratung sowie einer halben Personalstelle für die Verwaltung abgedeckt wird. Im Haushaltsplan-Entwurf stehen allerdings nur 173.700 Euro für 2025 und 177.600 Euro für 2026 zur Verfügung. Um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden, wird demzufolge eine Aufstockung des städtischen Zuschusses auf die beantragten Summen benötigt. Die oben angegebenen Summen ergeben sich, wenn man den vom Rat beschlossenen Nachtrag 2024 in Höhe von 10.000 Euro von dem von Ambet für die Beratungsstelle angegebenen Mehrbedarf für 2025 und 2026 abzieht. Der Abzug erfolgt mit Blick auf den eigenständigen Grünen Haushaltsantrag „Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff.“.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 27.300	0	+ 33.300	0	+ 34.500	0	+ 35.700	0	+ 37.000		
			AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Bündnis 90/Die Grünen haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 27.300 EUR geändert. Die Anträge 160 und 066 wurden zusammengefasst abgestimm. Stühmeier während der Abstimmung abwesend*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Antrag FWE 066 wurde gemeinsam mit Antrag FWE 160 abgestimmt*			
140 NEU	1.31.3151.20 Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	**Altenhilfe** Für Altenhilfemaßnahmen sollen 30.000 Euro für 2025 und 24.000 Euro für 2026 bereitgestellt werden, insbesondere für folgende Maßnahmen: • Anschaffung einer Software zur Bündelung der ehrenamtlichen Altenhilfe; • Planungsmittel für Umfrage "Leben im Alter in Braunschweig"; • Planungsmittel für Strategie gegen Einsamkeit; • Planungsmittel für Veranstaltung für Ehrenamtliche in der Altenpflege; • Einrichtung eines Info-Webportals. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 140 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.										2 Jahre	Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 140 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
				0	+ 30.000	0	+ 24.000	0	0	0	0	0	0		
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*2*	*Angenommen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 140*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
140	1.31.3151.20 Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Unterstützung des Ehrenamtes in der Altenhilfe und -pflege** Zur Unterstützung des Ehrenamtes in der Altenhilfe und -pflege werden jeweils 30.000 Euro für 2025 und 2026 an Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt. Die Mittel können für Maßnahmen zur Anerkennung des Ehrenamtes, zur Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeiten in der stationären, ambulanten und häuslichen Pflege sowie für präventive Maßnahmen in der Altenhilfe eingesetzt werden. Qualifizierungsmaßnahmen zur Unterstützung des Ehrenamtes, die nicht über andere Wege wie z. B. die Pflegekassen finanziert werden, können ebenfalls gefördert werden. Die Verwaltung macht dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit (AfSG) einen konkreten Vorschlag zur Verwendung der Mittel. Die Altenhilfe- und -pflege befindet sich in einer akuten Krise. Heime werden geschlossen oder bauen Plätze ab, quartiersnahe und präventive Altenhilfe befindet sich erst in den Anfängen. Umso wichtiger ist daher die Unterstützung und Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit in allen Bereichen. Dafür stehen jedoch bislang keinerlei Haushaltsmittel zur Verfügung. Auch den Pflegeheimen werden über den Pflegesatz kaum Gelder für das Ehrenamt zur Verfügung gestellt. Die beantragten 30.000 Euro pro Jahr sind ein erster Ansatz, um diesen wichtigen Bereich weiter auszubauen.										2 Jahre	Dieser Antrag wird ersetzt durch den Antrag FWE 140 NEU.
				0	+ 30.000	0	+ 30.000	0	0	0	0	0	0		
			AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*A 140 schieben auf den 20.11.24.*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Dieser Antrag wird ersetzt durch den Antrag FWE 140 NEU.*			
067	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Frauenhaus** Im Frauenhaus Braunschweig werden von Gewalt bedrohte Frauen entsprechend der Istanbul-Konvention aufgenommen. Die Plätze konnten durch Ratsbeschluss vom 09.04.2024 (Drs. 24-23373) auf 20 für das laufende Jahr aufgestockt werden. Um dieses Angebot auch für die Jahre 2025 ff. beibehalten zu können, ist eine (dauerhafte) Erhöhung der städtischen Zuwendung erforderlich. Die hiermit beantragten Erhöhungen für 2025 und 2026 entsprechen dem Antrag des Awo-Kreisverbands vom 14.06.2024. Zur weiteren Begründung wird auf Nr. 5 der Drs. 24-23373 verwiesen.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 135.000	0	+ 162.550	0	+ 168.200	0	+ 174.100	0	+ 180.200		
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Betrag in 2025 von 135.350 EUR auf 135.000 EUR geändert. Die Anträge 067, 068, 069 und 070 wurden auf 135.000 € harmonisiert und gemeinsam abgestimmt*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 067, FWE 068, FWE 069 und FWE 070 wurden auf 135.000 € harmonisiert und gemeinsam abgestimmt*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
110	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff.** Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... 5. Dem AWO-Kreisverband Braunschweig wird auf der Grundlage seines Antrags vom 18.03.2024 für das Frauenhaus Braunschweig (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 54.400 € erhöhte Zuwendung gewährt. ...]									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
				0	+ 60.600	0	+ 67.200	0	+ 69.600	0	+ 72.100	0	+ 74.600		
			AfSG	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Antrag 110 durch Bündnis 90/Die Grünen zurückgenommen*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
068	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Frauenhaus** Zum 1. August 2024 sind die Plätze für von Gewalt bedrohte Frauen im Frauenhaus Braunschweig mit Unterstützung durch die Stadt Braunschweig von 16 auf 20 aufgestockt worden. Der AWO-Kreisverband Braunschweig e. V. hat dafür zusätzlich zwei Wohnungen angemietet und weitere Personalkapazitäten geschaffen. Um die neu geschaffenen Plätze beibehalten zu können, bedarf es weiterhin der Unterstützung durch die Stadt Braunschweig, also von Verwaltung und Politik. Für das Jahr 2025 werden laut AWO-KV BS insgesamt rund 492.340 Euro für das Frauenhaus BS benötigt, für das Jahr 2026 insgesamt rund 527.540 Euro. Im Haushaltsplan-Entwurf stehen allerdings nur 357.050 Euro für 2025 und 364.950 Euro für 2026 zur Verfügung. Auch um der Istanbul-Konvention (dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) zu entsprechen, bedarf es zwingend einer Aufstockung des städtischen Zuschusses. Die oben angegebenen Summen ergeben sich, wenn man den vom Rat beschlossenen Nachtrag 2024 in Höhe von 54.400 Euro von dem vom AWO-KV BS angegebenen Mehrbedarf für 2025 und 2026 abzieht. Der Abzug erfolgt mit Blick auf den eigenständigen Grünen Haushaltsantrag „Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff.“.									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 135.000	0	+ 108.190	0	+ 112.000	0	+ 115.900	0	+ 119.900		
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge 067, 068, 069 und 070 wurden auf 135.000 € harmonisiert und gemeinsam abgestimmt*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 067, FWE 068, FWE 069 und FWE 070 wurden auf 135.000 € harmonisiert und gemeinsam abgestimmt*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt		Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
069	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Erhöhung der Zuwendung für das Frauenhaus** Seit dem 1. August 2024 konnte die Platzzahl im Frauenhaus auf 20 erhöht werden. Die AWO, als Trägerin des Frauenhauses, hat mitgeteilt, dass eine erhöhte Zuwendung zum dauerhaften Erhalt der Plätze erforderlich ist. Das unterstützt unsere Fraktion mit dem vorliegenden Antrag.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 135.000	0	+ 162.600	0	+ 168.300	0	+ 174.200	0	+ 180.300		
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge 067, 068, 069 und 070 wurden auf 135.000 € harmonisiert und gemeinsam abgestimmt*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 067, FWE 068, FWE 069 und FWE 070 wurden auf 135.000 € harmonisiert und gemeinsam abgestimmt*			
070	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Frauenhaus** Das Frauenhaus Braunschweig bietet Schutz und Hilfe für Frauen mit ihren Kindern, die von häuslicher Gewalt bedroht und /oder betroffen sind. Durch großes Engagement vieler Beteiligter konnten zum 1. August 2024 im Frauenhaus Braunschweig die Plätze für von Gewalt bedrohte Frauen auf 20 aufgestockt werden. Dafür wurden zusätzlich zwei Wohnungen angemietet und Personalkapazitäten geschaffen. Um über das Jahr 2024 hinaus diese Möglichkeiten beibehalten zu können, bedarf es einer erhöhten finanziellen Unterstützung durch die Stadt Braunschweig.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 135.000	0	+ 162.589	0	+ 168.200	0	+ 174.100	0	+ 180.200		
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge 067, 068, 069 und 070 wurden auf 135.000 € harmonisiert und gemeinsam abgestimmt*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 067, FWE 068, FWE 069 und FWE 070 wurden auf 135.000 € harmonisiert und gemeinsam abgestimmt*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
153	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Frauenberatungsstelle** Das Thema „digitale Gewalt" ist in der Beratungsstelle immer relevanter geworden, und die Beratung zu diesem Themenfeld ist immer weiter angestiegen. Bei Frauen, die mit dem Thema Gewalt zur Beratungsstelle kommen, spielt bei ca. 80 % das Thema „digitale Gewalt" eine große Rolle. Seit April 2024 konnte eine Mitarbeiterin gewonnen werden, die sich intensiv mit dem Thema befasst. Digitale Gewalt bezieht sich auf Gewalthandlungen, die sich technischer Hilfsmittel und digitaler Medien bedienen, und auf Gewalt, die im digitalen Raum stattfindet. Neben erhöhter Nachfrage nach Langzeitberatungen, durchschnittlich 25 Sitzungen pro Klientin, und Verweisungen an niedergelassene Psychotherapeuten und Kliniken musste eine Warteliste etabliert werden. Erforderlich sind Beratungen von Frauen bei Akutversorgung, Weiterbildung der Beraterinnen und die Ausweitung von Präventionsmaßnahmen.	0	+ 50.000	0	+ 53.700	0	+ 55.600	0	+ 57.600	0	+ 59.600	Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Bündnis 90/Die Grünen haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 50.000 EUR geändert.*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*en bloc Bündnis 90/Die Grünen haben ihren Antrag in Bezug auf die Höhe der Aufwendungen auf 50.000 EUR geändert.*			
110	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff.** Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... 8. Der Frauenberatungsstelle wird auf der Grundlage ihrer E-Mail vom 20.12.2023 an die Verwaltung und die Fraktionen für 2024 eine um 33.306 € erhöhte Zuwendung (Produkt 1.31.3157.10) gewährt. ...]	0	+ 50.000	0	+ 40.700	0	+ 42.200	0	+ 43.700	0	+ 45.300	Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge zur Frauenberatungsstelle wurden gemeinsam abgestimmt über eine Summe von 50.000 €.*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge zur Frauenberatungsstelle wurden gemeinsam abgestimmt über eine Summe von 50.000 €.*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

	Teilhaushalt			Veränderungen in €											
Nr.	Produkt-Nr. Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	2025 Erträge	2025 Aufwendungen	2026 Erträge	2026 Aufwendungen	2027 Erträge	2027 Aufwendungen	2028 Erträge	2028 Aufwendungen	2029 Erträge	2029 Aufwendungen	Dauer	Anmerkungen
071	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Erhöhung Zuwendung Frauenberatungsstelle** Neben der erhöhten Nachfrage nach Langzeitberatungen (durchschnittlich 25 Sitzungen pro Klientin) und stark angestiegenen Verweisungen an die Beratungsstelle durch niedergelassene Psychotherapiepraxen und Kliniken, musste mittlerweile eine Warteliste etabliert werden. Daneben fehlt es den Beraterinnen an Kapazitäten, um die erhöhte Nachfrage nach Beratung zum Thema „Digitale Gewalt“ zusätzlich zu bedienen. Die Situation soll durch die Schaffung einer weiteren Personalstelle verbessert werden. Dieser Ansatz wird mit dem vorliegenden Haushaltsantrag unterstützt.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 50.000	0	+ 53.700	0	+ 55.600	0	+ 57.600	0	+ 59.600		
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge zur Frauenberatungsstelle wurden gemeinsam abgestimmt über eine Summe von 50.000 €.*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge zur Frauenberatungsstelle wurden gemeinsam abgestimmt über eine Summe von 50.000 €.*			
142	1.31.3157.10 Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Frauenberatungsstelle** Seit über 40 Jahren ist die Frauenberatungsstelle Anlaufstelle für alle Anliegen von Frauen, besonders auch für von Gewalt betroffenen Frauen, deren Anteil fast jährlich steigt. Die Beratungsstelle bildet damit einen erheblichen Baustein hinsichtlich der Prävention und Beratung zum Thema häusliche Gewalt. In den letzten Jahren ist das Thema 'Digitale Gewalt' in der Beratungsstelle immer relevanter geworden, wie die gesteigerte Nachfrage nach Beratung zu dieser breiten Themenfeld zeigt. Bei ca. 80 % der Frauen, die mit dem Thema 'Gewalt' in die Frauenberatungsstelle kommen, spielt das Thema 'Digitale Gewalt' eine große Rolle. Für diesen Bereich konnte die Frauenberatungsstelle im April 2024 eine kompetente Mitarbeiterin einstellen. Hierzu hat der Rat im Februar 2024 eine außerplanmäßige Erhöhung in Höhe von 33.300€ für 2024 beschlossen (Ds. 24-23046). Da es sich um eine einmalige Erhöhung handelte, hat die Verwaltung im aktuellen Haushaltsplanentwurf diese Erhöhung nicht berücksichtigt. Es bedarf also für 2025 und 2026 eines weiteren Beschlusses durch die Politik. Um diese wichtige Beratung, besonders im Bereich 'Digitale Gewalt' dauerhaft und nachhaltig sicherstellen zu können, wird aufgrund der Erhöhung der Personalkosten eine geringfügig höhere städtische Förderung benötigt.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 50.000	0	+ 53.700	0	+ 55.600	0	+ 57.600	0	+ 59.600		
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge zur Frauenberatungsstelle wurden gemeinsam abgestimmt über eine Summe von 50.000 €.*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge zur Frauenberatungsstelle wurden gemeinsam abgestimmt über eine Summe von 50.000 €.*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €	2025 Erträge	2025 Aufwendungen	2026 Erträge	2026 Aufwendungen	2027 Erträge	2027 Aufwendungen	2028 Erträge	2028 Aufwendungen	2029 Erträge	2029 Aufwendungen	Dauer	Anmerkungen
072	1.31.3430.10 Betreuungsleistungen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Institut f. pers. Hilfen** Dem Betreuungsverein „Institut für persönliche Hilfen“ wird für zwei Jahre länger als bislang beschlossen eine erhöhte Zuwendung gewährt, da die Landesförderung noch nicht an die Gesetzesreform angepasst wurde. Auch für 2025 bis 2027 soll die städtische Förderung nachrangig zur Landesförderung erfolgen. Die (auskömmliche) Finanzierung der Betreuungsvereine in Niedersachsen ist nach der Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts zum Januar 2023 (BGBl. I 2021, S. 882) noch immer nicht geklärt oder gesichert. Vgl. etwa den Bericht des NDR vom 05.06.2024: „Betreuungsvereine warten seit mehr als einen Jahr auf finanzielle Sicherheit. Gut jeder dritte steht vor dem Aus“ (https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/Betreuungsvereine-in-Niedersachsen-fordern-Zukunftssicherheit,betreuungsvereine104.html). Wenn der Braunschweiger Betreuungsverein jedoch aus finanziellen Gründen seine Arbeit einstellen müsste, müsste die Stadtverwaltung das auffangen. Im Übrigen wird auf die ausführliche Begründung des Haushaltsantrags FWE 193 der SPD-Fraktion zum Doppelhaushalt 2023/2024 verwiesen (Drs. 23-20846, Anl. 4.1). Die hiermit beantragten Ansatzerhöhungen sind etwas niedriger, als von dem Verein beantragt. Sie entsprechen der von der SPD-Fraktion auf Grundlage der Drs. 21-17494, 23-21295 und 24-23943 errechneten Dynamisierung von 3,86 % für 2025 und (vorläufig) 3,71 % für 2026, die etwas höher sind als die Werte in den Mitteilungen der Verwaltung.	0	+ 4.500	0	+ 143.100	0	+ 143.100	0	0	0	0	für 3 Jahre	
			AfSG		*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*A 072 schieben auf den 20.11.24*			
			AfSG 20.11.2024		*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*					
			FPDA		*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
073	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**AWO Bezirksverband Braunschweig - Nachbarschaftsladen Heidberg** Seit 2011 ist der AWO-Bezirksverband Braunschweig Träger des integrativen Stadtteilprojekts Heidberg AKTIV. Darüber hinaus betreibt er seit 2018 auch den Nachbarschaftsladen Heidberg. Beide Projekte sind organisatorisch der AWO-Migrationsberatung zugeordnet. Um dieses Beratungspensum aufrechtzuerhalten benötigen die pädagogischen Mitarbeiterinnen auch in Zukunft Unterstützung von einer Verwaltungskraft. Der Rat hat daher am 20.02.2024 beschlossen, für 2024 eine um 13.000 € erhöhte Zuwendung zu gewähren (Drs. 24-23046). Auch für die Jahre 2025 ff. ist eine erhöhte Zuwendung erforderlich. Für 2026 wurde eine Dynamisierung i. H. v. 3,71 % angesetzt (vgl. Drs. 21-17494, 24-23943).	0	+ 40.000	0	+ 42.800	0	+ 44.300	0	+ 45.900	0	+ 47.500	Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfSG		*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Bündnis 90/Die Grünen und die BIBS haben ihre Anträge jeweils auf 40.000 € erhöht. Über die Anträge 073,110 und 143 wurde gemeinsam abgestimmt*			
			FPDA		*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Bündnis 90/Die Grünen und die BIBS haben ihre Anträge jeweils auf 40.000 € erhöht. Über die Anträge 073,110 und 143 wurde gemeinsam abgestimmt*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

	Teilhaushalt			Veränderungen in €											
Nr.	Produkt-Nr. Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029		Dauer	Anmerkungen
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
110	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff.** Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... 3. Dem Awo-Bezirksverband Braunschweig wird auf der Grundlage seines Antrags vom 29.08.2023 für den Betrieb des Nachbarschaftsladens Heidberg (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 37.200€ erhöhte Zuwendung gewährt. ...]									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
				0	+ 40.000	0	+ 42.100	0	+ 43.600	0	+ 45.200	0	+ 46.800		
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Bündnis 90/Die Grünen und die BIBS haben ihre Anträge jeweils auf 40.000 € erhöht. Über die Anträge 073,110 und 143 wurde gemeinsam abgestimmt*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Bündnis 90/Die Grünen und die BIBS haben ihre Anträge jeweils auf 40.000 € erhöht. Über die Anträge 073,110 und 143 wurde gemeinsam abgestimmt*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
143	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**AWO-Nachbarschaftsladen Heidberg** Seit Sommer 2018 betreibt der AWO-Bezirksverband Braunschweig e. V. den Nachbarschaftsladen Heidberg. Dieser ist organisatorisch der AWO-Migrationsberatung zugeordnet. Ziel dieser wichtigen Quartiersarbeit ist die Förderung des friedlichen Miteinanders aller Bewohnergruppen im Braunschweiger Stadtteil Heidberg. Hierbei hat der Verein gerade die Bedarfe der dort lebenden Senior*innen im Blick und sorgt mit seiner Angebotsstruktur mit für die Integration von Geflüchteten und dauerhaft im Heidberg lebender Migrant*innen. Immer stärker in Anspruch genommen wird das Angebot der Sozialberatung vor Ort. Seit Kriegsbeginn in der Ukraine und der Aufnahme von dortigen Geflüchteten ist die Zahl der Ratsuchenden und der Beratungsgespräche deutlich gestiegen. Diese Entwicklung wird sich in absehbarer Zeit nicht ändern. Um das Beratungspensum aufrechtzuerhalten, wird von den pädagogischen Mitarbeiterinnen auch zukünftig die Unterstützung durch eine Verwaltungskraft benötigt. Dadurch könnten sich die pädagogischen Mitarbeiterinnen auf ihre wichtige koordinierende, beratende, integrierende und aktivierende Arbeit sowie auf die Unterstützung der aus der Ukraine geflüchteten Frauen und Kinder konzentrieren. Durch einen Ratsbeschluss vom Februar 2024 (Ds. 24-23046) wurde dem AWO-Bezirksverband Braunschweig für den Betrieb des Nachbarschaftsladens Heidberg für 2024 eine um 37.200 € erhöhte Zuwendung gewährt. Da diese Erhöhung leider im aktuellen Haushaltsplanentwurf für 2025 und 2026 nicht berücksichtigt wurde, orientieren wir uns in unserem Antrag an den im Doppelhaushalt aufgeführten Zahlen.											Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 40.000	0	+ 36.000	0	+ 37.300	0	+ 38.600	0	+ 40.000		
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Bündnis 90/Die Grünen und die BIBS haben ihre Anträge jeweils auf 40.000 € erhöht. Über die Anträge 073,110 und 143 wurde gemeinsam abgestimmt*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Bündnis 90/Die Grünen und die BIBS haben ihre Anträge jeweils auf 40.000 € erhöht. Über die Anträge 073,110 und 143 wurde gemeinsam abgestimmt*			
074	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Cura e. V.** Die Anlaufstelle für Straffällige berät vorwiegend straffällige Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Braunschweig. Die Schwerpunkte des Beratungsangebots liegen in der Sicherstellung des Lebensunterhaltes, Wohnraumbeschaffung, Unterstützung bei der Arbeitssuche, Schuldnerberatung und Geldverwaltung (Verwahrgeldkonto). Die Verhinderung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen bewirkt insbesondere, dass Personen, die eine Haftstrafe hätten antreten müssen, nicht nur nicht inhaftiert werden, sondern auch ihre familiären Bezüge und ggf. ihren Arbeitsplatz aufrechterhalten. Der Rat hat am 09.04.2024 in öffentlicher Sitzung bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen beschlossen, dem Verein Cura für Straffälligenbetreuung und Bewährungshilfe für 2024 eine um 11.500€ erhöhte Zuwendung zu gewähren (Drs. 24-23373). Die für die Erhöhung vorgebrachten Gründe gelten auch für 2025 und 2026, sodass auch hier eine Ansatzerhöhung erfolgen muss. Zur weiteren Begründung siehe Drs. 24-23373, Nr. 3 des Sachverhalts. Für 2026 wurde eine Dynamisierung i. H. v. 3,71 % angesetzt (vgl. Drs. 21-17494, 24-23943). Die städtische Förderung erfolgt nachrangig zu der Landesförderug. Es ist sicherzustellen, dass keine Überfinanzierung von Cura e. V. stattfindet.											Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 12.000	0	+ 11.600	0	+ 12.100	0	+ 12.600	0	+ 13.100		
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die SPD hat A 074 auf 12.000 € erhöht. Der Antrag wurde zusammen mit A 110 abgestimmt.*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die SPD hat A 074 auf 12.000 € erhöht. Der Antrag wurde zusammen mit A 110 abgestimmt.*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
110	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff.** Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... Dem Verein Cura Braunschweig e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 12.01.2024 für die Anlaufstelle für Straffällige (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 11.500 € erhöhte Zuwendung gewährt. Die städtische Förderung erfolgt dabei nachrangig zu der Landesförderung. Es ist sicherzustellen, dass keine Überfinanzierung von Cura e. V. stattfindet....]									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
				0	+ 12.000	0	+ 12.600	0	+ 13.100	0	+ 13.600	0	+ 14.100		
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die SPD hat A 074 auf 12.000 € erhöht. Der Antrag wurde zusammen mit A 110 abgestimmt.*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die SPD hat A 074 auf 12.000 € erhöht. Der Antrag wurde zusammen mit A 110 abgestimmt.*			
154	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**DRK-Schuldnerberatung** Die Schuldnerberatungsstelle des DRK-Kreisverbandes Braunschweig-Salzgitter e. V. in der Münzstraße teilt sich in zwei Arbeitsbereiche auf. Zum einen wird Ratsuchenden im Rahmen der Eingliederungsleistungen nach dem SGB II geholfen. Der zweite Arbeitsbereich, die offene Schuldnerberatung, steht allen Braunschweiger Bürger *innen zur Verfügung. Um der gestiegenen Nachfrage gerecht zu werden und die Beratungskapazitäten bedarfsgerecht auszuweiten, ist eine Erhöhung der Personalkapazitäten bei der Schuldnerberatung um mindestens eine Teilzeitstelle erforderlich.									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 35.500	0	+ 36.800	0	+ 38.100	0	+ 39.500	0	+ 40.900		
			AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge 154, 075 und 076 wurden gemeinsam abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24*			
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 154, FWE 075 und FWE 076 wurden gemeinsam*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt		Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
075	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Ausweitung der Beratungskapazitäten in der Schuldnerberatungsstelle** Um dem erhöhten Anfragebedarf gerecht zu werden, bedarf es einer Erhöhung der Personalkapazitäten um mindestens eine Teilzeit-Stelle mit 19,5 Std./Woche Die Kosten dafür belaufen sich auf€ 35.500 Euro.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 35.500	0	+ 36.800	0	+ 38.100	0	+ 39.500	0	+ 40.900		
			AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge 154, 075 und 076 wurden gemeinsam abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24*			
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*				*hat sich erledigt, aufgrund des Antrags 154*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 154, FWE 075 und FWE 076 wurden gemeinsam*			
076	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**DRK Schuldnerberatung** Die Schuldnerberatungsstelle des DRK Kreisverbandes Braunschweig-Salzgitter e.V in der Münzstraße 16 in Braunschweig hat zwei unterschiedliche Arbeitsbereiche. Zum einen wird Ratsuchenden im Rahmen der Eingliederungsleistungen nach dem SGB II geholfen. Der zweite Arbeitsbereich, die „offene Schuldnerberatung", steht allen Braunschweiger Bürger*innen zur Verfügung. Der Beratungsprozess im offenen Zugang startet mit einer sogenannten „Kurzberatung", in der das Anliegen und der Beratungsbedarf der Ratsuchenden geklärt wird, dieses Beratungsformat dauert etwa 20 Minuten und es ist normalerweise möglich, innerhalb von zwei Wochen einen Termin zu bekommen. Um dem erhöhten Anfragebedarf an Beratungsleistungen gerecht zu werden, bedarf es einer Erhöhung der Personalkapazitäten um mindestens eine Teilzeit-Stelle mit 19,5 Std./Woche. Hierfür wird eine Erhöhung der städtischen Unterstützung benötigt.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 30.063	0	+ 24.563	0	+ 25.500	0	+ 26.400	0	+ 27.400		
			AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge 154, 075 und 076 wurden gemeinsam abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24*			
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*				*hat sich erledigt, aufgrund des Antrags 154*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 154, FWE 075 und FWE 076 wurden gemeinsam*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

	Teilhaushalt			Veränderungen in €											
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029		Dauer	Anmerkungen
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
077	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Förderung eines Nachbarschaftszentrums Am Schwarzen Berge e. V.** 2021 wurde die Initiative Quartier:Plus am Schwarzen Berg gegründet. Sie hat das Quartier:Haus aufgebaut und mit Mitteln der LAG Soziale Brennpunkte finanziert. Die Förderung „Gute Nachbarschaft" des Landes Niedersachsen läuft Ende 2024 aus. Nun gilt es, die aufgebauten Strukturen zu verstetigen. Durch niedrigschwellige, zielgruppenbezogene Maßnahmen und Angebote wird das Wohlbefinden der Bewohner:innen langfristig positiv beeinflusst und die Identifikation mit dem Stadtteil gesteigert. Die wenigen sozialräumlichen Strukturen im Stadtteil müssen unterstützt werden. In keinem Fall darf der Eindruck entstehen, dass der Schwarze Berg der "vergessene Stadtteil" ist. Diese wichtige Anlaufstelle muss erhalten bleiben, was nur mit Unterstützung der Stadt Braunschweig möglich ist. In der Vorschlagliste zur Priorisierung potenzieller Nachbarschaftszentren in Braunschweig ist das Quartier:HAUS Schwarzer Berg an fünfter Stelle mit der Einstufung "höchste Priorität" platziert. (Vorlage 22-19739). Die Begründung der Einstufung: - Stadtteil mit sehr geringer Dichte institutionalisierter Begegnungsmöglichkeiten - aktuelle Räumlichkeiten nicht ausreichend für ein nachhaltiges Nachbarschaftszentrum - im Anschluss an Projektphase ggf. Suche geeigneterer Räume - bis Ende 2024 über MU-Wettbewerb „Gute Nachbarschaft“ finanziert; nachhaltige Anschlussfinanzierung notwendig. Da hier deutlich wird, dass eine Finanzierung dringend notwendig ist, beantragen wir für den Doppelhaushalt 2025/26 eine Förderung der Stadt Braunschweig in Höhe von 109.000 Euro pro Jahr für das Quartier:HAUS am Schwarzen Berg.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 113.225	0	+ 117.200	0	+ 121.300	0	+ 125.500	0	+ 129.900		
			AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge 077, 078, SBR05, 079, 080, SBR06 und 083 wurden gemeinnsamt abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24*			
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*				Die Anträge 077, 078, SBR 05, 079, 080, SBR 06, 083 NEU, 083 wurden gemeinsam abgestimmt, Ergebnis ist bei Antrag 083 NEU zu finden, da dies der weitestgehende Antrag ist			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 077, FWE078, SBR 05, FWE 079, FWE 080, SBR 06, FWE 083 NEU, 083 wurden gemeinsam abgestimmt, Ergebnis ist bei Antrag 083 NEU zu finden, da dies der weitestgehende Antrag ist*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

	Teilhaushalt			Veränderungen in €													
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029		Dauer	Anmerkungen
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
078	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Quartierhaus PLUS** Im Frühjahr 2021 hat sich die Initiative Quartier:PLUS - Gemeinwesen, zivilgesellschaftlicher Zusammenschluss und integrierte Stadtentwicklung unter dem Dach des Bürgervereins 'Am Schwarzen Berge' gegründet, um das Quartier am Schwarzen Berg als 'immer vergessenes Viertel' im Norden Braunschweigs zu aktivieren. Gemeinsam mit den Anwohner*innen wurden seitdem Projekte wie 'Gute Nachbarschaft', 'Quartier:Garten', und 'Gesundheit im Quartier' umgesetzt. In diesen drei Jahren haben die Aktiven des Quartierhauses PLUS sich nachhaltig als Kümmer*innen um die Menschen vor Ort eingebracht und das Quartierhaus zu einer Anlaufstelle für Austausch, Begegnung und Solidarität werden lassen. Mit niedrigschwelligen, zielgruppenbezogenen Maßnahmen und Angeboten soll langfristig das Wohlbefinden der Anwohner*innen im Quartier verbessert werden. Mittlerweile hat sich das Quartierhaus als erste Anlaufstelle für neuhinzugezogene Anwohner*innen etabliert. Durch die Modellförderung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen konnten vor Ort erste Strukturen zur gemeinwohlorientierten Quartiersentwicklung aufgebaut werden. Um diese wertvollen Strukturen zu verstetigen, sollte dieses erfolgreiche zivilgesellschaftliche Engagement mit Hilfe der städtischen Förderung unbedingt weitergeführt werden.										Einmalig	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 113.225	0	+ 117.200	0	+ 121.300	0	+ 125.500	0	+ 129.900		
			AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge 077, 078, SBR05, 079, 080, SBR06 und 083 wurden gemeinnsamt abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24*			
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*				Die Anträge 077, 078, SBR 05, 079, 080, SBR 06, 083 NEU, 083 wurden gemeinsam abgestimmt, Ergebnis ist bei Antrag 083 NEU zu finden, da dies der weitestgehende Antrag ist			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 077, FWE078, SBR 05, FWE 079, FWE 080, SBR 06, FWE 083 NEU, 083 wurden gemeinsam abgestimmt, Ergebnis ist bei Antrag 083 NEU zu finden, da dies der weitestgehende Antrag ist*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

	Teilhaushalt			Veränderungen in €											
Nr.	**Produkt-Nr.**	**Sachkonto**	**Antragsteller Ausschuss**	**2025**		**2026**		**2027**		**2028**		**2029**		**Dauer**	**Anmerkungen**
	Produktbezeichnung	**Art des Ertrages/ Aufwands**		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
SBR05	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	330 - Nordstadt-Schunteraue	**Nachbarschaftszentrum am Schwarzen Berg** Der Stadtbezirksrat beantragt zum Doppelhaushalt 2025/2026 eine Förderung der Stadt Braunschweig in Höhe von 109.000 Euro pro Jahr für ein Nachbarschaftszentrum am Schwarzen Berg. Das im Konzept Nachbarschaftszentren vorgesehene Verfahren der Interessenbekundung ist analog der bestehenden Nachbarschaftszentren anzuwenden										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 113.225	0	+ 117.200	0	+ 121.300	0	+ 125.500	0	+ 129.900		
			AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge 077, 078, SBR05, 079, 080, SBR06 und 083 wurden gemeinnsamt abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24*			
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*				Die Anträge 077, 078, SBR 05, 079, 080, SBR 06, 083 NEU, 083 wurden gemeinsam abgestimmt, Ergebnis ist bei Antrag 083 NEU zu finden, da dies der weitestgehende Antrag ist			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 077, FWE078, SBR 05, FWE 079, FWE 080, SBR 06, FWE 083 NEU, 083 wurden gemeinsam abgestimmt, Ergebnis ist bei Antrag 083 NEU zu finden, da dies der weitestgehende Antrag ist*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

	Teilhaushalt			Veränderungen in €													
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029		Dauer	Anmerkungen
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
079	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Nachbarschaftszentrum SQUAT - Institutionelle Förderung** Refugium e.V. ist seit 38 Jahren ein angesehener, unabhängiger und qualifizierter Träger der Migrationsarbeit sowie der Flüchtlingssozialarbeit. Der Verein arbeitet daran, Geflüchteten die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, und ist so ein wichtiger Partner in der Braunschweiger Integrationspolitik. Für viele Menschen, Organisationen und kommunale Stellen ist der Verein zu einer wichtigen fachlichen Anlaufstelle geworden. Um insbesondere nach der Corona-Pandemie durch gezielte Maßnahmen das harmonische Zusammenleben im Stadtbezirk zu fördern, wurde durch das Refugium 2021 zusätzlich das Nachbarschaftszentrum SQUAT (Solidarisches Quartier stärkt Teilhabe) ins Leben gerufen. Hierfür konnten erfolgreich Fördermittel aus dem Programm "Gute Nachbarschaft" des NMU eingeworben und eine dreijährige Förderung vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2024 erreicht. Diese Förderung läuft nun aus. Bei SQUAT handelt es sich zum einen um ein klassiches Nachbarschaftszentrum, das einen offenen und niedrigschwelligen Treffpunkt für alle Bewohner*innen darstellt und mit anderen Initiativen, z. B. Foodsharing e.V., kooperiert. Weiterhin handelt es sich um einen Treffpunkt der Zivilgesellschaft, der von unterschiedlichsten Initiativen genutzt wird (Umweltkulturverein, Ernährungsrat, Seebrücke, feministisches Bündnis etc.). Kooperationen mit verschiedensten Institutionen wurden aufgebaut und gemeinsame Projekte durchgeführt (Reallabor der TU, HdK, Organic Beats Festival). SQUAT beteiligt sich an der Runde der Nachbarschaftsprojekte der Stadt und am Dialogforum Innenstadt. SQUAT dient als ein zentraler Treffpunkt im Stadtbezirk und bietet Raum für Begegnung und Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen. Die vielfältigen Angebote tragen aktiv zur Reduktion von Anonymität und Einsamkeit bei und fördern das Miteinander im Quartier, generationenübergreifend, interkulturell sowie unabhängig vom gesellschaftlichen Status. Durch die Verknüpfung der Migrationsberatung mit der Gemeinwesen-/Nachbarschaftsarbeit ergeben sich Synergieeffekte: Es wird auf eine inklusivere Gesellschaft hingearbeitet, in der Migrant*innen nicht nur Unterstützung in Anspruch nehmen, sondern aktiv zur Bereicherung des Gemeinwesens beitragen.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 113.225	0	+ 117.200	0	+ 121.300	0	+ 125.500	0	+ 129.900		
			AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge 077, 078, SBR05, 079, 080, SBR06 und 083 wurden gemeinnsamt abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24*			
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*				Die Anträge 077, 078, SBR 05, 079, 080, SBR 06, 083 NEU, 083 wurden gemeinsam abgestimmt, Ergebnis ist bei Antrag 083 NEU zu finden, da dies der weitestgehende Antrag ist			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 077, FWE078, SBR 05, FWE 079, FWE 080, SBR 06, FWE 083 NEU, 083 wurden gemeinsam abgestimmt, Ergebnis ist bei Antrag 083 NEU zu finden, da dies der weitestgehende Antrag ist*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
080	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Nachbarschaftszentrum 'Squat' des Refugium e.V.** Mit ihrem Gemeinwesen- und Nachbarschaftsprojekt 'Squat' (Solidarisches Quartier stärkt Teilhabe), dessen Einrichtung vom Rat beschlossen wurde, ist es dem Refugium gelungen, einen Ort zu schaffen, an dem für neuzugewanderte und alteingesessene Braunschweiger*innen ein Leben in Vielfalt möglich ist. Das 'Squat' fördert den interkulturellen Austausch und das gegenseitige Verständnis. Es unterstützt Menschen mit Migrationshintergrund bei ihrer erfolgreichen Integration und bereichert gleichzeitig das Gemeinwesen der Stadt um neue Perspektiven und den Abbau von Ausgrenzung und Isolierung. 'Squat' war und ist seit 2021 ein Treffpunkt für verschiedenste Akteure und Initiativen der Zivilgesellschaft wie den Ernährungsrat, die Seebrücke und das feministische Bündnis. Mehrere erfolgreiche Kooperationen im Stadtteil wurden durchgeführt, z.B. mit dem Reallabor am Hagenmarkt, dem Haus der Kulturen und dem Organic Beats Festival. Da das Landesförderprogramm 'Gute Nachbarschaft' Ende 2024 ausläuft, werden städtische Mittel dringend benötigt, um die wichtige Arbeit eines Begegnungszentrums der Hoffnung und aktiven Teilhabe für alle Menschen fortzusetzen.									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 113.225	0	+ 117.200	0	+ 121.300	0	+ 125.500	0	+ 129.900		
			AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge 077, 078, SBR05, 079, 080, SBR06 und 083 wurden gemeinnsamt abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24*			
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*				Die Anträge 077, 078, SBR 05, 079, 080, SBR 06, 083 NEU, 083 wurden gemeinsam abgestimmt, Ergebnis ist bei Antrag 083 NEU zu finden, da dies der weitestgehende Antrag ist			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 077, FWE078, SBR 05, FWE 079, FWE 080, SBR 06, FWE 083 NEU, 083 wurden gemeinsam abgestimmt, Ergebnis ist bei Antrag 083 NEU zu finden, da dies der weitestgehende Antrag ist*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt		Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
	Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
SBR06	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	130 - Mitte	**Institutionelle Förderung des Nachbarschaftszentrums SQUAT (Refugium e.V.)** Refugium e.V. ist seit 38 Jahren ein angesehener, unabhängiger und qualifizierter Träger der Migrationsarbeit sowie der Flüchtlingssozialarbeit. Der Verein arbeitet daran, Geflüchteten die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, und ist so ein wichtiger Partner in der Braunschweiger Integrationspolitik. Für viele Menschen, Organisationen und kommunale Stellen ist der Verein zu einer wichtigen fachlichen Anlaufstelle geworden. Um insbesondere nach der Corona-Pandemie durch gezielte Maßnahmen das harmonische Zusammenleben im Stadtbezirk zu fördern, wurde durch das Refugium 2021 zusätzlich das Nachbarschaftszentrum SQUAT (Solidarisches Quartier stärkt Teilhabe) ins Leben gerufen. Hierfür konnten erfolgreich Fördermittel aus dem Programm "Gute Nachbarschaft" des NMU eingeworben und eine dreijährige Förderung vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2024 erreicht. Diese Förderung läuft nun aus. Bei SQUAT handelt es sich zum einen um ein klassiches Nachbarschaftszentrum, das einen offenen und niedrigschwelligen Treffpunkt für alle Bewohner*innen darstellt und mit anderen Initiativen, z. B. Foodsharing e.V., kooperiert. Weiterhin handelt es sich um einen Treffpunkt der Zivilgesellschaft, der von unterschiedlichsten Initiativen genutzt wird (Umweltkulturverein, Ernährungsrat, Seebrücke, feministisches Bündnis etc.). Kooperationen mit verschiedensten Institutionen wurden aufgebaut und gemeinsame Projekte durchgeführt (Reallabor der TU, HdK, Organic Beats Festival). SQUAT beteiligt sich an der Runde der Nachbarschaftsprojekte der Stadt und am Dialogforum Innenstadt. SQUAT dient als ein zentraler Treffpunkt im Stadtbezirk und bietet Raum für Begegnung und Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen. Die vielfältigen Angebote tragen aktiv zur Reduktion von Anonymität und Einsamkeit bei und fördern das Miteinander im Quartier, generationenübergreifend, interkulturell sowie unabhängig vom gesellschaftlichen Status. Durch die Verknüpfung der Migrationsberatung mit der Gemeinwesen-/Nachbarschaftsarbeit ergeben sich Synergieeffekte: Es wird auf eine inklusivere Gesellschaft hingearbeitet, in der Migrant*innen nicht nur Unterstützung in Anspruch nehmen, sondern aktiv zur Bereicherung des Gemeinwesens beitragen.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 113.225	0	+ 117.200	0	+ 121.300	0	+ 125.500	0	+ 129.900		
			AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge 077, 078, SBR05, 079, 080, SBR06 und 083 wurden gemeinnsamt abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24*			
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*				Die Anträge 077, 078, SBR 05, 079, 080, SBR 06, 083 NEU, 083 wurden gemeinsam abgestimmt, Ergebnis ist bei Antrag 083 NEU zu finden, da dies der weitestgehende Antrag ist			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 077, FWE078, SBR 05, FWE 079, FWE 080, SBR 06, FWE 083 NEU, 083 wurden gemeinsam abgestimmt, Ergebnis ist bei Antrag 083 NEU zu finden, da dies der weitestgehende Antrag ist*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

	Teilhaushalt			Veränderungen in €											
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029		Dauer	Anmerkungen
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
083 NEU	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	**Einrichtung weiterer Nachbarschafts- und Quartierszentren** Mit Beschluss vom 27.09.2022 (Drs. 22-19319-01) hat der Rat der Einrichtung von zunächst vier Nachbarschaftszentren zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, entsprechende Interessenbekundungsverfahren durchzuführen. Für den weiteren Ausbau stehen aktuell keine Mittel im Haushalt. Für 2025 sollen zwei weitere Nachbarschaftszentren entsprechend der Prioritätenliste in die städtische Förderung aufgenommen werden. In Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung könnten für den Ausbau im Jahr 2026 ggf. Mittel aus der Flexibilisierungsreserve verwendet werden. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 083 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.									Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 083 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
				0	+ 226.450	0	+ 234.400	0	+ 242.500	0	+ 250.900	0	+ 259.600		
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge 077, 078, SBR 05, 079, 080, SBR 06, 083 NEU, 083 wurden gemeinsam abgestimmt, Ergebnis ist bei Antrag 083 NEU zu finden, da dies der weitestgehende Antrag ist*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 077, FWE078, SBR 05, FWE 079, FWE 080, SBR 06, FWE 083 NEU, 083 wurden gemeinsam abgestimmt, Ergebnis ist bei Antrag 083 NEU zu finden, da dies der weitestgehende Antrag ist*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

	Teilhaushalt			Veränderungen in €											
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029		Dauer	Anmerkungen
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
083	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Einrichtung weiterer Nachbarschafts- und Quartierszentren** 1. Das in den Jahren 2023 / 2024 begonnene Programm zur Einrichtung weiterer Nachbarschaftszentren wird fortgeführt. Dazu werden im Jahr 2025 und 2026 jeweils zwei zusätzliche Nachbarschaftszentren eingerichtet und in die städtische Förderung aufgenommen. 2. Übereinstimmend mit der von der Verwaltung dargestellten Prioritätenliste werden im Jahr 2025 die bereits existierenden Einrichtungen am Schwarzen Berg „Quartier:PLUS“ und des Refugiums „SQUAT“ in der Innenstadt weiter finanziert, deren Förderung durch das Land im Jahr 2025 ausläuft. 3. Die Entscheidungen für die beiden Einrichtungen im Jahr 2026 inklusive der eventuell nötigen investiven Maßnahmen und der Trägervergabe werden so vorbereitet, dass die jeweiligen Einrichtungen im Jahr 2026 auch eröffnen können. Die Prioritätenliste wird gegebenenfalls entsprechend der Realisierbarkeit korrigiert. 4. Über den Stand, die Umsetzung und die laufende Arbeit wird kontinuierlich im Ausschuss für Soziales und Gesundheit (AfSG) berichtet. Im Haushaltsjahr 2025 werden dafür rund 220.000 Euro benötigt, im Haushaltsjahr 2026 rund 440.000 Euro. Nachbarschaftszentren sind wichtige Anlaufpunkte in den Quartieren, um das Gemeinwesen und den sozialen Zusammenhalt dort zu stärken. Sie dienen als Kommunikationsorte und Treffpunkte. Hier können wichtige soziale Dienstleistungen wie Beratung und Information regelmäßig angeboten werden. Über die Nachbarschaftszentren können und sollen die Angebote im Quartier vernetzt werden. Sie sind Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement. Gerade in der heutigen Zeit sind Einrichtungen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts wichtige Pfeiler auch zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens. Schon in der letzten Ratsperiode wurden Grundsatzbeschlüsse zur Einrichtung von Nachbarschaftszentren gefasst. Erst mit dem Haushalt 2023 / 2024 wurden erste Haushaltsmittel zur Einrichtung von vier Nachbarschaftszentren bereitgestellt. Die Einrichtung „SQUAT“ des Refugiums und das „Quartier:PLUS“ am Schwarzen Berg sind schon aktiv und wurden bisher durch eine zeitlich befristete Anschubfinanzierung des Landes finanziert. Die Anträge zur Folgefinanzierung wurden definitiv abgelehnt, weil eine dauerhafte Unterstützung laut Auffassung des Landes Aufgabe der Kommune ist. Beide Einrichtungen müssten schließen, wenn keine Weiterfinanzierung durch die Kommune erfolgen würde.	0	+ 226.450	0	+ 468.800	0	+ 485.000	0	+ 501.800	0	+ 519.200	Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. Dieser Antrag wird ersetzt durch den Antrag FWE 083 NEU.
			AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Die Anträge 077, 078, SBR05, 079, 080, SBR06 und 083 wurden gemeinnsamt abgestimmt. Schieben auf den 20.11.24*			
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*				Die Anträge 077, 078, SBR 05, 079, 080, SBR 06, 083 NEU, 083 wurden gemeinsam abgestimmt, Ergebnis ist bei Antrag 083 NEU zu finden, da dies der weitestgehende Antrag ist			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Der Antrag FWE 083 ist ersetzt durch den Antrag FWE 083 Neu.*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
SBR12	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	111 - Hondelage-Volkmarode	**Haushaltsantrag: Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums** Der Stadtbezirksrat bittet den Rat der Stadt Braunschweig, die nötigen Finanzmittel in Höhe von geschätzt ca. 750.000€ für die die Planung und Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums im Stadtbezirk 111 zur Verfügung zu stellen. Dieses Nachbarschaftszentrum soll wie in anderen Stadtbezirken Braunschweigs jung und alt zur Verfügung stehen und damit Jugendzentrum, Familientreff und Seniorenbegegnungsstätte vereinen.										Dauerhaft	Die Kosten für die Errichtung sind im IP veranschlagt Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 113.225	0	+ 117.200	0	+ 121.300	0	+ 125.500	0	+ 129.900		
			AfSG	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
161	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	**Förderung des regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerkes** Der Hospizarbeit Braunschweig e.V. hatte sich im Herbst 2023 an die Ratsfraktionen gewandt, um auch in Braunschweig eine Netzwerkkoordinierungsstelle für eine regionale Hospiz- und Palliativnetzwerkstelle einzurichten. Denn seit dem 1. April des vergangenen Jahres gilt eine neue Förderrichtlinie, die vorsieht, dass die gesetzlichen Krankenkassen und Ersatzkassen die Netzwerkkoordination in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt mit bis zu 15.000€ pro Jahr fördern, sofern sich die Kommunen in gleicher Höhe beteiligen. In Braunschweig bestand seit mehreren Jahren der Runde Tisch Hospiz- und Palliativarbeit. Die Organisation ist in der Verantwortung der Hospizarbeit Braunschweig e.V., welche die nötigen personellen Ressourcen für den bestehenden Bedarf eines gut funktionierenden Netzwerkes mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit, Organisation von Fortbildungen etc. nicht leisten konnte. Die CDU-Fraktion hatte deshalb für die Ratssitzung am 19. Dezember des vergangenen Jahres den Antrag gestellt, dem Verein Hospizarbeit Braunschweig e.V einen Zuschuss in Höhe von 15.000 Euro für dieses Netzwerk zu gewähren (vgl. DS.-Nr. 23-22448). In ihrer Stellungnahme hat die Verwaltung zum einen dargestellt, dass sie das Vorhaben unterstützt und zum anderen für 2024 die entsprechenden Mittel bereitstellt. Für weitere Jahre müsste jedoch zusätzliches Geld bereitgestellt werden, mit dem vorliegenden Antrag soll dieses geschehen.										Dauerhaft	Eine Einplanung von Haushaltsmitteln wurde bereits zum Haushaltsentwurf 25/26 berücksichtigt.
				0	+ 15.400	0	+ 15.400	0	+ 15.400	0	+ 15.400	0	+ 15.400		
			AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*3*	*Angenommen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Zurückgezogen*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
110	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff.** Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... 4. Der Diakonie im Braunschweiger Land gGmbH wird auf der Grundlage ihres Antrags vom 31.01.2024 für den Diakonietreff im Madamenhof (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 20.000€ erhöhte Zuwendung gewährt....]	0	+ 21.300	0	+ 22.800	0	+ 23.600	0	+ 24.500	0	+ 25.400	Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
			AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*A 110 schieben auf den 20.11.24*			
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
081	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten - Stadtteilladen Madamenweg** Aufgrund von Lohnsteigerungen im Umfang von rund 14 % (von 2024 auf 2025) benötigt die Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten (DWB) für den Stadtteilladen am Madamenweg im Westlichen Ringgebiet für die kommenden Jahre eine erhöhte Bezuschussung durch die Stadt Braunschweig - für 2025 insgesamt rund 65.200 Euro, für 2026 insgesamt rund 66.950 Euro. Zum tariflichen Hintergrund der Diakonie in Niedersachsen: Es gilt der sog. TV DN. Der neue Abschluss läuft seit April 2024, hier gab es eine erste Steigerung um 5,5 %. Die nächste folgt im Februar 2025 mit 4,5 %. Darüber hinaus wurde für die Berufsgruppe Sozialarbeit in den Berufsfeldern Kinder- und Jugendhilfe, Wohnungslosen-, Eingliederungs- sowie Flüchtlingshilfe eine Zulage in Höhe von monatlich 180 Euro eingeführt. Im Stadtteilladen Madamenweg hat die DWB zudem langjährige Mitarbeitende, die mittlerweile nach der höchsten Entgeltstufe vergütet werden. Der Ansatz im Haushaltplan-Entwurf für den Stadtteilladen Madamenweg beträgt für 2025 = 54.800 Euro, für 2026 = 56.100 Euro. Mit diesem Antrag soll der bestehenden Deckungslücke für die genannte Einrichtung begegnet werden.	0	+ 10.400	0	+ 10.850	0	+ 11.300	0	+ 11.700	0	+ 12.200	Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*A 081 schieben auf den 20.11.24*			
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*	10	*Dagegen:*	0	*Enthaltung:*	0	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Zurückgezogen*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
082	1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten - Dauerausstellung Rosenstr. 76** Aufgrund von Lohnsteigerungen im Umfang von rund 14 % (von 2024 auf 2025) benötigt die Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten (DWB) für die Dauerausstellung Rosenstr. 76 für die kommenden Jahre eine erhöhte Bezuschussung durch die Stadt Braunschweig - für 2025 insgesamt rund 164.850 Euro, für 2026 insgesamt rund 168.730 Euro. Zum tariflichen Hintergrund der Diakonie in Niedersachsen: Es gilt der sog. TV DN. Der neue Abschluss läuft seit April 2024, hier gab es eine erste Steigerung um 5,5 %. Die nächste folgt im Februar 2025 mit 4,5 %. Darüber hinaus wurde für die Berufsgruppe Sozialarbeit in den Berufsfeldern Kinder- und Jugendhilfe, Wohnungslosen-, Eingliederungs- sowie Flüchtlingshilfe eine Zulage in Höhe von monatlich 180 Euro eingeführt. Der Ansatz im Haushaltplan-Entwurf für die Dauerausstellung Rosenstr. 76 beträgt für 2025 = 155.945 Euro, für 2026 = 159.445 Euro. Mit diesem Antrag soll der bestehenden Deckungslücke für die genannte Einrichtung begegnet werden.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 8.905	0	+ 9.285	0	+ 9.700	0	+ 10.100	0	+ 10.500		
			AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*A 082 schieben auf den 20.11.24*			
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*	7	*Dagegen:*	2	*Enthaltung:*	1	*Angenommen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-				
110	1.31.3517.20 Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff.** Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... Dem Verein Frauen BUNT e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 30.11.2023 für 2024 eine um 9.900€ erhöhte Zuwendung (Produkt 1.31.3517.20) gewährt. ...]										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
				0	+ 11.000	0	+ 12.300	0	+ 12.800	0	+ 13.300	0	+ 13.800		
			AVI	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*	*3*	*Dagegen:*	*6*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €	2025		2026		2027		2028		2029		Dauer	Anmerkungen
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
177	1.31.3517.20 Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Frauen BUNT e. V.** Der Verein Frauen Bunt e.V. setzt sich für ein freies und selbstbestimmtes Leben von Frauen besonders mit Flucht- und Migrationsgeschichte ein und will die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, ein internationales Weltbild und das inter- und transkulturelle Zusammenleben fördern. Hierzu bietet Frauen BUNT diverse Projekte wie zum Beispiel Sprachförderung, Theaterperformances, Müttergruppen und Malateliers an. Für sein herausragendes zivilgesellschaftliches Engagement wurde stellvertretend für den Verein dessen Vorsitzende Imrie Shashivari, Anfang dieses Jahres die Bürgermedaille verliehen. Mit Hilfe der im Haushalt 2023/2024 bewilligten zwei halben Stellen (Verwaltung und pädagogische Mitarbeiterin) konnten in diesem Jahr neue Projekte und Aktivitäten gestartet werden, so das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Programm 'Migrantinnen einfach stark im Alltag'. Außerdem konnte das Projekt 'GeT AKTIV - Geflüchtete für Teilhabe in der Politik und Gesellschaft aktivieren' neu gestartet werden. Um dieses für die Unterstützung und Integration von Frauen mit Migrationsgeschichte wertvolle Engagement fortzuführen, benötigt der Verein eine Erhöhung de institutionellen Förderung.	0	+ 18.895	0	+ 21.682	0	0	0	0	0	0	2 Jahre	
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*	*3*	*Dagegen:*	*6*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
144	1.31.3517.20 Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Welcome House** Seit 2017 erhält das vom anerkannt gemeinnützigen Verein TRIVT e.V. (Toleranz, Respekt und interkulturelle Vielfalt) betreute Welcome House finanzielle Unterstützung von der Stadt. Seitdem bringt das Welcome House durch Begegnungsangebote Geflüchtete mit alteingesessenen Bewohnern in Kralenriede zusammen und versucht, mögliche Ängste, Hemmungen und Vorurteile abzubauen und damit zu einem stärkeren Zusammenhalt vor Ort beizutragen. Zu den Angeboten gehören unter anderem das Nachbarschafts-Café, ein Englisch-Treff 'Tea & Talk', Kreativtreffs zum Basteln und Malen, gemeinsames Essen, Kochen, Grillen und Backen sowie die Möglichkeit zu musikalischen 'Jamsessions'. Eines der Hauptgebote ist die Fahrradwerkstatt, in der Fahrräder gespendet, ausgeliehen oder zum Reparieren vorbeigebracht werden können. Unter Anleitung eines ehrenamtlich arbeitenden interkulturellen Teams werden die Räder hier wieder 'fahrtüchtig' gemacht. Des Weiteren gibt es ein umfangreiches Angebot für Geflüchtete. In Einzelgesprächen können dringende Fragen in Bezug auf das Asylverfahren, die Alltagssorgen, gesundheitliche und finanzielle Themen sowie Orientierungsfragen in Braunschweig erörtert werden. Für die Geflüchteten wird ein Überweisungs- und Kopierservice angeboten und es werden Informationen zu Versorgungsmöglichkeiten, Deutschkursen, Veranstaltungen und Freizeitangeboten in Braunschweig zur Verfügung gestellt. Für einer tiefergehende Beratung oder Unterstützung wird außerdem eine Weitervermittlung an Fachberatungsstellen angeboten. Da sozialer Zusammenhalt und Integration auch in Braunschweig besonders wichtig sind, bittet der Verein um eine moderate Erhöhung der städtischen Kontinuitätsförderung, um dieses für die Stadtgesellschaft so wichtige ehrenamtliche Engagement weiterführen zu können.	0	+ 2.600	0	+ 3.900	0	+ 4.100	0	+ 4.300	0	+ 4.500	Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			AVI	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
145	1.41.4120.10 Betreuung von psychisch Kranken	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Drogenberatungsstelle** Die Jugend- und Drogenberatung DROBS leistet unter der Trägerschaft des Paritätischen Braunschweig seit beinahe 50 Jahren eine wertvolle Arbeit in unserer Stadt. Zu allen Fragen rund um die Themen Sucht und Abhängigkeit werden für Betroffene sowie deren Eltern, Partner*innen und Freund*innen Beratung und Prävention angeboten. Das Beratungsangebot umfasst außerdem den Bereich Glücksspielsucht. Zur unverbindlichen Information kann das sogenannte Cafè Relax genutzt werden. Durch zunehmend deutlich steigende Ausgaben im Personal- und Sachkostenbereich benötigt die Drogenberatungsstelle eine moderate Erhöhung der städtischen Förderung.										Einmalig	
				0	+ 32.155	0	+ 24.855	0	0	0	0	0	0		
			AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*	1	*Dagegen:*	9	*Enthaltung:*	0	*Abgelehnt*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
086	1.41.4140.50 Gesundheitsförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Verein für sexuelle Emanzipation e. V.** Dank einer 5-jährigen Förderung von Aktion Mensch konnte der VSE 2023 eine Trans*-Beratungsstelle mit einer professionellen Beraterin und eigenen Beratungsräumen eröffnen. In der Beratungsstelle in der Jasperallee finden Beratungen statt, Veranstaltungen (z. B. Fortbildung zur transitionsbegleitenden Psychotherapie), Gruppentreffen und Supervision des Onkel-Emma-Beratungsteams. Hervorzuheben ist die Zusammenarbeit mit anderen Beratungsstellen und Organisationen in Braunschweig. Trans* ist immer noch mit viel Scham und Unsicherheit behaftet. In der Regel dauern Beratungsgespräche 60 bis 90 Minuten. Ziel des Projekts ist die Förderung der Lebensqualität von trans* Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 27 Jahre. Die Stelle der hauptamtlichen Kraft mit einer Arbeitszeit von 30 Stunden pro Woche beinhaltet neben der Beratungstätigkeit die Projektleitung für den Aufbau einer Trans*Beratungsstelle. In der Projektförderung von Aktion Mensch sind bestimmte Kosten nicht förderfähig, z. B. Energiekosten, Reinigung, Büromaterial, Versicherungen, Steuerberatung und Lohnbuchhaltung. Diese Kosten sind aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung höher als geplant und können nicht weiter durch Eigenmit des VSE gedeckt werden, sodass für 2025 bis 2027 eine jährliche Finanzierungslücke von ca. 20.000€ besteht.										für 3 Jahre	
				0	+ 20.000	0	+ 20.000	0	+ 20.000	0	0	0	0		
			AVI	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
087	1.41.4140.50 Gesundheitsförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Förderung Trans*Beratungsstelle tra*BS** Dank einer 5-jährigen Förderung von Aktion Mensch konnte der VSE e.V. 2023 eine Trans*-Beratungsstelle mit einer professionellen Beraterin (75%) und eigenen Beratungsräumen eröffnen. Diese Einrichtung ist einmalig in Niedersachsen. In der Projektförderung von Aktion Mensch sind bestimmte Kosten nicht förderfähig, u.a. Energiekosten, Reinigung, Büromaterial, Versicherungen, Gebühren (GEZ), Steuerberatung und Lohnbuchhaltung etc. Diese nicht förderfähigen Kosten und die geplanten Eigenmittel für das Projekt werden zurzeit aus dem Vereinsvermögen des VSE gedeckt. Wegen der allgemeinen Preisentwicklung sind die genannten Projektkosten höher als geplant. Gleichzeitig ist der Vereinshaushalt an sich unter erheblichen Kostendruck durch die allgemeinen Preissteigerungen, was die Unterstützung der Trans*Beratungsstelle aus Vereinsvermögen erschwert. Aus diesen Gründen beantragt unsere Fraktion eine Förderung für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 in Höhe von jeweils € 19.550,00 und für 2027 in Höhe von € 19.600,00 zur Deckung der Finanzlücke.										für 3 Jahre	
				0	+ 19.550	0	+ 19.550	0	+ 19.600	0	0	0	0		
			AVI	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Erledigt durch Antrag FWE 086*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
088	1.41.4140.50 Gesundheitsförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Förderung der Trans*Beratungsstelle (tra*BS) des Vereins für sexuelle Emanzipation e.V.:** Der Verein für sexuelle Emanzipation (VSE) konnte durch die Projektförderung von Aktion Mensch im Jahr 2023 eine Trans*Beratungsstelle mit einer professionellen Beraterin und eigenen Beratungsräumen an der Jasperallee eröffnen. Diese Einrichtung ist einmalig in Niedersachsen. In der zweiten Jahreshälfte 2023 fanden bereits fast dreimal so viele Beratungsgespräche (58) statt wie im ersten Halbjahr. So wurden Beratungen an Schulen, der Inobhutnahme und in der Jugendhilfe durchgeführt sowie Schulungen der Mitarbeiter*innen des Gesundheitsamts durchgeführt. Als Veranstaltungen wurden unter anderem ein Opening Café, ein Playdate für Eltern mit *transKindern bis 12 Jahre, ein Workshop für Stimmtransistion sowie eine Fortbildung für Psychotherapeut*innen organsiert. Da nicht alle Kosten der Beratungsstelle durch die Aktion Mensch gedeckt werden können, trägt der VSE die restlichen Kosten derzeit aus dem Vereinsvermögen. Damit der Verein seine wertvolle Arbeit der Trans*Beratungsstelle erfolgreich weiterführen kann, wird eine moderate finanzielle Unterstützung durch die Stadt benötigt.									Für 3 Jahre	
				0	+ 19.550	0	+ 19.550	0	+ 19.550	0	0	0	0		
			AVI	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Erledigt durch Antrag FWE 086*			
110	1.41.4140.50 Gesundheitsförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff.** Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... 10. Überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 26.400€ zur Umsetzung des Ratsbeschlusses „Verstetigung der Förderung für die Hebammenzentrale Braunschweig“ vom 27.06.2023 (Drs. 23-21288-01) wird zugestimmt. ...]									Dauerhaft	Eine höhere Einplanung von Haushaltsmitteln wurde bereits zum Haushaltsentwurf 25/26 berücksichtigt. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. -Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
				0	+ 26.400	0	+ 27.400	0	+ 28.400	0	+ 29.400	0	+ 30.500		
			AFSG	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Zurückgezogen*		*Bündnis 90/Die Grünen ziehen den Antrag zurück*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
110	1.41.4140.50 Gesundheitsförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff.** Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... 2. Dem Verein SOLWODI Niedersachsen e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 12.02.2024 für das Projekt ASUNA (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 8.000 € erhöhte Zuwendung gewährt. ...]										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
				0	+ 9.700	0	+ 11.500	0	+ 11.900	0	+ 12.400	0	+ 12.900		
			AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*A 110 schieben auf den 20.11.24*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Zurückgezogen*					
SBR07	1.41.4140.50 Gesundheitsförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	310 - Westliches Ringgebiet	**AIDS-Hilfe e. V.** Hiermit bitten wir die Verwaltung für die AIDS- Hilfe e.V. für den Doppelhaushalt für 2025 Mehrkosten im Rahmen der Dynamisierung in der Höhe von 2.500 € sowie für 2026 in der Höhe von 2.600 € einzustellen.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 2.500	0	+ 2.600	0	+ 2.600	0	+ 2.600	0	+ 2.600		
			AfSG	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*hat sich erledigt, da bereits eingestellt*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Fachbereich 51 - Kinder, Jugend und Familie			**0**	**+ 613.300**	**0**	**+ 659.400**	**0**	**+ 673.100**	**0**	**+ 687.200**	**0**	**+ 702.000**		
182	1.36.3620.02.01 Kinder- und Jugendverbandsarbeit	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Jugendfreizeiten der freien Träger** Dieser Haushaltsantrag bezieht sich auf die Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger in Braunschweig. Der Teil 2 der Richtlinien (Zuschüsse für Aktivitäten, Funktionsgegenstände und Investitionsmaßnahmen an die Träger der freien Jugendhilfe im Bereich der Jugendförderung) wurde zuletzt 2019 angepasst (Drs. 19-11281). Die Jugendverbände machen seit Januar 2023 in mehreren Schreiben und Gesprächen deutliche Kostensteigerungen geltend, vgl. Drs. 23-20708. Für 2023 hatte die Stadtverwaltung daher vorgeschlagen: "Um einerseits die zusätzliche Belastung der Familien durch eine Erhöhung von Teilnahmeentgelten gering zu halten und anderseits die aktuellen Kostensteigerungen dauerhaft besser einschätzen zu können, soll aufgrund der besonderen Lage in Bezug auf die Energiekrise und überdurchschnittlich hohe Inflation im Rahmen der Ausnahmeregelung der Richtlinie für das Jahr 2023 ein pauschal gewährter Aufschlag von 25 % auf den jeweiligen Gesamtzuschussbetrag gewährt werden" (Drs. 23-20708). Der vorliegende Antrag greift diese Regelung auf und sieht auch für die Folgejahre eine entsprechende Mittelaufstockung vor.										Dauerhaft	
				0	+ 65.000	0	+ 75.000	0	+ 75.000	0	+ 75.000	0	+ 75.000		
			JHA 21.11.2024	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
089	1.36.3620.02.01 Kinder- und Jugendverbandsarbeit	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Jugendring - Förderung für Jugendfreizeiten** Nach Mitteilung des Jugendrings ist die Erhöhung des Zuschusses notwendig, um eine weitere Erhöhung der Teilnahmebeiträge für Veranstaltungen der Jugendverbände abzuwenden. Die kommunale Förderung muss Maßnahmen betreffen, die zur Daseinsvorsorge gehören. Wenn Jugendverbände gezwungen werden, immer höhere Beiträge zu verlangen, widerspricht dies gerade der Förderung sozial benachteiligter Jugendlicher und Familien und dem Grundrecht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung zu mündigen Erwachsenen. Gemäß § 11 SGB VIII sind junge Menschen die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Wir beantragen hiermit, dass die notwendigen Mittel bereit gestellt werden.										Dauerhaft	
				0	+ 250.000	0	+ 250.000	0	+ 250.000	0	+ 250.000	0	+ 250.000		
			JHA	*Dafür:*	*13*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Antrag auf Verschieben 21.11.2024*			
			JHA 21.11.2024	*Dafür:*	0	*Dagegen:*	12	*Enthaltung:*	0	*Abgelehnt*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
183	1.36.3630.06.04 Erziehungsberatung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	**Erziehungsberatungsstelle** Der Verein BEJ e. V. organisiert für die Stadt Braunschweig die Erziehungs-, Familien- und weitgehend auch die Jugendberatung. Dazu unterhält er die beiden Erziehungsberatungsstellen Domplatz und Jasperallee sowie die Jugendberatung BiB. Seine Ausgaben bestehen zu fast 90 % aus Personalkosten. Die Anwendung des TVöD ist mit der Stadt Braunschweig vereinbart. Aufgrund dieser Konstellation stößt das vereinbarte Verfahren zur Dynamisierung beim BEJ an seine Grenzen. Angesichts der besonderen Situation soll der BEJ daher für 2025 und 2026 aus der Dynamisierung genommen und der Haushaltsansatz einmalig durch gesonderten Beschluss festgelegt werden. Ohne die beantragten Zuschusserhöhungen müssten die Beratungskapazitäten reduziert und Berater*innen entlassen werden. Ab 2027 soll grundsätzlich zur üblichen Dynamisierung zurückgekehrt werden. Da das ansonsten bewährte Durchschnittsverfahren zur Dynamisierung in den Folgejahren die hohen Tarifabschlüsse der vergangenen Jahre noch anteilig berücksichtigt, wird für den Doppelhaushalt 2027/2028 zu klären sein, ob beim BEJ zur Regel-Dynamisierung (Durchschnittsverfahren) zurückgekehrt werden kann oder ob erneut ein Einzelbeschluss erforderlich ist, damit dann nicht zu hoch dynamisiert wird.	0	+ 183.100	0	+ 201.300	0	+ 208.300	0	+ 215.500	0	+ 223.000	Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			JHA 21.11.2024	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*4*	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*		*En Bloc mit Nr. 90 und 91*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 183, FWE 090 und FWE 091 wurden gemeinsam*			
090	1.36.3630.06.04 Erziehungsberatung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Zuschuss für Erziehungsberatung BEJ** Das BEJ übernimmt die kommunale Pflichtaufgabe nach §28 SGB VIII. Mit dem vorgesehenen Zuschuss ist die Erfüllung dieser Aufgabe nicht möglich. Die Erhöhung der Zuschüsse ist notwendig, um den Betrieb der drei Braunschweiger Erziehungs-, Familien- und Jugendberatungsstellen im bisherigen Umfang mit dem vorhandenen Personal in den nächsten Jahren aufrecht zu erhalten.	0	+ 183.100	0	+ 201.300	0	+ 208.300	0	+ 215.500	0	+ 223.000	Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
			JHA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Antrag auf Verschieben 21.11.2024*			
			JHA 21.11.2024	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*				siehe Nr. 183 - en bloc 090, 091, 183			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Die Anträge FWE 183, FWE 090 und FWE 091 wurden gemeinsam*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
091	1.36.3630.06.04 Erziehungsberatung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Erziehungsberatungsstelle** Das Angebot der Erziehungsberatungsstelle richtet sich an Eltern und junge Menschen, die bei der Lösung von Erziehungsfragen, Klärung und Bewältigung von erzieherischen Problemen und der zugrundeligenden Faktoren sowie bei Trennung und Scheidung unterstützt werden. Diese Pflichtleistung einer Kommune im Kanon der Hilfen zur Erziehung stellt einen wesentlichen Baustein im Rahmen der psychosozialen Daseinsvorsorge für junge Menschen und deren Eltern in Braunschweig dar. Da die gewährte Dynamisierung die Tarifsteigerungen nicht abdeckt, wird derzeit eine freiwerdende Stelle einer psychologischen Fachkraft in der Jugendberatung nicht extern ausgeschrieben, solange sich keine andere Finanzentwicklung abzeichnet. Eine Reduzierung von Beratungskapazitäten würde zu einer Verlängerung der Wartezeiten von Eltern und jungen Menschen oder zu einem eingeschränkten Beratungsumfang bzw. einem eingeschränkten Beratungsangebot führen. Um erzieherische Probleme zukünftig weiterhin nachhaltig bearbeiten und lösen zu können, benötigt die Erziehungsberatungsstelle eine Erhöhung der städtischen Förderung.											Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 183.000	0	+ 201.000	0	+ 208.000	0	+ 215.200	0	+ 222.700		
			JHA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*		*Antrag auf Verschieben 21.11.2024*			
			JHA 21.11.2024	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*				siehe Nr. 183 - en bloc 090, 091, 183			
			FPDA	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*		*Die Anträge FWE 183, FWE 090 und FWE 091 wurden gemeinsam*			
110	1.36.3630.06.04 Erziehungsberatung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff.** Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: [... 7. Dem Verein Mondo X e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 06.12.2023 für die Jugendberatung Mondo X für 2024 eine um 4.500 € erhöhte Zuwendung (Produkt 1.36.3630.06.05) gewährt....]											Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
				0	+ 5.400	0	+ 6.500	0	+ 6.800	0	+ 7.100	0	+ 7.400		
			JHA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*					
			FPDA	*Dafür:*	*-*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*-*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
092 NEU	1.36.3630.06.05 Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	**Deutscher Kinderschutzbund** Ergänzender Beschluss: Der Haushaltsansatz wird mit einem Sperrvermerk versehen. Der Deutsche Kinderschutzbund, Ortsverband Braunschweig e. V. hat bei der Stadt Braunschweig einen Antrag auf Erhöhung der institutionellen Förderung zum Haushaltsjahr 2025 gestellt. Der Antrag wurde bereits in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) am 01.10.2024 beraten. In einer Mitteilung an den JHA außerhalb von Sitzungen vom 31.10.2024 (Drs. 24-24531) geht die Stadtverwaltung auf Fragen ein, die in der JHA-Sitzung aufgeworfen wurden. Die Verwaltung führt aus, dass sie sich noch in klärenden Gesprächen mit dem Deutschen Kinderschutzbund befinde und die Prüfung des Antrags noch nicht abgeschlossen sei. Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, eine Entscheidung zu den entsprechenden Haushaltsanträgen mit einem Sperrvermerk zu versehen; denn „so bestünde für den Ausschuss auch nach Abschluss der Haushaltsberatungen durch den erforderlichen endgültigen Beschluss im Fachausschuss noch eine Steuerungsmöglichkeit“ (Drs. 24-24531). Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 092 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 092 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
				0	+ 89.800	0	+ 89.500	0	+ 92.600	0	+ 95.800	0	+ 99.200		
			JHA 21.11.2024	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-	*Der Antrag FWE 092 NEU ersetzt den Antrag FWE 092*			
092	1.36.3630.06.05 Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Kinderschutzbund** Der Kinderschutzbund / Ortsverband Braunschweig Cura hat für das Haushaltsjahr 2025 und die Folgejahre bei der Stadt Braunschweig eine dauerhafte Erhöhung der institutionellen Förderung um 90.000 Euro beantragt. Die beantragte Erhöhung wird laut Kinderschutzbund für die Deckung der Grundkosten für Geschäftsführung, Verwaltung und Sachkosten benötigt, da diese nicht mehr aus Eigenmitteln finanziert werden können. Als etablierte und wichtige Organisation ist der Kinderschutzbund u. a. seit 2024 gemeinsam mit der Stadt Braunschweig Träger des neu gegründeten „Braunschweiger Netzwerks Kinderschutz“, des 6. Kinderschutzzentrums in Niedersachsen. Wesentliche Aktivitäten bzw. langjährige Arbeitsbereiche des Kinderschutzbundes sind z. B. die „Nummer gegen Kummer“, die Patenschaften im Kinderschutzbund, eine Gewaltberatungsstelle und das Projekt Chancennetzwerk (gemeinsam mit dem Beirat gegen Kinderarmut). Von der Stadt Braunschweig wurde der Kinderschutzbund bislang lediglich mit einer institutionellen Förderung von knapp 13.000 Euro bezuschusst (Ansätze 2024: 12.900 €, 2025: 13.200 €, 2026: 13.500 €). Dadurch war die Geschäftsstelle des Kinderschutzbundes nur äußerst gering ausgestattet und die Personalstellen unter Tarif bezahlt. Eine Aufstockung war bzw. ist insbesondere bei der hauptamtlichen Geschäftsführung sowie der Finanz- und Verwaltungsleitung notwendig.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. Dieser Antrag wird ersetzt durch den Antrag FWE 092 NEU.
				0	+ 90.000	0	+ 93.200	0	+ 96.500	0	+ 99.900	0	+ 103.400		
			JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Antrag auf Verschieben 21.11.2024*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-	*Der Antrag FWE 092 ist ersetzt durch den Antrag FWE 092 NEU.*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

	Teilhaushalt			Veränderungen in €											
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029		Dauer	Anmerkungen
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
093	1.36.3630.06.05 Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Kinderschutzbund Ortsverband Braunschweig e.V.** Der Braunschweiger Kinderschutzbund gestaltet seit 50 Jahren die Kinder- und Jugendarbeit. Neben Tätigkeitsbereichen wie den Schulkindbetreuungen und den Braunschweiger Familienpaten haben sich die Braunschweiger Bildungspaten seit 2015 fest etabliert. Seit 2024 ist der Verein auch gemeinsam mit der Stadt Braunschweig Träger des neu gegründeten 'Braunschweiger Netzwerks Kinderschutz', des 6. Kinderschutzzentrums in Niedersachsen. Projekte, die der Kinderschutzbund in Braunschweig für Kinder durchführt, sind die 'Nummer gegen Kummer', eine Hotline von ehrenamtlich gut geschultem Personal, gerichtet an Großeltern, Eltern, Kinder und Jugendliche; eine Gewaltberatungsstelle mit dem Schwerpunkt Gewalt gegen Kinder und Jugendliche sowie das Projekt Chancennetzwerk, durch das Anbieter von außerschulischen Angeboten und Grundschulen vernetzt werden. Der Verein benötigt eine deutliche Erhöhung der städtischen Förderung, um seine notwendigen Grundkosten für Geschäftsführung, Verwaltung und Sachkosten zukünftig decken zu können.										Dauerhaft	Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor. Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 89.800	0	+ 92.900	0	+ 96.200	0	+ 99.600	0	+ 103.100		
			JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Antrag auf Verschieben 21.11.2024*			
			JHA 21.11.2024	*Dafür:*	0	*Dagegen:*	9	*Enthaltung:*	2	*Abgelehnt*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-				
163	1.36.3630.16.04 Frühe Hilfen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	**Elternpraktikum mit Babysimulatoren - Sozialdienst katholischer Frauen e.V.** Das Präventionsprojekt „Elternpraktikum mit Babysimulatoren“ bietet der Sozialdienst katholi-scher Frauen Braunschweig (SkF) bereits seit 19 Jahren an den meisten weiterführenden Schulen Braunschweigs regelmäßig jedes Jahr. Schon jetzt gibt es für dieses beliebte und bewährte Präventionsprojekt viele Terminanfragen von den kooperierenden Braunschweiger Schulen für das kommende Schuljahr. Perspektivisch stehen dem SkF jedoch keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfü-gung, um die Durchführung der Projekte zu finanzieren. Denn die Einwerbung von Fördermit-teln durch Stiftungen und Sponsoren gestaltet sich von Jahr zu Jahr schwieriger. Viele Förde-rer unterstützen den SkF schon viele Jahre und obwohl sie ganz begeistert von der Präventi-onsarbeit sind, müssen sie leider zeitweilig aufgrund ihrer Förderrichtlinien mit der Förderung pausieren oder aus wirtschaftlichen Gründen die Mittel kürzen oder ablehnen. Aus diesem Grund ist die Weiterführung der Projekte in der jetzigen Form gefährdet. Der SkF hat einen grundsätzlichen finanziellen Bedarf für das Projekt in Höhe von 41.500 Euro pro Jahr, kann aber aus unterschiedlichen Quellen einen großen Teil selbst erwirtschaf-ten. In den kommenden Jahren ergibt sich eine Unterdeckung von rund 20.000 Euro, die durch den städtischen Haushalt ausgeglichen werden sollte, um das Bestehen dieses wichtigen Pro-jektes zu garantieren. Die Förderung soll zunächst auf drei Jahre begrenzt sein, damit im Anschluss daran eine Eva-luation – auch in Bezug auf andere Fördermöglichkeiten – erfolgen kann. Nach einer konkre-tisierten Auskunft des SkF werden für 2025 mindestens 15.000 Euro und für 2026 mindestens 16.300 Euro benötigt. Durch die hiermit beantragte Summe von 20.000 Euro ist sichergestellt, dass keine finanziel-len Nöte entstehen. Anderseits ist durch den im Anschluss einzureichenden Verwendungs-nachweis sichergestellt, dass zu viel gezahltes städtisches Geld rückerstattet wird.										für 3 Jahre	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
				0	+ 20.000	0	+ 20.000	0	+ 20.000	0	0	0	0		
			JHA	*Dafür:*	*4*	*Dagegen:*	*8*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt		Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
094	1.36.3630.16.04 Frühe Hilfen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Schwangeren- und Familienberatungsstelle Braunschweig: Präventionsprojekt „Elternpraktikum mit Babysimulatoren“ an Braunschweiger Schulen** Seit 2005 findet das Präventionsprojekt „Elternpraktikum mit Babysimulatoren“ in zahlreichen Braunschweiger Schulen statt. Das Projekt, welches sich an SuS ab Klasse 8 sowie an junge Erwachsene richtet, ist sehr nachgefragt und wird an Schulen und bei den SuS sehr gut angenommen. Es besteht eine langfristige Kooperation mit anderen Netzwerken in Braunschweig (z.B. Runder Tisch „Frühe Hilfen“, Netzwerk gegen Gewalt, Netzwerk Integration etc.). Das Projekt umfasst verschiedenste Themen und legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Aufklärung über Schütteltrauma und Folgen des Rauchens/Alkoholkonsums in der Schwangerschaft. Aber auch die Themen Lebensplanung, Bedeutung von Elternschaft, Kindesvernachlässigung (z.B. durch Überforderung jugendlicher Eltern) werden thematisiert. Wie wichtig dies ist, wird deutlich, wenn wir uns bewusst machen, dass bei Inobhutnahmen durch das Jugendamt häufig frühe Familiengründungen und Überforderung als Gründe für die Herausnahme der Kinder aus den Familien genannt werden. Dieses Präventionsprojekt mit seiner umfassenden Aufklärungsarbeit ist also nötig und wichtig und muss unbedingt weitergeführt werden. Die bisherige Finanzierung durch Stiftungen und Sponsoren ist nicht länger gewährleistet und somit beantragt der Sozialdienst der katholischen Frauen (SkF) zur Weiterführung des Präventionsprojektes die oben aufgeführte Summe.										Einmalig	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
				0	+ 42.800	0	+ 44.100	0	0	0	0	0	0		
			JHA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	*12*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
178	1.36.3630.16.04 Frühe Hilfen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Kürzung bei KinderPaten / Der Weg e.V. zurück nehmen** Mit dem Präventionsangebot KinderPaten erreicht der Verein Der Weg e.V. Kinder aus hochbelasteten Familien. Die langjährige, fachlich begleitete Beziehungsarbeit (meist 5 Jahre oder mehr) der ehrenamtlichen Patinnen und Paten reicht in ihrem Wirkungsgrad an den einer mehrjährigen Ambulanten Sozialpädagogischen Familienhilfe heran oder übertrifft diese. Die betroffenen Kinder werden bereits in einem Alter erreicht, in dem eine Einflussnahme auf ihre Identitätsbildung noch gut möglich ist. Der Kostenaufwand für eine Patenschaft liegt derzeit bei ca. 2500,-€/ Jahr. Das entspricht ca. dem Kostenaufwand für eine SPFH im Monat. KinderPaten im Verein Der Weg e.V. bietet langfristige ehrenamtliche Beziehungsarbeit mit fachlicher Begleitung, Kalkulierbarkeit und Zuverlässigkeit auf höchstem Niveau. Das exponentiell mit der Größenordnung des Projekts steigende finanzielle Risikopotential sprengt die Finanzierungsmöglichkeit eines kleineren Vereins. Eine Finanzierung von 75% der kalkulierten Kosten durch die öffentliche Hand ist mittelfristig die unterste Voraussetzung für die langfristige Planung der ehrenamtlichen Hilfeangebote. Im Haushalt 2023/2024 betrug die städtische Zuwendung noch 27.000 Euro. Erst am 28. Oktober informierte der Verein die Fraktionen, dass erst zu diesem Zeitpunkt eine Information des FB 51 erfolgt sei; wonach es im Haushalt 2025/2026 zu einer Kürzung in Höhe von 10.000 Euro kommen soll. Das würde bedeuten, dass deutlich weniger Kinder fachlich begleitet werden können. Zudem überlegt der Verein das Angebot gleich ganz in den Landkreis WF zu verlegen; wo eine Vollfinanzierung gesichert sein soll. Dazu darf es nicht kommen.										Dauerhaft	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
				0	+ 10.000	0	+ 10.000	0	+ 10.000	0	+ 10.000	0	+ 10.000		
			JHA 21.11.2024	*Dafür:*	*13*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
146 NEU	1.36.3650.01.06 Kindertagespflege	433150 Jugendhilfeleistungen avE	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	**Anpassung der leistungsgerechten Bezahlung der Kindertagespflege** Ab 2025 wird der Betrag zur Anerkennung der Förderleistung gem. § 23 Abs. 2 Nr. 2 SGB VIII wie folgt erhöht: + für die Erfahrungsstufe 1 um 0,18 Euro je Stunde; + für die Erfahrungsstufe 2 um 0,12 Euro je Stunde; + für die Erfahrungsstufe 3 um 0,08 Euro je Stunde. Das Basisentgelt für die Kindertagespflegepersonen (KTPP) nach § 23 Abs. 2 Nr. 1 und 2 SGB VIII wurde zuletzt zum Januar 2023 erhöht. Es setzt sich zusammen aus einer Sachkostenerstattung und einer Förderleistung und beträgt zz. + 5,30 Euro in der Erfahrungsstufe 1, + 5,80 Euro in der Erfahrungsstufe 2 und + 6,30 Euro in der Erfahrungsstufe 3. Es wird eine degressive Erhöhung vorgeschlagen, d. h., dass z. B. die Erfahrungsstufe 1 stärker erhöht wird als die Erfahrungsstufen 2 oder 3. Die weitere Begründung erfolgt mündlich. Dieser Haushaltsantrag ersetzt den Antrag FWE 146 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.										Dauerhaft	Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 146 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
				0	+ 195.000	0	+ 195.000	0	+ 195.000	0	+ 195.000	0	+ 195.000		
			JHA 21.11.2024	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	*2*	*Angenommen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Der Antrag FWE 146 NEU ersetzt den Antrag FWE 146.*			
146	1.36.3650.01.06 Kindertagespflege	433150 Jugendhilfeleistungen avE	Bündnis 90/Die Grünen	**Anpassung der leistungsgerechten Bezahlung der Kindertagespflege** Für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 werden die laufenden Geldleistungen an Kindertagespflegepersonen (zuletzt geändert am 20.12.2022 / siehe DS 22-19983) um den gleichen Prozentsatz angehoben, wie er auch der jeweiligen Dynamisierung der Zuschüsse im Sozial-, Jugend- Sport- und Kulturbereich entspricht, für die keine gesonderten Regelungen festgelegt wurden. Sofern bis 2026 im Bereich der Kindertagespflege keine andere Regelung gefunden wird, wird dieses Verfahren auch in den Folgejahren fortgeführt. Mit Ratsbeschluss vom 12.09.2023 (siehe DS 23-21516-01) wurde die Verwaltung beauftragt, die laufenden Geldleistungen in der Kindertagespflege mit Wirkung vom 01.08.2024 anzupassen, so dass nicht nur die reine Betreuungsstunde in der Förderleistung berücksichtigt wird, sondern auch die zusätzliche Tätigkeit für Akquise, Elternarbeit, Hauswirtschaft und Verwaltung. Außerdem sollten die Sachkostenpauschale angehoben und diese neuen Förderbeträge dann laufend dynamisiert werden. Dieser Ratsbeschluss ist bis heute nicht umgesetzt, sondern die Verwaltung dementiert die Notwendigkeit. Angesichts der hohen Inflation und der hohen Personalkostensteigerungen der letzten beiden Jahre kann eigentlich nicht abgestritten werden, dass auch selbstständige Kindertagespflegepersonen in ihren Sachausgaben diese Inflation spüren und einen Anspruch auf ein erhöhtes Leistungsentgelt haben. Es wird deshalb vorgeschlagen, mindestens den Prozentsatz der Dynamisierung für geförderte Zuschussempfänger*innen ab 2025 anzuwenden. Das wären mit dem Stand August 2024 3,45 % Erhöhung für das Jahr 2025. Falls im Laufe der aktuellen Haushaltsberatungen ein höherer Prozentsatz für die Dynamisierung beschlossen wird, soll dieser auch für die Leistungsentgelte der Kindertagespflegepersonen Anwendung finden.										Dauerhaft	Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. Hinweis: Die angegebenen Kosten wurden nach der Sitzung des JHA am 01.10.2024 angepasst. Dieser Antrag wird ersetzt durch den Antrag FWE 146 NEU
				0	+ 406.307	0	+ 867.631	0	+ 1.302.456	0	+ 1.752.283	0	+ 2.217.628		
			JHA	*Dafür:*	*13*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Antrag auf Verschieben 21.11.2024*			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Der Antrag FWE 146 ist ersetzt den Antrag FWE 146 NEU.*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
095	1.36.3650.04 Essensversorgung	342110 Erträge aus Verkauf	Die FRAKTION. BS	**Essensgeld in städtischen Kindertagesstätten abschaffen** Der vom Bundestag einberufene Bürgerrat fordert vollkommen zu Recht, dass Essen in Kitas nicht nur gesund, sondern auch kostenfrei erfolgen soll. Dabei sollen Kita-Fachkräfte und Lehrkräfte gleich mit verköstigt werden. Die niedersächsische Landesregierung hat Anfang diesen Jahres mitgeteilt, dass sie den Vorschlag grundsätzlich gut findet und mit den Kommunen über eine Umsetzung reden will. Geschehen ist leider nichts. Wir sind der Ansicht, dass Braunschweig bei diesem wichtigen Thema eine Vorreiterrolle einnehmen und gleichzeitig Druck auf die Landesregierung hinsichtlich der Finanzierung ausüben sollte.										Dauerhaft	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
				- 1.773.715	0	- 1.785.970	0	- 1.785.970	0	- 1.785.970	0	- 1.785.970	0		
			JHA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*11*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
096	1.36.3660.02.02 Kinder- und Jugendzentren Freie Träger	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Jugendfreizeiteinrichtungen der freien Träger** Die freien Träger der Kinder- und Jugendzentren fordern eine Erhöhung der Zuschüsse. Dazu liegt ein Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (AK OKJA) vom 12.06.2024 vor, in dem Vorschläge zur Überarbeitung der Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger in Braunschweig, Teil 3 Betriebskostenzuschüsse für Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen (Kinder-/Jugendzentren sowie Aktiv- bzw. Abenteuerspielplätze) gemacht werden (s. Anlage). Die Pauschalen für Sach- und Betriebskosten der Kinder- und Jugendzentren der freien Träger sollten dynamisiert und an die Sätze für die städtischen Jugendfreizeiteinrichtungen angepasst werden. Der Eigenanteil der freien Träger bleibt dabei bestehen. Die Sach- und Betriebskosten für Jugendfreizeiteinrichtungen in freier Trägerschaft wurden seit Jahren nicht angepasst. Das hat inzwischen, auch bedingt durch die gestiegenen Kosten gerade in den letzten zwei Jahren, dazu geführt, dass ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen den städtischen Jugendfreizeiteinrichtungen und denen in freier Trägerschaft entstanden ist. Die Qualität der Arbeit ist vergleichbar gut, die Kosten für die Stadt sind aber durch den Eigenanteil der Träger (10 % bei nichtkonfessionellen Trägern, 20 % bei konfessionellen Trägern) geringer, sodass die Stadt schon allein deshalb ein Interesse daran haben sollte, weiterhin die Angebote der freien Träger zu erhalten und zu fördern. Für 2025 ist eine Erhöhung um 75.000€ angesetzt (vgl. Schreiben des AK OKJA vom 12.06.2024). Für 2026 sollen die in den Förderrichtlinien festgeschriebenen Pauschalen dynamisiert werden. Da der SPD-Fraktion die Bezugswerte nicht bekannt sind, haben wir nur die 75.000€ mit (vorläufig) 3,71 % für 2026 dynamisiert.										Dauerhaft	Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,56 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.- Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
				0	+ 75.000	0	+ 92.100	0	+ 95.400	0	+ 98.800	0	+ 102.400		
			JHA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		Gemeinsame Abstimmung mit FWE 097			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
097	1.36.3660.02.02 Kinder- und Jugendzentren Freie Träger	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Jugendfreizeiteinrichtungen** Der Arbeitskreis Offene Kinder- und Jugendarbeit in Braunschweig (AK OKJA) hat im Juni 2024 einen Antrag auf Anpassung der Förderrichtlinien eingereicht. Ziel dieses Antrags ist die Dynamisierung der Zuschüsse für alle Kinder- und Jugendzentren in freier Trägerschaft. Begründet wird der Antrag vom AK OKJA mit einer erheblichen Schieflage bei der Finanzierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit durch die seit Jahren / teilweise Jahrzehnten festgeschriebenen Pauschalen in den aktuellen Förderrichtlinien. Eine Anpassung sei entscheidend, um die Qualität und Kontinuität in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Braunschweig zu sichern. Konkret beantragt der AK OKJA: • Die in den Förderrichtlinien festgeschriebenen Pauschalen werden angehoben. Die Höhe orientiert sich an der nicht erfolgten Dynamisierung in den vergangenen fünf Jahren. • Zukünftig werden die Pauschalen entsprechend der stadtweit geltenden Dynamisierung jährlich anpasst. Nach Berechnung der Verwaltung würde sich bei Anwendung im Jahr 2025 einmalig ein finanzieller Mehrbetrag von rund 75.000€ für alle 16 Einrichtungen zusammen ergeben. Die Finanzierung der OKJA-Einrichtungen war laut dem vorliegenden Antrag auch schon in den vergangenen Jahren schwierig. Die freien Träger finanzierten, anders als in anderen Bereichen, mit einem hohen Eigenanteil die Arbeit der Kinder- und Jugendzentren (10 % bei nicht konfessionellen Trägern, 20 % bei konfessionellen Trägern). Die Mitarbeitenden betrieben zudem intensive Akquise von Drittmitteln (Stiftungen, Landesmittel, usw.), um die Arbeit aufrecht zu erhalten. In den meisten Fällen seien hier aber Eigenmittel notwendig und es könnten nur projektbezogene Sachmittel / Honorarmittel finanziert werden. Die steigenden Kosten für z.B. die Reinigung der Einrichtungen oder die Verwaltungskosten seien durch Drittmittel durchgehend nicht abbildbar. Diese Akquise bind Personalressourcen und die Träger hätten hier mittlerweile eine Belastung, die kaum mehr zu stemmen sei. Dem Antrag des AK OKJA zufolge sind die Pauschalen für Sach- und Betriebskosten mindestens seit 2014 nicht mehr erhöht worden.Die Dynamisierung der Pauschalen würde es den Einrichtungen ermöglichen, die Kontinuität und das hohe Niveau der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu halten und damit die Hilfesysteme der Stadt zu stabilisieren. Die Ansätze im aktuellen Haushaltsentwurf für das Produkt bzw. die Kostenstelle Jugendfreizeiteinrichtungen betragen 2024 = 2.695.600€, 2025 = 2.720.000 € und 2026 = 2.829.200 €.										Dauerhaft	Ab 2027 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,56 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt. - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
				0	+ 75.000	0	+ 92.100	0	+ 95.400	0	+ 98.800	0	+ 102.400		
			JHA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		Gemeinsame Abstimmung mit FWE 096			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
	Fachbereich 61 - Stadtplanung und Geoinformation			**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
SBR10	1.51.5111.03 Bebauungsplanung	427115 Planungskosten	212 - Südstadt-Rautheim-Mascherode	**Neues Baugebiet Rautheim-Möncheberg– DS 24-24248** Die Verwaltung wird aufgefordert, die in Vorlage 22-19235-03 genannten Voraussetzungen im Zuge der weiteren Planung „Rautheim-Möncheberg" umzusetzen und hierfür die notwendigen Haushaltsmittel 2025/2026 einzustellen oder in die Zukunftsliste unter 3.2.9.3 aufzunehmen.										Dauerhaft	Kosten können nicht ermittelt werden
				0	*)	0	*)	0	*)	0	*)	0	*)		
			APH	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €	2025 Erträge	2025 Aufwendungen	2026 Erträge	2026 Aufwendungen	2027 Erträge	2027 Aufwendungen	2028 Erträge	2028 Aufwendungen	2029 Erträge	2029 Aufwendungen	Dauer	Anmerkungen
	Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr				**0**	**+ 25.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
171 NEU	1.51.5115.01 Verkehrsplanung	427115 Planungskosten	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	**Qualitätsstandards für Fußwege und Premium-Fußwege** In dem vom Rat beschlossenen Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) heißt es zum Arbeitsfeld 12 „Zukunftsorientierte Mobilität“ einleitend: „Ein Mix der Verkehrsträger bietet für alle Mobilitätsbedürfnisse das passende Angebot. Dem nachhaltigen Fuß- und Radverkehr wird mehr Platz im Stadtraum eingeräumt, wodurch die Braunschweigerinnen und Braunschweiger insbesondere auf vielen kurzen und mittleren Strecken des Alltags profitieren. Öffentliche Verkehrsmittel mit attraktiven Takten sind das verlässliche Rückgrat einer stadtweiten Mobilität in Braunschweig. Das Automobil bleibt ein wichtiger Verkehrsträger.“ - Dieser Antrag befasst sich mit den in den Rahmenprojekten R.24 „Mobilitätsentwicklungsplan“ (MEP) und R.26 „Handlungskonzept Integrierte Mobilität“ genannten Maßnahmen zum Fußwegenetz. So ist im ISEK festgelegt, dass ein Netz von Premium-Fußwegen und ein Flaneur-Plan entwickelt werden sollen, um den fußläufigen Verkehr zu stärken (ISEK, Seite 174). Konkret heißt es im ISEK, dass für die Premium-Wege Qualitätsstandards im MEP festgelegt werden sollen und ein Konzept für den Flaneur-Plan erstellt werden soll. Da dies bislang nicht im Prozess der Erstellung des MEP berücksichtigt wurde, dieses Thema aber nach wie vor eine hohe Bedeutung hat, schlagen wir vor, ein Konzept für Premium- Fußwege und Qualitätsstandards für Fußwege in Braunschweig außerhalb des MEP zu erstellen. Dabei sind insbesondere die Wege, die häufig von Kindern und älteren Menschen genutzt werden, zu betrachten. Mit den hier beantragten Mitteln könnte z. B. ein externes Planungsbüro für die Entwicklung des Netzes und der Definition der Standards beauftragt werden. Ebenfalls sollen Orte und Plätze einbezogen werden, wie z. B. der Altstadtmarkt, Quartierszentren sowie Grünräume. Auch im Sinn des Kommunalen Aktionsplans Inklusion (KAP) für Barrierefreiheit im Sinne von „Braunschweig für alle“ werden ein späterer Konzept-Beschluss und die Umsetzung von Maßnahmen ab 2025 nach Prioritäten einen wichtigen Beitrag leisten. Ergänzend wird auf folgende Beispiele aus anderen Städten verwiesen: Aachen https://www.aachen.de/de/stadt_buerger/planen_bauen/stadtentwicklung/innenstadt/premium fusswege/index.html und Kiel https://kiel.de/de/umwelt_verkehr/verkehrswege/fusswegeachsen_und_kinderwege/standards .php. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 171 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.	0	+ 25.000	0	0	0	0	0	0	0	0	Einmalig	Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 171 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-					
			FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Der Antrag FWE 171 NEU ersetzt den Antrag FWE 171 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.*				
171	1.51.5115.01 Verkehrsplanung	427115 Planungskosten	Bündnis 90/Die Grünen	**Qualitätsstandards für Fußwege entwickeln** Mit dem Beschluss über das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) wurde innerhalb des Arbeitsfeldes 12: Zukunftsorientierte Mobilität festgelegt, dass ein Netz von Premium-Fußwegen und ein Flaneur-Plan entwickelt werden soll, um den fußläufigen Verkehr zu stärken (ISEK, Seite 174). Konkret heißt es im ISEK, dass für die Premium-Wege Qualitätsstandards im MEP festgelegt werden sollen und ein Konzept für den Flaneur-Plan erstellt werden soll. Da dies bislang nicht im Prozess der Erstellung des MEP berücksichtigt wurde, dieses Thema aber nach wie vor eine hohe Bedeutung hat, schlagen wir vor, ein Konzept für Qualitätsstandards für Fußwege außerhalb des MEP zu erstellen. Dabei sind insbesondere die Wege, die häufig von Kindern und älteren Menschen genutzt werden, zu betrachten. Mit den hier beantragten Mitteln könnte z.B. ein externes Planungsbüro beauftragt werden.	0	+ 15.000	0	0	0	0	0	0	0	0	Einmalig	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
			AMTA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*						
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-	*Der Antrag FWE 171 wird ersetzt durch den Antrag FWE 171 NEU von SPDFraktion/Bündnis 90/Die Grünen.*				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
098	1.54.5460.01 Parkraumbewirtschaftung	332120 Benutzungsgebühren Parkautomaten	Bündnis 90/Die Grünen	**Erhöhung der Parkgebühren um 45 %** Die Verwaltung hat zuletzt in der Stellungnahme 24-23832-01 die Entwicklung der Parkgebühren seit 2015 dargestellt. Danach hat es zuletzt im Jahr 2016 eine geringfügige Erhöhung der Gebühren in den Parkzonen I und II gegeben. Im Jahr 2018 gab es ebenfalls geringe Veränderungen durch einen geänderten Zuschnitt der Parkzonen. Im selben Zeitraum sind sowohl die Ticketpreise für den ÖPNV als auch die allgemeinen Lebenshaltungskosten inflationsbedingt deutlich stärker gestiegen. Eine Anpassung der Parkgebühren an den Verbraucherpreisindex ist somit überfällig und in der hier vorgeschlagenen Höhe angmessen. Weiter wird mit einer Erhöhung der Parkgebühren im öffentlichen Raum die Auslastung der Parkhäuser in der Innenstadt verbessert. Damit werden die Parksuchverkehre in der Innenstadt reduziert. Zusätzlich wird mit einer Erhöhung der Parkgebühren auch eine Lenkungswirkung angestebt und eine verstärkte Nutzung des klimafreundlicheren Umweltverbundes bei Wegen in die Innenstadt erzeugt. Die hier vorgeschlagene Anhebung der Parkgebühren um 45 % würde dazu führen, dass sich der Ticketpreis von bislang 0,90€ auf 1,30 € für 30 Minuten erhöht. Als Berechnungsgrundlage für diesen Antrag dient die Stellungnahme 24-23832-01. Hier wird bei einer Erhöhung der Parkgebühren um 10 % von Mehreinnahmen in Höhe von 293.000€ ausgegangen. Es wird empfohlem, die Mehreinnahmen zur Förderung des Umweltverbundes (Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV) zu nutzen.									Dauerhaft	Ertragserwartung der Antragstellerin
				+ 1.318.500	0	+ 1.318.500	0	+ 1.318.500	0	+ 1.318.500	0	+ 1.318.500	0		
			AMTA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	*3*	*Dagegen:*	*7*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*					
	Fachbereich 67 - Stadtgrün und Sport			**0**	**+ 261.900**	**0**	**+ 240.100**	**0**	**+ 248.500**	**0**	**+ 257.200**	**0**	**+ 266.200**		
184	1.42.4210.01 Sportförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Lebenschancen durch Sport** Seit vielen Jahren bietet „Lebenschancen durch Sport“ in Trägerschaft des VfB Rot-Weiß Braunschweig e. V. Modellprojekte zur Bewegungs- und Gesundheitsförderung mittels Fitnessstunden und Fortbildungsangeboten durch Sportpädagog*innen in Kindertagesstätten, Schulen und anderen Einrichtungen in Stadtteilen mit einem entsprechenden Förderbedarf an. Das Projekt schließt damit eine wichtige Lücke, da es Bewegungsangebote für die Kinder an Orten schafft, an denen ansonsten Betreuungseinheiten u. a. durch den Fachkräftemangel in Schulen und an Kindertagesstätten teilweise oder ganz entfallen müsste. Entsprechend positiv fielen auch eine Nutzerbefragung sowie eine Bewertung des Projekts durch die Stadtverwaltung aus (vgl. Drs. 22-19706). Das mehrfach ausgezeichnete Projekt ist in den vergangenen Jahren zudem kontinuierlich gewachsen: Nachdem es zunächst im westlichen Ringgebiet, im Siegfriedviertel und im Schwarzen Berg erfolgreich umgesetzt wurde, soll es auch auf den Bebelhof ausgeweitet werden. „Lebenschancen durch Sport“ leistet damit einen bemerkenswerten Beitrag zu den empfohlenen Maßnahmen zum Leitziel 1 des „Masterplans Sport 2030“ (vgl. Ratsbeschluss vom 21.06.2016). Um den städtischen Zuschussbedarf zu reduzieren, haben die Organisatoren von „Lebenschancen durch Sport“ in Gesprächen mit der Kommunalpolitik, dem Trägerverein VfB Rot-Weiß und dem Stadtsportbund Braunschweig angekündigt, zur Finanzierung ihres Projekts zusätzliche Drittmittel in einer signifikanten Höhe einwerben zu wollen. Es wird entsprechend beantragt, die vorgesehene Fördersumme durch die Stadt Braunschweig in den kommenden Haushaltsjahren sukzessive zu senken (für 2025 auf 75 % und für die Folgejahre auf 50 % des bisherigen Ansatzes), da zukünftig ein gewisser Eigenanteil aus Drittmitteln gedeckt werden soll.									Dauerhaft	Dieser Antrag wird ersetzt daher den Antrag FWE 184 NEU der SPD-Fraktion.
				0	+ 234.900	0	+ 156.600	0	+ 162.100	0	+ 167.700	0	+ 173.500		
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Dieser Antrag ist ersetzt durch den Antrag FWE 184 NEU von SPDFraktion/Bündnis 90/Die Grünen.*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €	2025		2026		2027		2028		2029		Dauer	Anmerkungen
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
184 Neu	1.42.4210.01 Sportförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Lebenschancen durch Sport** Seit vielen Jahren bietet „Lebenschancen durch Sport“ in Trägerschaft des VfB Rot-Weiß Braunschweig e. V. Modellprojekte zur Bewegungs- und Gesundheitsförderung mittels Fitnessstunden und Fortbildungsangeboten durch Sportpädagog*innen in Kindertagesstätten, Schulen und anderen Einrichtungen in Stadtteilen mit einem entsprechenden Förderbedarf an. Das Projekt schließt damit eine wichtige Lücke, da es Bewegungsangebote für die Kinder an Orten schafft, an denen ansonsten Betreuungseinheiten u. a. durch den Fachkräftemangel in Schulen und an Kindertagesstätten teilweise oder ganz entfallen müsste. Entsprechend positiv fielen auch eine Nutzerbefragung sowie eine Bewertung des Projekts durch die Stadtverwaltung aus (vgl. Drs. 22-19706). Das mehrfach ausgezeichnete Projekt ist in den vergangenen Jahren zudem kontinuierlich gewachsen: Nachdem es zunächst im westlichen Ringgebiet, im Siegfriedviertel und im Schwarzen Berg erfolgreich umgesetzt wurde, soll es auch auf den Bebelhof ausgeweitet werden. „Lebenschancen durch Sport“ leistet damit einen bemerkenswerten Beitrag zu den empfohlenen Maßnahmen zum Leitziel 1 des „Masterplans Sport 2030“ (vgl. Ratsbeschluss vom 21.06.2016). Um den städtischen Zuschussbedarf zu reduzieren, haben die Organisatoren von „Lebenschancen durch Sport“ in Gesprächen mit der Kommunalpolitik, dem Trägerverein VfB Rot-Weiß und dem Stadtsportbund Braunschweig angekündigt, zur Finanzierung ihres Projekts zusätzliche Drittmittel in einer signifikanten Höhe einwerben zu wollen. Es wird entsprechend beantragt, die vorgesehene Fördersumme durch die Stadt Braunschweig in den kommenden Haushaltsjahren sukzessive zu senken (für 2025 auf 75 % und für die Folgejahre auf 50 % des bisherigen Ansatzes), da zukünftig ein gewisser Eigenanteil aus Drittmitteln gedeckt werden soll. Der ursprünglich eingereichte SPD-Antrag enthielt an dieser Stelle einen Rechenfehler, da die 75 % und die 50 % versehentlich aus dem vom Stadtbezirksrat 310 Westliches Ringgebiet beantragten Ansatz von 313.200€ (Antrag SBR11 in den Haushaltsunterlagen) berechnet wurden. Tatsächlich betrug die städtische Förderung für "Lebenschancen durch Sport", also der bisherige Ansatz, jedoch zuletzt 112.000€ p. a.; seit dem Haushaltsjahr 2021 wurde das Projekt "Lebenschancen durch Sport" nicht mehr durch den Fachbereich 51 Kinder, Jugend und Familie, sondern durch den Fachbereich 67 Stadtgrün und Sport gefördert und wurde dort unter dem Produkt 1.42.4210.01 im Abschnitt Sportvereine/Sportbetrieb veranschlagt, sodass der Einzelansatz für das Projekt nicht mehr dem Haushaltsplan zu entnehmen war. Dieser korrigierte Antrag ersetzt daher den bisherigen Antrag FWE 184 der SPD-Fraktion.		0	+ 84.000	0	+ 56.000	0	+ 58.000	0	+ 60.100	0	+ 62.200	Dauerhaft	Dieser korrigierte Antrag ersetzt daher den bisherigen Antrag FWE 184 der SPD-Fraktion.
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-						
			FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*			*Der Antrag FWE 184 NEU ersetzt den den Antrag FWE 184 von SPDFraktion/Bündnis 90/Die Grünen.*			
SBR11	1.42.4210.01 Sportförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	310 - Westliches Ringgebiet	**Lebenschancen durch Sport** Für das Projekt „Lebenschancen durch Sport“ werden für 2025 und 2026 jeweils 313.200€ eingestellt.	0	+ 313.200	0	+ 313.200	0	0	0	0	0	0	für 2 Jahre	
			SpA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*						
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	*11*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*						

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

	Teilhaushalt			Veränderungen in €											
Nr.	Produkt-Nr. Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029		Dauer	Anmerkungen
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
099	1.42.4210.01 Sportförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Sportvereine / Sportbetrieb** Der Haushaltsansatz für das Produkt bzw. die Kostenstelle 1.42.4210.01 Sportvereine / Sportbetrieb hat im Haushaltsentwurf 2025 / 2026 eine massive Kürzung erfahren (siehe S. 104). Im Jahr 2024 beträgt der Haushaltsansatz noch 504.872 Euro, im Jahr 2025 bislang lediglich 357.721 Euro (2026 = 363.688 €). Diese globale Kürzung sollte so nicht umgesetzt werden, da das starke Auswirkungen auf die Förderung der Braunschweiger Sportvereine hätte, von der u. a. die Pauschalen für deren Übungsleiter*innen abhängen.									Dauerhaft	Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 100.000	0	+ 103.500	0	+ 107.100	0	+ 110.800	0	+ 114.700		
			SpA	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
100	1.42.4210.01 Sportförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Erhalt und Betrieb des Landesstützpunkts Schwimmen der SSG BS** Dem Schwimm-Startgemeinschaft Braunschweig (SSG BS) e. V. werden im Doppelhaushalt 2025 / 2026 (Teilhaushalt Referat 0670 Sportreferat) pro Haushaltsjahr aus Mitteln der Sportförderung 64.850 Euro für den Erhalt sowie 13.050 Euro für den Betrieb des Landesstützpunktes Schwimmen gewährt. Die Bezuschussung der SSG BS soll dabei nicht zu Lasten anderer Zuschussempfänger gehen. Am 23. August 2024 hat sich die Schwimm-Startgemeinschaft Braunschweig (SSG BS) an alle Ratsfraktionen gewandt und darum gebeten, die von dem Verein beantragten Zuschüsse für den Landesstützpunkt Schwimmen zu bewilligen. Der Verein weist in seinem Schreiben insbesondere auf die gestiegenen Personalkosten durch professionelleres Training sowie auf die höhere Kostenbelastung bei der Schwimmbadnutzung durch gestiegene Wasserpreise hin. Die SSG BS hat deshalb eine Finanzierungsstrategie entwickelt, die u. a. eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge (2024 = 30 %, 2025 = 30 %, ab 2026 = 10 %) sowie aktive Sponsoring-Maßnahmen enthält. In der Finanzplanung des Vereins ist deutlich zu erkennen, dass die SSG BS nach wie vor auf die Zuschüsse der Stadt BS angewiesen ist. Mit der Bewilligung würden die Fraktionen einen Verein unterstützen, der für kontinuierlichen Erfolg und steigende Bedeutung steht. Zudem würde so der Ansatz der SSG BS gestärkt, das Training zu professionalisieren.									Dauerhaft	Ab 2026 ist eine Dynamisierung in Höhe von 3,45 % entsprechend der Mitteilung (24-23943) berücksichtigt.
				0	+ 77.900	0	+ 80.600	0	+ 83.400	0	+ 86.300	0	+ 89.300		
			SpA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

	Teilhaushalt			Veränderungen in €											
Nr.	Produkt-Nr. Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029		Dauer	Anmerkungen
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
179	1.42.4210.01 Sportförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**"Lebenschancen durch Sport" nicht einstellen** Leitziel 1 der aktuellen Sportentwicklungsplanung - dem Masterplan Sport 2023 - lautet: "Die Bewegungsförderung und das Sportangebot für Kinder und Jugendliche in den Kinder-tageseinrichtungen und in den Schulen sollen – insbesondere durch die Kooperation mit Sportvereinen - kontinuierlich ausgebaut werden." Die Umsetzung des Leitziels 1 soll vor allem durch die Maßnahme 1 erfolgen. Es heißt dazu im Masterplan Sport 2030: "Weiterführung Modellprojekte: In Braunschweig werden in ver-schiedenen Stadtgebieten Modellprojekte in Kooperation von organisiertem Sport und Bil-dungseinrichtungen durchgeführt. Dabei handelt es sich zum Einen um das mehrfach preis-gekrönte, in Trägerschaft des VfB Rot-Weiß Braunschweig durchgeführte Projekt „Lebens-chancen durch Sport“, das die Bewegungs- und Gesundheitsförderung im Programmgebiet der „Sozialen Stadt“, dem Westlichen Ringgebiet, mittels Fitnessstunden und Fortbildungsan-geboten durch einen Sportpädagogen in Kindertageseinrichtungen, Schulen und anderen Or-ganisationen intendiert. Dieses Projekt soll auf weitere Stadtteile mit Unterstützungsbedarf ausgedehnt werden." Diese Ausweitung auf die Stadtteile Siegfriedviertel, Schwarzer Berg und Viewegs Gar-ten/Bebelhof hat in den Jahren 2021 und 2023 stattgefunden. Die Umsetzung des Leitziels 1 war also auf einem guten Weg und die Vollfinanzierung durch die Stadt ist von 52.000 auf 112.000 Euro gestiegen. Die zukünftige Umsetzung scheint aber nicht mehr gesichert zu sein. Bereits im Juni wurde dem Verein von der Verwaltung mitgeteilt, dass anteilig Kosten vom Verein übernommen werden müssten. Da der Verein das Projekt gegen Folgen der Kinderarmut in armen Stadttei-len fortsetzen möchte, zu einer Anteilsfinanzierung aber nicht in der Lage ist, haben mittler-weile einige Gespräche unter Beteiligung des SSB stattgefunden. Diese haben bis Ende Ok-tober allerdings zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis geführt. Das Beharren auf einen Ei-genanteil führt zwangsweise zum Ende des Projektes. Nachdem bereits das zusätzliche Per-sonal in den Kitas der Stadtteile mit vielen armen Familien gestrichen wurde, wäre dies ein weiterer herber Schlag für die Kitas mit einem hohen Anteil armer Kinder. Das sollte unbedingt vermieden werden. Zur Umsetzung dieses Antrages möchten wir anregen, dass eine Übertragung des Projektes auf den FB 51 oder das Ref. 0500 geprüft wird. Dort erscheint die langfristige Sicherung die-ses wichtigen Projektes besser möglich zu sein.	0	+ 112.000	0	+ 112.000	0	+ 112.000	0	+ 112.000	0	+ 112.000	Dauerhaft	
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-				
			FPDA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Fachbereich 68 - Umwelt			**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
101 NEU	1.56.5610.12 Förderung von Umweltorganisationen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Umweltbildung beim FUN Hondelage e.V.** Für eine Ausweitung der Tätigkeiten im Bereich der Umweltbildung werden dem FUN Hondelage e.V. ab dem Jahr 2025 Mittel in Höhe von 9.000€ pro Jahr zur Verfügung gestellt. Mit Schreiben vom 19. Juni 2024 beantragt der FUN Hondelage e.V. eine zusätzliche Förderung in Höhe von 25.000€ für die Einrichtung einer halben Stelle für die Umweltbildung im NaturErlebnisZentrum Hondelage. Der Bedarf konnte sowohl im Anschreiben selbst als auch in der beigefügten Machbarkeitsstudie hinreichend nachgewiesen werden. Mit Blick auf die aktuelle Haushaltslage soll mit diesem Antrag allerdings nicht der volle Betrag sondern in Abstimmung mit dem FUN Hondelage e.V. nur der gerundete Wert einer Minijobstelle inkl. Sozialabgaben gewährt werden. Es soll dem FUN Hondelage e.V. allerdings die Möglichkeit eingeräumt werden, diese Summe ggf. durch das Einwerben weiterer Fördermittel aufzustocken	0	+ 9.000	0	+ 9.000	0	+ 9.000	0	+ 9.000	0	+ 9.000	Dauerhaft	Der Antrag ersetzt den Antrag FWE 101.
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-				
			FPDA	*Dafür:*	*4*	*Dagegen:*	*7*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*		*Der Antrag FWE 101 NEU ersetzt den Antrag FWE 101.*			
101	1.56.5610.12 Förderung von Umweltorganisationen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**FUN Hondelage e.V. - Umweltbildung im NaturErlebnisZentrum Hondelage** Mit Schreiben vom 19. Juni 2024 beantragt der FUN Hondelage e.V. eine zusätzliche Föderung in Höhe von 25.000€ für die Einrichtung einer halben Stelle für die Umweltbildung im NaturErlebnisZentrum Hondelage. Der Bedarf konnte sowohl im Anschreiben selbst als auch in der beigefügten Machbarkeitsstudie hinreichend nachgewiesen werden. Mit Blick auf die aktuelle Haushaltslage und die formalen Kriterien der "Förderrichtlinie für Gewässer- und Naturschutz sowie Klima" soll mit diesem Antrag allerdings nicht der volle Betrag sondern in Abstimmung mit dem FUN Hondelage e.V. nur der Wert einer Minijobstelle gewährt werden. Es soll dem FUN Hondelage e.V. allerdings die Möglichkeit eingeräumt werden, diese Summe ggf. durch das Einwerben weiterer Fördermittel aufzustocken.	0	+ 6.456	0	+ 6.456	0	+ 6.456	0	0	0	0	Für 3 Jahre	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
			UGA	*Dafür:*	*6*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-	*Der Antrag wird ersetzt durch den Antrag FWE 101 NEU.*			
102	1.56.5610.12 Förderung von Umweltorganisationen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Erhöhung Zuwendung Förderkreis Umwelt- und Naturschutz Hondelage e.V.** Da in den letzten Jahren der Bedarf an Umweltbildungsangeboten beim FUN stetig zugenommen hat und es auch viele Nachfrage von Schulen, Einwohner:inne und Betrieben gibt, kann die Arbeit ehrenamtliche nicht mehr geleistet werden. Deshalb möchte der FUN Personal für eine Umweltbildungsstelle einstellen. Wissensvermittlung stellt die Basis für eine nachhaltige Arbeit im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz dar. Das Ziel ist es, ein fundiertes Wissen über den Klimawandel, seine Ursachen, Folgen und Auswirkungen auf verschiedene Systeme und Lebensräume zu vermitteln. Die Kosten für die Personalstelle belaufen sich auf ca. 25.000 Euro pro Jahr. Der FUN stellt einen Arbeitsplatz, die administrative Verwaltung und fachliche Einarbeitung und Betreuung der Umweltstelle. Die Stelle soll mit einer pädagogisch qualifizierten Person besetzt werden.	0	+ 25.000	0	+ 25.000	0	+ 25.000	0	+ 25.000	0	+ 25.000	Dauerhaft	
			UGA	*Dafür:*	*6*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*		*Der Antrag wird zusammen abgestimmt mit Antrag FWE 103*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
103	1.56.5610.12 Förderung von Umweltorganisationen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Förderkreis Umwelt- und Naturschutz Hondelage e.V.** FUN ist ein Naturschutzprojekt in der Kulturlandschaft Hondelage, das sich seit Jahrzehnten für Projekte wie die Fließwasserrenaturierung und Artenschutzprojekte stark macht. Neben der Verbesserung der Lebensräume bedrohter Tier- und Pflanzenarten ist die Umweltbildung ein wesentliches Ziel. Nur wenn Kinder, Jugendliche und Erwachsene für die Probleme und Besonderheiten von Umwelt und Natur sensibilisiert werden können, sind sie auch bereit, etwas für deren Erhalt zu tun. Im Bereich der Kinder- und Jugendförderung arbeitet der Verein mit mehreren Braunschweiger Schulen, unter anderem mit der IGS Sally Perel und der Grundschule Hondelage, zusammen und bietet Exkursionen und Führungen an. Im NaturErlebnisZentrum werden naturbezogene Vorträge und weitere kulturelle Veranstaltungen angeboten. In den letzten Jahren hat der Bedarf an Umweltbildungsangeboten beim FUN im NaturErlebnisZentrum Hondelage stetig zugenommen. Es gab viele Nachfrage von Schulen, Bürgern und Betrieben nach Exkursionen und Aktionen. Ehrenamtlich kann der FUN dies nicht mehr leisten. Um diesem Bedarf gerecht zu werden, möchte der FUN eine Umweltbildungsstelle in Hondelage einrichten. Diese soll dazu beitragen, das Bewusstsein für die Bedeutung des Natur-, Umwelt- und Klimaschutzschutzes zu schärfen, Umweltbildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen anzubieten und den Schutz der Umwelt in der Region zu fördern. Die Stadt Braunschweig hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu werden. Die Einrichtung einer Umweltbildungsstelle kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dieses Ziel zu erreichen. Zur Finanzierung dieser Stelle benötigt der FUN eine Erhöhung der städtischen Förderung.	0	+ 25.000	0	+ 25.000	0	+ 25.000	0	+ 25.000	0	+ 25.000	Dauerhaft	
			UGA	*Dafür:*	*6*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*		*Der Antrag wird zusammen abgestimmt mit Antrag FWE 102*			
104	1.56.5610.15 Klimaschutz	Diverse Diverse	AfD	**Streichung von überflüssigen Ausgaben für den sogenannten Klimaschutz** Dieser Teilhaushalt enthält bereits die Produkte Umweltschutz, Artenschutz, Bodenschutz, Immissionsschutz, Umweltplanung und viele mehr. Der Ansatz von Aufwendungen für "Klimaschutz" ist daher überflüssig und wird mit diesem Antrag für beide Jahre auf Null gesetzt. Herkunft und Verbleib der Erträge für diese Sparte sind gesondert mitzuteilen und zu behandeln.	0	- 2.466.760	0	- 2.447.799	0	0	0	0	0	0	Einmalig	
			UGA	*Dafür:*	*-*	*Dagegen:*	*6*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*					
			FPDA	*Dafür:*	*-*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*		*-*				
	Stabsstelle 0800 - Wirtschaftsdezernat			**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
105	1.57.5711.01 Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Baustellenfonds weiterführen** Gerade für kleine Gewerbetreibende kann eine langanhaltende Straßenbaumaßnahme gravierende Folgen haben. Und oft reichen schon kleinere Beträge aus, um diese Folgen abzufedern. Deshalb setzt sich unsere Fraktion für den Erhalt des Baustellenfonds ein und wir beantragen die Einsetzung der Mittel in der gleichen Höhe wie 2024. Gleichzeitig fordern wir, dass betroffene Gewerbetreibende aktiv von der Stadt über diese Fördermöglichkeit informiert werden. Wenn eine Fördermaßnahme nicht abgerufen wird, bedeutet das nicht automatisch, dass sie nicht benötigt wird. Es kann auch bedeuten, dass sie nicht bekannt ist.	0	+ 25.000	0	+ 25.000	0	+ 25.000	0	+ 25.000	0	+ 25.000	Dauerhaft	
			WA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Passieren lassen*					
			FPDA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*7*	*Enthaltung:*	*3*	*Abgelehnt*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Allgemeine Finanzwirtschaft			**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
106	1.61.6110.01 Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	301310 Gewerbesteuer	Die FRAKTION. BS	**Anhebung Gewerbesteuerhebesatz auf 470%** Braunschweig ist ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort. Deshalb gibt es mittlerweile auch fast keine Gewerbeflächen im Stadtgebiet. Diese positive Entwicklung gibt es vor allem auch dadurch, dass die Stadt erhebliche Mittel einsetzt, um die sogenannten weichen Standortfaktoren - Bildung, Kultur, Sport, Freizeit - in einer angessenen Form zur Verfügung zu stellen. Diese Entwicklung hat sich am anderen Ende - beim Hebesatz der Gewerbesteuer - nicht abgebildet. Hier ist seit Jahren keine Veränderung zu verzeichnen. Es besteht also Handlungsbedarf und deshalb wird eine Erhöhung des Hebesatzes auf 470% vorgeschlagen. Diese Anhebung ist auch im Vergleich zu anderen Städten angemessen. Hannover hat einen Hebesatz von 480%, läge also auch zukünftig vor Braunschweig. (Bei vergleichbaren Städten liegt der Hebesatz folgendermaßen: - Mönchengladbach (261.000 Einw.): 490% - Gelsenkirchen (260.000 Einw.): 480% - Aachen (249.000 Einw.): 475% - Augsburg (296.000 Einw.): 470% (Quelle: DIHK 2024)) Der Vorschlag führt zu einer Verbesserung der Einnahmesituation in Braunschweig, was dringend notwendig ist.										Dauerhaft	
				+ 10.000.000	0	+ 10.000.000	0	+ 10.000.000	0	+ 10.000.000	0	+ 10.000.000	0		
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-				
			FPDA	*Dafür:*	*4*	*Dagegen:*	*7*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
107	1.61.6110.01 Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	0 #NV	Die FRAKTION. BS	**Einführung Bettensteuer in Höhe von 4% auf den Übernachtungspreis** Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main und viele andere Städte erheben eine Bettensteuer. Laut NDR erhebt auch Hannover seit Anfang 2024 eine Bettensteuer. Laatzen, Leer und Bleckede sind zum 1. Juli nachgezogen. Weiter wird in Niedersachsen in Cuxhafen, Lüneburg, Hann. Münden, Adendorf, Amt Neuhaus und im Lembruch eine Bettensteuer erhoben. Hildesheim soll ab nächstem Jahr eine Bettensteuer erheben. Touristen und Geschäftsreisende nutzen die Braunschweiger Infrastruktur und sollten deshalb auch entsprechend eine Bettensteuer zahlen, die dann der Stadt zugute kommt. Damit werden die Einnahmen aus den Übernachtungen bzw. dem Tourismus gerechter verteilt. Bei der kürzlich erfolgten Erhöhung der Grundsteuer um 100 Punkte wurde die Belastung der Braunschweigerinnen und Braunschweiger nicht als Hindernis gesehen.										Dauerhaft	
				+ 1.000.000	0	+ 1.000.000	0	+ 1.000.000	0	+ 1.000.000	0	+ 1.000.000	0		
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-				
			FPDA	*Dafür:*	*4*	*Dagegen:*	*7*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Diverse Fachbereiche			**0**	**+ 85.200**	**0**	**+ 155.900**	**0**	**+ 226.600**	**0**	**+ 297.300**	**0**	**+ 368.000**		
108 NEU	Diverse Diverse	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	**Dynamisierung der Zuwendungen für 2025 und 2026** 1. Das 2022 eingeführte Durchschnittsverfahren zur „Anpassung der Dynamisierung der Zuwendungen“ (Drs. 21-17494) wird grundsätzlich beibehalten. 2. Für 2025 wird mit einer leicht erhöhten durchschnittlichen Tarifsteigerung von 4 % (statt 3,43 %, vgl. Drs. 24-23943) gerechnet. Zusammen mit der durchschnittlichen Preissteigerung von 3,56 % ergibt das eine Dynamisierung von 3,91 % für 2025. 3. Für die Zuwendungen, für die im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2025/2026 Einzelbeschlüsse gefasst wurden, wird keine zusätzliche Dynamisierung nach Nr. 2 gewährt.Zu 1: Das 2022 gewählte Dynamisierungsverfahren ist bereits das dritte Verfahren, das in Braunschweig zur Anwendung kommt. Die beiden zuvor gewählten Verfahren wiesen deutliche Mängel auf und wurden deshalb verworfen. Das 2022 gewählte Durchschnittsverfahren lieferte für 2022 und 2023 gute Werte. Die hohen Tariferhöhungen für 2024 werden durch das Durchschnittsverfahren nur nach und nach bei der Dynamisierung wirksam. Eine erneute Änderung des Verfahrens hätte jedoch erhebliche Nachteile; denn jede Umstellung des Verfahrens erzeugt nicht nur einen deutlichen Umstellungsaufwand, sondern greift in das bewährte Rechenverfahren ein (vgl. dazu etwa den Haushaltsantrag von SPD und Grünen zum Verein BEJ). Zu 2: Die Verwaltung hatte mit Drs. 24-23943 eine durchschnittliche Tarifsteigerung von 3,43 % mitgeteilt. Die hohen Tarifsteigerungen für 2024 werden durch das Durchschnittsverfahren erst nach und nach bei der Dynamisierung wirksam. Deshalb soll für 2025 mit einer leicht erhöhten durchschnittlichen Tarifsteigerung von 4 % gerechnet werden. Die Tarifsteigerung geht zu 80 % in die Dynamisierung ein (Drs. 21-17494, 24-23943). Die durchschnittliche Inflation der Verbraucherpreise geht zu 20 % in die Dynamisierung ein. Zusammen ergibt das eine Dynamisierung von 3,91 % für 2025. - Die leicht erhöhte durchschnittliche Tarifsteigerung, die gewissermaßen als Einmalzahlung wirkt, müsste für die Zukunft aus dem Durchschnittsverfahren wieder herausgerechnet werden. Zu 3: Die Verwaltung hat zu den Haushaltsberatungen in den Ausschüssen regelmäßig mitgeteilt: „Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung zu diesem Teilhaushalt vor.“ Diese Ansatzveränderungen bezogen sich auf alle Zuwendungsempfänger. Bei den Einzelbeschlüssen zu Haushaltsanträgen einzelner Vereine oder Verbände wurde die Dynamisierung aber bereits mit berücksichtigt. Eine weitere Ansatzerhöhung soll 2025 nicht erfolgen. Ab 2027 soll auf die Dynamisierung dieser Vereine und Verbände wieder das Durchschnittsverfahren (Drs. 21-17494) angewendet werden. Es bleibt den Braunschweiger Wohlfahrtsverbänden, dem Kulturrat und der Stadtverwaltung davon unbenommen, ein praktikables neues Dynamisierungsverfahren zu entwickeln und anzuwenden. Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 108 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.									Dauerhaft	Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 108 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Kostenschätzung beinhaltet die Auswirkungen der Beschlussvorschläge zu Ziffer 1. und Ziffer 2. Die Entlastung aus der Umsetzung aus des Beschlusspunktes 3. kann derzeit nicht ermittelt werden.
				0	+ 85.200	0	+ 155.900	0	+ 226.600	0	+ 297.300	0	+ 368.000		
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*					
			JHA 21.11.2024	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*					
			FPDA	*Dafür:*	*-*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*-*		*Der Antrag FWE 108 NEU ersetzt den Antrag FWE 108*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt		Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
	Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029			
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
108	Diverse Diverse	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Dynamisierung der Zuschüsse im Sozial-, Jugend- Sport- und Kulturbereich** 1. Das für das Jahr 2022 neu eingeführte „Durchschnittsverfahren“ zur Berechnung der Dynamisierungsrate für Zuschüsse im Sozial-, Jugend- Sport- und Kulturbereich (Vorlage 21-17494) wird aufgehoben. Stattdessen wird in Absprache mit den Braunschweiger Wohlfahrtsverbänden und dem Kulturrat Braunschweig ein praktikables Verfahren entwickelt, das aktuelle Tarifsteigerungen und die Inflationsrate zeitnah berücksichtigt und nicht die Durchschnittswerte von 6 Jahren rückwärts zugrunde legt. 2. Zur konsensualen Entwicklung eines praktikablen Verfahrens ist wahrscheinlich ein längerer Zeitraum nötig, so dass zumindest bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen 2025 dieses neue Verfahren nicht berücksichtigt werden kann. 3. Deshalb wird für 2025 einmalig ein pauschaler Dynamisierungssatz von insgesamt 7 % angesetzt, um die hohen Ausgaben-Steigerungen auffangen zu können, die durch Personalkosten-Erhöhungen und Inflation eingetreten sind. Für 2026 wird zunächst der im Haushaltsentwurf vorgesehene Dynamisierungssa eingeplant und im Laufe des Jahres 2025 an das neue Verfahren angepasst. 4. Das in Punkt 3. beschriebene Verfahren wird auf alle Zuschüsse angewendet, die unter die Dynamisierung fallen. Wenn für einzelne Zuschussempfänger*innen durch beschlossene Haushaltsanträge der Fraktionen höhere Zuschusserhöhungen beschlossen werden, wird für 2025 keine zusätzliche Dynamisierung angesetzt. Wir haben in Deutschland in den letzten Jahren eine hohe Inflation in allen Bereichen erfahren, deren Höhe mindestens seit der Jahrtausendwende nicht mehr erlebt worden ist. Entsprechend gab es hohe Tarifsteigerungen in allen Bereichen von teilweise 10 % und mehr. Das hat wie bei der Stadt Braunschweig so auc bei fast allen gemeinnützigen Trägern zu unerwartet hohen Kostensteigerungen geführt, die kaum aufzufangen sind. Die institutionellen Zuschüsse, die für fast alle Träger existenziell sind, müssen zumindest diese Kostensteigerungen abdecken. Die Zeiten, in denen sinkende Förderung durch andere Einnahmen, unterbezahltes Personal oder Ehrenamt kompensiert werden konnten, sind seit langem vorbei. Wenn Braunschweig nicht in eine Situation kommen will, in der zunehmend wichtige öffentliche Angebote für das Gemeinwohl wegfallen oder für mehr Geld durch die öffentliche Hand selbst übernommen werden müssen, muss auch gerade bei hoher Inflation eine angemessene Steigerung der Zuschüsse erfolgen. Das seit 2022 praktizierte Verfahren, nach der die jährliche Dynamisierungsrate nach den Durchschnittssteigerungen der Tarife und Sachkosten der letzten 6 Jahre berechnet wird - wobei das Jahr vor der jeweiligen Zuschusseinplanung unberücksichtigt bleibt, ist unproblematisch, wenn es von Jahr zu Jahr nur geringe Schwankungen gibt, lässt sich aber bei den großen Sprüngen von heute nicht anwenden. Trotz alldem ist nachvollziehbar, dass ein sicheres, einfaches und praktikables Verfahren nicht von heute auf morgen zu entwickeln ist. Da aber dringend Handlungsbedarf besteht, wird einmalig eine pauschale Erhöhung von insgesamt 7 % vorgeschlagen.		0	+ 463.900	0	+ 487.900	0	+ 500.098	0	+ 512.600	0	+ 525.415	Dauerhaft	Mehraufwand für Umsetzung bei den bestehenden Zuschussempfängern, wenn gleichzeitig die in den Ansatzveränderungen der Verwaltung enthalten Mehrbedarfe zur Zuschussdynamisierung in den betreffenden Teilhaushalten angenommen werden. Wenn die Anträge in den Ansatzveränderungen der Verwaltung nicht angenommen werden oder weitere Zuschussempfänger aufgenommen werden, wird ein entsprechend höherer Betrag zur Umsetzung benötigt. Sollte der Antrag FWE 146 zur Aufnahme der Kindertagespflege in die Dynamisierung angenommen werden, erhöht sich der Betrag um nachfolgend aufgeführten Beträge zur Kindertagespflege: - Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor, siehe Anlage 2.7.
			SpA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					+ 404.700 € (2025)
			AfSG 20.11.2024	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*				hat sich erledigt, aufgrund des Antrags 108 NEU			+ 447.000 € (2026)
			AFKO	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*		*Zum Rat*			+ 492.800 € (2027)
			JHA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*Antrag auf Verschieben 21.11.2024*			+ 542.200 € (2028)
			AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					+ 595.600 € (2029)
			AVI	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
			AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*		*A 108 schieben auf den 20.11.24*			Dieser Antrag wird ersetzt durch den Antrag FWE 108 NEU.
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-		*Der Antrag FWE 108 ist ersetzt durch den Antrag FWE 108 NEU*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
164	Diverse Diverse	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	**Aussetzen der Dynamisierung für 2025/26** Die Dynamisierung der freiwilligen Zuschüsse in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales wird in den Jahren 2025/26 ausgesetzt. Bereits im Rahmen der Diskussion über die Erhöhung der Grundsteuer (DS.-Nr. 24-23754) in der Ratssitzung am 11. Juni dieses Jahres hatten wir angekündigt, im Gegenzug zur Überkompensation der Grundsteuer bei der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eine Aussetzung der Dynamisierung für die Jahre 2025/26 zu beantragen. Ein realistischer Konsolidierungskurs kann nur durch einen sinnvollen Ausgleich von Einnahmeerhöhungen und Ausgabekürzungen gelingen. Die Überkompensation bei der Grundsteuer stellt eine Einahmeerhöhung dar, das Aussetzen der Dynamisierung ist eine Kürzung bei den Ausgaben. Diese ist darüber hinaus insofern folgerichtig, da bereits beim ursprünglichen Beschluss (DS.-Nr. 16941/14) davon die Rede war, dass die Dynamisierung so lange durchgeführt werden sollte, „soweit es die aktuelle Haushaltslage zulässt." Mit einem geplanten Defizit im Ergebnishaushalt in Höhe von 223 Millionen Euro in 2025 und in Höhe von 196,6 Millionen Euro in 2026 ist der Punkt, an dem wir uns die Dynamisierung leisten können, bereits lange überschritten. Die Verwaltung selbst hat unlängst in einem Schreiben an die Wohlfahrtsverbände darauf hingewiesen, dass Braunschweig eine der wenigen Städte sei, die derzeit eine Dynamisierung im Haushalt vorsähe. Da sonst – bspw. bei der Erhöhung der Grundsteuer – auch der Blick auf umliegende Kommunen gerichtet wird, sollte hier keine Ausnahme gemacht werden												Zur Dynamisierung liegen auch Ansatzveränderungen der Verwaltung vor. Wenn diese abgelehnt werden würden, ergeben sich zusätzliche Entlastungen zu dem nebenstehenden Betrag
				0	- 309.754	0	- 594.654	0	- 609.520	0	- 624.758	0	- 640.377		
			AfSG	*Dafür:*	*3*	*Dagegen:*	*8*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
			AFKO	*Dafür:*	*2*	*Dagegen:*	*8*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
			JHA	*Dafür:*	*2*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
			AfKW	*Dafür:*	*2*	*Dagegen:*	*8*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
			AVI	*Dafür:*	*3*	*Dagegen:*	*8*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
			Sportausschuss	*Dafür:*	*3*	*Dagegen:*	*7*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
109	Diverse Diverse	Diverse Diverse	Die FRAKTION. BS	**LOB Prämien für Beamtinnen und Beamte** In Niedersachsen gibt es einen nicht nachvollziehbaren Streit zwischen dem Innen- und dem Finanzministerium. Während das Innenministerium eine Auszahlung von leistungsorientierten Prämien an Beamtinnen und Beamte nach derzeitiger Rechtslage für möglich hält, vertritt das Finanzministerium eine andere Position. Dieser Streit führt in den Kommunen dazu, dass Beamtinnen und Beamte unterschiedlich behandelt werden. Während es in Städten wie Hannover oder Salzgitter dazu kommt, dass LOB-Prämien ausgezahlt werden, entscheiden sich Kommunen wie Braunschweig und Osnabrück dafür, dass zum Nachteil der Beschäftigten gehandelt wird und keine LOB-Zahlung erfolgt. Dagegen hat am 3. Mai die ver.di-Betriebsgruppe der Stadt Braunschweig protestiert und 700 Unterschriften für die LOB-Zahlung an den Oberbürgermeister übergeben. Dieser berechtigte Protest soll mit dem vorliegenden Antrag unterstützt werden. Braunschweig sollte sich vor die eigenen Beschäftigten stellen und nicht warten, bis irgendwann der Streit zwischen den Ministerien beigelegt ist. Die Gelder aus den Jahren 2023 und 2024, die nach aktueller Planung nicht ausgezahlt werden, sollen im Jahr 2025 nachgezahlt werden.											Dauerhaft	Eine Kostenschätzung der Verwaltung liegt noch nicht vor.
				0	+ 3.300.000	0	+ 1.100.000	0	0	0	0	0	0		
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
			FPDA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*		*Die Zurückstellung wurde mit 10 zu 1 Stimmen abgelehnt*			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €	2025 Erträge	2025 Aufwendungen	2026 Erträge	2026 Aufwendungen	2027 Erträge	2027 Aufwendungen	2028 Erträge	2028 Aufwendungen	2029 Erträge	2029 Aufwendungen	Dauer	Anmerkungen
Anträge zum Stellenplan																
	Diverse Fachbereiche				**0**	**+ 188.522**	**0**	**+ 341.892**	**0**	**+ 391.539**	**0**	**+ 300.667**	**0**	**+ 306.680**		
	Referat 0150 - Gleichstellungsreferat															
186	Diverse Diverse	Diverse Diverse	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	**Kulturpunkt West** Im Referat 0150 Gleichstellungsreferat wird eine zusätzliche Stelle S 15 TZ 29,25 für das Projekt StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt geschaffen. Für die Fortbildung zur StoP-Fachkraft werden 2025 einmalig 1.600 Euro bei den Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen bereitgestellt. Die zusätzliche Dreiviertelstelle dient zur Verstetigung des erfolgreichen Projekts "StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt" des Gleichstellungsreferats. Der Haushaltsplanentwurf weist für den THH des Ref. 0150 insgesamt nur 14.000 Euro für Sach-/Dienstleistungenaus , davon 3.000 Euro für Aus- und Fortbildung, sodass der Ansatz für die notwendige Fortbildung zur StoP-Fachkraft um 1.600 Euro einmalig erhöht werden sollte.	0	+ 29.250	0	+ 58.500	0	+ 59.670	0	+ 60.863	0	+ 62.080	Dauerhaft	Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-					
			FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*						

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

	Teilhaushalt			Veränderungen in €											
Nr.	Produkt-Nr.	Sachkonto	Antragsteller Ausschuss	2025		2026		2027		2028		2029		Dauer	Anmerkungen
	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Fachbereich 40 - Schule														
134	Diverse Diverse	Diverse Diverse	Bündnis 90/Die Grünen	**Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen** Die mit Ratsbeschluss zum Doppelhaushalt 2023 / 2024 beim FB 40 eingerichtete halbe Stelle wird im Stellenplan fest verankert, um Förderprojekte zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung von Braunschweiger Schüler*innen dauerhaft zu unterstützen. Die (halbe) Stelle dient weiterhin zur Wahrnehmung von Koordinationsaufgaben und soll auch künftig insbesondere 1. die Projekte gegen Rassismus und rechte Gewalt, welche bereits in Braunschweiger Schulen laufen, organisatorisch und koordinativ unterstützen; 2. Schulen dabei unterstützen, sich für das Programm "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" zu bewerben sowie Schulen, die bereits den Titel besitzen, miteinander vernetzen; 3. regionale Bildungspartner*innen der politischen Bildung gegen Rassismus und Rechtsextremismus ermitteln, miteinander vernetzen und bei der Vermittlung und Finanzierung von Angeboten an Schulen helfen; 4. Bedarfe der politischen Bildung insbesondere im Themenbereich der Rassismusprävention und -bekämpfung ermitteln, hier bereits vorhandene Angebote ermitteln sowie ggf. mit weiteren Partner*innen Angebote erstellen; 5. das Einwerben von passenden Fördermitteln prüfen und ggf. umsetzen. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 21.03.2023 die Haushaltssatzung 2023 / 2024 beschlossen. Mit der Haushaltssatzung 2023 / 2024 wurde auch der Interfraktionelle Antrag zum Stellenplan SP 190 von SPD, GRÜNEN und BIBS „Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen“ beschlossen. Der Antrag SP 190 wurde damals von einem ebenfalls gemeinsamen Antrag derselben Fraktionen zum Ergebnishaushalt FWE 179 begleitet. Das Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen sollte in den kommenden Jahren fortgesetzt und dauerhaft verstetigt werden. Unseres Wissens sind jedoch bislang für die Fortsetzung des Förderprojekts weder Personal noch Mittel in den Doppelhaushalt 2025 / 2026 eingeplant worden, daher sind erneute Anträge zum Stellenplan und zum Ergebnishaushalt nötig.Zur inhaltlichen Begründung des Förderprojekts heißt es in dem genannten Antrag SP 190 zum Doppelhaushalt 2023 / 2024: „Die Anzahl politisch motivierter Straftaten rechtsextremer Täter*innen hat in Braunschweig in letzter Zeit zugenommen. Vor allem Jugendliche geraten in den Fokus rechter und populistischer Einflüsse, sodass es wichtig ist, ihre Resilienz gegenüber diesen Ideologien zu stärken. So wünschten sich laut der CTC-Befragung unter Braunschweiger Schüler*innen 4,1 % der Kinder und Jugendlichen, dass Deutschland von einem „Führer mit starker Hand“ regiert werden solle. Um sich gegen rechte Einflüsse und Gewalt zur Wehr setzen zu können, müssen ihnen Werkzeuge an die Hand gegeben werden, die sie bei der Entwicklung einer demokratischen Gegenpraxis unterstützen. Um möglichst viele Kinder und Jugendliche ansprechen zu können, sollen Präventionsangebote an Braunschweiger Schulen stattfinden. Dabei ist es wichtig, die Angebotsstruktur zu erfassen, an die Schulen zu kommunizieren und mit den Erfordernissen des schulischen Alltags in Einklang zu bringen, sodass möglichst viele Schulen an den Angeboten teilnehmen und somit möglichst viele Schüler*innen erreicht und in ihrer Resilienz gestärkt werden. Eben diesen Zweck soll die Koordinationsstelle durch das oben angeführte Aufgabenspektrum erfüllen. Die Abstimmung mit dem Regionalen Landesamt für Schule und Bildung Braunschweig ist vorzunehmen. Eine Vernetzung mit der vorhandenen Koordinationsstelle im Büro für Migrationsfragen wäre hier sicherlich eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen. Als Modellprojekt soll die Stelle nach zwei Jahren erstmals evaluiert werden.“											Dauerhaft	Siehe FWE 041 Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766 Durch eine Verstetigung der Stelle entstehen erst ab dem Jahr 2027 zusätzliche Personalkosten
				0	0	0	0	0	+ 42.809	0	+ 43.666	0	+ 44.539		
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-				
			FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Kultur und Wissenschaft														
SBR04	1.25.2811.09 Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpfl.	Diverse Diverse	221 - Weststadt	**Zusätzliche Stelle für den KulturPunkt West** Die Verwaltung wird aufgefordert, schnellstmöglich und zeitnah die Besetzung einer zusätzlichen Stelle für den KulturPunkt West zum Haushaltsjahr 2025/2026 zu veranlassen. Aus Sicht des Stadtbezirksrates 221 sind mit Abschluss der umfassenden Sanierung des KPW, mit der u.a. eine Verdoppelung der nutzbaren Räume einhergeht, zusätzliche Personalressourcen zwingend erforderlich, um den Erfordernissen und Bedarfen der Bevölkerung in der Weststadt und den Nutzungsanfragen aus der gesamten Stadt Genüge leisten zu können und das Ziel der Sanierungsförderung „Donaucampus“ angemessen umzusetzen: ˜ Unterstützung der Leiterin des Hauses bei der Entwicklung von Projekten und Maßnahmen für die unterschiedlichen Zielgruppen in der Weststadt, insbesondere für die zusätzlichen Räume, auf der Grundlage der Förderkonzeptes „Donau-Campus“. ˜ Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten im gesamten Stadtteilgebiet, die vom KPW ausgehen und nachhaltige Bedeutung für Partizipations-, Integrations- und Demokratisierungsprozesse haben. ˜ Dauerhafte Unterstützung der Leiterin des Hauses in Verwaltungsangelegenheiten, bei der Projektarbeit resp. -umsetzung und der Vertretung des Hauses in den unterschiedlichen Arbeitsgruppen in der Weststadt inkl. dem Stadtbezirksrat und dem Quartiersmanagement. Der KPW ist aufgrund seines differenzierten Raumangebotes und der Qualität seines großen Saales die wichtigste soziokulturelle Einrichtung im Stadtteil mit Strahlkraft in die Gesamtstadt. ˜ Mit der Umsetzung des Förderprojektes Donauviertel ist zusätzlich die Entwicklung des Campus-Donauviertel-Gedankens und die Umsetzung von Maßnahmen auf dem Campus-Gebiet verbunden. Dies bedeutet ein zusätzliches Arbeitsaufkommen für die Hausleitung mit neuen Projekt-Ideen, Kooperationen mit unterschiedlichen Partnerinstitutionen des Stadtteils sowie regionalen und überregionalen Trägern. Hierzu ist eine personelle Unterstützung unerlässlich										Dauerhaft	Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766
				0	+ 38.345	0	+ 76.690	0	+ 78.224	0	+ 79.788	0	+ 81.384		
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-				
			FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
187	Diverse Diverse	Diverse Diverse	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	**Kulturförderung** In der Abteilung 41.0 wird eine zusätzliche Vollzeitstelle A 10 für das Controlling von Zuwendungen und Kulturfördermitteln sowie die Verstärkung der Beratungstätigkeit der Kulturverwaltung geschaffen. Der AfKW hat sich 2024 aus gegebenem Anlass mehrfach intensiv damit befasst, wie in der städtischen Kulturförderung die Beratung von Zuwendungsempfänger*innen und Antragsteller*innen sowie die Prüfung von Förderanträgen und Verwendungsnachweisen ausgebaut werden kann (unter TOP 7.1 am 14.03.2024, unter TOP 7.1 am 18.04.2024 sowie unter TOP 8 und TOP 12 am 21.05.2024). Erste Voraussetzung für den Aufbau des im AfKW diskutierten Aufbaus eines soliden Controlling-Systems ist die Schaffung einer zusätzlichen Stelle in der Abt. 41.0. Zu den Aufgaben der neuen Personalstelle gehört insbesondere auch die Beratung der Geförderten (in der Projekt- und Kontinuitätsförderung) bei der Antragstellung, der sachgerechten Verwendung der Fördermittel und der Erstellung der erforderlichen Nachweise.										Dauerhaft	Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766
				0	+ 38.345	0	+ 76.690	0	+ 78.224	0	+ 79.788	0	+ 81.384		
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-				
			FPDA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit														
135	500-1303 Altenhilfe	Diverse Diverse	SPD	**Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt – Präventive Hausbesuche** Das Angebot „Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt – Präventive Hausbesuche“ hat sich bewährt: Besucht werden Seniorinnen und Senioren, die in ihrem Haushalt leben. Die besuchten Personen fühlten sich fast ausnahmslos gut bis sehr gut durch das Projekt informiert. In fast 53 % der Fälle konnte den Senioren und Seniorinnen direkte Hilfe vermittelt oder Unterstützung auf den Weg gebracht werden. Die Projektförderung durch das Land Niedersachsen endete zum 31.12.2023 und wird nicht fortgesetzt. Der Bedarf für Präventionsberatung und Informationen bei den Seniorinnen und Senioren ist sehr groß und aufgrund des soziologisch-demografischen Wandels wird ein steigender Bedarf gesehen. Der Rat hat daher am 20.02.2024 bei drei Enthaltungen beschlossen, für 2024 aus der Deckungsreserve 58.000€ zur Fortführung des Angebots bereitzustellen (Drs. 24-23046). Für die Fortführung des Angebots in den Jahren 2025 und 2026 ist ein erneuter Beschluss erforderlich. Zur weiteren Begründung s. auch Drs. 24-23046.	0	+ 35.142	0	+ 35.142	0	+ 35.845	0	+ 36.562	0	+ 37.293	Dauerhaft	Siehe FWE 065, FWE 110, SP 135, SP 136 Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
			FPDA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
136	500-1303 Altenhilfe	Diverse Diverse	Bündnis 90/Die Grünen	**Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff. - Präventive Hausbesuche** Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert. Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen: „1. Das Angebot „Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt – Präventive Hausbesuche“ wird 2024 fortgesetzt. Hierfür werden Mittel in Höhe von bis zu 58.000€ bereitgestellt. (…)	0	+ 35.142	0	+ 35.142	0	+ 35.845	0	+ 36.562	0	+ 37.293	Dauerhaft	Siehe FWE 065, FWE 110, SP 135, SP 136 Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
			FPDA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
	Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr														
SBR13	Diverse Diverse	Diverse Diverse	120- Östliches Ringgebiet	**Beschluss - Prüfung der Eignung verschiedener Optionen zur Einrichtung einer Sommerstraße im Stadtbezirk Östliches Ringgebiet** Die Verwaltung soll die notwendigen Ressourcen (personell, finanziell) ermitteln und in den Doppelhaushalt einstellen, die zur Umsetzung des Antrages 23-20890 erforderlich sind (Konzept für Sommerstraßen im Östlichen Ringgebiet).	0	+ 41.970	0	+ 83.940	0	+ 85.619	0	+ 87.331	0	+ 89.078	Dauerhaft	Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766 Siehe hierzu die IP-Liste zu den Fraktions- und Stadtbezirksanträgen
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
				2025		2026		2027		2028		2029			
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	Fachbereich 67 - Stadtgrün und Sport														
188	Diverse Diverse	Diverse Diverse	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	**Fördermaßnahme Teichentschlammung** Im Fachbereich 67 wird vorbehaltlich der Genehmigung des Förderprojekts "Stillgewässersanierung mit einer minimalinvasiven Methode als Pilotprojekt (Teichentschlammung)" eine zusätzliche Vollzeitstelle E 12 kw 3) für die Umsetzung des Projekts geschaffen. Im Haushaltsplan 2024 ist das Projekt 4E.670067 „FB 67: Südteich/Teichentschlammung“ hinterlegt. Bei Genehmigung des Projekts durch den Fördermittelgeber stehen diese Mittel bis zur Beendigung des Projekts zur Verfügung (§ 20 Abs. 4 KomHKVO). Ziel des beantragten Projekts ist die Entschlammung von vier Teichen im Stadtgebiet mit einer minimalinvasiven Methode. Entschlammt werden sollen der Südteich und der Portikusteich im Bürgerpark, der Kiryat-Tivon-Teich im Kiryat-Tivon-Park und der Dowesee im Schul- und Bürgergarten. Diese Stillgewässer zeichnen sich durch einen hohen Eintrag an Nährstoffen sowie durch eine sehr geringe Wassertiefe und vergleichsweise geringe Größe au Ein übermäßiger Nährstoffeintrag kann bei Erwärmung des Gewässers zu massenhaftem Algenwachstum führen. Deswegen "kippen" Stillgewässer vor allem im Sommer um, was am unangenehmen Geruch und einer Trübung des Gewässers erkennbar ist. Das Projekt soll einer weiteren Verschlammung und Verlandung der Stillgewässer entgegenwirken und ihre Funktion als Feuchtbiotope erhalten, die Vögeln, Amphibien und Insekten einen Lebensraum bieten und zugleich von der Bevölkerung zur Naherholung genutzt werden. Die Gewässer sind teilweise prägend für die jeweiligen Park- und Grünanlagen. Hinzu kommt die kühlende Wirkung im Sommer für die angrenzenden Gebiete, da die Wassertemperaturen in der Regel unter den Luft- und Oberflächentemperaturen der Umgebung liegen. So können Temperaturmaxima tagsüber im Nahbereich des Stillgewässers abgepuffert werden. Diese Funktion gewinnt in Zeiten des Klimawandels zunehmend an Bedeutung. Für das Projekt steht eine Förderung in Höhe von 55 % durch das Land Niedersachsen in Aussicht. Mit dem Projekt ist die hier beantragte E12-Stelle verbunden, die somit ebenfalls zu 55 % vom Land gefördert würde.	0	+ 47.440	0	+ 94.870	0	+ 96.767	0	0	0	0	3 Jahre	Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
			FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
170 NEU	Diverse Diverse	Diverse Diverse	Bündnis 90/Die Grünen	**Stelle für das Projekt "Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels: Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken (LiViK)"** Für die Umsetzung des Projekts "Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels: Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken (LiViK)" wird im Fachbereich 67 Stadtgrün eine Stelle neu zur Verfügung gestellt. Diese Stelle soll zum Ende des Jahres 2029 befristet werden. Erfreulicherweise hat die Stadt Braunschweig eine Förderzusage für das Projekt LiViK erhalten, dass vom BMUV im Rahmen des Aktionsprogramms Natürliche Klimaschutz finanziell unterstützt wird. Wie aufgrund einer mündlichen Anfrage in der Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses am 29. August 2024 deutlich geworden ist, fehlen zur Umsetzung dieses Programms personelle Ressourcen im Umfang von 1,0 Stellen, die bislang im Stellenplan nicht vorgesehen sind. Um die Umsetzung des Projekts LiViK zu sichern und die Fördergelder effektiv abrufen und einsetzen zu können, sollen die fehlenden Personalkapazitäten mit diesem Antrag geschaffen werden. 0,8 Stellenanteile der neu zu schaffenden Vollzeitstelle werden durch den anteiligen 80 %igen Zuschuss des Fördermittelgebers zu den Personalkosten refinanziert. Somit verbleiben 0,2 Anteile einer Vollzeitstelle, die von der Stadt zusätzlich für einen Zeitraum von 5 Jahren finanziert werden sollen.	0	+ 47.440	0	+ 94.870	0	+ 96.767	0	+ 98.702	0	+ 100.676	Für 5 Jahre	Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766 Siehe hierzu die IP-Liste zu den Ansatzveränderungen.
				Dafür:	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-					
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Zurückgezogen*					

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden (Ergebnis der Einzelabstimmung s. u.), insgesamt abgestimmt:
- Anträge FWE 140 NEU, FWE 072, FWE 154, FWE 083 NEU, FWE SBR 12, FWE 110 (1.31.3517.10), FWE 082, FWE 110 (1.31.3517.20), FWE 177, FWE 145, FWE 182, FWE 089, FWE 183, FWE 092 NEU, FWE 093, FWE 146 NEU und FWE 108 NEU: Gesamtergebnis: 10 / 1 / 0);
- übrige Anträge: Gesamtergebnis: 7 / 1 / 3

Nr.	Teilhaushalt: Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Teilhaushalt: Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €	2025	2026	2027	2028	2029	Dauer	Anmerkungen
				Erträge / Aufwendungen							
148 NEU	Diverse Diverse	Diverse Diverse	Bündnis 90/Die Grünen	**Zwei Stellen für Planung und Sanierung von Kinderspielplätze** Für die schnellere Planung und Sanierung von Spielplätzen werden insgesamt zwei Stellen neu geschadffen und zwar je eine Stelle im FB 67 Stadtgrün und eine Stelle im Referat 0680 Grün- und Freiraumplanung. Bei der (Neu-)Planung und der Sanierung von Spielplätzen geht es oft nur schleppend voran. Dies liegt zum einen an fehlenden Investitionsmitteln, wie aus der Stellungnahme der Verwaltung zu einer Anfrage der Grünen Ratsfraktion hervorgeht (DS 24-24235-01). Zum anderen fehlt es an Planungskapazitäten im Fachbereich 67. Insbesondere um den bekannten Sanierungsstau bei Spielplätzen schneller abbauen zu können, ist es sinnvoll und notwendig, zwei neue Stell für die Planung von Spielplätzen neu zu schaffen. Dieser Antrag ersetzt den Antrag SP 148.	0 + 83.940	0 + 167.880	0 + 171.238	0 + 174.663	0 + 178.156	Dauerhaft	Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766
				Dafür:	-	*Dagegen:* -	*Enthaltung:* -	-			
			FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:* -	*Enthaltung:* -	*Zurückgezogen*			
	Fachbereich 68 - Umwelt										
168	Diverse Diverse	Diverse Diverse	CDU	**Ausbau der Energieberatung** Es wird eine zusätzliche Stelle für eine aufsuchende Energieberatung für alle Braunschweiger Eigentümerinnen und Eigentümer geschaffen. Die größten CO2-Einsparungen können in den Bereichen Energie/Wärme und Verkehr erzielt werden und deshalb sollten die größten Anstrengungen auch in diesen Bereichen erfolgen. Um die Braunschweigerinnen und Braunschweiger mit Wohneigentum bei der Frage, an welcher Stelle sinnvolle Investitionen zur Energieeinsparung und CO2-Reduktion durchgeführt werden sollten, beraten zu können, soll eine aufsuchende Energieberatung angeboten werden. Dazu muss eine zusätzliche Stelle in der Energieberatung geschaffen werden, die sich aufgrund der erzielten Einsparungen bereits nach kurzer Zeit selbst tragen dürfte. Auf die weitergehenden inhaltlichen Ausführungen des CDU-Antrages „Konkrete Maßnahmen statt abstrakter Konzepte - Treibhausgasneutralität 2045 durch effiziente und generationengerechte Maßnahmen“ (DS.-Nr. 24-24242) wird an dieser Stelle hingewiesen.	0 + 41.000	0 + 82.000	0 + 83.640	0 + 85.313	0 + 87.019	Dauerhaft	Siehe hierzu die Vorlage zum Stellenplan. DS-Nummer: 24-24766
				Dafür:	-	*Dagegen:* -	*Enthaltung:* -	-			
			FPDA	*Dafür:*	*3*	*Dagegen:* *4*	*Enthaltung:* *4*	*Abgelehnt*			

Anlage 2.4.2

Ergebnishaushalt

Ansatzveränderungen der Verwaltung

Stand: 09. Dezember 2024

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Teilhaushalt		Aus-schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
Personalvertretung			**0**	**+ 16.400**	**0**	**+ 14.915**	**0**	**+ 14.915**	**0**	**+ 14.915**	**0**	**+ 14.915**	
1.11.1140.01 Personalvertretung	426120 Aufw. für Aus- undFortbildung, Umschulung		Durch die neue Zusammehsetzung der Personalratsgremien, die sich im Zusammenhang mit den diesjährigen Personalratswahlen erst nach der Haushaltsanmeldung ergeben haben, entsteht ein höherer Bedarf an Haushaltsmitteln für Aus- und Fortbildung einzelner Personalräte. Die Dienststelle hat gemäß§ 37 NPersVG die hierfür entstehenden Kosten zu tragen, wenn eine beantragte Schulung für das jeweilige Mitglied für die Tätigkeit im Personalrat erforderlich ist. Die Schulungen finden darüber hinaus wieder fast ausschließlich als Präsenzveranstaltungen statt, sodass hierdurch höhere Kosten als bei den Onlineschulungen der vergangenen Jahre entstehen.									
			0	+ 7.000	0	+ 6.515	0	+ 6.515	0	+ 6.515	0	+ 6.515	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.11.1140.01 Personalvertretung	427140 Veranstaltungen		Nach § 43 NPersVG besteht für die Örtlichen Personalräte kalenderjährlich die Verpflichtung eine Personalversammlung durchzuführen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass aufgrund der Teilnehmerzahlen und der damit verbundenen Raumgröße/Parkmöglichkeiten für Einsatzfahrzeuge eine Anmietung externer Räumlichkeiten erforderlich ist.									
			0	+ 9.400	0	+ 8.400	0	+ 8.400	0	+ 8.400	0	+ 8.400	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
Fachbereich 01 - Büro Oberbürgermeister			**0**	**+ 398.500**	**0**	**+ 100.000**	**0**	**+ 100.000**	**0**	**+ 100.000**	**0**	**+ 100.000**	
1.11.1116.10 Städtepartnerschaften/Int ern.Beziehungen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		Solidaritätspartnerschaft mit der Stadt Bila Tserkva/Ukraine									
			0	+ 100.000	0	+ 100.000	0	+ 100.000	0	+ 100.000	0	+ 100.000	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.12.1210.02 Wahlen und Abstimmungen	Diverse Diverse		Bürgerbegehren „Bahnübergang Grünewaldstraße"									
			0	+ 298.500	0	0	0	0	0	0	0	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Teilhaushalt		Aus-schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
Fachbereich 10 - Zentrale Dienste			**0**	**+ 232.363**	**0**	**+ 237.442**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
1.11.1145.01 Allg. Service- / Steuerungsunterstützung	443135 Bankgebühren und Porto		Zentrale Serviceleistungen, in denen die Aufwendungen der Gesamtverwaltung gebündelt veranschlagt werden (Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes)										
			0	+ 232.363	0	+ 237.442	0	0	0	0	0	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
Fachbereich 20 - Finanzen			**- 10.862.000**	**+ 33.216.208**	**- 2.727.800**	**+ 14.575.868**	**- 7.777.300**	**+ 16.061.767**	**- 7.200.100**	**+ 6.228.450**	**- 4.715.000**	**+ 7.746.152**	
1.11.1165.21 Verw.städt.Grundvermögen, Fremdanmietung	348510 Erst. verb.Untern., Betei.+Sonderverm.		Anpassung der Pacht/Sonderpacht										
			+ 873.100	0	+ 933.900	0	+ 933.900	0	+ 933.900	0	+ 933.900	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.11.1165.21 Verw.städt.Grundvermögen, Fremdanmietung	431520 Zuschuss an FB 65 für bebauten Bereich		Anpassungen an Mittelbedarf im Zusammenhang mit der Anmietung von Liegenschaften für die Unterbringung städtischer Org.-Einheiten										
			0	0	0	+ 340.000	0	+ 340.000	0	+ 340.000	0	+ 340.000	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.11.1165.21 Verw.städt.Grundvermögen, Fremdanmietung	Diverse Diverse		(Außerordentlicher) Ertrag und Aufwand im Zusammenhang mit dem Haus der Musik (nicht zahlungswirksam)										
			0	+ 13.579.412	+ 2.560.000	+ 490.000	0	+ 405.000	0	+ 797.000	0	+ 1.195.652	
		FPDA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
1.11.1166.01 Sonst. Grundst.-/Gebäudemanagement	361515 Zinsertrag verb.Unt.,Beteil.+SV Experim.		Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft und) Anpassung des Aufnahmezinssatzes ergeben sich entsprechend andere Erstattungsleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind.										
			- 278.300	0	+ 319.900	0	+ 624.700	0	+ 548.900	0	+ 491.100	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Teilhaushalt		Aus-schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
1.11.1166.01 Sonst. Grundst.-/Gebäudemanagement	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der Grundstücksgesellschaft Braunschweig GmbH										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24712)
			0	- 5.307.900	0	+ 2.050.000	0	- 1.500.000	0	- 500.000	0	- 500.000	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.25.2710.01 Volkshochschulen	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der Volkshochschule/Haus der Familie										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24720)
			0	+ 316.000	0	+ 336.300	0	0	0	- 402.300	0	- 833.300	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.41.4110.01 Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	361515 Zinsertrag verb.Unt.,Beteil.+SV Experim.		Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft und) Anpassung des Aufnahmezinssatzes ergeben sich entsprechend andere Erstattungsleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind.										
			- 8.475.100	0	- 5.379.200	0	- 5.403.200	0	- 4.261.300	0	- 3.149.000	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.41.4110.01 Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	369925 Sonst.Finanzerträge Experimentierklaus		Aktualisierte Planung										
			+ 60.000	0	+ 163.000	0	- 27.000	0	+ 210.000	0	+ 150.000	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.41.4110.01 Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der Städtisches Klinikum BS gGmbH										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24702)
			0	+ 26.087.196	0	+ 12.167.768	0	+ 15.512.667	0	0	0	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.42.4242.01 Eintracht-Stadion BgA	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der Braunschweiger Veranstaltungsstätten GmbH (Betriebsteil Eintracht-Stadion)										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24645)
			0	- 22.900	0	- 13.700	0	+ 37.400	0	+ 154.400	0	+ 173.400	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Teilhaushalt		Aus-schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
1.42.4242.02 Stadtbad Braunschweig GmbH	361515 Zinsertrag verb.Unt.,Beteil.+SV Experim.		Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft und) Anpassung des Aufnahmezinssatzes ergeben sich entsprechend andere Erstattungsleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind.										
			0	0	+ 34.900	0	+ 95.300	0	+ 153.000	0	+ 189.500	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-			
1.42.4242.02 Stadtbad Braunschweig GmbH	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der Stadtbad Braunschweig Sport- und Freizeit-GmbH										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24644)
			0	- 34.100	0	- 30.400	0	- 23.200	0	- 10.200	0	+ 800	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-			
1.52.5222.01 Wohnungsbaugesellschaften	361515 Zinsertrag verb.Unt.,Beteil.+SV Experim.		Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft und) Anpassung des Aufnahmezinssatzes ergeben sich entsprechend andere Erstattungsleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind.										
			- 248.800	0	- 503.800	0	- 693.800	0	- 877.100	0	- 871.300	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-			
1.54.5470.01 ÖPNV	361515 Zinsertrag verb.Unt.,Beteil.+SV Experim.		Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft und) Anpassung des Aufnahmezinssatzes ergeben sich entsprechend andere Erstattungsleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind.										
			- 1.541.400	0	- 762.400	0	- 3.324.500	0	- 3.827.500	0	- 2.561.400	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-			
1.54.5480.01 Sonstiger Personen- und Güterverkehr	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg-GmbH										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24706)
			0	- 123.200	0	- 119.200	0	0	0	0	0	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-			
1.55.5520.01 Öffentliche Gewässer / Wasserbau	361515 Zinsertrag verb.Unt.,Beteil.+SV Experim.		Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft und) Anpassung des Aufnahmezinssatzes ergeben sich entsprechend andere Erstattungsleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind.										
			- 42.900	0	- 39.100	0	- 147.600	0	- 181.900	0	- 174.100	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-			

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Teilhaushalt		Aus-schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
1.57.5712.01 Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften	361515 Zinsertrag verb.Unt.,Beteil.+SV Experim.		Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft und) Anpassung des Aufnahmezinssatzes ergeben sich entsprechend andere Erstattungsleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind.										
			- 1.103.500	0	- 37.400	0	+ 285.500	0	+ 435.100	0	+ 295.300	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.57.5712.01 Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der BS Stadtmarketing-GmbH										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24708)
			0	+ 47.700	0	+ 182.700	0	- 111.700	0	- 165.850	0	- 68.800	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.57.5712.01 Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der BS Zukunft-GmbH										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24707)
			0	- 112.300	0	- 118.800	0	- 52.300	0	+ 58.500	0	+ 58.500	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.57.5712.01 Wirtschaftsförderungs-Gesellschaften	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der Struktur-Förderung Braunschweig-GmbH										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24710)
			0	- 1.396.700	0	- 869.800	0	- 842.100	0	- 813.100	0	- 827.100	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.57.5731.05 Stadthalle	361515 Zinsertrag verb.Unt.,Beteil.+SV Experim.		Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft und) Anpassung des Aufnahmezinssatzes ergeben sich entsprechend andere Erstattungsleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind.										
			- 105.100	0	- 17.600	0	- 120.600	0	- 333.200	0	- 19.000	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.57.5731.08 Sonst. wirtschaftl. Unternehmen	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2025 der Braunschweig Beteiligungen GmbH										Siehe Vorlage zur Beratung des Wirtschaftsplans (DS 24-24647)
			0	+ 183.000	0	+ 161.000	0	+ 2.296.000	0	+ 6.770.000	0	+ 8.207.000	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Teilhaushalt		Aus-schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
Fachbereich 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit			**0**	**+ 82.000**	**0**	**+ 82.000**	**0**	**+ 82.000**	**0**	**+ 82.000**	**0**	**+ 82.000**	
1.12.1221.51 Tierschutz/Tiergesundheit	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		Grundlage ist das vom Rat am 24.05.2022 beschlossene Stadttaubenkonzept, das maßgeblich vom Verein Stadttiere e.V. umgesetzt wird. Dieser soll die Mittel, die bereits in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 entsprechend berücksichtigt waren, erhalten. Das Projekt ist nicht abgeschlossen und wird fortgesetzt, zumal die Stadt unterdessen erhebliche Mittel in Taubenschläge investiert hat, die vom Verein betrieben werden.										Es liegen sowohl Ansatzveränderungen der Verwaltung als auch ein politischer Antrag zu diesem Thema vor.
			0	+ 82.000	0	+ 82.000	0	+ 82.000	0	+ 82.000	0	+ 82.000	
		AFKO	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
Kultur und Wissenschaft			**0**	**+ 2.140.645**	**0**	**+ 2.261.538**	**0**	**+ 1.463.800**	**0**	**+ 1.468.100**	**0**	**+ 1.463.800**	
1.25.2610.08 Staatstheater	431110 Zuweisung an das Land		Dynamisierung der Kontinuitätsförderung und dauerhaften Projektförderung gem. Drs. Nr. 24-23943										
			0	0	0	+ 4.300	0	0	0	+ 4.300	0	0	
		AfKW	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
1.25.2610.08 Staatstheater	431110 Zuweisung an das Land		Vertraglichen Verpflichtungen ggü. dem Staatstheater, Mehrbedarf (u.a. durch tarifliche Personalkostensteigerungen) vor, was dazu führt, dass der vertraglich festgelegte Erstattungsbetrag von 1/3 der Kosten durch die Stadt Braunschweig steigt.										
			0	+ 2.108.445	0	+ 2.094.438	0	+ 1.401.000	0	+ 1.401.000	0	+ 1.401.000	
		AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
1.25.2811.04 Eigene kult. Veranst. sonst. Kulturpfl.	427140 Veranstaltungen		Vom 12. bis 14. Juni 2026 findet als Projekt von herausragender städtischer Bedeutung der "Tag der Niedersachsen" in Braunschweig statt. Die Stadt Braunschweig hat hierfür ein umfangreiches Rahmenprogramm anzubieten, welches überregional sichtbar sein soll. Als Schnittstelle von Kunst, Kultur und Wissenschaft obliegt es dem Kultur- und Wissenschaftsdezernat, die Braunschweig-Meile sowie das Rahmenprogramm für den Tag der Niedersachsen mitzuentwickeln und zu gestalten.										
			0	0	0	+ 100.000	0	0	0	0	0	0	
		AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
Diverse Diverse	Diverse Diverse		Dynamisierung der Kontinuitätsförderung und dauerhaften Projektförderung gem. Drs. Nr. 24-23943										
			0	+ 32.200	0	+ 62.800	0	+ 62.800	0	+ 62.800	0	+ 62.800	
		AfKW	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Teilhaushalt		Aus-schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
Referat 0500 - Sozialreferat			**0**	**+ 6.200**	**0**	**+ 12.600**	**0**	**+ 12.600**	**0**	**+ 12.600**	**0**	**+ 12.600**	
1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		Neuberechnung der Dynamisierung										
			0	+ 6.200	0	+ 12.600	0	+ 12.600	0	+ 12.600	0	+ 12.600	
		AVI	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*				
Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit			**+ 6.226.000**	**+ 14.730.905**	**+ 5.512.000**	**+ 15.477.385**	**+ 5.512.000**	**+ 6.816.400**	**+ 5.512.000**	**+ 6.816.400**	**+ 5.512.000**	**+ 6.816.400**	
1.31.3119.10 Verwalt. d. Soz.hilfe (o. Einr./Wohnen)	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Notwendige Haushaltsmittel zur Umsetzung des Mobil-Tickets ab 01.01.2025: Der bestehende Vertrag zwischen Verkehrsverbund Region Braunschweig GmbH, der BSVG und der Stadt BS über das Mobil-Ticket soll zum ab 01.01.2025 angepasst werden. Die Stadt Braunschweig zahlt der BSVG für jedes Sozialticket (BS-Mobil-Ticket für Inhaber/innen eines BS-Pass) eine sog. Fahrgeldauffüllung um dortige Mindererlöse teilweise zu kompensieren.										
			0	+ 2.162.900	0	+ 2.462.900	0	+ 2.462.900	0	+ 2.462.900	0	+ 2.462.900	
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*				
1.31.3119.10 Verwalt. d. Soz.hilfe (o. Einr./Wohnen)	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Anpassung wegen der vorgeschlagenen Preiserhöhung des Mobil-Tickets ab 01.01.2025										S. auch Ds. 24-24671 zur Anpassung des Vertrages zum BS-Mobil-Ticket
			0	- 702.000	0	- 597.000	0	- 597.000	0	- 597.000	0	- 597.000	
		AfSG 20.11.2024	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*				
		FPDA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*				
1.31.3121.10 Leistungen für Unterkunft und Heizung	Diverse Diverse		Anpassung an den tatsächlichen Mittelbedarf, zugleich Ertragsanpassung wegen des Erlasses der Bundesbeteiligungs-Festlegungsverordnung 2024 - BBFestV 2024										
			+ 616.000	+ 9.396.305	+ 616.000	+ 9.660.985	+ 616.000	+ 1.000.000	+ 616.000	+ 1.000.000	+ 616.000	+ 1.000.000	
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*				
1.31.3151.20 Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		DAVON: 13.800 € Neuberechnung der Dynamisierung, 7.800 € Begegnungsstätte Ottenroder Str., 400 € Begegnungsstätte Achilles Hof										
			0	+ 22.000	0	+ 39.300	0	+ 39.300	0	+ 39.300	0	+ 39.300	
		AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Teilhaushalt		Aus-schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
1.31.3430.10 Betreuungsleistungen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		Das Institut für persönliche Hilfen e. V. erhält eine dauerhafte Zuwendung für die Deckung der Personal- und Sachkosten für eine halbe Vollzeitstelle Sozialarbeit im Bereich der Querschnittsaufgaben. Grundlage für die Förderung ist der zwischen dem Verein und der Stadt geschlossene Vertrag vom										
			0	+ 5.800	0	0	0	0	0	0	0	0	
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
1.31.3460.10 Wohngeld	348110 Erstattung v. Land		Wohngeld-Plus-Gesetz Kommunen, die die Aufgaben der Wohngeldbehörde wahrnehmen, erhalten zukünftig vom Land Niedersachsen für die zusätzlich erforderlichen notwendigen Verwaltungskosten für die Umsetzung der Wohngeld-Plus-Gesetzes einen Ausgleich (seit 2023). Dies erfolgt über eine Änderung des										
			+ 1.190.000	0	+ 476.000	0	+ 476.000	0	+ 476.000	0	+ 476.000	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		DAVON: 22.400 € Neuberechnung der Dynamisierung, -4.800 € Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten - Siegfrieds Bürgerzentrum. Im Siegfriedviertel										
			0	+ 17.600	0	+ 40.200	0	+ 40.200	0	+ 40.200	0	+ 40.200	
		AFSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
1.41.4140.50 Gesundheitsförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		DAVON: 6.200 € Neuberechnung der Dynamisierung und -5.800 € DECKUNG Mehrbedarf bei 1.31.3430.10										
			0	+ 400	0	+ 12.800	0	+ 12.800	0	+ 12.800	0	+ 12.800	
		AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
Diverse Diverse	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		Neuberechnung der Dynamisierung										
			0	+ 27.900	0	+ 58.200	0	+ 58.200	0	+ 58.200	0	+ 58.200	
		AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
Diverse Leistungen für Bildung und Teilhabe	Diverse Diverse		Durch Änderung der Bundesbeteiligungsfestlegungsverordnung (BBFestV) ist mit einer höheren Beteiligung des Bundes an den Zweckausgaben für BuT nach dem SGB II sowie dem BKGG zu rechnen.-										
			+ 1.000.000	0	+ 1.000.000	0	+ 1.000.000	0	+ 1.000.000	0	+ 1.000.000	0	
		AfSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Teilhaushalt		Aus-schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
Diverse Eingliederungshilfe SGB IX	Diverse Diverse		Anhand der Hochrechnungsergebnisse 2024 ist erkennbar, dass die für das Jahr 2025 bisher geplanten HH-Mittel nicht ausreichen werden.										
			+ 3.420.000	+ 3.800.000	+ 3.420.000	+ 3.800.000	+ 3.420.000	+ 3.800.000	+ 3.420.000	+ 3.800.000	+ 3.420.000	+ 3.800.000	
		AFSG	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
Fachbereich 51 - Kinder, Jugend und Familie			**+ 1.321.000**	**+ 2.671.019**	**+ 1.305.400**	**+ 2.727.819**	**+ 1.306.348**	**+ 2.726.871**	**+ 1.307.315**	**+ 2.725.904**	**+ 1.308.301**	**+ 2.724.918**	
1.32.3148.61 Ink.pausch.§3NdsG finanz L.Land inklSchu	348110 Erstattung v. Land		Erstattungen des Landes, Nds. Gesetz über finanzielle Leistungen des Landes wegen der Einführung der inklusiven Schule, Berechnung erfolgt nach Einwohner- und Schüler*innenzahl.										
			+ 318.000	0	+ 318.000	0	+ 318.000	0	+ 318.000	0	+ 318.000	0	
		JHA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
1.36.3620.01.06 Beteiligungs- u. Spielplatzang.-heiten	445512 Erstatt. an Gebäudemanagement - Miete		Jahresmiete Jugendbüro, Mittel stehen durch üpl. Ausgabe und Deckung durch 0800 im Jahr 2024 für das Gesamtprojekt zur Verfügung und können ins Haushaltsjahr 2025 übertragen werden. Eine weitere Übertragung in 2026 ist nicht möglich, daher wird der Jahresbetrag für 2026 (und 2027) hier neu gemeldet. Das Förderprojekt läuft bis zum 31.12.2027.										
			0	0	0	+ 198.200	0	+ 198.200	0	0	0	0	
		JHA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
1.36.3620.01.06 Beteiligungs- u. Spielplatzang.-heiten	445512 Erstatt. an Gebäudemanagement - Miete		Jahresmiete Jugendbüro, Mittel stehen durch üpl. Ausgabe und Deckung durch 0800 im Jahr 2024 für das Gesamtprojekt zur Verfügung und können ins Haushaltsjahr 2025 übertragen werden. Nach erneuter Überprüfung der Sach- und Rechtslage ist eine Übertragung im rahmen der Zweckbindung gemäß § 20 Abs. 4 KomHKVO bis zur Abwicklung des Gesamtprojekts möglich. Die ursprünglich nachveranschlagten Mittel aus 2026 und 2027 werden daher										
			0	0	0	- 198.200	0	- 198.200	0	0	0	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.36.3630.06.05 Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Mehrbedarf durch Dynamisierungen auf Basis von Mitteilung 24-23943 in Höhe von 3,45% (vorher: 2,19%)										
			0	+ 1.200	0	+ 2.500	0	+ 2.500	0	+ 2.500	0	+ 2.500	
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Teilhaushalt		Aus-schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
1.36.3650.01 Betreuung von Kindern unter 3 Jahren	Diverse Diverse		Erhöhung Finanzhilfe für Krippengruppen und altersstufenübergreifende Gruppen Der Landesfinanzhilfesatz für Krippengruppen ist nach dem Ergebnis der Überprüfung der Finanzierungsanteile von Land und Kommunen an den										
			+ 63.000	- 63.000	+ 47.400	- 47.400	+ 48.348	- 48.348	+ 49.315	- 49.315	+ 50.301	- 50.301	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-		-			
1.36.3650.01.06 Kindertagespflege	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil. +Sonderv		Mehrbedarf durch Dynamisierungen auf Basis von Mitteilung 24-23943 in Höhe von 3,45% (vorher: 2,19%)										
			0	+ 1.400	0	+ 2.900	0	+ 2.900	0	+ 2.900	0	+ 2.900	
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
1.36.3650.03.08 Schukibetreug. Schulen/KoGS,Freie Träger	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		Schulkindbetreuung: Einplanung entsprechend des Mittelbedarfs										
			0	- 418.500	0	- 418.500	0	- 418.500	0	- 418.500	0	- 418.500	
		JHA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*				
1.36.3660.03.11 Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste	332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte		Entgeltanpassung für den Zeltplatz Lenste. Vorauss. Ratsbeschluss im September 2024										
			+ 10.000	0	+ 10.000	0	+ 10.000	0	+ 10.000	0	+ 10.000	0	
		JHA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
510-3200 Übergeordnete Kostenstelle FT, BT EKG	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		Anstehende Mietforderung Kita Warnekamp. Mittel wurden zunächst nicht in ausreichender Höhe eingeplant.										
			0	+ 17.000	0	+ 17.000	0	+ 17.000	0	+ 17.000	0	+ 17.000	
		JHA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
Diverse Diverse	431810 Zuschuss an übrige Bereiche		Mehrbedarf durch Dynamisierungen auf Basis von Mitteilung 24-23943 in Höhe von 3,45% (vorher: 2,19%)										
			0	+ 36.500	0	+ 74.900	0	+ 74.900	0	+ 74.900	0	+ 74.900	
		JHA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Teilhaushalt		Aus-schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
Diverse Eingliederungshilfe SGB IX	433910 Sonstige soziale Leistungen öT		Die Hälfte der laufenden Schulassistenzen sind sogenannte "Laienhelfer". Der neue Tarifabschluss sieht als Entgeltgruppe nun aber nur noch die Heilerziehungspflegehelfer vor, was eine Entgeltsteigerung bei den beauftragten Leistungen von 6,79-30,57% ausmacht.										
			0	+ 1.352.782	0	+ 1.352.782	0	+ 1.352.782	0	+ 1.352.782	0	+ 1.352.782	
		JHA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
Diverse Eingliederungshilfe SGB IX	Diverse Diverse		Durch Tarifsteigerungen bei den Leistungserbringern und der sich in der Überprüfung sowie Fallbegleitung höher darstellenden Bedarfe bei den jungen Menschen, machen die zu berücksichtigende Kostensteigerung erforderlich.										
			+ 930.000	+ 1.743.637	+ 930.000	+ 1.743.637	+ 930.000	+ 1.743.637	+ 930.000	+ 1.743.637	+ 930.000	+ 1.743.637	
		JHA	*Dafür:*	*12*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
Fachbereich 06 - Baurecht, Stadtbild, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft			**0**	**+ 455.000**	**0**	**+ 235.000**	**0**	**+ 235.000**	**0**	**+ 235.000**	**0**	**+ 235.000**	
1.54.5450.01 Straßenreinigung und Winterdienst	445610 Erstattung an sonstige öffentl. Sonderr.		Winterdienst für Radwege (s. u.a. Ratsentscheidung vom 14.07.2020 (20-13342-02). Maßnahme 11 der Ratsentscheidung lautet: Verbesserung bei Radwegereinigung und Winterdienst.										
			0	+ 220.000	0	0	0	0	0	0	0	0	
		AMTA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
1.55.5521.01 Betr./Unterh.öff. Gewässer / Wasserläufe	445717 Erstatt.priv.Untern.-SE|BS Nds. WasserG		Einige in der Sonderrechnung Stadtentwässerung ausgewiesene Kanalabschnitte werden in den tatsächlichen Verhältnissen nicht als Kanal, sondern als verrohrtes Gewässer angesehen. Dies hat zur Folge, dass die in der Sonderrechnung anfallenden kalkulatorischen Kosten für die verrohrten Gewässer nicht in die Kalkulation der Niederschlagswassergebühren einbezogen werden können. Der sich daraus ergebene Mehrbedarf i.H.v. rd. 85.000 EUR muss vom städtischen Haushalt getragen werden.										
			0	+ 85.000	0	+ 85.000	0	+ 85.000	0	+ 85.000	0	+ 85.000	
		AMTA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
1.55.5521.01 Betr./Unterh.öff. Gewässer / Wasserläufe	445717 Erstatt.priv.Untern.-SE|BS Nds. WasserG		Die Anmeldungen der Mitgliedsbeiträge für den Wasserverband Mittlere Oker (WVMO) wurde auf die neuen Forderungen des WVMO angepasst.										
			0	+ 150.000	0	+ 150.000	0	+ 150.000	0	+ 150.000	0	+ 150.000	
		AMTA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Teilhaushalt		Aus-schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
			2025		2026		2027		2028		2029		
Produkt-Nr. / Produktbezeichnung	Sachkonto / Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
Fachbereich 61 - Stadtplanung und Geoinformation			**0**	**+ 320.000**	**0**	**- 150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
1.51.5111.03 Bebauungsplanung	427115 Planungskosten		Für die Umsetzung des Planungsvorhabens BOMA+ wurde eine Vereinbarung mit der Volksbank geschlossen, wonach die Stadt sich an den Gesamtkosten beteiligt.										
			0	+ 320.000	0	0	0	0	0	0	0	0	
		APH	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*				
		FPDA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*				
Diverse Diverse	Diverse Diverse		Umsetzungen im Zusammenhang mit dem Digitalen Zwilling										
			0	0	0	- 150.000	0	0	0	0	0	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr			**0**	**+ 510.000**	**0**	**- 1.538.000**	**0**	**- 2.025.500**	**0**	**- 1.982.000**	**0**	**- 1.935.000**	
1.54.5400.02 Bereitstellung v. Straßen/Wegen/Plätzen	445710 Erstattung an private Unternehmen		Mehrbedarf für die Vertragsentgelte an Bellis und BS|Energy, sowie die Niederschlagswassergebühren										
			0	+ 510.000	0	+ 530.000	0	0	0	0	0	0	
		AMTA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*				
1.54.5400.02 Bereitstellung v. Straßen/Wegen/Plätzen	445710 Erstattung an private Unternehmen		Anpassung an den Mittelbedarf										
			0	0	0	+ 370.000	0	+ 370.000	0	+ 370.000	0	+ 370.000	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.54.5400.02 Bereitstellung v. Straßen/Wegen/Plätzen	445710 Erstattung an private Unternehmen		Haushaltsneutrale Umsetzungen wegen der Auftragsvergabe zum Betrieb der öffentlichen Beleuchtung sowie der Lichtsignalanlagen und Verkehrsanlagen, Verkehrsmanagement und Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Braunschweig (DS 24-24814)										
			0	0	0	- 2.438.000	0	- 2.395.500	0	- 2.352.000	0	- 2.305.000	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Teilhaushalt		Aus-schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
Fachbereich 68 - Umwelt			**+ 129.900**	**+ 232.000**	**+ 129.900**	**+ 172.000**	**+ 129.900**	**+ 50.000**	**+ 129.900**	**0**	**+ 129.900**	**0**	
1.55.5522.01 Hochwasserschutz	427115 Planungskosten		Planungskosten im Bereich Hochwasserschutz: Benötigt werden die Haushaltsmittel (insgesamt 180.000 € in 2025 und 120.000 € in 2026) zur Fortschreibung des Hochwasserschutzkonzept aus 2024 und Hochwasserschutzkonzept in 2025 und 2026 (Innenstadt).										
			0	+ 112.000	0	+ 52.000	0	0	0	0	0	0	
		UGA	*Dafür:*	*6*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
1.56.5610.04 Landschaftsrahmenplanung	427115 Planungskosten		Der Landschaftsrahmenplan (LRP) als zentrales Instrument zur Konkretisierung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege ist gem. § 10 (2) BNatSchG aufzustellen und gem. § 10 (4) BNatSchG mind. alle 10 Jahre in allen Bereichen fortzuschreiben bzw. neu aufzustellen. Die Verpflichtung der Fortschreibung wurde erst mit dem Insektenvielfaltsgesetz v. 18.08.2021 eingeführt, gilt voraussetzungslos und unterliegt keinem anlassbezogenen Erforderlichkeitsvorbehalt. Der LRP aus dem Jahre 2000 für das Gebiet der Stadt Braunschweig wurde zuletzt ausschließlich für das Schutzgut „Tiere und Pflanzen“ sowie im Bereich Biotopverbundplanung aktualisiert. Die Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Ziele sind der Handlungsrahmen für die Naturschutzverwaltung und dienen als Grundlage anderer Fachplanungen sowie in Verwaltungsverfahren.										
			0	+ 120.000	0	+ 120.000	0	+ 50.000	0	0	0	0	
		UGA	*Dafür:*	*6*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
1.56.5610.15 Klimaschutz	314110 Zuweisungen vom Land		Kostenausgleich für die Aufgabenwahrnehmung der Kommunen gem. §§ 18 und 20 NKlimaG für die Haushaltsplanung in 2025/2026. Bisher wurde davon ausgegangen, dass nur ein Betrag für Sachkosten als Ertrag bei FB 68 anzusetzen ist. Der ergangene Bescheid für das Jahr 2024 hat gezeigt, dass die Erträge i. H. von 237.939 Euro im vollem Umfang dem THH 68 zuzuordnen ist. Eine Aufteilung ist nicht vorzunehmen. 108.000 Euro sind jeweils für 2025 und 2026 veranschlagt. Die Differenz von 129.900 Euro ist für 2025 und 2026 als Ansatzveränderung nachzumelden. Für die mittelfristige Finanzplanung ist es möglich, dass sich die Beträge im Bescheid zum Klimagesetz ändern. Ansatzpunkte dafür gibt es im Moment nicht.										
			+ 129.900	0	+ 129.900	0	+ 129.900	0	+ 129.900	0	+ 129.900	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
Allgemeine Finanzwirtschaft			**- 5.195.000**	**- 7.653.700**	**+ 5.448.000**	**- 3.810.200**	**+10.384.000**	**- 12.818.200**	**+12.301.000**	**- 16.407.800**	**+16.383.000**	**- 14.824.300**	
1.61.6110.01 Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	301210 Grundsteuer B		Anpassungen insbesondere aufgrund der Ergebnisse der Herbst-Steuerschätzung 2024										
			0	0	+ 1.000.000	0	+ 1.100.000	0	+ 1.600.000	0	+ 2.100.000	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Teilhaushalt		Aus-schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
1.61.6110.01 Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	302110 Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer		Anpassungen aufgrund der Steuerschätzungen 2024										
			- 1.100.000	0	- 1.300.000	0	- 800.000	0	- 1.700.000	0	- 1.700.000	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.61.6110.01 Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	302210 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer		Anpassungen aufgrund der Steuerschätzungen 2024										
			- 1.400.000	0	- 1.300.000	0	- 1.300.000	0	- 1.300.000	0	- 1.300.000	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.61.6110.01 Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	311110 Schlüsselzuweisungen vom Land		Anpassungen aufgrund der Steuerschätzungen 2024										
			- 1.210.000	0	+ 8.000.000	0	+12.200.000	0	+14.400.000	0	+17.900.000	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.61.6110.01 Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	313110 Allgemeine Zuweisungen vom Land		Anpassungen aufgrund der Steuerschätzungen 2024										
			0	0	+ 730.000	0	+ 750.000	0	+ 760.000	0	+ 770.000	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	361520 Zinsertrag verb.Untern.,Bet.+ SV/Cashpool		Zinserträge Cashpool - Aktualisierung der Ertragserwartung; Die Weiterleitung der Zinserträge an die Cashpool-Teilnehmer erfolgt über das Sachkonto 451520. Der Aufwand korrespondiert mit Erträgen bei den Sachkonten 361520 und 361720.										
			- 401.600	0	- 737.600	0	- 618.400	0	- 508.800	0	- 430.400	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	361710 Zinsertrag Kreditinstitute		Zinserträge aus Geldanlagen - Aktualisierung der Ertragserwartung										
			- 100.400	0	- 184.400	0	- 154.600	0	- 127.200	0	- 107.600	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Teilhaushalt		Aus-schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	361720 Zinsertrag Kreditinstitute/Cash pool		Zinserträge Cashpool - Aktualisierung der Ertragserwartung; Die Weiterleitung der Zinserträge an die Cashpool-Teilnehmer erfolgt über das Sachkonto 451520. Der Aufwand korrespondiert mit Erträgen bei den Sachkonten 361520 und 361720.										
			- 983.000	0	- 760.000	0	- 793.000	0	- 823.000	0	- 849.000	0	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	451520 Zinsaufw. an verb.Unternehmen/ Cashpool		Zinserträge Cashpool - Aktualisierung der Ertragserwartung; Die Weiterleitung der Zinserträge an die Cashpool-Teilnehmer erfolgt über das Sachkonto 451520. Der Aufwand korrespondiert mit Erträgen bei den Sachkonten 361520 und 361720.										
			0	- 852.800	0	- 667.000	0	- 698.000	0	- 726.000	0	- 752.000	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	451710 Zinsaufwand an Kreditinstitute		Die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten führen zu geänderten Zinsaufwendungen										
			0	+ 7.262.000	0	+ 8.497.000	0	- 6.380.000	0	- 8.457.100	0	- 6.556.300	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	451715 Zinsaufwand an Kreditinst. Experiment.		Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Experimentierklausel) hier: Zinsaufwendungen durch die Stadt Die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel führen zu entsprechend anderen Zinsaufwendungen.										
			0	- 11.516.200	0	- 6.169.900	0	- 8.398.600	0	- 8.056.900	0	- 5.551.800	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	452110 Zinsaufwand für Liquiditätskredite		Die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten führen zu geänderten Zinsaufwendungen										
			0	+ 2.242.300	0	+ 2.365.700	0	+ 2.174.400	0	+ 500.200	0	- 2.158.200	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	459110 Kreditbeschaffungs kosten		Aktualisierte Planung										
			0	+ 151.000	0	+ 1.000	0	+ 511.000	0	+ 122.000	0	+ 44.000	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0

Teilhaushalt		Aus-schuss	Veränderungen in €										Anmerkungen
Produkt-Nr.	Sachkonto		2025		2026		2027		2028		2029		
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	459115 Kreditbeschaffungskosten Experimentierkl		Aktualisierte Planung										
			0	+ 60.000	0	+ 163.000	0	- 27.000	0	+ 210.000	0	+ 150.000	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				
1.61.6120.01 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	462130 Deckungsreserve Sachaufw. EHH (ohne IM)		Absenkung Deckungsreserven										
			0	- 5.000.000	0	- 8.000.000	0	0	0	0	0	0	
		FPDA	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
Diverse Fachbereiche			**0**	**+ 7.014.666**	**0**	**+ 7.064.328**	**0**	**+ 5.906.450**	**0**	**+ 6.009.171**	**0**	**+ 6.121.578**	
Diverse Fachbereiche													
Diverse Diverse	Diverse Diverse		Neuberechnung der Personalkosten										
			0	+ 7.014.666	0	+ 7.064.328	0	+ 5.906.450	0	+ 6.009.171	0	+ 6.121.578	
		0	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-				

Anlage 2.4.3

Ergebnishaushalt

Haushaltsneutrale Umsetzungen

Stand: 06. Dezember 2024

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Haushaltsneutrale Umsetzungen

Der FPDA hat die haushaltsneutralen Ansatzveränderungen der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Teilhaushalt		Veränderungen in €									
Produkt-Nr.	Sachkonto	2025		2026		2027		2028		2029	
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen
Diverse Fachbereiche		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**+ 0**
Kultur und Wissenschaft											
1.25.2630.10 Musikalische Ausbildung	427140 Veranstaltungen	Musikschulangebote in Geflüchtetenunterkünften									
		0	+ 5.000	0	+ 5.000	0	+ 5.100	0	+ 5.279	0	+ 5.516
1.25.2811.04 Eigene kult. Veranst. sonst. Kulturpfl.	427140 Veranstaltungen	Umsetzung von Haushaltsmitteln zur Aufstockung des Veranstaltungsetats aus der Nachveranschlagung der Eigenmittel zum Förderprogramm RIS im HH-Jahr 2025									
		0	+ 250.000	0	0	0	0	0	0	0	0
Referat 0500 - Sozialreferat											
1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferates	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Umsetzung der Zuschüsse ehem. Büro von Migrationsfragen von THH 50 in THH 0500									
		0	+ 827.500	0	+ 839.800	0	+ 856.596	0	+ 886.577	0	+ 926.473
Diverse Diverse	Diverse Diverse	Umsetzung der Zuschüsse ehem. Büro von Migrationsfragen von THH 50 in THH 0500									
		+ 147.500	+ 509.393	+ 147.500	+ 430.793	+ 151.188	+ 434.763	+ 151.943	+ 442.897	+ 152.703	+ 452.475
Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit											
1.31.3517.10 Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Umsetzung der Zuschüsse ehem. Büro von Migrationsfragen von THH 50 in THH 0500									
		0	- 175.000	0	- 175.000	0	- 178.500	0	- 184.748	0	- 193.061
1.31.3517.20 Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Umsetzung der Zuschüsse ehem. Büro von Migrationsfragen von THH 50 in THH 0500									
		0	- 627.500	0	- 639.800	0	- 652.596	0	- 675.437	0	- 705.832

Haushaltslesung 2025/2026 - Ergebnishaushalt - Haushaltsneutrale Umsetzungen

Der FPDA hat die haushaltsneutralen Ansatzveränderungen der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Teilhaushalt		Veränderungen in €									
Produkt-Nr.	Sachkonto	2025		2026		2027		2028		2029	
Produktbezeichnung	Art des Ertrages/ Aufwands	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen
1.31.3517.30 Integration von Geflüchteten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Umsetzung der Zuschüsse ehem. Büro von Migrationsfragen von THH 50 in THH 0500									
		0	- 30.000	0	- 30.000	0	- 30.600	0	- 31.671	0	- 33.096
Diverse Diverse	Diverse Diverse	Umsetzung der Zuschüsse ehem. Büro von Migrationsfragen von THH 50 in THH 0500									
		- 147.500	- 509.393	- 147.500	- 430.793	- 151.188	- 434.763	- 151.943	- 442.897	- 152.703	- 452.475
Fachbereich 67 - Stadtgrün und Sport											
1.42.4210.01 Sportförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Mit Beschluss des VA im November 2024 (DS 24-24374) gibt der BSV Ölper das an den Verein verpachtete Sportgelände mit Wirkung zum 1.1.25 an die Stadt zurück. Zukünftig ist das Ref. 0670 für die Instandhaltung und Pflege des großen Sportgeländes zuständig und die Unterhaltungszuschüsse an den Verein entfallen.									
		0	- 70.900	0	- 73.400	0	- 76.000	0	- 78.700	0	- 81.500
4S.670048 Global-Instandh. Sportstätten	421270 Infrastrukturverm. - Unterh. Grünanlag.	Mit Beschluss des VA im November 2024 (DS 24-24374) gibt der BSV Ölper das an den Verein verpachtete Sportgelände mit Wirkung zum 1.1.25 an die Stadt zurück. Zukünftig ist das Ref. 0670 für die Instandhaltung und Pflege des großen Sportgeländes zuständig und die Unterhaltungszuschüsse an den Verein entfallen.									
		0	+ 70.900	0	+ 73.400	0	+ 76.000	0	+ 78.700	0	+ 81.500
Stabsstelle 0800 - Wirtschaftsdezernat											
1.57.5711.01 Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark.	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.	Umsetzung von Haushaltsmitteln zur Aufstockung des Veranstaltungsetats aus der Nachveranschlagung der Eigenmittel zum Förderprogramm RIS im HH-Jahr 2025									
		0	- 250.000	0	0	0	0	0	0	0	0

Anlage 2.5

Finanzhaushalt (inkl. IP)

Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2025/2026

Stand: 10. Dezember 2024

Anlage 2.5.1

Finanzhaushalt

Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Investitionsprogramm 2024-2029

Stand: 10. Dezember 2024

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	Teilhaushalt 20 - Finanzen											
	Vorplanungen Gebäudemaßnahmen											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	3E.21 Neu	Kita Watenbüttel - GS Watenbüttel - Völkenrode / Vorplanungen	**SBR 321**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für ein Konzept zum Fortbestand der Kindertagesstätte in Watenbüttel und zur Errichtung des Ganztagsbetriebes an der Grundschule Watenbüttel/Völkenrode
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	*)	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Eine Kostenschätzung liegt noch nicht vor.
			APH									**abgelehnt 0 / 9 / 1**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	3E.21 Neu	Feuerwehrgerätehäuser / Konzept Mängelbeseitigung	**SBR 322**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Prüfung, mit welchem abgestuften Zeitplan, die bereits verwaltungsseitig festgestellten Mängel der im Bezirk 322 liegenden Feuerwehrhäuser behoben werden können
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	*)	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Es werden je Jahr Finanzmittel in Höhe von 150.000 EUR für die Beseitigung von Mängeln an Feuerwehrgerätehäusern zur Verfügung gestellt (4S.210017). Zur Prioritätensetzung der Abarbeitung von Mängeln dienen zum einen der Begehungsbericht der FUK, die Prioritätenliste aus dem Feuerwehrbedarfsplan sowie die Möglichkeiten der jeweiligen Maßnahmen an den Feuerwehrhäusern (24-24160-01). In diesem Rahmen werden auch die Mängel an den Feuerwehrhäusern im Stadtbezirk 322 abgearbeitet. Weitere Haushaltsmittel werden für nicht erforderlich gehalten.
			AFKO									**abgelehnt: 0 / 10 / 0**
			APH									**Der Antrag wurde für erledigt erklärt** (siehe Anmerkung der Verwaltung)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	3E.21 Neu	Feuerwehrhaus Harxbüttel / Vorplanung Überdachung Grillplatz	**SBR 322**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Prüfung, ob und in welcher Form dem Bauantrag der Freiwilligen Feuerwehr Harxbüttel für die Verlängerung der Überdachung Grillplatz incl. Abstellcontainer entsprochen werden kann; die Architektenleistungen und die Umsetzung plant die Freiwillige Feuerwehr Harxbüttel in eigener Regie mit Unterstützung u.a. von Architekten, Statikern etc., für deren Arbeit keine Kosten für die Stadt Braunschweig entstehen.
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	*)	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Eine Kostenschätzung liegt noch nicht vor.
			AFKO									**abgelehnt: 1 / 9 / 0**
			APH									**Der Antrag wurde für erledigt erklärt.**
	BSA Rüningen / Vorplanung Laufschlauch											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
169	3E.67 Neu	BSA Rüningen / Vorplanung Laufschlauch	**SPD-Fraktion**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 ff. für die Planung eines Laufschlauches auf der Bezirkssportanlage Rüningen
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**0**	**0**	***)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	Im Vorbericht des Haushaltsplans soll weiterhin das Umsetzungsprojekt unter dem Kapitel 3.2.9.3 "Zukunftsprojekte" (4E.Neu) aufgenommen werden.
												Anmerkung der Verwaltung Eine Kostenschätzung liegt noch nicht vor.
			SpA									**passieren lassen (10 / 0 / 0)**
169	**3E.21 Neu**	BSA Rüningen / Vorplanung Laufschlauch	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung neu:**
			neu	100.000	0	0	100.000	0	0	0	0	Für die Vorplanung des Laufschlauchs werden Planungsmittel für 2026 in Höhe von 100.000 EUR geschätzt. Die fachliche Zuständigkeit liegt entgegen der bisherigen Annahme beim Fachbereich Gebäudemanagement und nicht beim Sportreferat.
			Veränderung	100.000	0	0	100.000	0	0	0	0	
												Die Umsetzungskosten der Maßnahme werden nach grober Kostenschätzung auf 3.760.000 EUR beziffert.
			FPDA									**abgelehnt 5/ 6 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
		Grundstückskauf "Am Gewandhaus"										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
111	4E.200006	Am Gewandhaus / Ankauf	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	3.200.000	0	3.200.000	0	0	0	0	0	Verringerung der Haushaltsmittel i. H. v. 14.999.999 EUR auf 1 EUR für 2025 für den Ankauf des Gebäudes "Am Gewandhaus"
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-3.200.000	0	-3.200.000	0	0	0	0	0	
			WA									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	24	**Erwerb von Grundstücken und Gebäuden** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
111	4E.200006	Am Gewandhaus / Ankauf	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	11.800.000	0	11.800.000	0	0	0	0	0	Verringerung der Haushaltsmittel i. H. v. 14.999.999 EUR auf 1 EUR für 2025 für den Ankauf des Gebäudes "Am Gewandhaus"
			neu	100	0	100	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-11.799.900	0	-11.799.900	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Finanzraten können nur in vollen 100 EUR vorgesehen werden.
			WA									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden **Teilhaushalt 20 - Finanzen** **Baumaßnahmen Vienna house** Die "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" beantragt, die Finanzraten in Höhe von 3,2 Mio. EUR für Baumaßnahmen am Vienna housse im Rahmen des 2.BA vorzuziehen. Alle Baumaßnahmen am Vienna house wurden in einem Projekt abgebildet, sind jedoch aufgrund ihrer Inhalte im Investitionsprogramm anderen Sparten (wie z.B. Kita, Sport, Flüchtlingsunterkunft) zugeordnet worden. Das Projekt gliedert sich wie folgt auf: -Herrichtung Flüchtlingsunterkunft -Herrichtung Kita -Herrichtung Sporthalle -Sanierung Bestandsgebäude												
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
115	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	1.800.000	0	500.000	1.000.000	300.000	0	0	0	Beibehaltung der Fiannzraten für die Herrichtung der Flüchtlingsunterkunft im Gebäudekomplex "Vienna house"
		Herrichtung Flüchtlingsunterkunft	neu	1.800.000	0	500.000	1.000.000	300.000	0	0	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	
			JHA									**Der Antrag wurde zurückgezogen**
			APH									**Der Antrag wurde zurückgezogen**
			AFSG									**Der Antrag wurde für erledigt erklärt.**
115	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	3.200.000	0	0	0	0	0	0	3.200.000	Vorziehen der Finanzraten in Höhe von 3,2 Mio. EUR von 2030 für die Einrichtung einer Kita
		Herrichtung Kita	neu	3.200.000	0	1.000.000	1.000.000	1.200.000	0	0	0	
			Veränderung	0	0	1.000.000	1.000.000	1.200.000	0	0	-3.200.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Es gibt hierzu eine Ansatzveränderung der Verwaltung, die ein Vorziehen der Finanzraten für die Kita auf 2025-2027 in Höhe von 3.200.000 EUR vorsieht
			JHA									**Der Antrag wurde zurückgezogen**
			APH									**Der Antrag wurde zurückgezogen**
			AFSG									**Der Antrag wurde für erledigt erklärt.**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
115	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	2.500.000	0	500.000	1.000.000	1.000.000	0	0	0	Beibehaltung der Fiannzraten für die Herrichtung der Sporthalle im Gebäudekomplex "Vienna house"
		Herrichtung Sporthalle	neu	2.500.000	0	500.000	1.000.000	1.000.000	0	0	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	
			JHA									**Der Antrag wurde zurückgezogen**
			APH									**Der Antrag wurde zurückgezogen**
			AFSG									**Der Antrag wurde für erledigt erklärt.**
115	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	12.650.000	0	1.500.000	3.500.000	3.000.000	1.850.000	0	2.800.000	Beibehaltung der Fiannzraten für die Sanierung der Bestandsgebäude im Gebäudekomplex "Vienna house"
		Sanierung Bestandsgebäude	neu	12.650.000	0	1.500.000	3.500.000	3.000.000	1.850.000	0	2.800.000	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	
			JHA									**Der Antrag wurde zurückgezogen**
			APH									**Der Antrag wurde zurückgezogen**
			AFSG									**Der Antrag wurde für erledigt erklärt.**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Sanierung Gebäude Hamburger Str. (Gesundheitsamt)												
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
114	4E.210288	Gesundheitsamt / Sanierung	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	1.240.000	245.000	0	0	0	0	0	995.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 9.950.000 EUR für die Sanierung des Gesundheitsamtes auf die Jahre 2025-2027
			neu	2.235.000	245.000	600.000	790.000	600.000	0	0	0	
			Veränderung	995.000	0	600.000	790.000	600.000	0	0	-995.000	
			APH									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
			AFSG									**26.09.2024: passieren lassen (11 / 0 / 0)** - Der Antrag soll erneut am 20.11.2024 im AFSG behandelt werden.
			AFSG									**20.11.2024: abgelehnt (1 / 9 / 0)**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
114	4E.210288	Gesundheitsamt / Sanierung	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	11.160.000	2.205.000	0	0	0	0	0	8.955.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 9.950.000 EUR für die Sanierung des Gesundheitsamtes auf die Jahre 2025-2027
			neu	10.165.000	2.205.000	2.400.000	3.160.000	2.400.000	0	0	0	
			Veränderung	-995.000	0	2.400.000	3.160.000	2.400.000	0	0	-8.955.000	**Anmerkung der Verwaltung** Bei Annahme des Antrages wären Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 3.160.000 EUR zu Lasten 2026 und 2.400.000 EUR zu Lasten 2027 erforderlich.
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	3.160.000	**VE 2026 Veränderung:**			**3.160.000**	
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	2.400.000	**VE 2027 Veränderung:**			**2.400.000**	
			APH									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
			AFSG									**26.09.2024: passieren lassen (11 / 0 / 0)** - Der Antrag soll erneut am 20.11.2024 im AFSG behandelt werden.
			AFSG									**20.11.2024: abgelehnt (1 / 9 / 0)**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Maßnahme Neubau Kinder-, und Jugendzentrum												
		JZ B 58 - Antrag des SBR 330										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	**SBR 330**									
			bisher	4.500.000	124.000	0	0	0	0	0	4.376.000	Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 in Höhe 9.050.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums B 58 auf die Jahre 2025 und 2026
			neu	1.934.000	124.000	1.000.000	810.000	0	0	0	0	
			Veränderung	-2.566.000	0	1.000.000	810.000	0	0	0	-4.376.000	**Anmerkung der Verwaltung** Die bereits bekannten Mehrkosten würden bei diesem Antrag nicht berücksichtigt werden. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor.
			JHA									**01.10.2024: passieren lassen (12 / 0 / 0)** Der Antrag soll erneut am 21.11.2024 im JHA behandelt werden.
			JHA									**21.11.2024: abgelehnt (2 / 9 / 2)**
			APH									**passieren lassen (11 / 0 / 0)**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	**SBR 330**									
			bisher	18.000.000	496.000	0	0	0	0	0	17.504.000	Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 in Höhe 9.050.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums B 58 auf die Jahre 2025 und 2026
			neu	7.736.000	496.000	4.000.000	3.240.000	0	0	0	0	
			Veränderung	-10.264.000	0	4.000.000	3.240.000	0	0	0	-17.504.000	zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 3.240.000 EUR **Anmerkung der Verwaltung** Die bereits bekannten Mehrkosten würden bei dieser Antrag nicht berücksichtigt werden. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Partei "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor.
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	3.240.000	**VE 2026 Veränderung:**			**3.240.000**	
			JHA									**01.10.2024: passieren lassen (12 / 0 / 0)** Der Antrag soll erneut am 21.11.2024 im JHA behandelt werden.
			JHA									**21.11.2024: abgelehnt (2 / 9 / 2)**
			APH									**passieren lassen (11 / 0 / 0)**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
JZ B 58 - Antrag Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI												
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
116	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	4.500.000	124.000	0	0	0	0	0	4.376.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 21.880.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums B 58 vauf die Jahre 2025 und 2026
			neu	4.500.000	124.000	2.000.000	2.376.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	2.000.000	2.376.000	0	0	0	-4.376.000	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 330 vor.
			JHA									**01.10.2024: passieren lassen (12 / 0 / 0)** Der Antrag soll erneut am 21.11.2024 im JHA behandelt werden.
			JHA									**21.11.2024: abgelehnt (2 / 9 / 2)**
			APH									**passieren lassen (11 / 0 / 0)**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
116	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	18.000.000	496.000	0	0	0	0	0	17.504.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 21.880.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums B 58 vauf die Jahre 2025 und 2026
			neu	18.000.000	496.000	8.000.000	9.504.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	8.000.000	9.504.000	0	0	0	-17.504.000	**Anmerkung der Verwaltung** Bei Annahme des Antrages wäre eine VE zu Lasten 2026 i. H. v. 9.504.000 EUR erforderlich. Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 330 vor.
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	9.504.000	**VE 2026 Veränderung:**			**9.504.000**	
			JHA									**01.10.2024: passieren lassen (12 / 0 / 0)** Der Antrag soll erneut am 21.11.2024 im JHA behandelt werden.
			JHA									**21.11.2024: abgelehnt (2 / 9 / 2)**
			APH									**passieren lassen (11 / 0 / 0)**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
JZ Watenbüttel - Antrag des SBR 321												
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210474	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	**SBR 321**									
			bisher	95.000	0	0	0	0	0	0	95.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 950.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums Watenbüttel auf 2025
	(inkl. 5E.210156)		neu	95.000	0	95.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	95.000	0	0	0	0	-95.000	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegt ein ähnlicher Antrag der FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI vor.
			JHA									**01.10.2024: passieren lassen (12 / 0 / 0)** Der Antrag soll erneut am 21.11.2024 im JHA behandelt werden.
			JHA									**21.11.2024: abgelehnt (0 / 13 / 1)**
			APH									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210474	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	**SBR 321**									
			bisher	937.000	82.000	0	0	0	0	0	855.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 950.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums Watenbüttel auf 2025
	(inkl. 5E.210156 - Grundstückskauf)		neu	937.000	82.000	855.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	855.000	0	0	0	0	-855.000	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegt ein ähnlicher Antrag der FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI vor.
			JHA									**01.10.2024: passieren lassen (12 / 0 / 0)** Der Antrag soll erneut am 21.11.2024 im JHA behandelt werden.
			JHA									**21.11.2024: abgelehnt (0 / 13 / 1)**
			APH									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
JZ Watenbüttel - Antrag Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI												
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
117a	4E.210474	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	95.000	0	0	0	0	0	0	95.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 950.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums Watenbüttel auf 2025
	(inkl. 5E.210156)		neu	95.000	0	95.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	95.000	0	0	0	0	-95.000	**Anmerkung der Verwaltung** Die Projektnummer wurde von 5E.210156 auf 4E.210474 rein aus haushaltstechnischer Sicht geändert (4*er Projekte: Aufwand- und Investitionsprojekte; 5*er Projekte: investive Projekte). Die HH-Mittel auf dem Projekt 5E.210156 in Höhe von 82.000 EUR waren für den Grundstückskauf bestimmt. Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 321 vor.
			JHA									**01.10.2024: passieren lassen (12 / 0 / 0)** Der Antrag soll erneut am 21.11.2024 im JHA behandelt werden.
			JHA									**21.11.2024: abgelehnt (0 / 13 / 1)**
			APH									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
117b	4E.210474	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	937.000	82.000	0	0	0	0	0	855.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 950.000 EUR für den Neubau des Jugendzentrums Watenbüttel auf 2025
	(inkl. 5E.210156 - Grundstückskauf)		neu	937.000	82.000	855.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	855.000	0	0	0	0	-855.000	**Anmerkung der Verwaltung** Die Projektnummer wurde von 5E.210156 auf 4E.210474 rein aus haushaltstechnischer Sicht geändert (4*er Projekte: Aufwand- und Investitionsprojekte; 5*er Projekte: investive Projekte). Die HH-Mittel auf dem Projekt 5E.210156 in Höhe von 82.000 EUR waren für den Grundstückskauf bestimmt. Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 321 vor.
			JHA									**01.10.2024: passieren lassen (12 / 0 / 0)** Der Antrag soll erneut am 21.11.2024 im JHA behandelt werden.
			JHA									**21.11.2024: abgelehnt (0 / 13 / 1)**
			APH									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	Kita-Maßnahmen											
	Anbau Kita Wenden											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E. 21 Neu	Kita Wenden / Anbau	**SBR 322**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 ff. für den Anbau an die Kita Wenden, der die erforderlichen Vorgaben zum Flächenbedarf zur Wiedereinrichtung einer 4.Gruppe erfüllt und die Aufstockung des Platzangebotes ermögiicht
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	0	
			Veränderung	**0**	0	*)	*)	*)	*)	*)	0	**Anmerkung der Verwaltung** Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass Eltern bei der Auswahl der Kindertagesstätte nicht an eine bestimmte Einrichtung gebunden sind und im Umfeld der ev. Kindertagesstätte in Wenden insbesondere nach Inbetriebnahme der Kindertagesstätten Warnekamp, und der VW Betriebs-Kita Löwenkinder sowie der Aufnahme einer Kindergartengruppe der Betriebs-Kita Frech Daxe (VW Financial im Käferweg) für örtliche Bedarfe weitere Plätze vorhanden sind. Allein in letzterer Einrichtung stehen 25 zusätzliche Plätze für Kindergartenkinder aus dem Stadtgebiet zur Verfügung. Es sind somit ausreichend Auffangkapazitäten vorhanden (DS 24-23537-01)
												Von einer Kostenschätzung wird daher abgesehen.
			JHA									**abgelehnt 0 / 12 / 0**
			APH									**abgelehnt 0 / 10 / 1**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E. 21 Neu	Kita Wenden / Anbau	**SBR 322**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 ff. für den Anbau an die Kita Wenden, der die erforderlichen Vorgaben zum Flächenbedarf zur Wiedereinrichtung einer 4.Gruppe erfüllt und die Aufstockung des Platzangebotes ermögiicht
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	0	
			Veränderung	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	0	**Anmerkung der Verwaltung** Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass Eltern bei der Auswahl der Kindertagesstätte nicht an eine bestimmte Einrichtung gebunden sind und im Umfeld der ev. Kindertagesstätte in Wenden insbesondere nach Inbetriebnahme der Kindertagesstätten Warnekamp, und der VW Betriebs-Kita Löwenkinder sowie der Aufnahme einer Kindergartengruppe der Betriebs-Kita Frech Daxe (VW Financial im Käferweg) für örtliche Bedarfe weitere Plätze vorhanden sind. Allein in letzterer Einrichtung stehen 25 zusätzliche Plätze für Kindergartenkinder aus dem Stadtgebiet zur Verfügung. Es sind somit ausreichend Auffangkapazitäten vorhanden (DS 24-23537-01)
												Von einer Kostenschätzung wird daher abgesehen.
			JHA									**abgelehnt 0 / 12 / 0**
			APH									**abgelehnt 0 / 10 / 1**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
		Maßnahmen an Feuerwehrgerätehäusern										
		Neubau Feuerwehrhaus Geitelde -Stiddien - Antrag des SBR 222										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	**SBR 222**									
			bisher	522.900	120.000	0	0	0	0	0	402.900	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 2.014.400 EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien entsprechend der ursprünglichen Planung zum Haushalt 2023 ff.
			neu	236.000	120.000	116.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-286.900	0	116.000	0	0	0	0	-402.900	**Anmerkung der Verwaltung** Die Verwaltung hat in den Ansatzveränderungen das Vorziehen des Ersatzbaus mit Start im Jahr 2026 bereits berücksichtigt. Hierbei sind auch bekannte Mehrkosten schon mit eingeplant worden. Es liegt darüber hinaus ein ähnlicher Antrag der CDU-Fraktion vor.
			AFKO									**passieren lassen (10 / 0 / 0)**
			APH									**passieren lassen (11 / 0 / 0)**
			FPDA									**abgelehnt 0 / 11 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	**SBR 222**									
			bisher	2.691.500	1.080.000	0	0	0	0	0	1.611.500	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 2.014.400 EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien entsprechend der ursprünglichen Planung zum Haushalt 2023 ff.
			neu	2.124.000	1.080.000	1.044.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-567.500	0	1.044.000	0	0	0	0	-1.611.500	**Anmerkung der Verwaltung** Die Verwaltung hat in den Ansatzveränderungen das Vorziehen des Ersatzbaus mit Start im Jahr 2026 bereits berücksichtigt. Hierbei sind auch bekannte Mehrkosten schon mit eingeplant worden. Es liegt darüber hinaus ein ähnlicher Antrag der CDU-Fraktion vor.
			AFKO									**passieren lassen (10 / 0 / 0)**
			APH									**passieren lassen (11 / 0 / 0)**
			FPDA									**abgelehnt 0 / 11 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Neubau Feuerwehrhaus Geitelde -Stiddien - Antrag der CDU-Fraktion												
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
165	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	**CDU-Fraktion**									
			bisher	522.900	120.000	0	0	0	0	0	402.900	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 2.014.400 EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien von 2030 auf das Jahr 2025
			neu	522.900	120.000	402.900	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	402.900	0	0	0	0	-402.900	**Anmerkung der Verwaltung** Die Verwaltung hat in den Ansatzveränderungen das Vorziehen des Ersatzbaus mit Start im Jahr 2026 bereits berücksichtigt. Hierbei sind auch bekannte Mehrkosten schon mit eingeplant worden. Es liegt darüber hinaus ein ähnlicher Antrag des SBR 222 vor.
			AFKO	**0**	0	402.900	0	0	0	0	-402.900	**passieren lassen (10 / 0 / 0)**
			APH	0	0	402.900	0	0	0	0	-402.900	**passieren lassen (11 / 0 / 0)**
165 Neu	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	bisher	522.900	120.000	0	0	0	0	0	402.900	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 2.014.400 EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien von 2030 auf 2025-2027 sowie Erhöhung der Gesamtkosten um 3.332.600 EUR; der bisherige Antrag FWI 165 wird ersetzt
			neu	1.189.500	120.000	320.900	534.700	213.900	0	0	0	
			Veränderung	666.600	0	320.900	534.700	213.900	0	0	-402.900	**Anmerkung der Verwaltung** Die Verwaltung hat in den Ansatzveränderungen das Vorziehen des Ersatzbaus mit Start im Jahr 2026 bereits berücksichtigt. Es liegt darüber hinaus ein ähnlicher Antrag des SBR 222 vor.
			FPDA									**abgelehnt 3 / 8 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
165	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	**CDU-Fraktion**									
			bisher	2.691.500	1.080.000	0	0	0	0	0	1.611.500	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 2.014.400 EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien von 2030 auf das Jahr 2025
			neu	2.691.500	1.080.000	1.611.500	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	1.611.500	0	0	0	0	-1.611.500	**Anmerkung der Verwaltung** Die Verwaltung hat in den Ansatzveränderungen das Vorziehen des Ersatzbaus mit Start im Jahr 2026 bereits berücksichtigt. Hierbei sind auch bekannte Mehrkosten schon mit eingeplant worden. Es liegt darüber hinaus ein ähnlicher Antrag des SBR 222 vor.
			AFKO	0	0	1.611.500	0	0	0	0	-1.611.500	**passieren lassen (10 / 0 / 0)**
			APH	0	0	1.611.500	0	0	0	0	-1.611.500	**passieren lassen (11 / 0 / 0)**
165 Neu	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	bisher	2.691.500	1.080.000	0	0	0	0	0	1.611.500	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 2.014.400 EUR für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien von 2030 auf 2025-2027 sowie Erhöhung der Gesamtkosten um 3.332.600 EUR; der bisherige Antrag FWI 165 wird ersetzt
			neu	5.357.500	1.080.000	1.283.200	2.138.800	855.500	0	0	0	
			Veränderung	**2.666.000**	**0**	**1.283.200**	**2.138.800**	**855.500**	**0**	**0**	**-1.611.500**	zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 855.500 EUR **Anmerkung der Verwaltung** Die Verwaltung hat in den Ansatzveränderungen das Vorziehen des Ersatzbaus mit Start im Jahr 2026 bereits berücksichtigt. Es liegt darüber hinaus ein ähnlicher Antrag des SBR 222 vor.
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	855.500	**VE 2027 Veränderung:**			**855.500**	
			FPDA									**abgelehnt 3 / 8 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Klimaschutzmaßnahmen "Städtische Gebäude"												
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
113	4S.210106	Städt. Maßnahmen / Klimaschutz	**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**									
			bisher	5.799.500	5.799.500	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 1 Mio. EUR für Klimaschutzmaßnahmen an Städtischen Gebäuden
			neu	10.799.500	5.799.500	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0	
			Veränderung	5.000.000		1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0	
			APH									**passieren lassen (11 / 0 / 0)**
			FPDA									**abgelehnt 4 / 7 / 0**
112	4S.210107	städt. Gebäudemaßnah. / Begrünung	**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**									
			bisher	1.000.000	1.000.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 500.000 € für Begrünungsmaßnahmen an Städtischen Gebäuden
			neu	3.500.000	1.000.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	0	
			Veränderung	2.500.000		500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	0	**Hinweis der Verwaltung** Die Ansatzveränderungen der Verwaltung beinhalten bereits eine Aufstockung der Haushaltsmittel um jährlich 450.000 €.
			APH									**Der Antrag wurde zurückgezogen.**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
		Teilhaushalt 51 - Kinder, Jugend und Familie										
	26	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**41.000**		**8.200**	**8.200**	**8.200**	**8.200**	**8.200**	**0**	
118	5S.510013	FB 51:Global-Sachanl. Zeltlager L.	**SPD**									
			bisher	775.000	600.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 7.500 EUR jährlich für die Beschaffung von Innenzelten für das Jugendzeltlager Lenste
			neu	812.500	600.000	42.500	42.500	42.500	42.500	42.500	0	**Anmerkung der Verwaltung**
			Veränderung	37.500		7.500	7.500	7.500	7.500	7.500	0	Auf Grundlage eines aktuellen Angebotes wären bei einem Ersatz von 5 Innenzelten pro Jahr 8.200 EUR (statt 7.500 EUR p.a.) zu veranschlagen.
			JHA	41.000	0	8.200	8.200	8.200	8.200	8.200	0	**angenommen 11 / 1 / 0;** der Betrag wurde von 7.500 EUR auf 8.200 EUR geändert
												(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 2.7)
			FPDA	**41.000**	**0**	**8.200**	**8.200**	**8.200**	**8.200**	**8.200**	**0**	**angenommen **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Teilhaushalt 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege												
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
119	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	544.700	350.700	38.800	38.800	38.800	38.800	38.800	0	geringere Erträge in Höhe von 38.800 EUR jährlich für 2025-2029 für die Bezuschussung von privaten Denkmälern
			neu	350.700	350.700	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-194.000		-38.800	-38.800	-38.800	-38.800	-38.800	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die Erträge wurden ab 2025 von 33.300 EUR auf 38.800 EUR erhöht.
			APH									**abgelehnt 1 /10 /0**
												(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 2.7)
			FPDA									**abgelehnt **)**
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
119	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	1.580.500	1.053.000	105.500	105.500	105.500	105.500	105.500	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 105.500 EUR jährlich für 2025-2029 für die Bezuschussung von privaten Denkmälern
			neu	1.053.000	1.053.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-527.500		-105.500	-105.500	-105.500	-105.500	-105.500	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die Haushaltsmittel wurden ab 2025 von 100.000 EUR auf 105.500 EUR erhöht.
			APH									**abgelehnt 1 /10 /0**
												(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 2.7)
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr												
Baugebiet Feldstr. AP 23 - Antrag von SBR 310												
	19	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	**SBR 310**									
			bisher	3.285.000	0	0	0	0	0	0	3.285.000	Vorziehen der Einzahlungsrate (hier Beiträge) 2030 in Höhe von 3.285.000 EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstr.auf 2025-2028; die Einzahlungsraten sollen wie zum Haushalt 2023 ff. eingeplant werden
			neu	3.285.000	0	2.000.000	950.000	165.000	170.000	0	0	
			Veränderung	**0**		2.000.000	950.000	165.000	170.000	0	-3.285.000	**Anmerkung der Verwaltung** Die beantragten Planungsraten entsprechen den Planungsraten mit dem Stand des Haushaltsplanes 2023 ff. In diesen waren Personalkosten enthalten. In dieser Liste werden lediglich die investiven Finanzraten dargestellt. Es wird beantragt, die Finanzraten vorzuziehen. In der Folge würden auch die Ertragsraten vorgezogen. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor.
			AMTA									**abgelehnt 0 / 10 / 0** **(siehe auch Stellungnahme der Verwaltungvzu FWI 120 - Anlage 2.7)**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	**SBR 310**									
			bisher	6.679.995	579.995	0	0	0	0	0	6.100.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe von 6.100.000 EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstr. auf 2025-2029; die Finanzraten sollen wie zum Haushalt 2023 ff. eingeplant werden
			neu	4.229.995	579.995	1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0	0	
			Veränderung	-2.450.000		1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0	-6.100.000	zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 450.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.000.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 1.200.000 EUR
												Anmerkung der Verwaltung Die beantragten Planungsraten entsprechen den Planungsraten mit dem Stand des Haushaltsplanes 2023 ff. In diesen waren Personalkosten enthalten. In dieser Liste werden lediglich die investiven Finanzraten dargestellt. Es wird beantragt, die Finanzraten vorzuziehen. In der Folge würden auch die Ertragsraten vorgezogen. Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor.
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	450.000	**VE 2026 Veränderung:**			**450.000**	
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.000.000	**VE 2027 Veränderung:**			**1.000.000**	
				VE 2028:	0	VE 2028 neu:	1.200.000	**VE 2028 Veränderung:**			**1.200.000**	
				VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	**VE 2029 Veränderung:**			**0**	
			AMTA									**abgelehnt 0 / 10 / 0** **(siehe auch Stellungnahme der Verwaltungvzu FWI 120 - Anlage 2.7)**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Baugebiet Feldstr. AP 23 - Antrag von "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI"												
	19	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
120	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	3.285.000	0	0	0	0	0	0	3.285.000	Vorziehen der Einzahlungsrate (hier Beiträge) 2030 in Höhe von 3.285.000 EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstr.auf 2025-2028; die Einzahlungsraten sollen wie zum Haushalt 2023 ff. eingeplant werden
			neu	3.285.000	0	2.000.000	950.000	165.000	170.000	0	0	
			Veränderung	**0**		2.000.000	950.000	165.000	170.000	0	-3.285.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Die beantragten Planungsraten entsprechen den Planungsraten mit dem Stand des Haushaltsplanes 2023 ff. In diesen waren Personalkosten enthalten. In dieser Liste werden lediglich die investiven Finanzraten dargestellt. Es wird beantragt, die Finanzraten vorzuziehen. In der Folge würden auch die Ertragsraten vorgezogen. Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 310 vor.
			AMTA									**abgelehnt 0 / 10 / 1** **(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 2.7)**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
120	5E.660106	Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	6.679.995	579.995	0	0	0	0	0	6.100.000	Vorziehen der Finanzrate 2030 in Höhe vno 6.100.000 EUR für die Erschließung des Baugebietes Feldstr. auf 2025-2029; die Finanzraten sollen wie zum Haushalt 2023 ff. eingeplant werden, so dass sich eine Haushaltsentlastung von rund 2,5 Mio. EUR ergibt
			neu	4.229.995	579.995	1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0	0	
			Veränderung	-2.450.000		1.000.000	450.000	1.000.000	1.200.000	0	-6.100.000	
												zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 450.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.000.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 1.200.000 EUR
												Anmerkung der Verwaltung: Die beantragten Planungsraten entsprechen den Planungsraten mit dem Stand des Haushaltsplanes 2023 ff. In diesen waren Personalkosten enthalten. In dieser Liste werden lediglich die Sachkosten dargestellt. Es wird beantragt, die Finanzraten vorzuziehen. In der Folge würden auch die Ertragsraten vorgezogen.
												Es liegt ein ähnlicher Antrag des SBR 310 vor.
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	450.000	**VE 2026 Veränderung:**			**450.000**	
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.000.000	**VE 2027 Veränderung:**			**1.000.000**	
				VE 2028:	0	VE 2028 neu:	1.200.000	**VE 2028 Veränderung:**			**1.200.000**	
				VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	**VE 2029 Veränderung:**			**0**	
			AMTA									**abgelehnt 0 / 10 / 1**
												(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 2.7)
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Maßnahmen Radverkehr												
Einrichtung geschützte Radverkehrstreifen												
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
125	4S.660012	FB 66: Programm Radwege/Neubau	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	2.873.336	2.230.365	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 50.000 EUR für 2025 für die Einrichtung eines provisorischen, geschützten Radfahrstreifen mit einer baulichen Trennung vom motorisierten Verkehr entlang des Lessingplatzes, Bruchtorwall, Kalenwall **Anmerkung der Verwaltung** Die Ansatzveränderungen der Verwaltung beinhalten Haushaltsmittel für die Verbesserung der Radverkehrsführung und der Qualitätsstandards im Radverkehr.
			neu	3.530.365	2.230.365	300.000	250.000	250.000	250.000	250.000	0	
			Veränderung	657.030	0	50.000	0	0	0	0	0	
			AMTA	**657.030**	**0**	**50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**passieren lassen (11 / 0 / 0)** **(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 2.7)**
			FPDA									**abgelehnt 4 / 7 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
125	4S.660012	FB 66: Programm Radwege/Neubau	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	2.873.336	2.873.336	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 50.000 EUR für 2025 für die Einrichtung eines provisorischen, geschützten Radfahrstreifen mit einer baulichen Trennung vom motorisierten Verkehr entlang des Lessingplatzes, Bruchtorwall, Kalenwall **Anmerkung der Verwaltung** Die Ansatzveränderungen der Verwaltung beinhalten Haushaltsmittel für die Verbesserung der Radverkehrsführung und der Qualitätsstandards im Radverkehr.
			neu	2.873.336	2.873.336	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**passieren lassen (11 / 0 / 0)** **(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 2.7)**
			FPDA									**abgelehnt 4/ 7 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	Neubau Radwege											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
121	4S.660012	FB 66: Programm Radwege/Neubau	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	3.480.365	2.230.365	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 2.410.000 EUR für 2027-2029 für den Neubau von Radwegen, um die vorgenommenen Kürzungen im Vergleich zum Haushalt 2023 ff. auf diesem Projekt zurückzunehmen
			neu	3.480.365	2.230.365	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	
			AMTA									**abgelehnt 4 / 7 / 0**
												(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 2.7)
			FPDA									**abgelehnt **)**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
121	4S.660012	FB 66: Programm Radwege/Neubau	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	2.873.336	2.873.336	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 2.410.000 EUR für 2027-2029 für den Neubau von Radwegen, um die vorgenommenen Kürzungen im Vergleich zum Haushalt 2023 ff. auf diesem Projekt zurückzunehmen
			neu	10.103.336	2.873.336	0	0	2.410.000	2.410.000	2.410.000	0	
			Veränderung	7.230.000	0	0	0	2.410.000	2.410.000	2.410.000	0	
			AMTA									**abgelehnt 4 / 7 / 0**
												(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 2.7)
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	Planung weiterer Velorouten											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
122	3E.66 NEU	weitere Velorouten / Vorplanung	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 400.000 EUR (2025 und 2026 je 200.000 EUR) für die Planung von zwei weiteren Velorouten
			neu	400.000	0	200.000	200.000	0	0	0	0	
			Veränderung	400.000	0	200.000	200.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die Ansatzveränderungen der Verwaltung beinhalten den Bau der Veloroute Weststadt.
			AMTA	**400.000**	**0**	**200.000**	**200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**passieren lassen (11 / 0 / 0)**
												(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 2.7)
			FPDA									**abgelehnt 4 / 7 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	Bau Veloroute Timmerlah-Broitzem											
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
123	5E.66 NEU	Veloroute Timmerlah Broitzem / Bau	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 2.400.000 EUR (2026 und 2027 je 1.200.000 EUR) für den Bau der Veloroute Timmerlah Broitzem; nach Präsentation der Vorplanung für die Veloroute Timmerlah-Broitzem soll mit einer abschnittsweisen Realisierung erster Baumaßnahmen schon in 2026 begonnen und in 2027 fortgesetzt werden
			neu	2.400.000	0	0	1.200.000	1.200.000	0	0	0	
			Veränderung	2.400.000	0	0	1.200.000	1.200.000	0	0	0	
												zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.200.000 EUR
												Anmerkung der Verwaltung Der Antrag überschneidet sich mit der Ansatzveränderung Nr. 66 Veloroute Weststadt / Neubau. Um die Finanzraten nicht doppelt aufzunehmen, müsste grundsätzlich ein Antrag abgelehnt werden. Möglich wäre auch den Antrag dahingehend zu ändern, dass dieser sowohl den Beginn in 2026, als auch die von der Verwaltung vorgeschlagenen Gesamtmittel i. H. v. 4 Mio. € berücksichtigt.
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.200.000	**VE 2027 Veränderung:**			**1.200.000**	
			AMTA	**2.400.000**	**0**	**0**	**1.200.000**	**1.200.000**	**0**	**0**	**0**	**passieren lassen (11 / 0 / 0)**
												(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 2.7)
123 Neu			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	Der Antrag wurde mündlich vor Abstimmung im FPDA geändert. Die beantragten Gesamtmittel für die Veloroute Timmerlah Broitzem wurden auf 4 Mio. € erhöht.
			neu	4.000.000	0	0	1.200.000	1.200.000	800.000	800.000	0	
			Veränderung	4.000.000	0	0	1.200.000	1.200.000	800.000	800.000	0	
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.200.000	**VE 2027 Veränderung:**			**1.200.000**	
				VE 2028:	0	VE 2028 neu:	800.000	**VE 2028 Veränderung:**			**800.000**	
				VE 2029:	0	VE 2029 neu:	800.000	**VE 2029 Veränderung:**			**800.000**	
			FPDA									**abgelehnt 3 / 8 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	Sanierung Radwege											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.66 Neu	Thiedestr. / Sanierung Radwege	**SBR 222**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltmittel für 2025 für die Sanierung der Radwege entlang der Thiedestr. In Rüningen (ab der Berkenbuschstr. beidseitig Richtung Norden bis Ortsende)
			neu	1.100.000	0	50.000	1.050.000	0	0	0	0	
			Veränderung	1.100.000		50.000	1.050.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die Kosten werden auf rd. 1.100.000 EUR geschätzt. Aufgrund der Größenordnung der Maßnahme wären bei einem Beginn der Planung in 2025 die Baukosten in 2026 zu veranschlagen.
			AMTA									**abgelehnt 0 / 10 / 1**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	4E.66 Neu	Saarstr. / Sanierung Radwege	**SBR 321**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltmittel für 2025 für die Sanierung der Radwege Saarstraße - stadtein- und stadtauswärts.
			neu	2.300.000	0	100.000	2.200.000	0	0	0	0	
			Veränderung	2.300.000		100.000	2.200.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die Kosten für eine grundhafte Sanierung der bestehenden Radwegflächen, beiderseits der Saarstraße im oben genannten Abschnitt, würden etwa 2.300.000 EUR betragen. Aufgrund der Größenordnung der Maßnahme wären bei einem Beginn der Planung in 2025 die Baukosten in 2026 zu veranschlagen. Es sind keine Kosten für eine Optimierung der Radwegbreiten enthalten, da die zur Verfügung stehenden Flächen dies nicht ermöglichen. Ein solcher Eingriff würde zudem die Baumwurzeln beeinträchtigen und die Bäume schädigen, so dass diese vermutlich nicht erhalten werden können. Eine reine Deckensanierung würde ca. 800.000 EUR kosten. Aufgrund der dabei zu überbauenden Wurzeln wäre die Radwegoberfläche danach jedoch wellig und es würde bald erneut zu Aufbrüchen im Asphalt kommen.
			AMTA									**abgelehnt 0 / 10 / 1**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
		Unterflurverlegung Wertstoffstation Herzogin-Elisabeth-Straße/Franzsches Feld										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.66 Neu	Wertstoffstation Herzogin-Elisabeth-Straße/Franzsches Feld / Unterflurverlegung	**SBR 120**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Unterflurverlegung von den Wertstoffcontainern der Wertstoffstation Herzogin-Elisabeth- Str. / Franzsches Feld.
			neu	190.000	0	190.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	190.000	0	190.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die Kostenschätzung beläuft sich auf 190.000 EUR.
			AMTA									**abgelehnt 0 / 11 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
		Umrüstung Müllbehälter										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**30.000**		**30.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
166	4S.660006	FB 66: Instandhaltungen Gemeindestraßen	**CDU-Fraktion**									
			bisher	29.098.200	22.598.200	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 i. H. v. 30.000 EUR zur weiteren Umrüstung der Müllbehälter in der Innenstadt vom Modell "Rostock" auf das Modell "Kendo"
			neu	29.128.200	22.598.200	1.330.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	
			Veränderung	30.000		30.000	0	0	0	0	0	
			AMTA	30.000	0	30.000	0	0	0	0	0	**passieren lassen (10 / 0 / 0)**
												Anmerkung der Verwaltung neu Die CDU-Fraktion hat den Antrag dem Projekt 5S.660039 Global-Baumaßnahmen zugeordnet. Die Maßnahmen werden jedoch als Teil des Straßénvermögens und damit als Aufwand angesehen. **(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 2.7)**
			FPDA	**30.000**	**0**	**30.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10 / 1 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	sonstige Tiefbaumaßnahmen											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	3E.66 Neu	Kreuzung Berliner Heerstraße-Ziegelkamp/Planung Umgestaltung	**SBR 111**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2025 für die Planung der Umgestaltung der zentralen Kreuzung Berliner Heerstraße / Ziegelkamp / Am Feuerteich für eine klare und eindeutige Verkehrsführung
			neu	50.000	0	50.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	0	
			AMTA									**abgelehnt 0 / 10 / 1**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	4S.66 Neu	Sommerstraßen SBR 120 / Umsetzung	**SBR 120**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltmittel für 2025 für die Prüfung der Eignung verschiedener Optionen zur Einrichtung einer Sommerstraße im Stadtbezirk Östliches Ringgebiet und für die anschließende Umsetzung.
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	0	
			Veränderung	0		*)	*)	*)	*)	*)	0	**Anmerkung der Verwaltung** Für die erfolgreiche Durchführung von Sommerstraßen sind verschiedene personelle und materielle Ressourcen sowie infrastrukturelle Voraussetzungen erforderlich. Finanziert werden müssen u. a. Kommunikationsmaterial, Bürgerbeteiligung, Ausstattung (wie z. B. Mobiliar mit Sitzmöglichkeiten, mobiles Grün, etc.), Verkehrseinrichtungen sowie ggf. Veranstaltungen, Ausstellungsmaterial etc. Je nachdem in welchem Umfang und mit welcher Ausstattung eine Sommerstraße umgesetzt werden soll, variieren die Kosten für die Maßnahme. Auf Grundlage der benannten Ausgaben von anderen Städten, die bereits eine Sommerstraßen eingerichtet haben, sind für eine erfolgreiche Umsetzung von Sommerstraßen eine Planstelle sowie Mittel pro Sommerstraße in Höhe von ca. 100.000 EUR jährlich erforderlich. Daher wurde der Antrag in einen Antrag zum Investitionsprogramm und einen Stellenplanantrag aufgeteilt. Die Verwaltung sieht eine Vorberatung der Stellenplananträge im FPDA am 28.11.2024 vor (lfd. Nr. SBR13). Aufgrund dieses Zusammenhangs sollte mit dem gleichen Ergebnis über die beiden Antragsteile abgestimmt werden.
			AMTA									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
124	4E.66 Neu	Prinzenweg / barrierefreier Umbau	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 300.000 EUR für den barriefreien Umbau des Prinzenweges
			neu	300.000	0	0	300.000	0	0	0	0	
			Veränderung	300.000	0	0	300.000	0	0	0	0	Die Verwaltung wird gebeten, die Finanzraten so zu gestalten, dass diese Maßnahme im Jahr 2026 umgesetzt werden kann. Ein Umsetzungsvorschlag ist den Gremien möglichst noch im Jahr 2025 vorzulegen. Sollte der Prinzenweg Teil der dritten Veloroute in Richtung Timmerlah / Broitzem werden, können diese Mittel auf dieses Projekt umgelegt werden. **Anmerkung der Verwaltung** Die Kosten werden auf rund 400.000 EUR geschätzt. Um die Maßnahme umsetzen zu können, wäre der Antrag dahingehend zu ändern. Die Haushaltsmittel sollten für 2026 eingeplant werden.
			AMTA									**passieren lassen (11 / 0 / 0)** **(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 2.7)**
			FPDA									**abgelehnt 4 / 7 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	4E.66 Neu	Holbeinsttr. / Umgestaltung zu verkehrsberuhigtem Bereich	**SBR 120**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltmittel für 2025 die Umgestaltung des nördlichsten Abschnittes der Holbeinstraße zwischen Spitzwegstraße und Richterstraße In einen verkehrsberuhigten Bereich (Spielstraße)
			neu	300.000	0	300.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	300.000		300.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Zur Umwandlung des nördlichen Abschnitts der Holbeinstraße zwischen Spitzwegstraße und Richterstraße in einen verkehrsberuhigten Bereich ist ein niveaugleicher Ausbau der Abschnittes erforderlich. Die Umbaukosten werden auf ca. 300.000 EUR geschätzt. Eine Umsetzung ist frühestens Ende 2026 möglich. Die beantragten Finanzmittel werden dennoch in 2025 dargestellt, da die Verwaltung nicht entscheiden kann, den politischen Antrag entsprechend zu verändern.
			AMTA									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	4S.660020	FB 66: Globale Umbauten Straßen etc.	**SBR 120**									
			bisher	3.500.000	2.000.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Bordsteinabsenkung an der Einmündung des Gehweges an der Schlegelstr. in die Herzogin-Elisabeth-Str.
			neu	3.506.000	2.000.000	306.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	
			Veränderung	6.000	0	6.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Dle Kostenschätzung beläuft sich auf 6.000 EUR.
			AMTA									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	4S.660020	FB 66: Globale Umbauten Straßen etc.	**SBR 321**									
			bisher	3.500.000	2.000.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Befestigung der Haltestelle Lammer Heide, stadteinwärts (so wie stadtauswärts).
			neu	3.500.000	2.000.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Der Abschluss der Umsetzung ist aus bestehenden Haushaltsmitteln im Oktober 2024 geplant (s. auch DS 24-24192-01). Daher ist keine Aufnahme weiterer Haushaltsmittel notwendig.
			AMTA									**Der Antrag wurde für erledigt erklärt**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Teilhaushalt 67 (inkl. 0670) - Stadtgrün und Sport												
Umsetzung Sportentwicklungsplanung - Antrag von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN												
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
127	4S.67 NEU	Sportentwicklungsplanung / weitere Umsetzung	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 250.000 EUR für 2025, 2026 und 2027 für die weitere Umsetzung der Sportentwicklungsplanung
			neu	525.000	0	175.000	175.000	175.000	0	0	0	
			Veränderung	525.000		175.000	175.000	175.000	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die Fortschreibung der Sportentwicklungsplanung wird zur Zeit für die Gremien vorbereitet.
			SpA									**passieren lassen 10 / 0 / 0**
												Dieser Antrag wird durch FWI 127Neu ersetzt.
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
127	4S.67 NEU	Sportentwicklungsplanung / weitere Umsetzung	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 250.000 EUR für 2025, 2026 und 2027 für die weitere Umsetzung der Sportentwicklungsplanung
			neu	225.000	0	75.000	75.000	75.000	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung**
			Veränderung	225.000		75.000	75.000	75.000	0	0	0	Die Fortschreibung der Sportentwicklungsplanung wird zur Zeit für die Gremien vorbereitet.
			SpA									**passieren lassen (10 / 0 / 0)**
												Dieser Antrag wird durch FWI 127Neu ersetzt.

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Umsetzung Sportentwicklungsplanung - Antrag von SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN												
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**50.000**		**50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
127Neu	4S.67 NEU	Sportentwicklungsplanung / weitere Umsetzung	**SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von50.000 EUR für 2025 für die weitere Umsetzung der Sportentwicklungsplanung - Arbeitsprogramm 2025 ff. (DS 24-22961);
			neu	50.000	0	50.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	0	Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWI 127 der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
			FPDA	**50.000**	**0**	**50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 8 / 3 / 0**
Umwandlung Kunstrasenplatz in Tennenplatz Sportanlage Querum												
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
126	5E.670093	SpA Querum/Umw. Tennenpl.-Kunstr.-Bau	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	640.000	200.000	0	0	440.000	0	0	0	Vorziehen der Finanzrate 2027 in Höhe von 440.000 EUR für die Umwandlung des Tennenplatzes auf der städtischen Sportanlage Querum in einen Kunstrasenplatz auf 2025.
			neu	640.000	200.000	440.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		440.000	0	-440.000	0	0	0	geringere VE zu Lasten 2027: - 440.000 EUR
												Anmerkung der Verwaltung: In den Gesamtkosten des Projektes sind 57.200 EUR Personalkosten enthalten, die hier nicht dargestellt werden.
				VE 2027:	440.000	VE 2027 neu:	0	**VE 2027 Veränderung:**			**-440.000**	
			SpA									**passieren lassen (10 / 0 / 0)**
			FPDA									**abgelehnt 3 / 8 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
		Zuschüsse Sportvereine										
		Zuschuss Tennissparte "SV Stöckheim"										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**35.000**		**0**	**35.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
128	4S.670014	Zusch. an Sportvereine allgem.	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	5.259.300	3.637.400	369.100	313.200	313.200	313.200	313.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 35.000 EUR für 2025 für einen Zuschuss an den SV Stöckheim für die Tennissparte (barrierefreie Gestaltung Sanitäranlagen, Padel Court einrichten).
			neu	5.294.300	3.637.400	404.100	313.200	313.200	313.200	313.200	0	
			Veränderung	35.000		35.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Die Tennisanlage befindet sich auf einem Erbbaurechtsgrundstück. Pächter ist der SV Stöckheim.
			SpA	35.000	0	0	35.000	0	0	0	0	**passieren lassen (10 / 0 / 0);** der Antrag wurde in der Form geändert, dass die Haushaltsmittel anstatt für 2025 nunmehr für 2026 beantragt werden
			FPDA	**35.000**	**0**	**0**	**35.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 7 / 4 / 0**
	28	**Aktivierbare Zuwendungen**		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
128	4S.670014	Zusch. an Sportvereine allgem.	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	1.222.000	922.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 35.000 EUR für 2025 für einen Zuschuss an den SV Stöckheim für die Tennissparte (barrierefreie Gestaltung Sanitäranlagen, Padel Court einrichten).
			neu	1.222.000	922.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Die Tennisanlage befindet sich auf einem Erbbaurechtsgrundstück. Pächter ist der SV Stöckheim.
			SpA	0	0	0	0	0	0	0	0	**passieren lassen (10 / 0 / 0);** der Antrag wurde in der Form geändert, dass die Haushaltsmittel anstatt für 2025 nunmehr für 2026 beantragt werden
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 7/ 4 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	Zuschuss Neubau Tennisheim und Tagespflege "BTSV"											
	28	**Aktivierbare Zuwendungen**		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
129	5E.67 NEU	BTSV/Zuschuss Tennisheim und Tagespflege	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für einen
			neu	500.000	0	500.000	0	0	0	0	0	Zuschuss an den BTSV zu einem Neubau, in dem das Tennisheim und
			Veränderung	500.000		500.000	0	0	0	0	0	eine Tagespflegestation eingerichtet werden
			SpA									**passieren lassen (10 / 0 / 0)**
			FPDA									**abgelehnt 3 / 7 / 1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
		Sanierung von Spielplätzen										
		Wasserspielplatz Muldeweg										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**100.000**		**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.67 NEU	Wasserspielplatz Muldeweg / Sanierung	**SBR 221**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Sanierung des Wasserspielplatzes im Muldeweg
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**0**		***)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**Hinweis der Verwaltung** Eine Kostenschätzung liegt noch nicht vor. Zum HH 2023 ff. wurden 408.000 EUR angenommen. Es liegen ähnliche Anträge der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" (Antrag 133) und der Fraktion "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" (Antrag 150) vor.
			UGA	0	0	*)	0	0	0	0	0	**passieren lassen (8 / 0 / 0)**
	4E.67 NEU	Wasserspielplatz Muldeweg / Sanierung										**Anmerkung der Verwaltung neu**
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	Die Verwaltung schätzt die Gesamtkosten auf rd. 600.000 EUR (2025: 100.000 EUR und 2026: 500.000 EUR).
			neu	600.000	0	100.000	500.000	0	0	0	0	
			Veränderung	600.000		100.000	500.000	0	0	0	0	
			FPDA									**abgelehnt 1 / 9 / 1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
133	4E.67 NEU	Wasserspielplatz Muldeweg / Sanierung	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 600.000 EUR für 2025 für die Sanierung des Wasserspielplatzes im Muldeweg
			neu	600.000	0	100.000	500.000	0	0	0	0	
			Veränderung	600.000		100.000	500.000	0	0	0	0	Die Verwaltung wird gebeten, die Finanzraten so auf die Jahre 2025 und 2026 zu verteilen, dass die Planung und Sanierung des Wasserspielplatzes verbindlich im Jahr 2026 abgeschlossen werden kann.
												Hinweis der Verwaltung Die Verwaltung sieht eine Verteilung der Haushaltsmittel auf zwei Jahre vor (2025: 100.000 EUR; 2026: 500.000 EUR). In 2025 muss eine Verpflichtung zu Lasten 2026 eingegangen werden können.
												Es liegen ähnliche Anträge des SBR 221 und der Fraktion "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI." (Antrag 150) vor.
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	500.000	**VE 2026 Veränderung:**			**500.000**	
			UGA									**passieren lassen (8 / 0 / 0)**
												Dieser Antrag wird durch FWI 133Neu ersetzt.
133Neu	3E.67 NEU	Wasserspielplatz Muldeweg / Sanierung	**SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2025 für die Planung und Vorbereitung der Sanierung des Wasserspielplatzes Muldeweg;
			neu	100.000	0	100.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	100.000		100.000	0	0	0	0	0	Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWI 133 der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
												Anmerkung der Verwaltung Es liegen ähnliche Anträge des SBR 221 und der Fraktion "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI." (Antrag 150) vor.
			FPDA	**100.000**	**0**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 8 / 3 / 0**
150	4E.67 NEU	Wasserspielplatz Muldeweg / Sanierung	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 600.000 EUR für 2025 für die Sanierung des Wasserspielplatzes im Muldeweg.
			neu	600.000	0	600.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	600.000		600.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegen ähnliche Anträge des SBR 221 und der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" (Antrag FWI 133) vor.
			UGA									**passieren lassen (8 / 0 / 0)**
			FPDA									**abgelehnt 1 / 10 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	Neubau Spielplatz Heidbergpark											
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
174	5E.67 Neu	Spielplatz Heidbergpark / Neubau	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 in Höhe von 300.000 EUR für den Neubau eines Spielplatzes im Heidbergpark.
			neu	300.000	0	300.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	300.000	0	300.000	0	0	0	0	0	
			UGA									**abgelehnt 1 / 9 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	sonstige Spiel- und Jugendplätze											
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**300.000**		**150.000**	**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5S.670049	Global-Baum.Kinderspielplätze	**SBR 310**									
			bisher	8.825.600	6.525.600	460.000	460.000	460.000	460.000	460.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2025 für den Ersatz des zentralen Großspielgerätes auf dem Spielplatz Madamenweg.
			neu	8.875.600	6.525.600	510.000	460.000	460.000	460.000	460.000	0	
			Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion. "Die Linke., Volt, Die Partei" vor. Darüber hinaus hat dieFraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN allgemein für die Sanierung von Spielplätzen zusätzlich 400.000 EUR je Jahr ab 2026 beantragt.
			UGA									**abgelehnt 1 / 9 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
130	5S.670049	Global-Baum.Kinderspielplätze	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	8.825.600	6.525.600	460.000	460.000	460.000	460.000	460.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2025 für den Ersatz des zentralen Großspielgerätes auf dem Spielplatz Madamenweg 156.
			neu	8.875.600	6.525.600	510.000	460.000	460.000	460.000	460.000	0	
			Veränderung	50.000		50.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegt ein ähnlicher Antrag des Stadtbezirksrates 310 vor. Darüber hinaus hat dieFraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN allgemein für die Sanierung von Spielplätzen zusätzlich 400.000 EUR je Jahr ab 2026 beantragt.
			UGA									**abgelehnt 1 / 9 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
147	5S.670049	Global-Baum.Kinderspielplätze	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	8.825.600	6.525.600	460.000	460.000	460.000	460.000	460.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 400.000 EUR ab 2026 für die Sanierung von Spielplätzen im Stadtgebiet
			neu	10.425.600	6.525.600	460.000	860.000	860.000	860.000	860.000	0	
			Veränderung	1.600.000		0	400.000	400.000	400.000	400.000	0	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegen Anträge zum Ersatz eines Großspielgerätes auf dem Spielplatz Madamenweg vom SBR 310 und "Die Fraktion.-Die Linke., Volt, Die Partei" vor.
			UGA									**passieren lassen (9 / 0 / 1)** **Der Antrag FWI 147 wurde durch den Antrag FWI 147 Neu ersetzt.**
147 Neu	5S.670049	Global-Baum.Kinderspielplätze	**SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	8.825.600	6.525.600	460.000	460.000	460.000	460.000	460.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 150.000 EUR für 2025 und 2026 für kleinere Sanierungsmaßnahmen von Kinderspielplätzen und die Ersatzbeschaffung von Spielgeräten; dieser Antrag ersetzt den Antrag FWI 147 der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN. **Anmerkung der Verwaltung** Es liegen Anträge zum Ersatz eines Großspielgerätes auf dem Spielplatz Madamenweg vom SBR 310 und "Die Fraktion.-Die Linke., Volt, Die Partei" vor.
			neu	9.125.600	6.525.600	610.000	610.000	460.000	460.000	460.000	0	
			Veränderung	300.000		150.000	150.000	0	0	0	0	
			FPDA	**300.000**	**0**	**150.000**	**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 8 / 3 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
		Instandsetzung der Wege "Ölper See"										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.67 Neu	Ölper See / Instandsetzung Wege	**SBR 321**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Instandsetzung der Wege am Ölper See.
			neu	0	0	0	*)	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	*)	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Eine Kosteneinschätzung liegt noch nicht vor.
			UGA									**abgelehnt 0 / 8 / 0**
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung neu:**
			neu	332.000	0	0	332.000	0	0	0	0	Die Verwaltung schätzt die Gesamtkosten auf rd. 332.000 EUR, die zeitlich für 2026 zu veranschlagen wären. Vorbereitende Maßnahmen würden in 2025 stattfinden.
			Veränderung	332.000		0	332.000	0	0	0	0	
			FPDA									**abgelehnt 0/ 10 / 1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
		sonstige Grüninstandhaltungen										
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
131a	4S.670007	Unterh. v. Grün- und Spielanlagen	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	440.000	440.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 550.000 EUR für 2025 und in Höhe von jährlich 520.000 EUR für 2026 ff. für die Instandhaltung von Grün- und Spielanlagen (Grund: keine Absenkung der Spiel- und Jugendplätze pro Kind)
			neu	440.000	440.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			UGA									**abgelehnt 1 / 8 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
131b	4S.670007	Unterh. v. Grün- und Spielanlagen	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	40.697.900	28.422.100	2.413.000	2.465.700	2.465.700	2.465.700	2.465.700	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 550.000 EUR für 2025 und in Höhe von jährlich 520.000 EUR für 2026 ff. für die Instandhaltung von Grün- und Spielanlagen (Grund: keine Absenkung der Spiel- und Jugendplätze pro Kind)
			neu	43.327.900	28.422.100	2.963.000	2.985.700	2.985.700	2.985.700	2.985.700	0	
			Veränderung	2.630.000		550.000	520.000	520.000	520.000	520.000	0	
			UGA									**abgelehnt 1 / 8 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Baumpflanzungen aufgrund der erwarteten Extremwetterereignisse - Antrag von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN												
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
132a	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	504.000	324.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	Beibehaltung der Erträge für den Ankauf von Bäumen
			neu	504.000	324.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	**Anmerkung der Verwaltung**
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	Es liegt ein ähnlicher Antrag der BIBS-Fraktion vor.
			UGA									**passieren lassen (10 / 0 / 0)**
												Dieser Antrag wird durch FWI 132(a/b)Neu ersetzt.
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
132b	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	5.222.000	4.542.000	136.000	136.000	136.000	136.000	136.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 380.000 EUR für die Ersatzbeschaffung von Bäumen, deren Pflanzung und Pflege (Grund: Verlust der Bäume durch Extremwetterlagen)
			neu	7.122.000	4.542.000	516.000	516.000	516.000	516.000	516.000	0	
			Veränderung	1.900.000		380.000	380.000	380.000	380.000	380.000	0	**Anmerkung der Verwaltung**
												In den Gesamtkosten des Projektes im Investitionsprogramm sind jährliche Personalkosten enthalten, die hier nicht dargestellt werden.
												Es liegt ein ähnlicher Antrag der BIBS-Fraktion vor.
			UGA									**passieren lassen (10 / 0 / 0)**
												Dieser Antrag wird durch FWI 132(a/b)Neu ersetzt.

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Baumpflanzungen aufgrund der erwarteten Extremwetterereignisse - Antrag von SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN												
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
132aNeu	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	**SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	504.000	324.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	Beibehaltung der Erträge für den Ankauf von Bäumen
			neu	504.000	324.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWI 132 (a/b) der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**Anmerkung der Verwaltung** Es liegt ein ähnlicher Antrag der BIBS-Fraktion vor.
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 8 / 3 / 0**
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**100.000**		**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
132bNeu	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	**SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	5.222.000	4.542.000	136.000	136.000	136.000	136.000	136.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2025 für Baumersatzpflanzungen (Grund: Verlust der Bäume durch Stürme oder notwendige Fällungen)
			neu	5.322.000	4.542.000	236.000	136.000	136.000	136.000	136.000	0	Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWI 132 (a/b) der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
			Veränderung	100.000		100.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** In den Gesamtkosten des Projektes im Investitionsprogramm sind jährliche Personalkosten enthalten, die hier nicht dargestellt werden. Es liegt ein ähnlicher Antrag der BIBS-Fraktion vor.
			FPDA	**100.000**	**0**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 8 / 3 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Baumpflanzungen aus Klimaschutzgründen - Antrag von BIBS-Fraktion												
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
173a	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	**BIBS-Fraktion**									
			bisher	504.000	324.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	Beibehaltung der Erträge für den Ankauf von Bäumen
			neu	504.000	324.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	**Anmerkung der Verwaltung**
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN" vor.
			UGA									**passieren lassen (10 / 0 / 0)**
			FPDA									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
173b	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	**BIBS-Fraktion**									
			bisher	5.222.000	4.542.000	136.000	136.000	136.000	136.000	136.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 900.000 EUR für 2025 für die Nachpflanzung und Pflege von 355 Bäumen (Grund: Verlust der Bäume durch große Hitze in den Jahren 2018 und 2019)
			neu	6.122.000	4.542.000	1.036.000	136.000	136.000	136.000	136.000	0	
			Veränderung	900.000		900.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung**
												Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN" vor.
			UGA									**passieren lassen (10 / 0 / 0)**
			FPDA									**abgelehnt 1 / 10 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Sonstige Grünbaumaßnahmen												
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5S.670046	FB 67: Global-Baum.Freizeitwegenetz	**SBR 112**									
			bisher	4.209.500	3.459.500	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Realisierung einer direkten befestigten Verbindung von der Lichtsignalanlage an der Querumer Str. zum Gehweg östlich der Wiese an der Querumer Str./Joseph-Fraunhofer-Str.
			neu	4.209.500	3.459.500	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Der Wegebau ist bereits beauftragt und wird aus dem Teilhaushalt des FB 67 finanziert. Daher ist keine Einplanung weiterer Haushaltsmittel notwendig.
			UGA									**abgelehnt 0 / 8 / 0** (Der Antrag wird aufgrund der Anmerkung der Verwaltung als erledigt angesehen)
	5S.670048	FB 67: Global-Baum.Grünflächen-Abt.67.2	**SBR 111**									
			bisher	3.888.400	3.263.400	125.000	125.000	125.000	125.000	125.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 25.000 EUR für 2025 für die Errichtung einer ausreichend großen Hundewiese auf städtischen Gelände für die Hundebesitzer im Stadtbezirk 111.
			neu	3.913.400	3.263.400	150.000	125.000	125.000	125.000	125.000	0	
			Veränderung	25.000		25.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Entsprechend politischem Beschluss (DS 21-15375 mit Änderungsanträgen 21-15375-01 und 21-15375-02) wurde die Einrichtung von drei Hundewiesen im Braunschweiger Stadtgebiet umgesetzt. Diese sind ausdrücklich von überbezirklichem Charakter und stehen allen Hundebesitzerinnen und -besitzern zur Verfügung. Die Anlagen Im Großen Moore in Bienrode und am Dorntriftweg/Madamenweg im Westlichen Ringgebiet wurden zunächst temporär eingerichtet. Eine Evaluation über die Nutzung der Hundefreilaufflächen ist entsprechend des vorliegenden Beschlusses für das kommende Jahr vorgesehen. Eine momentane Ausweitung des Hundefreilaufangebotes auf zusätzlichen Flächen ist derzeit nicht geplant. Eine Kostenschätzung zum vorliegenden Antrag ist aufgrund der fehlenden Detailinformationen (z.B. einzuzäunende Fläche) derzeit nicht möglich.
			UGA									**abgelehnt 0 / 8 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Teilhaushalt 68 - Umwelt (inkl. 0680)												
Thermografiebefliegung												
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
167	4E.68 Neu	FB 68: Thermografiebefliegung	**CDU-Fraktion**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 240.000 EUR für 2025/2026 (2025: 80.000 EUR; 2026: 160.000 EUR) für eine Thermografiebefliegung von Braunschweig
			neu	240.000	0	80.000	160.000	0	0	0	0	
			Veränderung	240.000		80.000	160.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Es gilt weiter die Einschätzung der Verwaltung, dass der Wissenszuwachs durch eine Thermografiebefliegung gegenüber den Gebäudeeigentümern oder Mietern bekannten Daten zum Energieverbrauch aus den jährlichen Abrechnungen als eher gering einzustufen ist und die damit verbundenen hohen Kosten und den personellen Aufwand einer datenschutzkonformen Bereitstellung nicht rechtfertigen kann (vgl. 21-17368-01, 24-24242-01). Die Verwaltung erachtet eine Mischung aus Information und konkreten Anreizen (bspw. steuerliche Vorteile durch die Ausweisung von Sanierungsgebieten oder die Etablierung von energieeffizienten Wärmenetzen) für die zentralen Grundlagen, um Gebäudesanierungen im privaten Bereich zu steigern.“
			UGA									**abgelehnt 1 / 5 / 0** **(siehe auch Stellungnahme der Verwaltung - Anlage 2.7)**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
		Nutzungsverzicht Querumer Forst										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**500.000**		**100.000**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**0**	
185	4S.680051	Zuschüsse f. Altholzinseln	**SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**									
			bisher	75.000	75.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR jährlich für die Schaffung von Altholzinseln
			neu	575.000	75.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	
			Veränderung	500.000		100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Für die Ratssitzung am 17. Dezember 2024 liegt parallel ein Antrag von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen vor, das Pilotprojekt "Der Querumer Forst als Naturwald" umzusetzen (DS 24-24723).
			FPDA	**500.000**	**0**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**0**	**angenommen 10 / 0 / 0**
		Grünbaumaßnahmen im Umweltbereich										
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5E.000009	Ref. 0680 Spielplatz Ölper/Neuerrichtung	**SBR 321**									
			bisher	187.000	187.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Planung und Errichtung des Spielplatzes am Biberweg
			neu	447.000	187.000	260.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	260.000		260.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die aktuelle Kostenschätzung beläuft sich auf 260.000 EUR; die Ansätze der Vorjahre sind zum Teil verfallen
			UGA									**abgelehnt 1 / 5 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	5E.00 Neu	Calisthenic-Station SBR Lehndorf / Watenbüttel / Neubau	**SBR 321**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 für die Errichtung einer Calisthenic-Station im Stadtbezirk Lehndorf-Watenbüttel, die dafür möglichen Plätze sind dem Bezirksrat zur Entscheidung vorzulegen
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		*)	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Eine Kostenschätzung liegt noch nicht vor.
			UGA									**abgelehnt 1 / 5 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	Ausbau und Schließung Ringgleis											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
175	4E.00 Neu	Ref.0680 Ringgleis/Ausbau und Schließung	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
	(5E.000007		bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.700.000 EUR in 2025 - 2027 für die Erweiterung des Ringgleises
	5E.610028)		neu	850.000	0	150.000	400.000	300.000	0	0	0	
			Veränderung	850.000		150.000	400.000	300.000	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Es liegt eine Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 77) vor, die Finanzmittel in 2025 auf 0 EUR zu reduzieren. Sollten beide Anträge angenommen werden, wären 1.700.000 EUR im Haushalt veranschlagt. Sollte dieser Antrag angenommen, sowie die Ansatzveränderung abgelehnt werden, wären 3.760.000 EUR im Haushalt veranschlagt.
			UGA									**passieren lassen (6 / 0 / 0)**
												Anmerkung der Verwaltung neu Das Bauvorhaben beinhaltet auch Aufwandsanteile, so dass das Projekt nach der Fachausschussberatung in Aufwand und Investition aufgeteilt wurde. Zu der Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 77) liegt eine parallele Anfrage (A 172) der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" vor.
			FPDA									**abgelehnt 4 / 7 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
175	4E.00 Neu (5E.000007 5E.610028)	Ref.0680 Ringgleis/Ausbau und Schließung	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	14.429.483	12.369.483	2.060.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.700.000 EUR in 2025 - 2027 für die Erweiterung des Ringgleises
			neu	15.279.483	12.369.483	2.210.000	400.000	300.000	0	0	0	
			Veränderung	850.000		150.000	400.000	300.000	0	0	0	zusätzliche VE zu Lasten 2027: 300.000 EUR
												Anmerkung der Verwaltung: Es liegt eine Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 77) vor, die Finanzmittel in 2025 auf 0 EUR zu reduzieren. Sollten beide Anträge angenommen werden, wären 1.700.000 EUR im Haushalt veranschlagt. Sollte dieser Antrag angenommen, sowie die Ansatzveränderung abgelehnt werden, wären 3.760.000 EUR im Haushalt veranschlagt.
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	0	**VE 2026 Veränderung:**			**0**	
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	300.000	**VE 2027 Veränderung:**			**300.000**	
				VE 2028:	0	VE 2028 neu:	0	**VE 2028 Veränderung:**			**0**	
				VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	**VE 2029 Veränderung:**			**0**	
			UGA									**passieren lassen (6 / 0 / 0)**
												Anmerkung der Verwaltung neu Das Bauvorhaben beinhaltet auch Aufwandsanteile, so dass das Projekt nach der Fachausschussberatung in Aufwand und Investition aufgeteilt wurde. Zu der Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 77) liegt eine parallele Anfrage (A 172) der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" vor.
			FPDA									**abgelehnt 4 / 7 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
Teilhaushaltsübergreifend												
Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums - Antrag SBR 111												
Teilhaushalt 50 - Soziales und Gesundheit												
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4S.500025	FB 50 Global-Zuschüsse an Sozialeinr.	**SBR 111**									
			bisher	274.600	274.600	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 750.000 EUR für die Planung und Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums im Stadtbezirk 111; dieses Nachbarschaftszentrum soll wie in anderen Stadtbezirken Braunschweigs jung und alt zur Verfügung stehen und damit Jugendzentrum, Familientreff und Seniorenbegegnungsstätte vereinen.
			neu	274.600	274.600	*)	*)	0	0	0	0	
			Veränderung	0		*)	*)	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums im Stadtbezirk 111 Hondelage-Volkmarode ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorgesehen. Es ist bekannt, dass ein Bedarf an Räumlichkeiten für niedrigschwellige Begegnungen interessengeleitete Gruppenaktivitäten, Vereins- oder andere Sitzungen sowie intergenerative Angebote im Stadtbezirk 111 besteht. Dennoch wird sich im Zuge der geplanten Implementierung von Nachbarschaftszentren in Braunschweig die Einrichtung eines Nachbarschaftszentrum im Stadtbezirk 11 mittelfristig nicht ergeben. Die für den Ausbau von Nachbarschaftszentren in Braunschweig maßgebliche Prioritätenliste (DS 22-19739 und 22-19739-01) sieht derzeit kein Nachbarschaftszentrum dort vor. Es liegt ein Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" vor, der die Einrichtung von zwei Nachbarschaftszentren je Jahr beinhaltet (siehe Listen des EH - Antrag FWE 083) Wegen den Folgekosten wird auf die Listen des EH verwiesen.
			APH									**abgelehnt 0 / 10 / 1**
			AFSG									**abgelehnt 0 / 10 / 1**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	Teilhaushalt 20 - Finanzen (Umsetzung durch FB 65)											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4S.21 Neu	Nachbarschaftszentren /Neubauten	**SBR 111**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 750.000 EUR für die Planung und Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums im Stadtbezirk 111; dieses Nachbarschaftszentrum soll wie in anderen Stadtbezirken Braunschweigs jung und alt zur Verfügung stehen und damit Jugendzentrum, Familientreff und Seniorenbegegnungsstätte vereinen. **Anmerkung der Verwaltung** Die Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums im Stadtbezirk 111 Hondelage-Volkmarode ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorgesehen. Es ist bekannt, dass ein Bedarf an Räumlichkeiten für niedrigschwellige Begegnungen interessengeleitete Gruppenaktivitäten, Vereins- oder andere Sitzungen sowie intergenerative Angebote im Stadtbezirk 111 besteht. Dennoch wird sich im Zuge der geplanten Implementierung von Nachbarschaftszentren in Braunschweig die Einrichtung eines Nachbarschaftszentrum im Stadtbezirk 11 mittelfristig nicht ergeben. Die für den Ausbau von Nachbarschaftszentren in Braunschweig maßgebliche Prioritätenliste (DS 22-19739 und 22-19739-01) sieht derzeit kein Nachbarschaftszentrum dort vor. Es liegt ein Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" vor, der die Einrichtung von zwei Nachbarschaftszentren je Jahr beinhaltet (siehe Listen des EH - Antrag FWE 083) Wegen den Folgekosten wird auf die Listen des EH verwiesen.
			neu	75.000	0	75.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	75.000		75.000	0	0	0	0	0	
			APH									**abgelehnt 0 / 10 / 1**
			AFSG									**abgelehnt 0 / 10 / 1**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4S.21 Neu	Nachbarschaftszentren /Neubauten	**SBR 111**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 750.000 EUR für die Planung und Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums im Stadtbezirk 111; dieses Nachbarschaftszentrum soll wie in anderen Stadtbezirken Braunschweigs jung und alt zur Verfügung stehen und damit Jugendzentrum, Familientreff und Seniorenbegegnungsstätte vereinen.
			neu	675.000	0	675.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	675.000		675.000	0	0	0	0	0	

Anmerkung der Verwaltung
Die Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums im Stadtbezirk 111 Hondelage-Volkmarode ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorgesehen. Es ist bekannt, dass ein Bedarf an Räumlichkeiten für niedrigschwellige Begegnungen interessengeleitete Gruppenaktivitäten, Vereins- oder andere Sitzungen sowie intergenerative Angebote im Stadtbezirk 111 besteht. Dennoch wird sich im Zuge der geplanten Implementierung von Nachbarschaftszentren in Braunschweig die Einrichtung eines Nachbarschaftszentrum im Stadtbezirk 11 mittelfristig nicht ergeben. Die für den Ausbau von Nachbarschaftszentren in Braunschweig maßgebliche Prioritätenliste (DS 22-19739 und 22-19739-01) sieht derzeit kein Nachbarschaftszentrum dort vor.

Es liegt ein Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" vor, der die Einrichtung von zwei Nachbarschaftszentren je Jahr beinhaltet (siehe Listen des EH - Antrag FWE 083)

Wegen den Folgekosten wird auf die Listen des EH verwiesen.

VE 2026:	0	VE 2026 neu:	0	**VE 2026 Veränderung:**		**0**
VE 2027:	0	VE 2027 neu:	0	**VE 2027 Veränderung:**		**0**
VE 2028:	0	VE 2028 neu:	0	**VE 2028 Veränderung:**		**0**

APH	**abgelehnt 0 / 10 / 1**
AFSG	**abgelehnt 0 / 10 / 1**
FPDA	**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 7/1/3

Anlage 2.5.2

Finanzhaushalt

Ansatzveränderungen der Verwaltung

Investitionsprogramm 2024-2029

Stand: 10. Dezember 2024

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 10 - Zentrale Dienste (incl. Anteile FB 40 und FB 51)										
		Digitalisierung von Kitas										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**785.400**		**333.200**	**333.200**	**119.000**	**0**	**0**	**0**	
1a	4E.Neu	Digitalisierung Kitas	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 428.400 EUR für 2025-2026 für den Datennetzausbau an Kitas
			neu	428.400	0	214.200	214.200	0	0	0	0	
			Veränderung	428.400		214.200	214.200	0	0	0	0	
			JHA	428.400	0	214.200	214.200	0	0	0	0	**angenommen 12 / 0 / 0**
			FPDA	**428.400**	**0**	**214.200**	**214.200**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
1b	4E.Neu	Digitalisierung Kitas	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 EUR für 2025-2027 für die Ausstattung der Kitas im Rahmen der Digitalisierung (Ipads: 93.900 EUR - Konto 422220, ISERV-Cloud - 73.100 EUR - Konto 427193; WLAN-Access-points: 133.000 EUR -Konto 422220)
			neu	300.000	0	100.000	100.000	100.000	0	0	0	
			Veränderung	300.000		100.000	100.000	100.000	0	0	0	
			JHA	300.000	0	100.000	100.000	100.000	0	0	0	**angenommen 12 / 0 / 0**
			FPDA	**300.000**	**0**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
1c	4E.Neu	Digitalisierung Kitas	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 19.000 EUR jährlich für 2025-2027 für die Nutzung der Kita App (Nutzungsgebühren gemäß FB 10)
			neu	57.000	0	19.000	19.000	19.000	0	0	0	
			Veränderung	57.000		19.000	19.000	19.000	0	0	0	
			JHA	57.000	0	19.000	19.000	19.000	0	0	0	**angenommen 12 / 0 / 0**
			FPDA	**57.000**	**0**	**19.000**	**19.000**	**19.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 20 - Finanzen										
		Vorplanungen										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**900.000**		**500.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**300.000**	
2	3E.210028	IGS Querum/Vorpl. Umbau ehem. GS-Gebäud	bisher	100.000	100.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 800.000 EUR für die Vorplanung des Umbaus des ehemaligen GS-Gebäudes Querum (zukünftige Nutzung voraussichtlich IGS Querum)
			neu	900.000	100.000	500.000	0	0	0	0	300.000	
			Veränderung	800.000		500.000	0	0	0	0	300.000	
			SchA	800.000	0	500.000	0	0	0	0	300.000	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	800.000	0	500.000	0	0	0	0	300.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**800.000**	**0**	**500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**300.000**	**angenommen 11 / 0 / 0**
NEU	3E.21 Neu	JZ B 58 / Vorplanung Neubau	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2026 für die Vorplanung des Neubaus des JZ B 58
			neu	100.000	0	0	100.000	0	0	0	0	
			Veränderung	100.000		0	100.000	0	0	0	0	
			FPDA	**100.000**	**0**	**0**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	Beteiligung an BSBG											
	27	**Erwerb von Finanzvermögensanlagen** (Veränderungen)		**678.300**		**678.300**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	5E.20 Neu	BSBG/Kapitaleinlage zur Schaffung der "Braunschweig Digital GmbH"										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 678.300 EUR als Kapitaleinlage zur Schaffung einer "Braunschweig Digital GmbH"
			neu	678.300	0	678.300	0	0	0	0	0	
			Veränderung	678.300		678.300	0	0	0	0	0	
			FPDA	**678.300**	**0**	**678.300**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10 / 1 / 0**
	Gründung Haus der Musik											
	Grundstücksankäufe											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-2.225.000**		**-2.225.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4E.200006	FB 20: Am Gewandhaus / Ankauf										
			bisher	3.200.000	0	3.200.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 975.000 € für 2025 für Kaufnebenkosten in Zusammenhang mit dem Erwerb des Gebäudes "Am Gewandhaus" (Poststraße 5)
			neu	975.000	0	975.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-2.225.000		-2.225.000	0	0	0	0	0	
			FPDA	**-2.225.000**	**0**	**-2.225.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10 / 1 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	24	**Erwerb von Grundstücken und Gebäuden** (Veränderungen)		**3.200.000**		**3.200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
NEU	4E.200006	FB 20: Am Gewandhaus / Ankauf										
			bisher	11.800.000	0	11.800.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 975.000 € für 2025 für Kaufnebenkosten in Zusammenhang mit dem Erwerb des Gebäudes "Am Gewandhaus" (Poststraße 5)
			neu	15.000.000	0	15.000.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	3.200.000		3.200.000	0	0	0	0	0	
			FPDA	**3.200.000**	**0**	**3.200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10 / 1 / 0**
	Grundstücksverkäufe											
	20	**Veräußerung von Sachvermögen** (Veränderungen)		**3.050.000**		**0**	**3.050.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	5S.210007	FB 20: Global -Veräuß. von Grundst.										
			bisher	59.542.069	56.542.069	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	0	zusätzliche Verkaufserlöse in Höhe von 3.050.000 EUR für 2026 von städtischen Liegenschaften im Rahmen der Gründung des Hauses für Musik
			neu	62.592.069	56.542.069	600.000	3.650.000	600.000	600.000	600.000	0	
			Veränderung	3.050.000		0	3.050.000	0	0	0	0	
			FPDA	**3.050.000**	**0**	**0**	**3.050.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10 / 1 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	Investitionszuschüsse "Stiftung"											
	28	**Aktivierbare Zuwendungen** (Veränderungen)		**62.782.700**		**0**	**3.000.000**	**20.250.000**	**19.600.000**	**19.932.700**	**0**	
NEU	5E. 20 Neu	FB 20: Zuschüsse "Haus der Musik"	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für Investitionszuschüsse in Höhe von 62.782.700 EUR für 2026-2029 für die Schaffung des Hauses für Musik
			neu	62.782.700	0	0	3.000.000	20.250.000	19.600.000	19.932.700	0	
			Veränderung	62.782.700		0	3.000.000	20.250.000	19.600.000	19.932.700	0	
			FPDA	**62.782.700**	**0**	**0**	**3.000.000**	**20.250.000**	**19.600.000**	**19.932.700**	**0**	**angenommen 10 / 1 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden **Teilhaushalt 20 - Finanzen** **Schulsanierungsprogramm** **BBS V**										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**1.980.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**1.980.000**	
3a	4E.210459	BBS V Technikakademie / Sani. 2. BA	bisher	120.000	0	0	0	0	20.000	100.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 9,9 Mio. EUR für 2030 für die Sanierung der BBS V; die Veranschlagung wurde fälschlicherweise nicht vorgenommen Gesamtkosten bisher: 600.000 EUR Gesamtkosten neu: 10.500.000 EUR
			neu	2.100.000	0	0	0	0	20.000	100.000	1.980.000	
			Veränderung	1.980.000		0	0	0	0	0	1.980.000	
			SchA	1.980.000							1.980.000	**angenommen 17 / 0 / 0**
			APH	1.980.000	0	0	0	0	0	0	1.980.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**1.980.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**1.980.000**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**7.920.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**7.920.000**	
3b	4E.210459	BBS V Technikakademie / Sani. 2. BA	bisher	480.000	0	0	0	0	80.000	400.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 9,9 Mio. EUR für 2030 für die Sanierung der BBS V; die Veranschlagung wurde fälschlicherweise nicht vorgenommen Gesamtkosten bisher: 600.000 EUR Gesamtkosten neu: 10.500.000 EUR
			neu	8.400.000	0	0	0	0	80.000	400.000	7.920.000	
			Veränderung	7.920.000		0	0	0	0	0	7.920.000	
			SchA	7.920.000	0	0	0	0	0	0	7.920.000	**angenommen 17 / 0 / 0**
			APH	7.920.000	0	0	0	0	0	0	7.920.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**7.920.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**7.920.000**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	Lessingymnasium											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-240.000**		**-240.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
4	4E.210462	Lessingymnasium/Austausch Fassadenplatt.	bisher	240.000	0	240.000	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel für den Austausch der Fassadenplatten des Lessinggymnasiums in Höhe von 240.000 EUR für 2025, da die Maßnahme bereits in 2024 umgesetzt werden soll
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-240.000		-240.000	0	0	0	0	0	
			SchA	-240.000	0	-240.000	0	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	-240.000	0	-240.000	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-240.000**	**0**	**-240.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	GS Mascheroder Holz											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**40.000**		**-150.000**	**40.000**	**150.000**	**0**	**0**	**0**	
5	4E.210464	GS Mascheroder Holz / San. Außentüren	bisher	150.000	0	150.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 40.000 EUR für die Sanierung der Außentüren der GS Mascheroder Holz sowie Verschieben der Maßnahme von 2025 auf 2026 ff. (Gesamtkosten bisher: 150.000 EUR; Gesamtkosten neu: 190.000 EUR)
			neu	190.000	0	0	40.000	150.000	0	0	0	
			Veränderung	40.000		-150.000	40.000	150.000	0	0	0	
			SchA	40.000	0	-150.000	40.000	150.000	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	40.000	0	-150.000	40.000	150.000	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**40.000**	**0**	**-150.000**	**40.000**	**150.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	GS Lindenberg											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-200.000**		**-200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
6	4E.210466	GS Lindenberg SpH / Fassadensan.	bisher	200.000	0	200.000	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 EUR für 2025 für die Fassadensanierung der Sporthalle GS Lindenberg, da die Halle nicht mehr benötigt wird
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-200.000		-200.000	0	0	0	0	0	
			SchA	-200.000	0	-200.000	0	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	-200.000	0	-200.000	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-200.000**	**0**	**-200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	GS Klint											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**260.000**		**260.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
7	4E.21 Neu	GS Klint / Dachsanierung Sporthalle										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 260.000 EUR für 2025 für die Dachsanierung der Sporthalle GS Klint
			neu	260.000	0	260.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	260.000		260.000	0	0	0	0	0	
			SchA	260.000	0	260.000	0	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	260.000	0	260.000	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**260.000**	**0**	**260.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		GS Bebelhof / Hans-Würtz-Schule										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**1.200.000**		**600.000**	**600.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
8	4E.21 Neu	GS Bebelhof - Hans-Würtz-Schule / Sanierung Trinkwassernetz	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1,2 Mio. EUR für 2025/2026 für die Sanierung des Trinwassernetzes der GS Bebelhof - Hans-Würtz-Schule
			neu	1.200.000	0	600.000	600.000	0	0	0	0	
			Veränderung	1.200.000		600.000	600.000	0	0	0	0	
			SchA	1.200.000	0	600.000	600.000	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	1.200.000	0	600.000	600.000	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**1.200.000**	**0**	**600.000**	**600.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		RS Nibelungenschule										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**350.000**		**0**	**50.000**	**300.000**	**0**	**0**	**0**	
9	4E.21 Neu	RS Nibelungenschule / San. Haupteingang im Zwischentrakt	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 350.000 EUR für 2026/2027 für die Sanierung des Haupteingangs der RS Nibelungenschule im Zwischentrakt (Klimaschutzmaßnahmen - Dämmung)
			neu	350.000	0	0	50.000	300.000	0	0	0	
			Veränderung	350.000		0	50.000	300.000	0	0	0	
			SchA	350.000	0	0	50.000	300.000	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	350.000	0	0	50.000	300.000	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**350.000**	**0**	**0**	**50.000**	**300.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Jugendverkehrsschule										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**92.000**		**92.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
10a	4E.21 Neu	Jugendverkehrsschule / Sanierung										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 460.000 EUR für 2025 für die Sanierung der Jugendverkehrsschule
			neu	92.000	0	92.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	92.000		92.000	0	0	0	0	0	
			SchA	92.000	0	92.000	0	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	92.000	0	92.000	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**92.000**	**0**	**92.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**368.000**		**368.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
10b	4E.21 Neu	Jugendverkehrsschule / Sanierung										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 460.000 EUR für 2025 für die Sanierung der Jugendverkehrsschule
			neu	368.000	0	368.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	368.000		368.000	0	0	0	0	0	
			SchA	368.000	0	368.000	0	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	368.000	0	368.000	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**368.000**	**0**	**368.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Einrichtung von Ganztagsbetrieben										
		Einrichtung GTB und Sanierung der GS Stöckheim										
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
12a	4E.210241	GS Stöckheim/Erw.-Einr.GTB-Sanierung										
			bisher	1.105.700	0	0	0	0	0	0	1.105.700	Beibehaltung der ergebniswirksamen Einzahlungen (Zuwendungen) im Rahmen der Einrichtung des GTB an der GS Stöckheim
			neu	1.105.700	0	0	0	0	0	0	1.105.700	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**160.000**	**0**	**0**	**0**	**-160.000**	**0**	
12b	4E.210241	GS Stöckheim/Erw.-Einr.GTB-Sanierung										
			bisher	3.652.630	2.351.930	0	0	100.000	500.000	600.000	100.700	Vorziehen einer Teilfinanzrate in Höhe von 800.000 EUR von 2029 auf 2025 für die Einrichtung des GTB an der GS Stöckheim und dessen Sanierung
			neu	3.652.630	2.351.930	160.000	0	100.000	500.000	440.000	100.700	
			Veränderung	0		160.000	0	0	0	-160.000	0	
			SchA	0	0	160.000	0	0	0	-160.000	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	0	0	160.000	0	0	0	-160.000	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**160.000**	**0**	**0**	**0**	**-160.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	18	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
12c	4E.210241	GS Stöckheim/Erw.-Einr.GTB-Sanierung	bisher	4.422.900	0	0	0	0	0	0	4.422.900	Beibehaltung der investiven Einzahlungen (Zuwendungen) im Rahmen der Einrichtung des GTB an der GS Stöckheim
			neu	4.422.900	0	0	0	0	0	0	4.422.900	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**640.000**	**0**	**0**	**0**	**-640.000**	**0**	
12d	4E.210241	GS Stöckheim/Erw.-Einr.GTB-Sanierung	bisher	15.619.370	10.416.570	0	0	400.000	2.000.000	2.400.000	402.800	Vorziehen einer Teilfinanzrate in Höhe von 800.000 EUR von 2029 auf 2025 für die Einrichtung des GTB an der GS Stöckheim und dessen Sanierung
			neu	15.619.370	10.416.570	640.000	0	400.000	2.000.000	1.760.000	402.800	
			Veränderung	0		640.000	0	0	0	-640.000	0	geringere VE zu Lasten 2029: - 640.000 EUR
				VE 2027:	400.000	VE 2027 neu:	400.000	**VE 2027 Veränderung:**			**0**	
				VE 2028:	2.000.000	VE 2028 neu:	2.000.000	**VE 2028 Veränderung:**			**0**	
				VE 2029:	2.400.000	VE 2029 neu:	1.760.000	**VE 2029 Veränderung:**			**-640.000**	
			SchA	0	0	640.000	0	0	0	-640.000	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	0	0	640.000	0	0	0	-640.000	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**640.000**	**0**	**0**	**0**	**-640.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Einrichtung GTB GS St. Josef										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-800.000**		**0**	**0**	**-80.000**	**-720.000**	**0**	**0**	
13a	4E.210302	GS St. Josef / Einr. GTB										
			bisher	800.000	0	0	0	80.000	720.000	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 4 Mio. EUR für 2027/2028 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS St. Josef, da die Schule aufgegeben werden soll.
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-800.000		0	0	-80.000	-720.000	0	0	
			SchA	-800.000	0	0	0	-80.000	-720.000	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	-800.000	0	0	0	-80.000	-720.000	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-800.000**	**0**	**0**	**0**	**-80.000**	**-720.000**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-3.200.000**		**0**	**0**	**-320.000**	**-2.880.000**	**0**	**0**	
13b	4E.210302	GS St. Josef / Einr. GTB										
			bisher	3.200.000	0	0	0	320.000	2.880.000	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 4 Mio. EUR für 2027/2028 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS St. Josef, da die Schule aufgegeben werden soll.
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-3.200.000		0	0	-320.000	-2.880.000	0	0	
			SchA	-3.200.000	0	0	0	-320.000	-2.880.000	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	-3.200.000	0	0	0	-320.000	-2.880.000	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-3.200.000**	**0**	**0**	**0**	**-320.000**	**-2.880.000**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Einrichtung GTB GS Schunteraue										
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
14a	4E.210343	GS Schunteraue/Einricht. GTB	bisher	926.000	0	0	0	0	926.000	0	0	Beibehaltung der ergebniswirksamen Einzahlungen (Zuwendungen) im Rahmen der Einrichtung des GTB an der GS Schunteraue
			neu	926.000	0	0	0	0	926.000	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**483.400**		**20.000**	**340.000**	**123.400**	**0**	**0**	**0**	
14b	4E.210343	GS Schunteraue/Einricht. GTB	bisher	920.000	340.000	210.000	210.000	100.000	60.000	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.417.000 EUR für 2025-2027 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Schunteraue (Gesamtkosten bisher: 4.600.000 EUR; Gesamtkosten neu: 7.016.700 EUR)
			neu	1.403.400	340.000	230.000	550.000	223.400	60.000	0	0	
			Veränderung	483.400		20.000	340.000	123.400	0	0	0	
			SchA	483.400	0	20.000	340.000	123.400	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	483.400	0	20.000	340.000	123.400	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**483.400**	**0**	**20.000**	**340.000**	**123.400**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	18	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
14c	4E.210343	GS Schunteraue/Einricht. GTB										
			bisher	3.704.000	0	0	0	0	3.704.000	0	0	Beibehaltung der investiven Einzahlungen (Zuwendungen) im Rahmen der Einrichtung des GTB an der GS Schunteraue
			neu	3.704.000	0	0	0	0	3.704.000	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**1.933.600**		**80.000**	**1.360.000**	**493.600**	**0**	**0**	**0**	
14d	4E.210343	GS Schunteraue/Einricht. GTB										
			bisher	3.680.000	1.360.000	840.000	840.000	400.000	240.000	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.417.000 EUR für 2025-2027 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Schunteraue (Gesamtkosten bisher: 4.600.000 EUR; Gesamtkosten neu: 7.016.700 EUR)
			neu	5.613.600	1.360.000	920.000	2.200.000	893.600	240.000	0	0	
			Veränderung	1.933.600		80.000	1.360.000	493.600	0	0	0	zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 1.360.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 490.000 EUR
				VE 2026:	840.000	VE 2026 neu:	2.200.000	**VE 2026 Veränderung:**			**1.360.000**	
				VE 2027:	400.000	VE 2027 neu:	890.000	**VE 2027 Veränderung:**			**490.000**	
				VE 2028:	240.000	VE 2028 neu:	240.000	**VE 2028 Veränderung:**			**0**	
			SchA	1.933.600	0	80.000	1.360.000	493.600	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	1.933.600	0	80.000	1.360.000	493.600	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**1.933.600**	**0**	**80.000**	**1.360.000**	**493.600**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Schulneubauten / -erweiterungen										
		Herstellung der 4-Zügigkeit GS Pestalozzi-Straße										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-280.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-280.000**	
15a	4E.210280	GS Pestalozzi-Str./Herst. 4-Zügigkeit	bisher	400.000	120.000	0	0	0	0	0	280.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1,4 Mio. EUR für 2030 für die Herstellung der Vierzügigkeit der GS Pestalozzistraße (Fehlerkorrektur zum HH-Entwurf)
			neu	120.000	120.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-280.000		0	0	0	0	0	-280.000	
			SchA	-280.000	0	0	0	0	0	0	-280.000	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	-280.000	0	0	0	0	0	0	-280.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-280.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-280.000**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-1.120.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-1.120.000**	
15b	4E.210280	GS Pestalozzi-Str./Herst. 4-Zügigkeit	bisher	1.600.000	480.000	0	0	0	0	0	1.120.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1,4 Mio. EUR für 2030 für die Herstellung der Vierzügigkeit der GS Pestalozzistraße (Fehlerkorrektur zum HH-Entwurf)
			neu	480.000	480.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-1.120.000		0	0	0	0	0	-1.120.000	
			SchA	-1.120.000	0	0	0	0	0	0	-1.120.000	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	-1.120.000	0	0	0	0	0	0	-1.120.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-1.120.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-1.120.000**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Herrichtung Sporthalle GS Comeniusstraße										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**881.600**		**601.600**	**280.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
16a	4E.210399	GS Comeniusstraße/Herr. Sporhalle										
			bisher	369.000	369.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.563.000 EUR für 2025-2026 für die Herrichtung der Sporthalle der GS Comeniusstraße sowie Nachveranschlagung von 369.000 EUR aufgrund des Verfalls von Haushaltsresten für 2025 (Gesamtkosten bisher: 1.845.000 EUR; Gesamtkosten neu: 4.408.000 EUR)
			neu	1.250.600	369.000	601.600	280.000	0	0	0	0	
			Veränderung	881.600		601.600	280.000	0	0	0	0	
			SchA	881.600	0	601.600	280.000	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	881.600	0	601.600	280.000	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**881.600**	**0**	**601.600**	**280.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**2.050.400**		**930.400**	**1.120.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
16b	4E.210399	GS Comeniusstraße/Herr. Sporhalle										
			bisher	1.476.000	1.476.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.563.000 EUR für 2025-2026 für die Herrichtung der Sporthalle der GS Comeniusstraße sowie Nachveranschlagung von 369.000 EUR aufgrund des Verfalls von Haushaltsresten für 2025 (Gesamtkosten bisher: 1.845.000 EUR; Gesamtkosten neu: 4.408.000 EUR) zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 1.100.000 EUR
			neu	3.526.400	1.476.000	930.400	1.120.000	0	0	0	0	
			Veränderung	2.050.400		930.400	1.120.000	0	0	0	0	
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	1.100.000	**VE 2026 Veränderung:**			**1.100.000**	
			SchA	2.050.400	0	930.400	1.120.000	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	2.050.400	0	930.400	1.120.000	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**2.050.400**	**0**	**930.400**	**1.120.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Erweiterung der Ressourcen der Oswald-Berkhan Schule										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-219.800**		**500.000**	**1.000.000**	**0**	**-200.000**	**-994.800**	**-525.000**	
17a	4E.210292	Oswald-Berkhan-Schule/Erw. Ressourcen	bisher	3.675.000	250.000	500.000	100.000	300.000	1.000.000	1.000.000	525.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1.099.000 EUR für die Erweiterung der Ressourcen der Oswald-Berkhan-Schule sowie Vorziehen der Finanzraten von 2028-2030 auf die Vorjahre (Gesamtkosten alt: 18.375.000 EUR, Gesamtkosten neu: 17.276.000 EUR)
			neu	3.455.200	250.000	1.000.000	1.100.000	300.000	800.000	5.200	0	
			Veränderung	-219.800		500.000	1.000.000	0	-200.000	-994.800	-525.000	
			SchA	-219.800	0	500.000	1.000.000	0	-200.000	-994.800	-525.000	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	-219.800	0	500.000	1.000.000	0	-200.000	-994.800	-525.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-219.800**	**0**	**500.000**	**1.000.000**	**0**	**-200.000**	**-994.800**	**-525.000**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-879.200**		**2.000.000**	**4.000.000**	**0**	**-800.000**	**-3.979.200**	**-2.100.000**	
17b	4E.210292	Oswald-Berkhan-Schule/Erw. Ressourcen	bisher	14.700.000	1.000.000	2.000.000	400.000	1.200.000	4.000.000	4.000.000	2.100.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1.099.000 EUR für die Erweiterung der Ressourcen der Oswald-Berkhan-Schule sowie Vorziehen der Finanzraten von 2028-2030 auf die Vorjahre (Gesamtkosten alt: 18.375.000 EUR, Gesamtkosten neu: 17.276.000 EUR) zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 4.000.000 EUR geringere VE zu Lasten 2028: - 800.000 EUR geringere VE zu Lasten 2029: - 4.000.000 EUR
			neu	13.820.800	1.000.000	4.000.000	4.400.000	1.200.000	3.200.000	20.800	0	
			Veränderung	-879.200		2.000.000	4.000.000	0	-800.000	-3.979.200	-2.100.000	
				VE 2026:	400.000	VE 2026 neu:	4.400.000	**VE 2026 Veränderung:**			**4.000.000**	
				VE 2027:	1.200.000	VE 2027 neu:	1.200.000	**VE 2027 Veränderung:**			**0**	
				VE 2028:	4.000.000	VE 2028 neu:	3.200.000	**VE 2028 Veränderung:**			**-800.000**	
				VE 2029:	4.000.000	VE 2029 neu:	0	**VE 2029 Veränderung:**			**-4.000.000**	
			SchA	-879.200	0	2.000.000	4.000.000	0	-800.000	-3.979.200	-2.100.000	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	-879.200	0	2.000.000	4.000.000	0	-800.000	-3.979.200	-2.100.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-879.200**	**0**	**2.000.000**	**4.000.000**	**0**	**-800.000**	**-3.979.200**	**-2.100.000**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Erweiterung G8/G9 und Sanierung GY Kleine Burg										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-2.830.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**-1.830.000**	**-1.000.000**	
18a	4E.210349	GY Kleine Burg/ Erw. G8/G9+San.										
			bisher	2.893.275	63.275	0	0	0	0	1.830.000	1.000.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 14,15 Mio. EUR für 2029-2030 für die Erweiterung des GY Kleine Burg (G8/G9) und dessen Sanierung; Grund: das Sanierungskonzept wird zur Zeit überarbeitet und die Erweiterung findet im Rahmen des Projektes "Burgpassage" statt.
			neu	63.275	63.275	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-2.830.000		0	0	0	0	-1.830.000	-1.000.000	
			SchA	-2.830.000	0	0	0	0	0	-1.830.000	-1.000.000	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	-2.830.000	0	0	0	0	0	-1.830.000	-1.000.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-2.830.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-1.830.000**	**-1.000.000**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-11.320.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**-7.320.000**	**-4.000.000**	
18b	4E.210349	GY Kleine Burg/ Erw. G8/G9+San.										
			bisher	11.520.000	200.000	0	0	0	0	7.320.000	4.000.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 14,15 Mio. EUR für 2029-2030 für die Erweiterung des GY Kleine Burg (G8/G9) und dessen Sanierung; Grund: das Sanierungskonzept wird zur Zeit überarbeitet und die Erweiterung findet im Rahmen des Projektes "Burgpassage" statt.
			neu	200.000	200.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-11.320.000		0	0	0	0	-7.320.000	-4.000.000	
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	0	**VE 2026 Veränderung:**			**0**	
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	0	**VE 2027 Veränderung:**			**0**	
				VE 2028:	0	VE 2028 neu:	0	**VE 2028 Veränderung:**			**0**	
				VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	**VE 2029 Veränderung:**			**0**	
			SchA	-11.320.000	0	0	0	0	0	-7.320.000	-4.000.000	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	-11.320.000	0	0	0	0	0	-7.320.000	-4.000.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-11.320.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-7.320.000**	**-4.000.000**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	Erweiterung Wilhelmgymnasium (G8/G9)											
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**380.000**	**320.000**	**-700.000**	**0**	
19a	4E.210373	Wilhelmgym. (Abt. Leon. 12) Erw.G8/G9	bisher	740.000	0	0	0	0	0	740.000	0	Anpassung der Einnahmen (Fördergelder) für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums an den tatsächlichen Zahlungsfluss
			neu	740.000	0	0	0	380.000	320.000	40.000	0	
			Veränderung	0		0	0	380.000	320.000	-700.000	0	
			SchA	0	0	0	0	380.000	320.000	-700.000	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	0	0	0	0	380.000	320.000	-700.000	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**380.000**	**320.000**	**-700.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**391.300**		**0**	**0**	**391.300**	**740.000**	**-740.000**	**0**	
19b	4E.210373	Wilhelmgym. (Abt. Leon. 12) Erw.G8/G9	bisher	3.859.600	841.500	600.000	900.000	667.100	51.000	800.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.956.100 EUR für 2026 für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums sowie Vorziehen einer Teil-Finanzrate 2029 auf 2028 (Gesamtkosten bisher: 18,54 Mio. EUR; Gesamtkosten neu: 20,497 Mio. EUR)
			neu	4.250.900	841.500	600.000	900.000	1.058.400	791.000	60.000	0	
			Veränderung	391.300		0	0	391.300	740.000	-740.000	0	
			SchA	391.300	0	0	0	391.300	740.000	-740.000	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	391.300	0	0	0	391.300	740.000	-740.000	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**391.300**	**0**	**0**	**0**	**391.300**	**740.000**	**-740.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	18	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**1.520.000**	**1.280.000**	**-2.800.000**	**0**	
19c	4E.210373	Wilhelmgym. (Abt. Leon. 12) Erw.G8/G9	bisher	2.960.000	0	0	0	0	0	2.960.000	0	Anpassung der Einnahmen (Fördergelder) für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums an den tatsächlichen Zahlungsfluss
			neu	2.960.000	0	0	0	1.520.000	1.280.000	160.000	0	
			Veränderung	0		0	0	1.520.000	1.280.000	-2.800.000	0	
			SchA	0	0	0	0	1.520.000	1.280.000	-2.800.000	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	0	0	0	0	1.520.000	1.280.000	-2.800.000	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**1.520.000**	**1.280.000**	**-2.800.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**1.564.800**		**0**	**0**	**1.564.800**	**2.960.000**	**-2.960.000**	**0**	
19d	4E.210373	Wilhelmgym. (Abt. Leon. 12) Erw.G8/G9	bisher	14.681.700	2.609.400	2.400.000	3.600.000	2.668.300	204.000	3.200.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.956.100 EUR für 2026 für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums sowie Vorziehen einer Teil-Finanzrate 2029 auf 2028 (Gesamtkosten bisher: 18,54 Mio. EUR; Gesamtkosten neu: 20,497 Mio. EUR) zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.560.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 2.900.000 EUR geringere VE zu Lasten 2029: - 2.960.000 EUR
			neu	16.246.500	2.609.400	2.400.000	3.600.000	4.233.100	3.164.000	240.000	0	
			Veränderung	1.564.800		0	0	1.564.800	2.960.000	-2.960.000	0	
				VE 2026:	3.600.000	VE 2026 neu:	3.600.000	**VE 2026 Veränderung:**			**0**	
				VE 2027:	2.660.000	VE 2027 neu:	4.220.000	**VE 2027 Veränderung:**			**1.560.000**	
				VE 2028:	200.000	VE 2028 neu:	3.100.000	**VE 2028 Veränderung:**			**2.900.000**	
				VE 2029:	3.200.000	VE 2029 neu:	240.000	**VE 2029 Veränderung:**			**-2.960.000**	
			SchA	1.564.800	0	0	0	1.564.800	2.960.000	-2.960.000	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	1.564.800	0	0	0	1.564.800	2.960.000	-2.960.000	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**1.564.800**	**0**	**0**	**0**	**1.564.800**	**2.960.000**	**-2.960.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	Neubau Sporthalle Ackerstraße											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**183.000**		**0**	**0**	**183.000**	**0**	**0**	**0**	
20a	4E.210374	Ackerstr./Neubau 1,5 fach Sporthalle	bisher	795.600	290.400	50.000	434.200	21.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.829.200 EUR für 2027 für den Neubau der Sporthalle Ackerstraße; es handelt sich um die Nachveranschlaung von Haushaltsmitteln, die im Jahre 2024 als Deckungsmittel für andere Projekt gedient haben
			neu	978.600	290.400	50.000	434.200	204.000	0	0	0	
			Veränderung	183.000		0	0	183.000	0	0	0	
			SchA	183.000	0	0	0	183.000	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	183.000	0	0	0	183.000	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**183.000**	**0**	**0**	**0**	**183.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**1.646.200**		**0**	**0**	**1.646.200**	**0**	**0**	**0**	
20b	4E.210374	Ackerstr./Neubau 1,5 fach Sporthalle	bisher	7.159.600	2.613.000	450.000	3.907.600	189.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.829.200 EUR für 2027 für den Neubau der Sporthalle Ackerstraße; es handelt sich um die Nachveranschlaung von Haushaltsmitteln, die im Jahre 2024 als Deckungsmittel für andere Projekt gedient haben zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.646.000 EUR
			neu	8.805.800	2.613.000	450.000	3.907.600	1.835.200	0	0	0	
			Veränderung	**1.646.200**		**0**	**0**	**1.646.200**	**0**	**0**	**0**	
				VE 2026:	3.900.000	VE 2026 neu:	3.900.000	**VE 2026 Veränderung:**			**0**	
				VE 2027:	189.000	VE 2027 neu:	1.835.000	**VE 2027 Veränderung:**			**1.646.000**	
			SchA	1.646.200	0	0	0	1.646.200	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	1.646.200	0	0	0	1.646.200	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**1.646.200**	**0**	**0**	**0**	**1.646.200**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Erweiterung GY M.K. (G8/G9) sowie Sanierung										
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
21a	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA	bisher	1.149.400	0	0	0	0	0	0	1.149.400	Beibehaltung der ergebniswirksamen Einzahlungen (Zuwendungen) im Rahmen der Erweiterung des GY M.K. (G8/G9)
			neu	1.149.400	0	0	0	0	0	0	1.149.400	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-678.800**		**2.000.000**	**700.000**	**814.200**	**0**	**0**	**-4.193.000**	
21b	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA	bisher	22.888.400	4.581.000	500.000	500.000	3.725.000	3.543.400	3.543.500	6.495.500	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 614.000 EUR für 2025 für die Erweiterung des GY M.K. sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 auf 2025/2026; es handelt sich um die Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln, die im Jahre 2024 als Deckungsmittel für andere Projekt gedient haben
			neu	23.195.400	4.581.000	2.500.000	3.000.000	3.725.000	3.543.400	3.543.500	2.302.500	
			Veränderung	307.000		2.000.000	2.500.000	0	0	0	-4.193.000	
			SchA	307.000	0	2.000.000	2.500.000	0	0	0	-4.193.000	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	307.000	0	2.000.000	2.500.000	0	0	0	-4.193.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
NEU	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA	bisher	22.888.400	4.581.000	500.000	500.000	3.725.000	3.543.400	3.543.500	6.495.500	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1.357.600 EUR für 2027 für die Erweiterung und Sanierung des GY M.K. (Grund: u.a wegen vorgezogenem Baumaßnahmenbeginn und damit geringeren Baukostensteigerungen) sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf
			neu	22.209.600	4.581.000	2.500.000	1.200.000	4.539.200	3.543.400	3.543.500	2.302.500	
			Veränderung	-678.800		2.000.000	700.000	814.200	0	0	-4.193.000	
			FPDA	**-678.800**	**0**	**2.000.000**	**700.000**	**814.200**	**0**	**0**	**-4.193.000**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	18	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
21c	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA	bisher	1.149.400	0	0	0	0	0	0	1.149.400	Beibehaltung der investiven Einzahlungen (Zuwendungen) im Rahmen der Erweiterung des GY M.K. (G8/G9)
			neu	1.149.400	0	0	0	0	0	0	1.149.400	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-678.800**		**2.000.000**	**4.300.000**	**-2.785.800**	**0**	**0**	**-4.193.000**	
21d	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA	bisher	22.888.400	4.581.000	500.000	500.000	3.725.000	3.543.400	3.543.500	6.495.500	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 614.000 EUR für 2025 für die Erweiterung des GY M.K. sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 auf 2025/2026; es handelt sich um die Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln, die im Jahre 2024 als Deckungsmittel für andere Projekt gedient haben zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 2.500.000 EUR
			neu	23.195.400	4.581.000	2.500.000	3.000.000	3.725.000	3.543.400	3.543.500	2.302.500	
			Veränderung	307.000		2.000.000	2.500.000	0	0	0	-4.193.000	
				VE 2026:	500.000	VE 2026 neu:	3.000.000	**VE 2026 Veränderung:**			**2.500.000**	
				VE 2027:	3.725.000	VE 2027 neu:	3.725.000	**VE 2027 Veränderung:**			**0**	
				VE 2028:	3.540.000	VE 2028 neu:	3.540.000	**VE 2028 Veränderung:**			**0**	
				VE 2029:	3.540.000	VE 2029 neu:	3.540.000	**VE 2029 Veränderung:**			**0**	
			SchA	307.000	0	2.000.000	2.500.000	0	0	0	-4.193.000	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	307.000	0	2.000.000	2.500.000	0	0	0	-4.193.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
NEU	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA	bisher	22.888.400	4.581.000	500.000	500.000	3.725.000	3.543.400	3.543.500	6.495.500	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1.357.600 EUR für 2027 für die Erweiterung und Sanierung des GY M.K. (Grund: u.a wegen vorgezogenem Baumaßnahmenbeginn und damit geringeren Baukostensteigerungen) sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 4.300.000 EUR geringere VE zu Lasten 2027: -2.785.800 EUR
			neu	22.209.600	4.581.000	2.500.000	4.800.000	939.200	3.543.400	3.543.500	2.302.500	
			Veränderung	-678.800		2.000.000	4.300.000	-2.785.800	0	0	-4.193.000	
				VE 2026:	500.000	VE 2026 neu:	4.800.000	**VE 2026 Veränderung:**			**4.300.000**	
				VE 2027:	3.725.000	VE 2027 neu:	939.200	**VE 2027 Veränderung:**			**-2.785.800**	
				VE 2028:	3.540.000	VE 2028 neu:	3.540.000	**VE 2028 Veränderung:**			**0**	
				VE 2029:	3.540.000	VE 2029 neu:	3.540.000	**VE 2029 Veränderung:**			**0**	
			FPDA	**-678.800**	**0**	**2.000.000**	**4.300.000**	**-2.785.800**	**0**	**0**	**-4.193.000**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	Erweiterung GY H.v.F.											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-1.493.000**		**0**	**0**	**300.000**	**160.000**	**27.000**	**-1.980.000**	
22a	4E.210469	GY H.v.F. / Erweiterung										
			bisher	3.660.000	0	40.000	100.000	600.000	740.000	200.000	1.980.000	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.435.000 EUR für 2027-2029 für die Erweiterung des GY H.v.F; der Ansatz für 2030 ist fälscherlicherweise erfolgt
			neu	2.167.000	0	40.000	100.000	900.000	900.000	227.000	0	
			Veränderung	-1.493.000		0	0	300.000	160.000	27.000	-1.980.000	Gesamtkosten bisher: 8.400.000 EUR Gesamtkosten neu: 10.835.000 EUR
			SchA	-1.493.000	0	0	0	300.000	160.000	27.000	-1.980.000	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	-1.493.000	0	0	0	300.000	160.000	27.000	-1.980.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-1.493.000**	**0**	**0**	**0**	**300.000**	**160.000**	**27.000**	**-1.980.000**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-5.972.000**		**0**	**0**	**1.200.000**	**640.000**	**108.000**	**-7.920.000**	
22b	4E.210469	GY H.v.F. / Erweiterung										
			bisher	14.640.000	0	160.000	400.000	2.400.000	2.960.000	800.000	7.920.000	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.435.000 EUR für 2027-2029 für die Erweiterung des GY H.v.F; der Ansatz für 2030 ist fälscherlicherweise erfolgt
			neu	8.668.000	0	160.000	400.000	3.600.000	3.600.000	908.000	0	
			Veränderung	-5.972.000		0	0	1.200.000	640.000	108.000	-7.920.000	Gesamtkosten bisher: 8.400.000 EUR Gesamtkosten neu: 10.835.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.200.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 640.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2029: + 100.000 EUR
				VE 2026:	400.000	VE 2026 neu:	400.000	**VE 2026 Veränderung:**			**0**	
				VE 2027:	2.400.000	VE 2027 neu:	3.600.000	**VE 2027 Veränderung:**			**1.200.000**	
				VE 2028:	2.960.000	VE 2028 neu:	3.600.000	**VE 2028 Veränderung:**			**640.000**	
				VE 2029:	800.000	VE 2029 neu:	900.000	**VE 2029 Veränderung:**			**100.000**	
			SchA	-5.972.000	0	0	0	1.200.000	640.000	108.000	-7.920.000	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	-5.972.000	0	0	0	1.200.000	640.000	108.000	-7.920.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-5.972.000**	**0**	**0**	**0**	**1.200.000**	**640.000**	**108.000**	**-7.920.000**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	Flüchtlingsunterkünfte											
	Umbauten Vienna house											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**1.000.000**		**200.000**	**3.000.000**	**1.000.000**	**0**	**0**	**-3.200.000**	
23a	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA	bisher	20.150.000	0	2.500.000	5.500.000	4.300.000	1.850.000	0	6.000.000	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.000.000 EUR für 2025-2027 für die Einrichtung einer Kita im Vienna house sowie Vorziehen der Finanzrate 2030 auf 2025-2027
			neu	21.150.000	0	2.700.000	8.500.000	5.300.000	1.850.000	0	2.800.000	
			Veränderung	1.000.000		200.000	3.000.000	1.000.000	0	0	-3.200.000	
			APH	1.000.000	0	200.000	3.000.000	1.000.000	0	0	-3.200.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
			AfSG	1.000.000	0	200.000	3.000.000	1.000.000	0	0	-3.200.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
												Anmerkung der Verwaltung neu Hierzu liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor, der im APH zurückgezogen wurde.
			FPDA	**1.000.000**	**0**	**200.000**	**3.000.000**	**1.000.000**	**0**	**0**	**-3.200.000**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
23b	4E.210468	Vienna house/Umbau-San. 2. BA	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.000.000 EUR für 2025-2027 für die Einrichtung einer Kita im Vienna house sowie Vorziehen der Finanzrate 2030 auf 2025-2027
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	0	**VE 2026 Veränderung:**			**0**	
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	0	**VE 2027 Veränderung:**			**0**	
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			AfSG	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
												Anmerkung der Verwaltung neu Hierzu liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor, der im APH zurückgezogen wurde.
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		PPP-Projekte										
		Erweiterung GY Neue Oberschule										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**2.715.400**		**600.000**	**1.249.400**	**866.000**	**0**	**0**	**0**	
24a	4E.210207	GY NO / Erweiterung	bisher	4.654.853	254.853	1.200.000	2.300.000	900.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 13.577.000 EUR für 2025-2027 für die Erweiterung des GY NO (PPP Projekt) - Gesamtkosten bisher: 23.354.853 EUR; Gesamtkosten neu: 36.931.853 EUR
			neu	7.370.253	254.853	1.800.000	3.549.400	1.766.000	0	0	0	
			Veränderung	2.715.400		600.000	1.249.400	866.000	0	0	0	
			SchA	2.715.400	0	600.000	1.249.400	866.000	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	2.715.400	0	600.000	1.249.400	866.000	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**2.715.400**	**0**	**600.000**	**1.249.400**	**866.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	18	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
24b	4E.210207	GY NO / Erweiterung	bisher	1.482.000	0	0	0	1.482.000	0	0	0	Beibehaltung der investiven Einzahlungen für die Erweiterung des GY N.O.
			neu	1.482.000	0	0	0	1.482.000	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**10.861.600**		**2.400.000**	**4.997.600**	**3.464.000**	**0**	**0**	**0**	
24c	4E.210207	GY NO / Erweiterung										
			bisher	18.700.000	1.100.000	4.800.000	9.200.000	3.600.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 13.577.000 EUR für 2025-2027 für die Erweiterung des GY NO (PPP Projekt) - Gesamtkosten bisher: 23.354.853 EUR; Gesamtkosten neu: 36.931.853 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 4.997.600 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 3.464.000 EUR
			neu	29.561.600	1.100.000	7.200.000	14.197.600	7.064.000	0	0	0	
			Veränderung	10.861.600		2.400.000	4.997.600	3.464.000	0	0	0	
				VE 2026:	9.200.000	VE 2026 neu:	14.197.600	**VE 2026 Veränderung:**			**4.997.600**	
				VE 2027:	3.600.000	VE 2027 neu:	7.064.000	**VE 2027 Veränderung:**			**3.464.000**	
			SchA	10.861.600	0	2.400.000	4.997.600	3.464.000	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	10.861.600	0	2.400.000	4.997.600	3.464.000	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**10.861.600**	**0**	**2.400.000**	**4.997.600**	**3.464.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		Erweiterung GY Ricarda-Huch-Schule										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
25a	4E.210317	Ricarda-Huch-Schule / Erweiterung										
			bisher	5.747.175	374.475	4.079.300	1.293.400	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1.096.600 EUR für 2025 für die Erweiterung des GY Ricarda-Huch, da in 2024 überplanmäßige Haushaltsmittel bereitgestellt worden sind Gesamtkosten: 34.313.500 EUR
			neu	5.747.175	374.475	4.079.300	1.293.400	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	18	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
25b	4E.210317	Ricarda-Huch-Schule / Erweiterung										
			bisher	1.287.800	0	0	1.287.800	0	0	0	0	Beibehaltung der investiven Einzahlungen für die Erweiterung des GY Ricarda-Huch
			neu	1.287.800	0	0	1.287.800	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-1.096.600**		**-1.096.600**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
25c	4E.210317	Ricarda-Huch-Schule / Erweiterung										
			bisher	29.662.725	19.972.125	4.517.300	5.173.300	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 1.096.600 EUR für 2025 für die Erweiterung des GY Ricarda-Huch, da in 2024 überplanmäßige Haushaltsmittel bereitgestellt worden sind
			neu	28.566.125	19.972.125	3.420.700	5.173.300	0	0	0	0	
			Veränderung	-1.096.600		-1.096.600	0	0	0	0	0	Gesamtkosten: 34.313.500 EUR
				VE 2026:	5.173.500	VE 2026 neu:	5.173.500	**VE 2026 Veränderung:**			**0**	
			SchA	-1.096.600	0	-1.096.600	0	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	-1.096.600	0	-1.096.600	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-1.096.600**	**0**	**-1.096.600**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Sanierung und Ausbau Mensa GS Rühme										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**92.800**		**200.000**	**-1.000.000**	**892.800**	**0**	**0**	**0**	
26a	4E.210424	GS Rühme/San. (inkl. Mensaausbau)	bisher	3.200.000	0	200.000	2.600.000	400.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 464.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der GS Rühme sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 16.000.000 EUR; Gesamtkosten neu: 16.464.000 EUR)
			neu	3.292.800	0	400.000	1.600.000	1.292.800	0	0	0	
			Veränderung	92.800		200.000	-1.000.000	892.800	0	0	0	
			SchA	92.800	0	200.000	-1.000.000	892.800	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	92.800	0	200.000	-1.000.000	892.800	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**92.800**	**0**	**200.000**	**-1.000.000**	**892.800**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**371.200**		**800.000**	**-4.000.000**	**3.571.200**	**0**	**0**	**0**	
26b	4E.210424	GS Rühme/San. (inkl. Mensaausbau)	bisher	12.800.000	0	800.000	10.400.000	1.600.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 464.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der GS Rühme sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 16.000.000 EUR; Gesamtkosten neu: 16.464.000 EUR) geringere VE zu Lasten 2026: - 4.000.000 EUR; zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 3.571.200 EUR
			neu	13.171.200	0	1.600.000	6.400.000	5.171.200	0	0	0	
			Veränderung	371.200		800.000	-4.000.000	3.571.200	0	0	0	
				VE 2026:	10.400.000	VE 2026 neu:	6.400.000	**VE 2026 Veränderung:**			**-4.000.000**	
				VE 2027:	1.600.000	VE 2027 neu:	5.171.200	**VE 2027 Veränderung:**			**3.571.200**	
			SchA	371.200	0	800.000	-4.000.000	3.571.200	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	371.200	0	800.000	-4.000.000	3.571.200	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**371.200**	**0**	**800.000**	**-4.000.000**	**3.571.200**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Sanierung GS Broitzem (inkl. Einrichtung GTB und Zusammenlegung Außenstelle)										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**25.400**		**200.000**	**-736.000**	**561.400**	**0**	**0**	**0**	
27a	4E.210425	GS Broitzem/Einr. GTB u. San.	bisher	2.736.000	0	200.000	2.136.000	400.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 127.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der GS Broitzem (einschl. GTB) sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 13.680.000 EUR; Gesamtkosten neu: 13.807.000 EUR)
			neu	2.761.400	0	400.000	1.400.000	961.400	0	0	0	
			Veränderung	25.400		200.000	-736.000	561.400	0	0	0	
			SchA	25.400	0	200.000	-736.000	561.400	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	25.400	0	200.000	-736.000	561.400	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**25.400**	**0**	**200.000**	**-736.000**	**561.400**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**101.600**		**800.000**	**-2.944.000**	**2.245.600**	**0**	**0**	**0**	
27b	4E.210425	GS Broitzem/Einr. GTB u. San.	bisher	10.944.000	0	800.000	8.544.000	1.600.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 127.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der GS Broitzem (einschl. GTB) sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 13.680.000 EUR; Gesamtkosten neu: 13.807.000 EUR) geringere VE zu Lasten 2026: - 2.944.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 2.245.600 EUR
			neu	11.045.600	0	1.600.000	5.600.000	3.845.600	0	0	0	
			Veränderung	101.600		800.000	-2.944.000	2.245.600	0	0	0	
				VE 2026:	8.544.000	VE 2026 neu:	5.600.000	**VE 2026 Veränderung:**			**-2.944.000**	
				VE 2027:	1.600.000	VE 2027 neu:	3.845.600	**VE 2027 Veränderung:**			**2.245.600**	
			SchA	101.600	0	800.000	-2.944.000	2.245.600	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	101.600	0	800.000	-2.944.000	2.245.600	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**101.600**	**0**	**800.000**	**-2.944.000**	**2.245.600**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Sanierung GS Altmühlstraße										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**50.400**		**200.000**	**-1.240.000**	**1.090.400**	**0**	**0**	**0**	
28a	4E.210426	GS Altmühlstraße/Sanierung	bisher	3.640.000	0	200.000	3.040.000	400.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 252.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der GS Altmühlstraße sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 18.200.000 EUR; Gesamtkosten neu: 18.452.000 EUR)
			neu	3.690.400	0	400.000	1.800.000	1.490.400	0	0	0	
			Veränderung	**50.400**		**200.000**	**-1.240.000**	**1.090.400**	**0**	**0**	**0**	
			SchA	50.400	0	200.000	-1.240.000	1.090.400	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	50.400	0	200.000	-1.240.000	1.090.400	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**50.400**	**0**	**200.000**	**-1.240.000**	**1.090.400**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**201.600**		**800.000**	**-4.960.000**	**4.361.600**	**0**	**0**	**0**	
28b	4E.210426	GS Altmühlstraße/Sanierung	bisher	14.560.000	0	800.000	12.160.000	1.600.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 252.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der GS Altmühlstraße sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 18.200.000 EUR; Gesamtkosten neu: 18.452.000 EUR) geringere VE zu Lasten 2026: - 4.960.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 4.361.600 EUR
			neu	14.761.600	0	1.600.000	7.200.000	5.961.600	0	0	0	
			Veränderung	201.600		800.000	-4.960.000	4.361.600	0	0	0	
				VE 2026:	12.160.000	VE 2026 neu:	7.200.000	**VE 2026 Veränderung:**			**-4.960.000**	
				VE 2027:	1.600.000	VE 2027 neu:	5.961.600	**VE 2027 Veränderung:**			**4.361.600**	
			SchA	201.600	0	800.000	-4.960.000	4.361.600	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	201.600	0	800.000	-4.960.000	4.361.600	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**201.600**	**0**	**800.000**	**-4.960.000**	**4.361.600**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Sanierung RS Sidonienstraße (inkl. Einrichtung GTB)										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-193.800**		**400.000**	**-2.212.000**	**1.618.200**	**0**	**0**	**0**	
29a	4E.210427	RS Sidonienstrasse/Einr. GTB u. San.	bisher	4.812.000	0	200.000	4.212.000	400.000	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 969.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der RS Sidonienstraße (inkl. GTB) sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 24.060.000 EUR; Gesamtkosten neu: 23.091.000 EUR)
			neu	4.618.200	0	600.000	2.000.000	2.018.200	0	0	0	
			Veränderung	-193.800		400.000	-2.212.000	1.618.200	0	0	0	
			SchA	-193.800	0	400.000	-2.212.000	1.618.200	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	-193.800	0	400.000	-2.212.000	1.618.200	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-193.800**	**0**	**400.000**	**-2.212.000**	**1.618.200**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-775.200**		**1.600.000**	**-8.848.000**	**6.472.800**	**0**	**0**	**0**	
29b	4E.210427	RS Sidonienstrasse/Einr. GTB u. San.	bisher	19.248.000	0	800.000	16.848.000	1.600.000	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 969.000 EUR für 2025-2027 für die Sanierung der RS Sidonienstraße (inkl. GTB) sowie Anpassung der Finanzraten an den tatsächlichen Bedarf (Gesamtkosten bisher: 24.060.000 EUR; Gesamtkosten neu: 23.091.000 EUR) geringere VE zu Lasten 2026: - 8.848.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 6.472.800 EUR
			neu	18.472.800	0	2.400.000	8.000.000	8.072.800	0	0	0	
			Veränderung	-775.200		1.600.000	-8.848.000	6.472.800	0	0	0	
				VE 2026:	16.848.000	VE 2026 neu:	8.000.000	**VE 2026 Veränderung:**			**-8.848.000**	
				VE 2027:	1.600.000	VE 2027 neu:	8.072.800	**VE 2027 Veränderung:**			**6.472.800**	
			SchA	-775.200	0	1.600.000	-8.848.000	6.472.800	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			APH	-775.200	0	1.600.000	-8.848.000	6.472.800	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-775.200**	**0**	**1.600.000**	**-8.848.000**	**6.472.800**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	Sanierung Stadthalle											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**800.000**	**-1.600.000**	**0**	**800.000**	**0**	**0**	
30a	4E.210441	Stadthallensanierung / Umsetzung SFB	bisher	28.000.000	5.000.000	5.000.000	8.000.000	7.000.000	2.000.000	1.000.000	0	Anpassung der Finanzraten für die Sanierung der Stadthalle an den tatsächlichen Bedarf
			neu	28.000.000	5.000.000	5.800.000	6.400.000	7.000.000	2.800.000	1.000.000	0	
			Veränderung	0		800.000	-1.600.000	0	800.000	0	0	
			APH	0	0	800.000	-1.600.000	0	800.000	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**800.000**	**-1.600.000**	**0**	**800.000**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**3.200.000**	**-6.400.000**	**0**	**3.200.000**	**0**	**0**	
30b	4E.210441	Stadthallensanierung / Umsetzung SFB	bisher	112.000.000	20.000.000	20.000.000	32.000.000	28.000.000	8.000.000	4.000.000	0	Anpassung der Finanzraten für die Sanierung der Stadthalle an den tatsächlichen Bedarf
			neu	112.000.000	20.000.000	23.200.000	25.600.000	28.000.000	11.200.000	4.000.000	0	
			Veränderung	0		3.200.000	-6.400.000	0	3.200.000	0	0	geringere VE zu Lasten 2026: - 6.400.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 3.200.000 EUR
				VE 2026:	32.000.000	VE 2026 neu:	25.600.000	**VE 2026 Veränderung:**			**-6.400.000**	
				VE 2027:	28.000.000	VE 2027 neu:	28.000.000	**VE 2027 Veränderung:**			**0**	
				VE 2028:	8.000.000	VE 2028 neu:	11.200.000	**VE 2028 Veränderung:**			**3.200.000**	
				VE 2029:	4.000.000	VE 2029 neu:	4.000.000	**VE 2029 Veränderung:**			**0**	
			APH	0	0	3.200.000	-6.400.000	0	3.200.000	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**3.200.000**	**-6.400.000**	**0**	**3.200.000**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Klimaschutzmaßnahmen										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**2.250.000**		**450.000**	**450.000**	**450.000**	**450.000**	**450.000**	**0**	
31	4S.210107	städt. Gebäudemaßnah. / Begrünung										
			bisher	1.000.000	1.000.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 450.000 EUR
			neu	3.250.000	1.000.000	450.000	450.000	450.000	450.000	450.000	0	jährlich für die Dach- und Fassadenbegrünung von
			Veränderung	2.250.000		450.000	450.000	450.000	450.000	450.000	0	städtischen Gebäuden (Klimaschutzmaßnahmen)
			APH	2.250.000	0	450.000	450.000	450.000	450.000	450.000	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**2.250.000**	**0**	**450.000**	**450.000**	**450.000**	**450.000**	**450.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		Kita-Maßnahmen										
		Dachsanierung Kita Thune										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**50.000**		**-400.000**	**450.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
32	4E.210186	Kita Thune / Dachsanierung										
			bisher	454.486	4.486	450.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR
			neu	504.486	4.486	50.000	450.000	0	0	0	0	für die Dachsanierung der Kita Thune sowie
			Veränderung	50.000		-400.000	450.000	0	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate von 2025 auf 2026
			JHA	50.000	0	-400.000	450.000	0	0	0	0	**angenommen 12 / 0 / 0**
			APH	50.000	0	-400.000	450.000	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**50.000**	**0**	**-400.000**	**450.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Dachsanierung Kita Wenden										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**50.000**		**-400.000**	**450.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
33	4E.210187	Kita Wenden / Dachsanierung										
			bisher	451.459	1.459	450.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für die Dachsanierung der Kita Wenden sowie Verschieben einer Teilfinanzrate von 2025 auf 2026
			neu	501.459	1.459	50.000	450.000	0	0	0	0	
			Veränderung	50.000		-400.000	450.000	0	0	0	0	
			JHA	50.000	0	-400.000	450.000	0	0	0	0	**angenommen 12 / 0 / 0**
			APH	50.000	0	-400.000	450.000	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**50.000**	**0**	**-400.000**	**450.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		Sanierung Kita Lamme										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-518.300**		**-518.300**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
34	4E.210283	Kita Lamme / Sanierung										
			bisher	618.300	100.000	518.300	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 518.300 EUR für 2025, da die Sanierung der Kita Lamme nicht mehr durchgeführt wird
			neu	100.000	100.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-518.300		-518.300	0	0	0	0	0	
			JHA	-518.300	0	-518.300	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 1**
			APH	-518.300	0	-518.300	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-518.300**	**0**	**-518.300**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	Ersatzbau Kita Querum											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**70.000**	**700.000**	**-200.000**	**0**	**-570.000**	**0**	
35a	4E.210341	Kita Querum / Ersatzbau	bisher	2.870.000	130.000	10.000	100.000	900.000	900.000	830.000	0	Vorziehen von Teilfinanzraten 2026-2029 für den Ersatzbau der Kita Querum auf 2025/2026
			neu	2.870.000	130.000	80.000	800.000	700.000	900.000	260.000	0	
			Veränderung	0		70.000	700.000	-200.000	0	-570.000	0	
			JHA	0	0	70.000	700.000	-200.000	0	-570.000	0	**angenommen 12 / 0 / 0**
			APH	0	0	70.000	700.000	-200.000	0	-570.000	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**70.000**	**700.000**	**-200.000**	**0**	**-570.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**280.000**	**2.800.000**	**-800.000**	**0**	**-2.280.000**	**0**	
35b	4E.210341	Kita Querum / Ersatzbau	bisher	11.480.000	520.000	40.000	400.000	3.600.000	3.600.000	3.320.000	0	Vorziehen von Teilfinanzraten 2026-2029 für den Ersatzbau der Kita Querum auf 2025/2026
			neu	11.480.000	520.000	320.000	3.200.000	2.800.000	3.600.000	1.040.000	0	
			Veränderung	0		280.000	2.800.000	-800.000	0	-2.280.000	0	zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 2800.000 EUR geringere VE zu Lasten 2027: - 800.000 EUR geringere VE zu Lasten 2029: - 2.280.000 EUR
				VE 2026:	400.000	VE 2026 neu:	3.200.000	**VE 2026 Veränderung:**			**2.800.000**	
				VE 2027:	3.600.000	VE 2027 neu:	2.800.000	**VE 2027 Veränderung:**			**-800.000**	
				VE 2028:	3.600.000	VE 2028 neu:	3.600.000	**VE 2028 Veränderung:**			**0**	
				VE 2029:	3.320.000	VE 2029 neu:	1.040.000	**VE 2029 Veränderung:**			**-2.280.000**	
			JHA	0	0	280.000	2.800.000	-800.000	0	-2.280.000	0	**angenommen 12 / 0 / 0**
			APH	0	0	280.000	2.800.000	-800.000	0	-2.280.000	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**280.000**	**2.800.000**	**-800.000**	**0**	**-2.280.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	Neubau Kita Weststadt											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**392.800**		**0**	**0**	**200.000**	**190.000**	**2.800**	**0**	
36a	4E.210388	Kita Weststadt / Neubau										
			bisher	1.020.000	0	50.000	100.000	400.000	400.000	70.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.928.000 EUR für 2027-2029 für den Neubau der Kita Weststadt (Gesamtkosten bisher: 10.200.000 EUR; Gesamtkosten neu: 14.128.000 EUR)
			neu	1.412.800	0	50.000	100.000	600.000	590.000	72.800	0	
			Veränderung	392.800		0	0	200.000	190.000	2.800	0	
			JHA	392.800	0	0	0	200.000	190.000	2.800	0	**angenommen 12 / 0 / 0**
			APH	392.800	0	0	0	200.000	190.000	2.800	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**392.800**	**0**	**0**	**0**	**200.000**	**190.000**	**2.800**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**3.535.200**		**0**	**0**	**1.800.000**	**1.710.000**	**25.200**	**0**	
36b	4E.210388	Kita Weststadt / Neubau										
			bisher	9.180.000	0	450.000	900.000	3.600.000	3.600.000	630.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.928.000 EUR für 2027-2029 für den Neubau der Kita Weststadt (Gesamtkosten bisher: 10.200.000 EUR; Gesamtkosten neu: 14.128.000 EUR) zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.800.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 1.710.000 EUR
			neu	12.715.200	0	450.000	900.000	5.400.000	5.310.000	655.200	0	
			Veränderung	3.535.200		0	0	1.800.000	1.710.000	25.200	0	
				VE 2026:	900.000	VE 2026 neu:	900.000	**VE 2026 Veränderung:**			**0**	
				VE 2027:	3.600.000	VE 2027 neu:	5.400.000	**VE 2027 Veränderung:**			**1.800.000**	
				VE 2028:	3.600.000	VE 2028 neu:	5.310.000	**VE 2028 Veränderung:**			**1.710.000**	
				VE 2029:	630.000	VE 2029 neu:	630.000	**VE 2029 Veränderung:**			**0**	
			JHA	3.535.200	0	0	0	1.800.000	1.710.000	25.200	0	**angenommen 12 / 0 / 0**
			APH	3.535.200	0	0	0	1.800.000	1.710.000	25.200	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**3.535.200**	**0**	**0**	**0**	**1.800.000**	**1.710.000**	**25.200**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Erweiterung Kita Lamme Ost (AWO)										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**301.700**		**103.700**	**99.000**	**99.000**	**0**	**0**	**0**	
37a	4E.21 Neu	Kita Lamme-Ost / Erweiterung										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.508.300 EUR für 2025-2027 für die Erweiterung der Kita Lamme Ost (die Sanierung der Kita Lamme - 4E.210283 - wird nicht weiter verfolgt
			neu	301.700	0	103.700	99.000	99.000	0	0	0	
			Veränderung	301.700		103.700	99.000	99.000	0	0	0	
			JHA	301.700	0	103.700	99.000	99.000	0	0	0	**angenommen: 11 / 0 / 0**
			APH	301.700	0	103.700	99.000	99.000	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**301.700**	**0**	**103.700**	**99.000**	**99.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**1.206.600**		**414.600**	**396.000**	**396.000**	**0**	**0**	**0**	
37b	4E.21 Neu	Kita Lamme-Ost / Erweiterung										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.508.300 EUR für 2025-2027 für die Erweiterung der Kita Lamme Ost (die Sanierung der Kita Lamme - 4E.210283 - wird nicht weiter verfolgt zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 396.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 396.000 EUR
			neu	1.206.600	0	414.600	396.000	396.000	0	0	0	
			Veränderung	1.206.600		414.600	396.000	396.000	0	0	0	
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	396.000	**VE 2026 Veränderung:**			**396.000**	
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	396.000	**VE 2027 Veränderung:**			**396.000**	
			JHA	1.206.600	0	414.600	396.000	396.000	0	0	0	**angenommen: 11 / 0 / 0**
			APH	1.206.600	0	414.600	396.000	396.000	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**1.206.600**	**0**	**414.600**	**396.000**	**396.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Brandschutzmaßnahmen										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**841.200**		**841.200**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
38a	4E.210228	BBS V (Kastan.) / Brandschutzm.	bisher	3.412.899	3.412.899	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 841.200 EUR für 2025 für Brandschutzmaßnahmen an der BBS V (Kastanienallee) - Gesamtkosten bisher: 3.687.159 EUR; Gesamtkosten neu: 4.528.359 EUR
			neu	4.254.099	3.412.899	841.200	0	0	0	0	0	
			Veränderung	841.200		841.200	0	0	0	0	0	
			SchA	841.200	0	841.200	0	0	0	0	0	**angenommen 17 / 0 / 0**
			APH	841.200	0	841.200	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**841.200**	**0**	**841.200**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
38b	4E.210228	BBS V (Kastan.) / Brandschutzm.	bisher	274.260	274.260	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 841.200 EUR für 2025 für Brandschutzmaßnahmen an der BBS V (Kastanienallee) - Gesamtkosten bisher: 3.687.159 EUR; Gesamtkosten neu: 4.528.359 EUR
			neu	274.260	274.260	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			SchA	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 17 / 0 / 0**
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Sanierung / Umbauten von Dienstgebäuden										
		Sanierung Rathaus-Neubau										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**-360.000**	**-1.640.000**	**2.000.000**	**0**	**0**	**0**	
39a	4E.210458	FB 20: Rathausneubau / Sanierung (ehemals 5E.210116 und 3E.210019)	bisher	7.380.818	1.180.818	400.000	2.000.000	2.200.000	1.600.000	0	0	Verschieben von Teilfinanzraten 2025-2026 auf 2027 ff. für die Sanierung des Rathaus-Neubaus
			neu	7.380.818	1.180.818	40.000	360.000	4.200.000	1.600.000	0	0	
			Veränderung	0		-360.000	-1.640.000	2.000.000	0	0	0	
			APH	0	0	-360.000	-1.640.000	2.000.000	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**-360.000**	**-1.640.000**	**2.000.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**-1.440.000**	**-6.560.000**	**8.000.000**	**0**	**0**	**0**	
39b	4E.210458	FB 20: Rathausneubau / Sanierung (ehemals 5E.210116 und 3E.210019)	bisher	28.800.000	4.000.000	1.600.000	8.000.000	8.800.000	6.400.000	0	0	Verschieben von Teilfinanzraten 2025-2026 auf 2027 ff. für die Sanierung des Rathaus-Neubaus
			neu	28.800.000	4.000.000	160.000	1.440.000	16.800.000	6.400.000	0	0	
			Veränderung	0		-1.440.000	-6.560.000	8.000.000	0	0	0	geringere VE zu Lasten 2026: - 6.560.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 8.000.000 EUR
				VE 2026:	8.000.000	VE 2026 neu:	1.440.000	**VE 2026 Veränderung:**			**-6.560.000**	
				VE 2027:	8.800.000	VE 2027 neu:	16.800.000	**VE 2027 Veränderung:**			**8.000.000**	
				VE 2028:	6.400.000	VE 2028 neu:	6.400.000	**VE 2028 Veränderung:**			**0**	
				VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	**VE 2029 Veränderung:**			**0**	
			APH	0	0	-1.440.000	-6.560.000	8.000.000	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**-1.440.000**	**-6.560.000**	**8.000.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	Neubau Feuerwehrhäuser											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**666.500**		**0**	**20.000**	**100.000**	**180.000**	**600.000**	**-233.500**	
40a	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	bisher	522.900	120.000	0	0	0	0	0	402.900	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.332.600 EUR für 2026-2029 für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 ff. (Gesamtkosten bisher: 3.214.400 EUR; Gesamtkosten neu: 5.347.000 EUR - die bereits veranschlagten Haushaltsmittel der Vorjahre in Höhe von 1,2 Mio. € verfallen)
			neu	1.189.400	120.000	0	20.000	100.000	180.000	600.000	169.400	
			Veränderung	666.500		0	20.000	100.000	180.000	600.000	-233.500	
			AFKO	666.500	0	0	20.000	100.000	180.000	600.000	-233.500	**passieren lassen (10 / 0 / 0)**
			APH	666.500	0	0	20.000	100.000	180.000	600.000	-233.500	**angenommen 8 / 3 / 0**
												Anmerkung der Verwaltung neu: Es liegen ähnliche Anträge des SBR 222 und der CDU-Fraktion vor, die in den Fachausschüssen passieren gelassen worden sind.
			FPDA	**666.500**	**0**	**0**	**20.000**	**100.000**	**180.000**	**600.000**	**-233.500**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**2.666.100**		**0**	**80.000**	**400.000**	**720.000**	**2.400.000**	**-933.900**	
40b	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	bisher	2.691.500	1.080.000	0	0	0	0	0	1.611.500	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.332.600 EUR für 2026-2029 für den Ersatzbau des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate 2030 ff. (Gesamtkosten bisher: 3.214.400 EUR; Gesamtkosten neu: 5.347.000 EUR - die bereits veranschlagten Haushaltsmittel der Vorjahre in Höhe von 1,2 Mio. € verfallen)
			neu	5.357.600	1.080.000	0	80.000	400.000	720.000	2.400.000	677.600	
			Veränderung	2.666.100		0	80.000	400.000	720.000	2.400.000	-933.900	
												Zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 400.000 EUR Zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 720.000 EUR Zusätzliche VE zu Lasten 2029: + 2.400.000 EUR
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	400.000	**VE 2027 Veränderung:**			**400.000**	
				VE 2028:	0	VE 2028 neu:	720.000	**VE 2028 Veränderung:**			**720.000**	
				VE 2029:	0	VE 2029 neu:	2.400.000	**VE 2029 Veränderung:**			**2.400.000**	
			AFKO	2.666.100	0	0	80.000	400.000	720.000	2.400.000	-933.900	**passieren lassen (10 / 0 / 0)**
			APH	2.666.100	0	0	80.000	400.000	720.000	2.400.000	-933.900	**angenommen 8 / 3 / 0**
												Anmerkung der Verwaltung neu: Es liegen ähnliche Anträge des SBR 222 und der CDU-Fraktion vor, die in den Fachausschüssen passieren gelassen worden sind.
			FPDA	**2.666.100**	**0**	**0**	**80.000**	**400.000**	**720.000**	**2.400.000**	**-933.900**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Sanierung / Umbauten von Sportgebäuden										
		Sanierung Sportfunktionsgebäude Rautheim										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**640.000**		**320.000**	**320.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
41	4E.21 Neu	Sportfunktionsgebäude Rautheim / Sanierung										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 640.000 EIR für 2025 / 2026 für die Sanierung des Sportfunktionsgebäudes Rautheim
			neu	640.000	0	320.000	320.000	0	0	0	0	
			Veränderung	640.000		320.000	320.000	0	0	0	0	
			APH	640.000	0	320.000	320.000	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**640.000**	**0**	**320.000**	**320.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		Sanierungsmaßnahmen Städtisches Stadion										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**850.000**		**0**	**0**	**850.000**	**0**	**0**	**0**	
42	4E.210435	Städt. Stadion/San. Duschen+Umkleiden										
			bisher	1.055.000	1.055.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 850.000 EUR für 2027 für die Sanierung der Duschen und Umkleiden des Städtischen Stadions; es handelt sich um die Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln, die im Jahre 2024 als Deckungsmittel für andere Projekte gedient haben
			neu	1.905.000	1.055.000	0	0	850.000	0	0	0	
			Veränderung	850.000		0	0	850.000	0	0	0	
			APH	850.000	0	0	0	850.000	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**850.000**	**0**	**0**	**0**	**850.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		sonstige Instandhaltungen Sportfunktionsgebäude										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-640.000**		**-320.000**	**-320.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
43	4S.210109	Global-Instandhaltung Sportfunktionsgeb.	bisher	7.100.000	600.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 320.000 EUR jährlich für 2025 und 2026 für die Instandhaltung der Sportfunktionsgebäude - Grund: Deckung zur Sanierung des Sportfunktionsgebäudes Rautheim
			neu	6.460.000	600.000	980.000	980.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	
			Veränderung	-640.000		-320.000	-320.000	0	0	0	0	
			APH	-640.000	0	-320.000	-320.000	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-640.000**	**0**	**-320.000**	**-320.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		Abbruchmaßnahmen										
		Abbruch Tennishalle Rote Wiese										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**300.000**		**300.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
44	4E.21 Neu	Tennishalle Rote Wiese / Abbruch	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 EUR für 2025 für den Abbruch der Tennishalle Rote Wiese
			neu	300.000	0	300.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	300.000		300.000	0	0	0	0	0	
			APH	300.000	0	300.000	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**300.000**	**0**	**300.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Abbruch ehem. Gärtnerei Zobel										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**640.000**		**140.000**	**500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
45	4E.21 Neu	ehem. Gärtnerei Zobel / Abbruch	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 640.000 EUR für 2025 und 2026 für den Abbruch der ehemaligen Gebäude der Gärtnerei Zobel
			neu	640.000	0	140.000	500.000	0	0	0	0	
			Veränderung	640.000		140.000	500.000	0	0	0	0	
			APH	640.000	0	140.000	500.000	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**640.000**	**0**	**140.000**	**500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		Präventionsmaßnahmen										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**450.000**		**0**	**450.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
46	4S.21 Neu (4S.210034)	Starkregenereignis / Präventionsmaßnahmen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 450.000 EUR für 2026 für Präventionsmaßnahmen an städtischen Gebäuden zum Schutz von Starkregenereignissen
			neu	450.000	0	0	450.000	0	0	0	0	
			Veränderung	450.000		0	450.000	0	0	0	0	
			APH	450.000	0	0	450.000	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**450.000**	**0**	**0**	**450.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Denkmalschutzmaßnahmen										
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**102.000**		**0**	**25.500**	**25.500**	**25.500**	**25.500**	**0**	
47a	4S.210024	FB 20:Projekt Inst. Denkmalschutz	bisher	294.579	269.079	25.500	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge in Höhe von jährlich 25.500 EUR ab 2026 für städtische Denkmalschutzmaßnahmen
			neu	396.579	269.079	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	0	
			Veränderung	102.000		0	25.500	25.500	25.500	25.500	0	
			APH	102.000	0	0	25.500	25.500	25.500	25.500	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**102.000**	**0**	**0**	**25.500**	**25.500**	**25.500**	**25.500**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**306.000**		**0**	**76.500**	**76.500**	**76.500**	**76.500**	**0**	
47b	4S.210024	FB 20:Projekt Inst. Denkmalschutz	bisher	1.005.571	929.071	76.500	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 76.500 EUR ab 2026 für städtische Denmalschutzmaßnahmen
			neu	1.311.571	929.071	76.500	76.500	76.500	76.500	76.500	0	
			Veränderung	306.000		0	76.500	76.500	76.500	76.500	0	
			APH	306.000	0	0	76.500	76.500	76.500	76.500	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**306.000**	**0**	**0**	**76.500**	**76.500**	**76.500**	**76.500**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		sonstige Instandhaltungsmaßnahmen										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**750.000**		**150.000**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**0**	
48	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	bisher	9.040.700	6.874.700	406.000	370.000	370.000	510.000	510.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 150.000 EUR für Sonnenschutzmaßnahmen an städtischen Gebäuden
			neu	9.790.700	6.874.700	556.000	520.000	520.000	660.000	660.000	0	
			Veränderung	750.000		150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	0	
			APH	750.000	0	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**750.000**	**0**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit										
		Beschaffung Videokameras "öffentliche Plätze / Straßen"										
	26	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**1.000.000**		**1.000.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
49	5E.32 Neu	Videokameras öffentliche Plätze - Straßen / Beschaffung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 616.000 EUR für die Videoüberwachung (inklusive Erdarbeiten) durch die Polizei von öffentlichen Straßen und Plätzen.
			neu	616.000	0	616.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	616.000		616.000	0	0	0	0	0	
			AFKO	616.000	0	616.000	0	0	0	0	0	**passieren lassen (10 / 0 / 0)**
NEU			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	Der Rat hat am 05.11.2024 dem Antrag der CDU-Fraktion zur Ausweitung der Videoüberwachung im Stadtgebiet zugestimmt (DS 24-24349); es wird erwartet, dass sich das Land Niedersachsen mindestens an den Kosten der Ausweitung beteiligt **Anmerkung der Verwaltung:** Die Verwaltung schätzt die Gesamtkosten (inkl. Ausweitung) nunmehr auf 1.000.000 € anstatt von bisher 616.000 €
			neu	1.000.000	0	1.000.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	1.000.000		1.000.000	0	0	0	0	0	
			FPDA	**0**	**0**	**1.000.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 6 / 5 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Beschaffung von mobilen Sperren										
	26	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**150.000**		**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
50	5S.32 Neu	Mobile Sperren / Beschaffung 10 St.	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 EUR für die Beschaffung von 10 mobilen Sperren zum Verleihen bei Veranstaltungen; die laufenden Kosten betragen jährlich 6.750 €
			neu	150.000	0	150.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	150.000		150.000	0	0	0	0	0	
			AFKO	150.000	0	150.000	0	0	0	0	0	**angenommen 10 / 0 / 0**
			FPDA	**150.000**	**0**	**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		Schnittstellen zum Dokumentenmanagementsystem										
	26	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**38.700**		**38.700**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
51	5S.320003	FB 32: Global-Sachanlagen FB 32	bisher	772.600	425.100	189.500	137.000	7.000	7.000	7.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 12.100 EUR für 2025 für die Schaffung einer Schnittstelle zwischen Fachverfahren Einbürgerung (32.4) und Enaio
			neu	784.700	425.100	201.600	137.000	7.000	7.000	7.000	0	
			Veränderung	12.100		12.100	0	0	0	0	0	
			AFKO	12.100	0	12.100	0	0	0	0	0	**angenommen 10 / 0 / 0**
			FPDA	**12.100**	**0**	**12.100**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
52	5S.320003	FB 32: Global-Sachanlagen FB 32	bisher	772.600	425.100	189.500	137.000	7.000	7.000	7.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 26.600 EUR für 2025 für die Schaffung einer Schnittstelle zwischen Fachverfahren Advis (32.4) und Enaio
			neu	799.200	425.100	216.100	137.000	7.000	7.000	7.000	0	
			Veränderung	26.600		26.600	0	0	0	0	0	
			AFKO	26.600	0	26.600	0	0	0	0	0	**angenommen 10 / 0 / 0**
			FPDA	**26.600**	**0**	**26.600**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Fahrzeugbeschaffungen										
	26	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**-50.000**		**-50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
53	5S.320004	FB 32: Global Instandh. Marktwesen	bisher	291.000	141.000	150.000	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für die Beschaffung eines PKWs für das Marktwesen, da die Gelder bereits in 2024 außerplanmäßig bereitgestellt werden mussten
			neu	241.000	141.000	100.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-50.000		-50.000	0	0	0	0	0	
			AFKO	-50.000	0	-50.000	0	0	0	0	0	**angenommen 10 / 0 / 0**
			FPDA	**-50.000**	**0**	**-50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		Instandhaltungen										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**25.000**		**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**0**	
54	4S.320001	FB 32: Instandhaltungen FB 32 intern	bisher	7.697.000	4.837.500	564.200	573.900	573.800	573.800	573.800	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 5000 EUR für die Wartung der Schnittstellen zwischen den Fachverfahren Einbürgerung und Advis zu Enaio.
			neu	7.722.000	4.837.500	569.200	578.900	578.800	578.800	578.800	0	
			Veränderung	25.000		5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	
			AFKO	25.000	0	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	**angenommen 10 / 0 / 0**
			FPDA	**25.000**	**0**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 40 - Schule										
		Einsatz einer neuen Bestell- und Abrechnungssoftware										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**446.000**		**43.800**	**104.300**	**99.300**	**99.300**	**99.300**	**0**	
55a	4S.400018	FB 40: Softwarepflege (allgemein)	bisher	1.572.100	1.120.500	86.700	90.700	87.400	91.400	95.400	0	zusätzliche Haushaltsmittel jährlich für die Nutzung einer neuen Bestell- und Abrechnungssoftware "Mittagsverpflegung Schulen" (jährlich bis zu 79.300 EUR Mehrkosten)
			neu	1.901.100	1.120.500	98.500	170.000	166.700	170.700	174.700	0	
			Veränderung	329.000		11.800	79.300	79.300	79.300	79.300	0	
			SchA	329.000	0	11.800	79.300	79.300	79.300	79.300	0	**angenommen 17 / 0 / 0**
			FPDA	**329.000**	**0**	**11.800**	**79.300**	**79.300**	**79.300**	**79.300**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
55b	4S.400018	FB 40: Softwarepflege (allgemein)	bisher	1.572.100	1.120.500	86.700	90.700	87.400	91.400	95.400	0	zusätzliche Haushaltsmittel je Jahr für die Nutzung von Rückmeldeterminals zur "Mittagsverpflegung Schulen" (jährlich bis zu 20.000 EUR Mehrkosten)
			neu	1.661.600	1.120.500	96.200	110.700	107.400	111.400	115.400	0	
			Veränderung	89.500		9.500	20.000	20.000	20.000	20.000	0	
			SchA	89.500	0	9.500	20.000	20.000	20.000	20.000	0	**angenommen 17 / 0 / 0**
			FPDA	**89.500**	**0**	**9.500**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
55c	4E.40 Neu	FB 40: Mittagessenversorgung Schulen /Ern. Bestell- Abr. Softw.	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 17.500 EUR für die Beschaffung von 40 neuen Terminals im Rahmen einer neuen Bestell- und Abrechnungssoftware für die Mittagsverpflegung an Schulen (Ersatz der bisherigen Software MensaMax)
			neu	17.500	0	17.500	0	0	0	0	0	
			Veränderung	17.500		17.500	0	0	0	0	0	
			SchA	17.500	0	17.500	0	0	0	0	0	**angenommen 17 / 0 / 0**
			FPDA	**17.500**	**0**	**17.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
55d	4E.40 Neu	FB 40: Mittagessenversorgung Schulen /Ern. Bestell- Abr. Softw.	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 5.000 EUR für 2025 und 2026 für die sukzessive Ausstattung der Mensen mit Rückmeldeterminals (Beschaffung von 8 Terminals je Jahr)
			neu	10.000	0	5.000	5.000	0	0	0	0	
			Veränderung	10.000		5.000	5.000	0	0	0	0	
			SchA	10.000	0	5.000	5.000	0	0	0	0	**angenommen 17 / 0 / 0**
			FPDA	**10.000**	**0**	**5.000**	**5.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	26	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**60.000**		**30.000**	**30.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
55e	4E.40 Neu	FB 40: Mittagessenversorgung Schulen /Ern. Bestell- Abr. Softw.	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 30.000 EUR für 2025 und 2026 für die sukzessive Ausstattung der Mensen mit Free-Flow-Möglichkeiten (Ausstattung von drei Schulen jährlich mit jeweils 2 Geräten)
			neu	60.000	0	30.000	30.000	0	0	0	0	
			Veränderung	60.000		30.000	30.000	0	0	0	0	
			SchA	60.000	0	30.000	30.000	0	0	0	0	**angenommen 17 / 0 / 0**
			FPDA	**60.000**	**0**	**30.000**	**30.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 41 - Kultur und Wissenschaft										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**295.400**		**295.400**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
56	4E.41 Neu / 4S.41 Neu	Staatstheater / Umbau Chorsaal, Absauganlage, Lastenaufzug, Kostümfundus	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 295.400 EUR für 2025 für kleinere Baumaßnahmen am Staatstheater (Umbau Chorsaal, Absauganlage, Lastenaufzug, Kostümfundus)
			neu	295.400	0	295.400	0	0	0	0	0	
			Veränderung	295.400		295.400	0	0	0	0	0	
			AfKW	295.400	0	295.400	0	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**295.400**	**0**	**295.400**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Geoinformation										
		Sanierungsgebiete - hier Soziale Stadt Donauviertel										
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-780.000**		**200.000**	**266.700**	**273.300**	**-760.000**	**-760.000**	**0**	
57a	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel	bisher	6.956.126	3.156.126	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	0	geringere Erträge aus Fördergeldern in Höhe von 780.000 EUR für 2025-2027 im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
			neu	6.176.126	3.156.126	960.000	1.026.700	1.033.300	0	0	0	
			Veränderung	-780.000		200.000	266.700	273.300	-760.000	-760.000	0	
			APH	-780.000	0	200.000	266.700	273.300	-760.000	-760.000	0	**passieren lassen (11 / 0 / 0)** Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
			FPDA	**-780.000**	**0**	**200.000**	**266.700**	**273.300**	**-760.000**	**-760.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-1.425.000**		**370.000**	**420.000**	**290.000**	**-1.260.000**	**-1.245.000**	**0**	
57b	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel	bisher	11.109.024	5.409.024	1.140.000	1.140.000	1.140.000	1.140.000	1.140.000	0	geringere Haushaltsmittel für den Eigenanteil in Höhe von 1.170.000 EUR für 2025-2027 im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
			neu	9.939.024	5.409.024	1.440.000	1.540.000	1.550.000	0	0	0	
			Veränderung	-1.170.000		300.000	400.000	410.000	-1.140.000	-1.140.000	0	
			APH	-1.170.000	0	300.000	400.000	410.000	-1.140.000	-1.140.000	0	**passieren lassen (11 / 0 / 0)** Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
			FPDA	**-1.170.000**	**0**	**300.000**	**400.000**	**410.000**	**-1.140.000**	**-1.140.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
57c	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel	bisher	495.000	0	50.000	100.000	120.000	120.000	105.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 255.000 EUR für nicht förderfähige Kosten im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
			neu	240.000	0	120.000	120.000	0	0	0	0	
			Veränderung	-255.000		70.000	20.000	-120.000	-120.000	-105.000	0	
			APH	-255.000	0	70.000	20.000	-120.000	-120.000	-105.000	0	**passieren lassen (11 / 0 / 0)** Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
			FPDA	**-255.000**	**0**	**70.000**	**20.000**	**-120.000**	**-120.000**	**-105.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	18	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**-4.316.900**		**-800.100**	**-1.436.700**	**-960.100**	**-560.000**	**-560.000**	**0**	
57d	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel	bisher	8.652.373	2.442.273	1.393.400	2.316.700	1.380.000	560.000	560.000	0	geringere investive Einnahmen aus Städtebaufördermitteln in Höhe von 4.316.900 EUR in 2025-2027 im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
			neu	4.335.473	2.442.273	593.300	880.000	419.900	0	0	0	
			Veränderung	-4.316.900		-800.100	-1.436.700	-960.100	-560.000	-560.000	0	
			APH	-4.316.900	0	-800.100	-1.436.700	-960.100	-560.000	-560.000	0	**passieren lassen (11 / 0 / 0)** Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
			FPDA	**-4.316.900**	**0**	**-800.100**	**-1.436.700**	**-960.100**	**-560.000**	**-560.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-2.640.100**		**0**	**480.000**	**-1.440.100**	**-840.000**	**-840.000**	**0**	
57e	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel	bisher	12.746.080	3.431.080	2.090.000	3.475.000	2.070.000	840.000	840.000	0	geringere Haushaltsmittel als investiver Eigenanteil in Höhe von 6.475.100 EUR im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
			neu	6.270.980	3.431.080	890.000	1.320.000	629.900	0	0	0	
			Veränderung	-6.475.100		-1.200.000	-2.155.000	-1.440.100	-840.000	-840.000	0	
			APH	-6.475.100	0	-1.200.000	-2.155.000	-1.440.100	-840.000	-840.000	0	**passieren lassen (11 / 0 / 0)** Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
			FPDA	**-6.475.100**	**0**	**-1.200.000**	**-2.155.000**	**-1.440.100**	**-840.000**	**-840.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
57f	4S.610039	Soziale Stadt - Donauviertel	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.835.000 EUR für nicht förderfähige Kosten (ehemals Straßenausbaubeiträge) im Rahmen des Sanierungsgebietes "Donauviertel"; Grund: Wegfall der Straßenausbaubeiträge
			neu	3.835.000	0	1.200.000	2.635.000	0	0	0	0	
			Veränderung	3.835.000		1.200.000	2.635.000	0	0	0	0	
			APH	3.835.000	0	1.200.000	2.635.000	0	0	0	0	**passieren lassen (11 / 0 / 0)** Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
			FPDA	**3.835.000**	**0**	**1.200.000**	**2.635.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Sanierungsgebiete - hier Investitionspakt Donauviertel										
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**133.000**		**133.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
58a	4S.610043	FB 61: Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW	bisher	2.643.393	2.643.393	0	0	0	0	0	0	zusätzliche ergebniswirkame Einzahlungen für 2025 in Höhe von 133.000 EUR für die Herrichtung der Außenanlagen am KTK / KPW im Rahmen des Investitionspaktes Donauviertel
			neu	2.776.393	2.643.393	133.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	133.000		133.000	0	0	0	0	0	
			APH	133.000	0	133.000	0	0	0	0	0	**angenommen 9 / 0 / 0**
			FPDA	**133.000**	**0**	**133.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**393.000**		**393.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
58b	4S.610043	FB 61: Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW	bisher	4.535.723	4.535.723	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 in Höhe von 393.000 EUR für die Herrichtung der Außenanlagen am KTK / KPW im Rahmen des Investitionspaktes Donauviertel
			neu	4.928.723	4.535.723	393.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	393.000		393.000	0	0	0	0	0	
			APH	393.000	0	393.000	0	0	0	0	0	**angenommen 9 / 0 / 0**
			FPDA	**393.000**	**0**	**393.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	18	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
58c	4S.610043	FB 61: Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW	bisher	284.929	284.929	0	0	0	0	0	0	Beibehaltung der investiven Einzahlungsraten für die Herrichtung der Außenanlagen am KTK / KPW im Rahmen des Investitionspaktes Donauviertel
			neu	284.929	284.929	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 9 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
58d	4S.610043	FB 61: Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW	bisher	2.284.580	2.284.580	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 in Höhe von 393.000 EUR für die Herrichtung der Außenanlagen am KTK / KPW im Rahmen des Investitionspaktes Donauviertel
			neu	2.284.580	2.284.580	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			APH	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 9 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	Sanierungsgebiete - hier Stadtumbau Bahnstadt											
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-3.288.100**		**0**	**253.400**	**-840.000**	**-768.200**	**-1.933.300**	**0**	
59a	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	bisher	16.993.000	5.783.200	1.333.300	2.266.600	3.493.300	2.183.300	1.933.300	0	geringere ergebniswirksame Förderbeträge in Höhe von 3.288.100 EUR im Rahmen des Sanierungsgebietes Stadtumbau "Bahnstadt"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
			neu	13.704.900	5.783.200	1.333.300	2.520.000	2.653.300	1.415.100	0	0	
			Veränderung	-3.288.100		0	253.400	-840.000	-768.200	-1.933.300	0	
			APH	-3.288.100	0	0	253.400	-840.000	-768.200	-1.933.300	0	**passieren lassen (11 / 0 / 0)** **Anmerkung der Verwaltung neu:** Über die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 59 a-h existieren unterschiedliche Entscheidungen des APH. Es handelt sich aber um einen Antrag. Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
			FPDA	**-3.288.100**	**0**	**0**	**253.400**	**-840.000**	**-768.200**	**-1.933.300**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-4.826.500**		**65.000**	**520.000**	**-1.359.200**	**-1.152.300**	**-2.900.000**	**0**	
59b	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	bisher	25.548.841	8.733.841	2.000.000	3.400.000	5.240.000	3.275.000	2.900.000	0	geringere Haushaltsmittel an Städtebaufördermittel in Höhe von 4.932.300 EUR im Rahmen der "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
			neu	20.616.541	8.733.841	2.000.000	3.780.000	3.980.000	2.122.700	0	0	
			Veränderung	-4.932.300		0	380.000	-1.260.000	-1.152.300	-2.900.000	0	
			APH	-4.932.300	0	0	380.000	-1.260.000	-1.152.300	-2.900.000	0	**passieren lassen (11 / 0 / 0)** **Anmerkung der Verwaltung neu:** Über die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 59 a-h existieren unterschiedliche Entscheidungen des APH. Es handelt sich aber um einen Antrag. Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
			FPDA	**-4.932.300**	**0**	**0**	**380.000**	**-1.260.000**	**-1.152.300**	**-2.900.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
59c	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt										
			bisher	2.459.200	1.400.000	480.000	480.000	99.200	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 309.200 EUR für nicht förderfähige Kosten im Rahmen der "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
			neu	2.150.000	1.400.000	250.000	500.000	0	0	0	0	
			Veränderung	-309.200		-230.000	20.000	-99.200	0	0	0	
			APH	-309.200	0	-230.000	20.000	-99.200	0	0	0	**passieren lassen (11 / 0 / 0)** **Anmerkung der Verwaltung neu:** Über die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 59 a-h existieren unterschiedliche Entscheidungen des APH. Es handelt sich aber um einen Antrag. Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
			FPDA	**-309.200**	**0**	**-230.000**	**20.000**	**-99.200**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
59d	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 415.000 EUR für nicht förderfähige Kosten (ehemals Straßenausbaubeiträge) im Rahmen der "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: Wegfall der Straßenausbaubeiträge
			neu	415.000	0	295.000	120.000	0	0	0	0	
			Veränderung	415.000		295.000	120.000	0	0	0	0	
			APH	415.000	0	295.000	120.000	0	0	0	0	**angenommen 9 / 0 / 0** **Anmerkung der Verwaltung neu:** Über die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 59 a-h existieren unterschiedliche Entscheidungen des APH. Es handelt sich aber um einen Antrag. Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
			FPDA	**415.000**	**0**	**295.000**	**120.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	18	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**-2.000.000**		**0**	**0**	**0**	**-1.000.000**	**-1.000.000**	**0**	
59e	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	bisher	6.066.700	2.333.400	333.300	400.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0	geringere investive Einzahlungen aus Städtebaufördermitteln in Höhe von 2.000.000 EUR für 2025-2029 im Rahmen des Fördergebietes "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
			neu	4.066.700	2.333.400	333.300	400.000	1.000.000	0	0	0	
			Veränderung	-2.000.000		0	0	0	-1.000.000	-1.000.000	0	
			APH	-2.000.000	0	0	0	0	-1.000.000	-1.000.000	0	**passieren lassen (11 / 0 / 0)** **Anmerkung der Verwaltung neu:** Über die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 59 a-h existieren unterschiedliche Entscheidungen des APH. Es handelt sich aber um einen Antrag. Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
			FPDA	**-2.000.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-1.000.000**	**-1.000.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	19	**Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**500.000**		**0**	**0**	**500.000**	**0**	**0**	**0**	
59f	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	bisher	900.000	900.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche EInzahlungen aus Erschließungsbeiträgen i. H. v. 500.000 EUR in 2027 - 2030 im Rahmen der "Stadtumbau Bahnstadt"
			neu	1.400.000	900.000	0	0	500.000	0	0	0	
			Veränderung	500.000		0	0	500.000	0	0	0	
			APH	500.000	0	0	0	500.000	0	0	0	**angenommen 9 / 0 / 0** **Anmerkung der Verwaltung neu:** Über die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 59 a-h existieren unterschiedliche Entscheidungen des APH. Es handelt sich aber um einen Antrag. Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
			FPDA	**500.000**	**0**	**0**	**0**	**500.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-2.500.000**		**0**	**0**	**500.000**	**-1.500.000**	**-1.500.000**	**0**	
59g	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	bisher	9.100.000	3.500.000	500.000	600.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	0	geringere Haushaltsmittel für Städtebaufördermittel in Höhe von 3.000.000 EUR für 2025-2029 im Rahmen des Fördergebietes "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: Einhaltung des Finanzierungsrahmens
			neu	6.100.000	3.500.000	500.000	600.000	1.500.000	0	0	0	
			Veränderung	-3.000.000		0	0	0	-1.500.000	-1.500.000	0	
			APH	-3.000.000	0	0	0	0	-1.500.000	-1.500.000	0	**passieren lassen (11 / 0 / 0)** **Anmerkung der Verwaltung neu:** Über die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 59 a-h existieren unterschiedliche Entscheidungen des APH. Es handelt sich aber um einen Antrag. Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
			FPDA	**-3.000.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-1.500.000**	**-1.500.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
59h	4S.610044	Stadtumbau Bahnstadt	bisher	900.000	900.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2025-2029 im Rahmen des Sanierungsgebietes "Stadtumbau Bahnstadt"; Grund: zusätzliche Erschließungsbeiträge
			neu	1.400.000	900.000	0	0	500.000	0	0	0	
			Veränderung	500.000		0	0	500.000	0	0	0	
			APH	500.000	0	0	0	500.000	0	0	0	**angenommen 9 / 0 / 0** **Anmerkung der Verwaltung neu:** Über die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 59 a-h existieren unterschiedliche Entscheidungen des APH. Es handelt sich aber um einen Antrag. Zu den Fragen des APH wird auf die Mitteilung 24-24728 verwiesen.
			FPDA	**500.000**	**0**	**0**	**0**	**500.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	Umsetzung digitaler Zwilling											
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**210.000**		**110.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4E.61 Neu	Digitaler Zwilling / Umsetzung										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge in Höhe von 210.000 EUR für 2025-2026 im Rahmen der Umsetzung des Digitalen Zwillings
			neu	210.000	0	110.000	100.000	0	0	0	0	
			Veränderung	210.000		110.000	100.000	0	0	0	0	
			FPDA	**210.000**	**0**	**110.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
												Anmerkung der Verwaltung neu: Anders als zum FPDA mitgeteilt, kann die Mittelbewirtschaftung unabhängig von der Aquierierung von Fördermitteln erfolgen.
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**360.000**		**110.000**	**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4E.61 Neu	Digitaler Zwilling / Umsetzung										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 360.000 EUR für 2025-2026 für die Umsetzung des Digitalen Zwillings; die Haushaltsmittel sind abhängig von der Aquirierung von Fördergeldern zur Wahrung der Haushaltsneutralität und sind bis dahin gesperrt. Zur Deckung des übrigen Mehrbedarfes erfolgt eine Absenkung i. H. v. 150.000 EUR im Ergebnishaushalt (Anlage 2.4.2).
			neu	360.000	0	110.000	250.000	0	0	0	0	
			Veränderung	360.000		110.000	250.000	0	0	0	0	
			FPDA	**360.000**	**0**	**110.000**	**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
												Anmerkung der Verwaltung neu: Anders als zum FPDA mitgeteilt, kann die Mittelbewirtschaftung unabhängig von der Aquierierung von Fördermitteln erfolgen.

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		sonstige Maßnahmen des FB 61										
	26	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**40.000**		**40.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
60	5S.610009	FB 61:Global-Sachanl.61.2										
			bisher	961.800	706.200	97.800	37.800	40.000	40.000	40.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 40,000 EUR für 2025 für die Ersatzbeschaffung eines Vermessungsfahrzeuges (Gesamtkosten bisher: 60.000 EUR; Gesamtkosten neu: 100.000 EUR)
			neu	1.001.800	706.200	137.800	37.800	40.000	40.000	40.000	0	
			Veränderung	40.000		40.000	0	0	0	0	0	
				VE 2026:	37.800	VE 2026 neu:	37.800	**VE 2026 Veränderung:**			**0**	
				VE 2027:	40.000	VE 2027 neu:	40.000	**VE 2027 Veränderung:**			**0**	
			APH	40.000	0	40.000	0	0	0	0	0	**angenommen 9 / 0 / 0**
			FPDA	**40.000**	**0**	**40.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr										
		Mobilitätsentwicklungskonzept										
		Umbau Innenstadtumfahrung										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**500.000**		**250.000**	**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
61	3E.66 Neu	MEP-Umbau südl.Innenstadtumfahrung/Vorplanung										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2025-2026 für den Umbau der südlichen Innenstadtumfahrung (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)
			neu	500.000	0	250.000	250.000	0	0	0	0	
			Veränderung	500.000		250.000	250.000	0	0	0	0	
			AMTA	500.000	0	250.000	250.000	0	0	0	0	**angenommen 8 / 0 / 3**
			FPDA	**500.000**	**0**	**250.000**	**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Qualitätsstandards Radverkehr										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**200.000**		**100.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
62	4S.66 Neu	MEP / Verbesserung Qualitätsstandards Radverkehr	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 EUR für 2025-2026 für die Verbesserung der Qualitätsstandards im Radverkehr (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)
			neu	200.000	0	100.000	100.000	0	0	0	0	
			Veränderung	200.000		100.000	100.000	0	0	0	0	
			AMTA	200.000	0	100.000	100.000	0	0	0	0	**angenommen 8 / 0 / 3**
			FPDA	**200.000**	**0**	**100.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		Verbesserungen Radverkehrsführungen										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**500.000**		**250.000**	**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
63	4S.66 Neu	MEP / Verbesserungen Radverkehrsführungen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2025-2026 für die Verbesserung von Radverkehrsführungen in Knotenpunkten (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)
			neu	500.000	0	250.000	250.000	0	0	0	0	
			Veränderung	500.000		250.000	250.000	0	0	0	0	
			AMTA	500.000	0	250.000	250.000	0	0	0	0	**angenommen 8 / 0 / 3**
			FPDA	**500.000**	**0**	**250.000**	**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	Förderung Fußverkehr (Innenstadt)											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**300.000**		**150.000**	**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
64	4S.66 Neu	MEP / Förderung Fußverkehr	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 EUR für 2025-2026 für die Förderung des Fußverkehrs in der Innenstadt und auf Stadtteilebene (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)
			neu	300.000	0	150.000	150.000	0	0	0	0	
			Veränderung	300.000		150.000	150.000	0	0	0	0	
			AMTA	300.000	0	150.000	150.000	0	0	0	0	**angenommen 8 / 0 / 3**
			FPDA	**300.000**	**0**	**150.000**	**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	Umbau Bohlweg											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**500.000**		**250.000**	**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
65	3E.66 Neu	MEP / Umbau Bohlweg / Vorplanung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2025-2026 für den Umbau des Bohlweges (Teilmaßnahme Mobilitätsentwicklungsplan)
			neu	500.000	0	250.000	250.000	0	0	0	0	
			Veränderung	500.000		250.000	250.000	0	0	0	0	
			AMTA	500.000	0	250.000	250.000	0	0	0	0	**angenommen 8 / 0 / 3**
			FPDA	**500.000**	**0**	**250.000**	**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Radverkehrsmaßnahmen										
		Veloroute Weststadt										
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**4.000.000**		**0**	**0**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	
66	5E.66 Neu	Veloroute Weststadt / Neubau	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 4.000.000 EUR für 2027-2030 ff für den Bau einer Veloroute "Weststadt" (Vorplanungskosten bisher: 200.000 EUR unter dem Projekt 3E.660021)
			neu	4.000.000	0	0	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	
			Veränderung	4.000.000		0	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	
												zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.000.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 1.000.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2029: + 1.000.000 EUR
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.000.000	**VE 2027 Veränderung:**			**1.000.000**	
				VE 2028:	0	VE 2028 neu:	1.000.000	**VE 2028 Veränderung:**			**1.000.000**	
				VE 2029:	0	VE 2029 neu:	1.000.000	**VE 2029 Veränderung:**			**1.000.000**	
			AMTA	4.000.000		0	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	**passieren lassen (11 / 0 / 0)**
												Anmerkung der Verwaltung neu: Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN" vor (Nr. 123).
			FPDA	**4.000.000**	**0**	**0**	**0**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**angenommen 8 / 3 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Vertragsentgelte der öffentlichen Beleuchtung, Lichtsignalanlagen etc.										
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-550.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-550.000**	
NEU	4S.660027	Busverkehr/Maßnahmen zur Beschleunigung	bisher	1.450.000	0	0	225.000	225.000	225.000	225.000	550.000	Verschieben der Erträge ab 2026 für Maßnahmen zur Busbeschleunigung (die Maßnahmen sollen im Rahmen des neu einzurichtenden Projektes für den DLV umgesetzt werden)
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**-1.450.000**		**0**	**-225.000**	**-225.000**	**-225.000**	**-225.000**	**-550.000**	
NEU	4S.66 NEU	FB 66: DLV öffentliche Beleuchtung, LSA, Verkehrsanlagen, Verkehrsmanagement, Parkraumbewirtschaftung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	Verschieben der Erträge ab 2026 für Maßnahmen zur Busbeschleunigung (die Maßnahmen sollen im Rahmen des neu einzurichtenden Projektes für den DLV umgesetzt werden)
			neu	900.000	0	0	225.000	225.000	225.000	225.000	0	
			Veränderung	**900.000**		**0**	**225.000**	**225.000**	**225.000**	**225.000**	**0**	
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**8.390.500**		**0**	**2.438.000**	**2.395.500**	**2.352.000**	**2.305.000**	**-1.100.000**	
NEU	4S.660027	Busverkehr/Maßnahmen zur Beschleunigung	bisher	3.100.000	150.000	50.000	450.000	450.000	450.000	450.000	1.100.000	Verschieben der Aufwendungen ab 2026 für Maßnahmen zur Busbeschleunigung (die Maßnahmen sollen im Rahmen des neu einzurichtenden Projektes für den DLV umgesetzt werden)
			neu	200.000	150.000	50.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**-2.900.000**		**0**	**-450.000**	**-450.000**	**-450.000**	**-450.000**	**-1.100.000**	

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
NEU	5S.660051	FB 66:Ersatz-Invest-Straßenbeleuchtung	bisher	38.606.000	27.825.900	2.070.600	2.112.000	2.154.500	2.198.000	2.245.000	0	Verschieben der Aufwendungen ab 2026 für die Ersatzinvestitionen in Straßenbeleuchtung (die Maßnahmen sollen im Rahmen des neu einzurichtenden Projektes für den DLV umgesetzt werden)
			neu	29.896.500	27.825.900	2.070.600	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**-8.709.500**		**0**	**-2.112.000**	**-2.154.500**	**-2.198.000**	**-2.245.000**	**0**	
NEU	4S.66NEU	FB 66: DLV öffentliche Beleuchtung, LSA, Verkehrsanlagen, Verkehrsmanagement, Parkraumbewirtschaftung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 5.000.000 EUR jährlich ab 2026 für die Aufwendungen und Ersatzinvestitionen im Rahmen des Dienstleistungsvertrages für den Betrieb der öffentlichen Beleuchtung sowie der Lichtsignalanlagen und Verkehrsanlagen, Verkehrsmanagement und Parkraumbewirtschaftung. Für die über die oben genannten Verschiebungen hinausgehenden Mehraufwendungen erfolgt eine Deckung aus dem Ergebnishaushalt (Anlage 2.4.2).
			neu	20.000.000	0	0	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	0	
			Veränderung	**20.000.000**		**0**	**5.000.000**	**5.000.000**	**5.000.000**	**5.000.000**	**0**	
		Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport										
		Sportreferat - Umrüstung Flutlichtanlagen auf LED										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**1.900.000**		**0**	**0**	**190.000**	**190.000**	**190.000**	**1.330.000**	
67	4E. 67 NEU	Flutlichtanlagen / Umrüstung auf LED	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Umrüstung der städtischen Flutlichtanlagen auf LED ab 2027 (10 Jahres Programm) - Grund: EU-Richtlinie 2011/65/EU - Verbot des Inverkehrbringens von Leuchtmitteln mit Quecksilber ab 2027
			neu	1.900.000	0	0	0	190.000	190.000	190.000	1.330.000	
			Veränderung	1.900.000		0	0	190.000	190.000	190.000	1.330.000	
			SpA	1.900.000		0	0	190.000	190.000	190.000	1.330.000	**angenommen 10 / 0 / 0**
			FPDA	**1.900.000**	**0**	**0**	**0**	**190.000**	**190.000**	**190.000**	**1.330.000**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	Sportreferat - Jahnplatz/Schaffung Hockeykunstrasenpl.											
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**400.000**		**400.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
68	5E.670091	Jahnplatz/Schaffung Hockey-kunstrasenplatz										
			bisher	1.000.000	1.000.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 400.000 EUR für die Schaffung eines Hockeykunstrasenplatzes auf dem Jahnplatz (Gesamtkosten bisher: 1.000.000 EUR; Gesamtkosten neu: 1.400.000 EUR)
			neu	1.400.000	1.000.000	400.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	400.000		400.000	0	0	0	0	0	
			SpA	400.000		400.000	0	0	0	0	0	**angenommen 10 / 0 / 0**
			FPDA	**400.000**	**0**	**400.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Sportreferat - Instandhaltung Kunstrasenplätze										
		Instandhaltung Kunstrasenplatz SpA Franz. Feld K3										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**50.000**		**-220.000**	**0**	**0**	**270.000**	**0**	**0**	
NEU	4E.670042	SpA Franz. Feld K3/Inst. Kunstrasenplatz										
			bisher	220.000	0	220.000	0	0	0	0	0	Verschieben der Finanzrate 2025 für die Instnadhaltung des Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage Franzsches Feld auf das Jahr 2028 sowie Erhöhung der Gesamtkosten um 50.000 € (Gesamtkosten bisher: 220.000 EUR; Gesamtkosten neu: 270.000 EUR)
			neu	270.000	0	0	0	0	270.000	0	0	
			Veränderung	50.000		-220.000	0	0	270.000	0	0	
			FPDA	**50.000**	**0**	**-220.000**	**0**	**0**	**270.000**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		Instandhaltung Kunstrasenplatz SpA Kennelweg K2										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-50.000**		**220.000**	**0**	**0**	**-270.000**	**0**	**0**	
NEU	4E.670044	SpA Kennelweg K2 / Inst. Kunstrasenplatz										
			bisher	270.000	0	0	0	0	270.000	0	0	Vorziehen der Finanzrate 2027 für die Instnadhaltung des Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage Kennelweg auf das Jahr 2025 sowie Verringerung der Gesamtkosten um 50.000 € (Gesamtkosten bisher: 270.000 EUR; Gesamtkosten neu: 220.000 EUR)
			neu	220.000	0	220.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-50.000		220.000	0	0	-270.000	0	0	
			FPDA	**-50.000**	**0**	**220.000**	**0**	**0**	**-270.000**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	FB Stadtgrün - Fahrzeugbeschaffungen											
	26	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**4.266.000**		**615.000**	**769.000**	**1.854.000**	**-32.000**	**1.060.000**	**0**	
69	5S.670011	FB 67: Global-Grün- und Spielanlagen	bisher	10.893.100	7.043.100	530.000	830.000	830.000	830.000	830.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.566.000 EUR für 2025-2029 für die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 399.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 1.764.000 EUR
			neu	14.459.100	7.043.100	1.145.000	1.229.000	2.594.000	558.000	1.890.000	0	
			Veränderung	3.566.000		615.000	399.000	1.764.000	-272.000	1.060.000	0	
				VE 2026:	830.000	VE 2026 neu:	1.229.000	**VE 2026 Veränderung:**			**399.000**	
				VE 2027:	830.000	VE 2027 neu:	2.594.000	**VE 2027 Veränderung:**			**1.764.000**	
				VE 2028:	0	VE 2028 neu:	0	**VE 2028 Veränderung:**			**0**	
				VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	**VE 2029 Veränderung:**			**0**	
			UGA	3.566.000	0	615.000	399.000	1.764.000	-272.000	1.060.000	0	**angenommen 8 / 0 / 0**
			FPDA	**3.566.000**	**0**	**615.000**	**399.000**	**1.764.000**	**-272.000**	**1.060.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
70	5S.670081	FB 67: 11 Holder Schlepper/Beschaffung	bisher	1.980.000	0	0	0	900.000	1.080.000	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 330.000 EUR für 2027-2028 für die Beschaffung von 11 Stück Holder Schlepper. - Grund: Preissteigerungen (Gesamtkosten bisher: 1.980.000 EUR; Gesamtkosten neu: 2.310.000 EUR) zusätzliche VE zu Lasten 2027: + 90.000 EUR zusätzliche VE zu Lasten 2028: + 240.000 EUR
			neu	2.310.000	0	0	0	990.000	1.320.000	0	0	
			Veränderung	330.000		0	0	90.000	240.000	0	0	
				VE 2027:	900.000	VE 2027 neu:	990.000	**VE 2027 Veränderung:**			**90.000**	
				VE 2028:	1.080.000	VE 2028 neu:	1.320.000	**VE 2028 Veränderung:**			**240.000**	
			UGA	330.000	0	0	0	90.000	240.000	0	0	**angenommen 8 / 0 / 0**
			FPDA	**330.000**	**0**	**0**	**0**	**90.000**	**240.000**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
71	5E.670077	FB 67: Lkw Kipper-Kran/Ersatz-beschaffung	bisher	255.000	255.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 65.000 EUR für 2026 für die Beschaffung eines LKW-Kipper-Krans - Grund: Preissteigerungen ; die bereits für 2023 veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe von 255.000 EUR müssen nachveranschlagt werden, so dass ein Mittelbedarf für 2026 in Höhe von 320.000 EUR entsteht (Gesamtkosten bisher: 255.000 EUR; Gesamtkosten neu: 320.000 EUR) zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 320.000 EUR
			neu	575.000	255.000	0	320.000	0	0	0	0	
			Veränderung	320.000		0	320.000	0	0	0	0	
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	320.000	**VE 2026 Veränderung:**			**320.000**	
			UGA	320.000	0	0	320.000	0	0	0	0	**angenommen 8 / 0 / 0**
			FPDA	**320.000**	**0**	**0**	**320.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
72	5E.670086	FB 67: Lkw-Hubsteiger (SG 423) / Ersatzbeschaffung	bisher	250.000	250.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für die Ersatzbeschaffung eines LKW-Hubsteigers - Grund: Preissteigerungen (Gesamtkosten bisher: 250.000 EUR; Gesamtkosten neu: 300.000 EUR) zusätzliche VE zu Lasten 2026: + 50.000 EUR
			neu	300.000	250.000	0	50.000	0	0	0	0	
			Veränderung	50.000		0	50.000	0	0	0	0	
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	50.000	**VE 2026 Veränderung:**			**50.000**	
			UGA	50.000	0	0	50.000	0	0	0	0	**angenommen 8 / 0 / 0**
			FPDA	**50.000**	**0**	**0**	**50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Inklusionsmaßnahmen Außenanlagen										
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**150.000**		**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
73a	4E.67 Neu	Außenanlagen IGS Heidberg / Inklusionsmaßnahmen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge in Höhe von 150.000 EUR für 2025 für die Inklusionsmaßnahmen an der IGS Heidberg
			neu	150.000	0	150.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	150.000		150.000	0	0	0	0	0	
			SchA	150.000	0	150.000	0	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			UGA	150.000	0	150.000	0	0	0	0	0	**angenommen 8 / 0 / 0**
			FPDA	**150.000**	**0**	**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**307.600**		**307.600**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
73b	4E.67 Neu	Außenanlagen IGS Heidberg / Inklusionsmaßnahmen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 307.600 EUR für 2025 für die inklusive Umgestaltung der Außenanlagen der IGS Heidberg (Eingangsbereich)
			neu	307.600	0	307.600	0	0	0	0	0	
			Veränderung	307.600		307.600	0	0	0	0	0	
			SchA	307.600	0	307.600	0	0	0	0	0	**angenommen 15 / 0 / 0**
			UGA	307.600	0	307.600	0	0	0	0	0	**angenommen: 8 / 0 / 0**
			FPDA	**307.600**	**0**	**307.600**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Herrichtung Außenanlage Auguststraße 9-11										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**585.000**		**100.000**	**485.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
74a	4E.67 Neu	Außenanlage Auguststr. 9-11 / Umbau										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 650.000 EUR für 2025-2026 für die Umgestaltung der Außenanlagen des Dienstgebäudes Auguststraße 9-11 (Parkplatz mit E-Ladesäulen)
			neu	585.000	0	100.000	485.000	0	0	0	0	
			Veränderung	585.000		100.000	485.000	0	0	0	0	
			UGA	585.000	0	100.000	485.000	0	0	0	0	**angenommen: 8 / 0 / 0**
			FPDA	**585.000**	**0**	**100.000**	**485.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**65.000**		**0**	**65.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
74b	4E.67 Neu	Außenanlage Auguststr. 9-11 / Umbau										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 650.000 EUR für 2025-2026 für die Umgestaltung der Außenanlagen des Dienstgebäudes Auguststraße 9-11 (Parkplatz mit E-Ladesäulen)
			neu	65.000	0	0	65.000	0	0	0	0	
			Veränderung	65.000		0	65.000	0	0	0	0	
			UGA	65.000	0	0	65.000	0	0	0	0	**angenommen: 8 / 0 / 0**
			FPDA	**65.000**	**0**	**0**	**65.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		sonstige Instandhaltungsmaßnahmen im Teilhaushalt 67										
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
75a	4S.670001	FB 67: Instandh. FB 67 allgem. (ohne 67.3)	bisher	1.380.000	980.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	0	Beibehaltung der Erträge im Rahmen der lfd. Instandhaltungen des FB 67
			neu	1.380.000	980.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			UGA	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen: 8 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**800.000**		**400.000**	**400.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
75b	4S.670001	FB 67: Instandh. FB 67 allgem. (ohne 67.3)	bisher	14.426.300	8.927.800	1.099.700	1.099.700	1.099.700	1.099.700	1.099.700	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2025 und 2026 in Höhe von jeweils 400.000,00 EUR für den erhöhten Instandhaltungsbedarf des Fuhrparkbestands vom FB 67 inklusive Sportreferat.
			neu	15.226.300	8.927.800	1.499.700	1.499.700	1.099.700	1.099.700	1.099.700	0	
			Veränderung	800.000		400.000	400.000	0	0	0	0	
			UGA	800.000	0	400.000	400.000	0	0	0	0	**angenommen: 8 / 0 / 0**
			FPDA	**800.000**	**0**	**400.000**	**400.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 68 - Umwelt (inkl. 0680 Grün- und Freiraumplanung)										
		Referat 00680										
		Erschließungsmaßnahme Dibbesdorfer Str. Süd										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**1.630.000**		**0**	**0**	**1.630.000**	**0**	**0**	**0**	
76a	4E.000003 (4E.610016)	Dibbesd. Str. (QU62)/Erschließung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.630.000 EUR für Grünbaumaßnahmen "Dibbesdorfer Straße Süd" ; (Gesamtkosten bisher: 323.100 EUR; Gesamtkosten neu: 1.953.100 EUR)
			neu	1.630.000	0	0	0	1.630.000	0	0	0	
			Veränderung	1.630.000		0	0	1.630.000	0	0	0	
			UGA	1.630.000	0	0	0	1.630.000	0	0	0	**angenommen 6 / 0 / 0**
			FPDA	**1.630.000**	**0**	**0**	**0**	**1.630.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
76b	4E.000003 (4E.610016)	Dibbesd. Str. (QU62)/Erschließung	bisher	323.100	323.100	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.630.000 EUR für Grünbaumaßnahmen "Dibbesdorfer Straße Süd" ; (Gesamtkosten bisher: 323.100 EUR; Gesamtkosten neu: 1.953.100 EUR)
			neu	323.100	323.100	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	0	**VE 2026 Veränderung:**			**0**	
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	0	**VE 2027 Veränderung:**			**0**	
				VE 2028:	0	VE 2028 neu:	0	**VE 2028 Veränderung:**			**0**	
				VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	**VE 2029 Veränderung:**			**0**	
			UGA	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 6 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	Ausbau und Schließung Ringgleis											
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
77a	4E.00 Neu (5E.000007 5E.610028)	Ref.0680 Ringgleis/Ausbau und Schließung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 2.060.000 EUR für 2025 für den Ausbau und die Schließung des Ringgleises
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			UGA	0	0	0	0	0	0	0	0	**passieren lassen (6 / 0 / 0)**
												Es liegt zwischenzeitlich ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, den Haushaltsansatz für den Ausbau und die Schließung des Ringgleises um 1,7 Mio. EUR zu erhöhen (FWI 175)
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 7 / 4 / 0**
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-2.060.000**		**-2.060.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
77b	4E.00 Neu (5E.000007 5E.610028)	Ref.0680 Ringgleis/Ausbau und Schließung	bisher	14.429.483	12.369.483	2.060.000	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 2.060.000 EUR für 2025 für den Ausbau und die Schließung des Ringgleises
			neu	12.369.483	12.369.483	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-2.060.000		-2.060.000	0	0	0	0	0	
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	0	**VE 2026 Veränderung:**			**0**	
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	0	**VE 2027 Veränderung:**			**0**	
				VE 2028:	0	VE 2028 neu:	0	**VE 2028 Veränderung:**			**0**	
				VE 2029:	0	VE 2029 neu:	0	**VE 2029 Veränderung:**			**0**	
			UGA	-2.060.000	0	-2.060.000	0	0	0	0	0	**passieren lassen (6 / 0 / 0)**
												Es liegt zwischenzeitlich ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, den Haushaltsansatz für den Ausbau und die Schließung des Ringgleises um 1,7 Mio. EUR zu erhöhen (FWI 175)
			FPDA	**-2.060.000**	**0**	**-2.060.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 7 / 4 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Eschließung Feuerwehrwache Westerbergstraße										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**635.000**		**635.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
78	4E.00 NEU	Ref. 0680. Feuerwehrwache Westerbergstr.(RN46) / Erschließung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 635.000 EUR für 2025 für Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der Erschließung der Feuerwehrwache Westerbergstraße
			neu	635.000	0	635.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	635.000		635.000	0	0	0	0	0	
			UGA	635.000	0	635.000	0	0	0	0	0	**angenommen 6 / 0 / 0**
			FPDA	**635.000**	**0**	**635.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		Erschließung Langer Kamp										
	18	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**120.000**		**120.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
79a	4E.00 NEU	Ref. 0680 Langer Kamp (HA130) / Erschließung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen (Zuwendungen) in Höhe von 120.000 EUR für 2025 für die Herstellung von Kinder- und Jugendspielflächen im Rahmen der Erschließung Langer Kamp
			neu	120.000	0	120.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	120.000		120.000	0	0	0	0	0	
			UGA	120.000	0	120.000	0	0	0	0	0	**angenommen 6 / 0 / 0**
			FPDA	**120.000**	**0**	**120.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**560.000**		**560.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
79b	4E.00 NEU	Ref. 0680 Langer Kamp (HA130) / Erschließung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 560.000 EUR für 2025 für die Herstellung von Kinder- und Jugendspielflächen im Rahmen der Erschließung Langer Kamp
			neu	560.000	0	560.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	560.000		560.000	0	0	0	0	0	
			UGA	560.000	0	560.000	0	0	0	0	0	**angenommen 6 / 0 / 0**
			FPDA	**560.000**	**0**	**560.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	Erschließung Mittelweg Süd-West											
	18	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**230.000**		**0**	**230.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
80a	4E.00 NEU	Ref. 0680 Mittelweg Süd-West (HA113) / Erschließung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen (Zuwendungen) in Höhe von 230.000 EUR für 2026 für die Herstellung eines Jugendplatzes im Rahmen der Erschließung des Mittelweges Süd-West
			neu	230.000	0	0	230.000	0	0	0	0	
			Veränderung	230.000		0	230.000	0	0	0	0	
			UGA	230.000	0	0	230.000	0	0	0	0	**angenommen 6 / 0 / 0**
			FPDA	**230.000**	**0**	**0**	**230.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**330.000**		**0**	**330.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
80b	4E.00 NEU	Ref. 0680 Mittelweg Süd-West (HA113) / Erschließung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 330.000 EUR für 2026 für die Herstellung eines Jugendplatzes im Rahmen der Erschließung des Mittelweges Süd-West
			neu	330.000	0	0	330.000	0	0	0	0	
			Veränderung	330.000		0	330.000	0	0	0	0	
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	0	**VE 2026 Veränderung:**			**0**	
			UGA	330.000	0	0	330.000	0	0	0	0	**angenommen 6 / 0 / 0**
			FPDA	**330.000**	**0**	**0**	**330.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		Gliesmaroder Str. / Quartiersplatz										
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**400.000**		**400.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
81	5E.000006	Ref. 0680 Gliesmaroder Str. 70/Allg.Grün	bisher	1.000.000	1.000.000	0	0	0	0	0	0	Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln in Höhe von 400.000 EUR für 2025 für den Quartiersplatz Gliesmaroder Str. Mittel in entsprechender Höhe fließen in 2021 in den Haushalt zurück.
			neu	1.400.000	1.000.000	400.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	400.000		400.000	0	0	0	0	0	
			UGA	400.000	0	400.000	0	0	0	0	0	**angenommen 6 / 0 / 0**
			FPDA	**400.000**	**0**	**400.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		ELER Fördermaßnahmen										
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**22.300**		**0**	**0**	**10.000**	**12.300**	**0**	**0**	
82a	4S.680048	Naturschutz / ELER - Fördermaßnahmen	bisher	60.000	30.000	10.000	10.000	10.000	0	0	0	zusätzliche Erträge in Höhe von 22.300 EUR für die ELER Fördermaßnahmen im Naturschutz
			neu	82.300	30.000	10.000	10.000	20.000	12.300	0	0	
			Veränderung	22.300		0	0	10.000	12.300	0	0	
			UGA	22.300	0	0	0	10.000	12.300	0	0	**angenommen 6 / 0 / 0**
			FPDA	**22.300**	**0**	**0**	**0**	**10.000**	**12.300**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
82b	4S.680048	Naturschutz / ELER - Fördermaßnahmen	bisher	110.500	30.000	25.000	25.000	30.500	0	0	0	Beibehaltung der Haushaltsansätze für die ELER-Fördermaßnahmen Naturschutz
			neu	110.500	30.000	25.000	25.000	30.500	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			UGA	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 6 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
		Hochwasserschutz Maschplatz / Spinnerstraße										
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**200.000**		**50.000**	**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
83	4E.68 Neu	FB 68: Maschplatz - Spinnerstraße / Maßnahmen Hochwasserschutz	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 EUR für 2025-2026 für den Hochwasserschutz Maschplatz - Spinnertraße
			neu	200.000	0	50.000	150.000	0	0	0	0	
			Veränderung	200.000		50.000	150.000	0	0	0	0	
			UGA	200.000	0	50.000	150.000	0	0	0	0	**angenommen 6 / 0 / 0**
			FPDA	**200.000**	**0**	**50.000**	**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		Teilhaushaltsübergreifend										
		Förderprojekt "LiViK"										
	9	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**2.596.700**		**270.700**	**471.300**	**708.400**	**1.044.800**	**101.500**	**0**	
NEU	4E.00 NEU	Förderprojekt "LiViK" / Umsetzung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge in Höhe von 2.596.700 EUR für die Jahre 2025 - 2029 (Zuwendungen für das Förderprojekt "Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels: Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken (LiViK)" Die Fraktion "BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN" hat zu dem Projekt LIVIK eine Stelle zum Haushalt 2025 ff. beantragt.
			neu	2.596.700	0	270.700	471.300	708.400	1.044.800	101.500	0	
			Veränderung	2.596.700		270.700	471.300	708.400	1.044.800	101.500	0	
			FPDA	**2.596.700**	**0**	**270.700**	**471.300**	**708.400**	**1.044.800**	**101.500**	**0**	**angenommen 10 / 0 / 1**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**2.596.700**		**270.700**	**471.300**	**708.400**	**1.044.800**	**101.500**	**0**	
NEU	4E.00 NEU	Förderprojekt "LiViK" / Umsetzung										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 3.246.400 EUR für die Jahre 2025 - 2029 für das Förderprojekt "Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels: Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken (LiViK)" Die Fraktion "BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN" hat zu dem Projekt LIVIK eine Stelle zum Haushalt 2025 ff. beantragt.
			neu	3.246.400	0	338.500	589.300	885.600	1.306.100	126.900	0	
			Veränderung	3.246.400		338.500	589.300	885.600	1.306.100	126.900	0	
			FPDA	**3.246.400**	**0**	**338.500**	**589.300**	**885.600**	**1.306.100**	**126.900**	**0**	**angenommen 10 / 0 / 1**
NEU	4S.670007	FB 67: Unterh. v. Grün- und Spielanlagen										
			bisher	40.697.900	28.422.100	2.413.000	2.465.700	2.465.700	2.465.700	2.465.700	0	geringere Aufwendungen in Höhe von 649.700 EUR für die Jahre 2025 - 2029 für die Unterhaltung von Grün- und Spielanlagen (Deckung des Eigenanteils für das Förderprojekt "LiViK")
			neu	40.048.200	28.422.100	2.345.200	2.347.700	2.288.500	2.204.400	2.440.300	0	
			Veränderung	-649.700		-67.800	-118.000	-177.200	-261.300	-25.400	0	
			FPDA	**-649.700**	**0**	**-67.800**	**-118.000**	**-177.200**	**-261.300**	**-25.400**	**0**	**angenommen 10 / 1 / 0**
	18	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**2.172.200**		**33.400**	**63.800**	**127.400**	**973.800**	**973.800**	**0**	
NEU	4E.00 NEU	Förderprojekt "LiViK" / Umsetzung										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen in Höhe von 2.172.200 EUR für die Jahre 2025 - 2029 (Zuwendungen für die Umgestaltung des Emsplatzes im Rahmen des Förderprojektes "Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels: Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken (LiViK)" Die Fraktion "BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN" hat zu dem Projekt LIVIK eine Stelle zum Haushalt 2025 ff. beantragt.
			neu	2.172.200	0	33.400	63.800	127.400	973.800	973.800	0	
			Veränderung	2.172.200		33.400	63.800	127.400	973.800	973.800	0	
			FPDA	**2.172.200**	**0**	**33.400**	**63.800**	**127.400**	**973.800**	**973.800**	**0**	**angenommen 10 / 0 / 1**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
	25	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**2.515.500**		**-58.200**	**-20.200**	**159.300**	**1.217.300**	**1.217.300**	**0**	
NEU	4E.00 NEU	Förderprojekt "LiViK" / Umsetzung										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 2.715.500 EUR für die Jahre 2025 - 2029 für die Umgestaltung des Emsplatzes im Rahmen des Förderprojektes "Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels: Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken (LiViK)" Die Fraktion "BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN" hat zu dem Projekt LIVIK eine Stelle zum Haushalt 2025 ff. beantragt.
			neu	2.715.500	0	41.800	79.800	159.300	1.217.300	1.217.300	0	
			Veränderung	2.715.500		41.800	79.800	159.300	1.217.300	1.217.300	0	
			FPDA	**2.715.500**	**0**	**41.800**	**79.800**	**159.300**	**1.217.300**	**1.217.300**	**0**	**angenommen 10 / 0 / 1**
NEU	5E.000003 (5E.610004)	Ref. 0680: Westpark 2. BA										
			bisher	610.372	410.372	100.000	100.000	0	0	0	0	geringere Finanzmittel in Höhe von 200.000 EUR für die Jahre 2025 - 2026 für den 2. BA des Westparks (Deckung des Eigenanteils für das Förderprojekt "LiViK" - die restliche Deckung erfolgt durch den Verfall von Haushaltsresten)
			neu	410.372	410.372	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-200.000		-100.000	-100.000	0	0	0	0	
			FPDA	**-200.000**	**0**	**-100.000**	**-100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10 / 1 / 0**

Anlage 2.5.2.2

Finanzhaushalt

Ansatzveränderungen der Verwaltung

(Finanzierungstätigkeit)

Stand: 10. Dezember 2024

Haushaltslesung 2025/2026 - Finanzhaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (ohne Investitionsmanagement)

Anlage 2.5.2.2

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen der Verwaltung insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0 - Angenommen

Nr.	Teilhaushalt / Finanzstelle	Haushaltsansatzbezeichnung	Sachkonto / Art der Ein- und Auszahlung	Veränderungen in € 2025 Einzahlungen	2025 Auszahlungen	2026 Einzahlungen	2026 Auszahlungen	2027 Einzahlungen	2027 Auszahlungen	2028 Einzahlungen	2028 Auszahlungen	2029 Einzahlungen	2029 Auszahlungen
	Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft			**24.000.000**	**- 2.168.300**	**- 10.000.000**	**4.331.900**	**53.000.000**	**4.592.000**	**25.000.000**	**- 1.101.000**	**7.000.000**	**1.799.200**
	FS6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	692730	Anpassung der Kreditaufnahmen									
			Einzahlungen für Investitionskredite von Kreditinstituten, Laufzeit ü. 5 Jahre (fester Zinssatz)	+ 25.000.000		- 8.000.000		+ 55.000.000		+ 26.000.000		+ 8.000.000	
			792730										
			Auszahlungen für Investitionskredite von Kreditinstituten, Laufzeit ü. 5 Jahre (fester Zinssatz)		- 2.168.300		+ 4.331.900		+ 4.592.000		- 1.101.000		+ 1.799.200
	FS6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	692730	Aktualisierung der Kreditaufnahmen nach FPDA									
			Einzahlungen für Investitionskredite von Kreditinstituten, Laufzeit ü. 5 Jahre (fester Zinssatz)	- 1.000.000		- 2.000.000		- 2.000.000		- 1.000.000		- 1.000.000	

Anlage 2.5.2.3

Finanzhaushalt

Ansatzveränderungen der Verwaltung

(Konzernfinanzierung)

Stand: 10. Dezember 2024

Haushaltslesung 2025/2026 - Ansatzveränderungen der Verwaltung (nur Konzernfinanzierung)

Anlage 2.5.2.3

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen der Verwaltung insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0 - Angenommen

Nr.	Teilhaushalt / Finanzstelle oder Produkt	Haushaltsansatz-bezeichnung	Sachkonto / Art des Ertrages und Aufwands bzw. der Ein- und Auszahlung	Veränderungen in € 2025 Einzahlungen	2025 Auszahlungen	2026 Einzahlungen	2026 Auszahlungen	2027 Einzahlungen	2027 Auszahlungen	2028 Einzahlungen	2028 Auszahlungen	2029 Einzahlungen	2029 Auszahlungen	Anmerkungen
	Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft			**20.146.000**	**- 15.286.500**	**54.372.000**	**- 7.867.600**	**- 9.210.000**	**- 8.108.300**	**69.915.000**	**- 7.894.900**	**49.832.000**	**- 2.649.900**	
1	FS6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	**Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Konzernfinanzierung):** hier: Anpassung der Kreditaufnahmen durch die Stadt. 692735 Einz. InvKred.Kred.Inst. Laufz>5J.E (f.Zins) Exp	+ 20.146.000		+ 54.372.000		- 9.210.000		+ 69.915.000		+ 49.832.000		
2	FS6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	**Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Konzernfinanzierung)** hier: Tilgung der Darlehen durch die Stadt bei den Kreditgebern 792735 Tilgung, Rückzahlungen von Krediten Laufz >5J./ Konzernfinanzierung		- 3.830.300		- 1.860.700		+ 317.300		- 48.000		+ 2.751.900	
3	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	**Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Konzernfinanzierung)** hier: Zinsaufwendungen durch die Stadt Die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten (insb. Anpassung der Zinsätze) im Rahmen der Konzernfinanzierung führen zu entsprechend geänderten Zinsaufwendungen. 451715 Zinsaufwand an Kreditinstitute/ Konzernfinanzierung		- 11.516.200		- 6.169.900		- 8.398.600		- 8.056.900		- 5.551.800	Die aufgrund der Kreditaufnahme von der Stadt an die Kreditinstitute zu leistenden Zinsen sind in dieser Liste nachrichtlich aufgeführt. Zusätzlich sind diese auch in der Liste "Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung" dargestellt.
4	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	**Konzernfinanzierung - Für die im Rahmen der Konzernfinanzierung vorgesehenen Kreditaufnahmen sind Kreditbeschaffungskosten einzuplanen.** 459115 Kreditbeschaffungskosten/ Konzernfinanzierung		+ 60.000		+ 163.000		- 27.000		+ 210.000		+ 150.000	Die aufgrund der Kreditaufnahme von der Stadt an die Kreditinstitute zu leistenden Kreditbeschaffungskosten sind in dieser Liste nachrichtlich aufgeführt. Zusätzlich sind diese auch in der Liste "Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung" dargestellt.
	Teilhaushalt FB 20 - Finanzen			**- 15.625.100**	**20.146.000**	**- 8.245.400**	**54.372.000**	**- 8.366.900**	**- 9.210.000**	**- 8.392.000**	**69.915.000**	**- 3.047.000**	**49.832.000**	
	5E.200011	Rückzahl. Ausleih. Städt.Gesell. /Exper.	**Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Konzernfinanzierung)** hier: Erstattung der städtischen Tilgungsleistungen für Darlehen (Konzernfinanzierung) durch die städtischen Gesellschaften 688535 Rückflüsse Ausleih. a.verb.Unt. (> 5 Jahre) Exp.	- 3.830.000		- 1.860.700		+ 317.300		- 48.000		+ 2.751.900		
	5E.200010	Ausleihungen Städtische Gesellschaften/ Konzernfinanzierung	**Weiterleitung der von der Stadt aufgenommen Darlehen an städtische Gesellschaften (Konzernfinanzierung)** Die von der Stadt im Rahmen der Konzernfinanzierung aufgenommenen Darlehen werden im Finanzhaushalt im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft veranschlagt. 788535 Ausleihungen an vU/B/S > 5 Jahre Experimentierkl.		+ 20.146.000		+ 54.372.000		- 9.210.000		+ 69.915.000		+ 49.832.000	
	Diverse	Diverse	**Die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten (insb. Anpassung der Zinsätze) im Rahmen der Konzernfinanzierung führen zu entsprechend geänderten Zinsaufwendungen und Zinserträgen.** 361515 Zinsertrag von verb. Unt., Beteilg., Sonderverm./ Konzernfinanzierung	- 11.795.100		- 6.384.700		- 8.684.200		- 8.344.000		- 5.798.900		Die aufgrund der Kreditaufnahme von den städtischen Gesellschaften an die Stadt zu leistenden Zinsen sind in dieser Liste nachrichtlich aufgeführt. Zusätzlich sind diese auch in der Liste "Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung" dargestellt.

Anlage 2.5.3

Finanzhaushalt

Haushaltsneutrale Umsetzungen

Investitionsprogramm 2024-2029

Stand: 10. Dezember 2024

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 37 - Feuerwehr												
	16	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
1a	4S.370001	FB 37: Instandhaltungen Berufsfeuerwehr	bisher	10.204.600	5.602.100	785.700	905.800	972.000	970.000	969.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die lfd. Instandhaltungen der Berufsfeuerwehr (inkl. Integrierte Leitstelle) in Höhe von 153.600 EUR für 2025-2026
			neu	10.358.200	5.602.100	891.300	953.800	972.000	970.000	969.000	0	
			Veränderung	153.600		105.600	48.000	0	0	0	0	
			FPDA	**153.600**	**0**	**105.600**	**48.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/ 0 / 0**
1b	4S.370002	FB 37: Instandhaltungen Freiw. Feuerwehr	bisher	2.902.400	1.491.900	599.700	202.700	202.700	202.700	202.700	0	geringere Haushaltsmittel für die lfd. Instandhaltungen der Freiwilligen Feuerwehr in Höhe von 72.400 EUR für 2025-2026
			neu	2.830.000	1.491.900	525.000	205.000	202.700	202.700	202.700	0	
			Veränderung	-72.400		-74.700	2.300	0	0	0	0	
			FPDA	**-72.400**	**0**	**-74.700**	**2.300**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/ 0 / 0**
1c	4S.370003	FB 37: Instandhaltungen Katastrophenschutz	bisher	712.300	485.300	45.400	45.400	45.400	45.400	45.400	0	geringere Haushaltsmittel für die lfd. Instandhaltungen des Katastrophenschutzes in Höhe von 50.400 EUR für 2025-2026
			neu	661.900	485.300	32.500	7.900	45.400	45.400	45.400	0	
			Veränderung	-50.400		-12.900	-37.500	0	0	0	0	
			FPDA	**-50.400**	**0**	**-12.900**	**-37.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/ 0 / 0**
1d	4S.370004	FB 37: Instandhaltungen Rettungsdienst	bisher	2.141.700	1.190.700	196.100	186.800	187.700	189.700	190.700	0	geringere Haushaltsmittel für die lfd. Instandhaltungen des Rettungsdienstes in Höhe von 30.800 EUR für 2025-2026
			neu	2.110.900	1.190.700	178.100	174.000	187.700	189.700	190.700	0	
			Veränderung	-30.800		-18.000	-12.800	0	0	0	0	
			FPDA	**-30.800**	**0**	**-18.000**	**-12.800**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/ 0 / 0**

Haushaltslesung 2025 ff. - Investitionsprogramm 2024 - 2029 - Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	2028 in €	2029 in €	Restbedarf ab 2030 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 50 - Soziales und Gesundheit												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
2a	4S.500023	FB 50: Instandh. Flüchtlingsunterkünfte	bisher	256.400	141.400	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000	0	Verschieben von Haushaltsmitteln in Höhe von 5.000 EUR jährlich aus dem Ergebnishaushalt in das Investitionsmanagement (Korrektur einer fehlerhaften Kontenzuordnung)
			neu	281.400	141.400	28.000	28.000	28.000	28.000	28.000	0	
			Veränderung	25.000		5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	
			FPDA	**25.000**	**0**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**0**	**angenommen 11/ 0 / 0**
2b	1.31.3155.20	Soz. Einr. f. Flüchtlinge und Asylbew. (Instandhaltung für fremde G+G)	bisher	25.000	0	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	Verschieben von Haushaltsmitteln in Höhe von 5.000 EUR jährlich aus dem Ergebnishaushalt in das Investitionsmanagement (Korrektur einer fehlerhaften Kontenzuordnung)
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**-25.000**		**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**	**0**	
			FPDA	**-25.000**	**0**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**	**0**	**angenommen 11/ 0 / 0**

Anlage 2.5.4

Finanzhaushalt

Haushaltsvermerke

Stand: 10. Dezember 2024

Haushaltslesung 2025 ff. - Anbringung von Haushaltsvermerken -

Der FPDA hat über alle Haushaltsvermerke mit dem Gesamtergebnis 11 / 0 / 0 abgestimmt.

Teilhaushaltsübergreifend

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Änderung Wertgrenze - Globalmaßnahmen: < 300.000 € (bisher < 150.000 €)	**"Die Projekte mit der Budgetzuordnung GI (Global "Organisationseinheit") sind nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten gegenseitig deckungsfähig."** **Hinweis:** Es sind die einzelnen Haushaltsvermerke je Teilhaushalt und deren Besonderheiten zu beachten.	Aufgrund der Baupreissteigerungen werden Einzelprojekte zukünftig erst ab 300.000 € anstatt ab 150.000 € eingerichtet. Bis zu dieser Wertgrenze sind die Maßnahmen mit Gesamtkosten von jeweils unter 300.000 € deckungsfähig (Globalmaßnahmen).

Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden
Teilhaushalt 20 - Finanzen

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Programmeinrichtung	**"Die Projekte mit der Budgetzuordnung Pr - Programm Neubau Schulsporthallen - sind jeweils gegenseitig deckungsfähig."** **Für Projekte, die Neubauten von Sporthallen beinhalten, wird ein gesondertes Programm eingerichtet, welches nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten in sich gegenseitig deckungsfähig ist. Es handelt sich für 2025 und 2026 um folgende Projekte:** GS Melverode / Neubau Sporthalle (4E.210346) Ackerstr./Neubau 1,5 fach Sporthalle (4E.210374) BBS V / Neubau 1 fach Sporthalle (4E.210375) GS Wenden / Neubau 2 fach Sporthalle (4E.210378) GS Veltenhof/Ersatzneubau Sporthalle (4E.210417)	Mit der Einrichtung des Programms wird die Möglichkeit geschaffen, auf örtliche Bedarfsänderungen bei neuen Schulsporthallen auch finanziell zu reagieren. Die Kosten je Feldeinheit je Schulsporthalle sind vergleichbar.

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Programmeinrichtung	**"Die Projekte mit der Budgetzuordnung Pr - Programm Einrichtung von Ganztagsbetrieben (ohne Sanierung) - sind jeweils gegenseitig deckungsfähig."** **Für Projekte, die die Einrichtung von Ganztagsbetrieben (ohne Sanierung) beinhalten, wird ein gesondertes Programm eingerichtet, welches nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten in sich gegenseitig deckungsfähig ist. Es handelt sich für 2025 und 2026 um folgende Projekte:** GS Querum / Erw. u. Einr. GTB (4E.210276) GS Mascheroder Holz / Einr. GTB (4E.210295) GS Hondelage / Einr. GTB (4E.210301) GS Timmerlah / Einr. GTB (4E.210304) GS Veltenhof / Einr. GTB (4E.210306) GS Schunteraue/Einricht. GTB (4E.210343)	Mit der Einrichtung des Programms wird die Möglichkeit geschaffen, auf örtliche Bedarfsänderungen bei Ganztagsbetrieben auch finanziell zu reagieren.

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Programmeinrichtung	**"Die Projekte mit der Budgetzuordnung Pr - Programm Neubau und Erweiterung von Schulgebäuden (inkl. Sporthallen) - sind jeweils gegenseitig deckungsfähig."** **Für Projekte, die die Neubauten und Erweiterungen von Schulgebäuden (inkl. Sporthallen) beinhalten, wird ein gesondertes Programm eingerichtet, welches nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten in sich gegenseitig deckungsfähig ist. Es handelt sich für 2025 und 2026 um folgende Projekte:** Oswald-Berkhan-Schule/Erw. Ressourcen (4E.210292) GY Gaußschule / Erweiterung G8/G9 (4E.210347) Wilhelmgymnasium/Erweiterung G8/G9 (4E.210348) Wilhelmgym. (Abt. Leon. 12) Erw.G8/G9 (4E.210373) GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA (4E.210377) GS Weststadt/Neub. Schulgeb.+1fSpH (4E.210386) GY H.v.F. / Erweiterung (4E.210469) Lessinggymn./Containerber. 2.BA (4S.210092)	Mit der Einrichtung des Programms wird die Möglichkeit geschaffen, auf örtliche Bedarfsänderungen bei Neubauten und Erweiterungen von Schulgebäuden (inkl. Sporthallen) auch finanziell zu reagieren.

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Programmeinrichtung	**"Die Projekte mit der Budgetzuordnung Pr - Programm Sanierung / Ersatzbauten Freiwillige Feuerwehr - sind jeweils gegenseitig deckungsfähig."** **Für Projekte, die Sanierungsmaßnahmen und Ersatzbauten von Feuerwehrhäusern beinhalten, wird ein gesondertes Programm eingerichtet, welches nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten in sich gegenseitig deckungsfähig ist. Es handelt sich für 2025 und 2026 um folgende Projekte:** Feuerwehrh. Stöckh./Ersatzbau (4E 21 Neu) Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau (4E.210402)	Mit der Einrichtung des Programms wird die Möglichkeit geschaffen, auf geänderte Bedarfe bei Neubauten von Schulgebäuden (inkl. Sporthallen) kurzfristig zu reagieren und sich finanziell auf die geänderten Prioritäten einzustellen.

Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Geoinformation

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Deckungsvermerk	**"Die Mittel der Projekte 4S.610043 (FB 61: Investitionspakt Donauviertel KTK und KPW) und 3S.610007 (FB 61 Vorplanung Investitionspakt Donauviertel) sind nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten gegenseitig deckungsfähig."**	Der Investitionspakt Donauviertel ist aufgrund der besonderen Inhalte nicht Bestandteil des Sanierungsgebietes Donauviertel und daher auch nicht Teil des Budgets Programm 4 - Sanierungsgebiete. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit zwischen den beiden Projekten des Investitionspaktes kann daher nur über den beantragten Deckungsvermerk erreicht werden.

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Deckungsvermerk	**"Die Mittel der Projekte 3E.610039 (Digitaler Zwilling / Konzepterstellung) und 4E.61NEU (Digitaler Zwilling / Umsetzung) sind nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten gegenseitig deckungsfähig."**	Für die Umsetzung des digitalen Zwillings (vgl. Ansatzveränderung der Verwaltung ist ein neues Projekt vorgesehen, da das bisherige Projekt lediglich für die Konzepterstellung besteht. Um die verbleibenden Mittel für die nun folgende Umsetzung des Projektes verwenden zu können, soll der beantragte Deckungsvermerk eingerichtet werden.

Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Programmeinrichtung	**"Die Projekte mit der Budgetzuordnung Pr - Programm Mobilitätsentwicklunsgplan (MEP) - sind jeweils gegenseitig deckungsfähig."** **Für Projekte, die Teil des Mobililitätsentwicklungsplans (MEP) sind, wird ein gesondertes Programm eingerichtet, welches nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten in sich gegenseitig deckungsfähig ist. Es handelt sich für 2025 und 2026 um folgende Projekte:** - MEP / Umbau südliche Innenstadtumfahrung / Vorplanung (3E.660022) - MEP / Umbau Bohlweg / Vorplanung (3E.660023) - MEP / Verbesserung Qualitätsstandards Radverkehr (4S.660032) - MEP / Verbesserung Radverkehrsführung Knotenpunkte (4S.660033) - MEP / Förderung Fußverkehr (4S.660034) **Voraussetzung ist, dass die Maßnahmen Teil des Beschlusses über den Mobiliätsentwicklungsplans sind.**	Aus Transparenzgründen werden die verschiedenen Maßnahmen des MEP auf Einzelprojekten dargestellt. Aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs wird die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Ansätze vorgesehen.

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Programmeinrichtung	**"Die Projekte mit der Budgetzuordnung Pr - Programm Sanierung /Ersatzbauten Brücken - sind jeweils gegenseitig deckungsfähig."** **Für folgende Projekte, die den Neubau von Brücken beinhalten, wird ein gesondertes Programm für 2025 und 2026 eingerichtet, welches nach den haushaltsrechtlichen Möglichkeiten in sich gegenseitig deckungsfähig ist.** - FB 66:Neustadtmühlenbr. Inselw./Erneuer. (4E.660038) - FB 66: Brückenerneuerungen 2018ff (4S.660018) - Mühlenbrücke Bienrode ü.d.Sch. /Ersatz (5E.660113) - Ferdinandbrücke / Sanierung (5E.660118) - Okerbrücke Hüttenwerke Schrotw./Ersatz (5E.660119) - Theodor-Heuss-Brücke /Sanierung (5E.660131) - Straßenbrücke Sachsendamm/San. (5E.660134) - Schunterbrücke Bienrode/Ersatzneubau (5E.660137) - Schunterflutbrücke Bienr.Gifhorn./Ersatz (5E.660140) - Schunterbrücke Thune/Ersatzneubau (5E.660156) **Als Grundlage gelten die Regelungen zu der Behandlung der Mehrkostenbedarfe in den Gremien.**	Die Ansätze für die Brückenerneuerungen für 2025 und 2026 betragen max 4 Mio. EUR je Jahr. Mit der Einrichtung des Programms wird die Möglichkeit geschaffen, auf Sanierungsbedarfe kurzfristig zu reagieren und sich finanziell auf die geänderten Prioritäten einzustellen.

Teilhaushalt 0800 - Wirtschaftsdezernat

Art des Vermerkes	Text des Vermerkes	Bemerkung
Deckungsvermerk	**"Die Mittel der Projekte 4S.000024 (Breitbandausbau "weiße Flecken") und 4S.000038 (Breitbandausbau "graue Flecken") sind aufgrund vergleichbarer Inhalte des Breitbandausbaus gegenseitig deckungsfähig."**	Aus Transparenzgründen werden die Fördertöpfe für "weiße Flecken" und "graue Flecken" auf verschiedenen Projekten dargestellt. Aufgrund des engen inhaltlichen Zusammenhangs wird die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Projekte vorgesehen.

Anlage 2.7

Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Stand: 04. Dezember 2024

Dez. VII
20.13 (Ref. 0120.11)

Datum: 20.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 040 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Preissenkung Fahrscheine ÖPNV um 10%

Begründung:

Die Verkehrswende kann nicht nur mit Verboten umgesetzt werden. Viel wichtiger sind Anreize, damit der ÖPNV attraktiver wird. Insbesondere ein kostenfreier ÖPNV würde viele Menschen zum Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn bewegen. Ein 10prozentiger Preisnachlass kann ein erster Schritt in diese Richtung sein.

Stellungnahme:

Eine Tarifänderung ist beim Verkehrsverbund Region Braunschweig (VRB) sowie dem Regionalverband Großraum Braunschweig (RGB) einzubringen und dann letztendlich über den VRB beim Land Niedersachen zu stellen. Die Tarifhoheit liegt ausschließlich beim VRB.

Die Verkehrsunternehmen haben mit dem D-Ticket bereits mit einem Ertragsausfall umzugehen, der nur bis Ende 2024 verbindlich refinanziert wird. Weiter reduzierte Ticketpreise wären nach derzeitiger Einschätzung der Finanzmittel aller Voraussicht nach im VRB nicht mehrheitsfähig und würden die Finanzierung des Systems weiter gefährden.

Auch werden aus Sicht der Braunschweiger Verkehrs-GmbH noch weitere Reduzierungen im Ticketpreis nicht zu den erforderlichen Mehrkunden führen, die es benötigt, um das daraus entstehende Finanzloch auszugleichen.

I. A.

Hübner

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 50 Datum: 19.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 64 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Überschrift:
Mobil-Tickets kostenlos

Begründung:

Geringverdienende und Leistungsberechtigte können über den Braunschweig-Pass das vergünstigte Mobilticket erwerben. Als Ausgleich entrichtet die Stadt im Jahr 2025 237.100 Euro und ab 2026 137.100 Euro an die BSVG. Das Mobilticket kostet 17 €/Monat mit und 25 €/Monat ohne Zeitbegrenzung.
Unsere Fraktion schlägt vor, dass Armutsbetroffene künftig kostenlos Bus und Bahn fahren können und mit dem Braunschweig Pass ÖPNV-Tickets kostenlos erhalten. Dies ist nicht nur eine sozialpolitisch sinnvolle Investition, sondern trägt auch dazu bei, dass vorhandene alte und besonders umweltschädliche Autos abgeschafft werden.
Der Wegfall der 17 bzw. 25 Euro müsste dann zusätzlich mit der BSVG verrechnet werden.

Stellungnahme:

Das Plus-Abo, welches als Basis für das BS-Mobilticket sowie BS-Mobilticket Plus dient, kostet derzeit 65,10 €. Für BS-Pass Inhaber*innen wird dieses in 2 Modellen für 17,-, respektive 25,- € (Plus) angeboten. Somit verbleibt ein Anteil, der durch Erlösminderung i.H.v. 19,50 € (BSVG) und einer Fahrgeldauffüllung durch die Stadt i.H.v. 20,60 € bzw. 28,60 € gedeckt wird.

Die voraussichtlich benötigten Mittel bei Fortführung zu den derzeitigen Konditionen betragen für 2025 -> 2.400.000 € und für 2026 -> 2.600.000 €. Hierbei handelt es sich lediglich um den Bedarf zur Abdeckung der städt. Fahrgeldauffüllung an die BSVG. Für ein kostenloses Ticket müsste jedoch auch der Anteil der BS-Pass Inhaber*innen mit übernommen werden.

Das wären in 2023 anhand der Verkaufszahlen 922.879 € für das BS-Mobilticket sowie 517.400 € für die Plus Version, mithin insgesamt 1.440.279 € gewesen.

Die Verkaufszahlen sind in den letzten Jahren zudem stetig gestiegen. In 2024 wurden bisher im Durchschnitt rd. 6.100 Tickets pro Monat verkauft. Das würde 6.100 BS-Pass Inhaber*innen entsprechen, die das Angebot annehmen. Insgesamt wurden zum 1. September 2024 (Stichtag BS-Pass) rd. 34.000 Pässe versandt. Es ist daher davon auszugehen, dass sich Anzahl der BS-Mobilticket Nutzer*innen bei kostenloser Bereitstellung vervielfachen würde. Bei einer nicht auszuschließenden Vervierfachung würde somit ein Mittelbedarf von rund 16 Mio. € entstehen.

Unberücksichtigt ist hierbei, ob aufgrund höherer Auslastung die entsprechenden

Kapazitäten in den Spitzenzeiten zur Verfügung gestellt werden könnten und welche Mehrkosten bei der BSVG durch die erhöhte Inanspruchnahme entstehen würden.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

Dez. V
FB 51 - 51.2

Datum: 24.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 094 der
BIBS-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Schwangeren- und Familienberatungsstelle Braunschweig: Präventionsprojekt „Elternpraktikum mit Babysimulatoren“ an Braunschweiger Schulen

Begründung:

Seit 2005 findet das Präventionsprojekt „Elternpraktikum mit Babysimulatoren“ in zahlreichen Braunschweiger Schulen statt. Das Projekt, welches sich an SuS ab Klasse 8 sowie an junge Erwachsene richtet, ist sehr nachgefragt und wird an Schulen und bei den SuS sehr gut angenommen. Es besteht eine langfristige Kooperation mit anderen Netzwerken in Braunschweig (z.B. Runder Tisch „Frühe Hilfen“, Netzwerk gegen Gewalt, Netzwerk Integration etc.).

Das Projekt umfasst verschiedenste Themen und legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Aufklärung über Schütteltrauma und Folgen des Rauchens/Alkoholkonsums in der Schwangerschaft.
Aber auch die Themen Lebensplanung, Bedeutung von Elternschaft, Kindesvernachlässigung (z.B. durch Überforderung jugendlicher Eltern) werden thematisiert.

Wie wichtig dies ist, wird deutlich, wenn wir uns bewusst machen, dass bei Inobhutnahmen durch das Jugendamt häufig frühe Familiengründungen und Überforderung als Gründe für die Herausnahme der Kinder aus den Familien genannt werden.

Dieses Präventionsprojekt mit seiner umfassenden Aufklärungsarbeit ist also nötig und wichtig und muss unbedingt weitergeführt werden.
Die bisherige Finanzierung durch Stiftungen und Sponsoren ist nicht länger gewährleistet und somit beantragt der Sozialdienst der katholischen Frauen (SkF) zur Weiterführung des Präventionsprojektes die oben aufgeführte Summe.

Stellungnahme:

Die Prüfung einer städtischen Förderung für den Einsatz von Babysimulatoren hat ergeben, dass tendenziell der Einsatz von Babysimulatoren nicht als adäquate Maßnahme im Bereich der Hilfen zur Erziehung und dem Angebotsspektrum der Frühen Hilfen in Betracht zu ziehen und somit folgerichtig hierfür keine städt. Förderung zu gewähren ist. Hierzu ist zu erläutern, dass bereits im Vorfeld gesehene Unsicherheiten im Hinblick auf Methode, Ziele und Nachhaltigkeit Anlass für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Angebot Babysimulatoren war.

Zur „Sachverhaltsaufklärung“ hat 2015 ein Fachtag unter Beteiligung der in der Fachwelt zu dem Thema „Babysimulatoren“ anerkannten und renommierten Prof. Dr. Anke Spies, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und Dr. Orthmann Bless, Universität Freiburg, Schweiz stattgefunden.

Auf der Basis der Inputvorträge „Anerkennung von Handlungsfähigkeit als Maßstab für Präventionskonzepte und Simulationsbasierte Lernsituationen gestalten und evaluieren“ wurden Für und Wider dargestellt.

Ein eindeutiges Ergebnis ist offengeblieben, nach Abwägung der wesentlichen Fakten bleibt ein „JAEIN“.

Zusammengefasst kann jedoch festgehalten werden, dass tendenziell der Einsatz von Babysimulatoren nicht im Bereich der Hilfen zur Erziehung und dem Angebotsspektrum der Frühen Hilfen gesehen wird.

Auf Basis der fachlichen Argumente wird die Förderung nicht empfohlen.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

Dez. V
51.3

Datum: 17.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 095 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Essensgeld in städtischen Kindertagesstätten abschaffen

Begründung:

Der vom Bundestag einberufene Bürgerrat fordert vollkommen zu Recht, dass Essen in Kitas nicht nur gesund, sondern auch kostenfrei erfolgen soll. Dabei sollen Kita-Fachkräfte und Lehrkräfte gleich mit verköstigt werden. Die niedersächsische Landesregierung hat Anfang diesen Jahres mitgeteilt, dass sie den Vorschlag grundsätzlich gut findet und mit den Kommunen über eine Umsetzung reden will. Geschehen ist leider nichts.
Wir sind der Ansicht, dass Braunschweig bei diesem wichtigen Thema eine Vorreiterrolle einnehmen und gleichzeitig Druck auf die Landesregierung hinsichtlich der Finanzierung ausüben sollte.

Stellungnahme:

Allein die Abschaffung des Essensgeldes in den städtischen Kindertagesstätten führt zu Einnahmeausfällen von rd. 1,6 Millionen € pro Haushaltsjahr.
Damit Eltern, deren Kinder in Kindertagesstätten freier Träger betreut werden, nicht schlechter gestellt werden, müssten im Zuge der Gleichbehandlung diese Kosten bei den freien Trägern ebenfalls durch die Stadt übernommen und die Förderung der freien Träger erhöht werden. Da die Festlegung des Essenentgeltes den jeweiligen Trägern obliegt, kann dieser zusätzliche Betrag nicht konkret beziffert werden. Es nach vorsichtiger Schätzung von einer zusätzlichen Haushaltsbelastung i. H. v. 3 bis 4 Millionen € jährlich auszugehen.

Mit Blick auf die derzeitige Finanzsituation wird daher empohlen, den Haushaltsantrag abzulehnmen.
Abschließend wird darauf hingewiesen, dass bei einkommensschwachen Familien das Essensentgelt für die Mittagsverpflegung bereits aus BuT-Mitteln (Bildungs- und Teilhabepaket) getragen wird.

Eine Umsetzung des Antrages ist lediglich möglich, sofern aus Bundes- und/oder Landesmitteln ein finanzieller Ausgleich erfolgt.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

Dez. V
FB 51 - 51.4

Datum: 13.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 096 der
SPD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Jugendfreizeiteinrichtungen der freien Träger

Begründung:

Die freien Träger der Kinder- und Jugendzentren fordern eine Erhöhung der Zuschüsse. Dazu liegt ein Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (AK OKJA) vom 12.06.2024 vor, in dem Vorschläge zur Überarbeitung der Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger in Braunschweig, Teil 3 Betriebskostenzuschüsse für Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen (Kinder-/Jugendzentren sowie Aktiv- bzw. Abenteuerspielplätze) gemacht werden (s. Anlage).
Die Pauschalen für Sach- und Betriebskosten der Kinder- und Jugendzentren der freien Träger sollten dynamisiert und an die Sätze für die städtischen Jugendfreizeiteinrichtungen angepasst werden. Der Eigenanteil der freien Träger bleibt dabei bestehen.
Die Sach- und Betriebskosten für Jugendfreizeiteinrichtungen in freier Trägerschaft wurden seit Jahren nicht angepasst. Das hat inzwischen, auch bedingt durch die gestiegenen Kosten gerade in den letzten zwei Jahren, dazu geführt, dass ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen den städtischen Jugendfreizeiteinrichtungen und denen in freier Trägerschaft entstanden ist. Die Qualität der Arbeit ist vergleichbar gut, die Kosten für die Stadt sind aber durch den Eigenanteil der Träger (10 % bei nichtkonfessionellen Trägern, 20 % bei konfessionellen Trägern) geringer, sodass die Stadt schon allein deshalb ein Interesse daran haben sollte, weiterhin die Angebote der freien Träger zu erhalten und zu fördern.
Für 2025 ist eine Erhöhung um 75.000 € angesetzt (vgl. Schreiben des AK OKJA vom 12.06.2024). Für 2026 sollen die in den Förderrichtlinien festgeschriebenen Pauschalen dynamisiert werden. Da der SPD-Fraktion die Bezugswerte nicht bekannt sind, haben wir nur die 75.000 € mit (vorläufig) 3,71 % für 2026 dynamisiert.

Stellungnahme:

Beim Beschluss des von den Trägern vorgeschlagenen Pauschalen sowie einer jährlichen Dynamisierung der Sachkosten in Höhe von 3,56 % ab 2026 sind folgende Beträge zusätzlich notwendig:
2025: 75.000 €
2026: 92.100 €
Basis der Berechnung sind die Antragszahlen 2024. Die Eigenanteile der Träger sind bereits eingerechnet.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

Dez. V
FB 51 - 51.4

Datum: 13.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 097 der
SPD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Jugendfreizeiteinrichtungen der freien Träger

Begründung:

Die freien Träger der Kinder- und Jugendzentren fordern eine Erhöhung der Zuschüsse. Dazu liegt ein Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (AK OKJA) vom 12.06.2024 vor, in dem Vorschläge zur Überarbeitung der Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger in Braunschweig, Teil 3 Betriebskostenzuschüsse für Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen (Kinder-/Jugendzentren sowie Aktiv- bzw. Abenteuerspielplätze) gemacht werden (s. Anlage).
Die Pauschalen für Sach- und Betriebskosten der Kinder- und Jugendzentren der freien Träger sollten dynamisiert und an die Sätze für die städtischen Jugendfreizeiteinrichtungen angepasst werden. Der Eigenanteil der freien Träger bleibt dabei bestehen.
Die Sach- und Betriebskosten für Jugendfreizeiteinrichtungen in freier Trägerschaft wurden seit Jahren nicht angepasst. Das hat inzwischen, auch bedingt durch die gestiegenen Kosten gerade in den letzten zwei Jahren, dazu geführt, dass ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen den städtischen Jugendfreizeiteinrichtungen und denen in freier Trägerschaft entstanden ist. Die Qualität der Arbeit ist vergleichbar gut, die Kosten für die Stadt sind aber durch den Eigenanteil der Träger (10 % bei nichtkonfessionellen Trägern, 20 % bei konfessionellen Trägern) geringer, sodass die Stadt schon allein deshalb ein Interesse daran haben sollte, weiterhin die Angebote der freien Träger zu erhalten und zu fördern.
Für 2025 ist eine Erhöhung um 75.000 € angesetzt (vgl. Schreiben des AK OKJA vom 12.06.2024). Für 2026 sollen die in den Förderrichtlinien festgeschriebenen Pauschalen dynamisiert werden. Da der SPD-Fraktion die Bezugswerte nicht bekannt sind, haben wir nur die 75.000 € mit (vorläufig) 3,71 % für 2026 dynamisiert.

Stellungnahme:

Beim Beschluss des von den Trägern vorgeschlagenen Pauschalen sowie einer jährlichen Dynamisierung der Sachkosten in Höhe von 3,56 % ab 2026 sind folgende Beträge zusätzlich notwendig:
2025: 75.000 €
2026: 92.100 €
Basis der Berechnung sind die Antragszahlen 2024. Die Eigenanteile der Träger sind bereits eingerechnet.

Albinus

_____

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 68
68.0

Datum: 07.10.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 101 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FUN Hondelage e.V. - Umweltbildung im NaturErlebnisZentrum Hondelage

Begründung:

Mit Schreiben vom 19. Juni 2024 beantragt der FUN Hondelage e.V. eine zusätzliche Föderung in Höhe von 25.000 € für die Einrichtung einer halben Stelle für die Umweltbildung im NaturErlebnisZentrum Hondelage. Der Bedarf konnte sowohl im Anschreiben selbst als auch in der beigefügten Machbarkeitsstudie hinreichend nachgewiesen werden.

Mit Blick auf die aktuelle Haushaltslage und die formalen Kriterien der "Förderrichtlinie für Gewässer- und Naturschutz sowie Klima" soll mit diesem Antrag allerdings nicht der volle Betrag sondern in Abstimmung mit dem FUN Hondelage e.V. nur der Wert einer Minijobstelle gewährt werden. Es soll dem FUN Hondelage e.V. allerdings die Möglichkeit eingeräumt werden, diese Summe ggf. durch das Einwerben weiterer Fördermittel aufzustocken.

Stellungnahme:

Die Stellungnahme gilt auch für die FWE 102 und FWE 103. Ein Antrag auf Förderung einer Bildungsstelle beim FUN Hondelage e.V. wurde bereits vom Verein selbst gestellt und auf Empfehlung der Verwaltung mit Beschlussvorlage 24-24223 durch den Umwelt- und Grünflächenausschuss in der Sitzung vom 29.08.2024 abgelehnt.

Die Zuschussmittel aus der „Förderrichtlinie für Gewässer- und Naturschutz sowie Klima („Ökotopf“) sollen in erster Linie für Projekte und nicht für Personalkosten genutzt werden. Außerdem betreibt die Stadt Braunschweig mit dem Naturerlebniszentrum Haus Entenfang bereits eine Umweltbildungseinrichtung in eigener Zuständigkeit. Weiterhin kann durch die Entscheidung auch ein Präzedenzfall geschaffen werden, sodass auch weitere Vereine und Organisationen in der Stadt Braunschweig Stellen für Umweltbildung beantragen könnten.

Darüber hinaus ist der erwähnten Machbarkeitsstudie zu entnehmen, dass die Stelle mindestens arbeitstäglich von 8 bis 16 Uhr besetzt sein sollte, sodass es fraglich ist, wie groß der Nutzen der hier in Rede stehenden Halbtagsstelle sein kann. Die Notwendigkeit von Urlaubs- und Krankheitsvertretungen ist dabei auch nicht berücksichtigt.

Gez. Herlitschke

Unterschrift (Dez./FBL)

Dez. VII
20.11

Datum: 16.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 108 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Dynamisierung der Zuschüsse im Sozial-, Jugend- Sport- und Kulturbereich

1. Das für das Jahr 2022 neu eingeführte „Durchschnittsverfahren“ zur Berechnung der Dynamisierungsrate für Zuschüsse im Sozial-, Jugend- Sport- und Kulturbereich (Vorlage 21-17494) wird aufgehoben. Stattdessen wird in Absprache mit den Braunschweiger Wohlfahrtsverbänden und dem Kulturrat Braunschweig ein praktikables Verfahren entwickelt, das aktuelle Tarifsteigerungen und die Inflationsrate zeitnah berücksichtigt und nicht die Durchschnittswerte von 6 Jahren rückwärts zugrunde legt.

2. Zur konsensualen Entwicklung eines praktikablen Verfahrens ist wahrscheinlich ein längerer Zeitraum nötig, so dass zumindest bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen 2025 dieses neue Verfahren nicht berücksichtigt werden kann.

3. Deshalb wird für 2025 einmalig ein pauschaler Dynamisierungssatz von insgesamt 7 % angesetzt, um die hohen Ausgaben-Steigerungen auffangen zu können, die durch Personalkosten-Erhöhungen und Inflation eingetreten sind. Für 2026 wird zunächst der im Haushaltsentwurf vorgesehene Dynamisierungssatz eingeplant und im Laufe des Jahres 2025 an das neue Verfahren angepasst.

4. Das in Punkt 3. beschriebene Verfahren wird auf alle Zuschüsse angewendet, die unter die Dynamisierung fallen. Wenn für einzelne Zuschussempfänger*innen durch beschlossene Haushaltsanträge der Fraktionen höhere Zuschusserhöhungen beschlossen werden, wird für 2025 keine zusätzliche Dynamisierung angesetzt.

Begründung:

Wir haben in Deutschland in den letzten Jahren eine hohe Inflation in allen Bereichen erfahren, deren Höhe mindestens seit der Jahrtausendwende nicht mehr erlebt worden ist. Entsprechend gab es hohe Tarifsteigerungen in allen Bereichen von teilweise 10 % und mehr. Das hat wie bei der Stadt Braunschweig so auch bei fast allen gemeinnützigen Trägern zu unerwartet hohen Kostensteigerungen geführt, die kaum aufzufangen sind. Die institutionellen Zuschüsse, die für fast alle Träger existenziell sind, müssen zumindest diese Kostensteigerungen abdecken. Die Zeiten, in denen sinkende Förderung durch andere Einnahmen, unterbezahltes Personal oder Ehrenamt kompensiert werden konnten, sind seit langem vorbei. Wenn Braunschweig nicht in eine Situation kommen will, in der zunehmend wichtige öffentliche Angebote für das Gemeinwohl wegfallen oder für mehr Geld durch die öffentliche Hand selbst übernommen werden müssen, muss auch gerade bei hoher Inflation eine angemessene Steigerung der Zuschüsse erfolgen.
Das seit 2022 praktizierte Verfahren, nach der die jährliche Dynamisierungsrate nach den Durchschnittssteigerungen der Tarife und Sachkosten der letzten 6 Jahre berechnet wird - wobei das Jahr vor der jeweiligen Zuschusseinplanung unberücksichtigt bleibt, ist unproblematisch, wenn es von Jahr zu Jahr nur geringe Schwankungen gibt, lässt sich aber bei den großen Sprüngen von heute nicht anwenden. Trotz alldem ist nachvollziehbar, dass ein sicheres, einfaches und praktikables Verfahren nicht von heute auf morgen zu entwickeln ist. Da aber dringend Handlungsbedarf besteht, wird einmalig eine pauschale Erhöhung von insgesamt 7 % vorgeschlagen.

Stellungnahme:

Das für das Jahr 2022 neu eingeführte „Durchschnittsverfahren“ zur Berechnung der Dynamisierungsrate für Zuschüsse im Sozial-, Jugend- Sport- und Kulturbereich (DS 21-17494) wurde 2021 entwickelt. Diese Neuregelung sieht vor, die Durchschnittssätze für einen längeren Zeitraum zu betrachten und bietet den Zuwendungsempfängern dadurch eine verlässliche Grundlage.

Dies vorausgeschickt nimmt die Verwaltung zum Antrag FWE 108 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2025/2026 wie folgt Stellung:

Zu Nr. 1: Der Antrag geht unzutreffend von einem Betrachtungszeitraum von sechs Jahren aus. Der Zeitraum beträgt laut Ratsbeschluss (s.o.; DS 21-17494) fünf Jahre. Der mehrjährige Betrachtungszeitraum dient dazu, kurzfristige Schwankungen auszugleichen und hat bei Einführung des neuen Berechnungsverfahrens dazu geführt, dass eine drohende Kürzung des Dynamisierungssatzes trotz niedriger Inflationsraten und Tarifabschlüssen verhindert wurde.

Zu Nr. 2: Die beiden bisher angewendeten Verfahren zur Berechnung des Dynamisierungssatzes wurden jeweils mit erheblichem Abstimmungsaufwand mit den Wohlfahrtsverbänden und der Politik einvernehmlich entwickelt. Ein praktikableres einfaches und zeitnahes Verfahren ist nicht erkennbar

Zu Nr. 3: Derzeit geht die Inflationsrate zurück. Die Höhe zukünftiger Tarifabschlüsse ist auch daher offen.

Ich empfehle am aktuellen Verfahren festzuhalten und bei extremen Schwankungen einem ggf. erforderlichen Ausgleich im Einzelfall durch einmalige Zuschüsse Rechnung zu tragen, soweit die Haushaltslage dies zulässt.

Gez. Geiger 16.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 50 Datum: 19.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 110 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Überschrift:
Nachträge 2024 / Fortführung und Dynamisierung in den Haushaltsjahren 2025 ff.

Beschlussvorschlag:
Die vom Rat der Stadt Braunschweig am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) und am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) beschlossenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen für die 12 in der Begründung genannten Einrichtungen und Projekte werden in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. fortgeführt und dynamisiert.

Begründung:

Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 20.02.2024 (siehe Antrag 24-23046) folgende über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen:
„1. Das Angebot „Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt – Präventive Hausbesuche“
wird 2024 fortgesetzt. Hierfür werden Mittel in Höhe von bis zu 58.000 € bereitgestellt. (…)
3. Dem Awo-Bezirksverband Braunschweig wird auf der Grundlage seines Antrags vom 29.08.2023 für den Betrieb des Nachbarschaftsladens Heidberg (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 37.200 € erhöhte Zuwendung gewährt.
4. Dem Verein Ambet – Ambulante Betreuung von hilfs- und pflegebedürftigen Menschen e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 08.11.2023 für die gerontopsychiatrische Beratungsstelle (Produkt 1.31.3151.20) für 2024 eine um 10.000 € erhöhte Zuwendung gewährt.
5. Dem Verein Frauen BUNT e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 30.11.2023 für 2024 eine um 9.900 € erhöhte Zuwendung (Produkt 1.31.3517.20) gewährt.
6. Dem Verein Internationales Filmfest Braunschweig e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 06.12.2023 für 2024 eine um 13.000 € erhöhte Zuwendung (Produkt 1.25.2522.09) gewährt.
7. Dem Verein Mondo X e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 06.12.2023 für die Jugendberatung Mondo X für 2024 eine um 4.500 € erhöhte Zuwendung (Produkt 1.36.3630.06.05) gewährt.
8. Der Frauenberatungsstelle wird auf der Grundlage ihrer E-Mail vom 20.12.2023 an die Verwaltung und die Fraktionen für 2024 eine um 33.300 € erhöhte Zuwendung (Produkt 1.31.3157.10) gewährt. (…)
10. Überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 26.400 € zur Umsetzung des Ratsbeschlusses „Verstetigung der Förderung für die Hebammenzentrale Braunschweig“ vom 27.06.2023 (Drs. 23-21288-01) wird zugestimmt. (…)“
Diese 8 über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden in dem 1. genannten Antrag (DS 24-23046) ausführlich begründet (im Sachverhalt).
Der Rat der Stadt Braunschweig hat zudem am 09.04.2024 (siehe Antrag 24-23373) folgende weitere über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen beschlossen:
„(…) 2. Dem Verein SOLWODI Niedersachsen e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 12.02.2024 für das Projekt ASUNA (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 8.000 € erhöhte Zuwendung gewährt.

3. Dem Verein Cura Braunschweig e. V. wird auf der Grundlage seines Antrags vom 12.01.2024 für die Anlaufstelle für Straffällige (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 11.500 € erhöhte Zuwendung gewährt. Die städtische Förderung erfolgt dabei nachrangig zu der Landesförderung. Es ist sicherzustellen, dass keine Überfinanzierung von Cura e. V.
stattfindet.
4. Der Diakonie im Braunschweiger Land gGmbH wird auf der Grundlage ihres Antrags vom
31.01.2024 für den Diakonietreff im Madamenhof (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 20.000 € erhöhte Zuwendung gewährt.
5. Dem AWO-Kreisverband Braunschweig wird auf der Grundlage seines Antrags vom 18.03.2024 für das Frauenhaus Braunschweig (Produkt 1.31.3517.10) für 2024 eine um 54.400 € erhöhte Zuwendung gewährt. (…)“
Auch diese 4 über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden in dem 2. genannten Antrag (DS 24-23373) ausführlich erläutert (im Sachverhalt).
Da die Verwaltung die im Februar und April 2024 vom Rat beschlossenen Mehraufwendungen und -auszahlungen nicht in den Haushaltsentwurf 2025 / 2026 übernommen hat, wird ein gesonderter Beschluss zur Fortführung und Dynamisierung der Nachträge 2024 in den kommenden Haushaltsjahren 2025 ff. benötigt.

Stellungnahme:

Der Antrag beinhaltet, dass die in 2024 als überplanmäßige Aufwendung i. H. v. 26.400,- € zur Verfügung gestellte Zuwendung auch im Haushaltsjahr 2025 und folgende an die VHS zur Förderung der Hebammenzentrale gewährt wird. Tatsächlich ist im aktuellen Haushaltsplanentwurf bereits die gesamte Förderung für die VHS und das Projekt "Hebammenzentrale" i. H. v. 82.700,- € enthalten. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Ratsbeschluss DS 23-21288, in dem ab dem Haushaltsjahr 2024 eine Förderung von jährlich 82.700,- € beschlossen wurde.

Die Förderung unterliegt momentan jedoch nicht der Dynamisierung. Demnach müsste hier ggfs. nur über die Dynamisierung der Förderung ab dem Haushaltsjahr 2025 beschlossen werden.

Zu den übrigen Erhöhungen gibt es verwaltungsseitig keinen Anlass für eine Stellungnahme.

gez. Klockgether, 19.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 50
50.01

Datum: 23.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 162 der
CDU-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Förderung POLDEH e.V. - Deutsch-Polnischer Hilfsverein

Begründung:

Der deutsch-polnische Hilfsverein POLDEH e.V. leistet wichtige Integrationsarbeit in Braunschweig und erhält dafür eine Landesförderung, die jedoch mit einem Eigenanteil in Höhe von 10 % verbunden ist. Dieser Eigenanteil entspricht den hiermit beantragten 7.000 Euro jährlich und konnte bisher nicht – wie ursprünglich durch den Verein geplant – durch Spenden, Mitgliedsbeiträge oder Ähnliches erwirtschaftet werden.
Die Landesförderung muss jeweils bis spätestens zum 30. September eines Jahres beantragt werden und hat lediglich eine Laufzeit von 12 Monaten. So lange POLDEH die Landesförderung erhält, sollte der Eigenanteil von der Stadt Braunschweig getragen werden.

Stellungnahme:

Die Verwaltung weist darauf hin, dass dem Verein bewusst war, dass Eigenmittel in Höhe von 10 % einzubringen sind und diese bei der Antragstellung im Finanzplan aufgeführt wurden obwohl sie nicht erbracht werden können.

Des Weiteren ist die Landesrichtlinie, nach der eine Förderung erfolgt, der Verwaltung nicht bekannt. Es kann nicht augeschlossen werden, dass die städtische Förderung auf die Landesförderung anzurechnen ist und nicht als Eigenmittel des Vereins angesehen wird.

gez. Klockgether, 23.09.2024

Unterschrift (Dez./FBL)

Dez. V
FB 51 - 51.2

Datum: 24.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 163 der
CDU-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Elternpraktikum mit Babysimulatoren - Sozialdienst katholischer Frauen e.V.

Begründung:

Das Präventionsprojekt „Elternpraktikum mit Babysimulatoren“ bietet der Sozialdienst katholischer Frauen Braunschweig (SkF) bereits seit 19 Jahren an den meisten weiterführenden Schulen Braunschweigs regelmäßig jedes Jahr. Schon jetzt gibt es für dieses beliebte und bewährte Präventionsprojekt viele Terminanfragen von den kooperierenden Braunschweiger Schulen für das kommende Schuljahr.
Perspektivisch stehen dem SkF jedoch keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfügung, um die Durchführung der Projekte zu finanzieren. Denn die Einwerbung von Fördermitteln durch Stiftungen und Sponsoren gestaltet sich von Jahr zu Jahr schwieriger. Viele Förderer unterstützen den SkF schon viele Jahre und obwohl sie ganz begeistert von der Präventionsarbeit sind, müssen sie leider zeitweilig aufgrund ihrer Förderrichtlinien mit der Förderung pausieren oder aus wirtschaftlichen Gründen die Mittel kürzen oder ablehnen. Aus diesem Grund ist die Weiterführung der Projekte in der jetzigen Form gefährdet.
Der SkF hat einen grundsätzlichen finanziellen Bedarf für das Projekt in Höhe von 41.500 Euro pro Jahr, kann aber aus unterschiedlichen Quellen einen großen Teil selbst erwirtschaften.
In den kommenden Jahren ergibt sich eine Unterdeckung von rund 20.000 Euro, die durch den städtischen Haushalt ausgeglichen werden sollte, um das Bestehen dieses wichtigen Projektes zu garantieren.
Die Förderung soll zunächst auf drei Jahre begrenzt sein, damit im Anschluss daran eine Evaluation – auch in Bezug auf andere Fördermöglichkeiten – erfolgen kann. Nach einer konkre-tisierten Auskunft des SkF werden für 2025 mindestens 15.000 Euro und für 2026 mindestens 16.300 Euro benötigt.
Durch die hiermit beantragte Summe von 20.000 Euro ist sichergestellt, dass keine finanziellen Nöte entstehen. Anderseits ist durch den im Anschluss einzureichenden Verwendungsnachweis sichergestellt, dass zu viel gezahltes städtisches Geld rückerstattet wird.

Stellungnahme:

Die Prüfung einer städtischen Förderung für den Einsatz von Babysimulatoren hat ergeben, dass tendenziell der Einsatz von Babysimulatoren nicht als adäquate Maßnahme im Bereich der Hilfen zur Erziehung und dem Angebotsspektrum der Frühen Hilfen in Betracht zu ziehen und somit folgerichtig hierfür keine städt. Förderung zu gewähren ist.

Hierzu ist zu erläutern, dass bereits im Vorfeld gesehene Unsicherheiten im Hinblick auf Methode, Ziele und Nachhaltigkeit Anlass für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Angebot Babysimulatoren war.

Zur „Sachverhaltsaufklärung“ hat 2015 ein Fachtag unter Beteiligung der in der Fachwelt zu dem Thema „Babysimulatoren“ anerkannten und renommierten Prof. Dr. Anke Spies, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und Dr. Orthmann Bless, Universität Freiburg, Schweiz stattgefunden.

Auf der Basis der Inputvorträge „Anerkennung von Handlungsfähigkeit als Maßstab für Präventionskonzepte und Simulationsbasierte Lernsituationen gestalten und evaluieren“ wurden Für und Wider dargestellt.

Ein eindeutiges Ergebnis ist offengeblieben, nach Abwägung der wesentlichen Fakten bleibt ein „JAEIN“.

Zusammengefasst kann jedoch festgehalten werden, dass tendenziell der Einsatz von Babysimulatoren nicht im Bereich der Hilfen zur Erziehung und dem Angebotsspektrum der Frühen Hilfen gesehen wird.

Auf Basis der fachlichen Argumente wird die Förderung nicht empfohlen.

Albinus

_____

Unterschrift (Dez./FBL)

Dez. III
FB 66

Datum: 08.10.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE_171 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Qualitätsstandards für Fußwege entwickeln

Begründung:

Mit dem Beschluss über das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) wurde innerhalb des Arbeitsfeldes 12: Zukunftsorientierte Mobilität festgelegt, dass ein Netz von Premium-Fußwegen und ein Flaneur-Plan entwickelt werden soll, um den fußläufigen Verkehr zu stärken (ISEK, Seite 174). Konkret heißt es im ISEK, dass für die Premium-Wege Qualitätsstandards im MEP festgelegt werden sollen und ein Konzept für den Flaneur-Plan erstellt werden soll.
Da dies bislang nicht im Prozess der Erstellung des MEP berücksichtigt wurde, dieses Thema aber nach wie vor eine hohe Bedeutung hat, schlagen wir vor, ein Konzept für Qualitätsstandards für Fußwege außerhalb des MEP zu erstellen. Dabei sind insbesondere die Wege, die häufig von Kindern und älteren Menschen genutzt werden, zu betrachten. Mit den hier beantragten Mitteln könnte z.B. ein externes Planungsbüro beauftragt werden.

Stellungnahme:

Grundsätzlich gibt es in Richtlinien, Regelwerken, etc. festgelegte Standards für Verkehrsanlagen. In den Planungen stellt sich häufig heraus, dass aufgrund der örtlichen Gegebenheiten diese nicht für alle Verkehrsträger eingehalten werden können. Daraus resultiert, dass Kompromisse gefunden werden müssen, die die Nutzbarkeit der Verkehrsanlagen für alle ermöglicht. Über den bestehenden Standard hinausgehende Anforderungen (z.B. für Premium-Wege) würde die Planungsfreiheit weiter einschränken und bei Nichteinhaltung zu weiteren Diskussionen führen.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 51
51.2

Datum: 12.11.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 178 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Kürzung bei KinderPaten / Der Weg e.V. zurück nehmen

Begründung:

Mit dem Präventionsangebot KinderPaten erreicht der Verein Der Weg e.V. Kinder aus hochbelasteten Familien. Die langjährige, fachlich begleitete Beziehungsarbeit (meist 5 Jahre oder mehr) der ehrenamtlichen Patinnen und Paten reicht in ihrem Wirkungsgrad an den einer mehrjährigen Ambulanten Sozialpädagogischen Familienhilfe heran oder übertrifft diese.

Die betroffenen Kinder werden bereits in einem Alter erreicht, in dem eine Einflussnahme auf ihre Identitätsbildung noch gut möglich ist. Der Kostenaufwand für eine Patenschaft liegt derzeit bei ca. 2500,- €/ Jahr. Das entspricht ca. dem Kostenaufwand für eine SPFH im Monat.

KinderPaten im Verein Der Weg e.V. bietet langfristige ehrenamtliche Beziehungsarbeit mit fachlicher Begleitung, Kalkulierbarkeit und Zuverlässigkeit auf höchstem Niveau. Das exponentiell mit der Größenordnung des Projekts steigende finanzielle Risikopotential sprengt die Finanzierungsmöglichkeit eines kleineren Vereins. Eine Finanzierung von 75% der kalkulierten Kosten durch die öffentliche Hand ist mittelfristig die unterste Voraussetzung für die langfristige Planung der ehrenamtlichen Hilfeangebote.
Im Haushalt 2023/2024 betrug die städtische Zuwendung noch 27.000 Euro. Erst am 28. Oktober informierte der Verein die Fraktionen, dass erst zu diesem Zeitpunkt eine Information des FB 51 erfolgt sei; wonach es im Haushalt 2025/2026 zu einer Kürzung in Höhe von 10.000 Euro kommen soll. Das würde bedeuten, dass deutlich weniger Kinder fachlich begleitet werden können. Zudem überlegt der Verein das Angebot gleich ganz in den Landkreis WF zu verlegen; wo eine Vollfinanzierung gesichert sein soll.
Dazu darf es nicht kommen.

Stellungnahme:

Das Projekt „ Kinderpaten“ vom Verein „Der Weg“ wird seit Jahren von der Stadt Braunschweig mit einer Zuwendung in Höhe von 17.000 € jährlich unterstützt.
Es ist aus fachlicher Sicht in jedem Fall sinnvoll.

Aufgrund des kurzfristigen Wegfalls des Hauptsponsors wurde dem Verein auf Antrag der Fraktion BIBS für 2023/2024 jeweils 10.000 € zusätzlich zu den 17.000€ Zuwendungshöhe gewährt (Ratsbeschluss vom 21.3.2023).

Offenbar war dem Verein „Der Weg“ nicht klar, dass die zusätzliche Förderung von 10.000 € jährlich nur für die Jahre 2023/2024 vom Rat bewilligt wurde.
Herr Stößel, Geschäftsführer „Der Weg“, stellte im Juli 2024 einen Antrag auf 27.000 € Förderung für 2025.
In einem Telefonat von hier aus im August 2024 teilte er mit, davon ausgegangen zu sein, dass der Verein nach dem Ratsbeschluss vom März 2023 dauerhaft jährlich 27.000 € Zuwendung von der Stadt Braunschweig erhält.
Niemand habe den Verein über den Ratsbeschluss vom März 2023 – Befristung der zusätzlichen Förderung - informiert.

Ausgehend vom o.g. Ratsbeschluss – befristete zusätzliche Förderung- wurde in der hiesigen Haushaltsplanung für 2025/2026 der Zuwendungsbetrag in Höhe von 17.000 € nicht erhöht.

Ergänzende Stellungnahme vom 27.11.2024:

Gemäß der Zusage aus dem Jugendhilfeausschuss vom 21.11.2024 hat die Verwaltung mit dem Träger "Der Weg" Kontakt aufgenommen, um die Bedarfs- und Fördersituation nochmals vertieft zu erörtern.

Im Ergebnis der geführten Gespräche und vor dem Hintergrund der Gesamtbelastung des Doppelhaushalts 2025/2026 werden die zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von jeweils 10.000 € für die HH-Jahre 2025/2026 aus dem Teilhaushalt des FB 51 zur Verfügung gestellt. Zusätzliche HH-Mittel für die Jahre 2025/2026 sind daher nicht erforderlich.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

Dez. V
FB 51 - 51.4

Datum: 13.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI 118 der
SPD-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 51: Global-Sachanl. Zeltlager

Begründung:

Auf dem Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste sind jährlich ca. fünf Innenzelte zu ersetzen. Dafür werden 7.500 € p. a. (zusätzlich) für Beschaffungen angesetzt. Nach etwa zehn Jahren wären damit alle Innenzelte ersetzt. Auf die Delegationsreise des JHA am 01.07.2024 nach Lenste wird verwiesen

Stellungnahme:

Auf Grundlage eines aktuellen Angebotes wären bei einem Ersatz von 5 Innenzelten pro Jahr 8.200 € (statt 7.500 €) p.a. zu veranschlagen.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 61
61.0

Datum: 30.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI 119 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Keine Zuschüsse für "private Denkmäler"

Begründung:

Aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Stadt ist es nicht nachvollziehbar, dass der Wert von privatem Immobilienbesitz durch Steuergeld gesteigert werden soll. Hinzu kommt, dass die Borek Stiftung durch die Co-Finanzierung maßgeblich bestimmt, bei welchen privaten Immobilien der Wert mit Steuergeld gesteigert werden soll.

Stellungnahme:

Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 500 € bis maximal 20.000 € - stehen in allen Fällen sehr viel größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist in der Regel nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Ein relativ kleiner Förderbetrag führt so zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren aufgrund des gestiegenen Bauvolumens deutlich erhöht. Sollte die Fördersumme entfallen, hat die Verwaltung als untere Denkmalschutzbehörde keine Möglichkeiten mehr, Baumaßnahmen an Denkmalen eigenständig zu fördern und verlöre damit ein wichtiges Motivationsinstrument. Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden. Bereits zuden Haushaltsberatungen 2017, 2019, 2020, 2021, 2022 und 2023/2024 gab es einen identischen Antrag der Fraktion „DIE LINKE“, der damals mit Mehrheit von PIUA und FPA abgelehnt wurde.

Gez. Leuer

_____
Unterschrift (Dez./FBL)

Dez. III
FB 66

Datum: 27.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_120 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Baugebiet Feldstr AP 23/Erschließung

Begründung:

Nachdem die Stadt Braunschweig mehr als 2 Millionen Euro Eigenanteil für den Austausch des belasteten Bodens der ehemaligen Bezirkssportanlage Kälberwiese investiert hat, verzögerte sich die Entwicklung des Baugebietes Feldstraße aufgrund von Klagen seit Jahren immer weiter. In der Mitteilung 24-22807 vom 09.0.2024 teilte die Verwaltung noch mit, dass eine zeitnahe Aufnahme des Bebauungsplanes in Aussicht steht.

Im Haushaltsplanentwurf sind die für die Entwicklung benötigten Mittel nun auf nach 2030 verschoben worden. Auch die Gelder für den Neubau der Kita Feldstraße/Kälberwiese sind entsprechend verschoben. Als Begründung wird die Prioritätensetzung genannt. Diese Entwicklung können wir von der FRAKTION.BS nicht hinnehmen. Zum einen wird das Baugebiet zur Schaffung von Wohnraum benötigt und zum andern hat sich bereits jetzt ein "Wäldchen" auf dem Baugebiet gebildet. Dass nach 2030 eine Erschließung ohne erneute Umweltprüfung möglich ist, wird stark bezweifelt. Damit wären auch die eingesetzten Mittel verloren.

Wir beantragen die Einsetzung der Planungsraten aus dem IP 2023. Das führt zu einer Haushaltsentlastung von rund 2.5 Mio. Euro, da die Gesamtkosten sich von 4,4 auf 6,8 Mio. Euro erhöhen, falls es zu der von der Verwaltung vorgeschlagenen Verschiebung kommt.

Stellungnahme:

Zur Finanzierung der Erschließung wurde zwischenzeitlich die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) gebeten, Mittel in ausreichender Höhe in ihren Wirtschaftsplan einzustellen. Die GGB hat bestätigt, dass die Erschließungskosten im Wirtschaftsplan mit aufgenommen werden. Dies steht jedoch unter dem Vorbehalt der Zustimmung zum Wirtschaftsplan durch den Aufsichtsrat sowie den FPDA und unter Vorbehalt der Beschlussfassung von APH und Aufsichtsrat zum Erschließungsvertrag/Städtebaulichen Vertrag.

Das Räumen der Fläche vom spontanen Bewuchs wird in Kürze erfolgen.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Dez. III
FB 66

Datum: 27.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_121 der
Gruppe Die Fraktion.BS – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Programm Radwege/Neubau

Begründung:

Die Kürzung der Raten für 2025 und 2026 soll sich laut Verwaltung ergeben, weil die Mittel auf konkrete Einzelprojekte verteilt wurden. Dazu hat unsere Fraktion eine Anfrage eingereicht. Hier wird beantragt, dass die Kürzung für den Radweg Neubau ab 2027 – von 2,7 Mio., auf 250.000 – nicht stattfindet.

Stellungnahme:

Es hat keine Kürzung bei den Mitteln für den Radverkehr gegeben, sondern ledglich eine Umverteilung innerhalb des Invesitionsprogramms. Zur konkreten Umverteilung siehe Antwort zu Anfrage A_030.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Dez. III
FB 66

Datum: 27.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_122 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 66: Planung weiterer Velorouten

Begründung:

Für die Planung weiterer Veloroute unter anderem in Richtung Timmerlah/Broitzem finden sich im Entwurf des Haushaltsplans 2025/2026 bislang keine Planungsmittel für das Jahr 2025 und nur geringe Mittel für das Jahr 2026. Um einen schnellen und verlässlichen Planungsprozess sicherzustellen sollen deshalb für die Jahre 2025 und 2026 jeweils 200.000 € an Planungskosten über die im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Mittel hinaus zur Verfügung gestellt werden.

Antwort:

Die zum Doppelhaushalt 2023/2024 in dem Projekt 3E.660021 "Veloroute Nr.3 /Vorplanung" bereitgestellten Mittel sind noch nicht verausgabt. Die Rate 2024 i. H. v. 100.000 € kann einmalig als Haushaltsrest nach 2025 übertragen und weiter genutzt werden. Weitere Planungsmittel wären erst ab 2026 sinnvoll.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Dez. III
FB 66

Datum: 27.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_123 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

FB 66: Veloroute Timmerlah Broitzem / Bau

Begründung:

Nach Präsentation der Vorplanung für die Veloroute Timmerlah/Broitzem soll mit einer abschnittsweisen Realisierung erster Baumaßnahmen schon in 2026 begonnen und in 2026 fortgesetzt werden. Da dafür bislang keine Baukosten im Haushalt veranschlagt wurden, sollen insgesamt 2,4 Mio. € über die bestehenden Haushaltsansätze hinaus zur Verfügung gestellt werden.

Stellungnahme:

Im Zuge der Ansatzveränderungen wurde das neue Projekt "Veloroute Weststadt" mit 1 Mio. € jährlich ab 2027 angemeldet. Hiermit kann mit der Umsetzung der Veloroute begonnen werden.

Da für die Route noch kein Trassenbeschluss geschweige denn eine Planung vorliegt, können die für die Umsetzung benötigen Haushaltsmittel noch nicht beziffert werden.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Dez. III
FB 66

Datum: 27.09.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_124 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Barrierefreier Umbau des Prinzenwegs
Für den barrierefreien Umbau des Prinzenwegs werden im Investitionsprogramm des Teilhaushalts Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr insgesamt 300.000 € über die bereits veranschlagten Haushaltsmittel hinaus zur Verfügung gestellt.
Die Verwaltung wird gebeten, die Planungsraten so zu gestalten, dass diese Maßnahme im Jahr 2026 umgesetzt werden kann. Ein Umsetzungsvorschlag ist den Gremien möglichst noch im Jahr 2025 vorzulegen.
Sollte der Prinzenweg Teil der dritten Veloroute in Richtung Timmerlah/Broitzem werden, können diese Mittel auf dieses Projekt umgelegt werden.

Begründung:

Mit dem 1. Kommunalen Aktionsplan Inklusion - kurz: KAP - hat sich die Stadt Braunschweig das Ziel gesetzt, dass öffentliche Straßen und Plätze inklusiv nutzbar sind. Als Pilotprojekt wird das Kopfsteinpflaster des Prinzenwegs so behandelt, dass eine barrierefreie und den Richtlinien entsprechend breite Oberfläche entsteht. Die Planung und Ausführung erfolgt in Abstimmung mit den betroffenen Verbänden (z.B. Behindertenbeirat, Mobilitätsverbände).

Im Prinzenweg sind nur schmale Fußwege mit einer Breite von ca. 80 cm vorhanden, die mit noch schmaleren glatten Plattenstreifen gepflastert sind. Für Menschen mit Rollatoren und Rollstühlen sind diese Fußwege nicht komfortabel und gefahrlos befahrbar. Zudem werden die glatten Plattenstreifen von Radfahrenden u.a. mit Kinderanhängern und -sitzen wegen des groben Schüttelpflasters in der Fahrbahnmitte genutzt. Der Weg ist Teil einer wichtigen Fahrradroute vom Westlichen Ringgebiet in die Innenstadt und wird von vielen Fußgänger*innen als Verbindungsweg zwischen dem Wilhelmitorwall und der Güldenstraße in Richtung Innenstadt genutzt (durchschnittlich 2.000 Radfahrer*innen/Tag an der Zählstelle Ferdinandbrücke).

Stellungnahme:

Die Kostenschätzung von 300.000 € wird für den Umbau des Prinzenweges fachlich als zu gering erachtet. Die Kosten werden auf rund 400.000 € geschätzt.

Bei Mittel sollten in 2026 eingeplant werden.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Dez. III
FB 66

Datum: 08.10.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_125 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Verkehrssicherheit im Bereich Lessingplatz, Bruchtorwall, Kalenwall erhöhen.

In das Investitionsprogramm des Jahres 2025 werden über die bereits veranschlagten Haushaltsansätze hinaus 50.000 € zur Verfügung gestellt, um entlang des Lessingplatzes, Bruchtorwall, Kalenwall einen provisorischen geschützen Radfahrstreifen einzurichten.

Die Verwaltung wird gebeten, hierzu bis zum zweiten Quartal 2025 einen konkreten Umsetzungsvorschlag zu entwickeln und den Gremien zum Beschluss vorzulegen.

Begründung:

Es ist geplant auf den Straßen Lessingplatz, Bruchtorwall, Kalenwall die Veloroute Wallring umzusetzen (s. Beschluss zur „Veloroute in Braunschweig: Wallring, DS 23-20323“). Für die finale Planung sind noch die Ergebnisse des MEP ausstehend. Eine kurzfristige Umsetzung dieser Veloroute im südlichen Ringabschnitt ist bedauerlicherweise nicht zu erwarten. Der nördliche Radweg der Straßen Lessingplatz, Bruchtorwall und Kalenwall ist in einem baulich sehr schlechten Zustand und ist nicht mehr sicher befahrbar. Fußgänger*innen werden in Folge des notwendigen Ausweichens der Radfahrenden auf den Gehweg gefährdet. Der Radweg entspricht technisch nicht den aktuellen Regelwerken z.B. in Bezug auf die Breite.
Diesen Radweg mit einfachen Mittel zu sanieren, z.B. aus dem Radwegedeckenerneuerungsprogramm würde kaum eine Verbesserung für den Radverkehr bedeuten. Ein jetziger Umbau ist auf Grund des geplanten Umbaus zur Veloroute wirtschaftlich nicht zu vertreten.
Da ein akuter Handlungsbedarf besteht, schlagen wir vor, hier einen provisorischen, geschützten Radfahrstreifen mit einer baulichen Trennung vom motorisierten Verkehr zulasten einer Fahrspur für den motorisierten Verkehr einzurichten.
Die hier beantragten Finanzmittel werden dadurch überkompensiert, da eine zwingend erforderliche Radwegedeckenerneuerung zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit bei der Umsetzung dieses Antrags entfallen kann.
Die Sperrung derselben Fahrspur während einer längeren Baumaßnahme hat augenscheinlich zu keiner Beeinträchtigung des motorisierten Verkehrs geführt. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass eine temporäre Umwidmung möglich ist.

Antwort:

Die Machbarkeit einer dauerhaften Maßnahmen gegenüber einer temporären Sperung aufgrund einer Baumaßnahme müsste verkehrstechnisch (insbesondere Kreuzungsbereiche/LSA) überprüft werden. Die Untersuchung dürfte die beantragten Mittel benötigen. Mit Baukosten >250.000 € wäre nach erster überschlägiger Betrachtung zu rechnen.

Wie in der Begründung zu dem Antrag bereits ausgeführt, sind für die finale Planung noch die Ergebnisse des MEP ausstehend.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

Dez. III
FB 66

Datum: 08.10.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_166 der
CDU-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Zusätzliche Müllbehälter Innenstadt

Begründung:

Es wird die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur weiteren Umrüstung der Müllbehälter in der Innenstadt vom Modell „Rostock" auf das Modell „Kendo" beantragt.
Bereits zum Haushalt 2018 hatte die CDU-Fraktion die Installation weiterer Müllbehälter – auch Unterflurbehälter – vorgeschlagen. Vorausgegangen waren entsprechende Anfragen im seinerzeitigen Bauausschuss, um geeignete Standorte zu erfragen.
Auf Vorschlag der ALBA Braunschweig GmbH gab es darüber hinaus nun die Entscheidung, vom Modell „Rostock“ auf das Modell „Kendo“ umzustellen und damit schon durch die Behälter (größeres - FWI 166 -
Fassungsvermögen, schräge Oberfläche, besondere Beschichtung zur leichteren Entfernung von Graffiti und Aufklebern) die Sauberkeit in der Innenstadt zu erhöhen.
In der Mitteilung 22-17870 hatte die Verwaltung darüber berichtet, dass für die auf Antrag der örtlichen CDU-Fraktion im Bezirksrat Innenstadt eingestellten 10.000 Euro insgesamt zwölf neue Müllbehälter vom Modell „Kendo“ beschafft werden sollten. Bereits zum Doppelhaushalt 2023/24 lag ein identischer Haushaltsantrag der CDU vor, da eine flächendeckende Umrüstung nicht vorgesehen war und weiterhin nicht ist. Mit den nun beantragten 30.000 Euro kann diese aber forciert werden. Notwendig ist dies auf jeden Fall, da auch in den zurückliegenden zwei Jahren das Problem der Verschmutzung in der Innenstadt weiter zugenommen hat.
Im Übrigen erhebt auch der Arbeitsausschuss Innenstadt regelmäßig in seinem vielbeachteten City-Check die Forderung nach weiteren Müllbehältern und macht dabei stets konkrete Standortvorschläge.

Stellungnahme:

Grundsätzlich ist ein Austausch bzw. eine Ergänzung von Abfallbehältern möglich.

Eine Ausschreibung mit der Angabe eines genauen Produktes wie der Modellangabe „Kendo“ ist vergaberechtlich jedoch nicht möglich. Es können in der Ausschreibung lediglich Anforderungen beschrieben werden die dem gewünschten Modell entsprechen und eine Skizze beigefügt werden.

Neue Standorte oder auch Standorte wo diese neuen, größeren Behälter mit 90 Liter Fassungsvermögen, gegen einen kleineren Behälter ausgetauscht werden sollen, müssten verwaltungsintern und mit der ALBA zunächst abgestimmt werden.

I. V.

gez. Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 68
68.0

Datum: 11.10.2024

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI 167 der
CDU-Fraktion **zum Haushalt 2025/2026**

Text:

Thermografiebefliegung

Begründung:

Es wird die Einstellung entsprechender Haushaltsmittel zur Durchführung einer Thermografiebefliegung von Braunschweig, Auswertung der Daten und Nutzbarmachung für die Eigenheimbesitzer beantragt.

In der Antwort der Verwaltung auf eine entsprechende Anfrage der CDU-Fraktion (vgl. 21-17368-01) heißt es, dass in Münster finanzielle Mittel in Höhe von 240.000 Euro benötigt wurden und diese nicht nur für die Befliegung sondern auch für die spätere Auswertung benötigt wurden.

Die so entstehenden anschaulichen Bilder eignen sich nach Ansicht der Verwaltung „sehr gut, um Aufmerksamkeit auf das Thema energetische Sanierung zu lenken." Weiter heißt es in der angesprochenen Stellungnahme, dass Thermografiebilder deutlich verständlicher seien und besser akzeptiert würden, als die berechneten Werte der Energiebedarfe, wie sie im Wärmekataster vorgesehen seien.

Da eine Thermografiebefliegung sinnvollerweise im Winter durchgeführt wird, teilen sich die angenommenen Gesamtkosten auf zwei Jahre.

Inhaltlich wird auf den CDU-Antrag „Konkrete Maßnahmen statt abstrakter Konzepte – Treibhausgasneutralität 2045 durch effiziente und generationengerechte Maßnahmen“ (DS.-Nr. 24-24242) verwiesen und darüber hinaus auf den Umstand, dass ein finanziell gleichlautender Antrag bereits zum Doppelhaushalt 2023/24 eingebracht worden war.

Stellungnahme:

Es gilt weiter die Einschätzung der Verwaltung, dass der Wissenszuwachs durch eine Thermografiebefliegung für die Gebäudeeigentümer oder Mieter im Verhältnis zu den bekannten Daten zum Energieverbrauch aus den jährlichen Abrechnungen als eher gering einzustufen ist. Die damit verbundenen hohen Kosten und der personelle Aufwand einer datenschutzkonformen Bereitstellung sind aus Verwaltungssicht nicht gerechtfertigt (vgl. 21-17368-01, 24-24242-01).

Die Verwaltung erachtet eine Mischung aus Information und konkreten Anreizen (bspw. steuerliche Vorteile durch die Ausweisung von Sanierungsgebieten oder die Etablierung von energieeffizienten Wärmenetzen) für die zentralen Grundlagen, um Gebäudesanierungen im privaten Bereich zu steigern.

Gez. Herlitschke

Unterschrift (Dez./FBL)

Anlage 3

Gesamtergebnishaushalt 2025/2026

Stand: 10. Dezember 2024

Haushaltsplan 2025/2026
Stadt Braunschweig

Gesamt-Ergebnishaushalt

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 3) 2023 - Euro -	Ansatz 2024 - Euro -	Ansatz 2025 - Euro -	Ansatz 2026 - Euro -	Planung 2027 - Euro -	Planung 2028 - Euro -	Planung 2029 - Euro -
Ordentliche Erträge								
1	Steuern und ähnliche Abgaben	484.084.744,88	469.081.000	**492.086.800**	**505.686.800**	520.786.800	535.386.800	548.686.800
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen 1)	236.348.936,11	249.577.978	**258.536.993**	**272.091.374**	294.487.380	290.493.408	297.365.739
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	15.044.630	**14.520.159**	**13.199.473**	13.687.000	14.302.000	13.633.400
4	Sonstige Transfererträge	12.217.779,28	13.131.680	**12.867.100**	**13.180.600**	13.180.600	13.180.600	13.180.600
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte 2)	40.408.525,54	43.528.492	**53.640.510**	**54.975.700**	56.349.843	56.631.543	56.914.649
6	Privatrechtliche Entgelte	6.614.696,00	6.671.350	**6.619.588**	**6.735.920**	6.904.318	6.938.840	6.973.534
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	215.657.402,30	208.683.455	**235.787.651**	**245.410.735**	251.312.804	252.536.874	253.767.064
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	32.842.054,77	18.443.500	**19.189.600**	**26.528.700**	27.842.888	30.103.988	30.969.688
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	1.814.855	**1.863.641**	**1.909.928**	1.197.400	582.400	1.251.000
10	Bestandsveränderungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
11	Sonstige ordentliche Erträge	23.538.930,04	24.032.002	**25.911.600**	**25.019.300**	27.058.503	25.895.224	26.142.128
12	**Summe ordentliche Erträge**	**1.051.713.068,92**	**1.050.008.942**	**1.121.023.642**	**1.164.738.529**	**1.212.807.536**	**1.226.051.677**	**1.248.884.602**
Ordentliche Aufwendungen								
13	Personalaufwendungen	216.599.754,70	275.952.860	**302.363.681**	**284.229.577**	288.989.102	294.777.218	300.796.032
14	Versorgungsaufwendungen	29.564.792,60	30.164.234	**33.895.142**	**34.925.060**	36.037.060	37.151.300	38.267.825
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	90.378.260,46	139.623.902	**165.340.509**	**154.822.604**	162.839.608	126.640.813	112.964.837
16	Abschreibungen	1.885.343,85	42.000.000	**43.000.000**	**44.000.000**	45.405.000	45.797.000	46.195.652
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	15.917.343,16	29.657.000	**36.345.400**	**55.970.900**	70.054.700	83.696.700	94.428.900
18	Transferaufwendungen	436.072.378,71	436.770.395	**554.710.899**	**555.501.900**	563.195.344	511.708.269	530.756.663
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	242.463.468,14	258.860.067	**270.027.899**	**273.820.301**	275.093.388	278.215.655	282.223.330
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**1.032.881.341,62**	**1.213.028.458**	**1.405.683.530**	**1.403.270.343**	**1.441.614.203**	**1.377.986.956**	**1.405.633.239**
21	**Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20)**	**18.831.727,30**	**-163.019.516**	**-284.659.888**	**-238.531.814**	**-228.806.667**	**-151.935.280**	**-156.748.638**

1) außer für Investitionstätigkeit 2) außer Beiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit 3) Buchungsstand

Haushaltsplan 2025/2026
Stadt Braunschweig

Gesamt-Ergebnishaushalt

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 3) 2023 - Euro -	Ansatz 2024 - Euro -	Ansatz 2025 **- Euro -**	Ansatz 2026 **- Euro -**	Planung 2027 - Euro -	Planung 2028 - Euro -	Planung 2029 - Euro -
22	Außerordentliche Erträge	531.300,46	466.300	**266.300**	**2.827.100**	267.100	267.100	267.100
23	Außerordentliche Aufwendungen	566.547,57	595.400	**13.985.812**	**896.400**	406.400	406.400	406.400
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 22 - 23)**	**-35.247,11**	**-129.100**	**-13.719.512**	**1.930.700**	**-139.300**	**-139.300**	**-139.300**
25	**Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**18.796.480,19**	**-163.148.616**	**-298.379.400**	**-236.601.114**	**-228.945.967**	**-152.074.580**	**-156.887.938**
26	Summe der Jahresfehlbeträge aus Vorjahr gem. § 2 Abs. 6 KomHKVO							
	Zusätzlich zu den lt. Muster vorgesehenen Zeilen folgt eine Darstellung der Überschussrücklagen.							
	Voraussichtlicher Bestand der Überschussrücklagen am Ende des Haushaltsjahres	**241.698.812,01**	**241.698.812**	**241.698.812**	**5.097.698**	**-223.848.269**	**-375.922.848**	**-532.810.786**

Erläuterungen:

Bei den in der Spalte Ergebnis 2023 ausgewiesenen Werten handelt es sich um vorläufige Zahlen. Weitere Buchungen zum Jahresabschluss 2023 (Abschreibungen, Rückstellungen etc.) stehen noch aus.

Für das Haushaltsjahr 2025 wird beim ordentlichen Ergebnis ein Fehlbetrag in Höhe von 284.659.888 Euro und beim außerordentlichen Ergebnis ein Fehlbetrag von 13.719.512 Euro ausgewiesen. Insgesamt ergibt sich damit ein Jahresfehlbetrag von 298.379.400 Euro.
Für das Haushaltsjahr 2026 wird beim ordentlichen Ergebnis ein Fehlbetrag in Höhe von 238.531.814 Euro und beim außerordentlichen Ergebnis einen Überschuss von 1.930.700 Euro ausgewiesen. Insgesamt ergibt sich damit ein Jahresfehlbetrag von 236.601.114 Euro.

Nach § 182 Abs. 4 Ziffer 1 NKomVG sind Fehlbeträge in Pandemiejahren und dem Folgejahr einem gesonderten Passivposten der Bilanz zuzuführen. Nach § 182 Abs. 5 NKomVG sind die Regelungen des § 182 Abs. 4 NKomVG bis zum 30. Juni 2024 auch zur Bewältigung der Folgen des Krieges in der Ukraine entsprechend anzuwenden. Unter Berücksichtigung des für 2023 prognostizierten Fehlbetrages gilt dies für die Jahre 2023 bis 2025.
Nach einem ergänzenden Erlass des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 13.12.2022 müssen die entstandenen Fehlbeträge des ordentlichen und des außerordentlichen Ergebnisses der Haushaltsjahre 2022 - 2025 in der Bilanz gesondert auf der Passivseite ausgewiesen werden. Somit bleibt in den Jahren 2023 bis 2025 der Bestand der Überschussrücklagen unverändert. Gleichzeitig wird im Umfang der jeweiligen Fehlbeträge ein gesonderter Passivposten aufgebaut.

3) Buchungsstand

Haushaltsplan 2025/2026
Stadt Braunschweig

Gesamt-Ergebnishaushalt

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 3) 2023 - Euro -	Ansatz 2024 - Euro -	Ansatz 2025 **- Euro -**	Ansatz 2026 **- Euro -**	Planung 2027 - Euro -	Planung 2028 - Euro -	Planung 2029 - Euro -
Der Haushalt ist gem. § 110 Abs. 4 NKomVG ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge mindestens dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge mindestens dem Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen entspricht. Dies ist für die Haushaltsjahre 2025 bis 2029 nicht der Fall. Allerdings gilt diese Verpflichtung gem. § 110 Abs. 5 Nr. 1 NKomVG als erfüllt, wenn ein voraussichtlicher Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung mit entsprechenden Überschussrücklagen verrechnet werden kann. Der Haushaltsausgleich wird im Jahr 2026 durch einen Rückgriff auf die in vergangenen Jahresabschlüssen gebildeten Überschussrücklagen erreicht. In den folgenden Darstellungen wird die Entwicklung der Bestände der Überschussrücklagen und des gesonderten Passivpostens aufgezeigt unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2021 sowie der Prognosen für 2022 und 2023.							
Jahresergebnis (mit Prognose des Jahresergebnisse 2023) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-15.000.000,00**	**-163.148.616**	**-298.379.400**	**-236.601.114**	**-228.945.967**	**-152.074.580**	**-156.887.938**
Voraussichtlicher Bestand der Überschussrücklagen am Ende des Haushaltsjahres	**241.698.812,01**	**241.698.812**	**241.698.812**	**5.097.698**	**-223.848.269**	**-375.922.848**	**-532.810.786**
Voraussichtlicher Bestand des Passivpostens nach § 182 Abs. 4 NKomVG (mit Prognose des Jahresergeb. 2021)	**-28.628.758,09**	**-191.777.374**	**-490.156.774**	**-490.156.774**	**-490.156.774**	**-490.156.774**	**-490.156.774**

3) Buchungsstand

Anlage 4

Gesamtfinanzhaushalt 2025/2026

Stand: 10. Dezember 2024

Haushaltsplan 2025/2026

Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzhaushalt

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 3) 2023 - Euro -	Ansatz 2024 - Euro -	Ansatz 2025 **- Euro -**	Ansatz 2026 **- Euro -**	Planung 2027 - Euro -	Planung 2028 - Euro -	Planung 2029 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
1	Steuern und ähnliche Abgaben	487.302.578,59	469.081.000	**492.086.800**	**505.686.800**	520.786.800	535.386.800	548.686.800
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen 1)	236.281.895,70	249.577.978	**258.536.993**	**272.091.374**	294.487.380	290.493.408	297.365.739
3	Sonstige Transfereinzahlungen	9.131.688,84	10.131.680	**12.867.100**	**13.180.600**	13.180.600	13.180.600	13.180.600
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte 2)	40.158.561,52	43.528.492	**53.640.510**	**54.975.700**	56.349.843	56.631.543	56.914.649
5	Privatrechtliche Entgelte 1)	6.909.856,14	6.812.750	**6.760.988**	**6.877.320**	7.045.718	7.080.240	7.114.934
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen 1)	220.224.816,05	208.683.455	**235.787.651**	**245.410.735**	251.312.804	252.536.874	253.767.064
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	32.454.806,91	18.443.500	**19.189.600**	**26.528.700**	27.842.888	30.103.988	30.969.688
8	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	26.285.248,42	35.601.702	**34.752.000**	**36.469.800**	38.509.003	37.345.724	37.592.628
9	**= Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.058.749.452,17**	**1.041.860.558**	**1.113.621.642**	**1.161.221.029**	**1.209.515.036**	**1.222.759.177**	**1.245.592.102**
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10	Personalauszahlungen	215.799.442,20	227.770.537	**255.179.490**	**259.738.113**	264.887.476	270.139.825	275.497.222
11	Versorgungsauszahlungen	29.617.669,05	30.164.234	**33.895.142**	**34.925.060**	36.037.060	37.151.300	38.267.825
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für den Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	92.114.207,97	140.823.902	**166.540.509**	**156.022.604**	162.839.608	126.640.813	112.964.837
13	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	14.336.971,24	29.657.000	**36.345.400**	**55.970.900**	70.054.700	83.696.700	94.428.900
14	Transferauszahlungen 1)	439.186.718,98	436.770.395	**554.710.899**	**555.501.900**	563.195.344	511.708.269	530.756.663
15	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	245.501.786,41	270.700.267	**279.149.799**	**285.551.501**	286.824.588	289.946.855	293.954.530
16	**= Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**1.036.556.795,85**	**1.135.886.335**	**1.325.821.238**	**1.347.710.079**	**1.383.838.777**	**1.319.283.764**	**1.345.869.977**
17	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 9 - 16)**	**22.192.656,32**	**-94.025.777**	**-212.199.597**	**-186.489.051**	**-174.323.741**	**-96.524.587**	**-100.277.875**

1) außer für Investitionstätigkeit 2) außer Beiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit 3) Buchungsstand

Haushaltsplan 2025/2026

Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzhaushalt

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 3) 2023 - Euro -	Ansatz 2024 - Euro -	Ansatz 2025 **- Euro -**	Ansatz 2026 **- Euro -**	Planung 2027 - Euro -	Planung 2028 - Euro -	Planung 2029 - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
18	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	11.759.093,86	7.417.300	**7.526.500**	**4.316.600**	8.164.300	8.762.800	7.409.900
19	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	3.156.069,32	4.920.000	**175.000**	**175.000**	675.000	900.000	100.000
20	Veräußerung von Sachvermögen	203.776,43	1.834.500	**934.400**	**3.940.900**	966.300	1.085.600	1.042.100
21	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	2.500.000,00	2.500.000	**2.500.000**	**2.500.000**	2.500.000	2.500.000	2.500.000
22	Sonstige Investitionstätigkeit	7.833.842,47	15.938.700	**16.338.200**	**24.402.100**	29.697.300	33.513.800	36.327.300
23	**= Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit**	**25.452.782,08**	**32.610.500**	**27.474.100**	**35.334.600**	**42.002.900**	**46.762.200**	**47.379.300**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
24	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.741.188,22	5.246.000	**24.916.000**	**5.246.000**	5.246.000	5.246.000	5.246.000
25	Baumaßnahmen	51.504.054,46	133.080.100	**154.797.100**	**181.367.500**	240.344.600	115.177.800	84.555.400
26	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	8.079.017,14	9.304.700	**12.305.600**	**11.579.400**	13.758.800	10.540.700	11.639.800
27	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	2.573.062,59	1.500.000	**2.178.300**	**1.500.000**	1.500.000	1.500.000	1.500.000
28	Aktivierbare Zuwendungen	5.969.736,41	5.830.000	**5.960.000**	**9.200.000**	26.700.000	26.300.000	26.932.700
29	Sonstige Investitionstätigkeit	89.783.960,16	190.674.000	**172.570.000**	**132.306.000**	95.328.000	70.239.000	50.156.000
30	**= Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit**	**159.651.018,98**	**345.634.800**	**372.727.000**	**341.198.900**	**382.877.400**	**229.003.500**	**180.029.900**
31	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 23 - 30)**	**-134.198.236,90**	**-313.024.300**	**-345.252.900**	**-305.864.300**	**-340.874.500**	**-182.241.300**	**-132.650.600**
32	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17 + 31)**	**-112.005.580,58**	**-407.050.077**	**-557.452.497**	**-492.353.351**	**-515.198.241**	**-278.765.887**	**-232.928.475**

3) Buchungsstand

Haushaltsplan 2025/2026
Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzhaushalt

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 3) 2023 - Euro -	Ansatz 2024 - Euro -	Ansatz 2025 - Euro -	Ansatz 2026 - Euro -	Planung 2027 - Euro -	Planung 2028 - Euro -	Planung 2029 - Euro -
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
33	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	224.460.000,00	312.000.000	**345.146.000**	**305.372.000**	340.790.000	179.915.000	130.832.000
34	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	14.857.192,14	28.211.200	**33.104.100**	**47.107.900**	57.873.000	69.002.600	77.339.300
35	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 33 - 34)**	**209.602.807,86**	**283.788.800**	**312.041.900**	**258.264.100**	**282.917.000**	**110.912.400**	**53.492.700**
36	**Finanzmittelveränderung (Summe der Zeilen 32 und 35)**	**97.597.227,28**	**-123.261.277**	**-245.410.597**	**-234.089.251**	**-232.281.241**	**-167.853.487**	**-179.435.775**
37	**Voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres**	**152.603.381,48**	**250.200.609**	**93.902.209**	**-151.508.387**	**-385.597.638**	**-617.878.878**	**-785.732.365**
38	**Voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Zeile 36 und 37) 4)**	**250.200.608,76**	**93.902.209**	**-151.508.387**	**-385.597.638**	**-617.878.878**	**-785.732.365**	**-965.168.140**
	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	**-3.402.209,39**						
38/1	**Voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres einschl. haushaltsunwirksamer Vorgänge 4)**	**246.798.789,20**	**90.500.000**	**-154.910.597**	**-388.999.847**	**-621.281.088**	**-789.134.575**	**-968.570.350**

3) Buchungsstand

4) Der Bestand an Zahlungsmitteln zum 31.12.2023 in der Zeile 38/1 wurde anhand der Buchungen auf den betreffenden Bestandskonten festgestellt. Der zum 31.12.2024 dargestellte Bestand ist eine Prognose.

Anlage 5

Stellenplan 2025/2026

Stand: 09. Dezember 2024

Stellenplan 2025

Inhaltsverzeichnis

Anlage 5.1	Übersicht Neue Stellen
Anlage 5.2	Übersicht Wegfallende Stellen
Anlage 5.3	Übersicht über die Stellenplanveränderungen in den einzelnen Verwaltungen
Anlage 5.4	Veränderungen in den einzelnen Organisationseinheiten gegenüber dem Vorjahr - mit Begründungen
Anlage 5.5	Abkürzungsverzeichnis
Anlage 5.6	Benehmensherstellung mit dem Gesamtpersonalrat
Anlage 5.7	Förmlicher Stellenplan 2025

Stellenplan 2026

Inhaltsverzeichnis

Anlage 5.1	Übersicht Neue Stellen
Anlage 5.2	Übersicht Wegfallende Stellen
Anlage 5.3	Übersicht über die Stellenplanveränderungen in den einzelnen Verwaltungen
Anlage 5.4	Veränderungen in den einzelnen Organisationseinheiten gegenüber dem Vorjahr - mit Begründungen
Anlage 5.5	Abkürzungsverzeichnis
Anlage 5.6	Förmlicher Stellenplan 2026

- Neue Stellen -

- Vorlage Verwaltungsentwurf vom Mai 2024 zum Stellenplan 2025 -

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung	
01	**1,00**	1,00	Stellenschaffung für eine Wissensstafette für die Stellenleitung 0100.20 Terminsteuerung, Repräsentationen/Internationale Beziehungen mit kw 1)-Vermerk. Die Stellenleitung unterstützt den Oberbürgermeister als zentrale Schaltstelle bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben, insbesondere bei der Koordination, Vorbereitung und Abwicklung seiner Termine, und muss daher durchgängig arbeitsfähig sein.
06	**1,00**	0,50	Stellenschaffungen im Fachbereich 06 Baurecht, Stadtbild, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft für ein Vorzimmer der Fachbereichsleitung.
		0,50	Stellenschaffungen im Referat 0660 Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft für ein Vorzimmer der Referatsleitung. Sonderrechnung
10	**6,00**	2,00	Stellenschaffungen in der Stelle 10.01 SG 1 Poststelle aufgrund eines Mehrbedarfs im Rahmen der Digitalisierung für die Umwandlung der Poststelle in eine zentrale Post- und Scanstelle (s. a. 2,00 weitere Stellenschaffungen im StPl 2026). Die Umsetzung der Digitalisierung der Stadtverwaltung erfordert den Ausbau der zentralen Scanstelle in der zentralen Poststelle.
		1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 10.21 Personalwirtschaft aufgrund eines Mehrbedarfs durch die Fallzahlenentwicklung bei den städtischen Stellenausschreibungen und ein umfangreicheres Personalrecruiting. (s. a. 1,00 weitere Stellenschaffung im StPl 2026).
		1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 10.44 SG 1 Software Support aufgrund eines Mehrbedarfs durch gestiegene Fallzahlen insbesondere im Bereich Telearbeit und mobiles Arbeiten.
		2,00	Stellenschaffungen in der Stelle 10.45 Telekommunikations- und Netztechnik aufgrund eines Mehrbedarfs durch gestiegene Fallzahlen im Bereich der Telekommunikation (Anzahl der städtischen Beschäftigten) und dezentrale Anforderungen zur IT-Ausstattung in städtischen Liegenschaften (u. a. Digitalisierung Kitas, WLAN in Besprechungsräumen und der Stadtbibliothek) sowie das Erfordernis der ständigen Verfügbarkeit der Systeme im Zusammenhang mit der Digitalisierung (z. B. OZG).
20	**0,25**	0,25	Stellenschaffungen in der Stelle 20.43 Vollstreckung aufgrund eines Mehrbedarfs bei den Vollstreckungen in das bewegliche Vermögen - Innendienst -. Kompensation durch Steigerung der Pfändungsbeträge.
37	**4,50**	1,50	Stellenschaffungen in der Stelle 37.01 Allgemeine Verwaltung und Organisation aufgrund eines Mehrbedarfs im Bereich Personal durch gestiegene Beschäftigtenzahlen (1,00 BesGr. A 9 mD, 0,50 BesGr. A 10). Der im Bereich Personalangelegenheiten durch Fallzahlen belegbare Stellenbedarf ist nur im Umfang von 1,50 Stellen nachvollziehbar. (2,00 Stellen beantragt, 0,50 Stelle wurde abgelehnt).
		1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 37.02 Finanzen aufgrund eines Mehrbedarfs im Bereich Rettungsdienstabrechnung aufgrund gestiegener Einsatzzahlen. Mit Kostenerstattung der Krankenkassen (kw 4)-Vermerk).
		2,00	Stellenschaffungen in der Stelle 37.23 Bevölkerungsschutz für einen Mehrbedarf beim Aufbau eines Zentrallagers Bevölkerungsschutz.
40	**1,06**	0,31	Stellenschaffungen in der Stelle 40.81 Grundschulen aufgrund eines Mehrbedarfs bei den Schulsekretariaten durch den Neubau einer Grundschule an der Schölkestraße entsprechend Ratsbeschluss (T 12 mit Sperrvermerk). Ratsbeschluss und rechtliche Verpflichtung zur Einrichtung und Betrieb der neuen Schule im Westlichen Ringgebiet (GS Schölkestraße) liegen vor, mit dem Bau wurde im April 2024 begonnen.
		0,75	Stellenschaffungen in der Stelle 40.89 Berufsbildende Schulen und Sonstiges aufgrund eines Mehrbedarfs bei der Personalausfallreserve (Springerpool) der Schulsekretariate.
51	**30,45**	1,00	Stellenschaffungen im Sachgebiet 51.03.2 Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften aufgrund eines Mehrbedarfs zur Wahrnehmung der Aufgaben Pflegschaften und Vormundschaften durch gestiegene Fallzahlen. Stelle wurde aus der Stellenreserve 2023 freigegeben.
		0,50	Stellenschaffungen in der Stelle 51.04 Planung zur Durchführung eines von der Techniker Krankenkasse geförderten Projekts „Schools That Care“ (STC), Kostenerstattung (kw 4)-Vermerk). Stelle wurde aus der Stellenreserve 2023 freigegeben.
		1,00	Stellenschaffungen in der Abt. 51.2 Eingliederungshilfe/Fachdienste zur Einrichtung eines vom Land Nds. geförderten Kinderschutzzentrums, Kostenerstattung (kw 4)-Vermerk). Zur Finanzierung stehen jährlich 73.300,00 € Landeszuwendung zur Verfügung. Stelle wird in 2024 erstmalig schon besetzt.

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung	
		12,00	Stellenschaffungen in der Stelle 51.21 Fachdienste und Jugendhilfe-Einrichtungen für die Erweiterung des Kinder- und Jugendschutzhauses Ölper in der Außenstelle Hebbelstraße aufgrund der steigenden Nachfrage nach Inobhutnahme-Plätzen für Kinder (1 S 17 T 9,75, 1 S 16, 5 S 12, 5 S 8b, 1 E 1 T 29,25). Stellen wurden aus der Stellenreserve 2023 freigegeben.
		2,00	Stellenschaffungen im Sachgebiet 51.21.2 Fachdienst für minderjährige Geflüchtet aufgrund eines Mehrbedarfs zur Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten durch gestiegene Fallzahlen. Stellen wurden aus der Stellenreserve 2023 freigegeben.
		1,00	Stellenschaffungen im Sachgebiet 51.21.2 Fachdienst für minderjährige Geflüchtete aufgrund eines möglichen Mehrbedarfs zur Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten durch steigende Fallzahlen (mit Sperrvermerk).
		1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 51.22 Eingliederungshilfe für die verbindliche Implementierung eines Verfahrenslotsen zum 01.01.2024 gemäß § 10b SGB VIII. Anbringen eines kw 2027-Vermerks, da nach jetzigem Stand die Vorschrift des § 10 b SGB VIII zum 01.01.2028 wieder außer Kraft treten soll. Stelle wurde aus der Stellenreserve 2023 freigegeben.
		5,00	Stellenschaffungen im Sachgebiet 51.22.2 Eingliederungshilfe SGB IX im Rahmen einer überarbeiteten Personalbedarfsbemessung, auch unter Berücksichtigung der gesetzlichen Änderungen des KJSG (1 A 10, 4 S 14). Stellen wurde aus der Stellenreserve 2023 freigegeben.
		0,75	Stellenschaffungen in der Stelle 51.24 Jugendhilfe im Strafverfahren (JuHiS) anhand der ausgewerteten Ergebnisse der Qualitätsentwicklung und Personalbemessung mit Hilfe der mit INSO beschriebenen Prozesse. Stelle wurde aus der Stellenreserve 2023 freigegeben.
		1,15	Stellenschaffungen in der Stelle 51.43 Schulkindbetreuung aufgrund der Erweiterung des Angebots in der Schulkindbetreuung gem. Ratsbeschluss vom 05.07.2022 (DS 22-18486) (1 S 8a T 25, 1 S 2 T 20). Stelle wurde aus der Stellenreserve 2023 freigegeben.
		1,38	Stellenschaffungen in der Stelle 51.43 Schulkindbetreuung aufgrund eines Mehrbedarfs durch die Einrichtung weiterer Betreuungsgruppen zur Einführung des Ganztagsbetriebs an der KoGS Lehndorf gem. Ratsbeschluss vom 05.07.2022 (DS 22-18486) (1 S 8a T 54). Es besteht eine rechtliche Verpflichtung gemäß SGB VIII zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2026.
		1,95	Stellenschaffungen in der Stelle 51.43 Schulkindbetreuung aufgrund eines Mehrbedarfs durch die Einrichtung weiterer Betreuungsgruppen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung gem. Ratsbeschluss vom 05.07.2022 (DS 22-18486) (1 S 8a T 40, 1 S 2 T 36). Es besteht eine rechtliche Verpflichtung gemäß SGB VIII zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2026.
		0,46	Stellenschaffungen in der Stelle 51.43 Schulkindbetreuung aufgrund eines Mehrbedarfs durch die Einrichtung einer weiteren Betreuungsgruppe im KJZ Querum zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung gem. Ratsbeschluss vom 05.07.2022 (DS 22-18486) (1 S 2 T 18). Es besteht eine rechtliche Verpflichtung gemäß SGB VIII zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2026.
		0,26	Stellenschaffungen in der Stelle 51.43 Schulkindbetreuung aufgrund eines Mehrbedarfs für die Leitung der Schulkindbetreuungsgruppen im KJZ Querum zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung gem. Ratsbeschluss vom 05.07.2022 (DS 22-18486) (1 S 12 T 10). Es besteht eine rechtliche Verpflichtung gemäß SGB VIII zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2026.
		1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 51.44 Jugendsozialarbeit gem. Ratsbeschluss vom 13.07.2021 (DS 21-15292 Nr. 1) zur Etablierung der jugendhilflich ausgerichteten Kommunalen Schulsozialarbeit bis 2025 an allen weiterführenden Schulen (mit Sperrvermerk). Erforderlich für die Umsetzung der Aufgabenerledigung in der Kommunalen Schulsozialarbeit unter Berücksichtigung der im „Rahmenkonzept Kommunale Schulsozialarbeit“ festgelegten Parameter.
65	**1,00**	1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 65.31 Haus- und Reinigungsdienste aufgrund eines Mehrbedarfs bei den Schulhausmeisterstellen durch den Bau der neuen Grundschule Schölkestraße (DS 23-22077) mit Sperrvermerk. Sonderrechnung. Ratsbeschluss und rechtliche Verpflichtung zur Einrichtung und Betrieb der neuen Schule im Westlichen Ringgebiet liegen vor, mit dem Bau wurde im April 2024 begonnen. Die Freigabe der Stelle soll in Abhängigkeit von der Fertigstellung des Neubaus und der geplanten Aufnahme des Schulbetriebs der GS Schölkestraße erfolgen.

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung	
67	**1,00**	1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 67.32 Bau und Unterhaltung von Friedhöfen und Kleingartenentwicklung aus personalwirtschaftlichen Gründen (Kompensation durch Anbringen eines kw 1)-Vermerks an anderer Stelle).
68	**1,00**	1,00	Stellenschaffungen in der Abt. 68.0 Verwaltung aufgrund eines Mehrbedarfs im Buchungswesen und bei der Bearbeitung der Anträge aus dem Förderprogramm für regenerative Energien.
Summe:	**47,26**		

- Neue Stellen -

- Vorlage vom September 2024 zum Stellenplan 2025 -

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung	
Übertrag:	**47,26**		
0670	**1,00**	1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 0670.10 SG 1 Sportstättenunterhaltung aufgrund eines Mehrbedarfs bei den Platzwarten durch von den Sportvereinen zurück gegebene Sportanlagen.
01	**1,00**	1,00	Stellenschaffungen im Referat 0130 Kommunikation für den Aufbau des TikTok-Kanals der Stadtverwaltung mit kw 2027)-Vermerk.
06	**1,00**	1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 0660.20 Abfallwirtschaft, Deponie aufgrund eines Mehrbedarfs für die Anpassung des Leistungsvertrags I (Straßenreinigung und Winterdienst) und des Leistungsvertrags II (Abfallwirtschaft) mit ALBA (Laufzeit der Verträge aktuell bis 2030). Sonderrechnung.
10	**3,00**	1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 10.14 Ausbildung aufgrund eines Mehrbedarfs durch steigende Ausbildungszahlen und die Ausweitung des Ausbildungsmarketings.
		1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 10.14 Ausbildung für die Schaffung eines Ausbildungszentrums mit Sperrvermerk.
		1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 10.44 SG 1 Software Support aufgrund eines Mehrbedarfs im Zusammenhang mit der Einführung der Zwei-Faktor-Authentifizierung mit Sperrvermerk.
32	**5,00**	1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 32.22 SG 2 Verwarnungen, Bußgelder fließender Verkehr aufgrund der Fallzahlensteigerung bei Einlassungen und Einsprüchen bei Ordnungswidrigkeiten- und Bußgeldverfahren mit Sperrvermerk.
		3,00	Stellenschaffungen in der Stelle 32.42 Ausländerangelegenheiten aufgrund eines Mehrbedarfs im Bereich Einbürgerung, Staatsangehörigkeitsangelegenheiten durch gestiegene Fallzahlen durch die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes sowie das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz.
		1,00	Stellenschaffungen in der Abt. 32.6 Standesamt aufgrund eines Mehraufwands durch die erwartete Reform des Namensrechts und des Gesetzes zur Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag sowie für die Nacherfassung von Altakten mit Sperrvermerk.
37	**2,27**	1,50	Stellenschaffungen in der Stelle 37.02 Finanzen aufgrund eines Mehrbedarfs im Bereich Rettungsdienstabrechnung. Mit Kostenerstattung der Krankenkassen (kw 4)-Vermerk).
		0,77	Stellenschaffungen in der Stelle 37.43 Informations- und Kommunikationstechnik aufgrund eines Mehrbedarfs für die elektronische Prüfung von Geräten und Arbeitsmitteln für den Bevölkerungsschutz.
40	**9,55**	1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 40.12 Schulanlagen und -einrichtungen aufgrund eines Mehrbedarfs in den Bereichen Raumtypenbücher, Umsetzung steigender Inklusionsbedarfe, Bearbeitung von Förderprogrammen, technische Beschaffungen und Rahmenverträge.
		1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 40.21 Anwendungsbetreuung/Medienzentrum aufgrund eines Mehrbedarfs für die Digitalisierung der Schulen und der 4. Fortschreibung des Medienentwicklungsplanes.
		2,70	Stellenschaffungen in der Stelle 40.22 Medienentwicklungsplanung aufgrund eines Mehrbedarfs für die Digitalisierung der Schulen und der 4. Fortschreibung des Medienentwicklungsplanes.
		2,00	Stellenschaffungen in der Stelle 40.22 Medienentwicklungsplanung für die Digitalisierung in den städtischen Kitas gemäß DezKo-Beschluss vom 27.06.2024 (DS 24-23941).
		2,85	Stellenschaffungen in der Abt. 40.8 Schulen aufgrund der Neufassung des Schülerschlüssels zur Personalbedarfsberechnung für Bürokräfte an Schulen.
50	**0,25**	0,25	Stellenschaffungen in der Stelle 50.40 Verwaltung, Ordnungsbehördliche Aufgaben, Heimaufsicht aufgrund eines Mehrbedarfs insbesondere im Bereich ordnungsbehördliche Bestattungen.

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung	
51	**14,69**	1,00	Stellenschaffungen im Sachgebiet 51.01.3 Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen (LEQ) aufgrund eines Mehraufwands in Qualität in Prüftiefe der Leistungsangebote durch stetig gewachsene Fallzahlen und mehr Sozialarbeitende in den Fachabteilungen.
		1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 51.02 Wirtschaftliche Leistungen aufgrund eines Mehrbedarfs bei der Sachbearbeitung UVG.
		2,00	Stellenschaffungen in der Stelle 51.21 Fachdienste und Jugendhilfe-Einrichtungen für die Erweiterung des Kinder- und Jugendschutzhauses Ölper in der Außenstelle Hebbelstraße aufgrund der steigenden Nachfrage nach Inobhutnahme-Plätzen für Kinder (1 S 12, 1 S 8b).
		5,29	Stellenschaffungen in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten zur Anpassung der Personalausfallreserve für die berufsbegleitende Ausbildung zur Erzieher*in mit kw 2027)-Vermerk.
		2,02	Stellenschaffungen in den Stellen 51.31 und 51.32 Kindertagesstätten aufgrund eines Mehrbedarfs beim pädagogischen Personal in den Kitas Recknitzstraße, Volkskindergarten und Karlstraße im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 09.04.2024 (DS 24-23083).
		3,38	Stellenschaffungen in den Stellen 51.32 und 51.33 Kindertagesstätten inklusive Personalausfallreserve aufgrund eines Mehrbedarfs zur Förderung von Zweitkräften in Kleingruppen in den Kitas Rühme, Schuntersiedlung und Lindenbergsiedlung gem. DezKo Vorlage vom 30.07.2024 (DS 24-23966).
65	**1,00**	1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 65.22 Kitas und Funktionsgebäude aufgrund eines Mehrbedarfs wegen des Ratsbeschlusses für ein ganzheitliches Warnkonzept. Sonderrechnung.
66	**1,00**	1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 66.32 Unterhaltungsbezirke, Glasfaserausbau aufgrund eines Mehrbedarfs für die Sicherstellung der Verkehrssicherheit auf öffentlichen Straßen, die Bauleitung bei Umbaumaßnahmen und die Beantwortung von Anfragen.
67	**1,00**	1,00	Stellenschaffungen in der Abt. 67.2 Stadtgrün - Grünflächenmanagement und -entwicklung - für die Umsetzung des geförderten Projektes „Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels: Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken (LiViK) im Rahmen der Förderrichtlinie für Natürlichen Klimaschutz in kommunalen Gebieten im ländlichen Raum“. Anteilige Förderung (80%) daher mit kw 3)-Vermerk.
68	**1,00**	1,00	Stellenschaffungen im Referat 0680 Grün- und Freiraumplanung aufgrund eines Mehrbedarfs zur Umsetzung der Projekte im Bereich der Städtebauförderung.
Summe:	**89,02**		

- Neue Stellen -

Veränderungen aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung am 28. November 2024 zum Stellenplan 2025

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung	
Übertrag:	**89,02**		
0150	**0,75**	0,75	Stellenschaffungen im Referat 0150 Gleichstellungsreferat für den Aufgabenbereich StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt.
41	**2,00**	1,00	Stellenschaffungen in der Abt. 41.0 Verwaltung für das Controlling von Zuwendungen und Kulturfördermittel sowie die Verstärkung der Beratungstätigkeit der Kulturverwaltung.
		1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 41.13 Literatur, Musik, Sozio- und Stadtteilkultur im Verwaltungsbereich für den Kulturpunkt West (KPW).
50	**0,50**	0,50	Stellenschaffungen in der Stelle 50.13 Seniorenbüro für die Fortführung des Angebotes „Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt - Präventive Hausbesuche“ (1 E 5 T 5,5 und 1 S 11b T 14).
67	**1,00**	1,00	Stellenschaffungen in der Abt. 67.2 Stadtgrün - Grünflächenmanagement und -entwicklung für die Umsetzung des Förderprojekts „Stillgewässersanierung mit einer minimalinvasiven Methode als Pilotprojekt (Teichentschlammung)“, vorbehaltlich der entsprechenden Förderung. Es wird eine anteilige Förderung von bis zu 55% erwartet, daher mit kw 3)-Vermerk.
Summe:	**93,27**		

- Wegfallende Stellen -

- Vorlage Verwaltungsentwurf vom Mai 2024 zum Stellenplan 2025 -

Fachbereich/ Referat	Anzahl der wegfallenden Stellen	Anzahl der von FB 10 vorgeschlagenen Stellenwegfälle	Kurzbegründung	
Dez. V	**1,00**		1,00	Stellenwegfälle im Dez. V Sozial, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat durch Realisierung des kw 1)-Vermerks nach Ausscheiden der Stelleninhaberin.
0412	**3,50**		0,50	Stellenwegfälle im Referat 0412 Stadtbibliothek durch Realisierung des kw 5)-Vermerks.
			1,00	Stellenwegfälle in der Stelle 0412.10 AG 1 Lektorat durch Realisierung des kw 5)-Vermerks.
			1,50	Stellenwegfälle in der Stelle.0412.30 AG 1 Werkstatt als Kompensation für die Streichung eines kw 5)-Vermerks im gleichen Umfang in der Stelle 0412.21 Ausleihe.
			0,50	Stellenwegfälle in der Stelle 0412.30 AG 1 Werkstatt durch Realisierung des kw 5)-Vermerks.
0500	**1,00**		1,00	Stellenwegfälle im Referat 0500 Sozialreferat durch Realisierung des kw 3)-Vermerks nach Wegfall der Förderung.
20	**1,00**		1,00	Stellenwegfälle in der Stelle 20.21 Grundstücksverkehr durch Realisierung des kw 1)-Vermerks nach Ausscheiden der Stelleninhaberin.
32	**0,50**		0,50	Stellenwegfälle in der Stelle 32.4.1 SG 1 Bürgerangelegenheiten in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
37	**1,00**		1,00	Stellenwegfälle im Fachbereich 37 durch Realisierung des kw 4)-Vermerks nach Ende des Projektes GAIA-X am 30.09.2024.
40	**1,23**		1,00	Stellenwegfälle in der Abt. 40.1 Kommunale Schulaufgaben durch Realisierung des kw 2024)-Vermerks.
			0,23	Stellenwegfälle in der Stelle 40.11 Service in Anpassung an die Aufgabenentwicklung (T 9).
50	**25,04**		1,00	Stellenwegfälle in der Abt. 50.0 Verwaltung in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
			0,50	Stellenwegfälle in der Stelle 50.11 SG 1 Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe, Unterbringung aufgrund der Aufgabenentwicklung (Nds. Wohnraum-schutzgesetz).
			1,00	Stellenwegfälle in der Stelle 50.12 Wohnhilfen entsprechend der Aufgabenentwicklung, da der Stellenbedarf für den Härtefallfonds nicht mehr vorhanden ist (0,50 EGr. S 11b, 0,50 EGr. 9c) .
			1,00	Stellenwegfälle in der Stelle 50.13 Seniorenbüro in der AG 1 Betreuung für Volljährige entsprechend der Aufgabenentwicklung.
			6,00	Stellenwegfälle in der Stelle 50.14 Wohngeld, Bildungs- und Teilhabepaket aufgrund der Fallzahlentwicklung bei der Umsetzung der Wohngeldreform (Realisierung kw 5)-Vermerke).
			2,00	Stellenwegfälle in der Stelle 50.14 SG 1 Wohngeld entsprechend der Aufgabenentwicklung (1 A 11 und 1 A 10 mit Sperrvermerk).
			3,00	Stellenwegfälle in der Stelle 50.21 Leistungsgewährung AsylbLG (bisher 50.23) aufgrund der Aufgabenentwicklung, teilweise Realisierung der kw 5)-Vermerke.
			1,00	Stellenwegfälle in der Stelle 50.22 Unterbringung von Geflüchteter, städtische Aufnahmestelle Saarbrückener Straße durch Realisierung des kw 5)-Vermerks, da in der Turnhalle Naumburgstraße keine Unterbringung Geflüchteter mehr stattfindet.
			4,00	Stellenwegfälle in der Stelle 50.22 SG 4 Dezentrale Wohnungen, Sporthallen und weitere Quartiere durch Realisierung der kw 5)-Vermerke, da in der Turnhalle Naumburgstraße keine Unterbringung mehr stattfindet (2,00 S 12, 2,00 E 4).
			0,50	Stellenwegfälle in der Stelle 50.33.1 SG 1 Information und Erstberatung durch Realisierung des kw 1)-Vermerks.
			0,50	Stellenwegfälle in der Stelle 50.34 Besondere Einzelfallhilfen durch Realisierung des kw 1)-Vermerks.
			0,50	Stellenwegfälle in der Stelle 50.34 Besondere Einzelfallhilfen entsprechend der Aufgabenentwicklung.

Fachbereich/ Referat	Anzahl der wegfallenden Stellen	Anzahl der von FB 10 vorgeschlagenen Stellenwegfälle	Kurzbegründung	
			0,10	Stellenwegfälle in der Abt. 50.4 Gesundheitsamt durch Realisierung der kw 4)-Vermerke nach Ende der Förderung (bis 09/2024) (T 4).
			0,003	Stellenwegfälle in der Stelle 50.41 Gutachten- und Beratungsdienst durch Realisierung des kw 4)-Vermerks (T 0,13).
			3,50	Stellenwegfälle in der Stelle 50.41 SG 1 Infektionsschutz durch Realisierung der kw 4)-Vermerke, da keine ÖGD-Förderung für diese Stellen mehr erfolgt.
			0,44	Stellenwegfälle in der Stelle 50.42 SG 1 Zahnärztlicher Dienst durch Realisierung von kw 4)-Vermerken (T 8,02 und T 9,05).
51	**2,75**		0,75	Stellenwegfälle in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten aufgrund der Beendigung der berufsbegleitenden Ausbildung.
			2,00	Stellenwegfälle in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten, da diese zum Stellenplan 2022 zur Bewältigung der hohen Fehlzeitenquote in den Kitas geschaffenen Stellen bisher nicht in Anspruch genommen worden sind.
60	**1,00**		1,00	Stellenwegfälle in der Stelle 60.01 Verwaltung und Rechtsverfahren durch Realisierung des kw 1)-Vermerks nach Ausscheiden des Stelleninhabers.
61	**4,55**		0,55	Stellenwegfälle in der Stelle 61.01 Personal, Organisation, Vertrags- und Verfahrensmanagement aufgrund geänderter Aufgabenwahrnehmung (T 21,33).
			4,00	Stellenwegfälle in der Stelle 61.32 Sonderprojekte der Stadtentwicklung durch Realisierung des kw 3)-Vermerks, da die vorgesehene Finanzierung mit Fördermitteln für die Energetische Quartierssanierung (EQS) nicht erfolgt ist.
65	**1,00**		1,00	Stellenwegfälle im FB 65 Gebäudemanagement durch Realisierung des kw 1)-Vermerks (Wissensstafette).
Jobcenter	**7,50**		7,00	Stellenwegfälle nach Abgabe des Stellenbesetzungsrechtes an die Bundesanstalt für Arbeit.
			0,50	Stellenwegfälle in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
Summe:	**51,07**	**0,00**		

- Wegfallende Stellen -

- Vorlage vom September 2024 zum Stellenplan 2025 -

Fachbereich/ Referat	Anzahl der wegfallenden Stellen	Anzahl der von FB 10 vorgeschlagenen Stellenwegfälle	Kurzbegründung	
Übertrag:	**51,07**			
0300	**0,27**		0,27	Stellenwegfälle im Referat 0300 Rechtsreferat durch Realisierung des kw 1)-Vermerks (T 10,5).
0412	**0,50**		0,50	Stellenwegfälle in der Stelle 0412.30 AG 2 Magazin in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
0413	**1,00**		1,00	Stellenwegfälle in der Stelle 0413.20 Sammlungen/Wissenschaftliche Sachbearbeitung in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
0500	**1,00**		1,00	Stellenwegfälle im Referat 0500 Sozialreferat in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
0800	**1,00**		1,00	Stellenwegfälle in der Stabsstelle 0800 Wirtschaftsdezernat durch Realisierung des kw 2024)-Vermerks.
06	**2,00**		2,00	Stellenwegfälle in der Stelle 0600.20 Erschließungs- und Straßenausbaubeitragsrecht aufgrund der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.
50	**4,00**		2,00	Stellenwegfälle in der Stelle 50.14 SG 1 und SG 2 Wohngeld in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
			2,00	Stellenwegfälle in der Stelle 50.22 Unterbringung Geflüchteter, städtische Aufnahmestelle Saarbrückener Straße in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
51	**11,43**		6,63	Stellenwegfälle in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten aufgrund der Einstellung der Förderung zur Verbesserung der Betreuungsqualität in städt. Kitas (VBQ) im Rahmen der Umsetzung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen vorbehaltlich des entsprechenden Ratsbeschlusses.
			1,35	Stellenwegfälle in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten zur Anpassung der Personalausfallreserve aufgrund gesunkener Fehlzeitenquote.
			3,45	Stellenwegfälle in der Stelle 51.33 Kindertagesstätten inkl. Personalausfallreserve in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten aufgrund der Einstellung des Betriebes der Kita Peterskamp zum Ende des Kindergartenjahres 2024 gem. Ratsbeschluss vom 09.04.2024 (DS 24-23083).
60	**1,00**		1,00	Stellenwegfälle in der Abt. 60.3 Bauordnung durch Realisierung des kw 3)-Vermerks aufgrund des Wegfalls von Zuschusszahlungen.
67	**2,52**		2,10	Stellenwegfälle in der Stelle 67.21 Grünflächenmanagement in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
			0,42	Stellenwegfälle in der Stelle 67.21 Grünflächenmanagement zur Kompensation des städtischen Eigenanteils von 20 % bei der Stellenschaffung für das geförderte Projekt „Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels: Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken (LiViK) im Rahmen der Förderrichtlinie für Natürlichen Klimaschutz in kommunalen Gebieten im ländlichen Raum“ (E 3 T 16,25).
Jobcenter	**1,00**		1,00	Stellenwegfälle in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
Summe:	**76,79**	**0,00**		

Übersicht über die Stellenplanveränderungen in den einzelnen Verwaltungen

	Stellenplan 2024			Veränderungen			Stellenplan 2025		
	Beamte	Beschäftigte	Gesamt	Beamte	Beschäftigte	Gesamt	Beamte	Beschäftigte	Gesamt
1 - Allgemeine Verwaltung	163,93	133,52	297,45	-19,99	16,88	-3,12	143,94	150,40	294,34
2 - Finanzverwaltung *)	108,19	31,35	139,53	-10,39	9,64	-0,75	97,80	40,99	138,78
3 - Rechts-, Sicherheits-, und Ordnungsverwaltung	625,67	149,54	775,21	4,76	18,13	22,90	630,44	167,67	798,10
4 - Schul- und Kulturverwaltung	70,38	248,24	318,62	2,20	4,18	6,38	72,58	252,42	325,00
5 - Sozial- und Gesundheits-verwaltung	290,06	1.091,28	1.381,34	-43,62	48,31	4,69	246,44	1139,59	1386,03
6 - Bauverwaltung **)	169,12	619,72	788,84	-3,50	0,43	-3,07	165,62	620,15	785,77
8 - Verwaltung für Wirtschaft und Verkehr	3,75	2,00	5,75	-0,75	-0,23	-0,98	3,00	1,77	4,77
Personalvertretung	1,88	16,00	17,88	0,25	-3,31	-3,06	2,13	12,69	14,82
Städtische Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig	36,50	51,75	88,25	-7,75	-0,75	-8,50	28,75	51,00	79,75
Summe 1	1.469,48	2.343,40	3.812,88	-78,79	93,27	14,49	1.390,69	2.436,68	3.827,37
Nachrichtlich Stellenübersicht Referat 0650 Stellenübersicht Fachbereich 65 (Beamtenstellen s. EV 6 Bauverwaltung)		54,77 264,32	54,77 264,32		1,00	1,00		54,77 265,32	54,77 265,32
Summe 2		319,09	319,09		1,00	1,00		320,09	320,09
Nachrichtlich Stellenübersicht SR Abfallwirtschaft (Beamtenstellen s. EV 2 Finanzen und EV 6 Bauverwaltung)		4,00	4,00		1,25	1,25		5,25	5,25
Summe 3		4,00	4,00		1,25	1,25		5,25	5,25
Nachrichtlich: Stellenübersicht SR Stadtentwässerung (Beamtenstellen s. EV 2 Finanzen und EV 6 Bauverwaltung)		7,00	7,00		0,25	0,25		7,25	7,25
Summe 4		7,00	7,00		0,25	0,25		7,25	7,25
Summe 5 (Summe 1 bis 4, aktive Stellen)	**1.469,48**	**2.673,49**	**4.142,97**	**-78,79**	**95,77**	**16,99**	**1.390,69**	**2.769,27**	**4.159,95**
Nachrichtlich: Stellenreserve		112,00	112,00					112,00	112,00
Leer- und Ausbildungsstellen	108,75	78,00	186,75				108,75	78,00	186,75
Altersteilzeit		22,00	22,00		-10,00	-10,00		12,00	12,00
zugewiesene Dienstkräfte	3,00	3,73	6,73				3,00	3,73	6,73
Summe 6	111,75	215,73	327,48		-10,00	-10,00	111,75	205,73	317,48
Summe 5 und 6	1.581,23	2.889,22	4.470,45	-78,79	85,77	6,99	1.502,44	2.975,00	4.477,43

*) einschließlich Beamte der Sonderrechnungen Abfallwirtschaft und Stadtentwässerung
**) einschließlich Beamte der Sonderrechnungen des Ref. 0650 Hochbau, FB 65 Gebäudemanagement, Abfallwirtschaft und Stadtentwässerung

Stellenplan 2025
Veränderungen innerhalb der einzelnen Organisationseinheiten mit Begründungen

Inhaltsverzeichnis

Organisationseinheit	Seite
V Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat	- 4 -
0140 Rechnungsprüfungsamt	- 6 -
0150 Gleichstellungsreferat	- 8 -
0300 Rechtsreferat	- 10 -
0412 Stadtbibliothek	- 12 -
0413 Städtisches Museum	- 14 -
0414 Stadtarchiv	- 16 -
0500 Sozialreferat	- 18 -
0670 Sportreferat	- 20 -
0800 Wirtschaftsdezernat	- 22 -
01 Büro des Oberbürgermeisters	- 24 -
06 Baurecht, Stadtbild, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft	- 26 -
10 Zentrale Dienste	- 28 -
20 Finanzen	- 32 -
32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit	- 38 -
37 Feuerwehr	- 46 -
40 Schule	- 52 -
41 Kultur und Wissenschaft	- 64 -
50 Soziales und Gesundheit	- 66 -
51 Kinder, Jugend und Familie	- 84 -
60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle	- 96 -
61 Stadtplanung und Geoinformation	- 98 -
65 Gebäudemanagement	- 100 -
66 Tiefbau und Verkehr	- 104 -
67 Stadtgrün	- 108 -

68 Umwelt	**- 112 -**
92 Leerstellen	**- 114 -**
94 Freigestellte Mitglieder der Personalvertretung	**- 116 -**
96 Städtische Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig	**- 118 -**
98 Stellen im Zusammenhang mit der Altersteilzeit	**- 120 -**

Fachbereich 10
1022 118 3

V Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellen-2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		V Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat						
05932	001-5000	Sachbearbeiter/in Pandemiereferent/in		- 1 A 13 gD kw 1)				

V Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat

Nr. 05932	Stellenwegfall durch Realisierung des kw 1)-Vermerks nach Ausscheiden der Stelleninhaberin.

Fachbereich 10
1022 118 3

0140 Rechnungsprüfungsamt

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellen-2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024 Verlegung (+/-)	Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024 Verlegung (+/-)	Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0140 Rechnungsprüfungsamt						
		0140.20 Prüfbereich Betriebswirtschaft						
01695	014-0000	Prüfer/in FB 20 Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft, FB 65 Sonderrechnung Gebäudemanagement, FB 37 (nur Prüfung Betriebsabrechnung und Gebührenkalkulation), StSt. 0800	1 A 11			1 E 11		

0140 Rechnungsprüfungsamt

Nr. 01695	Stellenausweisung entsprechend der tatsächlichen Besetzung, vorbehaltlich abschließender Bewertung.

Fachbereich 10
1022 118 3

0150 Gleichstellungsreferat

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0150 Gleichstellungsreferat						
06339	015-0000	Sachbearbeiter/in kommunale Koordinierungs-stelle gegen geschlechtsspezifi-sche Gewalt	1 S 11b			1 S 12		
neu	015-0000	Sachbearbeiter/in Projekt StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt						+ 1 S 15 T 29,25

0150 Gleichstellungsreferat

Nr. 06339	Stellenausweisung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.
Nr. neu	Änderung entsprechend der Empfehlungen aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) vom 28. November 2024. Stellenwert vorbehaltlich tarifrechtlicher Bewertung.

Fachbereich 10
1022 118 3

0300 Rechtsreferat

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellen-2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0300 Rechtsreferat						
		0300.00 Standesamtsaufsicht, Sonderaufgaben, Verwaltungs-bücherei						
06189	030-0000	Sachbearbeiter/in Verwaltungsbücherei				- 1 E 5 T 10,5 kw 1)		

0300 Rechtsreferat

Nr. 06189 Stellenwegfall durch Realisierung des kw 1)-Vermerks.

Fachbereich 10
1022 118 3

0412 Stadtbibliothek

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0412 Stadtbibliothek						
06868	410-2200	Sachbearbeiter/in Haushalts- und Mahnwesen, Verwaltung		- 1 A 7 T 20 kw 5)				
		0412.10 AG 1 Lektorat						
01391	410-2211	Sachbearbeiter/in Lektorat, Aufsichts- und Infodienst, Veranstaltungen		- 1 E 9a kw 5)				
		0412.20 Infodienste						
01330	410-2211	Dipl. Bibliothekar/in	1 A 10			1 E 9b		
		0412.21 Ausleihe						
01339	410-2211	Sachbearbeiter/in Ausleihe	1 E 5 T 528,78	1 E 5 T 587,28	+ 1 E 5 T 58,5			
06869	410-2211	Sachbearbeiter/in Ausleihe	1 E 5 T 58,5 kw 5)	1 E 5 T 58,5	- 1 E 5 T 58,5			
		0412.30 AG 1 Werkstatt						
01371	410-2240	Buchbinderhelfer/in		- 1 E 3				
01372	410-2240	Buchbinderhelfer/in		- 1 E 3 T 19,5				
06870	410-2240	Buchbinderhelfer/in		- 1 E 3 T 19,5 kw 5)				
		0412.30 AG 2 Magazin						
01344	410-0100	Magazinverwalter/in				- 1 E 4 T 19,5		

0412 Stadtbibliothek

Nr. 06868	Realisierung des kw 5)-Vermerkes nach Einführung der RFID-Technik.
0412.10 AG 1 Lektorat	
Nr. 01391	Realisierung des kw 5)-Vermerkes nach Einführung der RFID-Technik.
0412.20 Infodienste	
Nr. 01330	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
0412.21 Ausleihe	
Nrn. 01339, 06869	Streichung des kw 5)-Vermerkes und Zusammenlegung mit der Stelle 01339. Die Kompensation für den Wegfall des kw-Vermerkes erfolgt durch Wegfall der Stellen StVPl.-Nrn. 01371 und 01372 in der Stelle 0412.30 AG 1.
0412.30 AG 1 Werkstatt	
Nr. 01371 und 01372	Wegfall der Stellen als Kompensation für die Streichung des kw 5)-Vermerks an der Stelle StVPl.-Nr. 06869 in der Stelle 0412.21.
Nr. 06870	Realisierung des kw 5)-Vermerkes nach Einführung der RFID-Technik.
0412.30 AG 2 Magazin	
Nr. 01344	Stellenwegfall in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.

Fachbereich 10
1022 118 3

0413 Städtisches Museum

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0413 Städtisches Museum						
		0413.10 Verwaltung						
01446	410-3000	Hausmeister/in	1 E 5	1 E 5 ku E 4)				
01447	410-3000	Hausmeister/in	1 E 5	1 E 4				
01456	410-3000	Hausmeister/in	1 E 5	1 E 5 ku E 4)				
		0413.20 Sammlungen/Wissenschaftliche Sachbearbeitung						
01433	410-3000	Stellenleiter/in Stellv. Referatsleiter/in Stadtgeschichte, Öffentlichkeitsarbeit, Betreuung Freundeskreis und Ehrenamtliche				- 1 E 14		
00137	410-3000	Museologin/Museologe Öffentlichkeitsarbeit, Museums- und Besucherprojekte	1 E 10	1 E 11				

0413 Städtisches Museum

0413.10 Verwaltung

Nr. 01446	Anbringung eines ku-Vermerkes aufgrund der Bewertung.
Nr. 01447	Stellenwertänderung entsprechend der Bewertung und der Besetzung.
Nr. 01456	Anbringung eines ku-Vermerkes aufgrund der Bewertung.

0413.20 Sammlungen/Wissenschaftliche Sachbearbeitung

Nr. 01433	Stellenwegfall in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
Nr. 00137	Stellenwertänderung entsprechend der Bewertung.

Fachbereich 10
1022 118 3

0414 Stadtarchiv

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0414 Stadtarchiv						
06871	410-4000	Sachbearbeiter/in Historische Recherche/ Stadtgeschichte	1 E 13			1 A 13 gD		
		0414.20 Digitale Archivierung, IT, Digitalisierung						
01596	410-0100	Sachbearbeiter/in Öffentlichkeitsarbeit, Erschließung von Beständen, digitale Archivierung	1 A 11			1 E 10		

0414 Stadtarchiv

Nr. 06871	Stellenumwandlung entsprechend der voraussichtlichen Besetzung.
0414.20 Digitale Archivierung, IT, Digitalisierung	
Nr. 01596	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

Fachbereich 10
1022 118 3

0500 Sozialreferat

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0500 Sozialreferat						
03411	050-1000	Referatsleiter/in	1 A 15	1 E 15				
05649	050-1000	Sachbearbeiter/in Verwaltungsangelegenheiten, Zuwendungen	1 E 9c T 19,5			1 E 9c	+ 1 E 9c T 19,5	
06405	050-1000	Sachbearbeiter/in Geschäftsführung Ausschuss für Vielfalt und Integration, Servicestelle für Interkulturelles Dolmetschen und Übersetzen	1 A 10			1 E 9c		
06585	050-1000	Sozialarb./-päd. Modellprojekt „Präventive Hausbesuche“		- 1 S 15 kw 3)				
05936	050-1000	Sozialarb./-päd. Integrationsprojekt für Flüchtlinge				- 1 S 15		
05937	050-1000	Sozialarb./-päd. Integrationsprojekt für Flüchtlinge	1 S 15			1 E 9c T 19,5 1 S 17 T 11 1 S 11b T 8,5	- 1 E 9c T 19,5 - 1 S 17 T 11 - 1 S 11b T 8,5	
		0500.10 Integration, Vielfalt und Demokratie						
05686	050-1000	Sozialarb./-päd. Integrationskonzepte und Umsetzung	1 S 17 T 28			1 S 17	+ 1 S 17 T 11	
03415	050-1000	Sozialarb./-päd. Integrationsförderung und -beratung	1 S 11b T 19,5			1 S 11b T 28	+ 1 S 11b T 8,5	

0500 Sozialreferat

Nr. 03411	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nr. 05649	Verlegung von Stellenanteilen von 05937 in Anpassung an die Aufgabenentwicklung nach Organisationsänderung. Im Referat 0500 wurden die Aufgaben der Stabsstelle für Vielfalt, Zuwanderung und Demokratie sowie des Büros für Migrationsfragen gebündelt.
Nr. 06405	Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung, Bewertung offen.
Nr. 06585	Realisierung des kw-Vermerks.
Nr. 05936	Stellenwegfall in Anpassung an Aufgabenentwicklung.
Nr. 05937	Verlegung von Stellenanteilen zu 0500/05649, 0500.10/05686 und 03415 und Stellenumwandlungen in Anpassung an die Aufgabenentwicklung nach Organisationsänderung. Im Referat 0500 wurden die Aufgaben der Stabsstelle für Vielfalt, Zuwanderung und Demokratie sowie des Büros für Migrationsfragen gebündelt.

0500.10 Integration, Vielfalt und Demokratie

Nrn. 05686 und 03415	Verlegung von Stellenanteilen von 0500/05937 in Anpassung an die Aufgabenentwicklung nach Organisationsänderung. Im Referat 0500 wurden die Aufgaben der Stabsstelle für Vielfalt, Zuwanderung und Demokratie sowie des Büros für Migrationsfragen gebündelt.

Fachbereich 10
1022 118 3

0670 Sportreferat

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0670 Sportreferat						
		0670.10 Sportstätten - Entwicklung und Unterhaltung						
		0670.10.1 Sportstättenunterhaltung						
neu	670-4701	Platzwart/in				+ 1 E 4		
		0670.20 Sportstättenverwaltung						
01155	670-4802	Sachbearbeiter/in Zuschüsse und Sportstättenbelegung	1 E 9 b	1 A 10				
01163	670-4801	Hallenwart/in	1 E 4			1 E 4 kw 5)		

0670 Sportreferat

0670.10 Sportstätten - Entwicklung und Unterhaltung

0670.10.1 Sportstättenunterhaltung

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund einer Mehrbedarfs bei den Platzwarten durch von den Sportvereinen zurückgegebene Sportanlagen. Kompensation erfolgt durch Anbringung eines kw 5)-Vermerks an einer Hallenwart-Stelle bei 0670.20 aufgrund der durch die Transponder-Einführung an städtischen Sporthallen bedingten Aufgabenminderung.

0670.20 Sportstättenverwaltung

Nr. 01155	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nr. 01163	Anbringung eines kw 5)-Vermerks aufgrund der Aufgabenminderung durch die Transponder-Einführung an städtischen Sporthallen zur Kompensation eines Mehrbedarfs bei den Platzwarten.

Fachbereich 10
1022 118 3

0800 Wirtschaftsdezernat

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0800 Wirtschaftsdezernat						
05044	080-0000	Sachbearbeiter/in Fairtrade-Stadt, Einheitlicher Ansprechpartner, Stadtbezirksangelegenheiten	1 A 11 T 30			1 E 10 T 30		
06591	080-0000	Sachbearbeiter/in Koordinierung Breitbandausbau, Schwerpunkt Mobilfunk				- 1 E 12 kw 2024		

0800 Wirtschaftsdezernat

Nr. 05044	Stellenausweisung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.
Nr. 06591	Realisierung des kw 2024)-Vermerks.

01 Büro des Oberbürgermeisters

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		01 Büro des Oberbürgermeisters						
00004	010-0000	Fachbereichsleiter/in	1 A 16			1 B 2		
		0100 Steuerungsdienst						
04967	010-1000	Referatsleiter/in	1 A 15			1 A 16		
		0100.20 Terminsteuerung, Repräsentationen/Internationale Beziehungen						
neu	010-5000	Stellenleiter/in Wissensstafette		+ 1 A 12 kw 1)				
00102	010-5000	Sachbearbeiter/in Repräsentation	1 A 10			1 E 9a ku 1) A 10		
		0100.30 Grundsatzangelegenheiten						
01354	010-3000	Stellenleiter/in	1 E 12	1 E 13		1 E 12		
00003	010-3000	Sachbearbeiter/in Redeentwürfe, Redearchiv	1 A 13 gD			1 A 13		
		0103 Bezirksgeschäftsstellen						
		0103.30 Bezirksgeschäftsstelle Süd, Stöckheim						
01929	010-0103	Sachbearbeiter/in Bezirksgeschäftsstelle	1 A 8			1 E 8		
		0103.50 Bezirksgeschäftsstelle Mitte						
01973	010-0103	Sachbearbeiter/in Bezirksgeschäftsstelle, Aufgaben im Rahmen des Referates 0103	1 E 8 T 30			1 A 8 T 30		
		0120 Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung						
00120	012-0000	Referatsleiter/in	1 A 16			1 E 15		
		0120.11 Strategische Projekte						
00110	012-1000	Stellenleiter/in stellv. Referatsleiter/in	1 E 15	1 E 14				
		0120.20 Wahlen						
		0120.20/1 Wahl- und Abstimmungsorganisation						
00132	012-2010	Koordinator/in	1 A 11			1 E 10		
		0130 Kommunikation						
neu	013-0000	Sachbearbeiter/in Aufbau digitale Medien/ Social Media Redakteur/-in				+ 1 E 11 kw 2027		

01 Büro des Oberbürgermeisters

Nr. 00004	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
0100 Steuerungsdienst	
Nr. 04967	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
0100.20 Terminsteuerung, Repräsentationen/Internationale Beziehungen	
Nr. neu	Stellenschaffung für eine Wissensstafette für die Stellenleitung (mit kw 1)-Vermerk. Die Stellenleitung 0100.20 unterstützt den Oberbürgermeister als zentrale Schaltstelle bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben, insbesondere bei der Koordination, Vorbereitung und Abwicklung seiner Termine. Das Aufgabengebiet erstreckt sich auf alle Bereiche der Verwaltung sowie auf Bereiche außerhalb der Stadtverwaltung. Die Stellenleitung 0100.20 muss daher ohne Wissensverlust durchgängig arbeitsfähig sein.
Nr. 00102	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung und Anbringen eines ku 1)-Vermerks (künftig umzuwandeln) aufgrund einer beabsichtigten späteren Nachbesetzung.
0100.30 Grundsatzangelegenheiten	
Nr. 01354	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung. **Ergänzung:** Stellenausweisung entsprechend der künftigen Besetzung nach vorgesehener Umorganisation.
Nr. 00003	Stellenausweisung entsprechend der voraussichtlichen Besetzung und Bewertung.
0103 Bezirksgeschäftsstellen	
0103.30 Bezirksgeschäftsstelle Süd, Stöckheim	
Nr. 01929	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.
0103.50 Bezirksgeschäftsstelle Mitte	
Nr. 01973	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.
0120 Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung	
Nr. 00120	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.
0120.11 Strategische Projekte	
Nr. 00110	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
0120.20 Wahlen	
0120.20/1 Wahl- und Abstimmungsorganisation	
Nr. 00132	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.
0130 Kommunikation	
Nr. neu	Befristete Stellenschaffung für den Aufbau des TikTok-Kanals der Stadtverwaltung mit kw 2027)-Vermerk.

Fachbereich 10
1022 118 3

06 Baurecht, Stadtbild, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		06 Baurecht, Stadtbild, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft						
neu	006-0000	Sachbearbeiter/in für Bürokommunikation Vorzimmer		+ 1 E 6 üT T 19,5				
		0600 Baureferat						
		0600.20 Erschließungs- und Straßenausbaubeitragsrecht						
01677, 05568,	060-3200	Sachbearbeiter/in Erschließungs- und Straßenausbaubeiträge				- 2 A 10		
		0610 Stadtbild und Denkmalpflege						
03532	061-0000	stellv. Referatsleiter/in	1 A 14			1 E 14		
		0660 Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft						
neu	700-0012	Sachbearbeiter/in für Bürokommunikation Vorzimmer		+ 1 E 6 üT T 19,5				
		0660.20 Abfallwirtschaft, Deponie						
neu	700-0051	Techn. Sachbearbeiter/in Abfallwirtschaft				+ 1 E 11		

06 Baurecht, Stadtbild, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft

Nr. neu	Stellenschaffung für den FB 06, der zum 15. November 2023 gebildet wurde und bislang über kein eigenes Vorzimmer verfügt. Die Aufgabenentwicklung zeigt, dass die Schaffung einer Stelle für Vorzimmertätigkeiten im Umfang von T 19,5 erforderlich ist.
0600 Baureferat	
0600.20 Erschließungs- und Straßenausbaubeitragsrecht	
Nrn. 01677 und 05568	Stellenwegfälle aufgrund der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.
0610 Stadtbild und Denkmalpflege	
Nr. 03532	Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung
0660 Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft	
Nr. neu	Stellenschaffung für das Referat 0660, das zum 1. Januar 2022 gebildet wurde und bislang über kein eigenes Vorzimmer verfügt. Die Aufgabenentwicklung zeigt, dass die Schaffung einer Stelle für Vorzimmertätigkeiten im Umfang von T 19,5 erforderlich ist.
0660.20 Abfallwirtschaft, Deponie	
Nr. neu	Stellenschaffung für die Thematik Straßenreinigung inkl. Winterdienst sowie Abfallwirtschaft. Die aktuelle Laufzeit des Leistungsvertrags I (Straßenreinigung und Winterdienst) und des Leistungsvertrags II (Abfallwirtschaft) mit ALBA geht bis Ende 2030. Um sich Entscheidungs- und Gestaltungsoptionen offen zu halten (Vertragsverlängerung, Kündigung, Neuausschreibung oder Rekommunalisierung), soll die Thematik ab dem Jahr 2024 aufgenommen und intensiviert werden. Dadurch kann vom Referat 0660 eine Zukunftsstrategie (Leistungserbringung, Wirtschaftlichkeit, Personal usw.) für eine fähige Abfallwirtschaft und Straßenreinigung inkl. Winterdienst erstellt, zur Entscheidung vorgelegt und umgesetzt werden.

10 Zentrale Dienste

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertände-rung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		10 Zentrale Dienste						
		10.0 Verwaltung						
		10.01 Haushalt, Controlling, Poststelle						
		10.01.1 Poststelle						
06728	100-0021	Sachbearbeiter/in Zentraler Postein- u. -ausgang	1 E 5 Sp*)	1 E 5				
06880, 07078	100-0021	Sachbearbeiter/in Zentraler Postein- u. -ausgang	2 E 5 Sp*)			2 E 5		
neu	100-0021	Sachbearbeiter/in Zentraler Postein- u. -ausgang Sp*) Freigabe in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung		+ 2 E 5 Sp*)		2 E 5		
01476, 01477, 01479	100-0021	Sachbearbeiter/in Zentraler Postein- u. -ausgang	3 E 4			3 E 5		
		10.03 Interner Service, Schaden- und Versicherungsangelegenheiten						
		10.03.1 SG 1 Interner Service						
05191	100-0031	Sachbearbeiter/in Personalangelegenheiten des FB, Nds. Ehrenamtskarte, Wappen, Dienstsiegelangelegenheiten	1 A 9 mD T 35			1 E 9a T 35		
		10.03.2 SG 2 Schaden- und Versicherungsangelegenheiten						
01517	100-0032	Sachbearbeiter/in Schaden- und Versicherungsangelegenheiten	1 A 10 T 20			1 E 9c T 19,5		
		10.1 Personalbetreuung, -entwicklung und -kostenabrechnung						
01547	100-1000	Abteilungsleiter/in	1 A 15			1 E 15		
		10.11 Personalbetreuung Beamte						
04968	100-1100	Sachbearbeiter/in Personalbetreuung	1 A 11 T 10	1 A 10 T 10				
		10.12 Personalbetreuung Beschäftigte						
01562	100-1200	Sachbearbeiter/in Personalbetreuung	1 A 10			1 E 9b		
02369	100-1200	Sachbearbeiter/in Personalbetreuung	1 A 10			1 E 9b		
01573	100-1200	Sachbearbeiter/in Personalbetreuung	1 A 10			1 E 9b		

10 Zentrale Dienste

10.0 Verwaltung

10.01 Haushalt, Controlling, Poststelle

10.01.1 Poststelle

Nr. 06728, 06880, 07078	Freigabe des Sperrvermerks für die Realisierung der DMS- und Digitalisierungsmaßnahmen und der damit verbundenen Aufgabe des zentralen Einscannens der eingehenden Post.
Nr. neu	Stellenschaffung für die Zentrale Poststelle der Stadt, sukzessive zur Fortschreitung der Realisierung der DMS- und Digitalisierungsmaßnahmen und der damit verbundenen Aufgabe des zentralen Einscannens der eingehenden Post. Zwei weitere Stellenschaffungen erfolgen in 2026. Aufgrund der sukzessiven Umsetzung wird die Stellenschaffung mit einem Sperrvermerk versehen, Freigabe in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung. **Ergänzung:** Stellenschaffung ohne Sperrvermerk aufgrund der fortgeschrittenen Aufgabenentwicklung.
Nrn. 01476, 01477, 01479	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

10.03 Interner Service, Schaden- und Versicherungsangelegenheiten

10.03.1 SG 1 Interner Service

Nr. 05191	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.

10.03.2 SG 2 Schaden- und Versicherungsangelegenheiten

Nr. 01517	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.

10.1 Personalbetreuung, -entwicklung und -kostenabrechnung

Nr. 01547	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.

10.11 Personalbetreuung Beamte

Nr. 04968	Stellenumwandlung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung und Besetzung.

10.12 Personalbetreuung Beschäftigte

Nrn. 01562, 02369, 01573	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.

10 Zentrale Dienste

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertände-rung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		10.13.2 SG 2 Tarifentgelte						
01584	100-1300	Sachbearbeiter/in Tarifentgelte	1 A 8 T 30			1 E 8 T 30		
06668	100-1300	Sachbearbeiter/in Tarifentgelte	1 A 8 T 19,5			1 E 8 T 19,5		
06887	100-1300	Sachbearbeiter/in Tarifentgelte Sp*) Freigabe in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung	1 A 8 T 30 Sp*)			1 A 8 T 30		
		10.14 Ausbildung						
01538	100-1400	Stellenleiter/in	A 11			A 12		
neu	100-1400	Sachbearbeiter/in				+ 1 A 10		
neu	100-1400	Sachbearbeiter/in Ausbildungszentrum Sp*) Freigabe in Abhängigkeit von der tatsächlichen Umsetzung.				+ 1 A 10 Sp*)		
		10.2 Personalwirtschaft und Organisation						
		10.21 Personalwirtschaft						
neu	100-2100	Sachbearbeiter/-in Personalwirtschaft		+ 1 A 10				
06350	100-2100	Sachbearbeiter/-in Personalwirtschaft	1 A 10			1 E 9c		
		10.4 Informations- und Kommunikationstechnologie						
		10.40 IuK-Konzeption und -Steuerung, Internet						
01998	100-4000	Sachbearbeiter/in Lizenzmanagement	1 A 11			1 E 11		
		10.44 IuK-Anwenderbetreuung, Bestandsverwaltung						
		10.44.1 Software, Support						
04417	100-4400	Sachgebietsleiter/in	1 A 11			1 E 13		
neu	100-4400	Sachbearbeiter/in		+ 1 E 11				
neu	100-4400	Sachbearbeiter/in Sp*) Freigabe in Abhängigkeit von der Realisierung der Zwei-Faktor-Authentifizierung.				+ 1 E 11 Sp*)		
		10.45 Telekommunikations- und Netztechnik						
neu	100-4500	Techn. Sachbearbeiter/in		+ 2 E 9b		2 E 9a		

10.13.2.SG 2 Tarifentgelte

Nrn. 01584, 06668	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung
Nr. 06887	Freigabe des Sperrvermerks, weil der Mehraufwand bei der Aufgaben- und Fallzahlenentwicklung eingetreten ist.

10.14 Ausbildung

Nr. 01538	Stellenhebung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund der Aufgabenentwicklung in den städtischen Ausbildungsbereichen.
Nr. neu	Stellenschaffung für den Aufbau eines städtischen Ausbildungszentrums zur Optimierung und Verstetigung der Personalgewinnung und Personalbindung bei der Stadt Braunschweig mit Sperrvermerk.

10.2 Personalwirtschaft und Organisation

10.21 Personalwirtschaft

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund der Fallzahlenentwicklung bei den städtischen Stellenausschreibungen.
Nr. 06350	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.

10.4 Informations- und Kommunikationstechnologie

10.40 IuK-Konzeption und -Steuerung, Internet

Nr. 01988	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.

10.44 IuK-Anwenderbetreuung, Bestandsverwaltung

10.44.1 Software, Support

Nr. 04417	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund des Mehrbedarfs durch gestiegene Fallzahlen, insbesondere im Bereich Telearbeit und mobiles Arbeiten.
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund des Mehrbedarfs durch gestiegene Fallzahlen, insbesondere im Bereich Telearbeit und mobiles Arbeiten mit Sperrvermerk.

10.45 Telekommunikations- und Netztechnik

Nrn. neu	Stellenschaffungen aufgrund eines Mehrbedarfs durch gestiegene Fallzahlen im Bereich der Telekommunikation (Anzahl der städtischen Beschäftigten) und dezentrale Anforderungen zur IT-Ausstattung in städtischen Liegenschaften (u. a. Digitalisierung Kitas, WLAN in Besprechungsräumen und der Stadtbibliothek) sowie das Erfordernis der ständigen Verfügbarkeit der Systeme im Zusammenhang mit der Digitalisierung (z. B. OZG).

Fachbereich 10
1022 118 3

20 Finanzen

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		20 Finanzen						
		20.1 Haushalt, Beteiligungen						
		20.1.1 SG 1 Investitionssteuerungsverfahren (ISV)						
03884	200-1040	Sachbearbeiter/in Investitionssteuerung, Sonderaufgaben	1 A 11 T 20			1 E 10 T 19,5		
		20.11 Planungskoordination, Bewirtschaftung						
03887	200-1110	Sachbearbeiter/in Planung Ergebnishaushalt für mehrere Teilhaushalte, ILV, Zusammenstellung Haushaltsplan und Jahresabschluss	1 A 10	1 E 9c				
03874	200-1110	Sachbearbeiter/in KLR, ILV, Strategische Planung, Betreuung des SAP-Moduls CO	1 A 11	1 E 10				
		20.12 Investitionsplanung						
03881	200-1130	Sachbearbeiter/in Investitionsplanung (Finanzhaushalt)	1 A 11			1 E 10		
		20.13 Beteiligungsmanagement						
04537	200-1030	Sachbearbeiter/in Gesellschaften, ÖPNV-Themen	1 A 12			1 E 11		
		20.2 Liegenschaften						
		20.21 Grundstücksverkehr						
06741	200-2100	Stellenleiter/in		- 1 A 12 kw 1)				
05737	200-2100	Sachbearbeiter/in Ankauf, Verkauf und Tausch von Grundstücken	1 A 11 T 31			1 A 11 T 21		
						1 A 12 T 10	- 1 A 12 T 10	
03808	200-2100	Sachbearbeiter/in Ankauf, Verkauf und Tausch von Grundstücken	1 A 11			1 E 10		
06363	200-2100	Sachbearbeiter/in Ankauf, Verkauf und Tausch von Grundstücken	1 A 11	1 E 10				

20 Finanzen

20.1 Haushalt, Beteiligungen

20.1.1 SG 1 Investionssteuerungs-verfahren (ISV)

Nr. 03884	Stellenausweisung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.

20.11 Planungskoordination, Bewirtschaf-tung

Nrn. 03887 u. 03874	Stellenausweisung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.

20.12 Investitionsplanung

Nr. 03881	Stellenausweisung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.

20.13 Beteiligungsmanagement

Nr. 04537	Stellenausweisung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.

20.2 Liegenschaften

20.21 Grundstücksverkehr

Nr. 06741	Stellenwegfall durch Realisierung des kw 1) - Vermerkes.
Nr. 05737	Verlegung von Stellenanteilen zu 05519 entsprechend der Besetzung.
Nrn. 03808 und 06363	Stellenausweisung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.

20 Finanzen

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		20.22 Grundstücksverwaltung						
03826	200-2200	Stellenleiter/in	1 A 13 gD ku 1) A 12			1 A 12		
03834	200-2200	Sachbearbeiter/in Nutzungsvergabe städtische Freiflächen für Veranstaltungen und Baustelleneinrichtungen, Verwaltung Blockbinnenhöfe	1 E 8	1 A 8				
03833	200-2200	Sachbearbeiter/in Verwaltung von Erbbaurechten, Verwaltung des Reisemobilstellplatzes, Verwaltung BgA Großmarkt	1 A 10			1 E 9c		
		20.3 Steuern						
		20.32 Grundbesitzabgaben, Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer						
01720	200-3200	Sachbearbeiter/in Grundbesitzabgaben, Hundesteuer	1 A 8			1 E 8		
06897	200-3200	Sachbearbeiter/in Zweitwohnungssteuer Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung	1 A 8 Sp*)	1 A 8				
06601	200-3200	Sachbearbeiter/in Zweitwohnungssteuer	1 A 10	1 A 9 mD				
		20.4 Stadtkasse, Vollstreckung, Treasury- und Kreditmanagement						
		20.41 Buchhaltung, Zahlungsverkehr						
		20.41 SG 1 Debitoren						
03909	200-4110	Kontenführer/in Debitorenbuchhaltung	1 A 8 ku 1) A 7			1 E 7		
03920	200-4110	Kontenführer/in Debitorenbuchhaltung	1 A 7	1 E 7				
03911	200-4110	Kontenführer/in Debitorenbuchhaltung, Owi	1 A 8 T 25 ku 1) A 7 T 25			1 A 8 T 39 ku 1) A 7 T 39	+ 1 A 8 T 14 ku 1) A 7 T 14	

20.22 Grundstücksverwaltung

Nr. 03826	Realisierung des ku 1) Vermerkes.
Nrn. 03834 und 03833	Stellenausweisung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.

20.3 Steuern

20.32 Grundbesitzabgaben, Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer

Nr. 01720	Stellenausweisung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.
Nr. 06897	Freigabe des Sperrvermerkes aufgrund der eingetretenen Aufgabenentwicklung (Fallzahlen).
Nr. 06601	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

20.4 Stadtkasse, Vollstreckung, Treasury- und Kreditmanagement

20.41 Buchhaltung, Zahlungsverkehr

20.41 SG 1 Debitoren

Nr. 03909	Stellenumwandlung entsprechend der Bewertung und Ausweisung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.
Nr. 03920	Stellenausweisung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.
Nr. 03911	Verlegung von Stellenanteilen von 03894 entsprechend der Besetzung.

20 Finanzen

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		20.41 SG 2 Kreditoren						
04973	200-4120	Sachbearbeiter/in Kreditorenbuchhaltung und Verrechnung	1 A 8 T 20 ku 1) A 7 T 20	1 A 7 T 20		1 E 7 T 19,5		
06366	200-4120	Sachbearbeiter/in Kreditorenbuchhaltung	1 A 7	1 E 7				
03894	200-4120	Kassenbote/-botin Parkuhrenleerung, Aktenverwaltung, innere Verwaltung	1 E 4			1 E 4 T 25 1 A 8 T 14 ku 1) A 7 T 14	- 1 A 8 T 14 ku 1) A 7 T 14	
		20.42 Treasury- und Kreditmanagement						
05519	200-4400	Stellenleiter/in	1 A 12 T 25			1 A 12 T 35	+ 1 A 12 T 10	
		20.43 Vollstreckung						
03926	200-4300	Sachgebietsleiter/in Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen, Insolvenzverfahren, außergerichtliche Schuldenregulierung, eidesstattliche Versicherungen	1 E 10			1 A 11		
03931	200-4300	**bisher:** Sachbearbeiter/in **künftig:** Sachgebietsleiter/in	1 A 8			1 A 10		
06077	200-4300	Sachbearbeiter/in	1 A 8 T 30	1 A 8				
06079	200-4300	Sachbearbeiter/in Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung	1 A 8 T 48 Sp*)	1 A 8 T 48				
		20.5 Jahresabschluss, Sonderrechnungen						
		20.51 Jahresabschluss, KGA, Anlagenbuchhaltung, Stadt als Steuerschuldnerin						
03883	200-5100	Sachbearbeiter/in Anlagenbuchhaltung	1 A 11 T 20			1 A 11 T 10 1 A 12 T 10	- 1 A 12 T 10	
03861	200-5100	Sachbearbeiter/in Stadt als Steuerschuldnerin	1 A 12 T 30			1 A 12	+ 1 A 12 T 10	

20.41 SG 2 Kreditoren

Nr. 04973	Stellenumwandlung entsprechend der Bewertung und Ausweisung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.
Nr. 06366	Stellenausweisung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.
Nr. 03894	Verlegung von Stellenanteilen zu 03911 entsprechend der Besetzung.

20.42 Treasury- und Kreditmanagement

Nr. 05519	Verlegung von Stellenanteilen von 05737 entsprechend der Besetzung.

20.43 Vollstreckung

Nr. 03926	Stellenausweisung entsprechend der tatsächlichen Besetzung, Bewertung offen.
Nr. 03931	Stellenumwandlung für die Bildung eines 2. Sachgebietes zur Optimierung der Aufgabenerledigung und der Personalauslastung, Bewertung offen.
Nr. 06077	Stundenaufstockung aufgrund der Fallzahlensteigerung bei den Pfändungsbeträgen.
Nr. 06079	Freigabe des Sperrvermerkes aufgrund der Fallzahlsteigerung im Zusammenhang mit der Ausweitung der Geschwindigkeitsüberwachung.

20.5 Jahresabschluss, Sonderrechnungen

20.51 Jahresabschluss, KGA, Anlagenbuchhaltung, Stadt als Steuerschuldnerin

Nr. 03883	Verlegung von Stellenanteilen zu 03861 entsprechend der Besetzung.
Nr. 03861	Verlegung von Stellenanteilen von 03883 entsprechend der Besetzung.

Fachbereich 10
1022 118 3

32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit						
		32.1 Ordnungsamt						
		32.10 Allgemeines Ordnungsrecht						
06200	320-1010	Sachbearbeiter/in Sicherstellung von Kraftfahrzeugen, ZOD-Innendienst					+ 1 A 8	
02388	320-1010	Sachbearbeiter/in Fundbüro	1 A 7			1 E 7		
		32.11 Versammlungs-, Waffen-, Sprengstoff- und Jagdrecht						
05382	320-1011	Sachbearbeiter/in Versammlungsrecht	1 A 10			1 E 9b		
		32.12 Gewerbeangelegenheiten						
02059	320-1012	Sachbearbeiter/in gewerberechtliche Angelegenheiten, Prostituiertenschutzgesetz	1 A 10			1 E 9b		
		32.13 Bekämpfung der Schwarzarbeit, Marktwesen						
02084	320-1013	Sachbearbeiter/in Schwarzarbeit	1 A 8			1 A 10		
02086	320-1013	Sachbearbeiter/in Schwarzarbeit	1 E 9b T 30,39			1 A 10 T 30,39		
		32.15 Zentraler Ordnungsdienst						
04583, 05380,	320-1012	**bisher:** Sachbearbeiter/in Mobiler Umweltdienst	2 E 6					
		künftig: Vollzugsbeamter/-beamtin Ermittlungs- und Vollzugsdienst				2 A 8		
		32.2 Bußgeldabteilung						
		32.21.3 SG 3 Verwarnungen, Bußgelder ruhender Verkehr						
06200	320-2100	Sachbearbeiter/in Überwachung des ruhenden Verkehrs	1 A 7			1 A 8	- 1 A 8	
		32.22.1 SG 1 Verwarnungen, Bußgelder, fließender Verkehr						
02296	320-2200	Sachbearbeiter/in Überwachung des fließenden Verkehrs	1 A 10 T 20			1 E 9c T 19,5		

32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

32.1 Ordnungsamt

32.10 Allgemeines Ordnungsrecht

Nr. 06200	Stellenverlegung von 32.21.3 in Anpassung an die Aufgabenwahrnehmung.
Nr. 02388	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.

32.11 Versammlungs-, Waffen- , Sprengstoff- und Jagdrecht

Nr. 05382	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung vorbehaltlich abschließender Bewertung.

32.12 Gewerbeangelegenheiten

Nr. 02059	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.

32.13 Bekämpfung der Schwarzarbeit, Marktwesen

Nr. 02084	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
Nr. 02086	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

32.15 Zentraler Ordnungsdienst

Nrn. 04583 und 05380	Stellenausweisung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung.

32.2 Bußgeldabteilung

32.21.3 SG 3 Verwarnungen, Bußgelder ruhender Verkehr

Nr. 06200	Stellenverlegung nach 32.10 und Wertänderung in Anpassung an die Aufgabenwahrnehmung.

32.22.1 SG 1 Verwarnungen, Bußgelder, fließender Verkehr

Nr. 02296	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.

32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		32.22.2 SG 2 Verwarnungen, Bußgelder, fließender Verkehr						
neu	320-2200	Sachbearbeiter/in Überwachung des fließenden Verkehrs Sp*) Freigabe in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung				+ 1 A 8 Sp*)		
02302	320-2200	Sachbearbeiter/in Überwachung des fließenden Verkehrs	1 A 8			1 E 8		
		32.3 Straßenverkehrsabteilung						
		32.3/1 AG Verwaltung						
02310	320-3100	Sachbearbeiter/in Haushalt	1 E 5 T 30	1 E 5	+ 1 E 5 T 9	1 E 6		
02313	320-3100	Sachbearbeiter/in Haushalt	1 E 5			1 E 6		
		32.32 Allgemeine Zulassungen						
02342	320-3200	Sachbearbeiter/in Zulassungen	1 A 7			1 A 8	- 1 A 8	
		32.33 Händlerzulassungen, Abnahme						
02348	320-3300	Sachbearbeiter/in Zulassungen	1 E 5	1 E 6				
05523	320-3200	Sachbearbeiter/in Zulassungen	1 E 6	1 E 6 T 30				
				1 E 5 T 9	- 1 E 5 T 9			
02342	320-3300	Sachbearbeiter/in Koordination					+ 1 A 8	
		32.4 Bürgerangelegenheiten						
		32.41.1 SG 1 Bürgerangelegenheiten						
02370	320-4100	Sachbearbeiter/in Schaltersachbearbeitung	1 E 6	- 1 E 6 T 19,5				
				1 A 8 T 20	- 1 A 8 T 20			
02355	320-4100	Sachbearbeiter/in Bürgerberatungsstelle Rathaus	1 A 8 T 20	1 A 8	+ 1 A 8 T 20			
06922, 06923, 06924, 06925,	320-4100	Sachbearbeiter/in Schaltersachbearbeitung Sp*) Freigabe in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung	4 A 7 Sp*)			4 A 8 Sp*)	- 4 A 8 Sp*)	
06926	320-4100	Sachbearbeiter/in Schaltersachbearbeitung Sp*) Freigabe in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung	1 A 7 Sp*)			1 A 8	- 1 A 8	

32.22.2 SG 2 Verwarnungen, Bußgelder, fließender Verkehr

Nr. neu	Stellenschaffungen aufgrund der Fallzahlensteigerung bei Einlassungen und Einsprüchen bei Ordnungswidrigkeiten- und Bußgeldverfahren mit Sperrvermerk..
Nr. 02302	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.

32.3 Straßenverkehrsabteilung

32.3/1 AG Verwaltung

Nr. 02310	Verlegung von Stellenanteilen von StVPl.-Nr. 05523 entsprechend der Aufgabenwahrnehmung. **Ergänzung:** Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
Nr. 02313	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

32.32 Allgemeine Zulassungen

Nr. 02342	Stellenverlegung nach 32.33 und Wertänderung in Anpassung an die Aufgabenwahrnehmung, vorbehaltlich abschließender Bewertung.

32.33 Händlerzulassungen, Abnahme

Nr. 02348	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
Nr. 05523	Verlegung von Stellenanteilen zu StVPl.-Nr. 02310 (32.3/1 AG Verwaltung) im Zusammenhang mit der tatsächlichen Aufgabenwahrnehmung.
Nr. 02342	Stellenverlegung von 32.32 in Anpassung an die Aufgabenwahrnehmung, weil die Fallzahlen der Händlerzulassungen seit 2018 stetig zunehmen.

32.4 Bürgerangelegenheiten

32.4.1 SG 1 Bürgerangelegenheiten

Nr. 02370	Verlegung von Stellenanteilen zu StVPl.-Nr. 02355 zur Wahrnehmung und Sicherstellung der Vertretung der Aufgaben in der Bürgerberatungsstelle und Stellenwegfall von Stellenanteilen.
Nr. 02355	Verlegung von Stellenanteilen von StVPl.-Nr. 02370 zur Wahrnehmung und Sicherstellung der Vertretung der Aufgaben in der Bürgerberatungsstelle.
Nrn. 06922, 06923, 06924, 06925,	Stellenverlegungen von 4 Stellen nach 32.42.2 SG 2 Einbürgerung, Servicestelle für Studierende und Wissenschaftler aufgrund der zu erwartenden Fallzahlensteigerung im Zusammenhang mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) und der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes mit Sperrvermerk.
Nr. 06926	Freigabe des Sperrvermerkes und Stellenverlegung nach 32.42.2 SG 2 Einbürgerung, Servicestelle für Studierende und Wissenschaftler aufgrund der zu erwartenden Fallzahlensteigerung im Zusammenhang mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) und der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes.

32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		noch: 32.41.1 SG 1 Bürgeran-gelegenheiten						
02365	320-4100	Sachbearbeiter/in Schaltersachbearbeitung	1 E 6				- 1 E 6	
		32.41.2 SG 2 Bürgerangele-genheiten						
02375	320-4100	Sachbearbeiter/in Schaltersachbearbeitung	1 A 7			1 E 6		
		32.41.3 SG 3 Verwaltung						
02365	320-4300	Sachbearbeiter/in					+ 1 E 6	
		32.42 Ausländerangelegenhei-ten						
		32.42.1 SG 1 Allgemeine Aus-länderangelegenheiten						
05524	320-4200	**bisher:** Sachbearbeiter/in Ausländerangelegenheiten	1 A 10					
		künftig: Sachgebietsleiter/in				1 A 11		
05745	320-4200	**bisher:** Sachbearbeiter/in Ausländerangelegenheiten	1 A 10					
		künftig: Sachgebietsleiter/in				1 A 11		
06928	320-4200	**bisher:** Sachbearbeiter/in Ausländerangelegenheiten	1 A 10					
		künftig: Sachgebietsleiter/in*)				1 A 11*)		
		*) Stellenhebung und Funktion vorbehaltlich der Aufgaben-wahrnehmung und voraussicht-lichen Bewertung.						
		32.42.2 SG 2 Einbürgerung, Servicestelle für Studierende und Wissenschaftler						
06922, 06923, 06924, 06925,	320-4100	Sachbearbeiter/in Sp*) Freigabe in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung					+ 4 A 8 Sp*)	
06926	320-4100	Sachbearbeiter/in					+ 1 A 8	
neu	320-4200	Sachbearbeiter/in				+ 3 A 8		
		32.5 Veterinärwesen, Verbrau-cherschutz						
05749	320-5000	Sachbearbeiter/in	1 E 5	1 E 6				

noch: 32.41.1 SG 1 Bürgerangelegenheiten	
Nr. 02365	Stellenverlegung nach 32.41.3 in Anpassung an die Aufgabenwahrnehmung.
32.41.2 SG 2 Bürgerangelegenheiten	
Nr. 02375	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.
32.41.3 SG 3 Verwaltung	
Nr. 02365	Stellenverlegung von 32.41.1 in Anpassung an die Aufgabenwahrnehmung, vorbehaltlich abschließender Bewertung.
32.42 Ausländerangelegenheiten	
32.42.1 SG 1 Allgemeine Ausländerangelegenheiten	
Nrn. 05524 u. 05745	Stellenumwandlung für die Bildung zwei weiterer Sachgebiete zur Optimierung der Aufgabenerledigung, Bewertung offen.
Nr. 06928	Stellenumwandlung für die optionale Bildung eines weiteren Sachgebietes zur Optimierung der Aufgabenerledigung vorbehaltlich der Aufgabenentwicklung, Bewertung offen.
32.42.2 SG 2 Einbürgerung, Servicestelle für Studierende und Wissenschaftler	
Nrn. 06922, 06923, 06924, 06925,	Stellenverlegungen von 32.41.1 in Anpassung an die Aufgabenwahrnehmung und Fallzahlenentwicklung aufgrund der zu erwartenden Fallzahlensteigerung im Zusammenhang mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) und der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes mit Sperrvermerk.
Nr. 06926	Stellenverlegung von 32.41.1 in Anpassung an die Aufgabenwahrnehmung und Fallzahlenentwicklung aufgrund der zu erwartenden Fallzahlensteigerung im Zusammenhang mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) und der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes.
Nrn. neu	Stellenschaffungen aufgrund der zu erwartenden Fallzahlensteigerung im Zusammenhang mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) und der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes.
32.5 Veterinärwesen, Verbraucherschutz	
Nr. 05749	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		32.5.2 SG 2 Verbraucherschutz						
02708	320-5020	Sachbearbeiter/in Lebensmittelüberwachung	1 A 10			1 A 9 mD		
02712	320-5020	Sachbearbeiter/in Lebensmittelüberwachung	1 A 9 mD			1 A 10		
		32.6 Standesamt						
		32.6.2 SG 2 Geburten- und Sterberegister, Personen-standsurkunden						
06206	320-6200	**bisher:** Sachbearbeiter/in Geburten- und Sterberegister, Standesbeamter/-beamtin	1 A10					
		künftig: Stellenleiter/in, Standesbeamter/-beamtin				1 A 11		
06764	320-6200	Sachbearbeiter/in Geburten- u. Sterberegister, Standesbeamter/-beamtin	1 A 10 Sp*)	1 A 10				
07081	320-6200	Sachbearbeiter/in Geburten- u. Sterberegister, Standesbeamter/-beamtin Sp*) Freigabe in Abhängigkeit der Fallzahlentwicklung	1 A 8 Sp*)	1 A 8				
neu	320-6200	Sachbearbeiter/in Geburten- und Sterberegister, Standesbeamter/-beamtin Sp*) Freigabe in Abhängigkeit der Fallzahlentwicklung				+ 1 A 10 Sp*)		
02729	320-6200	Sachbearbeiter/in Geburten- u. Sterberegister, Standesbeamter/-beamtin	1 A 10 T 25			1 E 9c T 25		

32.5.2 SG 2 Verbraucherschutz

Nrn. 02708 und 02712	Stellenausweisungen entsprechend der Bewertung.

32.6 Standesamt

32.6.2 SG 2 Geburten- und Sterberegister, Personenstandsurkunden

Nr. 06206	Stellenumwandlung für die Bildung einer Stelle zur Optimierung der Aufgabenerledigung, Bewertung offen.
Nrn. 06764 und 07081	Freigabe der Sperrvermerke aufgrund der eingetretenen Aufgabensteigerung.
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund des erwarteten Mehraufwands durch die Reform des Namensrechts und des Gesetzes zur Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag sowie für die Nacherfassung von Altakten mit Sperrvermerk.
Nr. 02729	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.

37 Feuerwehr

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		37 Feuerwehr						
00151	370-0000	Fachbereichsleiter/in	1 A 16	1 B 2				
06765	370-0000	Wiss. Sachbearbeiter/in Projekt GAIA-X		- 1 E 13 kw 4)				
		37.0 Verwaltung und Trägeraufgaben Rettungsdienst						
		37.01 Allgemeine Verwaltung und Organisation						
00153	370-0100	Stellenleiter/in allgem. Verwaltungsaufgaben, Geschäftsführung Ausschuss für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung	1 A 11	1 A 12				
neu	370-0100	Sachbearbeiter/in Personal		+ 1 A 10 T 20				
neu	370-0100	Sachbearbeiter/in Personal		+ 1 A 9 mD				
		37.02 Finanzen						
06938	370-0200	Sachbearbeiter/in Rettungsdienstabrechnung Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung	1 E 5 T 19,5 kw 4) Sp*)			1 E 5 T 19,5 kw 4)		
neu	370-0200	Sachbearbeiter/in Rettungsdienstabrechnung		+ 1 E 5 kw 4)				
neu	370-0200	Sachbearbeiter/in Rettungsdienstabrechnung				+ 1 E 5 T 19,5 kw 4)		
neu	370-0200	Sachbearbeiter/in Rettungsdienstabrechnung				+ 1 E 5 kw 4)		
		37.04 Qualitätsmanagement						
00484	370-0400	**bisher:** Stellenleiter/in Lagedienstführer/in Qualitätsmanagement **künftig:** Sachgebietsleiter 37.01 SG 2 C-Dienst Qualitätsmanagement	1 A 12	1 A 11				
		37.1 Einsatz						
		37.11 Hauptfeuerwache						
00360	370-1100	Hauptbrandmeister/in Wachabteilung, Fahrzeugführer/in RTW und NEF-Führungsassistent/in	1 A 9 mD kw 4)			1 A 9 mD		
00352	370-1100	Hauptbrandmeister/in Wachabteilung, Gruppenführer/in	1 A 9 mD kw 4)			1 A 9 mD		

37 Feuerwehr

Nr. 00151	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung nach Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen.
Nr. 06765	Stellenwegfall durch Realisierung des kw 4)-Vermerks nach Ende des Projektes GAIA-X zum 01.10.2024.

37.0 Verwaltung und Trägeraufgaben Rettungsdienst

37.01 Allgemeine Verwaltung und Organisation

Nr. 00153	Stellenausweisung vorbehaltlich der voraussichtlichen Bewertung nach Umorganisation der Stelle 37.01 und der Stelle 37.04.
Nrn. neu	Stellenschaffungen aufgrund eines Mehrbedarfs im Bereich Personalangelegenheiten durch gestiegene Beschäftigtenzahlen. Im Zeitraum 2015 bis 2024 sind die Beschäftigtenzahlen im FB 37 von rd. 364,5 Stellen auf 462,0 Stellen gestiegen (+26,7 %). Der Personalbestand in der Stelle 37.01 ist im gleichen Zeitraum von 5,00 Stellen auf 4,75 Stellen gesunken. Ausgehend von den 5,00 Stellen im Jahr 2015 müssten 2024 für Personalangelegenheiten 6,3 Stellen (vorhanden 4,7) zur Verfügung stehen. Pflichtaufgabe.

37.02 Finanzen

Nr. 06938	Wegfall des Sperrvermerks, da der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) dauerhaft auf eine Besetzung der Stelle mit eigenem Personal verzichtet hat. Kostenerstattung durch Krankenkassen (kw 4)-Vermerk.
Nrn. neu	Stellenschaffung aufgrund eines Mehrbedarfs im Bereich Rettungsdienstabrechnung aufgrund gestiegener Einsatzzahlen (Bearbeitungsrückstand derzeit 6 Monate) und für eine vorgeschaltete Datenkontrolle der Rettungsdiensteinsätze. Die E 5 kw 4) T 19,5 Stelle war bisher mit Personal des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) und eine E 5 kw 4) Vollzeitstelle mit Personal des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) besetzt. Pflichtaufgabe. Kostenerstattung durch Krankenkassen (kw 4)-Vermerk).

37.04 Qualitätsmanagement

Nr. 00484	Stellenausweisung vorbehaltlich der voraussichtlichen Bewertung nach Umorganisation der Stelle 37.01 und der Stelle 37.04.

37.1 Einsatz

37.11 Hauptfeuerwache

Nrn. 00360 und 00352	Streichung des kw 4)-Vermerks wegen Fortfall der Kostenerstattung durch die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH. Die Aufgabe des Flughafenbrandschutzes vor Ort wird nicht mehr wahrgenommen. Im Rahmen der Organisationsuntersuchung im Jahr 2017 hatte der Gutachter empfohlen, die Besetzung der Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeuge (HLF) von 5 auf 6 Einsatzkräfte - entsprechend der Empfehlung der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren („AGBF-Schutzziel“) - anzuheben. Das durch den Wegfall des Flughafenbrandschutzes freigesetzte Personal wurde für die Erhöhung der Personalstärke auf 3 HLF´s verwendet (DS 17-05566, Umsetzung des Gutachtens zur Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans).

37 Feuerwehr

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		noch: 37.11 Hauptfeuerwache						
00355	370-1100	Hauptbrandmeister/in Wachabteilung, Gruppenführer/in	1 A 9 mD kw 4)			1 A 9 mD		
00364	370-1100	Brandmeister/in Wachabteilung	1 A 7 kw 4)			1 A 7		
		37.12 Feuerwache Süd						
00175	370-1200	Stellenleiter/in Wachvorsteher/in SW **bisher:** B-Dienst **künftig:** C-Dienst	1 A 13 gD Z	1 A 12				
00359	370-1200	Hauptbrandmeister/in Wachabteilung, Fahrzeugführer/in RTW und NEF-Führungsassistent/in	1 A 9 mD kw 4)			1 A 9 mD		
00363	370-1200	Hauptbrandmeister/in Wachabteilung, Praxisanleiter/in Notfallsanitäter/in	1 A 9 mD kw 4)			1 A 9 mD		
00358	370-1200	Hauptbrandmeister/in Wachabteilung, Praxisanleiter/in Notfallsanitäter/in	1 A 9 mD kw 4)			1 A 9 mD		
00353	370-1200	Hauptbrandmeister/in Wachabteilung, Gruppenführer/in	1 A 9 mD kw 4)			1 A 9 mD		
00356	370-1200	Hauptbrandmeister/in Wachabteilung, Gruppenführer/in	1 A 9 mD kw 4)			1 A 9 mD		
00361	370-1200	Oberbrandmeister/in Wachabteilung, Truppführung	1 A 8 kw 4)			1 A 8		
00362	370-1200	Brandmeister/in Wachabteilung	1 A 7 kw 4)			1 A 7		
		37.2 Planende Gefahrenabwehr						
		37.23 Bevölkerungsschutz						
06522	370-2300	Sachbearbeiter/in **bisher:** Bevölkerungsschutz **künftig:** Kerntechnische Notfallvorsorge	1 E 10 T 19,5 kw 4)	1 E 11 T 19,5 kw 4)				
06771	370-2300	Sachbearbeiter/in **bisher:** Bevölkerungsschutz **künftig:** Kerntechnische Notfallvorsorge	1 E 10 T 19,5	1 E 11 T 19,5				
neu	370-2300	Sachbearbeiter/in Bevölkerungsschutzlager		+ 2 E 6				

noch: 37.11 Hauptfeuerwache

Nrn. 00355 und 00364	Streichung des kw 4)-Vermerks wegen Fortfall der Kostenerstattung durch die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH. Die Aufgabe des Flughafenbrandschutzes vor Ort wird nicht mehr wahrgenommen. Im Rahmen der Organisationsuntersuchung im Jahr 2017 hatte der Gutachter empfohlen, die Besetzung der Hilfeleistungslöschgruppen-fahrzeuge (HLF) von 5 auf 6 Einsatzkräfte - entsprechend der Empfehlung der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren („AGBF-Schutzziel“) - anzuheben. Das durch den Wegfall des Flughafen-brandschutzes freigesetzte Personal wurde für die Erhöhung der Personalstärke auf 3 HLF´s verwendet (DS 17-05566, Umsetzung des Gutachtens zur Fortschreibung des Feuerwehrbe-darfsplans).

37.12 Feuerwache Süd

Nr. 00175	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
Nrn. 00359, 00363, 00358, 00353, 00356, 00361, 00362	Streichung des kw 4)-Vermerks wegen Fortfall der Kostenerstattung durch die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH. Die Aufgabe des Flughafenbrandschutzes vor Ort wird nicht mehr wahrgenommen. Im Rahmen der Organisationsuntersuchung im Jahr 2017 hatte der Gutachter empfohlen, die Besetzung der Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeuge (HLF) von 5 auf 6 Einsatzkräfte - entsprechend der Empfehlung der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren („AGBF-Schutzziel“) - anzuheben. Das durch den Wegfall des Flughafen-brandschutzes freigesetzte Personal wurde für die Erhöhung der Personalstärke auf 3 HLF´s verwendet (DS 17-05566, Umsetzung des Gutachtens zur Fortschreibung des Feuerwehrbe-darfsplans).

37.2 Planende Gefahrenabwehr

37.23 Bevölkerungsschutz

Nrn. 06522 und 06771	Stellenausweisungen entsprechend der Bewertung.
Nrn. neu	Stellenschaffung aufgrund eines Mehrbedarfs beim Aufbau eines städtischen Zentrallagers für den Bevölkerungsschutz als erforderliche Vorbereitungsmaßnahme für die Bekämpfung von Katastrophen und außergewöhnlichen Ereignissen nach § 5 NKatSG. Bisher ist ein Lager sowie Garagen mit insgesamt 500 m^2 Fläche vorhanden. Durch Neuan-mietung kommen rd. 3200 m^2 Lagerfläche hinzu und die Ausrüstungsmenge soll sich von rd. 2.500 (Stand Ende 2021, vor Ausbau des Bevölkerungsschutzes) auf rd. 34.750 Artikel erhöhen. Für die Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft (Lagerhaltung, Wartung und Pflege) der eingelagerten Fahrzeuge und Geräte ist daher die Schaffung von zwei Stellen erforderlich. Pflichtaufgabe. Bewertung offen

Fachbereich 10
1022 118 3

37 Feuerwehr

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		37.4 Integrierte Regional-leitstelle BS/PE/WF (IRLS)						
06776	370-4000	Techn. Sachbearbeiter/in IT-Sicherheitsbeauftragte/r	1 A 11 kw 3)			1 E 11 kw 3)		
		37.41 Betrieb IRLS						
05003	370-4000	**bisher:** Oberbrandmeister/in Call-Taker/in **künftig:** Sachbearbeiter/in Disponent/in	1 A 8 kw 4)			1 E 9a kw 4)		
00474	370-4000	**bisher:** Oberbrandmeister/in Call-Taker/in **künftig:** Sachbearbeiter/in Disponent/in	1 A 8			1 E 9a		
00477	370-4000	**bisher:** Oberbrandmeister/in Call-Taker/in **künftig:** Sachbearbeiter/in Disponent/in	1 A 8			1 E 9a		
04995	370-4000	**bisher:** Oberbrandmeister/in Call-Taker/in **künftig:** Sachbearbeiter/in Disponent/in	1 A 8 kw 4)			1 E 9a kw 4)		
05001	370-4000	**bisher:** Oberbrandmeister/in Call-Taker/in **künftig:** Sachbearbeiter/in Disponent/in	1 A 8 kw 4)			1 E 9a kw 4)		
05081	370-4000	**bisher:** Oberbrandmeister/in Call-Taker/in **künftig:** Sachbearbeiter/in Disponent/in	1 A 8			1 E 9a		
04998	370-4000	**bisher:** Oberbrandmeister/in Call-Taker/in **künftig:** Sachbearbeiter/in Disponent/in	1 A 8 kw 4)			1 E 9a kw 4)		
		37.43 Informations- und Kommunikationstechnik						
neu	370-4300	Techn. Sachbearbeiter/in Elektrobetrieb für Bevölkerungsschutz				+ 1 E 7 T 30		

37.4 Integrierte Regionalleitstelle BS/PE/WF (IRLS)	
Nr. 06776	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
37.41 Betrieb IRLS	
Nrn. 05003, 00474, 00477, 04995, 05001, 05081, 04998	Umwandlung mehrerer Stellen für Call-Taker/innen in Stellen für tarifbeschäftigte Disponenten/Disponentinnen entsprechend des tatsächlichen Einsatzaufkommens in der Leitstelle und der voraussichtlichen künftigen Besetzung sowie der abschließenden Bewertung.
37.43 Informations- und Kommunikationstechnik	
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund eines Mehrbedarfs im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bevölkerungsschutzlagers und der damit verbundenen Prüfung von zusätzlichen 2.000 Elektrogeräten jährlich. Der Stellenmehrbedarf wird außerdem noch durch freie Stundenanteile (T 9) der vorhandenen Stelle Nr. 00506 abgedeckt.

Fachbereich 10
1022 118 3

40 Schule

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024 Verlegung (+/-)	Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024 Verlegung (+/-)	Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		40 Schule						
		40.0 Verwaltung						
		40.01 Personal und Innerer Dienst						
00230	400-0010	**bisher:** Sachbearbeiter/in Personalangelegenheiten	1 A 10					
		künftig: Stellenleiter/in Personal und Innerer Dienst		1 A 11				
		40.02 Haushalt						
00375	400-0020	Sachbearbeiter/in Haushalt und Rechnungsbearbeitung	1 E 5	1 A 7				
		40.1 Kommunale Schulaufgaben						
06777	400-1000	Abteilungsleiter/in		- 1 A 13gD kw 2024				
		40.11 Service						
00354	400-1030	Hausmeister/in Bohlweg 55/Jugendverkehrsschule	1 E 4	1 E 4 T 30				
		40.12 Schulanlagen und -einrichtungen						
neu	400-1020	Sachbearbeiter/in Raumtypenbücher, Förderprogramme, technische Beschaffungen und Rahmenverträge				+ 1 A 11		
		40.2 IT und Medien						
		40.21 Anwendungsbetreuung/Medienzentrum						
neu	400-2000	Medienpädagogin/-pädagoge				+ 1 E 11		
		40.22 Medienentwicklungsplanung						
00429	400-2010	Sachbearbeiter/in Medienentwicklungsplanung	1 A 10	1 A 11				
neu	400-2010	Sachbearbeiter/in Organisation/Umsetzung Medienentwicklungsplan				+ 1 A 10		
neu	400-2010	Sachbearbeiter/in Organisation/Umsetzung Medienentwicklungsplan				+ 1 A 10 T 28		
neu	400-2010	Tech. Sachbearbeiter/in Medienentwicklungsplanung/ Vor-Ort-Service				+ 1 E 9a		
neu	400-2010	Techn. Sachbearbeiter/in MDM/WLAN Städt. Kindertagesstätten				+ 2 E 9a		

40 Schule

40.0 Verwaltung

40.01 Personal und Innerer Dienst

00230	Stellenhebung entsprechend der möglichen Bewertung. Bewertung offen.

40.02 Haushalt

Nr. 00375	Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung und Bewertung.

40.1 Kommunale Schulaufgaben

Nr. 06777	Realisierung des kw 2024)-Vermerkes.

40.11 Service

Nr. 00354	Stundenreduzierung aufgrund des Umzugs des FB 40 in das BC III. Eine hausmeisterliche Betreuung des Standortes Bohlweg 55 durch FB 40 wird nicht mehr benötigt.

40.12 Schulanlagen und -einrichtungen

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund eines Mehrbedarfs in den Bereichen Raumtypenbücher, Umsetzung steigender Inklusionsbedarfe, Bearbeitung von Förderprogrammen, technische Beschaffungen und Rahmenverträge.

40.2 IT und Medien

40.21 Anwendungsbetreuung/Medienzentrum

Nr. neu	Stellenschaffung im Rahmen der 4. Fortschreibung MEP.

40.22 Medienentwicklungsplanung

Nr. 00429	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
Nrn. neu	Stellenschaffungen im Rahmen der 4. Fortschreibung MEP.
Nr. neu	Stellenschaffungen für die Digitalisierung in den städtischen Kitas gemäß DezKo-Beschluss vom 27.06.2024 (DS 24-23941).

40 Schule

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		noch: 40.22 Medienentwicklungsplanung						
06232	400-2010	Techn. Sachbearbeiter/in Medienentwicklungsplanung/ Vor-Ort-Service	1 E 8			1 E 9a		
06233	400-2010	Techn. Sachbearbeiter/in Medienentwicklungsplanung/ Vor-Ort-Service	1 E 8			1 E 9a		
06526	400-2010	Techn. Sachbearbeiter/in **bisher:** Hotline **künftig:** Medienentwicklungsplanung/ Vor-Ort-Service	1 E 8			1 E 9a		
06527	400-2010	Techn. Sachbearbeiter/in **bisher:** Hotline **künftig:** Medienentwicklungsplanung/ Vor-Ort-Service	1 E 8			1 E 9a		
06779	400-2010	Techn. Sachbearbeiter/in **bisher:** DV – Administration Heinrich-Büssing-Schule/Deutsche Müllerschule **künftig:** Medienentwicklungsplanung/ Vor-Ort-Service (Heinrich-Büssing-Schule/Deutsche Müllerschule)	1 E 8			1 E 9a		
06780	400-2010	Techn. Sachbearbeiter/in **bisher:** DV-Administration Berufsbildende Schulen **künftig:** Medienentwicklungsplanung/ Vor-Ort-Service (Berufsbildende Schulen)	1 E 8			1 E 9a		
06781	400-2010	Techn. Sachbearbeiter/in **bisher:** DV-Administration Berufsbildende Schulen **künftig:** Medienentwicklungsplanung/ Vor-Ort-Service (Berufsbildende Schulen)	1 E 8			1 E 9a		

noch: 40.22 Medienentwicklungsplanung

Nrn. 06232, 06233, 06526, 06527, 06779, 06780, 06781	Stellenausweisung mit einheitlicher Bezeichnung entsprechend der Eckbewertung.

40 Schule

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		40.3 Planung und Bildung						
		40.32 Bildungsbüro						
06994	400-3000	Sachbearbeiter/in Modellprojekt	1 E 11 T 19,5 kw 2025	1 E 11 T 19,5 kw 2026				1 E 11 T 19,5
		40.8 Schulen						
		40.81 Grundschulen						
neu	400-1100	Schulsekretär/in GS Schölkestraße Sp*) Freigabe in Abhängigkeit von der Aufnahme des Schulbetriebs		+ 1 E 6 T 12,5 Sp*)		1 E 6 T 12 Sp*)		
00440	400-1101	Schulsekretär/in GS Altmühlstraße	1 E 6 T 31,5			1 E 6 T 33		
00447	400-1103	Schulsekretär/in Bebelhof	1 E 6 T 20,5			1 E 6 T 21,5		
00461	400-1107	Schulsekretär/in Bültenweg	1 E 6 T 16,5			1 E 6 T 17		
00466	400-1108	Schulsekretär/in Bürgerstraße	1 E 6 T 25,5			1 E 6 T 26,5		
00471	400-1109	Schulsekretär/in Comeniusstraße	1 E 6 T 32,5			1 E 6 T 33		
00487	400-1110	Schulsekretär/in Diesterwegstraße	1 E 6 T 28			1 E 6 T 28,5		
00558	400-1113	Schulsekretär/in Gliesmarode	1 E 6 T 17			1 E 6 T 17,5		
00560	400-1114	Schulsekretär/in Heidberg (mit Sprachheilklasse)	1 E 6 T 32,5			1 E 6 T 33		
00562	400-1117	Schulsekretär/in Heinrichstraße	1 E 6 T 31			1 E 6 T 32,5		
00564	400-1118	Schulsekretär/in Hinter der Masch	1 E 6 T 13			1 E 6 T 16,5		
00566	400-1120	Schulsekretär/in St. Josef (kath GS)				- 1 E 6 T 14,5		
04634	400-1119	Schulsekretär/in Hohestieg	1 E 6 T 22,5			1 E 6 T 25		
00570	400-1122	Schulsekretär/in Ilmenaustraße	1 E 6 T 31			1 E 6 T 32,5		
00576	400-1124	Schulsekretär/in Klint	1 E 6 T 25,5			1 E 6 T 26		
04635	400-1126	Schulsekretär/in Lamme	1 E 6 T 26,5			1 E 6 T 26		
00578	400-1127	Schulsekretär/in Lehndorf	1 E 6 T 30			1 E 6 T 31,5		

40.3 Planung und Bildung

40.32 Bildungsbüro

Nr. 06994	Verlängerung des kw 2025)-Vermerks. Die Stelle wurde im Rahmen des Stellenplanverfahrens 2023/2024 für 3 Jahre geschaffen. Die Stellenbesetzung erfolgte erst zum 1. Jan. 2024. Um den dreijährigen Projektzeitraum ausschöpfen zu können, ist die Verlängerung des kw-Vermerkes auf 2026 geboten. **Ergänzung:** Änderung entsprechend der Empfehlungen aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) vom 28. November 2024.

40.8 Schulen

40.81 Grundschulen

Nr. neu	Stellenschaffung mit Sperrvermerk. Der Rat hat die Einrichtung einer weiteren Grundschule (GS Schölkestraße) in der Weststadt beschlossen (DS 19-12335). Die Schule soll ihren Betrieb voraussichtlich zum Schuljahr 2025/2026 aufnehmen. Die Planungsgruppe (künftige Lehrkräfte der Schule) nehmen ihre Arbeit bereits ca. 1 Jahr vorher auf. Die Unterstützung durch eine Schulverwaltungskraft ist ebenfalls vor Beginn des eigentlichen Schulbetriebes nötig. Die Stadt als Schulträgerin ist verpflichtet, das Personal im Schulsekretariat im erforderlichen Umfang zur Verfügung zu stellen. Die Stellenschaffung erfolgt mit Sperrvermerk. Die Freigabe erfolgt, wenn feststeht, ab wann die Schulverwaltungskraft tatsächlich gebraucht wird. **Ergänzung:** Ausweisung nach Neuberechnung aufgrund der Neufassung des Schülerschlüssels.
Nrn. 00440, 00447, 00461, 00466, 00471, 00487, 00558, 00560, 00562, 00564,	Stellenausweisungen nach Neuberechnung aufgrund der Neufassung des Schülerschlüssels.
Nr. 00566	Stellenwegfall nach Aufhebung der Grundschule St. Josef
Nrn. 04634, 00570, 00576, 04635, 00578	Stellenausweisungen nach Neuberechnung aufgrund der Neufassung des Schülerschlüssels.

40 Schule

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		noch: 40.81 Grundschulen						
00582	400-1129	Schulsekretär/in Mascheroder Holz	1 E6 T 19			1 E 6 T 18,5		
00584	400-1130	Schulsekretär/in Melverode	1 E 6 T 14			1 E 6 T 19		
00588	400-1133	Schulsekretär/in Rautheim	1 E 6 T 15,5			1 E 6 T 22,5		
00586	400-1134	Schulsekretär/in Rheinring	1 E 6 T 24			1 E 6 T 25		
00590	400-1135	Schulsekretär/in Rühme	1 E 6 T 19			1 E 6 T 20		
00574	400-1158	Schulsekretär/in Schunteraue	1 E 6 T 16,5			1 E 6 T 16		
00594	400-1139	Schulsekretär/in Stöckheim	1 E 6 T 22,5			1 E 6 T 30		
00602	400-1145	Schulsekretär/in Volkmarode	1 E 6 T 19			1 E 6 T 19,5		
00604	400-1146	Schulsekretär/in Waggum	1 E 6 T 27,5			1 E 6 T 28		
00608	400-1148	Schulsekretär/in Wenden	1 E 6 T 18			1 E 6 T 17,5		
		40.82 Hauptschulen						
00623	400-1406	Schulsekretär/in Sophienstraße	1 E 6 T 21,5			1 E 6 T 20,5		
		40.83 Grund- und Hauptschulen						
00617	400-1201	Schulsekretär/in Pestalozzistraße	1 E 6 T 31			1 E 6 T 32		
00619	400-1202	Schulsekretär/in Rüningen	1 E 6 T 27,5			1 E 6 T 28		
		40.85 Förderschulen						
00646	400-1808	Schulsekretär/in Schulsekretär/in Hans-Würtz-Schule (FöS K)	1 E 6 T 36			1 E 6 T 35		
06785	400-1807	Schulsekretär/in Oswald-Berkhan-Schule (FöS G)	1 E 6 T 2			1 E 6 T 3		
		40.86 Realschulen						
00652	400-1502	Schulsekretär/in Georg-Eckert-Straße	1 E 6 T 20			1 E 6 T 19		
00656	400-1509	Schulsekretär/in Maschstraße	1 E 6 T 19			1 E 6 T 21,5		

noch: 40.81 Grundschulen

Nrn. 00582, 00584, 00588, 00586, 00590, 00574, 00594, 00602, 00604, 00608	Stellenausweisungen nach Neuberechnung aufgrund der Neufassung des Schülerschlüssels.

40.82 Hauptschulen

Nr. 00623	Stellenausweisungen nach Neuberechnung aufgrund der Neufassung des Schülerschlüssels.

40.83 Grund- und Hauptschulen

Nrn. 00617, 00619	Stellenausweisungen nach Neuberechnung aufgrund der Neufassung des Schülerschlüssels.

40.85 Förderschulen

Nrn. 00646, 06785	Stellenausweisungen nach Neuberechnung aufgrund der Neufassung des Schülerschlüssels.

40.86 Realschulen

Nrn. 00652, 00656	Stellenausweisungen nach Neuberechnung aufgrund der Neufassung des Schülerschlüssels.

40 Schule

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		40.87 Gymnasien						
00666	400-1602	Schulsekretär/in Gaußschule, Gymnasium Am Löwenwall	1 E 6 T 32			1 E 6 T 37		
00675	400-1609	Schulsekretär/in Kleine Burg	1 E 6 T 35			1 E 6 T 36		
04632	400-1610	Schulsekretär/in Lessinggymnasium	1 E 6 T 28			1 E 6 T 30		
00678	400-1616	Schulsekretär/in Martino-Katharineum	1 E 6 T 34			1 E 6 T 37		
00681	400-1618	Schulsekretär/in Neue Oberschule	1 E 6 T 33			1 E 6 T 37		
00751	400-1621	Schulsekretär/in Ricarda-Huch-Schule	1 E 6 T 33			1 E 6 T 34		
00876	400-1626	Schulsekretär/in Schulzentrum Heidberg - Gymnasium Raabeschule	1 E 6 T 28			1 E 6 T 31		
04633	400-1629	Schulsekretär/in Wilhelmgymnasium	1 E 6 T 36			1 E 6		
neu	400-1629	Schulsekretär/in Wilhelmgymnasium				+ 1 E 6 T 1		
		40.88 Integrierte Gesamtschulen						
06402	400-1705	Schulsekretär/in IGS Heidberg	1 E 6 T 20			1 E 6 T 21		
05388	400-1702	Schulsekretär/in IGS Querum	1 E 6 T 25			1 E 6 T 27		
00886	400-1703	Schulsekretär/in Wilhelm-Bracke-Gesamtschule	1 E 6 T 32			1 E 6 T 33		
00970	400-1703	Schulsekretär/in Wilhelm-Bracke-Gesamtschule	1 E 6 T 22			1 E 6 T 25		
05347	400-1704	Schulsekretär/in Sally-Perel-Gesamtschule	1 E 6 T 38			1 E 6 T 35		
		40.89 Berufsbildende Schulen und Sonstiges						
00974	400-1902	Schulsekretär/in Johannes-Selenka-Schule	1 E 6 T 38			1 E 6		
neu	400-1902	Schulsekretär/in Johannes-Selenka-Schule				+ 1 E 6 T 6		
00980	400-1905	Schulsekretär/in Heinrich-Büssing-Schule	1 E 6 T 4			1 E 6 T 17		

40.87 Gymnasien

Nrn. 00666, 00675, 04632, 00678, 00681, 00751, 00876, 004633, neu	Stellenausweisungen nach Neuberechnung aufgrund der Neufassung des Schülerschlüssels.

40.88 Integrierte Gesamtschulen

Nrn. 06402, 05388, 00886, 00970, 05347	Stellenausweisung nach Neuberechnung aufgrund der Neufassung des Schülerschlüssels.

40.89 Berufsbildende Schulen und Sonstiges

Nrn. 00974, neu, 00980	Stellenausweisung nach Neuberechnung aufgrund der Neufassung des Schülerschlüssels.

40 Schule

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		noch: 40.89 Berufsbildende Schulen und Sonstiges						
00991	400-1906	Schulsekretär/in Otto-Bennemann-Schule	1 E 6 T 27			1 E 6		
neu	400-1906	Schulsekretär/in Otto-Bennemann-Schule				+ 1 E 6 T 8		
00985	400-1910	Schulsekretär/in Helene-Engelbrecht-Schule	1 E 6 T 21			1 E 6 T 34		
01002	400-1912	Schulsekretär/in **bisher:** BBS V **künftig**: Martha-Fuchs-Schule	1 E 6 T 21			1 E 6 T 35		
01015	400-1915	Schulsekretär/in Deutsche Müllerschule	1 E 6 T 29			1 E 6 T 20		
01016	400-1916	Schulsekretär/in Technikerakademie	1 E 6 T 33			1 E 6 T 37		
01017	400-1916	Schulsekretär/in Technikerakademie	1 E 6 T 27			1 E 6 T 24		
neu	400-1099	Schulsekretär/in Springerkraft		+ 1 E 6 T 29,25				

noch: 40.89 Berufsbildende Schulen und Sonstiges

Nrn. 00991, neu, 00985, 01002, 01015, 01016, 01017	Stellenausweisung nach Neuberechnung aufgrund der Neufassung des Schülerschlüssels
Nr. neu	Stellenschaffung zur Sicherstellung des Dienstbetriebes in Schulsekretariaten. Die hohe Fluktuation und die Schwierigkeiten bei der Nachbesetzung in Schulsekretariaten führt dazu, dass vermehrt auf den Einsatz von Springerkräften zurückgegriffen werden muss. Die vorhandenen Kräfte reichen nicht aus, um den Bedarf zu decken.

41 Kultur und Wissenschaft

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		41 Kultur und Wissenschaft						
		41.0 Verwaltung						
01290	410-0100	Sachbearbeiter/in Staatstheaterangelegenheiten, Controlling, KLR, Anlagenbuchhaltung, verwaltungs. Bearbeitung von Sonderprojekten	1 E 10	1 A 11				
01251	410-0100	Sachbearbeiter/in Personal- und Organisationsangelegenheiten, Controlling von Vergabeverfahren	1 A 11	1 E 10				
neu	410-0100	Sachbearbeiter/in Kulturförderung						+ 1 A 10
		41.1 Kulturinstitut						
		41.11 Grundsatzangelegenheiten Kultur und Wissenschaft, Erinnerungskultur						
01325	410-0100	Stellenleiter/in	1 E 13	1 E 14				
		41.12 Veranstaltungen, Preisverleihungen, Roter Saal, halle 267						
01254	410-0100	Stellenleiter/in	1 A 13gD	1 E 13				
01299	410-0100	**bisher:** Veranstaltungskaufmann/-frau Projekte und Veranstaltungen, Veranstaltungsplanung und -sicherheit	1 E 9a					
		künftig: Sachbearbeiter/in Veranstaltungsplanung und -sicherheit				1 E 10		
		41.13 Literatur, Musik, Sozio- und Stadtteilkultur						
neu	410-0100	Sachbearbeiter/in Kulturpunkt West						+ 1 A 10

41 Kultur und Wissenschaft

41.0 Verwaltung

Nrn. 01290 und 01251	Wertgleiche Stellenumwandlungen entsprechend der Besetzung.
Nr. neu	Änderung entsprechend der Empfehlungen aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) vom 28. Nov. 2024

41.1 Kulturinstitut

41.11 Grundsatzangelegenheiten Kultur und Wissenschaft, Erinnerungskultur

Nr. 01325	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

41.12 Veranstaltungen, Preisverleihungen, Roter Saal, halle 267

Nr. 01254	Stellenausweisung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung und der Bewertung.
Nr. 01299	Stellenausweisung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung und der Bewertung.

41.13 Literatur, Musik, Sozio- und Stadtteilkultur

Nr. neu	Änderung entsprechend der Empfehlungen aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) vom 28. Nov. 2024

50 Soziales und Gesundheit

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		50 Soziales und Gesundheit						
05007	500-5000	Sachbearbeiter/in Koordination Jobcenter Braunschweig	1 A 12			1 A 12 T 20 1 A 10 T 20	 - 1 A 10 T 20	
neu	500-5000	Sachbearbeiter/in Inklusionsaufgaben					+ 1 A 10 T 20	
		50.0 Verwaltung						
06419	500-0000	Sachgebietsleiter/in Bundesteilhabegesetz Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung	1 A 11 Sp*)	1 A 11	- 1 A 11			
06240	500-0000	Stadtarzt/-ärztin Bundesteilhabegesetz Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung			- 1 E 15 Sp*)			
06241	500-0000	Stadtarzt/-ärztin Bundesteilhabegesetz Sp*) Freigabe durch die Veraltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung		- 1 E 15 Sp*)				
06417	500-0000	Sachbearbeiter/in Bundesteilhabegesetz Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung	1 A 10 T 20 Sp*)			1 A 10 T 20	- 1 A 10 T 20	
		50.01 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten						
03435	500-0010	Sachbearbeiter/in Stellenplan- und Organisationsangelegenheiten	1 E 10			1 A 11		
		50.02 Finanzen, Controlling						
03508	500-0020	Sachbearbeiter/in Quotales System, Auswertungen, Controlling AsylbLG/Aufnahmegesetz, Controlling und Haushalt Ref. 0500	1 A 10	1 E 9c				
03503	500-0020	Sachbearbeiter/in Abrechnungen Bund und Land, Statistik, Haushaltsüberwachung	1 E 6			1 A 7		
		50.02.1 SG 1 Finanzen, Controlling Abt. 50.1, 50.3 und Stelle 50.21						
03963	500-0020	Sachbearbeiter/in Controlling Haushalt Abt. 50.3	1 A 10			1 E 9c		

50 Soziales und Gesundheit

Nrn. 05007 und neu	Veränderte Stellenausweisung in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
50.0 Verwaltung	
Nr. 06419	Wegfall des Sperrvermerks und Verlegung zu 50.32 in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
Nrn. 06240 und 06241	Stellenverlegung zu 50.41 und Stellenwegfall in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
Nr. 06417	Wegfall des Sperrvermerks und Verlegung zu 50.32 in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
50.01 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	
Nr. 03435	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung, Bewertung offen.
50.02 Finanzen, Controlling	
Nr. 03508	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung. Bewertung offen.
Nr. 03503	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
50.02.1 SG 1 Finanzen, Controlling Abt. 50.1, 50.3 und Stelle 50.21	
Nr. 03963	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung. Bewertung offen.

50 Soziales und Gesundheit

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		50.1 Wohnen und Senioren						
		50.11 Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe, Unterbringung						
		50.11.1 SG 1 Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe (ZSW)						
06609	500-1102	Sozialarb./-päd. Unterstützung bei der Wohnungssuche, u. a. von Geflüchteten	1 S 11b kw 2024	1 S 11b				
06610	500-1102	Sozialarb./-päd. Unterstützung bei der Wohnungssuche, u. a. von Geflüchteten	1 S 11b T 19,5 kw 2024	1 S 11b T 19,5				
06788	500-1102	Sachbearbeiter/in **bisher:** Nds. Wohnraumschutzgesetz **künftig:** Wohnraumbindung, Wohnraumvermittlung Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung	1 A 10 Sp*)	1 A 10 T 20 Sp*)		1 A 8 T 20		
		50.12 Wohnhilfen						
04050	500-1200	Sachbearbeiter/in Verhinderung von Wohnraumverlust	1 E 9a T 30			1 A 8 T 30		
07112	500-1200	Sozialarb./-päd. Beratung für Bewohner im Wohnungslosenbereich Vienna House					+ 1 S 12	
06996	500-1200	Sachbearbeiter/in Härtefallfonds		- 1 E 9c T 19,5				
06997	500-1200	Sozialarb./-päd. Härtefallfonds		- 1 S 11b T 19,5				
		50.13 Seniorenbüro						
04006	500-1300	Sachbearbeiter/in Maßnahmen für die ältere Generation	1 A 10	1 E 9c				
04541	500-1300	Sachbearbeiter/in für Bürokommunikation	1 E 5 T 19,5					1 E 5 T 25
04005	500-1300	Sozialarb./-päd. Beratung und Information ambulante Versorgung	1 S 11b T 19,5					1 S 11b T 33,5
		50.13/1AG 1 Betreuung für Volljährige						
04013	500-1302	**bisher:** Koordinator/in **künftig:** Stellenleiter/in	1 A 11			1 A 12		

50.1 Wohnen und Senioren

50.11 Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe, Unterbringung

50.11.1 SG 1 Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe (ZSW)

Nrn. 06609 und 06610	Wegfall der kw-Vermerke zur Unterstützung des Auszugsmanagements der auszugspflichtigen Geflüchteten in den Wohnstandorten. In 2023 konnten 28 Mietverträge (für 75 Personen) aus den Wohnstandorten geschlossen werden.
Nr. 06788	Wegfall einer halben Stelle in Anpassung an die Aufgabenentwicklung. Für einen evtl. Anstieg der Fallzahlen soll eine 0,50 Sp*)-Stelle zunächst erhalten bleiben. **Ergänzung:** Wegfall des Sperrvermerks und Inanspruchnahme der Stelle in Anpassung an die Aufgabenwicklung im Bereich Wohnungsbindung, Wohnungsvermittlung. Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

50.12 Wohnhilfen

Nr. 04050	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nr. 07112	Stellenverlegung von 50.22 in Anpassung an die Aufgabenentwicklung. Im Vienna House soll eine Wohnungslosenunterkunft eingerichtet werden. Hier sollen Familiennachzüge zu anerkannten Asylbewerbern, rückkehrende Kriegsvertriebene aus der Ukraine und Spätaussiedler untergebracht werden; diese Personenkreise gelten als wohnungslos.
Nrn. 06996 u. 06997	Stellenwegfälle entsprechend der Aufgabenentwicklung.

50.13 Seniorenbüro

Nr. 04006	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung. Bewertung offen.
Nrn. 04541 und 04005	Änderungen entsprechend der Empfehlungen aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) vom 28. November 2024.

50.13/1 AG 1 Betreuung für Volljährige

Nr. 04013	Stellenhebung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung. Aufgrund der Aufgabenentwicklung ist die Einrichtung einer organisatorischen Stelle erforderlich.

50 Soziales und Gesundheit

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		noch: 50.13/1AG 1 Betreuung für Volljährige						
06999	500-1302	Sachbearbeiter/in Betreuungen für Volljährige, Aufgaben der Betreuungsbehörde Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung		- 1 A 11 Sp*)				
05353	500-1302	Sachbearbeiter/in Betreuungen für Volljährige, Aufgaben der Betreuungsbehörde	1 A 11			1 A 11 T 30 1 S 11b T 10	 - 1 S 11b T 10	
05786	500-1302	Sozialarb./-päd. Betreuungen für Volljährige, Aufgaben der Betreuungsbehörde	1 S 11b			1 S 11b T 19,5 1 S 11b T 19,5	 - 1 S 11b T 19,5	
neu	500-1302	Sozialarb./-päd. Betreuungen für Volljährige, Aufgaben der Betreuungsbehörde				1 S 11b T 29,5	+ 1 S 11b T 10 + 1 S 11b T 19,5	
		50.14 Wohngeld, Bildungs- und Teilhabepaket						
07021-07026	500-1500	Sachbearbeiter/in Wohngeld		- 6 A 8 kw 5)				
		50.14/1 AG 1 Bildungs- und Teilhabepaket						
05538	500-1500	**bisher:** Koordinator/in **künftig:** Sachgebietsleiter/in	1 A 10			 1 A 11		
05539	500-1500	Sachbearbeiter/in	1 A 8			1 E 9a		
07019	500-1501	Sachbearbeiter/in				1 E 9a	+ 1 A 8	
		50.14.1 SG 1 Wohngeld						
07001	500-1501	Sachgebietsleiter/in Sachgebietsleitung siehe Stellenleitung 50.14		- 1 A 11 Sp*)				
07003	500-1501	Sachbearbeiter/in Wohngeld Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung		- 1 A 10 Sp*)				
07013	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8	1 E 9a		- 1 E 9a		
07014	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8	1 E 9a		1 E 9a kw 5)		
07015	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8	1 E 9a		1 E 9a kw 5)		
07016	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8	1 E 9a		1 E 9a kw 5)		

noch: 50.13/1 AG 1 Betreuung für Volljährige	
Nr. 06999	Stellenwegfall entsprechend der Aufgabenentwicklung.
Nrn. 05353, 05786 und neu	Stellenausweisungen in Anpassung an die Aufgabenentwicklung und beabsichtigten Besetzungen.
50.14 Wohngeld, Bildungs- und Teilhabepaket	
Nrn. 07021 - 07026	Realisierung der kw 5)-Vermerke.
50.14/1 AG 1 Bildungs- und Teilhabepaket	
Nr. 05538	Stellenhebung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung. Aufgrund der Aufgabenentwicklung ist die Einrichtung eines organisatorischen Sachgebiets erforderlich.
Nr. 05539	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung. Bewertung offen.
Nr. 07019	Stellenverlegung von 50.14.1 Wohngeld in Anpassung an die Aufgabenentwicklung. Die Anzahl der BuT-Anträge ist stark ansteigend. **Ergänzung:** Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
50.14.1 SG 1 Wohngeld	
Nrn. 07001 und 07003	Stellenwegfälle entsprechend der Aufgabenentwicklung.
Nr. 07013	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung. **Ergänzung:** Stellenwegfall in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
Nrn. 07014-07016	Wertgleiche Stellenumwandlungen entsprechend der Besetzungen. **Ergänzung:** Anbringung von kw-Vermerken in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.

50 Soziales und Gesundheit

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		noch: 50.14.1 SG 1 Wohngeld						
07018	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8	1 E 9a				
07019	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8	1 E 9a		1 A 8	- 1 A 8	
07020	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8 kw 5)	1 E 9a kw 5)				
04036	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8 T 30			1 E 9a T 30		
		50.14.2 SG 2 Wohngeld						
07004	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8	1 E 9a				
07005	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8	1 E 9a		- 1 E 9a		
07006	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8	1 E 9a				
07007	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8	1 E 9a		1 E 9a kw 5)		
07009	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8	1 E 9a				
07010	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8	1 E 9a		1 E 9a kw 5)		
07011	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8	1 E 9a		1 E 9a kw 5)		
07012	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8	1 E 9a		1 E 9a kw 5)		
04025	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8			1 A 10		
04100	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8			1 E 9a		
04021	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 A 8	1 E 9a		1 A 8		
		50.2 Leistungsgewährung AsylbLG und Unterbringung Geflüchteter						
		50.21 Leistungsgewährung AsylbLG (bisher: 50.23)						
06804	500-1501	Sachbearbeiter/in AsylbLG	1 E 9c			1 A 10		
07047, 07048,	500-7900	Sachbearbeiter/in AsylbLG		- 2 A 10 kw 5)				
07049, 07050,	500-7900	Sachbearbeiter/in AsylbLG	2 A 10 Sp*)			2 A 10	- 2 A 10	
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung						
07051	500-7900	Sachbearbeiter/in AsylbLG		- 1 A 10 Sp*)				
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung						

noch: 50.14.1 SG 1 Wohngeld

Nr. 07018	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nr. 07019	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung. Ergänzung: Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung und Stellenverlegung zu 50.14/1 BuT in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
Nrn. 07020 und 04036	Wertgleiche Stellenumwandlungen entsprechend der Besetzungen.

50.14.2 SG 2 Wohngeld

Nr. 07004	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nr. 07005	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung. **Ergänzung:** Stellenwegfall in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
Nr. 07006	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nr. 07007	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung. **Ergänzung:** Anbringung eines kw-Vermerks in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
Nr. 07009	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nrn. 07010-07012	Wertgleiche Stellenumwandlungen entsprechend der Besetzungen. **Ergänzung:** Anbringung von kw-Vermerken in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
Nr. 04025	Stellenhebung entsprechend der Aufgabenentwicklung und Bewertung.
Nr. 04100	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nr. 04021	Wertgleiche Stellenumwandlungen entsprechend der jeweiligen Besetzungen.

50.2 Leistungsgewährung AsylbLG und Unterbringung Geflüchteter

50.21 Leistungsgewährung AsylbLG (bisher: 50.23)

Nr. 06804	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nrn. 07047 und 07048	Realisierung der kw 5)-Vermerke in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
Nrn. 07049 und 07050	Wegfall der Sperrvermerke und Stellenverlegungen zu 50.33 in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
Nr. 07051	Stellenwegfall in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.

50 Soziales und Gesundheit

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		50.22 Unterbringung Geflüchteter, städt. Aufnahmestelle Saarbrückener Straße						
07120	500-7110	Sachbearbeiter/in Unterbringungsmaßnahmen Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung	1 A 7 Sp*)			1 E 6		
07036, 07037,	500-7110	Sachbearbeiter/in Flüchtlinge Ukraine				- 2 E 6 kw 5)		
07045	500-7110	Sachbearbeiter/in Unterbringungsmaßnahmen Naumburgstraße		- 1 E 6 kw 5)				
07110	500-7110	Sozialarb./päd. Betreuung Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung	1 S 12 Sp*)	1 S 12	- 1 S 12			
07111	500-7110	Sozialarb./päd. Betreuung Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung	1 S 12 Sp*)	1 S 12 T 19,5 1 S 12 T 19,5 Sp*)	- 1 S 12 T 19,5			
07112	500-7110	Sozialarb./päd. Betreuung Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung	1 S 12 Sp*)			1 S 12	- 1 S 12	
07116	500-7110	Unterkunftswart/in Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung	1 E 4 Sp*)	1 E 4	- 1 E 4			
07117	500-7110	Unterkunftswart/in Springer/in Unterkunftswart/in Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung	1 E 4 Sp*)	1 E 4 T 19,5 1 E 4 T 19,5 Sp*)				
		50.22.4 SG 4 Dezentrale Wohnungen, Wohnstandort Kocherstraße und weitere Quartiere						
07041, 07042,	500-7110	Sozialarb./-päd. Naumburgstraße		- 2 S 12 kw 5)				
07043, 07044,	500-7110	Unterkunftswart/in Naumburgstraße		- 2 E 4 kw 5)				
07110	500-7110	Sozialarb./päd. Betreuung von Flüchtlingen Kocherstraße			+ 1 S 12			

50.22 Unterbringung Geflüchteter, städt. Aufnahmestelle Saarbrückener Straße	
Nr. 07120	Wegfall des Sperrvermerks in Anpassung an den Bedarf und Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.
Nrn. 07036 und 07037	Realisierung der kw-Vermerke.
Nr. 07045	Realisierung des kw 5)-Vermerks. Die Turnhalle Naumburgstraße wird nicht mehr zur Unterbringung Geflüchteter genutzt.
Nrn. 07110 und 07111	Wegfall von Sperrvermerken (StVPl.-Nr. 07111 anteilig) und 1,50 Stellenverlegungen zu 50.22.4 zur Betreuung des 12. Wohnstandorts für Geflüchtete „Kocherstraße“.
Nr. 07112	Wegfall des Sperrvermerks und Stellenverlegung zu 50.12 in Anpassung an die Aufgabenentwicklung zur Betreuung einer Wohnungslosenunterkunft im Vienna House.
Nr. 07116	Wegfall des Sperrvermerkes und Stellenverlegung zu 50.22.4 zur Betreuung des 12. Wohnstandorts für Geflüchtete „Kocherstraße“.
Nr. 07117	Wegfall eines Sperrvermerkes im Umfang einer 0,50 Stelle entsprechend der Aufgabenentwicklung im Zusammenhang mit der Eröffnung des 12. Wohnstandorts für Geflüchtete (Kocherstraße) für eine Springerstelle.
50.22.4 SG 4 Dezentrale Wohnungen, Wohnstandort Kocherstraße und weitere Quartiere	
Nrn. 07041, 07042, 07043 und 07044	Realisierung der kw 5)-Vermerke. Die Turnhalle Naumburgstraße wird nicht mehr zur Unterbringung Geflüchteter genutzt.
Nr. 07110	Stellenverlegung von 50.22 zur Betreuung des 12. Wohnstandorts für Geflüchtete „Kocherstraße“ (Inbetriebnahme ab 6. Mai 2024).

50 Soziales und Gesundheit

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		noch: 50.22.4 SG 4 Dezentrale Wohnungen, Wohnstandort Kocherstraße und weitere Quartiere						
neu	500-7110	Sozialarb./päd. Betreuung von Flüchtlingen Kocherstraße			+ 1 S 12 T 19,5			
07116	700-7110	Unterkunftswart/in Kocherstraße			+ 1 E 4			
		50.3 Soziale Sicherung, Behindertenhilfe, Rechtsangelegenheiten						
		50.31 Eingliederungshilfe						
		50.31.1 SG 1 Leistungsgewährung						
03985	500-3100	Sachbearbeiter/in	1 A 10	1 E 9c				
03507	500-3100	Sachbearbeiter/in	1 A 10			1 E 9c		
		50.32 Hilfe zur Pflege						
06419	500-3200	Sachbearbeiter/in Hilfe in Heimen		1 A 10	+ 1 A 11			
06417	500-3200	Sachbearbeiter/in Hilfe in Heimen					+ 1 A 10 T 20	
03988	500-3200	Sachbearbeiter/in Hilfe in Heimen	1 A 10	1 E 9c				
04857	500-3200	Sachbearbeiter/in Hilfe in Heimen	1 E 9c	1 A 9 mD Z ku 1) A 10				
		50.33 Soziale Sicherung						
07049	500-3300	Sachgebietsleiter/in				1 A 11	+ 1 A 10	
07050	500-3300	Sachbearbeiter/in HLU/Grusi					+ 1 A 10	
		50.33.1 SG 1 Information und Erstberatung						
03821	500-3300	Sachbearbeiter/in Infothek	1 E 9a	1 A 8 T 20 1 E 9a T 19,5				
05532	500-3000	Sachbearbeiter/in Infothek, „BS-Pass“, Nachgehende Bearbeitung	1 A 8 T 30			1 E 9a T 30		
05209	500-3300	Sachbearbeiter/in Erstanträge HLU/Grusi	1 A 10 T 20			1 A 10	+ 1 A 10 T 20	
05666	500-3000	Sachbearbeiter/in Erstanträge HLU/Grusi	1 A 10			1 E 9c		
03598	500-3300	Sachbearbeiter/in Erstanträge HLU/Grusi, Ermittlungsdienst	1 A9 mD Z ku 1) A 10			1 A 10		
04104	500-3000	Sachbearbeiter/in Erstanträge HLU/Grusi	1 A 10			1 E 9c		

noch: 50.22.4 SG 4 Dezentrale Wohnungen, Wohnstandort Kocherstraße und weitere Quartiere	
Nrn. neu und 07116	Stellenverlegungen von 50.22 zur Betreuung des 12. Wohnstandorts für Geflüchtete „Kocherstraße“ (Inbetriebnahme ab 6. Mai 2024).
50.3 Soziale Sicherung, Behindertenhilfe, Rechtsangelegenheiten	
50.31 Eingliederungshilfe	
50.31.1 SG 1 Leistungsgewährung	
Nrn. 03985 und 03507	Wertgleiche Stellenumwandlungen entsprechend der Besetzungen.
50.32 Hilfe zur Pflege	
Nr. 06419	Stellenverlegung von 50.0 und Wertänderung in Anpassung an die Aufgabenentwicklung in der Hilfe in Heimen.
Nr. 06417	Stellenverlegung von 50.0 in Anpassung an die Aufgabenentwicklung in der Hilfe in Heimen.
Nrn. 03988 und 04857	Wertgleiche Stellenumwandlungen und Anbringung eines ku-Vermerks entsprechend der Besetzungen und Bewertungen.
50.33 Soziale Sicherung	
Nrn. 07049 und 07050	Stellenverlegungen von 50.21 in Anpassung an die Aufgabenentwicklung im Bereich HLU/Grusi. Aufgrund der Größe der Stelle 50.33 ist die Einrichtung eines weiteren Sachgebiets erforderlich.
50.33.1 SG 1 Information und Erstberatung	
Nr. 03821	Stellenausweisung entsprechend der Besetzungen.
Nr. 05532	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nr. 05209	Verlegung von Stellenanteilen von 05014 entsprechend der Besetzung.
Nr. 05666	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nr. 03598	Realisierung des ku-Vermerks.
Nr. 04104	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

50 Soziales und Gesundheit

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		noch: 50.33.1 SG 1 Information und Erstberatung						
05014	500-300	Sachbearbeiter/in Erstanträge HLU/Grusi	1 A 10 T 22				- 1 A 10 T 20 - 1 A 10 T 2	
03970	500-3000	Sachbearbeiter/in Nachgehende Bearbeitung		- 1 E 9a T 19,5 kw 1)				
		50.33.2 SG 2 Laufende Hilfen						
04101	500-3300	Sachbearbeiter/in HLU/Grusi	1 A 10 T 35			1 A 10	+ 1 A 10 T 5	
04099	500-3300	Sachbearbeiter/in HLU/Grusi	1 A 10	1 E 9c				
05696	500-3300	Sachbearbeiter/in HLU/Grusi	1 A 10 T 33			1 A 10 T 35	+ 1 A 10 T 2	
03857	500-3300	Sachbearbeiter/in HLU/Grusi	1 A9 mD Z T 30 ku 1) A 10 T 30			1 E 9c T 30		
03854	500-3300	Sachbearbeiter/in HLU/Grusi	1 A 9 mD Z T 25 ku 1) A 10 T 25	1 A 10 T 25		1 A 10	+ 1 A 10 T 15	
05697	500-3300	Sachbearbeiter/in HLU/Grusi	1 A 10			1 E 9c		
06416	500-3300	Sachbearbeiter/in HLU/Grusi	1 A 10			1 A 9 mD Z ku 1) A 10		
06532	500-3300	Sachbearbeiter/in HLU/Grusi	1 A 10 T 20				- 1 A 10 T 15 - 1 A 10 T 5	
		50.33.3 SG 3 Laufende Hilfen bei Eingliederungshilfe						
04426	500-3300	Sachbearbeiter/in HLU/Grusi	1 A 10	1 E 9c				
		50.34 Besondere Einzelfall-hilfen						
04000	500-4000	Sachbearbeiter/in Krankenhilfe		- 1 A 10 T 20 kw 1)				
04002	500-4000	Sachbearbeiter/in Hilfe zum Lebensunterhalt und zur Pflege, Eingliederungshilfe - KOF	1 A 10	1 A 10 T 20		1 E 9c T 19,5		
		50.4 Gesundheitsamt						
06622	500-4000	Sachbearbeiter/in Begleitung Digitalisierung	1 E 10 kw 4)			1 E 11 kw 4)		
06246	500-4000	Gesundheitspädagoge/ -pädagogin Gesundheitsförderung, Gesundheitsregion		- 1 E 12 T 4 kw 4)				

noch: 50.33.1 SG 1 Information und Erstberatung	
Nr. 05014	Verlegung von Stellenanteilen zu 05209 und 50.33.2/05696 entsprechend der Besetzungen.
Nr. 03970	Realisierung des kw 1)-Vermerks.
50.33.2 SG 2 Laufende Hilfen	
Nr. 04101	Verlegung von Stellenanteilen von 06532 entsprechend der Besetzung.
Nr. 04099	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nr. 05696	Verlegung von Stellenanteilen von 50.33.1/05014 entsprechend der Besetzung.
Nr. 03857	Realisierung des ku-Vermerks und wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nr. 03854	Realisierung des ku-Vermerks und Verlegung von Stellenanteilen von 06532 entsprechend der Besetzung.
Nr. 05697	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nr. 06416	Stellenausweisung und Anbringung eines ku-Vermerks entsprechend der Besetzung und Bewertung.
Nr. 06532	Verlegung von Stellenanteilen zu 03854 und 04101 entsprechend der Besetzungen.
50.33.3 SG 3 Laufende Hilfen bei Eingliederungshilfe	
Nr. 04426	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
50.34 Besondere Einzelfallhilfen	
Nr. 04000	Realisierung des kw 1)-Vermerks.
Nr. 04002	Wegfall von Stellenanteilen entsprechend der Aufgabenentwicklung und wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
50.4 Gesundheitsamt	
Nr. 06622	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung und Förderung.
Nr. 06246	Realisierung des kw 4)-Vermerks.

50 Soziales und Gesundheit

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		50.40 Verwaltung, Ordnungsbehördliche Aufgaben, Heimaufsicht						
06614	500-4000	Sachbearbeiter/in Entschädigungen, ordnungsbehördliche Aufgaben	1 A 10 kw 4)	1 E 9c kw 4)				
06628	500-4000	Sachbearbeiter/in Entschädigungen	1 A 10 kw 4)	1 E 9c kw 4)				
06617	500-4000	Sachbearbeiter/in Verwaltungsangelegenheiten u. a. Entschädigungen	1 A 8 kw 4)			1 E 9a kw 4)		
04266	500-4000	Sachbearbeiter/in Controlling	1 A 10 T 20	1 E 9c T 19,5				
04268	500-4000	Sachbearbeiter/in Ordnungsbehördliche Aufgaben, Ermittlungs- und Vollzugsdienst	1 E 6 T 29,25			1 E 6		
		50.41 Gutachten- und Beratungsdienst						
04216	500-4100	Stellenleiter/in stellv. Amtsarzt/-ärztin in medizinischen Angelegenheiten	1 A 16	1 E 15		1 A 16		
04219	500-4100	Stadtarzt/-ärztin **bisher:** Asylbewerberuntersuchungen, amtsärztliche Untersuchungen **künftig:** Amtsärztliche Untersuchungen	1 E 15 T 19,5 kw 4)	1 E 15 T 19,5				
06240	500-4100	Stadtarzt/-ärztin Bundesteilhabegesetz			+ 1 E 15 Sp*)			
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung						
04278	500-4100	Med.-techn. Ass. Labor und Röntgen	1 E 7 T 29,38	1 E 7	+ 1 E 7 T 9,62			
04280	500-4100	Med.-techn. Ass. Asylbewerberuntersuchungen	1 E 7 T 9,75 kw 4)	1 E 7 T 9,62 - 1 E 7 T 0,13 kw 4)	- 1 E 7 T 9,62			
		50.41.1 SG 1 Infektionsschutz						
06620	500-4150	Gesundheitsingenieur/in Gesundheitsschutz		- 1 E 11 kw 4)				
06623	500-4150	Hygienekontrolleur/in Gesundheitsschutz in Schulen, Kitas, Heimen und med. Einrichtungen		- 1 E 9a kw 4)				
06624	500-4150	Hygienekontrolleur/in Gesundheitsschutz		- 1 E 9a T 19,5 kw 4)				
06627	500-4150	Gesundheitsaufseher/in Gesundheitsschutz Kontaktpersonen anderer Gesundheitsämter, Testungen		- 1 E 6 kw 4)				

50.40 Verwaltung, Ordnungsbehördliche Aufgaben, Heimaufsicht

Nrn. 06614 und 06628	Wertgleiche Stellenumwandlungen entsprechend der Besetzungen.
Nrn. 06617 und 04266	Wertgleiche Stellenumwandlungen entsprechend der Besetzungen.
Nr. 04268	Schaffung von Stellenanteilen aufgrund von Fallzahlsteigerungen im Bereich ordnungsbehördliche Aufgaben (Sterbefälle/Bestattungen) und zur Umsetzung des Heilpraktikergesetzes (Meldepflicht).

50.41 Gutachten- und Beratungsdienst

Nr. 04216	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung. **Ergänzung:** Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der voraussichtlichen Besetzung.
Nr. 04219	Wegfall des kw-Vermerks nach Wegfall der Asylbewerberuntersuchungen und Anpassung des Personalbedarfs für amtsärztliche Untersuchungen aufgrund von Aufgabensteigerungen (u. a. Leichenschau, Einstellungsuntersuchungen, Beamtentauglichkeit, Untersuchung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtigen).
Nr. 06240	Stellenverlegung von 50.0 in Anpassung an die Aufgabenentwicklung. Im Rahmen der Teilhabeplanung (Bedarfsermittlung) nach B.E.Ni, muss ärztliche Diagnostik und Mitbeurteilung erfolgen. Bisher stehen hierfür keine Kapazitäten zur Verfügung. Beibehaltung des Sperrvermerks, da zunächst die Evaluation der Verwaltungskostenerstattung abgewartet werden soll.
Nrn. 04278 und 04280	Ausweisung einer Vollzeitstelle in Anpassung an die Aufgabenentwicklung und aus personalwirtschaftlichen Gründen. Wegfall von Stundenanteilen.

50.41.1 SG 1 Infektionsschutz

Nrn. 06620, 06623, 06624 u. 06627	Realisierung der kw 4)-Vermerke. Die ÖGD-Förderung ist für andere Stellen bereits ausgeschöpft.

50 Soziales und Gesundheit

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		50.42 Kinder- und Jugendärztlicher Dienst						
		50.42.1 SG 1 Zahnärztlicher Dienst						
04245	500-4210	Zahnarzt/-ärztin Zahnprophylaxe	1 E 15 T 48,13 kw 4)	1 E 15 T 40,11 kw 4)				
04249	500-4210	Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r Zahnprophylaxe	1 E 5 T 137,50 kw 4)	1 E 5 T 128,45 kw 4)				

50.42 Kinder- und Jugendärztlicher Dienst

50.42.1 SG 1 Zahnärztlicher Dienst

Nrn. 04245 und 04249	Wegfall von Stundenanteilen in Anpassung an die Kostenerstattung.

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		51 Kinder, Jugend und Familie						
		51.0 Verwaltung						
		51.01 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Finanzen						
		51.01.1 Administration, Service						
04874	510-0010	Hausmeister/in	1 E 8	1 E 4				
02387	510-0010	Sachbearbeiter/in Allgemeine Verwaltungs-aufgaben	1 E 7	1 A 7				
06879	510-0030	Sachbearbeiter/in IT-Anwendungen	1 A 10 Sp*)	1 A 10				
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit vom Ausbau der IT in den Kita´s.						
neu	510-0030	Sachbearbeiter/in IT-Unterstützung				1 A 10 T 20 kw 2026	+ 1 A 12 T 20	
		51.01.2 Zuschüsse und Entgelte						
06252	510-0130	Sachbearbeiter/in Förderprojekt Quik	1 A 11 T 8 kw 2024	1 A 11 T 8 kw 2026				
		51.01.3 Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen (LEQ)						
neu	510-0101	Sachbearbeiter/in Prozess- und Qualitätsmanagement				+ 1 A 10		
		51.01.4 Wirtschaftliche Erziehungshilfe (WiErz)						
02574	510-0105	Sachgebietsleiter/in Wirtschaftliche Erziehungshilfe	1 A 11			1 E 10		
02438	510-0105	Sachbearbeiter/in Wirtschaftliche Erziehungshilfe	1 A 8 T 33	1 A 8	+ 1 A 8 T 7			
05363	510-0105	Sachbearbeiter/in Wirtschaftliche Erziehungshilfe	1 A 8 T 7 kw 1)	1 A 8 T 7	- 1 A 8 T 7			
		51.02 Wirtschaftliche Leistungen						
neu	510-0204	Sachbearbeiter/in Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz				+ 1 A 10		

51 Kinder, Jugend und Familie

51.0 Verwaltung

51.01 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Finanzen

51.01.1 Administration, Service

Nr. 04874	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
Nr. 02387	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.
Nr. 06879	Freigabe des Sperrvermerkes für die Sachbearbeitung IT-Anwendungen, u. a. für den Ausbau der IT in den Kita´s.
Nr. neu	Verlegung von Stellenanteilen von 51.2 zu 51.01 befristet für die Dauer der Einführung des Nachfolgeprogramms OK JUS.

51.01.2 Zuschüsse und Entgelte

Nr. 06252	Verlängerung des kw-Vermerkes bis 2026 zur verwaltungsmäßigen Abwicklung der Förderrichtlinie Qualität in Kitas (Quik) inklusive der Erstellung des abschließenden Verwendungsnachweises, da die Laufzeit der Richtlinie zunächst bis zum 31.12.2025 verlängert worden ist.

51.01.3 Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen (LEQ)

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund eines Mehraufwands in Qualität und Prüftiefe der Leistungsangebote durch stetig gewachsene Fallzahlen und mehr Sozialarbeitende in den Fachabteilungen.

51.01.4 Wirtschaftliche Erziehungshilfe (WiErz)

Nr. 02574	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung, Bewertung offen.
Nr. 02438	Stundenaufstockung für die Sachbearbeitung der wirtschaftlichen Erziehungshilfe durch Zusammenlegung mit der T 7-Stelle (StVPl.-Nr. 05363).
Nr. 05363	Zusammenlegung mit der T 33-Stelle (StVPl.-Nr. 02438) im Zusammenhang mit der tatsächlichen Aufgabenwahrnehmung und Wegfall des kw 1)-Vermerkes.

51.02 Wirtschaftliche Leistungen

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund eines Mehrbedarfs bei der Bearbeitung von nachgehenden Fällen durch gestiegene Fallzahlen.

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		51.03 Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften, Beistandschaften						
		51.03.1 Beistandschaften/ Amtspflegschaften						
02571	510-0310	Beistand und Urkundsperson	1 A 10			1 A 11		
		51.03.2 Amtsvormundschaften/ Amtspflegschaften						
neu	510-0310	Sozialarb./-päd. Amtsvormundschaften/ Amtspflegschaften		+ 1 S 12				
		51.04 Planung						
05227	510-0420	Sachbearbeiter/in Kita-Planung	1 A 11 kw 2024	1 A 11 kw 2026				
neu	510-0420	Sozialarb./-päd. Projekt „Schools That Care“ (STC)		+ 1 S 15 T 19,5 kw 4)				
		51.04/1 AG 1 Kita Fachberatung						
05811	510-0420	Sozialarb./-päd. Bundesprogramm „Sprach-Kitas“	1 S 17 T 78 kw 4)	1 S 15 T 78 kw 4)				
06258	510-0420	Sozialarb./-päd. Fachberatung Richtlinie Qualität	1 S 15 T 7 kw 2024	1 S 15 T 7 kw 2026				
06910	510-0420	Sozialarb./-päd. Fachberatung Richtlinie Qualität	1 S 15 T 14 kw 4)	1 S 15 T 14 kw 3)				
		51.1 Allgemeine Erziehungshilfe						
02472	510-1000	Abteilungsleiter/in	1 E 14	1 E 15				
06699, 06892, 06894, 06895, 06898, 06899, 06900, 06901, 06902, 06903,	510-1000	Sozialarb./-päd. Bezirk	10 S 14 Sp*)	10 S 14				
		51.2 Eingliederungshilfe/ Fachdienste						
05968	510-5000	Abteilungsleiter/in	1 E 14	1 E 15				
neu	510-5300	Sozialarb./-päd. Kinderschutzzentrum		+ 1 S 15 kw 4)				
02429	510-5200	Sachbearbeiter/in IT-Fachanwendung	1 A 12 ku 1) S 11b T 19,5			1 A 12 T 20 1 A 10 T 20	- 1 A 12 T 20	

51.03 Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften, Beistandschaften

51.03.1 Beistandschaften/Amtspflegschaften

Nr. 02571	Stellenausweisung entsprechend der voraussichtlichen abschließenden Bewertung.

51.03.2 Amtsvormundschaften/ Amtspflegschaften

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund eines Mehrbedarfs zur Wahrnehmung der Aufgaben Pflegschaften und Vormundschaften durch gestiegene Fallzahlen.

51.04 Planung

Nr. 05227	Verlängerung des kw-Vermerkes bis 2026. Die aktuelle Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für den weiteren Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter 3 Jahren wird seit mehr als zehn Jahren immer befristet verlängert, sodass von weiteren Verlängerungen oder dem Wechsel in neue Richtlinien auszugehen ist.
Nr. neu	Stellenschaffung zur Durchführung eines von der Techniker Krankenkasse geförderten Projekts „Schools That Care“ (STC) .

51.04/1 AG 1 Kita Fachberatung

Nr. 05811	Stellenumwandlung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung.
Nr. 06258	Verlängerung des kw-Vermerkes für die Fachberatung „Qualität in Kitas“ bis 2026, da die Laufzeit der Richtlinie zunächst bis zum 31.12.2025 verlängert worden ist.
Nr. 06910	Wegfall des kw 4)-Vermerkes, dafür Anbringung eines kw 3)-Vermerkes (Finanzierung aus dem Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung gem. Ratsbeschluss vom 19.12.2017, DS 17-05824).

51.1 Allgemeine Erziehungshilfe

Nr. 02472	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
Nrn. 06699, 06892, 06894, 06895, 06898, 06899, 06900, 06901, 06902, 06903	Freigabe der Sperrvermerke aufgrund eines Mehrbedarfs für die Aufgabenerledigung im ASD anhand der mit INSO beschriebenen Prozesse, auch unter Berücksichtigung der gesetzlichen Änderungen des KJSG.

51.2 Eingliederungshilfe/Fachdienste

Nr. 05968	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
Nr. neu	Stellenschaffung zur Einrichtung eines vom Land Nds. geförderten Kinderschutzzentrums.
Nr. 02429	Stellenteilung und -ausweisung entsprechend der künftigen Aufgabenwahrnehmung und des Stellenbedarfs sowie Verlegung von Stellenanteilen von 51.2 zu 51.01.

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		51.21 Fachdienste und Jugendhilfe-Einrichtungen						
05972	510-5100	Stellenleiter/in	1 S 17 T 29,25	1 S 17				
		51.21.1 Kinder- und Jugend-schutzhaus Ölper						
06064	510-5110	Hauswirtschaftskraft	1 E 1 T 25			1 E 2 T 25		
		51.21.2 Fachdienst für minderjährige Geflüchtete						
neu	510-5301	Sozialarb./-päd. Fachdienst für minderjährige Geflüchtete		+ 2 S 14				
neu	510-5301	Sozialarb./-päd Fachdienst für minderjährige Geflüchtete		+ 1 S 14 Sp*)				
		Sp*) Freigabe in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung						
		neu: 51.21.3 Kinder- und Jugend-schutzhaus Außenstelle Hebbelstraße						
neu	510-5110	Sachgebietsleiter/in Außenstelle Hebbelstraße		+ 1 S 16				
neu	510-5110	Sozialarb./-päd. Außenstelle Hebbelstraße		+ 5 S 12		+ 1 S 12		
neu	510-5110	Erzieher/in Außenstelle Hebbelstraße		+ 5 S 8b		+ 1 S 8b		
neu	510-5110	Hauswirtschaftskraft		+ 1 E 1 T 29,25		1 E 2 T 29,25		
		51.22 Eingliederungshilfe						
neu	510-5200	Sozialarb./-päd. Verfahrenslotse		+ 1 S 15 kw 2027				
		51.22.1 Eingliederungshilfe SGB VIII						
06905	510-5210	Sozialarb./-päd. Eingliederungshilfe SGB VIII	1 S 14 Sp*)	1 S 14 T 29,25				
		Sp*) Freigabe in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung		1 S 14 T 9,75 Sp*)				
		51.22.2 Eingliederungshilfe SGB IX						
neu	510-5220	Sachbearbeiter/in Eingliederungshilfe SGB IX		+ 1 A 10				
neu	510-5220	Sozialarb./-päd. Eingliederungshilfe SGB IX		+ 4 S 14				

51.21 Fachdienste und Jugendhilfe-Einrichtungen

Nr. 05972	Stundenaufstockung für die Erweiterung des Kinder- und Jugendschutzhauses Ölper in der Außenstelle Hebbelstraße, dadurch Mehrbedarf bei der Stellenleitung.

51.21.1 Kinder- und Jugendschutzhaus Ölper

Nr. 06064	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

51.21.2 Fachdienst für minderjährige Geflüchtete

Nrn. neu	Stellenschaffungen aufgrund eines Mehrbedarfs zur Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten durch gestiegene Fallzahlen.
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund eines möglichen Mehrbedarfs zur Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten durch steigende Fallzahlen. Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der tatsächlichen Aufgabenentwicklung.

neu:
51.21.3 Kinder- und Jugendschutzhaus Außenstelle Hebbelstraße

Nrn. neu	Stellenschaffungen für die Erweiterung des Kinder- und Jugendschutzhauses Ölper in der Außenstelle Hebbelstraße aufgrund der steigenden Nachfrage nach Inobhutnahme-Plätzen für Kinder im Alter von 0 - 12 Jahren. Zur Bedarfsdeckung ist, ergänzend zum KJSH Ölper, eine gesonderte Inobhutnahme-Stelle für Kinder im Alter von 0 - 6 Jahren zwingend erforderlich. **Ergänzung zu weiteren Stellenschaffungen (1 S 12 und 1 S 8b):** Mehrbedarf in Anpassung an die Aufgabenentwicklung. **Ergänzung zur Stellenschaffung der Hauswirtschaftskraft:** Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

51.22 Eingliederungshilfe

Nr. neu	Stellenschaffung für die verbindliche Implementierung eines Verfahrenslotsen zum 01.01.2024 gemäß § 10b SGB VIII. Anbringen eines kw 2027-Vermerks, da nach jetzigem Stand die Vorschrift des § 10b SGB VIII zum 01.01.2028 wieder außer Kraft treten soll.

51.22.1 Eingliederungshilfe SGB VIII

Nr. 06905	Freigabe des Sperrvermerkes im Umfang von 0,75 VZÄ für die Umsetzung der Aufgabenerledigung im Bereich des BTHG anhand der mit INSO beschriebenen Prozesse.
Nr. neu	Stellenschaffung im Rahmen einer überarbeiteten Personalbedarfsbemessung, auch unter Berücksichtigung der gesetzlichen Änderungen des KJSG. Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der tatsächlichen Aufgabenentwicklung.

51.22.2 Eingliederungshilfe SGB IX

Nrn. neu	Stellenschaffungen im Rahmen einer überarbeiteten Personalbedarfsbemessung, auch unter Berücksichtigung der gesetzlichen Änderungen des KJSG.

Fachbereich 10
1022 118 3

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		51.24 Jugendhilfe im Strafverfahren (JuHiS)						
neu	510-5320	Sozialarb./-päd. Jugendhilfe im Strafverfahren (JuHiS)		+ 1 S 12 T 29,25				
		51.3 Kindertagesstätten						
02572	510-3000	Abteilungsleiter/in	1 A 14	1 A 15				
		51.30 Innendienst Kindertagesstätten						
05226	510-3199	Sachbearbeiter/in Innendienst Kindertagesstätten	1 A 10 T 20 kw 2024	1 A 10 T 20		1 E 9b T 19,5		
06734	510-3195	Kinderpfleger/in Personalausfallreserve Berufsbegleitende Ausbildung		- 1 S 4 T 29,36 kw 2024				
06735, 06736	510-3000	Beschäftigte in der Tätigkeit von Kinderpfleger/innen		- 2 S 2 kw 2024				
05633	510-3000	Erzieher/in VBQ Verbesserung Betreuungsqualität				- 1 S 8b T 202,20		
05705	510-3000	Erzieher/in VBQ Innenstadt				- 1 S 8a T 56,5		
06444	510-3195	Kinderpfleger/in Personalausfallreserve	1 S 3 T 463,3			1 S 3 T 459,73		
06445	510-3195	Kinderpfleger/in Personalausfallreserve	1 S 4 T 229,6			1 S 4 T 222,19		
05632	510-3195	Erzieher/in Personalausfallreserve	1 S 8a T 805,5			1 S 8a T 761,66		
06443	510-3195	Erzieher/in Personalausfallreserve	1 S 8b T 363,5			1 S 8b T 353,15		
neu	510-3195	Kinderpfleger/in Personalausfallreserve				+ 1 S 3 T 5 kw 2026		
neu	510-3195	Kinderpfleger/in Personalausfallreserve Berufsbegleitende Ausbildung				+ 1 S 4 T 206,31 kw 2027		
neu	510-3199	Sachbearbeiter/in Sonstige Innendienstaufgaben					+ 1 A 8 T 25	

51.24 Jugendhilfe im Strafverfahren (JuHiS)

Nr. neu	Stellenschaffung anhand der ausgewerteten Ergebnisse der Qualitätsentwicklung und Personalbemessung mit Hilfe der mit INSO beschriebenen Prozesse.

51.3 Kindertagesstätten

Nr. 02572	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung sowie für eine altersbedingte Nachbesetzung aufgrund der höheren Flexibilität im Rahmen des Doppelhaushalts.

51.30 Innendienst Kindertagesstätten

Nr. 05226	Wegfall des kw-Vermerkes. Seit der Stellenschaffung zum Stellenplan 2009 wurde der kw-Vermerk regelmäßig verlängert. Die Teilnahme an diversen Förderprogrammen (RIT, RAT, RL Qualität in Kitas, RL Sprach-Kitas etc.) setzt eine verwaltungsmäßige Begleitung voraus. Aufgrund der Vielzahl der Förderprogramme, die regelmäßig verlängert oder durch neue ersetzt werden, wird die Stelle dauerhaft benötigt. **Ergänzung:** Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung, Bewertung offen.
Nr. 06734	Stellenwegfall aufgrund der Beendigung der berufsbegleitenden Ausbildung.
Nrn. 06735 und 06736	Die Stellen wurden zum Stellenplan 2022 zur Bewältigung der hohen Fehlzeitenquote in den Kitas geschaffen. Stellenwegfall, da diese Stellen bisher nicht in Anspruch genommen worden sind.
Nrn. 05633 und 05705	Stellenwegfälle aufgrund der Einstellung der Förderung zur Verbesserung der Betreuungsqualität in städt. Kitas (VBQ) im Rahmen der Umsetzung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen vorbehaltlich des entsprechenden Ratsbeschlusses.
Nr. 06444	Stellenschaffungen zur Anpassung der Personalausfallreserve im Umfang von 2 x T 5 gem. DezKo-Vorlage vom 16.05.2024 (DS 24-23658) (entsprechende Stellenschaffungen siehe auch StVPl.-Nr. 03088, Stelle 51.3255 und StVPl.-Nr. 03131, Stelle 51.3259) sowie Stellenwegfall aufgrund gesunkener Fehlzeitenquote im Umfang von T 13,57.
Nr. 06445	Stellenwegfall zur Anpassung der Personalausfallreserve aufgrund gesunkener Fehlzeitenquote im Umfang von T 7,41.
Nr. 05632	Stellenwegfälle in der Personalausfallreserve aufgrund der Einstellung des Betriebes der Kita Peterskamp zum Ende des Kindergartenjahres 2024 gem. Ratsbeschluss vom 09.04.2024 (DS 24-23083) im Umfang von T 22,35 (siehe auch StVPl.-Nrn. 02900, 02901, 02904 und 05109, Stelle 51.3323) sowie zur Anpassung der Personalausfallreserve aufgrund gesunkener Fehlzeitenquote im Umfang von T 21,49.
Nr. 06443	Stellenwegfall zur Anpassung der Personalausfallreserve aufgrund gesunkener Fehlzeitenquote im Umfang von T 10,35.
Nr. neu	Stellenschaffung zur Anpassung der Personalausfallreserve befristet für die Zeit der Baumaßnahme „Ersatzbau Kita Rautheim“ gem. DezKo-Vorlage vom 16.05.2024 (DS 24-23658) (entsprechende Stellenschaffung siehe auch Nr. neu, Stelle 51.3322).
Nr. neu	Stellenschaffung zur Anpassung der Personalausfallreserve für die berufsbegleitende Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher.
Nr. neu	Stellenverlegung von 51.32 in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.

Fachbereich 10
1022 118 3

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		51.31 Kindertagesstätten						
		51.3127 Recknitzstraße						
03049	510-3126	Erzieher/in	1 S 8b T 118			1 S 8b T 130,48		
		51.3167 Volkskindergarten						
03185	510-3134	Erzieher/in	1 S 8a T 143,5			1 S 8a T 194,98		
03188	510-3134	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 178			1 S 3 T 181,51		
		51.32 Kindertagesstätten						
02589	510-3200	Heilpädagoge/-pädagogin	1 S 9 T 50,66			1 S 9 T 25,66		
						1 A 8 T 25	- 1 A 8 T 25	
		51.3221 Karlstraße						
02774	510-3111	Erzieher/in	1 S 8a T 63,08			1 S 8a T 74,39		
		51.3255 Rühme						
03088	510-3128	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 120,5			1 S 3 T 159,5		
		51.3259 Schuntersiedlung						
03131	510-3130	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 174			1 S 3 T 213		
		51.33 Kindertagesstätten						
		51.3322 Lindenbergsiedlung						
neu	510-3117	Kinderpfleger/in				+ 1 S 3 kw 2026		
		51.3323 Peterskamp						
02900	510-3121	Leiter/in				- 1 S 13		
02901	510-3121	Stellv. Leiter/in				- 1 S 9 T 30		
02904	510-3121	Erzieher/in				- 1 S 8a T 31,5		
05109	510-3121	Hauswirtschaftsdienst				- 1 E 2 Ü T 11,61		
		51.4 Jugendförderung						
03213	510-4000	Abteilungsleiter/in	1 E 14	1 E 15				

51.31 Kindertagesstätten

51.3127 Recknitzstraße

Nr. 03049	Stellenmehrbedarf beim pädagogischen Personal im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 09.04.2024 (DS 24-23083).

51.3167 Volkskindergarten

Nrn. 03185 und 03188	Stellenmehrbedarf beim pädagogischen Personal im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 09.04.2024 (DS 24-23083).

51.32 Kindertagesstätten

Nr. 02589	Verlegung von Stellenanteilen zu 51.30 und Wertänderung in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.

51.3221 Karlstraße

Nr. 02774	Stellenmehrbedarf beim pädagogischen Personal im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 09.04.2024 (DS 24-23083).

51.3255 Rühme

Nr. 03088	Stellenmehrbedarf zur Förderung von Zweitkräften in Kleingruppen gem. DezKo-Vorlage vom 16.05.2024 (DS 24-23658) (entsprechende Personalausfallreserve siehe auch StVPl.-Nr. 06444, Stelle 51.30).

51.3259 Schuntersiedlung

Nr. 03131	Stellenmehrbedarf zur Förderung von Zweitkräften in Kleingruppen gem. DezKo-Vorlage vom 16.05.2024 (DS 24-23658). (entsprechende Personalausfallreserve siehe auch StVPl.-Nr. 06444, Stelle 51.30).

51.33 Kindertagesstätten

51.3322 Lindenbergsiedlung

Nr. neu	Stellenmehrbedarf zur Förderung von Zweitkräften in Kleingruppen gem. DezKo-Vorlage vom 30.07.2024 (DS 24-23966) befristet für die Zeit der Baumaßnahme „Ersatzbau Kita Rautheim“ zur Aufrechterhaltung der erforderlichen Betreuungsplätze (entsprechende Personalausfallreserve siehe auch Nr. neu, Stelle 51.30).

51.3323 Peterskamp

Nrn. 02900, 02901, 02904 und 05109	Stellenwegfälle aufgrund der Einstellung des Betriebes zum Ende des Kindergartenjahres 2024 gem. Ratsbeschluss vom 09.04.2024 (DS 24-23083). Siehe auch StVPl.-Nr. 05632, Stelle 51.30.

51.4 Jugendförderung

Nr. 03213	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		51.41 Kinder- und Jugendarbeit						
07057, 07058,	510-4101	Sozialarb./-päd. Jugendbüro/Jugendparlament	2 S 15 kw 4) Sp*)	2 S 15 kw 4)				
07059	510-4101	Sachbearbeiter/in Jugendbüro/Jugendparlament Sp*) Freigabe durch die Verwaltung, wenn die Genehmigung des Fördermittelgebers vorliegt	1 E 11 T 19,5 kw 4) Sp*)	1 S 15 T 19,5 kw 4)				
		51.43 Schulkindbetreuung						
neu	510-4301	Erzieher/in im Gruppendienst Schulkindbetreuung KJZ B 58/KoGS Bültenweg		+ 1 S 8a T 25				
neu	510-4301	Zweitkraft im Gruppendienst Schulkindbetreuung KJZ B 58/KoGS Bültenweg		+ 1 S 2 T 20				
neu	510-4304	Erzieher/in Schulkindbetreuung KJZ Turm/KoGS Lehndorf		+ 1 S 8a T 54				
neu	510-4301	Erzieher/in im Gruppendienst Schulkindbetreuung		+ 1 S 8a T 40				
neu	510-4301	Zweitkraft im Gruppendienst Schulkindbetreuung		+ 1 S 2 T 36				
neu	510-4301	Zweitkraft im Gruppendienst Schulkindbetreuung KJZ Querum		+ 1 S 2 T 18				
neu	510-4301	Leitungsstunden Schulkindbetreuung KJZ Querum		+ 1 S 12 T 10				
		51.44 Jugendsozialarbeit						
		51.44.1 SG 1 Kommunale Schulsozialarbeit						
07073, 07074, 07075, 07140, 07141, 07142,	510-4403	Sozialarb./-päd. Schulsozialarbeit	6 S 12 Sp*)	6 S 12				
neu	510-4403	Sozialarb./-päd. Schulsozialarbeit Sp*) Freigabe in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung		+ 1 S 12 Sp*)				
		51.44.2 SG 2 Kommunale Schulsozialarbeit						
07072, 07139,	510-4403	Sozialarb./-päd. Schulsozialarbeit Sp*) Freigabe in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung	2 S 12 Sp*)	2 S 12				

51.41 Kinder- und Jugendarbeit

Nrn. 07057 und 07058	Freigabe der Sperrvermerke für die organisatorische Begleitung und fachliche Unterstützung des Jugendbüros und des Jugendparlaments für die Dauer des Förderprogramms „Resiliente Innenstädte“.
Nr. 07059	Freigabe des Sperrvermerkes für die organisatorische Begleitung und fachliche Unterstützung des Jugendbüros und des Jugendparlaments für die Dauer des Förderprogramms „Resiliente Innenstädte“. Stellenausweisung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung und voraussichtlichen künftigen Besetzung.

51.43 Schulkindbetreuung

Nrn. neu	Stellenmehrbedarf aufgrund der Erweiterung des Angebots in der Schulkindbetreuung gem. Ratsbeschluss vom 05.07.2022 (DS 22-18486).
Nr. neu	Stellenmehrbedarf durch die Einrichtung weiterer Betreuungsgruppen aufgrund der Einführung des Ganztagsbetriebs an der KoGS Lehndorf gem. Ratsbeschluss vom 05.07.2022 (DS 22-18486).
Nrn. neu	Stellenmehrbedarf durch die Einrichtung weiterer Betreuungsgruppen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung gemäß Ratsbeschluss vom 05.07.2022 (DS 22-18486).
Nr. neu	Stellenmehrbedarf durch die Einrichtung einer weiteren Betreuungsgruppe im KJZ Querum zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung gemäß Ratsbeschluss vom 05.07.2022 (DS 22-18486).
Nr. neu	Stellenmehrbedarf für die Leitung der Schulkindbetreuungsgruppen im KJZ Querum gemäß Ratsbeschluss vom 25.06.2019 (DS 19-11138, Anlage 1).

51.44 Jugendsozialarbeit

51.44.1 SG 1
Kommunale Schulsozialarbeit

Nrn. 07073, 07074, 07075, 07140, 07141, 07142	Freigabe der Sperrvermerke für die Umsetzung der Aufgabenerledigung in der Kommunalen Schulsozialarbeit.
Nr. neu	Stellenschaffung gem. Ratsbeschluss vom 13.07.2021 (DS 21-15292 Nr. 1) zur Etablierung der jugendhilflich ausgerichteten Kommunalen Schulsozialarbeit bis 2025 an allen weiterführenden Schulen. Sperrvermerk in Abhängigkeit vom Bedarf und Berücksichtigung der im „Rahmenkonzept Kommunale Schulsozialarbeit“ festgelegten Parameter.

51.44.2 SG 2
Kommunale Schulsozialarbeit

Nrn. 07072, 07139	Freigabe der Sperrvermerke für die Umsetzung der Aufgabenerledigung in der Kommunalen Schulsozialarbeit.

60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle						
		60.0 Verwaltung, Brandschutz und Rechtsverfahren						
		60.01 Verwaltung und Rechts-verfahren						
05029	600-1000	Sachbearbeiter/in Baukontrollen		- 1 A 8 kw 1)				
06949	600-1000	Baukontrolleur/in	1 A 8	1 E 8				
03558	600-1000	Sachbearbeiter/in Verfolgung baurechtswidriger Zustände, Allgemeine Verwaltungsaufgaben (Beschaffung, Gebäude-Verwaltung)	1 A 10 T 30			1 A 11 T 30	- 1 A 11 T 30	
		60.3 Bauordnung						
06566	600-3000	Sachbearbeiter/in Unterstützung der IT-Anwen-dung				- 1 A 11 kw 3)		
03558	600-1000	Sachbearbeiter/in Unterstützung der IT-Anwen-dung					+ 1 A 11 T 30	

60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle

60.0 Verwaltung, Brandschutz und Rechtsverfahren

60.01 Verwaltung und Rechtsverfahren

Nr. 05029	Stellenwegfall durch Realisierung des kw 1)-Vermerks nach Ausscheiden des Stelleninhabers.
Nr. 06949	Umwandlung entsprechend der Bewertung.
Nr. 03558	Stellenverlegung zu 60.3 und Stellenumwandlung aufgrund der tatsächlichen Aufgabenwahrnehmung.

60.3 Bauordnung

Nr. 06566	Stellenwegfall durch Realisierung des kw 3)-Vermerks aufgrund des Wegfalls von Zuschusszahlungen.
Nr. 03558	Stellenverlegung von 60.01 aufgrund der tatsächlichen Aufgabenwahrnehmung.

61 Stadtplanung und Geoinformation

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		61 Stadtplanung und Geoinformation						
		61.0 Verwaltung						
		61.01 Personal, Organisation, Vertrags- und Verfahrensmanagement						
02812	610-0100	**bisher:** Sachbearbeiterin Vorzimmer **künftig:** Sachbearbeiter/in Vorzimmer, Verwaltungsaufgaben, Verfahrensmanagement	1 E 6 üT T 21,33	1 E 6	+ 1 E 6 T 17,67			
02825	610-0100	Sachbearbeiter/in Allgemeine Verwaltungsaufgaben, Verfahrensmanagement	1 E 5	- 1 E 5 T 21,33 1 E 6 T 17,67	- 1 E 6 T 17,67			
		61.1 Stadtplanung						
		61.14 Städtebauliche Verträge und Grundstückswertermittlung						
06959	610-1200	**bisher:** Techn. Sachbearbeiter/in Städtebauliche Kalkulation **künftig:** Sachbearbeiter/in Städtebauliche Kalkulation	1 E 11	1 E 10				
		61.2 Geoinformation						
		61.21.1 SG 1 Geodatenservice						
03364	610-2200	Sachgebietsleiter/in	1 E 11	1 E 12				
		61.3 Integrierte Entwicklungsplanung						
00954	610-3000	Abteilungsleiter/in	1 A 16	1 A 15				
		61.32 Sonderprojekte der Stadtentwicklung						
06465	610-3200	Stellenleiter/in	1 E 13			1 E 14		
06963	610-3200	Techn. Sachbearbeiter/in IKSK 2.0 Quartiersmanager/in		- 1 E 11 kw 3)				
06964	610-3200	Techn. Sachbearbeiter/in IKSK 2.0 Quartiersmanager/in		- 1 E 11 kw 3)				
07122	610-3200	Techn. Sachbearbeiter/in IKSK 2.0 Quartiersmanager/in		- 1 E 11 kw 3) Sp*)				
07123	610-3200	Techn. Sachbearbeiter/in IKSK 2.0 Quartiersmanager/in Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit vom Förderantrag		- 1 E 11 kw 3) Sp*)				
		61.4 Stadterneuerung						
03070	610-4000	Abteilungsleiter/in	1 E 14			1 A 14		

61 Stadtplanung und Geoinformation

61. 0 Verwaltung

61.01 Personal, Organisation, Vertrags- und Verfahrensmanagement

Nr. 02812	Stundenaufstockung durch Verlegung und Umwandlung von Stundenanteilen entsprechend der tatsächlichen Aufgabenwahrnehmung, um aus organisatorischer und verwaltungsökonomischer Sicht eine effiziente Stellengestaltung zu gewährleisten (siehe auch Nr.: 02825); die Stelle 02812 wird zum 01.01.2025 vakant.
Nr. 02825	Stundenverlegung (siehe auch Nr.: 02812) sowie Wegfall von Stellenanteilen, um aus organisatorischer und verwaltungsökonomischer Sicht eine effiziente Stellengestaltung zu gewährleisten.

61.1 Stadtplanung

61.14 Städtebauliche Verträge und Grundstückswertermittlung

Nr. 06959	Stellenwertänderung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.

61.2 Geoinformation

61.21 Geodaten

61.21.1 Geodatenservice

Nr. 03364	Stellenwertänderung entsprechend der Bewertung.

61.3 Integrierte Entwicklungsplanung

Nr. 00954	Stellenwertänderung entsprechend der Bewertung.

61.32 Sonderprojekte der Stadtentwicklung

Nr. 06465	Stellenhebung entsprechend der Bewertung
Nrn. 06963, 06964, 07122, 07123	Stellenwegfälle durch Realisierung des kw 3)-Vermerks, da die vorgesehene Finanzierung mit Fördermitteln für die Energetische Quartierssanierung (EQS) nicht erfolgt ist. Das entsprechende KfW Förderprogramm wurde gestoppt. Hiervon ist auch der seitens der Stadt für das Sackringviertel gestellte Antrag betroffen. Daher kann derzeit mit Fördermitteln für die EQS nicht gerechnet werden. An eine Bewilligung durch die KfW-Bank waren auch weitere einkalkulierte Förderungen durch die NBank gebunden. Die eingeplanten Fördermittel i. H. v. insgesamt 90% der förderfähigen Kosten stehen somit für die Finanzierung der EQS aktuell nicht zur Verfügung.

61.4 Stadterneuerung

Nr. 03070	Stellenumwandlung im Hinblick auf eine mögliche Besetzung.

Fachbereich 10
1022 118 3

65 Gebäudemanagement

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		65 Gebäudemanagement						
07124		Fachbereichsleiter/in		- 1 A 16 kw 1)				
		65.0 Kaufmännisches Gebäudemanagement						
		65.02 Haushalt, Controlling und Rechnungswesen						
02998		Stellenleiter/in	1 A 12			1 E 12		
		65.02.2 SG 2 Rechnungswesen						
06815		Sachbearbeiter/in Energiegenossenschaft Photovoltaik	1 E 7 Sp*)	1 E 7				
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung nach Gründung der Energiegenossenschaft						
		65.03 Vertrags- und Kundenmanagement						
		65.03.2 SG 2 Mietvertragsmanagement						
06198		Sachbearbeiter/in Verwaltung von angemieteten Objekten	1 E 6	1 E 7				
		65.1 Konzeption und Projektentwicklung						
		65.11 Flächen- und Portfoliomanagement						
06965		Techn. Sachbearbeiter/in IKSK 2.0	1 E 11			1 A 11		
03840		**bisher:** Sachbearbeiter/in Portfoliomanagement	1 E 9b T 19,5					
		künftig: Techn. Sachbearbeiter/in Portfoliomanagement				1 E 11 T 19,5		
		65.2 Objektmanagement und Instandsetzung						
05720		**bisher:** Techniker/in Energiemanagement	1 E 9b					
		künftig: Techn. Sachbearbeiter/in Energiemanagement				1 E 11		
		65.22 Kitas und Funktionsgebäude						
06490		**bisher:** Techn. Zeichner/in	1 E 6					
		künftig: Hochbautechniker/in		1 E 9a				
neu		Techn. Sachbearbeiter/in				+ 1 E 11		

65 Gebäudemanagement

Nr. 07124	Realisierung des kw 1)-Vermerks, da die Stelle befristet geschaffen wurde für eine Wissensstafette im Zusammenhang mit dem Ausscheiden des Fachbereichsleiters.
65.0 Kaufmännisches Gebäudemanagement	
65.02 Haushalt, Controlling und Rechnungswesen	
Nr. 02998	Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
65.02.2 SG 2 Rechnungswesen	
Nr. 06815	Freigabe des Sperrvermerkes aufgrund der Aufgabenentwicklung nach Gründung der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG.
65.03 Vertrags- und Kundenmanagement	
65.03.2 SG 2 Mietvertragsmanagement	
Nr. 06198	Stellenhebung entsprechend der Bewertung.
65.1 Konzeption und Projektentwicklung	
65.11 Flächen- und Portfoliomanagement	
Nr. 03840	Stellenhebung entsprechend der Aufgabenentwicklung und Bewertung.
Nr. 06965	Stellenumwandlung entsprechend der geplanten Besetzung.
65.2 Objektmanagement und Instandsetzung	
Nr. 05720	Stellenhebung entsprechend der Bewertung.
65.22 Kitas und Funktionsgebäude	
Nr. 06490	Stellenhebung entsprechend der Bewertung.
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund eines Mehrbedarfs wegen des Ratsbeschlusses für ein ganzheitliches Warnkonzept sowie aufgrund eines Mehrbedarfs im Zusammenhang mit dem Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG).

Fachbereich 10
1022 118 3

65 Gebäudemanagement

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		65.3 Betrieb						
		65.31 Haus- und Reinigungs-dienste						
neu		Schulhausmeister/in GS Schölkestraße		+ 1 E 5 Sp*)				
		Sp*) Freigabe in Abhängigkeit von der Aufnahme des Schul-betriebs						
00441		Hausmeister/in Richard-Wagner-Straße 1-2	1 E 3	1 E 4				
01919		Raumpfleger/in	1 E 1 T 12,16	1 E 2 T 12,16				
01920		Raumpfleger/in	1 E 1 T 6,08	1 E 2 T 6,08				
01927		Raumpfleger/in	1 E 1 T 9,12	1 E 2 T 9,12				
01933		Raumpfleger/in	1 E 1 T 14,19	1 E 2 T 14,19				
01935		Raumpfleger/in	1 E 1 T 7,10	1 E 2 T 7,10				
01026		Raumpfleger/in Reinigungspool	1 E 1 T 2.300	1 E 2 T 2.300				
03403		Raumpfleger/in	1 E 1 T 54,71	1 E 2 T 54,71				
03407		Raumpfleger/in	1 E 1 T 4,06	1 E 2 T 4,06				
03392		Raumpfleger/in	1 E 1 T 5,07	1 E 2 T 5,07				
03387		Raumpfleger/in	1 E 1 T 34,45	1 E 2 T 34,45				
02612		Raumpfleger/in	1 E 1 T 5,07	1 E 2 T 5,07				
		65.32 Anlagenüberwachung						
03011		Techniker/in					+ 1 E 9b	
		65.33 Betriebshandwerklicher Dienst						
03011		**bisher:** Schlosser/in, Werkstatt **künftig:** Techniker/in	1 E 6			1 E 9b	- 1 E 9b	

65.3 Betrieb

65.31 Haus- und Reinigungsdienste

Nr. neu	Stellenschaffung für die hausmeisterliche Betreuung einer neuen Grundschule im westlichen Ringgebiet. Sperrvermerk in Abhängigkeit von der Fertigstellung des Neubaus und der geplanten Aufnahme des Schulbetriebs der GS Schölkestraße (voraussichtlich zum Schuljahr 2025/2026).
Nr. 00441	Stellenhebung entsprechend der Bewertung.
Nrn. 01919, 01920, 01927, 01933, 01935, 01026, 03403, 03407, 03392, 03387, 02612	Stellenhebungen entsprechend der Bewertung.

65.32 Anlagenüberwachung

Nr. 03011	Stellenverlegung von Stelle 65.33 Betriebshandwerklicher Dienst in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.

65.33 Betriebshandwerklicher Dienst

Nr. 03011	Stellenverlegung zu Stelle 65.32 Anlagenüberwachung und Wertänderung in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.

66 Tiefbau und Verkehr

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		66 Tiefbau und Verkehr						
		66.0 Verwaltung						
01674	660-0000	Sachbearbeiter/in Steuerungsunterstützung	1 A 10			1 E 9b		
		66.0/1 AG 1 Finanzen und Controlling						
01658	660-0020	Sachbearbeiter/in Haushalts- und Rechnungswesen	1 E 7 T 25	1 E 7	+ 1 E 7 T 14			
		66.01 Vertragsmanagement, IT						
01670	660-0010	Techn. Sachbearbeiter/in Vergabevorbereitung und Abrechnung	1 E 9b	1 E 9b T 25 1 E 7 T 14	 - 1 E 7 T 14			
		66.1 Verkehrsplanung und Verkehrsmanagement						
01721	660-1000	Abteilungsleiter/in	1 E 15			1 A 15		
		66.12 Verkehrsplanung Projekte						
05646	660-1200	Stellenleiter/in	1 A 14	1 E 14				
		66.2 Straßenplanung und -neubau						
		66.23 Stadtbahnausbau						
06857	660-2300	Stellenleiter/in	1 E 14	1 A 14				
06825	660-2300	Wiss. Sachbearbeiter/in Stadtbahnausbau	1 E 14 Sp*)	1 E 14				
06827	660-2300	Techn. Sachbearbeiter/in Stadtbahnausbau	1 E 11 Sp*)	1 E 11				
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung						
		66.3 Straßen und Brücken						
		66.32 Unterhaltungsbezirke, Glasfaserausbau						
06649	660-3200	Techn. Sachbearbeiter/in Unterhaltungsbezirke Glasfaserausbau	1 E 11			1 E 11 kw 1)		
neu	660-3200	Techn. Sachbearbeiter/in Unterhaltungsbezirke				+ 1 E 11		

66 Tiefbau und Verkehr

66.0 Verwaltung

Nr. 01674	Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

66.0/1 AG 1 Finanzen und Controlling

Nr. 01658	Verlegung von Stellenanteilen von 01670 aufgrund der Aufgabenentwicklung.

66.01 Vertragsmanagement, IT

Nr. 01670	Verlegung von Stellenanteilen zu 01658 aufgrund der Aufgabenentwicklung.

66.1 Verkehrsplanung und Verkehrsmanagement

Nr. 01721	Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

66.12 Verkehrsplanung Projekte

Nr. 05646	Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

66.2 Straßenplanung und -neubau

66.23 Stadtbahnausbau

Nr. 06857	Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nrn. 06825 und 06827	Freigabe der Sperrvermerke aufgrund der Aufgabenentwicklung.

66.3 Straßen und Brücken

66.32 Unterhaltungsbezirke, Glasfaserausbau

Nr. 06649	Anbringung eines kw 1)-Vermerks als Kompensation der Stellenneuschaffung in der Stelle 66.32 (siehe Nr. neu).
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund eines Mehrbedarfs für die Sicherstellung der Verkehrssicherheit auf öffentlichen Straßen, die Bauleitung bei Umbaumaßnahmen und die Beantwortung von Anfragen. Eine fehlende Überwachung des Glasfaserausbaus führt in der Folge zu Mehrkosten bei der Fahrbahndeckensanierung. Der Ausbau des Fernwärmenetzes durch BS|Energy verursacht ebenfalls Aufwand im FB 66. Als Kompensation wird an der Planstelle 66.32/06649 ein kw 1)-Vermerk angebracht.

Fachbereich 10
1022 118 3

66 Tiefbau und Verkehr

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		66.4 Straßenverkehr						
01936	660-4000	Abteilungsleiter/in	1 A 12 kw 1)	1 A 12				
		66.41 Verkehrsbehördliche Maßnahmen, Sondernutzung						
01946	660-4100	Sachbearbeiter/in Sondernutzungen, Veranstaltungen	1 E 7	1 E 8				
		66.42 Baustellenmanagement, Schwertransporte						
05122	660-4200	Stellenleiter/in Baustellenmanagement	1 E 11	1 E 11 kw 1)				
01938	660-4200	Sachbearbeiter/in Ausnahmegenehmigungen	1 A 9 mD	1 A 10				

66.4 Straßenverkehr

Nr. 01936	Streichung des kw 1)-Vermerks, der im Zusammenhang mit Stellenschaffungen für den Stadtbahnausbau angebracht wurde. Die für das Stadtbahnausbauprojekt geschaffenen Stellen werden jedoch weiterhin im vollen Umfang für die Realisierung des Projekts benötigt, daher kann keine Stelle entfallen. Als Kompensation wird an der StVPl.-Nr. 05122, Stelle 66.42, ein kw 1)-Vermerk angebracht.

66.41 Verkehrsbehördliche Maßnahmen, Sondernutzung

Nr. 01946	Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

66.42 Baustellenmanagement, Schwertransporte

Nr. 05122	Anbringung eines kw 1)-Vermerks als Kompensation der Streichung des kw 1) Vermerks an der StVPl.-Nr. 01936, Abt. 66.4.
Nr. 01938	Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

67 Stadtgrün

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		67 Stadtgrün						
		67.0 Verwaltung und Kleingartenwesen						
01495	670-0010	Sachbearbeiter/in Registratur, allgem. Verwaltungsaufgaben	1 E 5 T 11,4			1 E 5 T 19,5	+ 1 E 5 T 8,10	
03787	670-0010	Sachbearbeiter/in Registratur, allgem. Verwaltungsaufgaben	1 E 5 T 8,11 kw 8)			1 E 5 T 8,10	- 1 E 5 T 8,10	
		67.01 Finanzen und Controlling						
01497, 05239,	670-0020	Sachbearbeiter/in Haushalts- u. Rechnungswesen, allgem. Verwaltungsaufgaben	2 E 6			2 E 7		
06837	670-0020	Sachbearbeiter/in Buchhaltung	1 A 6 T 20			1 E 7 T 19,5		
		67.2 Stadtgrün - Grünflächenmanagement und -entwicklung						
neu	670-2000	Techn. Sachbearbeiter/in Förderprojekt LiViK				+ 1 E 12 kw 3)		
neu	670-2000	Techn. Sachbearbeiter/in Förderprojekt Teichentschlammung						+ 1 E 12 kw 3)
		67.21 Grünflächenmanagement						
03680	670-2100	Gartenarbeiter/in Saison	1 E T 83,37			- 1 E 3 T 16,25 1 E 3 T 67,12		
06504	670-2121	Gärtner/in Saison Herbizidfreie Grünflächenpflege	1 E 5 T 26			- 1 E 5 T 17 1 E 9a T 9	- 1 E 9a T 9	
06505	670-2141 670-2113 670-2132 670-2131	Gartenarbeiter/in Saison Herbizidfreie Grünflächenpflege	1 E 3 T 104			- 1 E 3 T 65 1 E 11	- 1 E 11	
		67.22 Grünflächenentwicklung						
		67.22.1 SG 1 Konzeption und Planung						
neu	670-2200	Techn. Sachbearbeiter/in Spielplatzsanierungen				1 E 11	+ 1 E 11	
		67.22.2 SG 2 Spielraumin-standsetzung und Handwerkliche Dienste						
06839	670-2251	Techniker/in Austausch Spielsand und Fallschutz	1 E 9a T 19,5			1 E 9a T 28,5	+ 1 E 9a T 9	

67 Stadtgrün

67.0 Verwaltung und Kleingartenwesen

Nr. 01495	Stundenaufstockung zur Unterstützung im Verwaltungsbereich, Kompensation durch Verlegung der StVPl.-Nr. 03787.
Nr. 03787	Wegfall des kw-Vermerkes und Stellenverlegung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung.

67.01 Finanzen und Controlling

Nrn. 01497, 05239	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
Nr. 06837	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung und der Bewertung.

67.2 Stadtgrün - Grünflächenmanagement und -entwicklung -

Nr. neu	Stellenschaffung für die Umsetzung des geförderten Projektes „Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels: Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken (LiViK) im Rahmen der Förderrichtlinie für Natürlichen Klimaschutz in kommunalen Gebieten im ländlichen Raum“. Aufgrund der anteiligen Förderung (80%) erfolgt die Stellenschaffung mit einem kw 3)-Vermerk sowie im Hinblick auf die einzusetzenden Eigenmittel gegen Kompensation aus der Gartenarbeiter-Saison-Stelle in der Stelle 67.21, StVPl-Nr.03680.
Nr. neu	Änderung entsprechend der Empfehlungen aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) vom 28. November 2024.

67.21 Grünflächenmanagement

Nr. 03680	Stellenwegfall zur Kompensation der Eigenmittel (20 %) für die Stellenschaffung Techn. Sachbearbeitung Förderprojekt „Leben in Vielfalt in Zeiten des Klimawandels: Biodiversitätssteigerung in Braunschweiger Randbezirken (LiViK) im Rahmen der Förderrichtlinie für Natürlichen Klimaschutz in kommunalen Gebieten im ländlichen Raum“ in der Abt. 67.2.
Nrn. 06504, 06505	Stellenwegfälle zur Kompensation der Stellenschaffung Techn. Sachbearbeitung Spielplatzsanierungen im SG 67.22.1 und Techniker/in Austausch Spielsand und Fallschutz im SG 67.22.2 sowie weiterer Stellenschaffungen im Dez. VIII.

67.22 Grünflächenentwicklung

67.22.1 SG 1 Konzeption und Planung

Nr. neu	Stellenschaffung zur Sanierung von öffentlichen Spielräumen gegen Kompensation aus den Saison-Stellen für die Herbizidfreie Grünflächenpflege in der Stelle 67.21, StVPl-Nr. 06505.

67.22.2 SG 2 Spielrauminstandsetzung und Handwerkliche Dienste

Nr. 06839	Stellenschaffung durch Stundenaufstockung für den Sand- und Fallschutzaustausch auf Spielplätzen sowie zur Sanierung- und Instandhaltung in Kindereinrichtungen und auf Spielplätzen gegen Kompensation aus der Saison-Stelle für die Herbizidfreie Grünflächenpflege in der Stelle 67.21, StVPl-Nrn. 06504.

67 Stadtgrün

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		67.23 Grünpflege - Planung und Umsetzung -						
		67.23.1 SG 1 Reinigungs- und Wildkrautprojekt						
06327	670-2040	Sachgebietsleiter/in	1 E 8			1 E 9a		
		67.3 Friedhofs- und Bestattungswesen und Kleingartenentwicklung						
		67.31 Grabvergaben/ Feierhallen und Bestattungsdienst						
01654	670-3171	**bisher:** Betriebshandwerker/in (Vorarb.)	1 E 6 Z 12					
		künftig: Betriebshandwerker/in		1 E 6				
		67.32 Bau und Unterhaltung von Friedhöfen und Kleingartenentwicklung						
neu	670-3110	Techn. Sachbearbeiter/in		+ 1 E 11				
01557	670-3110	Techn. Sachbearbeiter/in Technische Unterhaltung, Historische Friedhöfe, Kleingartenwesen	1 E 11	1 E 11 kw 1)				

67.23 Grünpflege - Planung und Umsetzung -

67.23.1 SG 1 Reinigungs- und Wildkrautprojekt

Nr. 06327	Stellenwertänderung entsprechend der Bewertung für Techniker/innen.

67.3 Friedhofs- und Bestattungswesen und Kleingartenentwicklung

67.31 Grabvergaben/ Feierhallen und Bestattungsdienst

Nr. 01654	Im Zuge des Ausscheidens eines Vorarbeiters werden beide Teams an einem Standort zusammengezogen und als ein Team einem gemeinsamen Vorarbeiter zugeordnet. Ein zweiter Vorarbeiter ist daher entbehrlich. Wegfall der Zulage entsprechend der tarifrechtlichen Gegebenheiten.

67.32 Bau und Unterhaltung von Friedhöfen und Kleingartenentwicklung

Nr. neu	Stellenschaffung aus personalwirtschaftlichen Gründen zur Sicherstellung der Aufgabenerledigung. Kompensation durch Anbringen eines kw 1)-Vermerks an StVPl-Nr. 01557.
Nr. 01557	Anbringung eines kw 1)- Vermerkes aus personalwirtschaftlichen Gründen.

Fachbereich 10
1022 118 3

68 Umwelt

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		68 Umwelt						
		0680 Grün- und Freiraumplanung						
		0680.10 Objektplanung und Baudurchführung						
neu	064-2000	Techn. Sachbearbeiterin Objektplanung und Baudurchführung, Förderprojekte				+ 1 E 12		
		0680/1 AG 1 Grünordnungs- und Freiraumentwicklungsplanung						
01518	064-1000	Techn. Sachbearbeiter/in Grünordnungs- und Freiraumentwicklungsplanung, Ringgleis	1 E 11 kw 2025	1 E 11 kw 2028				
		68.0 Verwaltung						
neu	680-0020	Sachbearbeiter/in Förderprogramme und Buchungswesen		+ 1 A 8				
		68.1 Abfallrecht, Immissionsschutz, Naturschutz						
		68.11 Naturschutz						
05005	680-1100	Sachbearbeiter/in Haus Entenfang	1 E 9a kw 1)	1 E 5 kw 1)				
		68.2 Gewässer- und Bodenschutz						
		68.21 Gewässerschutz						
03712	680-2110	Stellenleiter/in	1 E 12	1 E 13				
06846	680-2110	**bisher:** Sachbearbeiter/in Bodenmanagement, Kampfmittelräumung, Hochwasserschutzkonzept **künftig:** Techn. Sachbearbeiter/in Bodenmanagement, Kampfmittelräumung, Hochwasserschutzkonzept	1 E 12 kw 2025	1 E 12				

68 Umwelt

0680 Grün- und Freiraumplanung

0680.10 Objektplanung und Baudurchführung

Nr. neu	Stellenschaffung zur Wahrnehmung von komplexen Sonderplanungen mit erhöhtem Schwierigkeitsgrad insbesondere im Bereich der Umsetzung von Förderprojekten einschl. eigener Akquise von Fördermitteln sowie zur Vermeidung von Zins(straf)zahlungen.

0680/1 AG 1 Grünordnungs- und Freiraumentwicklungsplanung

Nr. 01518	Verlängerung des kw-Vermerks, da die Aufgabe „Ringgleis“ noch nicht abgeschlossen ist und weitere Maßnahmenprogramme im Vorbereitung sind (z. B. Brückenschlag-Süd, Realisierungen weiterer Anschlüsse an das Ringgleis (z. B. Bahnstadt)); auch der grünordnerische Anteil der Stelle ist weiterhin erforderlich, um in laufenden B-Planverfahren fristgerecht arbeiten zu können (Erreichen der gesamtstädtischen Zielstellung zur Wohnbaulandentwicklung).

68.0 Verwaltung

Nr. neu	Stellenschaffung zur Bearbeitung des Förderprogramms für regenerative Energien (Förderantragsaufkommen von 900 Anträgen) sowie für das Buchungswesen aufgrund höherem Buchungsaufkommen, insbesondere durch Eingliederung des Ref. 0680 in den FB 68.

68.1 Abfallrecht, Immissionsschutz, Naturschutz

68.11 Naturschutz

Nr. 05005	Stellenwertänderung aufgrund der tatsächlichen Besetzung.

68.2 Gewässer- und Bodenschutz

68.21 Gewässerschutz

Nr. 03712	Stellenwertänderung aufgrund der Bewertung.
Nr. 06846	Wegfall des kw 2025)-Vermerks; die Stelle wurde ursprünglich befristet zur Umsetzung des Hochwasserschutzkonzeptes geschaffen (DS 19-12440). Die im Hochwasserschutzkonzept genannten Maßnahmen befinden sich dauerhaft in der Umsetzung und bedürfen weiterhin einer fortlaufenden Anpassung an die Entwicklungen (z. B. im Rahmen von B-Planungen, Starkregenereignissen usw.); insbesondere soll die Sicherung von Teilen der Innenstadt als Überschwemmungsgebiet durch das Land Niedersachsen gesichert werden.

Fachbereich 10
1022 118 3

92 Leerstellen

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		92 Leerstellen						
neu		Fachbereichsleiter/in		+ 1 B 2 kw 6)				
		92.11 Leerstellen für Stadtentwässerung Braunschweig GmbH						
02025		Fachbereichsleiter/in		- 1 A 16 kw 6)				

92 Leerstellen

Nr. neu	Stellenausweisung entsprechend des Bedarfs.

92.11 Leerstellen für Stadtentwässerung Braunschweig GmbH

Nr. 02025	Stellenwegfall entsprechend des Bedarfs.

Fachbereich 10
1022 118 3

94 Freigestellte Mitglieder der Personalvertretung

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		94 Freigestellte Mitglieder der Personalvertretung						
		94.1 Gesamtpersonalrat						
01014	002-0000	Vorsitzende/r	1 A 11 T 35 kw 2)			1 S 16 kw 2)		
01024	002-0000	Stellvertreter/in	1 S 12 kw 2)			1 A 8 kw 2)		
01027	002-0000	Stellvertreter/in	1 E 6 T 19,5 kw 2)			1 S 11b T 19,5 kw 2)		
neu	002-0000	Stellvertreter/in				+ 1 A 12 T 5 kw 2)		
neu	002-0000	Stellvertreter/in				+ 1 S 8b T 7,42 kw 2)		
		94.2 Örtl. Personalrat Bauverwaltung						
01029	002-0000	Vorsitzende/r	1 E 6 kw 2)			1 E 5 kw 2)		
		94.3 Örtl. Personalrat Allgemeine Verwaltung						
01036	002-0000	Stellvertreter/in	1 E 5 kw 2)	1 E 7 kw 2)				
01034	002-0000	Stellvertreter/in	1 E 11 kw 2)			1 E 5 kw 2)		
		94.6 Örtl. Personalrat Kinder, Jugend und Familie						
01043	002-0000	Vorsitzende/r	1 S 3 kw 2)			1 S 4 kw 2)		
01042	002-0000	Stellvertreter/in	1 S 16 kw 2)			1 S 11b kw 2)		
01041	002-0000	Stellvertreter/in	1 S 15 T 19,5 kw 2)			1 S 15 kw 2)	+ 1 S 15 T 19,5 kw 2)	
06659	002-0000	Stellvertreter/in	1 S 3 T 19,5 kw 2)			1 S 15 T 19,5 kw 2)	- 1 S 15 T 19,5 kw 2)	

94 Freigestellte Mitglieder der Personalvertretung

94.1 Gesamtpersonalrat	
Nrn. 01014, 01024, 01027 und neu	Stellenausweisung entsprechend des Bedarfs.
94.2 Örtl. Personalrat Bauverwaltung	
Nr. 01029	Stellenausweisung entsprechend des Bedarfs.
94.3 Örtl. Personalrat Allgemeine Verwaltung	
Nrn. 01036 und 01034	Stellenausweisung entsprechend des Bedarfs.
94.6 Örtl. Personalrat Kinder, Jugend und Familie	
Nrn. 01043, 01042, 01041 und 06659	Stellenausweisung entsprechend des Bedarfs.

Fachbereich 10
1022 118 3

96 Städtische Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		96 Städtische Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig						
03424	500-6000	Geschäftsführer/in		- 1 A 16				
04181	500-6000	Sachbearbeiter/in Beauftragte/r für Chancengleichheit u. a.				- 1 E 10		
		96.10 Verwaltung/Sonderbereiche						
03571	500-6000	Sachbearbeiter/in Teamleitung, stellv. Bereichsleiter/in, Unterhalt, OWiG, ED			- 1 A 12			
04180	500-6000	Sachbearbeiter/in Rechtsmittel			- 1 A 11 T 30			
		96.20 Markt und Integration						
03571	500-6000	Sachbearbeiter/in		1 E 9c	+ 1 A 12			
04163	500-6000	Sozialarb./-päd.	1 S 11b T 29,25	- 1 S 11b T 19,5	- 1 S 11b T 9,75			
04169	500-6000	Sozialarb. /päd.		1 S 11b	+ 1 A 10			
05587	500-600	bisher: Sachbearbeiter/in künftig: Sozialarb./-päd.	1 E 9c			1 S 11b		
05583	500-600	bisher: Sachbearbeiter/in künftig: Sozialarb./-päd.	1 E 9c			1 S 11b		
		96.30 Leistungsgewährung						
04064	500-6000	Sachbearbeiter/in bisher: Teamleitung	1 A 11	1 E 9c				
03564	500-6000	Sachbearbeiter/in		- 1 A 10				
04169	500-6000	Sachbearbeiter/in			- 1 A 10			
05582	500-6000	Sachbearbeiter/in		- 1 E 9c				
04034	500-6000	Sachbearbeiter/in		- 1 A 10				
05589	500-6000	Sachbearbeiter/in	1 A 10	1 E 9c				
04184	500-6000	Sachbearbeiter/in		- 1 E 9c				
05586	500-6000	Sachbearbeiter/in		- 1 A 10				
04074	500-6000	Sachbearbeiter/in		- 1 E 9a				
04180	500-6000	Sachbearbeiter/in		1 E 9c	+ 1 A 11 T 30 + 1 S 11b T 9,75	1 A 10		

96 Städtische Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig

Nr. 03424	Stellenwegfall nach Besetzung der Position des Geschäftsführers durch die Bundesagentur für Arbeit.
Nr. 04181	Stellenwegfall nach Abgabe des Stellenbesetzungsrechtes an die Bundesagentur für Arbeit.
96.10 Verwaltung/Sonderbereiche	
Nr. 03571	Stellenverlegung zu 96.20 entsprechend der Aufgabenentwicklung.
Nr. 04180	Stellenverlegung zu 96.30 entsprechend der Aufgabenentwicklung.
96.20 Markt und Integration	
Nr. 03571	Stellenverlegung von 96.10 und Stellenausweisung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung nach Trägerwechsel.
Nr. 04163	Wegfall von Stellenanteilen und Verlegung von Stellenanteilen zu 96.30 entsprechend der Aufgabenentwicklung.
Nr. 04169	Stellenverlegungen von 96.30 und Stellenausweisung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung.
Nrn. 05587 und 05583	Stellenausweisungen entsprechend der Besetzungen.
96.30 Leistungsgewährung	
Nr. 04064	Stellenausweisung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung nach Trägerwechsel.
Nr. 03564	Stellenwegfall nach Abgabe des Stellenbesetzungsrechtes an die Bundesagentur für Arbeit.
Nr. 04169	Stellenverlegungen zu 96.20 entsprechend der Aufgabenwahrnehmung.
Nrn. 05582 und 04034	Stellenwegfälle nach Abgabe der Stellenbesetzungsrechte an die Bundesagentur für Arbeit.
Nr. 05589	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nrn. 04184 und 05586	Stellenwegfälle nach Abgabe der Stellenbesetzungsrechte an die Bundesagentur für Arbeit.
Nr. 04074	Stellenwegfall entsprechend der Aufgabenentwicklung nach Umstellung auf die Einheitssachbearbeitung.
Nr. 04180	Stellenverlegungen von 96.10 sowie 96.20 und Stellenausweisung entsprechend der Aufgabenentwicklung. **Ergänzung:** Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

Fachbereich 10
1022 118 3

98 Stellen im Zusammenhang mit der Altersteilzeit

Stellenplan 2025

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		98 Stellen im Zusammenhang mit der Altersteilzeit						
04614		Erzieher/in		- 1 S 8a kw 2024				
05165		Sozialarb./-päd.		- 1 S 11b kw 2024				
05171		Kinderpfleger/in	1 S 4 kw 2024	1 S 4 kw 2026				
05180		Erzieher/in		- 1 S 8a kw 2024				
06661		Sachbearbeiter/in	1 E 5 kw 2024	1 E 5 kw 2026				
06662		Sachbearbeiter/in	1 E 5 kw 2024	1 E 5 kw 2027				
06692		Sozialarb./-päd.		- 1 S 17 kw 2024				
06693		Techn. Zeichner/in	1 E 6 kw 2024	1 E 6 kw 2027				
06695		Sachbearbeiter/in		- 1 E 8 kw 2024				
06854		Sozialarb./-päd.		- 1 S 12 kw 2024				
06855		Sachbearbeiter/in		- 1 E 7 kw 2024				
06664		Sachbearbeiter/in	1 E 6 kw 2024	1 E 6 kw 2026				
06666		Sachbearbeiter/in		- 1 E 11 kw 2024				
06687		Sachbearbeiter/in		- 1 E 9a kw 2024				
06688		Raumpfleger/in	1 S 4 kw 2024	1 S 4 kw 2026				
06689		Sachbearbeiter/in	1 E 5 kw 2024	1 E 5 kw 2027				
06690		Sachbearbeiter/in		- 1 E 6 kw 2024				

98 Stellen im Zusammenhang mit der Altersteilzeit

Nrn. 04614, 05165, 05180, 06692, 06695, 06854, 06855, 06666, 06687 und 06690	Stellenwegfälle entsprechend des tatsächlichen Bedarfs.
Nrn. 05171, 06661, 06662, 06663, 06664, 06688 und 06689	Stellenveränderungen entsprechend der jeweiligen Altersteilzeit.

Abkürzungsverzeichnis

hD	höherer Dienst (neu: Laufbahngruppe 2, Einstiegsamt 2)
gD	gehobener Dienst (neu: Laufbahngruppe 2, Einstiegsamt 1)
mD	mittlerer Dienst (neu: Laufbahngruppe 1, Einstiegsamt 2)
B 6 - B 9	Stellen der Wahlbeamten
A 6 - A 16, B 2	Stellen der Laufbahnbeamten
E 1 - E 15	Entgeltgruppen der Beschäftigten
E 2 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
E 15 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
aT	außertarifliches Entgelt
S 2 - S 18	Entgeltgruppen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst
H	Stellen der Halbtagskräfte
T	Stellen mit einer Abweichung von der tariflich vereinbarten Arbeitszeit
kw/ku [1) 2) 3) 4) 5) 6) 7) 8)]	künftig wegfallende/umzuwandelnde Stellen
	[1)] bei Organisationsänderung/Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers
	[2)] bei Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen
	[3)] bei Fortfall von Zuschusszahlungen
	[4)] bei Fortfall der Kostenerstattung (Personalkosten zuzüglich Anteil an Sach- und Verwaltungskosten)
	[5)] bei Aufgabenminderung
	[6)] bei Ende der Beurlaubung des derzeitigen Stelleninhabers
	[7)] nach Abschluß der Ausbildungs- oder Einführungszeit längstens bis zur Verwendung auf einer freien Planstelle
	[8)] Haushaltskonsolidierung/bei anderweitigem Einsatz/Ausscheiden der Dienstkraft
kw (z. B.) 2025	künftig wegfallende Stelle zum Ende des angegebenen Jahres
Sp *)	Sperrung der Stelle mit besonderer Erläuterung
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
KomHKVO	Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung
KAV	Kommunaler Arbeitgeberverband Nds. e. V.
MI	Innenministerium
Z	mit Amtszulage (bei Beamtenstellen)
NBG	Niedersächsisches Beamtengesetz
NKBesVO	Niedersächsische Kommunalbesoldungsverordnung
NStOV-Kom	Nieders. Stellenobergrenzenverordnung für den kommunalen Bereich
VKA	Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
Z 12/Z 8	Vorarbeiterzulage 12 vH/8 vH

Gesamtpersonalrat 30.10.2024

Fachbereich 10
10.22

Stellenplan 2025 und Stellenplan 2026
Herstellung des Benehmens

Mit Schreiben vom 21.10.2024 haben sie die Mitteilung außerhalb von Sitzungen (DS 24-24429) Stellenplan 2025 und Stellenplan 2026 übersandt und um Herstellung des Benehmens gebeten.

In der Sitzung am 29.10.2024 hat der Gesamtpersonalrat zum vorgelegten Verwaltungsentwurf der Stellenpläne 2025 und 2026 Gem. § 75 Abs. 1 Nr.6 des Niedersächsischen NPersVG

das Benehmen zum Stellenplan hergestellt.

Trotz der Herstellung des Benehmens bitten wir darum, den politischen Vertretern im FPDA mitzuteilen, dass

sich der Gesamtpersonalrat Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation, der geplanten städt. Investitionen und des kommunizierten „Null - Stellenplans" in der Sitzung des FPDA am 28.11.2024 äußern wird.

GPR - Vorsitzende

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Gesamtzusammenstellung zum Stellenplan und zu den Stellenübersichten 2025	2
Allgemeine Bestimmungen zum Stellenplan 2025	3 - 4
Stellenplan Teil A: Beamte	5 - 19
Stellenplan Teil B: Beschäftigte	20 - 23
Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildungszeit	24 - 25
Stellenübersichten Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung	26 - 49
Stellenübersichten Teil B: Sonderübersicht über die Planstellen von Beamten, die mit Beschäftigten besetzt sind	50 - 55
Stellenübersichten Sonderrechnung	
- Hochbau	56 - 59
- Gebäudemanagement	60 - 63
- Abfallwirtschaft	64 - 67
- Stadtentwässerung	68 - 71

Abkürzungsverzeichnis

hD	höherer Dienst; Laufbahngruppe 2.2
gD	gehobener Dienst; Laufbahngruppe 2.1
mD	mittlerer Dienst; Laufbahngruppe 1.2
B 6 - B 9	Stellen der Wahlbeamten
A 6 - A 16, B 2	Stellen der Laufbahnbeamten
E 1 - E 15	Entgeltgruppen der Beschäftigten
E 2 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
E 15 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
aT	außertarifliches Entgelt
S 2 - S 18	Entgeltgruppen für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst
H	Stellen der Halbtagskräfte
T	Stellen mit einer Abweichung von der tariflich vereinbarten Arbeitszeit
kw/ku [1) 2) 3) 4) 5) 6) 7) 8)]	künftig wegfallende/umzuwandelnde Stellen
	[1)] bei Organisationsänderung/Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers
	[2)] bei Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen
	[3)] bei Fortfall von Zuschusszahlungen
	[4)] bei Fortfall der Kostenerstattung (Personalkosten zuzüglich Anteil an Sach- und Verwaltungskosten)
	[5)] bei Aufgabenminderung
	[6)] bei Ende der Beurlaubung des derzeitigen Stelleninhabers
	[7)] nach Abschluß der Ausbildungs- oder Einführungszeit längstens bis zur Verwendung auf einer freien Planstelle
	[8)] Haushaltskonsolidierung/bei anderweitigem Einsatz/Ausscheiden der Dienstkraft
kw (z. B.) 2025	künftig wegfallende Stelle zum Ende des angegebenen Jahres
Sp *)	Sperrung der Stelle mit besonderer Erläuterung
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
GemHKVO	Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung
KAV	Kommunaler Arbeitgeberverband Nds. e. V.
MI	Innenministerium
mAZ	mit Amtszulage
NBG	Niedersächsisches Beamtengesetz
NKBesVO	Niedersächsische Kommunalbesoldungsverordnung
VKA	Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
Z 12/Z 8	Vorarbeiterzulage 12 vH/8 vH

Gesamtzusammenstellung
zum Stellenplan und zur Stellenübersicht 2025

	Stand 2024			Veränderung			Stand 2025		
	ohne Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Insgesamt (Sp. 2 a + 2 b)	ohne Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Insgesamt (Sp. 3 a + 3 b)	ohne Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Insgesamt (Sp. 4 a + 4 b)
1	2 a	2 b	2 c	3 a	3 b	3 c	4 a	4 b	4 c
1 **Stellenplan** (einschließlich Beamte der Sondervermögen)									
1.1 Beamtinnen/Beamte	1.469,48	111,75	1.581,23	-78,79		-78,79	1.390,69	111,75	1.502,44
1.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	2.343,40	215,73	2.559,13	93,27	-10,00	83,27	2.436,68	205,73	2.642,41
Summe 1	3.812,88	327,48	4.140,36	14,49	-10,00	4,49	3.827,37	317,48	4.144,85
2 **Stellenübersicht** (Hochbau)									
2.1 Beamtinnen/Beamte									
2.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	54,77		54,77				54,77		54,77
(Gebäudemanagement)									
2.1 Beamtinnen/Beamte	34,00		34,00	-1,00		-1,00	33,00		33,00
2.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	264,32		264,32	1,00		1,00	265,32		265,32
Summe 2 (ohne Beamte)	319,09		319,09	1,00		1,00	320,09		320,09
3 **Stellenübersicht** (Abfallwirtschaft)									
3.1 Beamtinnen/Beamte	3,98		3,98				3,98		3,98
3.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	4,00		4,00	1,25		1,25	5,25		5,25
Summe 3 (ohne Beamte)	4,00		4,00	1,25		1,25	5,25		5,25
4 **Stellenübersicht** (Stadtentwässerung)									
4.1 Beamtinnen/Beamte	3,22		3,22				3,22		3,22
4.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	7,00		7,00	0,25		0,25	7,25		7,25
Summe 4 (ohne Beamte)	7,00		7,00	0,25		0,25	7,25		7,25
Summe 1 bis 4	4.142,97	327,48	4.470,45	16,99	-10,00	6,99	4.159,95	317,48	4.477,43

Allgemeine Bestimmungen zum Stellenplan 2025

1 Der Stellenplan ist nach den Mustern der Verwaltungsvorschriften zur Ausführung der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung aufgestellt worden.

2 Die Verwaltung wird ermächtigt, über die Inanspruchnahme von Stellen mit entsprechendem Sperrvermerk zu beschließen.

2.1 Der VA entscheidet über die Inanspruchnahme von Stellen mit Sperrvermerk, die zum Stellenplan 2025 geschaffen wurden.

3 Die Verwaltung wird ermächtigt

3.1 über die Inanspruchnahme der Stellenreserve zu entscheiden. Der Rat wird über die konkrete Inanspruchnahme unterrichtet.

3.2 Stellen, aus denen vorübergehend Dienstbezüge oder Entgelte nicht bezahlt werden (z. B. wegen längerer Erkrankung), und Stellen, deren Inhaberinnen während der Mutterschutzfristen nicht beschäftigt werden dürfen, im Bedarfsfall für nichtbeamtete Ersatzkräfte zu verwenden. (Bei den Stellen für Erzieherinnen oder Erzieher sowie Kinderpflegerinnen oder Kinderpfleger des FB Kinder, Jugend und Familie ist bei der Bemessung des Personalbedarfs der Personalausfall wegen Mutterschutz und Erziehungsurlaub nicht berücksichtigt worden; in diesem Bereich ist der Bedarf zu unterstellen.)

3.3 vakante Praktikantinnen- oder Praktikanten-Stellen für den Beruf der Erzieherin oder des Erziehers mit Kinderpflegerinnen oder Kinderpflegern zu besetzen. Kinderpflegerinnen- oder Kinderpflegerstellen im Kindertagesstättenbereich dürfen zur Gewährleistung des Betriebs vorübergehend mit Erzieherinnen oder Erziehern mit entsprechender Eingruppierung besetzt werden.

3.4 über die vorhandenen Stellen hinaus nichtbeamtete Dienstkräfte vorübergehend bis zu 9 Monaten zu beschäftigen, wenn ein unabweisbarer Bedarf vorliegt und Haushaltsmittel hierfür verfügbar sind.

3.5 über die vorhandenen Stellen hinaus nichtbeamtete Dienstkräfte zu beschäftigen, wenn eine volle Kostenerstattung durch Dritte erfolgt.

3.6 Beschäftigte in Maßnahmen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) außerhalb des Stellenplans im Rahmen der veranschlagten Haushaltsmittel befristet unter der Voraussetzung zu beschäftigten, dass im Einzelfall ein Zuschuss der Agentur für Arbeit bzw. eine Förderleistung nach dem SGB II oder SGB III gewährt wird.

4 Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen

4.1 Künftige Stellenwegfälle im Zusammenhang mit Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen sind mit dem Vermerk "kw 8)" gekennzeichnet, ggf. ergänzt um die Jahreszahl des angestrebten Wegfalls.

4.2 Eine Realisierung dieser Stellenwegfälle bei vergleichbaren anderen Stellen ist möglich bzw. erforderlich. Im Übrigen muss die Realisierung jeweils bei der frühestmöglichen Gelegenheit erfolgen. In die Prüfung der Realisierungsmöglichkeit ist nicht nur die mit dem kw 8)-Vermerk versehene Planstelle einzubeziehen. Zu berücksichtigen sind vielmehr alle Planstellen des Fachbereichs/Referates in dieser Laufbahngruppe mit gleichen bzw. vergleichbaren Stellenwerten.

Hinweis: Bei allen personalrechtlichen Maßnahmen sind die Zuständigkeiten gem. § 107 Abs. 4 NKomVG zu beachten.

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025		Zahl der Stellen im Vorjahr					Vermerke, Erläuterungen
			insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Beamten	mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	nicht besetzt	
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
	B e a m t e a u f Z e i t									
1	Oberbürgermeister	B 9	1,00		1,00		1,00			
		B 9		1,00		1,00				
2	Erster Stadtrat	B 7	1,00		1,00		1,00			
		B 7		1,00		1,00				
3	Stadtbaurat	B 6	1,00		1,00		1,00			
4	Stadtkämmerer	B 6								
5	Stadtrat	B 6	3,00		3,00		3,00			
		B 6		4,00		4,00				

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Beamten	mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt										
6	Leitender Baudirektor	B 2	3,00		3,00		3,00			
7	Städt. Leitender Direktor	B 2	9,00 [1]		6,00		6,00			[1] dav. 1 kw 6)
		B 2		12,00		9,00				
8	Leitender Baudirektor	A 16	4,00 [2]		7,00		4,00	1,00	2,00	[2]
9	Leitender Branddirektor	A 16			1,00		1,00			
10	Leitender Medizinaldirektor	A 16	2,00		2,00			1,00	1,00	
11	Leitender Museumsdirektor	A 16								
12	Städt. Leitender Direktor	A 16	9,00 [3]		9,00		7,00	1,00	1,00	[3] dav. 1 kw 6)
13	Leitender Veterinärdirektor	A 16	1,00		1,00		1,00			
		A 16		16,00		20,00				
14	Archivdirektor	A 15	1,00		1,00		1,00			
15	Baudirektor	A 15	3,00		1,00		1,00			
16	Bibliotheksdirektor	A 15	1,00		1,00		1,00			
17	Branddirektor	A 15	4,00		4,00		3,00		1,00	
18	Medizinaldirektor	A 15								
19	Museumsdirektor	A 15								
20	Städtischer Direktor	A 15	12,00		14,00		11,00	3,00		

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2024 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
21	Vermessungsdirektor	A 15	1,00		1,00		1,00			
22	Veterinärdirektor	A 15								
		A 15		22,00		22,00				
23	Bauoberrat	A 14	7,00 [1]		6,00		3,43	2,00	0,57	[1] dav. 1 kw 1)
24	Bibliotheksoberrat	A 14								
25	Brandoberrat	A 14	[2]							[2]
26	Gewerbeoberrat	A 14								
27	Oberkustos	A 14								
28	Städtischer Oberrat	A 14	12,13 [3]		14,13		7,50	3,00	3,63	[3] dav. 1 kw 6), 1 T 25 kw 1), 1 T 20
29	Vermessungsoberrat	A 14	1,00		1,00				1,00	
30	Veterinäroberrat	A 14	1,00		1,00		1,00			
		A 14		21,13		22,13				
31	Baurat	A 13	4,00		4,00		2,70		1,30	
32	Kustos	A 13								
33	Städtischer Rat	A 13	4,00		3,00		1,88		1,12	
		A 13		8,00		7,00				

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Beamten	mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt										
34	Brandoberamtsrat mit Amtszulage	A 13 mAZ	2,00	2,00	3,00	3,00	3,00			
35	Bauoberamtsrat	A 13	[1]							[1]
36	Brandoberamtsrat	A 13	7,00		7,00		7,00			
37	Sozialoberamtsrat	A 13								
38	Stadtoberamtsrat	A 13	36,80 [2]		40,80		36,18	1,00	3,62	[2] dav.
39	Vermessungsoberamtsrat	A 13								
		A 13		43,80		47,80				
40	Archivamtsrat	A 12	2,00		2,00		2,00			
41	Bauamtsrat	A 12	1,00							
42	Brandamtsrat	A 12	12,50 [3]		12,50		11,50		1,00	[3] dav. 1 T 20 kw 2)
43	Sozialamtsrat	A 12								
44	Stadtamtsrat	A 12	88,88 [4]		86,88		81,21	2,00	3,67	[4] dav. 4 kw 6), 1 T 30 kw 6), 2 T 10, 1 kw 1), 1 kw 7), 1 T 35, 1 T 30, 1 T 5 kw 2), 1 T 20
45	Vermessungsamtsrat	A 12								
46	Gewerbeamtsrat	A 12			1,00				1,00	
				104,38		102,38				

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Beamten	Zahl der Stellen im Vorjahr davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	Zahl der Stellen im Vorjahr davon am 30.06. 2024 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
47	Bauamtmann	A 11	[1]		4,00		4,00			[1] dav. 2 T 20
48	Brandamtmann	A 11	[2]		26,00		22,00		4,00	[2] dav. 1 Sp*)
49	Archivamtmann	A 11			1,00			1,00		[3] dav. 1 T 3, 2 T 10, 23 T 20, 1 T 22, 1 T 25, 2 T 24, 2 T 25, 1 T 25,46,1 T 28, 1 T 29, 9 T 30, 1 T 21, 1 T 20 kw 4), 6 kw 6), 1 kw 2026, 1 T 20 kw 2026, 1 T 8 kw 2026, 2 kw 2026, 3 Sp*)
50	Vermessungsamtmann	A 11			1,00		1,00			
51	Stadtamtmann	A 11	[3]		216,26		181,65	16,38	18,23	
52	Gewerbeamtmann	A 11								
52a	Lebensmittelkontroll-amtmann	A 11			1,00		1,00			
		A 11				249,26				
53	Archivoberinspektor	A 10			1,00				1,00	
54	Bauoberinspektor	A 10								[4] dav. 2 kw 7), 1 kw 1), 1 kw 4)
55	Bibliotheksoberinspektor	A 10			2,00		1,00		1,00	
56	Brandoberinspektor	A 10	[4]		20,00		18,00		2,00	
57	Lebensmittelkontroll-oberinspektor	A 10			4,00		3,00		1,00	[5] dav. 1 T 5, 2 T 10, 1 T 12, 18 T 20, 2 T 24, 1 T 25, 1 T 28 8 T 30, 1 T 30,39, 1 T 31, 1 T 35, 4 kw 1), 2 kw 4), 4 kw 5), 1 T 20 kw 6), 1 T 30 kw 6), 11 kw 6), 2 Sp*), 1 T 20 kw 4), 1 T 20 kw 2026
58	Sozialoberinspektor	A 10								
59	Stadtoberinspektor	A 10	[5]		259,93		168,78	31,98	59,17	
60	Vermessungsoberinspektor	A 10								
		A 10				286,93				

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Beamten	mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
61	Archivinspektor	A 9								
62	Sozialinspektor	A 9								
63	Stadtinspektor	A 9	26,00 [1]		26,00		1,00	1,00	24,00	[1] 1 kw 6), 25 kw 7)
		A 9		26,00		26,00				
Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt										
64	Hauptbrandmeister mit Amtszulage	A 9 mAZ	51,50 [2]		51,50		45,75		5,75	[2] dav. 1 T 20 kw 2), 1 kw 1)
65	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ	9,75 [3]		10,13		7,25	0,23	2,66	[3] dav. 1 T 30 ku 1) A 10 T 30, 9 ku 1) A 10
66	Lebensmittelkontroll-amtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ								
		A 9 mAZ		61,25		61,63				
67	Hauptbrandmeister	A 9	194,00 [4]		194,00		123,92	2,00	68,08	[4] dav. 8 kw 4), 2 kw 1), 15 Sp*)
68	Lebensmittelkontroll-amtsinspektor	A 9	4,00		4,00		2,50	0,50	1,00	
69	Stadtamtsinspektor	A 9	39,78 [5]		39,66		36,00	2,00	1,66	[5] dav. 2 T 20, 1 T 21,5, 1 T 30, 5 kw 6)
		A 9		237,78		237,66				

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2024 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
70	Lebensmittelkontroll-hauptsekretär	A 8								
71	Oberbrandmeister	A 8	[1]		60,00		40,67		19,33	[1] dav. 10 kw 4), 5 kw 1), 1 kw 7), 5 Sp*)
72	Stadthauptsekretär	A 8	[2]		199,08		133,92	27,75	37,41	[2] dav. 1 T 12, 1 T 15, 22 T 20, 4 T 25, 1 T 29,25, 11 T 30, 1 T 30,5, 1 T 33, 2 T 35, 4 kw 7), 7 kw 6), 1 T 20 kw 6), 1 kw 1), 1 T 10 kw 1), 1 kw 4), 3,5 kw 5), 1 kw 5), 6,5 Sp*), 2 ku 1) A 7, 1 T 39 ku 1) A 7 T 39, 1 kw 2)
		A 8				259,08				
73	Brandmeister	A 7	41,00 [3]		41,00		19,47		21,53	
74	Landesplanungsober-sekretär	A 7								[3] dav. 1 kw 4), 8 kw 7), 3 kw 1), 5 Sp*)
65	Lebensmittelkontrollober-sekretär	A 7								
76	Stadtobersekretär	A 7	109,92 [4]		119,42		69,84	23,25	26,32	[4] dav. 1 T 10, 2 T 20 kw 3), 21 T 20, 2 T 25, 2 T 20 kw 1), 4 T 30, 3 kw 7), 1 kw 2026, 2 kw 2033,7 kw 6), 3 T 10 kw 5), 3 Sp*), 1 kw 2025, 1 kw 2028
		A 7		150,92		160,42				
77	Lebensmittelkontrollsekretär	A 6								
78	Stadtsekretär	A 6	19,50 [5]		20,00		3,49		16,51	[5] dav. 2 T 20, 1 T 30, 1 T 20 kw 6), 15 kw 7), 2 kw 6)
		A 6		19,50		20,00				
	insgesamt		730,76	730,76	1.540,27	1.540,27	1.085,63	120,09	332,55	

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Hochbau

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025		Zahl der Stellen im Vorjahr					Vermerke, Erläuterungen
			insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2024 nicht besetzt	
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt										
1	Leitender Baudirektor	B 2								
		B 2								
2	Leitender Baudirektor	A 16								
		A 16								
3	Baudirektor	A 15								
4	Städtischer Direktor	A 15								
		A 15								
5	Bauoberrat	A 14								
6	Städt. Oberrat	A 14								
		A 14								
7	Baurat	A 13								
		A 13								
Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt										
8	Bauoberamtsrat	A 13								
9	Stadtoberamtsrat	A 13								
		A 13								
10	Bauamtsrat	A 12								
11	Stadtamtsrat	A 12								
		A 12								
12	Bauamtmann	A 11								
		A 11								
13	Stadtamtmann	A 11								
		A 11								

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Hochbau

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2024 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
14	Bauoberinspektor	A 10								
15	Stadtoberinspektor	A 10								
		A 10								
16	Stadtinspektor	A 9								
		A 9								
Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt										
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ								
		A 9 mAZ								
18	Stadtamtsinspektor	A 9								
		A 9								
19	Stadthauptsekretär	A 8								
		A 8								
20	Stadtobersekretär	A 7								
		A 7								
21	Stadtsekretär	A 6								
		A 6								
	Hochbau insgesamt									

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Gebäudemanagement

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025		Zahl der Stellen im Vorjahr					Vermerke, Erläuterungen
			insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Beamten	mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	nicht besetzt	
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt										
1	Leitender Baudirektor	B 2								
		B 2								
2	Leitender Baudirektor	A 16	1,00 [1]		2,00					[1] dav.
		A 16		1,00		2,00	1,00			
3	Baudirektor	A 15	3,00		3,00					
4	Städtischer Direktor	A 15	1,00		1,00					
		A 15		4,00		4,00	3,00	1,00		
5	Bauoberrat	A 14								
6	Städt. Oberrat	A 14	1,00		1,00					
		A 14		1,00		1,00	0,50	0,25	0,25	
7	Baurat	A 13								
		A 13								
Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt										
8	Bauoberamtsrat	A 13								
9	Stadtoberamtsrat	A 13								
		A 13								
10	Bauamtsrat	A 12								
11	Stadtamtsrat	A 12	1,00		2,00					
		A 12		1,00		2,00	2,00		-1,00	
12	Bauamtmann	A 11	1,00							
		A 11								
13	Stadtamtmann	A 11	5,75 [2]		5,75					[2] dav. 1 T 30
		A 11		6,75		5,75	4,62		2,13	

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Gebäudemanagement

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2024 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
14	Bauoberinspektor	A 10								
15	Stadtoberinspektor	A 10	4,00 [4]		4,00					[4]
		A 10		4,00		4,00	1,50	1,50	1,00	
16	Stadtinspektor	A 9	[5]							[5]
		A 9								
Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt										
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ	[6]							[6]
		A 9 mAZ								
18	Stadtamtsinspektor	A 9	4,00 [7]		4,00					[7]
		A 9		4,00		4,00	3,00		1,00	
19	Stadthauptsekretär	A 8	4,00 [8]		4,00					[8]
		A 8		4,00		4,00	4,00			
20	Stadtobersekretär	A 7	7,25 [9]		7,25					[9] dav. 1 T 30, 3 T 20
		A 7		7,25		7,25	6,02	0,13	1,10	
21	Stadtsekretär	A 6								
		A 6								
	Gebäudemanagement insgesamt		33,00	33,00	34,00	34,00	25,64	2,88	4,48	

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Stadtentwässerung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2024 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt										
1	Leitender Baudirektor	A 16								
		A 16								
2	Bauoberrat	A 14								
		A 14								
Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt										
3	Bauoberamtsrat	A 13								
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1]		0,10					[1] dav. 1 T 4
		A 13		0,10		0,10	0,10			
5	Bauamtsrat	A 12								
6	Stadtamtsrat	A 12								
		A 12								
7	Stadtamtmann	A 11	1,37 [2]		1,37					[2] dav. 1 T 15
		A 11		1,37		1,37	1,37			
8	Bauoberinspektor	A 10								
9	Stadtoberinspektor	A 10	0,75 [3]		0,75					[3] dav. 1 T 30
		A 10		0,75		0,75	0,75			
10	Stadtinspektor	A 9								
		A 9								

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Stadtentwässerung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025		Zahl der Stellen im Vorjahr					Vermerke, Erläuterungen
			insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2024 sächlich besetzt mit Beamten	mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	nicht besetzt	
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt										
11	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ								
		A 9 m AZ								
12	Stadtamtsinspektor	A 9								
		A 9								
13	Stadthauptsekretär	A 8								
		A 8								
14	Stadtobersekretär	A 7	1,00		1,00					
		A 7		1,00		1,00			1,00	
15	Stadtsekretär	A 6								
		A 6								
	Stadtentwässerung insgesamt		3,22	3,22	3,22	3,22	2,22		1,00	

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Abfallwirtschaft

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2024 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt										
1	Leitender Baudirektor	A 16								
		A 16								
2	Bauoberrat	A 14								
		A 14								
Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt										
3	Bauoberamtsrat	A 13								
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1]		0,10					[1] dav. 1 T 4
		A 13		0,10		0,10	0,10			
5	Bauamtsrat	A 12								
6	Stadtamtsrat	A 12								
		A 12								
7	Stadtamtmann	A 11	2,13 [2]		2,13					[2] dav. 1 T 25, 1 T 20
		A 11		2,13		2,13	2,13			
8	Bauoberinspektor	A 10								
9	Stadtoberinspektor	A 10	1,25 [3]		1,25					[3] dav. 1 T 10
		A 10		1,25		1,25	1,25			
10	Stadtinspektor	A 9								
		A 9								

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Abfallwirtschaft

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2024 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2024 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt										
11	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ								
		A 9 m AZ								
12	Stadtamtsinspektor	A 9	0,50 [1)]		0,50					[1)] 1 T 20
		A 9		0,50		0,50	0,50			
13	Stadthauptsekretär	A 8								
		A 8								
14	Stadtobersekretär	A 7								
		A 7								
15	Stadtsekretär	A 6								
		A 6								
	Abfallwirtschaft insgesamt		3,98	3,98	3,98	3,98	3,98			
	Sondervermögen insgesamt		41,20	41,20	41,20	41,20	31,84	2,88	6,48	
	Beamte insgesamt		771,96	771,96	1.581,47	1.581,47	1.117,47	122,97	339,04	

S t e l l e n p l a n

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	Zahl der davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							1)
							2)
							3) dav. 3 T 19,5, 2 T 29,25, 1 T 36,5, 1 T 13,43 kw 4), 1 T 34,7 kw 4), 1 T 19,5 kw 4), 1 kw 4), 1 Sp*)
1		aT	3,00 1)	3,00	3,00	-	4) dav. 1 kw 1),
2		15Ü	2)			-	5) dav. 5 T 19,5, 1 T 20, 1 T 19, 2 T 30, 1 T 29,5, 1 T 19,5 kw 4), 6 kw 4),
3		15	30,73 3)	28,17	18,96	9,21	
4		14	34,00 4)	35,00	22,60	12,40	6) dav. 5 T 19,5, 1 kw 6), 1 kw 2026, 1 üT, 2 kw 3)
5		13	65,81 5)	66,81	52,59	14,22	7) dav. 1 T 9,75, 2 T 10, 20 T 19,5, 1 T 29,22, 1 T 29,25, 1 T 29,38, 1 T 30,39, 1 T 34,5, 1 T 19,5 kw 4) 4 kw 1), 1 kw 3), 2 kw 4), 2 kw 6), 1 kw 5), 1 kw 2025, 2 kw 2026, 1 kw 2027, 2 kw 2028, 1 Sp*), 1 kw 2027
6		12	81,50 6)	79,60	61,31	18,29	8) dav. 8 T 19,5, 1 T 29,25, 1 T 28,37, 1 kw 4) Sp*), 1 kw 1), 2 kw 6), 1 kw 5), 1 T 30
7		11	233,92 7)	229,42	173,63	55,79	9) dav. 4 T 19,5, 2 T 25, 1 T 29,5, 1 T 30, 1 T 31, 1 T 34, 3 kw 4), 2 kw 6),
8		10	54,61 8)	50,34	30,59	19,75	10) dav. 1 T 9 Sp*), 1 T 13,5 Sp*), 1 T 25, 1 T 30, 4 T 19,5, 1 T 18 kw 4)
9		9c	76,96 9)	59,55	47,92	11,63	
10		9b	89,96 10)	84,60	64,77	19,83	11) dav. 1 T 10, 8 T 19,5, 1 T 28,5, 2 T 29,25, 1 T 29,38, 1 T 14, 1 kw 6), 2 üT, 1 Sp*), 2 T 30, 1 T 35 1 ku 1) A 8, 1 T 19,5 kw 4), 9 kw 4), 1 ku 1) A 10, 8 kw 5)
11		9a	124,53 11)	93,14	79,18	13,96	

S t e l l e n p l a n

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4	6	7	8
							[1] dav. 7 T 19,5, 1 T 28,5, 1 T 29,25, 1 T 30, 1 T 32, 1 T 35, 6 üT, 7 kw 6), 1 ku 1) 6,
12		8	67,45 [1]	71,95	57,78	14,17	
13		7	54,80 [2]	48,67	44,30	4,37	[2] dav. 3 Z 12, 6 T 19,5, 1 T 25, 1 T 30, 1 T 34,70, 2 kw 2),
14		6	272,72 [3]	272,34	233,23	39,11	[3] dav. 2 T 9,75, 7 T 19,5, 1 T 22, 1 T 22,04, 1 T 25,33, 1 T 28,5, 5 T 29,25, 1 T 29,65, 3 T 30, 36 üT, 1 T 22 üT, 4 T 19,5 üT, 1 T 24,5 üT, 15 Z 12, 10 kw 6), 1 kw 2), 1 T 25 üT, 1 kw 2027, 1 T 10 kw 5), 1 kw 2026
15		5	195,45 [4]	193,51	168,74	24,77	1 x 6 üT ku 1) 5 T 23,5, 1 T19,5 kw2), 1 T 15,5, 1 T 4, 1 T 12 Sp*)
16		4	111,65 [5]	114,74	98,76	15,98	[4] dav. 1 T 10, 28 T 19,5, 1 T 22,75, 2 T 25, 1 T 26, 1 kw 2026, 2 kw 2027 1 T 28,5, 1 T 29,25, 1 T 30 kw 4), 1 T 31, 1 T 32,42, 1 T 35, 1 T 35,25, 1 T 35,46, 1 Z 12, 2 kw 1), 2 kw 2), 1 T 19,5 kw 2), 1 T 137,52 kw 4), 3 kw 4), 5 kw 6), 1 ku 1) E 3,
17		3	60,12 [6]	65,21	62,35	2,86	2 ku E 4), 3 T 19,5 kw 4), 1 T 29,25 kw 4)
18		2Ü	55,45 [7]	55,75	55,55	0,20	[5] dav. 39 T 19,5, 1 T 30, 1 T 25, 1 T 29 kw 1), 2 kw 4), 1 kw 5), 1 kw 6), 1 Z 12, 2 Sp*), 1 T 19,5 Sp*)
19		2	16,73 [8]	15,34	11,07	4,27	[6] dav. 3 T 19,5, 1 T 24,57, 1 T 25,33, 1 T 26, 1 T 28,25, 1 T 32 kw 1)
20		1	5,33 [9]	5,97	5,97	0,00	[7] dav. 1 T 13, 1 T 26,5, 1 T 28,4, 1 T 28,82, 1 T 29,15, 1 T 32,82, 1 T 36,37, 1 T 36,82, 1 T 37,2, 1 T 38,7
							[8] dav. 2 kw 6), 1 T 25, 1 T 29,25
							[9]
	Zwischensumme Beschäftigte		1.634,72	1.573,11	1.292,30	280,81	

S t e l l e n p l a n

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungsdienst							
21		S 18	1,00 [1)]	1,00		1,00	
22		S 17	26,00 [2)]	28,47	25,65	2,82	
23		S 16	10,00 [3)]	9,00	9,00	-	
24		S 15	63,98 [4)]	60,73	52,13	8,60	
25		S 14	100,55 [5)]	93,55	75,92	17,63	
26		S 13	26,54 [6)]	27,54	24,69	2,85	
27		S 12	143,88 [7)]	137,87	110,11	27,76	
28		S 11b	69,63 [8)]	67,55	41,63	25,92	
29		S 11a				-	
28		S 11				-	
29		S 10				-	
30		S 9	14,43 [9)]	15,84	13,84	2,00	

[1)]
[2)] 1 kw 6),
[3)] dav. 1 kw 2)
[4)] dav. 2 T 19,5, 3 T 29,25, 1 T 34, 2 T 30, 1 T 50, 1 T 58,5, 1 kw 2), 1 kw 3), 1 kw 5), 1 kw 6), 1 T 7 kw 2026, 1 T 14 kw 3), 2 T 19,5 kw 4), 5 kw 4), 1 kw 2027
[5)] dav. 1 T 5,33, 1 T 10, 2 T 19,5, 9 T 29,25, 1 T 35,2, 1 kw 4), 2 kw 6), 2 Sp*), 1 T 9,75 Sp*)
[6)] dav. 2 kw 6)
[7)] dav. 1 T 10, 1 T 10,5, 1 T 19,68, 17 T 19,5, 1 T 23,25, 1 T 23,3, 1 T 27, 2 T 29,25, 1 T 6 1 T 30,39, 1 T 39,75, 2 kw 6), 1 kw 2026, 1 T 19,5 Sp*) 1 ku 1) S 11 b, 1 T 19,5 ku 1) S 11 b T 19,5, 1 T 19,5 kw 1), 4 Sp*)
[8)] dav. 1 T 6, 8 T 19,5, 1 T 16,72, 3 T 29,25, 2 T 30, 1 T 30,39, 1 T 35, 1 T 28, 1 T 33,5 1 kw 2026, 1 kw 1), 1 T 30 kw 4), 1 T 35, 2 kw 4), 4 kw 6), 1 T 19,5 Sp *), 1 T 19,5 kw 2), 1 kw 2)
[9)] dav. 1 T 25,66

S t e l l e n p l a n

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4	6	7	8
31		S 8b	146,64 [1)]	145,57	108,71	36,86	[1)] dav. 1 T 6,5, 1 T 13,17, 8 T 19,5, 1 T 25, 2 T 29,25, 1 T 30,39, 1 T 32,37, 2 ku 1) S 8a, 1 T 19,5 kw 4) üT, 1 T 19,5 kw 4), 2 kw 4) üT, 4 kw 6), 2 T 19,5 kw 3),
32		S 8a	179,83 [2)]	180,56	145,81	34,75	2 T 10,38 kw 2027, 2 T 10,38 Sp*) kw 2028, 1 T 7,42 kw 2)
33		S 8				-	[2)] dav. 3 T 20, 7 T 25, 3 T 27, 1 T 47,5, 15 kw 6), 1 T 69 kw 2026
34		S 7				-	
35		S 6				-	
36		S 5				-	
37		S 4	76,03 [3)]	70,68	63,55	7,13	[3)] dav. 1 T 19,5, 1 T 36,09, 2 kw 2026, 1 T 206,31 kw 2027 1 T 80,82 Sp*) kw 2026, 1 kw 2)
38		S 3	126,36 [4)]	124,74	105,89	18,85	[4)] dav. 11 kw 6), 1 kw 4), 1 kw 2025, 1 T 5 kw 2026, 1 kw 2026
39		S 2	22,82 [5)]	22,93	17,26	5,67	[5)] dav. 1 T 15,5, 1 T 17, 4 T 20, 1 T 35,5, 1 T 36, 1 T 20 kw 2026, 3 x T 18
	Zwischensumme Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungsdienst		1.007,69	986,03	794,19	191,84	
	Zwischensumme Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		1.634,72	1.573,11	1.292,30	280,81	
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt		2.642,41	2.559,13	2.086,49	472,64	

Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

II. Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen im Haushaltsjahr **2025**	beschäftigt im Vorjahr am 01.10.2024	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	5	6
1	Brandreferendare	Anwärterbezüge	-		
2	Baurefendare	Anwärterbezüge	1	1	
3	Stadtinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	75	73	
4	Stadtsekretär-Anwärter	Anwärterbezüge	58	57	
5	Lebensmittelkontrollsekretär-Anwärter	Anwärterbezüge	2	2	
6	Brandoberinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	2	2	
7	Brandmeister-Anwärter	Anwärterbezüge	43	14	
8	Fachoberschulpraktikanten einschließlich Vorpraktikanten	außertarifliche Entschädigung nach VKA-Richtlinien	-		
9	Dienstanfänger	Unterhaltsbeihilfe	-		Wegfall der Dienstanfängerzeit seit 2024
10	Bauinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	1		
11	Archivinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	-		
	<u>Auszubildende für den Beruf</u>				
12	Anlagenmechaniker/in für Heizung- Klima- und Sanitärtechnik	Ausbildungsvergütung	3	3	
13	Bauzeichner/in	Ausbildungsvergütung	-		
14	Buchbinder/in	Ausbildungsvergütung	-		
15	Elektroniker/in für Energie- und Gebäudetechnik	Ausbildungsvergütung	2	1	
16	Erzieher/in	Ausbildungsvergütung	-		
17	Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste				
	a.) FR: Archiv	Ausbildungsvergütung	-		
	b.) FR: Bibliothek	Ausbildungsvergütung	3	2	
18	Fachinformatiker/-in	Ausbildungsvergütung	1	1	
19	Gärtner/in	Ausbildungsvergütung	-		
20	Hauswirtschafter/in	Ausbildungsvergütung	-		
21	Informatik dualer Studiengang	Ausbildungsvergütung	9	7	
22	Geoinformatik dualer Studiengang	Ausbildungsvergütung	2	1	
23	Versorgungstechnik dualer Studiengang	Ausbildungsvergütung	3	3	
24	E-Technik dualer Studiengang	Ausbildungsvergütung	1	1	
25	Landschaftsarchitektur	Ausbildungsvergütung	3	2	
26	IT-System-Elektroniker/-in	Ausbildungsvergütung	3	2	
27	Kaufleute für Büromanagement	Ausbildungsvergütung	25	23	
28	Kfz-Mechatroniker/in	Ausbildungsvergütung	1	1	
29	Maler/in und Lackierer/in	Ausbildungsvergütung	-		
30	Mechatroniker	Ausbildungsvergütung	3	2	
31	Notfallsanitäter/in	Ausbildungsvergütung	7	5	

Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

II. Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen im Haushaltsjahr **2025**	beschäftigt im Vorjahr am 01.10.2024	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	5	6
32	Techn. Systemplaner/in	Ausbildungsvergütung	-		
32	Tischler/in	Ausbildungsvergütung	6	7	
33	Veranstaltungskauffrau/-mann	Ausbildungsvergütung	-		
34	Vermessungstechniker/in	Ausbildungsvergütung	1	1	
	Praktikant/in für den Beruf				
35	Sozialarbeiter/in, Sozialpädagoge/-in	Entgelt gemäß TV	55	51	
36	Erzieher/in	Entgelt gemäß TV	-		
37	Arzt/Ärztin im Praktikum	außertarifl. Entschädigung			
38	Volontär/in	Vergütung gemäß Rd.Erl. d. MWK vom 02.04.1980	1		
39	Helfer/in im freiwilligen sozialen Jahr	Taschengeld gemäß Jugendfreiwilligendienstgesetz	28	23	
40	Helferin/Helfer im freiwilligen sozialen Jahr - Kultur	- " -	5	5	
41	Helfer/in im freiw. ökologischen Jahr	- " -	2	2	
42	Helfer/in im freiw. sozialen Jahr Politik	- " -	2	2	
43	Bundesfreiwilligendienst	Bundesfreiwilligendienstgesetz	22	13	
	Vorpraktikant/in für den Beruf				
44	Erzieher/in	außertarifl. Entschädigung	-		
45	Sozialarbeiter/in/Sozialpädagoge/-in	außertarifl. Entschädigung	2		
46	Vorpraktikant/in im Baubereich	außertarifl. Entschädigung	2		
47	Vorpraktikant/in im Kulturbereich	außertarifl. Entschädigung	1		
48	Ausländische Praktikanten/innen	außertarifl. Entschädigung	2		Mehrfachbesetzung infolge Einsatzes für unterschiedliche Zeiträume
49	Schülerpraktikant/in	-	75		Mehrfachbesetzung infolge Einsatzes für unterschiedliche Zeiträume
50	sonstige Praktikanten/-innen z. B. Umschüler/innen, Pk. aus anderen Betrieben, Reha-Maßnahmen, Integrationsmaßnahmen	-	30		Mehrfachbesetzung infolge Einsatzes für unterschiedliche Zeiträume
	insgesamt		**482**	299	

Bei gegebener Notwendigkeit können die in der Aufstellung genannten Zahlen vorübergehend bis zur nächsten Änderung des Stellenplanes geringfügig überschritten werden.

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Oberbürgermeister	1,00																			1,00	
01	Büro des Oberbürgermeisters				1,00	1,00			1,00		3,00	4,00	8,25	2,00			1,00	3,75	3,25		28,25	
0110	Stabsstelle Digitalisierung, Smart-City						1,00					1,00									2,00	
0140	Ref. Rechnungsprüfungsamt								1,00		1,00	1,00	5,00								8,00	
0150	Gleichstellungsreferat												0,75								0,75	
	Personal-,Organisations-Digitalisierungs- u. Ordnungsdez.			1,00																	1,00	
10	Zentrale Dienste				1,00	1,00	1,00	3,00			6,00	18,00	29,00	18,68			8,00	10,26	7,00		102,94	
	Verwaltung 1 insgesamt	1,00		1,00	2,00	2,00	2,00	3,00	2,00		10,00	24,00	43,00	20,68			9,00	14,01	10,25		143,94	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Finanz- und Feuerwehrdez.		1,00																		1,00	
20	Finanzen				1,00	1,00	1,00	1,00	1,00		4,80	15,63	25,28	6,00			4,00	30,77	3,13		94,60	
	Verwaltung 2 insgesamt		1,0		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00		4,80	15,63	25,28	6,00			4,00	30,77	3,13		95,60	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
0300	Rechtsreferat					1,00	2,00	4,13					1,00	1,00							9,13	
32	Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				1,00	1,00	1,00	1,00			4,00	4,00	20,00	34,27		1,00	19,04	74,00	45,50	1,00	206,81	
37	Feuerwehr				1,0		5,00			2,00	6,00	14,00	30,00	22,50		51,00	195,00	53,00	35,00		414,50	
	Verwaltung 3 insgesamt				2,00	2,00	8,00	5,13		2,00	10,00	18,00	51,00	57,77		52,00	214,04	127,00	80,50	1,00	630,44	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9 mD	A 8	A 7	A 6		
	Kultur- und Wissenschaftsdez.				1,00																1,00	
0412	Ref. Stadtbibliothek						1,00												1,50		2,50	
0413	Ref. Städtisches Museum													1,00				0,63			1,63	
0414	Ref. Stadtarchiv						1,00				1,00	2,00									4,00	
40	Schule					1,00		1,00			3,00	4,00	17,00	9,70					12,00		47,70	
41	Kultur und Wissenschaft					1,00	1,00					1,00	3,00	6,75					3,00		15,75	
	Verwaltung 4 insgesamt				1,00	2,00	3,00	1,00			4,00	7,00	20,00	17,45				0,63	16,50		72,58	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddez.			1,00																	1,00	
0500	Sozialreferat										1,00										1,00	
50	Soziales und Gesundheit				1,00	2,00		1,00			3,00	14,50	38,70	65,01		6,01	0,75	18,13	3,25		153,34	
51	Kinder, Jugend und Familie						2,00				1,00	4,00	12,79	43,81			3,50	16,01	7,00	1,00	91,10	
	Verwaltung 5 insgesamt			1,00	1,00	2,00	2,00	1,00			5,00	18,50	51,49	108,81		6,01	4,25	34,14	10,25	1,00	246,44	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Stadtplanungs-, Verkehrs-, Tiefbau- und Baudez.			1,00																	1,00	
	Umwelt-, Stadtgrün- Sport- und Hochbaudez.			1,00																	1,00	
0670	Sportreferat							1,00				2,00	1,00	1,00				1,00			6,00	
06	Baurecht, Stadtbild, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft				1,00	1,00							6,00	2,50							10,50	
60	Bauordnung und Zentrale Vergabestelle					1,00	2,00		1,00		1,00	3,00	17,75	3,00				3,75	1,00		33,50	
61	Stadtplanung und Geoinformation				1,00	1,00	2,00	5,00	3,00		1,00	1,00	3,64	0,50				1,00			19,14	
66	Tiefbau und Verkehr				1,00	1,00	1,00	1,00	1,00		1,00	1,00	3,23	9,50			1,00	1,00	6,75		28,48	
67	Stadtgrün					1,00		1,00			1,00		2,50	2,00				1,00	1,50		10,00	
68	Umwelt				1,00		1,00	1,00			1,00	1,00	5,00	3,00				3,00	2,00		18,00	
	Verwaltung 6 insgesamt			2,00	4,00	5,00	6,00	9,00	5,00		5,00	8,00	39,12	21,50			1,00	10,75	11,25		127,62	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
0800	Stabsstelle Wirtschaftsdez.										1,00	1,00	1,00								3,00	
	Verwaltung 8 insgesamt										1,00	1,00	1,00								3,00	
	Personalvertretung											0,63				0,50		1,00			2,13	
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig										1,00	3,00	4,00	11,00		3,75		6,00			28,75	
	Leerstellen				1,00	1,00		1,00				4,75	6,00	11,00	1,00		5,00	7,50	8,00	2,50	48,75	
	Ausbildungsstellen										1,00	1,00		2,00	25,00			5,00	11,00	15,00	60,00	
	Leer- und Ausbildungsstellen insgesamt				1,00	1,00		1,00			1,00	5,75	6,00	13,00	26,00		5,00	12,50	19,00	17,50	108,75	
	Altersteilzeit																					
	zugewiesene Dienstkräfte										1,00	2,00									3,00	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
0650	Hochbau																					
65	Gebäudemanagement					1,00	4,00	1,00				1,00	6,75	4,00			4,00	4,00	7,25		33,00	
	Stadtentwässerung										0,10		1,37	0,75					1,00		3,22	
	Abfallwirtschaft										0,10		2,13	1,25			0,50				3,98	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Zusammenstellung																					
	Verwaltung 1	1,00		1,00	2,00	2,00	2,00	3,00	2,00		10,00	24,00	43,00	20,68			9,00	14,01	10,25		143,94	
	Verwaltung 2		1,00		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00		4,80	15,63	25,28	6,00			4,00	30,77	3,13		95,60	
	Verwaltung 3				2,00	2,00	8,00	5,13		2,00	10,00	18,00	51,00	57,77		52,00	214,04	127,00	80,50	1,00	630,44	
	Verwaltung 4				1,00	2,00	3,00	1,00			4,00	7,00	20,00	17,45				0,63	16,50		72,58	
	Verwaltung 5			1,00	1,00	2,00	2,00	1,00			5,00	18,50	51,49	108,81		6,01	4,25	34,14	10,25	1,00	246,44	
	Verwaltung 6			2,00	4,00	5,00	6,00	9,00	5,00		5,00	8,00	39,12	21,50			1,00	10,75	11,25		127,62	
	Verwaltung 8										1,00	1,00	1,00								3,00	
	Personalvertretung											0,63				0,50		1,00			2,13	
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig										1,00	3,00	4,00	11,00		3,75		6,00			28,75	
	Leer- und Ausbildungsstellen				1,00	1,00		1,00			1,00	5,75	6,00	13,00	26,00		5,00	12,50	19,00	17,50	108,75	
	Altersteilzeit																					
	zugew. Dienstkräfte										1,00	2,00									3,00	
	Verwaltung insgesamt	1,00	1,00	4,00	12,00	15,00	22,00	21,13	8,00	2,00	42,80	103,51	240,88	256,21	26,00	62,26	237,29	236,80	150,88	19,50	1.462,24	
	Hochbau																					
	Gebäudemanagement					1,00	4,00	1,00				1,00	6,75	4,00			4,00	4,00	7,25		33,00	
	Abfallwirtschaft										0,10		2,13	1,25			0,50				3,98	
	Stadtentwässerung										0,10		1,37	0,75					1,00		3,22	
	insgesamt	1,00	1,00	4,00	12,00	16,00	26,00	22,13	8,00	2,00	43,00	104,51	251,13	262,21	26,00	62,26	241,79	240,80	159,13	19,50	1.502,44	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
01	Büro des Oberbürgermeisters		1,00	4,00	6,00	3,00	3,50	1,50		1,00	3,00	4,13		2,76	2,50	1,00								33,39	
0110	Stabsstelle Digitalisierung, Smart-City					1,00																		1,00	
0140	Ref. Rechnungsprüfungsamt		1,00	1,00	1,00	1,00	6,00							0,50										10,50	
0150	Gleichstellungsreferat				1,00	1,00			0,64					0,50										3,14	
10	Zentrale Dienste		1,00		4,50	9,00	21,00	4,00	1,50	10,41	13,26	3,27	10,00	5,52	11,50	3,00	0,67							98,62	
	Zwischensumme Verwaltung 1		3,00	5,00	12,50	15,00	30,50	5,50	2,14	11,41	16,26	7,40	10,00	9,28	14,00	4,00	0,67							146,65	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
01	Büro des Oberbürgermeisters																								
0110	Stabsstelle Digitalisierung, Smart-City																								
0140	Ref. Rechnungsprüfungsamt																								
0150	Gleichstellungsreferat					0,8			1,0															1,75	
10	Zentrale Dienste								2,00															2,00	
	Zwischensumme Verwaltung 1 Sozial- und Erziehungsdienst					0,8			3,00															3,75	
	Verwaltung 1 insgesamt		3,00	5,00	12,50	15,75	30,50	5,50	5,14	11,41	16,26	7,40	10,00	9,28	14,00	4,00	0,67							150,40	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
20	Finanzen		1,00		3,76	2,00	2,00	4,50	4,00			10,82	9,14	2,63	0,50	0,64								40,99	
	Zwischensumme Verwaltung 2		1,00		3,76	2,00	2,00	4,50	4,00			10,82	9,14	2,63	0,50	0,64								40,99	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
20	Finanzen																								
	Zwischensumme Verwaltung 2 Sozial- und Erziehungsdienst																								
	Verwaltung 2 insgesamt		1,00		3,76	2,00	2,00	4,50	4,00			10,82	9,14	2,63	0,50	0,64								40,99	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung
II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
0300	Rechtsreferat													2,00	0,50	0,50								3,00	
32	Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit			2,00			1,00		5,14	2,00	3,00	17,75	8,50	23,03	18,23	29,00	1,00							110,65	
37	Feuerwehr					1,00	12,00	3,00		1,00	10,00	1,00	6,77	9,73	7,52	2,00								54,02	
	Zwischensumme Verwaltung 3			2,00		1,00	13,00	3,00	5,14	3,00	13,00	18,75	15,27	34,76	26,25	31,50	1,00							167,67	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
32	Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit																								
37	Feuerwehr																								
	Zwischensumme Verwaltung 3 Sozial- und Erziehungsdienst																								
	Verwaltung 3 insgesamt			2,00		1,00	13,00	3,00	5,14	3,00	13,00	18,75	15,27	34,76	26,25	31,50	1,00							167,67	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung
II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
0412	Ref. Stadtbibliothek					1,00		2,82	3,77	10,89		2,00		2,25	22,06	3,00	2,28							50,07	
0413	Ref. Städtisches Museum				4,00	1,00	2,00	0,50		1,50	1,00	1,00		1,57	4,29	2,00	2,00				1,00			21,86	
0414	Ref. Stadtarchiv						1,00	2,00			0,50			3,89	1,00		0,50							8,89	
40	Schule				4,54		3,50	1,00	0,50	2,00	20,00	4,00		77,00	2,16	0,77	0,82							116,29	
41	Kultur und Wissenschaft			1,00	6,00		3,00	5,29	1,00	28,02	2,00	1,00		2,00	2,00	3,00								54,31	
	Zwischensumme Verwaltung 4			1,00	14,54	2,00	9,50	11,61	5,27	42,41	23,50	8,00		86,71	31,51	8,77	5,60				1,00			251,42	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
0412	Ref. Stadtbibliothek																								
0413	Ref. Städtisches Museum																								
0414	Ref. Stadtarchiv																								
40	Schule																								
41	Kultur und Wissenschaft			1,00																				1,00	
	Zwischensumme Verwaltung 4 Sozial- und Erziehungsdienst			1,00																				1,00	
	Verwaltung 4 insgesamt			2,00	14,54	2,00	9,50	11,61	5,27	42,41	23,50	8,00		86,71	31,51	8,77	5,60				1,00			252,42	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
0500	Sozialreferat		1,00	1,00	6,00				2,00			1,00		1,00										12,00	
50	Soziales und Gesundheit																								
51	Kinder, Jugend und Familie		3,00	2,00			1,00	3,00	1,00	1,50	8,00	1,00	1,89	7,00	7,79	2,00		54,12	1,39	0,00	1,00			95,69	
	Zwischensumme Verwaltung 5		4,00	3,00	6,00		1,00	3,00	3,00	1,50	8,00	2,00	1,89	8,00	7,79	2,00		54,12	1,39	0,00	1,00			107,69	
						Kr. 12 a	Kr. 11 b	Kr. 11 a	Kr. 10 a			Kr. 9 d	Kr. 9 c	Kr. 9 b			Kr. 9 a	Kr. 8 a	Kr. 7 a	Kr. 4 a	Kr. 3 a				
50	Soziales und Gesundheit																								
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
0500	Sozialreferat		1,00	1,00		2,52			2,00	0,72													7,24	
50	Soziales und Gesundheit			3,00		4,00	10,66		35,58	21,08													74,32	
51	Kinder, Jugend und Familie			19,00	9,00	52,71	82,89	24,54	82,30	24,83				14,43	122,45	164,83					72,03	115,36	22,82	807,19	
	Zwischensumme Verwaltung 5 Sozial- und Erziehungsdienst		1,00	23,00	9,00	59,23	93,55	24,54	119,88	46,63				14,43	122,45	164,83					72,03	115,36	22,82	888,75	
	Verwaltung 5 insgesamt		5,00	26,00	15,00	59,23	94,55	27,54	122,88	48,13	8,00	2,00	1,89	22,43	130,24	166,83		54,12	1,39	0,00	73,03	115,36	22,82	996,43	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung
II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
0670	Sportreferat						2,00	1,00		1,00	1,00	0,73		2,00	11,67	16,00	2,64							38,04	
06	Baurecht, Stadtbild, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft		1,00	1,00	1,00	2,00	2,00	2,00	1,77		1,00	1,00		1,56	1,00									15,33	
60	Bauordnung und Zentrale Vergabestelle				2,00	5,00	19,00		1,00			2,25		5,75	2,50									37,50	
61	Stadtplanung und Geoinformation			6,00	6,00	7,00	31,00	5,00	1,00	3,00	11,50	2,50	2,50	9,75	6,00									91,25	
66	Tiefbau und Verkehr			9,00	4,00	16,00	49,29	1,00		8,64	5,00	2,00	3,50	27,40	6,00	2,00								133,83	
67	Stadtgrün					8,00	19,00	1,00		12,50	9,73	1,00	6,50	49,27	44,50	18,00	50,22	1,33	13,34	5,33				239,72	
68	Umwelt		1,00	2,00	8,00	10,00	33,63	1,50	1,00	0,50	0,75	2,00		3,10	1,00									64,48	
	Zwischensumme Verwaltung 6		2,00	18,00	21,00	48,00	155,92	11,50	4,77	25,64	28,98	11,48	12,50	98,83	72,67	36,00	52,86	1,33	13,34	5,33				620,15	

			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
0670	Sportreferat																								
06	Baurecht, Stadtbild, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft																								
60	Bauordnung und Zentrale Vergabestelle																								
61	Stadtplanung und Geoinformation																								
66	Tiefbau und Verkehr																								
67	Stadtgrün																								
68	Umwelt																								
	Zwischensumme Verwaltung 6 Sozial- und Erziehungsdienst																								
	Verwaltung 6 insgesamt		2,00	18,00	21,00	48,00	155,92	11,50	4,77	25,64	28,98	11,48	12,50	98,83	72,67	36,00	52,86	1,33	13,34	5,33				620,15	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung
II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
Dez. VI	Wirtschaftsdezernat							0,8													1,00			1,77	
	Zwischensumme Verwaltung 8							0,8													1,00			1,77	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
Dez. VI	Wirtschaftsdezernat																								
	Zwischensumme Verwaltung 8 Sozial-Erziehungsdienst																								
	Verwaltung 8 insgesamt																							1,77	
		15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.				
94	Personalvertretung						1,00					1,00	2,00		3,50									7,50	
96	Städtische Dienstkräfte des Jobcenters BS							1,00	28,00		7,00			2,00	2,00	1,00								41,00	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
94	Personalvertretung				1,00	1,00				2,00					0,19						1,00			5,19	
96	Städtische Dienstkräfte des Jobcenters BS									10,00														10,00	
	Summe Personalvertretung				1,00	1,00	1,00			2,00		1,00	2,00		3,69						1,00			12,69	
	Summe Städtische Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig							1,00	28,00	10,00	7,00			2,00	2,00	1,00								51,00	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
91	Stellenreserve		5,00	5,00	5,00	10,00	15,00	11,00		2,00		1,00	1,00	6,00										61,00	
92	Leerstellen					1,00	2,00	2,00	2,00	4,00		7,00		10,00	6,00				2,00					36,00	
95	zugewiesene Dienstkräfte							0,73						2,00										2,73	
98	Altersteilzeit					1,00	1,00							2,00	3,00									7,00	
	Zwischensumme 92, 91 95 und 98		5,00	5,00	5,00	12,00	18,00	13,73	2,00	6,00		8,00	1,00	20,00	9,00				2,00					106,73	
						Kr. 12 a	Kr. 11 b	Kr. 11 a	Kr. 10 a	Kr. 9 d	Kr. 9 c	Kr. 9 b	Kr. 9 a	Kr. 8 a	Kr. 7 a	Kr. 4 a	Kr. 3 a								
92	Leerstellen																								
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
91	Stellenreserve					2,00	5,00		18,00	6,00					20,00									51,00	
92	Leerstellen			1,00		1,00	2,00	2,00	2,00	4,00					4,00	15,00						11,00		42,00	
95	zugewiesene Dienstkräfte			1,00																				1,00	
98	Altersteilzeit								1,00	1,00											3,00			5,00	
	Zwischensumme 92, 91, 95 und 98 Sozial- und Erziehungsdienst			2,00		3,00	7,00	2,00	21,00	11,00					24,00	15,00					3,00	11,00		99,00	
	Summe 92, 91, 95 und 98		5,00	7,00	5,00	15,00	25,00	15,73	23,00	17,00		8,00	1,00	20,00	33,00	15,00			2,00		3,00	11,00		205,73	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer außerhalb des Sozial- und Erziehungsdienstes

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.	Kr. insg.	insgesamt
	Zusammenstellung																						
	Verwaltung 1		3,00	5,00	12,50	15,00	30,50	5,50	2,14	11,41	16,26	7,40	10,00	9,28	14,00	4,00	0,67						146,65
	Verwaltung 2		1,00		3,76	2,00	2,00	4,50	4,00			10,82	9,14	2,63	0,50	0,64							40,99
	Verwaltung 3			2,00		1,00	13,00	3,00	5,14	3,00	13,00	18,75	15,27	34,76	26,25	31,50	1,00						167,67
	Verwaltung 4			1,00	14,54	2,00	9,50	11,61	5,27	42,41	23,50	8,00		86,71	31,51	8,77	5,60				1,00		251,42
	Verwaltung 5		19,73	3,00	9,01	1,50	4,00	3,00	25,64	1,50	35,80	2,00	4,89	18,51	36,02	29,74		54,12	1,39	0,00	1,00		250,85
	Verwaltung 6		2,00	18,00	21,00	48,00	155,92	11,50	4,77	25,64	28,98	11,48	12,50	98,83	72,67	36,00	52,86	1,33	13,34	5,33			620,15
	Verwaltung 8							0,77													1,00		1,77
	Personalvertretung						1,00					1,00	2,00		3,50								7,50
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters							1,00	28,00		7,00			2,00	2,00	1,00							41,00
	Leerstellen/Stellenreserve		5,00	5,00	5,00	11,00	17,00	13,00	2,00	6,00		8,00	1,00	16,00	6,00				2,00				97,00
	Altersteilzeit					1,00	1,00							2,00	3,00								7,00
	zugewiesene Dienstkräfte							0,73						2,00									2,73
	Zwischensumme		30,73	34,00	65,81	81,50	233,92	54,61	76,96	89,96	124,53	67,45	54,80	272,72	195,45	111,65	60,12	55,45	16,73	5,33	3,00		1.634,72

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungsdienst

Gliederungsnummer	Organisationseinheit		S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		insgesamt
	Zwischensumme																								1634,72
	Verwaltung 1					0,75			3,00																3,75
	Verwaltung 2																								
	Verwaltung 3																								
	Verwaltung 4			1,00																					1,00
	Verwaltung 5		1,00	23,00	9,00	59,23	93,55	24,54	119,88	46,63				14,43	122,45	164,83					72,03	115,36	22,82		888,75
	Verwaltung 6																								
	Verwaltung 8																								
	Personalvertretung				1,00	1,00				2,00					0,19						1,00				5,19
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters									10,00															10,00
	Leerstellen/Stellenreserve			1,00		3,00	7,00	2,00	20,00	10,00					24,00	15,00						11,00			93,00
	Altersteilzeit								1,00	1,00											3,00				5,00
	zugewiesene Dienstkräfte			1,00																					1,00
	Zwischensumme Sozial- und Erziehungsdienst		1,00	26,00	10,00	63,98	100,55	26,54	143,88	69,63				14,43	146,64	179,83					76,03	126,36	22,82		1007,69
	Gesamtsumme aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		31,73	60,00	75,81	145,48	334,47	81,15	220,84	159,59	124,53	67,45	54,80	287,15	342,09	291,49	60,12	55,45	16,7	5,33	79,03	126,36	1657,54		**2.642,41**

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
0110						
0140						1 x 6 üT T 19,5
0150				1 x 9c T 25, 1 x S 15 T 29,25		1 x 6 üT T 19,5
01	1 x 9a ku 1) A 10	1 x E 11 kw 2027	3 x 5 1 x 6 1 x 4 1 x 10 2 x 8 1 x 11			2 x 6 üT 1 x 6 T 10 kw 5) 2 x 9a üT
10	1 x 9a ku 1) A 8		1 x 13 1 x E 9c 1 x E 8	1 x 6 T 29,25 1 x 6 T 30, 1 x E 8 T 30 1 x 9b T 25 1 x 9b T 30 1 x 9a T 14 1 x 7 T 25, 1 3 T 26 1 x E 9a T 35	1 x E 11	3 x 6 üT
20			1 x 5 1 x E 10 1 x E 7	1 x 13 T 29,5 1 x 8 T 30, 1 x 8 T 32 1 x E 4 T 25		2 x 6 üT 1 x 6 T 24,5 üT
0300						1 x 6 üT
32			2 x 8 1 x 7 1 x 6 7 x 5 37 x 4 1 x E 9c	1 x 8 T 29,25 1 x 5 T 28,5 1 x 6 T 29,65 1 x E 6 T 30 1 x E 9c T 25		1 x 6 üT
37		1 x E 11 kw 3) 8 x 9a kw 4) 2 x 4 kw 4) 2 x E 5 kw 4)	2 x E 10 1 x E 11	1 x 6 T 28,5 1 x E 7 T 30		1 x 11 T 19,5 kw 4) 3 x 5 T 19,5 kw 4) 1 x 5 T 29,25 kw 4) 1 x 5 T 30 kw 4)

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
0412			1 x 9b 1 x 3	1 x 10 T 31,92 1 x 9c T 30 1 x 9b T 24,62 1 x 9b T 33,57 1 x 9b T 35 1 x 6 T 9,75 1 x 3 T 25,33 1 x 3 T 24,57		1 x 12 üT 1 x 6 üT 1 x 5 T 19,5 Sp*)
0413	2 E 5 ku E 4)		3 x 13 1 x 10 1 x 9b 1 x 5	1 x 6 T 22,04 1 x 5 T 31		1 x 6 üT 1 x 13 T 19,5 kw 4)
0414			1 x 9a 1 x 3	1 x 6 T 9,75		1 x 6 T 25 üT
40		1 x 10 kw 5)	2 x 11 1 x 9c	1 x E 4 T 30, 1 x 5 T 25 2 x E 13 T 30 1 x E 8 T 30	1 x 9a	1 x 6 üT, 1 x 6 T 19,5 kw 1) 1 x 3 T 32 kw 1), 1 x E 6 T 12 Sp*) 1 x S 11 b T 30 kw 3)
	Die Ausweisung von Teilzeitstellen bei **Schulsekretären/Schulsekretärinnen** ist dem Stellenverteilungsplan des Fachbereiches 40 zu entnehmen.					
41				1 x 10 T 29,25		2 x 6 üT 1 x 9 b T 13,5 Sp*) 1 x 9 b T 9 Sp*) 3 x 9b TZ kw 4) 1 x 9b kw 4) Sp*)
	Die Ausweisung von Teilzeitstellen bei **Musikschullehren/Musikschullehrerinnen** ist dem Stellenverteilungsplan des Fachbereiches 41 zu entnehmen.					
0500		1 x S 12 kw 3)		1 x S 15 T 30 1 x S 11b T 28		1 x 6 üT

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
50			2 x 15	1 x S 12 T 29,25	1 x E 15	3 x 6 üT
			1 x S 14	1 x S 14 T 10	3 x S 12	1 x 15 T 19,5 kw 4)
		1 x 9 a kw 4)	1 x 13	1 x S 12 T 23,3	2 x E 4	1 x 15 T 34,70 kw 4)
			1 x 12	1 x S 11b T 33,5		1 x 15 T 13,43 kw 4)
		1 x 15 kw 4)	7 x S 12	3 x S 11b T 29,25		
		1 x 11 kw 4)	4 x S 11b	1 x S 11b T 16,72		
		1 x S 14 kw 4)	2 x 9a	1 x 15 T 36,5		1 x 9 a T 19,5 kw 4)
		1 x 5 kw 4)	13 x 5	2 x 15 T 29,25		
			1 x E 4	1 x E 9c T 30		1 x 4 T 29 kw 1)
		1 x S 15 kw 5)	2 x E 9c	1 x 14 T 35,2		1 x S 12 T 19,5 Sp*)
		1 x 13 kw 4)		1 x 9c T 34		1 x S 12 ku 1) S 11 b
		3 x 9c kw 4)		1 x 13 T 20		1 x S 12 T 19,5 ku 1) S 11 b T 19,5
		8 x E 9a kw 5)		1 x E 5 T 25		2 x 11 kw 3) Sp*)
				1 x 5 T 35,25		1 x E 4 T 19,5 Sp*)
				1 x 5 T 29,25		
				1 x 9a T 10, 2 x 9a T 30		
				1 x 6 T 20		
51	2 S 8b ku 1) S6	5 x S 15 kw 4)	4 x S 15	3 x S 15 (T 21, T 29,5, T 58,5)	2 x S 14	2 x S 15 T 19,5 kw 4)
		2 x S 11b kw 4)	11 x S 14	1 x S 15 T 34, 8 x S 14 T 29,25	1 x S 12	2 x S 8b T 19,5 kw 3)
		1 x S 11b kw 1)	10 x S 12	1 x S 15 T 30, 1 x S 12 T 30,39		1 x S 2 T 20 kw 2026
		1 x 5 kw 1)	2 x S 11b	2 x S 13 T 30, 1 x E 2 T 29,25		2 x S 8b üT T 19,5 kw 4)
		1 x S 3 kw 2025	1 x S 4	1 x S 14 T 29,25		1 x S 14 T 9,75 Sp*)
		1 x S 3 kw 2026	2 x 9a	1 x S 9 T 25,66, 2 x S 8b T 29,25		2 x S 8b üT kw 4)
		1 x S 15 kw 2027	3 x 9b	1 x S 12 T 27, 1 x S 12 T 29,25		6 x 6 üT
			10 x S 8 b	1 x S 12 T 23,25, 1 x S 12 T 6		1 x S 11 b T 19,5 Sp *)
			2 x 5	1 x S 12 T 10,5, 1 x S 12 T 19,68		
				1 x S 11b T 30,39, 3 x S 8a T 27		1 x S 15 T 7 kw 2026
				1 x S 11b (T 6, T 35)		1 x S 15 T 14 kw 3)
				1 x S 8b T 25, 1 x S 8 a T 47,5		1 x S 4 T 80,82 kw 2025
				1 x S 14 T 5,33, 7 x S 8a T 25		2 x S 8b T 10,38 kw 2027
				1 x S 8b T 6,5		1 x S 4 T 80,82 Sp*) kw 2026
				2 x S8b T 30,39, 1x S 8b T 32,37		2 x S 8b T 10,38 Sp*) kw 2028
				1 x S 8a T 25		1 x S 8a T 69 kw 2026
				1 x S 8b T 13,17,3 x S 8a T 20		1 x S 8a T 69 kw 2026
				1 x 7 T 34,7, 1 S 8b T 30		
				3 x 5 (T 22,75, T32,41, T 35)		

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
noch 51				1 x S 4 T 36,09, 1 x S 3 T 35 3 x S 2 (T15,5, T35,5,T37), 4 S 2 T20 4 x 2Ü (T 28,40/28,82/29,15) 1 x S 12 T 10, 1 x 2Ü T13 3 x 2Ü (T32,82, T38,70, T36,82) 3 x 2Ü (T36,37,T37,2) 4 x S 2 T 18, 1 x S 2 T 20, 1 S 2 T 36, 1 x E 2 T 25		1 x S 3 T 5 kw 2026 1 x S 4 T 206,31 kw 2027
0670		1 x E 4 kw 5)		1 x 8 T 28,5 1 x 3 T 25		1 x 6 üT 1 x 6 Z 12 1 x 4 Z 12
06			2 x 12	1 x 9c T 30		1 x 6 T 22 üT 2 x 6 T 19,5 üT
60		1 x 11 kw 2025 1 x 11 kw 1)	2 x 11 1 x 5	1 x 6 T 29,25		2 x 6 üT
61		1 x 11 kw 2026 1 x 10 kw 1)	5 x 11 2 x 9a 1 x 8 1 x 7	2 x 9a T 29,25 1 x 6 T 29,25		3 x 6 üT 1 x 7 Z 12
66	1 x 8 ku 1) 6	1 x 14 kw 1) 2 x E 11 kw 1)	3 x 11 1 x 5	2 x 11 T 29,25/29,38 1 x 11 T 30,39 1 x 11 T 29,22 2 x 11 T 10 1 x E 9b T 25 1 x 6 T 25,33 1 x 6 T 29,25 1 x 11 T 9,75		2 x 6 üT

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
67		1 x 11 kw 5) 1 x 11 kw 2028 1 x 11 kw 2025 2 x E 12 kw 3) 1 x E 11 kw 1)	 1 x 6 1 x 3 1 x 9b 1 x E 5 1 x E 7	1 x 6 T 30 1 x E 9a T 28,5		1 x 6 üT 1 x 5 Z 12 14 x 6 Z 12, 1,5 x 7 Z 12
68		1 x E 5 kw 1) 1 x E 11 kw 2028 1 x 11 kw 4) 1x 11 kw 2027	2 x 13 2 x 12 6 x 11 1 x 10 1 x 9b	1 x 11 T 34,5 1 x 11 T 29,25 1 x 9a T 29,38 1 x 6 T 15,5 1 x 6 T 4		1 x 6 üT 1 x 6 üT ku 1) 5 T 23,5
0800				1 x E 10 T 30		
Per- sonal- vertret.		1 x S 16 kw 2) 1 x S 11b kw 2) 1 x S 4 kw 2) 1 x S 15 kw 2) 1 x 11 kw 2) 2 x 7 kw 2) 3 x 5 kw 2) 1 x 8 kw 2)				1 x S 8b T 7,42 kw 2) 2 x S 11 b T 19,5 kw 2) 1 x 5 T 19,5 kw 2) 1 x 7 T 19,5 kw 2)

Stellenübersichten

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

1. Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs-nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs-planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt seit	auf der Stelle geführt bis voraus-sichtlich	Bemerkungen
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
1	Referatsleiter/in	E 15	A 16	12	0120/00120	01.02.2024		Umwandlung StPl 2025
2	Referatsleiter/in	E 15	A 15	20	0500/03411	01.03.2024		Umwandlung StPl 2025
3	Stellv. Referatsleiter/in	E 14	A 14	23	0610/03532	01.10.2023		Umwandlung StPl 2025
4	Abteilungsleiter/in	E 15	A 15	20	10.1/01547	01.07.2022		Umwandlung StPl 2025
5	Abteilungsleiter/in	E 15	A 16	10	50.4/04215			Umwandlung StPl 2025 entspr. vorauss. Besetzung
6	Stellenleiter/in	E 14	A 14	23	66.12/05646	01.11.2023		Umwandlung StPl 2025

Stellenübersichten

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

2. Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs-nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs-planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt seit	auf der Stelle geführt bis voraus-sichtlich	Bemerkungen
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
1	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 10	59	0100.20/00102	15.01.2024		Umwandlung StPl 2025
2	Koordinator/in	E 10	A 11	51	0120.20/1/00132	01.01.2023		Umwandlung StPl 2025
3	Prüfer/in	E 11	A 11	51	0140.20/01695	01.11.2022		Umwandlung StPl 2025
4	Dipl.-Bibliothekar/in	E 9b	A 10	55	0412.20/01330	01.06.2024		Umwandlung StPl 2025
5	Sachbearbeiter/in	E 10	A 11	51	0414.20/01596	01.04.2023		Umwandlung StPl 2025
6	Sachbearbeiter/in	E 9b	A 10	59	0500/06405	01.05.2024		Umwandlung StPl 2025
7	Sachbearbeiter/in	E 10	A 11	51	0800/05044	01.08.2023		Umwandlung StPl 2025
8	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	10.03.2/01517	09.05.2022		Umwandlung StPl 2025
9	Sachbearbeiter/in	E 9b	A 10	59	10.12/01562	01.04.2023		Umwandlung StPl 2025
10	Sachbearbeiter/in	E 9b	A 10	59	10.12/01573	01.04.2024		Umwandlung StPl 2025
11	Sachbearbeiter/in	E 9b	A 10	59	10.12/02369	01.06.2023		Umwandlung StPl 2025
12	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	10.21/06350	15.06.2024		Umwandlung StPl 2025
13	Sachbearbeiter/in	E 11	A 11	51	10.40/01998	01.10.2022		Umwandlung StPl 2025
14	Sachgebietsleiter/in	E 13	A 11	51	10.44.1/04417	01.11.2023		Umwandlung StPl 2025
15	Sachbearbeiter/in	E 10	A 11	51	20.1.1/03884	15.06.2024		Umwandlung StPl 2025
16	Sachbearbeiter/in	E 10	A 11	51	20.11/03874	12.05.2022		Umwandlung StPl 2025
17	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	20.11/03887	15.06.2022		Umwandlung StPl 2025
18	Sachbearbeiter/in	E 10	A 11	51	20.12/03881	01.10.2021		Umwandlung StPl 2025

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

2. Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs-nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs-planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt seit	auf der Stelle geführt bis voraus-sichtlich	Bemerkungen
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
19	Sachbearbeiter/in	E 11	A 12	44	20.13/04537	18.04.2023		Umwandlung StPl 2025
20	Sachbearbeiter/in	E 10	A 11	51	20.21/03808	01.06.2023		Umwandlung StPl 2025
21	Sachbearbeiter/in	E 10	A 11	51	20.21/06363	21.02.2023		Umwandlung StPl 2025
22	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	20.22/03833	01.02.2024		Umwandlung StPl 2025
23	Sachbearbeiter/in	E 9b	A 10	59	32.11/05382	01.06.2022		Umwandlung StPl 2025
24	Sachbearbeiter/in	E 9b	A 10	59	32.12/02059	15.03.2022		Umwandlung StPl 2025
25	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	32.22.1/02296	14.05.2024		Umwandlung StPl 2025
26	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	32.6.2/02729	10.01.2022		Umwandlung StPl 2025
27	Techn. Sachbearbeiter/in	E 11	A 11	48	37.4/06776			Umwandlung StPl 2025 entspr. vorauss. Besetzung
28	Sachbearbeiter/in	E 10	A 11	51	41.0/01251	01.04.2024		Umwandlung StPl 2025
29	Stellenleiter/in	E 13	A 13	33	41.12/01254	01.04.2024		Umwandlung StPl 2025
30	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.02/03508	10.05.2023		Umwandlung StPl 2025
31	Sachbearbeitert/in	E 9c	A 10	59	50.02.1/03963	26.04.2024		Umwandlung StPl 2025
32	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.13/04006	12.06.2023		Umwandlung StPl 2025
33	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.31.1/03507	01.04.2024		Umwandlung StPl 2025
34	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.31.1/03985	01.11.2023		Umwandlung StPl 2025
35	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.32/03988	01.09.2023		Umwandlung StPl 2025

Stellenübersichten

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

2. Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs-nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs-planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt seit	auf der Stelle geführt bis voraus-sichtlich	Bemerkungen
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
36	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.33.1/04104	15.04.2024		Umwandlung StPl 2025
37	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.33.1/05666	01.04.2024		Umwandlung StPl 2025
38	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.33.2/04099	01.08.2023		Umwandlung StPl 2025
39	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.33.2/05697	01.06.2024		Umwandlung StPl 2025
40	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.33.3/04426	01.08.2023		Umwandlung StPl 2025
41	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.34/04002	01.01.2024		Umwandlung StPl 2025
42	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.40/04266	01.04.2023		Umwandlung StPl 2025
43	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.40/06614	01.08.2023		Umwandlung StPl 2025
44	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.40/06628	21.09.2023		Umwandlung StPl 2025
45	Sachgebietsleiter/in	E 10	A 11	51	51.01.4/02574	01.01.2020		Umwandlung StPl 2025
46	Sachbearbeiter/in	E 9b	A 10	59	51.30/05226	01.01.2019		Umwandlung StPl 2025
47	Sachbearbeiter/in	E 9b	A 10	59	66.0/01674	01.05.2023		Umwandlung StPl 2025

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

3. Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt

Lfd. Nr.	nsbezeichnung	Entgelt-gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs-nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs-planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt seit	bis voraus-sichtlich	Bemerkungen
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
1	Sachbearbeiter/in	E 8	A 8	72	0103.30/01929			Umwandlung StPl 2025, entspr. vorauss. Besetzung
2	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 9 m	69	10.03.1/05191	29.01.2024		Umwandlung StPl 2025
3	Sachbearbeiter/in	E 8	A 8	72	10.13.2/01584	01.04.2023		Umwandlung StPl 2025
4	Sachbearbeiter/in	E 8	A 8	72	10.13.2/06668	01.02.2023		Umwandlung StPl 2025
5	Sachbearbeiter/in	E 8	A 8	72	20.32/01720	01.01.2024		Umwandlung StPl 2025
6	Sachbearbeiter/in	E 7	A 8	72	20.41.1/03909	15.11.2023		Umwandlung StPl 2025
7	Sachbearbeiter/in	E 7	A 7	76	20.41.1/03920	26.04.2021		Umwandlung StPl 2025
8	Sachbearbeiter/in	E 7	A 8	72	20.41.2/04973	01.01.2024		Umwandlung StPl 2025
9	Sachbearbeiter/in	E 7	A 7	76	20.41.2/06366	01.11.2023		Umwandlung StPl 2025
10	Sachbearbeiter/in	E 7	A 7	76	32.10/02388	15.12.2023		Umwandlung StPl 2025
11	Sachbearbeiter/in	E 8	A 8	72	32.22.2/02302	01.09.2022		Umwandlung StPl 2025
12	Sachbearbeiter/in	E 6	A 7	76	32.41.2/02375	23.05.2023		Umwandlung StPl 2025
13	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.14/1/05539	01.06.2024		Umwandlung StPl 2025
14	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.14.1/04036	20.03.2024		Umwandlung StPl 2025
15	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.14.1/07014	01.04.2023		Umwandlung StPl 2025
16	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.14.1/07015	01.03.2023		Umwandlung StPl 2025
17	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.14.1/07016	01.07.2023		Umwandlung StPl 2025

Stellenübersichten

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

3. Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt

Lfd. Nr.	nsbezeichnung	Entgelt-gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs-nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs-planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt seit	bis voraus-sichtlich	Bemerkungen
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
18	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.14.1/07018	01.04.2023		Umwandlung StPl 2025
19	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.14.1/07020	01.04.2023		Umwandlung StPl 2025
20	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.14.2/04100	15.01.2024		Umwandlung StPl 2025
21	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.14.2/07004	09.01.2023		Umwandlung StPl 2025
22	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.14.2/07006	01.07.2023		Umwandlung StPl 2025
23	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.14.2/07007	06.02.2023		Umwandlung StPl 2025
24	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.14.2/07009	01.07.2023		Umwandlung StPl 2025
25	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.14.2/07010	01.03.2023		Umwandlung StPl 2025
26	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.14.2/07011	01.04.2023		Umwandlung StPl 2025
27	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.14.2/07012	01.04.2023		Umwandlung StPl 2025
28	Sachbearbeiter/in	E 6	A 7	76	50.22/07120	01.08.2024		Umwandlung StPl 2025
29	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 9 mAZ	65	50.33.2/03857	01.05.2024		Umwandlung StPl 2025
30	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.40/06617	01.05.2024		Umwandlung StPl 2025
31	Sachbearbeiter/in	E 8	A 8	72	60.01/06949	15.11.2023		Umwandlung StPl 2025
32	Sachbearbeiter/in	E 7	A 6	78	67.01/06837	01.08.2024		Umwandlung StPl 2025
insgesamt	85							

Haushaltsplan 2025
für das Ref. 0650 Hochbau

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
1		aT	1,00	1,00	1,00		
2		15Ü					
3		15					
4		14					
5		13					[1] dav. 2 T 19,5, 1 T 30
6		12	10,00	10,00	8,77	1,23	
7		11	42,77 [1]	42,77	29,99	12,78	
8		10					
9		9c					
10		9b					
11		9a					

Haushaltsplan 2025
für das Ref. 0650 Hochbau

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
12		8					
13		7					
14		6	1,00 [1)]	1,00	1,00		[1)] 1 üT
15		5					
16		4					
17		3					
18		2Ü					
19		2					
20		1					
	insgesamt Beschäftigte		54,77	54,77	40,76	14,01	

Haushaltsplan 2025
für das Ref. 0650 Hochbau

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	B 2					
2	Leitender Baudirektor	A 16	[1)]				
3	Baudirektor	A 15					
4	Städtischer Direktor	A 15					
5	Bauoberrat	A 14					
6	Städt. Oberrat	A 14					
7	Baurat	A 13					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
8	Bauoberamtsrat	A 13					
9	Stadtoberamtsrat	A 13					
10	Bauamtsrat	A 12					
11	Stadtamtsrat	A 12					
12	Bauamtmann	A 11					
13	Stadtamtmann	A 11					
14	Bauoberinspektor	A 10					
15	Stadtoberinspektor	A 10					

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
16	Stadtinspektor	A 9					
		A 9					
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 m AZ					
18	Stadtamtsinspektor	A 9					
19	Stadthauptsekretär	A 8					
20	Stadtobersekretär	A 7					
21	Stadtsekretär	A 6					
	insgesamt:						

Haushaltsplan 2025
für den FB 65 Gebäudemanagement

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
1		aT					1)
2		15Ü					2)
3		15	1)				3)
4		14	1,00 2)	1,00	1,00		4) dav. 1 T 19,5
5		13	3,00 3)	3,00	2,00	1,00	5) dav. 5 T 19,5, 1 T 30, 1 ku 1) A 10
6		12	10,50 4)	9,50	9,27	0,23	6)
7		11	47,50 5)	46,00	42,62	3,38	7) ku 1) A 10
8		10	1,00 6)	1,00	1,00		8) dav.
9		9c	1,00 7)	1,00	1,00		
10		9b	7,00 8)	7,50	5,50	2,00	9) dav. 1 T 30,39, 1 ku 1) 8
11		9a	11,00 9)	10,00	10,00		

Haushaltsplan 2025
für den FB 65 Gebäudemanagement

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
							[10]
12		8	5,00 [10]	6,00	4,00	2,00	
13		7	18,75 [11]	17,75	13,52	4,23	[11] dav. 2 Z 12, 1 T 29,25,
14		6	17,00 [12]	20,00	19,85	0,15	[12] dav. 2 T 19,5, 1 üT, 1 ku 1) 4
15		5	65,75 [13]	64,75	60,35	4,40	[13] dav. 1 T 29,25, 1 Sp*)
16		4	12,25 [14]	11,25	8,51	2,74	[14]
17		3	1,70 [15]	2,70	2,00	0,70	[15]
18		2Ü	[16]				[16]
19		2	62,85 [17]				[17]
20		1	0,02	62,87	27,22	35,65	
	Die Ausweisung von Teilzeitstellen bzw. ku- oder kw-Vermerken im Bereich Schulhausmeister/-innen, Hausmeister/-innen und Raumpflege ist aus dem StVPl des FB 65 ersichtlich.						
	insgesamt Beschäftigte		265,32	264,32	207,84	56,48	

Haushaltsplan 2025
für den FB 65 Gebäudemanagement

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	B 2					
2	Leitender Baudirektor	A 16	1,00 [1)]	1,00	1,00		[1)] dav.
3	Baudirektor	A 15	3,00	3,00	3,00		
4	Städtischer Direktor	A 15	1,00	1,00	1,00		
5	Bauoberrat	A 14					
6	Städt. Oberrat	A 14	1,00	1,00	0,75	0,25	
7	Baurat	A 13					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
8	Bauoberamtsrat	A 13					
9	Stadtoberamtsrat	A 13					
10	Bauamtsrat	A 12					
11	Stadtamtsrat	A 12	1,00	2,00	2,00		
12	Bauamtmann	A 11	1,00				
13	Stadtamtmann	A 11	5,75 [2)]	5,75	4,62	1,13	[2)] dav. 1 T 30
14	Bauoberinspektor	A 10					
15	Stadtoberinspektor	A 10	4,00 [4)]	4,00	3,00	1,00	

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
16	Stadtinspektor	A 9	[5]				[5]
		A 9					
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 m AZ	[6]				[6]
18	Stadtamtsinspektor	A 9	4,00 [7]	4,00	3,00	1,00	[7]
19	Stadthauptsekretär	A 8	4,00 [8]	4,00	4,00		[8]
20	Stadtobersekretär	A 7	7,25 [9]	7,25	6,15	1,10	[9] dav. 1 T 30, 3 T 20
21	Stadtsekretär	A 6					
		insgesamt:	33,00	33,00	28,52	4,48	

Haushaltsplan 2025
für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
1		aT					
2		15Ü					
3		15	0,50 [1)]	0,50	0,50		[1)] 1 T 19,5
4		14					
5		13					
6		12	1,00	1,00	1,00		
7		11	3,50 [2)]	2,50	2,40	0,10	[2)] dav. 1 T 19,5
8		10					
9		9c					
10		9b					
11		9a					

Haushaltsplan 2025
für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
12		8					
13		7					
14		6	0,25 [3)]				[3)] dav. 1 T 9,75
15		5					
16		4					
17		3					
18		2Ü					
19		2					
20		1					
	insgesamt Beschäftigte		5,25	4,00	3,90	0,10	

Haushaltsplan 2025
für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	A 16					
2	Bauoberrat	A 14					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
3	Bauoberamtsrat	A 13					
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1)]	0,10	0,10		[1)] dav. 1 T 4
5	Bauamtsrat	A 12					
6	Stadtamtsrat	A 12					
		A 12					
7	Stadtamtmann	A 11	2,13 [2)]	2,13	2,13		[2)] dav. 1 T 25, 1 T 20
		A 11					
8	Bauoberinspektor	A 10					
9	Stadtoberinspektor	A 10	1,25 [3)]	1,25	1,25		[3)] dav. 1 T 10
		A 10					
10	Stadtinspektor	A 9					
		A 9					

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
11	Stadtamtsinspektor	A 9	0,50 [1)]	0,50	0,50		[1)] 1 T 20
12	Stadthauptsekretär	A 8					
13	Stadtobersekretär	A 7					
		insgesamt:	3,98	3,98	3,98		

Haushaltsplan 2025
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
1		aT					
2		15Ü					
3		15	0,50 [1)]	0,50	0,50		[1)] 1 T 19,5
4		14	1,00	1,00	1,00		
5		13					
6		12					
7		11	2,50 [2)]	2,50	2,15	0,35	[2)] dav. 1 T 19,5
8		10					
9		9c					
10		9b	3,00	3,00	3,00		
11		9a					

Haushaltsplan 2025
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
12		8					
13		7					
14		6	0,25 [3)]				[3)] dav. 1 T 9,75
15		5					
16		4					
17		3					
18		2Ü					
19		2					
20		1					
	insgesamt Beschäftigte		7,25	7,00	6,65	0,35	

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	A 16					
2	Bauoberrat	A 14					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
3	Bauoberamtsrat	A 13					
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1)]	0,10	0,10		[1)] dav. 1 T 4
5	Bauamtsrat	A 12					
6	Stadtamtsrat	A 12					
		A 12					
7	Stadtamtmann	A 11	1,37 [2)]	1,37	1,37		[2)] dav. 1 T 15
		A 11					
8	Bauoberinspektor	A 10					
9	Stadtoberinspektor	A 10	0,75 [3)]	0,75	0,75		[3)] dav. 1 T 30
		A 10					
10	Stadtinspektor	A 9					
		A 9					

Haushaltsplan 2025
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2024 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2024 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
11	Stadtamtsinspektor	A 9					
12	Stadthauptsekretär	A 8					
13	Stadtobersekretär	A 7	1,00	1,00		1,00	
		insgesamt:	3,22	3,22	2,22	1,00	

- Neue Stellen -

- Vorlage Verwaltungsentwurf vom Mai 2024 zum Stellenplan 2026 -

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung	
10	**3,00**	2,00	Stellenschaffungen in der Stelle 10.01 SG 1 Poststelle aufgrund eines Mehrbedarfs im Rahmen der Digitalisierung für die Umwandlung der Poststelle in eine zentrale Post- und Scanstelle (s. a. 2,00 weitere Stellenschaffungen im StPl 2025).
		1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 10.21 Personalwirtschaft aufgrund eines Mehrbedarfs durch umfangreicheres Personalrecruiting und der Fallzahlenentwicklung bei den städtischen Stellenausschreibungen (s. a. 1,00 weitere Stellenschaffung im StPl 2025).
37	**1,00**	1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 37.32 Technik aufgrund eines Mehrbedarfs im Bereich Atemschutzgerätewartung.
40	**1,13**	0,31	Stellenschaffungen in der Stelle 40.81 Grundschulen aufgrund eines Mehrbedarfs bei den Schulsekretariaten durch den Neubau einer Grundschule im westlichen Ringgebiet entsprechend Ratsbeschluss (T 12 mit Sperrvermerk). Ratsbeschluss und rechtliche Verpflichtung zur Einrichtung und Betrieb der neuen Schule GS Ludwig-Winter-Straße liegen vor.
		0,82	Stellenschaffungen in der Stelle 40.88 Integrierte Gesamtschule aufgrund eines Mehrbedarfs bei den Schulsekretariaten durch den Neubau einer Integrierten Gesamtschule mit Sperrvermerk (DS 18-09482). Ratsbeschluss und rechtliche Verpflichtung zur Einrichtung und Betrieb der neuen Integrierten Gesamtschule liegen vor.
51	**2,31**	2,31	Stellenschaffungen in der Stelle 51.43 Schulkindbetreuung aufgrund eines Mehrbedarfs durch die Einrichtung weiterer Betreuungsgruppen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung gem. Ratsbeschluss vom 05.07.2022 (DS 22-18486) (S 8a T 50, S 2 T 40). Es besteht eine rechtliche Verpflichtung gemäß SGB VIII zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2026.
Summe:	**7,44**		

- Neue Stellen -

- Vorlage vom September 2024 zum Stellenplan 2026 -

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung	
Übertrag:	**7,44**		
10	**1,00**	1,00	Stellenschaffungen in der Stelle 10.14 Ausbildung für die Schaffung eines Ausbildungszentrums mit Sperrvermerk in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung (s. a. 1,00 weitere Stellenschaffung im StPl 2025).
40	**0,18**	0,18	Stellenschaffungen in der Stelle 40.88 Integrierte Gesamtschule aufgrund eines Mehrbedarfs bei den Schulsekretariaten durch den Neubau einer Integrierten Gesamtschule mit Sperrvermerk (DS 18-09482). Im Entwurf war bisher eine Stellenschaffung im Umfang von 0,82 enthalten.
Summe:	**8,62**		

- Wegfallende Stellen -

- Vorlage Verwaltungsentwurf vom Mai 2024 zum Stellenplan 2026 -

Fachbereich/ Referat	Anzahl der wegfallenden Stellen	Anzahl der von FB 10 vorgeschlagenen Stellenwegfälle	Kurzbegründung	
51	**3,07**		2,07	Stellenwegfälle in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten aufgrund der Beendigung der berufsbegleitenden Ausbildung.
			1,00	Stellenwegfälle in der Stelle 51.33 Kindertagesstätten, da durch den Neubau der Kita Rautheim die Voraussetzungen für den befristeten zusätzlichen Bedarf nicht mehr vorliegen. Die Stelle wurde zum Stellenplan 2015 zur Sicherstellung der betriebsgenehmigungsrelevanten Aufsichtspflicht aufgrund der baulichen Gegebenheiten geschaffen.
61	**1,00**		1,00	Stellenwegfälle in der Stelle 61.13 Städtebauliche Planung – Bezirk III durch Realisierung des kw 1)-Vermerks (Wissensstafette).
Summe:	**4,07**	**0,00**		

- Wegfallende Stellen -

- Vorlage vom September 2024 zum Stellenplan 2026 -

Fachbereich/ Referat	Anzahl der wegfallenden Stellen	Anzahl der von FB 10 vorgeschlagenen Stellenwegfälle	Kurzbegründung
Übertrag:	**4,07**		
32	**1,00**		1,00 Stellenwegfälle in der Stelle 32.31 Führerscheinstelle, gewerblicher Kraftverkehr durch Realisierung des kw 2025)-Vermerks.
Summe:	**5,07**	**0,00**	

Übersicht über die Stellenplanveränderungen in den einzelnen Verwaltungen

	Stellenplan 2025			Veränderungen			Stellenplan 2026		
	Beamte	Beschäftigte	Gesamt	Beamte	Beschäftigte	Gesamt	Beamte	Beschäftigte	Gesamt
1 - Allgemeine Verwaltung	143,94	150,40	294,34	2,00	2,00	4,00	145,94	152,40	298,34
2 - Finanzverwaltung *)	97,80	40,99	138,78				97,80	40,99	138,78
3 - Rechts-, Sicherheits-, und Ordnungsverwaltung	630,44	167,67	798,10	-1,00	1,00		629,44	168,67	798,10
4 - Schul- und Kulturverwaltung	72,58	252,42	325,00		1,31	1,31	72,58	253,73	326,31
5 - Sozial- und Gesundheits-verwaltung	246,44	1.139,59	1.386,03		-0,76	-0,76	246,44	1138,83	1385,27
6 - Bauverwaltung **)	165,62	620,15	785,77	-1,00		-1,00	164,62	620,15	784,77
8 - Verwaltung für Wirtschaft und Verkehr	3,00	1,77	4,77				3,00	1,77	4,77
Personalvertretung	2,13	12,69	14,82				2,13	12,69	14,82
Städtische Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig	28,75	51,00	79,75				28,75	51,00	79,75
Summe 1	1.390,69	2.436,68	3.827,37		3,55	3,55	1.390,69	2.440,23	3.830,92
Nachrichtlich Stellenübersicht Referat 0650 Stellenübersicht Fachbereich 65 (Beamtenstellen s. EV 6 Bauverwaltung)		54,77 265,32	54,77 265,32					54,77 265,32	54,77 265,32
Summe 2		320,09	320,09					320,09	320,09
Nachrichtlich Stellenübersicht SR Abfallwirtschaft (Beamtenstellen s. EV 2 Finanzen und EV 6 Bauverwaltung)		5,25	5,25					5,25	5,25
Summe 3		5,25	5,25					5,25	5,25
Nachrichtlich: Stellenübersicht SR Stadtentwässerung (Beamtenstellen s. EV 2 Finanzen und EV 6 Bauverwaltung)		7,25	7,25					7,25	7,25
Summe 4		7,25	7,25					7,25	7,25
Summe 5 (Summe 1 bis 4, aktive Stellen)	**1.390,69**	**2.769,27**	**4.159,95**		**3,55**	**3,55**	**1.390,69**	**2.772,82**	**4.163,50**
Nachrichtlich: Stellenreserve		112,00	112,00					112,00	112,00
Leer- und Ausbildungsstellen	108,75	78,00	186,75				108,75	78,00	186,75
Altersteilzeit		12,00	12,00		10,00	10,00		22,00	22,00
zugewiesene Dienstkräfte	3,00	3,73	6,73				3,00	3,73	6,73
Summe 6	111,75	205,73	317,48		10,00	10,00	111,75	215,73	327,48
Summe 5 und 6	1.502,44	2.975,00	4.477,43		13,55	13,55	1.502,44	2.988,55	4.490,98

*) einschließlich Beamte der Sonderrechnungen Abfallwirtschaft und Stadtentwässerung
**) einschließlich Beamte der Sonderrechnungen des Ref. 0650 Hochbau, FB 65 Gebäudemanagement, Abfallwirtschaft und Stadtentwässerung

Stellenplan 2026
Veränderungen innerhalb der einzelnen Organisationseinheiten mit Begründungen

Inhaltsverzeichnis

Organisationseinheit	Seite
10 Zentrale Dienste	**- 2 -**
32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit	**- 4 -**
37 Feuerwehr	**- 6 -**
40 Schule	**- 8 -**
51 Kinder, Jugend und Familie	**- 10 -**
61 Stadtplanung und Geoinformation	**- 12 -**
67 Stadtgrün	**- 14 -**
68 Umwelt	**- 16 -**

Fachbereich 10
1022 118 3

10 Zentrale Dienste

Stellenplan 2026

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		10 Zentrale Dienste						
		10.0 Verwaltung						
		10.01 Haushalt, Controlling, Poststelle						
		10.01.1 Poststelle						
neu	100-0021	Sachbearbeiter/in Zentraler Postein- u. -ausgang		+ 2 E 5 Sp*)		2 E 5		
		Sp*) Freigabe in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung						
		10.1 Personalbetreuung, -entwicklung und -kostenabrechnung						
		10.14 Ausbildung						
neu	100-1400	Sachbearbeiter/in Ausbildungszentrum				+ 1 A 10 Sp*)		
		Sp*) Freigabe in Abhängigkeit von der tatsächlichen Umsetzung.						
		10.2 Personalwirtschaft und Organisation						
		10.21 Personalwirtschaft						
neu	100-2100	Sachbearbeiter/-in		+ 1 A 10				

10 Zentrale Dienste

10.0 Verwaltung

10.01 Haushalt, Controlling, Poststelle

10.01.1 Poststelle

Nrn. neu	Stellenschaffungen für die Zentrale Poststelle der Stadt, sukzessive zur Fortschreitung der Realisierung der DMS- und Digitalisierungsmaßnahmen und der damit verbundenen Aufgabe des zentralen Einscannens der eingehenden Post. Aufgrund der sukzessiven Umsetzung wird die Stellenschaffung mit einem Speervermerk versehen, Freigabe in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung. **Ergänzung:** Stellenschaffung ohne Sperrvermerk aufgrund der fortgeschrittenen Aufgabenentwicklung.

10.1 Personalbetreuung, -entwicklung und -kostenabrechnung

10.14 Ausbildung

Nr. neu	Stellenschaffung für den Aufbau eines städtischen Ausbildungszentrums zur Optimierung und Verstetigung der Personalgewinnung und Personalbindung bei der Stadt Braunschweig mit Sperrvermerk.

10.2 Personalwirtschaft und Organisation

10.21 Personalwirtschaft

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund der Fallzahlenentwicklung bei den städtischen Stellenausschreibungen.

Fachbereich 10
1022 118 3

32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

Stellenplan 2026

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit						
		32.3 Straßenverkehrsabteilung						
		32.31 Führerscheinstelle, gewerblicher Kraftverkehr						
06920	320-3100	Sachbearbeiter/in Fahrerlaubnisse und Fahrgast-beförderungen				-1 A 7 kw 2025		

32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

32.3 Straßenverkehrsabteilung

32.31 Führerscheinstelle, gewerbliche Kraftverkehr

Nr. 06920	Stellenwegfall durch Realisierung des kw 2025)-Vermerks.

Fachbereich 10
1022 118 3

37 Feuerwehr

Stellenplan 2026

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		37 Feuerwehr						
		37.3 Ausbildung und Technik						
		37.32 Technik						
neu	370-3213	Sachbearbeiter/in Feuerwehr-Service-Zentrum, Atemschutzgerätewart/-in		+ 1 E 6				

37 Feuerwehr

37.3 Ausbildung und Technik

37.32 Technik

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund eines Mehrbedarfs bei der Prüfung der Atemschutzgeräte und der Schlauchtechnik. Die Anzahl der benutzten und zu reinigenden Atemschutzgeräte hat sich durch die Umstellung der Einsatzzeiten im Rettungsdienst auf dem RTW (12 Std. statt bisher 24 Std.) und damit auch die Änderung der geteilten Einsatzzeiten im Brandschutz auf dem HLF verdoppelt. Außerdem ist 2025 die Fertigstellung einer Brandübungsanlage geplant, in der Brandschutzübungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehren mit Atemschutzgeräten stattfinden werden.

Fachbereich 10
1022 118 3

40 Schule

Stellenplan 2026

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		40 Schule						
		40.8 Schulen						
		40.81 Grundschulen						
neu	400-1100	Schulsekretär/in GS Ludwig-Winter-Straße Sp*) Freigabe in Abhängigkeit von der Aufnahme des Schulbetriebs		+ 1 E 6 T 12,5 Sp*)		1 E 6 T 12 Sp*)		
		40.88 Integrierte Gesamtschulen						
neu	400-1706	Schulsekretär/in 6. IGS Sp*) Freigabe in Abhängigkeit von der Aufnahme des Schulbetriebs		+ 1 E 6 T 32 Sp*)		1 E 6 Sp*)		

40 Schule

40.8 Schulen

40.81 Grundschulen

Nr. neu (GS Ludwig-Winter-Straße)	Stellenschaffung im Zusammenhang mit der Einrichtung einer weiteren Grundschule im westlichen Ringgebiet (Ratsbeschluss DS 23-20936-01). Die Schule soll ihren Betrieb voraussichtlich zum Schuljahr 2027/2028 aufnehmen. Die Planungsgruppe (künftige Lehrkräfte der Schule) nehmen ihre Arbeit bereits ca. 1 Jahr vorher auf. Die Unterstützung durch eine Schulverwaltungskraft ist ebenfalls vor Beginn des eigentlichen Schulbetriebes nötig. Die Stadt als Schulträgerin ist verpflichtet, das Personal im Schulsekretariat im erforderlichen Umfang zur Verfügung zu stellen. Die Stellenschaffung erfolgt mit Sperrvermerk. Die Freigabe erfolgt, wenn feststeht, ab wann die Schulverwaltungskraft tatsächlich gebraucht wird. **Ergänzung:** Ausweisung nach Neuberechnung aufgrund der Neufassung des Schülerschlüssels.

40.88 Berufsbildende Schulen und Sonstiges

Nr. neu (6. IGS)	Stellenschaffung im Zusammenhang mit der Einrichtung einer 6. IGS (Ratsbeschluss Ds 18-09482). Die Schule soll ihren Betrieb voraussichtlich zum Schuljahr 2027/2028 aufnehmen. Die Planungsgruppe (künftige Lehrkräfte der Schule) nehmen ihre Arbeit bereits ca. 1 Jahr vorher auf. Die Unterstützung durch eine Schulverwaltungskraft ist ebenfalls vor Beginn des eigentlichen Schulbetriebes nötig. Die Stadt als Schulträgerin ist verpflichtet, das Personal im Schulsekretariat im erforderlichen Umfang zur Verfügung zu stellen. Die Stellenschaffung erfolgt mit Sperrvermerk. Die Freigabe erfolgt, wenn feststeht, ab wann die Schulverwaltungskraft tatsächlich gebraucht wird. **Ergänzung:** Ausweisung nach Neuberechnung aufgrund der Neufassung des Schülerschlüssels.

Fachbereich 10
1022 118 3

51 Kinder, Jugend und Familie

Stellenplan 2026

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		51 Kinder, Jugend und Familie						
		51.3 Kindertagesstätten						
		51.30 Innendienst Kindertagesstätten						
06908	510-3195	Kinderpfleger/in Personalausfallreserve Berufsbegleitende Ausbildung		- 1 S 4 T 80,82 kw 2025				
		51.33 Kindertagesstätten						
		51.3325 Rautheim						
05708	510-3125	Kinderpfleger/in		- 1 S 3 kw 2025				
		51.4 Jugendförderung						
		51.43 Schulkindbetreuung						
neu	510-4301	Erzieher/in im Gruppendienst Schulkindbetreuung		+ 1 S 8a T 50				
neu	510-4301	Zweitkraft im Gruppendienst Schulkindbetreuung		+ 1 S 2 T 40				

51 Kinder, Jugend und Familie

51.3 Kindertagesstätten

51.30 Innendienst Kindertagesstätten

Nr. 06908	Stellenwegfall aufgrund der Beendigung der berufsbegleitenden Ausbildung.

51.33 Kindertagesstätten

51.3325 Rautheim

Nr. 05708	Stellenwegfall, da die Voraussetzungen für den befristeten zusätzlichen Bedarf durch den Neubau der Kita nicht mehr vorliegen. Die Stelle wurde zum Stellenplan 2015 zur Sicherstellung der betriebsgenehmigungsrelevanten Aufsichtspflicht aufgrund der baulichen Gegebenheiten geschaffen.

51.4 Jugendförderung

51.43 Schulkindbetreuung

Nrn. neu	Stellenmehrbedarf durch die Einrichtung weiterer Betreuungsgruppen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung gemäß Ratsbeschluss vom 05.07.2022 (DS 22-18486).

Fachbereich 10
1022 118 3

61 Stadtplanung und Geoinformation

Stellenplan 2026

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		61 Stadtplanung und Geoinformation						
		61.1 Stadtplanung						
		61.13 Städtebauliche Planung – Bezirk III						
06808	610-1300	Stellenleiter/in		- 1 A 14 kw 1)				

61 Stadtplanung und Geoinformation

61.1 Stadtplanung

61.13 Städtebauliche Planung – Bezirk III

Nr. 06808 Realisierung des kw 1)-Vermerks (Wissensstafette).

Fachbereich 10
1022 118 3

67 Stadtgrün

Stellenplan 2026

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		67 Stadtgrün						
		67.4 Stadtbäume und Landschaftspflege						
		67.41 Baumschutz und Landschaftspflege						
06840	670-2030	Techn. Sachbearbeiter/in Baumschutz beim Glasfaserbau	1 E 11 kw 2025	1 E 11 kw 2026				

67 Stadtgrün und Sport

67.4 Stadtbäume und Landschaftspflege

67.41 Baumschutz und Landschafts-
pflege

Nr. 06840	Verlängerung des kw-Vermerkes bis 2026 entsprechend der Verzögerungen bei den Maßnahmen des geförderten Glasfaserausbaus der Telekom. Laut der Mitteilung außerhalb von Sitzungen DS 23-22485 „Breitbandausbau in Braunschweig – Baustartverschiebung beim geförderten Glasfaserausbau“ vom 21. November 2023 ist der Projektabschluss im Bauzeitenplan der Telekom aktuell im zweiten Quartal des Jahres 2026 vorgesehen.

Fachbereich 10
1022 118 3

68 Umwelt

Stellenplan 2026

StPl.-Nr. 2024	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2024 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 11.04.2024		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 04.09.2024		Vom FPDA am 28.11.2024 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		68 Umwelt						
		68.2 Gewässer- und Bodenschutz						
		68.21 Gewässerschutz						
06282	680-2100	Sachbearbeiter/in Gefahrenabwehr, Anlagen-sicherheit	1 A 7 kw 2026	1 A 7 kw 2033				

68 Umwelt

68.2 Gewässer- und Bodenschutz

68.21 Gewässerschutz

Nr. 06282	Verlängerung des kw-Vermerks; bis zum 05.01.2033 sind gem. § 78 c Wasserhaushaltsgesetz Heizölverbrauchsanlagen in Risikogebieten zu überprüfen (5.552 Objekte). Die Unteren Wasserbehörden sind aufgefordert, Kunststoff- und Stahltanks (insgesamt 3.129 Objekte), die älter als 30 Jahre sind und nicht wiederkehrend prüfpflichtig sind, einer Sonderprüfung zu unterwerfen (Entscheidung des Nds. Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz und des Nds. Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz).

Abkürzungsverzeichnis

hD	höherer Dienst (neu: Laufbahngruppe 2, Einstiegsamt 2)
gD	gehobener Dienst (neu: Laufbahngruppe 2, Einstiegsamt 1)
mD	mittlerer Dienst (neu: Laufbahngruppe 1, Einstiegsamt 2)
B 6 - B 9	Stellen der Wahlbeamten
A 6 - A 16, B 2	Stellen der Laufbahnbeamten
E 1 - E 15	Entgeltgruppen der Beschäftigten
E 2 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
E 15 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
aT	außertarifliches Entgelt
S 2 - S 18	Entgeltgruppen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst
H	Stellen der Halbtagskräfte
T	Stellen mit einer Abweichung von der tariflich vereinbarten Arbeitszeit
kw/ku [1) 2) 3) 4) 5) 6) 7) 8)]	künftig wegfallende/umzuwandelnde Stellen
	[1)] bei Organisationsänderung/Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers
	[2)] bei Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen
	[3)] bei Fortfall von Zuschusszahlungen
	[4)] bei Fortfall der Kostenerstattung (Personalkosten zuzüglich Anteil an Sach- und Verwaltungskosten)
	[5)] bei Aufgabenminderung
	[6)] bei Ende der Beurlaubung des derzeitigen Stelleninhabers
	[7)] nach Abschluß der Ausbildungs- oder Einführungszeit längstens bis zur Verwendung auf einer freien Planstelle
	[8)] Haushaltskonsolidierung/bei anderweitigem Einsatz/Ausscheiden der Dienstkraft
kw (z. B.) 2026	künftig wegfallende Stelle zum Ende des angegebenen Jahres
Sp *)	Sperrung der Stelle mit besonderer Erläuterung
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
KomHKVO	Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung
KAV	Kommunaler Arbeitgeberverband Nds. e. V.
MI	Innenministerium
Z	mit Amtszulage (bei Beamtenstellen)
NBG	Niedersächsisches Beamtengesetz
NKBesVO	Niedersächsische Kommunalbesoldungsverordnung
NStOV-Kom	Nieders. Stellenobergrenzenverordnung für den kommunalen Bereich
VKA	Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
Z 12/Z 8	Vorarbeiterzulage 12 vH/8 vH

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Gesamtzusammenstellung zum Stellenplan und zu den Stellenübersichten 2026	2
Allgemeine Bestimmungen zum Stellenplan 2026	3 - 4
Stellenplan Teil A: Beamte	5 - 19
Stellenplan Teil B: Beschäftigte	20 - 23
Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildungszeit	24 - 25
Stellenübersichten Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung	26 - 49
Stellenübersichten Teil B: Sonderübersicht über die Planstellen von Beamten, die mit Beschäftigten besetzt sind	50 - 52
Stellenübersichten Sonderrechnung	
- Hochbau	53 - 56
- Gebäudemanagement	57 - 60
- Abfallwirtschaft	61 - 64
- Stadtentwässerung	65 - 68

Abkürzungsverzeichnis

hD	höherer Dienst; Laufbahngruppe 2.2
gD	gehobener Dienst; Laufbahngruppe 2.1
mD	mittlerer Dienst; Laufbahngruppe 1.2
B 6 - B 9	Stellen der Wahlbeamten
A 6 - A 16, B 2	Stellen der Laufbahnbeamten
E 1 - E 15	Entgeltgruppen der Beschäftigten
E 2 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
E 15 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
aT	außertarifliches Entgelt
S 2 - S 18	Entgeltgruppen für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst
H	Stellen der Halbtagskräfte
T	Stellen mit einer Abweichung von der tariflich vereinbarten Arbeitszeit
kw/ku [1) 2) 3) 4) 5) 6) 7) 8)]	künftig wegfallende/umzuwandelnde Stellen
	[1)] bei Organisationsänderung/Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers
	[2)] bei Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen
	[3)] bei Fortfall von Zuschusszahlungen
	[4)] bei Fortfall der Kostenerstattung (Personalkosten zuzüglich Anteil an Sach- und Verwaltungskosten)
	[5)] bei Aufgabenminderung
	[6)] bei Ende der Beurlaubung des derzeitigen Stelleninhabers
	[7)] nach Abschluß der Ausbildungs- oder Einführungszeit längstens bis zur Verwendung auf einer freien Planstelle
	[8)] Haushaltskonsolidierung/bei anderweitigem Einsatz/Ausscheiden der Dienstkraft
kw (z. B.) 2026	künftig wegfallende Stelle zum Ende des angegebenen Jahres
Sp *)	Sperrung der Stelle mit besonderer Erläuterung
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
KomHKVO	Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung
KAV	Kommunaler Arbeitgeberverband Nds. e. V.
MI	Innenministerium
mAZ	mit Amtszulage
NBG	Niedersächsisches Beamtengesetz
NKBesVO	Niedersächsische Kommunalbesoldungsverordnung
VKA	Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
Z 12/Z 8	Vorarbeiterzulage 12 vH/8 vH

Gesamtzusammenstellung
zum Stellenplan und zur Stellenübersicht 2026

	Stand 2025			Veränderung			Stand 2026		
	ohne Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Insgesamt (Sp. 2 a + 2 b)	ohne Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Insgesamt (Sp. 3 a + 3 b)	ohne Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Insgesamt (Sp. 4 a + 4 b)
1	2 a	2 b	2 c	3 a	3 b	3 c	4 a	4 b	4 c
1 **Stellenplan** (einschließlich Beamte der Sondervermögen)									
1.1 Beamtinnen/Beamte	1.390,69	111,75	1.502,44				1.390,69	111,75	1.502,44
1.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	2.436,68	205,73	2.642,41	3,55	10,00	13,55	2.440,23	215,73	2.655,96
Summe 1	3.827,37	317,48	4.144,85	3,55	10,00	13,55	3.830,92	327,48	4.158,40
2 **Stellenübersicht** (Hochbau)									
2.1 Beamtinnen/Beamte									
2.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	54,77		54,77				54,77		54,77
(Gebäudemanagement)									
2.1 Beamtinnen/Beamte	33,00		33,00				33,00		33,00
2.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	265,32		265,32				265,32		265,32
Summe 2 (ohne Beamte)	320,09		320,09				320,09		320,09
3 **Stellenübersicht** (Abfallwirtschaft)									
3.1 Beamtinnen/Beamte	3,98		3,98				3,98		3,98
3.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	5,25		5,25				5,25		5,25
Summe 3 (ohne Beamte)	5,25		5,25				5,25		5,25
4 **Stellenübersicht** (Stadtentwässerung)									
4.1 Beamtinnen/Beamte	3,22		3,22				3,22		3,22
4.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	7,25		7,25				7,25		7,25
Summe 4 (ohne Beamte)	7,25		7,25				7,25		7,25
Summe 1 bis 4	4.159,95	317,48	4.477,43	3,55	10,00	13,55	4.163,50	327,48	4.490,98

Allgemeine Bestimmungen zum Stellenplan 2026

1 Der Stellenplan ist nach den Mustern der Verwaltungsvorschriften zur Ausführung der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung aufgestellt worden.

2 Die Verwaltung wird ermächtigt, über die Inanspruchnahme von Stellen mit entsprechendem Sperrvermerk zu beschließen.

2.1 Der VA entscheidet über die Inanspruchnahme von Stellen mit Sperrvermerk, die zum Stellenplan 2026 geschaffen wurden.

3 Die Verwaltung wird ermächtigt

3.1 über die Inanspruchnahme der Stellenreserve zu entscheiden. Der Rat wird über die konkrete Inanspruchnahme unterrichtet.

3.2 Stellen, aus denen vorübergehend Dienstbezüge oder Entgelte nicht bezahlt werden (z. B. wegen längerer Erkrankung), und Stellen, deren Inhaberinnen während der Mutterschutzfristen nicht beschäftigt werden dürfen, im Bedarfsfall für nichtbeamtete Ersatzkräfte zu verwenden. (Bei den Stellen für Erzieherinnen oder Erzieher sowie Kinderpflegerinnen oder Kinderpfleger des FB Kinder, Jugend und Familie ist bei der Bemessung des Personalbedarfs der Personalausfall wegen Mutterschutz und Erziehungsurlaub nicht berücksichtigt worden; in diesem Bereich ist der Bedarf zu unterstellen.)

3.3 vakante Praktikantinnen- oder Praktikanten-Stellen für den Beruf der Erzieherin oder des Erziehers mit Kinderpflegerinnen oder Kinderpflegern zu besetzen. Kinderpflegerinnen- oder Kinderpflegerstellen im Kindertagesstättenbereich dürfen zur Gewährleistung des Betriebs vorübergehend mit Erzieherinnen oder Erziehern mit entsprechender Eingruppierung besetzt werden.

3.4 über die vorhandenen Stellen hinaus nichtbeamtete Dienstkräfte vorübergehend bis zu 9 Monaten zu beschäftigen, wenn ein unabweisbarer Bedarf vorliegt und Haushaltsmittel hierfür verfügbar sind.

3.5
über die vorhandenen Stellen hinaus nichtbeamtete Dienstkräfte zu beschäftigen, wenn eine volle Kostenerstattung durch Dritte erfolgt.

3.6 Beschäftigte in Maßnahmen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) außerhalb des Stellenplans im Rahmen der veranschlagten Haushaltsmittel befristet unter der Voraussetzung zu beschäftigten, dass im Einzelfall ein Zuschuss der Agentur für Arbeit bzw. eine Förderleistung nach dem SGB II oder SGB III gewährt wird.

4 Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen

4.1 Künftige Stellenwegfälle im Zusammenhang mit Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen sind mit dem Vermerk "kw 8)" gekennzeichnet, ggf. ergänzt um die Jahreszahl des angestrebten Wegfalls.

4.2 Eine Realisierung dieser Stellenwegfälle bei vergleichbaren anderen Stellen ist möglich bzw. erforderlich. Im Übrigen muss die Realisierung jeweils bei der frühestmöglichen Gelegenheit erfolgen. In die Prüfung der Realisierungsmöglichkeit ist nicht nur die mit dem kw 8)-Vermerk versehene Planstelle einzubeziehen. Zu berücksichtigen sind vielmehr alle Planstellen des Fachbereichs/Referates in dieser Laufbahngruppe mit gleichen bzw. vergleichbaren Stellenwerten.

Hinweis: Bei allen personalrechtlichen Maßnahmen sind die Zuständigkeiten gem. § 107 Abs. 4 NKomVG zu beachten.

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026		Zahl der Stellen im Vorjahr					Vermerke, Erläuterungen
			insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Beamten	mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	nicht besetzt	
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
B e a m t e a u f Z e i t										
1	Oberbürgermeister	B 9	1,00		1,00					
		B 9		1,00		1,00				
2	Erster Stadtrat	B 7	1,00		1,00					
		B 7		1,00		1,00				
3	Stadtbaurat	B 6	1,00		1,00					
4	Stadtkämmerer	B 6								
5	Stadtrat	B 6	3,00		3,00					
		B 6		4,00		4,00				

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Beamten	mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt										
6	Leitender Baudirektor	B 2	3,00		3,00					
7	Städt. Leitender Direktor	B 2	9,00 [1]		9,00					[1] dav. 1 kw 6)
		B 2		12,00		12,00				
8	Leitender Baudirektor	A 16	4,00 [2]		4,00					[2]
9	Leitender Branddirektor	A 16								
10	Leitender Medizinaldirektor	A 16	2,00		2,00					
11	Leitender Museumsdirektor	A 16								
12	Städt. Leitender Direktor	A 16	9,00 [3]		9,00					[3] dav.
13	Leitender Veterinärdirektor	A 16	1,00		1,00					
		A 16		16,00		16,00				
14	Archivdirektor	A 15	1,00		1,00					
15	Baudirektor	A 15	3,00		3,00					
16	Bibliotheksdirektor	A 15	1,00		1,00					
17	Branddirektor	A 15	4,00		4,00					
18	Medizinaldirektor	A 15								
19	Museumsdirektor	A 15								
20	Städtischer Direktor	A 15	12,00		12,00					

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2025 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
21	Vermessungsdirektor	A 15	1,00		1,00					
22	Veterinärdirektor	A 15								
		A 15		22,00		22,00				
23	Bauoberrat	A 14	6,00 [1]		7,00					[1] dav.
24	Bibliotheksoberrat	A 14								
25	Brandoberrat	A 14	[2]							[2]
26	Gewerbeoberrat	A 14								
27	Oberkustos	A 14								
28	Städtischer Oberrat	A 14	12,13 [3]		12,13					[3] dav. 1 kw 6), 1 T 25 kw 1), 1 T 20
29	Vermessungsoberrat	A 14	1,00		1,00					
30	Veterinäroberrat	A 14	1,00		1,00					
		A 14		20,13		21,13				
31	Baurat	A 13	4,00		4,00					
32	Kustos	A 13								
33	Städtischer Rat	A 13	4,00		4,00					
		A 13		8,00		8,00				

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2025 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt										
34	Brandoberamtsrat	A 13	2,00		2,00					
	mit Amtszulage	mAZ		2,00		2,00				
35	Bauoberamtsrat	A 13	[1]							[1]
36	Brandoberamtsrat	A 13	7,00		7,00					
37	Sozialoberamtsrat	A 13								
38	Stadtoberamtsrat	A 13	36,80 [2]		36,80					[2] dav.
39	Vermessungsoberamtsrat	A 13								
		A 13		43,80		43,80				
40	Archivamtsrat	A 12	2,00		2,00					
41	Bauamtsrat	A 12	1,00		1,00					
42	Brandamtsrat	A 12	12,50 [3]		12,50					[3] dav. 1 T 20 kw 2)
43	Sozialamtsrat	A 12								
44	Stadtamtsrat	A 12	87,38 [4]		87,38					[4] dav. 4 kw 6), 1 T 30 kw 6), 2 T 10, 1 kw 1), 1 kw 7), 1 T 35, 1 T 30, 1 T 5 kw 2), 1 T 20
45	Vermessungsamtsrat	A 12								
46	Gewerbeamtsrat	A 12								
				102,88		102,88				

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2025 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
47	Bauamtmann	A 11	3,00 [1]		3,00					[1] dav. 2 T 20
48	Brandamtmann	A 11	26,00 [2]		26,00					[2] dav. 1 Sp*)
49	Archivamtmann	A 11	1,00		1,00					[3] dav. 1 T 3, 2 T 10, 23 T 20, 1 T 22, 1 T 25, 2 T 24, 2 T 25 1 T 25,46,1 T 28, 1 T 29, 9 T 30,1 T 21, 1 T 20 kw 4), 6 kw 6), 1 kw 2026, 1 T 20 kw 2026, 1 T 8 kw 2026, 2 kw 2026, 3 Sp*), 1 ku 1) A 10
50	Vermessungsamtmann	A 11	1,00		1,00					
51	Stadtamtmann	A 11	213,01 [3]		213,01					
52	Bibliotheksamtmann	A 11								
52a	Lebensmittelkontroll-amtmann	A 11	1,00		1,00					
		A 11		245,01		245,01				
53	Archivoberinspektor	A 10								
54	Bauoberinspektor	A 10								[4] dav. 2 kw 7), 1 kw 1), 1 kw 4)
55	Bibliotheksoberinspektor	A 10	1,00		1,00					
56	Brandoberinspektor	A 10	20,00 [4]		20,00					[5] dav. 1 T 5, 2 T 10, 1 T 12, 18 T 20, 2 T 24, 1 T 25, 1 T 28 8 T 30, 1 T 30,39, 1 T 31, 1 T 35, 4 kw 1), 2 kw 4), 4 kw 5), 1 T 20 kw 6), 1 T 30 kw 6), 11 kw 6), 2 Sp*), 1 T 20 kw 4), 1 T 20 kw 2026
57	Lebensmittelkontroll-oberinspektor	A 10	4,00		4,00					
58	Sozialoberinspektor	A 10								
59	Stadtoberinspektor	A 10	252,26 [5]		250,26					
60	Vermessungsoberinspektor	A 10								
		A 10		277,26		275,26				

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2025 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
61	Archivinspektor	A 9								
62	Sozialinspektor	A 9								
63	Stadtinspektor	A 9	26,00 [1]		26,00					[1] 1 kw 6), 25 kw 7)
		A 9		26,00		26,00				
Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt										
64	Hauptbrandmeister mit Amtszulage	A 9 mAZ	51,50 [2]		51,50					[2] dav. 1 T 20 kw 2), 1 kw 1)
65	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ	10,13 [3]		10,13					[3] dav. 1 T 30 ku 1) A 10 T 30, 9 ku 1) A 10
66	Lebensmittelkontroll-amtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ								
		A 9 mAZ		61,63		61,63				
67	Hauptbrandmeister	A 9	194,00 [4]		194,00					[4] dav. 8 kw 4), 2 kw 1), 15 Sp*)
68	Lebensmittelkontroll-amtsinspektor	A 9	4,00		4,00					
69	Stadtamtsinspektor	A 9	39,78 [5]		39,78					[5] dav. 2 T 20, 1 T 21,5, 1 T 30, 5 kw 6)
		A 9		237,78		237,7825				

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2025 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
70	Lebensmittelkontroll-hauptsekretär	A 8								
71	Oberbrandmeister	A 8	53,00 [1]		53,00					[1] dav. 10 kw 4), 5 kw 1), 1 kw 7), 5 Sp*)
72	Stadthauptsekretär	A 8	206,20 [2]		206,20					[2] dav. 1 T 12, 1 T 15, 22 T 20, 4 T 25, 1 T 29,25, 11 T 30, 1 T 30,5, 1 T 33, 2 T 35, 4 kw 7), 7 kw 6), 1 T 20 kw 6), 1 kw 1), 1 T 10 kw 1), 1 kw 4), 3,5 kw 5), 5 kw 5), 6,5 Sp*), 2 ku 1) A 7, 1 T 39 ku 1) A 7 T 39, 1 kw 2)
		A 8		259,20		259,20				
73	Brandmeister	A 7	41,00 [3]		41,00					
74	Landesplanungsober-sekretär	A 7								[3] dav. 1 kw 4), 8 kw 7), 3 kw 1), 5 Sp*)
65	Lebensmittelkontrollober-sekretär	A 7								
76	Stadtobersekretär	A 7	108,92 [4]		109,92					[4] dav. 1 T 10, 2 T 20 kw 3), 21 T 20, 2 T 25, 2 T 20 kw 1), 4 T 30, 3 kw 7), 3 kw 2033,7 kw 6), 3 T 10 kw 5), 3 Sp*), 1 kw 2028
		A 7		149,92		150,92				
77	Lebensmittelkontrollsekretär	A 6								
78	Stadtsekretär	A 6	19,50 [5]		19,50					[5] dav. 2 T 20, 1 T 30, 1 T 20 kw 6), 15 kw 7), 2 kw 6)
		A 6		19,50		19,50				
	insgesamt		1.509,09	1.509,09	1.509,09	1.509,09				

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Hochbau

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2025 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt										
1	Leitender Baudirektor	B 2								
		B 2								
2	Leitender Baudirektor	A 16								
		A 16								
3	Baudirektor	A 15								
4	Städtischer Direktor	A 15								
		A 15								
5	Bauoberrat	A 14								
6	Städt. Oberrat	A 14								
		A 14								
7	Baurat	A 13								
		A 13								
Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt										
8	Bauoberamtsrat	A 13								
9	Stadtoberamtsrat	A 13								
		A 13								
10	Bauamtsrat	A 12								
11	Stadtamtsrat	A 12								
		A 12								
12	Bauamtmann	A 11								
		A 11								
13	Stadtamtmann	A 11								
		A 11								

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Hochbau

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2025 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
14	Bauoberinspektor	A 10						Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025 keine Prognose für den Stellenplan 2026		
15	Stadtoberinspektor	A 10								
		A 10								
16	Stadtinspektor	A 9								
		A 9								
Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt										
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ								
		A 9 mAZ								
18	Stadtamtsinspektor	A 9								
		A 9								
19	Stadthauptsekretär	A 8								
		A 8								
20	Stadtobersekretär	A 7								
		A 7								
21	Stadtsekretär	A 6								
		A 6								
	Hochbau insgesamt									

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Gebäudemanagement

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2025 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt										
1	Leitender Baudirektor	B 2 B 2								
2	Leitender Baudirektor	A 16	1,00 [1]		1,00					[1] dav.
		A 16		1,00		1,00				
3	Baudirektor	A 15	3,00		3,00					
4	Städtischer Direktor	A 15	1,00		1,00					
		A 15		4,00		4,00				
5	Bauoberrat	A 14								
6	Städt. Oberrat	A 14	1,00		1,00					
		A 14		1,00		1,00				
7	Baurat	A 13								
		A 13								
Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt										
8	Bauoberamtsrat	A 13								
9	Stadtoberamtsrat	A 13								
		A 13								
10	Bauamtsrat	A 12								
11	Stadtamtsrat	A 12	1,00		1,00					
		A 12		1,00		1,00				
12	Bauamtmann	A 11	1,00		1,00					
		A 11								
13	Stadtamtmann	A 11	5,75 [2]		5,75					[2] dav. 1 T 30
		A 11		6,75		6,75				

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Gebäudemanagement

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2025 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
14	Bauoberinspektor	A 10								
15	Stadtoberinspektor	A 10	4,00 [4]		4,00					[4]
		A 10		4,00		4,00				
16	Stadtinspektor	A 9	[5]							[5]
		A 9								
Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt										
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ	[6]							[6]
		A 9 mAZ								
18	Stadtamtsinspektor	A 9	4,00 [7]		4,00					[7]
		A 9		4,00		4,00				
19	Stadthauptsekretär	A 8	4,00 [8]		4,00					[8]
		A 8		4,00		4,00				
20	Stadtobersekretär	A 7	7,25 [9]		7,25					[9] dav. 1 T 30, 3 T 20
		A 7		7,25		7,25				
21	Stadtsekretär	A 6								
		A 6								
	Gebäudemanagement insgesamt		33,00	33,00	33,00	33,00				

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Stadtentwässerung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2025 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt										
1	Leitender Baudirektor	A 16								
		A 16								
2	Bauoberrat	A 14								
		A 14								
Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt										
3	Bauoberamtsrat	A 13								
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1]		0,10					[1] dav. 1 T 4
		A 13		0,10		0,10				
5	Bauamtsrat	A 12								
6	Stadtamtsrat	A 12								
		A 12								
7	Stadtamtmann	A 11	1,37 [2]		1,37					[2] dav. 1 T 15
		A 11		1,37		1,37				
8	Bauoberinspektor	A 10								
9	Stadtoberinspektor	A 10	0,75 [3]		0,75					[3] dav. 1 T 30
		A 10		0,75		0,75				
10	Stadtinspektor	A 9								
		A 9								

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Stadtentwässerung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2025 sächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2025 sächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2025 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt										
11	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ						Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025 keine Prognose für den Stellenplan 2026		
		A 9 m AZ								
12	Stadtamtsinspektor	A 9								
		A 9								
13	Stadthauptsekretär	A 8								
		A 8								
14	Stadtobersekretär	A 7	1,00		1,00					
		A 7		1,00		1,00				
15	Stadtsekretär	A 6								
		A 6								
	Stadtentwässerung insgesamt		3,22	3,22	3,22	3,22				

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Abfallwirtschaft

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2025 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt										
1	Leitender Baudirektor	A 16								
		A 16								
2	Bauoberrat	A 14								
		A 14								
Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt										
3	Bauoberamtsrat	A 13								
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1]		0,10					[1] dav. 1 T 4
		A 13		0,10		0,10				
5	Bauamtsrat	A 12								
6	Stadtamtsrat	A 12								
		A 12								
7	Stadtamtmann	A 11	2,13 [2]		2,13					[2] dav. 1 T 25, 1 T 20
		A 11		2,13		2,13				
8	Bauoberinspektor	A 10								
9	Stadtoberinspektor	A 10	1,25 [3]		1,25					[3] dav. 1 T 10
		A 10		1,25		1,25				
10	Stadtinspektor	A 9								
		A 9								

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Abfallwirtschaft

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2025 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2025 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt								Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025 keine Prognose für den Stellenplan 2026		
11	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ								
		A 9 m AZ								
12	Stadtamtsinspektor	A 9	0,50 [1]		0,50					[1] 1 T 20
		A 9		0,50		0,50				
13	Stadthauptsekretär	A 8								
		A 8								
14	Stadtobersekretär	A 7								
		A 7								
15	Stadtsekretär	A 6								
		A 6								
	Abfallwirtschaft insgesamt		3,98	3,98	3,98	3,98				
	Sondervermögen insgesamt		41,20	41,20	41,20	41,20				
	Beamte insgesamt		1.550,29	1.550,29	1.550,29	1.550,29				

S t e l l e n p l a n

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	Zahl der davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4	6	7	8
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer						1)
							2)
							3) dav. 3 T 19,5, 2 T 29,25, 1 T 36,5, 1 T 13,43 kw 4), 1 T 34,7 kw 4), 1 T 19,5 kw 4), 1 kw 4), 1 Sp*)
1		aT	3,00 1)	3,00			4) dav. 1 kw 1),
2		15Ü	2)				5) dav. 5 T 19,5, 1 T 20, 1 T 19, 2 T 30, 1 T 29,5, 1 T 19,5 kw 4), 6 kw 4),
3		15	30,73 3)	30,73			
4		14	34,00 4)	34,00			6) dav. 5 T 19,5, 1 kw 6), 1 kw 2026, 1 üT, 2 kw 3)
5		13	65,81 5)	65,81			7) dav. 1 T 9,75, 2 T 10, 20 T 19,5, 1 T 29,22, 1 T 29,25, 1 T 29,38, 1 T 30,39, 1 T 34,5, 1 T 19,5 kw 4) 4 kw 1), 1 kw 3), 2 kw 4), 2 kw 6), 1 kw 5), 3 kw 2026, 1 kw 2027, 2 kw 2028, 1 Sp*), 1 kw 2027
6		12	81,50 6)	81,50			8) dav. 8 T 19,5, 1 T 29,25, 1 T 28,37, 1 kw 4) Sp*), 1 kw 1), 2 kw 6), 1 kw 5), 1 T 30
7		11	234,92 7)	233,92			9) dav. 4 T 19,5, 2 T 25, 1 T 29,5, 1 T 30, 1 T 31, 1 T 34, 3 kw 4), 2 kw 6),
8		10	54,61 8)	54,61			10) dav. 1 T 9 Sp*), 1 T 13,5 Sp*), 1 T 25, 1 T 30, 4 T 19,5, 1 T 18 kw 4)
9		9c	76,96 9)	76,96			
10		9b	89,96 10)	89,96			11) dav. 1 T 10, 8 T 19,5, 1 T 28,5, 2 T 29,25, 1 T 29,38, 1 T 14, 1 kw 6), 2 üT, 1 Sp*), 2 T 30, 1 T 35 1 ku 1) A 8, 1 T 19,5 kw 4), 9 kw 4), 1 ku 1) A 10, 8 kw 5)
11		9a	125,53 11)	124,53			

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

S t e l l e n p l a n

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4	6	7	8
12		8	68,45 [1]	67,45	Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025 keine Prognose für den Stellenplan 2026		[1] dav. 7 T 19,5, 1 T 28,5, 1 T 29,25, 1 T 30, 1 T 32, 1 T 35, 6 üT, 7 kw 6), 1 ku 1) 6,
13		7	55,80 [2]	54,80			[2] dav. 3 Z 12, 6 T 19,5, 2 T 25, 1 T 30, 1 T 34,70, 2 kw 2),
14		6	276,03 [3]	272,72			[3] dav. 2 T 9,75, 7 T 19,5, 1 T 22, 1 T 22,04, 1 T 25,33, 1 T 28,5, 5 T 29,25, 1 T 29,65,3 T 30, 1 T 15,5, 1 T 4 36 üT, 1 T 22 üT, 4 T 19,5 üT, 1 T 24,5 üT, 15 Z 12, 10 kw 6), 1 kw 2), 1 Sp*) 1 T 25 üT, 1 kw 2027, 1 T 10 kw 5), 1 kw 2026 1 x 6 üT ku 1) 5 T 23,5, 1 T19,5 kw2), 2 T 12 Sp*)
15		5	197,45 [4]	195,45			[4] dav. 1 T 10, 28 T 19,5, 1 T 22,75, 2 T 25, 1 T 26, 1 kw 2026, 2 kw 2027 1 T 28,5, 1 T 29,25, 1 T 30 kw 4), 1 T 31, 1 T 32,42, 1 T 35, 1 T 35,25, 1 T 35,46, 1 Z 12, 2 kw 1), 2 kw 2), 1 T 19,5 kw 2), 1 T 137,52 kw 4), 3 kw 4), 5 kw 6), 1 ku 1) E 3, 2 ku E 4), 3 T 19,5 kw 4), 1 T 29,25 kw 4)
16		4	111,65 [5]	111,65			
17		3	60,12 [6]	60,12			
18		2Ü	55,45 [7]	55,45			[5] dav. 39 T 19,5, 1 T 30, 1 T 25, 1 T 29 kw 1), 2 kw 4), 2 kw 5), 1 kw 6), 1 Z 12, 2 Sp*), 1 T 19,5 Sp*)
19		2	16,73 [8]	16,73			[6] dav. 3 T 19,5, 1 T 24,57, 1 T 25,33, 1 T 26, 1 T 28,25, 1 T 32 kw 1)
20		1	5,33 [9]	5,33			[7] dav. 1 T 13, 1 T 26,5, 1 T 28,4, 1 T 28,82, 1 T 29,15, 1 T 32,82, 1 T 36,37, 1 T 36,82, 1 T 37,2, 1 T 38,7 [8] dav. 2 kw 6), 1 T 25, 1 T 29,25 [9]
	Zwischensumme Beschäftigte		1.644,03	1.634,72			

S t e l l e n p l a n

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	Zahl der davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4	6	7	8
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungsdienst				Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025 keine Prognose für den Stellenplan 2026		[1]
21		S 18	1,00 [1]	1,00			[2] 1 kw 6), [3] dav. 1 kw 2)
22		S 17	27,00 [2]	26,00			[4] dav. 2 T 19,5, 3 T 29,25, 1 T 34, 2 T 30, 1 T 50, 1 T 58,5, 1 kw 2), 1 kw 3), 1 kw 5) 1 kw 6), 1 T 7 kw 2026, 1 T 14 kw 3), 2 T 19,5 kw 4), 5 kw 4), 1 x kw 2027
23		S 16	10,00 [3]	10,00			[5] dav. 1 T 5,33, 1 T 10, 2 T 19,5, 9 T 29,25, 1 T 35,2, 1 kw 4), 2 kw 6), 2 Sp*), 1 T 9,75 Sp*)
24		S 15	63,98 [4]	63,98			[6] dav. 2 kw 6)
25		S 14	100,55 [5]	100,55			[7] dav. 1 T 10,5, 1 T 19,68, 17 T 19,5, 1 T 23,25, 1 T 23,3, 1 T 27, 2 T 29,25, 1 T 6 1 T 30,39, 1 T 39,75, 2 kw 6), 1 kw 2026, 1 T 19,5 Sp*) 1 ku 1) S 11 b, 1 T 19,5 ku 1) S 11 b T 19,5, 1 T 19,5 kw 1), 4 Sp*)
26		S 13	26,54 [6]	26,54			[8] dav. 1 T 6, 7 T 19,5, 1 T 16,72, 3 T 29,25, 2 T 30, 1 T 30,39, 1 T 35, 1 T 28, 1 T 33,5 1 kw 2026, 1 kw 1), 1 T 30 kw 4), 1 T 35, 2 kw 4), 4 kw 6), 1 T 19,5 Sp *), 1 T 19,5 kw 2), 1 kw 2)
27		S 12	144,88 [7]	143,88			[9] dav. 1 T 25,66
28		S 11b	70,63 [8]	69,63			
29		S 11a					
28		S 11					
29		S 10					
30		S 9	14,43 [9]	14,43			

S t e l l e n p l a n

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2025	Zahl der davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	Zahl der davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4	6	7	8
31		S 8b	146,64 [1)]	146,64	Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025 keine Prognose für den Stellenplan 2026		[1)] dav. 1 T 6,5, 1 T 13,17, 8 T 19,5, 1 T 25, 2 T 29,25, 1 T 30,39, 1 T 32,37, 2 ku 1) S 8a, 1 T 19,5 kw 4) üT, 1 T 19,5 kw 4), 2 kw 4) üT, 4 kw 6), 2 T 19,5 kw 3), 2 T 10,38 kw 2027, 2 T 10,38 Sp*) kw 2028, 1 T 7,42 kw 2)
32		S 8a	183,11 [2)]	179,83			[2)] dav. 1 T 20, 9 T 25, 1 T 27, 1 T 47,5, 15 kw 6), 1 T 69 kw 2026
33		S 8					
34		S 7					
35		S 6					
36		S 5					
37		S 4	73,96 [3)]	76,03			[3)] dav. 1 T 19,5, 1 T 36,09, 2 kw 2026, 1 T 206,31 kw 2027 1 T 80,82 Sp*) kw 2026, 1 kw 2)
38		S 3	125,36 [4)]	126,36			[4)] dav. 11 kw 6), 1 kw 4), 1 T 5 kw 2026, 1 kw 2026
39		S 2	23,85 [5)]	22,82			[5)] dav. 1 T 15,5, 1 T 17, 6 T 20, 1 T 35,5, 1 T 36, 1 T 20 kw 2026,
	Zwischensumme Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungsdienst		1.011,93	1.007,69			
	Zwischensumme Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		1.644,03	1.634,72			
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt		2.655,96	2.642,41			

Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

II. Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen im Haushaltsjahr **2026**	beschäftigt im Vorjahr am 01.10.2025	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	5	6
1	Brandreferendare	Anwärterbezüge	-		
2	Baurefendare	Anwärterbezüge	1		
3	Stadtinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	80		
4	Stadtsekretär-Anwärter	Anwärterbezüge	40		
5	Lebensmittelkontrollsekretär-Anwärter	Anwärterbezüge	2		
6	Brandoberinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	1		
7	Brandmeister-Anwärter	Anwärterbezüge	48		
8	Fachoberschulpraktikanten einschließlich Vorpraktikanten	außertarifliche Entschädigung nach VKA-Richtlinien	-		
9	Dienstanfänger	Unterhaltsbeihilfe	-		
10	Bauinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	1		
11	Archivinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	-		
	Auszubildende für den Beruf				
12	Anlagenmechaniker/in für Heizung- Klima- und Sanitärtechnik	Ausbildungsvergütung	3		
13	Bauzeichner/in	Ausbildungsvergütung	-		
14	Buchbinder/in	Ausbildungsvergütung	-		
15	Elektroniker/in für Energie- und Gebäudetechnik	Ausbildungsvergütung	2		
16	Erzieher/in	Ausbildungsvergütung	-		
17	Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste				
	a.) FR: Archiv	Ausbildungsvergütung	-		
	b.) FR: Bibliothek	Ausbildungsvergütung	3		
18	Fachinformatiker/-in	Ausbildungsvergütung	1		
19	Gärtner/in	Ausbildungsvergütung	-		
20	Hauswirtschafter/in	Ausbildungsvergütung	-		
21	Informatik dualer Studiengang	Ausbildungsvergütung	9		
22	Geoinformatik dualer Studiengang	Ausbildungsvergütung	3		
23	Versorgungstechnik dualer Studiengang	Ausbildungsvergütung	5		
24	E-Technik dualer Studiengang	Ausbildungsvergütung	3		
25	Landschaftsarchitektur	Ausbildungsvergütung	4		
26	IT-System-Elektroniker/-in	Ausbildungsvergütung	3		
27	Kaufleute für Büromanagement	Ausbildungsvergütung	28		
28	Kfz-Mechatroniker/in	Ausbildungsvergütung	1		
29	Maler/in und Lackierer/in	Ausbildungsvergütung	-		
30	Mechatroniker	Ausbildungsvergütung	4		
31	Notfallsanitäter/in	Ausbildungsvergütung	8		

Doppelhaushalt 2025/2026
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025, keine Prognose für den Stellenplan 2026

Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

II. Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen im Haushaltsjahr **2026**	beschäftigt im Vorjahr am 01.10.2025	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	5	6
32	Techn. Systemplaner/in	Ausbildungsvergütung	-	Doppelhaushalt 2025/2026 Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025, keine Prognose für den Stellenplan 2026	
32	Tischler/in	Ausbildungsvergütung	6		
33	Veranstaltungskauffrau/-mann	Ausbildungsvergütung	-		
34	Vermessungstechniker/in	Ausbildungsvergütung	2		
	Praktikant/in für den Beruf				
35	Sozialarbeiter/in, Sozialpädagoge/-in	Entgelt gemäß TV	55		
36	Erzieher/in	Entgelt gemäß TV	-		
37	Arzt/Ärztin im Praktikum	außertarifl. Entschädigung			
38	Volontär/in	Vergütung gemäß Rd.Erl. d. MWK vom 02.04.1980	1		
39	Helfer/in im freiwilligen sozialen Jahr	Taschengeld gemäß Jugendfreiwilligendienstgesetz	28		
40	Helferin/Helfer im freiwilligen sozialen Jahr - Kultur	- " -	5		
41	Helfer/in im freiw. ökologischen Jahr	- " -	2		
42	Helfer/in im freiw. sozialen Jahr Politik	- " -	2		
42	Bundesfreiwilligendienst	Bundesfreiwilligendienstgesetz	22		
	Vorpraktikant/in für den Beruf				
43	Erzieher/in	außertarifl. Entschädigung	-		
44	Sozialarbeiter/in/Sozialpädagoge/-in	außertarifl. Entschädigung	2		
45	Vorpraktikant/in im Baubereich	außertarifl. Entschädigung	2		
46	Vorpraktikant/in im Kulturbereich	außertarifl. Entschädigung	1		
47	Ausländische Praktikanten/innen	außertarifl. Entschädigung	2		Mehrfachbesetzung infolge Einsatzes für unterschiedliche Zeiträume
48	Schülerpraktikant/in	-	75		Mehrfachbesetzung infolge Einsatzes für unterschiedliche Zeiträume
49	sonstige Praktikanten/-innen z. B. Umschüler/innen, Pk. aus anderen Betrieben, Reha-Maßnahmen, Integrationsmaßnahmen	-	30		Mehrfachbesetzung infolge Einsatzes für unterschiedliche Zeiträume
	insgesamt		**485**		

Bei gegebener Notwendigkeit können die in der Aufstellung genannten Zahlen vorübergehend bis zur nächsten Änderung des Stellenplanes geringfügig überschritten werden.

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Oberbürgermeister	1,00																			1,00	
01	Büro des Oberbürgermeisters				1,00	1,00			1,00		3,00	4,00	8,25	2,00			1,00	3,75	3,25		28,25	
0110	Stabsstelle Digitalisierung, Smart-City						1,00					1,00									2,00	
0140	Ref. Rechnungsprüfungsamt								1,00		1,00	1,00	5,00								8,00	
0150	Gleichstellungsreferat												0,75								0,75	
	Personal-,Organisations-Digitalisierungs- u. Ordnungsdez.			1,00																	1,00	
10	Zentrale Dienste				1,00	1,00	1,00	3,00			6,00	17,00	30,00	20,68			8,00	10,26	7,00		104,94	
	Verwaltung 1 insgesamt	1,00		1,00	2,00	2,00	2,00	3,00	2,00		10,00	23,00	44,00	22,68			9,00	14,01	10,25		145,94	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Finanz- und Feuerwehrdez.		1,00																		1,00	
20	Finanzen				1,00	1,00	1,00	1,00	1,00		4,80	15,63	25,28	6,00			4,00	30,77	3,13		94,60	
	Verwaltung 2 insgesamt		1,0		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00		4,80	15,63	25,28	6,00			4,00	30,77	3,13		95,60	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
0300	Rechtsreferat					1,00	2,00	4,13					1,00	1,00							9,13	
32	Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				1,00	1,00	1,00	1,00			4,00	4,00	20,00	34,27		1,00	19,04	74,00	44,50	1,00	205,81	
37	Feuerwehr				1,0		5,00			2,00	6,00	14,00	30,00	22,50		51,00	195,00	53,00	35,00		414,50	
	Verwaltung 3 insgesamt				2,00	2,00	8,00	5,13		2,00	10,00	18,00	51,00	57,77		52,00	214,04	127,00	79,50	1,00	629,44	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9 mD	A 8	A 7	A 6		
	Kultur- und Wissenschaftsdez.				1,00																1,00	
0412	Ref. Stadtbibliothek						1,00												1,50		2,50	
0413	Ref. Städtisches Museum													1,00				0,63			1,63	
0414	Ref. Stadtarchiv						1,00				1,00	2,00									4,00	
40	Schule					1,00		1,00			3,00	4,00	17,00	9,70					12,00		47,70	
41	Kultur und Wissenschaft					1,00	1,00					1,00	3,00	6,75					3,00		15,75	
	Verwaltung 4 insgesamt				1,00	2,00	3,00	1,00			4,00	7,00	20,00	17,45				0,63	16,50		72,58	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddez.			1,00																	1,00	
0500	Sozialreferat										1,00										1,00	
50	Soziales und Gesundheit				1,00	2,00		1,00			3,00	14,50	38,70	65,01		6,01	0,75	18,13	3,25		153,34	
51	Kinder, Jugend und Familie						2,00				1,00	4,00	12,79	43,81			3,50	16,01	7,00	1,00	91,10	
	Verwaltung 5 insgesamt			1,00	1,00	2,00	2,00	1,00			5,00	18,50	51,49	108,81		6,01	4,25	34,14	10,25	1,00	246,44	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Stadtplanungs-, Verkehrs-, Tiefbau- und Baudez.			1,00																	1,00	
	Umwelt-, Stadtgrün- Sport- und Hochbaudez.			1,00																	1,00	
0670	Sportreferat							1,00				2,00	1,00	1,00				1,00			6,00	
06	Baurecht, Stadtbild, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft				1,00	1,00							6,00	2,50							10,50	
60	Bauordnung und Zentrale Vergabestelle					1,00	2,00		1,00		1,00	3,00	17,75	3,00				3,75	1,00		33,50	
61	Stadtplanung und Geoinformation				1,00	1,00	2,00	4,00	3,00		1,00	1,00	3,64	0,50				1,00			18,14	
66	Tiefbau und Verkehr				1,00	1,00	1,00	1,00	1,00		1,00	1,00	3,23	9,50			1,00	1,00	6,75		28,48	
67	Stadtgrün					1,00		1,00			1,00		2,50	2,00				1,00	1,50		10,00	
68	Umwelt				1,00		1,00	1,00			1,00	1,00	5,00	3,00				3,00	2,00		18,00	
	Verwaltung 6 insgesamt			2,00	4,00	5,00	6,00	8,00	5,00		5,00	8,00	39,12	21,50			1,00	10,75	11,25		126,62	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
0800	Stabsstelle Wirtschaftsdez.										1,00	1,00	1,00								3,00	
	Verwaltung 8 insgesamt										1,00	1,00	1,00								3,00	
	Personalvertretung											0,63				0,50		1,00			2,13	
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig										1,00	3,00	4,00	11,00		3,75		6,00			28,75	
	Leerstellen				1,00	1,00		1,00				4,75	6,00	11,00	1,00		5,00	7,50	8,00	2,50	48,75	
	Ausbildungsstellen										1,00	1,00		2,00	25,00			5,00	11,00	15,00	60,00	
	Leer- und Ausbildungsstellen insgesamt				1,00	1,00		1,00			1,00	5,75	6,00	13,00	26,00		5,00	12,50	19,00	17,50	108,75	
	Altersteilzeit																					
	zugewiesene Dienstkräfte										1,00	2,00									3,00	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
0650	Hochbau																					
65	Gebäudemanagement					1,00	4,00	1,00				1,00	6,75	4,00			4,00	4,00	7,25		33,00	
	Stadtentwässerung										0,10		1,37	0,75					1,00		3,22	
	Abfallwirtschaft										0,10		2,13	1,25			0,50				3,98	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Zusammenstellung																					
	Verwaltung 1	1,00		1,00	2,00	2,00	2,00	3,00	2,00		10,00	23,00	44,00	22,68			9,00	14,01	10,25		145,94	
	Verwaltung 2		1,00		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00		4,80	15,63	25,28	6,00			4,00	30,77	3,13		95,60	
	Verwaltung 3				2,00	2,00	8,00	5,13		2,00	10,00	18,00	51,00	57,77		52,00	214,04	127,00	79,50	1,00	629,44	
	Verwaltung 4				1,00	2,00	3,00	1,00			4,00	7,00	20,00	17,45				0,63	16,50		72,58	
	Verwaltung 5			1,00	1,00	2,00	2,00	1,00			5,00	18,50	51,49	108,81		6,01	4,25	34,14	10,25	1,00	246,44	
	Verwaltung 6			2,00	4,00	5,00	6,00	8,00	5,00		5,00	8,00	39,12	21,50			1,00	10,75	11,25		126,62	
	Verwaltung 8										1,00	1,00	1,00								3,00	
	Personalvertretung											0,63				0,50		1,00			2,13	
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig										1,00	3,00	4,00	11,00		3,75		6,00			28,75	
	Leer- und Ausbildungsstellen				1,00	1,00		1,00			1,00	5,75	6,00	13,00	26,00		5,00	12,50	19,00	17,50	108,75	
	Altersteilzeit																					
	zugew. Dienstkräfte										1,00	2,00									3,00	
	Verwaltung insgesamt	1,00	1,00	4,00	12,00	15,00	22,00	20,13	8,00	2,00	42,80	102,51	241,88	258,21	26,00	62,26	237,29	236,80	149,88	19,50	1.462,24	
	Hochbau																					
	Gebäudemanagement					1,00	4,00	1,00				1,00	6,75	4,00			4,00	4,00	7,25		33,00	
	Abfallwirtschaft										0,10		2,13	1,25			0,50				3,98	
	Stadtentwässerung										0,10		1,37	0,75					1,00		3,22	
	insgesamt	1,00	1,00	4,00	12,00	16,00	26,00	21,13	8,00	2,00	43,00	103,51	252,13	264,21	26,00	62,26	241,79	240,80	158,13	19,50	1.502,44	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
01	Büro des Oberbürgermeisters		1,00	4,00	6,00	3,00	3,50	1,50		1,00	3,00	4,13		2,76	2,50	1,00								33,39	
0110	Stabsstelle Digitalisierung, Smart-City					1,00																		1,00	
0140	Ref. Rechnungsprüfungsamt		1,00	1,00	1,00	1,00	6,00							0,50										10,50	
0150	Gleichstellungsreferat				1,00	1,00			0,64					0,50										3,14	
10	Zentrale Dienste		1,00		4,50	9,00	21,00	4,00	1,50	10,41	13,26	3,27	10,00	5,52	13,50	3,00	0,67							100,62	
	Zwischensumme Verwaltung 1		3,00	5,00	12,50	15,00	30,50	5,50	2,14	11,41	16,26	7,40	10,00	9,28	16,00	4,00	0,67							148,65	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
01	Büro des Oberbürgermeisters																								
0110	Stabsstelle Digitalisierung, Smart-City																								
0140	Ref. Rechnungsprüfungsamt																								
0150	Gleichstellungsreferat					0,8			1,0															1,75	
10	Zentrale Dienste								2,00															2,00	
	Zwischensumme Verwaltung 1 Sozial- und Erziehungsdienst					0,8			3,00															3,75	
	Verwaltung 1 insgesamt		3,00	5,00	12,50	15,75	30,50	5,50	5,14	11,41	16,26	7,40	10,00	9,28	16,00	4,00	0,67							152,40	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
20	Finanzen		1,00		3,76	2,00	2,00	4,50	4,00			10,82	9,14	2,63	0,50	0,64								40,99	
	Zwischensumme Verwaltung 2		1,00		3,76	2,00	2,00	4,50	4,00			10,82	9,14	2,63	0,50	0,64								40,99	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
20	Finanzen																								
	Zwischensumme Verwaltung 2 Sozial- und Erziehungsdienst																								
	Verwaltung 2 insgesamt		1,00		3,76	2,00	2,00	4,50	4,00			10,82	9,14	2,63	0,50	0,64								40,99	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung
II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
0300	Rechtsreferat													2,00	0,50	0,50								3,00	
32	Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit			2,00			1,00		5,14	2,00	3,00	17,75	8,50	23,03	18,23	29,00	1,00							110,65	
37	Feuerwehr					1,00	12,00	3,00		1,00	10,00	1,00	6,77	10,73	7,52	2,00								55,02	
	Zwischensumme Verwaltung 3			2,00		1,00	13,00	3,00	5,14	3,00	13,00	18,75	15,27	35,76	26,25	31,50	1,00							168,67	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
0300	Rechtsreferat																								
32	Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit																								
37	Feuerwehr																								
	Zwischensumme Verwaltung 3 Sozial- und Erziehungsdienst																								
	Verwaltung 3 insgesamt			2,00		1,00	13,00	3,00	5,14	3,00	13,00	18,75	15,27	35,76	26,25	31,50	1,00							168,67	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung
II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
0412	Ref. Stadtbibliothek					1,00		2,82	3,77	10,89		2,00		2,25	22,06	3,00	2,28							50,07	
0413	Ref. Städtisches Museum				4,00	1,00	2,00	0,50		1,50	1,00	1,00		1,57	4,29	2,00	2,00				1,00			21,86	
0414	Ref. Stadtarchiv						1,00	2,00			0,50			3,89	1,00		0,50							8,89	
40	Schule				4,54		3,50	1,00	0,50	2,00	20,00	4,00		78,31	2,16	0,77	0,82							117,60	
41	Kultur und Wissenschaft			1,00	6,00		3,00	5,29	1,00	28,02	2,00	1,00		2,00	2,00	3,00								54,31	
	Zwischensumme Verwaltung 4			1,00	14,54	2,00	9,50	11,61	5,27	42,41	23,50	8,00		88,02	31,51	8,77	5,60				1,00			252,73	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
0412	Ref. Stadtbibliothek																								
0413	Ref. Städtisches Museum																								
0414	Ref. Stadtarchiv																								
40	Schule																								
41	Kultur und Wissenschaft			1,00																				1,00	
	Zwischensumme Verwaltung 4 Sozial- und Erziehungsdienst			1,00																				1,00	
	Verwaltung 4 insgesamt			2,00	14,54	2,00	9,50	11,61	5,27	42,41	23,50	8,00		88,02	31,51	8,77	5,60				1,00			253,73	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
0500	Sozialreferat		1,00	1,00	6,00				2,00			1,00		1,00										12,00	
50	Soziales und Gesundheit		15,73		3,01	1,50	3,00		22,64		27,80		3,00	10,51	28,23	27,74								143,16	
51	Kinder, Jugend und Familie		3,00	2,00			1,00	3,00	1,00	1,50	8,00	1,00	1,89	7,00	7,79	2,00		54,12	1,39	0,00	1,00			95,69	
	Zwischensumme Verwaltung 5		19,73	3,00	9,01	1,50	4,00	3,00	25,64	1,50	35,80	2,00	4,89	18,51	36,02	29,74		54,12	1,39	0,00	1,00			250,85	
						Kr. 12 a	Kr. 11 b	Kr. 11 a	Kr. 10 a			Kr. 9 d	Kr. 9 c	Kr. 9 b			Kr. 9 a	Kr. 8 a	Kr. 7 a	Kr. 4 a	Kr. 3 a				
50	Soziales und Gesundheit																								
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
0500	Sozialreferat		1,00	1,00		2,52			2,00	0,72													7,24	
50	Soziales und Gesundheit			3,00		4,00	10,66		35,58	21,08													74,32	
51	Kinder, Jugend und Familie			19,00	9,00	52,71	82,89	24,54	82,30	24,83				14,43	122,45	166,11					69,96	114,36	23,85	806,43	
	Zwischensumme Verwaltung 5 Sozial- und Erziehungsdienst		1,00	23,00	9,00	59,23	93,55	24,54	119,88	46,63				14,43	122,45	166,11					69,96	114,36	23,85	887,99	
	Verwaltung 5 insgesamt		20,73	26,00	18,01	60,73	97,55	27,54	145,52	48,13	35,80	2,00	4,89	32,94	158,47	195,86		54,12	1,39	0,00	70,96	114,36	23,85	1138,83	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung
II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
0670	Sportreferat						2,00	1,00		1,00	1,00	0,73		2,00	11,67	16,00	2,64							38,04	
06	Baurecht, Stadtbild, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft		1,00	1,00	1,00	2,00	2,00	2,00	1,77		1,00	1,00		1,56	1,00									15,33	
60	Bauordnung und Zentrale Vergabestelle				2,00	5,00	19,00		1,00			2,25		5,75	2,50									37,50	
61	Stadtplanung und Geoinformation			6,00	6,00	7,00	31,00	5,00	1,00	3,00	11,50	2,50	2,50	9,75	6,00									91,25	
66	Tiefbau und Verkehr			9,00	4,00	16,00	49,29	1,00		8,64	5,00	2,00	3,50	27,40	6,00	2,00								133,83	
67	Stadtgrün					8,00	19,00	1,00		12,50	9,73	1,00	6,50	49,27	44,50	18,00	50,22	1,33	13,34	5,33				239,72	
68	Umwelt		1,00	2,00	8,00	10,00	33,63	1,50	1,00	0,50	0,75	2,00		3,10	1,00									64,48	
	Zwischensumme Verwaltung 6		2,00	18,00	21,00	48,00	155,92	11,50	4,77	25,64	28,98	11,48	12,50	98,83	72,67	36,00	52,86	1,33	13,34	5,33				620,15	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
0670	Sportreferat																								
06	Baurecht, Stadtbild, Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft																								
60	Bauordnung und Zentrale Vergabestelle																								
61	Stadtplanung und Geoinformation																								
66	Tiefbau und Verkehr																								
67	Stadtgrün																								
68	Umwelt																								
	Zwischensumme Verwaltung 6 Sozial- und Erziehungsdienst																								
	Verwaltung 6 insgesamt		2,00	18,00	21,00	48,00	155,92	11,50	4,77	25,64	28,98	11,48	12,50	98,83	72,67	36,00	52,86	1,33	13,34	5,33				620,15	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
Dez. VI	Wirtschaftsdezernat							0,8													1,00			1,77	
	Zwischensumme Verwaltung 8							0,8													1,00			1,77	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
Dez. VI	Wirtschaftsdezernat																								
	Zwischensumme Verwaltung 8 Sozial-Erziehungsdienst																								
	Verwaltung 8 insgesamt																							1,77	
		15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.				
94	Personalvertretung						1,00					1,00	2,00		3,50									7,50	
96	Städtische Dienstkräfte des Jobcenters BS							1,00	28,00		7,00			2,00	2,00	1,00								41,00	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
94	Personalvertretung				1,00	1,00				2,00					0,19						1,00			5,19	
96	Städtische Dienstkräfte des Jobcenters BS									10,00														10,00	
	Summe Personalvertretung				1,00	1,00	1,00			2,00		1,00	2,00		3,69						1,00			12,69	
	Summe Städtische Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig							1,00	28,00	10,00	7,00			2,00	2,00	1,00								51,00	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
91	Stellenreserve		5,00	5,00	5,00	10,00	15,00	11,00		2,00		1,00	1,00	6,00										61,00	
92	Leerstellen					1,00	2,00	2,00	2,00	4,00		7,00		10,00	6,00				2,00					36,00	
95	zugewiesene Dienstkräfte							0,73						2,00										2,73	
98	Altersteilzeit					1,00	2,00				1,00	1,00	1,00	3,00	3,00									12,00	
	Zwischensumme 92, 91 95 und 98		5,00	5,00	5,00	12,00	19,00	13,73	2,00	6,00	1,00	9,00	2,00	21,00	9,00				2,00					111,73	
						Kr. 12 a	Kr. 11 b	Kr. 11 a	Kr. 10 a	Kr. 9 d	Kr. 9 c	Kr. 9 b	Kr. 9 a	Kr. 8 a	Kr. 7 a	Kr. 4 a	Kr. 3 a								
92	Leerstellen																								
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
91	Stellenreserve					2,00	5,00		18,00	6,00					20,00									51,00	
92	Leerstellen			1,00		1,00	2,00	2,00	2,00	4,00					4,00	15,00						11,00		42,00	
95	zugewiesene Dienstkräfte			1,00																				1,00	
98	Altersteilzeit			1,00					2,00	2,00						2,00					3,00			10,00	
	Zwischensumme 92, 91, 95 und 98 Sozial- und Erziehungsdienst			3,00		3,00	7,00	2,00	22,00	12,00					24,00	17,00					3,00	11,00		104,00	
	Summe 92, 91, 95 und 98		5,00	8,00	5,00	15,00	26,00	15,73	24,00	18,00	1,00	9,00	2,00	21,00	33,00	17,00			2,00		3,00	11,00		215,73	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer außerhalb des Sozial- und Erziehungsdienstes

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.	Kr. insg.	insgesamt
	Zusammenstellung																						
	Verwaltung 1		3,00	5,00	12,50	15,00	30,50	5,50	2,14	11,41	16,26	7,40	10,00	9,28	16,00	4,00	0,67						148,65
	Verwaltung 2		1,00		3,76	2,00	2,00	4,50	4,00			10,82	9,14	2,63	0,50	0,64							40,99
	Verwaltung 3			2,00		1,00	13,00	3,00	5,14	3,00	13,00	18,75	15,27	35,76	26,25	31,50	1,00						168,67
	Verwaltung 4			1,00	14,54	2,00	9,50	11,61	5,27	42,41	23,50	8,00		88,02	31,51	8,77	5,60				1,00		252,73
	Verwaltung 5		19,73	3,00	9,01	1,50	4,00	3,00	25,64	1,50	35,80	2,00	4,89	18,51	36,02	29,74		54,12	1,39	0,00	1,00		250,85
	Verwaltung 6		2,00	18,00	21,00	48,00	155,92	11,50	4,77	25,64	28,98	11,48	12,50	98,83	72,67	36,00	52,86	1,33	13,34	5,33			620,15
	Verwaltung 8							0,77													1,00		1,77
	Personalvertretung						1,00					1,00	2,00		3,50								7,50
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters							1,00	28,00		7,00			2,00	2,00	1,00							41,00
	Leerstellen/Stellenreserve		5,00	5,00	5,00	11,00	17,00	13,00	2,00	6,00		8,00	1,00	16,00	6,00				2,00				97,00
	Altersteilzeit					1,00	2,00				1,00	1,00	1,00	3,00	3,00								12,00
	zugewiesene Dienstkräfte							0,73						2,00									2,73
	Zwischensumme		30,73	34,00	65,81	81,50	234,92	54,61	76,96	89,96	125,53	68,45	55,80	276,03	197,45	111,65	60,12	55,45	16,73	5,33	3,00		1.644,03

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungsdienst

Gliederungsnummer	Organisationseinheit		S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		insgesamt
	Zwischensumme																								1644,03
	Verwaltung 1					0,75			3,00																3,75
	Verwaltung 2																								
	Verwaltung 3																								
	Verwaltung 4			1,00																					1,00
	Verwaltung 5		1,00	23,00	9,00	59,23	93,55	24,54	119,88	46,63				14,43	122,45	166,11					69,96	114,36	23,85		887,99
	Verwaltung 6																								
	Verwaltung 8																								
	Personalvertretung				1,00	1,00				2,00					0,19						1,00				5,19
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters									10,00															10,00
	Leerstellen/Stellenreserve			1,00		3,00	7,00	2,00	20,00	10,00					24,00	15,00						11,00			93,00
	Altersteilzeit			1,00					2,00	2,00						2,00					3,00				10,00
	zugewiesene Dienstkräfte			1,00																					1,00
	Zwischensumme Sozial- und Erziehungsdienst		1,00	27,00	10,00	63,98	100,55	26,54	144,88	70,63				14,43	146,64	183,11					73,96	125,36	23,85		1011,93
	Gesamtsumme aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		31,73	61,00	75,81	145,48	335,47	81,15	221,84	160,59	125,53	68,45	55,80	290,46	344,09	294,77	60,12	55,45	16,7	5,33	76,96	125,36	1667,88		**2.655,96**

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
0110						
0140						1 x 6 üT T 19,5
0150				1 x 9c T 25, 1 x S 15 T 29,25		1 x 6 üT T 19,5
01	1 x 9a ku 1) A 10	1 x E 11 kw 2027	3 x 5 1 x 6 1 x 4 1 x 10 2 x 8 1 x 11			2 x 6 üT 1 x 6 T 10 kw 5) 2 x 9a üT 2 x 9a üT
10	1 x 9a ku 1) A 8		1 x 13 1 x E 9c 1 x E 8	1 x 6 T 29,25 1 x 6 T 30, 1 x E 8 T 30 1 x 9b T 25 1 x 9b T 30 1 x 9a T 14 1 x 7 T 25, 1 3 T 26 1 x E 9a T 35	1 x E 11	3 x 6 üT
20			1 x 5 1 x E 10 1 x E 7	1 x 13 T 29,5 1 x 8 T 30, 1 x 8 T 32 1 x E 4 T 25		2 x 6 üT 1 x 6 T 24,5 üT
0300						1 x 6 üT
32			2 x 8 1 x 7 1 x 6 7 x 5 37 x 4 1 x E 9c	1 x 8 T 29,25 1 x 5 T 28,5 1 x 6 T 29,65 1 x 6 T 30 1 x E 9c T 25		1 x 6 üT
37		1 x E 11 kw 3) 8 x 9a kw 4) 2 x 4 kw 4) 2 x E 5 kw 4)	2 x E 10 1 x E 11	1 x 6 T 28,5 1 x E 7 T 30		1 x E 11 T 19,5 kw 4) 3 x 5 T 19,5 kw 4) 1 x 5 T 29,25 kw 4) 1 x 5 T 30 kw 4)

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
0412			1 x 9b 1 x 3	1 x 10 T 31,92 1 x 9c T 30 1 x 9b T 24,62 1 x 9b T 33,57 1 x 9b T 35 1 x 6 T 9,75 1 x 3 T 25,33 1 x 3 T 24,57		1 x 12 üT 1 x 6 üT 1 x 5 T 19,5 Sp*)
0413	2 E 5 ku E 4)		3 x 13 1 x 10 1 x 9b 1 x 5	1 x 6 T 22,04 1 x 5 T 31		1 x 6 üT 1 x 13 T 19,5 kw 4)
0414			1 x 9a 1 x 3	1 x 6 T 9,75		1 x 6 T 25 üT
40		1 x 10 kw 5)	2 x 11 1 x 9c	1 x E 4 T 30, 1 x 5 T 25 2 x E 13 T 30 1 x E 8 T 30	1 x 9a 1 x E 6	1 x 6 üT, 1 x 6 T 19,5 kw 1) 1 x 3 T 32 kw 1), 2 x E 6 T 12 Sp*) 1 x S 11 b T 30 kw 3)
	Die Ausweisung von Teilzeitstellen bei **Schulsekretären/Schulsekretärinnen** ist dem Stellenverteilungsplan des Fachbereiches 40 zu entnehmen.					
41				1 x 10 T 29,25		2 x 6 üT 1 x 9 b T 13,5 Sp*) 1 x 9 b T 9 Sp*) 3 x 9b TZ kw 4) 1 x 9b kw 4) Sp*)
	Die Ausweisung von Teilzeitstellen bei **Musikschullehren/Musikschullehrerinnen** ist dem Stellenverteilungsplan des Fachbereiches 41 zu entnehmen.					
0500		1 x S 12 kw 3)		1 x S 15 T 30 1 x S 11b T 28		1 x 6 üT

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
50		1 x S 12 kw 3) 8 x E 9a kw 5) 1 x 9 a kw 4) 1 x 15 kw 4) 1 x 11 kw 4) 1 x S 14 kw 4) 1 x 5 kw 4) 1 x S 15 kw 5) 1 x 13 kw 4) 3 x 9c kw4)	2 x 15 1 x S 14 1 x 13 1 x 12 7 x S 12 6 x S 11b 2 x 9a 13 x 5 1 x E 4 2 x E 9c	1 x S 12 T 29,25 1 x S 14 T 10 1 x S 12 T 23,3 1 x S 11b T 33,5 3 x S 11b T 29,25 1 x S 11b T 16,72 1 x 15 T 36,5 2 x 15 T 29,25 1 x S 17 T 28 1 x 14 T 35,2 1 x 9c T 30, 1 x 9c T 34 1 x 13 T 20 1 x E 5 T 25 1 x 5 T 35,25 1 x 5 T 29,25 1 x 9a T 10, 2 x 9a T 30 1 x 6 T 20	1 x E 15 3 x S 12 2 x E 4	3 x 6 üT 1 x 15 T 19,5 kw 4) 1 x 15 T 34,70 kw 4) 1 x 15 T 13,43 kw 4) 1 x 9 a T 19,5 kw 4) 1 x 4 T 29 kw 1) 1x S 12 T 19,5 Sp*) 1 x S 12 ku 1) S 11 b 1 x S 12 T 19,5 ku 1) S 11 b T 19,5 2 x 11 kw 3) Sp*) 1 x E 4 T 19,5 Sp*)
51	2 S 8b ku 1) S6	5 x S 15 kw 4) 2 x S 11b kw 4) 1 x S 11b kw 1) 1 x 5 kw 1) 1 x S 3 kw 2026 1 x S 15 kw 2027	4 x S 15 11 x S 14 10 x S 12 2 x S 11b 1 x S 4 2 x 9a 3 x 9b 10 x S 8 b 2 x 5	3 x S 15 (T 21, T 29,5, T 58,5) 1 x S 15 T 30, 8 x S 14 T 29,25 1 x S 15 T 34, 1 x S 12 T 30,39 2 x S 13 T 30, 1 x E 2 T 29,25 1 x S 14 T 29,25 1 x S 9 T 25,66, 2 x S 8b T 29,25 1 x S 12 T 27, 1 x S 12 T 29,25 1 x S 12 T 23,25, 1 x S 12 T 6 1 x S 12 T 10,5, 1 x S 12 T 19,68 1 x S 11b T 30,39, 1 x S 8a T 27 1 x S 11b (T 6, T 35) 1 x S 8b T 25, 1 x S 8 a T 47,5 1 x S 14 T 5,33, 8 x S 8a T 25 1 x S 8b T 6,5 2 x S8b T 30,39, 1x S 8b T 32,37 1 x S 8a T 25 1 x S 8b T 13,17,1 x S 8a T 20 1 x 7 T 34,7, 1 S 8b T 30 3 x 5 (T 22,75, T32,41, T 35)	2 x S 14 1 x S 12	2 x S 15 T 19,5 kw 4) 2 x S 8b T 19,5 kw 3) 1 x S 2 T 20 kw 2026 2 x S 8b üT T 19,5 kw 4) 1 x S 14 T 9,75 Sp*) 2 x S 8b üT kw 4) 6 x 6 üT 1 x S 11 b T 19,5 Sp *) 1 x S 15 T 7 kw 2026 1 x S 15 T 14 kw 3) 2 x S 8b T 10,38 kw 2027 1 x S 4 T 80,82 Sp*) kw 2026 2 x S 8b T 10,38 Sp*) kw 2028 1 x S 8a T 69 kw 2026 1 x S 8a T 69 kw 2026

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
noch 51				1 x S 4 T 36,09, 1 x S 3 T 35 3 x S 2 (T15,5, T35,5,T37), 6 S 2 T20 4 x 2Ü (T 28,40/28,82/29,15) 1 x 2Ü T13 3 x 2Ü (T32,82, T38,70, T36,82) 3 x 2Ü (T36,37,T37,2) 2 x S 2 (T 18, T 20), 1x S 8a T 25 1 S 2 T 36, 1 x E 2 T 25		1 x S 3 T 5 kw 2026 1 x S 4 T 206,31 kw 2027
0670		1 x E 4 kw 5)		1 x 8 T 28,5 1 x 3 T 25		1 x 6 üT 1 x 4 Z 12 1 x 6 Z 12
06			2 x 12	1 x 9c T 30		1 x 6 T 22 üT 2 x 6 T 19,5 üT
60		1 x 11 kw 2025 1 x 11 kw 1)	2 x 11 1 x 5	1 x 6 T 29,25		2 x 6 üT
61		1 x 11 kw 2026 1 x 10 kw 1)	5 x 11 2 x 9a 1 x 8 1 x 7	2 x 9a T 29,25 1 x 6 T 29,25		3 x 6 üT 1 x 7 Z 12
66	1 x 8 ku 1) 6	1 x 14 kw 1) 2 x E 11 kw 1)	3 x 11 1 x 5	2 x 11 T 29,25/29,38 1 x 11 T 30,39 1 x 11 T 29,22 2 x 11 T 10 1 x E 9b T 25 1 x 6 T 25,33 1 x 6 T 29,25 1 x 11 T 9,75		2 x 6 üT

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
67		1 x 11 kw 5) 1 x 11 kw 2028 1 x 11 kw 2026 2 x E 12 kw 3) 1 x E 11 kw 1)	 1 x 6 1 x 3 1 x 9b 1 x E 5 1 x E 7	1 x 6 T 30 1 x E 9a T 28,5		1 x 6 üT 1 x 5 Z 12 14 x 6 Z 12, 1,5 x 7 Z 12
68		1 x E 5 kw 1) 1 x E 11 kw 2028 1 x 11 kw 4) 1x 11 kw 2027	2 x 13 2 x 12 6 x 11 1 x 10 1 x 9b	1 x 11 T 34,5 1 x 11 T 29,25 1 x 9a T 29,38 1 x T 15,5 1 x T 4		1 x 6 üT 1 x 6 üT ku 1) 5 T 23,5
0800				1 x E 10 T 30		
Per- sonal- vertret.		1 x S 16 kw 2) 1 x S 15 kw 2) 1 x S 4 kw 2) 1 x S 11b kw 2) 1 x 11 kw 2) 2 x 7 kw 2) 3 x 5 kw 2) 1 x 8 kw 2)				1 x S 8b T 7,42 kw 2) 2 x S 11 b T 19,5 kw 2) 1 x 5 T 19,5 kw 2) 1 x 7 T 19,5 kw 2)

Stellenübersichten

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

1. Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs-nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs-planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt seit	auf der Stelle geführt bis voraus-sichtlich	Bemerkungen
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
	Doppelhaushalt 2025/2026 Besetzung von Planstellen siehe Stellenplan 2025, keine Prognose für den Stellenplan 2026							

Stellenübersichten

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

2. Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs-nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs-planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt seit	auf der Stelle geführt bis voraus-sichtlich	Bemerkungen
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
	Doppelhaushalt 2025/2026 Besetzung von Planstellen siehe Stellenplan 2025, keine Prognose für den Stellenplan 2026							

Stellenübersichten

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

3. Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs-nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs-planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt seit	auf der Stelle geführt bis voraus-sichtlich	Bemerkungen
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
	Doppelhaushalt 2025/2026 Besetzung von Planstellen siehe Stellenplan 2025, keine Prognose für den Stellenplan 2026							
insgesamt 0								

Haushaltsplan 2026
für das Ref. 0650 Hochbau

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
1		aT	1,00	1,00			
2		15Ü					
3		15					
4		14					
5		13					[1] dav. 2 T 19,5, 1 T 30
6		12	10,00	10,00			
7		11	42,77 [1]	42,77			
8		10					
9		9c					
10		9b					
11		9a					
					Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025 keine Prognose für den Stellenplan 2026		

Haushaltsplan 2026
für das Ref. 0650 Hochbau

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
					Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025 keine Prognose für den Stellenplan 2026		
12		8					
13		7					
14		6	1,00 [1)]	1,00			[1)] 1 üT
15		5					
16		4					
17		3					
18		2Ü					
19		2					
20		1					
	insgesamt Beschäftigte		54,77	54,77			

Haushaltsplan 2026
für das Ref. 0650 Hochbau

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	B 2					
2	Leitender Baudirektor	A 16	[1]				
3	Baudirektor	A 15					
4	Städtischer Direktor	A 15					
5	Bauoberrat	A 14					
6	Städt. Oberrat	A 14					
7	Baurat	A 13					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
8	Bauoberamtsrat	A 13					
9	Stadtoberamtsrat	A 13					
10	Bauamtsrat	A 12					
11	Stadtamtsrat	A 12					
12	Bauamtmann	A 11					
13	Stadtamtmann	A 11					
14	Bauoberinspektor	A 10					
15	Stadtoberinspektor	A 10					

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

Haushaltsplan 2026
für das Ref. 0650 Hochbau

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
16	Stadtinspektor	A 9			Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025 keine Prognose für den Stellenplan 2026		
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 m AZ					
18	Stadtamtsinspektor	A 9					
19	Stadthauptsekretär	A 8					
20	Stadtobersekretär	A 7					
21	Stadtsekretär	A 6					
	insgesamt:						

Haushaltsplan 2026
für den FB 65 Gebäudemanagement

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
1		aT					1)
2		15Ü					2)
3		15	1)				3)
4		14	1,00 2)	1,00			4) dav. 1 T 19,5
5		13	3,00 3)	3,00			5) dav. 5 T 19,5, 1 T 30, 1 ku 1) A 10
6		12	10,50 4)	10,50			6)
7		11	47,50 5)	47,50			7) ku 1) A 10
8		10	1,00 6)	1,00			8) dav.
9		9c	1,00 7)	1,00			
10		9b	7,00 8)	7,00			9) dav. 1 T 30,39, 1 ku 1) 8
11		9a	11,00 9)	11,00			

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

Haushaltsplan 2026
für den FB 65 Gebäudemanagement

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
							[10]
12		8	5,00 [10]	5,00			[11] dav. 2 Z 12, 1 T 29,25,
13		7	18,75 [11]	18,75			[12] dav. 2 T 19,5, 1 üT, 1 ku 1) 4
14		6	17,00 [12]	17,00			[13] dav. 1 T 29,25, 1 Sp*)
15		5	65,75 [13]	65,75			
16		4	12,25 [14]	12,25			[14]
17		3	1,70 [15]	1,70			[15]
18		2Ü	[16]				[16]
19		2	62,85 [17]	62,85			[17]
20		1	0,02	0,02			
	Die Ausweisung von Teilzeitstellen bzw. ku- oder kw-Vermerken im Bereich Schulhausmeister/-innen, Hausmeister/-innen und Raumpflege ist aus dem StVPl des FB 65 ersichtlich.						
	insgesamt Beschäftigte		265,32	265,32			

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

Haushaltsplan 2026
für den FB 65 Gebäudemanagement

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	B 2					
2	Leitender Baudirektor	A 16	1,00 [1)]	1,00			[1)] dav.
3	Baudirektor	A 15	3,00	3,00			
4	Städtischer Direktor	A 15	1,00	1,00			
5	Bauoberrat	A 14					
6	Städt. Oberrat	A 14	1,00	1,00			
7	Baurat	A 13					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
8	Bauoberamtsrat	A 13					
9	Stadtoberamtsrat	A 13					
10	Bauamtsrat	A 12					
11	Stadtamtsrat	A 12	1,00	2,00			
12	Bauamtmann	A 11	1,00				
13	Stadtamtmann	A 11	5,75 [2)]	5,75			[2)] dav. 1 T 30
14	Bauoberinspektor	A 10					
15	Stadtoberinspektor	A 10	4,00 [4)]	4,00			

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
16	Stadtinspektor	A 9	[5]		Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025 keine Prognose für den Stellenplan 2026		[5]
		A 9					
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 m AZ	[6]				[6]
18	Stadtamtsinspektor	A 9	4,00 [7]	4,00			[7]
19	Stadthauptsekretär	A 8	4,00 [8]	4,00			[8]
20	Stadtobersekretär	A 7	7,25 [9]	7,25			[9] dav. 1 T 30, 3 T 20
21	Stadtsekretär	A 6					
		insgesamt:	33,00	33,00			

Haushaltsplan 2026
für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer						
1		aT					
2		15Ü					
3		15	0,50 [1]	0,50			[1] 1 T 19,5
4		14					
5		13					
6		12	1,00	1,00			
7		11	3,50 [2]	3,50			[2] dav. 1 T 19,5
8		10					
9		9c					
10		9b					
11		9a					

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

Haushaltsplan 2026
für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
					Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025 keine Prognose für den Stellenplan 2026		
12		8					
13		7					
14		6	0,25 [3)]	0,25			[3)] dav. 1 T 9,75
15		5					
16		4					
17		3					
18		2Ü					
19		2					
20		1					
	insgesamt Beschäftigte		5,25	5,25			

Haushaltsplan 2026
für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	A 16					
2	Bauoberrat	A 14					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
3	Bauoberamtsrat	A 13					
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1]	0,10			[1] dav. 1 T 4
5	Bauamtsrat	A 12					
6	Stadtamtsrat	A 12					
		A 12					
7	Stadtamtmann	A 11	2,13 [2]	2,13			[2] dav. 1 T 25, 1 T 20
		A 11					
8	Bauoberinspektor	A 10					
9	Stadtoberinspektor	A 10	1,25 [3]	1,25			[3] dav. 1 T 10
		A 10					
10	Stadtinspektor	A 9					
		A 9					

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
11	Stadtamtsinspektor	A 9	0,50 [1)]	0,50	Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025 keine Prognose für den Stellenplan 2026		[1)] 1 T 20
12	Stadthauptsekretär	A 8					
13	Stadtobersekretär	A 7					
		insgesamt:	3,98	3,98			

Haushaltsplan 2026
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
1		aT					
2		15Ü					
3		15	0,50 [1)]	0,50			[1)] 1 T 19,5
4		14	1,00	1,00			
5		13					
6		12					
7		11	2,50 [2)]	2,50			[2)] dav. 1 T 19,5
8		10					
9		9c					
10		9b	3,00	3,00			
11		9a					

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

Haushaltsplan 2026
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
					Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025 keine Prognose für den Stellenplan 2026		
12		8					
13		7					
14		6	0,25 [3)]	0,25			[3)] dav. 1 T 9,75
15		5					
16		4					
17		3					
18		2Ü					
19		2					
20		1					
	insgesamt Beschäftigte		7,25	7,25			

Haushaltsplan 2026
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	A 16					
2	Bauoberrat	A 14					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
3	Bauoberamtsrat	A 13					
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1]	0,10			[1] dav. 1 T 4
5	Bauamtsrat	A 12					
6	Stadtamtsrat	A 12					
		A 12					
7	Stadtamtmann	A 11	1,37 [2]	1,37			[2] dav. 1 T 15
		A 11					
8	Bauoberinspektor	A 10					
9	Stadtoberinspektor	A 10	0,75 [3]	0,75			[3] dav. 1 T 30
		A 10					
10	Stadtinspektor	A 9					
		A 9					

Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025
keine Prognose für den Stellenplan 2026

Haushaltsplan 2026
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2026	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2025 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2025 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
11	Stadtamtsinspektor	A 9			Doppelhaushalt 2025/2026: Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2025 keine Prognose für den Stellenplan 2026		
12	Stadthauptsekretär	A 8					
13	Stadtobersekretär	A 7	1,00	1,00			
		insgesamt:	3,22	3,22			

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24859
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Umbesetzung in Ausschüssen
- Entsendung von Bürgermitgliedern -

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat I 0100 Steuerungsdienst	12.12.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

1. Ausschuss für Planung und Hochbau
   Anstelle von Herrn Godehard Busche wird Frau Maike Schwarz als Bürgermitglied im Ausschuss für Planung und Hochbau benannt.

2. Wirtschaftsausschuss
   Anstelle von Herrn Carsten Ueberschär wird Herr Dr. Nicolas Petrek als Bürgermitglied im Wirtschaftsausschuss benannt.

Sachverhalt:
Gemäß § 71 Abs. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 16. November 2021 die Besetzung der Ausschüsse durch Beschluss festgestellt.

Nach § 71 Abs. 9 Satz 3 NKomVG können Fraktionen und Gruppen Ausschussmitglieder, die sie benannt haben, durch andere Ausschussmitglieder ersetzen. Die Umbesetzungen stellt der Rat ebenfalls durch Beschluss fest.

Gemäß § 71 Abs. 7 NKomVG kann der Rat neben Ratsfrauen und Ratsherren auch andere Personen zu Mitgliedern seiner Ausschüsse berufen (Bürgermitglieder). Die Besetzung der Ausschüsse mit Bürgermitgliedern wird ebenfalls durch Ratsbeschluss festgestellt.

Zu 1.:
Herr Godehard Busche hat darüber informiert, dass er ab dem 1. Januar 2025 nicht mehr für eine Mitarbeit als Bürgermitglied im Ausschuss für Planung und Hochbau zur Verfügung steht. Die CDU-Fraktion hat daraufhin mit Schreiben vom 9. Dezember 2024 stattdessen Frau Maike Schwarz für diese Aufgabe benannt.

Zu 2.:
Herr Carsten Ueberschär hat bekannt gegeben, dass er ab 1. Januar 2025 nicht mehr als Bürgermitglied im Wirtschaftsausschuss mitarbeiten kann. Die CDU-Fraktion hat daraufhin mit Schreiben vom 3. Dezember 2024 mitgeteilt, dass Herr Dr. Nicolas Petrek an seiner Stelle als Bürgermitglied im Wirtschaftsausschuss benannt wird.

Die personellen Änderungen werden mit diesem Beschluss festgestellt.

Dr. Kornblum

Anlage/n:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24588
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Berufung von Vertreterinnen bzw. Vertretern der Gruppe der Schülerinnen und Schüler in den Schulausschuss

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat V 40 Fachbereich Schule	11.11.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

Auf Vorschlag des Stadtschülerrates werden mit sofortiger Wirkung folgende Personen als Vertretung der Schülerinnen und Schüler in den Schulausschuss berufen:

Allgemeinbildende Schulen:

Frau Nele Konnegen (stimmberechtigtes Bürgermitglied)
Herrn Jona Fritz Gümmer (Stellvertretung)
Herrn Jamil Collas Joo (Stellvertretung)

Berufsbildende Schulen:

Herrn Lars Lienesch (stimmberechtigtes Bürgermitglied)
Frau Marie Belle Klauk (Stellvertretung)
Herrn Felix Julius Rousseaux (Stellvertretung)

Sachverhalt:

Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 19.09.2023 auf Vorschlag des Stadtschülerrates Herrn Simon Pladwig als Vertreter der Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen in den Schulausschuss berufen. Die Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen wurden durch Herrn Atakan Köçtürk im Schulausschuss vertreten (Ratsbeschluss vom 05.07.2022). Vertreterinnen bzw. Vertreter waren für beide Schülergruppen nicht berufen.

Gemäß § 6 Abs. 3 der Verordnung über das Berufungsverfahren für die kommunalen Schulausschüsse vom 17.10.1996 verliert ein Mitglied seinen Sitz, wenn es sein Mandat niederlegt oder wenn die Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind, die nach dieser Verordnung bei der Berufung erfüllt sein müssen. Mit Ablauf des Schuljahres 2023/2024 besuchen Herrn Pladwig und Herr Köçtürk keine Braunschweiger Schulen mehr, sodass die Berufungsvoraussetzungen weggefallen sind und der jeweilige Sitz im Schulausschuss verloren ging.

Nach § 6 Abs. 4 Satz 2 kann im Falle eines Sitzverlustes für die betroffene Gruppe ein erneutes Berufungsverfahren durchgeführt werden.

Der Stadtschülerrat hat nach Neuwahlen am 29.10.2024 um ein erneutes Berufungsverfahren gebeten und Frau Nele Konnegen, Herrn Jona Fritz Gümmer und Herrn Jamil Collas Joo für die allgemeinbildenden Schulen, sowie Herrn Lars Lienesch, Frau Marie Belle Klauk und Herrn Felix Rousseaux für die Berufsbildende Schulen benannt.

Nach § 110 Abs. 4 Niedersächsisches Schulgesetz ist dieser Vorschlag bindend.

Dr. Rentzsch

Anlage/n: keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24829
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Kurzfristige Eigentumsübernahme von Hilfsgütern aus dem Förderpaket Mobilität - Ergänzungslieferung - im Rahmen der Teilnahme der Stadt Braunschweig am Projekt "Kommunale Direkthilfe im Rahmen der deutsch-ukrainischen Solidarpartnerschaften" der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat I 0100 Steuerungsdienst	05.12.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

Der Annahme der Spende von Hilfsgütern aus dem Förderpaket „Paket Mobilität - Ergänzungslieferung“ der GIZ im Wert von insgesamt ca. 60.000 € durch die Stadt Braunschweig (§ 111 Abs. 8 NKomVG) und der Schenkung an die Solidaritätspartnerstadt Bila Zerkwa/Ukraine wird zugestimmt (kurzfristige Eigentumsübernahme).

Sachverhalt:

Im August 2022 hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH beauftragt, deutsche Kommunen bei der Beschaffung von Sachgütern zu unterstützen. Unterstützt wird die GIZ in diesem Projekt durch den Deutschen Städtetag und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global.

Die Stadt Braunschweig hat bereits in 2023 an dem Projekt der GIZ teilgenommen (siehe Ratsbeschluss vom 27.06.2023, Drucksache 23-21585) und das „Bauhofpaket“ im Wert von ca. 130.000 € an die Partnerkommune Bila Zerkwa ausgehändigt sowie in 2024 das GIZ-Förderpaket Mobilität im Wert von ca. 60.000 € als Hilfslieferung nach Bila Zerkwa überführt (siehe Ratsbeschluss vom 11.06.2024, Drucksache 24-23807).

Dabei hatte die GIZ zentral Hilfsgüter erworben und an die teilnehmenden Kommunen weitergeleitet, die dann wiederum die Hilfsgüter in die jeweilige ukrainische Partnerkommune transportiert haben. Die teilnehmenden deutschen Kommunen trugen dabei lediglich die Kosten für die Überführung in die Ukraine.

Die GIZ verfügt über Restmittel im Haushaltsjahr 2024 und hat der Stadt Braunschweig vorbehaltlich des erfolgreichen Abschlusses des laufenden Ausschreibungsverfahrens einen weiteren Minibus aus dem Förderpaket Mobilität im Wert von ca. 60.000 € für die ukrainische Partnerkommune in Aussicht gestellt.

Im Vorfeld wurde mit den Partnern in Bila Zerkwa besprochen, dass das Förderpaket

„Mobilität“ wünschenswert sei. Bei dem Paket Mobilität handelt es sich um einen Minibus zum Transport von bis zu 9 Personen oder 4 Rollstuhlplätzen sowie einer mechanischen Rollstuhlrampe. Laut Auskunft der GIZ läuft derzeit das Ausschreibungsverfahren für die Fahrzeuge aus dem Paket Mobilität, deren Auslieferung im ersten Quartal 2025 angestrebt wird.

Im Rahmen der Projektteilnahme überträgt die GIZ kurzfristig das Eigentum der Hilfsgüter unentgeltlich an die Stadt Braunschweig, die eigenverantwortlich den Transport in die Partnerkommune organisiert. Die Eigentumsübertragung ist formal als Zuwendung an die Stadt zu bewerten, so dass die Annahme einer Entscheidung des Rates gem. § 111 Abs. 8 NKomVG bedarf.

Seitens der Stadt Braunschweig sind lediglich die anteiligen Kosten für die Überführung des Fahrzeugs in Höhe von ca. 1.000 € zu tragen, die aus dem Teilhaushalt 0100 - Büro des Oberbürgermeisters beglichen werden können. (vgl. auch Beschlussvorlage Drucksache 22-19958) Neben den Überführungskosten fallen für die Stadt Braunschweig keine weiteren Kosten an.

Da es sich bei den Sachgütern aus dem Paket Mobilität nicht um Vermögensgegenstände handelt, welche einen Nutzen für die Stadt Braunschweig entwickeln bzw. zur eigenen Aufgabenerledigung dauerhaft bestimmt sind, handelt es sich um einen durchlaufenden Posten. Es besteht die Verpflichtung, das Paket Mobilität weiter an die ukrainische Partnerkommune zu liefern.

Der Eigentumsübergang von der GIZ an die Stadt Braunschweig findet bei Übergabe der Hilfsgüter statt und endet bei der Übernahme durch die Stadt Bila Zerkwa.

Dr. Kornblum

Anlage/n:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24852
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Braunschweig

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 0120 Referat Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung (Wahlen)	05.12.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:
Die Vorschlagsliste umfasst die in der Anlage lfd. Nr. 1 bis 38 genannten Personen.

Der Rat der Stadt Braunschweig stimmt dieser Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Braunschweig für die Amtsperiode vom 1. April 2025 bis zum 31. März 2029 zu.

Sachverhalt:

Die Amtsperiode der derzeit amtierenden ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Braunschweig (VG) endet am 31. März 2025. Die Neuwahl erfolgt durch einen Wahlausschuss am VG aus Vorschlagslisten der Kreise und kreisfreien Städte im Verwaltungsgerichtsbezirk (Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg, Landkreise Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel), die gemäß § 28 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) von den Vertretungskörperschaften aufgestellt werden. In eine Vorschlagsliste ist jeweils die doppelte Anzahl der zu wählenden ehrenamtlichen Richterinnen und Richter aufzunehmen.

Das Verwaltungsgericht Braunschweig hat der Stadt schriftlich mitgeteilt, dass aus den Vorschlägen der Stadt Braunschweig 18 Personen gewählt werden und die Vorschlagsliste demnach mindestens 36 Personen umfassen muss. Eine geringfügige Überschreitung wäre unproblematisch.

Die Vorschlagsrechte für die aufzustellende Liste verteilen sich in entsprechender Anwendung der Regelungen über die Besetzung der Ratsausschüsse gemäß § 71 Abs. 6 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) bei 36 Personen wie folgt auf die Fraktionen bzw. die Gruppe:

Fraktion SPD	12 Vorschläge
Fraktion CDU	9 Vorschläge
Fraktion GRÜNE	9 Vorschläge
Fraktion FDP	2 Vorschläge
Fraktion AfD	1 Vorschlag
Fraktion BIBS	1 Vorschlag
Gruppe DieFraktion.BS	3 Vorschläge

Machen nicht alle Fraktionen von ihrem Vorschlagsrecht umfassend Gebrauch, führt dies

nicht zur Fehlerhaftigkeit der Vorschlagsliste, sofern der Rat der Vorschlagsliste mit der gesetzlich vorgeschriebenen Mehrheit zustimmt. Gleiches gilt, wenn Fraktionen mehr Vorschläge unterbreiten, als ihnen nach den vorgenannten Verteilungsregelungen zustehen.

Bisher sind nicht alle Vorschlagsrechte wahrgenommen worden. In der Anlage sind Personen aufgeführt, die bis zur Erstellung der Vorlage von den Fraktionen benannt wurden oder die sich eigenständig um die Aufnahme in die Vorschlagsliste beworben haben, zum Teil aus dem Kreis der aktuell amtierenden ehrenamtlichen Richterinnen und Richter. Die vorliegenden Eigenbewerbungen kann der Rat bei seiner Entscheidung berücksichtigen.

Unter Einbeziehung der von den Fraktionen bisher nicht berücksichtigten Eigenbewerbungen stehen zurzeit insgesamt 38 Personen auf der vorläufigen Vorschlagsliste. Das VG erwartet entsprechend der gesetzlichen Regelung mindestens 36 Vorschläge.

Alle in der Anlage aufgeführten Personen erfüllen die Voraussetzungen für die Tätigkeit einer ehrenamtlichen Richterin oder eines ehrenamtlichen Richters am Verwaltungsgericht gemäß der §§ 20 bis 22 VwGO, soweit dies von der Verwaltung überprüft werden konnte (§ 20 VwGO: Deutsch, 25. Lebensjahr vollendet, Wohnsitz innerhalb des Gerichtsbezirks). Alle Personen haben bereits ihre Bereitschaft zur Übernahme des Ehrenamtes schriftlich erklärt und dabei das Vorliegen der weiteren Voraussetzungen bestätigt.

Gemäß § 28 Satz 4 VwGO ist für die Aufnahme in die Vorschlagsliste die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Rates, mindestens jedoch der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl erforderlich.

Die Vorschlagsliste muss dem Verwaltungsgericht bis zum 3. Februar 2025 übersandt werden.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Anlage zu dieser Vorlage wegen der enthaltenen Personendaten vertraulich zu behandeln ist. Aus diesem Grunde ist sie als nichtöffentliche Anlage klassifiziert.

Dr. Pollmann

Anlage/n:

Vorschlagsliste

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24852-01
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Braunschweig

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 0120 Referat Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung (Wahlen)	10.12.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:
Die Vorschlagsliste umfasst die in der Anlage lfd. Nr. 1 bis 39 genannten Personen.

Der Rat der Stadt Braunschweig stimmt dieser Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Braunschweig für die Amtsperiode vom 1. April 2025 bis zum 31. März 2029 zu.

Sachverhalt:
Die Amtsperiode der derzeit amtierenden ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Braunschweig (VG) endet am 31. März 2025. Die Neuwahl erfolgt durch einen Wahlausschuss am VG aus Vorschlagslisten der Kreise und kreisfreien Städte im Verwaltungsgerichtsbezirk (Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg, Landkreise Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel), die gemäß § 28 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) von den Vertretungskörperschaften aufgestellt werden. In eine Vorschlagsliste ist jeweils die doppelte Anzahl der zu wählenden ehrenamtlichen Richterinnen und Richter aufzunehmen.

Das Verwaltungsgericht Braunschweig hat der Stadt schriftlich mitgeteilt, dass aus den Vorschlägen der Stadt Braunschweig 18 Personen gewählt werden und die Vorschlagsliste demnach mindestens 36 Personen umfassen muss. Eine geringfügige Überschreitung wäre unproblematisch.

Die Vorschlagsrechte für die aufzustellende Liste verteilen sich in entsprechender Anwendung der Regelungen über die Besetzung der Ratsausschüsse gemäß § 71 Abs. 6 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) bei 36 Personen wie folgt auf die Fraktionen bzw. die Gruppe:

Fraktion SPD	12 Vorschläge
Fraktion CDU	9 Vorschläge
Fraktion GRÜNE	9 Vorschläge
Fraktion FDP	2 Vorschläge
Fraktion AfD	1 Vorschlag
Fraktion BIBS	1 Vorschlag
Gruppe DieFraktion.BS	3 Vorschläge

Machen nicht alle Fraktionen von ihrem Vorschlagsrecht umfassend Gebrauch, führt dies nicht zur Fehlerhaftigkeit der Vorschlagsliste, sofern der Rat der Vorschlagsliste mit der gesetzlich vorgeschriebenen Mehrheit zustimmt. Gleiches gilt, wenn Fraktionen mehr Vorschläge unterbreiten, als ihnen nach den vorgenannten Verteilungsregelungen zustehen.

Bisher sind nicht alle Vorschlagsrechte wahrgenommen worden. Nach Fertigstellung der Ursprungsvorlage hat die Gruppe DieFraktion.BS von einem weiteren, bisher nicht genutzten Vorschlagsrecht Gebrauch gemacht. In der Anlage sind alle Personen aufgeführt, die bis jetzt benannt wurden oder die sich eigenständig um die Aufnahme in die Vorschlagsliste beworben haben, zum Teil aus dem Kreis der aktuell amtierenden ehrenamtlichen Richterinnen und Richter. Die vorliegenden Eigenbewerbungen kann der Rat bei seiner Entscheidung berücksichtigen. Im Rahmen der Ergänzung wurde die Vorschlagsliste in der Anlage neu sortiert und um die Angabe zur vorschlagenden Fraktion bzw. Gruppe erweitert.

Unter Einbeziehung der bisher nicht berücksichtigten Eigenbewerbungen stehen zurzeit insgesamt 39 Personen auf der vorläufigen Vorschlagsliste. Das VG erwartet entsprechend der gesetzlichen Regelung mindestens 36 Vorschläge.

Alle in der Anlage aufgeführten Personen erfüllen die Voraussetzungen für die Tätigkeit einer ehrenamtlichen Richterin oder eines ehrenamtlichen Richters am Verwaltungsgericht gemäß der §§ 20 bis 22 VwGO, soweit dies von der Verwaltung überprüft werden konnte (§ 20 VwGO: Deutsch, 25. Lebensjahr vollendet, Wohnsitz innerhalb des Gerichtsbezirks). Alle Personen haben bereits ihre Bereitschaft zur Übernahme des Ehrenamtes schriftlich erklärt und dabei das Vorliegen der weiteren Voraussetzungen bestätigt.

Gemäß § 28 Satz 4 VwGO ist für die Aufnahme in die Vorschlagsliste die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Rates, mindestens jedoch der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl erforderlich.

Die Vorschlagsliste muss dem Verwaltungsgericht bis zum 3. Februar 2025 übersandt werden.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Anlage zu dieser Vorlage wegen der enthaltenen Personendaten vertraulich zu behandeln ist. Aus diesem Grunde ist sie als nichtöffentliche Anlage klassifiziert.

Dr. Pollmann

Anlage/n:
Ergänzte Vorschlagsliste

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24853
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Vorschlag einer Person für das Amt einer ehrenamtlichen Richterin / eines ehrenamtlichen Richters am Sozialgericht Braunschweig

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 0120 Referat Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung (Wahlen)	05.12.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:
Die Stadt Braunschweig schlägt Frau Dagmar Gaida zur Berufung als ehrenamtliche Richterin am Sozialgericht Braunschweig vor.

Sachverhalt:
Gemäß § 14 Abs. 4 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) werden die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter, die in den Kammern für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes in der Sozialgerichtsbarkeit mitwirken, von den Kreisen und kreisfreien Städten vorgeschlagen.

Auf Vorschlag der Stadt Braunschweig wurden zuletzt im Frühjahr 2020 zwei ehrenamtlichen Richterinnen für diese Kammern berufen.

Das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen hat die Stadt Braunschweig schriftlich aufgefordert, jetzt eine weitere Person für dieses Ehrenamt vorzuschlagen, da sich die Anzahl der insgesamt eingesetzten ehrenamtlichen Richterinnen und Richter in den oben genannten Kammern erhöht hat und der Stadt Braunschweig somit ein weiteres Vorschlagsrecht zufällt.

Für diesen Vorschlag findet § 71 Abs. 6 NKomVG keine Anwendung, da sich das Vorschlagsrecht auf eine Person beschränkt. Vielmehr richtet sich das Verfahren nach § 66 Abs. 1 NKomVG, sodass es dem Rat obliegt, einen Vorschlag mit der erforderlichen Mehrheit zu beschließen.

Bezugnehmend auf das Schreiben der Verwaltung vom 11. November 2024 an alle Fraktionen und die Gruppe im Rat der Stadt Braunschweig, hat die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Frau Dagmar Gaida vorgeschlagen. Der Verwaltung liegt eine Einverständniserklärung von Frau Gaida vor. Gründe, die gegen den Vorschlag sprechen, liegen nicht vor, soweit dies von der Verwaltung überprüft werden konnte.

Entsprechend § 28 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) ist für die Entscheidung über die Vorschläge die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Rates, mindestens jedoch die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl erforderlich.

Dr. Pollmann

Anlage/n:

keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24855
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Öffentliche Ausschreibung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	06.12.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

Die Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat ist gemäß anliegendem Ausschreibungstext öffentlich auszuschreiben.

Sachverhalt:

Mit Beschluss vom 5. November 2024 hat der Rat über die antragsgemäße Entlassung von Herrn Stadtrat Herlitschke entschieden (Drucksache 24-24444). Damit ist die Stelle der Leiterin/des Leiters des Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernates ab 1. Januar 2025 vakant.

Gemäß § 109 Abs. 1 Satz 3 NKomVG ist die Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat öffentlich auszuschreiben. Der Rat entscheidet über die Ausschreibung und deren Inhalt.

Die als Anlage beigefügte Stellenausschreibung soll in der Braunschweiger Zeitung, der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, der Süddeutschen Zeitung sowie im Internet unter www.braunschweig.de veröffentlicht werden.

Für die Dauer der Vakanz der Leitung des Dezernates VIII habe ich festgelegt, dass der Fachbereich 65 Gebäudemanagement sowie die Referate 0650 Hochbau und 0680 Grün- und Freiraumplanung vorübergehend dem Dezernat III zugeordnet werden. Im Übrigen wird die Vertretung der Dezernatsleitung wie für den Fall der Abwesenheitsvertretung durch die Leitung des Fachbereichs 68 Umwelt wahrgenommen.

Dr. Kornblum

Anlage/n:

Entwurf der Stellenausschreibung

Die Stadtverwaltung Braunschweig mit über 4.000 Beschäftigten bietet attraktive und anspruchsvolle Arbeitsplätze, auf denen Sie Verantwortung für das Leben in der Löwenstadt übernehmen können. Wir bieten zukunftssichere Arbeitsplätze mit

- großzügigen Gleitzeitregelungen, Telearbeit und Teilzeitbeschäftigung zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- einem vielseitigen Fortbildungsprogramm
- Sozialberatung und betrieblicher Gesundheitsförderung und dem Firmenfitnessprogramm „Hansefit“
- einem vergünstigten Ticket für den Personennahverkehr

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt ist der folgende Dienstposten zu besetzen:

Stadträtin oder Stadtrat
für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat
(Kenn-Nr. 2024/285)

Die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber wird auf Vorschlag des Oberbürgermeisters vom Rat für eine Amtszeit von acht Jahren in das Beamtenverhältnis auf Zeit gewählt. Die Dienstbezüge richten sich nach BesGr. B 6, zzgl. wird eine Dienstaufwandsentschädigung gewährt.

Das Dezernat umfasst den Fachbereich Umwelt, den Fachbereich Stadtgrün, das Sportreferat, den Fachbereich Gebäudemanagement sowie das Referat Hochbau.

Eine Änderung der Dezernatseinteilung bleibt vorbehalten.

Die Bewerberinnen und Bewerber müssen die allgemeinen beamtenrechtlichen Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis erfüllen. Sie müssen die für das Amt erforderliche Eignung, Befähigung und Sachkunde besitzen. Eine abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulausbildung in den Bereichen Architektur, Bauingenieurwesen, Umweltingenieurwesen oder in einem vergleichbaren technischen Studiengang werden vorausgesetzt.

Gesucht wird eine tatkräftige, darstellungsfähige und zielstrebige Persönlichkeit mit Durchsetzungsvermögen, Kreativität und Führungserfahrung. Nachgewiesene mehrjährige praktische Kenntnisse in den Schwerpunktgebieten des Dezernates sowie in der verantwortlichen Durchführung von Großprojekten werden vorausgesetzt. Erfahrungen in der kommunalen Selbstverwaltung sowie Verständnis für das Spannungsfeld zwischen Politik und Verwaltung sind wünschenswert.

Nähere Informationen zur Stadt Braunschweig erhalten Sie unter www.braunschweig.de.

Die Stadt Braunschweig strebt an, den Frauenanteil in der Dezernatsebene zu erhöhen. Daher werden besonders Frauen aufgefordert, sich zu bewerben. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

In der Stadtverwaltung Braunschweig gehört der Umgang mit kultureller Vielfalt, die Kommunikation und Interaktion zwischen Menschen verschiedener Herkunft und Lebensweisen zum Alltag. Im Zuge der Interkulturellen Öffnung der Verwaltung freut sich die Stadt Braunschweig über Bewerberinnen und Bewerber aller Nationalitäten.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Zeugnisabschriften und sonstige Unterlagen über den beruflichen Werdegang sowie Angabe von Referenzen) sind bis zum
10. Januar 2025 zu richten an:

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Thorsten Kornblum
-persönlich-
Postfach 33 09
38023 Braunschweig

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!

Absender:
CDU-Fraktion im Rat der Stadt

24-24855-01
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Öffentliche Ausschreibung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat Änderungsantrag zur Vorlage 24-24855

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	10.12.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschlussvorschlag:
Auf eine Ausschreibung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat wird verzichtet.

Das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat wird aufgelöst und die momentan zugeordneten Verwaltungseinheiten werden wie folgt aufgeteilt:

- Fachbereich 68 (Umwelt) wird in das Dezernat I des Oberbürgermeisters verlagert

- Fachbereich 65 (Gebäudemanagement) wird in das Dezernat III verlagert

- Referat 0650 (Hochbau) wird in das Dezernat III verlagert

- Fachbereich 67 (Stadtgrün) wird in das Dezernat VII verlagert; dabei werden das Referat 0670 (Sportreferat) und das Referat 0680 (Grün- und Freiraumplanung) in den Fachbereich 67 integriert.

Die Verwaltung wird gebeten, eine Änderung der Hauptsatzung dergestalt vorzubereiten und zum Beschluss vorzulegen, wonach die Zahl der Beamten auf Zeit (§ 10) um eins reduziert wird.

Sachverhalt:
Die Begründung erfolgt mündlich.

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24858
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Bevollmächtigung eines städtischen Vertreters zur Wahrnehmung der Rechte der Stadt Braunschweig in der Generalversammlung der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	05.12.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

„Die Rechte der Stadt in der Generalversammlung der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG wird ab dem 01.01.2025

Herr Leitender Gewerbedirektor Thomas Gekeler
(Wahl gem. § 67 NKomVG)

wahrnehmen."

Sachverhalt:

Die Mitglieder der Genossenschaft üben ihre Rechte in den Angelegenheiten der Genossenschaft in der Generalversammlung aus.

Im Rahmen des Wechsels der Leitung des Fachbereiches Gebäudemanagement hat mit Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig (DS 24-23872) Herr Franke die Wahrnehmung der Rechte der Stadt Braunschweig in der Generalversammlung der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG übernommen.

Mit Niederlegung des Amtes von Herrn Stadtrat Holger Herlitschke soll Herr Franke als Mitglied des Aufsichtsrates der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG entsandt werden. Herr Franke soll somit nicht mehr die Rechte der Stadt in der Generalversammlung wahrnehmen. Herr Leitender Gewerbedirektor Thomas Gekeler soll als Leiter des Fachbereiches Umwelt die Wahrnehmung der Rechte in der Generalversammlung der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG übernehmen.

Gemäß § 43 Abs. 4 Satz 2 Genossenschaftsgesetz üben u. a. juristische Personen ihr Stimmrecht durch den gesetzlichen Vertreter aus, der sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen kann (§ 43 Abs. 5 Genossenschaftsgesetz).

Die Generalversammlung einer Genossenschaft ist ein der Gesellschafterversammlung entsprechendes Organ. Somit ist das Verfahren gem. § 138 Abs. 1 Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) anzuwenden. Da nur ein städtischer Vertreter

die Rechte der Stadt in der Generalversammlung der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG wahrnimmt, erfolgt eine Wahl gemäß § 67 NKomVG.

Geiger

Anlage/n:

Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24857
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Bestellung eines städtischen Vertreters im Aufsichtsrat der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	05.12.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

„Herr Stadtrat Holger Herlitschke wird zum 31.12.2024 aus dem Aufsichtsrat der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG abberufen und

Herr Technischer Beschäftigter Dirk Franke
(Beschluss gem. § 66 NKomVG)

wird in den Aufsichtsrat der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG entsandt.“

Sachverhalt:

Im Rahmen der Beschlüsse zur Gründung einer Genossenschaft wurde Herr Stadtrat Herlitschke als Leiter des Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernates in den Aufsichtsrat der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG entsandt (DS 21-17389).

Mit Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig vom 5. November 2024 wird Herr Stadtrat Holger Herlitschke antragsgemäß mit Ablauf des 31. Dezember 2024 aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit entlassen (DS 24-24444). Herr Technischer Beschäftigter Dirk Franke soll nunmehr anstelle von Herrn Herlitschke in den Aufsichtsrat entsendet werden.

Gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Satzung der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG wird u. a. der Stadt Braunschweig ein Entsenderecht in den Aufsichtsrat eingeräumt.

Nach § 138 Abs. 3 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) entscheidet der Rat über die Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat von Kapitalgesellschaften, sofern der Kommune aufgrund der Ausgestaltung der jeweiligen Gesellschaftsverträge ein entsprechendes Entsenderecht zusteht.

Geiger

Anlage/n:

Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24635
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Berufung von einem Stellvertretenden Ortsbrandmeister

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	08.11.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 111 Hondelage-Volkmarode (Anhörung)	21.11.2024	Ö
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	28.11.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

Das nachstehend aufgeführte Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

Lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Schapen	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Bordfeld, Olaf

Sachverhalt:

Die Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr hat den Obengenannten als Stellvertretenden Ortsbrandmeister vorgeschlagen.

Die für die Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis geforderten fachlichen und beamtenrechtlichen Voraussetzungen werden erfüllt.

Die Zuständigkeit des Rates ergibt sich aus § 20 Abs. 4 des Nieders. Brandschutzgesetzes.

Dr. Pollmann

Anlage/n:

keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24748
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Braunschweig Beteiligungen GmbH
Schaffung einer "Braunschweig Digital GmbH"

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	03.12.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	05.12.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

„Der Schaffung einer „Braunschweig Digital GmbH“ auf Grundlage des vorliegenden Konzepts wird zugestimmt.“

Sachverhalt:

1. Ausgangslage

Die in den Konzerngesellschaften durchgeführten IT-Analysen haben gezeigt, dass die aktuelle IT-Landschaft des Konzerns Stadt Braunschweig von einer hohen Heterogenität geprägt ist. Verschiedene IT-Systeme und -Strategien innerhalb der städtischen Gesellschaften führen zu Ineffizienzen und bergen Sicherheitsrisiken. Eine einheitliche IT-Strategie für die Konzerngesellschaften fehlt bislang. Die Digitalisierung bietet die Chance, diese strukturellen Defizite zu überwinden und eine zukunftsfähige IT-Infrastruktur zu etablieren.

Um den komplexen zukünftigen Herausforderungen vor diesem Hintergrund gerecht zu werden und eine effiziente, sichere sowie innovative IT-Basis zu schaffen, wird die Schaffung der "Braunschweig Digital GmbH" vorgeschlagen. Diese Gesellschaft soll als zentrale IT-Dienstleisterin zunächst für die Konzerngesellschaften fungieren und durch die Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen wesentliche Synergien schaffen. Hierfür wurde in Zusammenarbeit zwischen der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) und der skbs.digital GmbH (100%ige Tochtergesellschaft der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH – skbs) das als Anlage beigefügte Konzept erstellt.

Die geplante Umstrukturierung und Schaffung der "Braunschweig Digital GmbH" soll durch die Herauslösung der skbs.digital GmbH bei der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH und Integration als „Braunschweig Digital GmbH“ im Teilkonzern BSBG erfolgen.

2. Ziele und Chancen

Die Schaffung der "Braunschweig Digital GmbH" soll perspektivisch folgende strategische Ziele verfolgen:

- Konsolidierung und Standardisierung der IT-Infrastruktur
- Erhöhung der IT-Sicherheit
- Förderung von Innovation
- Multiplikation der Anwendung „Babybauch“

Die Schaffung der "Braunschweig Digital GmbH" bietet eine Chance, die Herausforderungen der digitalen Zukunft aktiv anzugehen.

3. Risiken und Herausforderungen

Die Umstrukturierung und Schaffung der "Braunschweig Digital GmbH" ist mit folgenden Herausforderungen verbunden, die jedoch durch sorgfältige Planung und Abstimmung aller Beteiligten bewältigt werden können:

- Bedarf Investitionen
- Fehlendes gemeinsames Verständnis
- Erhalt der Inhousefähigkeit

Inhaltliche Ausführungen zu den unter 2 und 3 genannten Punkten sind im beigefügten Konzept dargestellt.

4. Beratung in den Aufsichtsräten von BSBG und skbs

Der Aufsichtsrat der BSBG hat in seiner Sitzung am 20. November 2024 der Gründung einer „Braunschweig Digital GmbH“ als Tochtergesellschaft der BSBG auf Grundlage des beigefügten Konzepts unter Vorbehalt der Darstellung der Werthaltigkeit des Kaufpreises der Babybauch GmbH sowie der inhousefähigen Inanspruchnahme von Dienstleistungen zugestimmt und hat der Gesellschafterversammlung empfohlen, dem Erwerb der skbs.digital GmbH unter diesen Rahmenbedingungen auf Grundlage des vorliegenden Konzepts zuzustimmen.

Der Aufsichtsrat der skbs hat der Gesellschafterversammlung des skbs in seiner Sitzung am 26. November 2024 empfohlen, dem Verkauf und der Überführung der skbs.digital GmbH auf Grundlage des vorliegenden Konzepts zuzustimmen.

Aufgrund der aufgeworfenen Fragestellungen im Aufsichtsrat der BSBG wurde seitens der skbs.digital eine ergänzende Einschätzung der Risiken mit folgendem Ergebnis vorgelegt:

<u>Inhousefähige Inanspruchnahme von Dienstleistungen</u>

Die skbs.digital GmbH bzw. zukünftige Braunschweig Digital GmbH ist wie die Stadt oder das skbs bei der Vergabe von Aufträgen an externe Dritte grundsätzlich zur Beachtung der Vergabevorschriften verpflichtet.

Sofern die Voraussetzungen für ein vergabefreies Inhouse-Geschäft gem. § 108 GWB (ähnliche Kontrolle wie über eine eigene Dienststelle, mind. 80 % der Umsätze im städtischen Konzern, keine direkte private Kapitalbeteiligung) gewahrt sind, können die städtischen Konzerngesellschaften die skbs.digital GmbH bzw. zukünftige Braunschweig Digital GmbH direkt ohne Ausschreibung beauftragen.

Da die Babybauch GmbH ihre Aufträge am Markt akquiriert, ist sie wie ein externer Dritter zu behandeln. Da sie aber eine eigenständige Gesellschaft bildet, wird dadurch die Inhousefähigkeit der skbs.digital GmbH bzw. zukünftige Braunschweig Digital GmbH nicht berührt.

<u>Werthaltigkeit Babybauch GmbH</u>
Der WMCF Report ist im März 2024 zu einem Bewertungsansatz in Höhe von 512 bis 600 T€ gekommen. Dabei wurde für 2024 ein Umsatz in Höhe von 240 T€ angenommen.

Die geplanten Neukunden werden in 2024 aber nicht erreicht. Daher ist von einem Umsatz von ca. 130 – 140 T€ auszugehen.

Nach der angewandten Methode würde sich damit ein aktueller Wert von ca. 340 Tsd. € errechnen. Ein Ausfall der Projektleitung und eine Veränderung in der Geschäftsführung haben im Großteil des laufenden Jahres zu einem Ausfall von Vertriebs- und Marketingaktivitäten geführt. Hinzu kommt, dass Geburtskliniken als einzige Umsatzquelle den finanziellen sowie personellen Aufwand scheuen.

Im Oktober 2024 wurde eine neue Projektleitung eingesetzt. Im November 2024 wurde die App durch eine neue Version mit sehr positiven Rückmeldungen aufgewertet.

Ein neues Geschäftsmodell wurde erarbeitet und befindet sich in der Umsetzung.
Durch zukünftige Reduzierung der Gebühr für Geburtskliniken, das Einrichten von regionalen Netzwerken, der Schaffung von gebührenpflichtigen Leistungen für operative Partner sowie permanenter Weiterentwicklung gemäß Kundenanforderungen zur Erhöhung des Anwendernutzens soll ein nachhaltiges Wachstum erreicht werden.

Die Übertragbarkeit des Babybauch-Konzeptes auf andere Anwendungsszenarien wurde im Rahmen der Preisindikation nicht bewertet. So können das Datenschutzkonzept, rechtliche Konzepte (von AGB bis Einwilligungserklärung), fachliche Konzepte, technische Konzepte sowie Vermarktungs- und Schulungskonzepte auch für andere Anwendungsszenarien wiederverwendet werden. Ebenfalls sind die inhaltlich in Babybauch getätigten Investitionen auch an vielen Stellen in neuen Anwendungsfällen erneut nutzbar. Die potenziellen Investitionskosten für neue Anwendungsfälle werden rd. 50-70% unterhalb eines Neuprojektes liegen. Im Betrieb neuer Anwendungsfälle kommen weitere Ersparnisse im Betrieb hinzu.

5. Finanzielle Auswirkungen

Auf Grundlage der vorliegenden Bewertung der Unternehmenswerte für die skbs.digital GmbH und die Babybauch GmbH ergibt sich ein Kaufpreis in einem Wertebereich von 850 bis 1.050 T€ für die skbs.digital und die Babybauch GmbH, welcher von der BSBG an das skbs zu zahlen wäre.

Zwischen der Stadt Braunschweig und der BSBG wurde eine mögliche Finanzierung abgestimmt und im Wirtschaftsplan 2025 der BSBG berücksichtigt:

Zur finanziellen Abwicklung ist vorgesehen, dass die Stadt Braunschweig eine Zuführung zur Kapitaleinlage in Höhe des außerordentlichen Ertrags bei skbs in die BSBG leistet. Der Restbetrag könnte über den Cashpool finanziert und in Kombination mit einem Anreizsystem über 3 Jahre getilgt werden.

6. Weiteres Vorgehen

Dieser Beschluss soll der grundsätzlichen Zustimmung zur Änderung in der Konzernstruktur und als Grundlage für die weitere Erarbeitung der vertraglichen Grundlagen zwischen BSBG und skbs dienen. Vor einer praktischen Umsetzung der Schaffung einer „Braunschweig Digital GmbH“ wird eine Beschlussfassung in den Gesellschafterversammlungen der BSBG und der skbs auf Grundlage von Anweisungsbeschlüssen erforderlich. Hierfür ist ein weiterer städtischer Gremienlauf vorgesehen.

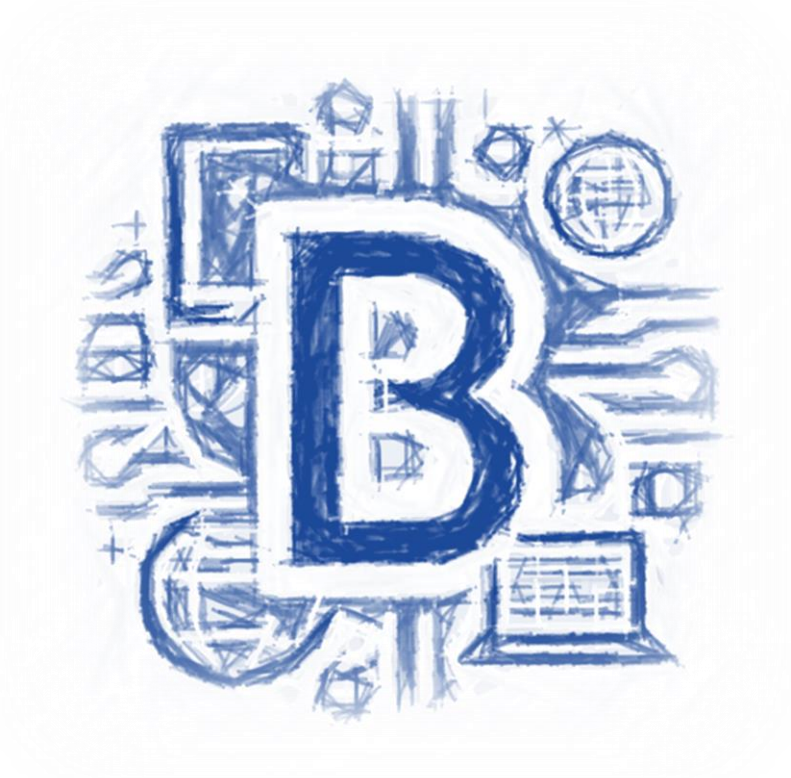
Gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 11 NKomVG entscheidet grundsätzlich der Rat über die Errichtung, Gründung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, teilweise oder vollständige Veräußerung, Aufhebung oder Auflösung von Unternehmen, insbesondere von Gesellschaften in einer Rechtsform des privaten Rechts.

Geiger

Anlage/n:
Konzept zur Schaffung einer „Braunschweig Digital GmbH“

Schaffung einer „Braunschweig Digital GmbH“ für den Konzern „Stadt Braunschweig“

KONZEPT



Braunschweig
Löwenrudel
Wir für uns. Für Braunschweig.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis *III*

Tabellenverzeichnis *III*

Management Summary *4*

1 Ausgangslage für den Konzern Stadt Braunschweig *5*

1.1 Allgemeine Situation **5**

1.2 IT-Landschaft im Konzern Stadt Braunschweig **6**

2 Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung im Konzern Stadt Braunschweig *7*

2.1 Notwendige Voraussetzungen für die Weiterentwicklung **7**

2.2* IST - Analyse – Potentiale für zukunftsfähige IT - Infrastruktur unter Einbindung der *skbs.digital GmbH **8**

2.3 Vorhandene Organisation gute strukturelle Grundlage für Fortentwicklung **10**

2.4 skbs.digital - ein Erfolgsmodell **10**

2.5 Mehrwerte und Chancen durch Fortentwicklung **12**

2.5.1 Synergien nutzen und Mehrwerte schaffen 13

2.5.2 Impulsgeber für Innovation 14

2.5.3 Wissen und Kompetenz konzernintern bündeln 15

2.6 Risiken und Herausforderungen der Fortentwicklung **16**

2.6.1 Langfristige Investition 16

2.6.2 Gemeinsames Verständnis erforderlich 16

2.6.3 Inhousefähigkeit einer “Braunschweig Digital GmbH” 17

2.7 Babybauch GmbH **18**

2.7.1 Historie 18

2.7.2 Die Babybauch App - Produktbeschreibung 18

2.7.3 Ausblick 19

2.7.4 Übertragung des Konzepts auf andere Anwendungsfälle 19

3 Gesellschaftsrechtliche Umsetzung *19*

3.1 Eingliederung in BSBG-Teilkonzern **20**

3.2 Share-Deal oder Asset-Deal **21**

3.3 Kaufpreisindikation *skbs.digital GmbH* und *Babybauch GmbH* **26**

3.4 Finanzielle Abwicklung **29**

Literaturverzeichnis *IV*

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: BSBG und skbs.digital GmbH als Impulsgeber 11
Abbildung 2: Mehrwerte neuer Governancestrukturen für den Konzern Stadt Braunschweig 14
Abbildung 3: Kompetenzen der Braunschweig Digital GmbH 15
Abbildung 5: Babybauch-App für Braunschweig – Kommunikation 18
Abbildung 6: Babybauch - App 18
Abbildung 7: Babybauch - Logo 19
Abbildung 7: Eingliederung der skbs.digital GmbH in die BSBG 21
Abbildung 8: Schematische Darstellung des Share Deals - Option 1 22
Abbildung 9: Schematische Darstellung des Asset Deals – Option 2 23
Abbildung 10: Schematische Darstellung Asset Deal - Option 3 24
Abbildung 11: Schematische Darstellung Asset Deal - Option 4 24

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Asset Deal versus Share Deal 26
Tabelle 2: Darstellung werterhöhender und wertmindernder Einflussfaktoren 27
Tabelle 3: Würdigung der herangezogenen Bewertungsmethoden 28

Management Summary

Vorbemerkung

Im Zuge der Digitalisierung strebt die Stadt Braunschweig an, die Effizienz und Innovationskraft ihrer IT-Infrastruktur zu steigern. Hierzu wird die Gründung der "Braunschweig Digital GmbH" vorgeschlagen. Diese Gesellschaft soll als zentrale IT-Dienstleisterin für die Konzerntöchter der Stadt Braunschweig agieren und durch die Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen Synergien schaffen.

Ausgangslage

Die IT-Landschaft des Konzerns Stadt Braunschweig ist derzeit sehr heterogen. Es existieren unterschiedliche IT-Systeme und -Strategien innerhalb der städtischen Gesellschaften, die zu Ineffizienzen und Sicherheitsrisiken führen. Eine einheitliche IT-Strategie fehlt bislang, was die Zusammenarbeit und den Austausch von Daten erschwert.

Ziele und Chancen

Die Hauptziele der Gründung der Braunschweig Digital GmbH sind:

- **Konsolidierung der IT-Infrastruktur:**
  Durch die Zentralisierung der IT-Dienste sollen Doppelstrukturen abgebaut und Datensilos vermieden werden.
- **Erhöhung der IT-Sicherheit:**
  Ein standardisiertes Sicherheitskonzept soll umgesetzt werden, um den Anforderungen des Gesetzgebers gerecht zu werden.
- **Förderung von Innovation:**
  Die Gesellschaft soll als Impulsgeberin bzw. Dienstleisterin für innovative Projekte wie Smart City und künstliche Intelligenz fungieren.

Vorgehensweise

Die Integration der neuen Gesellschaft erfordert eine sorgfältige Planung und Berücksichtigung verschiedener Faktoren:

1. **Kulturelle Kompatibilität:**
   Die Unternehmenskultur der neuen Einheit muss mit der des bestehenden Konzerns harmonieren, um Reibungsverluste zu minimieren.
2. **Operative Synergien:**
   Effizienzsteigerungen sollen durch die Homogenisierung und Konsolidierung von Prozessen erzielt werden.
3. **Rechtliche Rahmenbedingungen:**
   Alle relevanten gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen müssen erfüllt werden, um rechtliche Risiken zu vermeiden.

Risiken und Herausforderungen

Der Übergangsprozess birgt Herausforderungen wie:

- **Langfristige Investitionen:**
  Die initialen Kosten für die Umstrukturierung sind hoch, doch langfristig werden erhebliche Einsparungen erwartet.
- **Gemeinsames Verständnis:**
  Alle Beteiligten müssen ein gemeinsames Verständnis und eine Vision für die zukünftige IT-Landschaft entwickeln.
- **Inhousefähigkeit:**
  Die Fähigkeit, wesentliche IT-Dienstleistungen intern zu erbringen, muss aufgebaut und kontinuierlich erweitert werden.

Ausblick

Die Schaffung der Braunschweig Digital GmbH bietet die Möglichkeit, die IT-Infrastruktur der Stadt Braunschweig zukunftsfähig zu gestalten. Durch die Nutzung von Synergien, die Förderung von Innovation und die Konsolidierung der IT-Ressourcen wird die Stadt Braunschweig besser auf die Herausforderungen der digitalen Zukunft vorbereitet sein.

Fazit

Die Gründung der Braunschweig Digital GmbH ist ein strategisch wichtiger Schritt für den Konzern Stadt Braunschweig. Durch eine zentrale IT-Dienstleisterin werden nicht nur Kosten gesenkt und Effizienzen gesteigert, sondern auch die Innovationskraft und IT-Sicherheit erhöht. Ein erfolgreicher Übergang erfordert sorgfältige Planung und ein gemeinsames Verständnis aller Beteiligten.

1 Ausgangslage für den Konzern Stadt Braunschweig

Um den Anforderungen der digitalen Transformation gerecht zu werden, beschäftigt sich der „Konzern Stadt Braunschweig“ intensiv mit der Weiterentwicklung und Implementierung zukunftsfähiger aufbau- und ablauforganisatorischer Strukturen. In einer ersten IST-Analyse wurden konkrete Handlungsbedarfe identifiziert, um den Konzern Stadt Braunschweig zukunftsorientierter, gegenüber exogenen Schocks widerstandsfähiger sowie innovationsfähiger aufzustellen. In diesem Kontext beabsichtigt die Stadt Braunschweig die 100 % Tochtergesellschaft, die *skbs.digital GmbH*, sowie ihre 100 % Enkelgesellschaft, die Babybauch GmbH, in die *Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft* (*BSBG*) zu integrieren.

1.1 Allgemeine Situation

Auch nach Angaben des statistischen Bundesamts spielt der der demografische Wandel bei der Entwicklung des Angebots von Arbeitskräften in Deutschland eine zentrale Rolle. Ein Großteil der heute Erwerbstätigen gehört zur Generation der Babyboomer und geht in den nächsten rund 15 Jahren in den Ruhestand. Die jüngeren Altersgruppen können die entstehende Lücke nicht füllen. Die Zahl der Menschen im Erwerbsalter (hier: von 20 bis 66 Jahren) wird in den kommenden Jahren abnehmen (zentrales Ergebnis der 15. Koordinierten Bevölkerungs-Vorausberechnung).

Auch wenn der Fachkräftemangel durch die Konjunkturschwäche dem Jahr 2022 deutlich abgenommen hat, meldeten im Oktober 2023 meldeten 38,7 % der Unternehmen im KfW-ifo-Fachkräftebarometer eine Behinderung ihrer Geschäftstätigkeit durch fehlende Fachkräfte. Der Fachkräftemangel ist aber trotz der konjunkturellen Schwäche im historischen Vergleich immer noch sehr hoch. Knapp 52 Prozent der Unternehmen, die Dienstleistungen in der Telekommunikation erbringen, sehen ihre Geschäftstätigkeit durch fehlende Fachkräfte beeinträchtigt. Unter den IT-Dienstleistern geben knapp 50 Prozent an, dringend Fachkräfte zu benötigen.

Auch wenn in Deutschland die Digitalisierung nur langsam voranschreitet (siehe u. a. Ergebnis des Online-Zugangs-Gesetzes) und Deutschland nach einer statistischen Erhebung aus dem Jahr 2022 mit Platz 13 der Länder der Europäischen Union nur einen Platz im Mittelfeld leicht über dem EU-Durchschnitt belegt, wird nur aus Sicht der Kundinnen und Kunden bzw. Bürgerinnen und Bürger ein besseres digitales Angebot erwartet, sondern auch vom Gesetzgeber weiter forciert (siehe u. a. E-Rechnungspflicht mit Beschlussfassung über das Wachstumschancengesetz im März 2024).

Die kommunalen Haushalte stehen stark unter Druck. Haushaltsplanungen gehen von hohen Defiziten in den kommenden Jahren und einer demografisch bedingten starken Personalfluktuation aus. Die Perspektive der staatlichen und kommunalen Steuereinnahmen zeigt nach aktuellem Stand auf Grund der konjunkturellen Schwächen keinen starken Anstieg wie in den Jahren, sondern geht von einer Abschwächung des Anstiegs aus. Dies erhöht den Druck auf die öffentlichen Haushalte noch mehr, da die hohe Inflation sowie starke Personalkostensteigerungen den dauerhaften Ausgabensockel erhöht haben.

Im Ergebnis führt dies auch in den öffentlichen Unternehmen, die als Verlustunternehmen über den öffentlichen Haushalt finanziert werden bzw. als Gewinnunternehmen einen Ergebnisanteil an die öffentlichen Haushalte abführen, dazu, dass diese Ihr Angebot zukünftig effizienter mit begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen erbringen müssen. Weder Geld noch Mitarbeitende sind in unbegrenztem Umfang vorhanden.

Die IT-Kosten werden auch zukünftig hierbei eine relevante Größe darstellen und durch die erforderlichen Prozesse zur Digitalisierung tendenziell eher steigen als sinken, was den Druck zur Schaffung effizienter Strukturen weiter erhöht.

Alle zuvor genannten Faktoren führen zu einem bestehenden und weiter zunehmenden Digitalisierungs- und Innovationsdruck.

1.2 IT-Landschaft im Konzern Stadt Braunschweig

Für die Stadt Braunschweig als Gesellschafterin aller städtischen Gesellschaften wurde durch den Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig im Dezember 2018 eine “IT-Strategie 2018 für die Stadtverwaltung” beschlossen. Bei den priorisierten Maßnahmen wurde im Bereich Technik und Infrastruktur eine Maßnahme “Gemeinsame Nutzung von Ressourcen & Infrastrukturen im Konzern” definiert. Dabei sollen alle IT-Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen eines Programmmanagements in Hinblick auf eine synergetische Nutzung im Konzernverbund überprüft werden.

Für die städtischen Gesellschaften liegt keine gemeinsame IT-Strategie vor. Hier obliegt es den Geschäftsführungen der einzelnen Gesellschaften, die Strategie für die Gesellschaft festzulegen.

Im Jahr 2021 wurde eine Ratsanfrage zu einer kritischen IT-Sicherheitslücke („Log4Shell“) gestellt. Die Anfrage bezog sich auf das IT-System der Kernverwaltung und die IT-Systeme der städtischen Gesellschaften. Im Zuge der Beantwortung wurde deutlich, dass die IT-Landschaft des „Konzerns Stadt Braunschweig“ sehr heterogen ist.

Das Beteiligungsmanagement im Fachbereich Finanzen hat diesen Umstand zum Anlass genommen, die IT-Landschaft der städtischen Gesellschaften durch die *skbs.digital GmbH* genauer analysieren zu lassen. Hierzu liegen zwei IT-Analysen aus den Jahren 2023 und 2024 vor.

Aus diesen ergibt sich folgendes Bild:
Das IT-Budget p.a. (Investition, Aufwand) der städtischen Gesellschaften liegt im 2-stelligen Millionenbereich, jedoch mit einer starken Varianz innerhalb der Gesellschaften (< 10.000 Euro > 1.000.000 Euro). Mehr als die Hälfte der städtischen Gesellschaften (60%) beschäftigen im Fachbereich IT zwischen 0 bis 5 Mitarbeitende. Rund ein Drittel sind an das städtische Netzwerk angeschlossen. Fünf Gesellschaften betreiben jeweils ein eigenes Rechenzentrum. Die Gesellschaften nutzen zur Erbringung Ihrer Dienstleistungen unterschiedliche Virtualisierungsplattformen, Antiviren-, sowie Print-Output Management Systeme. Diese werden zum Großteil vor Ort bereitgestellt. Einige Gesellschaften nutzen jedoch bereits hybride als auch Cloud basierte Lösungen.

2 Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung im Konzern Stadt Braunschweig

2.1 Notwendige Voraussetzungen für die Weiterentwicklung

Die Weiterentwicklung der *skbs.digital GmbH* in der Konzernstruktur des Konzerns Stadt Braunschweig ist ein anspruchsvoller und komplizierter Prozess. Um die Erfolgswahrscheinlichkeit solcher Transition zu erhöhen, bedarf es einer sorgfältigen Planung und Strukturierung des Vorhabens. Darüber hinaus sollten bestimmte Voraussetzungen[1] gegeben sein, um den Übernahmeprozess erfolgreich zu gestalten.

- **Kompatibilität der Unternehmens- / Organisationskultur**
  Eine ähnliche, anschlussfähige Unternehmenskultur erleichtert die Integration der Organisationseinheit in die Konzernstruktur. Die Unternehmens- / Organisationskultur der *BSBG* scheint über vergleichbare Gestaltungsspielräume zu verfügen, wie sie in der *skbs.digital GmbH* vorliegen. Allerdings ist davon auszugehen, dass die *skbs.digital GmbH* ihren Mitarbeitenden größere Gestaltungsspielräume gewährt als dies in der Konzernstruktur bisher üblich ist.

[1] Die Darstellung der Voraussetzungen erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

- **Operative Synergien**

  Die Identifikation und Nutzung operativer Synergien, beispielsweise durch die Konsolidierung und Homogenisierung von Prozessen, ist entscheidend. Es ermöglicht effizientere Abläufe und eine bessere Nutzung gemeinsamer Ressourcen.

- **Rechtliche und regulatorische Konformität**

  Das Geschäftsmodell muss alle relevanten rechtlichen und regulatorischen Anforderungen erfüllen. Die Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften ist unerlässlich, um rechtliche Risiken zu minimieren und die Integrität des Konzerns zu wahren.

- **Kompatibilität der Vision, Mission und strategischen Ausrichtung**

  Die Transition ist erfolgreicher, wenn die Unternehmensvisionen, Missionen und strategischen Ausrichtungen beider Parteien anschlussfähig sind und in einem transparenten Prozess konsolidiert werden. Eine gemeinsame Ausrichtung erleichtert die Zusammenarbeit und fördert ein gemeinsames Verständnis der Unternehmensziele.

Die Erfüllung der zuvor genannten Voraussetzungen erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Geschäftsmodelle bei einer Übernahme anschlussfähig sind und erfolgreich konsolidiert werden können.

Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration der *skbs.digital GmbH* in die *BSBG* scheinen gegeben zu sein. Zwar gibt es kulturelle Divergenzen sowie Unterschiede in Bezug auf Innovationskraft und -geschwindigkeit. Auch die formalen Entscheidungsprozesse, Freigabeschleifen und die Möglichkeiten, Gestaltungsspielräume auszunutzen, unterscheiden sich. Diese Differenzen sind jedoch nicht widersprüchlich und stellen somit kein Hindernis für eine erfolgreiche Übernahme der *skbs.digital GmbH* dar.

Ebenso unterscheiden sich beide Organisationen hinsichtlich der implementierten IT-Infrastruktur und IT-Strategie. Dennoch lässt sich feststellen, dass die vorhandenen Infrastrukturen anschlussfähig und kompatibel sind. Ein "Showstopper" für die erfolgsversprechende Integration der *skbs.digital GmbH* in die *BSBG* ist zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzeptpapiers nicht erkennbar.

2.2 IST - Analyse – Potentiale für zukunftsfähige IT - Infrastruktur unter Einbindung der *skbs.digital GmbH*

Die Ergebnisse der IT-Analyse des Konzerns Stadt Braunschweig zeigen zahlreiche Potentialthemen auf, sowohl strategischer als auch inhaltlicher Natur. Die Integration der *skbs.digital GmbH* verbunden mit den vorhandenen Ressourcen sowie des Knowhows ermöglichen eine wesentliche Beschleunigung in der Bearbeitung der identifizierten Potentialthemen, darunter:

AUFBAU EINER STANDARDISIERTEN, ZUKUNFTSFÄHIGEN IT-INFRASTRUKTUR / RECHENZENTRUM

- Entwickeln und Umsetzung des Zielbildes einer “Cloud-First” Strategie unter Berücksichtigung Kosten, IT-Sicherheit, Datenschutz, Flexibilität, Skalierbarkeit

- Vereinfachung der IT-Infrastruktur und Abbau von Datensilos sowie Sicherstellung eines übergreifenden Datennutzung durch Implementierung standardisierter Schnittstellen zwischen den Systemen und somit Gewährleistung von Interoperabilität
- Entwickeln einer Datenstrategie zur Vermeidung von Redundanzen sowie Fehlerminimierung und Sicherstellung der zukünftigen strukturierten Erfassung von Daten
- Nutzung aller vorhandenen Daten (plattformunabhängiger Datenpool) durch zielgenaue Auswertungen und in Zusammenhang dessen Ableitung von neuen Geschäftsmodellen sowie Optimierung von Prozessen

Entwicklung und Umsetzung einer effizienten Asset- Management- Strategie

- Entwicklung und Umsetzung einer Strategie und der damit in Zusammenhang stehenden Prozesse zum automatisierten Managen von Assets; hierzu zählen neben Hardware, Software, Lizenzen auch alle im Konzern Stadt Braunschweig vorhandenen IoT Geräte (Internet of things) wie z.B. WLAN Access Points, Drucker usw.
- Intelligentes Lizenzmanagement und somit effizientes Nutzen von Lizenzmobililät, insbesondere im Bereich der Lizenzierung Software as a Service
- Im Zusammenhang dessen sind die Prozesse Onboarding, Crossboarding, Offboarding zu berücksichtigen sowie die konsequente Umsetzung eines automatisierten IAM Systems (Identity Access Managements) auf Basis eines zentralen Rechte- und Rollensystems (Micrsoft Active Directory / Azure Active Directory)

IT-Service vor Ort

- Erarbeitung einer Kundenorientierten “Vor-Ort” IT-Service Strategie mit definierten Service Levels sowie permanentem Monitoring
- Proaktiver Support durch intelligente Tools zur Unterstützung, bevor ein Problem auftritt
- Nutzung eines System- und Anwenderübergreifendem Self-Service-Portal, digitalen Workflows, Video-/virtuellen Kundenunterstützung
- Effiziente und automatisierte Bearbeitung der Tickets mit Hilfe von KI-Technologien (KI-Agenten/Chatbots/...)

Standardisierte (Wirtschafts-)Planung

- Einführung einer über alle Gesellschaften standardisierten IT-Wirtschaftsplanung
- Zusammenhängende Mehrjahresbetrachtung von Invest- und Wartungs-/Aufwandskonten
- Berücksichtigung von Prioritäten (Kann/Muss) und Begründung sowie Darstellung Kosten/Nutzen (ROI) im Zusammenhang mit Kennzahlen, welche retrospektiv transparent auswertbar sind
- Zusammenführung und Konsolidierung/Standardisierung im Rahmen von Investitionsgespräche gemäß Unternehmens- und infolgedessen IT-Strategie

2.3 Vorhandene Organisation gute strukturelle Grundlage für Fortentwicklung

Der Konzern Stadt Braunschweig bietet eine umfassende Palette an kommunaler Daseinsvorsorge, die sowohl in öffentlich-rechtlicher Form (Kernverwaltung) als auch in privatrechtlicher Form (städtische Gesellschaften) erbracht wird. Diese umfasst Dienstleistungen vom Hafen über den Flughafen bis hin zum *Städtischen Klinikum Braunschweig gGmbH* (*SKBS*), einem Klinikum der Maximalversorgung mit regionaler Versorgungsfunktion. Zusätzlich gehören dazu die kommunale Wohnungsbaugesellschaft *Nibelungen Wohnbau GmbH* (*NiWo*) und die Hochbausparte der *Struktur-Förderung Braunschweig GmbH* (*SFB*), die alternative Beschaffungsformen für kommunale Hochbautätigkeiten bietet.

Die *Stadtverwaltung Braunschweig* mit etwa 4.000 Beschäftigten[2] und das *Städtische Klinikum Braunschweig*, das mehr als 4.000 Mitarbeitende[3] beschäftigt, sind zentrale Akteure im Konzern Stadt Braunschweig. Aufgrund ihrer Größe besitzen beide Organisationen das Potenzial, eigene personelle und organisatorische Strukturen weiterzuentwickeln.

Um sicherzustellen, dass sowohl die Gesellschaften im Konzern Stadt Braunschweig, die *skbs.digital GmbH* als auch das *SKBS* von den neuen Strukturen profitieren, müssen alle relevanten Stakeholder umfassend in die Konzeption, Strategieentwicklung, und insbesondere in die Entscheidungsfindung eingebunden werden. Die Einbindung aller Beteiligten fördert nicht nur die Akzeptanz der neuen Strukturen, sondern führt auch zu einer effizienten Implementierung der neuen Strukturen. Die zukünftige Aufbauorganisation sollte darauf ausgerichtet sein, dass beide Parteien Dienstleistungen effektiv nutzen und anbieten können.

Mit der Überführung der *skbs.digital GmbH*, einer Tochtergesellschaft des *SKBS*, in die *Beteiligungsgesellschaft der Stadt Braunschweig* (*BSBG*), gewinnt sowohl die *BSBG* und ihre Beteiligungsgesellschaften als auch perspektivisch die Stadtverwaltung an Expertise in den Bereichen Informationstechnologie, Projekt- und Prozessmanagement, Inhouseberatung und Organisationsentwicklung. Die Unternehmenskultur, ein wesentlicher Erfolgsfaktor der *skbs.digital GmbH*, zeichnet sich durch eine starke Startup-Mentalität, die Bereitschaft Veränderungen voranzutreiben, Verantwortung zu übernehmen, Innovationen zu fördern sowie einen praxisorientierten Führungsstil aus.

2.4 skbs.digital - ein Erfolgsmodell

Die Stärke der *skbs.digital GmbH* besteht darin, Potentialthemen zu identifizieren und mit hoher intrinsischer Motivation, sowie Identifikation gegenüber dem Kunden von der Idee bis hin zur Umsetzung der Lösung zu begleiten. Gemeinsam mit den Kunden werden strategische Zielbilder sowie Lösungen erarbeitet, aus denen realisierbare Innovationen entstehen. Die Mitarbeitenden bringen Expertisen aus verschiedensten Bereichen sowie unterschiedlichen Branchen mit, wodurch individuelle und maßgeschneiderte digitale Transformationen auf den Weg gebracht werden können. So wird die Zukunft aktiv mitgestaltet.

[2] Vgl. (Stadt Braunschweig, kein Datum)
[3] Vgl. (Städtisches Klinikum Braunschweig, kein Datum)

Seit nunmehr 5 Jahren setzt die *skbs.digital GmbH* im Umfeld der Konzernstadt Braunschweig exklusiv für das Städtische Klinikum Braunschweig Digitalisierungs-, Transformations- sowie Change Projekte erfolgreich um siehe: (https://skbs.digital/blog.html); darüber hinaus erfolgt seit mehreren Jahren Unterstützung weiterer Fachbereiche der Konzernstadt Braunschweig im Zusammenhang mit der Prozessanalyse zum Zwecke der Prozessdigitalisierung.

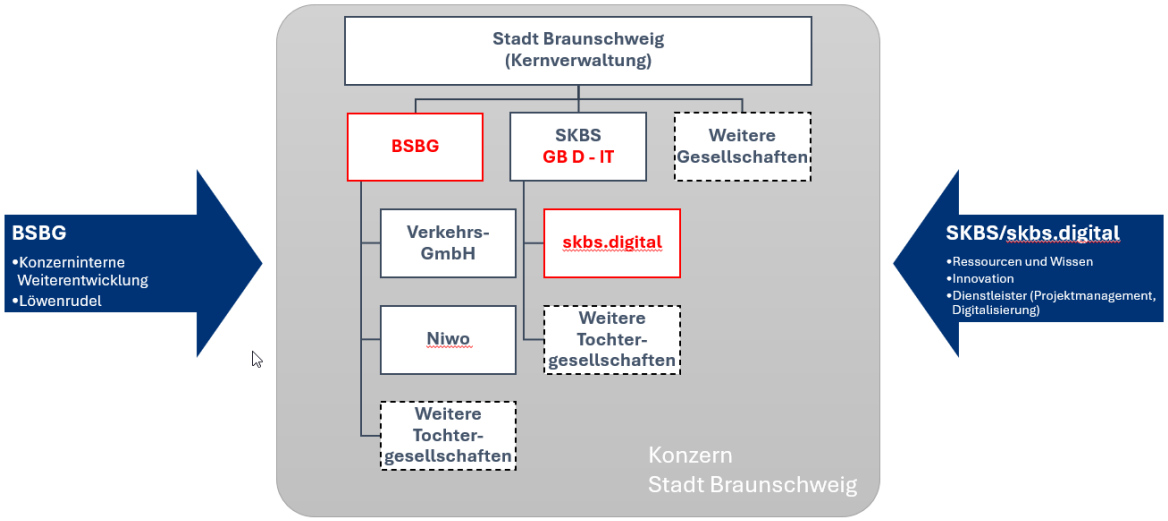
Einer der wichtigsten Erfolgskriterien hierfür ist die Zusammenarbeit der *skbs.digital GmbH* mit dem Geschäftsbereich D (IT & Medizintechnik) des Städtischen Klinikums. Die räumliche sowie organisatorische Nähe ermöglichen einen kontinuierlichen, schnellen Wissens- und Erfahrungsaustausch auf Augenhöhe. Gleichzeitig ermöglicht es beiden Organisationen, auf Ressourcen und Knowhow zurückgreifen zu können.

Ein weiteres Erfolgskriterium stellte die "Anschubfinanzierung" durch den Gesetzgeber im Rahmen des Krankenhauszukunftsgesetzes (KHZG) dar. Die Finanzierung wird nach derzeitigem Kenntnisstand Ende des Jahres 2025 auslaufen. Ab diesem Zeitpunkt muss eine Skalierung der Gesellschaft im Zusammenhang mit Aufbau von Personalressourcen wirtschaftlich durch das Geschäftsmodell in Gänze abgebildet werden können. Es ist davon auszugehen, dass auch zukünftig Projektressourcen seitens des Städtischen Klinikums angefordert werden.

Unter anderem ist geplant, dass externe Projektgeschäft auszubauen, ohne die Inhousefähigkeit zu gefährden. Erste Umsätze werden dieses Jahr realisiert mit dem Ziel, langfristige Rahmenverträge abzuschließen.

Neben dem oben beschriebenen Kompetenzen verfügt die *skbs.digital GmbH* mit der 100% Tochter *Babybauch GmbH* und der Applikation Babybauch über innovative Technologieansätze, welche im kommunalen Umfeld eine wichtige Rolle spielen werden. Entsprechende Use-Cases sowie Geschäftsmodelle als auch Roadmap befinden sich in Erarbeitung, siehe 2.7 - *Babybauch GmbH*

Abbildung 1: BSBG und skbs.digital GmbH als Impulsgeber[4]



[4] Eigene Darstellung.

2.5 Mehrwerte und Chancen durch Fortentwicklung

Die Implementierung einer *Braunschweig Digital GmbH* bietet hohes Potenzial u.a. zur Hebung von Synergien, zur Erhöhung der Innovationskraft sowie zur Bündelung von Wissen und Kompetenzen im Konzern Stadt Braunschweig. Zudem könnte eine *Braunschweig Digital GmbH* als Impulsgeberin und treibende Kraft für Organisationsentwicklung im Konzern Stadt Braunschweig fungieren.

Durch eine erfolgreiche Transition und Implementierung der *Braunschweig Digital GmbH* können sich für den *Konzern Stadt Braunschweig* folgende Vorteile ergeben:

- **Bereitstellung von Strukturen und Prozessen**: Förderung einer Innovationskultur und Erhöhung des Innovationstempos im gesamten Konzern.
- **Agiles Projektmanagement**: Umsetzung agiler Methoden für eine effizientere und flexiblere Projektabwicklung.
- **Organisationsentwicklung**: Aufbau einer robusten und widerstandsfähigen Infrastruktur zur Unterstützung strategischer Zielsetzungen.
- **Ideenreichtum und Pragmatismus**: Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und Gewinnung neuer Kooperationspartner sowie Erarbeitung kreativer und innovativer Lösungen.
- **Erhöhung der Attraktivität und Flexibilität**: Gewinnung von Talenten und positive Gestaltung des "War for Talents". Erhöhung der Arbeitsgeberattraktivität durch die Bereitstellung anreizkompatibler Arbeitsbedingungen, einer modernen Arbeitsumgebung / -kultur, mit dem Ziel Talente anzuziehen.

Grundlage des Handelns stellt neben der eigenen Expertise die Nutzung vorhandener Strukturen im *SKBS* - Geschäftsbereich D – IT - über Dienstleistungsverträge. Auf dieser Basis besteht für die *Braunschweig Digital GmbH* die Möglichkeit als Dienstleisterin in folgenden Geschäftsfeldern Reputation aufzubauen:

- Projektmanagement: im kommunalen Bereich (für die Kernverwaltung, für die Konzerngesellschaften, im klinischen Bereich (SKBS) und für externe Dienstleistungen (begrenzt durch die Inhousefähigkeit).
- Infrastruktur: u. a. IT-Service, IT-Sicherheit gemäß den Anforderungen des Gesetzgebers in Zusammenhang KRITIS (Kritische Infrastrukturen), IT-SiG (IT-Sicherheitsgesetz)
- Governance: u. a. Datenschutz, Informationssicherheit, Qualitätsmanagement, Fördermittelmanagement.
- Innovation: u. a. Smart City (auf Grundlage der städtischen Smart City-Strategie, KI (künstliche Intelligenz) sowie der Aufbau eines Innovationshub, um zukünftige Entwicklungen zu antizipieren und neue Technologien und deren Marktreife zu bewerten und umzusetzen

2.5.1 Synergien nutzen und Mehrwerte schaffen

SYNERGIEN NUTZEN

Die Integration neuer Organisationseinheiten bringen umfangreiche Veränderungsprozesse mit sich, die sorgfältig gemanagt werden müssen. Werden die bestehenden Strukturen und Abläufe der aufnehmenden Organisationseinheit der veräußerten Organisation ohne kritische Prüfung vorgegeben, kann dies zu Kulturkonflikten, Reputationsrisiken und operativen Risiken führen. In der Folge können diese Divergenzen auch zum Abgang von Talenten und motivierten Mitarbeitenden führen.

Vor diesem Hintergrund ist es entscheidend, neue Strukturen gemeinsam und auf Augenhöhe zu entwickeln. Erfolgreiche Unternehmensfusionen zeichnen sich durch ein gutes Veränderungsmanagement aus, bei dem die Mitarbeitenden aktiv in den Übergangsprozess eingebunden werden.

Die Stärken beider Unternehmen können vereint werden, was idealerweise zu steigenden Skalenerträgen führt. Durch die Nutzung dieser Synergien lassen sich Kosteneinsparungen realisieren, die zur finanziellen Stabilität beitragen.

Darüber hinaus bieten neue Unternehmensstrukturen den Mitarbeitenden Entwicklungsmöglichkeiten, die in der bisherigen Organisationsform nicht vorhanden waren. Diese neuen Perspektiven fördern nicht nur die individuelle Karriereentwicklung, sondern stärken auch die Identifikation der Mitarbeitenden mit dem Unternehmen.

Eine solche positive Veränderung kann die Attraktivität des Unternehmens als Arbeitgeber erhöhen. Wenn Mitarbeitende sich stärker mit ihrer Firma identifizieren, verbessert dies die Unternehmenskultur, senkt die Fluktuation und kann die Anzahl der Bewerbungen erhöhen. Zudem fördert es die Loyalität zur Organisation.

Durch die gesteigerte Identifikation und verbesserten Karrierechancen wird auch die Innovationskraft der gesamten Organisation gestärkt. Motivierte und engagierte Mitarbeitende entwickeln neue Ideen und kreative Lösungen, die das Unternehmen voranbringen und sich mit Zukunftsthemen auseinandersetzen.

Diese erhöhte Innovationskraft führt dazu, dass das Unternehmen flexibler und agiler wird. Mit frischen Impulsen und neuen Ansätzen lassen sich Chancen besser nutzen und Herausforderungen effizienter bewältigen.

Zusätzlich fördert ein innovationsfreundliches Umfeld die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Abteilungen. Interdisziplinäre Teams können so gemeinsam an Projekten arbeiten und von unterschiedlichen Perspektiven profitieren, was die Qualität der Lösungen weiter verbessert.

Insgesamt stärkt jene Unternehmenskultur die Organisation und trägt zur nachhaltigen Entwicklung der Organisation bei. Ein dynamisches und innovatives Arbeitsumfeld sichert nicht nur den Erfolg in der Gegenwart, sondern auch in der Zukunft.

MEHRWERTE SCHAFFEN DURCH EINE GEMEINSAM ENTWICKELTE NEUE UNTERNEHMENSGOVERNANCE

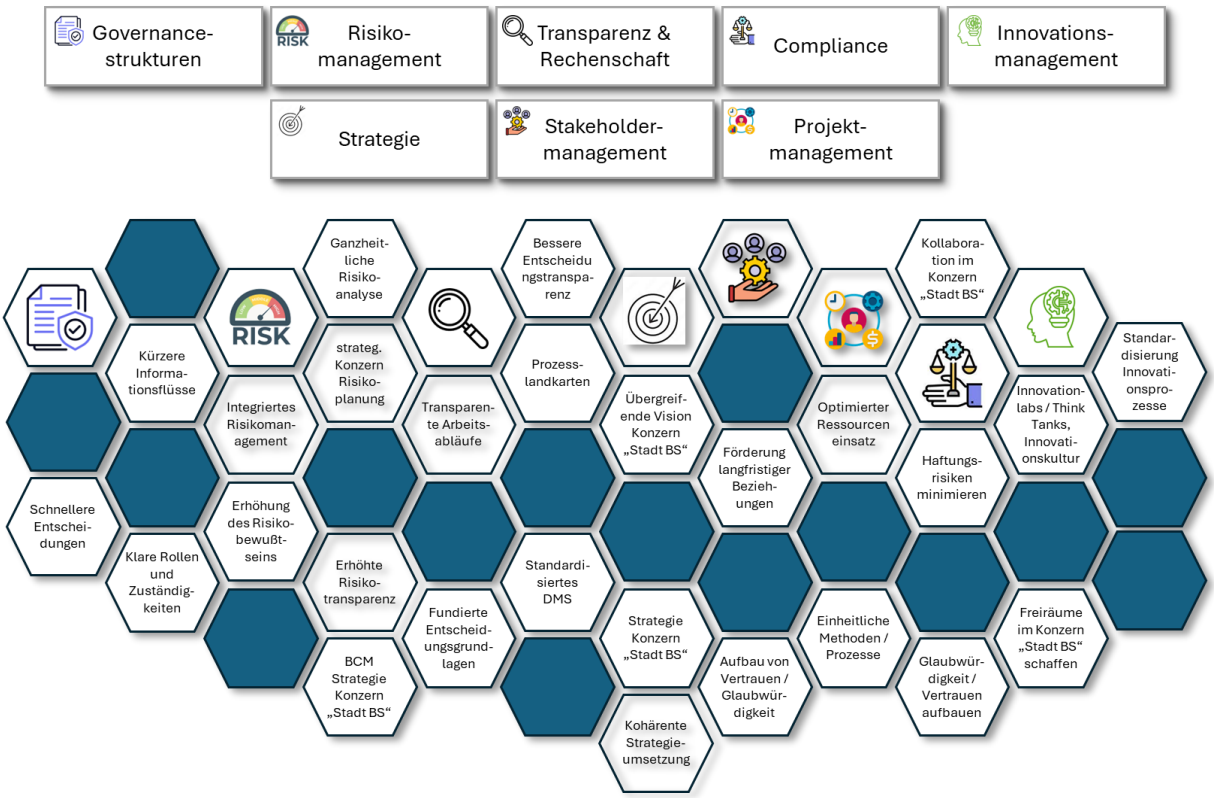
Die Unternehmensgovernance einer Organisation regelt die Ablauforganisation und definiert sowohl formale als auch Verhaltensnormen. Sie legt die prozessualen Abläufe fest und gibt die

Leitplanken und den Rahmen vor, durch die ein Unternehmen geführt und kontrolliert wird. Zudem beschreibt die Governance einer Organisation Mechanismen und Strukturen, die sicherstellen, dass das Unternehmen effizient und verantwortungsvoll geleitet wird.

Die Integration der *skbs.digital GmbH* in die *BSBG* generiert dann Mehrwerte, wenn es gelingt, gemeinsam, unter paritätische Einbeziehung aller Parteien, eine neue Governance aufzubauen, die die besten Elemente beider Organisationen vereint.

Eine gemeinsam entwickelte und gestaltete Governancestruktur trägt wesentlich zur Stabilität, Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit der BSBG bei. Sie definiert neben der Aufbauorganisation auch die Ablauforganisation, indem sie Richtlinien für das operative Handeln festlegt. In der Governancestruktur ist die Vision und Strategien kodifiziert, an denen sich Entscheidungen orientieren. In ihr sind Verantwortlichkeiten, Kompetenzen und Prozesse festgelegt, um klare Leitplanken für das Unternehmen zu schaffen.

Abbildung 2: Mehrwerte neuer Governancestrukturen für den Konzern Stadt Braunschweig[5]



2.5.2 Impulsgeber für Innovation

Neue Strukturen vermitteln ein Bild des Aufbruchs nach dem Motto „auf zu neuen Ufern“. Dies schafft häufig ein Klima, das geprägt ist von der Bereitschaft, Veränderungen anzugehen und voranzutreiben. Es fördert das „Über-den-Tellerrand-Schauen“ und die Beschäftigung mit innovativen Themen.

[5] Eigene Darstellung.

Unternehmensübernahmen können somit die Innovationskraft und -geschwindigkeit positiv beeinflussen. Sie stoßen Innovationsprozesse an und treiben diese voran. Der Zugang zu neuen Technologien, Fachwissen, Erfahrungen - Knowhow - sowie zusätzlichen Ressourcen und Dienstleistungen wird durch die Fusion ermöglicht.

Eine erfolgreiche Integration der *skbs.digital GmbH* kann daher einen relevanten Beitrag zur langfristigen Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der aufnehmenden Organisation leisten. Die Zusammenführung von Ressourcen, Erfahrungen. Wissen, Ideen, Talenten und Fähigkeiten beider Unternehmen eröffnet Chancen und Potenziale.

2.5.3 Wissen und Kompetenz konzernintern bündeln

Unter der Annahme, dass die Voraussetzungen zur Integration neuer Organisationseinheiten in eine bestehende Unternehmensstruktur und -kultur erfüllt sind, lassen sich auch positive Effekte hinsichtlich der Weiterentwicklung des Wissensmanagements und der Bündelung von Kompetenzen feststellen.

Eine erfolgreiche Integration kann den Austausch von Wissen, das Konservieren von Erfahrungswissen durch Weitergabe oder den Best Practice unter den Mitarbeitenden fördern. Durch die Vielzahl unterschiedlicher Erfahrungen und Fachkenntnisse entstehen Ideen und neue Erkenntnisse, die in innovative Lösungen münden. Dieses um Erfahrungen angereicherte kollektive Wissen trägt maßgeblich zur Stärkung der gesamten Organisation bei.

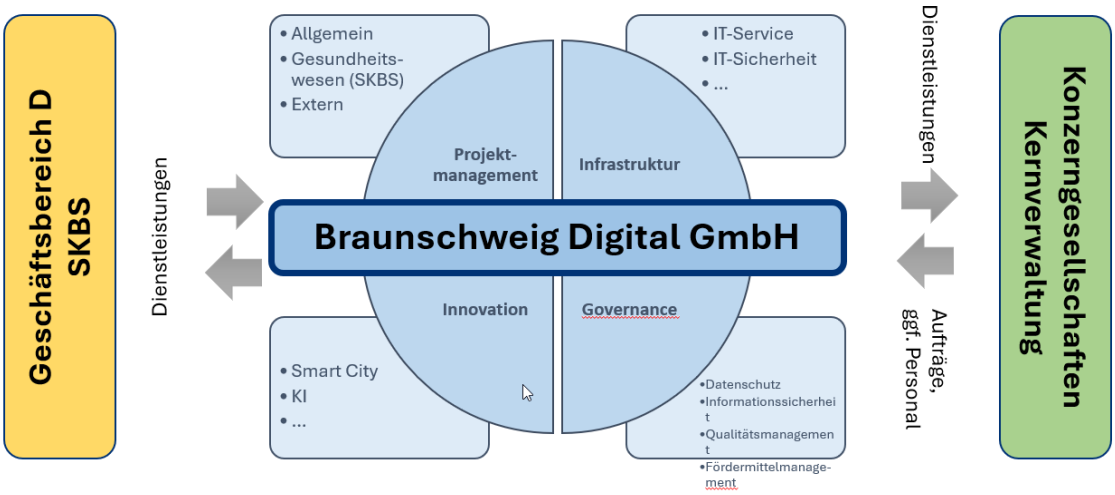
Darüber hinaus ermöglicht die Bündelung von Kompetenzen und deren zielgerichteter Einsatz eine effiziente Nutzung der vorhandenen Ressourcen. In interdisziplinär besetzten Teams können kann die ganze Bandbreite an Erfahrungen, Wissen, Ideen und Expertise gezielt eingebracht werden. Dies erhöht nicht nur die Effizienz, sondern auch die Qualität der Ergebnisse.

Die Integration neuer Einheiten trägt zudem dazu bei eine Wissenskultur zu schaffen und die Organisation zu einer lernenden Organisation weiterzuentwickeln. Mitarbeitende können kontinuierlich neues Wissen erwerben, teilen und ihre Fähigkeiten weiterentwickeln. Diese Lernkultur stärkt die Anpassungsfähigkeit und Robustheit der Organisation.

Insgesamt können erfolgreiche Merger & Acquisitions zu einem sogenannten „Brain Gain“[6][7] in der neuen Organisationstruktur führen. Dies führt infolgedessen zu einer deutlichen Verbesserung des Wissensmanagements und einer effizienten Nutzung der gebündelten Kompetenzen.

Abbildung 3: Kompetenzen der Braunschweig Digital GmbH[8]

[6] Unter dem Begriff **„Brain Gain“** versteht man den Gewinn an Humankapital, Leistungspotenzial und intellektuellem Kapital durch die Zuwanderung von Talenten. Gesellschaften profitieren von der Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte, Wissenschaftler sowie anderer talentierter Personen. Dadurch diversifiziert sich das verfügbare Humankapital der aufnehmenden Gesellschaft. Dieser positive Effekt lässt sich auch bei Unternehmenszusammenschlüssen, sogenannten Mergers & Acquisitions, beobachten. Im Gegensatz dazu steht der Begriff **„Brain Drain“** für den Verlust an Humankapital in einer Gesellschaft.
[7] Vgl. (Dr. Hunger, 2003)
[8] Eigene Darstellung.



2.6 Risiken und Herausforderungen der Fortentwicklung

Durch die Gründung einer *Braunschweig Digital GmbH* ergeben sich nicht nur Chancen, es bestehen auch Risiken und Herausforderungen, die im Folgenden beschrieben werden. Die Gründung ist der erste Schritt auf einem langen gemeinsamen Weg.

2.6.1 Langfristige Investition

Auch wenn sich durch eine Fortentwicklung der Struktur hin zu einer *Braunschweig Digital GmbH* große Chancen und Mehrwerte für den Konzern Stadt Braunschweig ergeben, dürfen sollten in diesem Zusammenhang auch die Risiken und Herausforderungen einer Fortentwicklung nicht unerwähnt bleiben.

Für die *BSBG* stellt der Kauf der *skbs.digital GmbH* (einschließlich der *Babybauch GmbH*) eine Investition in einer für die Gesellschaft selbst relevanten Größenordnung dar. Wie bei Investitionen nicht unüblich handelt es sich auch bei dieser Investition um eine langfristige Investition. Der "Return on Invest" durch eine *Braunschweig Digital GmbH* wird gerade in den ersten Jahren nur schwer messbar sein, da aussagefähige und belastbare Prozessdaten (Key-Performance-Indikator – KPI) noch nicht vorliegen. Hier wird die Herausforderung darin liegen, diese zukünftig durch transparente und methodisch korrekte Verfahren zu ermitteln.

2.6.2 Gemeinsames Verständnis erforderlich

Sofern durch die *Braunschweig Digital GmbH* fachliche und insbesondere auch finanzielle Synergien erzielt, werden sollen, geht mit diesen auch eine Standardisierung und Vereinheitlichung von eingesetzter Hard- und Software sowie von Prozessen einher. Diese schränkt nicht nur die individuelle Entscheidungsfreiheit der verantwortlichen Akteure ein, sondern kann im ersten Schritt sogar bedeuten, dass zunächst zusätzliche Finanzmittel aufgewendet werden müssen, um einheitliche Strukturen zu schaffen, die dann im laufenden Betrieb die gewünschten Synergien erzielen.

Um eine *Braunschweig Digital GmbH* zu einem konzerninternen Dienstleister und Innovationsmotor ausbauen zu können, ist daher ein gemeinsames Verständnis der handelnden Akteure im Konzern Stadt Braunschweig erforderlich. Dieses gemeinsame Verständnis beinhaltet zum einen die klare (politische) Entscheidung der Gesellschafterin Stadt Braunschweig, diesen Schritt mit Gründung einer *Braunschweig Digital GmbH* gehen zu wollen. Es beinhaltet zudem die Veränderungsbereitschaft der verantwortlichen Geschäftsführungen der städtischen Beteiligungsgesellschaften, beispielsweise bei Auslaufen von Verträgen mit externen IT-Dienstleistern oder zur Bereitschaft, einen Weg der Standardisierung bei Aufgabe der individuellen Lösung vor Ort mitgehen zu wollen.

2.6.3 Inhousefähigkeit einer "Braunschweig Digital GmbH"

Nach Darstellung des deutschen Vergabeportals betrifft eine Inhouse-Vergabe den Fall, dass ein öffentlicher Auftraggeber einen Auftrag an eine juristische Person vergibt, die er selbst beherrscht. § 108 Abs. 1 GWB setzt die Voraussetzungen hierfür fest. Danach sind die vergaberechtlichen Grundsätze nicht anzuwenden, wenn der Auftrag durch den öffentlichen Auftraggeber an eine juristische Person des öffentlichen oder privaten Rechts vergeben wird und die folgenden Voraussetzungen vorliegen:

- Der öffentliche Auftraggeber übt über die juristische Person eine ähnliche Kontrolle wie über seine eigenen Dienststellen aus,
- mehr als 80 Prozent der Tätigkeiten der juristischen Person dienen der Ausführung von Aufgaben, mit denen sie von dem öffentlichen Auftraggeber oder von einer anderen juristischen Person, die von diesem kontrolliert wird, betraut wurde, und
- an der juristischen Person besteht keine direkte private Kapitalbeteiligung, mit Ausnahme nicht beherrschender Formen der privaten Kapitalbeteiligung und Formen der privaten Kapitalbeteiligung ohne Sperrminorität, die durch gesetzliche Bestimmungen vorgeschrieben sind und die keinen maßgeblichen Einfluss auf die kontrollierte juristische Person vermitteln.

§ 108 Abs. 2 GWB bestimmt eine Vermutung zu Gunsten der Ausübung von Kontrolle für Fälle in denen der öffentliche Auftraggeber einen ausschlaggebenden Einfluss auf die strategischen Ziele und die wesentlichen Entscheidungen der juristischen Person ausübt. Dabei kann die Kontrolle ebenso durch eine andere juristische Person ausgeübt werden, die von dem öffentlichen Auftraggeber auf gleiche Weise kontrolliert wird.

Eine Auftragsvergabe der *Stadt Braunschweig* oder von Konzernunternehmen der Stadt Braunschweig (wie bspw. *SKBS*) an eine *Braunschweig Digital GmbH* kann „inhouse" erfolgen. Dies gilt aber nur dann, wenn sie insgesamt nicht mehr als maximal 20 % ihrer Leistungserbringung gegenüber fremden Dritten erbringt. Das bedeutet, dass mindestens 80 % (oder mehr) aller Aufträge von der Stadt Braunschweig oder von Konzernunternehmen der Stadt Braunschweig kommen müssen. „Fremde Dritte" in diesem Sinne umfasst nicht nur private Unternehmen, sondern auch Unternehmen der öffentlichen Hand anderer Kommunen (auch aus der Region). Bearbeitet eine *Braunschweig Digital GmbH* mehr als 20 % ihrer Aufträge für fremde Dritte, verliert sie die Inhousefähigkeit insgesamt. Diese Rahmenbedingungen sind beim Geschäftsmodell einer

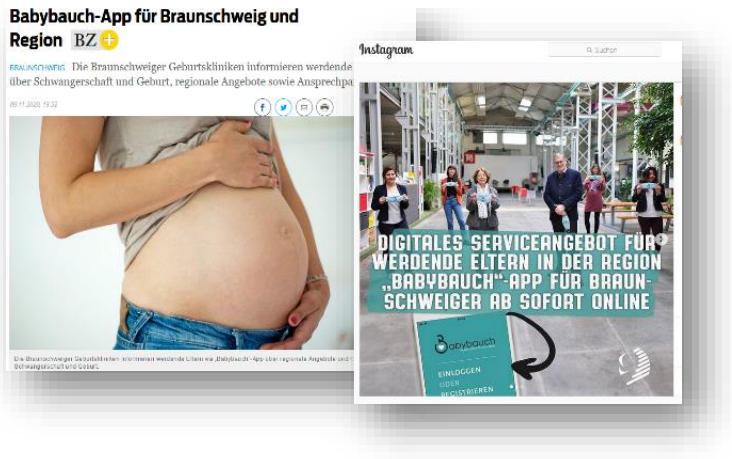
Braunschweig Digital GmbH zu beachten, damit diese langfristig inhousefähig und wirtschaftlich Dienstleistungen für den Konzern Stadt Braunschweig erbringen kann.

2.7 Babybauch GmbH

2.7.1 Historie

2019 wurde ein Gemeinschaftsprojekt vom Klinikum Braunschweig (SKBS) mit der Evangelischen Stiftung Neuerkerode (ESN) initiiert mit der Zielsetzung, die Zusammenarbeit bei den Angeboten für Schwangere in der Region zu verbessern. Ein Ergebnis war die Entwicklung der „Babybauch App“. Aus juristischen Gründen wurde die Gemeinschaftsgesellschaft *Babybauch GmbH* gegründet, um das Vorhaben zu realisieren und die App zu betreiben. Im November 2020 wurde die App der Öffentlichkeit vorgestellt. Es wurde entschieden die App auch anderen Geburtskliniken anzubieten und damit in anderen Regionen auszurollen, um auf diese Weise die Entwicklungs- und Betriebskosten für die Initiatoren zu senken. Ende 2021 hatten sich drei weitere Kliniken der Initiative angeschlossen. Im Jahr 2022 steigt die Evangelische Stiftung Neuerkerode als Gesellschafter aus, bleibt aber mit dem Marienstift strategischer Partner der *Babybauch GmbH*. Seitdem ist die *Babybauch GmbH* eine 100%ige Tochtergesellschaft der *skbs.digital GmbH*.

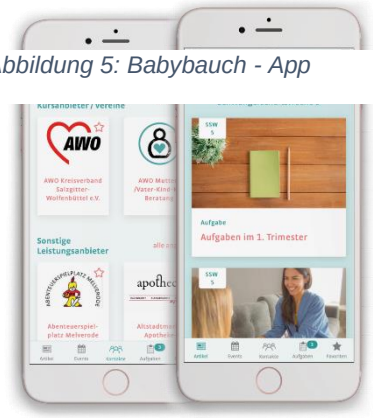
Abbildung 4: Babybauch-App für Braunschweig – Kommunikation



2.7.2 Die Babybauch App - Produktbeschreibung

Die Fragmentierung der Informations- und Versorgungsangebote für Schwangere erfordert einen hohen Such- und Koordinationsaufwand. Die Babybauch-App ist ein personalisierter Navigator und lotst werdende Eltern durch Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett- und Stillzeit. Sie verfügt über umfangreichen ärztlich geprüften Inhalt und stellt die Informationen zu Anlaufstellen wie Geburtskliniken, Hebammen, Kursanbieter sowie anderen relevanten Dienstleistern und Anbietern zur Verfügung. Einzigartig ist Babybauch in der Ausrichtung der Informationen auf die jeweilige Region, in der die Schwangere wohnt. Ende Juni 2024 wird das Bedienkonzept der Babybauch-App nutzerzentriert optimiert und um Funktionalitäten zum Fütterungstracking erweitert. In Verbindung mit dem integrierten Favoritenkonzept und einem Taskmanager, kann die Schwangere alle organisatorischen Aspekte der Schwangerschaft an ihrem Wohnort mit Hilfe der App managen. Babybauch unterliegt einem stringenten Datenschutz und

Abbildung 5: Babybauch - App



Datensicherheitskonzept. Geschäftsmodell, Betriebskonzept und Ausgestaltung sind rechtlich geprüft. Aus Sicht einer Gemeinde oder eines Landkreises wird der wichtigen Gruppe von jungen Eltern ein regionalisiertes digitales Angebot zur Verfügung gestellt.

2.7.3 Ausblick

Durch Corona, aber auch durch die angespannte finanzielle Situation der Kliniken ist die Gewinnung weiterer Regionen als Partner für Babybauch ins Stocken geraten. Durch eine Änderung des Geschäftsmodells soll die Verbreitung der App in andere Regionen verbessert werden. Hierzu wird Babybauch in Vorleistung gehen, um die relevanten Netzwerkpartner in anvisierten Regionen zu erfassen, statt diese Aufgabe an kooperierende Geburtskliniken zu übertragen. Auch soll die Registrierungsgebühr für Geburtskliniken deutlich gesenkt werden und stattdessen Modelle zur Erhebung von Gebühren von kommerziellen Netzwerkpartnern (z.B. Drogerien, Babyausstattung etc.) eingeführt werden.

Abbildung 6: Babybauch - Logo

Babybauch
Netzwerk Geburt für unsere Region

2.7.4 Übertragung des Konzepts auf andere Anwendungsfälle

Die Babybauch-App basiert auf einer konfigurierbaren Technologieplattform, so dass das Prinzip der „Lotsenfunktion“ sehr einfach, mit geringem Aufwand auf ähnliche Anwendungsfälle übertragen werden kann.

Dabei bietet ein digitaler „Concierge-Service“ Nutzern Orientierung zu Inhalten, zu möglichen Dienstleistern und Behörden und unterstützt ggf. auch dabei Transaktionen online zu erledigen. Ein Beispiel ist die junge Familie, die ein Haus bauen möchte. Sie braucht viele Informationen, Transparenz über verschiedenste Leistungsanbieter sowie Unterstützung bei den notwendigen behördlichen Prozessen. Ein anderes (einfacheres) Beispiel ist ein **digitaler Welcome Service** für Studierende oder Forschende, die nach Braunschweig kommen – eine App mit relevanten Informationen zur Arbeitsstätte und der Region sowie der Möglichkeit, daraus Antrags- und Meldevorgänge online zu erledigen. Auf diese Weise können Verwaltungsprozesse optimiert und bürgerzentriert unterstützt werden.

Babybauch hat die Vermarktungsfähigkeit seines Konzeptes erfolgreich unter Beweis gestellt und verfügt über das konzeptionelle und organisatorische Knowhow, um das Modell auch auf weitere Anwendungsfälle zu übertragen.

3 Gesellschaftsrechtliche Umsetzung

Die BSBG ist (wie auch *SKBS*) ein Teilkonzern im Konzern Stadt Braunschweig und bündelt wichtige Beteiligungen im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. Aufgabe und Gegenstand des Unternehmens ist das Halten, Verwalten und die Steuerung von Beteiligungsunternehmen, die insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge tätig sind, sowie die Wahrnehmung von allen in diesem Zusammenhang relevanten Aufgaben. Unternehmensgegenstand ist zudem die Erbringung kaufmännischer Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit

zwischen der Stadt Braunschweig und den Beteiligungsunternehmen sowie zwischen den Beteiligungsunternehmen untereinander.

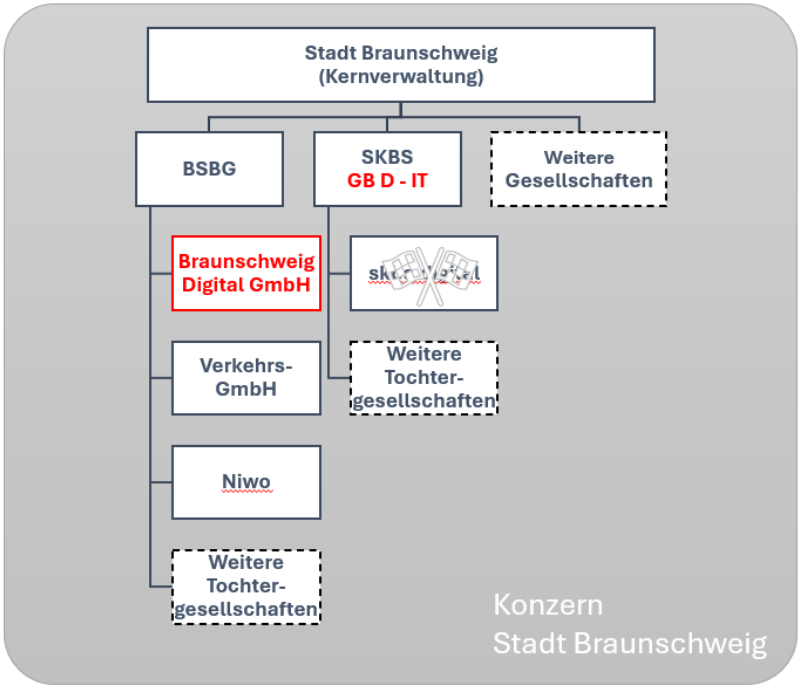
Auf dieser Grundlage möchte sich die *BSBG* zukünftig stärker als Impulsgeber für die Zusammenarbeit im Konzern Stadt Braunschweig sowie als Dienstleister für andere Konzerngesellschaften engagieren. Als Plattform für eine konzerninterne Zusammenarbeit würde das Projekt “Löwenrudel” neu aufgesetzt. Nach einem Relaunch im April 2024 wurden sowohl ein Logo etabliert als auch eine neue Projektstruktur mit den Teilprojekten Personal, Marketing, Rechnungswesen/Steuern, Liegenschaften/Facility Management und IT/Digitalisierung geschaffen. Für alle Teilprojekte haben sich Führungspersonen aus dem Konzern bereiterklärt, die Teilprojektleitung zu übernehmen. Aus dieser Projektstruktur heraus sollen der konzerninterne fachliche und zwischenmenschliche Austausch ermöglicht, fachliche Themen diskutiert, mögliche Bedarfe gemeinsamen Handelns definiert und bei Bedarf neue Strukturen geschaffen sowie idealerweise konzerninterne Dienstleitungsangebote geschaffen werden. Die BSBG koordiniert diesen Prozess für alle Gesellschaften, nicht nur für ihre eigenen Tochtergesellschaften.

3.1 Eingliederung in BSBG-Teilkonzern

Auf dieser Grundlage ist geplant, die *skbs.digital GmbH* aus dem *SKBS* herauszulösen und in den BSBG-Teilkonzern als *Braunschweig Digital GmbH* einzugliedern. Die *BSBG* würde damit die *skbs.digital GmbH* kaufen. Alternativ könnte die *Braunschweig Digital GmbH* direkt als Tochtergesellschaft der Stadt Braunschweig unterhalb der *Kernverwaltung* angegliedert werden.

Aus folgenden Überlegungen soll die Ansiedlung unterhalb der *BSBG* erfolgen:
Bei einer Ansiedlung im BSBG-Teilkonzern ergibt sich eine direkte Verzahnung mit dem Löwenrudel-Projekt., das durch die *BSBG* koordiniert wird. *SKBS* nimmt derzeit kaufmännische Dienstleistungen für *skbs.digital GmbH* wahr. Nach einer Umgliederung als *Braunschweig Digital GmbH* könnte die *BSBG* diese Dienstleistung für ihre Tochter wahrnehmen.

Abbildung 7: Eingliederung der skbs.digital GmbH in die BSBG



3.2 Share-Deal oder Asset-Deal

Für die Integration der 100%-Tochtergesellschaft des *SKBS*, der *skbs.digital GmbH*, sowie ihrer 100%-Enkelgesellschaft, der *Babybauch GmbH*, in die Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft (*BSBG*) wurden zwei gesellschaftsrechtliche Umsetzungswege diskutiert:

1.) **Share Deal**

2.) **Asset Deal**

AD 1) SHARE DEAL

Ein "Share Deal" ist eine Methode, eine Gesellschaft zu erwerben. Dabei kauft der Käufer die Geschäftsanteile eines Unternehmens direkt und wird so zum neuen Eigentümer.

Diese Methode wird häufig gewählt, wenn der Käufer an der gesamten Struktur und den laufenden Geschäften der Zielgesellschaft interessiert ist. Im Gegensatz zum Kauf einzelner Vermögenswerte bleibt das Unternehmen als Ganzes bestehen und wird nicht in Einzelteile zerschlagen.

Ein Share Deal bietet oft eine einfachere und direktere Übernahme, da bestehende Verträge und Lizenzen meist unverändert bleiben. Dies bringt Stabilität für Mitarbeiter und Geschäftspartner, da für sie im Alltag wenig verändert wird.

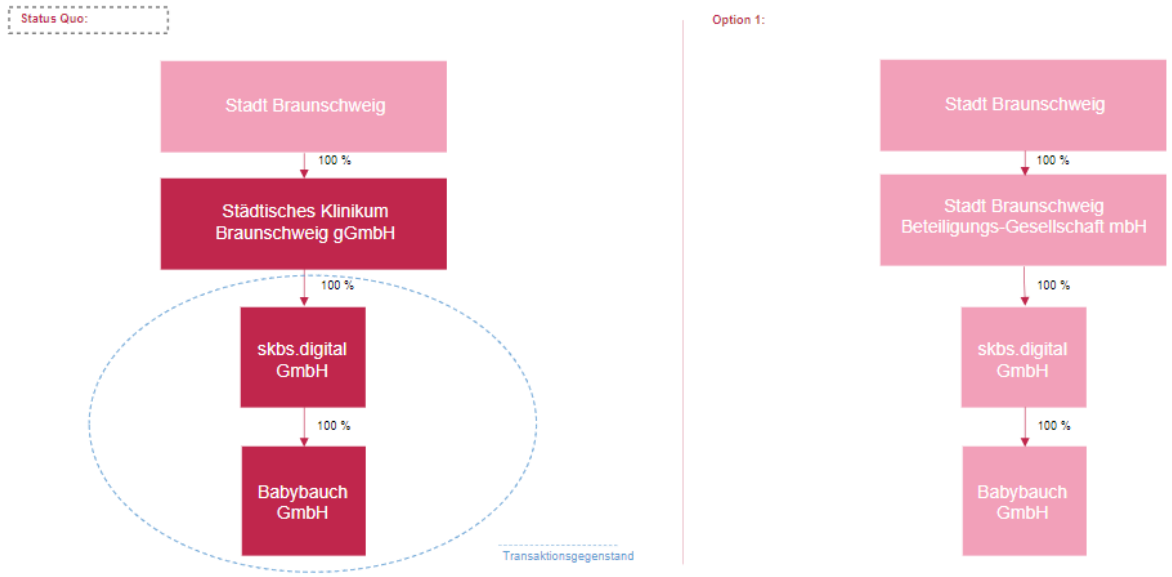
GESELLSCHAFTSRECHTLICHE ÜBERLEGUNGEN

Option 1:
Die *BSBG* erwirbt die Geschäftsanteile der *skbs.digital GmbH* direkt und die Geschäftsanteile der *Babybauch GmbH indirekt*. Dadurch gehen sämtliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beider Gesellschaften auf die *BSBG* über.

Option 2:
Die *BSBG* erwirbt die Geschäftsanteile der *skbs.digital GmbH* von der *SKBS gGmbH* und die Anteile der *Babybauch GmbH* von der *skbs.digital GmbH*. Zunächst müssen die Anteile der *Babybauch GmbH* von der *skbs.digital GmbH* auf die *BSBG* übertragen werden. Anschließend kann die *BSBG* die Anteile der *skbs.digital GmbH* von der *SKBS gGmbH* erwerben.

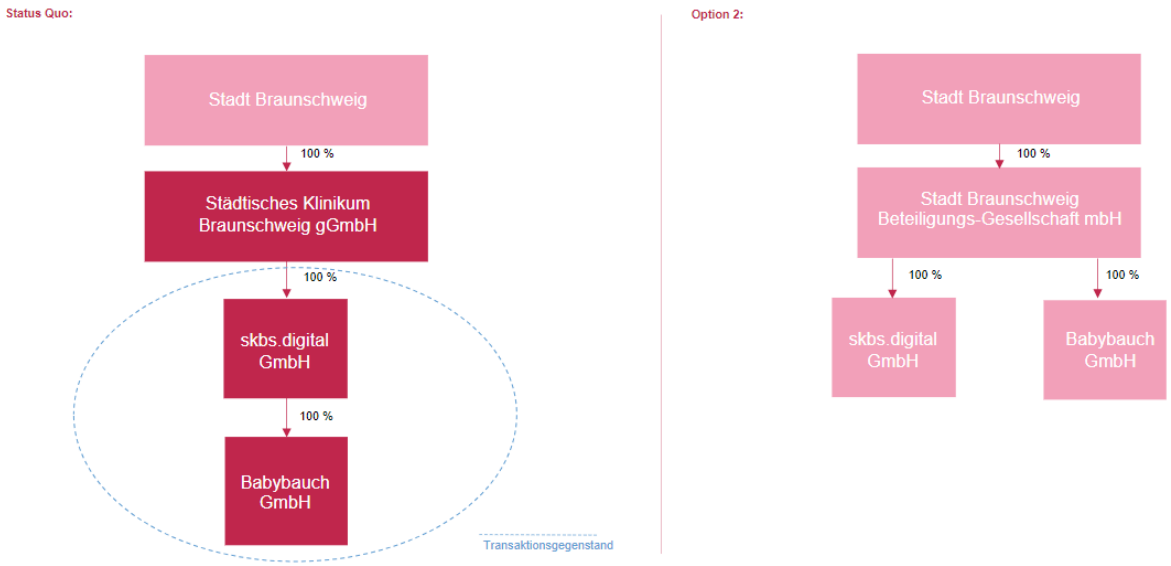
Beide Optionen zeichnen sich dadurch aus, dass keine Einzelrechtsübertragung von Vermögenswerten, Verträgen oder Personal erforderlich ist, was eine „schlanke" Transition sicherstellt.

Abbildung 8: Schematische Darstellung des Share Deals - Option 1[9]



[9] Vgl. (Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, 2024), Seite drei

Abbildung 9: Schematische Darstellung des Asset Deals – Option 2[10]



Arbeitsrechtliche Überlegungen

Die Übertragung als Share Deal lässt den Bestand des Personals unberührt. Tarifvertragliche Regelungen bleiben weiterhin anwendbar und wirksam.

Weder bei der *skbs.digital GmbH* noch bei der *Babybauch GmbH* besteht ein Betriebsrat. Zudem sind beide Gesellschaften in keiner Altersvorsorgekasse Mitglied, sodass Ansprüche der Arbeitnehmenden auf betriebliche Altersvorsorge nicht bestehen.

Steuerliche Würdigung[11]

Das Städtische Klinikum Braunschweig, die *SKBS gGmbH*, ist eine gemeinnützige Organisation. Die Geschäftsanteile an der *skbs.digital GmbH* und der *Babybauch GmbH* müssen unabhängig von der gewählten Option zu marktüblichen Konditionen veräußert werden.

Ein Verstoß gegen diese Vorgabe gefährdet die Gemeinnützigkeit der *SKBS gGmbH* aufgrund einer Mittelfehlverwendung. Außerdem kann die Veräußerung der Geschäftsanteile zu nicht marktüblichen Konditionen zu einer verdeckten Gewinnausschüttung führen.

Ad 2) Asset Deal

Ein Asset Deal bezeichnet einen Unternehmenskauf, bei dem der Käufer spezifische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten einer Gesellschaft erwirbt, anstatt die Anteile der Gesellschaft in Gänze zu übernehmen.

Dabei wählt der Käufer gezielt aus, welche Vermögensgegenstände – wie Maschinen, Immobilien oder Kundenverträge – und Verbindlichkeiten – wie Schulden oder Leasingverträge – er übernehmen möchte.

[10] Vgl. (Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, 2024), Seite vier.
[11] Für eine detaillierte steuerliche Betrachtung siehe (Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, 2024), Seite sechs bis acht.

Im Gegensatz zum Share Deal, bei dem die Gesellschaft als Ganzes übertragen wird, erfolgt beim Asset Deal die Übertragung einzelner Vermögenswerte und Verbindlichkeiten durch separate Verträge.

Abbildung 10: Schematische Darstellung Asset Deal - Option 3[12]

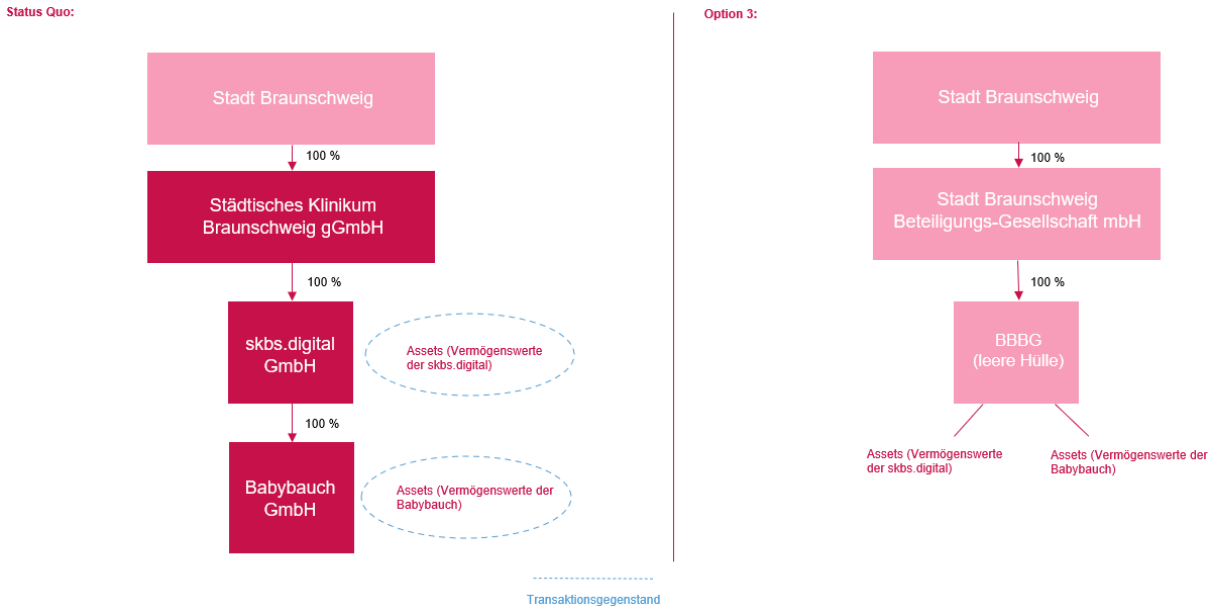


Abbildung 11: Schematische Darstellung Asset Deal - Option 4

[12] Vgl. (Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, 2024), Seite neun.

Gesellschaftsrechtliche Überlegungen

Option 3:
Die *BSBG* erwirbt die Vermögenswerte der *skbs.digital GmbH* sowie die Vermögenswerte der *Babybauch GmbH*.

Option 4:
Diese Option unterscheidet sich von Option drei insofern, als die *BSBG* sämtliche Vermögenswerte einschließlich der Geschäftsanteile an der *Babybauch GmbH* von der *skbs.digital GmbH* erwirbt.

Bei beiden Optionen erfolgt die Übertragung sämtlicher Vertragsverhältnisse mit dritten Parteien als Einzelübertragung. Dafür ist die Zustimmung der jeweiligen Vertragsparteien notwendig.

Nach erfolgreichem Abschluss des Asset Deals verbleiben die verkauften Gesellschaften als „leere Hüllen“ und müssen unter zusätzlichem Kostenaufwand abgewickelt werden.

Weder für die *skbs.digital GmbH* noch für die *Babybauch GmbH* besteht eine Mitgliedschaft in einer Altersvorsorgekasse. Ansprüche der Arbeitnehmer auf Leistungen aus einer Altersvorsorgekasse bestehen nicht.

Arbeitsrechtliche Überlegungen

Ein Betriebsübergang bezeichnet den Übergang eines Betriebs oder eines Betriebsteils von einem Arbeitgeber (Veräußerer) auf einen anderen Arbeitgeber (Erwerber) durch ein Rechtsgeschäft. Bei einem Asset Deal führt dies in der Regel zu einem Betriebsübergang, bei dem den Beschäftigten ein Widerspruchsrecht zusteht.

Entscheiden sich Arbeitnehmende gegen den Betriebsübergang, bleibt ihr Arbeitsverhältnis mit der *skbs.digital GmbH* bestehen. Dies kann jedoch zu Prozessrisiken führen. Zudem müssen die Rechte und Mitbestimmungspflichten des Konzernbetriebsrats geprüft und berücksichtigt werden.

Bestehende Tarifverträge behalten auch nach einem Betriebsübergang ihre Gültigkeit.

Steuerliche Würdigung[13]

Die Veräußerung der Assets muss zu marktüblichen Konditionen erfolgen, um eine gemeinnützigkeitsrechtlich kritische Mittelfehlverwendung zu verhindern.

[13] Für eine detaillierte steuerliche Betrachtung siehe (Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, 2024), Seite 13 bis 16.

Tabelle 1: Asset Deal versus Share Deal[14]

	Vorteile	Nachteile
Asset Deal	• Kaufgegenstand nach Wahl definierbar, dadurch Vermeidung versteckter Verbindlichkeiten • Begrenzte Haftung für Altverbindlichkeiten	• Transaktion in Vorbereitung und Umsetzung komplex • Ggf. widersprechende Arbeitnehmer • Mantelgesellschaften bleiben zurück (Liquidation schwierig, wenn weiter Verbindlichkeiten bestehen, daher hier ggf. auch Insolvenzrisiko). • Kaufpreise in den leeren GmbHs isoliert.
Share Deal	• Kaufgegenstand klar definiert: Gesamtes Unternehmen (daher präferierte Transaktionsstruktur bei konzerninternen Umstrukturierungen). • Forderungen und Verbindlichkeiten bleiben im Unternehmen und gehen als „lebendiger Betrieb“ über. • Keine Einzelrechtsübertragung (mit Zustimmung Dritter). • Keine Änderungen der Arbeitsbedingungen. • Kaufpreis wird direkt vom *SKBS gGmbH* vereinnahmt.	• Übernahme aller Passiva und Bindung an Gremienbeschlüsse der GmbH

FAZIT

Die Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH empfiehlt für die Integration der *skbs.digital GmbH* als Unternehmen im Konzern Stadt Braunschweig den einfachen **Share Deal (Option eins)**. Die *BSBG* erwirbt die Geschäftsanteile der *skbs.digital GmbH* unmittelbar. Der Übergang der *Babybauch GmbH* erfolgt unmittelbar mit Veräußerung der Geschäftsanteile der *skbs.digital GmbH*.

3.3 Kaufpreisindikation *skbs.digital GmbH* und *Babybauch GmbH*

Die Ermittlung einer methodisch fundierten Kaufpreisindikation bzw. des Unternehmenswertes ist ein essenzieller Bestandteil bei der Entscheidungsfindung, Planung und Umsetzung von Merger & Acquisition-Vorhaben. Sowohl die verkaufende als auch die kaufende Partei sollten eine valide Vorstellung ihres Reservationspreises haben. Aus Sicht der verkaufenden Instanz ist dies der Preis, zu dem das Unternehmen gerade noch verkauft wird, während es aus der Perspektive der kaufenden Partei der Preis ist, zu dem das Unternehmen gerade noch gekauft wird.[15]

[14] Vgl. (Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, 2024), Seite 17
[15] Vgl. (F.A.Z. BUSINESS MEDIA GmbH - Ein Unternehmen der F.A.Z.-Gruppe, kein Datum)

Zur Bestimmung dieser Kaufpreisindikation zog die *WMCF GmbH*[16] drei Bewertungsmethoden heran:

1. *Trading / Transaction Multiple Method*,
2. *Discounted Cash-Flow Method*

   sowie
3. *Annual Recurring Revenue Method*.

Aufgrund unterschiedlicher Geschäftsmodelle zwischen der *skbs.digital GmbH* und der *Babybauch GmbH* beruht die Ermittlung der Kaufpreisindikation auf jeweils unterschiedlichen Bewertungsmethoden. Für die *skbs.digital GmbH* führte die Anwendung der ***Transaction-Multiple-Method*** in Kombination mit der ***Discounted Cash-Flow Method*** zu einer Kaufpreisindikation im Bereich von ***350.000 €*** bis ***450.000 €***. Im Gegensatz dazu ergab sich für die *Babybauch GmbH* basierend auf der ***Annual Recurring Revenue Method*** eine Kaufpreisindikation zwischen **500.000 €** und ***600.000 €***.

In der Gesamtbetrachtung bewegt sich damit der ermittelte Gesamtunternehmenswert für die *skbs.digital GmbH* und die *Babybauch GmbH* in einem Wertebereich zwischen ***850.000 €*** und ***1.050.000 €***. Die Diskrepanz im Unternehmenswert zwischen der *skbs.digital GmbH* und der *Babybauch GmbH* ergibt sich aus ihren unterschiedlichen Geschäftsmodellen, der Bewertung zukünftiger Wachstumschancen und der Skalierbarkeit ihrer Geschäftskonzepte.

Die Tabelle 2 bietet dem geneigten Leser einen Überblick über die Einflussfaktoren, die den Unternehmenswert erhöhen oder mindern können.

Tabelle 2: Darstellung werterhöhender und wertmindernder Einflussfaktoren[17]

Werterhöhende / Wertmindernde Einflussfaktoren auf den Unternehmenswert		
	skbs.digital GmbH	***Babybauch GmbH***
Erhöhende Faktoren	• Beratungsangebot in einem attraktiver Endmarkt, • gute Wachstumschancen aufgrund des Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) • umfassende Expertise im Gesundheitswesen • Fördermittelquote für Innovationen	• „First Mover Advantage“ • Abonnementansatz • Potenzial für das „Upselling“ weiterer Funktionen vorhanden • Break-Even-Prognose für 2024
Mindernde Faktoren	• Projektgeschäft mit begrenzt wiederkehrenden Umsätzen, • Personalabgänge • Gefahr des Wandels des Wachstumsfaktors KHZG • Abhängigkeiten von Schlüsselpersonen, • Wachstum getrieben Fördermittel	• Keine Weiterentwicklung der App seit 2020 • Kein strategischer Vertrieb, geringe Marketingaktivitäten • Voraussetzung für 2024: Akquise von sechs institutionellen Neukunden • Geringe Opportunitätskosten schränken Lock-In Effekt ein

Abschließend sind in Tabelle 3 die zur Ermittlung des Unternehmenswertes herangezogenen Bewertungsmethoden in einem Überblick gegenübergestellt.

[16] Link: WMCF Advisory – Spezialisten für Mergers & Akquisitions und Corporate Finance
[17] Vgl. (WMCF GmbH, 2024, S. 18)

Tabelle 3: Würdigung der herangezogenen Bewertungsmethoden[18, 19]

Methode	Vorgehen	Charakteristik	Stärken der Bewertungsverfahren	Geeignet für ...
Trading-Multiple-Method	• Benchmarking mit Kennzahlen vergleichbarer Unternehmen (Kurs-Gewinn-Verhältnis, Kurs-Buchwert-Verhältnis)	• Marktpreisorientiert, • Marktnahe Bewertung, • Anwendung meist in Kombination mit anderen Bewertungsverfahren	• Marktorientierung, • Vergleichbarkeit, • Aktuelle Datengrundlage (Marktdaten)	• ... Unternehmen für die vergleichbare Unternehmen existieren. In den meisten Fällen handelt es dabei um börsennotierte Unternehmen.
Transaction-Multiple-Method	• Benchmarking mit Unternehmen, die vergleichbare Transaktionen durchgeführt haben.	• Transaktionspreisorientiert, • Anwendung meist in Kombination mit anderen Bewertungsverfahren	• Markt – und Branchenbezug, • Berücksichtigung realer Marktdaten und Transaktionsbedingungen	• ... Unternehmen in Branchen, die durch häufige Übernahmen charakterisiert sind.
Discounted Cash-Flow (DCF)	• Diskontierung zukünftiger Zahlungsströme	• Konzentration auf Bestimmung des Barwertes zukünftiger Zahlungsströme.	• Zukunftsorientierung, • Berücksichtigung des Zeitwerts des Geldes, • Mittels Sensitivitätsanalysen Szenarien modellieren und Investitionsentscheidungen qualifizieren	• ... Unternehmen mit konstanten Cashflows und gut vorhersehbarem Geschäftsmodell.
Annual Recurring Revenue (ARR)	• Bewertung auf Basis periodischer Umsätze	• Fokus liegt auf die Bewertung wiederkehrender Einnahmen. • Änderungen des KPIs weisen u.a. auf eine veränderte Kundenbeziehung / bindung hin.	• Vorhersagbarkeit und Vergleichbarkeit des KPIs, • Einfachheit und Klarheit, • Berücksichtigung des Unternehmenswachstums im ARR Multiplikator	• ... Unternehmen mit Subskriptionsmodellen, Softwareas-a-Service-Modellen sowie wiederkehrenden Einnahmequellen.

[18] Vgl. (Helms, kein Datum)
[19] Vgl. (Richter, 2023)

3.4 Finanzielle Abwicklung

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse einer Kaufpreisindikation sowie der steuerlichen Würdigung wird vorgeschlagen, dass die *BSBG* die *skbs.digital GmbH* einschließlich der *Babybauch GmbH* erwirbt. Seitens *SKBS* wird ein Kaufpreis von 0,95 Mio. € aufgerufen.

Dieser Kaufpreis muss durch die *BSBG* finanziell abgebildet werden. Hierfür kämen folgende Alternativen in Betracht:

1. Kapitaleinlage der Gesellschafterin Stadt BS in *BSBG*:

   Die Stadt Braunschweig könnte eine Kapitaleinlage in Höhe des Kaufpreises in die *BSBG* leisten.

   In der Konzernbetrachtung müsste der Buchwert für *skbs.digital GmbH* und *Babybauch GmbH* bei *SKBS* festgestellt werden.

   Möglicherweise entsteht ein außerordentlicher Ertrag bei *SKBS*, der den planerischen Verlustausgleich der Stadt Braunschweig für *SKBS* senkt und auf Ebene der Stadt Braunschweig als (teilweise) Deckung für die Kapitaleinlage verwendet werden könnte.

2. Finanzierung über den Cashpool der Stadt Braunschweig und ratierliche Tilgung:

   Die *BSBG* könnte den Kaufpreis über einen begrenzten Zeitraum (z. B. 5 Jahre) über den Cashpool finanzieren.

   Die Refinanzierung könnte ratierlich über die *Braunschweig Digital GmbH* erfolgen, indem geplante jährliche Überschüsse als Gewinnabführung an die *BSBG* für den Kapitaldienst verwendet werden.

3. Finanzierung über den Cashpool (Anreizsystem):

   Die Finanzierung könnte vollständig über den Cashpool der Stadt Braunschweig erfolgen.

   Jährliche Überschüsse der *Braunschweig Digital GmbH* könnten bei der *BSBG* zur Tilgung eingesetzt werden, ähnlich dem Modell der *Stadtbad GmbH* mit dem Kredit für das Grundstück Wasserwelt.

4. Kombinierte Lösung:

   Die Stadt Braunschweig leistet eine Kapitaleinlage in Höhe des außerordentlichen Ertrags bei der *BSBG* und des damit einhergehenden geringeren Verlustausgleichs an *SKBS*. Der Restbetrag wird über den Cashpool finanziert und getilgt (Ziff. 2 oder 3).

In Abstimmung mit der Gesellschafterin Stadt Braunschweig wird vorgeschlagen, die Variante 4 für die Finanzierung zugrunde zu legen. Diese Variante sollte dann ergänzend durch einen Wirtschaftsprüfer/Steuerberater bewertet werden.

Literaturverzeichnis

Dr. Hunger, U. (2003). Vom Brain Drain zum Brain Gain - Die Auswirkung der Migration von Hochqualifizierten auf Abgabe- und Aufnahmeländer. In A. A. Wirtschafts- und sozialpolitischen Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), *Gesprächskreis Migration und Integration*. Münster. Abgerufen am 25. 06 2024 von https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Flibrary.fes.de%2Ffulltext%2Fasfo%2F02601%2Fhunger.doc&wdOrigin=BROWSELINK

F.A.Z. BUSINESS MEDIA GmbH - Ein Unternehmen der F.A.Z.-Gruppe. (kein Datum). *www.finance-magazin.de*. Abgerufen am 13. 06 2024 von https://www.finance-magazin.de/research/finance-multiples/unternehmensbewertung/

Helms, N. (kein Datum). *Gabler Wirtschaftslexikon*. Abgerufen am 13. 06 2024 von https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/discounted-cashflow-verfahren-54535

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH. (22. 02 2024). *Überführung der skbs.digital GmbH sowie der Babybauch GmbH*. Abgerufen am 19. 06 2024 von https://www.luther-lawfirm.com/home

Richter, R. (26. 9 2023). *https://mind-force.de*. Abgerufen am 13. 06 2024 von https://mind-force.de/knowhow/arr/

Stadt Braunschweig. (kein Datum). *https://www.braunschweig.de/*. Abgerufen am 18. 06 2024 von https://www.braunschweig.de/vv/produkte/II/10/10_1/ausbildung-und-beschaeftigung-stadt-braunschweig.php?p=1103%2C19344%2C191280%2C191360%2C276407%2C385767%2C%2Fvv%2Foe%2FII%2Findex.php%2C%2Fvv%2Foe%2FII%2F10%2F10_1%2Findex.php%2C385852#:~:text=Die%20Stadt

Städtisches Klinikum Braunschweig. (kein Datum). *https://klinikum-braunschweig.de*. Abgerufen am 18. 06 2024 von https://klinikum-braunschweig.de/ueber-uns/zahlen-daten-fakten.php

WMCF GmbH. (2024). *skbs.digtial & Babybauch GmbH - Bewertungsindikation*. München.

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24754
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Haushaltsvollzug 2024 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	28.11.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	05.12.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt."

Sachverhalt:

1. Teilhaushalt Fachbereich Kultur und Wissenschaft

Zeile 15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Projekt	4E.41 Neu Förderprojekt RIS - Temporärer Architekturpavillon
Sachkonto	427193 IM-sonstige Sachaufwendungen

Bei dem o.g. Projekt werden außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von **549.200,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2024 (Aufwendungen):	0,00 €
Außerplanmäßig beantragte Aufwendungen:	**549.200,00 €**
neu zur Verfügung stehende Haushaltsmittel	549.200,00 €

Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 29.03.2022 die Bewerbung für das Niedersächsische Förderprogramm „Resiliente Innenstädte" (DS 22-18302-01) auf Grundlage des Strategischen Rahmenkonzeptes Innenstadt (DS 22-18303-01 und 22-19070) beschlossen. Ziel ist es, durch die geförderten Maßnahmen, die Innenstadt attraktiver zu gestalten, die Innenstadt generell zu beleben und damit den Einzelhandel dauerhaft zu sichern.

Die Richtlinie des Förderprogramms sieht eine maximale Förderung von 40 % vor. Der Eigenmittelanteil von 60 % ist seitens der Stadt Braunschweig zu tragen.

Auf dieser Grundlage hat die Stadt Braunschweig diverse Projekte zusammengestellt, für die im Rahmen des Förderprojektes Gelder beantragt werden sollen. Der sogenannte „Temporäre Architekturpavillon“ bildet eines der von der Stadt Braunschweig geplanten Projekte. Hierbei soll es sich um einen gut erreichbar gelegenen offenen Raum handeln, der u.a. für Beratungen in kulturellen Angelegenheiten und für (Kultur-) Veranstaltungen verschiedener Nutzer in den Sommermonaten zur Verfügung stehen soll. Es ist ein Baukörper in der Innenstadt mit einer temporären Nutzung für verschiedene Veranstaltungsformate geplant, der eingelagert werden kann. Die Gesamtkosten werden auf 549.200 € beziffert. Das Projekt soll unter der Federführung des Fachbereiches Kultur und Wissenschaft stehen.

Nach dem Beschluss über die Bewerbung an dem Förderprojekt sind bei der Stadt Braunschweig die notwendigen Haushaltsmittel im Teilhaushalt „Wirtschaftsförderung“ zentral veranschlagt worden. Hierdurch hat sich die Möglichkeit ergeben, flexibel auf Änderungen bei den förderfähigen Einzelprojekten zu reagieren. Die Bereitstellung der Haushaltsmittel an die umsetzenden Organisationseinheiten soll dann im Folgeschritt außerplanmäßig / überplanmäßig gemäß § 117 NKomVG erfolgen.

Mittels des vorliegenden Antrages auf außerplanmäßige Mittelbereitstellung ist nunmehr vorgesehen, die Haushaltsmittel zweckentsprechend für das Projekt „Temporärer Architekturpavillon“ beim umsetzenden Fachbereich Kultur zur Verfügung zu stellen.

Die Deckung erfolgt aus dem Teilhaushalt „Wirtschaftsförderung“. Da die Umsetzung bis spätestens 2027 nachzuweisen ist, um die Fördergelder für die Stadt Braunschweig zu sichern, ist die zeitliche Unabweisbarkeit der Finanzierung in 2024 gegeben. Die sachliche Unabweisbarkeit ergibt sich aus der Notwendigkeit, die Belebung der Innenstadt durch Transformation zu gewährleisten und den Einzelhandel dauerhaft zu sichern.

Deckung:

Art der Deckung	**PSP-Element / Kostenart**	**Bezeichnung**	**Betrag in €**
Minderaufwendungen	1.57.5711.01 / 427110	Wirtschaftsförderung / Besonderer Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	**549.200,00**

Geiger

Anlage/n:

Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24754-01
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Haushaltsvollzug 2024 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	05.12.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	05.12.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt."

Sachverhalt:

2. Teilhaushalt Fachbereich Finanzen

Zeile 15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Projekt	4E.210404 RS Georg-E.-Str./Brand.+San.NTW-Räume
Sachkonto	421110 Grundst.+baul.Anlagen - Instandhaltungen

Bei dem o.g. Projekt werden überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von **134.000,00 €** beantragt.

Haushaltsansatz 2024 (Aufwendungen):	1.200.000,00 €
Budgetumsetzungen Schulsanierungsprogramm	100.000,00 €
überplanmäßig beantragte Aufwendungen:	**134.000,00 €**
neu zur Verfügung stehende Haushaltsmittel	1.434.000,00 €

In 2023 hat der Ausschuss für Planung und Hochbau den Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss über die geplanten Brandschutzmaßnahmen und die Sanierung der NTW-Räume an der RS Georg-Eckert Straße mit einem Kostenvolumen von 2.467.000 € gefasst (DS 23-20485). Zwischenzeitlich haben sich Mehrkosten von 234.000 € ergeben, so das aktuell von einem Gesamtkostenvolumen von 2.702.000 € auszugehen ist.

Im Laufe der Sanierungsarbeiten sind weitere Mängel erkannt worden, die den Brandschutz weitergehend beeinträchtigen und umgehend beseitigt werden müssen. Sollte dem nicht gefolgt werden, könnte sich ein erheblich beeinträchtigter Schulbetrieb ergeben.

Bei den aufgetretenen zusätzlichen Sanierungsbedarfen handelt es sich im Wesentlichen um zusätzliche statische und brandschutztechnische Ertüchtigungen von Bauteilen. Die nicht einsehbare Qualität der Decken und Wände erzeugt erhebliche Umplanungen im Bauablauf,

da z.B. Durchbrüche für die Leitungsführung nicht dort hergestellt werden können, wo sie ursprünglich angedacht waren.

Da es sich um eine Maßnahme bei laufendem Schulbetrieb handelt und es in der Schule auf Grund des Platzmangels keine Ausweichmöglichkeiten gibt, sind zusätzliche Zwischenschritte, wie zusätzliche Interimsumzüge und Herrichtung von Ausweichflächen notwendig, um den Schulbetrieb uneingeschränkt weiter fortführen zu können.

Die o.g. Gründe, die damit einhergehende Abstimmung und Umsetzung der Belange der Denkmalpflege (die Schule steht unter Denkmalschutz) sowie die Tatsache, dass die Maßnahmen im laufenden Betrieb durchgeführt werden, führen dazu, dass die Gesamtmaßnahme voraussichtlich erst im Sommer 2025 (statt Sommer 2024) beendet werden kann.

Der Ausschuss für Planung und Hochbau (APH) soll in seiner Sitzung am 04.12.2024 der Kostenerhöhung für die Brandschutzmaßnahmen und die Sanierung der NTW-Räume in der RS Georg-Eckert-Straße in Höhe von 234.000 € zustimmen und die neuen Gesamtkosten auf 2.701.000 € feststellen (DS 24-24806).

Die zusätzlichen Haushaltsmittel werden noch in diesem Jahr (2024) für die Umsetzung des Projektes „RS Georg-E.-Str./Brand.+San.NTW-Räume (4E.210404)“ benötigt.

Haushaltsmittel stehen auf dem Projekt nicht mehr in ausreichendem Umfang zur Verfügung, so dass Deckungsmittel aus dem **Schulsanierungsprogramm in Höhe von 100.000 €** und eine **überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 134.000 €** erforderlich werden.

Die Brandschutzmängel sind umgehend zu beseitigen, da sich ansonsten eine erhebliche Beeinträchtigung des Schulbetriebs ergeben könnte. Dies ist der Grund für die sachliche und zeitliche Unabweisbarkeit der Finanzierung bereits in 2024.

Zur Deckung stehen folgende freie Haushaltsmittel zur Verfügung:

Deckung:

Art der Deckung	**PSP-Element / Kostenart**	**Bezeichnung**	**Betrag in €**
Minderaufwendungen	4E.210343.01.505/ 421110	GS Schunteraue/Einricht. GTB- / Grundst.+baul.Anlagen - Instandhaltungen	**120.000,00**
Minderaufwendungen	4S.210065.00.505/ 421110	Global Instandhaltung Schulen - / Grundst.+baul.Anlagen - Instandhaltungen	**14.000,00**

Geiger

Anlage/n:

Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24754-02
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Haushaltsvollzug 2024 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	12.12.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	05.12.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt."

Sachverhalt:
3. Personal- und Versorgungsaufwendungen

Zeile 13 u. 14 Personal- und Versorgungsaufwendungen
Kostenart Diverse
Produkt Diverse

Für Personal- und Versorgungsaufwendungen werden überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 8.200.000 € beantragt.

Haushaltsansatz 2024:	310.532.751,95 €
überplanmäßig beantragte Aufwendungen:	**8.200.000,00 €**
neu zur Verfügung stehende Haushaltsmittel	318.732.751,95 €

Bei den gesamtstädtischen Aufwendungen für Personal sowie Versorgung, dessen Bewirtschaftung zentral durch den Fachbereich 10 erfolgt, wird im Haushaltsjahr 2024 auf unterschiedlichen Sachkonten ein überplanmäßiger Aufwand in Höhe von insgesamt 8,2 Mio. EUR entstehen.

Aus Zahlungsverpflichtungen aufgrund des Versorgungslastenteilungsstaatsvertrages wird sich ein Mehrbedarf in Höhe von rund 0,95 Mio. EUR ergeben. Da es sich hierbei um individuelle Abfindungszahlungen handelt, sind diese im Vorfeld nur schwer kalkulierbar und können im Rahmen der Haushaltsanmeldung lediglich geschätzt werden. Darüber hinaus wird sich durch nicht vorhersehbare Fluktuationen von aktiven Beamtinnen und Beamten bei den Versorgungsaufwendungen voraussichtlich ein Mehrbedarf in Höhe von rund 1,2 Mio. EUR ergeben. Zur Kompensation dieser beiden Positionen erfolgte im Jahr 2024 eine pauschale Entnahme in Höhe von 2,5 Mio. EUR aus dem Sondervermögen „Pensionsfonds", die dem städtischen Haushalt zugeführt wurde. Aus haushaltsrechtlichen Gründen kann dieser Be-

trag jedoch nicht zur Deckung verwendet werden, weil dieser nicht ergebniswirksam ist, sondern ausschließlich die Liquidität verbessert.

Ein weiterer Mehrbedarf wird sich für Beihilfezahlungen im aktiven Beamtenbereich sowie bei den Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern ergeben. Bei diesen von der Stadt nicht beeinflussbaren Beihilfeaufwendungen sind seit geraumer Zeit deutliche Steigerungen zu beobachten. Erfahrungsgemäß sind die Beihilfeaufwendungen insbesondere im 4. Quartal höher, als in den ersten drei Quartalen, sodass hier mit einem Mehrbedarf von insgesamt bis zu rund 3,15 Mio. gerechnet werden muss.

Bei der Besoldung der Beamtinnen und Beamten sowie beim Entgelt für die Tarifbeschäftigten wird sich voraussichtlich ein saldierter Mehrbedarf in Höhe von rund 1,6 Mio. EUR ergeben. Dieser Mehrbedarf ist maßgeblich auf erfolgreiche Bemühungen bei der Personalgewinnung zurückzuführen.

Im Bereich der Ausbildung wird sich durch eine ebenfalls erfolgreiche Personalakquise sowie durch einen höheren Anteil von Aufsteigerinnen und Aufsteigern ein Mehrbedarf von rund 0,2 Mio. EUR ergeben. Ein weiterer Betrag in Höhe von 1,1 Mio. EUR wird benötigt, um eine Rückstellung für die im Jahr 2024 nicht zur Auszahlung gelangten Mittel für die Leistungsorientierte Bezahlung der Beamtinnen und Beamten bilden zu können.

Aufgrund des gesamtstädtischen Bezuges des Personalaufwandes, ist die Deckung des Mehraufwandes aús dem Gesamthaushalt sicherzustellen.

Deckung:

Art der Deckung	**PSP-Element / Kostenart**	**Bezeichnung**	**Betrag in €**
Mehrerträge	1.61.6110.01 301210	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen / Grundsteuer B	950.000
Minderaufwendungen	1.61.6120.01 462130	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft / Deckungsreserve Sachaufw. EHH (ohne IM)	640.000
Minderaufwendungen	1.61.6120.01 462140	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft / Deckungsreserve Sachaufw. IM	3.159.900
Mehrerträge	1.61.6110.01 301310	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen / Gewerbesteuer	3.450.100

4. Teilhaushalt Referat 0500

Zeile Diverse
Kostenart Diverse
Produkt 1.31.3119.40 Leistungen des Sozialreferats

Für den Teilergebnishaushalt des Referates 0500 werden überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 711.636,17 € beantragt.

Haushaltsansatz 2024:	937.388,00 €
überplanmäßig beantragte Aufwendungen:	**711.636,17 €**
neu zur Verfügung stehende Haushaltsmittel	1.649.024,17 €

Mit Wirkung vom 01.03.2024 wurde das bisher zum Fachbereich 50 gehörende Büro für Migrationsfragen einschl. deren Aufgaben zum Ref. 0500 verlagert und dort als neue Stelle 0500.1 0 Integration, Vielfalt und Demokratie eingegliedert. Im Zusammenhang mit der Verlagerung der Aufgaben benötigt das Sozialreferat für die Fortführung der Aufgabenerledigung die im Teilhaushalt 50 für 2024 veranschlagten Haushaltsmittel des Büro für Migrationsfragens. Es verbleiben im Teilhaushalt 50 für 2024 anteilig die Haushaltsmittel, welche dem tatsächlichen Aufwands-/ Ausgabevolumen bis einschließlich 29.02.2024 entsprechen. Hinsichtlich der Personalaufwendungen werden keine Umsetzungen erfolgen, da die Personalkosten zwischen den Fachbereichen und Referaten gegenseitig deckungsfähig sind.

Deckung:

Art der Deckung	**PSP-Element / Kostenart**	**Bezeichnung**	**Betrag in €**
Minderaufwendungen	Diverse	Diverse	711.636,17

5. Teilhaushalt Fachbereich 20

Zeile 18 Transferaufwendungen
Kostenart 431510 Zuschuss an verb. Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen
Produkt 1.57.5731.08.03 Braunschweig Beteiligungen GmbH (ehemals Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH)

Für den Teilergebnishaushalt des Fachbereiches 20 werden überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 2.676.500 € beantragt.

Haushaltsansatz 2024:	36.893.000,00 €
überplanmäßig beantragte Aufwendungen:	**1.127.500,00 €**
neu zur Verfügung stehende Haushaltsmittel	38.020.500,00 €

Die mittelfristige Erfolgsplanung – als Bestandteil des Wirtschaftsplanes 2023 der Braunschweig Beteiligungen GmbH (BSBG) – sah für das Geschäftsjahr 2024 einen Fehlbetrag von 36.893 T€ vor (siehe hierzu DS 22-20028); der Wirtschaftsplan 2024 legt einen Jahresfehlbetrag von rd. 40.868 T€ zugrunde (siehe hierzu DS 23-22605). Da der Wirtschaftsplan 2024 zur Aufstellung des städtischen Doppelhaushaltes 2023/2024 nicht vorlag, konnte für die Veranschlagung des Haushaltsansatzes 2024 lediglich die mittelfristige Erfolgsplanung der BSBG herangezogen werden. Insofern besteht gegenüber dem Haushaltsansatz 2024 und dem für das laufende Geschäftsjahr laut Wirtschaftsplan 2024 erwarteten Jahresfehlbetrag eine Differenz von 3.975 T€. Im Teilhaushalt FB 20 stehen durch entsprechende Minderaufwendungen Deckungsmittel i. H. v. 2.847.500 zur Verfügung. Der oben genannte Restbetrag i. H. v. 1.127.500 € ist überplanmäßig bereitzustellen, damit der Fehlbedarf gedeckt werden kann.

Die Ergebnisentwicklung der BSBG wird hauptsächlich vom Beteiligungsergebnis bestimmt, das im Jahr 2024 einen gegenüber der Vorjahresplanung um 3.818 T€ erhöhten Mehrbedarf ausweist. Ursächlich hierfür sind die ergebnisbelastende Effekte durch die erhöhten Verlustausgleichsbedarfe der Braunschweiger Verkehrs-GmbH und durch die geringere Ausschüttung der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG.

Eine Mittelzuführung der Stadt noch im Jahr 2024 ist erforderlich, um einen Verzehr des Eigenkapitals zu verhindern (Eigenkapital des BSBG zum Ende des Geschäftsjahres 2023: rd. 52.021 T€) und mittelfristig einen Beitrag zur Sicherstellung der notwendigen Liquidität zu leisten, um den jederzeitigen Geschäftsbetrieb zu gewährleisten. Die sachliche und zeitliche Unabweisbarkeit ist somit gegeben.

Deckung:

Art der Deckung	PSP-Element / Kostenart	Bezeichnung	Betrag in €
Mehrerträge	4S.200002 / 348213	IM Erstattung Gemeinden und Gemeindeverb.	463.000
Mehrerträge	1.61.6110.01 301310	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen / Gewerbesteuer	664.500

6. Teilhaushalt Ref. 0800

Zeile 15 Aufwendungen für Sach- und DienstleistungenKostenart 427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen
Produkt 1.57.5711.01 Wirtschaftsförderung

Für den Teilergebnishaushalt des Ref. 0800 wurde die teilweise Rückabwicklung der überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 1.203.527,12 € beantragt.

Haushaltsansatz 2024:	0 €
als Haushaltsrest übertragen:	9.468.000,-
überplanmäßig bereitgestellte Aufwendungen	- 5.070.960,18
überplanmäßig beantragte Aufwendungen:	+ **1.203.527,12 €**
neu zur Verfügung stehende Haushaltsmittel	5.600.566,94 €

Die Mittel wurden im Rahmen der Bewirtschaftung für des Förderprogramms Resiliente Innenstädte als Haushaltsrest in das Haushaltsjahr 2024 übertragen. Im Rahmen verschiedener überplanmäßigen Bereitstellung wurden im Haushaltsjahr 2024 bereits rd. 5 Mio. € in verschiedene Teilhaushalts umgesetzt.

Nunmehr soll in den Teilhaushalt der Stabsstelle 0800 aus dem Teilhaushalt des FB 66 für das Projekt "Okerterassen - Bau Sitzstufen an der Oker" die Mittel aus der außerplanmäßigen Auszahlung vom 22.03.2024 rückübertragen werden. Das Projekt wird nicht realisiert. Daher entfällt die Zweckbindung. Damit der noch zur Verfügung stehende Betrag für andere Projekte im Rahmen des o. g. Förderprogramms bereitgestellt werden kann, soll eine Umsetzung zurück in den Teilhaushalt 0800 erfolgen.

Deckung:

Art der Deckung	PSP-Element / Kostenart	Bezeichnung	Betrag in €
- Minderauszahlungen	5E.Neu / 787210	Okerterassen / Tiefbaumaßnahmen - Projekte	1.203.527,12

Geiger

Anlage/n:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24719
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	20.11.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	05.12.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt."

Sachverhalt:

Gemäß § 111 Abs. 8 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz in Verbindung mit § 26 Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung entscheidet seit dem 20. Mai 2009 der Rat über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 €. Mit Beschluss vom 16. Februar 2010 hat der Rat für Zuwendungen von über 100 € bis höchstens 2.000 € von der in der Verordnung geregelten Delegationsmöglichkeit an den Verwaltungsausschuss Gebrauch gemacht, so dass hiermit lediglich ein Beschlussvorschlag bezüglich der Zuwendungen über 2.000 € vorgelegt wird.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung der Wertgrenzen eine Sonderregelung zu sogenannten Kettenzuwendungen zu beachten ist. Nach den Regelungen der o. g. Verordnung werden als Kettenzuwendungen mehrere Einzelzuwendungen eines Gebers innerhalb eines Haushaltsjahres bezeichnet, deren Werte erst in der Summierung die für die Zuständigkeiten maßgeblichen Wertgrenzen überschreiten. Ein entsprechender Hinweis ist der Spalte Zuwendungszweck/Erläuterungen zu entnehmen.

Eine weitere Besonderheit sind Zuwendungen von Ratsmitgliedern, sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen, Stadtbezirksräten oder von der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister. Nach § 58 Abs. 1 Nr. 20 NKomVG ist ausschließlich der Rat zuständig für die Beschlussfassung über Verträge mit dem vorgenannten Personenkreis. Bei Zuwendungen handelt es sich formell um Schenkungsverträge. Demnach müssen alle Spenden und Zuwendungen des vorgenannten Personenkreises dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Zuwendungen werden erst nach der entsprechenden Entscheidung angenommen bzw. vermittelt. Ausnahmen bilden die Zuwendungen, für die eine nachträgliche Zustimmung erforderlich ist, weil sie zweckgebunden vor der Gremienentscheidung verwendet werden sollen oder von dem zuständigen Fachbereich versehentlich nicht fristgerecht gemeldet wurden. Zuwendungsbestätigungen werden erst nach dem erforderlichen Gremienbeschluss zur Annahme oder Vermittlung ausgestellt.

Nähere Informationen zu den einzelnen Zuwendungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Geiger

Anlage/n:
Anlage 1 (Rat) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2024)
Anlage 2 (Rat) Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2024)
Anlage 3 (Rat) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2024)
Anlage 4 (Rat) Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2024)

Fachbereich 20
20.51

Anlage 1
(Rat)

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2024)

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Bürgerstiftung Braunschweig	300,00 €	Zuschuss zur Anschaffung von Büchern für die Schulbücherei der Grundschule Isoldestraße **Kettenzuwendung**
2	Bürgerstiftung Braunschweig	500,00 €	Zuschuss zur Anschaffung von Büchern für die Schulbücherei der Grundschule Diesterwegstraße **Kettenzuwendung**
3	Bürgerstiftung Braunschweig	500,00 €	Zuschuss zur Anschaffung von Büchern für die Schulbücherei der Grund- und Hauptschule Pestalozzistraße **Kettenzuwendung**
4	Bürgerstiftung Braunschweig	500,00 €	Zuschuss zur Anschaffung von Büchern für die Schulbücherei der Grundschule Volkmarode **Kettenzuwendung**
5	Bürgerstiftung Braunschweig	500,00 €	Zuschuss zur Anschaffung von Büchern für die Schulbücherei der Grundschule Lamme **Kettenzuwendung**
6	Bürgerstiftung Braunschweig	600,00 €	Zuschuss zur Anschaffung von Büchern für die Schulbücherei der Grundschule Ilmenaustraße **Kettenzuwendung**
7	Bürgerstiftung Braunschweig	400,00 €	Zuschuss zur Anschaffung von Büchern für die Schulbücherei der Grundschule Gliesmarode **Kettenzuwendung**
8	Ehemaligenverein - Vereinigung ehemaliger Schüler/innen des Wilhelm-Gymnasiums in Braunschweig e. V.	Sachspende 3.665,00 €	Ein Billardtisch mit Zubehör
9	Ehemaligenverein - Vereinigung ehemaliger Schüler/innen des Wilhelm-Gymnasiums in Braunschweig e. V.	Sachspende 696,15 €	Eine Orgelwartung in der Aula **Kettenzuwendung**
10	Förderverein der GS Lamme	Sachspende 1.747,57 €	Eine Relaxliege für den Schulhof **Kettenzuwendung**

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
11	Förderverein der GS Mascheroder Holz	Sachspende 613,90 €	Vier Panasonic-Radios für den Unterricht **Kettenzuwendung**
12	Förderverein der Nibelungen-Realschule	Sachspende 700,00 €	Selbstlernhefte "Deutsch als Zweitsprache" vom Klett-Verlag für Kinder ausländischer Herkunft **Kettenzuwendung**

Fachbereich 67

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Sportverein Lindenberg 1949 e.V	15.000,00 €	Die Spende soll anteilig für die Errichtung einer Kalthalle auf dem Sportplatzgelände Ehrlichstraße 9 verwendet werden und dient dann dem Trainingsbetrieb für den Baseball- und Softballsport des Vereins.

Fachbereich 68

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Förderverein Riddagshausen	3.500,00 €	Materialien für die Verwendung zur Neugestaltung der Natur-Erleben-Station „Wildbienen“ am Nehrkornweg im Naturschutzgebiet Riddagshausen

Nachrichtlich:

Fachbereich 41

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Rotary Club Braunschweig - Richmond	3.000,00 €	Projekt "Wir machen die Musik!" in Kindertagesstätten 2024/2025 *Korrektur des Betrages aus dem letzten Gremienlauf (24-24447)* Es wurden versehentlich 30.000 € zur Annahme vorgelegt, hierbei handelte es sich um einen Schreibfehler. Der Beschluss ist aber unschädlich, da die Annahme in ausreichender Höhe beschlossen wurde.

Fachbereich 20
20.51

Anlage 2
(Rat)

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2024)

Referat 0500

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	450,00 €	Braunschweiger Kinder und Jugendliche, Schulen und Kindertagesstätten	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung **Kettenzuwendung**
2	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	205,00 €	Braunschweiger Kinder und Jugendliche, Schulen und Kindertagesstätten	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung **Kettenzuwendung**

Referat 0610

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Richard Borek Stiftung	33.300,00 €	Stadt Braunschweig, Referat 0610 Stadtbild und Denkmalpflege zur Weiterleitung an private Grundstückseigentümer.	Bildung eines gemeinsamen Etats zur Gewährung von Zuschüssen zu den Kosten der Planung, Durchführung und Dokumentation von Maßnahmen zur Erhaltung und sinnvollen Nutzung von Baudenkmalen, die sich in privatem oder kirchlichem Eigentum befinden
2	Susanne Yavuzer-Stiftung	5.500,00 €	0610 Stadtbild und Denkmalpflege zur Weiterleitung an private Grundstückseigentümer	Bildung eines gemeinsamen Etats zusammen mit der Richard-Borek-Stiftung zur Gewährung von Zuschüssen zu den Kosten der Planung, Durchführung und Dokumentation von Maßnahmen zur Erhaltung und sinnvollen Nutzung von Baudenkmalen, die sich in privatem oder kirchlichem Eigentum befinden. Jährliche Anteilsfinanzierung bis zu 5.500 € als Ergänzung zum Förderbetrag der Richard-Borek-Stiftung von bis zu 33.300 € und zum städtischen Förderbetrag von bis zu 66.700 €.

Fachbereich 20
20.51

Anlage 3
(Rat)

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2024)

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Carl Zeiss AG	4.320,00 €	Zuschuss zur Anschaffung von fünf VR-Brillen für Arbeitsexperimente der Grund- und Hauptschule Rüningen
2	Deutscher Kinderschutzbund	2.992,60 €	Übernahme der Kosten von externen Dozenten für die Technik-AG der Grundschule Ilmenaustraße
3	Förderkreis der IGS Franzsches Feld	Sachspende 43.417,17 €	Sitzgruppen zur selbstständigen Arbeit
4	Förderverein des Gym. Ricarda-Huch-Schule	Sachspende 412,52 €	Inhalt für die Spielekisten des 5. Jahrgangs von Kaufland, XXXL-Lutz, Sport Voswinkel und Decathlon **Kettenzuwendung**
5	Förderverein des Gym. Ricarda-Huch-Schule	Sachspende 169,00 €	Eine Lehrerlizenz ACCESS 3 von der Cornelsen GmbH für die Fachgruppe Englisch **Kettenzuwendung**
6	Förderverein des Gym. Ricarda-Huch-Schule	Sachspende 1.051,45 €	Eine Fahrbahn, zwei Fahrbahnwagen und zwei Bewegungssensoren für die Fachgruppe Physik, Versuchsaufbau zum Thema "Bewegung" **Kettenzuwendung**
7	Förderverein des Gym. Ricarda-Huch-Schule	Sachspende 42,00 €	Drei Bücher "Wolff" von der Firma Graff GmbH für die Fachgruppe Deutsch **Kettenzuwendung**
8	Förderverein des Gym. Ricarda-Huch-Schule	Sachspende 107,70 €	Vier Career-Starter-Kits der P+O GmbH zum Thema "Berufsorientierung" **Kettenzuwendung**
9	Förderverein des Gym. Ricarda-Huch-Schule	Sachspende 4.360,51 €	Drei Sensoren, eine 30-A-Box, eine Sonde und verschiedenes Zubehör für die Fachgruppe Physik
10	Förderverein des Lessinggymnasiums	Sachspende 420,00 €	Elektronikzubehör für den Unterricht (30 Teile- Mikrofone, Stecker, Stative, Kabel etc.) **Kettenzuwendung**
11	Förderverein des Lessinggymnasiums	Sachspende 157,54 €	Ein Holzkohlegrill und ein Ascheeimer **Kettenzuwendung**

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
12	Förderverein des Lessinggymnasiums	Sachspende 278,00 €	Zwei LED-Vintage-Lampen für die Bühne **Kettenzuwendung**
13	Förderverein des Lessinggymnasiums	Sachspende 1.218,70 €	122 Trikots für die Teilnahme an Turnieren **Kettenzuwendung**
14	Förderverein des Lessinggymnasiums	Sachspende 60,00 €	Zwei Schaufensterpuppen für den Bereich "Darstellendes Spiel" **Kettenzuwendung**
15	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 3.959,00 €	10 Fußbälle und 15 Paar Langlauf-Ski für die Fachgruppe Sport
16	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 1.484,00 €	Ein Defibrillator, ein Wandkasten und eine Elektrodenkassette für Kinder **Kettenzuwendung**
17	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 1.794,60 €	48 Diercke-Weltatlanten und eine Bi-Box für die Fachgruppe Erdkunde **Kettenzuwendung**
18	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 596,30 €	Zubehör für den Billardtisch **Kettenzuwendung**
19	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 4.287,86 €	Ein Modell zur Blutzirkulation, ein Reanimationspuppenset, acht Heizplatten für Schülerübungen, zwei Skelette, ein Wasserbad, eine Akkomodation, zehn Osmose-Modelle, acht Taschenwaagen für die Fachgruppe Biologie
20	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 529,96 €	Ein Bluetooth-Speaker, 1 CD-Player und 12 Wörterbücher für die Fachgruppe Alte Sprachen **Kettenzuwendung**
21	Förderverein des Wilhelmgymnasiums	Sachspende 153,95 €	Neun Notenhefte für die Fachgruppe Musik **Kettenzuwendung**
22	MK:Connect Förderverein Martino-Katharineum e.V.	Sachspende 5.907,16 €	Extragroße PC-Monitore für die Mediothek
23	MK:Connect Förderverein Martino-Katharineum e.V.	Sachspende 6.978,54 €	Vier Experimentierkästen "Radioaktivität" von Mekruphy für den Unterricht
24	MK:Connect Förderverein Martino-Katharineum e.V.	Sachspende 81,26 €	Notenblätter für die Bigband **Kettenzuwendung**

Fachbereich 41

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Arbeitsausschuss Innenstadt Braunschweig e. V.	5.000,00 €	Sponsoring Selfie Point Lichtparcours 2024
2	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 250,00 €	Übernahme eines Teils der Verpflegungskosten für eine Probenfahrt des Junior-Streich-Orchesters, des Jugendblasorchesters und der Junior-Bläser nach Tettenborn im Oktober 2024 **Kettenzuwendung**
3	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 1.500,00 €	Tontechnik-Equipment **Kettenzuwendung**
4	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 5.000,00 €	Kinderfagott

Fachbereich 20
20.51

Anlage 4
(Rat)

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2024)

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Förderverein des Gym. Raabeschule	Sachspende 225,00 €	Abgehende Schülerinnen und Schüler	Neun Büchergutscheine als Auszeichnung für ausgezeichnete Abiturnoten **Kettenzuwendung**
2	Förderverein des Gym. Raabeschule	300,00 €	Schülerinnen und Schüler	Geldpreise des Fördervereins als Sonderpreis für besonderes soziales Engagement **Kettenzuwendung**
3	Förderverein des Gym. Raabeschule	Sachspende 84,00 €	Schülerinnen und Schüler	Drei Bücher als Sonderpreis für besonderes soziales Engagement **Kettenzuwendung**
4	Förderverein des Lessinggymnasiums	Sachspende 750,00 €	Abghende Schülerinnen und Schüler	25 Büchergutscheine für Abiturientinnen und Abiturienten mit besonderen Leistungen **Kettenzuwendung**
5	MK:Connect Förderverein Martino-Katharineum e.V.	Sachspende 690,00 €	Neue Schülerinnen und Schüler	Schulplaner für die neuen 5. Klassen **Kettenzuwendung**

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24814
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Auftragsvergabe des Fachbereichs Tiefbau und Verkehr: Betrieb der öffentlichen Beleuchtung sowie der Lichtsignalanlagen und Verkehrsanlagen, Verkehrsmanagement und Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Braunschweig

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat III 66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr	29.11.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (Vorberatung)	03.12.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

1. „Der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BS|ENERGY) ist der Zuschlag für den Dienstleistungsvertrag Betrieb der öffentlichen Beleuchtung sowie der Lichtsignalanlagen und Verkehrsanlagen, Verkehrsmanagement und Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Braunschweig zu erteilen.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die derzeitigen Dienstleistungsverträge Leistungsbild Öffentliche Beleuchtung und Leistungsbild LSA/Verkehr vom 15. Dezember 2005 zum 31. Dezember 2025 ordentlich zu kündigen.“

Sachverhalt:

Ausgangslage
Zum 01. Januar 2006 hat die Stadt den Betrieb der öffentlichen Beleuchtung, des Verkehrsmanagements inklusive der Lichtsignalanlagen sowie der Verkehrszeichen und -einrichtungen privatisiert. Die Details der Aufgabenerfüllung wurden in den Dienstleistungsverträgen Leistungsbild Öffentliche Beleuchtung und Leistungsbild LSA/Verkehr geregelt.

Die mit der BS|ENERGY und der BELLIS GmbH geschlossenen Dienstleistungsverträge sehen eine Vertragslaufzeit von 20 Jahren vor. Danach verlängern sich die Verträge, jeweils um ein Jahr. Erstmals zum 31. Dezember 2025 ist eine ordentliche Kündigung möglich. Diese muss bis zum 31. Dezember 2024 erfolgen.

Eine Verlängerung der Verträge ist nicht zweckmäßig, weil der Verlängerungszeitraum von nur einem Jahr keine hinreichende Planungssicherheit bietet und sich die Verträge nach der 20jährigen Laufzeit mittlerweile als zu starr darstellen und insbesondere auch Themen, die aus heutiger Sicht infolge der fortschreitenden Entwicklung wichtig sind, nicht hinreichend abgebildet sind.

Vor diesem Hintergrund hat der Rat die Verwaltung mit Beschluss vom 21. März 2023 beauftragt, die Geschäftsbereiche der Öffentlichen Beleuchtung (ö. B.) sowie Lichtsignalanlagen, Verkehrsmanagement, Verkehrszeichen und Parkraumbewirtschaftung (Verkehr) in einem Vergabeverfahren neu auszuschreiben. Diesem Grundsatzbeschluss war eine fachgutachterliche Untersuchung von potentiellen Nachfolgelösungen in insbesondere organisatorischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht vorausgegangen. Wegen der Einzelheiten wird auf die entsprechende Beschlussvorlage (Drs. 23-20566) verwiesen.

Die nachfolgende Begleitung des Vergabeverfahrens hat sich in zwei Phasen aufgeteilt. Die erste Phase umfasste die Vorbereitung des Vergabeverfahrens. Die zweite Phase beinhaltete die Durchführung des eigentlichen Vergabeverfahrens.

Für beide Stufen wurde ein auf die Begleitung derartiger Projekte spezialisiertes und erfahrenes Team bestehend aus juristischen, betriebswirtschaftlichen und technischen Beratern beauftragt.

Vorbereitung des Vergabeverfahrens
Die erste Stufe der Vorbereitung des Vergabeverfahrens beinhaltete die Analyse der monetären, technischen und rechtlichen Bestandssituation und mündete in der Erstellung der Vergabeunterlagen einschließlich des Entwurfes eines neuen Dienstleistungsvertrages.

Die Analyse erfolgte auf Basis des in der Vorlage zum Grundsatzbeschluss vorgestellten Gutachtens zur Nachfolgeregelung sowie der derzeitigen Vertragssituation. Im Rahmen dieser wurden

- die Bestandsdaten ausgewertet, insbesondere zum Investitionsbedarf,
- die technisch-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eruiert, insbesondere zum Anlagevermögen und
- die (vergabe-)rechtlichen Rahmenbedingungen geklärt.

Ausgehend von der Analyse der Ist-Situation erfolgte die Erstellung der Vergabeunterlagen, insbesondere des Entwurfes des zukünftigen Dienstleistungsvertrages sowie der Aufstellung der Eignungs- und Wertungskriterien für das Vergabeverfahren. Parallel wurde ein Konzept zur Vermeidung von Interessenkonflikten erstellt und umgesetzt.

Die zum Zeitpunkt des Grundsatzbeschlusses noch nicht abschließend geklärte Frage der Ausgestaltung der Vergabe ist dahingehend entschieden worden, dass die Leistungen im Wege einer Gesamtvergabe ausgeschrieben werden. Dies lag zunächst an der besonderen Rolle der Anlagen, insbesondere der Lichtsignalanlagen, für die Verkehrssicherheit. Deren ordnungsgemäßer Betrieb kann bei der Vergabe an einen Dienstleister mit weniger Schnittstellen, Haftungs- und Gewährleistungslücken in einem einheitlichen Verkehrsraum ermöglicht werden. Zudem werden die Tragsysteme sowohl von der Beleuchtung als auch von Lichtsignalanlagen genutzt. Vor diesem Hintergrund führt die gemeinsame Ausschreibung zu wirtschaftlich attraktiveren Angeboten, da Ressourcen besser genutzt und Skaleneffekte realisiert werden können.

Vertragsinhalte
Wesentlicher Bestandteil der Erstellung der Vergabeunterlagen war der Entwurf eines neuen Dienstleistungsvertrages sowie die Ausarbeitung der Leistungsbeschreibungen und -verzeichnisse, mit dem die Aufgaben des zukünftigen Auftragnehmers in den Bereichen ö. B. und Verkehr geregelt werden.

Als Grundlage für den Dienstleistungsvertrag ist dabei – wie schon in den aktuellen Dienstleistungsverträgen – ein Betreibermodell gewählt worden, welches sowohl die Durchführung von Erneuerungs- und Investitionsmaßnahmen als auch die Energiebeschaffung umfasst (sog. All-Inklusive-Modell). Nicht Gegenstand des Dienstleistungsvertrages ist die Übertra-

gung des Eigentums an dem für die Tätigkeiten genutzten Anlagevermögens auf den Betreiber. Die Stadt ist und bleibt demnach Eigentümerin der Anlagen. Dem Betreiber wird jedoch eine unentgeltliche Nutzungsbefugnis an den Anlagen zur Durchführung des Vertrages eingeräumt.

Im Bereich der ö. B. ist der Betreiber insbesondere für die technische Betriebsführung, die Wartung und Instandhaltung, die Erneuerung, den Neu- und Rückbau der Beleuchtungsanlagen verantwortlich. Der Betreiber schuldet deswegen in Summe nicht eine rein anlassbezogene Tätigkeit, sondern den Beleuchtungserfolg insgesamt.

Der Bereich Verkehr umfasst den Betrieb der Lichtsignalanlagen und der Verkehrsanlagen sowie das Verkehrsmanagement und die Parkraumbewirtschaftung. Der Betreiber ist insbesondere für die technische Betriebsführung, die Wartung und Instandhaltung sowie für die Erneuerung, den Neu- und Rückbau der Anlagen verantwortlich. Daneben trifft den Betreiber die Pflicht zur Sicherstellung, Archivierung und Datenhaltung der über die Verkehrsinfrastruktur sowie des Verkehrsmanagements erhobenen Daten für weitere städtische Anwendungen und Informationssysteme.

Abgerundet wird das Vertragswerk mit der Verpflichtung zu einem regelmäßigen Berichtswesen. Die Stadt hat zudem jederzeit Zugriff auf die maßgeblichen Betriebs- und Bestandsdaten der Bereiche ö. B. und Verkehr.

Als Vertragslaufzeit ist ein Zeitraum von 15 Jahren vorgesehen, mit einer Option auf Verlängerung um weitere 5 Jahre. Die kürzere Grundlaufzeit ermöglicht es einerseits, sofern erforderlich, schneller auf technische Fortschritte reagieren zu können. Andererseits bietet die Verlängerungsoption um fünf Jahre einen hinreichend langen Zeitraum für eine Vertragsverlängerung.

Auch die Themen Personal und Wirtschaftsgüter wurden betrachtet. Ein Rückkauf der im Rahmen der damaligen Privatisierung verkauften Wirtschaftsgüter (insbesondere Fahrzeuge und Geräte, Büro- und Geschäftsausstattung sowie der mobile Lagerbestand) seitens der Stadt ist aufgrund der Entscheidung zur Neuausschreibung nicht zweckmäßig und auch nicht erforderlich. Das arbeitsrechtlich bestehende Rückkehrrecht der noch verbleibenden zwölf ehemaligen städtischen Beschäftigten wird nach Abschluss des Vergabeverfahrens separat zwischen den betroffenen Parteien geklärt. Es ist voraussichtlich nicht davon auszugehen, dass die entsprechenden Mitarbeiter von ihrem Rückkehrrecht Gebrauch machen werden.

Investitionen und Optimierungspotentiale

Im Rahmen der Bestandsanalyse und im Rahmen der Erstellung der Vergabeunterlagen ist ein besonderes Augenmerk auf die Bereiche Investition und Optimierungspotentiale gelegt worden.

Insbesondere im Bereich der ö. B. besteht für den zukünftigen Vertragszeitraum die Besonderheit, dass erhebliche Erneuerungsmaßnahmen erforderlich werden. Hintergrund ist, dass ein großer Teil der Anlagen Ende der 1960er und in den 1970er Jahren errichtet wurde. Da die Tragsysteme (Lichtmasten) in der Regel nach ca. 60 Jahren ihre betriebsübliche Nutzungsdauer erreichen, sind in den kommenden Jahren aufgrund der Altersverteilung umfangreiche Investitionen erforderlich. Nur so kann das derzeitige Qualitätsniveau der ö. B. erhalten bleiben.

Im Bereich Verkehr stehen ebenfalls erhebliche Investitionen an. Genannt sei hier beispielsweise die Erneuerung des Parkleitsystems. Aufgrund des dargestellten Bedarfs ist deshalb im Dienstleistungsvertrag für Erneuerungsinvestitionen ein festes jährliches Budget in Höhe von 5 Mio. € vorgesehen.

Des Weiteren haben sich deutliche Optimierungspotentiale im Rahmen der Neuausschreibung gezeigt. Beispielhaft sei dabei im Bereich der ö. B. die beschleunigte Umstellung der derzeit verwendeten Leuchtmittel auf LED-Technik zu nennen. Die frühzeitig zu Vertragsbeginn vorgesehene Umstellung führt zu einer deutlichen Reduktion des Stromverbrauchs während der restlichen Vertragslaufzeit. Dabei stellt der Stromverbrauch ca. 1/3 der gesamten Kosten bei der ö. B. dar. Hinzu kommt, dass LED-Leuchtmittel weniger wartungsintensiv als klassische Leuchtmittel sind. Mit der Umsetzung dieser Energieeffizienzmaßnahme kann ein Beitrag zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, bei gleichzeitiger Reduktion der Stromkosten generiert werden. Zudem werden auch ökologische Ziele wie der Erhalt der Artenvielfalt durch die Verwendung insektenfreundlicher Lichttemperaturen verfolgt und künftig stadtweit umgesetzt. Der Betrieb ist ausschließlich mit Ökostrom vorgesehen.

Ebenso sind eine Erneuerung des Parkleitsystems und die Bevorrechtigung bestimmter Teilnehmergruppen des Straßenverkehrs (z. B. Feuerwehr, ÖPNV) als Bereiche mit Optimierungspotenzial erkannt worden. Aus diesem Grund wurde im Rahmen der Ausschreibung besonderer Wert auf die Umstellung auf neue Technologien gelegt.

Durchführung des Vergabeverfahrens

Die Ausschreibung erfolgte in Form eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb und startete mit der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt am 24. Mai 2024. Eine vorgeschaltete Marktanalyse war nicht erforderlich, weil der Markt aufgrund der fachlichen Expertise der ausgewählten Berater sowie der Verwaltung bekannt war.

Teilnahmewettbewerb

Im Rahmen des vorgeschalteten Teilnahmewettbewerbes erfolgte zunächst eine Auswahl der am weiteren Verfahren beteiligten Bieter. Hierzu konnten interessierte Bewerber bis zum 24. Juni 2024 Teilnahmeanträge einreichen. Nach Ablauf der Frist erfolgte eine Prüfung der eingegangenen Teilnahmeanträge. Diese beinhalteten insbesondere die Feststellung der Eignung der Bewerber anhand der in der Ausschreibung benannten Kriterien. Es wurden dabei die finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (30 %) einerseits und die technische Leistungsfähigkeit (70 %) andererseits zugrunde gelegt.

Verhandlungsverfahren

An den Teilnahmewettbewerb schloss sich das Verhandlungsverfahren mit der Aufforderung der Bieter zur Abgabe eines indikativen Erstangebotes bis zum 11. Juli 2024 an. Bei Angebotsabgabe war neben dem Preisblatt auch ein Konzept für Betrieb und Instandhaltung sowie für Erneuerung in den Bereichen ö. B. und Verkehr vorzulegen. In den Erneuerungskonzepten war insbesondere die Steuerung von Beleuchtungsanlagen und der Einsatz innovativer Technologien, mit besonderem Augenmerk auf Energieeffizienzmaßnahmen darzustellen.

Nach Prüfung und Auswertung der indikativen Angebote erfolgten Vertragsverhandlungen mit den Bietern. Im Anschluss an die zwei Verhandlungsrunden legten die Bieter ihre finalen Angebote fristgerecht zum 05. November 2024 vor. Auf Grundlage der finalen Angebote wurde die abschließende Prüfung und Wertung nach Maßgabe der in der Ausschreibung benannten Wertungskriterien vorgenommen. Die Wertung der Angebote erfolgte anhand des Gesamtpreises (65 %) und der oben genannten Konzepte (35 %).

Ergebnis und Bewertung

Die Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BS|ENERGY) hat ihre finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie ihre technische und berufliche Leistungsfähigkeit, mithin ihre Eignung, anhand der von der Stadt Braunschweig im Rahmen der Ausschreibung festgelegten Eignungsnachweise nachgewiesen.

Das finale Angebot der BS|ENERGY stellte anhand der Wertungskriterien das wirtschaftlichste Angebot dar. Aufgrund der Angebotsprüfung und -wertung wird daher empfohlen, den Auftrag auf das Angebot der Firma **Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BS|ENERGY)** zu erteilen.

Parallel sind die derzeitigen mit der BS|ENERGY und der BELLIS GmbH geschlossenen Dienstleistungsverträge vom 15. Dezember 2005 zum 31. Dezember 2025 ordentlich zu kündigen.

Für weitere Details des Vergabeverfahrens wird auf die nichtöffentliche Anlage 1 verwiesen.

Leuer

Anlage:

Anlage 1 – Zusatzinformationen zum Vergabeverfahren (VERTRAULICH)

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-23636
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Wenden-West, 2. BA", WE 63
Stadtgebiet zw. d. Str. Heideblick, d. Stadtbahntrasse u. Veltenhöfer Str. (Geltungsb. A), Stadtgebiet Gem. Wenden Fl. 3, Flurst. 152/3 (Geltungsb. B), Stadtgebiet Gem. Veltenhof Fl. 7, Flurst. 34/3 tlw. (Geltungsb. C), Stadtgebiet Gem. Waggum Fl. 3, Flurst. 47/5 tlw. (Geltungsb. D), Stadtgebiet Gem. Rüningen Fl. 4, Flurst. 90/5 tlw. (Geltungsb. E)
Behandlung d. Stellungnahmen, Satzungsbeschluss, Teilaufh. Aufstellung WE 50

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation	14.11.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Planung und Hochbau (Vorberatung)	04.12.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

„1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und § 4 a (3) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 6, Nr. 7 und Nr. 8 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Wenden-West, 2. BA“, WE 63, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
4. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Wenden-West“, WE 50, vom 09.05.1995 (formal um den Geltungsbereich B erweitert durch den Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit am 06.07.1999) wird für die in den Anlagen Nr. 9.1 und Nr. 9.2 dargestellten Flächen aufgehoben.“

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz

Die Zuständigkeit des Rates für den Satzungsbeschluss ergibt sich aus § 58 (2) Nr. 2 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG).

Aufstellungsbeschluss und Planungsziel

Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 12. März 1991 dem Rahmenkonzept für die weitere Entwicklung des Bereiches zwischen der Ortslage Wenden und der westlichen Stadtgrenze mit dem Ziel zugestimmt eine umweltfreundliche, städtebaulich ausgewogene Gesamtplanung umzusetzen.

Aufgrund der Größe und Komplexität des Gebietes erfolgt die Umsetzung des Rahmenkonzepts „Wenden-West“ in mehreren Bauabschnitten. So wurde mit Abschluss des Bebauungsplanverfahrens „Wenden-West, 1. BA“, WE 62, für den Bereich südlich der Veltenhöfer Straße bereits Baurecht für Gewerbe und Wohnungsbau geschaffen. Mit dem vorliegenden Plan soll nun entsprechend der Rahmenplanung und den Darstellungen des Flächennutzungsplans die Siedlungserweiterung für den Bereich nördlich der Veltenhöfer Straße bis zum Heideblick fortgesetzt und die im Rahmenkonzept verankerten Planungsziele umgesetzt werden. Der Verwaltungsausschuss hatte am 08.02.2022 die Aufstellung des Bebauungsplanes „Wenden-West, 2. BA“, WE 63, beschlossen.

Städtebauliches Ziel für diesen Bebauungsplan „Wenden-West, 2. BA“, WE 63 ist eine umweltfreundliche und städtebaulich ausgewogene Siedlungserweiterung. Die Fläche bietet auf Grundlage der aktuellen Überlegungen Potenzial für rund 700 Wohneinheiten. Angestrebt wird ein Mix aus Einfamilienhäusern und Mehrfamilienhäusern, wobei Einfamilienhäuser überwiegend in flächensparender Bauweise als Reihenhäuser vorgesehen sind. Insgesamt ist im Plangebiet eine Quote von mindestens 30 % der Wohnfläche mit Belegungs- und Mietpreisbindung vorgesehen. Darüber hinaus sind 10 % der Wohnfläche zur Vermarktung im so genannten mittleren Preissegment vorgesehen. Ziel ist es dabei, ein attraktives Wohnangebot für verschiedene Bevölkerungsgruppen zu schaffen.

Eine ausreichend breite, durchgehende Grünverbindung zwischen dem westlichen Freiraum und dem Ortsrand von Wenden trennt das Wohngebiet in einen nördlichen und einen südlichen Teilbereich. Der Grünzug soll neben der Freizeit- und Erholungsnutzung dem Naturschutz sowie siedlungsökologischen und stadtbildgestalterischen Ansprüchen dienen. Zugleich übernimmt er die klimaökologisch bedeutsame Funktion als Frisch- oder Kaltluftschneise.

Das Wohngebiet wird über die Veltenhöfer Straße erschlossen und somit an den Ortskern und die dort vorhandene Infrastruktur angebunden. Zur Vermeidung von Durchgangsverkehr im Bereich der angrenzenden Schulen wird die Durchfahrt für den motorisierten Individualverkehr im nördlichen Bereich des Heideblicks ausgeschlossen bzw. nur für den Fuß- und Radverkehr ermöglicht. Gebietsintern werden die Baufelder größtenteils über Wohnwege und verkehrsberuhigte Bereiche erschlossen. Um die verkehrsbedingten Umweltbelastungen, die Inanspruchnahme von Flächen und die negativen Auswirkungen des Pkw-Verkehrs weitestgehend zu begrenzen, soll das Gebiet als „autoarmes Quartier“ entwickelt werden.

Für den Fuß- und Radverkehr ist daher im gesamten Plangebiet eine starke Durchlässigkeit vorgesehen. Über die fußläufig erreichbaren Stadtbahn- und Bushaltestellen ist das Gebiet zudem bereits hervorragend an das ÖPNV-Netz angebunden. Damit den Verkehrsteilnehmenden der Umstieg auf alternative Mobilitätsformen erleichtert wird, ist die Umsetzung eines nachhaltigen Mobilitätskonzepts geplant. Dies beinhaltet ein aufeinander abgestimmtes Management des öffentlichen und privaten Stellplatzangebotes. Zwei Quartiersgaragen sollen den öffentlichen Raum vom motorisierten Verkehr entlasten und so zu einer höheren Aufenthaltsqualität beitragen. Die Quartiersgaragen bieten die Chance alternative Mobilitätsangebote zu bündeln. Ein Verzicht auf die feste Zuordnungen von Stellplätzen zu Wohnungen eröffnet nicht zuletzt die Möglichkeit der Mehrfachnutzung. Durch einen verringerten Flächenanspruch des ruhenden und fließenden Verkehrs steht letztlich mehr Bauland für den Wohnungsbau und für Grünflächen zur Verfügung.

In Sinne eines integrierten ökologischen Konzeptes wird im Bebauungsplan „Wenden-West 2. BA“ darüber hinaus ein besonderes Augenmerk auf die Umsetzung der Maßnahmen aus

dem integrierten Klimaschutzkonzept (IKSK 2.0) zur klimagerechten Baulandentwicklung gelegt. Dazu gehört u. a. auch die konsequente Umsetzung der Leitlinie „Klimagerechte Bauleitplanung“. Städtebauliches Ziel sind neben der klimafreundlichen Mobilität u. a. eine kompakte, flächensparende Bauweise, die Sicherung von Frischluftschneisen, die Schaffung von Ausgleichsräumen für die Naherholung und den Naturschutz, die umfassende Durchgrünung im Straßenraum wie auch Fassaden- und Dachbegrünung zur Verbesserung des Kleinklimas sowie eine möglichst klimaneutrale Energieversorgung. Ein wesentlicher Aspekt des integrierten ökologischen Konzeptes im Plangebiet ist auch der sensible und klimaangepasste Umgang mit Regenwasser. So soll anfallendes Regenwasser gemäß dem Prinzip der Schwammstadt lokal aufgenommen und dem natürlichen Wasserkreislauf zurückgeführt werden.

Der Stadtteil Wenden verfügt bereits über eine sehr gute infrastrukturelle Ausstattung. Zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs werden im Baugebiet darüber hinaus jedoch noch zwei weitere Kindertagesstätten, Kinder- und Jugendspielflächen sowie Freizeit- und Begegnungsräume geschaffen u. a. wird im Freiraumkonzept auch ein geeigneter Platz für Veranstaltungen wie z. B. Volksfeste berücksichtigt. Der Bau eines Dorfgemeinschaftshauses wird im Rahmen der Festsetzungen ebenfalls ermöglicht. Ergänzend dazu ist zur Sicherung des zusätzlichen Bedarfs zudem die Schaffung von Baurecht für einen Gebietsversorger im neuen „autoarmen“ Quartier vorgesehen.

Städtebauliches Ziel ist es, durch die Ausnutzung vorhandener bzw. durch den Ausbau weiterer sozialer und technischer Infrastruktur für die zukünftigen Bewohner des Gebiets „Wenden-West“ ein attraktives Wohnumfeld zu schaffen. Eine gute kleinräumliche Erreichbarkeit der Infrastruktur hat nicht zuletzt neben positiven Effekten auf das Verkehrsgeschehen auch positive Auswirkungen auf die Teilhabechancen, die Lebendigkeit und die Lebensqualität im zukünftigen Wohnquartier.

Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und sonstiger Stellen

Diese Beteiligung wurde in der Zeit vom 26.05.2023 bis 07.07.2023 durchgeführt.

Die Leitungsträger haben Hinweise zur leitungsgebundenen Ver- und Entsorgung bzw. zu vorhandenen Leitungen gegeben. Weitere Aspekte betrafen Anregungen zum Artenschutz, zur Energieversorgung, zum Umgang mit Niederschlagswasser, aber auch Bedenken hinsichtlich des Flächenverlustes für die Landwirtschaft.

Die Hinweise auf die Nähe zum Flughafen und der daraus resultierenden Lärmbelastung sowie mögliche Auswirkungen des geplanten Nahversorgers auf den Zentralen Versorgungsbereich bzw. das Stadtteilzentrum „Wenden Hauptstraße“ sind gutachterlich untersucht worden und die Ergebnisse in die Planung eingeflossen.

Aus den Stellungnahmen sind jedoch keine Umstände hervorgegangen, die eine grundlegende Änderung der Planung erforderlich gemacht hätten.

Die Stellungnahmen sind in der Anlage Nr. 6.1 und Nr. 6.2 aufgeführt und mit einer Stellungnahme und einem Vorschlag der Verwaltung versehen.

Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB

Am 12.12.2023 wurde die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB vom Verwaltungsausschuss beschlossen und in der Zeit vom 22.01.2024 bis 23.02.2024 durchgeführt.

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sind drei

Stellungnahmen eingegangen. Diese beziehen sich u. A. auf die Aspekte Nahversorgung, Wohnraum- und Kitabedarf, Verkehr, Lärm und Klimaökologie, Flächenverbrauch und Wirtschaftlichkeit.

Aus den Stellungnahmen sind keine Umstände hervorgegangen, die eine grundlegende Änderung der Planung erforderlich gemacht hätten.

Die Stellungnahmen sind in der Anlage Nr. 7 aufgeführt und mit einer Stellungnahme und einem Vorschlag der Verwaltung versehen.

Erneute Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 4a (3) BauGB

Erfordernis einer erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 4a (3) BauGB:

Am 01.07.2024 ist die Änderung der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) in Kraft getreten. Damit entfällt unter anderem die Rechtsgrundlage für den bauordnungsrechtlichen Nachweis von Einstellplätzen und für die Festsetzung eines Stellplatzschlüssels jeweils für Wohngebäude.

Die Festsetzungen des Bebauungsplanentwurfes zum Stellplatzschlüssel für Wohngebäude sowie zur Vereinbarung eines Mobilitätskonzeptes, mussten nach der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB mangels Rechtsgrundlage zurückgenommen werden und erforderten somit eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit.

Der Bebauungsplanentwurf blieb in seinen übrigen Teilen unverändert, lediglich die Textliche Festsetzung im Teil B V wurde entsprechend gestrichen und die Nummerierung und die Begründung entsprechend angepasst.

Am 10.09.2024 wurde die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 4a (3) BauGB vom Verwaltungsausschuss beschlossen und in der Zeit vom 24.09.2024 bis 14.10.2024 durchgeführt.

Es ist nur eine Stellungnahme eingegangen. Die hierin vorgebrachten Aspekte gehören weder zu den geänderten noch zu den ergänzten Teilen und wurden im Rahmen der Abwägung zuvor bereits umfassend behandelt.

Aus der Stellungnahme der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit sind keine Umstände hervorgegangen, die eine grundlegende Änderung der Planung erforderlich gemacht hätten.

Die Stellungnahme ist in der Anlage Nr. 8 aufgeführt.

Planänderungen nach der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 4a (3) BauGB

Folgende redaktionelle Änderungen wurden nach der erneuten Veröffentlichung vorgenommen:

- In der Begründung wurden die Aussagen im Abschnitt 8.2 Kosten und Finanzierung konkretisiert.

Die Änderungen erfolgten zum besseren Verständnis bzw. zur Klarstellung. Andere Belange Dritter werden durch die Änderungen nicht berührt, sodass eine erneute Beteiligung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB nicht erforderlich ist.

Teilweise Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan „Wenden-

West“, WE 50

Teilflächen, für die am 09.05.1995 der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan WE 50 gefasst und formal am 06.07.1999 durch den Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit erweitert wurde, werden für die Umsetzung von städtebaulichen Planungen nicht mehr benötigt. Der Aufstellungsbeschluss soll daher für die in den Anlagen Nr. 9.1 und Nr. 9.2 dargestellten Flächen zur Bereinigung des Plankatasters aufgehoben werden.

Empfehlung

Die Verwaltung empfiehlt, die in den Anlagen Nr. 6, Nr. 7 und Nr. 8 aufgeführten Stellungnahmen den Vorschlägen der Verwaltung entsprechend zu behandeln und den Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Wenden-West, 2. BA“, WE 63, als Satzung sowie die Begründung mit Umweltbericht zu beschließen.

Leuer

Anlage/n:

Anlage 1.1: Übersichtskarte zur Lage der Geltungsbereiche A, B, C und D im Stadtgebiet
Anlage 1.2: Übersichtskarte zur Lage des Geltungsbereiches E im Stadtgebiet
Anlage 2.1: Zeichnerische Festsetzungen (Geltungsbereich A)
Anlage 2.2: Zeichnerische Festsetzungen (Geltungsbereich B)
Anlage 2.3: Zeichnerische Festsetzungen (Geltungsbereich C)
Anlage 2.4: Zeichnerische Festsetzungen (Geltungsbereich D)
Anlage 2.5: Zeichnerische Festsetzungen (Geltungsbereich E)
Anlage 2.6: Planzeichenerklärungen
Anlage 3: Nutzungsbeispiel zum Bebauungsplan
Anlage 4: Textliche Festsetzungen und Hinweise
Anlage 5: Begründung mit Umweltbericht
Anlage 6.1: Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB
Anlage 6.2: Anlagen zu den Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB
Anlage 7: Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB
Anlage 8: Behandlung der Stellungnahmen aus der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 4a (3) BauGB
Anlage 9.1: Bereiche, für die der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Wenden-West“, WE 50, vom 09.05.1995 aufgehoben werden soll
Anlage 9.2: Bereich für den der formal durch den Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit am 06.07.1999 erweiterte Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Wenden-West“, WE 50, aufgehoben werden soll

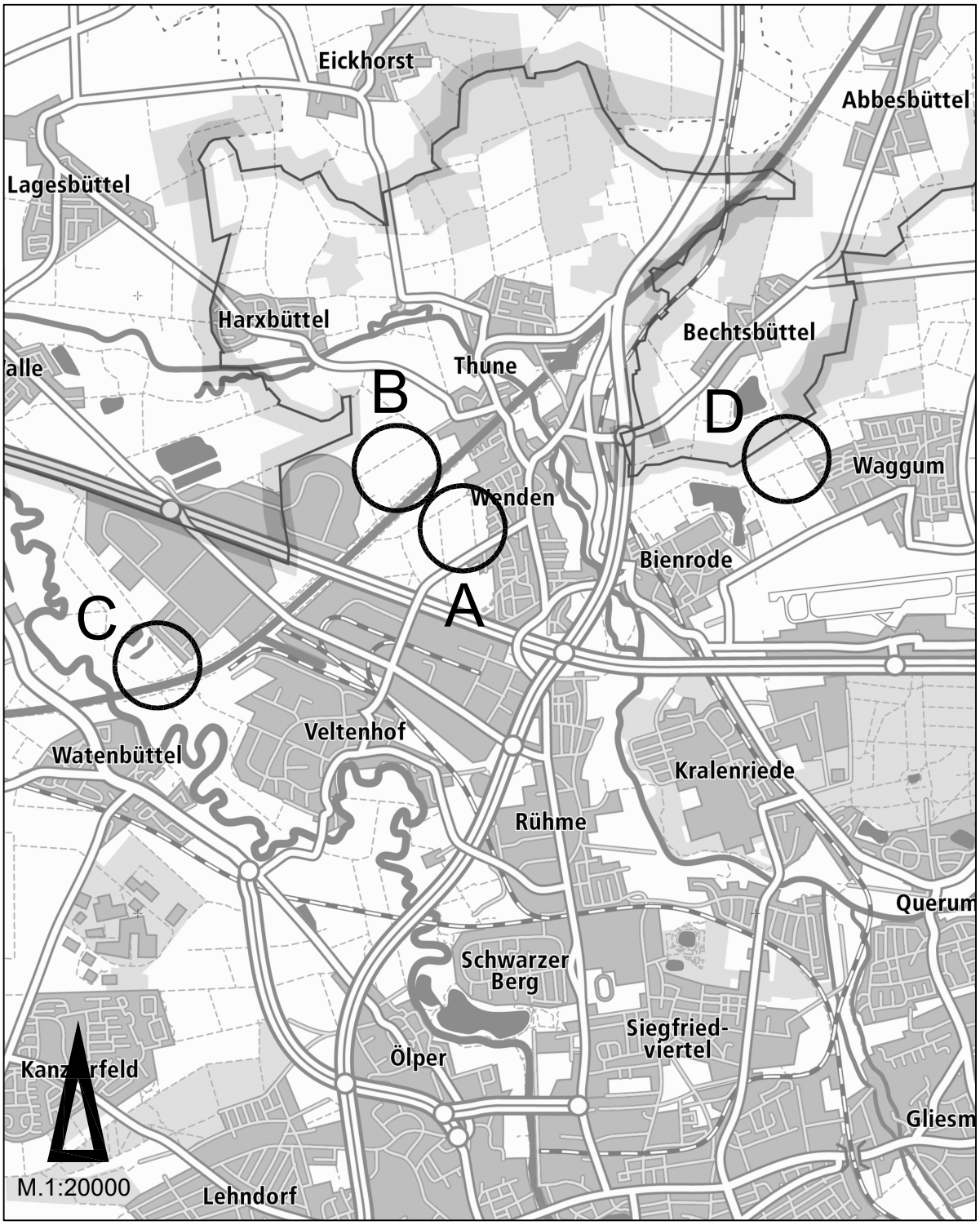
Stadt Braunschweig

Anlage 1.1

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Wenden-West, 2. BA **WE 63**

Übersichtskarte zur Lage der Geltungsbereiche A, B, C und D im Stadtgebiet
Stand: 01.07.2024, Satzung gemäß § 10 (1) BauGB



Amtlicher Stadtplan der Stadt Braunschweig

© Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation

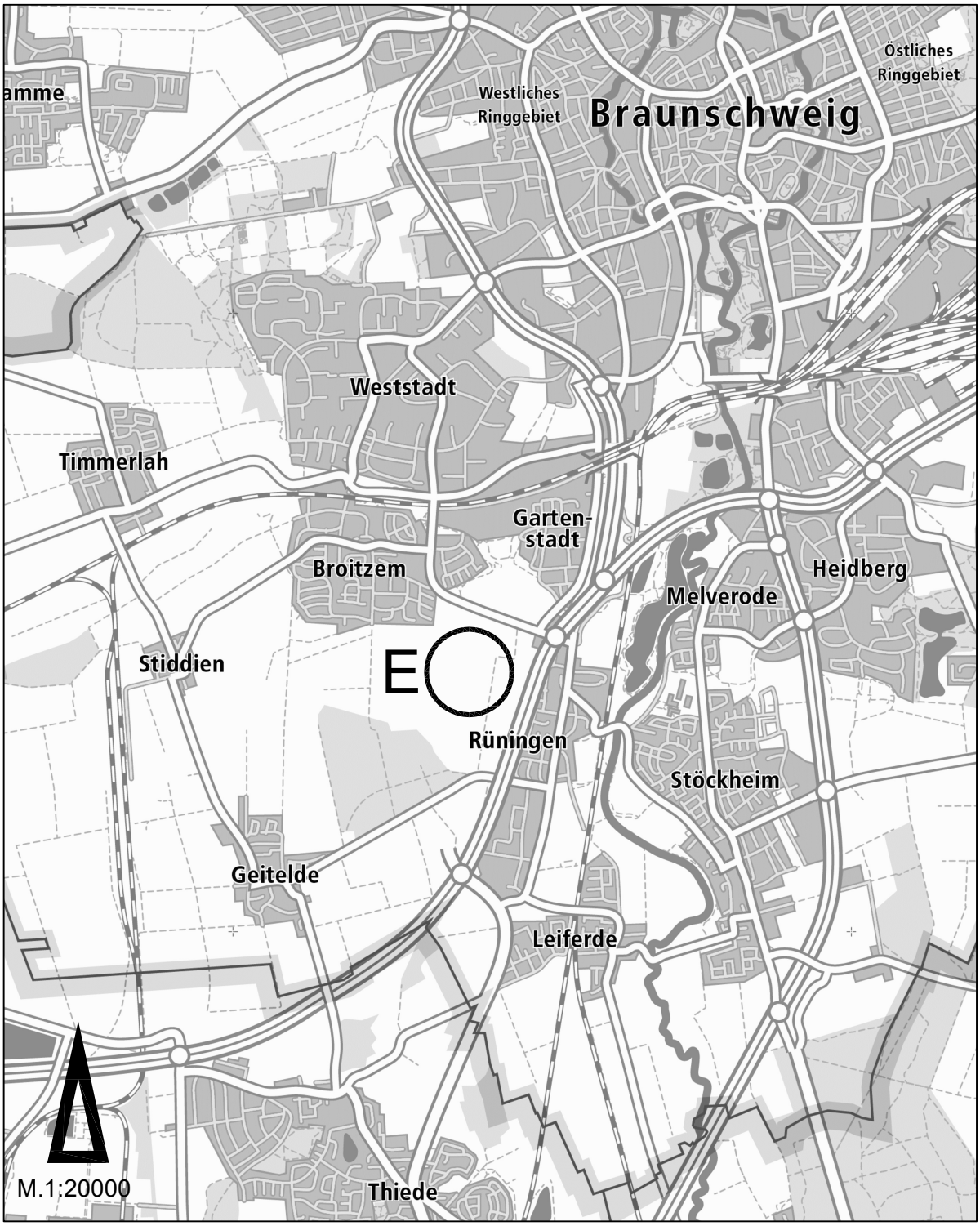
Stadt Braunschweig

Anlage 1.2

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Wenden-West, 2. BA **WE 63**

Übersichtskarte zur Lage des Geltungsbereiches E im Stadtgebiet
Stand: 01.07.2024, Satzung gemäß § 10 (1) BauGB



Amtlicher Stadtplan der Stadt Braunschweig

© Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation

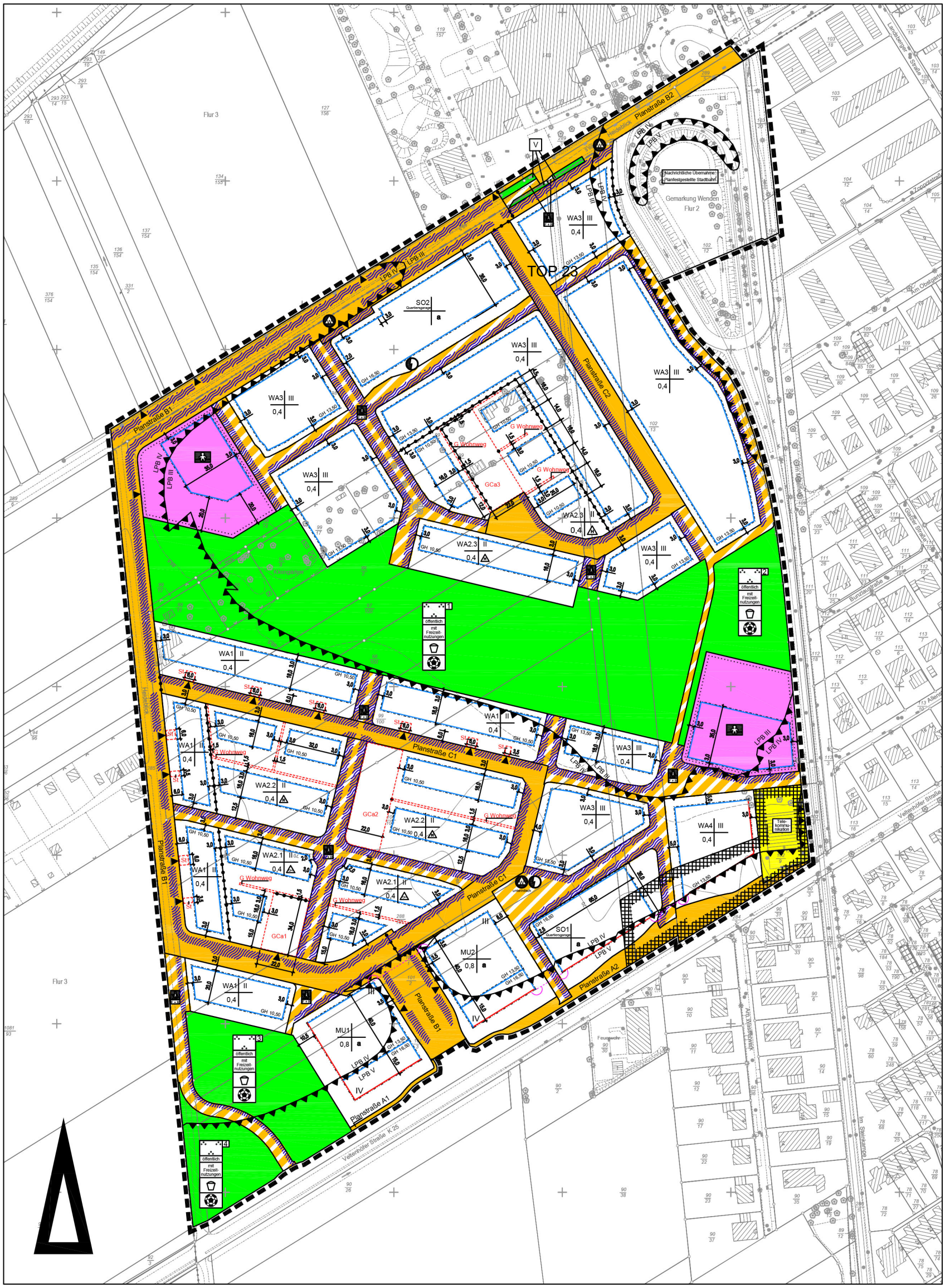
Stadt **Braunschweig**

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Wenden-West, 2. Bauabschnitt **WE 63**

Zeichnerische Festsetzungen (Geltungsbereich A)

Stand: 01.07.2024, Satzung gemäß § 10 (1) BauGB



Maßstab 1:2500

0 50 100 200 250

Stadtgrundkarte [1] der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte [2]

[1] © **Stadt Braunschweig** Abteilung Geoinformation

[2] © LGLN Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Braunschweig-Wolfsburg

Stadt **Braunschweig**

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Wenden-West, 2. BA **WE 63**

Zeichnerische Festsetzungen (Geltungsbereich B)

Stand: 01.07.2024, Satzung gemäß § 10 (1) BauGB

Maßstab 1:2500

Stadtgrundkarte [1] der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte [2]

[1] © **Stadt Braunschweig** Abteilung Geoinformation

[2] © LGLN Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Braunschweig-Wolfsburg

Stadt **Braunschweig**

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Wenden-West, 2. BA **WE 63**

Zeichnerische Festsetzungen (Geltungsbereich C)

Stand: 01.07.2024, Satzung gemäß § 10 (1) BauGB

Maßstab 1:2500

Stadtgrundkarte [1] der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte [2]

[1] © **Stadt Braunschweig** Abteilung Geoinformation

[2] © LGLN Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Braunschweig-Wolfsburg

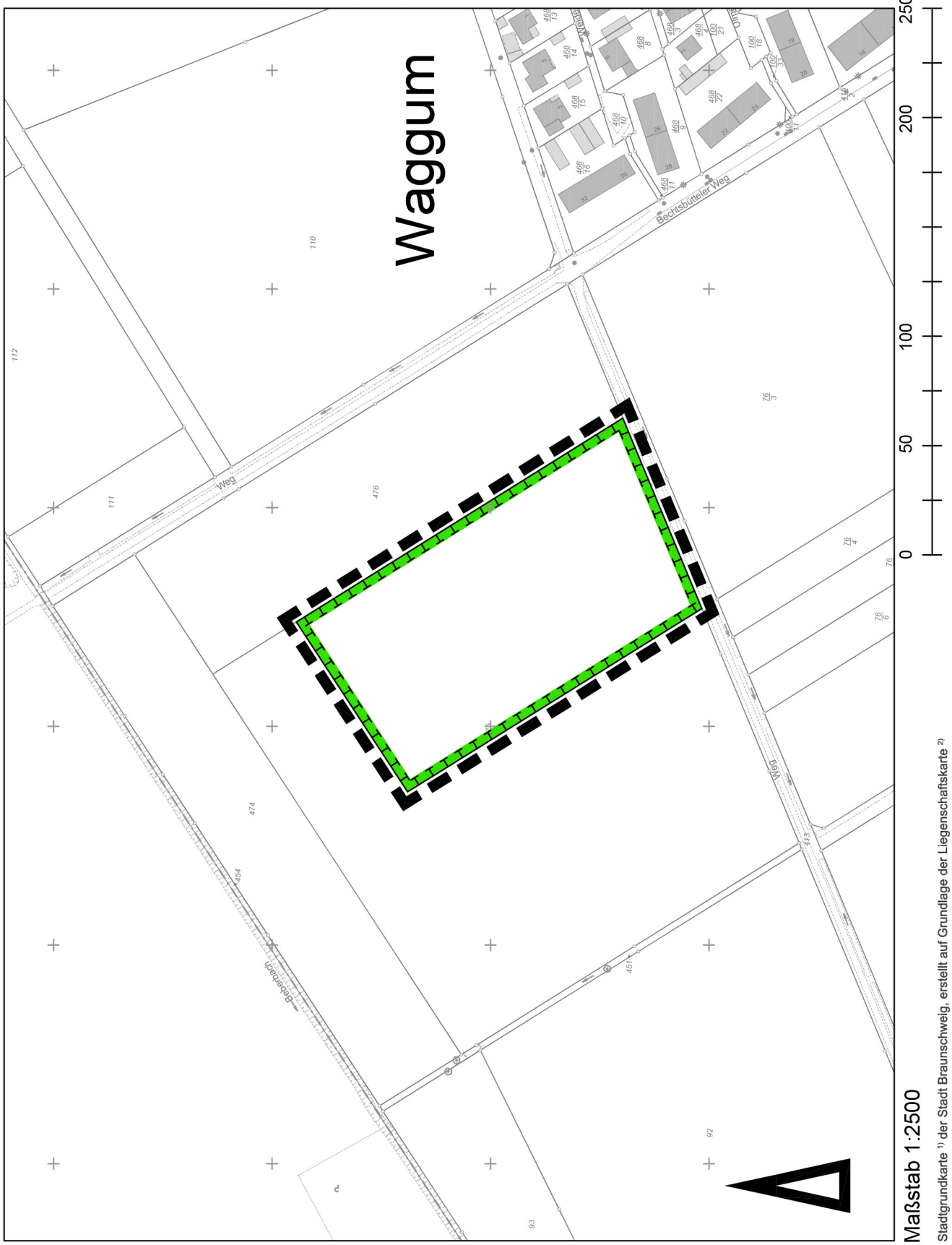
Stadt **Braunschweig**

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Wenden-West, 2. BA **WE 63**

Zeichnerische Festsetzungen (Geltungsbereich D)

Stand: 01.07.2024, Satzung gemäß § 10 (1) BauGB



Maßstab 1:2500

Stadtgrundkarte [1] der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte [2]

[1] © Stadt Braunschweig Abteilung GeoInformation

[2] © LGLN Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Braunschweig-Wolfsburg

Stadt **Braunschweig**

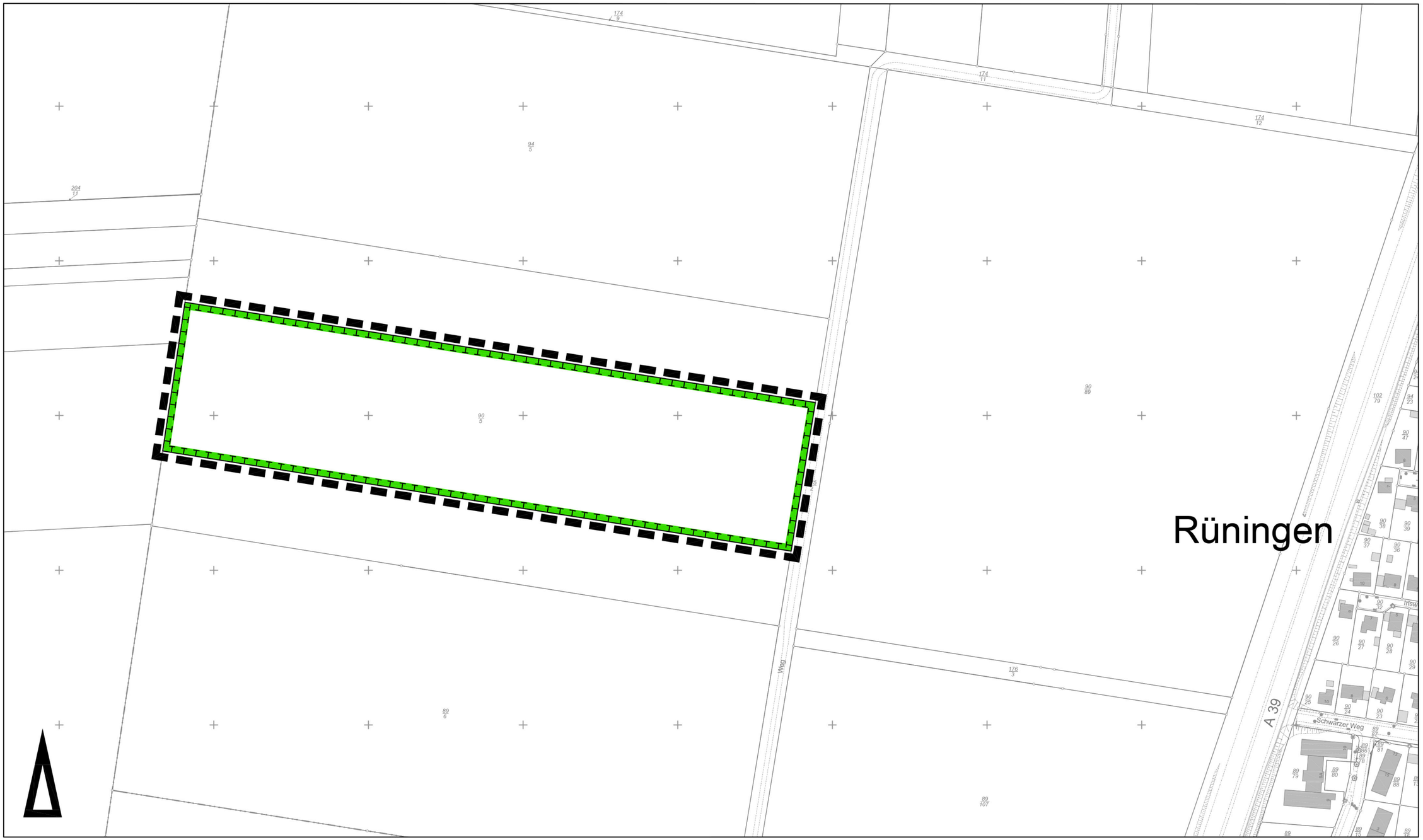
Anlage 2.5

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Wenden-West, 2. BA **WE 63**

Zeichnerische Festsetzungen (Geltungsbereich E)

Stand: 01.07.2024, Satzung gemäß § 10 (1) BauGB



Maßstab 1:2500

0 50 100 200 250

Stadtgrundkarte [1] der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte [2]

[1] © **Stadt Braunschweig** Abteilung Geoinformation

[2] © LGLN Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Braunschweig-Wolfsburg

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
Wenden-West, 2. BA **WA 63**

Planzeichenerklärungen (Zahlenangaben sind Beispiele)
Stand: 01.07.2024, Satzung gemäß § 10 (1) BauGB

Art der baulichen Nutzung

WA	Allgemeines Wohngebiet
MU	Urbanes Gebiet
SO	Sondergebiet

Maß der baulichen Nutzung, Höhen baulicher Anlagen in Metern über dem Bezugspunkt entsprechend textlicher Festsetzung

0,4	Grundflächenzahl (GRZ)
III	Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß
GH 10,50	Gebäudehöhe als Höchstmaß

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

H	nur Hausgruppen zulässig
DH	nur Doppelhäuser und Hausgruppen zulässig
a	abweichende Bauweise
	Baulinie
	Baugrenze

Flächen für den Gemeinbedarf

Kindertagesstätte

Verkehrsflächen

Straßenverkehrsflächen

F + R — Verkehrsflächen mit der besonderen Zweckbestimmung "Geh- und Radweg"

Einfahrt- und Ausfahrt (Breite und Lage entsprechend Straßenausbauplan)

Flächen und Anlagen der Ver- und Entsorgung

Tele-kommu-nikation — Flächen für Telekommunikation

W — Wertstoff-Sammelanlage

Elektrizität

Grünflächen

1 öffentlich — Öffentliche Grünfläche entsprechend textlicher Festsetzung

Spielplatz

Jugendplatz

V — Verkehrsgrün

Maßnahmen für Natur und Landschaft (nur Geltungsbereiche B, C, D und E)

Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft entsprechend textlicher Festsetzung

Sonstige Festsetzungen

Anlagen für die Versickerung von Niederschlagswasser (Mulden), gleichbedeutend mit Zu- und Abfahrstverbot

Grenze des Geltungsbereiches

Nutzungsabgrenzung

Abgrenzung der unterschiedlich festgesetzten Lärmpegelbereiche (LPB)

GCa — Gemeinschaftsflächen für Carports und Nebenanlagen

G Wohnweg — Gemeinschaftswohnweg

St — Flächen für Stellplätze

Geh-, Fahr- und Leitungsrecht entsprechend textlicher Festsetzung (nur Geltungsbereich B)

Hinweise

3,0 — Maßangaben in Metern

in Verlängerung der Fluchtlinie

Kennzeichnung

Bereich, in dem mit Kampfmitteln zu rechnen ist

Bestandsangaben

Wohngebäude

Neben- bzw. Wirtschaftsgebäude

Gebäude nicht im amtlichen Liegenschaftskataster enthalten

Flurstücksgrenze

II — vorh. Geschosszahl

303 117/18 — Flurstücksnummern

74,0 / 73,5 — Höhenangaben über NN

Böschung

Stadt **Braunschweig**

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Wenden-West, 2. Bauabschnitt **WE 63**

Nutzungsbeispiel

Stand: 01.07.2024, Satzung gemäß § 10 (1) BauGB

Maßstab 1:2500

0 50 100 200 250

Stadtgrundkarte [1] der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte [2]

[1] © **Stadt Braunschweig** Abteilung Geoinformation

[2] © LGLN Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Braunschweig-Wolfsburg

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
Wenden West, 2. BA **WE 63**
Textliche Festsetzungen und Hinweise

A Städtebau

gemäß § 1 a und § 9 BauGB

I Art der baulichen Nutzung

1. In den Allgemeinen Wohngebieten sind gemäß § 4 BauNVO folgende Nutzungen zulässig:

   - Wohngebäude,
   - Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störenden Handwerksbetriebe,
   - Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.

   Ausnahmsweise können zugelassen werden:

   - Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
   - sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,
   - Anlagen für Verwaltungen.

   Nicht zulässig sind insbesondere:

   - Gartenbaubetriebe und Tankstellen,
   - der Versorgung des Gebietes dienenden Läden.

2. In den Urbanen Gebieten sind gemäß § 6a BauNVO folgende Nutzungen zulässig:

   - Geschäfts- und Bürogebäude,
   - Schank- und Speisewirtschaften,
   - Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
   - sonstige Gewerbebetriebe,
   - Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke,
   - Wohnnutzungen sind nur in den Obergeschossen zulässig.

   Ausnahmsweise können zugelassen werden:

   - Einzelhandelsnutzungen im Erdgeschoss des Urbanen Gebietes MU 2, sofern diese der Nahversorgung der Bevölkerung dienen.

   Nicht zulässig sind insbesondere:

   - Sonstige Einzelhandelsbetriebe, mit Ausnahme von Kiosken
   - Vergnügungsstätten,
   - Tankstellen,
   - Bordelle und bordellartige Nutzungen sowie Wohnungsprostitution.

   Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig.

3. Die Sondergebiete mit der Zweckbestimmung "Quartiersgarage" dienen der Unterbringung der im Plangebiet erforderlichen Stellplätze und Besucherstellplätzen.

   Darüber hinaus dienen sie als Mobilitätsstation mit gemeinschaftlich nutzbaren und dem Quartier zur Verfügung stehenden Mobilitätsangeboten.

   Die allgemein zulässigen Nutzungen sind:

   - öffentliche sowie private Stellplätze,
   - Fahrradabstellanlagen,
   - bauliche Anlagen, die der Herstellung eines Angebots an alternativen Mobilitätsformen dienen (z. B. Ladesäulen, Bikesharing, Rollersharing usw.),
   - die für den Betrieb der Parkhäuser notwendigen Verwaltungseinheiten und Nebenanlagen,
   - Gewerbebetriebe, die der Zweckbestimmung dienen (z. B. Fahrradreparaturservice),
   - Sonstige Gemeinschaftsanlagen (z. B. Quartierstreff),
   - sowie Paketstationen.
   - Im Sondergebiet SO 2 sind auch selbstständige Anlagen zur Erzeugung und Versorgung von Wärme aus erneuerbarer Energien (Energiezentrale) zulässig.

   Ausnahmsweise können zugelassen werden

   - sonstige Büronutzung.

II Maß der baulichen Nutzung

1. <u>Gebäudehöhen</u>

   Überschreitungen der zeichnerisch festgesetzten maximalen Gebäudehöhe sind für technische Anlagen (z. B. Lüftungsanlagen, Antennen, PV-Anlagen) und Erschließungsanlagen (Treppenhäuser und -aufgänge, Aufzüge) bis zu 3,0 m ausnahmsweise zulässig, soweit sie um das Maß ihrer Höhe von der Fassadenkante zurückspringen.

2. Bezugspunkt der Höhenangaben

Bezugspunkt für die Höhenangaben ist die Höhenlage der nächstgelegenen Verkehrsfläche an dem Punkt der Straßenbegrenzungslinie, der der Mitte der straßenzugewandten Gebäudeseite am nächsten liegt.

3. Grundfläche

Bei der Ermittlung der zulässigen Grundfläche bleiben die festgesetzten Gemeinschaftsflächen (Carports und Wohnwege) unberücksichtigt.

Überschreitungen der zulässigen Grundfläche durch die in § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO aufgeführten Grundflächen sind im Plangebiet nicht zulässig.

Sie können ausnahmsweise zugelassen werden, sofern nachgewiesen wird, dass die Versickerung auf dem Grundstück sichergestellt ist.

III Überbaubare Grundstücksfläche, Bauweise, Grundstücksgrößen, Zahl der Wohnungen

1. Überschreitung von Baugrenzen und Baulinien

Baugrenzen und Baulinien dürfen durch Eingangsüberdachungen, Hauseingangstreppen, Kelleraußentreppen, Kellerlichtschächte, sonstige Außentreppen und Rampen bis zu einer Tiefe von 1,5 m auf insgesamt maximal 50 % der jeweiligen Fassadenbreite überschritten werden.

2. Bauweise

In den Gebieten mit abweichender Bauweise a dürfen innerhalb der überbaubaren Flächen Gebäude auch wie folgt errichtet werden:

- mit einer Länge von über 50 m,
- ohne seitlichen Grenzabstand.

3. Grundstücksgrößen

Die Größe der Baugrundstücke darf 200 m² nicht unterschreiten.

4. Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden

- Im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 ist in Wohngebäuden max. 1 Wohnung je angefangene 600 m² Grundstücksfläche zulässig.
- Im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 ist in Wohngebäuden max. 1 Wohnung je angefangene 320 m² Grundstücksfläche zulässig.
- In den Allgemeinen Wohngebieten WA 3 und WA 4 ist in Wohngebäuden max. 1 Wohnung je angefangene 70 m² Grundstücksfläche zulässig.
- Im Urbanen Gebiet MU 1 ist in Wohngebäuden max. 1 Wohnung je angefangene 60 m² Grundstücksfläche zulässig.
- Im Urbanen Gebiet MU 2 ist in Wohngebäuden max. 1 Wohnung je angefangene 70 m² Grundstücksfläche zulässig.

Flächenanteile der festgesetzten Gemeinschaftsflächen (Carports und Wohnwege) sind den zugeordneten Grundstücksflächen bei der Ermittlung der zulässigen Wohnungen nicht zuzurechnen.

IV Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Zufahrten, Gemeinschaftswohnwege

1. Nebenanlagen

Nebenanlagen im Sinne von § 14 BauNVO müssen zu öffentlichen Flächen einen Abstand von mindestens 1,0 m einhalten.

Soweit sie weniger als 3,0 m Abstand zu öffentlichen Flächen einhalten, ist die der öffentlichen Fläche zugewandte Seite vollständig einzugrünen (Flächenbegrünung mit Sträuchern und/ oder Hecken mit einer Höhe von mindestens 1,2 m und/ oder Begrünung von Wandseiten mit Kletterpflanzen).

Ausgenommen sind Fahrradständer, Einfriedungen, Werbeanlagen gemäß B II 1 und Briefkastenanlagen.

2. Stellplätze und Carports

2.1. Im gesamten Plangebiet sind Stellplätze, Carports und Garagen nur innerhalb der dafür festgesetzten Flächen und in den Sondergebieten zulässig. Ausgenommen davon sind Fahrradstellplätze.

2.2. Die Gemeinschaftsflächen für Carports sind folgendermaßen zugeordnet:

- GCa 1 ist dem WA 2.1 zugeordnet
- GCa 2 ist dem WA 2.2 zugeordnet
- GCa 3 ist dem WA 2.3 zugeordnet

Auf den Flächen sind überdachte Stellplätze ohne eigene Seitenwände (Carports), Sammelanlagen für Müllboxen und Abstellanlagen für Fahrräder zulässig.

3. Grundstückszufahrten

Der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsfläche ist im Bereich der festgesetzten Anlagen zur Versickerung des Niederschlagswassers ausgeschlossen (Zufahrtsverbot).

Zuwegungen für den Fuß- und Radverkehr können ausnahmsweise zugelassen werden, sofern Abfluss des Niederschlagswassers nicht beeinträchtigt wird.

4. Gemeinschaftswohnwege

Die als Gemeinschaftswohnwege festgesetzten Flächen dienen der Zugänglichkeit anliegender Grundstücke.

V Grünordnung

1. Begrünung öffentlicher Flächen

1.1. Anlagen zur Versickerung des Niederschlagswassers

In den Verkehrs- und Grünflächen ist ein naturnah zu gestaltendes System aus offenen Versickerungsmulden anzulegen. Die Versickerungsmulden sind als extensiv gepflegte Wiesenflächen mit einer maximalen Böschungsneigung von 1:2 zu gestalten.

Die Mulden dienen u. a. auch dem Schutz vor Überflutungen siehe A XI Nr. 1.

1.2. Die festgesetzten Straßenverkehrsflächen sind wie folgt zu begrünen:

In die Planstraßen A1 und A 2 sind entlang der Veltenhöfer Straße in eine mind. 5 m breite Grünfläche großkronige Laubbäume als gliedernde Freiraumelemente und zur Einfassung des Straßenraums in einem Regelabstand von max. 10 m zu pflanzen. Die Vegetationsfläche ist als Stauden- oder extensiv gepflegte Wiesenfläche zu gestalten.

In die Planstraßen B 1, B 2, und C 1 sind – integriert in die Muldenflächen in einem Regelabstand von 8 m mindestens mittelkronige Laubbäume als gliedernde Freiraumelemente und zur Einfassung des Straßenraums zu pflanzen. Abschnittsweise können die Bäume auch in Gruppen angeordnet werden.

In die Planstraße C 2 sind – integriert in die Muldenflächen in einem Regelabstand von 8 m mindestens mittelkronige Laubbäume als gliedernde Freiraumelemente und zur Einfassung des Straßenraums zu pflanzen.

1.3. Die Verkehrsflächen mit der besonderen Zweckbestimmung „Geh- und Radweg“ sind wie folgt zu begrünen:

In die Verkehrsflächen sind – integriert in die Muldenflächen – mindestens mittelkronige Laubbäume als gliedernde Freiraumelemente und zur Einfassung des Geh- und Radwegs in einem Regelabstand von ca. 8 m zu pflanzen. Abschnittsweise können die Bäume auch in Gruppen angeordnet werden.

1.4. Öffentliche Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Parkanlage mit Freizeitnutzungen“

Innerhalb der Grünflächen zulässig ist die Anlage von

- Kinderspielflächen in einer Größe von 1.200 m²,
- Jugendspielangeboten in einer Größe von 2.700 m²,
- Spielangeboten für alle Generationen in einer Größe von 500 m²,
- Möblierungen zum Aufenthalt,
- Fahrradstellplätzen
- Freizeitwegen sowie
- unterirdischen Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien (Geothermie-Sonden).

Innerhalb öffentlichen Grünflächen sind Flächen für die temporäre Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser mit einem Rückhaltevolumen von mindestens 560 m³ in die Gestaltung zu integrieren.

Die Versickerungsflächen sind im Bereich der Rasen-/ extensiv gepflegten Wiesenflächen als flache Geländevertiefungen in variierenden Breiten mit einer Böschungsneigung bis max. 1:2 zu gestalten. Zusätzlich zu den Versickerungsmulden können Varianten mit Einstauflächen angelegt werden, die zur Ausbildung von Feuchtwiesenvegetation beitragen können.

Die Vegetationsflächen außerhalb der Retentions-, Spiel- und Wegeflächen sind wie folgt zu gestalten:

- zu 80 % als locker mit Bäumen überstellte überwiegend extensiv gepflegte Rasen- und Wiesenflächen. Ein Teilbereich mit einer Gesamtgröße von ca. 800 m² ist als Obstwiese mit mindestens 12 Obstbäumen herzustellen. Mindestens 15 % der Wiesenfläche ist nur einmal im Jahr zu mähen und das Mahdgut ist abzufahren.
- zu 20 % mit flächenhaften Anpflanzungen mit Bäumen und Sträuchern.

1.5. Mit der Herstellung der öffentlichen Grünflächen ist spätestens zwei Jahre nach Beginn der Erschließungsarbeiten zu beginnen und sie sind innerhalb von zwei Jahren fertigzustellen.

Die Frist für die Fertigstellung der Spielflächen kann um ein Jahr nach Fertigstellung der öffentlichen Grünfläche verlängert werden.

1.6. Die Anpflanzungen auf den Verkehrsflächen sind spätestens in der nächstfolgenden Pflanzperiode nach Abnahme der Verkehrsflächen durchzuführen und fertigzustellen. Eine Ausnahme hiervon ist zulässig, wenn angrenzende laufende Hochbaumaßnamen die Herstellung oder den Erhalt der hergestellten öffentlichen Grünfläche erheblich beeinträchtigen würden.

1.7. Die Anpflanzungen und sonstigen Begrünungen auf öffentlichen Flächen sind mit einer dreijährigen Entwicklungspflege im Anschluss an die Fertigstellungspflege herzustellen.

2. Begrünung privater Flächen

2.1. In den Allgemeinen Wohngebieten WA 3 und WA 4 auf Grundstücken mit Gebäuden mit mehr als zwei Wohneinheiten, im Sondergebiet, auf den Flächen für Gemeinbedarf und in den urbanen Gebieten ist je angefangene 500 m² Grundstücksfläche mindestens ein Laubbaum oder Obstbaum zu pflanzen.

2.2. In den Allgemeinen Wohngebieten und in den Urbanen Gebieten sind bei Gebäuden mit mehr

als zwei Wohneinheiten die Standorte für Mülltonnen dreiseitig mit einer mindestens 1,6 m hohen Hecke aus Laubgehölzen oder einem vollständig mit Kletterpflanzen berankten Stabgitterzaun einzufassen.

2.3. Die festgesetzten Anpflanzungen auf privaten Flächen, die an öffentliche Flächen angrenzen, müssen spätestens ein Jahr nach Ingebrauchnahme der baulichen Anlagen fertiggestellt sein.

3. Dachbegrünung

Mindestens 70 % der Dachflächen sind mindestens extensiv zu begrünen.

Ausgenommen sind Dachflächen von Nebenanlagen im Sinne von § 14 BauNVO mit einer zusammenhängenden Dachflächengröße von weniger als 25 m² sowie von Carports mit Photovoltaikanlagen (Solarcarports).

Der Substrataufbau soll mindestens 10 cm betragen, die Dachfläche ist mit einer standortgerechten Gräser-/ Kräutermischung anzusäen oder mit standortgerechten Stauden und Sedumsprossen zu bepflanzen.

4. Fassadenbegrünung

In den Sondergebieten Quartiersgarage (SO 1 und SO 2) sind mindestens 50 % der Außenwände von Gebäuden, zu begrünen.

In den Allgemeinen Wohngebieten WA 3 und WA 4, auf der Gemeinbedarfsfläche und in den urbanen Gebieten sind mindestens 20 % der Außenwände von Gebäuden, zu begrünen.

Bei einer bodengebundenen Fassadenbegrünung ist pro 1,5 lfd. m Wandlänge mind. eine Schling- und/oder Kletterpflanze zu verwenden.

5. Private und öffentliche Grünflächen

5.1. Für die festgesetzten Anpflanzungen sind folgende Pflanzqualitäten zu verwenden:

- Laubbäume: Hochstamm mit Stammumfang mind. 16 – 18 cm, gemessen in 1 m Höhe.
- Obstbäume: Hochstamm mit Stammumfang 10 – 12 cm, gemessen in 1 m Höhe.
- Großsträucher oder Solitäre: mind. 3 x verpflanzt, mind. 100 cm. Sonstige Strauchpflanzungen: mind. 2 x verpflanzt, mind. 60 cm.

Es sind standortgerechte und in den öffentlichen Grünflächen überwiegend heimische Gehölze zu verwenden.

Für die festgesetzten flächenhaften Gehölzpflanzungen auf öffentlichen Flächen sind mindestens folgende Pflanzqualitäten zu verwenden; artbedingte Abweichungen sind möglich:

- Heister: 2x verpflanzt, 150-200 cm Höhe
- Sträucher: 1x verpflanzt, 60-100 cm Höhe.

5.2. Einzelbaumstandorte sind mit einer offenen, vollflächig zu begrünenden Vegetationsfläche von mindestens 12 m² netto in einer Mindestbreite von 2 m netto, mit einer Baumgrubentiefe von mindestens 1,5 m, einem Substratvolumen von mindestens 18 m³ herzustellen und nachhaltig gegen Überfahren zu schützen.

5.3. Alle festgesetzten Anpflanzungen und Begrünungen sind fachgerecht auszuführen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang spätestens in der folgenden Pflanzperiode zu ersetzen.

VI Festsetzungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

1. Lärmpegelbereiche

In den Allgemeinen Wohngebieten und Urbanen Gebieten sind bei der Errichtung und Änderung von Gebäuden an den Fassaden von schutzbedürftigen Aufenthaltsräumen (i. S. von DIN 4109) passive Schallschutzmaßnahmen nach den Bestimmungen für die im Bebauungsplan festgesetzten Lärmpegelbereiche gemäß DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ durchzuführen.

2. Lärmschutzmaßnahmen gegenüber Verkehrslärm

2.1. Schutzbedürftige Räume

Schutzbedürftige Räume, die zum Schlafen vorgesehenen sind (Kinder-, Gäste- und Schlafzimmer), sind mit einer fensterunabhängigen Belüftung auszustatten.

Alternativ können besondere Fensterkonstruktionen, die auch im teilgeöffneten Zustand einen Innenraumpegel von maximal 30 dB(A) gewährleisten, Anwendung finden, wenn nicht durch andere bauliche Maßnahmen gleicher Wirkung (z. B. durch Laubengänge, vorgesetzte Fensterläden oder Gebäudevorsprünge) ausreichender Schallschutz gewährleistet wird.

2.2. Außenwohnbereiche

An den Fassaden der nachfolgend genannten Gebäude bzw. Gebäudeseiten, sind Außenwohnbereiche, wie z. B. Terrassen, Loggien und Balkone nicht zulässig, sofern nicht ein weiterer, der Wohneinheit zugehöriger Außenwohnbereich an einer der Lärmquelle (Planstraßen, Veltenhöfer Straße, Schienentrasse) abgewandten Fassade, im direkten Schallschatten des Gebäudes, angeordnet ist:

- In den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 entlang der Planstraßen B1 und C1.
- In den Allgemeinen Wohngebieten WA 2.1 und WA 2.2 entlang der Planstraße C1.
- In dem Allgemeinen Wohngebiet WA 3 entlang der Stadtbahntrasse und entlang der Planstraße C1.

- In den Urbanen Gebieten MU 1 und MU 2 entlang der Planstraßen A1 und A2 (Veltenhöfer Straße).
- Im Allgemeinen Wohngebiet WA 4 an den östlichen, südlichen und westlichen Fassaden.

Alternativ sind Außenwohnbereiche an den der Lärmquelle (Planstraßen, Veltenhöfer Straße, Schienentrasse) zugewandten Fassaden zulässig, wenn sie durch bauliche Schallschutzmaßnahmen, z. B. durch (teil)geschlossene Brüstungen oder Verglasungen, abgeschirmt werden.

Die Abschirmung muss die Einhaltung des für die Tagzeit maßgeblichen, jeweils um 3 dB(A) modifizierten Orientierungswertes der DIN 18005 von 58 dB(A) für Allgemeine Wohngebiete und 63 dB(A) für Urbane Gebiete, in der Mitte des Außenwohnbereichs in 2 m Höhe sicherstellen.

2.3. Außenspielflächen

Innerhalb der Außenspielfläche der Kindertagesstätten sind auf mindestens 50% der Außenspielfläche Geräuschimmissionen von $\leq$ 55 dB(A) sicherzustellen.

2.4. Ausnahmeklausel

Von den Festsetzungen unter A VI 1 bis A VI 2.2 zu den Lärmschutzmaßnahmen gegenüber dem Verkehrslärm kann ganz oder teilweise abgewichen werden, wenn im jeweiligen Einzelfall schalltechnisch nachgewiesen wird, dass die Einhaltung des für die Tagzeit maßgeblichen, jeweils um 3 dB(A) modifizierten Orientierungswertes der DIN 18005 von 58 dB(A) für Allgemeine Wohngebiete und 63 dB(A) für Urbane Gebiete, in der Mitte des Außenwohnbereichs in 2 m Höhe auf andere Art und Weise gewährleistet ist.

VII Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

1. Geltungsbereich A

Für gebäudebrütende Vogelarten (Hausrotschwanz, Haussperling, Star, Mehlschwalbe, Mauersegler) und Fledermausarten (Zwerg-, Mücken-, Bart-, Fransen-, Breitflügelfledermaus) sind Nist- und Ruhestätten an Gebäuden durch geeignete Bauweise in die Konstruktion zu integrieren oder als künstliche Nisthilfen anzubringen.

Innerhalb des Wohngebietes sind an jedem Gebäude mit mehr als zwei Wohneinheiten und innerhalb des Urbanen Gebietes und den Flächen für Gemeinbedarf pro Grundstück mindestens 5 Nist- und Ruhestätten anzubringen, die für mindestens eine der in Satz 1 genannten Arten aus jeder Tiergruppe (Vögel und Fledermäuse) geeignet sind.

Die Einrichtungen sind im Rahmen des Baugenehmigungs- oder Anzeigeverfahrens im Einvernehmen mit der Unteren Naturschutzbehörde nachzuweisen.

2. Geltungsbereich B

Die festgesetzte Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist durch folgende Maßnahmen naturnah zu entwickeln:

Entlang der Nordostgrenze des Geltungsbereiches ist eine 3-reihige Strauch-Baumhecke aus standortheimischen Gehölzen zu pflanzen.

Im übrigen Flächenanteil ist durch Ansaat mit Regiosaatgut Ursprungsgebiet 5 „Mitteldeutsches Tief- und Hügelland“ ein mesophiles Grünland zu entwickeln.

3. Geltungsbereich C

Die festgesetzte Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist als offene Biotopstruktur mit dem Zielbiotoptyp „Trockenrasen“ zu entwickeln.

Hierzu ist der Oberboden in Teilen abzuschieben und zur Modellierung des Geländes zu verwenden. Zur Ansalbung der Flächen ist entweder Mahdgut aus vorhandenen Flächen zu übertragen oder geeignetes Saatgut zu verwenden. Auf der Fläche sind sechs Totholz-/ Steinanhäufungen zur Strukturanreicherung anzulegen.

Nach jährlicher Mahd mit Abfuhr des Mahdguts in den ersten drei Jahren sind die Flächen im Weiteren durch sporadische Mahd gehölzfrei zu halten.

Eine Beweidung ist in Absprache mit der unteren Naturschutzbehörde zulässig.

4. Geltungsbereich D

Die festgesetzte Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist durch folgende Maßnahmen naturnah zu entwickeln:

Entlang der Nordostgrenze des Geltungsbereiches ist eine 3-reihige Strauch-Baumhecke aus standortheimischen Gehölzen zu pflanzen.

Im übrigen Flächenanteil ist durch Ansaat mit Regiosaatgut Ursprungsgebiet 5 „Mitteldeutsches Tief- und Hügelland“ ein mesophiles Grünland zu entwickeln.

5. Geltungsbereich E

Die festgesetzte Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist durch folgende Maßnahmen naturnah zu entwickeln:

Die Fläche ist als Ackerfläche zu erhalten und ohne synthetische Pflanzenschutzmittel und ohne mineralische Dünger zu bewirtschaften.

Innerhalb der Ackerfläche sind in Ost-West-Richtung drei Streifen mit einer Regelbreite von 15 m als Lebensraum für die Feldlerche wie folgt herzurichten: Die drei Streifen sind erstmalig mit dem Saatgut „Göttinger Mischung“ einzusäen. Im Frühjahr ist jährlich abwechselnd ein Streifen damit neu zu bestellen. Der Altbestand ist bis zur Neubestellung zu erhalten.

6. Zeitliche Umsetzung und Pflanzqualitäten

Die Maßnahmen Geltungsbereichen B, C, D und E sind in der Pflanzperiode herzustellen, die auf das Inkrafttreten des Bebauungsplanes folgt, spätestens bis zum Beginn der Erschließungsarbeiten. Im Anschluss an die Fertigstellungspflege ist eine dreijährige Entwicklungspflege durchzuführen.

Für die in den Geltungsbereichen B und D zu pflanzenden Gehölze gelten folgende Mindestpflanzqualitäten:

- Heister: mindestens 2 x verpflanzt, 150 bis 200 cm Höhe
- Sträucher: verpflanzter Strauch, 60 bis 100 cm Höhe

7. Zuordnung

Die festgesetzten Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sowie die festgesetzten öffentlichen Grünflächen (mit Ausnahme der technischen Anlagen) dienen im Sinne des § 1a BauGB dem Ausgleich von Eingriffen in Boden, Natur und Landschaft, die aufgrund dieses Bebauungsplanes ermöglicht werden. Sie werden dem Geltungsbereich A im Sinne von § 9 Abs. 1 a und § 135 a BauGB wie folgt zugeordnet:

Allgemeines Wohngebiet	50,8 %
Urbanes Gebiet	8,2 %
Sondergebiet Quartiersgarage	8,5 %
Gemeinbedarfsfläche	7,4 %
Planstraße A 2	0,4 %
Planstraße B 1 Ausbau	6,9 %
Planstraße B 1 Neubau	3,3 %
Planstraße B 2	1,5 %
Planstraße C 1	2,6 %
Planstraße C 2	2,2 %
Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung Geh- und Radweg	4,6 %
Öffentlichen Grünflächen 1 und 2 (Sonst. Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen	1,9 %
Öffentlichen Grünflächen 3 und 4 (Sonst. Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen	1,7 %
Summe	100,0 %

VIII Erneuerbare Energien

1. Solarmindestfläche

Bei der Errichtung von Gebäuden, die mindestens eine Dachfläche von 50 m^2 aufweisen, sind mindestens 50 Prozent der Dachfläche mit Photovoltaikanlagen auszustatten.

Die Pflicht entfällt,
- wenn ihre Erfüllung im Einzelfall anderen
  - öffentlich-rechtlichen Pflichten widerspricht,
  - technisch unmöglich ist,
  - wirtschaftlich nicht vertretbar ist
- oder soweit auf der Dachfläche solarthermische Anlagen errichtet sind.

2. Ausführung

Auf Dachflächen, die gemäß A V 3 zu begrünen sind, muss die Funktionsfähigkeit der Begrünung dauerhaft gewährleistet werden (z. B. aufgeständerte Bauweise).

Durch geeignete Maßnahmen wie z.B. Antireflexbeschichtungen der Photovoltaik-Module ist sicherzustellen, dass es zu keiner Blendung von Luftverkehrsteilnehmern kommt.

IX Maßnahmen, die der Vermeidung von Schäden durch Starkregen dienen

1. Notentwässerung

Um Schäden durch Überflutungen zu minimieren sind die straßenbegleitenden Mulden so anzulegen, dass ein ausreichender Freibord zur Verfügung steht, um das Niederschlagswasser bei starken Regenereignissen in die öffentliche Grünfläche oder in einen Notüberlauf mit Anschluss an den Regenwasserkanal abzuleiten (Geländetiefpunkt). Sie sind von jeglicher Bebauung freizuhalten.

2. Höhenlage

Im gesamten Planungsgebiet sind die Oberkannten der Erdgeschossfußböden sowie überflutungsgefährdete Gebäudeöffnungen (z.B. Kellerlichtschächte, Antritte zur Kellerhälsen, usw.) zum Schutz vor Überflutungen mind. 0,40 m über Bezugspunkt gemäß A II Nr. 2 anzulegen.

B Örtliche Bauvorschrift

gemäß
- § 84 Abs. 1 Nr. 3 NBauO (zu Ziff. B IV)
- § 84 Abs. 3 Nr. 1 NBauO (zu Ziff. B V)
- § 84 Abs. 3 Nr. 2 NBauO (zu Ziff. B II)
- § 84 Abs. 3 Nr. 3 und Nr. 5 NBauO (zu Ziff.B III)
- § 84 Abs. 3 Nr. 8 NBauO (zu Ziff. VI)
- § 80 NBauO (zu Ziff. VII)

I Geltungsbereich

Die Örtliche Bauvorschrift gilt für den gesamten Geltungsbereich A des Bebauungsplanes „Wenden-West, 2. BA“ WE 63.

Ausgenommen sind die nachrichtlich übernommenen Flächen.

II Werbeanlagen

1. Werbeanlagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.

   Ausnahmsweise kann zur besseren Auffindbarkeit auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen eine Werbeanlage je Baugrundstück zugelassen werden, bei mehreren Betrieben auf einem Baugrundstück nur als Sammelanlage. Die Summe aller Werbeflächen dieser Anlage darf maximal 6 m² betragen.

2. Es dürfen höchstens 10 %, jedoch maximal 20 m² der Wandflächen einer einzelnen Gebäudeseite für Werbezwecke genutzt werden, dabei darf die Werbeanlage die Traufkante nicht überschreiten.

3. Je Grundstück sind maximal eine freistehende Werbeanlagen in einer Höhe von bis zu 4,0 m über Bezugspunkt gemäß A II.2 zulässig.

4. Unzulässig sind insbesondere:

   - Fahnenmasten,
   - Anlagen mit sich turnusmäßig verändernder Werbedarstellung, wie z. B. LED-Bildschirme, Rollbänder, Filmwände oder City-Light Boards,
   - blinkende Werbeanlagen, Wechsellicht, Lauflichtbänder und Skybeamer,
   - akustische Werbeanlagen.

III Einfriedungen

1. Einfriedungen an Verkehrs- und öffentlichen Grünflächen sind nur bis maximal 1,5 m Höhe über dem Bezugspunkt zulässig.

   Auf Gemeinbedarfsflächen ist auch eine höhere Einfriedung zulässig.

   Die Materialität der Einfriedung wird auf folgende Möglichkeiten beschränkt:

   a) Spanndrahtzäune in Kombination mit Schnitthecken
   b) Metallgitterzäune in Kombination mit Schnitthecken
   c) Holzstaketen oder -geflecht
   d) Maschendrahtzäune, die von freiwachsenden Gehölz- und Staudenpflanzungen überwachsen werden, und
   e) Heckenpflanzungen.

IV Fahrradabstellanlagen

1. Abstellplatzbedarf

   Bei der Errichtung, Änderung und Nutzungsänderung von baulichen Anlagen, deren Nutzung einen Zu- und Abfahrtsverkehr mit Fahrrädern erwarten lässt, sind Fahrradstellanlagen für ständige Nutzer (Bewohnende und Beschäftigte) sowie für Besucher in ausreichender Anzahl und Größe herzustellen.

   Die Anzahl der notwendigen Fahrradabstellplätze (Abstellplatzbedarf) bemisst sich an folgenden Richtwerten:

   - für Verkaufsstätten bis 2.000 m² mind. ein Fahrradstellplatz je 50 m² Verkaufsnutzfläche, mind. jedoch 2 je Laden
   - für Gebäude mit Büro-, Verwaltungs- und Praxisräumen mind. ein Fahrradstellplatz je 60 m² Nutzfläche
   - für Versammlungsstätten ein Fahrradstellplatz je 2,5 Besucherplätze
   - für Tageseinrichtungen für Kinder ein Fahrradstellplatz je 3 Kinder
   - für sonstige gewerbliche Anlagen und Betriebe ein Fahrradstellplatz je 5 Beschäftigte mind. jedoch 2
   - für Wohnungen unter 40 m² Wohnfläche 1,0 Fahrradstellplatz
   - für Wohnungen 40 –80 m² Wohnfläche 2,5 Fahrradstellplatz für Wohnungen > 80 m² Wohnfläche 4,0 Fahrradstellplätze
   - Zusätzlich sind für Wohngebäude Fahrradabstellanlagen für Besucher in einer Anzahl von mind. 10% der als notwendig ermittelten Anzahl herzustellen.

   Für Bauvorhaben, die in der Liste nicht verzeichnet sind, ist die Anzahl sinngemäß zu ermitteln.

   Jeder zehnte Abstellplatz ist so auszubilden, dass er auch durch ein Lastenrad genutzt werden kann.

   Für jeden zehnten Abstellplatz muss zudem ein zusätzlicher Stellplatz für einen Fahrradanhänger geschaffen werden.

2. Beschaffenheit

   Der Aufstellort der Fahrradabstellplätze muss von der Verkehrsfläche aus ebenerdig, über geeignete Aufzüge, über Rampen mit und einer

maximalen Neigung von 10% oder Außentreppen mit Rampen leicht und verkehrssicher erreichbar sein.

Der Aufstellort der Fahrradstellplätze für ständige Nutzer (Bewohnende und Beschäftigte) muss abschließbar, beleuchtet und witterungsgeschützt sein (Fahrradraum/-schuppen).

Fahrradabstellanlagen für Besucher müssen eingangsnah auf dem Freigelände errichtet werden. Es sind Ordnungssysteme zu verwenden, die das sichere anschließen der Fahrräder ermöglichen.

Eine Lademöglichkeit für Pedelecs ist für 25% der nachzuweisenden Fahrradstellplätze vorzusehen.

V Dächer

Für Hauptgebäude sind nur Dächer mit einer Dachneigung von 0 – 15° zulässig.

VI Niederschlagswasser

Das auf den Grundstücken anfallende Niederschlagswasser ist auf dem jeweiligen Grundstück zu versickern oder zu verregnen.

Die Versickerungsflächen sind so zu bemessen, dass das Regenwasser zurückgehalten werden kann, ohne dass Wasser auf angrenzende Grundstücksflächen überläuft.

Ein Anschluss an die öffentliche Kanalisation ist nur ausnahmsweise zulässig, wenn die Durchlässigkeit des Bodens für eine Versickerung auf dem eigenen Grundstück nachweislich nicht gegeben ist oder um Schäden durch Starkregen vorzubeugen (Notüberlauf).

Ausgenommen von der Versickerungspflicht auf dem eigenen Grundstück sind die Gemeinbedarfsflächen, die das anfallende Niederschlagswasser in die angrenzenden öffentlichen Grünflächen einleiten können.

VII Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig handelt gemäß § 80 Abs. 3 NBauO, wer eine Baumaßnahme durchführt oder durchführen lässt, die der örtlichen Bauvorschrift widerspricht.

C Nachrichtliche Übernahme

Bauhöhenbeschränkungszone

Die Bauhöhen innerhalb des Geltungsbereiches unterliegen der Höhenbeschränkung nach dem Luftverkehrsgesetz.

D Hinweise

1. Freiflächenpläne

In den Urbanen Gebieten, den Gemeinbedarfsflächen und im Sondergebiet ist im Rahmen des Bauantrages ein qualifizierter Freiflächenplan vorzulegen.

In den Allgemeinen Wohngebieten ist bei Gebäuden mit mehr als zwei Wohneinheiten im Rahmen des Bauantrages ein qualifizierter Freiflächenplan vorzulegen.

2. Ausschluss von Schottergärten

Die Anlage geschotterter Gartenflächen und von Kunstrasenflächen ist grundsätzlich nicht zulässig.

Die nicht überbauten Flächen der Baugrundstücke müssen nach § 9 Abs. 2 NBauO Grünflächen sein, soweit sie nicht für eine andere zulässige Nutzung erforderlich sind.

3. Kampfmittel

In den Geltungsbereichen B, C, D und E besteht Kampfmittelverdacht. Auch der die im Plan gekennzeichneten Fläche des Geltungsbereichs A ist kampfmittelverdächtigt.

Die Flächen wurden im 2. Weltkrieg bombardiert. Aus Sicherheitsgründen sind vor dem Beginn bzw. während der Erdarbeiten geeignete Gefahrenforschungsmaßnahmen auf Kampfmittel durchzuführen. Auf die DIN 18323 „Kampfmittelräumarbeiten“ wird hingewiesen.

4. Rettungsweg

Bei Gebäuden oder Gebäudeteilen, die über 50 m von der Verkehrsfläche entfernt liegen, ist der zweite Rettungsweg baulich sicherzustellen.

5. Vorbelastung Schall

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt im Einflussbereich des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg. Durch die Nutzung des Flugplatzes ist mit Luftverkehrslärm zu rechnen.

Das Plangebiet ist durch Straßen-, Schienen, Flugverkehr sowie durch den Betrieb gewerblicher Anlagen lärmvorbelastet.

6. Informationen zu Schallschutzmaßnahmen

Zur Umsetzung der „Festsetzungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen“ sind folgende Grundlagen maßgeblich:

- DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“, Herausgeber Deutsches Institut für Normung, Beuth-Verlag, Berlin, 2023
- DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“, Herausgeber Deutsches Institut für Normung, Beuth-Verlag, Berlin, 2018.
- 16. Bundes-Immissionsschutzverordnung (16. BImSchV), 2020 (BGBl. I S. 2334).
- „Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen“, (RLS-19), Bundesminister für Verkehr, Ausgabe 2019 (VkBl. 2019, Heft 20 lfd. Nr. 139, S. 698)
- „Berechnung des Beurteilungspegels von Schienenwegen“ (Schall 03), 2014 (BGBl. I S. 2271-2313).
- Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm“ (TA Lärm), 6. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz, 2017 (BAnz AT 08.05.2017 B5)
- 18. Bundes-Immissionsschutzverordnung (18. BImSchV): „Sportanlagenlärmschutzverordnung“, 2017 (BGBl. I S. 1468).
- VDI 2714 „Schallausbreitung im Freien“, Beuth-Verlag, 1988
- VDI 2720 „Schallschutz durch Abschirmung im Freien“, Beuth-Verlag, Berlin, 1997

Diese Unterlagen können in der „Beratungsstelle Planen - Bauen - Umwelt“ der Stadt Braunschweig eingesehen werden.

7. Nachweise im Einzelfall

Im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren sind auf die konkreten Baumaßnahmen bezogene schalltechnische Berechnungen vorzulegen.

Allgemein:
Für die Fassaden ist ein Reflexionsverlust in Höhe von 1 dB(A) zu Grunde zu legen.

Straßenverkehrslärm:
Ein rechnerischer Nachweis zur Einhaltung der Orientierungswerte in Bezug auf den Straßenverkehrslärm ist gemäß § 3 der 16. Bundes-Immissionsschutzverordnung (16. BImSchV, 2014) „Berechnung des Beurteilungspegels für Straßen“ auf Grundlage der schalltechnischen Rechenvorschrift RLS-19 „Richtlinie für den Lärmschutz an Straßen“ (2014) unter Berücksichtigung der vorgesehenen Lärmminderungsmaßnahmen vorzunehmen. § 3a der 16. BImSchV „Festlegung der Straßendeckschichtkorrektur“ ist zu beachten.

Schienenverkehrslärm:
Ein rechnerischer Nachweis zur Einhaltung der Orientierungswerte in Bezug auf den Schienenverkehrslärm ist gemäß § 4 der 16. Bundes-Immissionsschutzverordnung (16. BImSchV, 2014) „Berechnung des Beurteilungspegels für Schienenwege“ nach Anlage 2 der 16. BImSchV, entsprechend auf Grundlage der schalltechnischen Rechenvorschrift Schall 03 (2014), unter Berücksichtigung der vorgesehenen Lärmminderungsmaßnahmen vorzunehmen. § 5 der 16. BImSchV „Festlegung akustischer Kennwerte für abweichende Bahntechnik und schalltechnische Innovation“ ist zu beachten.

Anlagen-/Gewerbelärm:
Ein rechnerischer Nachweis zur Einhaltung der Immissionsrichtwerte in Bezug auf den Gewerbelärm (Anlagenlärm) ist auf Grundlage der TA Lärm „Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm“ (2017) unter Berücksichtigung der vorgenommenen Lärmminderungsmaßnahmen vorzunehmen.

Schallausbreitungsberechnungen sind entsprechend nach der DIN ISO 9613-2 (1999) für eine Mittenfrequenz von f = 500 Hz unter Anwendung des alternativen Verfahrens gemäß Nr. 7.3.2 für die jeweiligen Immissionspunkthöhen (Erdgeschoss: 2,5 m über Geländeoberkante und für die Obergeschosse jeweils zzgl. 2,8 m) anzufertigen. Die meteorologische Korrektur wird konservativ nicht berücksichtigt.

Sportanlagenlärm:
Ein rechnerischer Nachweis zur Einhaltung der Immissionsrichtwerte in Bezug auf den Sportanlagenlärm ist auf Grundlage der 18. Bundes-Immissionsschutzverordnung (18. BImSchV, 2017) „Sportanlagenlärmschutzverordnung“ in Verbindung mit den Rechenvorschriften DIN 2714 „Schallausbreitung im Freien“ und DIN 2720 „Schallschutz durch Abschirmung im Freien“, unter Berücksichtigung der vorgenommenen Lärmminderungsmaßnahmen vorzunehmen.

Schallausbreitungsberechnungen sind entsprechend nach VDI 2714 für Mitwindwetterlage unter Berücksichtigung der Bodendämpfung nach Kapitel 6.3 für die jeweiligen Immissionspunkthöhen (Erdgeschoss: 2,5 m über Geländeoberkante und für die Obergeschosse jeweils zzgl. 2,8 m) anzufertigen.

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
Wenden-West 2. BA **WE 63**
Begründung und Umweltbericht

Inhaltsverzeichnis:

1	Rechtsgrundlagen - Stand: 22.07.2024 -	5
2	Bisherige Rechtsverhältnisse	7
2.1	Regional- und Landesplanung	7
2.2	Flächennutzungsplan	7
2.3	Bebauungspläne	7
2.4	Integriertes Stadtentwicklungskonzept und integriertes Klimaschutzkonzept	8
3	Anlass und Ziel des Bebauungsplanes	9
4	Umweltbericht	14
4.1	Beschreibung der Planung	14
4.2	Planerische Vorgaben und deren Berücksichtigung, Quellen	16
4.3	Beschreibung der Methodik der Umweltprüfung und Beurteilung der Informationsgrundlagen	18
4.4	Beschreibung und Bewertung der Umwelt und Prognosen	18
4.4.1	Mensch und menschliche Gesundheit, Lärm, sonstige Emissionen/Immissionen	19
4.4.2	Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt	35
4.4.3	Fläche	37
4.4.4	Boden	39
4.4.5	Wasser	42
4.4.6	Klima, Luft	44
4.4.7	Orts- und Landschaftsbild, Erholung	50
4.4.8	Kulturgüter und sonstige Sachgüter	51
4.4.9	Wechselwirkung zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes	51
4.4.10	Zusammenwirken mit benachbarten Plangebieten	53
4.5	Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen	53
4.5.1	Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen	53
4.5.2	Maßnahmen zum Ausgleich erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen, Anwendung der Eingriffsregelung (§ 1 a Abs. 3 BauGB i. V. m. dem BNatSchG)	55
4.6	Erhebliche nachteilige Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind	56
4.7	Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen (Monitoring)	57
4.8	Ergebnis der Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten	58
4.9	Zusammenfassung	58
5	Begründung der Festsetzungen	60
5.1	Art der baulichen Nutzung	60
5.1.1	Allgemeines Wohngebiet	60
5.1.2	Urbanes Gebiet	60

5.1.3 Flächen für Gemeinbedarf 65
5.1.4 Sondergebiet Quartiersgarage 65
5.2 Maß der baulichen Nutzung 67
5.2.1 Grundflächenzahl 68
5.2.2 Zahl der Vollgeschosse 68
5.2.3 Höhen baulicher Anlagen 68
5.3 Überbaubare Grundstücksflächen, Bauweise, Grundstücksgrößen, Zahl der Wohneinheiten 69
5.3.1 Überbaubare Grundstücksfläche 69
5.3.2 Bauweise 69
5.3.3 Mindestgrundstücksgrößen 69
5.3.4 Zahl der Wohneinheiten in Wohngebäuden 70
5.4 Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen 70
5.4.1 Nebenanlagen 70
5.4.2 Stellplätze, Gemeinschafts-Carports und Zufahrten 70
5.5 Erschließung, Verkehrsflächen 72
5.5.1 Öffentlicher Personennahverkehr, ÖPNV 73
5.5.2 Motorisierter Individualverkehr, MIV 73
5.5.3 Fuß- und Radverkehr 74
5.5.4 Gemeinschaftswohnwege 75
5.6 Grünordnung, Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft 75
5.6.1 Grünordnung 75
5.6.2 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft, Zuordnung 78
5.7 Festsetzungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes 80
5.8 Festsetzungen zur Vermeidung von Schäden durch Starkregen 85
5.9 Soziale Infrastruktur 86
5.10 Weitere technische Infrastruktur 87
5.10.1 Energieversorgung 87
5.10.2 Schmutzwasser- und Niederschlagswasser 88
5.10.3 Wertstoffcontainer 89
5.10.4 Telekommunikation 90
5.11 Solarpflicht 90
5.12 Örtliche Bauvorschriften 90
5.12.1 Geltungsbereich und Anlass 91
5.12.2 Dächer 91
5.12.3 Werbeanlagen 91
5.12.4 Einfriedungen 91
5.12.5 Niederschlagswasser 92

5.12.6 Einstellplätze 92
5.12.7 Fahrradabstellanlagen 93
6 Gesamtabwägung 94
7 Zusammenstellung wesentlicher Daten 96
7.1 Geltungsbereich A....96
7.2 Ausgleichsflächen 96
8 Wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes 96
8.1 Maßnahmen 96
8.2 Kosten und Finanzierung....96
8.2.1 Städtebaulicher Vertrag 96
8.2.2 Grunderwerb 98
9 Bodenordnende und sonstige Maßnahmen, für die der Bebauungsplan die Grundlage bilden soll 98
10 Außer Kraft tretende Bebauungspläne, Beseitigung des Rechtsscheines unwirksamer Pläne 98

1 Rechtsgrundlagen - Stand: **22.07.2024 -**

1.1 Baugesetzbuch (BauGB)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394)

1.2 Baunutzungsverordnung 1990 (BauNVO)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)

1.3 Planzeichenverordnung (PlanZV)

in der Fassung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991 S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)

1.4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I. S. 1274; 2021 I S. 123), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225)

1.5 Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG)

vom 12. Dezember 2019 (BGBl. S. 2513), zuletzt geändert durch Art. 1 Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 235)

1.6 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225)

1.7 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I. S. 540), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151)

1.8 Niedersächsisches Naturschutzgesetz (NNatSchG)

in der Fassung vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 12. Dezember 2023 (Nds. GVBl. S. 289; 2024 Nr. 13)

1.9 Niedersächsische Bauordnung (NBauO)

in der Fassung vom 3. April 2012 (Nds. GVBI. S. 46), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Juni 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 51)

1.10 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Februar 2024 (Nds. GVBI. S. 2024 Nr. 9)

1.11 Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (Planungssicherstellungsgesetz – PlanSIG)

vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 344)

1.12 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG)

vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409)

2 Bisherige Rechtsverhältnisse

2.1 Regional- und Landesplanung

Im Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen von 2017 und im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) 2008 für den Großraum Braunschweig ist Braunschweig im oberzentralen Verbund mit Wolfsburg und Salzgitter als Oberzentrum verbindlich festgelegt. Dem oberzentralen Verbund sind die Schwerpunktaufgaben „Sicherung und Entwicklung von Wohn- und Arbeitsstätten“ zugewiesen.

Nach dem RROP sollen Siedlungsentwicklungen schwerpunktmäßig in Oberzentren stattfinden. Im Großraum Braunschweig sollen diese vorrangig auf zentralörtlichen Standorten, die über Zugangsstellen des schienengebundenen ÖPNV bzw. von Regio-Buslinien verfügen, konzentriert werden. Im Einzugsbereich der Haltepunkte soll durch verdichtete Bau- und Wohnformen eine höhere Siedlungsdichte erreicht werden.

Der Geltungsbereich A dieses Bebauungsplanes wird im RROP 2008 nachrichtlich als Siedlungsfläche dargestellt. An der östlichen Grenze des Plangebiets verläuft die linienhafte Darstellung des Vorranggebietes für den Schienenverkehr (Stadtbahn). Die Planung ist mit der vorrangigen Zweckbestimmung vereinbar und von daher an die Ziele der Raumordnung angepasst.

Damit steht die Planung nicht im Widerspruch zu den Vorgaben des Regionalen Raumordnungsprogramms und ist im Sinne von § 1 Abs. 4 BauGB an die Ziele der Raumordnung angepasst.

2.2 Flächennutzungsplan

Für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplans gilt der Flächennutzungsplan der Stadt Braunschweig in der Fassung der Neubekanntmachung vom 6. Oktober 2005.

Er stellt in seiner derzeit geltenden Fassung für den Geltungsbereich A, basierend auf einer Rahmenplanung aus dem Jahr 1991, Wohnbaufläche und Grünfläche sowie an der Veltenhöfer Straße Mischbaufläche dar. Aus dieser Darstellung kann die vorgesehene Nutzung entwickelt werden.

Im Geltungsbereich B (Gemarkung Wenden, Flur 3, Flst. 152/3) stellt der Flächennutzungsplan Fläche für Landwirtschaft sowie auf einem ca. 30 m breiter Streifen entlang des Mittellandkanals eine Grünfläche (Parkanlage) dar. Im Geltungsbereich C ist Fläche für Landwirtschaft und Wald dargestellt. In den Geltungsbereichen D sowie Geltungsbereich E ist Fläche für Landwirtschaft dargestellt. Aus diesen Darstellungen kann die vorgesehene Nutzung der Ausgleichsflächen entwickelt werden.

Damit ist der Bebauungsplan gemäß § 8 Abs. 2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

2.3 Bebauungspläne

Für den nordöstlichen Teilbereich des Geltungsbereichs A gilt der rechtskräftige Bebauungsplan „Das Mittelfeld“, WE 40, aus dem Jahr 1975. Der qualifizierte Bebauungsplan setzt u. a. Gemeinbedarfsfläche Schule sowie Verkehrsflächen fest, die in dem hier betroffenen Bereich jedoch in dieser Form nicht realisiert wurden und durch den Bebauungsplan „Wenden-West, 2. BA“, WE 63 überplant werden. Die in

diesem Bereich liegenden planfestgestellten Stadtbahnflächen werden nachrichtlich übernommen.

Für den westlichen Teilbereich des Geltungsbereichs A gilt der rechtskräftige Bebauungsplan „Wenden-West 1. BA“, WE 62 aus dem Jahr 2021, der in diesem Bereich ein Gehrecht zugunsten der Anlieger und Leitungsrechte festsetzt. Diese werden durch den Bebauungsplan „Wenden-West, 2. BA“, WE 63 durch Festsetzung von öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen überplant.

Für den restlichen Teil des Geltungsbereiches A existiert bisher noch kein rechtkräftiger Bebauungsplan. Diese Flächen sind wie auch die Geltungsbereiche B, C, D und E dem Außenbereich im Sinne des § 35 BauGB zuzuordnen.

Im näheren Umfeld des Geltungsbereichs A sind im Bereich der Ortslage Wenden weitere rechtskräftige Bebauungspläne vorhanden.

Nördlich und westlich des Geltungsbereichs existiert zudem ein Aufstellungsbeschluss aus dem Jahr 1995. Dieser führt die Bezeichnung „Wenden-West“, WE 50 und umfasste basierend auf der Rahmenplanung ursprünglich ein größeres Gebiet. Der ursprüngliche Geltungsbereich wurde jedoch mit der Aufstellung des Bebauungsplans für den 2. Bauabschnitts teilweise zurückgenommen, um das Verfahren für diesen Bereich unter der Bezeichnung Bebauungsplan „Wenden-West, 2. BA“, WE 63, fortzuführen.

2.4 Integriertes Stadtentwicklungskonzept und integriertes Klimaschutzkonzept

Die betreffende Fläche (Geltungsbereich A) ist im Integrierten Stadtentwicklungskonzept Braunschweig 2030 (ISEK, 2018) für die Entwicklung von Wohnbauflächen vorgesehen (Wenden-West Wohngebiet). Dadurch soll die sehr gute infrastrukturelle Ausstattung Wendens (Schule, Einkaufsmöglichkeiten, Stadtbahn ...) besser ausgenutzt werden. Zwischen der geplanten Wohnbebauung und der südwestlich angrenzenden gewerblichen Nutzung ist zudem ein Grünzug vorgesehen, der die Anbindung der Wendener Bürgerinnen und Bürger an die freie Landschaft verbessern soll. Die Planung entspricht dem integrativen Ansatz des Konzepts. Das Plangebiet erfüllt hierbei insbesondere das Leitziel „Die Stadt kompakt weiterbauen“ bei Beibehaltung der Freiraumqualität.

Damit entspricht die Planung den Ergebnissen des von der Gemeinde gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossenen städtebaulichen Entwicklungskonzepts.

Ein besonderes Augenmerk wird bei der vorliegenden Planung darüber hinaus auf die Umsetzung der vom Rat beschlossenen Maßnahmen aus dem integrierten Klimaschutzkonzept (IKSK 2.0) zur klimagerechten Baulandentwicklung gelegt. Dazu gehört u. a. auch die konsequente Umsetzung der Leitlinie „Klimagerechte Bauleitplanung“.

3 Anlass und Ziel des Bebauungsplanes

Die Stadt Braunschweig ist ein attraktiver Bildungs-, Forschungs- und Wirtschaftsstandort mit einem hohen Arbeitsplatzzuwachs (2008 bis 2019 plus 23.000 Beschäftigte; Prognose 2020 bis 2035 plus 19.400 Beschäftigte). Dies ist der Hauptgrund für den seit Jahren dringenden Bedarf zur Schaffung neuer Wohngebiete. Als neue Zielzahlen für die Entwicklung Braunschweigs empfiehlt das Gutachterbüro InWIS auf Basis aktueller Bedarfsprognosen (2023) von 2020 bis 2025 Baurecht für 5.700 Wohnungen, bis 2030 für weitere 3.500 Wohnungen und bis 2035 für weitere 3.000 Wohnungen zu schaffen. Dabei werden laut Prognose deutlich mehr familiengerechte Wohnungen – auch im Geschosswohnungsbau – benötigt, um die aktuelle Umlandwanderung von Familien nennenswert zu reduzieren.

Damit mittel- und langfristig der entsprechende Bedarf an Wohnraum gedeckt werden kann, werden geeignete Standorte für die künftige Entwicklung von Wohnbauland benötigt. Dieser Bedarf soll überwiegend durch Projekte der Innenentwicklung und im Übrigen in infrastrukturell gut ausgestatteten und verkehrlich gut an die Braunschweiger Kernstadt angeschlossenen Stadtteilen, wie dem Plangebiet Wenden-West gedeckt werden. Dabei konzentriert sich die Stadt im Sinne nachhaltiger Stadtentwicklung vorzugsweise auf Standorte die an den leistungsfähigen Schienenpersonennahverkehr angebunden sind. Dies dient auch der Flächenersparnis, da hier höhere Wohnungsdichten geboten und vertretbar sind. Standorte mit dieser Lagegunst sind rar, sodass hier punktuell großflächigere Entwicklungen auftreten.

Vor diesem Hintergrund sollen die günstigen Standortfaktoren insbesondere der bereits vorhandene Stadtbahnanschluss in Wenden-West genutzt werden, um der Schaffung von dringend benötigten Wohnbauflächen Rechnung zu tragen und die Vielfalt und Qualität des Wohnungsangebotes in Braunschweig zu erweitern.

Der Flächennutzungsplan und das Integrierten Stadtentwicklungskonzept Braunschweig stellen die Fläche, basierend auf einer Rahmenplanung aus dem Jahr 1991 bereits als Siedlungsfläche dar.

Rahmenkonzept „Wenden-West“

Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 12. März 1991 dem Rahmenkonzept für die weitere Entwicklung des Bereiches zwischen der Ortslage Wenden und der westlichen Stadtgrenze mit dem Ziel zugestimmt eine umweltfreundliche, städtebaulich ausgewogene Gesamtplanung umzusetzen.

Entlang der Bundesautobahn A 2 bis zum Mittellandkanal sind gewerbliche Flächen vorgesehen. Angrenzend an die alte Ortslage Wenden sieht der Rahmenplan ein neues Wohnquartier vor. Als Puffer zwischen den Gewerbe- und Siedlungsgebieten ist im Rahmenkonzept ein zentraler übergeordneter Grüngürtel von der Straße Im Steinkampe im Südosten bis zum Mittellandkanal im Nordwesten geplant. Neben seiner klimaökologisch bedeutsamen Funktion als Frisch- oder Kaltluftschneise soll er u. a. der Freizeit- und Erholungsnutzung, dem Naturschutz, als Puffer (gegen Schadstoff- und Lärmimmissionen) sowie siedlungsökologischen und stadtbildgestalterischen Ansprüchen dienen.

Aufgrund der Größe und Komplexität des Gebietes erfolgt die Umsetzung des Rahmenkonzepts „Wenden-West“ in mehreren Bauabschnitten. So wurde mit Abschluss des Bebauungsplanverfahrens „Wenden-West, 1. BA“, WE 62, für den Bereich südlich der Veltenhöfer Straße bereits Baurecht für Gewerbe und Wohnungsbau geschaffen. Mit dem vorliegenden Plan soll nun entsprechend der Rahmenplanung

und den Darstellungen des Flächennutzungsplans die Siedlungserweiterung für den Bereich nördlich der Veltenhöfer Straße bis zum Heideblick fortgesetzt und die im Rahmenkonzept verankerten Planungsziele umgesetzt werden.

Eine Flächenverfügbarkeit der nördlich und westlich des Heideblicks liegenden Flächen ist derzeit nicht gegeben. Diese Flächen wurden daher nicht in den Geltungsbereich des 2. Bauabschnittes aufgenommen. Auch wenn sie nicht Bestandteil des Aufstellungsbeschlusses sind, werden sie in den städtebaulichen Planungen als Baulandpotenzial für weitere Bauabschnitte bereits mitbedacht. Planverfahren zur Realisierung weitere Bauabschnitte stehen aktuell jedoch nicht in Aussicht.

2. Bauabschnitt „Wenden-West“

Der Geltungsbereich des 2. Bauabschnittes grenzt unmittelbar westlich an den heutigen Ortsrand von Wenden und unmittelbar nördlich an den Bebauungsplan „Wenden-West 1. BA“, WE 62 und umfasst das ca. 18,4 ha große Gebiet zwischen der Straße Im Heideblick im Westen und Norden, der Stadtbahntrasse im Osten und der Veltenhöfer Straße im Süden.

Städtebauliches Ziel für diesen Bauabschnitt ist eine umweltfreundliche und städtebaulich ausgewogene Siedlungserweiterung. Die Flächen bieten bietet auf Grundlage der aktuellen Überlegungen Potenzial für schätzungsweise rund 700 Wohneinheiten – was statistisch gesehen einem Zuwachs von durchschnittlich rund 1.500 Einwohnern entspricht. Angestrebt wird ein Mix aus Einfamilienhäusern und Mehrfamilienhäusern, wobei Einfamilienhäuser überwiegend in flächensparender Bauweise als Reihenhäuser vorgesehen sind. Dabei sollen im Plangebiet sowohl kleinere als auch größere Wohneinheiten entstehen, so dass sowohl Haushalte mit wenigen als auch mehr Personen/Kindern einen entsprechenden Wohnraum finden können.

Insgesamt ist im Plangebiet eine Quote von mindestens 30 % des Wohnraumes mit Belegungs- und Mietpreisbindung vorgesehen. Ziel ist es ein attraktives Wohnangebot für verschiedene Bevölkerungsgruppen zu schaffen.

Eine ausreichend breite, durchgehende Grünverbindung zwischen dem westlichen Freiraum und dem Ortsrand von Wenden trennt das Wohngebiet in einen nördlichen und einen südlichen Teilbereich. Der Grünzug soll neben der Freizeit- und Erholungsnutzung, dem Naturschutz sowie siedlungsökologischen und stadtbildgestalterischen Ansprüchen dienen. Zugleich übernimmt er die klimaökologisch bedeutsame Funktion als Frisch- oder Kaltluftschneise.

Das Wohngebiet wird über die Veltenhöfer Straße erschlossen und somit an den Ortskern und die dort vorhandene Infrastruktur angebunden. Zur Vermeidung von Durchgangsverkehr im Bereich der angrenzenden Schulen wird die Durchfahrt für den motorisierten Individualverkehr im nördlichen Bereich des Heideblicks ausgeschlossen bzw. nur für den Fuß- und Radverkehr ermöglicht. Gebietsintern werden die Baufelder größtenteils über Wohnwege und verkehrsberuhigte Bereiche erschlossen. Um die verkehrsbedingten Umweltbelastungen, die Inanspruchnahme von Flächen und die negativen Auswirkungen des Pkw-Verkehrs weitestgehend zu begrenzen, soll das Gebiet als „autoarmes Quartier“ entwickelt werden.

Für den Fuß- und Radverkehr ist daher im gesamten Plangebiet eine starke Durchlässigkeit vorgesehen. Über die fußläufig erreichbaren Haltestellen „Braunschweig Gymnasium Wenden“ und „Braunschweig Veltenhöfer Straße“ ist das Gebiet bereits hervorragend an das ÖPNV-Netz angebunden. Am südwestlichen Rand des Plangebietes entsteht mit Ausbau der Veltenhöfer Straße eine weitere Bushaltestelle.

Damit den Verkehrsteilnehmenden dem Umstieg auf alternative Mobilitätsformen erleichtert wird, ist zudem die Umsetzung eines nachhaltigen Mobilitätskonzepts geplant. Dies beinhaltet ein aufeinander abgestimmtes Management des öffentlichen und privaten Stellplatzangebotes. Zwei Quartiersgaragen sollen den öffentlichen Raum vom motorisierten Verkehr entlasten und so zu einer höheren Aufenthaltsqualität beitragen.

Die Quartiersgaragen bieten außerdem die Chance, alternative Mobilitätsangebote zu bündeln und z. B. Bike- und Car-Sharing-Angebote aufzunehmen, so dass der Wechsel der Verkehrsträger erleichtert werden kann. Zudem lassen sie sich veränderten Mobilitätsbedarfen besser anpassen als beispielsweise Tiefgaragen. Ein Verzicht auf die feste Zuordnungen von Stellplätzen zu Wohnungen eröffnet nicht zuletzt die Möglichkeit der Mehrfachnutzung, insbesondere dort, wo sich Nutzungsansprüche im Tagesverlauf verteilen – tagsüber Arbeit oder Einkauf, abends Wohnen. Durch einen verringerten Flächenanspruch des ruhenden und fließenden Verkehrs steht letztlich mehr Bauland für den Wohnungsbau und für Grünflächen zur Verfügung. Weniger Pkw-Verkehr zudem auch weniger Lärm, bessere Luft und mehr Sicherheit für spielende Kinder im Quartier.

Integriertes ökologisches Konzept

In Sinne eines integrierten ökologischen Konzeptes wird im Bebauungsplanverfahren „Wenden-West 2. BA“ ein besonderes Augenmerk auf die Umsetzung der Maßnahmen aus dem integrierten Klimaschutzkonzept (IKSK 2.0) zur klimagerechten Baulandentwicklung gelegt. Dazu gehört u. a. auch die konsequente Umsetzung der Leitlinie „Klimagerechte Bauleitplanung“.

Vor diesem Hintergrund sind im Plangebiet neben der klimafreundlichen Mobilität u. a. eine kompakte, flächensparende Bauweise, die Sicherung von Frischluftschneisen, die Schaffung von Ausgleichsräumen für die Naherholung und den Naturschutz, die umfassende Durchgrünung im Straßenraum wie auch Fassaden- und Dachbegrünung zur Verbesserung des Kleinklimas sowie eine möglichst klimaneutrale Energieversorgung vorgesehen.

Ein wesentlicher Aspekt des integrierten ökologischen Konzeptes im Plangebiet ist zudem der sensible und klimaangepasste Umgang mit Regenwasser. So soll anfallendes Regenwasser im Baugebiet nicht einfach über die Kanalisation abgeleitet, sondern gemäß dem Prinzip der Schwammstadt lokal aufgenommen und dem natürlichen Wasserkreislauf zurückgeführt werden.

CO_2-neutralen Energie- und Wärmeversorgung

Nach dem Grundsatzbeschluss zum IKSK 2.0 des Rates der Stadt Braunschweig ist für das Stadtgebiet das Ziel der Klimaneutralität bis 2030 anzustreben. Ein wesentliches Ziel dieses Bebauungsplans ist daher ist die Herstellung einer CO_2-neutralen Energie- und Wärmeversorgung zu ermöglichen.

Im Rahmen einer ersten Konzeptstudie (Anforderungen einer klimaneutralen Wärmeversorgung, BS|ENERGY, September 2022) sind daher verschiedene Erzeugungskonzepte zur Wärmeversorgung des Quartiers untersucht worden. Angestrebt wird demnach der Ausbau eines an eine Energiezentrale angeschlossenen klimafreundlichen Wärmenetzes. Damit der überwiegende Anteil der Wärme über Umweltwärme bereitgestellt werden kann, bieten sich Geothermiesonden an, die in der zentralen Grünfläche untergebracht werden können. Zusätzlich ist die Nutzung des Mittellandkanals, städtischen Abwassers oder von Umgebungsluft als Wärmequelle

denkbar. Darüber hinaus ist eine flächendeckende Nutzung von Solarenergie erforderlich um den erforderlichen Strombezug aus dem Netz weitest möglich zu reduzieren und so die geforderte CO_2-Neutralität zu erreichen.

Die Umsetzung des geplanten Energiekonzepts kann im Rahmen der Festsetzungen grundsätzlich ermöglicht werden. Ein abschließendes Ergebnis hinsichtlich der tatsächlichen Umsetzbarkeit wird jedoch erst die nachfolgend zu erstellende Machbarkeitsstudie liefern können, die in Zusammenarbeit mit dem Energieversorger noch erarbeitet werden muss.

Ausbau der Infrastruktur

Der Stadtteil Wenden verfügt mit mehreren Kindertagesstätten, umfassenden Nahversorgungsangeboten, medizinischen Praxen, einer Grundschule und einem Gymnasium bereits über eine sehr gute infrastrukturelle Ausstattung. Zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs sollen im Baugebiet darüber hinaus jedoch noch weitere Kindertagesstätten, Kinder- und Jugendspielflächen sowie Freizeit- und Begegnungsräume geschaffen werden. Zudem wird im Freiraumkonzept auch ein geeigneter Platz für Veranstaltungen wie z. B. Volksfeste berücksichtigt. Der Bau eines Dorfgemeinschaftshauses wird im Rahmen der Festsetzungen ebenfalls ermöglicht.

Entsprechend der zukünftigen Anforderungen gilt es darüber hinaus auch die wohnortnahe, fußläufig erreichbare Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs zu sichern. Eine Aufnahme des Stadtteilzentrums an der Hauptstraße in das ISEK-Projekt „Starke Mitten“ ist unabhängig vom Planverfahren bereits vorgesehen, um das das Stadtteilzentrum mit zentralen Funktionen aufzuwerten und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Ergänzend dazu ist zur Sicherung des zusätzlichen Bedarfs zudem die Schaffung von Baurecht für einen Gebietsversorger in neuen „autoarmen“ Quartier vorgesehen.

Bei Realisierung des Wohngebiets wird außerdem die Notwendigkeit gesehen, die zuständige Grundschule Wenden zu erweitern und das benachbarte Lessinggymnasium, das derzeit noch Räume der Grundschule Wenden nutzt, weiter auszubauen. Dies wird durch Nachverdichtung am bestehenden Schulstandort unter Ausnutzung des geltenden Planungsrechts erfolgen.

Städtebauliches Ziel ist es durch die Ausnutzung vorhandener bzw. durch den Ausbau weiterer sozialer und technischer Infrastruktur für die zukünftigen Bewohner des Gebiets „Wenden-West“ ein attraktives Wohnumfeld zu schaffen. Eine gute kleinräumliche Erreichbarkeit der Infrastruktur hat nicht zuletzt neben positiven Effekten auf das Verkehrsgeschehen meist auch positive Auswirkungen auf die Teilhabechancen, die Lebendigkeit und die Lebensqualität im zukünftigen Wohnquartier.

Freizeit- und Erholungsraum

Die im Plangebiet vorgesehen Grünräume sollen unter Berücksichtigung der Nutzungsansprüche jeweils zu einer naturnahen und abwechslungsreich gestalteten Parkanlage für die wohnungsnahe und wohngebietsbezogene Erholung und Freizeitnutzung ausgebaut werden. Zugleich sollen sie zur ausreichenden Kalt- und Frischluftversorgung der angrenzenden Wohngebiete sowie zur Entlastung bei stärkeren Regenereignissen beitragen.

Bei der Dimensionierung und Gestaltung der allgemeinen öffentlichen Grünflächen werden u. a. die aus dem Baugebiet resultierenden Flächenansprüche für die Kin-

derspiel-, Jugend- und Mehrgenerationenplätze sowie Anlagen zur Gebietsentwässerung berücksichtigt. Darüber hinaus soll die erholungswirksame Grünfläche auch dem Stadtteil Wenden zugutekommen und somit eine Überbauung der freien Landschaft, die aufgrund dieser Planung und den damit einhergehenden Verlust von erholungswirksamem Landschaftsraum entsteht, ausgleichen.

Um die geplanten Grünanlagen an den Ortskern anzuschließen soll eine zusätzlich Fuß- und Radverbindung über die Stadtbahnlinie im Bereich der Neusalzstraße/Bunzlaustraße geschaffen werden. Ein in Nord-Süd Richtung verlaufende Fuß- und Radwegverbindung wird zum Teil abgeschirmt und entlang von abwechslungsreichen Bepflanzung durch das Plangebiet hindurchführen. Sie wird über den 1. Bauabschnitt hinaus in Richtung Innenstadt führen. Im Norden mündet der Weg auf den Heideblick, wo er als Teilstück der wichtigen übergeordneten Wegeverbindung über den Mittellandkanal hinweg in Richtung „Waller See“ und in den Landschaftsraum der Schunterniederung führen wird. Somit ist auch die überörtliche Anbindung des Wohngebiets sichergestellt.

Am 8. Februar 2022 hat der Verwaltungsausschuss die Aufstellung des Bebauungsplans „Wenden-West 2. BA“, WE 63, beschlossen. Das Ziel des Bebauungsplans ist die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung der vorgenannten Entwicklungsziele zu schaffen. Im besonderen Fokus der Planung stehen dabei die vom Rat beschlossenen Ziele des Klimaschutzkonzepts 2.0. Dazu gehören die konsequente Beachtung der Leitlinie „Klimagerechte Bauleitplanung“ die Zielstellung einer möglichst klimaneutralen Energieversorgung sowie die der klimagerechten Mobilität des zukünftigen Wohngebiets.

4 Umweltbericht

4.1 Beschreibung der Planung

Geltungsbereich A

Bei dem ca. 18,4 ha großen Plangebiet (Geltungsbereich A) handelt es sich um eine derzeit vorwiegend landwirtschaftlich genutzte Fläche westlich des Stadtteils Wenden, nördlich der Veltenhöfer Straße und südlich bzw. westlich des Heideblick.

Ausgehend von der Wohnungsbedarfsprognose der Stadt Braunschweig wird zur Deckung des bestehenden Bedarfs die Ergänzung bereits bestehender Siedlungsstrukturen erforderlich, so dass in der gesamtstädtischen Perspektive auch bisher unbebaute Flächen in Anspruch genommen und zu Wohngebieten entwickelt werden müssen. Möglichkeiten der Wiedernutzbarkeit von Flächen, Nachverdichtung und anderen Maßnahmen der Innenentwicklung wie z.B. Nutzung von Brachflächen, Gebäudeleerstand, Baulücken stehen im Stadtgebiet im erforderlichen Umfang zur Deckung des Wohnraumbedarfs nicht zur Verfügung. Um die Eingriffe in die Umweltschutzgüter möglichst gering zu halten, liegt der Schwerpunkt der Wohnbaulandentwicklung in der gesamtstädtischen Perspektiv auf integrierten Standorten in den Stadtteilen und auf Flächen, die heute oder in naher Zukunft durch das Stadtbahnnetz erschlossen werden. Zu diesem gehört u. a. auch das Wohngebiet „Wenden-West 2. BA“.

Die geplante Siedlungserweiterung bietet auf Grundlage der aktuellen Überlegungen im 2. Bauabschnitt Wenden-West Potenzial für schätzungsweise rund 700 Wohneinheiten. Angestrebt wird ein Mix aus Einfamilienhäusern und Mehrfamilienhäusern, wobei Einfamilienhäuser überwiegend in flächensparender Bauweise als Reihenhäuser vorgesehen sind. Hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung werden die Flächen überwiegend als Allgemeines Wohngebiet festgesetzt. An der Veltenhöfer Straße ist analog zum 1. Bauabschnitt eine gemischte Nutzung (Urbanes Gebiet) geplant. U. a. ist hier die Sicherung der wohnortnahen, fußläufig erreichbaren Versorgung durch die Schaffung von Baurecht für einen Gebietsversorger vorgesehen. Zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs werden im Gebiet (Geltungsbereich A) darüber hinaus Planungsrecht für die Realisierung von zwei Kindertagesstätten sowie dem Bau zweier Quartiersgaragen geschaffen.

Ein zentraler von Südosten in nordwestliche Richtung verlaufender Grünzug gliedert das Baugebiet „Wenden-West 2. BA“ in einen südlichen und einen nördlichen Teilbereich. Der Grün- und Freizeitraum soll als nahturnah und abwechslungsreich gestaltete Parkanlage für die wohnungsnahe und wohngebietsbezogene Erholung ausgebaut werden und zugleich zur ausreichenden Kalt- und Frischluftversorgung der angrenzenden Wohngebiete beitragen. Im südwestlichen Bereich des Plangebiets (Geltungsbereich A) an der Veltenhöfer Straße ist eine weitere öffentliche Grünfläche vorgesehen, die eine Fortführung der im südlich angrenzenden Bebauungsplan „Wenden-West, 1. BA“, WE 62, vorgesehenen Kaltluftschneise darstellt. In die beiden Parkanlagen sollen zur Deckung des Bedarfs mehreren Kinder- und Jugendspielflächen sowie Freizeit- und Begegnungsräume integriert werden.

Auf einem Teilbereich der südlichen Grünfläche wird im Freiraumkonzept zudem ein Platz für temporäre Veranstaltungen wie z. B. Volksfeste berücksichtigt. Auf eine spezifische Festsetzung als „Festwiese“ wird jedoch verzichtet. So können neben Volksfesten dem Grunde nach auch andere temporäre Nutzungen (z. B. Zirkus, Ponyreiten, Stellfläche für Kleinmärkte) auf dieser Fläche stattfinden. Die geplanten

Veranstaltungen werden aufgrund ihrer geringen Anzahl im Jahr und als Einzelemittent als seltene Ereignisse nach der Freizeitlärm-Richtlinie (Nds.) beurteilt und jeweils im Rahmen von Sondergenehmigungen ermöglicht.

Verkehrlich wird das Plangebiet (Geltungsbereich A) über den Kreisverkehr an die Veltenhöfer Straße und somit an den Ortskern und die dort vorhandene Infrastruktur angebunden. Ein Anschluss der Wohnbauflächen im nördlichen Bereich des Heideblicks ist nur für den Fuß- und Radverkehr vorgesehen. Gebietsintern werden die Baufelder größtenteils über Wohnwege und verkehrsberuhigte Bereiche erschlossen. Für den Fuß- und Radverkehr ist insgesamt eine starke Durchlässigkeit vorgesehen. In unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Haltestellen der Stadtbahn und mehrerer Buslinien. Eine sehr gute ÖPNV Anbindung ist demnach bereits vorhanden. Neben dem südwestlichen Rand des Plangebietes entsteht aktuell, im Rahmen der Realisierung des ersten Bauabschnittes, eine weitere Bushaltestelle.

Prinzipiell ist im Plangebiet eine ausgeprägte Erschließung durch (Rund-) Wege für den Fuß- und Radverkehr vorgesehen, die zum Teil abgeschirmt durch und entlang von abwechslungsreichen Bepflanzung führen wird. Entlang der Geltungsbereichsgrenzen kann ein Rundweg an die bereits vorhandenen Wegeverbindungen des Ortsteils anknüpfen. Eine Anschlussmöglichkeit für den Fuß- und Radverkehr zum Ortskern Wenden ergibt sich an der Veltenhöfer Straße an der nördlichen Grenze des Plangebietes am Heideblick. Um die geplanten Grünanlagen an den Ortskern anzuschließen wird zudem noch eine weiter Fuß- und Radverbindung über die Stadtbahnlinie im Bereich der Neusalzstraße/Bunzlaustraße geschaffen.

Innerhalb des Plangebiets ist zur Steigerung des Wohnwertes und der Aufenthaltsqualität sowie zur Verbesserung des Lokalklimas eine sehr umfangreiche Begrünung der öffentlichen und privaten Freiflächen vorgesehen. Zudem soll der anfallende Niederschlag gebietsintern auf den jeweiligen Grundstücken bzw. in den Grünflächen gespeichert bzw. verdunstet und versickert werden, so dass der Abfluss stark reduziert und das anfallende Wasser dem natürlichen Wasserkreislauf zugeführt werden kann. Die wassersensible Gestaltung der Verkehrs- und Grünflächen, aber auch die Gebäudebegrünung tragen nicht zuletzt dazu bei Hitzeinseleffekte abzudämpfen und Schäden durch stärkere Regenereignisse zu minimieren und leisten zugleich einen großen Beitrag zur städtischen Biodiversität.

Berücksichtigung soll im Plangebiet darüber hinaus auch der Ausbau eines an eine Energiezentrale angeschlossenen klimafreundlichen Wärmenetzes finden. Die Ergebnisse einer vorliegenden Konzeptstudie (Anforderungen einer klimaneutralen Wärmeversorgung, BS|ENERGY, September 2022) und die daraus resultierenden Flächenanforderungen werden im Rahmen des Planverfahrens berücksichtigt, um die spätere Umsetzung des CO_2-neutralen Energiekonzepts grundsätzlich zu ermöglichen. Ein abschließendes Ergebnis hinsichtlich der tatsächlichen Umsetzbarkeit des geplanten Energiekonzepts wird jedoch erst die nachfolgend zu erstellende Machbarkeitsstudie liefern können, die in Zusammenarbeit mit dem Energieversorger noch erarbeitet werden muss.

Geltungsbereiche B, C, D und E

Eingriffswertigkeiten, die nicht vor Ort im Geltungsbereich A ausgeglichen werden können, werden in den Geltungsbereichen B, C, D und E des Bebauungsplanes ausgeglichen. Diese Flächen werden derzeit landwirtschaftlich genutzt und sollen zukünftig naturnah entwickelt werden.

Der Geltungsbereich B (Gemarkung Wenden, Flur 3, Flst. 152/3) umfasst eine 9.324 m² große Fläche. Dort soll entlang der Nordostgrenze eine Strauch-Baumhecke aus standortheimischen Gehölzen angepflanzt werden. Im übrigen Flächenanteil ist ein mesophiles Grünland zu entwickeln.

Der Geltungsbereich C (Gemarkung Veltenhof, Flur 7, Teilfläche des Flst. 34/3,) umfasst eine Fläche von 18.929 m². Die Fläche wird als offene Biotopstruktur mit dem Zielbiotoptyp „Trockenrasen“ entwickelt. Die Lebensraumansprüche der Blauflügeligen Ödlandschrecke finden hier Berücksichtigung.

Der Geltungsbereich D (Gemarkung Waggum, Flur 3, Teilfläche des Flst. 475) umfasst eine Fläche von 15.670 m². Entlang der Nordostgrenze des Geltungsbereiches ist eine Strauch-Baumhecke aus standortheimischen Gehölzen zu pflanzen. Die übrigen Flächenanteile sollen zu mesophilem Grünland entwickelt werden.

Der Geltungsbereich E (Gemarkung Rüningen, Flur 4, Teilfläche des Flst. 90/5) umfasst eine Fläche von 40.000 m². Die Fläche ist als Ackerfläche zu erhalten und ohne synthetische Pflanzenschutzmittel und ohne mineralische Dünger zu bewirtschaften. Innerhalb der Ackerfläche sind Lebensräume für die Feldlerche herzurichten (Blühstreifen).

4.2 Planerische Vorgaben und deren Berücksichtigung, Quellen

Die konkreten Auswirkungen der im folgenden genannten Grundlagen auf die Planung und deren Berücksichtigung im Rahmen der Planung werden, soweit erforderlich, bei der Beschreibung und Bewertung der Umweltsituation in Kap. 4.4 wiedergegeben.

Übergeordnete Vorgaben

Im Rahmen der Aufstellung eines Bebauungsplans sind die grundsätzlichen Anforderungen an die Berücksichtigung der Ziele des Umweltschutzes in der Bauleitplanung, die sich aus dem Baugesetzbuch und den einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen ergeben, zu beachten. In diesen Fachgesetzen und Fachplänen schlagen sich die auf Ebene der Europäischen Union und auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene festgelegten Umweltschutzziele nieder. Dabei sind die konkret für den Planungsraum formulierten Vorgaben und Entwicklungsziele der genannten Grundlagen auszuwerten und bei der Planaufstellung zu berücksichtigen. Soweit erforderlich, erfolgt eine konkrete Nennung der berücksichtigten übergeordneten planerischen und gesetzlichen Vorgaben in Kap. 4.4.

Stadtweite Fachplanungen und Gutachten:

Für das Stadtgebiet von Braunschweig liegen Fachplanungen und Gutachten vor, die umweltbezogene Informationen und Ziele enthalten und sich in unterschiedlicher Tiefe mit dem Plangebiet auseinandersetzen. Es handelt sich um folgende Unterlagen:

- Regionales Raumordnungsprogramm, 2008
- Landschaftsrahmenplan, 1999, Aktualisierung 2014
- Stadtklimaanalyse Braunschweig, GEO-NET, 2017/2018, Teil 1 und Teil 2
- Integriertes Klimaschutzkonzept 2.0 für die Stadt Braunschweig, 2022
- Luftreinhalte- und Aktionsplan Braunschweig, 2007

- Lärmminderungsplan Braunschweig, 2020
- Rahmenplanung „Wenden-West“, Flächennutzungsplan, Integriertes Stadtentwicklungskonzept s. Kap. 2.1.
- Zentrenkonzept Einzelhandel für die Stadt Braunschweig 2022, nach Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig vom 05. Juli 2022
- Aktualisiertes Wohnraumversorgungskonzept, Gutachterbüro InWIS, Mai 2023

Plangebietsbezogene Fachplanungen und Gutachten

Darüber hinaus wurden im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens weitergehende, auf die konkrete Planung bzw. konkrete Situation bezogene Fachplanungen und Gutachten erstellt.

- Bebauungsplanverfahren „Wenden West“ Braunschweig Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag, LaReG, Braunschweig, 19.10.2021 einschließlich Nachkartierung, August 2022
- B-Plan Wenden-West, Oberbodenuntersuchung, Geobüro Gifhorn; 10.05.2021
- Baugrunduntersuchung und Baugrundbeurteilung 2786/96, GGU, 12.12.1996 einschließlich Nachtrag Baugebiet Wenden-West zur Versickerung von Niederschlagswasser 12103/2022, GGU, August 2022
- Oberbodenuntersuchung, Geobüro Gifhorn, 31.05.2021
- Klimaökologisches Fachgutachten zum Bebauungsplan, Braunschweig Wenden-West, Fläche WE 63, GEO-NET Umweltconsulting GmbH, Hannover, November 2021
- Wenden West BA 2 - Anforderungen einer klimaneutralen Wärmeversorgung an den B-Plan, BS|ENERGY, September 2022
- Gutachterliche Untersuchung zur Weiterentwicklung der Nahversorgung Wendens mit der Baugebietsentwicklung Wenden-West II, Dr. Acocella Stadt- und Regionalentwicklung, Nürnberg, 24. Januar 2023
- Ergänzende Baugrunduntersuchung / Untersuchung Versickerbarkeit, BGA Ingenieurbüro für Baugrund-Grundwasser-Altlasten, Braunschweig, 21. / 26.04.2023
- Bilanzierung von Eingriff und Ausgleich nach dem bei der Stadt angewandten „Osnabrücker Modell“, Stadt Braunschweig, September 2023
- Verkehrsgutachten mit Mobilitätskonzept, WVI Prof. Dr. Wermuth Verkehrsforschung, August 2023
- Regenwasserbewirtschaftungskonzept, Ingenieurgesellschaft Prof. Dr.-Ing. E. Macke mbH (Oktober 2023)
- Schalltechnisches Gutachten, AMT Ingenieurgesellschaft mbH, 09.10.2023

Sonstige Quellen

- Schalltechnisches Fluglärmgutachten über die Fluglärmbelastung im Umfeld des Flughafens BRAUNSCHWEIG-WOLFSBURG; AVIA Consult GmbH, Strausberg, 10. April 2019
- Flughafen Braunschweig Verlängerung der Start- und Landebahn Raumordnungsverfahren mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung, Schalltechnisches

Gutachten über die Auswirkungen des Ausbaus auf die Fluglärmbelastung im Umfeld, Strausberg, AVIA Consult GmbH, April 2003

- Gutachten gemäß Art. 13 Seveso-III-Richtlinie bzw. § 50 BImSchG, Bestimmung angemessener Sicherheitsabstände für Betriebsbereiche in Braunschweig (U-CON GmbH, August 2020)

4.3 Beschreibung der Methodik der Umweltprüfung und Beurteilung der Informationsgrundlagen

Die Umweltprüfung bezieht sich im Wesentlichen auf das Plangebiet bzw. – soweit erforderlich, auf dessen nähere Umgebung. Gegenstand der Umweltprüfung sind nach Maßgabe des Baugesetzbuches die für den Betrachtungsraum und das Planvorhaben planungs- und abwägungserheblichen Umweltbelange.

Die Umweltprüfung wird nach folgender Methodik vorgenommen:

- Auswertung der unter 4.2 genannten Planerischen Vorgaben und Quellen. Die bei der Erstellung insbesondere von Fachgutachten jeweils angewandten technischen und sonstigen Untersuchungsmethoden sind diesen Quellen zu entnehmen bzw. soweit erforderlich in Kap. 4.4 beschreiben.
- Ortsbegehungen.
- Auswertung der unter den Verfahrensschritten der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB ermittelten Informationen.
- Für die Beurteilung der Planung im Sinne der Eingriffsregelung erfolgt ein Vergleich der aktuellen Wertigkeiten von Natur und Landschaft im Plangebiet mit dem Planzustand, der nach Umsetzung dieses Bebauungsplans zu erwarten ist auf Grundlage des sogenannten Osnabrücker Modells. Soweit aus bereits bestehenden Bebauungsplänen Eingriffsrechte bestehen, werden sie in der Bilanzierung berücksichtigt. Das Osnabrücker Modell ist ein anerkanntes und in der Stadt Braunschweig regelmäßig zur Anwendung kommendes Verfahren zur rechnerischen Unterstützung der gutachterlichen Bemessung von Eingriffsfolgen und Ausgleichsmaßnahmen.
- Die Untersuchungstiefe der Umweltprüfung orientiert sich gemäß § 2 Abs. 4 Satz 3 BauGB an den Festsetzungen dieses Bebauungsplans. Geprüft wird, welche erheblichen Auswirkungen durch die Umsetzung des Bebauungsplans auf die Umweltbelange entstehen können und welche Einwirkungen auf die geplanten Nutzungen im Geltungsbereich aus der Umgebung erheblich einwirken können. Hierzu werden vernünftigerweise regelmäßig anzunehmende Einwirkungen geprüft, nicht jedoch außergewöhnliche und nicht vorhersehbare Ereignisse. Da konkretisierbare Vorhaben noch nicht bekannt sind, beinhaltet diese Prüfung nicht die Untersuchung von Auswirkungen der Bauphase.

4.4 Beschreibung und Bewertung der Umwelt und Prognosen

Bei dem rund 18,4 ha großen Plangebiet (Geltungsbereich A) handelt es sich um eine aktuell vorwiegend landwirtschaftlich genutzte Fläche östlich des Stadtteils Wenden, nördlich der Veltenhöfer Straße und südlich bzw. westlich des Heideblick. Durch das nördliche Drittel zieht sich von Südwest nach Nordost ein Streifen, in dem kleingartenähnliche Nutzungen liegen. Am westlichsten und östlichsten Ende dieses Streifens bestehen kleinere Gebäude.

Bei den übrigen Geltungsbereichen (B, C, D und E) handelt es sich jeweils um rein landwirtschaftlich genutzte Ackerflächen.

4.4.1 Mensch und menschliche Gesundheit, Lärm, sonstige Emissionen/Immissionen

Der Mensch und die menschliche Gesundheit können durch Emissionen/Immissionen verschiedenster Arten oder auch durch andere Auswirkungen der Planung bzw. deren Umsetzung direkt oder indirekt betroffen sein. Diese Auswirkungen können sowohl einzelne Menschen als auch die Bevölkerung betreffen. Soweit die Auswirkungen den Schutzgütern (z.B. Boden, Wasser, Klima, Luft) direkt zugeordnet werden können, werden sie in den entsprechenden Kapiteln des Umweltberichtes aufgeführt. Soweit eine solche Zuordnung nicht möglich ist, werden die Auswirkungen im Folgenden aufgeführt. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um die Aspekte Lärm sowie sonstige Emissionen und Immissionen.

4.4.1.1 Lärm

Für das Plangebiet (Geltungsbereich A) liegt ein Schalltechnisches Gutachten der AMT Ingenieurgesellschaft mbH vor. Die zugrundeliegenden Daten basieren teilweise auch auf dem Schalltechnischen Fluglärmgutachten über die Fluglärmbelastung im Umfeld des Flughafens BRAUNSCHWEIG-WOLFSBURG; AVIA Consult GmbH, April 2019.

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Geltungsbereich A

Derzeit wird der Geltungsbereich A hauptsächlich landwirtschaftlich genutzt. Lediglich im nördlichen Bereich des Geltungsbereichs A befindet sich ein von Ost nach West reichender Geländestreifen mit kleingartenähnlichen Nutzungen. Durch die landwirtschaftliche Bewirtschaftung können sich für die kleingartenähnlichen Nutzungen im Geltungsbereich A und für die im Osten und Süden angrenzende Wohnbebauung Lärmbeeinträchtigungen ergeben, die aufgrund ihrer geringen Häufigkeit und Intensität aber als tolerierbar gelten.

Der Geltungsbereich A ist vor allem durch den Straßenverkehr der südlich vom Geltungsbereich A gelegenen in Ost-West-Richtung verlaufenden Bundesautobahn A 2 und der an der Südgrenze des Geltungsbereichs A entlangführenden Veltenhöfer Straße lärmvorbelastet; der Verkehr der Straße Heideblick hat hingegen aufgrund der geringen Verkehrsmenge nur einen geringen Einfluss. Ferner ist der östliche Randbereich des Plangebietes vom Schienenverkehrslärm der Trasse und Wendeschleife der Stadtbahn betroffen. Des Weiteren wirken sich der Wasserverkehr vom etwa 200 m westlich verlaufenden Mittellandkanal und der Luftverkehr des ca. 2 km östlich gelegenen Flughafens Braunschweig-Wolfsburg lärmbeeinträchtigend auf den Geltungsbereich A aus.

Neben dem nordöstlich vom Geltungsbereich A gelegenen Lessinggymnasium befindet sich ein Jugendplatz sowie ein Kinder- und Jugendzentrum. Beides kann sich lärmbeeinträchtigend auf den Geltungsbereich A auswirken.

Auch die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen der näheren Umgebung wirkt sich lärmbeeinträchtigend auf den Geltungsbereich A aus. Des Weiteren

wird der westlich des Heideblicks liegende Beregnungsbrunnen derzeit mittels Dieselaggregat betrieben, dessen Geräuschentwicklung sich insbesondere zur Nachtzeit nachteilig auf den Geltungsbereich A auswirken kann.

Da es sich bei den vorhandenen Flächen im Geltungsbereich A um keine schutzwürdige Nutzung handelt, erweisen sich die Lärmbeeinträchtigungen jedoch als nicht wesentlich.

Geltungsbereichen B, C, D und E

Bei den Geltungsbereichen B, C, D und E handelt es sich um landwirtschaftlich genutzte Flächen. Durch deren Bewirtschaftung können in allen Geltungsbereichen Geräusche auftreten, die sich jedoch aufgrund ihre Lage nicht nachteilig auf schutzbedürftige Nutzungen auswirken.

Die Geltungsbereiche B-E werden zudem selbst durch die Bewirtschaftung umliegender landwirtschaftlich genutzter Flächen lärmbeaufschlagt. Einige dieser Bereiche werden ergänzend von Lärm anderer angrenzender Nutzungen beeinträchtigt (B und C: Schiffsverkehrslärm, C: Industrie- und Gewerbelärm, E: Straßenverkehrslärm der A 39). Immissionsrelevante Konflikte ergeben sich jedoch aufgrund der aktuellen landwirtschaftlichen Nutzung in den Geltungsbereichen nicht.

Prognose über den Umweltzustand ohne Durchführung der Planung

Geltungsbereich A

Alternative Vorhaben oder Planungen sind nach aktuellem Kenntnisstand im Geltungsbereich A nicht zu erwarten.

Ohne Durchführung der Planung kann es im Geltungsbereich A, infolge der allgemeinen Zunahme des Straßenverkehrs und durch die verkehrliche Erschließung des im Süden angrenzenden neuen Baugebiets WE 62, zu einer Erhöhung der Verkehrslärmbelastung kommen.

Geltungsbereiche B, C, D und E

Ohne Durchführung der Planung sind in den Geltungsbereichen B, C, D und E keine wesentlichen Veränderungen zu erwarten.

Prognose über den Umweltzustand bei Durchführung der Planung

Geltungsbereich A

Im Geltungsbereich A werden die Flächen für Wohnhäuser als Allgemeine Wohngebiete (WA) und die Bereiche mit Mischnutzung entlang der Veltenhöfer Straße als Urbane Gebiete (MU) festgesetzt. Auf den Wohnbauflächen ist die Errichtung von Einfamilien-, Reihen- und Mehrfamilienhäusern vorgesehen. Insgesamt können im nördlichen Teilbaugebiet ca. 420 Wohneinheiten und im südlichen ca. 280 Wohneinheiten entstehen.

Die Erschließung erfolgt im Süden über die Veltenhöfer Straße auf die Planstraße B1; diese wird auf Tempo 30 begrenzt und verbindet die beiden durch einen Grünzug getrennten Teilbaugebiete. Dazu verläuft sie innerhalb des Geltungsbereichs A entlang der westlichen Gebietsgrenze und erschließt das nördliche Teilbaugebiet von Norden. Dabei ist eine verkehrliche Verbindung auf die Straße im Heideblick nicht vorgesehen. Die Ringstraßen C1 und C2 innerhalb der Teilbaugebiete werden

verkehrsberuhigt ausgeführt. Die Veltenhöfer Straße wird durch den im Geltungsbereich A entstehenden Verkehr von einer überproportionalen Verkehrszunahme betroffen sein.

An den Zufahrten im Norden und Süden werden Quartiersgaragen errichtet, die neben den Bewohnern auch von Besuchern und Nutzern der Gewerbeeinheiten genutzt werden können. Bei den nächstgelegenen schutzwürdigen Nutzungen außerhalb des Geltungsbereichs A handelt es sich um die östlich (Reines Wohngebiet, WR) und südlich (Allgemeines Wohngebiet, WA) unmittelbar angrenzenden Wohnbebauungen.

Schutzwürdige Nutzungen innerhalb des Geltungsbereiches A sind die schutzbedürftigen Räume im Sinne der DIN 4109 („Schallschutz im Hochbau“, 2018) und die Außenwohnbereiche (Terrassen, Loggien, Balkone).

Zum Schutz und zur Vorbeugung vor schädlichen Umwelteinwirkungen wurde im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum Bebauungsplan WE 63 eine schalltechnische Untersuchung (AMT, Okt. 2023) durchgeführt. Dazu wurden die Geräuscheinwirkungen der umliegenden Emissionsquellen auf das Plangebiet, sowie die Auswirkungen der Emissionsquellen im Plangebiet auf die Umgebung als auch auf das Plangebiet selbst, nach den aktuellen und einschlägigen Regelwerken zum Immissionsschutz erfasst und beurteilt sowie Empfehlungen zum Schallschutz erarbeitet.

Die Beurteilung der Geräuschsituation erfolgte auf Grundlage der DIN 18005 („Schallschutz im Städtebau“) in Bezug auf die entsprechende Einstufung der einzelnen Wohngebiete mit den maßgeblichen Orientierungswerten (OW) des Beiblattes 1 der DIN 18005 von

Allgemeines Wohngebiet (WA): OW = 55 dB(A) tags und 40 dB(A)/45 dB(A) nachts,
Urbanes Gebiet (MU): OW = 60 dB(A) tags und 45 dB(A)/50 dB(A) nachts.

Dabei gilt für die Nachtzeit der vordere Orientierungswert für Anlagen- und Gewerbelärm und der hintere für Verkehrslärm.

Ergänzend wurden weitere Regelwerke hinzugezogen, die im Rahmen der jeweilig untersuchten Lärmquelle genannt werden.

Für die Ausbreitungsrechnungen wurden Immissionshöhen von 2,5 m über Gelände für den Erdgeschossbereich und jeweils 2,8 m für die weiteren Geschosse angesetzt.

Als relevante Geräuschquellen wurden im Gutachten betrachtet:
- Verkehrslärm (Straßenverkehrs-, Schienenverkehrs- (Stadtbahn), Wasserverkehrs- und Luftverkehrslärm)
- Gewerbliche und industrielle Anlagen aus der Umgebung sowie Kleingewerbeeinheiten im Geltungsbereich A
- Quartiersgaragen innerhalb des Geltungsbereichs A
- Jugendplatz innerhalb und außerhalb des Geltungsbereichs A
- Kinderlärm
- Landwirtschaftliche Bewirtschaftung (Beregnung) außerhalb des Geltungsbereichs A

Weitere Schallquellen, welche immissionsrelevant auf den Geltungsbereich A des Bebauungsplans Wenden West einwirken bzw. aus dem Geltungsbereich A auf die umliegende schutzbedürftige Bebauung einwirken, sind nicht bekannt. Die übrigen Geräuschquellen in größerer Entfernung zum Geltungsbereich A sind als nicht immissionsrelevant einzustufen.

Die Berechnung der Beurteilungspegel wurde unter Betrachtung der freien Schallausbreitung durchgeführt. In einer ergänzenden Betrachtung ist jedoch zusätzlich auch der abschirmende Einfluss der geplanten Bebauung, deren Stellung und Umfang sich aus dem Nutzungsbeispiel innerhalb der festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen („Baufenster“) sowie der vorhandenen Gebäude in der Nachbarschaft ergibt, untersucht worden.

A Emissionen außerhalb des Geltungsbereichs A, die sich auf den Geltungsbereich A auswirken

A.a Verkehrslärm

Straßenverkehrslärm:

Der Geltungsbereich A wird wesentlich durch den angrenzenden öffentlichen Straßenverkehr verlärmt. Als maßgebliche Straßenabschnitte werden die Wendeschleife im Nordosten, der Heideblick im Norden und Westen, die Veltenhöfer Straße sowie die Bundesautobahn A2 im Süden, die Zufahrt zum Geltungsbereich A sowie die Zufahrten zu den Quartiersgaragen betrachtet.

Die Berechnung der Geräuschemissionen erfolgte nach den Vorgaben der RLS-19 „Richtlinie für den Lärmschutz an Straßen“ auf Grundlage der Verkehrsuntersuchung von WVI aus dem Jahr 2023 für einen Prognosehorizont 2035. Dabei wurden die Verkehrszahlen für den Prognose-Planfall 1 der Verkehrsuntersuchung einbezogen, welche die Umsetzung des geplanten 2. Bauabschnitts ohne mögliche Erweiterung berücksichtigt.

Die maßgeblichen Straßenabschnitte wurden in der Gesamtverkehrslärmbetrachtung als Linienquellen berücksichtigt.

Schienenverkehrslärm:

Zur Ermittlung der Geräuschemissionen durch den Schienenverkehrslärm wurde der Stadtbahnverkehr der Linie 1, welche sich östlich des Geltungsbereichs A befindet, einbezogen.

Die Schallausbreitungsrechnungen erfolgten streng nach den Vorgaben der Schall03 „Richtlinie zur Berechnung der Geräuschimmissionen an Schienenwegen“ für den Prognosehorizont 2030 unter Berücksichtigung der jeweiligen Bahnkörper in den einzelnen Streckenabschnitten und einer Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h.

Die maßgeblichen Streckenabschnitte des Schienenverkehrslärms wurden in der Gesamtverkehrslärmbetrachtung als Linienquellen berücksichtigt.

Wasserverkehrslärm:

Westlich in ca. 200 m Entfernung befindet sich der Mittellandkanal, auf welchem Schifffahrtsverkehr stattfindet, der ebenfalls in die Ermittlungen einfloss. Der Berechnungsansatz wurde dem schalltechnischen Gutachten von AMT zum 1. Bauabschnitt des Bebauungsplans entnommen und beruhen auf Schiffsverkehrszahlen

aus dem Jahr 2018. Es deutet sich für die Zukunft keine Veränderung der durchschnittlichen Schiffsverkehrsmengen an, so dass die Zahlen aus 2018 für den Prognosehorizont 2030/2035 anwendbar sind.

Die Berechnung des Schallleistungspegels erfolgte nach der „Anleitung zur Berechnung der Luftschallausbreitung an Bundeswasserstraßen – BfG 1250“ für den Prognosehorizont 2030/2035. Dabei wurde für die Frachtschiffe von einem geschlossenen Maschinenraum ausgegangen. Berücksichtigt wurde für die Berufsschifffahrt eine Geschwindigkeit von 12 km/h und für die Sportboote von 20 km/h.

Der Wasserverkehrslärm wurde in der Gesamtverkehrslärmbetrachtung als Linienquelle in 5 m Höhe bei durchgängiger Einwirkzeit berücksichtigt.

Luftverkehrslärm:

Ca. 2 km östlich des Geltungsbereich A liegt zudem der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg. Die Anfluggrundlinie verläuft entlang der Autobahn A 2 und liegt nur ca. 500 m von den südlichen Bereichen des geplanten Wohngebietes entfernt. Aufgrund der Nähe zur Start-/Landebahn und der in diesem Bereich geringen Flughöhen des ab- bzw. anfliegenden Luftverkehrs ist bei jeder Flugbewegung (abhängig vom Luftfahrzeugtyp, Fluggeschwindigkeit, Wettersituation, Windrichtung u.v.m.) mit einer Lärmbelastung dieses Gebietes durch den Flugverkehr zu rechnen.

Für den Flughafen Braunschweig-Wolfsburg sind nach Prüfung durch das Niedersächsische Umweltministerium keine Lärmschutzbereiche festzusetzen. Daher sind auch keine Bauverbotszonen nach § 5 Fluglärmgesetz zu beachten.

Um einen ausreichenden Abstand zwischen neuen Gebieten mit überwiegender Wohnnutzung und bestehenden Flugplätzen sicherstellen, hat die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) im Jahr 2011 Hinweise zum Ermittlung von Planungszonen zur Siedlungsentwicklung an Flugplätzen beschlossen, die hier herangezogen wurden, um die Verträglichkeit von Wohnen und Flugplatz zu prüfen und ausreichende Schallschutzmaßnahmen festzusetzen.

Dazu sind die Fluglärmkonturen nach der 1. FlugLSV für Tag und Nacht zu ermitteln. Als Planungszone sollen Gebiete mit LAeq Tag
≥ 55 dB(A) am Tag und LAeq Nacht
≥ 50 dB(A) in der Nacht von der Siedlungsentwicklung freigehalten werden.

Als Siedlungsgebiete sind dabei Gebiete mit überwiegender Wohnnutzung zu verstehen, in diesem Fall also das Allgemeine Wohngebiet und das Urbane Gebiet.

Die Geräuschbelastung durch den östlich des Plangebiets gelegenen Flughafen Braunschweig- Wolfsburg wurden entsprechend der Ergebnisse des Schallgutachtens zum Flughafen Braunschweig-Wolfsburg der AVIA Consult GmbH in die Berechnung einbezogen. Es wurden die Ergebnisse für den Immissionsort 7 – Wenden, Am Wasserwerk für den Prognosehorizont 2030 herangezogen.

Gemäß Fluglärmgutachten ergeben sich Pegel von LAeq = 46,6 dB(A) am Tag und LAeq = 26,98 dB(A) in der Nacht. Nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm sind in diesem Bereich demnach keine Schallschutzmaßnahmen notwendig.

Die ermittelten Pegel werden bei der Berechnung des maßgeblichen Außenlärmpegels berücksichtigt, sodass die Geräuschimmissionen bei der Dimensionierung der

Außenbauteile einfließen. Konservativ wird ein Sicherheitszuschlag von 3 dB(A) berücksichtigt. Dementsprechend wird der Fluglärm mit einem Schallleistungspegel von LAeq = 50 dB(A) am Tag
und LAeq = 30 dB(A) in der Nacht berücksichtigt.

Gesamtverkehrslärm:

Immissionsschutzrechtlich werden die Berechnungen zum Straßen-, Schienen-, Wasser- und Luftverkehrslärm energetisch summiert und als Gesamtverkehrslärm zusammengefasst.

In der Gesamtbetrachtung sind bei freier Schallausbreitung tagsüber aufgrund des Verkehrslärms in Teilen des Geltungsbereichs A Überschreitungen des schalltechnischen Orientierungswerts um bis zu 6 dB(A) zu erwarten. Nachts ergeben sich rechnerisch Geräuschimmissionen in Höhe von bis zu 55 dB(A) innerhalb des Allgemeinen Wohngebiets sowie 57 dB(A) innerhalb des Urbanen Gebiets, sodass der schalltechnische Orientierungswert nachts um bis zu 10 dB(A) bzw. 7 dB(A) überschritten wird. Die höchsten Überschreitungen treten entlang der Veltenhöfer Straße bzw. der Planstraßen auf.

Unter Berücksichtigung der abschirmenden Wirkung der zukünftigen Bebauung (entsprechend Nutzungsbeispiel) sind an den straßenzugewandten Fassaden dementsprechend hohe Geräuschimmissionen zu erwarten. In den rückwärtigen Bereichen werden unter der abschirmenden Wirkung der Gebäude deutlich geringere Geräuschimmissionen auftreten.

Da bei freier Schallausbreitung bis auf einzelne Bereiche im Urbanen Gebiet sowie ein geringer Teil im nördlichen Bereich der gesamte Geltungsbereich A von einer Überschreitung der Orientierungswerte betroffen ist, sind auch Außenwohnbereiche wie Balkone und Terrassen, aber auch beispielsweise die Außenspielfläche der Kitas entsprechend von Verkehrslärm belastet.

Zwar ergeben sich unter der Berücksichtigung abschirmende Wirkung der Gebäude (gemäß Nutzungsbeispiel) insbesondere im Zentrum des Geltungsbereichs A innerhalb des Allgemeinen Wohngebiets an den straßenabgewandten Fassaden einige Bereiche mit Geräuschimmissionen unter 55 dB(A) - insgesamt treten jedoch an einem Großteil der Fassaden weiterhin Geräuschimmissionen von über 55 dB(A) auf. Innerhalb des Urbanen Gebiets liegen die Geräuschimmissionen an den Gebäudefassaden entlang der Veltenhöfer Straße sogar über 60 dB(A).

Hinsichtlich der Außenspielflächen der beiden Kitas ist in der exemplarischen Berechnung (gemäß Nutzungsbeispiel) zu erkennen, dass der Beurteilungspegel in beiden Flächen teilweise unter 55 dB(A) liegt und der Orientierungswert somit eingehalten werden kann.

In der Nacht treten im gesamten Geltungsbereich A Geräuschimmissionen über 45 dB(A) durch den Verkehrslärm auf. Selbst unter Berücksichtigung der Gebäudeabschirmung innerhalb des Geltungsbereichs A ergeben sich in der Nacht lediglich an einzelnen Fassaden Geräuschimmissionen von unter 45 dB(A).

A.b Gewerbelärm

Gewerbliche Nutzungen:

Zu den immissionsrelevanten gewerblichen und industriellen Anlagen im Untersuchungsgebiet zählen die geplanten gewerblichen Nutzungen aus dem 1. Bauabschnitt des Bebauungsplans Wenden-West, das Industriegebiet südlich der Bundesautobahn A 2 sowie weitere Gewerbeeinheiten im Nord- und Südwesten.

Die Industrie-/Gewerbebetriebe im Untersuchungsraum südlich des Geltungsbereichs A wurden überwiegend bereits im schalltechnischen Gutachten Nr. B0361902 der Gesellschaft für Technische Akustik mbH vom 28.05.2020 bzw. in der ergänzenden Stellungnahme vom 10.11.2020 betrachtet. Die darin enthaltenen Emissionsansätze wurden dementsprechend geprüft und übernommen bzw. an den aktuellen Bestand angepasst. Zu den Ansätzen zählen auch die Eingangsdaten zum Übungsbetrieb der Feuerwehr.

Darüber hinaus befinden sich westlich und südlich des Plangebiets einige Gewerbeflächen, für welche schalltechnische Gutachten mit bauleitplanerischen Festsetzungen bezüglich des Immissionsschutzes (Vorgabe von flächenbezogenen Schallleistungspegel) vorhanden sind. Hier wurden die in den Bebauungsplänen festgesetzten angegebenen flächenbezogenen Schallleistungspegel für die Berechnung herangezogen.

Für die übrigen Betriebe, welche für die schalltechnische Berechnung relevant sind, wurden bei der Berechnung typische flächenbezogene Schallleistungspegel zur Berücksichtigung der Geräuschemissionen in Ansatz gebracht. Bei der Vergabe der Emissionspegel wurde für ein Ergebnis auf der sicheren Seite von der Ausschöpfung der Immissionsrichtwerte der TA Lärm an bestehenden schutzbedürftigen Nutzungen ausgegangen.

Die Geräuschbelastung durch gewerblich genutzte Anlagen wurde auf Grundlage der TA Lärm („Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm“) rechnerisch nach DIN ISO 9613-2 („Akustik - Dämpfung des Schalls bei Ausbreitung im Freien, Teil 2“) unter Berücksichtigung der topografischen Paramater nach dem alternativen Verfahren für die Bodendämpfung gemäß Nr. 7.3.2 und einer Mittenfrequenz von 500 Hz ermittelt. Die meteorologische Korrektur wurde konservativ nicht in Ansatz gebracht.

Neben den Orientierungswerten der DIN 18005-1 sind auch die Immissionsrichtwerte (IRW) der TA Lärm einzuhalten:

Allgemeines Wohngebiet (WA):	IRW = 55 dB(A) tags und 40 dB(A) nachts,
Urbanes Gebiet (MU):	IRW = 63 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts.

Damit liegt die Bemessungsgrenze gemäß TA Lärm für ein MU-Gebiet gegenüber den Orientierungswerten der DIN 18005 (60 dB(A)) tags 3 dB(A) höher.

Aufgrund des Gewerbelärms ergeben sich demnach im Geltungsbereich A im Allgemeinen Wohngebiet Geräuschimmissionen von maximal 55 dB(A) am Tag und 40 dB(A) in der Nacht sowie im Urbanen Gebiet 56 dB(A) am Tag und 42 dB(A) in der Nacht. Sowohl die Orientierungswerte der DIN 18005 als auch die Immissionsrichtwerte der TA Lärm werden somit im gesamten Geltungsbereich A eingehalten bzw. unterschritten.

Des Weiteren ist bei den hier vorliegenden Abständen zu den umliegenden Gewerbebetrieben nicht von einer Überschreitung der Immissionsrichtwerte gemäß TA Lärm für kurzzeitige Geräuschspitzen auszugehen.

Eine Notwendigkeit zur Umsetzung von Schallschutzmaßnahmen gegenüber Gewerbelärm ergibt sich somit nicht.

Landwirtschaftliche Nutzung (Beregnung):

An das Plangebiet grenzen verschiedene Ackerflächen, welche landwirtschaftlich genutzt werden. In Bezug auf die landwirtschaftliche Urproduktion von Nahrungsmitteln existieren keine gesetzlichen Vorgaben zum Schallimmissionsschutz.

Eine Beurteilung nach den Vorgaben der TA Lärm erfolgt für den Betrieb des Brunnens dementsprechend nicht.

A.c Freizeitlärm

Kinder- und Jugendzentrum einschließlich Skateanlage:

Nördlich des Plangebiets befindet sich ein Kinder- und Jugendzentrum des Deutschen Roten Kreuzes. Neben einer Außenanlage mit Spielgeräten ist nördlich des Gebäudes eine Skateanlage mit verschiedenen Einrichtungen angeordnet. Bei der Berechnung wird sowohl die Nutzung der Skateanlage als auch die Kommunikationsgeräusche von Kindern bzw. Jugendlichen im Außenbereich während der Öffnungszeiten berücksichtigt.

Die Lärmquellen zum Freizeitlärm wurden im schalltechnischen Berechnungsmodell verortet und eine Schallausbreitungsrechnung gemäß TA Lärm unter Berücksichtigung der topografische und bauliche Parameter nach dem allgemeinen Verfahren für die Bodendämpfung (DIN ISO 9613-2) durchgeführt.

Die Ergebnisse zeigen, dass es innerhalb der Baugrenzen sowie an den geplanten Gebäudefassaden nicht zu einer Überschreitung der Immissionsrichtwerte kommt.

Die lauteste Geräuschspitze ist beim Skateboardfahren mit einem Schallleistungspegel von LwAmax = 116 dB(A) zu erwarten. Der Immissionsrichtwert für ein Allgemeines Wohngebiet wird am Tag in einem Abstand von 14 m eingehalten. Dieser Abstand wird hier eingehalten, sodass keine Überschreitungen der Immissionsrichtwerte für kurzzeitige Geräuschspitzen zu erwarten sind.

B Emissionen innerhalb des Geltungsbereichs A, die sich auf den Geltungsbereich A selbst und die umliegende schutzbedürftige Nutzung auswirken

In dem Bebauungsplan ist vorwiegend Wohnnutzung geplant. Diesbezüglich kann man in der Regel davon ausgehen, dass keine weiteren immissionsrelevanten Geräusche im Umfeld vom Plangebiet auftreten. Darüber hinaus sind innerhalb des Plangebiets jedoch weitere Nutzungen vorgesehen, welche als immissionsrelevant eingestuft werden und dementsprechend im Folgenden näher betrachtet werden.

Dazu gehört das zusätzliche Verkehrsaufkommen auf öffentlichen Straßen, die kleingewerblichen Nutzungen innerhalb des Plangebiets, die Nutzung der beiden Quartiersgaragen, die Nutzung der Spiel- und Jugendplätze sowie die zwei Kindertagesstätten.

Dabei wird sowohl der Schutzbedarf der geplanten Nutzungen innerhalb des Plangebiets als auch der bestehenden umliegenden Nutzungen berücksichtigt.

B.a Vorhabenbezogener Verkehrslärm

Durch das geplante Wohnbaugebiet sowie die Nutzungen innerhalb des Urbanen Gebiets wird auf den umliegenden Verkehrswegen ein erhöhtes Verkehrsaufkommen erzeugt, welches zu höheren Verkehrslärmimmissionen an der umgebenden Bebauung führt. Die Auswirkung dieses vorhabenbezogenen Verkehrslärms wurden in Anlehnung an die Regelungen der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) bzw. TA Lärm untersucht.

Dazu wurden die Auswirkungen des vorhabenbezogenen Verkehrslärms an den nächstgelegenen am meisten betroffenen Gebäuden ermittelt. Hierbei handelt es sich um zwei geplante Gebäude aus dem Bebauungsplan WE 62, südlich der Veltenhöfer Straße, direkt gegenüber der Einmündung in den Geltungsbereich A und um die Bestandsbebauung Am Wasserwerk 1.

Die gutachterlichen Berechnungsergebnisse zeigen, dass sich die Beurteilungspegel an den am meisten betroffenen Immissionsorten um maximal 2 dB(A) erhöhen werden. Organisatorische Maßnahmen zur Verringerung der Auswirkungen sind gemäß TA Lärm demnach nicht erforderlich. Darüber hinaus liegen die Geräuschimmissionen auch im Prognose Planfall unter der Grenze zur Gesundheitsgefährdung von 70 dB(A) am Tag bzw. 60 dB(A) in der Nacht, sodass keine gesundheitsgefährdenden Geräuschimmissionen an den schutzbedürftigen Nutzungen zu erwarten sind. Eine Notwendigkeit zur Umsetzung von Schallschutzmaßnahmen ergibt sich nicht.

B.b Vorhabenbezogener Gewerbelärm

Kleingewerbe:

Bezüglich der gewerblichen Nutzungen innerhalb des festgesetzten Urbanen Gebiets (Arztpraxen, Kleingewerbe, Nahversorger, etc.) liegen zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch keine genauen Kenntnisse vor. Zur Berücksichtigung der geplanten Betriebe wurde bei der gutachterlichen Berechnung des maßgeblichen Außenlärmpegels von der Ausschöpfung der Immissionsrichtwerte an den schutzbedürftigen Nutzungen ausgegangen. Wesentliche Konflikte sind demnach nicht zu erwarten, sofern bei der Planung der Gewerbeeinheiten im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens durch einen schalltechnischen Nachweis sichergestellt ist, dass die Immissionsrichtwerte an den maßgeblichen Immissionsorten eingehalten werden.

Quartiersgaragen:

Bei den Emissionen von ausschließlich privat genutzten Stellplätzen im Bereich von Wohnhäusern gelten in der Regel das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme, das Gebot der Verhältnismäßigkeit und das Prinzip der Ortsüblichkeit. Kurzzeitige Geräuschspitzen, wie sie im Bereich von Pkw-Stellplätzen z.B. durch Türenschlagen auftreten, gehören auch in Wohngebieten zu üblichen Alltagserscheinungen, die bei einer angemessenen Stellplatzanzahl unter ortsüblichen Umständen keine unzumutbaren Störungen hervorrufen.

Anders ist jedoch die Nutzung der Quartiersgaragen einzustufen. Hier wirken sich die Geräuschimmissionen durch die Stellplatznutzung des gesamten Quartiers gebündelt an nur zwei Standorten auf wenige Betroffene aus. Des Weiteren ist eine Nutzung nicht nur durch Anwohner vorgesehen, sondern auch durch Besucher und

im Fall der Quartiersgarage im südlichen Teilbaugebiet auch durch Kunden und Gewerbetreibende. Die Beurteilung der Geräuschemissionen der Quartiersgaragen erfolgte daher - abweichend zur Beurteilung einer Stellplatznutzung an Wohnhäusern - in Anlehnung an die Vorgaben der TA Lärm. Entsprechend wurden konservativ sowohl die Fahrbewegungen aufgrund der Anwohnerstellplätze als auch die gewerblich genutzten Fahrbewegungen in die Berechnung einbezogen.

Für die Quartiersgarage im nördlichen Teilbaugebiet wurden 440 Stellplätze auf 5 Ebenen mit jeweils 88 Stellplätzen berücksichtigt. Für die Garage im südlichen Teilbaugebiet 500 Stellplätze auf 6 Ebenen mit jeweils 83 Stellplätzen. Dabei wurden 300 Stellplätze für Anwohner und 200 Stellplätze für die gewerblichen Nutzungen zugrunde gelegt.

Die Fassaden der Quartiersgaragen wurden als teilweise geschlossen angenommen, da die Immissionsrichtwerte der TA Lärm bei vollständig offenen Fassaden nicht eingehalten werden können. Die Geräuschemissionen aus den Quartiersgaragen wurden daher als vertikale Flächenquellen an deren Fassaden berücksichtigt.

Die Berechnung der Geräuschimmissionen erfolgte nach den Angaben der Parkplatzlärmstudie in Verbindung mit einer Untersuchung zu den Geräuschemissionen von Parkhäusern aus der Fachzeitschrift „Lärmbekämpfung“ (2000, Nr. 5, S. 175-179).

Zur Beurteilung der Geräuschimmissionen durch die Quartiersgaragen wurden die Gebäudelärmkarten an den geplanten Gebäudefassaden des städtebaulichen Entwurfes (Nutzungsbeispiel) berechnet.

Die Berechnungsergebnisse zeigen auf, dass eine Einhaltung der Orientierungswerte der DIN 18005 bzw. der Immissionsrichtwerte der TA Lärm unter Berücksichtigung von Schallschutzmaßnahmen an den Fassaden der Quartiersgaragen möglich ist.

Aus der gutachterlichen Berechnung lassen sich die erforderliche Mindestanforderung an die Schalldämmung der jeweiligen Fassaden ableiten, welche erforderlich sind um gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse in den umliegenden Gebäuden sicherzustellen. Wesentliche Konflikte sind demnach nicht zu erwarten, sofern bei der Planung der Quartiersgaragen im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens durch einen schalltechnischen Nachweis sichergestellt ist, dass die Immissionsrichtwerte an den maßgeblichen Immissionsorten eingehalten werden.

B.c Sportanlagenlärm

Innerhalb des Grünzuges zwischen dem nördlichen und südlichen Bereich des Bauabschnitts und auf der südlichen Grünfläche ist die Errichtung von Jugendplätzen mit verschiedenen Sportangeboten (z.B. Bolzplatz, Streetballplatz) zur Nutzung durch Kinder und Jugendliche aus dem Quartier vorgesehen. Die genaue Ausgestaltung der jeweiligen Jugendspielflächen wird erst im Rahmen der Ausführungsplanung und nach Jugendbeteiligung festgelegt. Für die Berechnung auf der südlichen Freifläche wurde zunächst exemplarisch die Nutzung eines Bolzplatzes als schalltechnisch kritischste Nutzung angenommen. Im Bereich der Grünachse wurde darüber hinaus die Nutzung von zwei Streetballplätzen mit 2 Körben angenommen.

Die Berechnung und Beurteilung der Geräuschemissionen erfolgte nach den Vorgaben der Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. BImSchV). Betrachtet wurde dabei der kritischste Beurteilungszeitrum, sonn- und feiertags innerhalb der Ruhezeiten.

Damit ist gleichermaßen eine durchgängige Nutzung in den Zeiträumen werktags von 08.00-22.00 Uhr sowie sonn- und feiertags von 09.00-22.00 Uhr abgedeckt.

Neben den Orientierungswerten der DIN 18005-1 sind auch die Immissionsrichtwerte (IRW) der 18. BImSchV einzuhalten:

Allgemeines Wohngebiet (WA):	IRW = 55 dB(A) tags außerhalb der Ruhezeit, IRW = 55 dB(A) tags innerhalb der Ruhezeit mittags/abends, IRW = 50 dB(A) tags innerhalb der Ruhezeit Morgens und IRW = 40 dB(A) nachts
Urbanes Gebiet (MU):	IRW = 63dB(A) tags außerhalb der Ruhezeit , IRW = 63 dB(A) tags innerhalb der Ruhezeit mittags/abends, IRW = 58 dB(A) tags innerhalb der Ruhezeit Morgens und IRW = 45 dB(A) nachts

Damit liegt die Bemessungsgrenze gemäß 18. BImSchV für ein MU-Gebiet gegenüber den Orientierungswerten der DIN 18005 (60 dB(A)) tags außerhalb sowie innerhalb der mitttäglichen und abendlichen Ruhezeit 3 dB(A) höher und innerhalb der morgendlichen Ruhezeit um 2 dB(A) niedriger.

Die Berechnung des Sportanlagenlärms erfolgte gemäß den Vorgaben der 18. BImSchV auf Grundlage der Berechnungsvorschriften der VDI 2714 („Schallausbreitung im Freien“) und VDI 2720/1 („Schallschutz durch Abschirmung im Freien“) für eine Immissionshöhe von 5,3 m. Konservativ wurde eine Mitwindwettersituation nach VDI 2714 und die Bodendämpfung nach Nr. 6.3 der VDI 2714 berücksichtigt.

Die Immissionsrichtwerte der 18. BImSchV werden im Umfeld des Bolzplatzes für ein Allgemeines Wohngebiet (WA) etwa ab einem Abstand von 40 m und für ein Urbanes Gebiet etwa ab einem Abstand von 11 m unterschritten.

Vom Streetballplatz zum Allgemeinen Wohngebiet ist ein Abstand von ca. 25 m notwendig. Innerhalb dieses Abstand um die exemplarisch betrachteten Standorte, befinden sich keine entsprechenden schutzbedürftigen Nutzungen. Überschreitungen der Immissionsrichtwerte treten demnach nicht auf. Eine Notwendigkeit zur Umsetzung von Schallschutzmaßnahmen ergibt sich unter diesen Vorrausetzungen nicht.

Bei einer veränderten Standortwahl oder Nutzungsart der Jugendplätze kann dies hingegen zu Überschreitungen der Immissionsrichtwerte führen. In diesem Fall sind im nachgeordneten Baugenehmigungsverfahren Schallschutzmaßnahmen notwendig, deren Möglichkeit sich aufgrund der Höhe der Wohnbebauung voraussichtlich auf eine Einschränkung der Nutzungsdauer reduzieren.

B.d Freizeitlärm

In der öffentlichen Grünfläche in der südlichsten Spitze des Geltungsbereichs A, direkt an der Veltenhöfer Straße, ist ein Bereich vorgesehen, für den die Möglichkeit einer Nutzung für temporäre Veranstaltungen, wie z. B. Zirkus, Volksfest, Ponyreiten, Kleinmärkte (z. B. Geranienmarkt, Flechtkorbmöbelmarkt) angedacht ist.

Aufgrund der geringen Anzahl an abendlichen/nächtlichen Veranstaltungen, werden die in diesem Bereich vorgesehenen Veranstaltungen im Rahmen von Sondergenehmigungen als Seltene Ereignisse nach der Freizeitlärm-Richtlinie (Nds.) beurteilt und durch entsprechende immissionsschutzrechtliche Nebenbestimmungen sichergestellt, dass die Immissionsschutzbelange der schutzbedürftigen Nachbarschaft ausreichend berücksichtigt werden. Entsprechend sind im Rahmen der Planung zu diesem Bebauungsplan diesbzgl. keine immissionsschutzrechtlichen Vorkehrungen zu treffen.

B.e Kinderlärm im Geltungsbereich A

Kindertagesstätten, Kinderspielplätze u. ä. Einrichtungen im Sinne des § 22 Abs. 1a Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) sind im Allgemeinen unter dem Aspekt der „Sozial-Adäquanz“ zu bewerten. Da Geräuscheinwirkungen durch Kinder notwendigerweise zum menschlichen Zusammenleben gehören, ist „Kinderlärm“ mehr als Lärm anderer Verursacher zumutbar und i. d. R. hinzunehmen.

Unabhängig davon ist jedoch im Einzelfall sicherzustellen, dass Anwohner nicht über ein annehmbares Maß hinaus in Häufigkeit und Stärke durch Kinderlärm beaufschlagt werden. Dabei darf bei der Beurteilung von Kinderlärm das Maß der Erheblichkeit explizit nicht an Immissionsricht- oder -grenzwerten festgemacht werden.

Kinderspielflächen:

In den Grünflächen werden zwischen den Jugendplätzen auch Kinderspielbereiche angeordnet. Diese sind gemäß § 22 BImSchG Abs. 1a immissionsschutzrechtlich als sozialadäquat zu beurteilen; entsprechend ist Kinderlärm im Allgemeinen hinzunehmen.

Die genaue Lage im Grünstreifen und die Ausgestaltung der Kinderspielflächen sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Bebauungsplans WE 63 noch nicht bestimmt. Es ist vorgesehen die Spielflächen so anzuordnen, dass sie den geringstmöglichen Einfluss auf die nördlich und südlich des Grünstreifens vorgesehene Wohnbebauung ausüben. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass in der nächstgelegenen Wohnnachbarschaft Geräusche von den Spielflächen wahrzunehmen sein werden. Unzumutbare Belastungen durch Kinderlärm sind jedoch nicht zu erwarten.

Kindertagesstätte:

Durch das Neubaugebiet entsteht ein Bedarf an Kita- und Krippenplätzen, der vor Ort in den bestehenden Betreuungseinrichtungen nicht gedeckt werden kann. Demzufolge besteht ein Bedarf an zwei max. 5-Gruppen-Kindertagesstätten. Eine Kindertagesstätte wird im Westen des nördlichen Teilbaubereichs und die andere im Osten des südlichen Teilbaubereichs jeweils direkt am Grünzug angeordnet, der die beiden Baubereiche trennt. Die überbaubaren Flächen sind dabei auf den Kita-Grundstücken so angeordnet, dass sie möglichst nah an die Siedlungskörper heranreichen. Somit wird zum einen die Plan- und Bestandswohnbebauung vom Kinderlärm abgeschirmt und zum anderen werden die Außenspielbereiche in Richtung des attraktiven Grünzugs ausgerichtet.

Somit sind derzeit für die geplanten Kindertagesstätten keine besonderen Gründe erkennbar, dass das auch hier geltende Toleranzgebot des BImSchG in Bezug auf die geplante Wohnbebauung in unzumutbarer Weise überschritten wird.

C Lärmpegelbereiche/Maßnahmen zum Schallschutz

C.a Lärmpegelbereiche

Um die Geräuschimmissionsbelastung im Geltungsbereich A kenntlich zu machen und den Schutzanforderungen der im Geltungsbereich A geplanten schutzwürdigen Nutzungen (Wohnen) Rechnung zu tragen, wurden im Schallgutachten allgemeingültige Anforderungen an den baulichen Schallschutz in Form von Lärmpegelbereichen (LPB) gemäß DIN 4109 (‚Schallschutz im Hochbau') ermittelt. Dazu wurden für den Geltungsbereich A die maßgeblichen Außenlärmpegel für die kritische Geschosshöhe (1. OG) bei freier Schallausbreitung ohne bauliche Anlagen sowie für das jeweils am stärksten betroffene Geschoss fassadengenau gemäß städtebaulichen Entwurf (Nutzungsbeispiel) schalltechnisch berechnet.

Da im Plangebiet die Geräuschbelastung von mehreren Lärmquellen herrührt, ist die Überlagerung dieser verschiedenen Schallimmissionen zu berücksichtigen. Entsprechend berechnen sich gemäß DIN 4109 (2018) die resultierenden Außenlärmpegel aus den einzelnen maßgeblichen Außenlärmpegeln, hier von Verkehr (Straße, Schiene, Wasser, Luft) und Gewerbe.

Grundsätzlich gilt der Fluglärm als Bestandteil des Verkehrslärms und fließt somit gemäß DIN 4109 in die Berechnung des maßgeblichen Außenlärmpegels und demzufolge in die Dimensionierung des baulichen Schallschutzes ein.

Dies vorangestellt errechnen sich innerhalb des Geltungsbereichs A die maßgeblichen Außenlärmpegel. Die daraus resultierenden Lärmpegelbereiche (LPB) ergeben sich im vorliegenden Fall entsprechend der Norm zu LPB III bis V. Der Straßenverkehrslärm erweist sich dabei südlich und entlang der Planstraßen und der Schienenverkehrslärm entlang der Stadtbahntrasse als pegelbestimmend. Entsprechend verringern sich die Pegel mit größer werdendem Abstand zu den Verkehrswegen. Dementsprechend liegt entlang der Veltenhöfer Straße der Lärmpegelbereich V (71 bis 75 dB(A)), im Bereich der Planstraßen sowie der Stadtbahn der Lärmpegelbereich IV (66 bis 70 dB(A)) und in den übrigen Bereichen der Lärmpegelbereich III (61 bis 65 dB(A)) vor. Die Lärmpegelbereiche ergeben sich aus den berechneten Außenlärmpegeln, welche innerhalb der Baugrenzen zwischen 61 und 71 dB(A) liegen.

C.b Maßnahmen zum Schallschutz

Die Ermittlung der Geräuschbelastung im Geltungsbereich A zeigt, dass zum Teil Überschreitungen der schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005 durch den Verkehrslärm zu erwarten sind. Auch die Grenze für gesunde Schlafverhältnisse bei gekipptem Fenster wird im Plangebiet überschritten. Die Auswirkungen des Verkehrslärms in Hinblick auf das Schutzgut Mensch sind als wesentlich einzustufen.

Aufgrund des Gewerbelärms aus dem umliegenden Gewerbegebieten treten im Plangebiet keine Überschreitungen der Immissionsrichtwerte der TA Lärm auf. Maßnahmen sind nicht erforderlich.

Sofern die folgenden Empfehlungen bezüglich der vom Plangebiet ausgehenden Geräuschquellen (Gewerbe, Quartiersgaragen, Jugendplätze) beachtet werden, sind diesbezüglich ebenfalls keine wesentlichen Auswirkungen auf das Schutzgut zu erwarten.

- Bei der Planung der Gewerbeeinheiten ist im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens durch einen schalltechnischen Nachweis sicherzustellen, dass die Immissionsrichtwerte an den maßgeblichen Immissionsorten eingehalten werden.
- An den Fassaden der Quartiersgaragen sind Schallschutzmaßnahmen erforderlich, um die Einhaltung der Immissionsrichtwerte sicherzustellen. Der Nachweis erfolgt im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens.
- Hinsichtlich der Jugendspielflächen sind Mindestabstände zu den schutzbedürftigen Nutzungen einzuhalten. Bei abweichenden Standorten und/oder Nutzungsarten werden Schallschutzwände oder eine verkürzte Nutzungsdauer notwendig sein.

Ggf. ist im Zuge der Genehmigungsplanung eine erneute Betrachtung der jeweiligen Geräuschquellen notwendig.

Aufgrund der Erkenntnisse aus der schalltechnischen Untersuchung sind zur Gewährleistung der zu berücksichtigenden Schutzansprüche Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu prüfen und werden nach planerischer Abwägung im erforderlichen Umfang festgesetzt. (s. Kap. 5.7).

D Bauphase

Gemäß § 22 BImSchG besteht die Pflicht des Betreibers einer Baustelle diese so zu betreiben, dass schädliche Umwelteinwirkungen (hier Lärmemissionen) verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind und nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Beim Betrieb der Baustelle, mit ihren technischen Einrichtungen und einschließlich des Baustellenverkehrs, sind bezüglich Lärm die Immissionsrichtwerte der AVV-Baulärm „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm“ zu beachten. Ein geräuschintensiver Betrieb der Baustelle ist gemäß AVV-Baulärm nur werktags (Montag bis Samstag) im Zeitraum zwischen 7 und 20 Uhr (Tagzeit) zulässig. Sollten aus technologischen Gründen Nachtarbeiten im Zeitraum zwischen 20 und 7 Uhr notwendig werden – z. B. typischerweise Betonagen -, so sind diese rechtzeitig bei der Unteren Immissionsschutzbehörde der Stadt Braunschweig zu beantragen.

Geltungsbereiche B, C, D und E

Bei der Nutzung zur Entwicklung und Erhaltung der angestrebten Ausgleichsmaßnahmen ist nicht mit zusätzlichen Belastungen zu rechnen.

Bauphase

Bauarbeiten sind hier nicht geplant. Bei einer weiterhin ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Nutzung zur Entwicklung und Erhaltung der angestrebten Ausgleichsmaßnahmen sind keine weiteren Lärmbeeinträchtigungen innerhalb und außerhalb der Geltungsbereiche zu erwarten.

4.4.1.2 Sonstige Emissionen/Immissionen

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Geltungsbereich A

Im Norden und im Westen grenzen landwirtschaftlich genutzte Flächen an den Geltungsbereich A. Deren Bewirtschaftung kann im Geltungsbereich saisonal zu Staub-, Geruchs- und Lichtbeeinträchtigungen führen. Im Nahbereich der Stadtbahntrasse sind Erschütterungen möglich. Da der Geltungsbereich A selbst zurzeit hauptsächlich landwirtschaftlich genutzt wird und lediglich in einem schmalen Streifen im nördlichen Bereich eine kleingartenähnliche Nutzung besteht, ergeben sich daraus keine nachteiligen Auswirkungen.

Die landwirtschaftliche Bewirtschaftung im Geltungsbereich A selbst kann jedoch die östlich angrenzende schutzwürdige Wohnbebauung und die im Süden festgesetzten neue Wohnbebauung Bebauungsplan „Wenden-West 1. BA“, WE 62 beeinträchtigen. Landwirtschaftliche Nutzungen gelten grundsätzlich als privilegiert und sind als ortsüblich zu bewerten, so dass bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung auftretende Beeinträchtigungen im Allgemeinen hinzunehmen sind.

Darüber hinaus sind keine weiteren sonstigen Emissionen bzw. Immissionen bekannt, die sich auf den Geltungsbereich A oder die umliegenden Nutzungen nachteilig auswirken.

Geltungsbereich B, C, D und E

Durch die eigene Bewirtschaftung und die Bewirtschaftung der umliegenden landwirtschaftlich genutzten Flächen sind die Geltungsbereiche B-F sowie deren nähere Umgebung neben den o. g. Geräuschimmissionen saisonal von weiteren Immissionen wie Staub-, Geruchs-, und Lichtimmissionen betroffen. Immissionsrelevante Konflikte mit schutzbedürftigen Nutzungen ergeben sich daraus jedoch nicht.

Prognose über den Umweltzustand ohne Durchführung der Planung

Geltungsbereiche A, B, C, D und E

Ohne Durchführung der Planung sind keine Änderungen zu erwarten.

Prognose über den Umweltzustand bei Durchführung der Planung

Geltungsbereich A

Durch die Bewirtschaftung der an das Plangebiet angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Flächen können auch weiterhin saisonal Staub-, Geruchs-, und Lichtimmissionen auftreten; eine erhebliche Beeinträchtigung auf die geplante Wohnnutzung ist dabei nicht zu erwarten. Landwirtschaftliche Nutzungen gelten grundsätzlich als privilegiert und sind als ortsüblich zu bewerten, so dass bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung auftretende Beeinträchtigungen im Allgemeinen hinzunehmen sind.

Im Nahbereich der Stadtbahntrasse sind Erschütterungen möglich, die sich jedoch aufgrund des vorgesehenen baulichen Abstands nicht nachteilig auf die geplante Bebauung auswirken.

Aufgrund der festgesetzten Wohnnutzung im Geltungsbereich A ist nicht davon auszugehen, dass andere Emissionen (Licht, Staub, elektromagnetische Strahlung, Gerüche oder Erschütterungen) aus dem Geltungsbereich heraus an den umliegenden Nutzungen (Bestandsbebauung und Bauabschnitt 1) zu nachteiligen Beeinträchtigungen führen.

Geltungsbereich B, C, D, E und F

Bei der Nutzung zur Entwicklung und Erhaltung der angestrebten Ausgleichsmaßnahmen ist nicht mit zusätzlichen Belastungen zu rechnen.

Bauphase

Geltungsbereich A

Gemäß § 22 BImSchG besteht die Pflicht des Betreibers einer Baustelle diese so zu betreiben, dass schädliche Umwelteinwirkungen, hier Staub-, Geruchs-, Licht- und Erschütterungsemissionen, verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind und nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Im Rahmen von Großbaustellen kann es grundsätzlich zu Erschütterungen kommen. Nach dem jetzigen Kenntnisstand sind jedoch keine Spundwände oder Pfahlgründungen in der Bauphase notwendig, so dass außer Baustellenverkehr keine nennenswerten Erschütterungen zu erwarten sind. Ist im Rahmen der Bauphase widererwarten mit relevanten Erschütterungen zu rechnen, sind die entstehenden Erschütterungen durch die Baumaschinen und/oder den Bauverkehr insbesondere an den umliegenden Wohnhäusern im Vorfeld zu ermitteln und zu beurteilen. Die Vorgaben der DIN 4150 (‚Erschütterungen im Bauwesen') sind hierbei zu beachten. Ein Nachweis des Nichtentstehens von Gebäudeschäden durch Beweissicherung ist im Einzelfall empfehlenswert.

Je nach Bauphase und Wetterlage kann es auf der Großbaustelle zu erheblichen Staubemissionen kommen. Damit diese nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen in der Nachbarschaft führen, ist ein Staubaufkommen nach dem Stand der Technik zu verhindern. Unvermeidbar auftretende Staubemissionen sind durch die Verwendung der nach dem Stand der Technik entsprechenden Technologien und Geräte auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Je nach Jahreszeit und Wetterlage kann es auf der Großbaustelle zu erheblichen Blendwirkungen durch Baustrahler und Baufahrzeugscheinwerfern kommen. Damit diese nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen in der Nachbarschaft führen, sind Beleuchtungseinrichtungen (Strahler) so anzubringen oder so abzudecken, dass eine direkte Einsicht in die Leuchtmittel von der unmittelbar angrenzenden Bebauung nicht möglich ist.

Geltungsbereich B, C, D, E und F

Bauarbeiten sind hier nicht geplant. Bei einer weiterhin ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Nutzung zur Entwicklung und Erhaltung der angestrebten Ausgleichsmaßnahmen sind keine weiteren Beeinträchtigungen innerhalb und außerhalb der Geltungsbereiche zu erwarten.

4.4.2 Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt

Für den Geltungsbereich A liegt ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag des Büros LaReG, Braunschweig, 19.10.2021 inklusive Nachkartierung (Stand 19.08.2022) vor. Für die Geltungsbereiche B, C, D und E wurde keine gesonderte Untersuchung zum Artenschutz durchgeführt. Durch die bislang intensive landwirtschaftliche Nutzung ist nach Einschätzung der Unteren Naturschutzbehörde nur mit den für solche Flächen üblichen Arten der offenen Feldflur zu rechnen. Deren Vorkommen wird von den hier geplanten Ausgleichsmaßnahmen nicht betroffen. Ein Erfordernis für eine gesonderte Untersuchung besteht somit aus naturschutzfachlicher Sicht nicht.

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Geltungsbereich A

Schutzgebiete und –objekte:

Im Rahmen des vorliegenden artenschutzrechtlichen Fachbeitrags wurde im Jahr 2020 eine Biotoptypenkartierung vorgenommen (LaReg, Stand 19.10.2021).

Der Großteil des Plangebiets (Geltungsbereich A) besteht aus Ackerland. Daneben kommen Ruderalfluren und Kleingartenanlagen vor. Zudem befinden sich innerhalb des Geltungsbereiches nach § 30 BNatSchG geschützte Biotopflächen (Trockenrasen). Die betroffenen Bereiche wurden im Jahr 2022 noch einmal nachkartiert, um eine flächenscharfe Abgrenzung zu erreichen. Sonstige flächen- oder objektbezogene Schutzansprüche nach Naturschutzrecht liegen im Plangeltungsbereich und angrenzend nicht vor, d. h. es sind keine Naturdenkmäler, Natura 2000-Gebiete oder Natur- und Landschaftsschutzgebiete betroffen.

Artenschutz:

Auf den im Jahr 2020 vorgenommenen Erfassungen zu Flora und Fauna basierend wurde ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag erstellt (LaReg, Stand 19.10.2021). Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass eine Betroffenheit der Artengruppen Vögel und Fledermäuse vorliegt.

Als Brutvogellebensraum kommt dem Vorhabengebiet eine mittlere Bedeutung (Wertstufe III) zu. Hervorzuheben ist das Vorkommen von vier Feldlerchenrevieren mit Brutverdacht auf den Offenlandflächen innerhalb des Geltungsbereiches.

Als Fledermauslebensraum kommt dem Untersuchungsgebiet eine geringe Bedeutung (Wertstufe IV) zu. Quartiere wurden nicht nachgewiesen. Insgesamt wurden über Ortungsrufe drei Fledermausarten im Untersuchungsgebiet detektiert. Dabei war die Zwergfledermaus die mit Abstand häufigste Art. Daneben wurden der Große Abendsegler sowie die Breitflügelfledermaus festgestellt.

Bei der Überprüfung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten für Vögel und Fledermäuse wurden sieben potenziell geeignete Habitatbäume mit entsprechenden Strukturen (Astlöcher, Stammspalten, abstehende Rinde) identifiziert.

Darüber hinaus wurde im Jahr 2022 ein Vorkommen der besonders geschützten Blauflügeligen Ödlandschrecke (Oedipoda caerulescens) festgestellt.

Geltungsbereich B

Bei der Fläche in der Gemarkung Wenden handelt es sich um landwirtschaftlich genutzte Ackerfläche mit den spezifischen Lebensräumen für Tiere und Pflanzen.

Geltungsbereich C

Bei dem Geltungsbereich in der Gemarkung Veltenhof handelt es sich um eine Fläche, die zum Zeitpunkt der Aufnahme in den städtischen Pool als Acker genutzt wurde mit den spezifischen Lebensräumen für Tiere und Pflanzen. Derzeit liegt die Fläche brach.

Geltungsbereich D

Bei dem überplanten Bereichen in der Gemarkung Waggum handelt es sich um landwirtschaftlich genutzte Ackerfläche mit den spezifischen Lebensräumen für Tiere und Pflanzen.

Geltungsbereich E

Bei dem überplanten Bereich in der Gemarkung Rüningen handelt es sich um landwirtschaftlich genutzte Ackerfläche mit den spezifischen Lebensräumen für Tiere und Pflanzen.

Prognose über den Umweltzustand ohne Durchführung der Planung

Geltungsbereiche A, B, C, D und E

Ohne Durchführung der Planung sind bezogen auf den aktuellen Zustand keine wesentlichen Änderungen hinsichtlich des Arteninventars zu erwarten. Dies betrifft sowohl Geltungsbereich A als auch die externen Geltungsbereiche B-E. Die bisherigen Nutzungen würden voraussichtlich fortgeführt werden.

Prognose über den Umweltzustand bei Durchführung der Planung

Geltungsbereich A

Im Geltungsbereich A werden Lebensräume von Tieren und Pflanzen der Agrarlandschaft, Ruderalfluren und Trockenrasenbiotopen überplant. Bislang unversiegelte Flächen sollen bebaut werden, was mit einer Veränderung bzw. dem Verlust von Habitaten und der Vegetation einhergeht.

Schutzgebiete und –objekte:

Bei Umsetzung der Planung kommt es infolge der Bebauung zum Verlust von nach § 30 BNatSchG geschützten Biotopen (Trockenrasen). Auch in den Teilbereichen, die als Grünfläche festgesetzt sind, muss davon ausgegangen werden, dass sich die Flächen infolge der zu erwartenden intensiven Freizeitnutzung nicht als Trockenrasen erhalten lassen. Der geschützte Trockenrasen wird vollumfänglich durch die Anlage eines gleichartigen Biotops im Geltungsbereich C ausgeglichen.

Artenschutz:

Im Geltungsbereich A werden Lebensräume von Tieren und Pflanzen der Agrarlandschaft, Ruderalfluren und Trockenrasenbiotopen überplant. Bislang unversiegelte Flächen sollen bebaut werden, was mit einer Veränderung bzw. dem Verlust von Habitaten und der Vegetation einhergeht.

Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag stellt eine Betroffenheit der Artengruppen Vögel und Fledermäuse fest. Ein Eintreten der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG ist durch Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen zu vermeiden. Erforderlich sind Bauzeitenregelungen, fachkundige Besatzkontrollen und Schaffung von Ersatznisthilfen für Vögel und Ersatzquartiere für Fledermäuse. Für den Habitatverlust der gefährdeten Feldlerche sind externe Ausgleichsmaßnahmen erforderlich (Blühstreifen).

Weiterhin wurde das Vorhandensein der besonders geschützten Blauflügeligen Ödlandschrecke festgestellt. Die Lebensraumansprüche dieser Art finden im Zuge des Ausgleiches für die Trockenrasenbestände im Kompensationskonzept Berücksichtigung. Im Rahmen der Erschließung sind mögliche weitere Schutzmaßnahmen mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.

Mit Umsetzung der Planung wird es im Geltungsbereich A zu einem dauerhaften direkten Flächenentzug durch Überbauung bzw. Versiegelung und Veränderungen der bisher vorhandenen Habitatstrukturen kommen. Mit Umsetzung der Vermeidungs- und externen Ausgleichmaßnahmen verbleiben keine als erheblich und nachteilig zu wertenden umweltrelevanten Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt.

Geltungsbereiche B, C, D und E

In den Geltungsbereichen B, C, D und E wirken sich die geplanten externen Ausgleichsmaßnahmen positiv auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt aus. Die Agrarlandschaft wird durch Umwandlung von Acker in Grünland extensiviert und durch Gehölzpflanzungen naturschutzfachlich aufgewertet. Für die Feldlerche werden mit der Anlage von Blühstreifen und für die Blauflügelige Ödlandschrecke mit der Entwicklung von Trockenrasen artspezifische Maßnahmen umgesetzt.

4.4.3 Fläche

Das Schutzgut Fläche stellt eine bedeutsame begrenzte natürliche Ressource dar und ist als eigenständiges Schutzgut neben dem Schutzgut Boden zu betrachtenden. Planungsrechtliche Inanspruchnahme von Fläche ist mit der Zunahme von Siedlungs- und Verkehrsfläche gleichzusetzen, was zumeist mit irreversiblem Verlust der ursprünglichen Funktion einhergeht und sich negativ auf viele verschiedene Schutzgüter auswirkt.

Bis spätestens 2030 soll in Niedersachsen die Neuversiegelung von Böden auf 3 Hektar pro Tag eingeschränkt werden. Die Bedeutung dieser Einschränkung wird nicht nur angesichts der klimatischen Entwicklung immer drängender. Landwirtschaftliche Flächen sollten weiter zur Nahrungsmittelproduktion, unversiegelte Flächen allgemein in ihrer Funktion für den Wasserhaushalt, die Biodiversität etc. erhalten werden.

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Geltungsbereich A

Als bisher weitestgehend unbebaute und zum größten Teil landwirtschaftlich genutzte Fläche kommt dem Plangebiet (Geltungsbereich A) innerhalb des Stadtgebietes von Braunschweig eine allgemeine Bedeutung zu, zumal in der Stadt bzw. im Ballungsgebiet Braunschweig Ackerflächen für die Landwirtschaft besonders knapp

sind. Die natürliche Bodenfruchtbarkeit (ackerbauliches Ertragspotenzial) der Flächen ist als „mittel“ einzustufen.

Geltungsbereiche B, C, D und E

Bei dem überplanten Bereichen handelt es sich um landwirtschaftlich genutzte Ackerflächen, wobei die Ackerfläche im Geltungsbereich C derzeit brach liegt.

Prognose über den Umweltzustand ohne Durchführung der Planung

Geltungsbereiche A, B, C, D und E

Die vorliegenden Verhältnisse bleiben unverändert. Aufgrund der bestehenden planungsrechtlichen Situation ist eine Zunahme von Siedlungs- und Verkehrsfläche nicht zu erwarten. Die Flächen bleiben in ihrer Funktion für den Wasserhaushalt, die Biodiversität etc. erhalten. Die Ackerflächen können weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden.

Prognose über den Umweltzustand bei Durchführung der Planung

Geltungsbereich A

Mit der Umsetzung der Planung werden die derzeitig vorwiegend landwirtschaftlich genutzten Flächen in Wohnbauflächen, Verkehrsflächen und Flächen für Freiraumnutzungen umgewandelt. Mit der Inanspruchnahme der Ackerflächen für die Siedlungserweiterung wird der Landwirtschaft in ihrer Bedeutung für die Nahrungs- und Rohstoffproduktion Grund und Boden entzogen. Dieser Flächenentzug ist aus landwirtschaftlicher Sicht kritisch zu sehen, da aktuell keine alternativen Flächen als Ersatzland zur Verfügung stehen.

Die Realisierung von neuen Verkehrs- und Bauflächen führt zudem zum Verlust der natürlichen Bodenfunktionen durch Versieglung und Bebauung. Weiter Folgewirkungen des Flächenverbrauchs sind Zersiedelung, Verlust von Lebensräumen für Flora, Fauna, Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, Reduktion der Wasserversickerungsfähigkeit sowie ein verändertes Kleinklima.

Auf der geplanten öffentlichen Grünfläche kann die natürlichen Bodenfunktionen grundsätzlich erhalten und in Verbindung mit den geplanten Maßnahmen in ihrer Funktion möglicherweise sogar gestärkt werden.

Die Auswirkung auf das Schutzgut Fläche sind als wesentlich einzustufen. Maßnahmen zum Rückbau an anderer Stelle stehen im Stadtgebiet aktuell nicht zur Verfügung.

Geltungsbereiche B, C, D und E

Die Ausweisung als Fläche für Ausgleichsmaßnahmen zur Kompensation von Eingriffen ermöglicht im Geltungsbereich A den gesetzlich vorgeschriebenen sparsamen Umgang mit Grund und Boden. Flächenverbrauch durch Versiegelungen sind in den Geltungsbereichen B, C, D und E nicht vorgesehen. Durch die naturnahe Bewirtschaftung entstehen neue Lebensräume für Flora und Fauna.

Gleichwohl werden die Grundstücke durch Ausgleichsmaßnahmen der intensiven Landwirtschaftsnutzung entzogen und gehen in ihrer Bedeutung für die Nahrungs- und Rohstoffproduktion verloren. Ersatzflächen stehen nicht zur Verfügung. Ausgleichsflächen werden daher nur im notwendigen Umfang in Anspruch genommen.

4.4.4 Boden

Für den Geltungsbereich A liegen ein bautechnisches Bodengutachten des Ingenieurbüros GGU (12.12.1996) einschließlich eines Nachtrags zur Versickerung von Niederschlagswasser (August 2022) sowie eine umwelttechnische Oberbodenuntersuchung des Geobüros Gifhorn (31.05.2021) vor. Zur Überprüfung und Planung der Versickerbarkeit von Niederschlagwasser wurden ergänzende Untersuchungen des im Plangebiet anstehenden Baugrundes erforderlich. Daher wurde durch das Büro BGA Ingenieurbüro für Baugrund-Grundwasser-Altlasten noch eine ergänzende Obenbodenuntersuchung erstellt (04.07.2023).

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Geltungsbereich A

Im Bereich der Ackerflächen liegt Oberboden in Stärken von ca. 0,3 m bis 0,4 m vor. Es handelt sich dabei im südwestlichen Drittel des Plangebietes um Mittlere Podsol-Braunerdeböden, im überwiegenden Teil des Plangebietes um Mittlere Gley-Podsole. Der Natürlichkeitsgrad sowie die Ertragspotentiale der Flächen sind nach der Bodenfunktionskarte als mittel zu bewerten. Auch die natürliche Funktionserfüllung des Bodens ist insgesamt als mittel zu bewerten. Besonders schutzwürdige Böden sind nicht vorhanden.

Die Oberböden des Streifens mit kleingartenähnliche Nutzungen und den kleineren Gebäuden sind wahrscheinlich z. T. stark anthropogen überprägt. Der Natürlichkeitsgrad dieser Böden ist insofern als gering zu bewerten.

Unter dem Oberboden liegen die natürlich anstehenden Sande und Kiese der Niederterrasse vor. Ab etwa 5 m Tiefe steht Geschiebelehm, nach Norden und zur Tiefe auch Ton der Oberkreide-Formation an.

Die Sande und Kiese bilden einen Porengrundwasserleiter mit zusammenhängendem freiem Grundwasserspiegel. Der Grundwasserspiegel ist nach den Ergebnissen der Baugrunderkundung zwischen ca. 2 m und 3 m unter Geländeoberkante zu erwarten. Die höchsten Grundwasserspiegel werden nochmal rd. 1 m höher vorliegen.

Eine planmäßige technische Versickerung von Niederschlagswasser ist aufgrund der hydrogeologischen Verhältnisse (Grundwasserstand, Baugrundaufbau) möglich.

Die im Untergrund unter dem Mutterboden anstehenden Sande weisen überwiegend eine mäßige vertikale Durchlässigkeit von $3 \cdot 10^{-5}$ bis $7 \cdot 10^{-5}$ m/s auf. Die obere Sandschicht weist lediglich lokal mit $2 \cdot 10^{-4}$ m/s eine höhere Durchlässigkeit auf. Grundsätzlich weisen die anstehenden Sande eine ausreichende Durchlässigkeit für die Versickerung von nicht schädlich belastetem Niederschlagswasser auf. Eine Versickerung von Niederschlagsabflüssen über Mulden ist gemäß DWA-A 138 bei einem Durchlässigkeitsbeiwert von mind. $kf \geq 5 \cdot 10^{-6}$ m/s möglich.

Zwischen der Infiltrationsebene von Versickerungsanlagen und den "mittleren höchsten Grundwasserständen" ist gemäß DWA-A 138 ein Mindestabstand von 1 m einzuhalten. Dies ist bei den hier zu erwartenden "mittleren höchsten Grundwasserständen" vollständig möglich.

Im Rahmen der umwelttechnischen Untersuchungen des Geobüros Gifhorn (31.05.2021) wurden darüber hinaus auf drei Teilflächen Oberflächenmischproben in Tiefen von 0,0 m bis 0,3 m und von 0,3 m bis 0,6 m entnommen und auf Schadstoffparameter gemäß BBodSchV untersucht. Die Prüfwerte für den Wirkungspfad Boden – Mensch für eine Nutzung als Wohngebiet werden von den gemessenen Konzentrationen eingehalten und sind somit im Hinblick auf die geplante Nutzung des Plangebietes unkritisch. Auch die strengeren Vorsorgewerte der BBodSchV werden eingehalten. Altlastverdächtige Flächen liegen in dem Plangebiet nicht vor. An den südwestlichen Rand des Plangebietes grenzt die Altablagerung E8/5 an.

Die Baugrundverhältnisse sind als günstig einzustufen. Insgesamt liegt eine ausreichende Tragfähigkeit für Gebäude, Kanäle und Straßen vor. Für Erdarbeiten mit größeren Aushubtiefen sind Grundwasserhaltungsmaßnahmen zur Absenkung des Grundwasserspiegels erforderlich.

Im Planbereich bzw. direkt angrenzend befinden sich Grundwassermessstellen.

Geltungsbereich B

Bei dem überplanten Bereich handelt es sich um landwirtschaftlich genutzte Ackerflächen. Bei den Böden handelt sich dabei um Mittlere Gley-Podsole.

Der Natürlichkeitsgrad ist nach der Bodenfunktionskarte als „mittel“ zu bewerten, die Ertragspotentiale der Flächen als „gering“. Die natürliche Funktionserfüllung des Bodens ist insgesamt als „mittel“ zu bewerten.

In dem Geltungsbereich B liegen keine bekannten Altlasten vor.

Geltungsbereich C

Bei dem überplanten Bereich handelt es sich um eine aktuell brachliegende vormals landwirtschaftlich genutzte Fläche. Bei den Böden handelt sich dabei um Mittlere Gley-Braunerde.

Der Natürlichkeitsgrad ist nach der Bodenfunktionskarte als „mittel“ zu bewerten, das Ertragspotential der Fläche als „gering“. Die natürliche Funktionserfüllung des Bodens ist insgesamt als „mittel“ zu bewerten.

In dem Geltungsbereich C liegen keine bekannten Altlasten vor.

Geltungsbereich D

Bei dem überplanten Bereich handelt es sich um landwirtschaftlich genutzte Ackerflächen. Bei den Böden handelt sich dabei um Tieferen Gley sowie Mittlere Gley-Braunerde.

Der Natürlichkeitsgrad ist nach der Bodenfunktionskarte als „mittel“ zu bewerten, das Ertragspotential der Fläche als „gering“. Die natürliche Funktionserfüllung des Bodens ist insgesamt als „mittel“ zu bewerten.

In dem Geltungsbereich D liegen keine bekannten Altlasten vor.

Geltungsbereich E

Bei dem überplanten Bereich (Geltungsbereich E) handelt es sich um landwirtschaftlich genutzte Ackerflächen. Bei den Böden handelt sich dabei überwiegend um Braunerde, im nordöstlichsten Teilbereich um Pararendzina.

Der Natürlichkeitsgrad ist nach der Bodenfunktionskarte als „mittel“ zu bewerten, das Ertragspotential der Fläche überwiegend als „sehr gering bis gering“, im nordöstlichsten Teilbereich dagegen als „sehr hoch“. Die natürliche Funktionserfüllung des Bodens ist insgesamt als „mittel“, im nordöstlichsten Teilbereich als hoch zu bewerten.

In dem Geltungsbereich E liegen keine bekannten Altlasten vor.

Prognose über den Umweltzustand ohne Durchführung der Planung

Ohne Durchführung der Planung sind bezogen auf den aktuellen Zustand keine Änderungen zu erwarten. Im Bereich der Acker- und Grünflächen bleiben die vorhandenen natürlichen Bodenfunktionen und Flächen zur landwirtschaftlichen Nutzung erhalten.

Prognose über den Umweltzustand bei Durchführung der Planung

Geltungsbereich A

Bei Durchführung der Planung gehen in großen Bereichen des Plangebietes der Oberboden und die natürlichen Bodenfunktionen sowie das Ertragspotenzial der Flächen verloren. Zudem werden große Flächen durch die geplanten Gebäude und Straßen versiegelt. Aufgrund der Verdichtungsempfindlichkeit der Oberböden ist darüber hinaus mit einer negativen Beeinflussung der verbleibenden Böden durch die Bautätigkeiten zu rechnen.

Der Eingriff in das Schutzgut Boden ist als „mittel bis groß“ zu bewerten.

Geltungsbereiche B, C, D und E

Mit der Aufgabe der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung und der Entwicklung naturnaher und extensiver Biotop- und Nutzungsstrukturen auf den externen, bislang intensiv ackerbaulich genutzten Ausgleichsflächen (Geltungsbereiche B, C, D, und E) können dort die natürlichen Bodenfunktionen erhalten und aufgewertet und die Eingriffsfolgen in das Schutzgut Boden insgesamt verringert werden.

Abfallrecht:

Abfallrechtliche Belange sind von der Planung nicht in besonderer Weise betroffen. Zum sachgerechten Umgang mit Abfällen werden keine Festsetzungen getroffen. Die allgemein gültigen Regelungen der abfallrechtlichen Gesetzgebung sind jedoch zu beachten.

Kampfmittel:

Der Geltungsbereich A ist zu 98 % der Gesamtfläche nicht kampfmittelverdächtig. Eine Ausnahme bildet der südöstliche Bereich an der Veltenhöfer Straße. Die Fläche ist im Rechtsplan entsprechend als Kampfmittelverdächtig gekennzeichnet.

In den Geltungsbereichen B, C, D und E besteht Kampfmittelverdacht.

Aus Sicherheitsgründen sind entsprechend der DIN 18323 „Kampfmittelräumarbeiten“ für diese Bereiche Sondierungen auf Kampfmittel durchzuführen. Werden Störkörper festgestellt, sind diese zu bergen (Aufgrabung der Verdachtspunkte).

4.4.5 Wasser

Mit der Zielsetzung die Veränderung des natürlichen Wasserhaushaltes durch Siedlungsaktivitäten in mengenmäßiger und stofflicher Hinsicht so gering zu halten, wie es technisch, ökologisch und wirtschaftlich vertretbar ist, wurde im Rahmen der Planung ein Regenwasserbewirtschaftungskonzept (Ingenieurgesellschaft Prof. Dr.-Ing. E. Macke mbH) erstellt. Demnach ist zur Förderung der lokalen Grundwasserneubildung vorrangig die ortsnahe Versickerung als Alternative zur Ableitung von Niederschlagswasser vorgesehen.

Starkregen:

Starkregen bezeichnet sehr große Regenmengen, die innerhalb kurzer Zeit fallen. Solche Starkregenereignisse können zu Überflutungen, nicht nur in der Nähe von Gewässern, sondern im gesamten Gebiet führen. Je nach Stärke des Ereignisses besteht die Gefahr von erheblichen Personen- und Sachschäden.

In den vergangenen Jahren gab es in Braunschweig mehrfach intensivere Starkregenereignisse. Durch den Klimawandel ist in Zukunft häufiger und mit stärkeren Starkregenereignissen zu rechnen.

Mit der Veröffentlichung der Starkregenanalyse der Stadt Braunschweig für das Stadtgebiet beschreibt „Starkregen“ Regenereignisse, bei denen so hohe Wassermengen auftreten, dass die Bemessungsgrenzen bzw. die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Kanalisationen erheblich überschritten werden und die Niederschläge daher unkontrolliert abfließen. Die Bezeichnung Starkregen beschreibt demnach einen Bereich, der außerhalb der kommunalen Überflutungsvorsorge liegt.

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Geltungsbereich A

Wasserwirtschaftlich wird das Plangebiet (Geltungsbereich A) durch die überwiegende landwirtschaftliche Nutzung beeinflusst. Die weiteren Nutzungen sind wasserwirtschaftlich unerheblich. Das Plangebiet liegt weder in einem Überschwemmungsgebiet noch in einem Wasserschutzgebiet.

Die Grundwasserqualität wird durch die landwirtschaftliche Nutzung, z. B. durch Nährstoffeinträge, beeinflusst. Das Plangebiet ist bisher kaum versiegelt. Daher liegt eine weitgehend natürliche Grundwasserneubildung vor. Es sind Grundwasserstände von teilweise (südwestlicher Bereich) bzw. vielfach (nordöstlicher Bereich) kleiner/gleich 2 m unter GOK oder Staunässe zu erwarten.

Im Plangebiet befinden sich keine Oberflächengewässer.

Aus der Starkregenanalyse ergeben sich im Plangebiet betroffene Flächen.

Geltungsbereiche B, C, D und E

Die Flächen des Geltungsbereiches B werden landwirtschaftlich genutzt und sind bisher unversiegelt. Die Grundwasserneubildung sowie die Grundwasserqualität werden durch die landwirtschaftliche Nutzung beeinflusst. Die Bereiche sind nur geringfügig durch Überflutungen bei Starkregen betroffen.

Geltungsbereich C ist eine landwirtschaftlich genutzte, bisher nicht versiegelte Fläche. Die Grundwasserneubildung sowie die Grundwasserqualität werden durch die landwirtschaftliche Nutzung beeinflusst. Der Bereich ist im nordöstlichen Teil mäßig durch Überflutungen bei Starkregen betroffen.

Geltungsbereich D ist eine landwirtschaftlich genutzte, bisher nicht versiegelte Fläche. Die Grundwasserneubildung sowie die Grundwasserqualität werden durch die landwirtschaftliche Nutzung beeinflusst. Der Bereich ist durch Überflutungen nur geringfügig betroffen. Auf den umliegenden Flächen sind z. T. erhebliche Überflutungen zu erwarten und es sind relevante Fließwege vorhanden.

Geltungsbereich E ist eine landwirtschaftlich genutzte, bisher nicht versiegelte Fläche. Die Grundwasserneubildung sowie die Grundwasserqualität werden durch die landwirtschaftliche Nutzung beeinflusst. Der Bereich ist durch Überflutungen nur geringfügig betroffen. In Teilen gibt es relevante Fließwege (Fließrichtung West/Nordwest).

Die Geltungsbereiche B, C, D und E liegen nicht im Wasserschutzgebiet für das Wasserwerk Bienroder Weg oder in einem Überschwemmungsgebiet.

Prognose über den Umweltzustand ohne Durchführung der Planung

In den Geltungsbereichen sind keine wasserwirtschaftlichen Veränderungen ohne Durchführung der Planungen anzunehmen.

Prognose über den Umweltzustand bei Durchführung der Planung

Geltungsbereich A

Veränderungen des Bodens durch Überbauung und Versiegelung wirken sich nachhaltig auf den natürlichen Wasserhaushalt und den Wasserkreislauf aus, da Flächen für die Rückhaltung, Verdunstung und Versickerung von Niederschlagswasser verloren gehen. So wird der Oberflächenabfluss erhöht und die Grund- bzw. Bodenwasseranreicherung durch den Entzug von Sickerwasser reduziert. Zudem wird mit der Überplanung im Geltungsbereich A eine neue Topografie geschaffen, die zu einer Verschiebung der im Rahmen der stadtweiten Starkregenanalyse simulierten Überflutungen im Plangebiet führen wird. Infolge dessen kann es zu einer Verschlechterung der Grundwasserneubildung sowie zu Schäden infolge von lokalen Starkregenereignissen kommen.

Daher soll einerseits über die Begrenzung der Grundflächenzahl bzw. der überbaubaren Grundstücksfläche und der Begrenzung der Überschreitungsmöglichkeiten gemäß §19 Abs. 4 BauNVO der Versiegelungsgrad begrenzt werden und die Eingriffsfolgen gemindert werden. Zur Minderung der Eingriffsfolgen und Sicherung des natürlichen Wasserhaushalts sieht das Regenwasserbewirtschaftungskonzept (Ingenieurgesellschaft Prof. Dr.-Ing. E. Macke mbH) darüber hinaus eine dezentrale Regenwasserversickerung auf öffentlichen wie auch privaten Grundstücken vor. Positiv auf die Rückhaltung, Verdunstung und Versickerung des Niederschlagswassers

wirken sich dabei auch die Festsetzungen zur Dachbegrünung und zur Anlage von Muldenflächen aus. Die lokale Rückhaltung und Versicherung von Niederschlagswasser dient im Sinne der Klimafolgeanpassungen gleichzeitig zur Minderung der Risiken sommerlicher Hitzeperioden und anhaltender Trockenheit sowie durch Überflutungen aus Starkregen.

Mit Umsetzung des Regenwasserbewirtschaftungskonzepts verbleiben somit keine als erheblich und nachteilig zu wertenden umweltrelevanten Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser.

Starkregen

Starkregen bezeichnet sehr große Regenmengen, die innerhalb kurzer Zeit fallen, so dass selbst die im Regenwasserbewirtschaftungskonzept vorgesehenen Notüberläufe (z.B. Anschlüsse an die Regenwasserkanalisation oder Überlaufschwellen in den Versickerungsmulden) das abfließende Niederschlagswasser aufgrund ihrer hydraulischen Leistungsfähigkeit oder Beeinträchtigung (z.B. Verstopfung mit Schwemmgut) nicht mehr aufnehmen können. In diesem Fall staut sich das Niederschlagswasser auf der Oberfläche oder fließt dem Geländegefälle folgend auf der Oberfläche bis zum nächsten Tiefpunkt ab. Solche Starkregenereignisse können daher zu Überflutungen im Gebiet führen. Je nach Stärke des Ereignisses besteht die Gefahr von erheblichen Personen- und Sachschäden.

Da das Gelände im südlichen Bereich des Geltungsbereichs A von Süden nach Norden in den zentralen Grüngürtel um 0,75 bis 1,0 m abfällt, wird das Niederschlagswasser bei solchen Starkregenereignissen weitgehend dem Gefälle entsprechend aus dem Südteil des Geltungsbereichs A in Richtung Grünfläche abfließen (Geländetiefpunkt). Zudem werden die straßenbegleitenden Versickerungsmulden gemäß dem Regenwasserbewirtschaftungskonzept (Ingenieurgesellschaft Prof. Dr.-Ing. E. Macke mbH) alle in Richtung zum zentralen Grünzug ausgerichtet sein, so dass auch das Gefälle der Straßen und Wege dieser Ausrichtung folgt. Sie werden bei Starkregenereignissen demnach als Fließwege dienen und das Niederschlagswasser gezielt in den zentralen Grünzug ableiten.

Im nördlich des Grünzuges gelegenen Teil des Baugebietes weist das Gelände Höhen zwischen ca. 69,0 und 69,50 m NHN auf. Das Gefälle ist nicht in Richtung Grünzug ausgerichtet, sondern relativ flach und bewegt sich auf einer Geländehöhe um ca. 69,25 m NHN, ähnlich wie im angrenzenden Grünzug. In diesem Bereich des Baugebietes besteht daher aufgrund des relativ ebenen Geländes das Risiko eines flächenhaften Einstaues.

Geltungsbereiche B, C, D und E

Mit dem Wegfall der landwirtschaftlichen Nutzung und einer naturnahen Entwicklung ist von einer wasserwirtschaftlichen Aufwertung dieser Bereiche auszugehen, da nachteilige Beeinflussung wegfallen werden.

4.4.6 Klima, Luft

4.4.6.1 Stadtklima, Luft

Eine klimaökologische Ersteinschätzung auf Basis der gesamtstädtischen Klimaanalyse Braunschweig (GEO-NET 2017) zeigt, dass das Plangebiet (Geltungsbereich A) im Bereich einer Kaltluftleitbahn liegt und ihm eine hohe bioklimatische Bedeutung zukommt. Insbesondere die nach Westen und Nordwesten geöffnete Lage mit

Freiflächen landwirtschaftlicher Nutzung sorgt für einen bedeutenden Zustrom von Kaltluft in die anliegenden Wohn- und Gewerbegebiete.

Daher wurde durch das Büro GEO-NET Umweltconsulting GmbH ein Klimaökologisches Fachgutachtendes erstellt, das die aktuelle klimaökologische Situation im Plangebiet (Geltungsbereich A) und die Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die umliegenden Gebiete detailliert betrachtet und die Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die klimaökologischen Funktionen mithilfe von Modellrechnungen untersucht und beurteilt.

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Geltungsbereich A

Nachts produzieren die großen Freiflächen Kaltluft, die über Ausgleichsströmungen die angrenzenden Siedlungsbereiche erreicht und bis zu 200 m in die Bebauung eindringt und bei sommerlichen Hochdruckwetterlagen die bioklimatische Situation verbessert.

Am Tage herrscht im Bereich des Plangebietes eine in Teilen mäßige, zumeist aber starke bis sehr starke Wärmebelastung vor. Hier macht sich der Einfluss der geringen Vegetation auf den vorwiegend landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie der Einfluss der naheliegenden, städtischen Bebauung bemerkbar.

Die Flächen nördlich des Plangebiets liegen im Bereich eines großflächigen, sich in nördlicher Richtung bis an den Stadtrand reichenden Kaltluftentstehungsgebietes, welches die Luftleitbahn XIII Thune / Wenden initiiert, die durch das Plangebiet (Geltungsbereich A) hindurch Frischluft in die gegenwärtige Siedlungsstruktur hineinführt.

Geltungsbereich B

Die Fläche liegt nördlich an den Mittellandkanal angrenzend, im Bereich eines großflächigen, sich in nördlicher Richtung bis an den Stadtrand erstreckenden Kaltluftentstehungsgebietes, welches die Luftleitbahn XIII Thune / Wenden initiiert. Für die gegenwärtige Siedlungsstruktur handelt es sich um einen sehr wichtigen klimaökologische Ausgleichsraum mit einer sehr hohen Empfindlichkeit gegenüber Nutzungsintensivierung.

Geltungsbereich C

Die Fläche liegt nördlich des Mittellandkanals im Bereich der Okeraue mit östlich angrenzendem Gewerbegebiet. Die Fläche weist entsprechend des aktuellen Klimagutachtens eine hohe bioklimatische Bedeutung auf. Für die gegenwärtige Siedlungsstruktur handelt es sich um einen wichtigen klimaökologische Ausgleichsraum mit einer hohen Empfindlichkeit gegenüber Nutzungsintensivierung.

Geltungsbereich D

Die Fläche liegt am nördlichen Stadtrand zwischen Beberbach und Ortslage Waggum. Die Fläche weist entsprechend des aktuellen Klimagutachtens eine hohe bioklimatische Bedeutung auf. Für die gegenwärtige Siedlungsstruktur handelt es sich um einen wichtigen klimaökologische Ausgleichsraum mit einer hohen Empfindlichkeit gegenüber Nutzungsintensivierung.

Geltungsbereich E

Die klimaökologische Ausgleichsfläche liegt westlich von Rüningen als Teil eines Kaltluftentstehungsgebietes, welches die Luftleitbahn IX.b IX.a initiiert. Für die gegenwärtige Siedlungsstruktur handelt es sich um einen besonders wichtigen klimaökologischen Ausgleichsraum mit einer sehr hohen Empfindlichkeit gegenüber Nutzungsintensivierung.

Prognose über den Umweltzustand ohne Durchführung der Planung

Geltungsbereiche A, B, C, D und E

Ohne Durchführung der Planung bleibt die gegenwärtige bioklimatische Situation bestehen. Die Ökosystemleistung der Flächen bleibt erhalten.

Prognose über den Umweltzustand bei Durchführung der Planung

Geltungsbereich A

Bei Durchführung der Planung ist eine Veränderung der klimaökologischen Situation zu erwarten. Die erhöhte Versiegelung durch die geplante Bebauung verursacht einen Anstieg der Wärmebelastung, während die Strömungshindernisse eine Durchströmung und somit das Kaltluftprozessgeschehen behindern.

Die Umwandlung der Nutzung von größtenteils Freiland und landwirtschaftlich genutzten Flächen zu Siedlungsbebauung verringert die Funktion der Kaltluftproduktion in der Nachtsituation und erhöht die Aufwärmung in der Tagsituation. Dieser Effekt wirkt sich auch durch eine Verringerung des Zustroms von Kaltluft aus den vormals offenen Freiflächen auf die westlich anliegenden Siedlungsgebiete sowie den nördlichen Bereich des 1. Bebauungsabschnitts aus.

Positiv hervorzuheben ist die geplante Grünfläche bzw. Parkanlage, die den nördlichen und südlichen Teil des geplanten Bebauungsgebietes von West nach Ost durchzieht. Hier sind die Erwärmungseffekte besonders tagsüber deutlich geringer ausgeprägt und tragen zu einer lokalen Minderung der Wärmebelastung bei. In der Nacht kann durch eine optimierte Gestaltung dieser Parkanlagen die auch die laminare Luftströmung unterstützt die klimaökologische Funktionalität erhöht werden und somit auch der positive Einfluss auf den umgebenen Siedlungsraum verbessert werden.

Um die Wärmebelastung im Plangebiet tagsüber möglichst gering zu halten und die Eingriffe in zu mindern, ist im Wohnquartier zudem die Einbindung von vielen Bäumen mit ausgeprägtem Kronendach über Rasenflächen vorgesehen. Eine möglichst geringe Versiegelung von Oberflächen im Bereich von Grundstücken, Verkehrsflächen und sonstigen Freiräumen wird darüber hinaus die Erwärmung tagsüber begrenzen und einem verbesserten Kaltluftprozessgeschehen nachts beitragen.

Neben dem kühlenden Effekt durch die Transpiration der Vegetation bieten vor allem auch die bepflanzten Mulden und Retentionsflächen durch die Evaporation eine Möglichkeit zur Temperaturregulierung, indem sie Wasser wie in einem Schwamm speichern und an Hitzetagen zum Kühlen wieder abgegeben. Die mit der Anlage der geplanten Bebauung einhergehenden lokalklimatischen Beeinträchtigungen – Aufheizung durch temperaturspeichernde Bauvolumina, Lufttrockenheit – können so gemindert werden.

Eine Veränderung der klimaökologischen Situation ist bei Realisierung der Planung grundsätzlich zu erwarten. Mit Umsetzung der geplanten Maßnahmen kann der Anstieg der Wärmebelastung im Quartier gemindert, die Frischluftproduktion erhöht und so die Auswirkungen auf Gesundheit sowie die Lebens- und Aufenthaltsqualität abgemildert werden. Somit verbleiben keine als erheblich und nachteilig zu wertenden umweltrelevanten Auswirkungen auf das Stadtklima.

Geltungsbereiche B, C, D und E

Die Flächen bleiben als Ausgleichsflächen in ihrer jetzigen klimaökologischen Funktion dauerhaft erhalten.

4.4.6.2 Klimaschutz

Die hohen Treibhausgasemissionen, insbesondere der vergangenen Jahrzehnte, haben dazu geführt, dass die weltweiten negativen Folgen des dadurch bedingten Klimawandels spürbar geworden sind und ohne Gegenmaßnahmen zu erheblichen Beeinträchtigungen des menschlichen Lebens sowie des Naturhaushaltes auf der Erde führen werden. Die zu erwartenden Klimaveränderungen sind in erster Linie auf die anthropogenen Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) zurückzuführen.

Neben Effizienz- und Einsparungsmaßnahmen bei der Errichtung von Gebäuden und beim Gebäudebetrieb sowie im Bereich Mobilität kann die Nutzung klimafreundlicher beziehungsweise klimaneutraler Energieträger zur Vermeidung von Treibhausgas-Emissionen beitragen.

Im Rahmen einer ersten Konzeptstudie (Anforderungen einer klimaneutralen Wärmeversorgung, BS|ENERGY, September 2022) sind für das Baugebiet „Wenden-West 2. BA“ daher verschiedene Erzeugungskonzepte zur weitestgehend CO_2-neutralen Wärmeversorgung des Quartiers untersucht worden. Die Ergebnisse der Konzeptstudie und die daraus resultierenden Flächenanforderungen werden im Rahmen des Planverfahrens berücksichtigt, um die spätere Umsetzung des CO_2-neutralen Energiekonzepts grundsätzlich zu ermöglichen.

Ein abschließendes Ergebnis hinsichtlich der tatsächlichen Umsetzbarkeit des geplanten Energiekonzepts wird jedoch erst die nachfolgend zu erstellende Machbarkeitsstudie liefern können, die in Zusammenarbeit mit dem Energieversorger zunächst noch erarbeitet werden soll.

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Geltungsbereich A

Gegenwärtig zeichnet sich das Plangebiet mit seiner ganz überwiegend landwirtschaftlichen Nutzung und sehr wenigen kleineren Gebäuden durch geringfügige Treibhausgasemissionen aus.

Geltungsbereiche B, C, D und E

Die betreffenden Flächen werden aktuell alle landwirtschaftlich bewirtschaftet. THG-Emissionen werden nur durch die aktive Bewirtschaftung induziert.

Prognose über den Umweltzustand ohne Durchführung der Planung

Geltungsbereiche B, C, D und E

Ohne Durchführung der Planung ist keine Änderung des Umweltzustandes zu erwarten.

Prognose über den Umweltzustand bei Durchführung der Planung

Geltungsbereich A

Aus Sicht des globalen Klimaschutzes stellen zusätzliche Gebäude durch den damit verbundenen Energie- und Ressourcenverbrauch bei der Erstellung und im Betrieb grundsätzlich eine Verschlechterung des Zustands dar, da sowohl in der Bau- als auch in der Nutzungsphase zusätzliche Treibhausgase verursacht werden.

Eine überschlägige Abschätzung der mit der Planung verbundenen entstehenden Treibhausgasemissionen im Betrieb beläuft sich auf etwa 600 t CO_2eq jährlich bzw. 30.000 t CO_2eq in einem mit 50 Jahren angenommenen Lebenszyklus. (Annahmen: KfW 55-Standard, Biomasse-KWK-Energieversorgung). Die mit der Entstehung der Gebäude und den verwendeten Ressourcen verursachten Emissionen sind dabei noch nicht berücksichtigt. Durch Rohstoffe wie Sand, Kies und Kalk bzw. deren Gewinnung können u. U. vergleichsweise große Mengen an CO_2 freigesetzt werden.

Die mit der Planung verbundenen Treibhausgasemissionen in Bezug auf die Energie- und Wärmeversorgung sind im Wesentlichen von der Umsetzbarkeit des Energiekonzepts abhängig. Diesbezüglich sind die Ergebnisse der anstehenden Machbarkeitsstudie abzuwarten.

Geltungsbereiche B, C, D und E

Die Renaturierung von landwirtschaftlich genutzten Flächen lässt eine Verbesserung des aktuellen Zustandes erwarten.

4.4.6.3 Anfälligkeit gegenüber dem Klimawandel

Der globale, menschengemachte Klimawandel hat Folgen. Neben effektiven Maßnahmen zum Klimaschutz, die eine weitere Anheizung des Klimas vermeiden können, ist es heute schon notwendig, Maßnahmen zur Anpassung an die veränderten Klimaverhältnisse zu eruieren und umzusetzen. Durch den Klimawandel ist mit einer Zunahme von Extremwetterereignissen zu rechnen, also auf vermehrte Hitzeperioden, längere Trockenphasen sowie intensivere Sturm- und Starkregenereignissen einzugehen.

Je nach Stärke des Ereignisses besteht die Gefahr von erheblichen Personen- und Sachschäden.

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Geltungsbereiche A, B, C, D und E

Aus der Starkregenanalyse ergeben sich im den Geltungsbereichen zwar betroffene Flächen. Die Lage am Siedlungsrand und in einem nur durch geringe bauliche Nutzung geprägten Gebiet (Geltungsbereich A) bzw. in der freien Landschaft (Geltungsbereiche B, C; D und E) sorgt für eine geringe Anfälligkeit für Auswirkungen des Klimawandels, z.B. durch anhaltende Trocken- und Hitzephasen oder durch starke

Niederschlagsereignisse. Besonders schutzbedürftige Nutzungen oder kritische Infrastruktur sind aktuell nicht vorhanden.

Prognose über den Umweltzustand ohne Durchführung der Planung

Geltungsbereiche A, B, C, D und E

Bei Nichtdurchführung der Maßnahmen ergeben sich keine Veränderungen hinsichtlich der Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels.

Prognose über den Umweltzustand bei Durchführung der Planung

Geltungsbereich A

Die mit den Eingriffen einhergehende Bodenversiegelung wirkt sich ohne gegensteuernde Maßnahmen negativ auf die hydrologischen und stadtklimatischen Prozesse aus, da Niederschlagswasser vermehrt oberflächlich abfließt und versiegelte Flächen und Gebäudekörper lokal eine verstärkte Erwärmung hervorrufen, und sie machen das Plangebiet anfälliger gegenüber den Folgen des Klimawandels.

Mit der Bebauung wird u. a. die Aufheizung und damit verbunden die Hitzebelastung im Plangebiet zunehmen und auch zu Beeinflussungen des Temperaturregimes des angrenzenden Siedlungsbereiches führen. Durch Freihaltung der Luftleitbahn (Grünfläche) kann der Luftaustausch mit den angrenzenden Siedlungsflächen jedoch auch weiterhin gewährt und so die Gefahr für Hitzestress im Sinne der Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung und der Stadtvegetation verringert werden.

Als besonders sensible Nutzung in Hinblick auf die Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels sind die beiden Kindertagesstätten anzusehen. Eine unmittelbare Verknüpfung der Standorte mit der „Frisch- und Kaltluftschneise“ ist vorgesehen, um die positiven gesundheitlichen Effekte dieses Grünraums (Klimakomfortzone) zu nutzen und die besonders klimasensible Bevölkerungsgruppe (Kleinkinder) vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Hitzestress zu bewahren.

Darüber hinaus trägt auch das Konzept der Schwammstadt (u. a. naturnahe Speicherung und Versickerung des Niederschlagswassers) zur Regulierung des Temperatur- und Wasserhaushalts im Geltungsbereich A bei. Die dezentrale Regenwasserversickerung wirkt dabei sowohl den Risiken durch Überflutungen aus Starkregen als auch den Belastungen sommerlicher Hitzeperioden und anhaltender Trockenheit entgegen.

Mit der Überplanung wird im Geltungsbereich A eine neue Topografie geschaffen, die zu einer deutlichen Verschiebung der im Rahmen der stadtweiten Starkregenanalyse simulierten Überflutungen führen wird. So werden die straßenbegleitenden Muldenflächen im südlichen Teilbereich des Geltungsbereichs A ein durchgehendes Gefälle hin zu der zentralen Grünfläche aufweisen, so dass bei Starkregenereignisse größere Wassermengen möglichst reguliert abgeleitet werden können und solche Flächen überflutet werden, auf denen keine oder nur geringen Schäden zu befürchten sind (Frei- und Grünflächen).

Im nördlich des Grünzuges gelegenen Teil des Baugebietes ist die Topografie allerdings relativ flach und bewegt sich auf einer Geländehöhe um ca. 69,25 m NHN, ähnlich wie im angrenzenden Grünzug. In diesem Bereich des Baugebietes besteht daher bei Starkregenereignissen aufgrund des relativ ebenen Geländes das Risiko

eines flächenhaften Einstaues. Ohne gegensteuernde Maßnahmen besteht daher die Gefahr von Personen- und Sachschäden.

In der Gesamtbetrachtung können die geplanten Maßnahmen im Geltungsbereich A die Auswirkungen extremer Wetterereignisse wie Hitze, Starkregen oder Trockenheit abmildern. Eine erhöhte Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels besteht somit nicht.

Geltungsbereiche B, C, D und E

Die naturnahe Entwicklung der Flächen lässt eine leichte Verbesserung des aktuellen Zustandes erwarten.

4.4.7 Orts- und Landschaftsbild, Erholung

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Geltungsbereich A

Bei den Flächen im Landschaftsraum handelt sich größtenteils um Ackerflächen, die im Süden durch die Veltenhöfer Straße (K25), im Norden durch die Straße Heideblick und im Westen durch einen Feldweg eingefasst werden. Im Osten grenzt der Geltungsbereich an die Gleisanlagen der Straßenbahnlinie 1 und im Norden an das Schulgelände des Lessinggymnasiums Braunschweig-Wenden. Der östlich angrenzende Siedlungsrand von Wenden besteht aus verdichteten Einzel- und Reihenhäusern mit Hausgärten. Die Flächen des Geltungsbereich A schließen somit direkt an Wenden an und werden entlang der Feldwege u. a. als Erholungsraum genutzt.

Der Geltungsbereich A ist wesentlich durch das Erscheinungsbild der offenen Feldflur geprägt. Durch die Siedlungsnähe, die Veltenhöfer Straße im Süden und die Stadtbahnlinie im Osten, besteht hinsichtlich des Landschaftsbildes bereits eine gewisse Vorbelastung. Die Feldflur wird durch einen Streifen mit einer strukturreichen Kleingartenanlage bzw. Privatgrundstücken mit jeweils üppigen Gehölzbestand und Großbäumen unterbrochen.

Westlich der Stadtbahntrasse hat sich inmitten halbruderaler Gras- und Staudenflächen ein großflächiger Bereich mit Magerrasen entwickelt. Gebüsche und Gehölzbestände befinden sich im südöstlichen Bereich als Grundstückseinfassung der Versorgungsstation sowie in kleinen Gruppen am Rand der halbruderalen Gras- und Staudenflur. Die Straßen und Wege im Untersuchungsraum werden zum Großteil von halbruderaler Gras- und Staudenflur gesäumt. Im Bereich der Gleisanlagen und an der Schule sind die Rasenflächen stärker gepflegt und zudem befinden sich hier Anpflanzungen von Baumreihen und Baumgruppen des Siedlungsbereichs. Die Gleise werden von Rabatten aus Zwerggehölzen gesäumt.

Geltungsbereiche B, C, D und E

Die Geltungsbereiche B, C, D und E sind durch die landwirtschaftliche Nutzung als weitgehend ausgeräumte Flur wahrnehmbar.

Prognose über den Umweltzustand ohne Durchführung der Planung

Geltungsbereich A, B, C, D und E

Es ist keine Änderung der aktuellen Situation zu erwarten.

Prognose über den Umweltzustand bei Durchführung der Planung

Geltungsbereich A

Durch die Planung erfolgt keine Inanspruchnahme von Gebieten von besonderer Bedeutung für das Landschafts- und Ortsbild. Jedoch wird bei Durchführung der Planung die ortsnahe freie Feldflur überbaut, was mit einer Überprägung des Landschaftsbildes und der Einschränkung der Sichtachse einhergeht. Durch die Schaffung von öffentlichen Grünflächen mit abwechslungsreichen Vegetationsstrukturen, verschiedenen Spiel- und Bewegungsangeboten und einer differenzierten topographischen Gestaltung wird die Erholungsfunktion der Fläche für die Ortslage Wenden aufrechterhalten.

Geltungsbereiche B, C, D und E

Im den Geltungsbereichen werden auch durch die geplanten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen keine wesentlichen Änderungen des Landschaftsbildes zu erwarten sein. Durch die Aufgabe bzw. Extensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung wird das Landschaftsbild hinsichtlich Naturnähe und Vielfalt bereichert.

4.4.8 Kulturgüter und sonstige Sachgüter

Das Verzeichnis der Kulturdenkmale nach § 4 Nds. Denkmalschutzgesetz beinhaltet in den Geltungsbereichen A, B, C, D und E keine Einträge.

Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Für das Schutzgut ist aufgrund des Fehlens entsprechender schutzwürdiger Objekte keine Bedeutung festzustellen.

Prognose über den Umweltzustand ohne Durchführung der Planung

Wesentliche Veränderungen sind nicht zu erwarten.

Prognose über den Umweltzustand bei Durchführung der Planung

Nach derzeitigem Kenntnisstand sind aufgrund des Fehlens entsprechender schutzwürdiger Objekte keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen zu erwarten.

Ein Auftreten archäologischer Fundstellen im Zuge von Bau- und Erdarbeiten ist jedoch potenziell möglich und kann daher vorab nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Eine besondere Bedeutung lässt sich somit vorab nicht vollständig ausschließen.

4.4.9 Wechselwirkung zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes

Durch das komplexe Beziehungsgeflecht bestehen regelmäßig Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Schutzgütern und Umweltmedien. Die nachweisbaren und/oder messbaren Veränderungen von Aus- und Einwirkungen sind zu den einzelnen Schutzgütern beschrieben. Eine genauere Bilanzierung von Wechselwirkungen und Wirkungsgefügen der Schutzgüter untereinander erfordert eine wissenschaftliche Herangehensweise, die auf der Ebene der Bauleitplanung nicht leistbar ist. Demzufolge können hier exemplarisch nur einige der wichtigsten auftretenden möglichen Wechselwirkungen aufgeführt werden:

Geltungsbereich A

Mit der Umsetzung der Planung erfolgt eine Ausdehnung der Siedlungsbebauung in dem Sinne, dass bisher unbebaute bzw. in geringem Maße bebaute Flächen zu Wohnbauzwecken in Anspruch genommen werden.

Das Schutzgut Mensch steht dabei in vielfacher Beziehung zu den übrigen Schutzgütern. Mit der Inanspruchnahme der Ackerflächen für die Siedlungserweiterung wird der Landwirtschaft in ihrer Bedeutung für die Nahrungs- und Rohstoffproduktion dauerhaft Grund und Boden entzogen (Flächenverlust). Die Flächeninanspruchnahme wirkt sich negativ auf die Schutzgüter Luft, Klima, Boden und Wasser und damit auch auf die Lebensgrundlage für Menschen in Hinblick auf Nahrungsgewinnung, das Trinkwasser sowie die Frischluft bzw. die Veränderung des Klimas aus.

Bei Realisierung des Baugebiets ist darüber hinaus sowohl im Rahmen der Bautätigkeiten als auch im Rahmen der Nutzungen mit negativen Auswirkungen auf den Klimawandel, insbesondere in Hinblick auf Treibhausgasemissionen zu rechnen. Diese lassen sich nicht vollständig vermeiden, sollten jedoch u. a. durch die Umsetzung eines möglichst klimaneutralen Energiekonzepts abgemildert werden.

Staub, Lärm und andere Emissionen können in der Wechselwirkung Mensch/Gesundheit ohne gegensteuernde Maßnahmen zudem zu gesundheitlichen Schäden führen. Im Plangebiet sind daher Schallschutzmaßnahmen erforderlich.

Die Eingriffe im Geltungsbereich A führen außerdem zur einer Beeinträchtigung der natürlichen Bodenfunktionen und des lokalen Wasserhaushaltes (Grundwasserneubildung). Die Schutzgüter Boden und Wasser stehen dabei in enger wechselseitiger Beziehung zueinander, da sich das Puffer- und Speichervermögen sowie die Durchlässigkeit des Bodens für Flüssigkeiten direkt auf den Grundwasserhaushalt auswirken. So verändert die mit Umsetzung der Planung einhergehende Versiegelung des Bodens nicht nur den Boden selbst, sondern hat zur Folge, dass die Abfluss- und Grundwasserneubildungsfunktion in diesem Bereich eingeschränkt wird. Niederschlagswasser kann zum Beispiel bei einem durch Bauten versiegelten Boden nicht versickern.

Dies hat zudem auch direkte Auswirkungen auf die mikroklimatischen Bedingungen vor Ort, zum Beispiel durch Veränderung der Verdunstung, Versickerung und des Abflusses von Niederschlägen und kann zu einer höheren Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels (z.B. Überwärmung, Überflutung) führen. Durch gegensteuernde Maßnahmen soll das Niederschlagswasser im Plangebiet daher möglichst dem natürlichen Wasserhaushalt zurückgeführt werden.

Auch die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt stehen in verschiedenen Beziehungen mit den Schutzgütern Boden, Wasser und Landschaft. Wasser und Boden stellen dabei sowohl Lebensraum als auch Lebensgrundlage dar, so dass die geplanten Eingriffe in die Landschaft zum Beispiel Auswirkungen auf das Nahrungsangebot, die Größe des Lebensraumes sowie den Boden- und Wasserhaushalt und damit Auswirkungen auf das Artenvorkommen (Betroffenheit der Artengruppen Vögel und Fledermäuse sowie der besonders geschützten Blauflügeligen Ödlandschrecke) haben.

Mit Umsetzung der Planung wird es im Geltungsbereich A zu einem dauerhaften direkten Flächenentzug und Veränderungen der bisher vorhandenen Habitatstruktu-

ren kommen. Sie wirkt sich darüber hinaus auf das Schutzgut Landschaft aus, indem es das Landschaftsbild und die Lebensraumstrukturen anders gestaltet und u. a. mit dem Verlust eines nach § 30 BNatSchG geschützten Biotops (Trockenrasen) einhergeht. Mit Umsetzung der Vermeidungs- und externen Ausgleichmaßnahmen verbleiben jedoch keine als erheblich und nachteilig zu wertenden umweltrelevanten Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt.

Diese beispielhaften Verflechtungen der Schutzgüter zeigen, dass sich die umweltbezogene Bewertung nicht nur auf einzelne Umweltmedien erstreckt, sondern auch die Wechselwirkungen innerhalb der Schutzgüter sowie die Auswirkungen auf die Umwelt als Ganzes einschließt.

Geltungsbereiche B, C, D und E

Die naturnahe Entwicklung der Flächen entzieht der intensiven Landwirtschaft Flächen, um diese wiederum ökologisch aufzuwerten mit positiven Auswirkungen auf Flora und Fauna.

4.4.10 Zusammenwirken mit benachbarten Plangebieten

Die Auswirkungen des aktuell in Realisierung befindlichen 1. Bauabschnitts auf die Umweltgüter sind in die vorstehende Betrachtung bereits eingeflossen. In der relevanten Nachbarschaft zum Geltungsbereich A dieses Bebauungsplans bestehen derzeit keine weiteren Planungen, von denen Auswirkungen auf die Umweltgüter zu erwarten wären. Eine zusätzliche Belastung ist daher nicht erkennbar. Auf eine kumulierende Betrachtung möglicher Auswirkungen wird daher an dieser Stelle verzichtet.

4.5 Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Zur Vermeidung und Verminderung und Verringerung nachteiliger Auswirkungen wurden planerische und technische Vorkehrungen getroffen, die Planung wurde unter Umweltgesichtspunkten angepasst und im Bebauungsplan werden u. a. Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung von Natur, Arten und Biotopen festgesetzt.

Diesbezüglich wird auch auf die jeweiligen Kapitel im Umweltbericht (Kap. 4.4) und in der Begründung der Festsetzungen (Kap. 5) verwiesen.

4.5.1 Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen

Eingriffe in die Schutzgüter können bei der Planung von neuen Wohnbauflächen grundsätzlich nicht vermieden werden.

Zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen sind die im folgenden genannten Maßnahmen relevant, die im Geltungsbereich A durchgeführt werden. Es wird auf die jeweiligen Kapitel im Umweltbericht (Kap. 4.4) und in der Begründung der Festsetzungen (Kap. 5) verwiesen.

- Die hohe bauliche Dichte (Wohndichte) sowie die Nutzung vorhandener Infrastruktur es Stadtteils Wenden (insbesondere Stadtbahnanschluss) tragen zum sparsamen Umgang mit Grund und Boden bei.

- Die hohe bauliche Dichte (Kompaktheit der Gebäude) kann zudem den Wärmeenergiebedarf der Gebäude und die daraus resultierenden Treibhausgasemissionen begrenzen.
- Das Mobilitätskonzept mit Quartiersgaragen zielt darauf ab, die benötigte Fläche für den Motorisierten Individualverkehr zu bündeln und trägt damit zum sparsamen Umgang mit Grund und Boden bei.
- Durch die Priorisierung alternativer Mobilitätsformern u. a. Anbindung an das Stadtbahnnetz sowie eine gute Durchlässigkeit für Fußgänger und Radfahrer sollen zudem indirekt auch die negativen Auswirkungen des Motorisierten Individualverkehrs auf die Schutzgüter Mensch (insbesondere Lärm) und Klima (Insbesondere Treibhausgase) reduziert werden.
- Die Ausrichtung des Grünzugs und die entsprechende Orientierung der Baukörper wird die Zufuhr von Kaltluft in das Plangebiet und in den Bestand des Stadtteils Wenden sichergestellt. Verringert werden so negativen Wirkungen der Bebauung auf die Kaltluftströmung.
- Die Festsetzung öffentlicher Grünflächen sowie umfangreicher Begrünungsmaßnahmen (Dach- und Fassadenbegrünung, bepflanzte Mulden etc.) sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum verbessern das Ortsbild, begrenzen die Eingriffsfolgen von Versiegelung und Bebauung für alle Schutzgüter des Naturhaushaltes und minimieren die kleinklimatischer Belastungen.
- Die Verwendung von hauptsächlich einheimischen und standorttypischen Pflanzen auf den öffentlichen Freiflächen sollen dabei die Beeinträchtigungen des Schutzgutes Tiere und Pflanzen und Landschaftsbild minimieren.
- Durch die Begrenzung der Grundflächenzahl bzw. der überbaubaren Grundstücksfläche und der Begrenzung der Überschreitungsmöglichkeiten gemäß §19 Abs. 4 BauNVO soll der Versiegelungsgrad auf ein verträgliches Maß begrenzt werden. Dies dient gleichzeitig zur Minderung der Risiken durch Überflutungen aus Starkregen sowie sommerlicher Hitzeperioden und anhaltender Trockenheit.
- Die notwendigen Eingriffe in die Schutzgüter Klima, Boden und Grundwasser werden darüber hinaus auch durch Festsetzungen zur Dachbegrünung, und zur Anlage von Muldenflächen, von Grünflächen sowie der Pflicht zur Versickerung von Niederschlagswasser gemindert.
- Begrünungsmaßnahmen und Retentionsflächen tragen darüber nicht nur zu einem kleinklimatischen Ausgleich im Nahbereich der Wohngebäude bei, sie stärken auch die Resilienz gegenüber den Folgen des Klimawandels.
- Die Berücksichtigung der Flächenansprüche für Energiezentrale und Erdwärmesonden ermöglichen die Umsetzung einer möglichst treibhausgasneutralen Energieversorgung und sollen die negativen Auswirkungen auf die Schutzgüter Mensch, Klima und Luft begrenzen.
- Durch Festsetzung zum Schallschutz können gesunde Wohnverhältnisse gesichert werden.

Die genannten Maßnahmen wirken sich durch ihren Beitrag zum Erhalt einer gesunden Umwelt und durch die Schaffung eines attraktiven und gesunden Wohn- und Arbeitsumfeldes positiv auch auf den Menschen aus.

4.5.2 Maßnahmen zum Ausgleich erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen, Anwendung der Eingriffsregelung (§ 1 a Abs. 3 BauGB i. V. m. dem BNatSchG)

Das geplante Vorhaben stellt gemäß § 14 BNatSchG einen Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild dar. Nach § 15 BNatSchG ist der Verursacher eines Eingriffs verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. Unvermeidbare Beeinträchtigungen sind nach § 15 BNatSchG durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen – Ausgleichsmaßnahmen – oder zu ersetzen – Ersatzmaßnahmen. Als kompensiert gilt eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in gleichartiger bzw. gleichwertiger Weise hergestellt sind. Das Landschaftsbild kann durch eine landschaftsgerechte Neugestaltung ausgeglichen werden.

Gemäß § 18 Abs. 1 BNatSchG ist bei der Aufstellung von Bebauungsplänen über die Vermeidung, den Ausgleich und den Ersatz nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zu entscheiden. Gemäß § 1 a BauGB werden die Aspekte „Ausgleich“ und „Ersatz“ zusammenfassend als „Ausgleich“ bezeichnet.

In Kap. 4.5.1 sind auch die im Rahmen der Anwendung der Eingriffsregelung vorgesehenen Vermeidungsmaßnahmen beschrieben. Die trotz der beschriebenen und im Bebauungsplan im Geltungsbereich A berücksichtigten Vermeidungs-, Verhinderungs- und Verringerungsmaßnahmen verbleibenden erheblichen Eingriffsfolgen werden durch Ausgleichsmaßnahmen wie folgt kompensiert:

Die im Geltungsbereich A festgesetzte Installation von Nisthilfen für gebäudebrütende Vogelarten (Hausrotschwanz, Haussperling, Star, Mehlschwalbe, Mauersegler) und Fledermausarten (Zwerg-, Mücken-, Bart-, Fransen-, Breitflügelfledermaus) kann den Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten in Folge der Realisierung des Baugebietes kompensieren.

Das verbliebene Kompensationsdefizit macht zusätzliche Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des vom Eingriff betroffenen Plangebietes (Geltungsbereich A) erforderlich. Für die Bewältigung der Eingriffsfolgen wurden vier im Stadtgebiet liegende Flächen gewählt, die zugleich den Anforderungen des artenschutzrechtlichen Ausgleichsbedarfs genügen müssen:

- Geltungsbereich B, Gem. Wenden, Flur 3, Flstk 152/3, insg. 9.324 m²: Ausgangsbiotop ist Sandacker. Zielbiotope mesophile Grünländer sowie 3-reihige Strauch-Baumhecke mit Krautsaum
- Geltungsbereich C, Gem. Veltenhof, Flur 7, Flurstück 34/3 (Teilfläche, 18.930 m²) Ausgangsbiotop Sandacker, Zielbiotope Trockenrasen. Ausgleich für Überplanung von nach § 30 BNatSchG geschützten Biotopen (Trockenrasen)
- Geltungsbereich D, Gem. Waggum, Flur 3, Flurstück 475, (Teilfläche, 15.670 m²) Ausgangsbiotop Sandacker, Zielbiotope mesophile Grünländer sowie 3-reihige Strauch-Baumhecke mit Krautsaum
- Geltungsbereich E, Gem. Rüningen, Flur 4, Teilfläche des Flurstücks 90/5, 40.000 m². Die Fläche ist als Ackerfläche zu erhalten und ohne synthetische Pflanzenschutzmittel und ohne mineralische Dünger zu bewirtschaften. Innerhalb der Ackerfläche sind in Ost-West-Richtung drei Streifen mit einer Regelbreite von 15 m als Lebensraum für die Feldlerche wie folgt herzurichten. Ausgleich für Überplanung von Feldlerchenrevieren. Ausgangsbiotop Sandacker, Zielbiotope Blühstreifen mit einer Regelbreite von 15 m sowie basenreicher Lehmacker (Bewirtschaftung ohne synthetische Pflanzenschutzmittel und ohne mineralische Düngung).

Damit kann im Sinne des BNatschG der nicht vermeidbare Eingriff im Geltungsbereich A entsprechend ausgeglichen werden.

4.6 Erhebliche nachteilige Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind

Durch Störfälle oder Umweltkatastrophen können besondere Risiken für Baugebiete bestehen. Gemäß § 50 Bundes-Immissionsschutzgesetz sind bei raumbedeutsamen Planungen Flächen für sensible Nutzungen (wie Wohnen) daher so anzuordnen, dass Auswirkungen von schweren Unfällen in Betrieben nach der Störfallverordnung so weit wie möglich vermieden werden. Die Vorgaben des § 50 BImSchG bzw. des Artikels 13 der Seveso-III-Richtlinie sind zu beachten.

Für das Stadtgebiet liegt ein Gutachten gemäß Art. 13 Seveso-III-Richtlinie bzw. § 50 BImSchG zur Bestimmung angemessener Sicherheitsabstände für Betriebsbereiche in Braunschweig (U-CON GmbH, August 2020) vor.

Zu erwartende Auswirkungen aus dem Plangebiet A:

Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt z. B. durch schwere Unfälle oder Katastrophen sind aufgrund der Art der Festsetzung des Plangebietes bzw. der hierin zulässigen Nutzungen nicht zu erwarten.

Auf das Plangebiet A einwirkende Auswirkungen:

Die im Plangebiet A befindlichen schutzbedürftigen Gebiete liegen gemäß dem von der Kommission für Anlagensicherheit (KAS) beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit erstellten Leitfaden „Empfehlung für Abstände zwischen Betriebsbereichen nach der Störfallverordnung und schutzbedürftigen Gebieten im Rahmen der Bauleitplanung – Umsetzung des § 50 BImSchG“ (KAS-18) innerhalb der Achtungsabstände von insgesamt fünf Störfallbetrieben. Die abstrakte Betrachtung der Achtungsabstände dient einer ersten Abschätzung des Gefährdungspotentials, berücksichtigt jedoch regelmäßig noch nicht die Besonderheiten des jeweiligen Betriebsbereiches und seiner Umgebung.

Für die genauere Ermittlung des Gefährdungspotentials wurde vor diesem Hintergrund daher eine gutachterliche Untersuchung (U-CON GmbH, August 2020) herangezogen. Darin wurde anhand von Detailkenntnissen gemäß Kap. 3.2 des Leitfadens KAS-18 unter Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse der jeweiligen Betriebsbereiche die jeweiligen angemessenen Sicherheitsabstände gemäß Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe a Seveso-III-Richtlinie ermittelt. Auf Grundlage dieser Ermittlung lässt sich feststellen, dass die schutzbedürftigen Gebiete (Geltungsbereich A) komplett außerhalb der von dem Sachverständigenbüro ermittelten angemessenen Sicherheitsabstände die jeweiligen Betriebsbereiche der fünf Störfallbetriebe liegen. Da sich das Plangebiet nicht im Gefahrenbereich befindet, sind keine besonderen Schutzmaßnahmen erforderlich.

Weiter Gefahrenquellen, von denen erhebliche Risiken für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, sind derzeit nicht bekannt. Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung oder Verringerung von eventuellen erheblichen nachteiligen Auswirkungen solcher Ereignisse auf die Umwelt sowie die Regelung von Einzelheiten in Bezug auf die Bereitschafts- und vorgesehenen Bekämpfungsmaßnahmen für solche Krisenfälle sind deshalb nicht erforderlich. Im Baugebiet selbst sind derartige

Nutzungen nicht zulässig, insofern kann sich keinerlei Gefährdung für die Umgebung ergeben.

Auch die Befürchtung, dass die in Thune vorhandenen strahlenschutzrechtlich relevanten Betriebe eine Gefährdung darstellen, konnte durch das Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz widerlegt werden. Die für den Strahlenschutz zuständige Behörde äußerte diesbezüglich keine Bedenken. Den potenziellen Gefahren durch die in Thune ansässigen Betriebe bzw. der damit verbundenen Gefährdung der Bevölkerung wird durch die strahlenschutzrechtlichen Regelungen insbesondere die StrSchVO Rechnung getragen. Abstandsregelungen zur Wohnbebauung oder zu anderen Betrieben, die mit radioaktiven Stoffen umgehen, sind im StrlSchG und in den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen demnach nicht enthalten. Im Strahlenschutzrecht müssen Grenzwerte im bestimmungsgemäßen Betrieb und bei Störfällen bereits in unmittelbarer Nähe des Betriebsgeländes eingehalten werden. Beim Vorliegen von mehreren zu betrachtenden genehmigungs- oder anzeigebedürftigen Tätigkeiten hat gemäß § 80 Absatz 4 StrlSchG die für den Strahlenschutz zuständige Behörde darauf hinzuwirken, dass die in § 80 Absatz 1 und 2 StrlSchG genannten Grenzwerte für Einzelpersonen der Bevölkerung insgesamt eingehalten werden.

Im den Geltungsbereichen B, C, D und E sind weder Störfallbetriebe noch schutzbedürftige Nutzungen zulässig, insofern kann sich keinerlei Gefährdung ergeben.

4.7 Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen (Monitoring)

Gemäß § 4c BauGB überwachen die Gemeinden die erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung von Bauleitplänen eintreten, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen.

Dabei sind alle Behörden verpflichtet, die Gemeinde über erhebliche, insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt zu informieren.

Diese Daten, wie auch weitere relevante umweltbezogene Daten, werden seitens der Fachbehörden mit Hilfe des stadtinternen Umweltinformationssystems vorgehalten und ständig aktualisiert. Mit diesen genannten Instrumentarien lassen sich die umweltbezogenen Handlungserfordernisse für das Plangebiet erkennen.

Die Überwachung insbesondere der festgesetzten Ausgleichs- und Artenschutzmaßnahmen erfolgt im Rahmen der Umsetzung der Planung durch die jeweils zuständige Behörde.

Im Geltungsbereich E, zuzüglich eines Puffers von 200 m, ist ein Monitoring der Feldvogelfauna durchzuführen. Das Monitoring umfasst zwei Revierkartierungen der Avifauna mit jeweils 5 Begehungen von März-Juni. Die erste Revierkartierung ist vor Umsetzung der Maßnahmen durchzuführen und die zweite Revierkartierung 3 Jahre danach.

Besondere Überwachungsmaßnahmen, die darüber hinausgehen, sind für diesen Bebauungsplan nicht erforderlich.

4.8 Ergebnis der Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten

In der gesamtstädtischen Perspektive ist die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen für Wohnbauzwecke aufgrund des aktuellen Wohnraumbedarfs notwendig, wenngleich dieser Flächenentzug aus landwirtschaftlicher Sicht sehr kritisch zu sehen ist. Aufgrund guten infrastrukturellen Erschließung des Plangebiets sowie der ungebrochenen Nachfrage nach bezahlbarem, gut erschlossenem Wohnraum ist der unmittelbar an den Ortsteil Wenden und die Stadtbahnlinie grenzende Geltungsbereich A für die angestrebte Wohnnutzung geradezu prädestiniert.

Sowohl das Rahmenkonzept Wenden-West als auch das ISEK und der Flächennutzungsplan sehen den Bereich des Bebauungsplans „Wenden-West 2. BA“ daher bereits eine Siedlungsentwicklung vor. Gewerbeflächen sind hingegen auf den stärker belasteten Flächen entlang der BAB A2 vorgesehen. Ein Gewerbestandort wäre im Plangebiet aber auch wegen der Nähe zur Bestandswohnbebauung nicht zielführend.

Da im Stadtteil Wenden ansonsten keine vergleichbaren Flächen für die dringend benötigte Wohnbauentwicklung zur Verfügung stehen, wurden alternative Nutzungskonzepte im Rahmen dieses Bebauungsplanverfahrens nicht mehr geprüft.

4.9 Zusammenfassung

Ein größerer Teil der Flächen im Geltungsbereich A wurde bisher landwirtschaftlich genutzt. Ziel ist nun die Bereitstellung von Bauland für ca. 700 Wohneinheiten in unterschiedlichen Wohnformen. Der Geltungsbereich A grenzt an den Ortsteil Wenden und die bestehende Stadtbahntrasse, so dass Synergieeffekte hinsichtlich Erschließung und Infrastruktur genutzt werden können. Aufgrund der Lage ist das Vorhaben gut geeignet, um der starken Wohnungsnachfrage im Stadtgebiet gerecht zu werden. Die Erschließung des Gebiets kann über die Veltenhöfer Straße erfolgen.

Im Plangebiet sind große öffentliche Grünflächen geplant. Diese sollen neben ihrer klimaökologisch bedeutsamen Funktion als Frisch- oder Kaltluftschneise auch als eigenständige räumliche Anlagen mit breiter Nutzungspalette (Naherholung, Freizeit, Sport und Spiel) genutzt werden können.

Die Auswirkungen auf die Umwelt stellen sich folgendermaßen dar:

- Bei Durchführung der Planung gehen in großen Bereichen des Plangebietes der Oberboden und die natürlichen Bodenfunktionen verloren, da große Flächen durch die geplanten Gebäude und Straßen versiegelt werden.
- Die landwirtschaftliche Fläche mit den spezifischen Lebensräumen für Tiere und Pflanzen geht verloren. Für besonders schützenswerte Arten und Flächen (Feldlerche, Ödlandschrecke) werden Ersatzlebensräume geschaffen.
- Das bisherige Orts- und Landschaftsbild wird durch das Baugebiet verändert.
- Aufgrund der guten Bodenverhältnisse ist die Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers im Plangebiet vorgesehen, was negative Auswirkungen auf den natürlichen Wasserhaushalt verringern kann.
- Bei Realisierung des Baugebiets ist mit negativen Auswirkungen auf das Klima, den Klimaschutz und im Hinblick auf die Folgen des Klimawandels zu rechnen. Die Festsetzungen von öffentlichen Grünflächen sowie umfangreicher Begrünungsmaßnahmen, Maßnahmen zur Versickerung sowie zur Nutzung erneuerbarer Energien werden die Auswirkungen teilweise verringern können.

- Der Aspekt „Mensch und menschliche Gesundheit“ ist im Wesentlichen durch den Faktor Straßenlärm betroffen. Im Hinblick auf diesen Aspekt werden daher Festsetzungen Schallschutz getroffen.
- Kultur- und sonstige Sachgüter sind nicht betroffen.

Als voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen im Sinne des § 2 Abs. 4 BauGB, die mit diesem Bebauungsplan vorbereitet werden, sind insbesondere der Verlust landwirtschaftlicher Fläche und die Veränderung von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen, der Verlust von Boden und Bodenfunktionen durch Versiegelung sowie die zusätzlichen Treibhausgasemissionen aus Errichtung und Betrieb (graue Emission, Verkehr usw.) zu nennen.

In den Geltungsbereichen B, C, D und E sind Ausgleichsflächen zur Kompensation der durch das Baugebiet verursachten Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft vorgesehen. Mit Umsetzung der zeichnerisch und textlich festgesetzten Maßnahmen zur Grünordnung sowie der Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft auf den internen und externen Flächen sind die durch den Bebauungsplan zulässigen Vorhaben im Sinne der Eingriffsregelung als ausgeglichen einzustufen.

5 Begründung der Festsetzungen

Die Planung (Geltungsbereich A) umfasst die im Flächennutzungsplan als Wohnbauflächen dargestellten und unmittelbar an den heutigen Ortsrand angrenzenden Flächen entlang der Stadtbahnlinie zwischen Veltenhöfer Straße und Heideblick.

Da die Flächenreserven für die Wohnraumentwicklung in der gesamtstädtischen Perspektive knapp sind und die dafür erforderliche Infrastruktur für das Gemeinwesen bezahlbar bleiben muss, sollen die bestehenden Potenzialflächen genutzt werden, um die Vielfalt und Qualität des Wohnungsangebotes in Braunschweig zu erweitern und der Schaffung von dringend benötigten Wohnbauflächen Rechnung zu tragen. Aufgrund der Lagegunst sind hier vergleichsweise hohe Wohndichten vertretbar, so dass die Realisierung von schätzungsweise ca. 700 Wohneinheiten ermöglicht werden kann.

Der städtebauliche Entwurf ist im Nutzungsbeispiel zum Bebauungsplan dargestellt und bildet die Grundlage für die getroffenen Festsetzungen. Im Rahmen der Festsetzungsmöglichkeiten werden insbesondere auch Standards für eine klimagerechte Siedlungsentwicklung berücksichtigt.

5.1 Art der baulichen Nutzung

5.1.1 Allgemeines Wohngebiet

Hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung werden die geplanten Wohnbauflächen überwiegend als Allgemeines Wohngebiet festgesetzt. Dadurch wird es ermöglicht, dass hier Bereiche entstehen, die zwar „vorwiegend dem Wohnen“ dienen, in denen jedoch auch andere mit einer Wohnnutzung vereinbare und verträgliche Nutzungen untergebracht werden können.

Der Versorgung des Gebiets dienende Läden

In den Allgemeinen Wohngebieten werden die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden ausgeschlossen, um wesentliche Auswirkungen gegen die Funktionsvielfalt des zentralen Versorgungsbereiches City sowie der Stadtteil- und Nahversorgungszentren durch die Ansiedlung von Einzelhandelsagglomerationen im Plangebiet zu verhindern. Um das Nahversorgungszentrum in Wenden zu schützen sollen Nahversorgungsrelevante Nutzungen im Plangebiet nur im begrenzten Umfang und nur im Urbanen Gebiet MU 2 ausnahmsweise zulässig sein

Gartenbaubetriebe und Tankstellen

Gartenbaubetriebe und Tankstellen stellen flächenbeanspruchende Nutzungen dar, die dem Planungsziel eines kompakten Wohnquartieres widersprechen und sich in das städtebauliche Konzept nicht einfügen. Insbesondere können sich Tankstellen auch aufgrund ihrer verkehrserzeugenden Funktion negativ auf die Wohnqualität des „autoarmen“ Quartieres auswirken. Innerhalb des Stadtgebietes gibt es an anderer Stelle für Gartenbaubetriebe und Tankstellen geeignetere Standorte. Sie werden im Plangebiet daher ausgeschlossen. Der Ausschluss von Tankstellen umfasst grundsätzlich nicht die Errichtung öffentlicher E-Ladesäulen.

5.1.2 Urbanes Gebiet

Unmittelbar nördlich der Veltenhöfer Straße werden an dem verkehrstechnisch gut angebundenen und öffentlich geprägten Randbereich Urbane Gebiete (MU) gemäß

§ 6a BauNVO ausgewiesen, um am westlichen Ortseingang von Wenden die Wohnnutzung sowie die Unterbringung von Gewerbebetrieben und sozialen, kulturellen und anderen Einrichtungen zu kombinieren und eine der Lage entsprechende höheren Nutzungsdichte und -mischung zu ermöglichen. Auch im südlich angrenzenden 1. Bauabschnitt ist mit Festsetzung eines Urbanen Gebiets bereits eine entsprechende Nutzungsmischung vorgesehen.

Städtebauliches Ziel der Ausweisung der Urbanen Gebiete ist es daher dem Bedarf nach einem adäquaten Angebot an gebietsbezogener Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie allgemeinen städtebaulichen Ziele wie der „Stadt der kurzen Wege“, der Vermeidung von Verkehr, der Sicherung der Grundversorgung und der Schaffung von Arbeitsplätzen im näheren Wohnumfeld nachzukommen.

So wurde im Bereich um Wenden aufgrund der geringen Flächenverfügbarkeit zuletzt ein Bedarf an kleinteiligen siedlungsnahen bzw. integrierten Gewerbeflächen bspw. von Einzelhandelsbetrieben und kleineren Dienstleistungsunternehmen sowie Arztpraxen o. ä. festgestellt, der ohne die Ausweisung neuer Bauflächen zu einer Unterversorgung am Standort führen würde. Damit verbunden wären längere Anfahrtswege. Im Sinne der 15-Minuten-Stadt soll dieser Entwicklung daher entgegengewirkt werden. Zudem soll auch Räumlichkeiten für die Realisierung eines Dorfgemeinschaftshauses in diesem Bereich ermöglicht werden.

Aufgrund der exponierten Lage werden Wohnnutzungen im Erdgeschoss zur Veltenhöfer Straße auf der Grundlage von § 6a Abs.4 Nr. 1 BauNVO ausgeschlossen, Dies geschieht mit dem Ziel die Erdgeschossflächen für vorwiegend auf Öffentlichkeit und Besucherverkehr angewiesene Nutzungen zu sichern. Das Vorhandensein von öffentlichkeitswirksamen Nutzungen im Erdgeschossbereich ist nicht zuletzt für die urbane Qualität von erheblicher Bedeutung und soll daher im Rahmen der Bauleitplanung gestärkt werden.

Von den Festsetzungsmöglichkeiten zur Steuerung des Wohnanteils wird hingegen kein Gebrauch gemacht, da an diesem Standort Entwicklungsszenarien auch in mittel- bis langfristiger Sicht mit unterschiedlich geprägten Anteilen gemäß dem Nutzungskatalog für Urbane Gebiete gut vertretbar sind. Die in der Baunutzungsverordnung für Urbane Gebiete allgemein oder ausnahmsweise vorgesehenen Nutzungen werden mit einigen Ausnahmen zugelassen.

Einzelhandel

Um die Versorgung der Bevölkerung, besonders für die weniger mobilen Bewohnergruppen, mit Gütern des täglichen Bedarfs, insbesondere des Lebensmitteleinzelhandels, in Wohnortnähe sicherzustellen, erscheint die Ansiedlung eines zusätzlichen Nahversorgers in Wenden vernünftigerweise geboten. Allerdings sollte der bestehende Nahversorger im Stadtteilzentrum durch eine Neuansiedlung im Plangebiet nicht beeinträchtigt werden.

Mit dem städtebaulichen Ziel wesentliche Auswirkungen gegen die Funktionsvielfalt des zentralen Versorgungsbereiches City sowie der Stadtteil- und Nahversorgungszentren insbesondere auch dem Stadtteilzentrum Wenden, Hauptstraße auszuschließen, werden im Urbanen Gebiet daher Einschränkungen hinsichtlich Ansiedlung von Einzelhandelsnutzungen getroffen. Dies erfolgt unter Beachtung der Ziele

sowie Vorgaben der Landes- und Regionalplanung und auf Grundlage des Zentrenkonzepts der Stadt Braunschweig, das Leitlinien für Einzelhandelsansiedlungen im gesamten Stadtgebiet enthält.

So werden in den Urbanen Gebieten Einzelhandelsbetriebe weitestgehend ausgeschlossen. Sie können im Erdgeschoss des Urbanen Gebietes MU 2 jedoch ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie hauptsächlich der wohnortnahen Versorgung dienen. Diese Festsetzung berücksichtigt die Ergebnisse der gutachterlichen Untersuchung zur Weiterentwicklung der Nahversorgung Wendens mit der Baugebietsentwicklung Wenden-West II des Büros Dr. Acocella Stadt- und Regionalentwicklung.

Im Rahmen des Gutachtens ist mit der oben genannten Zielstellung zunächst eine Erweiterung bzw. Verlagerung des bestehenden Supermarkts innerhalb des Stadtteilzentrums geprüft worden. Dies lässt sich jedoch nicht umsetzen, da innerhalb der Abgrenzung des zentralen Versorgungsbereichs sowie in dessen unmittelbarer Nachbarschaft mit überwiegend kleinteiligen baulichen Strukturen keine geeigneten Flächenpotenziale vorhanden sind. Standortalternativen für eine entsprechende Erweiterung bzw. Verlagerung des vorhandenen Nahversorgers stehen im Stadtteilzentrum insofern nicht zur Verfügung.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass für einen Großteil des geplanten Wohngebiets Wenden-West die fußläufige Erreichbarkeit der Nahversorgungseinrichtungen (nach Möglichkeit nicht mehr als 700 m Entfernung) durch die bestehenden Betriebe im Stadtteilzentrum nicht gegeben ist. Die derzeit sehr gute räumliche Nahversorgungssituation in Wenden kann nach Realisierung der beiden ersten Bauabschnitte von Wenden-West insofern nur gehalten werden, wenn in deren Umfeld ein zusätzlicher Lebensmittelbetrieb angesiedelt wird.

Allerdings muss die Einzelhandelsnutzung nach gutachterlicher Aussage auf die Gebietsversorgung beschränkt bleiben, um die bestehenden Versorgungsstrukturen nicht zu gefährden. Zur Gewährung der Ausnahme ist daher im Baugenehmigungsverfahren ein entsprechendes Betriebskonzept vorzulegen. Über einem Verträglichkeitsnachweis ist plausibel nachzuweisen, dass es sich um einen Betrieb der wohnortbezogenen Nahversorgung gemäß den Vorgaben des LROP handelt. Dient ein Planvorhaben mit periodischen Kernsortimenten der wohnortbezogenen Nahversorgung, wirken diese Betriebe ausschließlich kleinräumig und erlangen deshalb keine Raumbedeutsamkeit. Deshalb kann ihre Verkaufsfläche auch mehr als 800 m² betragen. Zwingend einzuhaltende Voraussetzungen dieser Betriebe sind, dass ihr Sortiment zu mindestens 90 % aus periodischen Sortimenten (Lebensmittel und Drogeriewaren) besteht und mehr als 50 % ihres Umsatzes von Kunden aus einem fußläufigen Einzugsbereich stammen. Wegen ihrer fehlenden Raumbedeutsamkeit sind Betriebe bis zu 800 m² VKF und Vorhaben der wohnortbezogenen Nahversorgung nicht an die Vorgaben des LROP gebunden. Sie werden allein über das Städtebaurecht gesteuert.

Die Beschränkung der Ausnahme auf die Gebietsversorgung erfolgt insofern vor dem Hintergrund, dass unter Berücksichtigung der zusätzlichen Einwohner durch das geplante Baugebiet im Ortsteil Wenden ein Anstieg der Kaufkraft zu erwarten ist, der nach gutachterlicher Aussage von den ansässigen Betrieben in den nahversorgungsrelevanten Sortimenten (Nahrungs-/Genussmittel, Drogerie/Parfümerie) nicht abgedeckt werden kann. Die Kaufkraftabflüsse in die umliegenden Ortschaften würden sich vor allem im Sortiment Nahrungs-/Genussmittel ohne Ausbau des Nah-

versorgungsangebots deutlich erhöhen. Dies wäre auch hinsichtlich der damit zu erwartenden Verkehrsbelastung mit den Zielen des neuen „autoarmen“ Quartiers nicht vereinbar.

Räumlich wird die Ansiedlung auf das Urbane Gebiet MU2, westlich der Quartiersgarage begrenzt, so dass die Erschließung des angedachten Standorts über die Veltenhöfer Straße sichergestellt ist ohne zusätzlichen Verkehr in das Quartier hineinzuführen. Erforderliche Stellplätze können in der angrenzenden Quartiersgarage untergebracht werden. Eine ÖPNV-Anbindung ist mittels des Stadtbahnhaltepunkts Veltenhöfer Straße in geringer Entfernung vorhanden. Eine gute Fuß- und Radweganbindungen in den 1. und 2. Bauabschnitt sowie in das Ortszentrum sind gegeben. Da Bewohner des Quartiers bei guter Nahversorgungsqualität in der Regel zwar häufiger einkaufen, aber wesentlich seltener mit dem Pkw unterwegs sind, kann die Ansiedlung eines gebietsversorgenden Marktes insbesondere auch positiven Einfluss auf die Mobilitätskette und Lebendigkeit im Quartier haben und somit auch das Konzept des „autoarmen“ Quartiers unterstützen.

Hinsichtlich der Ladengröße unterliegt die Ansiedlung eines Betriebes oder einer Agglomeration oberhalb der Schwelle der Großflächigkeit von 800 m² Verkaufsfläche bzw. 1.200 m² Geschossfläche grundsätzlich der Regelvermutung, die sich aus § 11 Abs. 3 BauNVO ergibt. Großflächige Einzelhandelsbetriebe sind in einem Urbanen Gebiet demnach nicht zulässig.

Obwohl dieser Standort nicht in einem Einzelhandelszentrum liegt, kann vor dem Hintergrund der gemeinsamen Planung von Wohnbaugebiet und Nahversorgungsstandort das Kriterium eines städtebaulich integrierten Standorts dennoch als erfüllt betrachtet werden. Die gutachterliche Untersuchung des Büros Dr. Acocella zeigt auf, dass nach aktuellen Rahmenbedingungen ein Lebensmittelbetrieb mit maximaler Gesamtverkaufsfläche von rd. 1.220 m² - davon rd. 1.020 m² im Sortiment Nahrungs-/ Genussmittel – sowie rd. 25 m² Verkaufsfläche für Bäckereihandwerk/ Backshop unter folgenden Voraussetzungen die rechtlichen Anforderungen an die Verträglichkeit erfüllen würde:

- für den fußläufigen Einzugsbereich (maximale Gehzeit von 10 Minuten) wird eine Realdistanz (nicht Radius) von 700 m zugrunde gelegt
- es handelt sich um wohnortbezogene Nahversorgung, sie dient also vorwiegend der Versorgung der Bevölkerung im fußläufigen Einzugsbereich (vgl. Kennzahlen der folgenden Tabelle)
- eine städtebauliche Atypik im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO kann für den Planstandort angenommen werden (die Regelvermutung zur Schwelle der Großflächigkeit trifft nicht zu), sodass sie auch in einem Urbanen Gebiet zulässig sein können
- nach der Arbeitshilfe zum LROP handelt es sich daher auch um eine nicht-raumbedeutsame Nahversorgung
- vor dem Hintergrund einer standortgerechten Dimensionierung nach dem aktualisierten Zentrenkonzept Einzelhandel bzw. einer Nicht-Raumbedeutsamkeit nach der Arbeitshilfe zum LROP sowie
- einer Nicht-Beeinträchtigung des Bestands vor dem Hintergrund der 10%-Umverteilungsschwelle
- es handelt sich gemäß Zentrenkonzept Einzelhandel der Stadt Braunschweig um eine standortgerechte Dimensionierung: der Einzelhandelsbestand im Umfeld

würde vor dem Hintergrund der üblichen 10%-Umverteilungsschwelle nicht beeinträchtigt

Demnach wäre zwar eine entsprechend große Verkaufsfläche städtebaulich noch vertretbar, allerdings wird im Rahmen der Festsetzung kein konkretes Baurecht für Einzelhandelsflächen in dieser Größenordnung geschaffen. Sie kann bei Erfüllung der o. g. Voraussetzungen ggf. nachgelagert erreicht werden (Nachweis über ein entsprechendes Einzelhandelsgutachten erforderlich). Die ausnahmsweise Zulässigkeit von Einzelhandelsvorhaben im Urbanen Gebiet MU 2 und der Ausschluss im Urbanen Gebiet MU1 dienen insbesondere dazu, die Nahversorgung im Stadtteilzentrum zu sichern.

Die Ansiedelung mehrerer nicht großflächiger Betriebe im Urbanen Gebiet MU 2 ist ebenfalls möglich, allerdings werden Einzelhandelsnutzungen durch die getroffenen Festsetzungen in einem Maße beschränkt, dass selbst unter gemeinsamer Betrachtung mit dem angrenzenden Urbanen Gebiet im 1. Bauabschnitt – in dem nur sehr kleinteilige Verkaufsflächen zulässig sind - eine sehr begrenzte Gesamtverkaufsfläche realisierbar ist zumal Grundstückszuschnitte und Baustruktur erfahrungsgemäß den Anforderungen solcher Betriebe an wirtschaftlich nutzbare Verkaufsflächen nicht gerecht werden. Die Flächenumsätze sind bei für solche Lagen typischen kleinflächigen Betrieben in aller Regel geringer als in einem Lebensmittelbetrieb. In den angrenzenden Allgemeinen Wohngebieten werden, die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden zudem gänzlich ausgeschlossen.

Falls sich doch in enger Nachbarschaft weitere – kleinflächige – Betriebe ansiedeln sollten, wird der Einzelhandelsstandort als Agglomeration eingestuft. Die o.g. maximale Gesamtverkaufsfläche stellt auch die Obergrenze für eine evtl. Agglomeration - beispielsweise mit Läden aus der MU-Zeile des 1. Bauabschnitts südlich der Veltenhöfer Straße - dar. Im Baugenehmigungsverfahren – besonders für einen Lebensmittelbetrieb – ist dann gutachterlich nachzuweisen, dass die Agglomeration insgesamt die Vorgaben aus § 11 Abs. 3 BauNVO und LROP einhält.

Eine Agglomeration mit erheblichen raumordnerischen Wirkungen ist mit Blick auf die restriktiven Festsetzungen zur Einzelhandelsnutzung allerdings kaum zu erwarten. Das Planungsergebnis steht grundsätzlich im Einklang mit dem raumordnerischen Zielvorgaben.

Tankstellen

Tankstellen generieren zusätzliche Fahrverkehre, die sich negativ auf die Wohnqualität des Quartieres auswirken. Sie fügen sich aufgrund ihrer verkehrserzeugenden Funktion und ihrem Flächenbedarf städtebaulich nicht in das Städtebauliche Konzept ein, zumal ein autoarmes Quartier projektiert ist. Aus diesem Grund sind Tankstellen im Urbanen Gebieten generell ausgeschlossen. Innerhalb des Stadtgebietes gibt es für Tankstellen aus verkehrlicher und städtebaulicher Sicht geeignetere Standorte. Zudem ist in Nähe des Plangebiets an der Hauptstraße Wenden bereits eine Tankstelle vorhanden. Das Verbot von Tankstellen umfasst grundsätzlich nicht die Errichtung öffentlicher E-Ladesäulen.

Vergnügungsstätten, Bordelle und bordellartige Nutzungen

Unter Berücksichtigung des „Steuerungskonzeptes Vergnügungsstätten“, das am 20. November 2012 vom Rat der Stadt Braunschweig beschlossen worden ist, werden Vergnügungsstätten ausgeschlossen. Des Weiteren werden auch Bordelle und bordellartige Nutzungen ausgeschlossen.

Von diesen Nutzungen können speziell in den Abend- und Nachstunden nachteilige Auswirkungen auf sensible Nutzungen ausgehen. Entsprechend sensible Nutzungen in den Teilflächen des urbanen Gebiets sowie in der Nachbarschaft sind die zulässigen Wohnnutzungen.

Weiterhin ist zu befürchten, dass es durch eine Ansiedlung von Vergnügungsstätten, Bordellen und bordellähnlichen Betrieben sowie Wohnungsprostitution zu einem Tradingdown-Effekt kommen kann, der sich nachteilig auf das gesamte Quartier auswirkt. Dies steht im Widerspruch zu dem angestrebten Ziel ein qualitätsvolles Wohn- und Arbeitsumfeld zu schaffen.

Werbeanlagen

Grundsätzlich ist Werbung für eine gute Kundenbeziehung und für eine entsprechende Darstellung der ortsansässigen Einrichtungen und Betriebe nach Außen sinnvoll und notwendig. Werbeanlagen können einen erheblichen Einfluss auf die Qualität des Stadtbildes ausüben, insbesondere eine Massierung von Werbeanlagen im Ortseingangsbereich von Wenden birgt daher die Gefahr das angestrebte Stadtbild erheblich zu stören. Werbeanlagen werden daher auf die Stätte der Leistung beschränkt.

Fremdwerbung aus rein wirtschaftlichen Interessen ist hingegen nicht mit den städtebaulichen Zielen und dem vorgesehenen Charakter des Gebietes in Einklang zu bringen. Insbesondere da im Straßenraum entlang der Veltenhöfer Straße bisher eine recht einheitlichen städtebaulichen Prägung vorliegt, so dass den schutzwürdigen Belang der Gemeinschaft an dieser Stelle ein Vorrang vor den privaten Werbeinteressen eingeräumt wird.

5.1.3 Flächen für Gemeinbedarf

Zur Deckung des aus dem Gebiet entstehenden Bedarfs sind an der zentral gelegenen Grünfläche zwei Flächen für Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung Kindertagesstätte vorgesehen. Die beiden Kitastandorte sind sowohl innerhalb des Neubaugebietes fußläufig gut vernetzt als auch von den Quartiersgaragen gut zu erreichen.

Eine unmittelbare Verknüpfung der Standorte mit der „Frisch- und Kaltluftschneise“ erfolgt, um die positiven gesundheitlichen Effekte dieses Grünraums („Klimakomfortzone“) zu nutzen und die besonders klimasensible Bevölkerungsgruppe (Kleinkinder) vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Folgen des Klimawandels zu bewahren. Die Außenspielbereiche sind daher Richtung Grünzug orientiert.

Die Anordnung einer Versickerungsmulde auf den Außenspielbereichen ist aus Sicherheitsgründen in der Regel nicht möglich. Gemäß Regenwasserbewirtschaftungskonzept kann das Niederschlagswasser direkt in den angrenzenden Grünzug zur Versickerung eingeleitet werden.

5.1.4 Sondergebiet Quartiersgarage

Das Quartier Wenden-West ist als „autoarmes“ Quartier geplant. Teil des Konzepts ist der Bau von zwei Quartiersgaragen, die den ruhenden Verkehr der Bewohnenden sowie der weiteren geplanten Nutzungen aufnehmen, während der öffentliche und private Raum ansonsten weitestgehend von Stellplätzen für PKW freigehalten

wird. Idealerweise werden die Quartiersgaragen in ein Mobilitäts- und Parkraumkonzept eingebunden, welches konkrete Mobilitätslösungen in einer Gesamtstrategie verfolgt.

Städtebauliche Ziel ist es, die Grundstücke weitgehend vom platzraubenden "ruhenden Verkehr" zu befreien, die Versiegelung zu begrenzen und zusätzlichen Verkehr auf stadt- und umweltverträgliche Verkehrsmittel zu lenken. Die Bündelung der Stellplätze in den Quartiersgaragen schafft nicht zuletzt Freiheiten im öffentlichen Raum und zugleich ein attraktives Wohnumfeld in verkehrsberuhigten Zonen. Dort wo keine Stellplätze oder Tiefgaragen geplant sind, können auf den Bauflächen beispielweise Bäume gepflanzt und Regenwasser lokal versickert werden. Ein weiterer Vorteil ist, dass die mitunter sehr hohen Kosten für den Bau von einzelnen Tiefgaragen auf den jeweiligen Grundstücken wegfallen.

Die Standorte der beiden Quartiersgaragen sind grundsätzlich so gewählt, dass sie durch sichere Fußwege schnell zu erreichen sind. Die Gehwegentfernung zu den Mehrfamilienwohnhäusern liegt im südlichen Bereich des Plangebiets bei maximal 250 m und im nördlichen Bereich bei maximal 300 m. Dies bedeutet, dass bei einer langsamen Gehgeschwindigkeit von 3-5 km/h die Quartiersgaragen in ca. 3-6 min Gehwegentfernung zu den jeweiligen Gebäuden liegen. Transportmittel wie Karren, (Elektro-)Lastenräder, Fahrradanhänger usw. sollen die Wege zwischen Wohnung und Quartiersgarage erleichtern.

Um möglichst wenig Überschneidungspunkte mit dem internen Fuß- und Radverkehr im Quartier zu erzeugen, befindet sich die Zufahrt zu der nördlichen Quartiersgarage am Heideblick. Die Größe der Garage ist so dimensioniert, dass sie neben den Stellplätzen für Wohnen und Kita auch Besucherstellplätze aufnehmen kann.

Im Süden des Quartiers kann die Zufahrt zur Quartiersgarage direkt über die Veltenhöfer Straße erfolgen, sodass kein zusätzlicher Verkehr in das Wohngebiet hineingezogen wird. Die Garage ist so dimensioniert, dass sie neben den Stellplätzen für die Wohnnutzung, die Kita und die gewerblichen Nutzungen samt Beschäftigten-, Kunden- und Besucherverkehr insbesondere auch die Stellplätze für den Nahversorger an der Veltenhöfer aufnehmen kann. Falls weitere Parkmöglichkeiten benötigt werden, besteht grundsätzlich die Möglichkeit, in der südlichen Quartiersgarage auch Stellplätze für den Park+Ride Verkehr vorzuhalten, da ein kurzer Zugang zur Stadtbahn mit der südlich gelegenen Haltestelle „Veltenhöfer Straße“ besteht. Ein ausgewiesenes P&R ist im Gebietsumfeld aktuell aber nicht geplant.

Die beiden Sondergebiete dienen demnach in erster Linie der Unterbringung des ruhenden Verkehrs aus dem Plangebiet. Eine Mehrfachnutzung der Stellplätze sowohl für Bewohner und Beschäftigte als auch für Besucher ist grundsätzlich vorgesehen.

Die Dimensionierung orientiert sich an den Vorgaben der gutachterlichen Untersuchung (Verkehrsgutachten mit Mobilitätskonzept, WVI Prof. Dr. Wermuth Verkehrsforschung,2023). Demnach ist im Norden eine Kapazität von ca. 400 Stellplätzen bzw. im Süden eine Kapazität von ca. 350 Stellplätzen vorzusehen.

In Sinne des nachhaltigen Mobilitätskonzepts sollen die Quartiersgaragen zudem auch als Mobilitätsstation mit innovativen, gemeinschaftlich nutzbaren und dem Quartier zur Verfügung stehenden Mobilitätsangeboten wie Car- und Bikesharing einschließlich der dazugehörigen technischen Ausstattung dienen. Ein solcher Verleih kann beispielsweise über ein Mobilitätsmanagement des Quartiers (z. B. über

eine Mobilitätszentrale) oder durch einen externen Betreiber organisiert werden. Zudem soll in den Quartiersgaragen auch Ladeinfrastruktur für Elektromobilität installiert werden.

Zulässig sind im Sondergebiet darüber hinaus auch sonstige Gemeinschaftsanlagen (z. B. Quartierstreff) und nicht wesentlich störenden Gewerbebetriebe, sofern sie der Zweckbestimmung „Quartiersgarage“ dienen. Denkbar sind beispielsweise Betriebe wie ein Fahrradreparaturservice oder eine Paketstation, welche zum einen Synergien zu den allgemein zulässigen Nutzungen herstellen bzw. der Versorgung des Quartiers dienen. Ein Postdepot mit Packstation kann beispielsweise dazu beitragen den Lieferverkehr im Quartier zu reduzieren, während sonstige Gemeinschaftsanlagen wie ein Quartierstreff den Aspekt der gemeinschaftlichen Nutzung der Quartiersgarage unterstreichen.

Um langfristig die Quartiersgaragen dem Bedarf entsprechend flexibel nutzen zu können sind ausnahmsweise auch Büronutzung (z. B. Coworking-Spaces) zulässig.

Energiezentrale

Weiterhin ist es zur Umsetzung des angedachten klimaneutralen Energiekonzepts erforderlich, die Errichtung einer Energiezentrale im Plangebiet baurechtlich zu ermöglichen. Dafür ist im städtebaulichen Entwurf ein Standort neben der nördlichen Quartiersgarage im Sondergebiet SO 2 vorgesehen. Da Leitungen von der Energiezentrale zur zentralen Grünfläche sowie zur nördlich außerhalb des Plangebiets vorgesehenen Freiflächen-PV-Anlagen erforderlich sind, bietet sich der Standort für die angedachte Nutzung besonders an.

Für die Energiezentrale sind laut Energiekonzept eine Gebäudegrundfläche von rund 18 x 30 m mit direktem Zugang zur Straße und Parkmöglichkeiten für mind. 2 größere Fahrzeuge vorzuhalten. Zudem soll die Möglichkeit bestehen, einen Speicher mit einer Höhe von bis zu 15 m aufzustellen. Hieraus ergibt sich ein erforderlicher Grundstücksbedarf von mind. 25 x 35 m. Die Anforderungen können im SO 2 erfüllt werden, im Nutzungsbeispiel ist dies entsprechend dargestellt.

Auf eine spezifische Festsetzung eines Baufelds für eine Energiezentrale wurde hier jedoch bewusst verzichtet, da die Umsetzung des Energiekonzepts stark von der noch zu erstellenden Machbarkeitsstudie abhängig ist. Die Kombination von Quartiersgarage und Energiezentrale erscheint in Hinblick auf die Verträglichkeit der beiden Nutzungen sinnvoll. Die gewählte Festsetzung ermöglicht grundsätzlich die Umsetzung des angedachten Energiekonzepts und gewährt im Hinblick auf die Ausführungsplanung noch ein gewisses Maß an Flexibilität. Für den Fall, dass die Energiezentrale in der angedachten Form nicht gebaut werden sollte, kann die Fläche jedoch auch der Unterbringung des ruhenden Verkehres bzw. der im Sondergebiet zulässigen sonstigen Nutzungen dienen.

Im SO 2 sollen demnach auch selbstständigen Anlagen zur Erzeugung und Versorgung von Wärme aus erneuerbarer Energien (Energiezentrale) zulässig sein.

5.2 Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung wird im Plangebiet durch die Festsetzung der Grundflächenzahl (GRZ), der Zahl der zulässigen Vollgeschosse und der maximalen Gebäudehöhe bestimmt.

5.2.1 Grundflächenzahl

Die zulässige GRZ wird entsprechend der geplanten Bautypen und deren spezifischen Anforderungen unterschiedlich gegliedert. Für die Allgemeinen Wohngebiete wird eine GRZ von 0,4 festgesetzt, für die Bereiche an der Veltenhöfer Straße (MU) hingegen eine GRZ von 0,8. Vertretbar ist eine höhere Verdichtung im Ortseingangsbereich. Im Übergang zu Bestand und in den Randbereichen zum Grünzug ist auch mit Blick auf die Kaltluftströmung hingegen eine weniger dichte Bebauung vorgesehen.

Die Festsetzungen haben im Plangebiet das Ziel, die zulässige überbaubare Grundstücksfläche (Versiegelung) zu definieren. Die geschieht insbesondere mit dem Ziel die natürliche Funktion des Bodens (u.a. Versickerungsfähigkeit und Durchlässigkeit) zu erhalten und eine Umsetzung des Regenwasserbewirtschaftungskonzepts zu ermöglichen (Versickerung auf den Grundstücken). Vor diesem Hintergrund schließt der Bebauungsplan auch die Möglichkeit zur Überschreitung der jeweils zulässigen Grundfläche gemäß § 19 Abs. 4 BauNVO aus.

Die restriktive Regelung ist notwendig, um die Versiegelung der Grundstücke so zu begrenzen, dass die Versickerung des Regenwassers auf den jeweiligen Grundstücken grundsätzlich sichergestellt werden kann. Sie dient somit auch dem Schutz vor Überflutungen der angrenzenden Grundstücke. Ausnahmen können nur gewährt werden, wenn die Versickerung auf den jeweiligen Grundstücken trotz höherem Versieglungsgrad nachweislich sichergestellt werden kann.

5.2.2 Zahl der Vollgeschosse

Die Zahl der Vollgeschosse gliedert das Gebiet in unterschiedliche Bereiche. In den Urbanen Gebieten bzw. im Ortseingangsbereich der Veltenhöfer Straße ist eine verdichtete, drei- und viergeschossige Bebauung vorgesehen.

In den Allgemeinen Wohngebieten ist in Anlehnung an das Bestandsgebiet eine maximal dreigeschossige Bauweise und im Bereich der Reihen-, Doppel- und freistehende Einfamilienhäuser bzw. im Übergang zum Landschaftsraum eine zweigeschossige Bauweise vorgesehen.

5.2.3 Höhen baulicher Anlagen

Im gesamten Baugebiet werden Ansprüche an eine harmonische Höhenentwicklung der räumlich besonders wirksamen Hauptgebäude gestellt. Daher wird die maximal zulässige Höhe der Gebäude festgesetzt, so dass eine dem städtebaulichen Grundziel entsprechende verdichtete Bebauung entstehen kann, ohne das Ortsbild der umliegenden Wohnbereiche durch übergroße Gebäudehöhen zu überformen.

Das Plangebiet liegt im Bereich der Bauhöhenbeschränkungen gemäß § 13 LuftVG, mit Angabe der zulässigen Bauhöhe im östlichen Planbereich von bis zu 104 m über N.N. und im westlichen Planbereich von bis zu 114 m über N.N. Die Festsetzungen des Bebauungsplans stellen die Einhaltung der Bauhöhenbeschränkung sicher.

5.3 Überbaubare Grundstücksflächen, Bauweise, Grundstücksgrößen, Zahl der Wohneinheiten

5.3.1 Überbaubare Grundstücksfläche

Eine Gliederung des Gebietes wird durch die festgesetzten Baufelder erreicht, die durch Baulinien und Baugrenzen definiert werden. An stadträumlich prägenden Bereichen entlang der Veltenhöfer Straße sind entsprechend des städtebaulichen Konzeptes Baulinien vorgesehen.

Die vorgegebenen „Baufenster“ sind dabei so großzügig dimensioniert, dass sie unterschiedliche Varianten zur Realisierung des festgesetzten Nutzungsmaßes zulassen. Das ermöglicht Spielräume für individuelle städtebaulich-architektonische Lösungen.

In den Allgemeinen Wohngebieten und im Urbanen Gebiet dürfen die Baugrenzen und Baulinien zudem durch Eingangsüberdachungen, Hauseingangstreppen, Kelleraußentreppen, Kellerlichtschächte, sonstige Außentreppen und Rampen bis zu einer Tiefe von 1,5 m auf maximal 50 % der jeweiligen Fassadenbreite überschritten werden. Mit dieser Regelung wird die erforderliche Flexibilität in der baulichen Ausgestaltung erreicht. Gleichzeitig verhindert die Einschränkung in Art und Umfang eine Beeinträchtigung des Stadtraumes.

5.3.2 Bauweise

Neben Mehrfamilienhäusern sollen Reihen-, Doppel- und freistehende Einfamilienhäuser das Angebot an Wohnformen ergänzen. Aus diesem Grund sind entsprechend des Nutzungsbeispiels im WA 2.1, Doppelhäuser und Hausgruppen im WA 2.2 und im WA 2.3 Hausgruppen festgesetzt.

Dort wo keine Festsetzungen getroffen werden ist grundsätzlich die offene Bauweise vorgesehen, um eine abschirmende Wirkung der der neu zu errichtenden Baukörper gegenüber dem aus dem Grünzug hineinströmenden Kaltluftstrom weitestgehend zu vermeiden (Barrierewirkung).

In den Sondergebieten und den Urbanen Gebieten ist hingegen eine abweichende Bauweise festgesetzt, um auch eine Baukörpergesamtlänge von mehr als 50 Metern zuzulassen. Ein seitlicher Mindestabstand ist in diesem Bereich nicht zwingend erforderlich.

5.3.3 Mindestgrundstücksgrößen

Die Festsetzung der Mindestgrundstücksgrößen orientiert sich an dem städtebaulichen Entwurf. Bei einer Gebäudebreite von 8 m ergeben sich demnach im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 Grundstücksgrößen von ca. 200 bis 600 m² je Reihenhaus. Kleinere Baugrundstücke sind im gesamten Plangebiet nicht vorgesehen.

Mit Blick auf eine sinnvolle Ausnutzbarkeit der Grundstücksflächen und die begrenzte Zahl an Stellplatzflächen erscheint eine größere Verdichtung durch sehr kleinteilige Parzellierung insbesondere der Reihenhausgrundstücke nicht sinnvoll und würde nicht dem städtebaulichen Konzept entsprechen.

Im Zusammenspiel mit der Festsetzung zur erforderlichen Mindestgrundstücksgrößen je Wohneinheit soll einer zu intensiven baulichen Nutzung in diesem Bereich entgegengewirkt werden.

5.3.4 Zahl der Wohneinheiten in Wohngebäuden

Mit Festsetzung der höchstzulässigen Anzahl von Wohnungen in Wohngebäuden durch eine Verhältniszahl, wird die Wohndichte des Baugebietes gesteuert. Denn für die infrastrukturelle Ausstattung eines Wohngebiets ist nicht nur die insgesamt für Wohnzwecke genutzte Geschoßfläche ausschlaggebend, sondern daneben auch, wie viele Wohnungen auf dieser Fläche tatsächlich untergebracht sind.

In den Urbanen Gebieten werden Wohnnutzungen im Erdgeschoss zwar ausgeschlossen, in den Obergeschossen sind Wohnungen jedoch grundsätzlich zulässig, so dass auch hier Gebäude mit überwiegender Wohnnutzung entstehen können. Unter Annahme der maximal möglichen Ausnutzung, sind diese in die Gesamtberechnung eingeflossen.

Städtebauliches Ziel ist es, dass die Zahl der Wohnungen in dem Rahmen gehalten wird, der der Entwurfsplanung und der Abwägung zugrunde gelegt worden ist und die Dimensionierung der Wohnfolgeeinrichtungen und der Straßenräume mitbestimmt. Die Festsetzung dient daher zur Vermeidung von erhöhten Belastungen (insbesondere höheren Verkehrszahlen mit entsprechend erhöhtem Parkraumbedarf, höherem Infrastrukturbedarf wie Kita- und Schulplätze usw.) durch die Aufteilung des festgesetzten Baurechts in zu viele Wohnungen.

Die Festsetzung ist als Bestandteil des planerischen Gesamtkonzepts anzusehen, welche im Zusammenspiel mit den festgesetzten Mindestgrundstücksgrößen und den Festsetzungen zur Grundflächenzahl eine wirtschaftlich sinnvolle und zugleich verträgliche Dichte sicherstellen soll.

5.4 Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen

5.4.1 Nebenanlagen

Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO sind im Plangebiet auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig, müssen aber zu den öffentlichen Flächen einen Abstand von mindestens 1,0 m einhalten. Soweit sie weniger als 3,0 m Abstand zu öffentlichen Flächen einhalten, ist die der öffentlichen Fläche zugewandten Seite vollständig einzugrünen. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass beispielsweise Gartenhäuser nicht an die Grenze zu öffentlichen Flächen platziert werden und so unmittelbar in den öffentlichen Raum hineinwirken.

Ausgenommen von dieser Abstandsregelung sind Fahrradständer, Einfriedungen, Werbeanlagen und Briefkastenanlagen, die naturgemäß in der Vorzone von Gebäuden nahe den Eingängen untergebracht werden.

5.4.2 Stellplätze, Gemeinschafts-Carports und Zufahrten

Private Stellplätze

In Folge der Gesetzesänderung der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) zum 1.7.2024 entfällt unter anderem die Rechtsgrundlage für den bauordnungs-rechtlichen

Nachweis von Einstellplätzen und für die planungsrechtliche Festsetzung eines Stellplatzschlüssels jeweils für Wohngebäude. Die bislang bestehenden planungsrechtlichen Steuerungsmöglichkeiten über örtliche Bauvorschriften im Bebauungsplan hinsichtlich einer nachzuweisenden Mindeststellplatzanzahl für Wohngebäude sind den planenden Gemeinden somit entzogen. Private Stellplätze werden im Wohnungsbau demnach nur noch auf freiwilliger oder privatrechtlicher Basis entstehen.

Es ist grundsätzlich davon auszugehen, dass die zukünftigen Bauherren auch aus eigenen Überlegungen an der Herstellung von Stellplätzen für ihre Wohnungen festhalten werden. Sollten jedoch auf freiwilliger Basis nicht genügend private Stellplätze errichtet werden, besteht städtebaulicher Sicht die Gefahr, dass die Fahrzeuge stattdessen im öffentlichen Raum abgestellt werden, was dann u. a. zu Lasten von zu Fuß Gehenden und Radfahrenden sowie der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum gehen könnte.

Im Baugebiet „Wenden-West 2. BA“ wird zwar ohnehin von einem eher geringeren Bedarf an Pkw-Stellplätzen ausgegangen, da die Bewohner von der guten Anbindung des Baugebietes an das öffentliche Wegenetz und der guten Anbindung an das ÖPNV-Netz profitieren, zu beachten ist jedoch, dass das Baugebiet als „autoarmes“ Quartier geplant ist und im Quartier selbst mit wenigen Ausnahmen keine öffentlichen Stellplätze vorgesehen sind. Sollten nicht genug private Stellplätze zur Verfügung stehen, könnte daher ein erhöhter Parkdruck auf den öffentlichen Flächen insbesondere der umliegenden Quartiere entstehen.

Die Stadt Braunschweig beabsichtigt daher in Absprache mit der Erschließungsträgerin zur Vermeidung negativer Folgen wie Parksuchverkehr, Falschparken usw. einer solchen städtebaulichen Fehlentwicklung über entsprechende verpflichtende Vorgaben im Rahmen des Grundstücksverkaufs zu entgegnen und die Bauherrinnen und Bauherren insbesondere bei größeren Wohnbauvorhaben vertraglich zum Nachweis einer Mindestzahl von Stellplätze bzw. zur anteiligen Kostenübernahme in der Quartiersgarage zu verpflichten.

Die Größe der Quartiersgarage orientiert sich an den Vorgaben der gutachterlichen Untersuchung (Verkehrsgutachten mit Mobilitätskonzept, WVI Prof. Dr. Wermuth Verkehrsforschung,2023). Somit ist sichergestellt, der zu erwartenden Bedarf an Stellplätzen für Anwohner, Besucher und Beschäftigte im Quartier gedeckt werden kann.

Regelungen zum Ausschluss bzw. zur Begrenzung von Stellplätzen und Zufahrten

Im Bebauungsplan wird die Zulässigkeit von Stellplätzen, Carports und Garagen dahingehend geregelt, dass sie nur innerhalb der dafür festgesetzten Flächen und in den Sondergebieten Quartiersgarage zulässig sind. Sie sind ansonsten weder in den Überbaubaren noch in den nicht überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

Neben der Begrenzung der Stellplatzflächen auf den Grundstücken ist es im Plangebiet notwendig gezielt Einfluss auf die Anzahl und Anordnung von Grundstückszufahrten zu nehmen, um die Überbauung der straßenbegleitenden Muldenfläche auf ein Mindestmaß zu beschränken und den Abfluss des Niederschlagswassers auch bei langanhaltenden Regenereignissen nicht zu behindern (Schutz vor Überflutungen). Daher ist im Bereich der festgesetzten Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser ein Zufahrtsverbot festgesetzt.

Grundstückszufahrten sind demnach nur im begrenzten Umfang – d. h. zwischen den festgesetzten Flächen zur Versickerung von Niederschlagswasser – möglich.

Die Zufahrtsbereiche sind in der Planzeichnung entsprechend gekennzeichnet und haben eine Breite von maximal 6 m. Zugänge über die Mulden hinweg (Brücken) sind im begrenzten Umfang möglich. Hinsichtlich der Anschlüsse der Baugrundstücke an die Verkehrsflächen ist grundsätzlich die Abstimmung mit dem Straßenbaulastträger erforderlich.

Das Quartier Wenden-West ist grundsätzlich als „autoarmes“ Quartier geplant. Teil des Konzepts ist es daher Stellplätze zu bündeln und die Grundstücke von Stellplätzen und Garagen weitestgehend freizuhalten. Die restriktiven Regelungen dienen u.a. dazu die versiegelten Flächen im Baugebiet auf ein Minimum zu beschränken und so die Umsetzbarkeit des dezentralen Regenwasserbewirtschaftungskonzepts sicherzustellen. Denn dort, wo keine zusätzliche Versiegelung für Stellplätze oder Tiefgaragen notwendig sind, können Grundstücksflächen stattdessen begrünt, Regenwasser versickert und so dem natürlichen Wasserkreislauf zugeführt werden.

Die Größe der festgesetzten Stellplatzflächen bzw. der Gemeinschaftsflächen für Carports ermöglichen es in den Allgemeinen Wohngebieten WA 1 sowie WA 2 je einen Stellplatz/Carport pro Gebäude auf dem jeweiligen Grundstück bzw. in der Nähe der Wohnhäuser auf privaten oberirdischen Gemeinschaftsflächen unterzubringen. Carports sind überdachte Stellplätze (z. B. Solarcarports) ohne eigene Seitenwände. Bei der Planung der Carportanlagen auf den Gemeinschaftsflächen sollten Feuerwehrzufahrten und Bewegungsflächen berücksichtigt werden. Die Zuordnung der Flächen für Gemeinschaftscarports zu dem Wohnbauflächen ergibt sich durch die Textlichen Festsetzungen

Weitere Stellplätze für Anwohner (z. B. auch für Zweitwagen ...), Besucher und Beschäftigte können in den Quartiersgaragen untergebracht werden. Trotz der einschränkenden Festsetzungen auf den Grundstücken ist damit sichergestellt, dass der zu erwartende Bedarf an Stellplätzen im Quartier gedeckt werden kann.

5.5 Erschließung, Verkehrsflächen

Unter dem Begriff Verkehrsflächen werden die festgesetzten Straßenverkehrsflächen und die Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung zusammengefasst.

Die genaue Aufteilung der Verkehrsflächen – wie u. a. Lage und Umfang von Fahrbahn, Gehweg, begrünten Bereichen, Baumpflanzungen etc. – bleibt den weiteren Planungsschritten überlassen und wird im vorliegenden Bebauungsplan nicht festgesetzt. Hiermit sollen ausreichend Spielräume für die weitere Planungskonkretisierung geschaffen werden, die es erlauben, auf derzeit noch nicht absehbare Entwicklungen einzugehen.

Festgesetzt ist das in die Verkehrsflächen zu integrierende Muldensystem. Es ist Bestandteil der Verkehrsflächen und für die deren Entwässerung zwingend notwendig. Die Breite der Mulden von etwa 4 m kann örtlich geringfügig variieren. Verkehrsflächen und Versickerungsanlagen werden bei Starkregenereignissen auch als Fließwege dienen und sollen das Wasser möglichst schadlos ableiten. (siehe auch Maßnahmen, die der Vermeidung von Schäden durch Starkregen dienen). Die Funktionalität dieses Systems darf insofern nicht behindert werden.

Bei der Dimensionierung der festgesetzten Verkehrsflächen sind auch die erforderlichen Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr bereits berücksichtigt worden. Zusätzliche Aufstell- und Bewegungsflächen auf privaten Flächen sowie die dafür erforderlichen Zufahrten sind aufgrund des Entwässerungssystems (Mulden- und

Versickerungsflächen) im überwiegenden Teil des Plangebiets nicht realisierbar. Lediglich auf den privaten Gemeinschaftsflächen für Carports können zusätzlich Bewegungsflächen untergebracht werden. Bei Gebäuden oder Gebäudeteilen, die über 50 m von der Verkehrsfläche entfernt liegen, ist der zweite Rettungsweg daher baulich sicherzustellen.

5.5.1 Öffentlicher Personennahverkehr, ÖPNV

Das Plangebiet liegt zum Großteil im Umkreis von deutlich unter 300 m zu den Haltestellen „Heideblick“ und „Veltenhöfer Straße“. Die beiden Haltestellen sind aus dem Quartier heraus bequem zu Fuß zu erreichen. Die Herrichtung eines zusätzlichen Übergangs über das Stadtbahngleis ist vorgesehen, um den Fuß- und Radverkehr die Querung und somit auch den Zugang zur Haltestelle zu erleichtern. Die Bedienung der Stadtbahnhaltestellen erfolgt mindestens im 15-Minuten-Takt in Richtung Innenstadt. Darüber hinaus gibt es einige Busverbindungen ins Umland von Braunschweig.

Das attraktive Angebot im ÖPNV hinsichtlich Erschließung, Bedienung und Verbindung mit Bus und Stadtbahn bietet beste Voraussetzungen dafür, dass die Pkw-Nutzung im Plangebiet deutlich reduziert werden und letztendlich auch Einfluss auf den Pkw-Bestand im Quartier genommen werden kann (Verkehrsgutachten mit Mobilitätskonzept, WVI Prof. Dr. Wermuth Verkehrsforschung, 2023).

Im nördlichen Plangebiet wird ein Teilbereich der planfestgestellten Stadtbahnwendeschleife als nachrichtliche Übernahme in den Geltungsbereich aufgenommen. Eine Neuplanung ist damit nicht verbunden. Die Darstellung wird an die örtlichen Gegebenheiten angepasst und der Bebauungsplan „Das Mittelfeld“, WE 40, aus dem Jahr 1975, der in diesem Bereich Gemeinbedarfsfläche festsetzt, tritt in den mit diesem Bebauungsplan überplanten Bereichen außer Kraft.

5.5.2 Motorisierter Individualverkehr, MIV

Das Wohnbaugebiet wird über die Veltenhöfer Straße erschlossen und an den bestehenden Ortskern von Wenden und das überörtliche Verkehrsnetz angebunden. Im einem Verkehrsgutachten (WVI Prof. Dr. Wermuth Verkehrsforschung,2023) wurde die Leistungsfähigkeit der bestehenden Straßen bestätigt. Das Gutachten zeigt dabei auf, dass sowohl im Bestand wie auch im Planfall ein stabiler Verkehrsablauf gewährleistet ist. Die zusätzlich zu erwartenden Verkehre führen keine maßgebliche Verschlechterung des Verkehrsablaufes herbei.

Der Querschnitt der Veltenhöfer Straße wurde zur Abwicklung der heutigen und zukünftigen Verkehre bereits weitestgehend ausgebaut. Die Zufahrt zur Quartiersgarage kann aus westlicher Richtung allerdings zusätzliche Abbiegebedarfe mit sich bringen. Der Querschnitt der Veltenhöfer Straße wird an der nördlichen Seite zudem um einen begleitenden Fuß- und Radweg sowie zugehöriges Verkehrsgrün ergänzt. Die Fläche wird als Straßenverkehrsfläche (Planstraße A1 und A2) festgesetzt. Der Ausbau der Veltenhöfer Straße liegt im Bereich der Kreisstraße K 25. Nach Abschluss des Verfahrens wird die Anpassung der Ortsdurchfahrtsgrenze vorgenommen.

Als Variante wurde im Verkehrsgutachten zunächst auch die zusätzliche Anbindung des Plangebiets über den nördlichen Heideblick geprüft. Bewusst wurde dann jedoch entschieden, dass die Erschließung für den motorisierten Individualverkehr

gänzlich über die Veltenhöfer Straße erfolgen soll, um zusätzlichen Verkehr im nördlichen Bereich des Heideblickes entlang der Schulen zu vermeiden. Eine Verbindung zwischen den Planstraßen B1 und B2 ist für den motorisierten Individualverkehr daher zukünftig nicht vorgesehen. Dies soll durch die Aufstellung von Absperrpfosten sichergestellt werden, Die Durchfahrt bleibt für den Fuß- und Radverkehr offen und soll auch für Rettungsfahrzeuge sowie den landwirtschaftlichen Verkehr ermöglicht werden.

Die Planstraße B1 als Verbindung zwischen nördlichen und südlichen Teilbereich soll als Tempo 30 Bereich ausgebaut werden. Die Planstraßen C1 und C 2 im Planungsgebiet werden als verkehrsberuhigte Bereiche geplant. Dadurch ergibt sich für die Bewohnerinnen und Bewohner eine erhöhte Aufenthaltsqualität im Quartier und es kann auf den Bau von separaten Fußwegen verzichtet werden. Die zeichnerisch festgesetzten Straßenverkehrsflächen berücksichtigen in der Dimensionierung jeweils die Anforderungen an die Verkehrsflächenbreiten aus der Richtlinie zur Anlage von Straßen (RASt 2019).

Insgesamt wird die Erschließungsfläche auf das notwendige Maß reduziert und unnötige Versiegelungen vermieden.

5.5.3 Fuß- und Radverkehr

Eine hohe Durchlässigkeit des Gebiets für den Fuß- und Radverkehr ist ein wichtiger Baustein der klimagerechten Planung. In Ergänzung zu den Planstraßen gibt es im Plangebiet daher Geh- und Radwege, die als eigenständige Verkehrsanlagen unabhängig von Straßen geführt werden. Das engmaschige und kleinteilige Geh- und Radwegenetz weist dem Verkehrsaufkommen angemessene Breiten und Aufstellflächen auf und ermöglich eine komfortable Verknüpfung zu den anderen Verkehrsträgern des Umweltverbundes. Die Festsetzung als Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung soll die besondere Verkehrsfunktion dieser von Autoverkehr freien Wege auch in der Planzeichnung deutlich machen.

Die Geh- und Radwege können an der Veltenhöfer Straße sowie am Heideblick an die bereits vorhandenen Wegeverbindungen des Ortsteils Wenden anknüpfen. Im Bereich der Neusalzstraße/Bunzlaustraße ist die Herrichtung eines zusätzlichen Übergangs über das Stadtbahngleis vorgesehen, um dem Fuß- und Radverkehr zwischen Bestand und Neubaugebiet die sichere Querung zu erleichtern. Im südwestlichen Bereich führt eine überörtliche Rad- und Fußwegeanbindung über die Veltenhöfer Straße hinaus durch den 1. Bauabschnitt hindurch in Richtung Innenstadt. Im Norden verläuft zudem ein Freizeitweg, der als Teilstück der wichtigen übergeordneten Wegeverbindung entlang der Straße Heideblick über den Mittellandkanal hinweg in Richtung ´Waller See` und in den Landschaftsraum der Schunterniederung führt.

Veloroutenkorridor

Im Bebauungsplan wird darüber hinaus eine zwischen Heideblick und der Veltenhöfer Straße verlaufende Trasse für eine potenzielle Veloroute (Alltagsverkehr) gemäß den strategischen Zielen des Entwurfs zum Mobilitätsentwicklungsplan berücksichtigt. Ein lückenloser Ausbau des Veloroutennetzes (außerhalb des Plangebietes) ist derzeit jedoch noch nicht absehbar.

5.5.4 Gemeinschaftswohnwege

Alle Reihenhausgrundstücke im WA 2.1 und 2.2 liegen in angemessener Breite an einer Straßenverkehrsfläche bzw. Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung, so dass die sowohl die verkehrsmäßige als auch die technische Erschließung wie Anschluss des Grundstücks an die Versorgungsnetzwerke sichergestellt werden kann. Zusätzlich werden die Reihen- bzw. Doppelhausgrundstücke jedoch durch nicht befahrbare private Wohnwege erschlossen. Im WA 2.3 gibt es zwei Baufelder die nur über einen solchen Wohnweg erschlossen werden. Die Bauordnung (§ 4 NBauO) lässt dies für Wohngebäude geringer Höhe grundsätzlich zu.

Die Gemeinschaftswohnwege bieten Bewohnern und Besuchern den Komfort einer kurzen fußläufigen Anbindung von der Haustür zu den Gemeinschaftsstellplätzen bzw. den nahegelegenen Verkehrsflächen. Bei den Reihenmittelhäusern hat die zusätzliche gartenseitige Erschließung (Mistwege) zudem den Vorteil, dass der Transport von Gartenzubehör und –material durch das Wohnhaus vermieden werden kann.

Für die Verortung der Wohnwege, die als private Gemeinschaftsanlage der angrenzenden Grundstücke erstellt und unterhalten werden sollen, wurde die Festsetzung als Gemeinschaftswohnwege gewählt, da die Herstellung eines öffentlichen Wegs in diesen Bereichen nicht erforderlich ist. Sie sollen ausschließlich dem Fuß- und Radverkehr dienen und grundsätzlich nicht befahren werden. Die die erforderlichen Aufstell- und Bewegungsflächen für Rettungsfahrzeuge sind gemäß Straßenausbauplan auf den nahegelegenen Verkehrsflächen vorgesehen bzw. können sie auf den Erschließungsflächen zwischen den Gemeinschaftscarports untergebracht werden.

Die Gemeinschaftsflächen fließen grundsätzlich nicht in die GRZ-Berechnung ein, zu beachten ist aber, dass bei entsprechender Versiegelung der Flächen auch zwingend die Entwässerung (Versickerung) sichergestellt werden muss, um Überflutungen der angrenzenden Grundstücke zu verhindern.

5.6 Grünordnung, Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

5.6.1 Grünordnung

Zwei Grün- und Freizeitraum sollen als nahturnah und abwechslungsreich gestaltete Parkanlage für die wohnungsnahe und wohngebietsbezogene Erholung ausgebaut werden und zugleich zur ausreichenden Kalt- und Frischluftversorgung der angrenzenden Wohngebiete beitragen.

Allgemein sind im Plangebiet zudem sehr umfangreiche Begrünungsmaßnahmen vorgesehen, die zur Gestaltung und Qualität des Wohnumfeldes beitragen und die Einbindung des Baugebiets in das Umfeld verbessern sollen. Darüber hinaus dienen sie auch zur Eingriffsminimierung sowie zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen der Schutzgüter Pflanzen- und Tierwelt, Klima und Luft, Wasser, Orts- und Landschaftsbild sowie Mensch und Gesundheit.

Mit der zeitlichen Bindung für die Umsetzung der Anpflanzungen soll eine zu große zeitliche Spanne zwischen der Realisierung der Bebauung und dem Erreichen der gestaltenden und eingriffsmindernden Wirkung der Begrünung verhindert werden. Für die zukünftigen Anwohner entsteht mit der zügigen Herstellung zeitnah ein attraktives Wohnumfeld.

5.6.1.1 Öffentliche Grünflächen

Die festgesetzten öffentlichen Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Parkanlage mit Freizeitnutzungen“ sind für die Gliederung des Gebietes von besonderer Bedeutung und sollen entsprechend ihrer Lage und Funktion als interner Grünzug bzw. Siedlungsrandgrün differenziert gestaltet unter Berücksichtigung der Nutzungsansprüche jeweils zu einer naturnahen und abwechslungsreich gestalteten Parkanlage für die wohnungsnahe und wohngebietsbezogene Erholung ausgebaut werden.

Da die Flächen in einer klimaökologisch bedeutsamen Luftleitbahn liegen, ist die Ausrichtung und Breite der Grünflächen im Wesentlichen durch ihre klimaökologischen Funktionen bedingt. Bei der Dimensionierung werden zudem auch die aus dem Baugebiet resultierenden Flächenansprüche für die Kinder-, Jugend- und Mehrgenerationenspielplätze sowie die erforderlichen Anlagen zur Gebietsentwässerung (Retentionsräume) berücksichtigt.

In der südlichen Parkanlage (öffentliche Grünfläche 3) wird zudem eine Wiesenfläche für temporäre Veranstaltungen wie z. B. Volksfeste vorbehalten. Da es sich bei solchen Veranstaltungen um gelegentliche, zeitlich begrenzte Nutzungen handelt und ansonsten der Charakter einer Parkanlage dominiert, wird jedoch auf eine spezifische Festsetzung als „Festwiese“ verzichtet. So können im Sinne der Mehrfachnutzung neben Volksfesten dem Grunde nach auch andere Nutzungen auf dieser Wiesenfläche stattfinden. Die Wiese wird überwiegend als Parkanlage für die wohnungsnahe und wohngebietsbezogene Erholung zur Verfügung stehen. Sie dient der Deckung des örtlichen Bedarfs.

Das Regenwasserbewirtschaftungskonzept sieht vor, dass die zentralen Grünflächen (öffentliche Grünflächen 1 und 2), bei stärkeren Regenereignissen im Sinne der Überflutungsvorsorge temporär und gezielt als (Not)Speicherraum genutzt wird (siehe auch Maßnahmen, die der Vermeidung von Schäden durch Starkregen dienen). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass es bei stärkeren bzw. langanhaltenden Regenereignissen temporär zu Einschränkungen in Hinblick auf die Freizeitnutzung kommen kann.

Dennoch erscheint es vor den Hintergrund einer wirtschaftlichen und flächensparenden Stadtentwicklung grundsätzlich sinnvoll, die Retentionsflächen zugleich auch für die Freizeitnutzung nutzbar zu machen. Da bei Versickerungsflächen, die über die meiste Zeit des Jahres ohnehin trocken liegen bzw. eine nur geringe Einstauhöhe aufweisen, durch großzügige Ausmuldung und flache Böschungsneigungen auf eine Absturzsicherung verzichtet werden kann. Auf Basis der gutachterlichen Berechnungen ergibt sich bei einem Regenereignis mit einem Wiederkehrintervall von 50 Jahren und einer Regendauer von 6 Stunden ein temporär zwischenzuspeicherndes Regenwasservolumen von ca. 560 m^3.

Um ausreichend Spielräume für die weitere Planungskonkretisierung vorzuhalten, wird auf eine konkrete Festsetzung der Lage und Ausgestaltung der Retentionsflächen im vorliegenden Bebauungsplan verzichtet.

5.6.1.2 Grünordnung private Flächen

Grundsätzlich müssen die nicht überbauten Flächen der Baugrundstücke gemäß § 9 Abs. 2 NBauO Grünflächen sein, soweit sie nicht für eine andere zulässige Nutzung erforderlich sind. Die Anlage geschotterter Gartenflächen und von Kunstrasenflächen ist daher nicht zulässig.

Zudem ist eine übermäßige Versiegelung der privaten Freiflächen im Plangebiet nicht erwünscht. U. a. ist daher auch die durch § 19 Abs. 4 BauNVO eingeräumte Überschreitung der zulässigen Grundfläche ausgeschlossen. Dies geschieht insbesondere vor dem Hintergrund, da es auf privaten Flächen zwingend erforderlich sein wird, ausreichend unbefestigte Freiflächen für die Anlage von Elementen zur dezentralen Speicherung und Versickerung von Regenwasser vorzuhalten.

Nach Möglichkeit sollte die Versickerung des Regenwassers über Vegetationsflächen erfolgen, um die nachgewiesene Reinigungswirkung der aktiven Bodenzone auszunutzen. Günstigste Bereiche für die Integration von Speicher- und Versickerungsanlagen in die Gartengestaltung sind natürlich vorhandenen Geländetiefpunkte. Die zur Niederschlagsversickerung erforderlichen Flächen lassen sich in der Regel mit einfachen Mitteln und ohne großen technischen Aufwand in die Gartengestaltung integrieren. Eine naturnahe Gestaltung der erforderlichen technischen Maßnahmen kann zudem den Charakter des Gartens und der Freiräume bereichern, das Stadtklima verbessern und sich positiv auf das Wohlbefinden der Stadtbewohner auswirken.

Ist der Platz knapp, bietet es sich daher an, Grünflächen von vornherein als Versickerungsgrün anzulegen und Funktion und Nutzen zu kombinieren. So kann z. B. einer Versickerungsanlage zur Erhöhung der Verdunstung auch ein Gartenteich vorgeschaltet werden. Der Einbau von Rigolen ist grundsätzlich ebenfalls möglich, erfordert allerdings entsprechende Flurabstände (Abstand des Geländes zum mittleren höchsten Grundwasserstand). Die Zwischenspeicherung (Regentonne, Zisterne) und Nutzung des Regenwassers können als ergänzende Maßnahme dienen.

Als Mindestbegrünung von privaten Flächen wird im Plangebiet zudem die Anpflanzung von heimischen Laub- bzw. Obstbäumen sowie die Eingrünung von Müllboxen und Nebenanlagen gegenüber dem öffentlichen Raum vorgeschrieben. Dadurch soll eine gestalterische Einbindung erreicht werden. Die Festsetzungen zur Begrünung dienen darüber hinaus auch der Eingriffsminimierung.

5.6.1.3 Begrünung öffentlicher Flächen

In die öffentlichen Grün- und Verkehrsflächen des Quartiers sind nach dem Prinzip der Schwammstadt Anlagen zur Speicherung und Versickerung des Niederschlagswassers zu integrieren. Ziel ist es, dass ein Großteil des Niederschlagswassers über die "grünblaue Elemente" verdunstet und vor Ort versickert werden kann. Die Versickerungsmulden sind als extensiv gepflegte Wiesenflächen mit einer maximalen Böschungsneigung von 1:2 zu gestalten.

Geplant ist zudem eine relativ dichte Bepflanzung mit Bäumen, die zum Teil auch in Baumgruppen angeordnet werden, da auch ineinanderwachsende Kronen einen besonderen ästhetischen Effekt bieten und zu einem abwechslungsreich gestalteten Straßenraum beitragen. Das hohe Maß an Grünvolumen liefert über die Transpirationsleistung und Schattenwurf einen wichtigen Beitrag zum Klimafolgenmanagement und wirkt dem urbanen Wärmeinseleffekt entgegen.

Die Chancen und Risiken einer Kombination von Baumstandorten und Regenwasserversickerungsanlagen sind noch nicht abschließend erforscht, so dass eine Langzeitkontrolle über die Baumentwicklung und gleichzeitiger Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Versickerungsanlage erforderlich sein wird.

Als mittelkroniger Bäume werden Bäume bezeichnet, die im ausgewachsenen Zustand eine Höhe von ca. 10 – 15 m erreichen. Großkronige Bäume erreichen i.d.R. Höhen von über 15 m.

5.6.1.4 Dach- und Fassadenbegrünung

Die Festsetzungen zur Dach- und Fassadenbegrünung dienen im Hinblick auf die flächenhaften Versiegelungen der Grundstücke und der damit verbundenen Auswirkungen als ausgleichende Maßnahme zur Minderung der negativen klimatischen Wirkungen des Gebiets in Bezug auf die Kaltluftleitbahn, der gestalterischen Einbindung des Quartiers in das Umfeld sowie der Verbesserung des Kleinklimas. Darüber hinaus leisten Gebäudebegrünungen einen ökologischen Beitrag, da sie Tieren beispielsweise als Brutplatz und Nahrungsquelle dienen.

In Bereichen relativ dichter Bebauung mit wenig Fläche zur Anordnung größerer Versickerungsanlagen sind Gründächer zudem eine wichtige Komponente im Zusammenspiel von Retention, Drosselung und Verdunstung von Niederschlagswasser. Je nach Art des verwendeten Systems oder der Substrathöhe kann das Niederschlagswasser unterschiedlich lange in den oberen Schichten gehalten und abzüglich der Verdunstungs- und Transpirationsrate verzögert abgeleitet werden.

In den besonders verdichteten Bereichen empfiehlt es sich die Gründächer mit zusätzlicher Retentionsfunktion zur Rückhaltung von Niederschlagswasser auszubilden, um auf diesem Wege den Abfluss deutlich zu verzögern und mögliche Schäden durch stärkere Regenereignisse entgegenzuwirken.

Den höheren Kosten durch die besondere Bauausführung von Grün- bzw. Retentionsdächern ist der anderenfalls anfallende höhere Flächenbedarf für eine Rückhaltung oder Versickerung von Niederschlagswasser auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen gegenüber zu stellen. Grün- bzw. Retentionsdächern tragen daher zu einem sparsamen Flächenverbrauch bei.

Hinzu kommen bauphysikalische Vorteile. Im Sommer bieten Gründächer für darunterliegende Räume insgesamt eine wirksame Maßnahme zum Schutz vor sommerlicher Hitze. Im Winter kommt es durch die Vegetation und das Dachsubstrat zu einer Verminderung des Wärmedurchganges und somit zu einer erhöhten Wärmedämmung.

Die Kombination eines grünen Flachdaches bzw. Retentionsdaches mit aufgeständerter PV-Anlage ist sinnvoll, da die Betriebsleistung der PV-Anlage durch die Verdunstungskühle der Vegetation gesteigert wird. Konflikte zwischen den Belangen der Solarenergienutzung und der mit Dachbegrünung verbundenen Zielsetzung sind nicht zu erwarten.

5.6.2 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft, Zuordnung

Als Ergebnis der Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung wurde unter Berücksichtigung der künftigen Festsetzungen im Geltungsbereich A des vorliegenden Bebauungsplans ein Ausgleichsdefizit festgestellt, welches durch Maßnahmen auf den externen Ausgleichsflächen kompensiert werden kann.

Geltungsbereich A

Für gebäudebrütende Vogelarten (Hausrotschwanz, Haussperling, Star, Mehlschwalbe, Mauersegler) und Fledermausarten (Zwerg-, Mücken-, Bart-, Fransen-, Breitflügelfledermaus) sind Nist- und Ruhestätten an Gebäuden durch geeignete Bauweise in die Konstruktion zu integrieren oder als künstliche Nisthilfen anzubringen. Die Einrichtungen sind im Rahmen des Baugenehmigungs- oder Anzeigeverfahrens im Einvernehmen mit der Unteren Naturschutzbehörde nachzuweisen.

Geltungsbereich B

(Gemarkung Wenden, Flur 3, Flst. 152/3, 9.324 m²)

Die festgesetzten Maßnahmen dienen der naturschutzfachlichen Aufwertung von bislang intensiv genutzten Ackerflächen. Sie beinhalten die Entwicklung von artenreichem mesophilem Grünland und die Anlage einer Feldhecke um die Strukturvielfalt zu erhöhen. Das Grünland soll im Weiterem extensiv gepflegt werden. Es soll max. einmal jährlich frühestens ab dem 15.06. gemäht und das Mahdgut abgefahren werden. Eine Beweidung ist in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde zulässig.

Geltungsbereich C

(Gemarkung Veltenhof, Flur 7, Teilfläche des Flst. 34/3, 18.929 m²)

Die Fläche ist als offene Biotopstruktur mit dem Zielbiotoptyp „Trockenrasen“ zu entwickeln. Hierzu ist der Oberboden in Teilen abzuschieben und zur Modellierung des Geländes zu verwenden. Zur Ansalbung der Flächen ist entweder Mahdgut aus vorhandenen Flächen zu übertragen oder geeignetes Saatgut zu verwenden. Auf der Fläche sind sechs Totholz-/ Steinanhäufungen zur Strukturanreicherung anzulegen. Nach jährlicher Mahd mit Abfuhr des Mahdguts in den ersten drei Jahren sind die Flächen im Weiteren durch sporadische Mahd gehölzfrei zu halten. Eine Beweidung ist in Absprache mit der unteren Naturschutzbehörde zulässig.

Die festgesetzten Maßnahmen dienen als Ausgleich für den nach § 30 BNatSchG geschützten Trockenrasen. Die Fläche ist besonders geeignet, da sie sandige Bodenverhältnisse aufweist und sich im Umfeld bereits Magerrasen befindet. Bei der Entwicklung der Maßnahmen wurden zudem die Lebensraumansprüche der von dem Eingriff betroffenen Blauflügeligen Ödlandschrecke berücksichtigt.

Geltungsbereich D

(Gemarkung Waggum, Flur 3, Teilfläche des Flst. 475, 15.670 m²)

Die festgesetzten Maßnahmen dienen der naturschutzfachlichen Aufwertung von bislang intensiv genutzten Ackerflächen. Sie beinhalten die Entwicklung von mesophilem Grünland und die Anlage einer Feldhecke, um die Strukturvielfalt zu erhöhen. Das Grünland soll im Weiterem extensiv gepflegt werden. Es soll max. einmal jährlich frühestens ab dem 15.06. gemäht und das Mahdgut abgefahren werden. Eine Beweidung ist in Absprache mit der unteren Naturschutzbehörde zulässig.

Geltungsbereich E

(Gemarkung Rüningen, Flur 4, Teilfläche des Flst. 90/5, 40.000 m²)

Die Fläche ist als Ackerfläche zu erhalten und ohne synthetische Pflanzenschutzmittel und ohne mineralische Dünger zu bewirtschaften. Innerhalb der Ackerfläche sind

in Ost-West-Richtung drei Streifen mit einer Regelbreite von 15 m als Lebensraum für die Feldlerche herzurichten.

Die festgesetzten Maßnahmen führen zu einer naturschutzfachlichen Aufwertung von Ackerflächen und dienen u.a. als Ausgleichsmaßnahme für den infolge der geplanten Bebauung zu erwartenden Verlust von 4 Feldlerchenrevieren. Der erforderliche Ausgleich je Revier beträgt 0,5 ha, so dass 2 ha Ausgleich erforderlich sind. Der Geltungsbereich umfasst 4 ha, wovon im Wechsel ca. 2 ha als Blühstreifen gestaltet werden.

Zuordnung

Die Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung ergibt, dass nach Umsetzung der Festsetzungen des Bebauungsplanes ein Bilanzierungsdefizit verbleibt. Das Defizit wird den geplanten Eingriffen aufgrund der Gebietsfestsetzungen zugeordnet und auf den externen Maßnahmenflächen insgesamt ausgeglichen.

Die Zuordnungsfestsetzung ist Voraussetzung dafür, dass bei Bedarf gem. § 135a BauGB die Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen für die Kosten der Ausgleichsmaßnahmen von den späteren Eigentümern (=Eingriffsverursachern) erhoben werden können. Als Verteilungsmaßstab für eine spätere Abrechnung wurde die Schwere der zu erwartenden Eingriffe in Bezug zu der zu erwartenden Versiegelung zu Grunde gelegt.

5.7 Festsetzungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

Zum Schutz und zur Vorbeugung vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes wurde im Rahmen des Aufstellungsverfahrens ein schalltechnisches Gutachten erstellt (AMT Ingenieurgesellschaft mbH 2023).

Dazu wurden die Geräuscheinwirkungen der umliegenden Emissionsquellen auf das Plangebiet sowie die Auswirkungen der Emissionsquellen im Plangebiet auf die Umgebung nach den aktuellen und einschlägigen Regelwerken zum Immissionsschutz erfasst und beurteilt sowie Empfehlungen zum Schallschutz erarbeitet.

Die gutachterliche Ermittlung der Geräuschbelastung im Plangebiet zeigt, dass zum Teil Überschreitungen der schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005 durch den Verkehrslärm zu erwarten sind. Auch die Grenze für gesunde Schlafverhältnisse bei gekipptem Fenster wird im Plangebiet überschritten. Aufgrund des Gewerbelärms aus dem umliegenden Gewerbegebieten treten hingegen keine Überschreitungen der Immissionsrichtwerte der TA Lärm auf.

Weiterhin sind im Gutachten Empfehlungen bezüglich der vom Plangebiet ausgehenden Geräuschquellen (Quartiersgaragen und Freizeitlärm) benannt worden. Anhand der Genehmigungsplanung ist eine erneute Betrachtung der Geräuschquellen notwendig. Der Nachweis der Berücksichtigung der Nachbarschaft ist im Genehmigungsverfahren zu erbringen.

Verkehrslärm im Plangebiet

Da im Plangebiet Überschreitungen der Orientierungswerte sowohl am Tag als auch in der Nacht durch den Verkehrslärm festgestellt werden, sind Maßnahmen zum Schutz vor Verkehrslärm erforderlich. Dabei kommen grundsätzlich in Betracht:

- Aktiver Schallschutz (Lärmschutzwände / -wälle)
- Planerische Maßnahmen (Freiflächen / Mindestabstände, Grundrissgestaltung)
- Passiver Schallschutz (ausreichende Schalldämmung von Außenbauteilen der Gebäude, Einbau von Lüftungseinrichtungen)

Aufgrund der bestehenden großflächigen Verlärmung des Geltungsbereichs A durch Verkehrslärm kann die vollständige Einhaltung eines hinreichenden Schallschutzes allein durch Abstände der geplanten Wohnbebauung von den Lärmquellen nicht erreicht werden. Die Baufelder liegen bereits in den vergleichsweise ruhigen Bereichen des Plangebietes. Eine Einhaltung der Orientierungswerte durch Abstandsflächen ist daher nicht möglich.

Hinsichtlich möglicher Lärmschutzmaßnahmen gilt es zudem zu berücksichtigen, dass Geltungsbereich A durch den Verkehrslärm aus verschiedenen Himmelsrichtungen verlärmt wird. Insbesondere die Stadtbahnstrecke im Osten sowie die Veltenhöfer Straße im Süden tragen relevant zu den Geräuschimmissionen bei. Daher müssten aktive Lärmschutzmaßnahmen den Geltungsbereich A an der Süd- und Ostgrenze sowie teilweise der West-Grenze umfassen und für eine wirksame Abschirmung eine Höhe von ca. 9 m aufweisen. Dadurch entstünde eine die Optik und Wahrnehmung des Stadtraums erheblich negativ beeinflussende Wirkung. Zudem müssten Lücken für eine Zuwegung vorgesehen werden, welche die Abschirmwirkung deutlich mindern.

Aktive (Lärmschutzwände/-wälle) und planerische Schallschutzmaßnahmen (Freiflächen / Mindestabstände) sind großflächig daher nicht sinnvoll umsetzbar. Allerdings ist bei der Grundrissgestaltung der geplanten Gebäude grundsätzlich zu empfehlen, dass schutzbedürftige Räume (insbesondere Schlafräume) an den lärmabgewandten Fassaden angeordnet werden. Zur Bewältigung der dennoch auftretenden Immissionskonflikte kommen darüber hinaus vorrangig passive Lärmschutzmaßnahmen in Betracht.

Schutz von Aufenthaltsräumen

Zur Sicherstellung gesunder Wohnverhältnisse innerhalb von Gebäuden wird als Ergebnis der planerischen Abwägung die Festsetzung von Lärmpegelbereichen mit den entsprechenden Vorgaben von Mindestschalldämmmaßen für Außenbauteile (passiver Schallschutz) gemäß DIN 4109 getroffen.

Der Bebauungsplan setzt die zu berücksichtigenden Lärmpegelbereiche zeichnerisch fest. Bei der Errichtung und Änderung von Gebäuden sind an den Fassaden von schutzbedürftigen Aufenthaltsräumen passive Schallschutzmaßnahmen nach den Bestimmungen für die im Bebauungsplan festgesetzten Lärmpegelbereiche gemäß DIN DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ durchzuführen.

Die Lärmpegelbereiche sind im Bebauungsplan für freie Schallausbreitung dargestellt. Das Plangebiet befindet sich demnach in den Lärmpegelbereichen III bis V.

Lärmpegelbereich III - Maßgeblicher Außenlärmpegel 61 bis 65 dB(A)
Lärmpegelbereich IV - Maßgeblicher Außenlärmpegel 66 bis 70 dB(A)
Lärmpegelbereich V - Maßgeblicher Außenlärmpegel 71 bis 75 dB(A)

Durch die Kenntlichmachung der Lärmpegelbereiche im Bebauungsplan können sich Ansiedlungswillige auf die vorhandene Lärmsituation einstellen und in Anwen-

dung der DIN 4109 für eine geeignete Schalldämmung der Umfassungsbauteile inklusive der Fenster und deren Zusatzeinrichtungen (z. B. Lüftungseinrichtungen) sorgen (passive Schallschutzmaßnahme) entscheiden. Diese sind regelmäßig geeignet, mit einem verträglichen baulichen und finanziellen Aufwand bei der Errichtung der Gebäude den notwendigen Schallschutz zu leisten und werden daher als hinnehmbar angesehen.

Durch die heute übliche Bauweise und der im Allgemeinen einzuhaltenden Bestimmungen (Gebäudeenergiegesetz GEG) ergeben sich – dadurch, dass diese Anforderungen mit den bestehenden baulichen Standards sicher eingehalten werden - bis LPB II in der Regel keine weitergehenden Auflagen an die Außenbauteile. Abhängig vom Fensterflächenanteil und dem Fassaden-Grundflächen-Verhältnis kann dies auch für LPB III zutreffen und dort den baulichen und finanziellen Aufwand für passive Schallschutzmaßnahmen wie schallgedämmte Lüftungen weiter reduzieren. Ab dem Lärmpegelbereich IV sind höhere bauliche Aufwendungen an den Gebäuden erforderlich (massivere Bauweise auch von Wänden und Dächern).

Im Allgemeinen können planerische/ bauliche Schallschutzmaßnahmen bei der Ermittlung des erforderlichen Schalldämmmaßes berücksichtigt werden. So wirken Gebäude entlang der Straße in nicht nur geringem Umfang schallreduzierend auf die rückwertig liegende Bebauung. Ebenso können z. B. durch bauliche Maßnahmen eine sinnvolle Raumorientierung Räume, die ständig zum Schlafen genutzt werden (Schlafzimmer, Kinderzimmer), oder auch Aufenthaltsräume an den von der maßgebenden Schallquelle abgewandten Gebäudeseite angeordnet werden. So kann durch die Eigenabschirmung eine deutliche Pegelminderung an diesen Fassaden erzielt werden.

Die Ermittlung bzw. Dimensionierung der o. g. notwendigen Schallschutzmaßnahmen ist unter Berücksichtigung von Abständen, Hindernissen im Schallausbreitungsweg, baulichen Gebäudeanordnungen und der Gebäudegeometrie vorzunehmen und mittels geeigneter nachvollziehbarer Bauvorlagen der Genehmigungsbehörde vorzulegen. Die Zulässigkeit von Ausnahmeregelungen bei Nachweis im Einzelfall ermöglicht den Bauwilligen flexible Lösungen, solange der Schallschutz gewährleistet ist.

Belüftung von Schlafräumen

In der Nacht treten im gesamten Plangebiet Geräuschimmissionen über 45 dB(A) durch den Verkehrslärm auf. Auch unter Berücksichtigung der Gebäudeabschirmung innerhalb des Plangebiets ergeben sich lediglich an einzelnen Fassaden Geräuschimmissionen von unter 45 dB(A).

Zur Sicherstellung eines ausreichenden Schallschutzes bei Schlafräumen werden daher planerische bzw. baulich-technische Maßnahmen (fensterunabhängigen Belüftung von Schlafräumen) als textliche Festsetzung aufgenommen, mit denen ein ausreichender Schutz des Nachtschlafes auch bei teilgeöffnetem Fenster sichergestellt werden kann.

Schutz der Außenwohnbereiche

Die Stadt Braunschweig strebt bei Neubauvorhaben in der Regel die Einhaltung der Orientierungswerte der DIN 18005 für die jeweilige Gebietsart im Bereich der Außenwohnbereiche an. Dementsprechend sollten Außenwohnbereiche nach Möglichkeit nicht in Bereichen mit Geräuschimmissionen über 55 dB(A) im WA bzw. 60 dB(A) im MU liegen.

In der DIN 18005 sind in Bezug auf Außenwohnbereiche allerdings keine genauen Regelungen getroffen, sodass eine Notwendigkeit zur Durchführung von Schallschutzmaßnahmen rechtlich nicht schon vorliegt, sobald der Orientierungswert der DIN 18005 überschritten werden. Da Außenbereiche üblicherweise einem vorübergehenden Aufenthalt dienen, wurde die Vermeidung schädlicher Geräuschimmissionen und die Sicherstellung einer ausreichenden Sprachverständlichkeit in der Rechtsprechung als ausreichendes Schutzziel eingestuft.

Als Kriterium für eine akzeptable Aufenthaltsqualität, das bei einer Überschreitung der Orientierungswerte von DIN 18005 im Plangebiet herangezogen werden soll, ist die Gewährleistung einer ungestörten Kommunikation über kurze Distanzen (übliches Gespräch zwischen zwei Personen) mit normaler, allenfalls leicht angehobener Sprechlautstärke. In Anlehnung an diese Zielstellung wird im Plangebiet ein Beurteilungspegel jeweils von 58 dB(A) in WA und 63 in MU – d. h. jeweils um 3 dB(A) über den Orientierungswerten der DIN 18005 - als vertretbar angesehen.

Überschreitungen der angestrebten Zielwerte sind bei freier Schallausbreitung durch Straßen- und Schienenverkehr im südlichen Plangebiet entlang der Planstraßen bzw. im nördlichen Plangebiet entlang der Stadtbahnwendeschleife gegeben. Festgesetzt wird daher, dass in den betroffenen Bereichen Außenwohnbereiche nicht zulässig sind, sofern nicht ein weiterer, der Wohneinheit zugehöriger Außenwohnbereich an einer der Lärmquelle (Planstraßen, Wendeschleife) abgewandten Fassade, im direkten Schallschatten des Gebäudes, angeordnet ist.

Alternativ müssen bauliche Schallschutzmaßnahmen umgesetzt werden. Dies kann z.B. durch geschlossene Brüstungen, vorgehängte Glasfassaden, Glaselemente oder andere bauliche, gleichwertige Lärmschutzmaßnahmendurch erreicht werden. Die Abschirmung muss die Einhaltung des für die Tagzeit maßgeblichen, jeweils um 3 dB(A) modifizierten Orientierungswertes der DIN 18005 von 58 dB(A) für Allgemeine Wohngebiete und 63 dB(A) für Urbane Gebiete in der Mitte des Außenwohnbereichs in 2 m Höhe sicherstellen. Damit bleiben Balkone und Loggien auch auf der der lärmbelasteten Straße zugewandten Seite grundsätzlich möglich.

Der Nachweis der Einhaltung des Immissionsgrenzwertes ist im Einzelbauvorhaben zu erbringen. Bei Wohnungen mit mehreren Außenwohnbereichen ist es ausreichend, wenn mindestens einer der Außenwohnbereiche baulich geschlossen ausgeführt wird oder an der lärmabgewandten Gebäudeseite angeordnet ist.

De facto ergeben sich im Plangebiet durch die späteren Bebauungen ausreichend geschützte Bereiche, insbesondere im Schallschatten von Gebäuden (Eigenabschirmung), so dass im Plangebiet grundsätzlich ein angemessenes Angebot an Außenwohnbereichen in "leisen" Bereichen (ohne Schallschutzmaßnahme) als mögliche Kompensation für nutzungseingeschränkte "laute" Außenwohnbereiche entstehen kann. Auch im WA4, das bei freier Schallausbreitung fast im gesamten Baufeld Beurteilungspegel von über 58 dB(A) aufweist, da es sowohl von der Veltenhöfer Straße als auch von der Stadtbahn verlärmt wird, können durch schalltechmisch günstige Stellung des Baukörpers z. B. eine U-förmige Baukörperstellung ruhige von den lärmquellen abgeschirmte Außenwohnbereiche entstehen.

Außenspielbereiche von Kindertagesstätten

Gemäß der einschlägigen Literatur und der allgemeinen Verwaltungspraxis sind auch Außenbereiche für Kinder schutzbedürftige Freiflächen. Demzufolge wird im Stadtgebiet Braunschweigs für Außenspielbereiche von Kindertagesstätten die Einhaltung des Orientierungswertes von 55 dB(A) am Tag auf mindestens der Hälfte

der Außenspielbereiche angestrebt. Dies dient unter anderem einer gesunden Sprachentwicklung der Kinder.

Die gutachterliche Berechnung lässt erkennen, dass der Beurteilungspegel in beiden Kitaflächen teilweise unter 55 dB(A) liegt und die Voraussetzung somit erfüllt ist. Die Festsetzung einer Schallschutzwand ist deshalb nicht erforderlich. Im nachgeordneten Baugenehmigungsverfahren können in Abhängigkeit vom konkreten Standort und Bebauungskonzept Maßnahmen zur Einhaltung des angestrebten Beurteilungspegels festgelegt werden.

Auf Basies freier Schallausbreitung ist mit einer Überschreitung des Beurteilungspegels von 55 dB(A) in einem Großteil des Plangebiets zu rechnen.

Ausnahmen

Im gesamten Plangebiet können individuelle, meist architektonische Maßnahmen den Spielraum für andere, von den Festsetzungen abweichende Schallschutzlösungen ermöglichen. Sollte der erforderliche Schallschutz durch andere Maßnahmen (z. B. vorgehängte Fassaden usw.) nachweislich erreicht werden können, kann von den getroffenen Festsetzungen abgewichen werden. Damit wird sichergestellt, dass keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die geplante Nutzung entstehen können und die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse gewährleistet sind.

Quartiersgaragen

Die gutachterlichen Berechnungsergebnisse zeigen auf, dass die Einhaltung der Immissionsrichtwerte an der angrenzenden Bebauung für ein Allgemeines Wohngebiets (WA) bzw. ein Urbanes Gebiets (MU) lediglich unter Berücksichtigung von Schallschutzmaßnahmen an den Fassaden der Quartiersgaragen möglich ist. Zum Schutz der angrenzenden Bebauung werden daher Schallschutzmaßnahmen an den Fassaden der Quartiersgaragen erforderlich.

Die Fassaden der Quartiersgaragen sind dementsprechend teilweise geschlossen auszuführen bzw. mit schallabsorbierenden Decken in den Parkdecks auszustatten. Alternativ ist es möglich schallabsorbierende Lamellen an den Fassaden der Quartiersgaragen anzubringen, welche die Geräuschabstrahlung deutlich mindern. Nach Herstellerangeben sind hier Schalldämm-Maße von R‘w = 13-20 dB zu erreichen, sodass die angegebenen Anforderungen erfüllt werden. Da die Belüftung des Parkhauses sichergestellt sein muss, stellt dies eine sinnvolle Alternative gegenüber einer teilweise geschlossenen Ausführung der Fassaden dar.

Die konkreten Vorgaben werden im Bebauungsplan nicht festgesetzt, um Spielraum für individuelle, architektonische Lösungen zu ermöglichen. Die Einhaltung der Immissionsrichtwerte an der angrenzenden Bebauung ist bei der Genehmigungsplanung sicherzustellen.

Vorhabenbezogener Sportlärm (Jugendspielflächen)

Die Immissionsrichtwerte für ein Allgemeines Wohngebiet (WA) werden im Umfeld des exemplarisch im südwestlichen Bereich angenommenen Bolzplatzes in einem Abstand von ca. 40 m und für ein Urbanes Gebiet von ca. 11 m unterschritten. Zu den im zentralen Grünzug angenommenen Streetballplatz ist im Allgemeinen Wohngebiet ein Abstand von ca. 25 m notwendig. In diesem Abstand rund um die hier betrachteten Standorte befinden sich keine entsprechenden schutzbedürftigen Nutzungen. Überschreitungen der Immissionsrichtwerte treten demnach nicht auf. Eine

Notwendigkeit zur Umsetzung von Schallschutzmaßnahmen ergibt sich bei entsprechender Anordnung nicht.

Bei einer veränderten Standortwahl sind ggf. Schallschutzwände (hier aufgrund der Höhe der Wohnbebauung voraussichtlich nicht sinnvoll) oder eine verkürzte Nutzungsdauer notwendig. Entsprechende Maßnahmen sind im Rahmen der konkreten Ausplanung zu bestimmen.

5.8 Festsetzungen zur Vermeidung von Schäden durch Starkregen

In den vergangenen Jahren gab es in Braunschweig mehrfach intensivere Starkregenereignisse. Starkregen bezeichnet sehr große Regenmengen, die innerhalb kurzer Zeit fallen, so dass die Leistungsfähigkeit der Entwässerungsanlagen erheblich überschritten wird und selbst die Notüberläufe das abfließende Niederschlagswasser aufgrund ihrer hydraulischen Leistungsfähigkeit oder Beeinträchtigung (z.B. Verstopfung mit Schwemmgut) nicht mehr aufnehmen können.

In diesem Fall staut sich das Niederschlagswasser auf der Oberfläche oder fließt dem Geländegefälle folgend auf der Oberfläche bis zum nächsten Tiefpunkt ab. Solche Starkregenereignisse können zu Überflutungen führen. Je nach Stärke des Ereignisses besteht die Gefahr von erheblichen Personen- und Sachschäden. Durch den Klimawandel ist in Zukunft häufiger und mit solchen extremen Regenereignissen zu rechnen.

Zur Verhinderung oder Minimierung von Schäden sollen die geplanten oberirdische Fließwege das Niederschlagswasser im Plangebiet nach Möglichkeit in Bereiche mit geringem Schadenspotential d. h. in die zentrale Grünfläche (öffentliche Grünfläche 1 und 2) ableiten. Dies gelingt im südlichen Plangebiet, da die straßenbegleitenden Versickerungsmulden in Richtung zum zentralen Grünzug ausgerichtet sind und auch das Gefälle der Straßen und Wege dieser Ausrichtung folgt.

Bei Extremereignissen bzw. nicht funktionsfähiger Notüberläufe können die in Richtung Grünzug ausgerichteten Verkehrsflächen als Fließwege (= Notwasserwegen) genutzt werden. Der Wasserabfluss ist dauerhaft sicherzustellen, damit sich das anfallende Niederschlagswasser nicht staut und das Wasser möglichst schadlos abgeleitet werden kann. Zudem sollten die Verkehrsflächen im Vergleich zum umgebenden Gelände der Wohnbebauung tiefer liegen.

Im nördlich des Grünzuges gelegenen Teil des Baugebietes ist das Gelände flach und bewegt sich auf einer Geländehöhe um ca. 69,25 mNHN, ähnlich wie im angrenzenden Grünzug. In diesem Bereich des Baugebietes kann das Wasser daher nicht in die Grünfläche abgeleitet werden und es besteht aufgrund des relativ ebenen Geländes das Risiko eines flächenhaften Einstaues. Grundsätzlich wäre eine Geländeprofilierung mit einer Anhebung im Norden um mindesten 0,50 m erforderlich, um analog zum südlichen Teil des Baugebietes Fließwege zur oberirdischen Ableitung von Niederschlagswasser bei Extremereignissen im Bereich der Verkehrsanlagen in Richtung Grünzug zu schaffen.

Die Gefahr von erheblichen Personen- und Sachschäden durch Starkregen kann jedoch auch hier deutlich gemindert werden, sofern Gebäudezugänge und Lichtschächte bei Kellergeschossen nicht geländegleich angeordnet, sondern durch Überhöhung vor Überflutung geschützt werden.

Es wird daher festgesetzt, dass Gebäudezugänge (Haustüren, Terrassentüren und Treppenabgänge) sowie Lichtschächte bei Kellergeschossen im gesamten Plangebiet mit einem Sicherheitszuschlag von mindestens 40 cm gegenüber den angrenzenden Verkehrsflächen versehen, hergestellt werden müssen. Sollte es infolge eines Starkregeereignisses zu temporären Überflutungen kommen, kann so die Sicherheit vor Personen- und Sachschäden deutlich erhöht werden.

Bezugspunkt für die Festlegung der Erdgeschossfußbodenhöhe ist die Höhenlage der nächstgelegenen Verkehrsfläche an dem Punkt der Straßenbegrenzungslinie, der der Mitte der straßenzugewandten Gebäudeseite am nächsten liegt.

5.9 Soziale Infrastruktur

Bei Realisierung des Baugebietes werden durch die Zunahme der Bevölkerung auch zusätzliche Bedarfe an sozialer Infrastruktur. Diese sind im Sinne der allgemeinen Vorsorgepflicht der Gemeinde zu prüfen und ggf. zusätzliche bedarfsorientierte Angebote zu schaffen.

Grundschule

Die Grundschule Wenden verfügt aktuell über räumliche Kapazitäten für eine maximale Dreizügigkeit. Die Realisierung von potenziell ca. 700 Wohneinheiten führt dazu, dass die Grundschule an ihre räumliche Kapazitätsgrenze gelangt. Es wird daher die Notwendigkeit gesehen, die Grundschule Wenden von einer 3-zügigen zu einer 4-zügiggen Grundschule zu erweitern. Angedacht ist der Ausbau zu einer Kooperativen Ganztagsschule.

Der Ausbau der Schulen kann durch Nachverdichtung am bestehenden Standort unter Ausnutzung des geltenden Planungsrechts erfolgen. Das benachbarte Lessinggymnasium, das derzeit noch Räume der Grundschule Wenden nutzt, wird aktuell bereits erweitert.

Kindergartenplätze

Mit der Realisierung des Baugebietes ergibt sich darüber hinaus auch ein zusätzlicher Bedarf an Krippen- und Kindergartenplätzen, der in vorhandenen Einrichtungen im Ortsteil Wenden nicht gedeckt werden kann.

Zur Deckung des örtlichen Bedarfs besteht im Plangebiet daher die Notwendigkeit zur Schaffung von Planungsrecht für den Bau weiterer Einrichtungen. Aufgrund der zu erwartenden Anzahl an Gruppen ist eine Aufteilung auf zwei Standorte jeweils maximal 5 Gruppen erforderlich. Je Standort werden daher rund 4.000 m^2 Gemeinbedarfsflächen mit Zweckbestimmung Kindertagesstätte festgesetzt.

Jugend- und Kinderspielfläche

Die bestehenden Spielflächen im Spielplatzbezirk werden den aus dem Baugebiet entstehenden Bedarfe an Kinder- und Jugendspielflächen nicht decken können. Im Plangebiet sollen daher weitere Spielflächen entstehen bzw. in die festgesetzten öffentlichen Grünflächen integriert werden.

Der Fehlbedarf von rund 2.700 m² an Jugendspielfläche ist aus schalltechnischer Sicht vorzugsweise in den südlichen Grünflächen (öffentliche Grünflächen 3 und 4) unterzubringen. Weniger lärmintensive Jugendspielangebote können jedoch auch in die zentrale Grünfläche (öffentliche Grünflächen 1 und 2) integriert werden. Darüber hinaus sollen in den Grünflächen (öffentliche Grünflächen 1 -4) zur Deckung des

Bedarfs und Sicherstellung einer guten Erreichbarkeit mehrere Kinderspielflächen in einer Gesamtgröße von insgesamt rund 1.200 m² entstehen. Auf eine konkrete Festsetzung der Lage wird bewusst verzichtet, um Spielräume für die weitere Ausgestaltung der Grünflächen vorzuhalten.

Neben Spielangeboten für Kinder und Jugendliche sind in den öffentlichen Grünflächen 1-4 zudem auch Spielangeboten für alle Generationen in einer Größe von rund 500 m² sowie Möblierungen zum Aufenthalt und die Anlage von Freizeitwegen vorgesehen. Sie sollen zu einen attraktiven Wohnumfeld beitragen und dafür sorgen, dass sich alle Bewohner des Quartiers in ihrem Lebensumfeld wohlfühlen.

5.10 Weitere technische Infrastruktur

Die Ver- und Entsorgung des Plangebietes (Trinkwasser, Abwasser, Elektrizität, Abfallentsorgung, Kommunikationstechnik) erfolgt durch die jeweiligen Träger auf Grundlage der geltenden Rechtsvorschriften. Erforderliche Leitungen werden überwiegend im Bereich von öffentlichen Straßenverkehrs- und Grünflächen vorgesehen. Darüber hinaus werden im Plangebiet erforderliche Flächen für Versorgungsanlagen planungsrechtlich gesichert.

5.10.1 Energieversorgung

Für die elektrische Versorgung des Verteilnetzes ist im nördlichen und im südlichen Bereich jeweils eine Ortsnetzstation festgesetzt.

Klimafreundliches Energiekonzept

In Abstimmung mit dem Versorgungsträger ist die weitestgehend klimaneutrale Wärmeversorgung über ein an eine Energiezentrale angeschlossenes Nahwärmenetz vorgesehen. Die vorliegende Konzeptstudie (Anforderungen einer klimaneutralen Wärmeversorgung an den B-Plan, BS|ENERGY, September 2022) belegt, dass der überwiegende Anteil der Wärme vorrausichtlich über Umweltwärme bereitgestellt werden kann. Eine abschließende Beurteilung der Umsetzbarkeit wird erst im Zuge der vertieften Machbarkeitsstudie erfolgen.

Für die Umsetzung des Konzepts ist gemäß Konzeptstudie eine Energiezentrale erforderlich. Daher ist im Plangebiet ist ein entsprechender Standort im Sondergebiet SO2 vorgesehen. Die für die Wärmeerzeugung des Gebiets erforderlichen Geothermie Sonden (nach erster Abschätzung gemäß Konzeptstudie rund 300 Bohrungen bzw. mind. rund 2,5 ha unversiegelte Flächen) lassen sich unterirdisch in den beiden öffentlichen Grünflächen unterbringen. Ein Konflikt mit den angedachten Nutzungen (Freizeit, Erholung, Spiel-, Versickerungsflächen etc.) ist nicht zu erwarten. Da die Anforderungen an Flächennutzungen für die Erzeugung erneuerbarer Energie von im Planverfahren berücksichtigt wurden, stehen die Festsetzungen des Bebauungsplanes der Umsetzung des Energiekonzepts grundsätzlich nicht entgegen.

Zusätzliche Optionen wie die Nutzung des Mittellandkanals, des städtischen Abwassers oder von Umgebungsluft als Wärmequelle sind denkbar. Konkrete Regelungen im sind im Plangebiet zur Umsetzung nicht erforderlich.

Um darüber hinaus den Strombezug aus dem Netz weitest möglich zu reduzieren und so die geforderte CO_2-Neutralität zu erreichen ist es weiterhin wichtig, dass eine großflächige Solaranlage genutzt werden kann. Im Plangebiet stehen hierfür nicht ausreichend Flächen zur Verfügung. Es muss daher auf Flächen außerhalb des Plangebiets zurückgegriffen werden, die nach Möglichkeit in räumlicher Nähe zum

Baugebiet stehen und die wirtschaftlich vertretbar über eine eigene Stromleitung an die Energiezentrale angeschlossen werden könnten. Die Umsetzung der Freiflächen-PV-Anlagen soll außerhalb dieses Bebauungsplanverfahrens erfolgen.

5.10.2 Schmutzwasser- und Niederschlagswasser

Schmutzwasser

Es ist ein Anschluss an die vorhandene Schmutzwasserkanalisation vorgesehen.

Dezentrale Niederschlagsentwässerung

Zum Aspekt der Entsorgung des Niederschlagswassers im Baugebiet wird u. a. auf das Regenwasserbewirtschaftungskonzept der Ingenieurgesellschaft Prof. Dr.-Ing. E. Macke mbH verwiesen. Vorgesehen ist der weitgehende Verzicht auf die verrohrte Ableitung des Niederschlagswassers. Ziel ist es, die lokale Grundwasserneubildung sowie die Verdunstung dem natürlichen Wasserkreislauf anzugleichen und positive Effekte der Stadtklimatisierung zu erzielen.

Um den Ansätzen eines naturnahen Wasserhaushaltes möglichst nahe zu kommen und die mit den Eingriffen einhergehende negativen Auswirkungen zu minimieren, soll das Niederschlagswasser der ausgewiesenen Baulandflächen daher möglichst ortsnah versickert bzw. verdunstet werden. Lediglich die Notüberläufe der Mulden-/Retentionsflächen werden an Regenwasserkanäle angeschlossen. Für die Notentwässerung ist daher der Bau von Regenwasserkanälen mit Anschluss an den bereits bestehenden Regenwasserkanal im Heideblick vorgesehen.

Die Ableitung und Versickerung des auf den öffentlichen Flächen anfallenden Niederschlagswassers wird im Wesentlichen über die straßenbegleitenden Versickerungsmulden erfolgen. Das Muldensystem ist Bestandteil der Verkehrsflächen und im Rechtsplan entsprechend festgesetzt.

Auch auf privaten Baugrundstücken ist gemäß § 84 Abs. 3 Nr. 8 NBauO die dezentrale Versickerung von Niederschlagswasser festgesetzt. Sinnvoll ist es hier Maßnahmen zur Retention (Abflussverzögerung), Nutzung und Versickerung von Niederschlagswasser miteinander zu kombinieren. Eine wichtige Komponente spielen dabei die festgesetzten Gründächer. Auf Grundstücken auf denen nur eine relativ geringe Fläche zur Integration von Versickerungslösungen zur Verfügung steht, wird die Verwendung von Gründächern mit Retentionsfunktion empfohlen, die auch mit Photovoltaik-Anlagen kombiniert werden können

Darüber hinaus kann zur Regenwasserbewirtschaftung u. a. auch die Zwischenspeicherung von unverschmutztem Regenwasser mit dem Ziel einer Nutzung z.B. zur Gartenbewässerung gehören. Die Speicherung und/oder Nutzung von Regenwasser kann die einer Versickerungsanlage oder einem Regenwasserkanal zufließende Wassermenge zwar reduzieren, allerdings hat die Zwischenspeicherung von Regenwasser keinen Einfluss auf die Dimensionierung von Anlagen z.B. zur Versickerung oder Ableitung, da diese auch funktionieren müssen, wenn die Speicher gefüllt sind.

Im Zuge der Bemessung von oberirdischen Anlagen (zum Beispiel Versickerungsmulden) ist zudem zu beachten, dass auch abfließende Starkniederschläge möglichst keine Schäden verursachen.

Die Anwendung jedes Verfahrens zur Regenversickerung bedarf in jedem Fall einer detaillierten Prüfung des Einsatzes anhand der örtlichen Randbedingungen (kf-Wert

und mittlerer höchster Grundwasserstand) und einer anschließenden Planung der Anlage mit wasserrechtlicher Genehmigung. Auf privaten Grundstücken empfiehlt es sich daher einen Entwässerungsplaner hinzuzuziehen und im Rahmen eines Bodengutachtens die lokale Durchlässigkeit des Bodens zu ermitteln.

Ein Anschluss an die öffentliche Kanalisation, ist im Plangebiet nur ausnahmsweise zulässig, wenn die Durchlässigkeit des Bodens für eine Versickerung auf dem eigenen Grundstück nachweislich nicht gegeben ist oder um Schäden aus stärkeren Regenereignissen zu minimieren (Notentwässerung). Das Niederschlagswasser der unmittelbar an den Grüngürtel angrenzenden Bebauung insbesondere der Gemeinbedarfsflächen, kann in Abstimmung mit der unteren Wasserbehörde auch in die Muldenfläche des zentralen Grünzuges geleitet werden.

Notentwässerung bei stärkeren Regenereignissen

Die Mulden- bzw. Retentionsflächen werden auf ein Niederschlagsereignis einer bestimmten Jährlichkeit und Dauer ausgelegt (Bemessungsregen). Eine Überschreitung des mit dem Bemessungsereignis verbundenen Regenvolumens während der zugehörigen Regendauer z.B. bei stärkeren Regenereignissen mit hoher Intensität kann zu Überlastung führen. Aus diesem Grund sollen die Mulden bzw. Retentionsräume über einen Notüberlauf verfügen, der die nicht aufnehmbaren Wassermengen gezielt und schadlos abführt. Die Abführung dieser Wassermengen wird als Notentwässerung bezeichnet.

Notüberläufe sind gemäß Regenwasserbewirtschaftungskonzept an folgenden Entwässerungsanlagen zu berücksichtigen:

- Versickerungsanlagen von Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäusern,
- Versickerungsanlagen an den Pkw-Stellplatzanlagen,
- Retentions-Gründächer mit und ohne Rigolen an Mehrfamilienhäusern,
- straßenbegleitende Versickerungsmulden und
- zentraler Grünzug

Für den Anschluss dieser Notüberläufe ist der Bau von Regenwasserkanälen vorgesehen:

A. südlich des zentralen Grünzuges: in der Erschließungsringstraße mit Anschluss an den RW-Transportkanal aus dem 1. BA in der Straße Heideblick und
B. nördlich des zentralen Grünzuges: in der Straße Heideblick (nördliche Baugebietsgrenze) sowie der Erschließungsstraße mit Wendehammer mit Anschluss an den RW-Transportkanal aus dem 1. BA in der Straße Heideblick
C. Zum Anschluss der Notüberläufe von privaten Versickerungsanlagen sollte geprüft werden, ob in den Geh-/Radwegen zusätzliche Regenwasserkanäle angeordnet werden müssen.

5.10.3 Wertstoffcontainer

Zur Sicherstellung der Wertstoffentsorgung sind im Geltungsbereich A drei Wertstoffcontainerstationen vorgesehen: Eine bestehende Sammelstelle Am Heideblick wird planungsrechtlich gesichert, je eine weite Sammelstelle kommt im nördlichen sowie im südlichen Teilbereich des Gebiets aufgrund des aus dem Neubaugebiet entstehenden Bedarfs hinzu. Bei der Wahl der Standorte wurden neben betrieblichen Abläufen auch eine möglichst geringe Beeinträchtigung von Anwohnern berücksichtigt. Für den südlichen Standort ist eine Unterflur-Station vorgesehen, was die Abstandsnotwendigkeiten zur Wohnbebauung deutlich reduziert.

5.10.4 Telekommunikation

Im Plangebiet wird eine Fläche für Versorgungsanlagen gesichert. Die Festsetzung nimmt die bestehende Nutzung des Standorts für Versorgungsanlagen und -einrichtungen Telekommunikation auf.

5.11 Solarpflicht

Eine Pflicht zum Einbau von Photovoltaikanlagen für die Stromerzeugung auf Dächern ist bereits in § 32a Niedersächsische Bauordnung (NBauO) verankert. Die Änderung trat am 6. Juli 2022 in Kraft. Gefordert wird in der NBauO, dass bei der Errichtung von Wohngebäuden und Gebäuden mit einer Dachfläche ≥ 50 m² mindestens 50 % der Dachflächen mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden. Im Einzelfall kann von dieser Pflicht abgewichen werden. Die Pflicht gilt als erfüllt, wenn eine Solarthermie in der gleichen Größenordnung installiert wurde.

Die Pflicht für die Stromerzeugung wird durch die NBauO jedoch zunächst schrittweise eingeführt und gilt für Baumaßnahmen mit Bauantrag, Antrag auf bauaufsichtliche Zustimmung bzw. Mitteilung für genehmigungsfreie Vorhaben bei Gewerbeimmobilien und bei offenen Parkplätzen oder Parkdecks mit > 50 Kfz-Stellplätzen über geeigneter Einstellplatzfläche bereits seit dem 01.01.2023. Bei sonstigen Gebäuden (außer Wohngebäuden) ab dem 01.01.2024.

Bei Wohngebäuden ist ab 01.01.2023 ist zwar die Tragkonstruktion des Gebäudes so zu bemessen, dass auf allen Dachflächen Photovoltaikanlagen errichtet werden können, die Pflicht für die Stromerzeugung tritt gemäß NBauO jedoch erst ab 01.01.2025 in Kraft. Die in den Textlichen Festsetzungen getroffenen Regelungen sollen vor dem Hintergrund der städtebaulichen Ziele insofern sicherstellen, dass die Solarpflicht im Plangebiet auch für Wohngebäude bereits vor Eintritt der in der NBauO genannten Frist gilt.

Die Festsetzung gem. §9 Abs. 1 Nr. 23b BauGB dient der Sicherung einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung und dem Klimaschutz und entspricht damit den Zielen des vom Rat beschlossenen Klimaschutzkonzepts. Sie ist ausdrücklich als Mindestanforderung zu verstehen (Solarmindestfläche). Darüberhinausgehenden Forderungen, die sich aus dem Bauordnungsrecht oder anderen öffentlich-rechtlichen Vorgaben ergeben können (z. B. Gebäudeenergiegesetz) bleiben unberührt.

Das Plangebiet befindet sich im Nahbereich des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg. Durch geeignete Maßnahmen wie z.B. Antireflexbeschichtungen der Photovoltaik-Module ist daher sicherzustellen, dass es zu keiner Blendung von Luftverkehrsteilnehmern kommt.

5.12 Örtliche Bauvorschriften

Ziel der gestalterischen Vorschriften ist ein ausgewogenes und harmonisches Stadtbild, das für seine Bewohnenden ein lebenswertes und attraktives Wohnumfeld schafft. Zudem sind in den örtlichen Bauvorschriften auch ökologische Regelungen zur Versickerung von Niederschlagswasser vorgesehen. Ferner werden Festsetzungen zum Nachweis der Fahrradstellplätze getroffen.

5.12.1 Geltungsbereich und Anlass

Die örtliche Bauvorschrift gilt für den gesamten Geltungsbereich A mit Ausnahme der nachrichtlich übernommenen Flächen.

5.12.2 Dächer

Aus städtebaulichen, baugestalterischen und ökologischen Gründen werden im gesamten Plangebiet Flachdächer und flach geneigte Dächer bis zu 15 Grad Dachneigungen vorgesehen. Durch die Festsetzung entsteht im Hinblick auf die Außenwirkung eine ruhige und zeitgemäße Dachlandschaft.

Zudem stellen die zu begründenden Flachdächer eine wichtige Komponente im Zusammenspiel von Retention, Drosselung und Verdunstung von Niederschlagswasser dar. Je nach Substrathöhe wird das Niederschlagswasser unterschiedlich lange gehalten und fließt dann abzüglich der Verdunstungs- und Transpirationsrate ab.

Die Kombination eines grünen Flachdachs mit aufgeständerter Solaranlage ist möglich und sie bietet sogar Vorteile: da der Wirkungsgrad von Solarzellen auch temperaturabhängig ist und die sommerliche mittägliche Aufheizung somit die Stromproduktion reduziert, kann eine geschickt platzierte PV-Anlage auf einem Gründach durch Kühlung einen Mehrertrag liefern.

5.12.3 Werbeanlagen

Grundsätzlich ist Werbung zur Erleichterung der Orientierung und für eine entsprechende Darstellung der örtlichen Einrichtungen und Betriebe nach Außen sinnvoll und notwendig. Da jedoch Werbeanlagen erheblichen Einfluss auf die Qualität des Stadtbildes ausüben, werden Art und Umfang im Rahmen der örtlichen Bauvorschrift begrenzt.

Werbeanlagen sind grundsätzlich nur zur Eigenwerbung und nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Ausnahmsweise kann zur besseren Auffindbarkeit auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen eine Werbeanlage je Baugrundstück zugelassen werden. Werden über eine Zufahrt mehrere Betriebe oder Einrichtungen erschlossen, sollen die Hinweise auf die einzelnen Betriebe jedoch in einer Sammelanlage zusammengefasst werden. Diese Festsetzungen berücksichtigt das Bedürfnis der Firmen auffindbar zu sein und sich in geeigneter Weise darzustellen, eine zu große Dominanz oder Störwirkung gegenüber der angrenzenden Wohnbebauung soll jedoch vermieden werden.

Da insbesondere von Anlagen mit sich turnusmäßig verändernder Werbedarstellung, wie z.B. LED-Bildschirme, Rollbänder, Filmwände oder CityLight-Boards, blinkende Werbeanlagen, Wechsellicht, Lauflichtbänder, Skybeamer und akustische Werbeanlagen, nachteilige Auswirkungen auf das Wohnumfeld zu erwarten sind werden sie im Plangebiet generell ausgeschlossen.

5.12.4 Einfriedungen

Einfriedungen insbesondere entlang der Grenzen zum öffentlichen Raum haben auf die Qualität von Straßen, Wegen und Plätzen, aber auch von öffentlichen Grünanlagen großen Einfluss. Sie werden im Plangebiet daher bis auf eine Höhe von maximal 1,50 m über dem Bezugspunkt und hinsichtlich ihrer Materialität beschränkt, um

eine massive und abweisende Barrierewirkung zum öffentlichen Raum zu verhindern und ein ruhiges harmonisches Erscheinungsbild sicherzustellen.

Mit dem gewählten Materialkanon ist ein ausreichender individueller Gestaltungsspielraum gewährleistet.

5.12.5 Niederschlagswasser

Auf Grundlage des Regenwasserbewirtschaftungskonzeptes ist im gesamten Plangebiet die dezentrale Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers vorgesehen. Ziel ist es, die lokale Grundwasserneubildung sowie die Verdunstung dem natürlichen Wasserkreislauf anzugleichen und positive Effekte der Stadtklimatisierung zu erzielen.

Aus ökologischen Gründen wird die Versicherung von Niederschlagswasser auf dem Baugrundstück festgesetzt. Es ist darauf zu achten, dass kein Oberflächenwasser das Grundstück unkontrolliert verlässt – die Überflutungssicherheit muss von den Grundstückseigentümerinnen hergestellt und gewährleistet werden. Daraus ergibt sich für Eigentümer die Pflicht, die Funktionsfähigkeit der Elemente aufrecht zu erhalten und gewährleisten.

Um sicherzustellen, dass das Wasser auf dem jeweiligen Grundstück auch tatsächlich versickern kann, sollte vor Baubeginn nach Möglichkeit eine erweiterte Baugrunduntersuchung durchgeführt werden. Ein Anschluss an die öffentliche Kanalisation ist nur ausnahmsweise möglich, wenn die Durchlässigkeit des Bodens für eine Versickerung auf dem Grundstück nachweislich nicht gegeben ist bzw. um Schäden aus stärkeren Regenereignissen zu minimieren (Notentwässerung).

Von der Pflicht zur Versickerung auf dem eigenen Grundstück ausgenommen sind die Gemeinbedarfsflächen, da die Anordnung einer Versickerungsmulde auf den Freiflächen der Kitas in der Regel aus Sicherheitsgründen nicht möglich ist. In diesem Fall sollte das anfallende Niederschlagswasser direkt in den angrenzenden öffentlichen Grünflächen zur Versickerung gebracht werden.

5.12.6 Einstellplätze

Am 1.7.2024 ist die Änderung der NBauO in Kraft getreten. Damit entfällt an dieser Stelle die Rechtsgrundlage für die Festsetzung eines Stellplatzschlüssels für den Wohnungsbau. Den Kommunen wird somit die Hoheit entzogen, je nach den örtlichen Bedürfnissen individuelle Regelungen zu treffen. Dazu gehört auch die Möglichkeit, von Bauherren Mobilitätskonzepte anstelle von PKW-Stellplätzen zu verlangen.

Da eine entsprechende Verpflichtung nicht mehr mittels einer örtlichen Bauvorschrift herbeigeführt werden kann, beabsichtigt die Stadt Braunschweig in Absprache mit der Erschließungsträgerin die Bauherrinnen und Bauherren insbesondere bei größeren Wohnbauvorhaben vertraglich über verpflichtende Vorgaben im Rahmen des Grundstücksverkaufs zum Nachweis einer Mindestzahl von Stellplätze bzw. zur anteiligen Kostenübernahme in der Quartiersgarage zu verpflichten. (siehe auch 5.4.2)

5.12.7 Fahrradabstellanlagen

Der Fahrradverkehr gewinnt im Rahmen städtebaulicher, verkehrlicher, umweltbezogener und sozialer Zielsetzungen weiter an Bedeutung, weil er erheblich zur Vermeidung von motorisiertem Individualverkehr und der damit verbundenen negativen Folgen beitragen und stattdessen umweltschonende Mobilität schaffen kann. Im Plangebiet sind die Verkehrsflächen grundsätzlich so bemessen, dass gesonderte Bereiche für öffentliche Fahrradabstellanlagen genutzt werden können.

Darüber hinaus ist es jedoch erforderlich, dass auch auf privaten Flächen eine entsprechende Infrastruktur vorgehalten wird. Mit dem Bauantrag ist darzustellen, wie die notwendige Zahl an Fahrrädern in die Gesamtplanung eingebunden wird. Damit wird nicht zuletzt dem steigenden Bedarf an Fahrrädern Rechnung getragen und der positive Trend hin zum Rad im Sinne der Mobilitätswende unterstützt.

Anzahl der Abstellplätze

Die nachzuweisende Anzahl der Abstellplätze ergibt sich je nach Nutzung aus dem erwartenden Zu- und Abfahrtsverkehr mit Fahrrädern. Ist für einen konkreten Fall keine entsprechende Nutzung in den textlichen Festsetzungen aufgeführt, wird der Bedarf in Anlehnung an vergleichbare Nutzungen ermittelt.

Beschaffenheit (Mindestanforderungen)

Jeder einzelne Abstellplatz muss von der öffentlichen Verkehrsfläche aus ebenerdig oder über geeignete Rampen (maximale Neigung von 10%, Mindestbreite von 2 m) leicht erreichbar und direkt zugänglich sein. Ungeeignet sind beispielsweise Schiebespuren an Treppen, Schieberampen mit einer Neigung von mehr als 10 %.

Fahrradstellplätzen für ständige Nutzer (Bewohnende und Beschäftigte) müssen grundsätzlich abschließbar, beleuchtet und witterungsgeschützt sein (z. B. Fahrradraum/-schuppen).

Fahrradabstellanlagen für Besucher müssen eingangsnah auf dem Freigelände errichtet werden und das sichere anschließen der Fahrräder ermöglichen. Dazu können u. a. Fahrrad-Ordnungssysteme dienen.

Eine Lademöglichkeit für Pedelecs ist für 25% der nachzuweisenden Fahrradstellplätze vorzusehen.

6 Gesamtabwägung

Im Folgenden werden die wesentlichen Aspekte, die im Rahmen der Planung zu berücksichtigen und in die Abwägung einzustellen sind, zusammenfassend beschrieben und bewertet. Nähere Angaben und Bewertungen, die zur Gesamtabwägung- und Entscheidung geführt haben, sind in den betreffenden Kapiteln von Begründung und Umweltbericht wiedergegeben. Auf Wiederholungen der teils komplexen Zusammenhänge wird deshalb an dieser Stelle ausdrücklich verzichtet.

An der Realisierung des Baugebietes besteht aus folgenden Gründen ein gewichtiges öffentliches Interesse:

Auf der Basis der Wohnungsprognose der Stadt Braunschweig vom Mai 2023 (InWis Forschung und Beratung GmbH, Bochum) wird je nach Variante der Bevölkerungsentwicklung ein weiterer Bedarf an Wohnraum bis 2035 von 8.000 bis 11.800 Wohneinheiten ermittelt. Von diesen Wohneinheiten wird ein Großteil (5.700 Wohnungen) im Zeitraum bis 2025 benötigt. Wie unter „Anlass und Ziel der Planung“ dargestellt, hat die Bereitstellung von Wohnbauflächen eine sehr hohe Priorität im Stadtgebiet Braunschweigs. Mit dem Baugebiet „Wenden-West 2. BA“ soll aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage nach Baugrundstücken, insbesondere für den Geschosswohnungsbau mit bezahlbarem Wohnraum, ein für den Stadtteil angemessenes Angebot an Wohnbauflächen geschaffen werden. Die Nähe zu bestehenden Wohnquartieren sowie zur Infrastruktur von Wenden und die gute Anbindung an das öffentliche Bus- und Straßenbahnliniennetz begünstigen die angestrebten Entwicklung der Flächen.

Im Hinblick auf den Aspekt Gesundheit und zum Schutz der Bevölkerung werden im Bebauungsplan als Ergebnis der planerischen Abwägung Maßnahmen zum Lärmschutz festgesetzt.

Beeinträchtigungen im Sinne des Klimaschutzes können bei der Entwicklung neuer Baugebiete nicht vollumfänglich ausgeglichen oder vermieden werden. Daher gilt es, die den Klimaschutz betreffenden Auswirkungen zu minimieren. Die verhältnismäßig gute Versorgungslage und Anbindungen an den ÖPNV, das engmaschige Fuß- und Radwegenetz und kurze Wege zu Infrastruktureinrichtungen sowie die Umsetzung des Mobilitätskonzepts, sollen eine mindernde Wirkung auf das zukünftige motorisierte Verkehrsaufkommen und die damit verbundenen Treibhausgasemissionen besitzen. Bei Umsetzung des Energiekonzeptes zur CO_2 neutralen Wärmeversorgung des Quartiers können zudem die zu erwartenden Treibhausgasemissionen aus dem Energiesektor gemindert werden.

Die Bebauung und Versiegelung der Flächen im Bereich einer Kaltluftleitbahn wird darüber hinaus die Belüftung des Plangebietes und der angrenzenden Gebiete erschweren und den Anteil wärmespeichernder Oberflächen erhöhen, was zu negativen kleinklimatischen Effekten führen kann. Diese werden jedoch durch festgesetzte Maßnahmen (Gebäudestellung, Dachbegrünung, Durchgrünung, dezentrale Speicherung und Versickerung des Regenwassers sowie Erhalt der Grünflächen als Kaltluftleitbahn usw.) vermindert.

Festsetzungen zur Eingrünung und Durchgrünung des Baugebietes dienen allgemein zur Eingriffsminimierung wie zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen der Schutzgüter Pflanzen- und Tierwelt, Klima und Luft, Wasser, Orts- und Landschaftsbild sowie Mensch und Gesundheit. Die Sicherung und der Ausbau der Grünzüge mit Freizeitfunktionen schafft zudem attraktive Freiräume. Die in die

Grünflächen eingebundene Spielflächen für Kinder, Jugendliche und alle Generationen machen das spätere Wohngebiet besonders familienfreundlich und sollen das Quartier beleben.

Die trotz der beschriebenen und im Bebauungsplan in Geltungsbereich A berücksichtigten Vermeidungs-, Verhinderungs- und Verringerungsmaßnahmen verbleibenden erheblichen Eingriffsfolgen können durch Ausgleichsmaßnahmen in den Geltungsbereichen B, C, D und E kompensiert werden. Erhebliche Beeinträchtigungen besonderer Schutzgüter von Natur und Landschaft verbleiben somit nach Realisierung aller Maßnahmen nicht.

Allerdings geht der Landwirtschaft durch die Inanspruchnahme von Flächen dauerhaft Ackerland verloren. Ersatzland steht in vertretbarer Nähe des Plangebiets derzeit nicht zur Verfügung. An dieser Stelle wird der Schaffung dringend benötigter Wohnbauflächen jedoch ein höheres Gewicht gegeben als den Belangen der Landwirtschaft sowie der alleinigen Vermeidung von Flächeninanspruchnahme. Durch die Nutzung der infrastrukturell gut angebundenen Lage des Baugebiets kann die Inanspruchnahme von Flächen in ortsferner Lage oder sogar Nachbargemeinden vermieden werden.

Unter Berücksichtigung der zu erwartenden, vergleichsweise geringen, negativen Auswirkungen auf die Schutzgüter allgemein werden diese gegenüber der städtebaulich wichtigen Funktion der Wohnraumbereitstellung im Ortsteil zurückgestellt. Somit ist die vorgesehene Planung in der Gesamtabwägung mit einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung, den sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen vereinbar und gewährleistet eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung.

Es ist davon auszugehen, dass die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse, die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung, die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung sowie die Belange des Umweltschutzes im Rahmen der Planung miteinander gerecht abgewogen worden sind.

7 Zusammenstellung wesentlicher Daten

7.1 Geltungsbereich A

Nachrichtliche Übernahme (Stadtbahn)	ca. 0,89 ha
Allgemeine Wohngebiete	ca. 7,16 ha
Urbane Gebiete	ca. 0,80 ha
Sondergebiete	ca. 0,84 ha
Flächen für Gemeinbedarf	ca. 0,81 ha
Versorgungsflächen	ca. 0,14 ha
Öffentliche Grünflächen	ca. 3,40 ha
Straßenverkehrsflächen	ca. 2,60 ha
Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung	ca. 1,75 ha
Geltungsbereich A gesamt	**ca. 18,39 ha**

7.2 Ausgleichsflächen

Geltungsbereich B (Wenden)	ca. 0,93 ha
Geltungsbereich C (Veltenhof)	ca. 1,89 ha
Geltungsbereich D (Waggum)	ca. 1,56 ha
Geltungsbereich E (Rüningen)	ca. 4,01 ha

8 Wesentliche Auswirkungen des Bebauungsplanes

8.1 Maßnahmen

Als Voraussetzung für die Realisierung des Baugebietes sind zum einen die Schaffung der technischen Erschließungsmaßnahmen (Straßenbau sowie Ver- und Entsorgung) zu nennen. Des Weiteren erfolgt die Herrichtung der öffentlichen Grünfläche inklusive des Ausbaus der Retentionsflächen, die Herrichtung von Kinder- und Jugendspielflächen sowie die Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen. Diese sind entsprechend den jeweiligen textlichen Festsetzungen zeitlich an die Erschließungsarbeiten gekoppelt. Es ist beabsichtigt, dass die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) als Erschließungsträgerin für das Baugebiet auftritt.

8.2 Kosten und Finanzierung

8.2.1 Städtebaulicher Vertrag

Vor dem Satzungsbeschluss wird mit der Erschließungsträgerin ein städtebaulicher Vertrag über die Übernahme der mit diesem Bebauungsplan verbundenen Maßnahmen und deren Kosten abgeschlossen.

Die Übernahme von Folgekosten muss i. S. v. § 11 BauGB angemessen sein und in einem unmittelbaren zeitlichen und sachlichen Zusammenhang zur Erschließung des Baugebietes stehen.

Im Wesentlichen umfassen die Folgekosten alle Maßnahmen zum Bau von Straßen einschließlich Mulden sowie Ver- und Entsorgungsleitungen, die Anlagen von Grünflächen einschließlich Retentionsflächen, Kinder- und Jugendspielangebote sowie

Maßnahmen zum Ausgleich und Ersatz. Darüber hinaus sollen im Vertrag auch Maßnahmen für die soziale Infrastruktur, wie auch der soziale Wohnungsbau gesichert werden. Außerdem wird es eine Regelung zur Anteiligen Finanzierung der Fuß- und Radwegequerung über die Stadtbahngleise geben. Ausgenommen sind Kosten zur Deckung des überörtlichen Bedarfs, die die Stadt zu tragen hat.

Im städtebaulichen Vertrag soll zudem vereinbart werden, dass im Plangebiet eine Quote von mindestens 30 % des Wohnraumes mit Belegungs- und Mietpreisbindung und mindestens 10 % der zulässigen Wohnfläche für das mittlere Preissegment vorzusehen ist. Weiterhin sind für das gemeinschaftliche Wohnen Grundstücksflächen von insgesamt ca. 2.000 bis 2.750 m² vorzuhalten.

Grundstücke für den Wohnungsbau und die gemischt genutzten Gebäude (Urbanes Gebiet) sollen über Konzeptvergaben in die Realisierung geführt werden. Im Rahmen von Konzeptvergaben werden Grundstücke nicht ausschließlich zum Höchstpreis, sondern im wettbewerblichen Verfahren nach der Qualität des von den Bewerbern geforderten Konzeptes vergeben bzw. veräußert werden. Das Konzept kann dabei sowohl einen Nutzungsvorschlag als auch die hochbauliche Gestaltung oder beides beinhalten. Bewertet werden etwa die Erfüllungsgrade der vorgegeben ökologischen, sozialen sowie städtebaulichen und architektonischen Kriterien oder auch quantitative oder qualitative Programmvorgaben.

Finanzielle Auswirkungen

Die Grundstücksgesellschaft trägt grundsätzlich die Kosten für alle Maßnahmen, die ihr mit dem städtebaulichen Vertrag übertragen werden. Um die Angemessenheit der finanziellen Belastung der GGB zu gewährleisten, werden jedoch nicht alle Folgekosten der GGB zugeordnet. Die Errichtung der beiden Kitas soll über einen Investor ggf. über alternative Beschaffung erfolgen. Somit fallen keine Investitionskosten, sondern Mietzahlungen an. Diese müssen im Haushalt gesichert werden. Bei den Kostenschätzungen handelt es sich um aktuelle Bruttoangaben. Sie unterliegen zukünftig mindestens einer jährlichen Steigerung durch den jeweils geltenden Baukostenindex.

Soweit die GGB von Folgekosten für die Kindertagesstätten entlastet wird, hat die Stadt nachfolgende Kosten zu tragen:

Überörtlicher Anteil für die Spielangebote für Jugendliche (Planung, Herstellung, Wert der Fläche, Ausgleich)	ca. 200.000,- €
Querung der Stadtbahntrasse (50 % der Kosten) (sofern eine Vereinbarung zwischen der Stadt und der BSVG geschlossen wird)	ca. 30.000,- €
Summe:	ca. 230.000,- €
Mietzahlungen für 7 Kitagruppen aus dem 2. BA	ca. 290.000 €/ Jahr

Der Bau der Entwässerungsanlagen für die Schmutzwasserbeseitigung ist eine sog. Besondere Maßnahme gemäß Abwasserentsorgungsvertrag zwischen der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) und der Stadt. Die Kosten werden von der SE|BS übernommen und über die Abwassergebühren refinanziert.

8.2.2 Grunderwerb

Die städtische Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH, die Erschließungsträgerin werden soll, hat sich den Zugriff auf nahezu alle Flächen des Geltungsbereichs A gesichert. Wenige Grundstücke befinden sich im Fremdbesitz. Obwohl noch nicht sämtliche Grundstücke im Eigentum der Grundstücksgesellschaft sind, ist die Erschließung des Baugebietes „Wenden-West, 2. BA“, WE 63, nicht gefährdet.

Die Flächen für die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie die CEF-Maßnahmen im Geltungsbereich B, C, D und E befinden sich im Eigentum der Stadt Braunschweig.

Die öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen sowie die Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft werden grundsätzlich nach Fertigstellung unentgeltlich und kosten- und lastenfrei an die Stadt Braunschweig übertragen, soweit sie sich nicht bereits im Eigentum der Stadt befinden.

9 Bodenordnende und sonstige Maßnahmen, für die der Bebauungsplan die Grundlage bilden soll

Bodenordnende Maßnahmen nach §§ 45 ff BauGB sind für den Bebauungsplan nicht erforderlich.

10 Außer Kraft tretende Bebauungspläne, Beseitigung des Rechtsscheines unwirksamer Pläne

Der Bebauungsplan „Das Mittelfeld“, WE 40, aus dem Jahr 1975 tritt in den mit diesem Bebauungsplan überplanten Bereichen außer Kraft.

Der Bebauungsplan „Wenden-West 1. BA“, WE 62 aus dem Jahr 2021 tritt in den mit diesem Bebauungsplan überplanten Bereichen außer Kraft.

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
Wenden-West 2. BA **WE 63**
Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie sonstiger Stellen

Beteiligung gemäß § 4 (2) BauGB vom 26.05.2023 bis 07.07.2023

1 Avacon Netz GmbH	
Schreiben vom 5. Juni 2023 Gern beantworten wir Ihre Anfrage. Das Plangebiet D befindet sich im Leitungsschutzbereich unserer Gashochdruckleitung GTL0000012 "Braunschweig-Wolfsburg", (PN 25/DN 200) und unserer stillgelegten Gashochdruckleitungen GTL0000012 "Braunschweig-Wolfsburg" sowie unserer Fernmeldeleitung. Bei Einhaltung der im Anhang aufgeführten Hinweise haben wir gegen das im Betreff genannte Vorhaben keine weiteren Einwände oder Bedenken. Änderungen der vorliegenden Planung bedürfen jedoch unserer erneuten Zustimmung. Wir bitten Sie, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.	Stellungnahme Verwaltung Wird zur Kenntnis genommen.
Vorschlag Verwaltung **Eine Änderung der Festsetzungen ist nicht erforderlich.**	

2 Braunschweig Zukunft GmbH (- Wirtschaftsförderung -)	
Schreiben vom 11. Juli 2023 Vielen Dank für die Beteiligung und Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens "Wenden-West, 2. BA - WE 63".	Stellungnahme Verwaltung Die Anregung wird berücksichtigt. Der Bedarf an kleinteiligen siedlungsnahen bzw. integrierten Gewerbeflächen, Einzelhandelsbetrieben und kleineren Dienstleistungsunternehmen wie Arztpraxen

Zunächst begrüßen wir die Umsetzung des vorgenannten Bebauungsplans vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung des Gesamtgebietes. Die im Rahmenplan beschriebenen Planungsziele, eine umweltfreundliche und städtebaulich ausgewogene Siedlungserweiterung vorzunehmen, die die Grundlage für das vorhandene und geplante Arbeitsplatzangebot darstellt, passt ebenso gut mit den Planungszielen der Gewerbeflächen im 1. BA überein. Folgenden Punkt zum 2. BA haben wir anzumerken: Bei der Braunschweig Zukunft GmbH wurde zuletzt der Bedarf an kleinteiligen siedlungsnahen bzw. integrierten Gewerbeflächen gemeldet, bspw. von Einzelhandelsbetrieben und kleineren Dienstleistungsunternehmen wie Arztpraxen o. Ä.. Aktuell begleiten wir beispielsweise die Flächensuche einer Arztpraxis, die in Lamme dringend Flächen sucht, aber aufgrund der geringen Flächenverfügbarkeit nicht fündig wird. Sollte die Praxis keinen Standort in Lamme finden, wird die Praxis absehbar in einen anderen Stadtteil umsiedeln, was zu einer ärztlichen Unterversorgung am aktuellen Standort führen könnte. Damit verbunden sind dann auch wiederum längere Anfahrtswege für Pantient:innen. Im Sinne der 15-Minuten-Stadt muss hier bei künftigen Entwicklungen entgegengewirkt werden. Um dem Bedarf nach einem adäquaten Nahversorgungsangebot in Wenden nachzukommen, so wie es auch im Braunschweiger Zentrenkonzept für das Gebiet definiert ist, sollten entsprechende Flächen für Nahversorger, Einzelhandelsbetriebe (ohne zentrenrelevante Sortimente) und Dienstleistungen auch in dem Wohngebiet in der Planung vorgesehen werden. Wir bitten dringend darum, die vorgenannten Punkte wohlwollend zu prüfen und bei der weiteren Entwicklung des Gebiets zu berücksichtigen. Gerne stehen wir bei Rückfragen und auch für einen gemeinsamen Austausch zur Verfügung.	etc. wird in der Planung bedacht. Entsprechende Nutzungen sind im Rahmen der Festsetzungen zulässig. Der Hinweis auf den Bedarf wurde bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB in die Begründung aufgenommen.
Vorschlag Verwaltung **Eine Änderung der Festsetzungen ist nicht erforderlich.**	

3 Braunschweiger Verkehrs-GmbH	
Schreiben vom 04. August 2023	Stellungnahme Verwaltung
Zunächst entschuldigen wir uns für die nicht fristgerechte Rückmeldung zur TÖB-Beteiligung nach § 4.2 BauGB und bitten die nachstehenden Anmerkungen innerhalb der Verlängerungsfrist (04.08.2023) dennoch aufzunehmen. Die BSVG hatte bereits in ihrer Stellungnahme vom 02.05.2022 auf verschiedene Belange des Stadtbahnbetriebs hingewiesen, die nach wie vor Gültigkeit haben und um deren Berücksichtigung wir weiterhin bitten.	
Die B-Plan-Grenze umfasst in großflächigem Rahmen planfestgestellte Stadtbahninfrastruktur sowie A+E-Flächen innerhalb der Wendeschleife, die durch das Stadtbahnprojekt angelegt wurden. Der Grund für die großräumige Lage der B-Plan-Grenze erschließt sich nicht. Wir bitten um Mitteilung, ob die Absicht besteht, innerhalb dieser großzügigen Grenze weitere Änderungen vorzusehen.	In den nachrichtlich übernommenen Flächen der planfestgestellten Stadtbahninfrastruktur sind seitens der Stadt keine Änderungen geplant. Im Bereich der Wendeschleife wird ein Teil des Bebauungsplans WE40 aufgehoben. Die Übernahme der planfestgestellten Flächen in den Bebauungsplan dient dem besseren Verständnis und der Bereinigung des Plankatasters.
Wir stellen fest, dass die vorliegende B-Planung neue Wegeverbindungen über unsere Gleisanlagen (Wege durch die Wendeschleife zum Nordzugang der Haltestelle) beinhaltet, die bislang nicht Gegenstand der Abstimmungen zwischen Stadt BS, 66.1 und der BSVG waren. Dafür ist die bislang abgestimmte Zuwegung durch die Wendeschleife zum Südende der Haltestelle nicht mehr vorgesehen, auch fehlen die entsprechenden Wegeanbindungen im B-Plangebiet auf diese südliche Querungsstelle. Es ist zu erwarten, dass sich Fußgängerströme auch zwischen B-Plangebiet und dem Südzugang der Haltestelle entwickeln werden und sich dann Trampelpfade über unausgebaute und ungesicherte Gleisquerungen ergeben werden, die aus Gründen der Verkehrssicherheit vermieden werden müssen. Es bedarf aus Sicht der BSVG einer vertieften Bewertung der Fußgängerströme zur Haltestelle mit dem Ziel, nur eine neue Wegeverbindung durch die Wendeschleife herzustellen, die die Mehrzahl der ÖPNV-Nutzer bestmöglich zufriedenstellt. Auch müssen Aspekte der Verkehrssicherheit (z.B.	Die Hinweise zur Wegeführung aus den Schreiben vom 02. Mai 2022 und 04. August 2023 werden insofern berücksichtigt, als dass die neuen Wegebeziehungen im Plangebiet bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB auf die nunmehr zwischen der BSVG und der Stadt abgestimmten Gleisquerungen ausgerichtet wurden. Aspekte der Verkehrssicherheit wurden seitens der Verkehrsplanung geprüft und beachtet. Eingriffe in die Grünstrukturen der Wendeschleife (A+E-Maßnahmen) sind nicht vorgesehen.

Sichtbeziehungen an den Querungsstellen) berücksichtigt werden, eine nördliche Querungsstelle lässt sich aufgrund der Kurvenfahrt der Stadtbahn schlechter einsehen. Sollte die nördliche Wegeanbindung auch für Radfahrer nutzbar sein, würde sich die Sicht-Problematik weiter verschärfen und zudem werden Konflikte zwischen Radfahrern und Stadtbahnkunden (z.B. in Schülerspitzenzeiten) im Zugangsbereich zur Haltestelle befürchtet. Für den Radverkehr wären die erforderlichen Breiten für eine getrennte Führung der Wege herzustellen und eine Signalisierung der Querungsstellen wird erforderlich. Die erforderlichen Sichtflächen sind nachzuweisen und herzustellen. Sämtliche Eingriffe in die Grünstrukturen der Wendeschleife (A+E-Maßnahmen) sind auszugleichen. Es ist sicher zu stellen, dass die Entwässerung der Wendeschleife sowie des trassenbegleitenden Geh- und Radweges östlich der Busfahrbahn durch neue Wegeführungen in ihrer Funktion nicht beeinträchtigt wird.	
Des Weiteren wird in Text und Plan auf eine neue Gleisquerung zwischen Neusatz- und Bunzlaustraße verwiesen. Bislang war es Stand der Abstimmungen und der Wunsch des Stadtbezirksrates, in Verlängerung der Neusalzstraße eine Gleisquerung anzuordnen, die auch bereits im Zusammenhang mit dem 2,65 m Umbau der Stadtbahnstrecke als unsignalisierter Z-Überweg für Fußgänger geplant wurde. Inwiefern sich die neue Lage für die Wegeverbindungen als günstiger darstellt, wäre anhand der zu erwartenden Fußgängerströme zu klären. Sollte dort in nennenswertem Umfang auch Radverkehr über die Gleise geführt werden, wird eine technische Sicherung mit einer LSA erforderlich.	Die Gleisquerung zwischen Neusatz- und Bunzlaustraße liegt außerhalb des Geltungsbereichs und ist daher nicht Gegenstand der Festsetzungen. Der Ausbau soll entsprechend der Abstimmung zwischen Stadt und BSVG mit dem Umbau der Stadtbahnstrecke bzw. im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens erfolgen.
An allen neuen Überwegen müssen die erforderlichen Sichtflächen auf die Stadtbahnstrecke nachgewiesen werden. Am nördlichen Überweg zum Bahnsteig Veltenhöfer Straße stadteinwärts könnte die Zaunanlage und die Begrünung zur Beeinträchtigung der erforderlichen Sichtflächen führen. Sollte auch hier Radverkehr die Querung nutzen, ist ebenfalls eine LSA anzuordnen. In allen Fällen müssen für die Änderungen an der planfestgestellten Stadtbahninfrastruktur (z.B. neue	Die Ausgestaltung der neuen Gleisquerungen wird im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens berücksichtigt und zwischen der BSVG und der Stadt abgestimmt. Der Bebauungsplan trifft hierzu keine Festsetzungen.

Überwege, Eingriff in bestehende A+E-Flächen etc.) Planverfahren und für die Überwege ein Zustimmungsverfahren nach § 60 BOStrab durchgeführt werden. Wir bitten im Rahmen des weiteren Planungsprozesses um enge Abstimmung mit unserem Hause. Für Rückfragen und weitere Abstimmungen stehen wir selbstverständlich gern zur Verfügung.	
Schreiben vom 02. Mai 2022: Der B-Plan-Bereich Wenden West 2.BA grenzt direkt an die vorhandenen Stadtbahnanlagen der BSVG nach Wenden Heideblick an. Neue Wegebeziehungen im B-Plan-Gebiet sollen möglichst auf die vorhandenen Gleisquerungen ausgerichtet sein. Neue Überwege über die Gleise sollen vermieden werden. Sofern dies nicht realisiert werden kann, bedarf es für die Neuanlage von Bahnübergängen eines Planfeststellungsverfahren und eines Genehmigungsverfahren nach§ 60 BOStrab. Neue, parallel zum Gleis geführte Wege müssen mit den notwendigen Sicherheitsabständen zum Lichtraumprofil der Stadtbahntrasse angelegt werden. Sofern Grundstücke bis direkt an die Gleistrasse heran ausgewiesen werden sollen, so sind Zauneinfriedungen unter Beachtung der Sicherheitsräume der Stadtbahntrasse vorzuschreiben. Die Einfriedungen müssen zudem so ausgebildet werden, dass sie nicht von Kindern überklettert werden können und dürfen keinen Zugang in Richtung der Gleistrasse haben. Metallzäune im Fallwinkel der Fahrleitung (Abstand 4 m von Gleisachse) sind in das Erdungskonzept der Stadtbahn einzubinden. Bepflanzungen zur Stadtbahnseite müssen unterbleiben, wenn zur Pflege der Begrünungen der Gleisbereich betreten werden muss. Bäume müssen einen Abstand von mindestens 3 m zur Gleisachse haben. Auch im Bereich der Buswendefahrbahn erscheint es sinnvoll, eine Einfriedung entlang der Fahrbahn vorzusehen, sodass ein "wildes Queren" von Fahrbahn und anschließendem Gleisbereich aus	Zum Schreiben vom 02.05.2022: Die Schnittstellen zwischen dem Bebauungsplan und den angrenzenden Stadtbahnanlagen wurden zwischen Stadt und der BSVG abgestimmt. Bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB wurde die Planzeichnung hinsichtlich der im Plangebiet liegenden Wegeverbindungen angepasst.

dem Baugebiet her aus unterbunden wird. Die Anordnung der Gebäude ist so zu wählen, dass ein möglichst großer Abstand zur Gleistrasse eingehalten wird. Wir bitten im Rahmen des weiteren Planungsprozesses um enge Abstimmung mit unserem Hause. Für Rückfragen und weitere Abstimmungen stehen wir selbstverständlich gern zur Verfügung.	
Vorschlag Verwaltung **Bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB wurden folgende Änderungen der Festsetzungen des Bebauungsplans vorgenommen: Die Planzeichnung wurden hinsichtlich der im Plangebiet liegenden Wegeverbindungen angepasst. Darüber hinaus sind keine Änderungen der Festsetzungen erforderlich.**	

4 BS/ENERGY, Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (Abt. VW)	
Schreiben vom 21 . Juni 2023 Zu der oben genannten Anfrage nehmen wir für die Wärmeversorgung wie folgt Stellung: Für das Baugebiet "Wenden-West, 2. BA, WE 63" bietet sich im Sinne einer den Klimaschutzzielen der Bundesregierung und dem European Green Deal der EU verpflichteten und nachhaltigen Lösung die Realisierung einer Wärmeversorgung auf Quartiersebene an. Im Rahmen der Erschließung des Baugebietes "Wenden-West, 1. BA, WE 62" planen wir schon jetzt eine klimaneutrale Wärmeerzeugung, um die Bewohner mit Wärme zu versorgen. Vor diesem Hintergrund werden bereits Gespräche zwischen der Stadt Braunschweig und BSIENERGY bzgl. einer möglichen Erschließung des Bauabschnitts 2 geführt. Grundsätzlich besteht die Absicht, auch für den 2. BA eine Wärmeversorgung auf Grundlage erneuerbarer Energien zu erreichten und zu betreiben. Hierzu wurden bereits erste Vorplanungen angestellt. Grundsätzlich gelten aus Sicht von BSIENERGY weiterhin die im Dokument Wenden West BA 2 - Anforderungen einer klimaneutralen Wärmeversorgung an den B-P/an in der Version	Stellungnahme Verwaltung Die seitens BS/ENERGY formulierten Anforderungen einer klimaneutralen Wärmeversorgung an den B-P/an (Energiekonzept in der Version vom

vom 23.09.2022 gegenüber der Stadt dargestellten Anforderungen, um eine klimaneutrale Wärmeversorgung gesichert ermöglichen zu können. Diese finden im aktuellen Entwurf bereits weitestgehend Berücksichtigung, sodass wir diesen grundsätzlich befürworten. Insbesondere ist hervorzuheben, dass eine entsprechende Fläche für die Energiezentrale freigehalten wird, für den Fall, dass eine Versorgung des Gebietes vom Standort der ersten Energiezentrale nicht möglich sein wird. Dies ist Gegenstand unserer derzeitigen Untersuchungen im Zuge der Machbarkeitsstudie Zu folgenden Punkten sehen wir allerdings aktuell noch Anpassungsbedarf:	23.09.2022) werden im Rahmen der Festsetzungen berücksichtigt.
Dachneigung und Versickerungspflicht: Wie in den Anforderungen Wenden West BA 2 - Anforderungen einer klimaneutralen Wärmeversorgung an den B-Plan beschrieben, plant BSIENERGY die Errichtung einer Energiezentrale mit einem nach Süden ausgerichteten und um rd. 30° geneigten Pultdach, um eine größtmögliche Menge an solarthermischer Wärme erzeugen zu können. Diese ist insbesondere in den Übergangsjahreszeiten erforderlich, um die Geothermiesondenfelder für den Winter teilweise regenerieren zu können. Aufgrund der erforderlichen Abstände ist der Ertrag bei einer Aufständerung auf einem Flachdach nur etwa halb so hoch, wie bei der geplanten Pultdachanlage, was eine Regeneration erschwert. In diesem Zusammenhang bittet BSIENERGY um eine Ausnahme von folgenden Vorgaben zum Zwecke der Versorgung des Quartiers mit Wärme: o Maximale Dachneigung von 15° o Verpflichtung zur vollständigen Versickerung des Niederschlagswassers auf dem eigenen Grundstück, stattdessen Möglichkeit zur Ableitung überschüssigen Niederschlagswassers über die Kanalisation o Verpflichtung zur Dachbegrünung von mindestens 70 % der Fläche	Zum Stichpunkt Dachneigung, Versickerung des Niederschlagswassers sowie Dachbegrünung: Diese Festsetzungen gelten grundsätzlich für das gesamte Baugebiet und sind Teil des Umfassenden klimaökologischen Konzepts. Ausnahmen allein aufgrund der Nutzung - Energiezentrale - sind nicht vorgesehen zumal solarthermische Anlagen auch bei einem flach geneigten Dach durch Aufständerung, die dem geforderten Aufstellwinkel von 30° entsprechen einen akzeptablen Wärmeertrag liefern können. Insgesamt sollen die flach geneigten Dächer nicht nur im Hinblick auf die Außenwirkung eine ruhige und zeitgemäße Dachlandschaft entstehen lassen, die zu begrünenden Flachdächer stellen auch eine wichtige Komponente im Zusammenspiel von Retention, Drosselung und Verdunstung von Niederschlagswasser dar. Ohne die Möglichkeit zur Retention, Drosselung und Verdunstung des Niederschlagswassers auf den Dachflächen wäre im Plangebiet bzw. auf den jeweiligen Grundstücken ein deutlich höherer Freiflächenbedarf für die Rückhaltung oder Versickerung von Niederschlagswasser erforderlich. Die Dächer tragen somit insbesondere auch zu einem sparsamen Flächenverbrauch bei. Zudem dienen Substrataufbau und Begrünung der Flachdächer im Hinblick auf die

	Versiegelungen der Grundstücke und der damit verbundenen Auswirkungen als ausgleichende Maßnahme zur Minderung der negativen klimatischen und ökologischen Auswirkungen des Gebiets. Den positiven ökologischen und stadtklimatischen Effekten der vorgenannten Festsetzungen wird im Plangebiet insgesamt ein hohes Gewicht beigemessen.
Festsetzung zum Sondergebiet SO 2: Lt. textlicher Festsetzung sind im Sondergebiet SO 2 selbstständige Anlagen zur Erzeugung und Versorgung von Wärme aus erneuerbarer (sie!) Energien zulässig. Grundsätzlich ist eine Versorgung des Baugebietes mit erneuerbaren Energien beabsichtigt. Dennoch verweist BSIENERGY darauf, dass zum aktuellen Planungsstand fossilbefeuerte Anlagen (z.B. Erdgaskessel) zur Besicherung für den Fall einer Havarie der erneuerbaren Erzeuger oder zur Abdeckung außergewöhnlicher Lastspitzen nicht vollständig ausgeschlossen werden können. Wir schlagen daher vor, die Festsetzung wie folgt umzuändern: Im Sondergebiet SO 2 sind auch selbstständige Anlagen zur Erzeugung und Versorgung von Wärme aus überwiegend erneuerbaren Energien (Energiezentrale) zulässig.	Zum Stichpunkt fossilbefeuerte Anlagen: Der Vorschlag im Sondergebiet SO 2 auch fossilbefeuerte Anlagen (z.B. Erdgaskessel) zuzulassen steht nicht im Einklang mit dem Grundsatzbeschluss IKSK 2.0 des Rates der Stadt Braunschweig für das Stadtgebiet das Ziel der Klimaneutralität bis 2030 anzustreben. Sollte tatsächlich eine besondere Ausnahmesituation (Havarie) auftreten, können notfalls befristete Sonderlösungen in Erwägung gezogen werden. Diese können jedoch nicht Bestandteil des Bebauungsplanverfahrens sein.
Positionierung der Wertstoffcontainer vor dem Grundstück: Grundsätzlich ist BSIENERGY mit der Position der Grundstückszufahrt im B-Plan einverstanden. Da als Schlüsselkomponente der Wärmeerzeugung allerdings Großwärmepumpen eingesetzt werden sollen, muss für deren Antransport eine hinreichende Bewegungsfreiheit bestehen. Daher bitten wir darum, für die Installation und evtl. nötig werdende Reparaturen zusätzlich die Möglichkeit für einen Antransport von der Planstraße B direkt mittig an die Nordseite des Gebäudes zu schaffen. Hierzu wären im Bereich der Wertstoffcontainer zusätzliche Querungen über die Sickerflächen zu schaffen und ferner eine ca. 5 m breite Aussparung oder ein entsprechendes Tor in der Einfassung der Wertstoffcontainer vorzusehen. Die Querung auf dem Grundstück der BSIENERGY kann zur Aufrechterhaltung der Funktion auch über Schwerlastgitterroste realisiert werden. Die Zufahrt kann regelmäßig als Stellplatz für die Wertstoffcontainern blockiert werden. Sofern ein	Zum Stickpunkt Positionierung der Wertstoffcontainer: Die Positionierung der Wertstoffcontainer wurde bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB in der Planzeichnung geringfügig angepasst, so dass die Zuwegung zum Grundstück ungehindert möglich ist. Die Hinweise hinsichtlich der Grundstückszufahrt zur Energiezentrale werden in den Planungen berücksichtigt.

Zugang erforderlich ist, wird sich BSIENERGY in Absprache mit dem Entsorger darum bemühen, die Container zeitweilig von der Zuwegung zu entfernen.	
Maximale Zaunhöhe von 1,2 m: Zum Schutz der versorgungstechnischen Anlagen vor unerlaubtem Zutritt ist aus Sicht von BSIENERGY eine Zaunhöhe von 1,5 m erforderlich.	Zum Stickpunkt Zaunhöhe: Die Anregungen zur Zaunhöhe werden berücksichtigt. Die Festsetzungen wurden bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB angepasst.
Planflächen C2 - C4: Für die Realisierung einer klimaneutralen Wärmeversorgung ist die Errichtung eine hinreichend großen Photovoltaikanlage in räumlicher Nähe zur Energiezentrale unerlässlich. Hierfür wurden seitens der Stadt Flächen nördlich des Mittellandkanals im Geltungsbereich des BPlans TH18 in Aussicht gestellt. Die Planflächen C2, C3 und C4 befinden sich in ebendiesem Planungsbereich oder liegen auf anderen Potenzialflächen für die Photovoltaikanlage. Es wird daher darum gebeten, diese Flächen möglichst aus dem Geltungsbereich des B-Plans zu entfernen und BSIENERGY zum Zwecke der Errichtung einer Photovoltaikanlage als Pachtflächen zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die derzeit diskutierte Errichtung eines Fahrradweges im Gebiet der geplanten Photovoltaikanlage nicht ausgeschlossen ist, sofern hierdurch die einzelnen verfügbaren Flächen nicht auf eine unwirtschaftliche Größe parzelliert werden. Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.	Zum Stichpunkt Planflächen C2 - C4: Die Anregungen werden berücksichtigt. Die bisherigen Ausgleichsflächen C2 bis C4 werden auf Grundlage der aktualisierten Bilanzierung nicht mehr benötigt und sind daher bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB nicht mehr Bestandteil des Bebauungsplanverfahrens.
Vorschlag Verwaltung **Bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB wurden folgende Änderungen der Festsetzungen des Bebauungsplans vorgenommen:** **Die Positionierung der Wertstoffcontainer und die Grundstückszufahrt zum SO 2 wurden geändert. Die maximal zulässige Zaunhöhe wurde im gesamten Plangebiet auf 1,5 m erhöht. Die ehemaligen Geltungsbereiche C2, C3 und C4 sind nicht mehr Bestandteil der Planung.** **Die Festsetzungen zur Dachneigung, zur Versickerung des Niederschlagswassers, zur Dachbegrünung und dem Ausschluss fossilbefeuerter Anlagen im SO 2 werden jedoch beibehalten.**	

5 BS/Netz GmbH Abt. NVc (Abt. NVc)	
Schreiben vom 4. Juli 2023 Zu der oben genannten Anfrage nehmen wir für die Sparten Gas-, Strom-, Wasser- und Wärmeversorgung sowie Steuerungs- und Kommunikationstechnik/Breitbandversorgung wie folgt Stellung: Die aufgeführten Betriebsmittel der Wasser- und Wärmeversorgung sowie Steuerungs- und Kommunikationstechnik/Breitbandversorgung stehen im Eigentum der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG und die Braunschweiger Netz GmbH ist der Betreiber der Versorgungsanlagen. Die Betriebsmittel der Gas- und Stromversorgung stehen im Eigentum der Braunschweiger Netz GmbH.	Stellungnahme Verwaltung
Stromversorgung: Im Geltungsbereich des o.g. 8-Planes befinden sich einige Anlagen der Stromversorgung, einen Lageplan mit den Bestandsleitungen fügen wir als Anlage bei. Die Niederspannungsfreileitung versorgt die Liegenschaften Heideblick 30,30a,40 und 50. Ein Ersatz der Niederspannungsfreileitung ist im Zuge der Erschließungsarbeiten vorgesehen. Für die elektrische Versorgung des Verteilnetzes ist im nördlichen und im südlichen Bereich jeweils eine Ortsnetzstation vorgesehen, bedingt durch die Anschlüsse der Energiezentrale und den Quartiersgaragen könnten weitere Standorte für Trafostationen erforderlich werden. Bitte die Standorte der Ortsnetzstationen als Standort der Stromversorgung in den B-Plan Wenden West 2.BA übernehmen und mit den Zeichen der Stromversorgung eintragen. Westlich der Fläche zum Geltungsbereich befindet sich das Umspannwerk Wenden. Für dieses Umspannwerk Wenden ist die Anlieferung durch Schwerlastverkehr über die Zuwegung im Heideblick auch zukünftig notwendig. Grundsätzlich sollte die Versorgung des Verteilnetzes über die zwei geplanten Trafostationen möglich sein, konkrete Planungsabsichten für den Anschluss der Quartiersgaragen und der Energiezentrale liegen gegenwärtig jedoch nicht vor. Eine Aussage hinsichtlich benötigter Trassenräume	Zum Stichpunkt Stromversorgung: (red. Anmerkung: Die Skizzen zu den gewünschten Standorten für zwei Ortsnetzstationen wurden per E-Mail nachgereicht und in Absprache mit BS Netz wurde der Standort im Südteil noch einmal geändert). Die mit der BS|NETZ GmbH abgestimmten Standorte der Ortsnetzstationen wurden bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB in die Planzeichnung übernommen und mit den Zeichen der Stromversorgung eingetragen. Eine Verbindung zwischen den Planstraßen B1 und B2 soll für den motorisierten Individualverkehr zukünftig durch die Aufstellung von Absperrpfosten unterbunden werden. Die Anlieferung durch Schwerlastverkehr zum Umspannwerk über die Zuwegung im Heideblick kann durch Entfernung der Absperrpfosten bei entsprechenden Bedarf grundsätzlich ermöglicht werden. Eine Änderung der Festsetzungen ist nicht erforderlich.

kann erst erfolgen, wenn detaillierte Angaben über mögliche Eigenerzeugungsanlagen am Nieder- oder Mittelspannungsnetz, Leistungsbedarf der Wärmepumpen und der Bedarf an E-Mobilität im Bereich vorliegen.	
Gas- und Wasserversorgung:	Zum Stichpunkt Gas- und Wasserversorgung:
Im Geltungsbereich des Bebauungsplans "Wenden-West, 2. BA" befinden sich Anlagen der Gas- und Wasserversorgung. Am südöstlichen Ende des Geltungsbereichs, auf dem Flurstück 284/2 befindet sich eine Versorgungstrasse, bestehend aus Trinkwasser-, einer Gashochdruck- sowie einer Gas-Niederdruckleitung. Des Weiteren befindet sich eine Wasserversorgungsleitung im nordöstlichen Geltungsbereichs, auf den Flurstücken 103/20 und 104/13. Entsprechende Lagepläne der Bestandsanlagen sind beigefügt. Bezug nehmend auf den Punkt 4.1. " Energiekonzept", soll der Wärmebedarf durch den Ausbau eines an eine Energiezentrale angeschlossenen Wärmenetzes erfolgen. Eine zusätzliche Gasversorgung ist nicht vorgesehen. Die Wasserversorgung des Gebietes kann über das vorgelagerte Trinkwassernetz in der Veltenhöfer Straße und Heideblick realisiert werden. Anhand des vorliegenden Nutzungsbeispiels kann der südliche Planbereich mit Trinkwasser direkt von der Veltenhöfer Straße versorgt werden. Dazu wurde bereits im Zuge der Planung für den 1. Bauabschnitt eine Schutzrohr Querung in der Veltenhöfer Straße berücksichtigt. Für den nördlichen Planbereichist eine Erschließung mit Trinkwasser über die Straße Heideblick, mit einer Netzverbindung über den mittig geplanten Grünzug vorgesehen. Ein Entwurf für eine mögliche Trassenführung unter Einbeziehung der vorgesehenen Planstraßen ist diesem Antwortschreiben beigefügt. Eine verbindliche Aussage hinsichtlich des Umfangs und der Anordnung der Versorgungstrassen kann erst bei gesicherten Kenntnissen über die vorgesehene Bebauung (Anzahl der WE, Lage der Hausanschlussräume) erfolgen. Grundsätzlich erfolgt die Erschließung mit Wasser über die öffentlichen Verkehrsflächen. In den Planstraßen ist der entsprechende Trassenraum für die Wasserversorgung vorzusehen.	Wird zur Kenntnis genommen.

Fernwärme: Eine Fernwärmeversorgung ist für den 2. Bauabschnitt Wenden West geplant. Bitte beachten Sie hierzu die Stellungnahme der BSIENERGY.	Zum Stichpunkt Fernwärme: In Kooperation mit BSIENERGY ist eine Wärmeversorgung auf Quartiersebene vorgesehen. Siehe auch Stellungnahme der BSIENERGY.
Breitbandversorgung: Im Geltungsbereich befinden sich keine Anlagen der Breitbandversorgung. Die BSINETZ beabsichtigt den Ausbau eines leistungsfähigen Glasfasernetzes im gesamten Bereich des Bebauungsplan. Demnach sollten im Baugebiet in den Planstraßen sowie den Privatwegen Trassen (0,40 m x 0,60 m) für Flatliner im Bebauungsplan vorgesehen werden. Die detaillierte Erschließung des Baugebietes ist abhängig von den Anforderungen der Bauträger. Hierbei ist maßgeblich die Anzahl der Gebäude und deren Wohneinheiten.	Zum Stichpunkt Breitbandversorgung: Wird zur Kenntnis genommen.
Kommunikationstechnik: Im Geltungsbereich des Bebauungsplans befinden sich folgende Versorgungseinrichtungen der Braunschweiger Netz GmbH. Diese sind im Anhang "2023-06-21 Telekommunikation BSNETZ Bestandsplan" hinterlegt. Kupferkabel -A02YSOFL2Y 50*2*0.8 (LTG.1489) Glasfaserkabel - LWL-A-DF2Y 8*12E9 (LTG.9299) DN32 Rohranlage Diese Versorgungseinrichtungen befinden sich im nördlichen Teil des Geltungsbereiches und sind in Betrieb. Ein Rückbau ist nicht möglich. Zur zukünftigen Überwachung von Versorgungsstationen wird die Glasfaseranbindung über die Trasse der Breitbandversorgung gedeckt.	Zum Stichpunkt Kommunikationstechnik: Wird zur Kenntnis genommen.
Vorschlag Verwaltung **Bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB wurden folgende Änderungen der Festsetzungen des Bebauungsplans vorgenommen: Es wurden Standorte für Ortsnetzstationen in die Planzeichnung aufgenommen.** **Darüber hinaus sind keine Änderungen der Festsetzungen erforderlich.**	

6 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Niedersachsen e. V. (Kreisgruppe Braunschweig)	
Schreiben vom 06.07.2023 der BUND Braunschweig nimmt zur oben genannten Planung folgendermaßen Stellung: A. Städtebau III Überbaubare Grundstücksfläche, Bauweise, Grundstücksgrößen, Zahl der Wohnungen Zu 4: - Bei den Angaben in diesem Abschnitt bleibt unklar, wie hoch bzw. wie viele Stockwerke die Gebäude sein bzw. haben dürfen. Angesichts der angestrebten Verdichtung erscheinen uns die festgelegten Flächenmaße zu groß, zumal ein nicht unerhebliche Zahl an Einfamilienhäusern und Reihenhäuser vorgesehen sind. Um insgesamt sparsam mit der Fläche umzugehen, sollte die Grundstücksmaße reduziert werden.	Stellungnahme Verwaltung Zum Stichpunkt Überbaubare Grundstücksfläche, Bauweise, Grundstücksgrößen, Zahl der Wohnungen: Das Maß der baulichen Nutzung wird im Plangebiet durch die Festsetzung der Grundflächenzahl (GRZ), der Zahl der zulässigen Vollgeschosse und der maximalen Gebäudehöhe hinreichend bestimmt. Städtebauliches Ziel des Bebauungsplans ist es die Vielfalt und Qualität des Wohnungsangebotes in Braunschweig zu erweitern und der Schaffung von dringend benötigten Wohnbauflächen Rechnung zu tragen. Angestrebt wird hierbei ein Mix aus Einfamilienhäusern und Mehrfamilienhäusern, wobei Einfamilienhäuser überwiegend in flächensparender Bauweise als Reihen- und Doppelhäuser vorgesehen sind. Der deutlich höhere Anteil der Wohneinheiten (ca. 87%) fällt auf die Mehrfamilienhäuser, somit ist eine für den Ortsteil Wenden vergleichsweise hohe städtebauliche Dichte vorgesehen. Ein sehr großer Dichteunterschied zur benachbarten Wohnbebauung wurde jedoch bewusst vermieden z.B. durch Berücksichtigung der "ortüblichen" Geschossigkeit. Auch muss die Verträglichkeit in Hinblick auf Infrastruktur und Einwohnerzuwachs des Ortsteiles berücksichtigt werden. In Hinblick auf eine möglichst flächenschonende und zugleich verträgliche Siedlungserweiterung des Ortsteiles Wenden stellt der Entwurf insofern einen vertretbaren Kompromiss dar.

	Hinsichtlich der Grundstücksgrößen ist zudem auch zu beachten, dass auf den Grundstücken die Versickerung des Regenwassers verpflichtend vorgeschrieben ist und hierfür ausreichend große Freiflächen vorzusehen sind. Von der Reduzierung der Grundstücksmaße ist vor diesem Hintergrund abzusehen.
IV Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Zufahrten, Gemeinschaftswohnwege	Zum Stichpunkt Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Zufahrten, Gemeinschaftswohnwege:
Zu 2: Es sollte vorgeschrieben werden, dass Stellflächen und Zufahrten nicht versiegelt werden dürfen, sondern z. B. Rasengittersteine zu verwenden sind, um eine Versickerung zu ermöglichen.	Da im gesamten Plangebiet die ortsnahe Versickerung auf den jeweiligen Baugrundstücken vorgeschrieben ist, wird es aus Sicht der Bauherren ohnehin erforderlich sein die versiegelten Flächen auf dem jeweiligen Grundstück möglichst gering zu halten z. B. indem Stellflächen und Zufahrten nicht vollflächig versiegelt werden. Eine besondere Ausführung der Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Zufahrten bzw. Gemeinschaftswohnwege (z. B. Rasengittersteine) wird im Bebauungsplan indes nicht gefordert, um im Rahmen der Ausführungsplanung einen gewissen Spielraum für individuelle Lösungen zu gewähren.
Zu 2.2: Sofern offene Carports anstelle von Gemeinschaftsstellflächen errichtet werden, sollten deren Dächer begrünt werden und mit Photovoltaik ausgestattet werden.	Auf den Gemeinschaftsstellflächen können grundsätzlich sowohl Stellplätze als auch Solarcarports d. h. Carports mit Photovoltaik errichtet werden. Genauere Regelungen zu Dachbegrünung oder PV sind im Bebauungsplan jedoch nicht vorgesehen, um im Rahmen der Ausführungsplanung auch diesbezüglich einen gewissen Spielraum zu gewähren.
V Grünordnung:	Zum Stichpunkt Grünordnung:
- Wir begrüßen die Festsetzungen für Dach- und Fassadenbegrünung sowie die Anlage von Versickerungsmulden.	
- Für die Vielzahl an geplanten Nutzungen (Erholung, Freizeit/Spiel- und Jugendplätze und Naturschutz) ist die Breite der zentralen Grünfläche mit ca. 50 m zu gering.	- Da die Flächen in einer klimaökologisch bedeutsamen Luftleitbahn liegen, ist die Ausrichtung und Breite der Grünflächen im Wesentlichen durch ihre klimaökologischen Funktionen bedingt.

	Sie ist ausreichend groß bemessen, um darüber hinaus auch die aus dem Baugebiet resultierenden Flächenansprüche für die Kinder-, Jugend- und Mehrgenerationenspielplätze sowie die erforderlichen Anlagen zur Gebietsentwässerung (Retentionsräume) aufzunehmen. Eine Anpassung der Festsetzungen ist demnach nicht erforderlich.
Zu 1.5: - Die vorgesehenen Jugendplätze sollten nicht wie im Nordpark versiegelt werden. Andernfalls sollte ihre Fläche nicht als Grünfläche angerechnet werden.	- Die Hinweise zur Versiegelung der Jugendspielflächen werden im Rahmen der Ausführungsplanung so weit wie möglich berücksichtigt. Eine Anpassung der Festsetzungen ist hierfür jedoch nicht erforderlich.
- Es werden explizit unterirdische Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien als zulässig benannt. Geothermie-Sonden werden beispielhaft genannt. Wir erwarten, dass nicht nur die Verwendung von Geothermie-Sonden geprüft wird, sondern auch die Nutzung von Eisspeichern. Eisspeicher haben den Vorteil, dass für sie keine Tiefbohrungen erfolgen müssen und ihre Nutzung als energetischer Kreislauf anzusehen ist. Für die Lage der Eisspeicher bieten sich insbesondere der geplante "Festplatz" und/oder die Jugendplätze an.	- Unterirdische Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien d. h. sowohl Geothermie-Sonden als auch Eisspeicher sind im Rahmen der Festsetzungen zulässig. Die Umsetzbarkeit des Energiekonzepts wird im Rahmen der Machbarkeitsstudie geprüft. Eine Anpassung der Festsetzungen ist diesbezüglich nicht erforderlich.
VI Festsetzungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes	Zum Stichpunkt Festsetzungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes:
- Hier sollte ein Passus zur insektenfreundlichen Beleuchtung für öffentliche und private Gebäude und Grünflächen aufgenommen werden, der nicht nur die Qualität des eingesetzten Lichtes (Zusammensetzung der Wellenlängen), sondern auch die Platzierung der Beleuchtungskörper (Höhe) und Ausrichtung des ausgestrahlten Lichts berücksichtigt werden. "Architekturbeleuchtung", wie sie zunehmend installiert wird mit z. B. senkrecht nach oben abstrahlendem Lichtstrahl sollte untersagt werden.	Die öffentliche Beleuchtung richtet sich nach dem Beleuchtungskonzept der Stadt Braunschweig, in der u. a. die Verwendung von insektenfreundlichen Leuchtmitteln enthalten ist. Von spezifischen, insbesondere technischen Vorgaben zur privaten Beleuchtung wird abgesehen zumal bei Lichtemissionen durch Wohnnutzung kaum mit wesentlichen Auswirkungen auf die Fauna zu rechnen ist.
VI Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (bitte Nummerierung korrigieren)	Zum Stichpunkt Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft:
- Als Ersatzfläche für den Sandmagerrasen ist eine Fläche bei Veltenhof vorgesehen (Geltungsbereich D). Ist diese Planung mit den Planungen zur	Bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB wurden die Festsetzungen der Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur

Erweiterung der Hafenbahn abgestimmt? Im Sinne der Biotopvernetzung und des Erhalts des Lebensraums der Blauflügeligen Ödlandschrecke, die wir im Juli 2022 auf der Sandmagerrasenfläche im Baugebiet gefunden haben, sehen wir eine Ersatzfläche in Veltenhof als alleinige Maßnahme als nicht zielführend an. Die Stadt Braunschweig zählt (Veröff. von 2011) zu den Gebietskörperschaften mit hoher Bedeutung für die Umsetzung mit Prioritätensetzung (s. Anhang Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz - NLWKN, Vollzugshinweise zum Schutz von Wirbellosenarten in Niedersachsen, Wirbellosenarten mit Priorität für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen Blauflüglige Ödlandschrecke (Oedipoda caerulescens)). Als Erhaltungsziele werden hier u. a. die Erhaltung und Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes des Lebensraumes sowie die Ausweitung ihres Lebensraumes aufgeführt. Verschiedene Ansiedlungsversuche werden als nicht erfolgreich dargestellt. Eine Erhaltung auch vor Ort sollte daher angestrebt werden. In der "Begründung und Umweltbericht" wird nicht auf das Vorkommen der Ödlandschrecke eingegangen. Wir gehen davon aus, dass keine entsprechende Erfassung stattgefunden hat und erwarten, dass ihr Vorkommen (Anzahl, genaue Fundorte) ebenso wie das von Schmetterlingen und Hautflüglern nachträglich kartiert wird. Darüber hinaus erwarten wir eine Festlegung der Art der Pflege des Sandmagerrasens im Bebauungsplan und empfehlen eine einmal jährliche Mahd mit Abfahren des Mähguts im Herbst, abschnittsweises Umbrechen von Teilflächen nach der Mahd und bis zur Etablierung eines guten Zustands kleinflächige Maßnahmen zur Förderung biotoptypischer Pflanzenarten. Wir bitten um Vorlage des artenschutzrechtlichen Fachbeitrag von LaReg 2021. - Hinsichtlich der Feldlerche erwarten wir eine Kartierung des Bestands in den Ersatzflächen vor Umsetzung der Maßnahme, um das Entwicklungspotential festzustellen. Im Dokument "Begründung und Umweltbericht" wird hierzu noch keine Aussage getroffen.	Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft konkretisiert und ergänzt. Die Geltungsbereiche B in Thune und C3-C4 in Wenden sind nicht mehr erforderlich und daher entfallen. Ergänzend ist hierbei anzumerken, dass sich durch den Entfall die Bezeichnung der verbleibenden Geltungsbereiche geändert hat. Der Geltungsbereich C1 (alt) in Wenden wird zu Geltungsbereich B (neu), der Geltungsbereich D (alt) in Veltenhof wird zu C (neu). Der Geltungsbereich E (alt) in Waggum wird zu D (neu). Der Geltungsbereich F (alt) in Rüningen wird zu E (neu). - Konflikte mit den Planungen zur Erweiterung der Hafenbahn sind hinsichtlich der Ersatzfläche für den Magerrasen in Veltenhof nicht zu erwarten. Bei der Entwicklung der externen Maßnahmen wurden die Lebensraumansprüche der von dem Eingriff betroffenen Blauflügeligen Ödlandschrecke berücksichtigt. Es ist jedoch zusätzlich auch vorgesehen Teilbereiche der öffentlichen Grünfläche im Geltungsbereich A mittels extensiver Wiesenmahd zu pflegen, um ergänzend zu den externen Ausgleichsflächen auch eine Erhaltung der Art vor Ort zu fördern. Das Vorkommen der Blauflügeligen Ödlandschrecke wurde durch die Untere Naturschutzbehörde im Sommer 2022 bereits selbst aufgenommen. Die Ergebnisse der Kartierung wurden zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB im Umweltbericht ergänzt und entsprechende Maßnahmen festgesetzt. Eine zusätzliche Kartierung von Schmetterlingen und Hautflüglern ist nach Aussage der Unteren Naturschutzbehörde nicht notwendig, da Lebensraumansprüche potenziell vorkommender Arten im Ausgleichskonzept für den Trockenrasen Berücksichtigung finden werden. Ein Vorkommen von Arten des Anhang IV der FFH Richtlinie, für die darüberhinausgehenden Maßnahmen erforderlich werden könnten, ist nicht zu erwarten. - Eine Kartierung des Feldlerchenbestands in den Ersatzflächen ist vor Umsetzung der

	Maßnahme ebenfalls nicht erforderlich. Es kann mit hinreichender Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass infolge der Extensivierungsmaßnahmen in der aktuell sehr intensiv genutzten Agrarlandschaft die Feldlerchendichte ansteigen wird. Die Ergebnisse der vorgenannten Untersuchungen wurden in Begründung und Umweltbericht sowie Festsetzungen in Hinblick auf den natur- und artenschutzrechtlichen Ausgleich bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB umfassend überarbeitet.
B. Örtliche Bauvorschrift	
IV Stellplätze, Fahrradabstellanlagen Zu 2.3 Die Anzahl für Fahrradstellplätze für sonstige gewerbliche Anlagen und Betriebe erscheint uns mit 5 pro Beschäftigten zu gering. Es müssten mindestens 2-3 pro 5 Beschäftigte sein.	Zum Stichpunkt Stellplätze, Fahrradabstellanlagen: Die Anzahl für Fahrradstellplätze wird aus verkehrsplanerischer Sicht als ausreichend angesehen und entspricht den Empfehlungen des Verkehrsgutachtens einschließlich Mobilitätskonzept.
II Werbeanlagen Für den Fall, dass Lichtwerbung installiert wird, sollte eine Vorschrift für insektenfreundliche Beleuchtung aufgenommen werden.	Zum Stichpunkt Werbeanlagen: Werbeanlagen sind im Plangebiet nur sehr eingeschränkt zulässig, d. h. grundsätzlich nur zur Eigenwerbung und nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche. Zudem sind Anlagen mit sich turnusmäßig verändernder Werbedarstellung, wie z.B. LED-Bildschirme, Rollbänder, Filmwände oder CityLight-Boards, blinkende Werbeanlagen, Wechsellicht, Lauflichtbänder, Skybeamer und akustische Werbeanlagen, von denen nachteilige Auswirkungen zu erwarten sind, im Plangebiet generell ausgeschlossen. Darüberhinausgehenden spezifische, insbesondere technische Vorgaben zur Beleuchtung werden an dieser Stelle indes nicht für erforderlich angesehen.
D. Hinweise Zumindest unter Hinweise sollte aufgenommen werden, dass eine Nutzung von Regenwasser als Brauchwasser für Toilettenspülung/Waschmaschinen und Bewässerung angestrebt werden sollte, d. h. Zisternen auf den privaten Grundstücken	Zum Stichpunkt Hinweise: Entsprechende Ausführungen zur Speicherung und/oder Nutzung von Regenwasser sind in der Begründung zu finden. Ein zusätzlicher Hinweis zur Nutzung von Regenwasser als Brauchwasser für

eingerichtet werden sollten (s. Begründung und Umweltbericht, 5.6.1.2 Grünordnung private Flächen). Begründung und Umweltbericht:	Toilettenspülung/Waschmaschinen und Bewässerung ist daher entbehrlich.
4.4.6.2 Klimaschutz In diesem Abschnitte ist zu lesen: "Eine überschlägige Abschätzung der mit der Planung verbundenen entstehenden Treibhausgasemissionen im Betrieb beläuft sich auf etwa 600 t CO2eq jährlich bzw. 30.000 t CO2eq in einem mit 50 Jahren angenommenen Lebenszyklus. (Annahmen: KfW 55-Standard, Biomasse-KWK-Energieversorgung). Die mit der Entstehung der Gebäude und den verwendeten Ressourcen verursachten Emissionen sind dabei noch nicht berücksichtigt." Um dem Klimaschutz im Bebauungsplan gerecht zu werden, sollten klimagerechte und ressourcenschonende Baustoffe aus dem Recycling vorgeschrieben werden, zumal Rohstoff wie Sand, Kies und Kalk knapp werden und deren Gewinnung große Mengen an CO2 freisetzen.	Zum Stichpunkt Klimaschutz: Der Anregung klimagerechte und ressourcenschonende Baustoffe aus dem Recycling vorzuschreiben wird nicht nachgekommen. Diese können im Bebauungsplan mangels Rechtsgrundlage nicht festgesetzt werden.
4.4.3 Fläche In diesem Abschnitt wird folgendes festgehalten: "Maßnahmen zum Rückbau an anderer Stelle stehen im Stadtgebiet aktuell nicht zur Verfügung. Die Auswirkung auf das Schutzgut Fläche sind als wesentlich einzustufen." Zusammen mit 4.4.4 Boden, für den mittel bis große Auswirkungen prognostiziert werden, muss ein äußerst sparsamer Umgang mit dem Boden und der Fläche erfolgen. Auch eine Entsiegelung von Flächen kann den Verlust von lebendigem Boden nicht ausgleichen! Es würde Hunderte von Jahren dauern, bis der Boden wieder seine vollständige Funktion erfüllen kann. Wir verweisen auf unseren Kommentar unter III Überbaubare Grundstücksfläche, Bauweise, Grundstücksgrößen, Zahl der Wohnungen. Bis spätestens 2030 soll in Niedersachsen die Neuversiegelung von Böden auf 3 Hektar pro Tag eingeschränkt werden. Die Bedeutung dieser Einschränkung wird nicht nur angesichts der klimatischen Entwicklung immer drängender.	Zum Stichpunkt Fläche: Die Stadt Braunschweig ist ein attraktiver Bildungs-, Forschungs- und Wirtschaftsstandort mit einem hohen Arbeitsplatzzuwachs (2008 bis 2019 plus 23.000 Beschäftigte; Prognose 2020 bis 2035 plus 19.400 Beschäftigte). Dies ist der Hauptgrund für den seit Jahren dringenden Bedarf zur Schaffung neuen Wohnraums. Als neue Zielzahlen für die Entwicklung Braunschweigs empfiehlt das Gutachterbüro InWIS auf Basis aktueller Bedarfsprognosen (2023) von 2020 bis 2025 Baurecht für 5.700 Wohnungen, bis 2030 für weitere 3.500 Wohnungen und bis 2035 für weitere 3.000 Wohnungen zu schaffen. Dabei werden laut Prognose deutlich mehr familiengerechte Wohnungen - auch im Geschosswohnungsbau - benötigt, um die aktuelle Umlandwanderung von Familien und die damit einhergehenden negativen Umweltauswirkungen nennenswert zu reduzieren. Der dringende Bedarf an Wohnraum soll überwiegend durch Projekte der

Landwirtschaftliche Flächen sollten weiter zur Nahrungsmittelproduktion, unversiegelte Flächen allgemein in ihrer Funktion für den Wasserhaushalt, die Biodiversität etc. erhalten werden. Um diese Reduktion der Flächenversiegelung zu erreichen, sind insbesondere die Kommunen gefragt. Bevor weitere Baugebiete ausgewiesen werden, sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, vorhandenen Wohnraum besser zu verteilen, wie z. B. Anreize schaffen, damit Bewohner zu große Wohnungen/Häuser gegen kleinere Wohnungen eintauschen. Bessere Verkehrsanbindungen im ÖPNV sind ebenfalls essentiell, um Leerstand in anderen Kommunen zu vermeiden und somit eine solidarische Haltung innerhalb einer Region einzunehmen.	Innenentwicklung gedeckt werden. Aktuell stehen im Stadtgebiet allerdings keine ausreichenden Flächenreserven zur Verfügung, um den dringenden Wohnraumbedarf allein durch Umnutzung oder Nachverdichtung etc. zu begegnen. Auf die Ausweisung von Wohnbauflächen kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Dabei konzentriert sich die Stadt im Sinne nachhaltiger Stadtentwicklung vorzugsweise auf Standorte wie das Baugebiet "Wenden-West", die an den leistungsfähigen Schienenpersonennahverkehr angebunden sind. Dies dient auch der Flächenersparnis, da hier höhere Wohnungsdichten geboten und vertretbar sind. Standorte mit dieser Lagegunst sind rar, sodass hier punktuell großflächigere Entwicklungen auftreten. Im Speziellen werden in Wenden-West zudem im Rahmen der Festsetzungsmöglichkeiten die Auswirkungen auf Klima, Wasserhaushalt, die Biodiversität etc. im Plangebiet soweit wie möglich begrenzt und die verbleibenden Eingriffe durch entsprechende Qualifizierung bzw. Entwicklung von Maßnahmen ausgeglichen. Die Bereitstellung von adäquaten Angeboten für die Wohnraumschaffung wird an dieser Stelle jedoch höher gewichtet als der Erhalt der landwirtschaftlichen Flächen.
5.9. Klimafreundliches Energiekonzept: Wir begrüßen das Bestreben, eine klimaneutrale Wärmeversorgung einzurichten und bitten um Einsicht in die Machbarkeitsstudie bzw. Information über die zu prüfenden Alternativen für die Versorgung, s. auch unseren Kommentar unter V Grünordnung. Wir empfehlen dringend, auch die Möglichkeit der Wärmeversorgung über einen Eisspeicher zu prüfen. Auch für die Eisspeichervariante ist zu prüfen, ob eine zusätzliche Fläche für die Erzeugung von grünem Strom zum Betrieb der erforderlichen Wärmepumpe benötigt wird oder zusätzlich Solarthermie genutzt werden muss. Sofern eine Fläche für Photovoltaik oder Solarthermie erforderlich wird, sollte geprüft werden, ob die Anlagen auf bestehenden Parkplätzen, z. B. im Hafenbereich oder im Gewerbegebiet Waller Weg, errichtet werden können.	Zum Stichpunkt Klimafreundliches Energiekonzept: Ein abschließendes Ergebnis hinsichtlich der Umsetzbarkeit des Energiekonzepts wird erst die außerhalb des Bebauungsplans zu erstellende Machbarkeitsstudie liefern können, die in Zusammenarbeit mit dem Energieversorger noch erarbeitet werden muss. Der Bebauungsplan steht den genannten Alternativen indes nicht entgegen. Die Hinweise werden insofern zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Ausführungsplanung geprüft.

Vorschlag Verwaltung **Bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB wurden folgende Änderungen der Festsetzungen des Bebauungsplans vorgenommen: Die Festsetzungen der Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft wurden umfassend überarbeitet. Die Ausweisung der Wohnbauflächen wird beibehalten.**

7 Deutsche Telekom Technik GmbH: Best Mobile - Richtfunk-Trassenauskunft deutschlandweit (T-NAB)	
Schreiben vom 6. Juli 2023 Die Firma Ericsson wurde von der Deutschen Telekom Technik GmbH beauftragt, in ihrem Namen, Anfragen zum Thema Trassenschutz zu bearbeiten. Bei den von Ihnen ausgewiesenen Bedarfsflächen hat die Firma Ericsson bezüglich ihres Richtfunks keine Einwände oder spezielle Planungsvorgaben. Diese Stellungnahme gilt für Richtfunkverbindungen des Ericsson - Netzes und für Richtfunkverbindungen des Netzes der Deutschen Telekom. Bitte richten Sie Ihre Anfragen ausschließlich per Email an die: bauleitplanung@ericsson.com	Stellungnahme Verwaltung Wird zur Kenntnis genommen. Die Firma Ericsson wurde bereits am Verfahren beteiligt.
Vorschlag Verwaltung **Eine Änderung der Festsetzungen ist nicht erforderlich.**	

8 Deutsche Telekom Technik GmbH: Technik Niederlassung Nord PTI 24 B1	
Schreiben vom 8. Juni 2023 da sich gegenüber unserer Stellungnahme vom 28.04.2023 keine wesentlichen Veränderungen ergeben habe, gilt diese weiterhin. Den Text habe ich hier nochmal angefügt: Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom. (Siehe Lageplan).	Stellungnahme Verwaltung Wird zur Kenntnis genommen.

Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben. Ein Rückbau unserer Telekommunikationslinien bei Abriss von Gebäuden muss durch den Anschlussinhaber/ Grundstücksbesitzer über den Bauherren-Service der Telekom beauftragt werden. Sollte am selben Standort ein Anschluss für ein neu zu errichtendes Gebäude gewünscht werden, kann dies ebenfalls über unseren Bauherren-Service realisiert werden. www.telekom.de/hilfe/bauherren oder Telefon 0800 33 01903 Zur Versorgung der neu zu errichtenden Gebäude mit Telekommunikationsinfrastruktur durch die Telekom ist die Verlegung neuer Telekommunikationslinien im Plangebiet und ggf. außerhalb des Plangebiets erforderlich. Die Deutsche Telekom orientiert sich beim Ausbau ihrer Festnetzinfrastruktur unter anderem an den technischen Entwicklungen und Erfordernissen. Insgesamt werden Investitionen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geplant. Der Ausbau der Deutschen Telekom erfolgt nur dann, wenn dies aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll erscheint. Dies bedeutet aber auch, dass die Deutsche Telekom da, wo bereits eine Infrastruktur eines alternativen Anbieters besteht oder geplant ist, nicht automatisch eine zusätzliche Infrastruktur errichtet. Sollten Ihnen Informationen hierüber vorliegen, bitten wir um Benachrichtigung. Sollte die Möglichkeit der Koordinierung mit Maßnahmen Dritter bestehen, bitten wir uns auch dies mitzuteilen. Wir machen darauf aufmerksam, dass aus wirtschaftlichen Gründen eine Versorgung des Neubaugebietes mit Telekommunikationsinfrastruktur in unterirdischer Bauweise nur bei Ausnutzung aller Vorteile einer koordinierten Erschließung sowie einer ausreichenden Planungssicherheit möglich ist. Wir bitten daher sicherzustellen, dass - für den Ausbau des Telekommunikationsnetzes im Erschließungsgebiet die ungehinderte, unentgeltliche und kostenfreie Nutzung der künftig gewidmeten Verkehrswege möglich ist,	

- der Erschließungsträger verpflichtet wird, in Abstimmung mit uns im erforderlichen Umfang Flächen für die Aufstellung von oberirdischen Schaltgehäusen auf privaten Grundstücken zur Verfügung zu stellen und ggf. diese durch Eintrag einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit zu Gunsten der Telekom Deutschland GmbH, Sitz Bonn, im Grundbuch kostenlos zu sichern. - eine rechtzeitige und einvernehmliche Abstimmung der Lage und der Dimensionierung der Leitungszonen vorgenommen wird und eine Koordinierung der Tiefbaumaßnahmen für Straßenbau und Leitungsbau durch den Erschließungsträger erfolgt, - die geplanten Verkehrswege nach der Errichtung der TK-Infrastruktur in Lage und Verlauf nicht mehr verändert werden. Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH unter dem im Briefkopf genannten Adresse so früh wie möglich, mindestens 6 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden. Wir bitten uns den Beschluss des Bebauungsplanes zuzusenden.	
Vorschlag Verwaltung **Eine Änderung der Festsetzungen ist nicht erforderlich.**	

9 Ericsson Services GmbH (Richtfunk-Trassenauskunft)	
Schreiben vom 6. Juli 2023 [siehe Stellungnahme unter Deutsche Telekom Technik GmbH: Best Mobile - Richtfunk-Trassenauskunft deutschlandweit (T-NAB)]	Stellungnahme Verwaltung Die Belange der Fa. Ericsson Services GmbH werden durch die Stellungnahme der Fa. Deutsche Telekom Technik GmbH mit abgedeckt.
Vorschlag Verwaltung **Eine Änderung der Festsetzungen ist nicht erforderlich.**	

10 EWE NETZ GmbH (Zentrale Verwaltung Beteiligungsprozesse)	
Schreiben vom 30. Mai 2023 Vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange. Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH. Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden. Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungsstreifen bzw. -korridore für Telekommunikationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitungen gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m) mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o. Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein. Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6m x 4m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden. Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt wird oder im Schwerpunkt auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen (z.B. durch Einsatz von Wärmepumpen o. ä.) verzichtet werden soll. Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.	Stellungnahme Verwaltung Wird zur Kenntnis genommen.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen. Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren. Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite: https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen	
Vorschlag Verwaltung **Eine Änderung der Festsetzungen ist nicht erforderlich.**	

12 Flughafen Braunschweig- Wolfsburg GmbH	
Schreiben vom 05. Juli 2023 vielen Dank für die frühzeitige Einbindung der Flughafens Braunschweig-Wolfsburg GmbH in die Planung zur Änderung des Flächennutzungsplanes "Wenden-West" (WE 63 Wenden-West, 2. BA). Bei der Sichtung der bisher veröffentlichten Unterlagen ist aufgefallen, dass nach unserer Bewertung auf mögliche Lärmbelastungen der ausgewiesenen Wohnbebauungen aufgrund des Flugverkehrs vom/zum Verkehrsflughafen Braunschweig-Wolfsburg derzeit noch nicht ausreichend eingegangen wurde (siehe Begründung und	Stellungnahme Verwaltung Der Empfehlung das Thema Lärmschutz der Bebauung grundlegend zu validieren und erforderliche bauliche Auflagen zu lärmdämmenden Bauweisen, Lage von Schlafräumen etc. zu definieren wurde nachgegangen. Die Begründung und das Gutachten wurden bereits zum Stand der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB hinsichtlich des Aspekts Luftverkehrslärm konkretisiert.

Umweltbericht vom 24.05.2023 Punkt 5.7). 1. Kennziffern des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg Der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg ist als Verkehrsflughafen zugelassen und hierbei in die internationale Kategorie 4C eingruppiert. Der Flughafen hat im langjährigen Mittel jährlich ca. 28000 Flugbewegungen (ohne Segelflug) in den Verkehrsarten Tramp- und Anforderungsverkehr, Werkverkehr, Pauschalreiseverkehr, sonstige gewerbliche und nichtgewerbliche Flüge, Schulflüge, Taxiflüge sowie Rettungsflüge zu verzeichnen. Am Flughafen sind mehrere Luftfahrtunternehmen, 3 Forschungseinrichtungen mit anhängigem Flugbetrieb, 2 Unternehmen für Flugvermessung, eine Flugzeugwerft sowie mehrere Flugschulen stationiert. Vor der Corona-Pandemie hatte der Flughafen im Durchschnitt ca. 120.000 Ein/Aussteiger pro Jahr (derzeit ca. 65000). Der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg ist ganzjährig und an allen Wochentagen in Betrieb, wobei die regulären Öffnungszeiten derzeit an Werktagen von 07:00 bis 20:30 sowie an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen im Sommerhalbjahr von 09:00 bis 20:30 sowie im Winterhalbjahr von 09:00 bis 17:45 betragen. Flüge in der Nacht (22:00 - 06:00) bzw. in der Kernnacht (00:00 - 05:00) sind gemäß der Betriebsgenehmigung des Flughafens auf maximal 42 Bewegungen pro Woche bzw. 1 Bewegung pro Woche (im Durchschnitt) limitiert. 2. Lage des geplanten Baugebietes in Relation zum Flughafen sowie zu ab- bzw. anfliegenden Luftfahrzeugen Das geplante Baugebiet Wenden West (2.BA) liegt an seinem östlichen Ende ca. 2,3 km vom Ende der Piste 26 und am südlichen Ende ca. 500m von der verlängerte Abfluggrundlinie der Piste 26 des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg entfernt (siehe Bilder 1 und 2). Luftfahrzeuge, welche von der Piste 26 des Flughafens in Richtung Westen starten erreichen unter optimalen Bedingungen in einem Bereich südlich des Baugebietes eine Höhe zwischen 600ft/GND (180m über Grund) und 3500ft/GND (1060m über Grund) je nach Flugzeugtyp, Wetterbedingungen und möglichen Freigaben seitens der Flugsicherung. Luftfahrzeuge, welche die Piste 08 des Flughafens anfliegen,	Der Verlauf der An- und Abflugstrecken zum/vom Flughafen ist auf Grundlage der vom Flughafen zur Verfügung gestellten Karten bei der Planung berücksichtigt worden. Die Prüfung der Planunterlagen ergab, dass die empfohlenen Streckenführungen für Sicht- und Instrumentenflüge außerhalb des Plangebietes verlaufen. Auch die bei Sichtflügen anzunehmenden Abweichungen (z.B. witterungsbedingte) von der Grundlinie wurden berücksichtigt. Legt man für diese Streuung - wie vom Flughafen gefordert - einen 500 m breiten Korridor um die empfohlenen Flugstrecken zugrunde, so liegt das geplante Wohngebiet vollständig außerhalb dieses Korridors. Mögliche Lärmbelastungen aufgrund des Luftverkehrs vom/zum Verkehrsflughafen Braunschweig-Wolfsburg sind im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens untersucht worden. Als Grundlage wurden die Ergebnisse des Schalltechnischen Luftverkehrsgutachtens über die Luftverkehrslärmbelastung im Umfeld des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg, AVIA Consult GmbH aus dem Jahr 2019 herangezogen, dem sowohl die aktuellen (Bezugsjahr 2017) als auch die zu erwartenden Flugbewegungen (Prognose 2030) zu Grunde liegen. Darauf aufbauend wurde das Thema Lärmschutz sowohl im Gutachten zum Bebauungsplan wie auch in der Begründung umfassend validiert. Der Luftverkehr ist dabei richtlinienkonform als eine der auf das Plangebiet einwirkenden Lärmquellen berücksichtigt worden, und aufgrund der energetischen Summierung mit dem Straßen- und Schienenverkehrslärm ist der Luftverkehrslärm mit in die Dimensionierung des baulichen Schallschutzes eingeflossen; in der Gesamtlärmbetrachtung erwies sich allerdings der Straßenverkehrslärm als pegelbestimmend. Mit Hilfe einer ausreichenden Schalldämmung der Außenbauteile schutzbedürftiger Räume sowie einer fensterunabhängigen Belüftung oder besonderen Fensterkonstruktionen in Schlafräumen können gesunde Wohn- bzw. Schlafverhältnisse im Plangebiet erreicht

fliegen in dem Bereich südlich des geplanten Baugebietes in einer Flughöhe von ca. 530ft/GND (160m über Grund). Die Sichtentfernung (LOS) der vorbeifliegenden Luftfahrzeuge zum südlichen Rand des geplanten Baugebietes liegt im Fall der abfliegenden Luftfahrzeuge zwischen 540m und 1.150 m. Alle vorstehenden Angaben sind idealisierte Berechnungen, welche die Streuungsbreiten der Flugleistungen und navigatorische Toleranzen im praktischen Flugbetrieb unberücksichtigt lassen.	werden. Die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen sind bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB als textliche bzw. zeichnerische Festsetzungen im Bebauungsplan aufgenommen worden. Durch die gewählte Festsetzung zum Schallschutz werden gesunde Wohnverhältnisse letztlich auch in Hinblick auf den Aspekt des Luftverkehrslärms gesichert. An der Ausweisung der Wohnbauflächen wird festgehalten.
3. Lärmimmissionen auf das Planungsgebiet durch an- und abfliegende Flugzeuge Aufgrund der unterschiedlichen Charakteristika der Luftfahrzeuge welche Flüge nach a) Instrumentenflugregeln (IFR) sowie b) Flüge nach Sichtflugregeln (VFR) durchführen sowie der in diesem Zusammenhang deutlich unterschiedlichen Flugwege, werden in den nachfolgenden Betrachtungen die Lärmimmissionen durch Flüge nach Instrumentenflugregeln (IFR) sowie durch Flüge nach Sichtflugregeln (VFR) getrennt behandelt.	Der Empfehlung zukünftige Investoren und Eigentümer der Flächen auf die Vorbelastung durch den Schall hinzuweisen wird gefolgt: Unter Hinweise wurde bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB folgender Textbaustein aufgenommen: Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt im Einflussbereich des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg. Durch die Nutzung des Flugplatzes ist mit Luftverkehrslärm zu rechnen. Das Plangebiet ist durch Straßen-, Schienen, Flugverkehr sowie durch den Betrieb gewerblicher Anlagen lärmvorbelastet.
3.1 Flüge nach Instrumentenflugregeln (IFR) Am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg finden Flüge nach Instrumentenflugregeln mit Flugzeugen und Hubschraubern mit bis zu 100t Abflugmasse statt. Die meisten Verkehre davon sind Flugzeuge in der Größenordnung zwischen 7t und 45t. Flüge nach Instrumentenflugregeln sind zumeist der gewerblichen Luftfahrt zuzuordnen und fliegen zumeist tagsüber, aber auch häufig in den Tagesrandzeiten und in der Nacht. Die seitens der Deutschen Flugsicherung (DFS) ausgewiesenen Abflug- bzw. Anflugstrecken für den IFR-Verkehr aus/in westlicher Richtung (entspricht der exakten verlängerten Abfluggrundlinie R26 bzw. Anfluggrundlinie R08) liegen nur ca. 500m von den südlichen Bereichen des geplanten Wohngebietes entfernt (siehe Bild 3). Aufgrund der Nähe zur Start-/Landebahn und der in diesem Bereich geringen Flughöhen des ab- bzw. anfliegenden Verkehrs ist bei jeder Flugbewegung (abhängig von Luftfahrzeugtyp, Fluggeschwindigkeit, Wettersituation, Windrichtung u.v.m.) mit einer Lärmbelastung dieses Gebietes durch den Flugverkehr zu rechnen.	Eine zusätzliche Information für zukünftige Investoren und Eigentümer der Flächen kann im Rahmen der Grundstücksvermarktung kommuniziert werden. Hierzu wird die Stadt der Erschließungsträgerin nach Abschluss des Planverfahrens einen separaten Hinweis geben.

Wichtig ist hierbei zu beachten, dass die als Visualisierungsgrundlage gewählte Ab-/Anfluggrundlinie (schwarze Linie) nur eine exakte Verlängerung der Piste darstellt und somit auch nur als eine idealisierte "optimale" Linie zu bewerten ist. Mit steigender Entfernung von der Piste nimmt die laterale Streuung der Flugwege zu welches die beiden roten Linien darstellen welche aber auch hier nur zur besseren Visualisierung dienen und in der Praxis keine laterale Begrenzung der wirklich geflogenen Flugwege über Grund darstellen. Bei jeder nördlichen Abweichung von der idealisierten (schwarzen) Linie sowie generell bei Wind aus südlichen Richtungen ist mit einer verstärkten Lärmeinwirkung auf des Planungsgebiet zu rechnen. 3.2 Flüge nach Sichtflugregeln (VFR) Die Anlage 3 zeigt die seitens der deutschen Flugsicherung (DFS) veröffentlichten Streckenführung für (meist) kleinere, nach Sichtflugregeln (VFR) fliegende Luftfahrzeuge. Das Planungsgebiet wurde hier ebenfalls visualisiert (rot). Bei den Flügen nach Sichtflugregeln müssen verschiedene Fälle betrachtet werden: a) Flugzeuge, welche auf der Piste 26 starten und in Richtung Westen abfliegen wollen (bzw. aus Richtung Westen kommend die Piste 08 anfliegen) b) Flugzeuge, welche auf der Piste 26 starten und in nördlicher Richtung abfliegen wollen (bzw. aus Norden kommend, die auf der Piste 08 anfliegen wollen) c) Flugzeuge welche in der nördlichen Platzrunde fliegen d) Flugzeuge welche die Kontrollzone in Ost-Westrichtung und umgekehrt durchfliegen Generell unterscheiden sich die Lärmimmissionen von Flugzeugen, welche nach Sichtflugregeln fliegen, deutlich von denen von Flugzeugen im Punkt 3.1. Dieses liegt vor allem an niedrigeren Überflughöhen aufgrund geringerer Steigleistungen dieser Flugzeuge bzw. der Beschränkung auf eine niedrigere Flughöhe seitens der Luftraumstruktur und den Vorgaben der Flugsicherung. Zudem wirken Lärmimmissionen aufgrund der deutlich geringeren Fluggeschwindigkeiten länger auf das Planungsgebiet ein als mit den meist größeren und schnelleren Luftfahrzeugen, welche nach Instrumentenflugregeln fliegen. zu a)	

Diese Luftfahrzeuge fliegen entweder entlang der Autobahn A2 bzw. auf dem Weg vom bzw. zum Meldepunkt "Whiskey 2" (W2) südlich am ausgewiesenen Planungsgebiet vorbei (siehe Bild 4). Durch die gute Sichtbarkeit aus der Luft und durch den dauerhaften Grundlärmpegel der A2 bieten sich diese Flugwege für kleinere Luftfahrzeuge geradezu an. Wie schon im Punkt 3.1 beschrieben, führen Ungenauigkeiten in der Kursführung (es wird üblicherweise nach Sicht anhand von Bodenmerkmalen geflogen) und Wind aus südlichen Richtungen zu höheren Lärmbelastungen des Planungsgebietes. zu b) Die Luftfahrzeuge fliegen nach dem Start auf der Piste 26 zunächst in Richtung Hafen (W2) und damit südlich am Planungsgebiet vorbei (siehe Bild 5). Über dem Hafen erfolgt eine Rechtskurve in Richtung Nordwesten, um danach auf dem Weg in Richtung der Meldepunkte November 2 und 1 entlang des Mittellandkanals auf der Westseite zum zweiten Mal dicht am Planungsgebiet vorbeizufliegen. Der seitliche Abstand zwischen dem Flugweg über dem Mittellandkanal zum Planungsgebiet beträgt in diesem Fall nur ca. 300m. (für Anflüge aus Norden auf die Piste 08 gilt das beschriebene Verfahren umgekehrt) Ungenauigkeiten in der Kursführung (es wird üblicherweise nach Sicht anhand von Bodenmerkmalen geflogen) und Wind aus südlichen oder vor allem aus westlichen Richtungen führen zu höheren Lärmbelastungen des Planungsgebietes. zu c) Flugzeuge, welche in der nördlichen Platzrunde fliegen nutzen in dem das Planungsgebiet betreffenden Bereich die gleichen Verfahren wie im Punkt b beschrieben (siehe Bild 6). Auch hier bedeuten Ungenauigkeiten in der Kursführung (es wird üblicherweise nach Sicht anhand von Bodenmerkmalen geflogen) und Wind aus südlichen oder vor allem aus westlichen Richtungen höhere Lärmbelastungen des Planungsgebietes. zu d) Die Bundesautobahn A2 wird von vielen nach Sichtflugregeln fliegenden Flugzeugen bei Flügen in Ost-West Richtung (z.B. Berlin - Hannover - Ruhrgebiet und umgekehrt) als sogenannte Orientierungslinie genutzt. Je nach Wetterlage und	

Freigebesituation kommt es hierbei häufig zu Durchflügen durch die Kontrollzone entlang der A2 (siehe Bild 7). Ungenauigkeiten in der Kursführung (es wird üblicherweise nach Sicht anhand von Bodenmerkmalen geflogen) und Wind aus südlichen Richtungen führen zu höheren Lärmbelastungen des Planungsgebietes. Der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg ist sehr daran interessiert, die Lärmbelastungen der Bevölkerung so niedrig wie möglich zu halten. Hierzu steht der Flughafen u.a. in intensiver Zusammenarbeit mit der Fluglärmschutzkommission und im intensiven Austausch mit der Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm mit dem Ziel, Beeinträchtigungen durch Fluglärm möglichst zu vermeiden, zumindest jedoch zu minimieren. Durch eine Wohnbebauung in Nähe oder unterhalb der An- und Abflugstrecken des Flughafens sehen wir das Risiko einer unvermeidbaren Belastung der zukünftigen Anwohner. Wir empfehlen, das Thema Lärmschutz der Bebauung erneut zu validieren und ggfls. bauliche Auflagen zu lärmdämmenden Bauweisen, Lage von Schlafräumen etc. zu definieren. Transparente Informationen für zukünftige Investoren und Eigentümer der Flächen sollten kommuniziert werden. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.	
Vorschlag Verwaltung **Bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB wurden folgende Änderungen der Festsetzungen des Bebauungsplans vorgenommen: Es werden Festsetzungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes getroffen und ein Hinweis zur Lärmvorbelastung aufgenommen. Darüber hinaus sind keine Änderungen der Festsetzungen erforderlich.**	

13 Industrie- und Handelskammer Braunschweig	
Schreiben vom 15. Juni 2023 Mit der o.g. Bebauungsplanung soll die Entwicklung des Baugebietes Wenden-West fortgeführt werden. Die Bebauungsplanung basiert auf einer bereits im Jahre 1991 erstellten Rahmenplanung und soll Raum für rund 700 neue Wohneinheiten bzw. 1.500	Stellungnahme Verwaltung

Einwohner schaffen. Seitens der IHK Braunschweig sind die Planungen für das Baugebiet Wenden-West schon immer kritisch begleitet worden. Dies gründet sich auf die Nähe des Baugebietes zum Braunschweiger Flughafen sowie auf seine Nähe zu intensiven gewerblichen Nutzungen südlich der Autobahn 2 und nördlich des Mittellandkanals. In diesem Zusammenhang tragen wir folgende Hinweise vor.	
1. Nähe des Baugebietes Wenden-West zum Braunschweiger Flughafen:	Zum Stichpunkt 1. Nähe des Baugebietes Wenden-West zum Braunschweiger Flughafen:
Das Baugebiet Wenden-West ist durch seine Nähe zum Braunschweiger Flughafen gekennzeichnet, liegt jedoch außerhalb des hierfür festgesetzten Siedlungsbeschränkungsbereiches. Bekanntermaßen kommt es in Flughafennähe und speziell auch in Wenden immer wieder zu Beschwerden der Wohnbevölkerung über die vom Flugbetrieb ausgehende Lärmbelastung. Dabei stellt sich das subjektive Lärmempfinden der Bewohner unabhängig von objektiv messbaren Tatbeständen der Lärmeinwirkung und von administrativ festgelegten Grenz-, Richt- oder Orientierungswerten (wie sie etwa in der DIN 18005 "Schallschutz im Städtebau" oder in der 16. BImSchV / Verkehrslärmschutzverordnung enthalten sind) ein. Das bereits bestehende Konfliktpotential droht durch die im Westen der Ortschaft Wenden geplante Wohngebietserweiterung nun weiter verschärft zu werden. Die uneingeschränkte Nutzung sowie die Entwicklungsmöglichkeiten des Braunschweiger Flughafens werden gerade von den prägenden Unternehmen unseres Wirtschaftsraumes nach wie vor als außerordentlich wichtiger Standortfaktor des Oberzentrums Braunschweig gewertet. Auch die Entwicklung des Braunschweiger Flughafens in Richtung eines Forschungsflughafens ist für die Region nicht allein wegen der ca. 3.700 Arbeitsplätze bei Forschungseinrichtungen und flughafenorientierten High-Tech-Unternehmen von erheblicher wirtschaftsstruktureller Bedeutung. Nach unserer Auffassung gilt es daher, alle Vorhaben kritisch zu hinterfragen, die diese wirtschaftlich bedeutsame Infrastruktureinrichtung schwächen. In diesem Sinne plädieren wir grundsätzlich dafür, den Entwicklungsmöglichkeiten des Braunschweiger Flughafens uneingeschränkte Priorität vor	Das Baugebiet Wenden-West liegt zwar in Nähe zum Braunschweiger Flughafen, jedoch - wie in der Stellungnahme der IHK beschrieben - außerhalb des hierfür festgesetzten Siedlungsbeschränkungsbereiches. Der Empfehlung das Thema Luftverkehrslärm grundlegend zu validieren wurde nachgegangen. Die Begründung und das Gutachten wurden bereits zum Stand der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB hinsichtlich des Aspekts Luftverkehrslärm konkretisiert und ergänzt. Mögliche Lärmbelastungen aufgrund des Luftverkehrs vom/zum Verkehrsflughafen Braunschweig-Wolfsburg sind insofern im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens umfassend untersucht worden. Als Grundlage wurden die Ergebnisse des Schalltechnischen Luftverkehrsgutachtens über die Luftverkehrslärmbelastung im Umfeld des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg, AVIA Consult GmbH aus dem Jahr 2019 herangezogen, dem sowohl die aktuellen (Bezugsjahr 2017) als auch die zu erwartenden Flugbewegungen (Prognose 2030) zu Grunde liegen. Darauf aufbauend wurde das Thema Lärmschutz sowohl im Gutachten zum Bebauungsplan wie auch in der Begründung umfassend validiert. Der Luftverkehr ist dabei richtlinienkonform als eine der auf das Plangebiet einwirkenden Lärmquellen berücksichtigt worden, und aufgrund der energetischen Summierung mit dem Straßen- und Schienenverkehrslärm ist der Luftverkehrslärm mit in die Dimensionierung des baulichen Schallschutzes eingeflossen; in

konkurrierenden Siedlungsentwicklungen einzuräumen.	der Gesamtlärmbetrachtung erwies sich allerdings der Straßenverkehrslärm als pegelbestimmend. Mit Hilfe einer ausreichenden Schalldämmung der Außenbauteile schutzbedürftiger Räume sowie einer fensterunabhängigen Belüftung oder besonderen Fensterkonstruktionen in Schlafräumen können gesunde Wohn- bzw. Schlafverhältnisse im Plangebiet erreicht werden. Die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen sind bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB als textliche bzw. zeichnerische Festsetzungen im Bebauungsplan aufgenommen worden. Durch die gewählte Festsetzung zum Schallschutz werden gesunde Wohnverhältnisse letztlich auch in Hinblick auf den Aspekt des Luftverkehrslärms gesichert. An der Ausweisung der Wohnbauflächen wird festgehalten. Um zukünftige Investoren und Eigentümer der Flächen auf die Vorbelastung durch den Schall hinzuweisen wurde zudem unter Hinweise bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB folgender Textbaustein aufgenommen: Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt im Einflussbereich des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg. Durch die Nutzung des Flugplatzes ist mit Luftverkehrslärm zu rechnen. Das Plangebiet ist durch Straßen-, Schienen, Flugverkehr sowie durch den Betrieb gewerblicher Anlagen lärmvorbelastet. Eine zusätzliche Information für zukünftige Investoren und Eigentümer der Flächen kann im Rahmen der Grundstücksvermarktung kommuniziert werden. Hierzu wird die Stadt der Erschließungsträgerin nach Abschluss des Planverfahrens einen separaten Hinweis geben.
2. Gewerbliche Nutzungen südlich der Autobahn 2 und nördlich des Mittellandkanals:	Zu 2. Gewerbliche Nutzungen südlich der Autobahn 2 und nördlich des Mittellandkanals:
In der näheren Umgebung des Baugebietes Wenden-West finden sich südlich der Autobahn 2 und nördlich des Mittellandkanals mehrere intensive gewerbliche Nutzungen. Auch in der	Die immissionsrelevanten gewerblichen und industriellen Anlagen wurden im Schalltechnisches Gutachten der AMT Ingenieurgesellschaft mbH berücksichtigt. Die

Planbegründung wird darauf hingewiesen, dass sich im Umkreis von weniger als 2 km zu den geplanten schutzbedürftigen Gebieten insgesamt fünf Störfallbetriebe befinden. In diesem Zusammenhang wird erwähnt, dass angemessene Sicherheitsabstände zwischen den jeweiligen Betriebsbereichen und dem Plangebiet einem Gutachten der U-CON GmbH von August 2020 zufolge eingehalten werden. Die schutzbedürftigen Gebiete des Geltungsbereichs A liegen demnach komplett außerhalb der von dem Sachverständigenbüro ermittelten angemessenen Sicherheitsabstände. Zusammenfassend heißt es in der Planbegründung: ,,Da sich das Plangebiet nicht im Gefahrenbereich befindet, sind keine besonderen Schutzmaßnahmen erforderlich." Insbesondere vor dem Hintergrund der intensiven Diskussionen, die im Zusammenhang mit der Nähe von Wohnnutzungen zu den am Industrie- und Gewerbestandort am Kanal in Thune ansässigen Unternehmen geführt worden sind, halten wir diese Feststellung für elementar. Wir gehen daher davon aus, dass die Realisierung der in Rede stehenden Planung für die im Umfeld gelegenen Betriebe keinerlei Einschränkungen ihrer betrieblichen Nutzungs- und Entwicklungsmöglichkeiten mit sich bringt. In diese Erwartung schließen wir auch den Aspekt der Verträglichkeit der gewerblichen Schallemissionen ein, zu denen die Planbegründung trotz eines bereits vorliegenden Schallgutachtens leider keine näheren Erläuterungen enthält.	Industrie-/Gewerbebetriebe im Untersuchungsraum südlich des Geltungsbereichs A wurden überwiegend bereits im schalltechnischen Gutachten Nr. B0361902 der Gesellschaft für Technische Akustik mbH vom 28.05.2020 bzw. in der ergänzenden Stellungnahme vom 10.11.2020 betrachtet. Mögliche Immissionskonflikte aufgrund der gewerblichen Nutzungen im Umfeld des Plangebiets A sind gutachterlich somit umfassend untersucht worden. Es konnte nachgewiesen werden, dass sowohl die Orientierungswerte der DIN 18005 als auch die Immissionsrichtwerte der TA Lärm im gesamten Geltungsbereich A eingehalten bzw. unterschritten werden. Die entsprechenden immissionsschutzrechtlichen Aspekte wurden auch in der Begründung bereits zum Stand der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB entsprechend konkretisiert bzw. ergänzt. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das geplante Wohngebiet keine Immissionskonflikte mit den Gewerbenutzungen hervorruft. Auch werden die Emissionen der vorhandenen Betriebe südlich der Autobahn 2 und nördlich des Mittellandkanals durch die geplante Siedlungserweiterung nicht weiter eingeschränkt. Da sich das Plangebiet außerhalb der angemessenen Sicherheitsabstände der sogenannten Störfallbetriebe befindet, sind auch diesbezüglich keine weiteren Einschränkungen erforderlich.
Einen aus unserer Sicht klärungsbedürftigen Punkt enthalten die aktuell übersandten Planunterlagen noch im Hinblick auf die vorgesehene Einzelhandelsnutzung innerhalb des urbanen Gebietes MU2. Gemäß Textfestsetzung A.1.2 können dort Einzelhandelsnutzungen ausnahmsweise zugelassen werden, sofern diese der Nahversorgung der Bevölkerung dienen. In der Planbegründung wird erläutert, dass so auch Einzelhandelsnutzungen oberhalb der Großflächigkeitsschwelle genehmigungsfähig sein könnten. Konkret ist die Rede von möglichen Einzelhandelsnutzungen mit einer maximalen Gesamtverkaufsfläche von rund 1.220 m2, davon 1.020 m2 im Sortiment Nahrungs- und	Zur Einzelhandelsnutzung innerhalb des urbanen Gebietes MU2: In der Begründung ist dargestellt, dass nach aktuellen Rahmenbedingungen ein Lebensmittelbetrieb mit maximaler Gesamtverkaufsfläche von rd. 1.220 m² unter gewissen Voraussetzungen die rechtlichen Anforderungen an die Verträglichkeit erfüllen würde und somit städtebaulich noch vertretbar wäre. Diese Aussagen begründen sich auf den gutachterlichen Untersuchungen, welches der IHK nachträglich zugeschickt wurden. Wesentlich ist dabei, dass das Gutachten von

Genussmittel, zuzüglich einer Bäckereifiliale mit einer Verkaufsfläche von rund 25 m2 . In diesem Zusammenhang wird eine gutachterliche Untersuchung des Büros Dr. Acocella vom 24.01 .23 erwähnt. Zudem wird postuliert, dass eine städtebauliche Atypik im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO für einen Betrieb in der genannten Größenordnung am Planstandort angenommen werden könne und ein entsprechender Nachweis im Rahmen des Bauantragsverfahrens zu erbringen sei (Seite 40-41 der Planbegründung). Hierzu merken wir an, dass wir eine städtebauliche Atypik, die die Zulässigkeit einer großflächigen Einzelhandelsnutzung außerhalb eines festgesetzten Kern- oder Sondergebietes rechtfertigen würde, derzeit nicht erkennen können. Insofern steht für uns die Genehmigungsfähigkeit einer großflächigen Handelsnutzung im urbanen Gebiet MU2 in Frage. Für eine Erläuterung, inwiefern im vorliegenden Fall eine atypische Situation gegeben ist, mit der sich die Zulässigkeit einer großflächigen Einzelhandelsnutzung im MU2 begründen ließe, wären wir ebenso dankbar wie für die Übersendung des erwähnten Gutachtens des Büros Dr. Acocella.	Annahmen ausgeht und kein konkret geplantes Vorhaben abprüft. Tatsächlich sind großflächige Einzelhandelsbetriebe gem. § 11 Abs. 3 BauNVO nur in Kern- und entsprechenden Sondergebieten zulässig. Da im Bebauungsplan auf die Ausweisung eines entsprechenden Kern- oder Sondergebietes verzichtet wurde, wird an dieser Stelle bewusst kein Baurecht für Einzelhandelsflächen oberhalb der Großflächigkeitsschwelle geschaffen. Am Standort Veltenhöfer Straße geht es der Stadt vor allem darum die Versorgung der Bevölkerung des neuen Gebietes mit Gütern des täglichen Bedarfs sicherzustellen, damit die wohnortbezogene Nahversorgung gewährleistet werden kann. Insofern sollen Einzelhandelsnutzungen nur innerhalb des urbanen Gebietes MU2 und nur ausnahmsweise zugelassen werden, sofern diese der Nahversorgung der Bevölkerung dienen.
ergänzende Stellungnahme vom 23.06.2023 Vielen Dank für die Übersendung des Nahversorgungsgutachtens des Büros Dr. Acocella. Wir haben uns das Gutachten angesehen und möchten in diesem Zusammenhang unsere Stellungnahme vom 15.06.23 zum o.g. Bebauungsplanverfahren folgendermaßen ergänzen: 1. In unserer Stellungnahme vom 15.06.23 hatten wir bereits darauf hingewiesen, dass wir eine städtebauliche Atypik, die die Zulässigkeit einer großflächigen Einzelhandelsnutzung außerhalb eines festgesetzten Kern- oder Sondergebietes (hier: im MU 2 des Plangeltungsbereichs) rechtfertigen würde, nicht erkennen können. Auch nach Durchsicht des Gutachtens hat sich an dieser Beurteilung nichts geändert. Unserer Ansicht nach handelt es sich bei dem Baugebiet Wenden-West um eine völlig normale Siedlungserweiterung, die keine städtebaulich atypische Situation schafft. Insofern widersprechen wir der diesbezüglichen Einschätzung des Gutachters.	Zur ergänzenden Stellungnahme vom 23.06.2023: An dieser Stelle ist noch einmal klarzustellen, dass mit Ausweisung eines Urbanen Gebiets kein Baurecht für einen großflächigen Betrieb gem. § 11 Abs. 3 BauNVO geschaffen wird. Zwar könnte - bei Erfüllung der gutachterlich benannten Voraussetzungen - theoretisch auch im MU ein größerer Betrieb zulässig sein (Nachweis der Atypik). Sollte sich ein solcher Betrieb ansiedeln wollen, wird dessen Verträglichkeit jedoch erst im nachgelagerten Verfahren geprüft. Die Prüfung der Atypik ist nicht Bestandteil des Bebauungsplans. Im Plangebiet werden bewusst Einschränkungen hinsichtlich Ansiedlung von Einzelhandelsnutzungen getroffen, um wesentliche Auswirkungen gegen die Funktionsvielfalt des zentralen Versorgungsbereiches City sowie der Stadtteil- und Nahversorgungszentren insbesondere auch dem Stadtteilzentrum Wenden, Hauptstraße auszuschließen.

2. Der Gutachter weist deutlich darauf hin, dass die Einrichtung eines Lebensmitteleinzelhandels am vorgesehenen Planstandort (im MU2 des Plangeltungsbereichs) wesentliche Auswirkungen auf den Zentralen Versorgungsbereich bzw. das Stadtteilzentrum "Wenden, Hauptstraße" haben kann. Ein Wegfall des an der Hauptstraße ansässigen Lebensmitteleinzelhandelsbetriebes, der als wichtiger Frequenzbringer für das Stadtteilzentrum fungiert, könne nicht ausgeschlossen werden. Unseres Erachtens hätte der Wegfall des an der Hauptstraße ansässigen Lebensmitteleinzelhandelsbetriebes eine Schwächung und schwere Schädigung des zentralen Versorgungsbereiches bzw. Stadtteilzentrums "Wenden, Hauptstraße" zur Folge. Angesichts der Schutzwürdigkeit des zentralen Versorgungsbereiches bzw. Stadtteilzentrums "Wenden, Hauptstraße" müssen wir die Zulässigkeit bzw. Genehmigungsfähigkeit eines großflächigen Einzelhandelsbetriebes im MU2 des Plangeltungsbereichs (laut Planunterlagen und Gutachten sind hier Lebensmitteleinzelhandelsbetriebe mit einer Gesamtverkaufsfläche von bis zu 1.245 m² in der Diskussion) in Frage stellen. Wir bitten um Berücksichtigung unserer Anmerkungen im weiteren Planungsverfahren.	Städtebauliches Ziel der gewählten Festsetzungen ist es die Ansiedlung eines Nahversorgers zu ermöglichen, der einerseits die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung sicherstellt, aber andererseits auch die Funktionalität des Stadtteilzentrums nicht gefährdet. Gutachten und Begründung wurden zur besseren Verständlichkeit bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB konkretisiert bzw. ergänzt. Darüber hinaus wurden in den Allgemeinen Wohngebieten die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden ausgeschlossen.
Vorschlag Verwaltung **Bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB wurden folgende Änderungen der Festsetzungen des Bebauungsplans vorgenommen: Es wurden Festsetzungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ergänzt und ein Hinweis zur Lärmvorbelastung aufgenommen.** **In den Allgemeinen Wohngebieten werden die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden ausgeschlossen.**	

14 Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) (L 3.3)	
Schreiben vom 29.06.2023	Stellungnahme Verwaltung
In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir folgende Hinweise: Boden Die Grundlage zur fachlichen Beurteilung des Schutzgutes Boden liefert in Deutschland das Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) und	Wird zur Kenntnis genommen. An dieser Stelle ist anzumerken, dass sich die Bezeichnung der Geltungsbereiche bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB geändert hat.

fokussiert dabei auf die Bewertung der Bodenfunktionen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen und der Archivfunktion vermieden werden (vgl. § 1 BBodSchG). Mit Grund und Boden ist gemäß §1a BauGB sparsam und schonend umzugehen und flächenbeanspruchende Maßnahmen sollten diesem Grundsatz entsprechen (LROP 3.1.1, 04). Für Niedersachsen wird in der Niedersächsischen Nachhaltigkeitsstrategie eine reduzierte Flächeninanspruchnahme von unter 4 ha pro Tag bis 2030 angestrebt. Das NNatSchG gibt in §1a zudem vor, die Neuversiegelung von Böden landesweit bis zum Ablauf des Jahres 2030 auf unter 3 ha pro Tag zu reduzieren und bis zum Ablauf des Jahres 2050 zu beenden. Diese Zielsetzung wurde auch in das LROP (3.1.1, 05) aufgenommen. Hieraus ergibt sich der Bedarf nach einem sparsamen Umgang mit den Ressourcen Boden und Fläche für die kommunale Planung. Zur fachgerechten Berücksichtigung in der Planung sollte das Schutzgut Boden im erarbeitenden Umweltbericht entsprechend der Anlage 1 Baugesetzbuch (BauGB) ausführlich beschrieben und eine Bodenfunktionsbewertung entsprechend der im Bundes-Bodenschutzgesetz (vgl. § 2 BBodSchG) genannten Funktionen vorgenommen werden. Vorliegende Bodenfunktionsbewertungskarten sollten für die Bewertung herangezogen werden. Aus bodenschutzfachlicher Sicht geben wir einige allgemeine Hinweise zu den Maßnahmen der Vermeidung und Verminderung von Bodenbeeinträchtigungen. Vorhandener Oberboden sollte aufgrund §202 BauGB vor Baubeginn schonend abgetragen und einer ordnungsgemäßen Verwertung zugeführt werden. Im Rahmen der Bautätigkeiten sollten einige DIN-Normen aktiv Anwendung finden (v.a. DIN 19639 Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben, DIN 18915 Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Bodenarbeiten, DIN 19731 Verwertung von Bodenmaterial). Um dauerhaft negative Auswirkungen auf die von Bebauung freizuhaltenden Bereiche zu vermeiden, sollte der Boden im Bereich der Bewegungs-, Arbeits- und Lagerflächen durch geeignete Maßnahmen (z.B. Überfahrungsverbotszonen, Baggermatten) geschützt werden. Boden sollte im Allgemeinen schichtgetreu ab- und aufgetragen werden. Die Lagerung von Boden in Bodenmieten sollte ortsnah,	Die Geltungsbereiche B in Thune und C3-C4 in Wenden sind nicht mehr erforderlich und daher entfallen. Durch den Entfall haben sich die Bezeichnung der verbleibenden Geltungsbereiche geändert. Der Geltungsbereich C1 (alt) in Wenden wird zu Geltungsbereich B (neu), der Geltungsbereich D (alt) in Veltenhof wird zu C (neu). Der Geltungsbereich E (alt) in Waggum wird zu D (neu). Der Geltungsbereich F (alt) in Rüningen wird zu E (neu). Der Geltungsbereich in Waggum, der laut Stellungnahme den Bereich einer Salzstockhochlage tangiert, wird unter der Bezeichnung D weitergeführt. In diesem Bereich sind keine Baumaßnahmen geplant. Insofern sind hinsichtlich Erdfallgefährdung keine besonderen Maßnahmen erforderlich.

schichtgetreu, in möglichst kurzer Dauer und entsprechend vor Witterung geschützt vorgenommen werden (u.a. gemäß DIN 19639). Außerdem sollte das Vermischen von Böden verschiedener Herkunft oder mit unterschiedlichen Eigenschaften vermieden werden. Auf verdichtungsempfindlichen Flächen sollten Stahlplatten oder Baggermatten zum Schutz vor mechanischen Belastungen ausgelegt werden. Besonders bei diesen Böden sollte auf die Witterung und den Feuchtegehalt im Boden geachtet werden, um Strukturschäden zu vermeiden. Der Geobericht 28 Bodenschutz beim Bauen des LBEG dient als Leitfaden zu diesem Thema. Weitere Hinweise zur Vermeidung und Minderung von Bodenbeeinträchtigungen sowie zur Wiederherstellung von Bodenfunktionen sind zudem in Geofakt 31 Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis zu finden. Eine eingriffs- und funktionsbezogene Kompensation verbleibender Bodenfunktionsbeeinträchtigungen sollte durch geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenfunktionen durchgeführt werden (z.B. Entsiegelung, Renaturierung, Wiedervernässung). Dementsprechend empfehlen wir Bodenabtrag im Zuge dieser Maßnahmen zu vermeiden und Maßnahmen zu wählen, die den natürlichen Standortbedingungen entsprechen. Wir weisen in diesem Kontext auf die LBEG Veröffentlichung Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis hin. Gashochdruckleitungen, Rohrfernleitungen Durch das Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe dazu verlaufen erdverlegte Gashochdruckleitungen bzw. Rohrfernleitungen. Bei diesen Leitungen sind Schutzstreifen zu beachten, die von jeglicher Bebauung und von tiefwurzelndem Pflanzenbewuchs frei zu halten sind. Bitte beteiligen Sie den aktuellen Leitungsbetreiber direkt am Verfahren, damit ggf. erforderliche Abstimmungsmaßnahmen (genauer Leitungsverlauf, Breite des Schutzstreifens etc.) eingeleitet werden können. Der Leitungsbetreiber kann sich ändern, ohne dass es eine gesetzliche Mitteilungspflicht gegenüber dem LBEG gibt. Wenn Ihnen aktuelle Informationen zum Betreiber bekannt sind, melden Sie diese bitte an Leitungskataster@lbeg.niedersachsen.de. Weitere Informationen erhalten Sie hier. Die beim LBEG	

vorliegenden Daten zu den betroffenen Leitungen entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Tabelle: Objektname Betreiber Leitungstyp Leitungsstatus FG-Leitung Braunschweig - Wolfsburg NN Gashochdruckleitung betriebsbereit / in Betrieb Wenn die Beteiligung der Leitungsbetreiber bereits im Rahmen früherer Planungsverfahren durchgeführt wurde und zwischenzeitlich keine Veränderung des Leitungsverlaufs erfolgte, ist die Erfordernis einer erneuten Beteiligung der genannten Unternehmen durch die verfahrensführende Behörde abzuwägen. Altbergbau Nachbergbau Themengebiet Grubenumrisse Altbergbau Laut den hier vorliegenden, ausgewerteten Unterlagen liegt das genannte Verfahrensgebiet nicht im Bereich von historischem Bergbau. Baugrund Der Standort Geltungsbereich E tangiert den Bereich einer Salzstockhochlage mit löslichen Gesteinen im Untergrund (Salze und Sulfate). Im Bereich der Salzstockhochlage sind infolge flächenhafter Auslaugung der löslichen Salze weitspannige rezente Geländesenkungen möglich. Durch die Verkarstung des über dem Salz anstehenden Gipshutes können lokal Erdfälle auftreten. Im Bereich des Standorts Geltungsbereich E und im näheren Umfeld sind bisher keine Erdfälle bekannt. Formal ist dem Standort Geltungsbereich E für Wohngebäude mit bis zu zwei Vollgeschossen und/oder mit bis zu zwei Vollgeschossen die Erdfallgefährdungskategorie 3 zuzuordnen, sofern die detaillierte Baugrunderkundung keine weiteren Hinweise auf Subrosion/Verkarstung erbringt (gem. Erlass des Niedersächsischen Sozialministers "Baumaßnahmen in erdfallgefährdeten Gebieten" vom 23.2.1987, Az. 305.4 - 24 110/2 -). Im Rahmen von Baumaßnahmen am Standort Geltungsbereich E empfehlen wir bezüglich der Erdfallgefährdung entsprechende konstruktive Sicherungsmaßnahmen vorzusehen. Weiterführende Informationen dazu unter www.lbeg.niedersachsen.de > Geologie > Baugrund > Subrosion > Hinweise zum	

Umgang mit Subrosionsgefahren. Im Untergrund der Standorte Geltungsbereiche A, B, C1-C4, D und F stehen keine löslichen Gesteine an oder sie liegen in so großer Tiefe, dass bisher keine Erdfälle bekannt geworden sind. Eine Gefährdung durch Erdfälle ist daher in diesen Geltungsbereichen nicht gegeben. Formal ist diesen Geltungsbereichen die Erdfallgefährdungskategorie 0 bis 1 zuzuordnen (gem. Erlass des Niedersächsischen Sozialministers "Baumaßnahmen in erdfallgefährdeten Gebieten" vom 23.2.1987, Az. 305.4 - 24 110/2 -). Im Rahmen von Baumaßnahmen an den Standorten Geltungsbereiche A, B, C1-C4, D und F sind bezüglich der Erdfallgefährdung keine besonderen konstruktiven Sicherungsmaßnahmen notwendig. Im Zuge der Planung von Baumaßnahmen verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen. Hinweise In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen. Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.	
Vorschlag Verwaltung **Eine Änderung der Festsetzungen ist nicht erforderlich.**	

15 Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen (Katasteramt Braunschweig)	
Schreiben vom 30. Juni 2023 unsere Belange sind nicht betroffen. Vor der Neubildung von (Bau-)Grundstücken sollten die bestehenden Flächen vereinigt und verschmolzen werden, damit die Übersichtlichkeit im Liegenschaftskataster gewahrt bleibt.	Stellungnahme Verwaltung Wird zur Kenntnis genommen.
Vorschlag Verwaltung **Eine Änderung der Festsetzungen ist nicht erforderlich.**	

16 Landwirtschaftskammer Niedersachsen Bezirksstelle Braunschweig (Fachgruppe II)	
Schreiben vom 6. Juni 2023 Um die bereits begonnene Siedlungsentwicklung im Westen von Wenden weiter (+700 Wohneinheiten) voranzutreiben, soll der o.g. Bebauungsplan für eine Fläche von insgesamt 18,4 ha aufgestellt werden. Für Teilbereiche bestehen bereits Bebauungspläne, welche mit dem vorliegenden Verfahren überplant werden. Im derzeit gültigen F-Plan wird das Areal als Wohnbau- und Grünflächen sowie als gemischte Baufläche dargestellt. Als Träger öffentlicher Belange werden wir in diesem Verfahren beteiligt. Nach Durchsicht der Unterlagen und Rücksprache mit der örtlichen Landwirtschaft nehmen wir zu den von uns zu vertreten den öffentlichen und fachlichen Belangen wie folgt Stellung: Da es sich bei dem überwiegenden Teil des Geltungsbereichs um Ackerflächen handelt, ist dieser Flächenentzug aus landwirtschaftlicher Sicht sehr kritisch zu sehen. Gemäß §1a (2) BauGB ist die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen für Wohnbauzwecke nachvollziehbar unter Berücksichtigung von Ermittlungen zur Innenentwicklung und Nachverdichtung zu begründen. Die unter 4.8 genannten Möglichkeiten zur Innenentwicklung und Nachverdichtung sollen	Stellungnahme Verwaltung Zum Stichpunkt Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen: Die städtische Wohnbauentwicklung erfolgt seit 2013 mit einer strukturierten Vorgehensweise: Zielzahlen, Strategie und Umsetzung der Wohnraumoffensive werden anhand von Wohnungsbedarfsprognosen und daraus erarbeiteten Konzepten zur Wohnraumversorgung für definierte Zeiträume

zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichen. Dennoch sind diese vorrangig zu nutzen und der zusätzliche Flächenbedarf entsprechend zu reduzieren. Eine Begründung, die den Bedarf an zusätzlichen Bauflächen in diesem Umfang erkennen lässt, ist den Unterlagen somit nicht zu entnehmen. Ebenso hat dabei eine Abwägung im Hinblick auf die landwirtschaftliche Wertigkeit potenzieller Bauflächen zu erfolgen, um landwirtschaftliche Gunststandorte um die jeweilige Ortschaft bzw. den jeweiligen Stadtteil möglichst nicht zu belasten. In diesem Zusammenhang ist auch zu hinterfragen, ob die Ausweisung von Grünflächen in diesem Maße unter dem Gesichtspunkt des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden und insbesondere landwirtschaftlicher Produktionsfläche in der Form zwingend notwendig ist.
Die Nachlieferung einer Begründung nach den o.g. Gesichtspunkten halten wir aus diesem Grund für geboten.

entwickelt und gesteuert. Auf Basis aktueller Bedarfsprognosen wurde Anfang Mai 2023 ein aktualisiertes Wohnraumversorgungskonzept mit neuen Zielzahlen durch das Gutachterbüro InWIS vorgelegt. Im Zeitraum 2020 bis 2035 soll Planungsrecht für insgesamt 12.200 Wohneinheiten geschaffen werden, davon 5.700 Wohneinheiten bis 2025.

Dabei sollen vorrangig Nachverdichtungen und Innenentwicklung genutzt werden. Nach bisherigen Daten und Prognosen aufgrund von Baugenehmigungs- und Planungsständen geht die Verwaltung aktuell von folgender Realisierung 2020 bis 2025 aus:

- Ca. 1.340 WE (24%) durch kleinteilige Baugenehmigungen (sog. Nachverdichtungen)
- Ca. 2.560 WE (45%) durch Planungsvorhaben der Innenentwicklung (Umnutzung vorhandener Siedlungsflächen)

Weitere Innentwicklungsvorhaben mussten aufgrund der Komplexität der Vorhaben zeitlich zurückgestellt werden, sodass bis 2025 auf vier Außenentwicklungsvorhaben u. a. das Baugebiet Wenden-West II (mit geplant 700 WE) nicht verzichtet werden kann. Der aktuelle Wohnraumbedarf in der Stadt erfordert, dass neben Verdichtungen im Bestand auch Siedlungsränder punktuell erweitert werden. Bei der Außenentwicklung konzentriert sich die Verwaltung im Sinne nachhaltiger Stadtentwicklung möglichst auf Standorte, die an leistungsfähigen Schienenpersonennahverkehr angebunden sind oder absehbar werden. Dies dient auch der Flächenersparnis, da hier höhere Wohnungsdichten geboten und vertretbar sind. Standorte mit dieser Lagegunst sind rar, sodass hier punktuell großflächigere Entwicklungen auftreten. Mit dem Baugebiet Wenden-West sollen insofern aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage nach Grundstücken, insbesondere für den Geschosswohnungsbau mit bezahlbarem Wohnraum, ein für den Stadtteil angemessenes Angebot an Wohnbauflächen geschaffen werden. Die Nähe zu bestehenden Wohnquartieren sowie zur Infrastruktur von

	Wenden und die gute Anbindung an das öffentliche Bus- und Straßenbahnliniennetz begünstigen die angestrebten Entwicklung der Flächen. Hinsichtlich der festgesetzten Grünflächen gilt weiterhin, dass für den größer werdenden Stadtteil und besonders mit der hohen Baugebietsdichte mehr wohnortnaher Freiraumbedarf entsteht. Konkret sind im Baugebiet Wenden-West 2. BA daher Flächen für die Naherholung, die Freihaltung der Frischluftschneide und Retentionsflächen in vorgegebenem Rahmen zu berücksichtigen. Die Bereitstellung von adäquaten Angeboten für die Wohnraumschaffung wird an dieser Stelle höher gewichtet als der vollständige Erhalt aller landwirtschaftlichen Flächen.
Des Weiteren sind folgende Punkte aus landwirtschaftlicher Sicht zu beachten:	Zum Stichpunkt Bewirtschaftung der umliegenden landwirtschaftlichen Flächen:
Sofern innerhalb des Geltungsbereichs Be- oder Entwässerungsleitungen verlaufen, die in einem Zusammenhang mit der Flächenbe- bzw. -entwässerung der umgebenden Ackerflächen stehen, sind diese vor Beginn jeglicher Baumaßnahmen abzufangen und umzuleiten. Die ordnungsgemäße Be- und Entwässerung der umgebenden landwirtschaftlichen Nutzflächen ist in jedem Fall weiterhin zu gewährleisten. Genauere Informationen über Vorhandensein oder Verlauf solcher Leitungen kann i.d.R. der entsprechende Flächenbewirtschafter oder -eigentümer geben.	Die Hinweise auf die Bewässerung werden zur Kenntnis genommen.
Durch die Bewirtschaftung besagter Flächen entstehen Immissionen (Stäube, Lärm, Gerüche, Sprühnebel), welche auch an Sonn- und Feiertagen sowie zur nächtlichen Ruhezeit auftreten können. Diese sind als ortsüblich von der künftigen Anwohnerschaft hinzunehmen. Wir bitten um eine entsprechende Ergänzung des Begründungstexts.	Die Hinweise auf Immissionen (Stäube, Lärm, Gerüche, Sprühnebel) wurden im Begründungstext bereits zum Stand der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB ergänzt.
Die Passierbarkeit des Feldwegs in Verlängerung der Straße "Heideblick" sowie der Verbindungsweg vom "Heideblick" zur K25 ist für landwirtschaftlichen Verkehr sowohl in der Bauphase und nach Umsetzung des Wohngebiets unbedingt zu gewährleisten. Eine Behinderung durch ruhenden Verkehr, Baufahrzeuge oder später durch	Die Passierbarkeit der Feldwege für landwirtschaftlichen Verkehr wird im Rahmen der Ausführungsplanung berücksichtigt. Eine Verbindung zwischen den Planstraßen B1 und B2 soll für den motorisierten Individualverkehr zukünftig durch die Aufstellung von Absperrpfosten unterbunden werden - die

herüberhängendes Geäst der Randeingrünungen ist unbedingt zu vermeiden. Insbesondere im Hinblick auf die vorgesehenen Randeingrünungen sind aus diesem Grund ein ausreichender Grenzabstand bei der Pflanzung sowie regelmäßige Rückschnitte vorzusehen.	Durchfahrt für den landwirtschaftlichen Verkehr kann bei entsprechenden Bedarf durch Entfernung der Absperrpfosten jedoch grundsätzlich ermöglicht werden. Eine Änderung der Festsetzungen ist nicht erforderlich.
Zum naturschutzfachlichen Ausgleich der geplanten Eingriffe sind folgende Maßnahmen vorgesehen: Geltungsbereich B: Umwandlung einer 1,9 ha großen Ackerfläche in mesophiles Grünland mit Gehölzsaum und Stillgewässer Geltungsbereich C: Umwandlung von 1,8 ha Ackerfläche in mesophiles Grünland mit Gehölzinseln Geltungsbereich D: Umwandlung von 1,89 ha Ackerfläche in Trockenrasen Geltungsbereich F: Umwandlung von 4 ha Ackerland in eine Fläche für Feldlerchen und Blühstreifen Mit den o.g. Maßnahmen geht eine erhebliche zusätzliche Belastung der Landwirtschaft durch weitere Flächenentzüge einher. Eine wirtschaftliche Folgenutzung der künftigen mesophilen Grünlandflächen wird angesichts der aus landwirtschaftlicher Sicht geringen Schlaggröße sowie der Bepflanzungen kaum möglich sein. Daher sind diese Flächen als Verlustflächen anzusehen. Der maßgebliche und sich stets verknappende landwirtschaftliche Produktionsfaktor Boden stellt einen gem. §15 (3) BNatSchG zu berücksichtigenden agrarstrukturellen Belang dar. Zudem ist bei den Kompensationsflächen auf die Struktur des Schlags, mit dem die Flurstücke oftmals einheitlich bewirtschaftet werden zu berücksichtigen. Eine ungünstige Zerschneidung dieser Schlageinheiten durch die Herausnahme einzelner Flurstücke ist unbedingt zu vermeiden. Um dem §15 (3) BNatSchG Genüge zu tun, sind die Verortungen solcher Maßnahmenflächen grundsätzlich mit dem Flächenbewirtschafter [Name] so abzustimmen, dass die Folgebewirtschaftung der Restschläge weiterhin ohne größeren Mehraufwand möglich ist.	Zum Stichpunkt naturschutzfachlicher Ausgleich der geplanten Eingriffe: Zunächst einmal ist anzumerken, dass sich die Bezeichnung der Geltungsbereiche bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB geändert hat. Die Geltungsbereiche B in Thune und C3-C4 in Wenden sind nicht mehr erforderlich und daher entfallen. Durch den Entfall haben sich die Bezeichnung der verbleibenden Geltungsbereiche geändert. Der Geltungsbereich C1 (alt) in Wenden wird zu Geltungsbereich B (neu), der Geltungsbereich D (alt) in Veltenhof wird zu C (neu). Der Geltungsbereich E (alt) in Waggum wird zu D (neu). Der Geltungsbereich F (alt) in Rüningen wird zu E (neu). Grundsätzlich geht der Landwirtschaft durch die Inanspruchnahme von Flächen für die Siedlungserweiterung sowie die Ausgleichsmaßnahmen dauerhaft Ackerland verloren. Durch die Konkretisierung der Ausgleichbilanzierung hat sich jedoch ergeben, dass einige Ausgleichmaßnahmen bzw. -flächen nicht mehr erforderlich sind, wodurch die Einschränkungen der landwirtschaftlichen Nutzung im Rahmen des Planverfahrens insgesamt reduziert werden konnten. Die Geltungsbereiche vormals B und C2-C4 sind bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB entfallen. Zudem werden einige der weiterhin benötigten Ausgleichflächen - wenn auch nicht so intensiv - weiterhin der landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung stehen. Durch den Flächenentzug ist ein landwirtschaftlicher Betrieb besonders betroffen. Eine konkrete Existenzgefährdung konnte jedoch nicht festgestellt werden. Diesbezüglich hat u. a. am 12. September 2023 ein gemeinsames Gespräch mit dem Flächenbewirtschafter und bisherigen Pächter

Sowohl die geplante Baufläche, als auch die Kompensationsflächen werden von der [Name] aus Wenden bewirtschaftet. Durch die Summe der durch die Planungen vorbereiteten Flächenentzüge ergibt sich ein relativer Flächenverlust von 7% der Betriebsfläche. Gemäß des abgestimmten Bewertungskatalogs einer landwirtschaftlichen Betroffenheitsanalyse ergäbe sich daraus eine Bewertung des Betriebs als "sehr stark" betroffen. Inwiefern eine wirtschaftliche Existenzgefährdung einher geht, wäre im Weitern zu untersuchen. Ziel muss es ein, die Wirtschaftsfähigkeit des Betriebs aufrechtzuerhalten. Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die erhebliche Größe der Wohnbaufläche sind die vorrangige Konzeptionierung und Umsetzung flächensparender Kompensationsmaßnahmen unbedingt vorzusehen. Weiterhin sind diese Flächen in ihrer Lage an die Bewirtschaftungsstrukturen anzupassen. In Anbetracht dieser Umstände erheben wir erhebliche Bedenken gegen diese Planungen. Möglichkeiten zur Reduktion des Flächenbedarfs angesichts der angespannten Lage auf dem Bodenmarkt scheinen hier bedauerlicherweise nahezu kaum in Betracht gezogen worden zu sein, sind aber unbedingt erforderlich. Insbesondere für den betroffenen Betrieb [Name] sind alternative Optionen in Betracht zu ziehen, um die Belastung des Betriebs verringern.	der Flächen stattgefunden. Ersatzland zur Pacht kann dem Betrieb seitens der Stadt in vertretbarer Nähe des Plangebiets derzeit nicht zur Verfügung gestellt werden. Allerdings wurden mit dem Landwirt Alternativen (u. a. Flächenerwerb an anderer Stelle) erörtert und weitere Gespräche mit der Liegenschaftsverwaltung vereinbart. Insgesamt wird der Schaffung dringend benötigter Wohnbauflächen an dieser Stelle ein höheres Gewicht gegeben als den Belangen der Landwirtschaft sowie der alleinigen Vermeidung von Flächeninanspruchnahme. Dabei ist auch zu bedenken, dass die Nutzung der infrastrukturell gut angebundenen Lage des Baugebiets Wenden-West die Inanspruchnahme von Flächen in ortsferner Lage vermieden werden.
Vorschlag Verwaltung **Bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB wurden folgende Änderungen der Festsetzungen des Bebauungsplans vorgenommen: Die Geltungsbereiche für den natur- und artenschutzrechtlichen Ausgleich wurden reduziert und die Maßnahmen konkretisiert. Die Ausweisung der Wohnbauflächen wird beibehalten.**	

17 Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Dezernat Luftverkehr	
Schreiben vom 26. Mai 2023 des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung Zum Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Wenden-West, 2. BA", WE 63, nehme ich für das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung gern Stellung.	Stellungnahme Verwaltung

Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes "Wenden-West, 2. BA", WE 63, der Stadt Braunschweig bestehen aus hiesiger Sicht folgende Bedenken:	
Das Plangebiet befindet sich vollständig innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Braunschweig-Wolfsburg. An dieser Stelle verweise ich auf die Stellungnahme der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV), welche Ihnen noch zugeht.	Der Hinweis auf den Bauschutzbereiches Verkehrsflughafens Braunschweig-Wolfsburg wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme der NLStBV ist beigefügt.
Der südliche Teil des Plangebietes befindet sich zudem innerhalb des An- und Abflugsektors des Verkehrsflughafens Braunschweig-Wolfsburg, weshalb mit erhöhtem Flugbetrieb und damit verbundenen Geräuschentwicklungen gerechnet werden muss. Bereits jetzt kommen die meisten Beschwerden über Fluglärm aus Wenden. Durch die Verwirklichung des neuen Bauabschnitts in Wenden-West wird die Zahl der durch Fluglärm belasteten Bürgerinnen und Bürger weiter ansteigen. Ausführungen unter Punkt VI der textlichen Festsetzungen und Hinweise "Festsetzungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes" fehlen leider auch weiterhin. Hier verweise ich auf unsere Stellungnahmen zum 1. Bauabschnitt vom 25.03.2019 und 20.04.2020 und rege an, dass die Vorgabe von lärmmindernden baulichen Maßnahmen (Schallschutzfenster, Be- und Entlüftungsanlagen, Ausrichtung von Schlafräumen), zumindest geprüft werden sollte.	Mögliche Lärmbelastungen aufgrund des Luftverkehrs vom/zum Verkehrsflughafen Braunschweig-Wolfsburg sind gutachterlich umfassend untersucht worden. Die entsprechenden immissionsschutzrechtlichen Aspekte des Luftverkehrs wurden im Gutachten wie auch der Begründung bereits zum Stand der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB konkretisiert bzw. ergänzt. Der Luftverkehr ist dabei richtlinienkonform als eine der auf das Plangebiet einwirkenden Lärmquellen berücksichtigt worden und aufgrund der energetischen Summierung mit dem Straßen- und Schienenverkehrslärm ist der Luftverkehrslärm mit in die Dimensionierung des baulichen Schallschutzes eingeflossen; in der Gesamtlärmbetrachtung erwies sich allerdings der Straßenverkehrslärm als pegelbestimmend. Mit Hilfe einer ausreichenden Schalldämmung der Außenbauteile schutzbedürftiger Räume sowie einer fensterunabhängigen Belüftung oder besonderen Fensterkonstruktionen in Schlafräumen können gesunde Wohn- bzw. Schlafverhältnisse im Plangebiet erreicht werden. Die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen sind bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB als textliche bzw. zeichnerische Festsetzungen im Bebauungsplan aufgenommen worden. Da im Gutachten nachgewiesen werden konnte, dass durch die gewählten Festsetzungen zum Schallschutz gesunde Wohnverhältnisse gesichert werden, wird an der Ausweisung der Wohnbauflächen festgehalten. Der Flughafenbetriebe wird durch

	die geplante Siedlungserweiterung nicht eingeschränkt. Unter Hinweise wurde bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB folgender Textbaustein aufgenommen: Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt im Einflussbereich des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg. Durch die Nutzung des Flugplatzes ist mit Luftverkehrslärm zu rechnen. Das Plangebiet ist durch Straßen-, Schienen, Flugverkehr sowie durch den Betrieb gewerblicher Anlagen lärmvorbelastet. Eine zusätzliche Information für zukünftige Investoren und Eigentümer der Flächen kann im Rahmen der Grundstücksvermarktung kommuniziert werden. Hierzu wird die Stadt der Erschließungsträgerin nach Abschluss des Planverfahrens einen separaten Hinweis geben.
Schreiben vom: 02. August 2023 der Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) für die Aufstellung des Bebauungsplans "Wenden-West, 2. BA, WE 63" am o.g. Standort mit der o.g. Höhe gemäß beiliegender Karte weise ich aufgrund der von meiner Behörde wahrzunehmenden luftverkehrsrechtlichen Belange auf Folgendes hin: Durch geeignete Maßnahmen wie z.B. Antireflexbeschichtungen der Photovoltaik-Module ist sicherzustellen, dass es zu keiner Blendung von Luftverkehrsteilnehmern kommt. Der Bauabschnitt befindet sich im Bauschutzbereich des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg. Die luftrechtliche Zustimmung gemäß § 12 LuftVG ist hier mit einer Bauhöhe von max. 20,0 m über Grund nicht erforderlich. Die luftrechtiche Zustimmung gemäß § 14 LuftVG ist hier nicht erforderlich, da das Bauwerk die Höhe von 100 m über Grund außerhalb von Bauschutzbereichen nicht überschreitet. Bereits jetzt ist die Zahl der durch Fluglärm belasteten Bürgerinnen und Bürger in diesem Bereich Braunschweigs sehr hoch. Bei Verwirklichung des neuen Bauabschnitts wird diese Zahl voraussichtlich weiter steigen.	Zur Stellungnahme der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV): Wird zur Kenntnis genommen.

Bei weiteren Bauvorhaben oder einer Änderung der Bauhöhe bitte ich Sie, mich erneut zu beteiligen. Eine Entscheidung des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung (BAF) gemäß § 18a LuftVG ist nicht erforderlich, da keine Anlagenschutzbereiche ziviler Flugsicherungsanlagen betroffen sind. Belange der militärischen Luftfahrt bleiben unberührt. Diese werden vom Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn, wahrgenommen.	
Vorschlag Verwaltung **Bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB wurden folgende Änderungen der Festsetzungen des Bebauungsplans vorgenommen: Es wurden Festsetzungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ergänzt und ein Hinweis zur Lärmvorbelastung aufgenommen. Darüber hinaus sind keine Änderungen der Festsetzungen erforderlich.**	

18 Niedersächsisches Landvolk Braunschweiger Land e. V.	
Schreiben vom 4. Juli 2023 Wir halten an unserer Stellungnahme vom 26. April 2022 zum oben genannten Verfahren fest und bitten nochmals um unbedingte Kontaktaufnahme mit dem Betrieb Schrader unter den genannten Kontaktdaten. Ein Kontakt hat bisher mit dem Betrieb [Name] nicht stattgefunden. Die Stellungnahme vom genannten Datum fügen wir nochmals bei. Stellungnahme vom 26.04.2022: Wir haben mit Schreiben vom 23.03.2022 die Unterlagen für das o. g. Verfahren erhalten. Nach Rücksprache mit [Name Anschrift], teilen wir folgende Anregungen und Bedenken gegen das geplante Verfahren mit: [Name] bewirtschaftet einen Betrieb mit einer Größe von ca. 80 ha. Durch die beabsichtigte Überplanung von 10 ha entstehen ihm erhebliche betriebswirtschaftliche Nachteile.	Stellungnahme Verwaltung Die Anregung wurde aufgegriffen. Am 12. September 2023 hat ein gemeinsames Gespräch mit dem Inhaber des betroffenen Betriebs und bisherigen Pächter der Flächen stattgefunden. Ersatzland zur Pacht kann seitens der Stadt in vertretbarer Nähe des Plangebiets derzeit nicht zur Verfügung gestellt werden. Dennoch wurden mit dem Landwirt Alternativen erörtert und weitere Gespräche mit der Liegenschaftsverwaltung vereinbart. Zudem hat sich durch Konkretisierung der Ausgleichbilanzierung ergeben, dass einigen Ausgleichmaßnahmen bzw. Flächen doch nicht erforderlich sind, wodurch die Einschränkungen der landwirtschaftlichen Nutzung reduziert werden konnten. Die Geltungsbereiche vormals B und C2-C4 konnten so bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB entfallen.

Daher fragen wir für unser Mitglied [Name] an, ob die Möglichkeit besteht, eine Ausgleichsfläche zu erhalten. Nehmen Sie diesbzgl. bitte direkten Kontakt mit [Name] unter: [Telefonnummer] oder per E-Mail: [Adresse] auf. Wir fordern einen gewissenhaften und sparsamen Umgang mit dem Schutzgut Boden und bitten um einen sparsamen Umgang der landwirtschaftlich genutzten Flächen.	Zudem werden einige der weiterhin benötigten Ausgleichflächen grundsätzlich - wenn auch nicht so intensiv - weiterhin der landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung stehen. Insgesamt geht der Landwirtschaft durch die Inanspruchnahme von Flächen für die Siedlungserweiterung dauerhaft Ackerland verloren. An dieser Stelle wird der Schaffung dringend benötigter Wohnbauflächen jedoch ein höheres Gewicht gegeben als den Belangen der Landwirtschaft sowie der alleinigen Vermeidung von Flächeninanspruchnahme. Durch die Nutzung der infrastrukturell gut angebundenen Lage des Baugebiets kann die Inanspruchnahme von Flächen in ortsferner Lage oder sogar Nachbargemeinden vermieden werden.
Vorschlag Verwaltung **Bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB wurden folgende Änderungen der Festsetzungen des Bebauungsplans vorgenommen: Die Geltungsbereiche für den natur- und artenschutzrechtlichen Ausgleich wurden reduziert und die festgesetzten Maßnahmen konkretisiert. Die Ausweisung der Wohnbauflächen wird beibehalten.**	

19 Regionalverband Großraum Braunschweig	
Schreiben vom 29. Juni 2023 im Folgenden äußert sich der Regionalverband Großraum Braunschweig im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB, der Gemeinden gemäß § 3 (2) BauGB sowie sonstiger Stellen zum oben genannten Vorhaben.	Stellungnahme Verwaltung
1. Sachverhalt Im Ortsteil Wenden der Stadt Braunschweig zwischen der Straße Heideblick im Westen und Norden, der Stadtbahntrasse im Osten und der Veltenhöfer Straße im Süden soll ein neuer Bebauungsplan aufgestellt werden. Damit sollen die Voraussetzungen für eine Siedlungserweiterung für den Bereich nördlich der Veltenhöfer Straße bis zum Heideblick geschaffen werden. Die Siedlungserweiterung soll auch die Schaffung von	Die Ausführungen zum Sachverhalt werden zur Kenntnis genommen.

weiterer Infrastruktur wie Schulen, Kindertagesstätten und Nahversorgung umfassen. Das Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) Niedersachsen 2017 unterscheidet zwischen unterschiedlichen Arten von Einzelhandelsbetrieben. Zunächst wird eine Differenzierung zwischen Einzelhandelsgroßprojekten und keinen Einzelhandelsgroßprojekten vorgenommen. Als Einzelhandelsgroßprojekte gelten gemäß LROP Abschnitt 2.3 Ziffer 02 Satz 2 Einkaufszentren und großflächige Einzelhandelsbetriebe gemäß § 11 Abs. 3 Nrn. 1 bis 3 Baunutzungsverordnung (BauNVO) einschließlich Hersteller-Direktverkaufszentren. Einzelhandelsgroßprojekte sind demnach großflächige raumbedeutsame Einzelhandelsbetriebe. Planungen, die die planungsrechtliche Grundlage für die Ansiedlung großflächiger und zugleich raumbedeutsamer Einzelhandelsbetriebe schaffen, müssen die Anforderungen der raumordnerischen Zielsetzungen gemäß Abschnitt 2.3 des LROP Niedersachsen 2017 sowie Abschnitt II Ziffer 2.1 Großflächiger Einzelhandel des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) für den Großraum Braunschweig 2008 beachten bzw. berücksichtigen. Dies gilt auch für die Ansiedlung von großflächigen und zugleich raum-bedeutsamen Einzelhandelsbetrieben. Als keine Einzelhandelsgroßprojekte im Sinne der Raumordnung gelten u.a. Betriebe bis zu 800 m² Verkaufsfläche (VKF) sowie der wohnortbezogenen Nahversorgung dienende Betriebe. Nicht großflächigen Betrieben mit bis zu 800 m2 VKF wird im LROP und in der BauNVO generell unterstellt, dass sie keine raumbedeutsamen Auswirkungen haben. Eine Ausnahme bilden Agglomerationen gemäß Abschnitt 2.3 Ziffer 02 Satz 3 LROP. Betriebe zur wohnortbezogenen Nahversorgung befinden sich auch in Siedlungsgebieten außerhalb der Zentralen Orte, sind Wohngebieten räumlich funktional direkt zugeordnet und dienen überwiegend der Versorgung im fußläufigen Nahbereich, auch für die in der Mobilität eingeschränkten Bevölkerungs-gruppen. Zur Sicherstellung, dass keine wesentlichen Auswirkungen auf die Funktion und		

Leistungsfähigkeit der Zentralen Orte sowie die Verwirklichung der Ziele der Raumordnung gemäß § 11 Abs. 3 BauNVO zu erwarten sind, sind die Voraussetzungen, unter denen ein Vorhaben als Betrieb der wohnortbezogenen Nahversorgung angesehen werden kann, eng zu fassen. Dient ein Planvorhaben mit periodischen Kernsortimenten der wohnortbezogenen Nahversorgung, wirken diese Betriebe ausschließlich kleinräumig und erlangen deshalb keine Raumbedeutsamkeit. Deshalb kann ihre VKF auch mehr als 800 m² betragen. Zwingend einzuhaltende Voraussetzungen dieser Betriebe sind, dass ihr Sortiment zu mindestens 90 % aus periodischen Sortimenten (Lebensmittel und Drogeriewaren) besteht und mehr als 50 % ihres Umsatzes von Kunden aus einem fußläufigen Einzugsbereich stammen. Wegen ihrer fehlenden Raumbedeutsamkeit sind Betriebe bis zu 800 m² VKF und Vorhaben der wohnortbezogenen Nahversorgung nicht an die Vorgaben des LROP gebunden. Sie werden allein über das Städtebaurecht gesteuert. Der Nachweis eines nicht-raumbedeutsamen Nahversorgers ist im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zu erbringen.	
2. Raumordnerische Beurteilung	Zum Stichpunkt Raumordnerische Beurteilung:
Als untere Landesplanungsbehörde teile ich Ihnen unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 26. Mai 2023 gemäß § 16 Nds. Gesetz über die Raumordnung und Landesplanung (NROG) mit, dass eine Überprüfung des Vorhabens unter raumordnerischen Gesichtspunkten nicht vollumfänglich möglich ist. Grund dafür ist, dass den Beteiligungsunterlagen die gutachterliche Untersuchung zur Weiterentwicklung der Nahversorgung Wendens mit der Baugebietsentwicklung Wenden-West II des Büros Dr. Acocella Stadt- und Regionalentwicklung, von der auf S. 39 der Begründung zum Bebauungsplan die Re-de ist, nicht beiliegt. Damit ist der aktuelle (finale) Stand des Gutachtens nicht bekannt. Damit der Nachweis erbracht wird, dass planungsrechtlich zulässige Einzelhandelsvorhaben keine raumbedeutsamen Auswirkungen haben, sind die Ergebnisse des Gutachtens in der Begründung des Bebauungsplans anhand der im Gutachten gemäß LROP 2017 abgeprüften Kriterien	Das Gutachten, welches der unteren Landesplanungsbehörde in der aktuellen (finalen) Fassung zugeschickt wurde, legt u. a. dar, dass die zusätzliche Ansiedlung eines Nahversorgers vernünftigerweise geboten ist. Am Standort Veltenhöfer Straße geht es der Stadt darum die Versorgung der Bevölkerung des neuen Gebietes mit Gütern des täglichen Bedarfs sicherzustellen, damit die wohnortbezogene Nahversorgung gewährleistet werden kann. Ein konkretes Einzelhandelsvorhaben mit raumbedeutsamen Auswirkungen ist jedoch nicht geplant. In der Begründung zum Bebauungsplan ist zwar dargestellt, dass nach aktuellen Rahmenbedingungen ein Lebensmittelbetrieb mit maximaler Gesamtverkaufsfläche von rd. 1.220 m² unter gewissen Voraussetzungen die rechtlichen Anforderungen an die Verträglichkeit erfüllen würde und somit

ausführlich und nachvollziehbar darzulegen. Auch in den Textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans ist das Thema Einzelhandel bisher nicht ausreichend geregelt. Weiterhin gibt es einige Punkte die ausschließlich in der Begründung aufgeführt sind, die in die Textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans mit aufzunehmen sind, denn es ist durch die Textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans zu gewährleisten, dass im Geltungsbereich des Bebauungsplans ausschließlich Einzelhandelsvorhaben der wohnortbezogenen Nahversorgung planungsrechtlich zulässig sind. In den Textlichen Festsetzungen ist zu ergänzen, dass: □ für die ausnahmsweise Zulassung von Einzelhandelsnutzungen im Urbanen Gebiet MU2 unter der Voraussetzung der wohnortnahen Versorgung im Bauantragsverfahren ein gutachterlicher Nachweis benötigt wird (vgl. Begründung zum Bebauungsplan, S. 39), □ im Rahmen des Bauantragsverfahrens ein Nachweis für die städtebauliche Atypik im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO für einen großflächigen Betrieb am Planstandort erbracht werden muss (vgl. Begründung zum Bebauungsplan, S. 41) und □ die maximale Gesamtverkaufsfläche am Planstandort Veltenhöfer auf rd. 1.200 m², davon rd. 1.020 m² im Sortiment Nahrungs- und Genussmittel, zuzüglich einer Bäckereifiliale mit rd. 25 m² festzusetzen ist (vgl. Begründung zum Bebauungsplan, S. 40).	städtebaulich theoretisch noch vertretbar wäre. Diese Aussagen begründen sich auf den vorgenannten gutachterlichen Untersuchungen. Wesentlich ist dabei jedoch, dass das Gutachten von Annahmen ausgeht und kein konkret geplantes Vorhaben abprüft. Hinsichtlich der Ladengröße unterliegt die Ansiedlung eines Betriebes oder einer Agglomeration oberhalb der Schwelle der Großflächigkeit von 800 m² Verkaufsfläche bzw. 1.200 m² Geschossfläche grundsätzlich der Regelvermutung, die sich aus § 11 Abs. 3 BauNVO ergibt. Tatsächlich sind großflächige Betriebe gem. § 11 Abs. 3 BauNVO nur in Kern- und entsprechenden Sondergebieten zulässig. Da im Bebauungsplan auf die Ausweisung eines entsprechenden Kern- oder Sondergebietes verzichtet wurde, wird an dieser Stelle kein Baurecht für Einzelhandelsflächen oberhalb der Großflächigkeitsschwelle geschaffen. Die von der Landesplanungsbehörde vorgeschlagene Verkaufsflächenobergrenze oberhalb der Großflächigkeitsschwelle ist im MU insofern auch nicht vorgesehen. Damit kein raumbedeutsames Vorhaben entstehen kann, sollen Einzelhandelsnutzung im Plangebiet nur innerhalb des urbanen Gebietes (MU2) und auch nur ausnahmsweise zugelassen werden, sofern diese der Nahversorgung der Bevölkerung dienen. Es könnte bei Erfüllung der von der Einwänderin benannten Voraussetzungen theoretisch auch im MU ein größerer Betrieb zulässig sein (Nachweis Atypik). Sollte sich ein solcher Betrieb ansiedeln wollen, wird dessen Verträglichkeit jedoch erst im nachgelagerten Genehmigungsverfahren geprüft. Die Prüfung der Atypik ist daher nicht Bestandteil des Bebauungsplans.
Darüber hinaus möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass bei der Berechnung der fußläufigen Erreichbarkeit im Zusammenhang mit Einzelhandel laut LROP 2017 kein pauschaler Entfernungsradius von 700 bzw.1000 Metern vorgesehen ist (siehe Begründung zum Bebauungsplan, S. 40), sondern ein Bereich mit einer maximalen Gehzeit von 10 Minuten. Diese Vorgabe ist in der Begründung zu	Gutachten und Begründung wurden hinsichtlich der Aussagen zur fußläufigen Erreichbarkeit des angedachten Standorts (Gehzeit von 10 Minuten) konkretisiert.

Abschnitt 2.3 Ziffer 02 Satz 2 und 3 LROP 2017 sowie unter Frage 2.7.1 in der Arbeitshilfe Einzelhandel (S. 17, Fußnote 1) nachzulesen. Ein Entfernungsradius in Metern ist lediglich in ergänzender Betrachtung zur Laufzeit zu berücksichtigen. Der fußläufige Einzugsbereich von 10 Minuten ist ein notwendiger Nachweis, dass es sich um einen großflächigen aber nicht raumbedeutsamen wohnortbezogenen Nahversorger handelt. Wird weiterhin in dem Verträglichkeitsgutachten sowie in der Begründung des Bebauungsplans von einem fußläufigen Einzugsbereich von 700 Metern ausgegangen, ist dies näher zu erläutern. Zudem ist nachzuweisen, dass diese Herangehensweise den Anforderungen des LROP 2017 entspricht.	
3. Fazit	Zum Fazit:
Als untere Landesplanungsbehörde teile ich Ihnen mit, dass eine Überprüfung des Vorhabens unter raumordnerischen Gesichtspunkten nicht vollumfänglich möglich ist. Für eine abschließende Beurteilung benötige ich die gutachterliche Untersuchung, um deren inhaltlichen Stand zu prüfen. Der Nachweis eines nicht-raumbedeutsamen Nahversorgers ist im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zu erbringen und in die Begründung mit aufzunehmen. Hierfür sind die wesentlichen Ergebnisse des Gutachtens zur Weiterentwicklung der Nahversorgung Wendens in der Begründung des Bebauungsplans anhand der im Gutachten gemäß LROP 2017 abgeprüften Kriterien ausführlich und nachvollziehbar darzulegen. Eben-falls sind die Textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans entsprechend zu ergänzen. Da dies gegenwärtig nicht vollumfänglich geschehen ist, lässt sich keine abschließende raumordnerische Beurteilung abgeben. 1 vgl. Arbeitshilfe zum Abschnitt 2.3 "Entwicklung der Versorgungsstrukturen des Einzelhandels" des LROP, herausgegeben vom Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, September 2017	Festzustellen ist, dass die Stadt mit dem Bebauungsplan kein raumbedeutsames Einzelhandelsvorhaben plant und eine nähere Raumbedeutsamkeitsprüfung im Rahmen des Verfahrens daher nicht erforderlich ist. In Gutachten sowie der Begrünung wurden die Ziele der Stadt bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB zur besseren Verständlichkeit noch einmal konkretisiert, um zu verdeutlichen, dass es der Stadt vor allem darum geht die Versorgung der Bevölkerung des neuen Gebietes mit Gütern des täglichen Bedarfs sicherzustellen und damit die wohnortbezogene Nahversorgung zu gewährleisten. Zudem wird klargestellt, dass das Gutachten hinsichtlich der Verkaufsflächengrößen von Annahmen ausgeht und kein konkret geplantes Vorhaben prüft. Es handelt sich um einen Angebotsbebauungsplan.
ergänzende Stellungnahme vom 4. Juli 2023 des Amtes für regionale Landesentwicklung Braunschweig (ARL)	red. Anmerkung: das Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig (ARL) wurde über den Regionalverband beteiligt. Daher wird die Stellungnahme des ARL hier als Ergänzung

im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB zum Aufstellungsverfahren des Bebauungsplans Wenden-West (WE 63), 2. Bauabschnitt, gebe ich hiermit als Träger der öffentlichen Belange (obere Landesplanungsbehörde) folgende Stellungnahme ab:	zu den Stellungnahmen des Regionalverbandes abgelegt.
Entsprechend der textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan beabsichtigen Sie, sowohl in den Allgemeinen Wohngebieten (WA) als auch im Urbanen Gebiet (MU 2) Einzelhandelsbetriebe, die der wohnortbezogenen Nahversorgung dienen, zuzulassen. Dies steht grundsätzlich in Übereinstimmung mit den einschlägigen Vorgaben der Raumordnung (Landes Raumordnungsprogramm [LROP] Niedersachsen, Abschnitt 2.3).	Gutachten, Begründung sowie die textlichen Festsetzungen wurden bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB in enger Abstimmung mit dem Regionalverband und dem ARL in Hinblick auf die in den Stellungnahmen genannten Aspekte ergänzt und konkretisiert.
In der Begründung zum Bebauungsplan (S. 39-41) wird ausgeführt, dass auf der Grundlage eines Einzelhandelsgutachtens (Büro Dr. Acocella, 2023) am Standort Veltenhöfer Straße rechnerisch ein Nahversorger mit einer maximalen Gesamtverkaufsfläche von ca. 1.245 m² (davon ca. 1.020 m² im Sortiment Nahrungs-/Genussmittel sowie ca. 25 m² Verkaufsfläche Bäckereifiliale) möglich wäre. Da die Regelvermutung des § 11 Abs. 3 BauNVO einschlägig würde, könne eine städtebauliche Atypik für einen Betrieb in der genannten Größenordnung am Planstandort zwar angenommen werden, ein entsprechender Nachweis sei sodann im Rahmen des Bauantragsverfahrens zu erbringen.	
Hierzu ist anzumerken, dass das erwähnte Gutachten weder Bestandteil der Beteiligungsunterlagen ist, noch dessen Kernaussagen (Herleitung der potenziellen Verkaufsflächengröße) in die Begründung aufgenommen wurden. Daher ist eine abschließende raumordnerische Beurteilung, ob die Voraussetzungen eines wohnortbezogenen Nahversorgers in der genannten Größe vorliegen, derzeit nicht möglich.	
Dieser Nachweis ist allerdings bereits auf der Ebene des Bauleitplanverfahrens zu erbringen.	
Ich bitte insofern um Ergänzung der	

Verfahrensunterlagen durch das Gutachten oder eine entsprechende Ergänzung der Begründung, wodurch gemäß der Ausführungen unter Frage 2.7.1 der Arbeitshilfe zum Abschnitt 2.3 "Entwicklung der Versorgungsstrukturen des Einzelhandels" des LROP der Nachweis eines Einzelhandelbetriebs der nicht-raumbedeutsamen Nahversorgung zu erbringen ist.	
ergänzendes Schreiben vom 24. Juli 2023 des Regionalverband Großraum Braunschweig nach Durchsicht des aktuellen Standes der »Gutachterlichen Untersuchung zur Weiterentwicklung der Nahversorgung Wendens mit der Baugebietsentwicklung Wenden-West II« des Büros Dr. Acocella und erneuter Durchsicht des Entwurfs der Begründung zu dem B-Plan Wenden-West 2. BA möchte ich ihnen ergänzend zu meiner Stellungnahmen vom 29. Juni 2023 mitteilen, dass ich weiterhin auf folgende Sachverhalte hinweisen möchte. Der Bebauungsplan Wenden-West 2. BA setzt folgende Gebiete fest: Allgemeine Wohngebiete, in diesen sind gemäß § 4 BauNVO u.a. die der Versorgung des Gebietes dienende Läden zulässig (textliche Festsetzung A.I.1.), Einzelhandel wird nicht ausgeschlossen. Urbane Gebiete, innerhalb des Urbanen Gebietes MU2 können dort gemäß textlicher Festsetzung A.I.2 Einzelhandelsnutzungen ausnahmsweise zugelassen werden, sofern diese der Nahversorgung der Bevölkerung dienen. Die Begründung des Bebauungsplans zu dem Urbanen Gebiet geht ausführlich auf die beabsichtigte Ansiedlung von Einzelhandel zur Versorgung des Gebietes ein. In der Planbegründung wird zu dem MU2 ausgeführt, dass auch Einzelhandelsbetriebe oberhalb der Großflächigkeit raumverträglich sein könnten. Dabei wird auch Bezug auf die o.g. gutachterliche Untersuchung genommen. Zur Überprüfung der Raumverträglichkeit von Einzelhandelsvorhaben innerhalb des MU2 ist die gutachterliche Untersuchung angefertigt worden. Das Gutachten geht dabei von einem Einzelhandelsvorhaben mit einer maximalen Gesamtverkaufsfläche von rund 1.220 m², davon 1.020 m² im Sortiment Nahrungs-	Zum Schreiben vom 24. Juli 2023 des Regionalverband Großraum Braunschweig: Die Ausführungen des Regionalverbands Großraum Braunschweig zum Gutachten bzw. zu städtebauliche Atypik werden zur Kenntnis genommen. Den Bedenken entgegenzuhalten ist, dass das Gutachten von Annahmen ausgeht und kein konkret geplantes Vorhaben abprüft. Die Prüfung der Atypik ist nicht Bestandteil des Bebauungsplans. Sollte sich ein Betrieb der wohnortbezogenen Nahversorgung ansiedeln wollen, wird dessen Raumverträglichkeit vor Genehmigung des Vorhabens geprüft.

und Genussmittel, zuzüglich einer Bäckereifiliale mit einer Verkaufsfläche von rund 25 m² aus. In ihrer E-Mail vom 10.07.2023 erläutern sie die Motivation und Intention der Stadt BS für die Erstellung des Gutachtens. Einige Aspekte aus ihrer E-Mail sollten in die Planbegründung mit aufgenommen werden. Durch die Begründung sollte vor allem deutlich werden, dass es der Stadt vor allem darum geht die Versorgung der Bevölkerung des neuen Gebietes mit Gütern des täglichen Bedarfs sicherzustellen und damit die wohnortbezogene Nahversorgung gewährleistet werden soll. Weiter ist wesentlich, dass das Gutachten nach ihren Aussagen von Annahmen ausgeht und kein konkret geplantes Vorhaben abprüft. Sollte sich ein Betrieb der wohnortbezogenen Nahversorgung ansiedeln wollen, wird dessen Raumverträglichkeit vor Genehmigung des Vorhabens wie vereinbart munter Beachtung der Erfordernisse der Raumordnung geprüft und nachgewiesen. Auf folgende Aussagen des o.g. Gutachtens möchte ich nochmals eingehen und Stellung beziehen. Laut Gutachten könne von einer städtebaulichen Atypik im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO für einen Betrieb in der genannten Größenordnung am Planstandort ausgegangen werden. Ein entsprechender Nachweis sei im Rahmen des Bauantragsverfahrens zu erbringen. Diese im Gutachten in Kapitel 7 angenommene Beurteilung, dass eine städtebauliche Atypik vorliegt, die die Zulässigkeit einer großflächigen Einzelhandelsnutzung außerhalb eines festgesetzten Kern- oder Sondergebietes rechtfertigt, kann ich nicht bestätigen. Die Arbeitshilfe Einzelhandel des ML führt zu atypischen Anwendungsfällen in Kapitel 2.5 deutlich aus, dass bei LROP-Fortschreibung 2017 sämtliche zum Planungszeitpunkt bekannten und verbreiteten Vorhabentypen, Sortimente und Standortkonstellationen mit betrachtet worden sind. Insbesondere im Hinblick auf Lebensmittel und Drogeriewaren wurden die Ansiedlungsmöglichkeiten im LROP 2017 nochmals erheblich erweitert. Marktübliche Standardvorhaben" können insofern unter raumordnerischen Gesichtspunkten in aller Regel keine atypischen	

Vorhaben sein. Das in der Gutachterlichen Untersuchung betrachtete Einzelhandelsvorhaben entspricht einem marktüblichen Vorhaben. Ebenso wenig lässt das LROP Auslegungsspielraum für eine generalisierende, ungeschriebene typische Atypik bestimmter Vorhabentypen. Im LROP sind Vorhabentypen, die generell gewissen Sonderbedingungen unterliegen dürfen, ausdrücklich erwähnt (Bsp. "Vorhaben zur wohnortbezogenen Nahversorgung") und betrachtet worden. Das LROP 2017 geht von drei Typen von Einzelhandel mit periodischen Sortimenten aus. Es unterscheidet neben dem klassischen großflächigen Einzelhandel mit überörtlicher Bedeutung zwei Typen von Nahversorgung, nicht raumbedeutsame Nahversorgung und raumbedeutsame Nahversorgung. In Kapitel 2.7.1 der Arbeitshilfe Einzelhandel wird definiert, dass die nicht-raumbedeutsame Nahversorgung Betriebe mit periodischen Kernsortimenten umfasst, die entweder nicht großflächig sind (nicht mehr als 800 m² VKF) oder der wohnortbezogenen Nahversorgung dienen. Der wohnortbezogenen Nahversorgung dienende Betriebe sind Betriebe, die ausschließlich kleinräumig wirken und deshalb keine Raumbedeutsamkeit erlangen. Deshalb kann ihre Verkaufsfläche auch mehr als 800 m² betragen. Zwingend einzuhaltende Voraussetzungen dieser Betriebe sind, dass ihr Sortiment zu mindestens 90 % aus periodischen Sortimenten (das sind insb. Lebensmittel und Drogeriewaren) besteht und mehr als 50 % ihres Umsatzes von Kunden aus einem fußläufigen Einzugsbereich stammen. Sollte der Gutachter mit dem städtebaulich atypischen Einzelhandelsbetrieb einen Betrieb der wohnortbezogenen Nahversorgung meinen, so ist dieser auch so zu benennen und die Raumverträglichkeit ist aufgrund der durch das LROP sowie die Arbeitshilfe Einzelhandel vorgegebenen Kriterien lückenlos und nachvollziehbar nachzuweisen. Da der Gutachter deutlich darauf hinweist, dass die Errichtung eines Lebensmitteleinzelhandels in der untersuchten Größenordnung im MU2 des Plangeltungsbereichs wesentliche Auswirkungen auf		

den Zentralen Versorgungsbereich (Stadtteilzentrum) "Wenden, Hauptstraße" haben kann, ist es fraglich, ob ein Betrieb in dieser Größenordnung die Voraussetzungen für einen wohnortbezogenen Nahversorger überhaupt erfüllen kann. Ein Verlust des an der Hauptstraße ansässigen Lebensmitteleinzelhandelsbetriebes, der als wichtiger Frequenzbringer für das Stadtteilzentrum fungiert, könne nicht ausgeschlossen werden. Dies würde eine Schwächung und schwere Schädigung des zentralen Versorgungsbereiches (Stadtteilzentrums) "Wenden, Hauptstraße" zur Folge haben. Angesichts der Schutzwürdigkeit des zentralen Versorgungsbereiches (Stadtteilzentrums "Wenden, Hauptstraße") sehe ich die Zulässigkeit eines großflächigen Einzelhandelsbetriebes im MU2 des Plangeltungsbereichs äußerst kritisch. In Bezug auf die Festsetzungen des Bebauungsplans und dessen Begründung habe ich folgende Hinweisen und Bedenken.	
Ich möchte ergänzend darauf hinweisen, dass südlich an den Bebauungsplan Wenden-West 2. BA WE 63 der Bebauungsplan Wenden West 1. BA WE 62 anschließt. Dieser hat am 09.08.2021 Rechtskraft erlangt. In dem rechtswirksamen Bebauungsplan Wenden West 1. BA wird südlich der Veltenhöfer Straße ebenfalls ein Urbanes Gebiet (MU1), in unmittelbarem Anschluss an das Urbane Gebiet des Bebauungsplan Wenden-West 2. BA WE 63, festgesetzt. In diesem Urbanen Gebiet ist auch Einzelhandel zulässig. In meiner Stellungnahme vom 30.04.2020 hatte ich deshalb folgendes ausgeführt. "… Im Urbanen Gebiet (MU1) lassen die Festsetzungen des Bebauungsplans kleinflächige Einzelhandelsbetriebe bis maximal 600 m2 zu. So können in den Erdgeschossen der Randbebauung entlang der Veltenhöfer Straße (MU1) gebietsbezogene Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie gewerbliche Nutzung angesiedelt werden. Demnach kann im jeweiligen Plangebiet eine Ansammlung von kleinflächigen Einzelhandelsbetrieben als "Einzelhandelsgroßprojekt" im raumordnerischen Sinne anzusehen sein, da eine Gesamtverkaufsfläche von mehr als 800 m² erreicht wird. Da die Festsetzungen des Bebauungsplans es	Die Hinweise auf die Agglomerationsregelung werden aufgegriffen und in der Begründung vertiefend betrachtet. Hinsichtlich der Ladengröße unterliegt die Ansiedlung einer Agglomeration oberhalb der Schwelle der Großflächigkeit von 800 m² Verkaufsfläche bzw. 1.200 m² Geschossfläche grundsätzlich ebenso der Regelvermutung, die sich aus § 11 Abs. 3 BauNVO ergibt, wie ein einzelner Betrieb. Falls sich am Standort bzw. in enger Nachbarschaft weitere - kleinflächige - Betriebe ansiedeln sollten, würde der Einzelhandelsstandort als Agglomeration eingestuft. Allerdings sind die Flächenumsätze bei für solche Lagen typischen kleinflächigen Betrieben in aller Regel geringer als in einem Lebensmittelbetrieb. Eine Agglomeration mit erheblichen raumordnerischen Wirkungen ist mit Blick auf die restriktiven Festsetzungen zur Einzelhandelsnutzung und den Zuschnitt der Baufelder nicht zu erwarten. Dennoch wird die Anregung des Regionalverbands aufgegriffen und die der Versorgung des Gebiets dienende Läden auch im angrenzenden Allgemeinen Wohngebiet ausgeschlossen. Die Änderung der

zulassen, dass sich auch mehrere Einzelhandelsbetriebe im Plangebiet ansiedeln können, greift die Agglomerationsregelung (Abschnitt 2.3 Ziffer 02 Satz 3 LROP 2017). In diesem Zusammenhang ist bei der Planaufstellung zu beachten, dass für Agglomerationen die gleichen Vorgaben wie für ein einzelnes, raumbedeutsames Einzelhandelsgroßprojekt gelten. Gemäß § 1 Absatz 4 BauGB ist der Bebauungsplan so auszugestalten, dass die Festsetzungen keine Vorhaben ermöglichen, die eine den LROP-Vorgaben widersprechende Agglomeration entstehen oder verfestigen lassen. Auf jeden Fall muss die Möglichkeit, dass sich eine Agglomeration im Sinne des LROP bilden kann bei der Planaufstellung berücksichtigt werden und ist durch entsprechende Festsetzungen zu verhindern. Zudem ist bei der Planaufstellung zu beachten, dass gemäß Abschnitt 2.3 Ziffer 06 LROP 2017 und Abschnitt 2.1 Ziffer 8 RROP 2008 Einzelhandelsgroßbetriebe mit nicht zentrenrelevanten Kernsortimenten auch außerhalb der städtebaulich integrierten Lage zulässig sind, wenn die Verkaufsfläche für zentrenrelevante Randsortimente nicht mehr als 10 % der Gesamtverkaufsfläche und höchstens 800 m² beträgt. Bei der Ansiedlung von mehreren Einzelhandelsbetrieben im Plangebiet ist bei der Anwendung der Agglomerationsregelung (Abschnitt 2.3 Ziffer 02 Satz 3 LROP 2017) zu beachten, dass in Summe die Verkaufsfläche der zentrenrelevanten Randsortimente aller Betriebe nicht mehr als 10 % der Gesamtverkaufsfläche und höchstens 800 m² betragen darf…" Die textliche Festsetzung und die Begründung des Bebauungsplans wurden daraufhin geändert. In meiner Stellungnahme vom 11.08.2020 habe ich u.a. folgende Hinweise gegeben: „ … Laut der textlichen Festsetzung und der Begründung des Bebauungsplans sind im Urbanen Gebiet (MU) nur noch der Versorgung des Gebietes dienende Einzelhandelsbetriebe mit einer maximalen Verkaufsfläche (VKF) von jeweils 250 m² erlaubt. Damit wurde die zulässige Verkaufsfläche um 350 m² VKF reduziert. Die Überarbeitung und Reduzierung der maximal möglichen Verkaufsfläche	Begründung sowie der Festsetzungen erfolgte bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB. Das Planungsergebnis steht somit im Einklang mit dem raumordnerischen Zielvorgaben.

für eine einzelne Verkaufseinheit deutet somit darauf hin, dass eine Einzelhandelsagglomeration gemäß Abschnitt 2.3 Ziffer 02 Satz 3 LROP in der Quartiersplanung der Stadt Braunschweig nicht erwünscht ist. Dennoch sollte die zuständige Genehmigungsbehörde darauf achten, dass im Plangebiet eine Gesamtverkaufsfläche von über 800 m² nicht überschritten wird, da ansonsten wiederum die Agglomerationsregelung gemäß Abschnitt 2.3 Ziffer 02 Satz 3 LROP 2017 (vgl. meine Stellungnahme vom 30. April 2020) greifen würde…" Die Aussagen der Stellungnahmen zu dem Bebauungsplan Wenden West 1. BA WE 62 können auch auf den Bebauungsplan Wenden West 2. BA WE 63 übertragen werden und gelten in selber Weise. Mit der Tatsache, dass durch den Bebauungsplan des 1. BA in dem dort festgesetzten Urbanen Gebiet in unmittelbarer Nachbarschaft zu dem Urbanen Gebiet des 2. BAU ebenfalls Einzelhandel zulässig ist, befasst sich der Plan für den 2. BA nicht. Speziell das Thema Einzelhandel betreffend können die beiden Bebauungspläne nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Die in den Stellungnahmen vom 30.04.2020 und 11.08.2020 geäußerten Anregungen und Bedenken in Bezug auf die Agglomerationsregelung können sowohl auf die gemeinsame Betrachtung der Urbanen Gebiete des 1. und 2. BA übertragen werden als auch auf die alleinige Beurteilung des 2. BA. Auch die o.g. gutachterliche Untersuchung geht auf diesen Aspekt nicht ein. Ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass in dem Bebauungsplan für den 2. BA in dem allgemeinen Wohngebiet Einzelhandel nicht ausgeschlossen wird, ggf. wäre für dieses Gebiet zusätzlich die Agglomerationsregelung zu beachten.	
Vorschlag Verwaltung **Bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB wurden folgende Änderungen der Festsetzungen des Bebauungsplans vorgenommen: In den Allgemeinen Wohngebieten werden die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden ausgeschlossen.**	

20 Stadtheimatpfleger	
Schreiben vom 30. Juni 2023 Stellungnahme vom Ortsheimatpfleger: Aus der Sicht der Ortsheimatpflege habe ich keine Anmerkungen zum B-Plan Wenden-West 2. BA, bis auf einen Punkt in 4.1 Beschreibung der Planung, Thema Ausbau der Infrastruktur, 4. Absatz: Hier werden Planungen vorgestellt ....zum "vorhandene Stadtteilzentrum Hauptstraße" dargestellt, das mit zentralen Funktionen aufzuwerten und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln ist. Die Aufnahme des (vorh.) Stadtteilzentrums in das ISEK- Projekt "Starke Mitten" ist vorgesehen. Realisierbare Aufwertungsmaßnahmen sollen ermittelt und ein Rahmenkonzept für die praktische Umsetzung entwickelt werden..... Mit dieser Planung werden direkt und unmittelbar Auswirkungen auf das Ortsbild mit den noch erhaltenen Qualitäten der historischen Bebauung verbunden sein. Anregung: Hier ist als Ziel der Schutz und die Erhaltung des Charakters an der Hauptstraße mit den einbindenden Straßen z.B Im Winkel, Aschenkamp aus Sicht der Heimatpflege aufzunehmen. Die Überformung des identitätsstiftenden Charakters hat bereits begonnen, z.B. mit überproportionalen Größen neuer Wohnbebauung an mehreren Stellen und dem NP Supermarkt, für den intakte historische Gebäude und ein Jugendstilbau abgerissen worden. Aus diesen nicht reversiblen Fehlern muss gelernt werden. Daher meine Bitte, die o.g. Textpassagen des B-Plans im Sinne der Ortsheimatpflege zu ergänzen.	Stellungnahme Verwaltung Die Hinweise zum Stadtteilzentrum bzw. ISEK-Projekt werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen in diesem Fall jedoch nicht unmittelbar das Plangebiet und wurden an die zuständige Fachdienststelle weitergegeben.
Vorschlag Verwaltung **Eine Änderung der Festsetzungen ist nicht erforderlich.**	

21 Stadtentwässerung Braunschweig GmbH	
Schreiben vom 04. Juli 2023 Anbei erhalten Sie die gemeinsame Stellungnahme	Stellungnahme Verwaltung

vom Ref. 0660.10 und der SE|BS zum Baugebiet Wenden West, 2. Bauabschnitt (WE 63):	
Die Entwässerung erfolgt durch Mitnutzung der Entwässerungseinrichtungen des 1. Bauabschnittes des Baugebiets Wenden-West 1 (WE 62). Für den Bauabschnitt ist die Einhaltung der aktuellen technischen Regelwerke im Entwässerungskonzept zu berücksichtigen. Insbesondere ist die Anwendung des DWA-A 102, Teil A und die darin festgelegten technischen Anforderungen zur Regenwasserbehandlung zu berücksichtigen. Die SE|BS geht davon aus, dass das "Schwammstadtkonzept" mit den bereits in Bau befindlichen Anlagen des ersten Bauabschnittes zusammenpasst. Unverändert ist zu beachten, dass alle Bauten, insbesondere Tiefgaragen, baulich gegen eindringendes Niederschlags- und Oberflächenwasser bei Starkregenereignissen zu schützen sind. Geeignete Maßnahmen wären u.a. Aufkantungen vor Tiefgaragenabfahrten und Kellerabgängen. Die Positionierung von Gebäuden in Geländesenken sollte vermieden werden. In Abstimmung befinden sich die Untersuchungspunkte des Bodengutachtens zur Erkundung der Versickerungsfähigkeit sowie geeignete Anschlüsse von Regenwasserkanälen aus dem geplanten Grünstreifen an den Regenwasser-Transportsammler. Diese Abstimmung erfolgt unter den beteiligten Fachplanern und der Stadt Braunschweig.	Die Hinweise zur Entwässerung werden Kenntnis genommen.
Ich weise darauf hin, dass die genannten Wegbreiten von 4,00 m für die privaten Wege im weiteren Verlauf der Planung einzuhalten sind, damit die Unterhaltung durch Wartungsfahrzeuge gesichert ist.	Zum Aspekt der Wegbreiten: Alle Reihenhausgrundstücke im WA 2.1 und 2.2 liegen in angemessener Breite an einer Straßenverkehrsfläche bzw. Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung, so dass die sowohl die verkehrsmäßige als auch die technische Erschließung wie Anschluss des Grundstücks an die Versorgungsnetzwerke sichergestellt werden kann. Die privaten Wohnwege dienen lediglich der zusätzlichen Erschließung. Im WA 2.3 gibt es zwei Baufelder die nur über einen solchen Wohnweg erschlossen werden. Die Bauordnung (§ 4 NBauO) lässt dies für Wohngebäude geringer Höhe grundsätzlich zu. Die Gemeinschaftswohnwege sollen ausschließlich dem Fuß- und Radverkehr

	dienen und grundsätzlich nicht befahren werden - auch da ansonsten bei entsprechender Versiegelung der Flächen zwingend die Entwässerung (Versickerung) sichergestellt werden muss, um Überflutungen der angrenzenden Grundstücke zu verhindern, was zu einem deutlich höheren Flächenverbrauch führen würde. Vor diesem Hintergrund wird auch im Sinne des flächensparenden Bauens davon abgesehen die Wege zwingend auf 4 m Breite plus entsprechender zusätzlich erforderlicher Versickerungsfläche festzusetzen.
Vorschlag Verwaltung **Die Festsetzungen des Bebauungsplans werden beibehalten.**	

22 Vodafone GmbH - deutschlandweit	
Schreiben vom 27. Juni 2023 Stadt Braunschweig, 61.12-312/WE63-B21, Bebauungsplan: Wenden-West, 2. BA, WE 63 (Geltungsbereich A): Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens, deren Lage auf den beiliegenden Bestandsplänen dargestellt ist. Wir weisen darauf hin, dass unsere Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen. Sollte eine Umverlegung oder Baufeldfreimachung unserer Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, benötigen wir mindestens drei Monate vor Baubeginn Ihren Auftrag an TDRA-N.Hannover@vodafone.com, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können. Wir weisen Sie ebenfalls darauf hin, dass uns ggf. (z.B. bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen) die durch den Ersatz oder die Verlegung unserer Telekommunikationsanlagen entstehenden Kosten nach § 150 (1) BauGB zu erstatten sind. Anlagen: Lageplan(-pläne)	Stellungnahme Verwaltung Wird zur Kenntnis genommen. An dieser Stelle ist anzumerken, dass sich die Bezeichnung der Geltungsbereiche bereits zur Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB geändert hat. Die Geltungsbereiche B in Thune und C3-C4 in Wenden sind nicht mehr erforderlich und daher entfallen. Durch den Entfall haben sich die Bezeichnung der verbleibenden Geltungsbereiche geändert. Der Geltungsbereich C1 (alt) in Wenden wird zu Geltungsbereich B (neu), der Geltungsbereich D (alt) in Veltenhof wird zu C (neu). Der Geltungsbereich E (alt) in Waggum wird zu D (neu). Der Geltungsbereich F (alt) in Rüningen wird zu E (neu).

Weiterführende Dokumente: Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH Zeichenerklärung Vodafone GmbH Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH Stadt Braunschweig, 61.12-312/WE63-B21, Bebauungsplan: Wenden-West, 2. BA, WE 63 (Geltungsbereich A) Eine Ausbauentscheidung trifft Vodafone nach internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend Ihrer Anfrage zu einem Neubaugebiet. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit dem Team Neubaugebiete in Verbindung: Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH Neubaugebiete KMU Südwestpark 15 90449 Nürnberg Neubaugebiete.de@vodafone.com Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei. Weiterführende Dokumente: Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH Zeichenerklärung Vodafone GmbH Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH Stadt Braunschweig, 61.12-312/WE63-B21, Bebauungsplan: Wenden-West, 2. BA, WE 63 (Geltungsbereich B) Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant. Stadt Braunschweig, 61.12-312/WE63-B21, Bebauungsplan: Wenden-West, 2. BA, WE 63 (Geltungsbereich C1) Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH /	

Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant. Stadt Braunschweig, 61.12-312/WE63-B21, Bebauungsplan: Wenden-West, 2. BA, WE 63 (Geltungsbereich C2) Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant. Stadt Braunschweig, 61.12-312/WE63-B21, Bebauungsplan: Wenden-West, 2. BA, WE 63 (Geltungsbereich C3) Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant. Stadt Braunschweig, 61.12-312/WE63-B21, Bebauungsplan: Wenden-West, 2. BA, WE 63 (Geltungsbereich C4) Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant. Stadt Braunschweig, 61.12-312/WE63-B21, Bebauungsplan: Wenden-West, 2. BA, WE 63 (Geltungsbereich D)	

Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant. Stadt Braunschweig, 61.12-312/WE63-B21, Bebauungsplan: Wenden-West, 2. BA, WE 63 (Geltungsbereich E) Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant. Stadt Braunschweig, 61.12-312/WE63-B21, Bebauungsplan: Wenden-West, 2. BA, WE 63 (Geltungsbereich F) Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.	
Vorschlag Verwaltung **Eine Änderung der Festsetzungen ist nicht erforderlich.**	

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
Wenden-West, 2. BA **WE 63**
Anhänge zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie sonstiger Stellen

Anhänge zur Stellungnahme der Avacon Netz GmbH

5. Juni 2023

A N H A N G

Lfd.-Nr.: LR-ID: 0843791-AVA (bitte stets mit angeben)
Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB, der Gemeinden gemäß § 2 (2) BauGB sowie sonstiger Stellen zum Bebauungsplan Wenden-West, 2. BA, WE 63 betroffen Plangebiet D
Ihr Zeichen: 61.12-312/WE63-B21 Geltungsbereich C1-C4

Gashochdruck:

Unsere Gashochdruckleitung ist zum Teil in einem dinglich gesicherten Schutzstreifen, bzw. in einem Schutzstreifen in Anlehnung an das EnWG § 49, laut dem geltenden DVGW - Arbeitsblatt G 463 (A) / Kapitel 5.1.4 verlegt.

Die Schutzstreifenbreite für die Gashochdruckleitung GTL0000012 beträgt innerhalb des dinglich gesicherten Bereiches 8,00 m. Das heißt, je 4,00 m vom Rohrscheitel nach beiden Seiten gemessen.

Gastransportleitungen dürfen nicht überbaut werden.

So weit wie möglich und zumutbar wird im Rahmen der Baumaßnahme die stillgelegte Gashochdruckleitung von der Avacon Netz GmbH zurückgebaut.

Sollte unsere stillgelegte Gashochdruckleitung von Ihren Baumaßnahmen betroffen sein, so sind diese Baumaßnahmen mindestens 12 Monate vorher mit uns abzustimmen.

Ihr Ansprechpartner für Ihre Planungen ist seitens Avacon Herr Klaus Burgdorf (Tel.: +49 151 1220 1363) klaus.burgdorf@avacon.de.

Innerhalb des Leitungsschutzstreifen sind Maßnahmen jeglicher Art, die den Bestand oder den Betrieb der Gashochdruckleitungen beeinträchtigen oder gefährden könnten, nicht gestattet. Die Rohrleitungsabdeckungen von einem Meter über Rohrleitungsoberkanten sind zu gewährleisten.

Der lichte Abstand geplanter Querungen zu unserer Gasleitung sollte 0,40 m nicht unterschreiten.

In den anerkannten Regeln der Technik wird expliziert darauf hingewiesen, dass erdverlegte Gashochdruckleitungen nicht zwingend geradlinig verlaufen und das eine Rohrüberdeckung von ca. 1,00 m eingehalten wird. Deshalb hat der Vorhabensträger bei der Planung respektive deren beauftragte Ingenieurdienstleister sowie der Bauunternehmer bzw. das bauausführende Unternehmen die erforderliche Sorgfalt zu wahren und mit Einholung von Bestandsplänen aller Ver- und

Entsorgungsanlagen mit Leitungsschutzanweisung sowie Vororteinweisung mit gebotener Vorsicht und Sorgfalt z.B. durch Handschachtung die fachgerechte Erkundungsmaßnahmen durchzuführen, um sich von der tatsächlichen Lage der Leitung Gewissheit vor Beginn der Baumaßnahme zu verschaffen, und gegebenenfalls mit dem Leitungsbetreiber Sicherungsmaßnahmen vorab zu vereinbaren.

Innerhalb des Leitungsschutzstreifen dürfen ohne vorherige Abstimmung mit uns über dem vorhandenen Geländeniveau nichts aufgeschüttet oder abgestellt

werden. Es dürfen keine Abgrabungen oder Erdarbeiten vorgenommen und keine Pfähle und Pfosten eingebracht werden.

Das Überfahren der Gashochdruckleitungen während der Bauphase ist nur an gesicherten Überfahrten mittels Baggermatten oder Mineralgemischrampen gestattet.

Boden- (Kies-) Einbau nur „vor Kopf", d.h. nicht über ungesicherte Leitungen zum Abkippen fahren.

Verdichtungsarbeiten innerhalb der Leitungsschutzstreifen bzw. unmittelbar über Rohrscheitel nur mit Rüttelplatten z.B. AT 2000 o.ä., nicht mit Vibrationswalzen.

Wurde die Gashochdruckleitung freigelegt, dürfen die Baugruben erst nach Begutachtung der Leitungen bzw. Kontrolle der Umhüllungen durch unseren verantwortlichen Mitarbeiter verfüllt werden.

Oberirdische Vermarkungen/Signalisierungen dürfen nur nach vorheriger Abstimmung entfernt bzw. umgesetzt werden.

Arbeiten im Bereich der Gashochdruckleitung erfordern dringend eine vorherige örtliche Einweisung durch unseren fachverantwortlichen Mitarbeiter. Setzen Sie sich bitte hierzu mindestens drei Wochen vor Baubeginn mit unserem fachverantwortlichen Mitarbeiter in Verbindung.

Bei der späteren Gestaltung des o.g. Planungsgebietes innerhalb des Leitungsschutzbereiches weisen wir auf das Merkblatt DVGW GW 125 (Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle) und Beiblatt GW125-B1 hin. Leitungsschutzstreifen sind grundsätzlich von Baumanpflanzungen freizuhalten. Tiefwurzelnde Bäume müssen mindestens 6,00 m links und rechts von der oben genannten Gashochdruckleitung entfernt bleiben.

5. Juni 2023

Bei der Errichtung von Grünanlagen ist ein Begehungsstreifen von 2,00 m links und rechts über dem Leitungsscheitel frei von Sträuchern zu halten.

Ihr Ansprechpartner ist unser Mitarbeiter Herr Martin Delberg (Tel.: +49151 1220 1889).

Dieses Schreiben erfolgt im Namen und im Auftrag der Avacon Hochdrucknetz GmbH sowie der Avacon AG.

Fernmelde:

Die Anzahl sowie Lage der betroffenen Fernmeldeleitung entnehmen Sie bitte dem beigefügten Planwerk der Sparte Fernmelde.

Bei Fernmeldeleitungen wird ein Schutzbereich von 3,00 m, d. h. 1,50 m zu jeder Seite der jeweiligen Leitungsachse benötigt. Über sowie unter einer betroffenen Fernmeldeleitung wird ein Schutzbereich von jeweils 1,00 m benötigt.

Innerhalb des Leitungsschutzstreifens von Fernmeldeleitungen dürfen ohne vorherige Abstimmung mit uns über dem vorhandenen Geländeniveau nichts aufgeschüttet oder abgestellt werden. Es dürfen keine Abgrabungen oder Erdarbeiten vorgenommen und keine Pfähle und Pfosten eingebracht werden.

Maßnahmen, die den Bestand oder den Betrieb von Fernmeldeleitungen beeinträchtigen oder gefährden könnten, sind innerhalb des Leitungsschutzstreifens nicht gestattet.

Die Versorgungssicherheit bzw. die Funktion von bestehenden Fernmeldeleitungen haben höchste Bedeutung und müssen deshalb auch zukünftig konsequent und ohne Einschränkungen in ihrem Bestand und Betrieb gewährleistet werden.

Bauarbeiten im Bereich von Leitungskreuzungen sind nur im Beisein eines fachverantwortlichen Mitarbeiters der Avacon Netz GmbH durchzuführen.

Ferner dürfen innerhalb von Leitungsschutzbereichen betroffener Fernmeldeleitungen keine tiefwurzelnden Bäume und Sträucher angepflanzt werden.

Für den Fall, dass Fernmeldeleitungen durch Ihre Maßnahme gesichert oder umgelegt werden müssen berücksichtigen Sie bitte, dass die Kosten hierfür durch den Verursacher zu tragen sind.

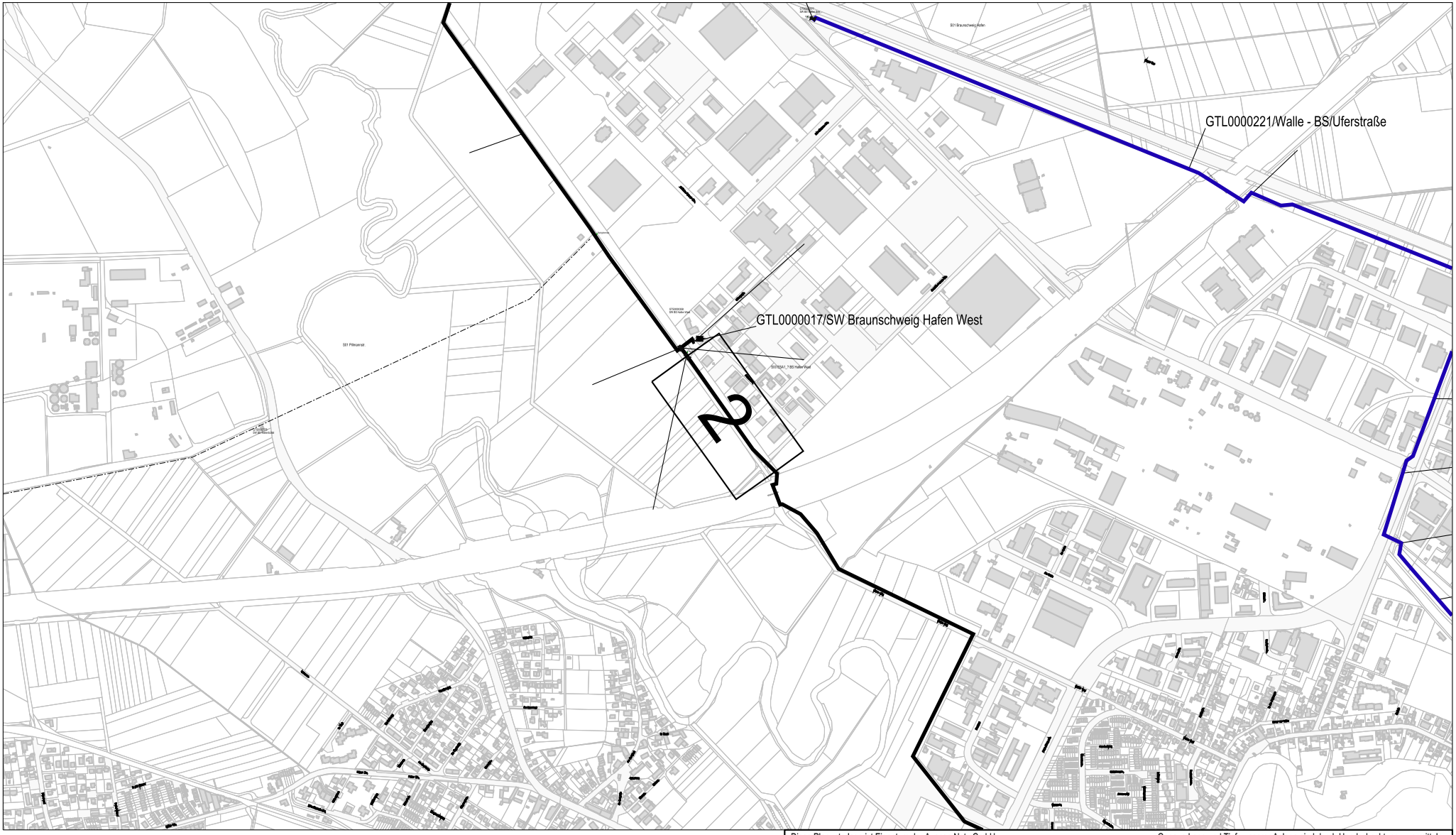
Erdarbeiten innerhalb von Leitungsschutzbereichen dürfen nur in vorsichtiger Handschachtung und nur nach Einweisung durch unseren Mitarbeiter ausgeführt werden. Hierfür setzen Sie sich bitte mindestens drei Wochen vor Beginn der

5. Juni 2023

geplanten Maßnahme mit uns unter dem Postfach einsatzplanung_uebertragungsnetze@avacon.de in Verbindung.

Für die tatsächliche Lage und Bemaßung der betroffenen Fernmeldeleitung innerhalb des beigefügten Planwerkes kann keine Gewähr übernommen werden. Der Unternehmer hat sich durch eine geeignete Anzahl von Sicherheitsschachtungen über die Lage von Fernmeldeleitungen zu informieren.

Anschrift: Avacon Netz GmbH
Region West
Betrieb Spezialnetze Gas
Watenstedter Weg 75
38229 Salzgitter



Diese Planunterlage ist Eigentum der Avacon Netz GmbH
Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers
Die Weitergabe dieses Planes an Dritte bedarf unserer Genehmigung

Genaue Lage und Tiefe unserer Anlage sind durch Handschachtung zu ermitteln
Parallel zu Mittelspannung u. Ferngastrassen können sich Fernmeldekabel (LWL/CU) in einem Abstand von maximal 1 m, gewöhnlich jedoch 0,4 m befinden.

N

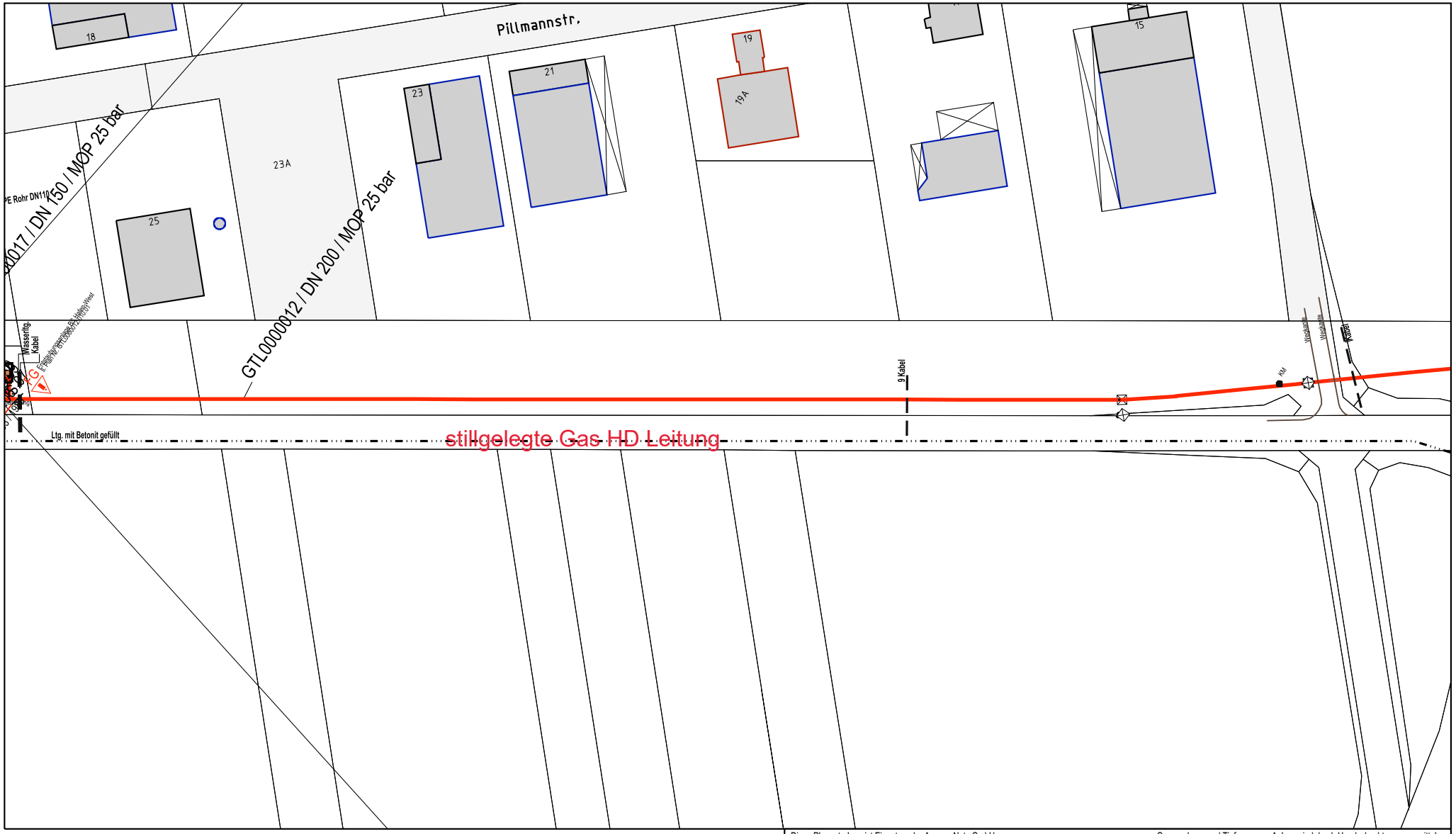
avacon

Fortführung Topo_ALK	
Ansprechpartner:	
Bemerkungen:	Druckdatum: 05.06.2023
"Braunschweig - Wolfsburg" GTL0000012 (DN 200 / PN 25)	Ort: Braunschweig
"Braunschweig - Wolfsburg" GTL0000012 (DN 200 / PN 0)	Straße:
Maßstab: 1:10000	1 / 2 — Sparte(n): Gashochdruck

Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung.

© Geobasis-DE / LVerm LSA, 011012

© 2005 LGLN



Diese Planunterlage ist Eigentum der Avacon Netz GmbH
Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers
Die Weitergabe dieses Planes an Dritte bedarf unserer Genehmigung

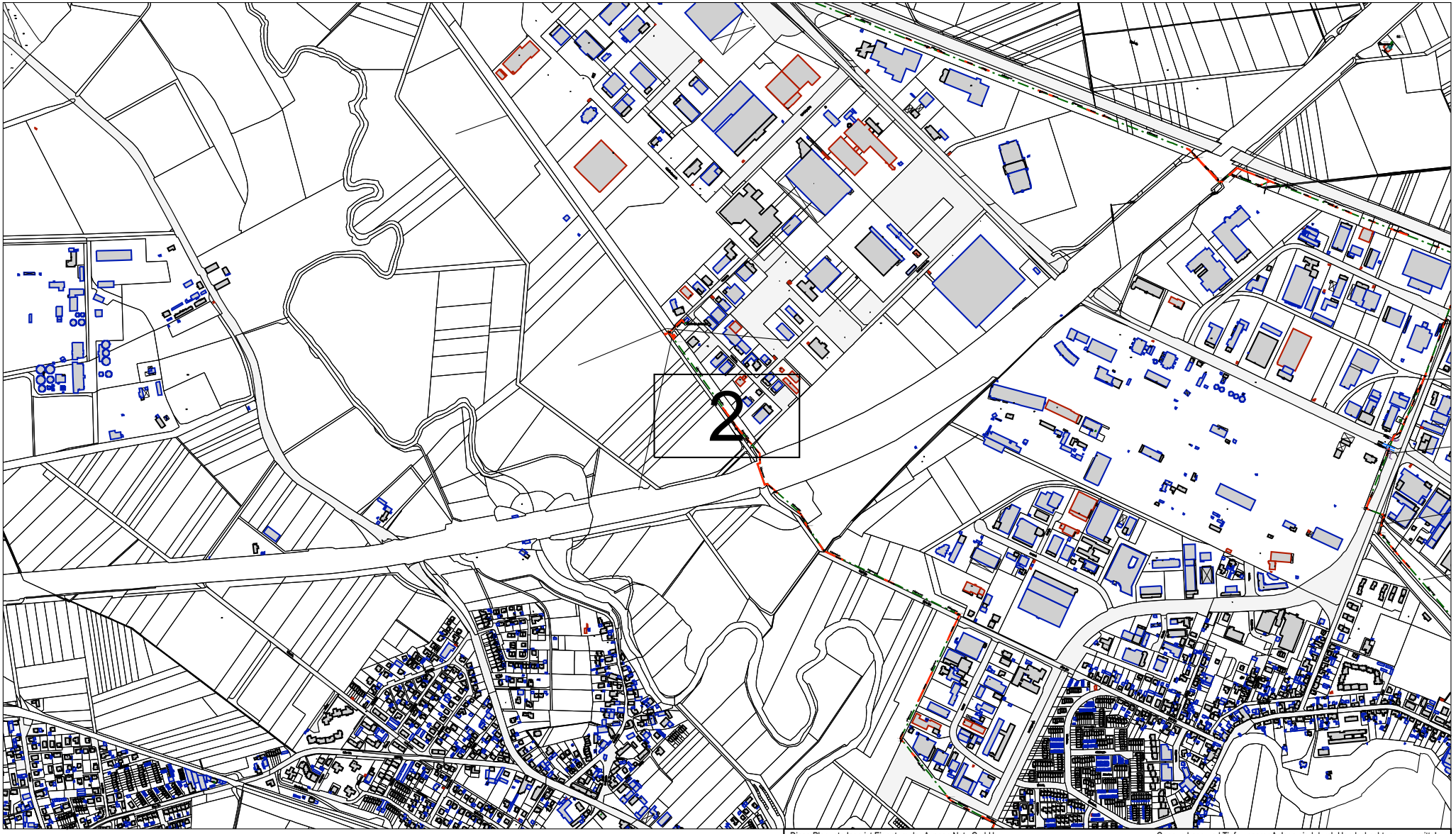
Genaue Lage und Tiefe unserer Anlage sind durch Handschachtung zu ermitteln
Parallel zu Mittelspannung u. Ferngastrassen können sich Fernmeldekabel (LWL/CU) in einem Abstand von maximal 1 m, gewöhnlich jedoch 0,4 m befinden.

avacon

Fortführung Topo_ALK	
Ansprechpartner:	
Bemerkungen:	Druckdatum: 05.06.2023
"Braunschweig - Wolfsburg" GTL0000012 (DN 200 / PN 25)	Ort: Braunschweig
"Braunschweig - Wolfsburg" GTL0000012 (DN 200 / PN 0)	Straße:
Maßstab: 1:1000	2 / 2 — Sparte(n): Gashochdruck

Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung.

© Geobasis-DE / LVerm LSA, 011012
© 2005 LGLN



Diese Planunterlage ist Eigentum der Avacon Netz GmbH
Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers
Die Weitergabe dieses Planes an Dritte bedarf unserer Genehmigung

Genaue Lage und Tiefe unserer Anlage sind durch Handschachtung zu ermitteln
Parallel zu Mittelspannung u. Ferngastrassen können sich Fernmeldekabel (LWL/CU) in einem Abstand von maximal 1 m, gewöhnlich jedoch 0,4 m befinden.

N

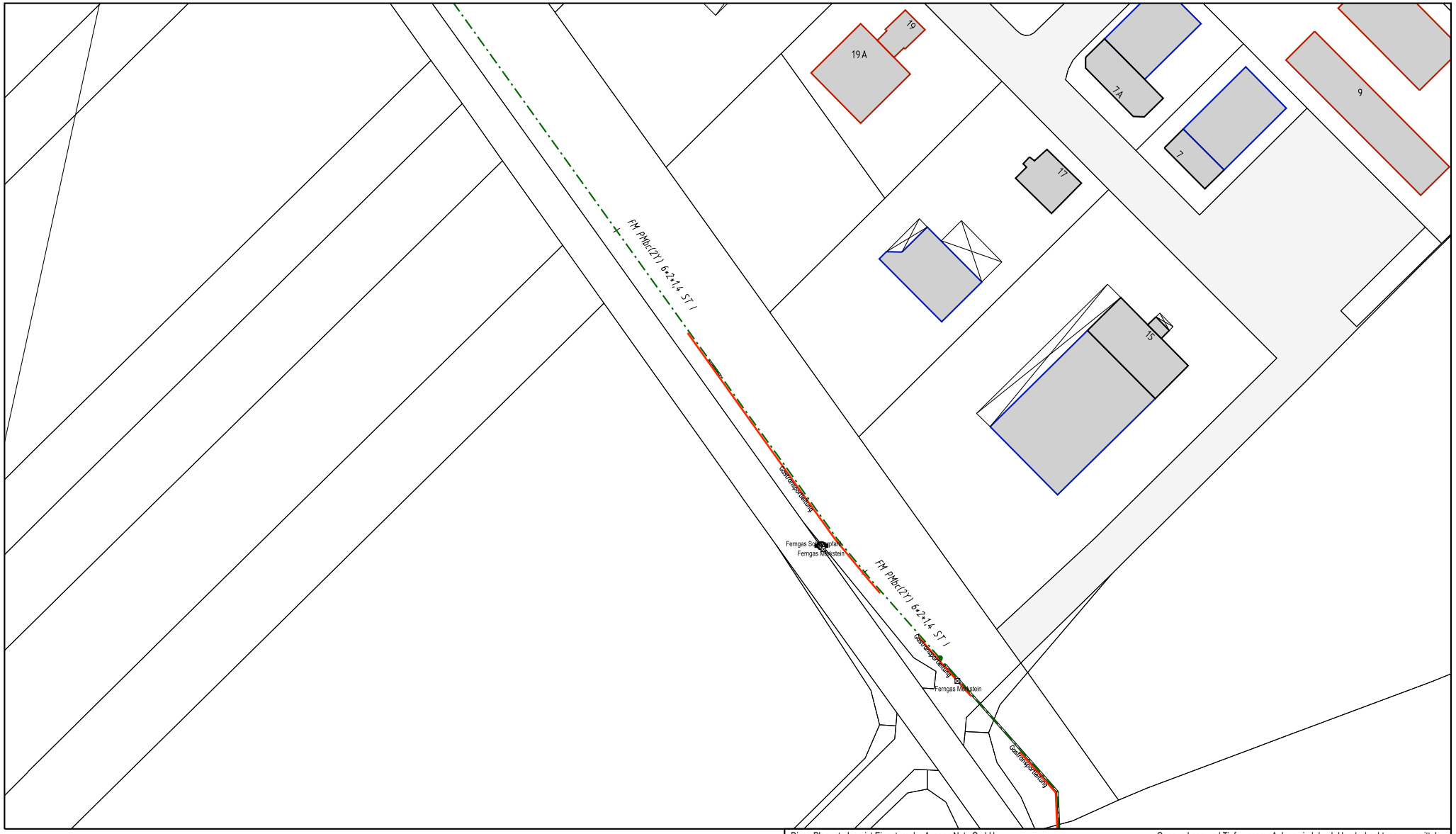
avacon

Fortführung Topo_ALK	
Ansprechpartner:	
Bemerkungen:	Druckdatum: 30.05.2023
	Ort: Braunschweig
	Straße:
Maßstab: 1:10000	1 / 2
	Sparte(n): Fernmelde

Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung.

© Geobasis-DE / LVerm LSA, 011012

© 2005 GLL LGLN



Diese Planunterlage ist Eigentum der Avacon Netz GmbH
Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers
Die Weitergabe dieses Planes an Dritte bedarf unserer Genehmigung

Genaue Lage und Tiefe unserer Anlage sind durch Handschachtung zu ermitteln
Parallel zu Mittelspannung u. Ferngastrassen können sich Fernmeldekabel
(LWL/CU) in einem Abstand von maximal 1 m, gewöhnlich jedoch 0,4 m befinden.

avacon

Fortführung Topo_ALK	
Ansprechpartner:	
Bemerkungen:	Druckdatum: 30.05.2023
	Ort: Braunschweig
	Straße:
Maßstab: 1:1000	2 / 2
	Sparte(n): Fernmelde

Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung.

© Geobasis-DE / LVerm LSA, 011012

© 2005 GLL LGLN

Legende

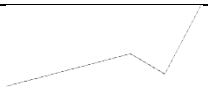
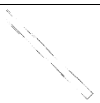
Planerstellung

Geographischen Informationssystem

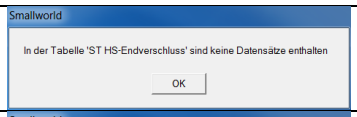
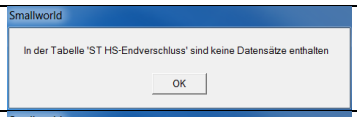
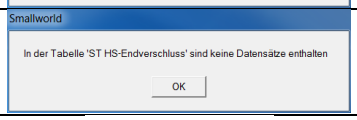
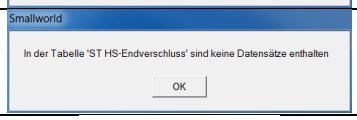
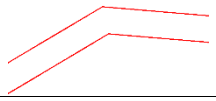
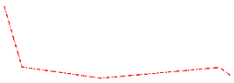
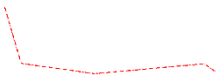
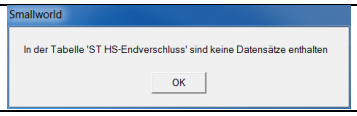
Inhalt

Strom Allgemein 3
Strom Hochspannung (HS) 4
Strom Mittelspannung (MS) 5
Strom Niederspannung (NS) 7
Fernmelde (FM) 9
Gas 10
Ferngas (FG) 14
Kathodischer Korrosionsschutz (KKS) 17
Fernwärme (FW) 19
Wasser (WA) 23

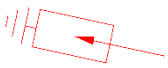
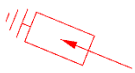
Strom Allgemein

Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:2000**
ST Digitalisierende		
ST Fremdleitung		Die Objekte können bei meiner Konfiguration nicht gefiltert werden (Keine ÜP-Spalten beim Explorer)
ST Schacht		Die Objekte können bei meiner Konfiguration nicht gefiltert werden (Keine ÜP-Spalten beim Explorer)
ST Schutzrohr		Die Objekte können bei meiner Konfiguration nicht gefiltert werden (Keine ÜP-Spalten beim Explorer)
ST Spannungswandler	Darstellungsstyle: nur Übschaltplan Übersicht	Darstellungsstyle: nur Übschaltplan Übersicht
ST Station		
ST Umspannwerk		
ST Verbindungsknoten		
ST Zählpunkt	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)

Strom Hochspannung (HS)

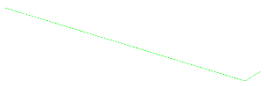
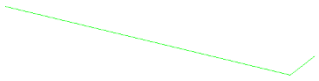
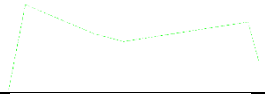
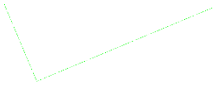
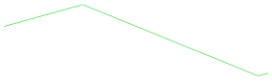
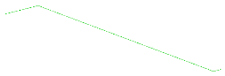
Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:2000**
ST HS-Endverschluss		
ST HS-Erdungstrenner		
ST HS- -Freileitungsabschnitt		
ST HS-Kabelabschnitt		
ST HS-Leistungsschalter		
ST HS-Leitung	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
ST HS-Mast		
ST HS-Muffe		
ST HS-Trenner	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)

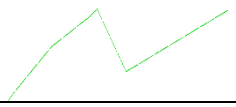
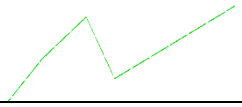
Strom Mittelspannung (MS)

Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:2000**
ST MS-Muffe		
ST MS-Leistungsschalter		
ST MS-Endverschluss	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
ST MS-Mast		
ST MS-Freileitungsschalter		
ST MS- -Freileitungsabschnitt		
ST MS-Lasttrennschalter		
ST MS/NS-Transformator	Kartographisch nicht erfasst	Kartographisch nicht erfasst
ST MS- -Freileitungsverbindung		
ST MS-Einspeisung		
ST MS-Leitung	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
ST MS-Speicher	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
ST MS- -Überspannungsableiter		
ST MS-Verbraucher	Kartographisch nicht erfasst	Kartographisch nicht erfasst
ST MS-Trenner		

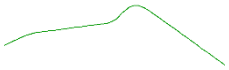
Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:2000**
ST MS-Sicherung	Kartographisch nicht erfasst	Kartographisch nicht erfasst
ST MS-Schrank	Kartographisch nicht erfasst	Kartographisch nicht erfasst

Strom Niederspannung (NS)

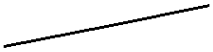
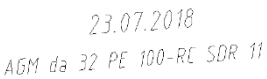
Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:2000**
ST NS-HA-Freileitung		
ST NS-Einspeisung		
ST NS-HA-Kabel		
ST NS-Brücke		
ST NS-Hausanschluss	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
ST NS- -Freileitungsverbindung		
ST NS-HA-Kasten		
ST NS- -Freileitungsabschnitt		
ST NS-HA-Muffe		
ST NS-HA-Klemme		
ST NS-Freileitungsschalter		
ST NS- -Freileitungssicherung		
ST NS-Speicher	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
ST NS-Strecke	Geometrie nur als ÜP	 Nur 3 Objekte, die die Geometrie erfasst ist.
ST NS-Muffe		

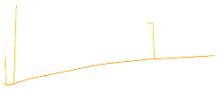
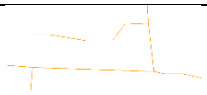
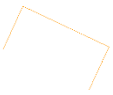
Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:2000**
ST NS-Mast		
ST NS-Lasttrennschalter	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
ST NS-Trenner	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
ST NS- -Überspannungsableiter		
ST NS-Kabelverteiler		
ST NS-Sonderverbraucher		
ST NS-Sicherung	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
ST NS-Leitung	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
ST NS-Leistungsschalter	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
ST NS-Aufladepunkt		
ST NS-Wärmepumpe		
ST NS-Kabelabschnitt		

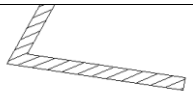
Fernmelde (FM)

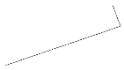
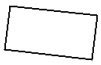
Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:2000**
ST FM-Strecke	Geometrie im BP kartographisch nicht erfasst	
ST FM-Kabelverteiler		
ST FM--Freileitungsverbindung		
ST FM-Einrichtung		
ST FM-LWL-Schacht		Geometrie im ÜP kartographisch nicht erfasst
ST FM-LWL-Rohrverbinder		
ST FM-Mast		
ST FM-Leitungsabschnitt		
ST FM-Muffe		
ST FM-LWL-Leerrohr		
ST FM-Leitung	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)

Gas

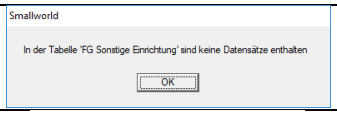
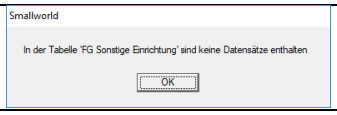
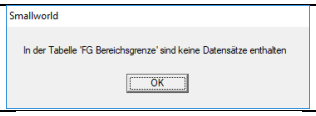
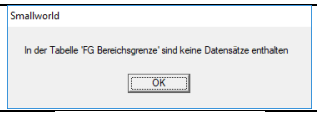
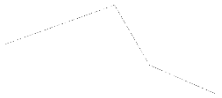
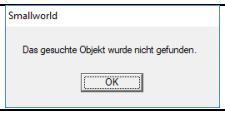
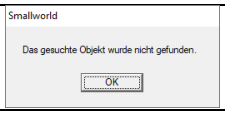
Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:2000**
GAS Anlagenknoten		
GAS Armatur		
GAS Abzweig		
GAS Ausbläser		
Fremdleitung	In der Tabelle Fremdleitung sind keine Datensätze enthalten	In der Tabelle Fremdleitung sind keine Datensätze enthalten
GAS Hausdruckregler	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
GAS Fremdanschluss	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
GAS Einspeisung intern	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
GAS Digitalisierende		
GAS Deckung		Geometrie im ÜP kartographisch nicht erfasst, bzw. bei meinen Einstellungen ist sie nicht freigeschaltet
GAS HAE		
GAS Anschluss		Ü Position gibt es bei dieser Objektklasse nicht, bzw. bei meinen Einstellungen ist sie nicht freigeschaltet
GAS Kat. HAE	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
GAS Kat. KKS Isolierstück (doppelt, s. auch GAS KKS Isolierstück)		
GAS Kat. Leitungsabschluss	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse

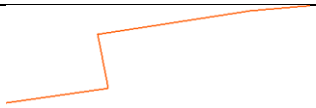
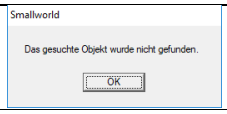
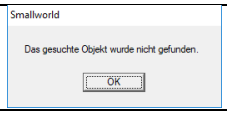
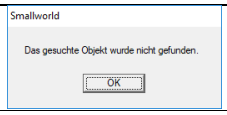
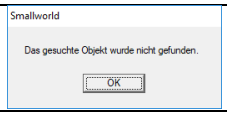
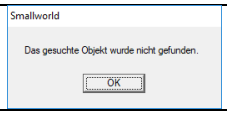
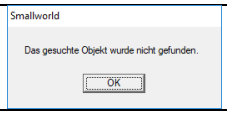
Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:2000**
GAS Kat. Reduzierstück	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
GAS Kat. Armatur	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
GAS Kat. Hausdruckregler	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
GAS Kat. Strömungswächter	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
GAS Kat. Kondensatsammler	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
GAS Kat. Abzweig	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
GAS KKS Isolierstück (doppelt, s. GAS Kat. KKS Isolierstück)		
GAS Laterne		Leere ÜP-Geometriefelder bei allen Datensätzen
GAS Leitungsabschnitt		
GAS Leitungsabschluss		
GAS Leitung	Kartographisch nicht erfasst	Kartographisch nicht erfasst
GAS Kreuzung Ü	Geometrie im BP kartographisch nicht erfasst	Kartographisch nicht dargestellt, beim Abrufen von Daten kommt die Objektklasse GAS Leitungsabschnitt
GAS Kreuzung B	Im Maßstab 1:500 nicht sichtbar	Geometrie im ÜP kartographisch nicht erfasst
GAS Messpunkt		
GAS Längenausgleicher		Im Maßstab 1:2000 nicht sichtbar

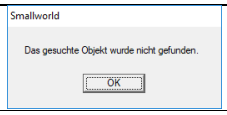
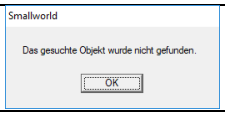
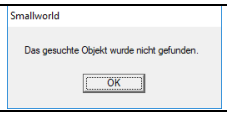
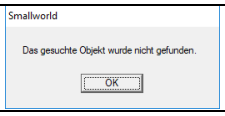
Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:2000**
GAS Molchschleuse	In der Tabelle Fremdleitung sind keine Datensätze enthalten	In der Tabelle Fremdleitung sind keine Datensätze enthalten
GAS Schutzrohrabschluss	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
GAS Schutzrohr		
GAS Riechrohr		Leere ÜP-Geometriefelder bei allen Datensätzen
GAS Speicher	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
GAS Schacht		Leere ÜP-Geometriefelder bei allen Datensätzen
GAS Störung		
GAS Reparaturstelle		Leere ÜP-Geometriefelder bei allen Datensätzen
GAS Schutzstreifen		Nur ein Objekt, mit fehlender ÜP-Geometrie
GAS Rohrverbindung		
GAS Strömungswächter		Leere ÜP-Geometriefelder bei allen Datensätzen
GAS Druckregelteilanlage	Es gibt keine BP Position als Attributfeld (nur B Kennzeichen)	Es gibt keine ÜP Position als Attributfeld (nur Ü Kennzeichen)
GAS Schweißnaht	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
GAS Reduzierstück		
GAS Schutzrohrtyp	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse

Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:2000**
GAS Zählpunkt	Keine Objektklasse mit diesem Namen	Keine Objektklasse mit diesem Namen
GAS Kondensatsammler		
GAS Weiterversorgung		Leere ÜP-Geometriefelder bei allen Datensätzen
GAS Übergang		
GAS Zähler	Keine Objektklasse mit diesem Namen	Keine Objektklasse mit diesem Namen
GAS Druckregelanlage		

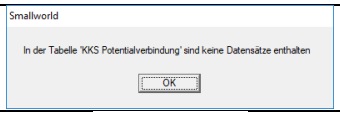
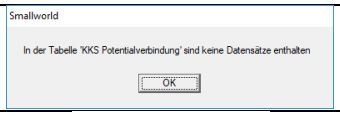
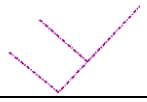
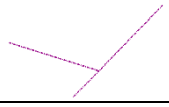
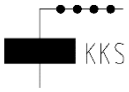
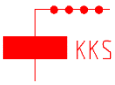
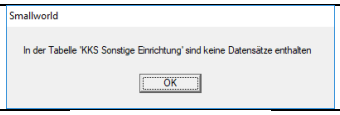
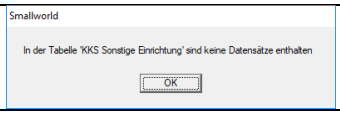
Ferngas (FG)

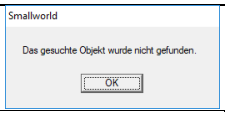
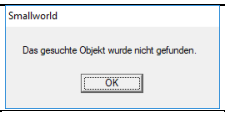
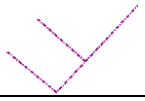
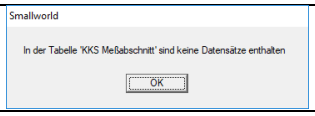
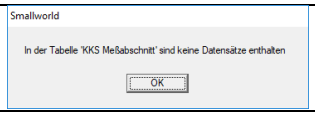
Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:25000, (bzw. 1:2000)**
FG Sonderbauteil - Flansch		nur bei 1:2000
FG Sonderbauteil - Kugelmuffe		nur bei 1:2000
FG Sonderbauteil - Steckmuffe		nur bei 1:2000
FG Sonderbauteil - Stumpfnaht		nur bei 1:2000
FG Außendurchmesser	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
FG Sonstige Einrichtung		
FG Schweißnaht		Geometrie im ÜP nicht erfasst
FG Bereichsgrenze		
FG Fremdleitung		
FG Untergrundspeicher	Keine BP-Daten	
FG Armatur		Geometrie im ÜP nicht erfasst
FG Armaturengruppe	Keine BP-Daten	
FG Kabel	Keine BP-Daten	Geometrie im ÜP nicht erfasst
FG Kabel Schutzrohr		

Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:25000, (bzw. 1:2000)**
FG Leitungsabschnitt		Geometrie im ÜP nicht erfasst
FG Leitung	Kartographisch nicht erfasst	Kartographisch nicht erfasst
FG Kilometerpunkt	Keine BP-Daten	Geometrie im ÜP nicht erfasst
FG Höhenpunkt		Geometrie im ÜP nicht erfasst
FG Antrieb	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
FG Fremdl. Linie		
FG Bohrloch		Geometrie im ÜP nicht erfasst
FG Kabel Meßstelle		
FG Zubehör- Leitungspunkt		Kein Zeichen im ÜP gesetzt
FG Zubehör- Stationierungspunkt		Kein Zeichen im ÜP gesetzt
FG Widerlager	Keine Geometrie-Daten	Keine Geometrie-Daten
FG Station		
FG Vermessungspunkt		Geometrie im ÜP nicht erfasst
FG Merkstein		Geometrie im ÜP nicht erfasst
FG Kabel Muffe		

Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:25000, (bzw. 1:2000)**
FG Richtung	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
FG Kreuzung		Geometrie im ÜP nicht erfasst
FG Rohrschaden		Geometrie im ÜP nicht erfasst
FG Schilderpfahl		Geometrie im ÜP nicht erfasst
FG Flanschverbindung		
FG Schutzrohr		Geometrie im ÜP nicht erfasst
FG Meßstelle	Keine Objekte	Keine Objekte
FG Übergang		Geometrie im ÜP nicht erfasst
FG Rohr	Keine Objekte	Keine Objekte
FG Drainagepunkt	Keine Objekte	Keine Objekte
FG Kabelabschnitt		nur bei 1:2000
FG Kabel Zubehör		

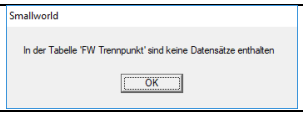
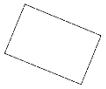
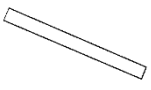
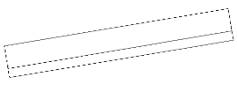
Kathodischer Korrosionsschutz (KKS)

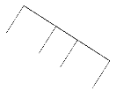
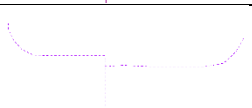
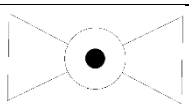
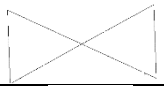
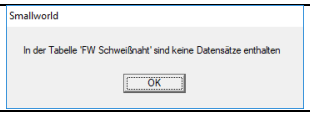
Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:25000**
KKS Bezugselektrodenart	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
KKS Potentialverbindung		
KKS Kabel [1)]		
KKS Fehlerstelle	Keine Objektklasse mit diesem Namen	Keine Objektklasse mit diesem Namen
KKS Meßstellengehäuse [1)]		Geometrie im ÜP nicht erfasst
KKS Schutzabschnitt	Es gibt hier nur Beschriftungsfelder	Es gibt hier nur Beschriftungsfelder
KKS Klemme	Keine Objektklasse mit diesem Namen	Keine Objektklasse mit diesem Namen
KKS Status	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
KKS Schutzrohr [1)]		Geometrie im ÜP nicht erfasst
KKS Stromversorgung [1)]		Geometrie im ÜP nicht erfasst
KKS Bezugselektrode [1)]		Geometrie im ÜP nicht erfasst
KKS Anlage [1)]		
KKS Betreiber	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
KKS Sonstige Einrichtung		
KKS Schrank [1)]		Geometrie im ÜP nicht erfasst

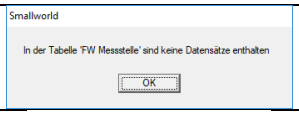
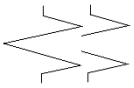
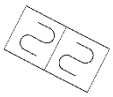
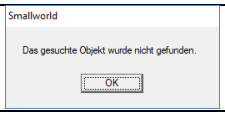
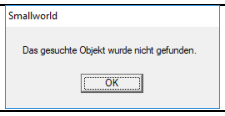
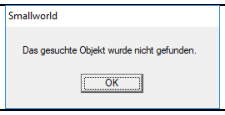
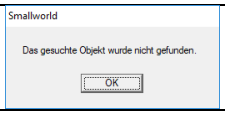
Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:25000**
KKS Muffe [1)]		Geometrie im ÜP nicht erfasst
KKS Elektrokabel [1)]		Geometrie im ÜP nicht erfasst
KKS Rohrstück	Nur SPL erfasst	Nur SPL erfasst
KKS Kabel Höhenpunkt	Keine Objektklasse mit diesem Namen	Keine Objektklasse mit diesem Namen
KKS Schutzeinrichtung		
KKS Meßstelle [1)]		
KKS Kontakt [1)]		
KKS Mantelbefund	Keine Objektklasse mit diesem Namen	Keine Objektklasse mit diesem Namen
KKS Kilometerpunkt	Nur SPL erfasst	Nur SPL erfasst
KKS Fremdobjekt	Keine Objekte erfasst	Keine Objekte erfasst
KKS Meßabschnitt		
KKS Erder	Kartographisch nicht erfasst	Kartographisch nicht erfasst

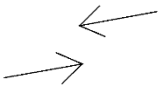
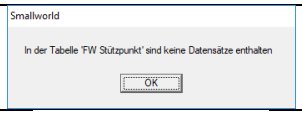
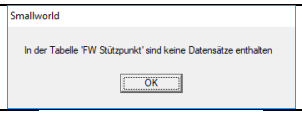
1) Objektklasse eingegliedert unter FG KKS Betriebsmittel.

Fernwärme (FW)

Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500 (Position IB)	**BP = ÜP**
FW Abzweig		BP = ÜP
FW Bauwerk Steckdosen	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
FW Stahl Isolierung	Meldung: Das gesuchte Objekt wurde nicht gefunden	Meldung: Das gesuchte Objekt wurde nicht gefunden
FW Einstieg (Position rund)		BP = ÜP
FW Einstieg (Position quadratisch)		BP = ÜP
FW Pumpe	Keine Objekte	Keine Objekte
FW Anschluss	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)	Bei meiner aktuellen Konfiguration nicht eingeblendet (ML)
Höhenpunkt		BP = ÜP
FW Heißwasser	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
FW Trennpunkt		BP = ÜP
FW Grundfläche (Bauwerk)		BP = ÜP
FW Grundfläche (Kanal)		BP = ÜP
FW Grundfläche (Netzstation)		BP = ÜP
FW Schutzrohr		BP = ÜP
FW Kanal		BP = ÜP

Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500 (Position IB)	**BP = ÜP**
FW Trassenabschnitt		BP = ÜP
FW Leitungsabschluss		BP = ÜP
FW Muffen	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
FW Reduzierstück		BP = ÜP
FW Rohrleitungsabschnitt (Vorlauf)		BP = ÜP
FW Rohrleitungsabschnitt (Rücklauf)		BP = ÜP
FW Abdichtung	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
FW Armatur (Typ Kugelhahn; Betriebsstatus offen)		BP = ÜP
FW Armatur (Typ Kugelhahn; Betriebsstatus zu)		BP = ÜP
FW Armatur (Typ Schieber; Betriebsstatus offen)		BP = ÜP
FW Armatur (Typ Schieber; Betriebsstatus zu)		BP = ÜP
FW Netzstation		BP = ÜP
FW Schweißnaht		
FW Bauwerk/Schacht		BP = ÜP
FW Übergang		BP = ÜP

Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500 (Position IB)	**BP = ÜP**
FW Fremdleitung Sek.		BP = ÜP
FW Messstelle		
FW Entleerung		BP = ÜP
FW Bauwerk Lüftung	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
FW Kreuzung		BP = ÜP
FW Übergabe Zugang	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
FW Trasse	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
FW Kanal Ausführung	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
FW Kompensator (Position Axial)		BP = ÜP
FW Kompensator (Position Sonst)		BP = ÜP
FW Eigentumsgrenze	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
FW Dampf	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
FW Dehnungspolster		
FW Lage	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
FW Stahl-System		

Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500 (Position IB)	**BP = ÜP**
FW Fließrichtung		BP = ÜP
FW Formteil		BP = ÜP
FW Stahlmantelrohr	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
FW Höhensprung		BP = ÜP
FW Bauwerk Wasser	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
FW Be-/ Entlüftung		BP = ÜP
FW Druckstufe	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
FW Mitversorgte Objekte		BP = ÜP
FW Kälte	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
FW Fremd	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
FW Schrank	Katalogfelder: Schrank Funktion und Schrank Typ, aber keine Objektklasse	Katalogfelder: Schrank Funktion und Schrank Typ, aber keine Objektklasse
FW Stützpunkt		
FW Digitalisierende		

Wasser (WA)

Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:2000**
WA Außenschutz	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
WA Anlagenknoten		
WA Abzweig		
WA Absperrhinweis	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
WA Aufbereitungsanlage	Es sind nur drei Objekte erfasst, die haben auch unterschiedliche Zeichen	Die Geometriefelder ÜP sind nicht erfasst.
WA Deckung		Geometrie nur als BP
WA Armatur		
WA Adsorption	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
WA Wasserbehälter		
WA Brunnen		
WA Be. - Entlüftung		
WA Antrieb	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
WA Formstück		ÜP-Geometriefelder sind leer
WA Entleerung	Obwohl B Position als Geometriefeld vorhanden ist, ist sie im Maßstab 1:500 nicht sichtbar	ÜP-Geometriefelder sind leer
WA Druckminderung		

Objektklasse	Darstellungsmaßstab	
	Bestandsplan 1:500	**Übersichtsplan 1:2000**
WA Hausanschlussbox		ÜP-Geometriefelder sind leer
WA Druckerhöhungsanlage		
WA Hinweisschild	Meldung: Das gesuchte Objekt wurde nicht gefunden	Meldung: Das gesuchte Objekt wurde nicht gefunden
WA Anschluss	Es gibt nur Bezeichnungs-, aber keine Geometriefelder	Es gibt nur Bezeichnungs-, aber keine Geometriefelder
WA Höhenangaben	Katalogfeld, keine Objektklasse	Katalogfeld, keine Objektklasse
WA KKS Isolierstück		
WA HEK		ÜP-Geometrie kann man nicht sehen, auch bei Objekten, wo sie erfasst ist
WA Hydrant		
WA Digitalisierende		

Leitungsschutzanweisung
(Merkheft für Baufachleute)

... für Arbeiten im Bereich von Energie-
versorgungs- und Entsorgungsanlagen
der Avacon Netz GmbH

Stand: September 2017

Avacon Netz GmbH, Schillerstraße 3, 38350 Helmstedt
www.avacon.de

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 3
Geltungsbereich 3
Allgemeine Pflichten des Bauunternehmers 4
Erkundigungspflicht 5
Lage der Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen 5
Baubeginn 7
Fachkundige Aufsicht 8
Maschinelle Arbeiten 8
Bepflanzung 8
Freilegen von Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen 8
Verfüllen der Baugrube 9
Sollabstände zu Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen 10
Maßnahmen bei Beschädigungen 16
Beschädigung an Gasversorgungsanlagen 16
Beschädigung an Stromversorgungsanlagen 19
Beschädigung an Kommunikationsanlagen 20
Beschädigung an Wasserversorgungsanlagen 20
Nichteinhalten der Sicherheitsbestimmungen 21
Netzgebiet Strom 22
Netzgebiet Erdgas 23
Anschriften und Rufnummern 24

Einleitung

Diese Schutzanweisung dient der Unterstützung von Baufachleuten bei der Verhütung von Unfällen und von Schäden an Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen.

Es gehört in die Hände der auf Baustellen tätigen Personen wie z. B. Bauleiter, Schachtmeister, Kranführer, Baggerführer oder LKW-Fahrer und kann kostenlos bei der Avacon AG, im folgenden Netzbetreiber (NB) angefordert werden.

Geltungsbereich

Diese Schutzanweisung gilt für Arbeiten im Bereich von Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen (Gas-, Strom-, Fernwärme- und Wasserversorgungsanlagen) sowie von Kommunikationsanlagen im Gebiet des NB auf öffentlichen und privaten Grundstücken.

Hierzu gehören z. B. Rohrleitungen, Stationen, sonstige Betriebseinrichtungen, elektrische Freileitungen, Hoch-, Mittel- und Niederspannungskabel, Kabelmuffen, Schutzrohre, Schachtbauwerke, Betonkanäle, Armaturen, Widerlager, Anlagen für den kathodischen Korrosionsschutz, Kabelabdeckungen, Erdungsanlagen, Maste, Fernmelde-, Lichtwellenleiter-, Steuer- und Messkabel, Verteilerschränke, Warnbänder u. a..

Bei Erdarbeiten jeder Art, z. B. bei Straßenaufbrüchen, Aufgrabungen, Baggerarbeiten, Pflasterungen, Bohrungen, beim Setzen von Masten und Stangen, Eintreiben von Pfählen, Bohrern, Dornen, Schnurstangen, bei großen Auflasten (z. B. Autokräne, Kräne, …), besteht stets die Gefahr, dass Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen beschädigt werden.

Allgemeine Pflichten des Bauunternehmers

Jeder Bauunternehmer hat bei der Durchführung ihm übertragener Bauarbeiten auf öffentlichen und privaten Grundstücken mit dem Vorhandensein von Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen sowie von stillgelegten und außer Betrieb Leitungen zu rechnen und die erforderliche Sorgfalt zu wahren, um deren Beschädigung zu verhindern und eine Gefährdung von Personen auszuschließen. Er hat seine Mitarbeiter und die von ihm beauftragten Subunternehmen entsprechend zu unterweisen und zu überwachen.

Die Anwesenheit eines Beauftragten des NB auf einer Baustelle entbindet den Bauunternehmer oder seinen Beauftragten **nicht** von der Verantwortung für angerichtete Schäden an Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen sowie an stillgelegten Leitungen.

Im Geltungsbereich dieser Schutzanweisung ist so zu arbeiten, dass der Bestand und die Betriebssicherheit der Anlagen während und nach Ausführung der Arbeiten gewährleistet bleiben.

Neben den gültigen gesetzlichen Vorschriften (z. B. Landesbauordnung, Baugesetzbuch) sind die Vorschriften/Regeln der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung DGUV Vorschrift 3 „Elektrische Anlagen und Betriebsmittel“, DGUV Vorschrift 11 „Laserstrahlung“, DGUV Vorschrift 38 „Bauarbeiten“, DGUV Regel 100-500 „Betreiben von Arbeitsmitteln“, insbesondere Kapitel 2.12 „Betreiben von Erdbaumaschinen“ und Kapitel 2.31 „Arbeiten an Gasleitungen“ sowie die Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA) und die Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen (RAB) einzuhalten. Zudem sind die DVGW-Hinweise GW 315 „Maßnahmen zum Schutz von Versorgungsleitungen bei Bauarbeiten“, DGUV Regel 100-500 (VGB 40) „Betreiben von Arbeitsmitteln“ und GW 118 „Erteilung von Auskünften in Versorgungsunternehmen“ sowie das Merkblatt „Erdarbeiten in der Nähe erdverlegter Kabel“ (Abruf-Nr.: 508) zu beachten.
Weitere Informationen können der DGUV Information 203-017 „Schutzmaßnahmen bei Erdarbeiten in der Nähe erdverlegter Kabel und Rohrleitungen“ sowie der DGUV Information 201-020 „Sicherheitshinweise für Grabenloses Bauen“ entnommen werden.

Informationen über die zuständigen Versorgungsunternehmen können beim Baulastträger bzw. beim Grundstückseigentümer erfragt werden. Erkundigungen an anderer Stelle sind nicht ausreichend. Es spielt dabei keine Rolle, ob im privaten oder öffentlichen Bereich gearbeitet wird.

Erkundigungspflicht

Bei der Durchführung von Bauarbeiten im Bereich von Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen besteht für den Bauunternehmer nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes die Erkundigungs- und Sicherungspflicht.

Rechtzeitig vor Beginn dieser Arbeiten ist bei dem NB eine aktuelle Auskunft über die Lage und ggf. Tiefe der im Bau- bzw. Aufgabenbereich liegenden Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen sowie von stillgelegten und außer Betrieb befindlichen Leitungen einzuholen.
Bei Beginn der Arbeiten müssen Leitungsauskünfte neuesten Standes vorliegen. Bei Abweichungen von der Bauplanung oder Erweiterung des Bauauftrages muss eine neue Leitungsauskunft eingeholt werden.
Der Unternehmer hat sich vor Arbeitsaufnahme davon zu überzeugen, dass alle Planangaben eindeutig erkennbar sind und dass die Planauskunft tatsächlich mit der Anfrage übereinstimmt.

Lage der Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen

Die Lage, insbesondere die Tiefe der Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen sowie von stillgelegten und außer Betrieb befindlichen Leitungen, kann sich durch Bodenabtragungen, -aufschüttungen oder durch andere Maßnahmen Dritter nach der Verlegung und Einmessung verändert haben.

Dabei ist zu beachten, dass erdverlegte Leitungen nicht zwingend

geradlinig und auf dem kürzesten Weg verlaufen. Deshalb hat das Bauunternehmen die Pflicht, sich über die tatsächliche Lage und Tiefe der angegebenen Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen durch fachgerechte Erkundigungsmaßnahmen, z. B. Ortung, Querschläge, Suchschlitze o. ä. selbst Gewissheit zu verschaffen.

Querschläge (Suchschlitze)

Querschläge/Suchschlitze sind grundsätzlich nur in Abstimmung mit dem NB und in leitungsschonender Arbeitstechnik, z. B. Saugbagger oder Handschachtung erlaubt! Ferner kann nicht davon ausgegangen werden, dass ein Trassenwarnband vorhanden ist bzw. dass ein vorhandenes Trassenwarnband die tatsächliche Leitungslage anzeigt.

Hinweisschilder und oberirdische Anlagen

Armaturen, Straßenkappen, Schachtdeckel und sonstige zur Energieversorgungs- und Entsorgungsanlage gehörenden Einrichtungen müssen stets zugänglich bleiben. Hinweisschilder oder andere Markierungen dürfen ohne Zustimmung des NB nicht verdeckt, nicht versetzt oder entfernt werden.

Unbekannte Kabel oder Leitungen

Werden Energieversorgungs- oder Entsorgungsanlagen sowie außer Betrieb befindliche Leitungen oder Warnbänder an Stellen die in keinem Plan eingezeichnet sind angetroffen bzw. freigelegt, so ist der Betreiber der Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen unverzüglich zu ermitteln und zu verständigen. Die Arbeiten sind in diesem Bereich zu unterbrechen, bis mit dem zuständigen Versorgungsunternehmen Einvernehmen über das weitere Vorgehen hergestellt ist.

Hinweise

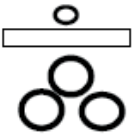
Außer Betrieb befindliche Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen sind in den Plänen nicht immer dargestellt. Diese können u.U. in der Örtlichkeit vorhanden sein. Die Eigentümer der Anlagen sind zu ermitteln und mit Ihnen die weitere Verfahrensweise abzustimmen. Ist der Eigentümer nicht zu ermitteln, so muss die Abstimmung mit dem Besitzer erfolgen.

Besonderheiten bei erdverlegten Hochspannungsleitungen (größer 45.000 Volt):
Bauarbeiten im Bereich von Kabelanlagen dürfen nur unter fachlicher Anleitung eines Beauftragten des NB durchgeführt werden.

Besonderheiten – Lage erdverlegte Hochspannungsleitungen:
Eine Hochspannungskabeltrasse besteht aus 3 Einleiterkabel u. einem Begleitkabel (Steuerkabel). Die Kabel können nebeneinander auf Abstand oder im Dreieck als Bündel verlegt sein.

Nebeneinander auf Abstand (0,60 m breit)

Im Dreieck gebündelt (0,30 m breit)



Diese Trassenbreite gilt nur für die freie Strecke. Im Bereich von Hochspannungskabelmuffen können sich andere Trassenbreiten ergeben.

Baubeginn

Rechtzeitig (mindestens zwei Wochen) **vor Aufnahme** von Arbeiten im Bereich von Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen müssen der Beginn und der Umfang der Arbeiten dem zuständigen Fachbereich des NB (Anschriften Seite 24) schriftlich angezeigt werden.
Das Einholen von Informationen gemäß „Erkundigungspflicht“ und „Lage der Versorgungs- und Entsorgungsanlagen“ gilt nicht als Anzeige.

Fachkundige Aufsicht

Bauarbeiten im Bereich von Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen dürfen nur unter **fachkundiger** Aufsicht des Bauunternehmers durchgeführt werden. Die vom NB dem Bauunternehmen erteilten Auflagen müssen eingehalten werden. Armaturen, Straßenkappen, Kabelmersteine und sonstige zur Energieversorgungs- u. Entsorgungsanlage gehörenden Einrichtungen müssen während der Bauzeit zugänglich bleiben. Hinweisschilder oder andere Markierungen dürfen ohne Zustimmung des NB nicht verdeckt, nicht ersetzt oder entfernt werden.

Maschinelle Arbeiten

Im Bereich von Energiever- und Entsorgungsanlagen sowie von außer Betrieb befindlichen Leitungen dürfen Baumaschinen nur so eingesetzt werden, dass eine Gefährdung dieser Anlagen ausgeschlossen ist. Erforderlichenfalls sind besondere Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Diese sind, ebenso wie Rohrvortriebs-, Bohr- und Sprengarbeiten, das Einschlagen (Rammen) von Pfählen, Bohlen und Spundwänden, das Einspülen von Filtern für Grundwasserabsenkungen, der Einsatz von Durchörterungsgeräten u. ä., mit dem NB abzustimmen.

Bepflanzung

Die Anlagen des NB dürfen nicht überbaut und mit Großgehölzen nicht unter- bzw. überpflanzt werden.

Freilegen von Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen

Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen sowie außer Betrieb befindliche Leitungen dürfen nur in leitungsschonender Arbeits-

technik, z.B. Saugbagger oder Handschachtung freigelegt werden! Freigelegte Anlagen sind vor jeglicher Beschädigung zu schützen, gegen Lageveränderungen fachgerecht zu sichern und flächenhaft nach Anweisungen des NB abzufangen. Werden Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen sowie außer Betrieb befindliche Leitungen an Stellen, die vom NB nicht genannt worden sind, vorgefunden bzw. freigelegt, so ist der NB unverzüglich zu verständigen. Die Arbeiten sind in diesem Bereich sofort zu unterbrechen, bis mit dem NB Einvernehmen über das weitere Vorgehen hergestellt ist.

Achtung: Sobald Erdabtragungen durchgeführt worden sind, darf die Leitung nicht mehr ohne Überfahrschutz überfahren werden.
Über die Art und den Umfang des Überfahrschutzes muss eine Abstimmung mit dem NB erfolgen.

Sonderfall – erdverlegte Hochspannungsleitungen:
Hochspannungskabel dürfen erst nach Freischaltung und nur in schonender Arbeitstechnik (Handschachtung) freigelegt werden. Die Freischaltung der Kabel ist rechtzeitig, mindestens 10 Arbeitstage vor dem gewünschten Termin, zu beantragen.

Verfüllen der Baugrube

Das Unterbauen und Eindecken von freigelegten Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen sowie von außer Betrieb befindlichen Leitungen ist mit dem NB rechtzeitig abzustimmen.
Das Verfüllen im Bereich von Verkehrsflächen hat nach der ZTV A-StB 89) sowie nach etwaigen zusätzlichen Bestimmungen vom NB zu erfolgen. Besonderes Augenmerk ist darauf zu richten, dass zum Verfüllen in leitungsnähe Material verwendet wird, welches keine Bestandteile (z. B. Steine) enthält, die zur Schädigung der Anlagen führen können. Beim Verfüllen von Kreuzungsbaugruben mit erdverlegten Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen sowie von außer Betrieb befindlichen Leitungen sind diese Anlagen so zu unterbauen, dass keine Senkungen auftreten können. Vor dem Verschließen der Baugrube ist die Kreuzungsstelle durch einen Beauftragten des NB am offenen Rohrgraben abzunehmen.

Sollabstände zu Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen

Allgemein: Bauarbeiten jeglicher Art im Schutzbereich von Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen sind vor Baubeginn mit dem NB abzustimmen und bedürfen der schriftlichen Zustimmung.

Gasversorgungsanlagen:
Zu Gasversorgungsanlagen sind Sicherheitsabstände einzuhalten. Die geforderten Mindestabstände gelten bei Näherung, Kreuzung und Parallelverlegung zu Gasrohrleitungen und -anlagen.
Bei Näherung von Gasversorgungsanlagen zu Windenergieanlagen sind gesonderte Forderungen und Mindestabstände zu beachten und einzuhalten.

Bei Kreuzung von Gashochdruckleitungen ist ein lichter Abstand von 0,40 m und bei Parallelverlegung 3,00 m Sicherheitsabstand einzuhalten. Abweichungen hiervon bedürfen der schriftlichen Zustimmung des NB.

Die Verlegetiefe von Gasrohrleitungen beträgt in der Regel 45 bis 120 cm. In der Leitungsumgebung (30 bis 50 cm) ist mit abzweigenden Rohrstutzen und Rohrfittings zu rechnen.

Das Überbauen von Gasrohrleitungen ist unzulässig.

Gasrohrleitungen sind in einem Schutzbereich verlegt, in dem folgende Forderungen einzuhalten sind:

- Keine Errichtung von Bauwerken und sonstigen Anlagen
- Keine Lagerung von Baumaterialien, Baustelleneinrichtungen und Bodenaushub
- Keine Errichtung von Stellplätzen (z. B. Container)
- Keine Errichtung von Pfählen und Pfosten
- Freihaltung von Bäumen, Sträuchern und Wurzeln
- Keine Durchführung von Erdarbeiten, die die Gasleitung gefährden können

Fernwärmeleitungen:
Bei Kreuzung und Parallelverlegungen zu Fernwärmeleitungen sind die nachfolgenden Abstände einzuhalten. Abweichungen hiervon bedürfen der schriftlichen Zustimmung des NB.
a) Mindestabstand kreuzenden anderen Versorgungsleitungen

- 1 kV- Signal-, Messkabel 0,3 m
- 10 kV- oder 30 kV-Kabel 0,6 m
- mehrere 30 kV-Kabel oder 60 kV-Kabel 1,0 m
- Gas- und Wasserleitungen 0,2 m

b) Mindestabstand zu parallel liegenden anderen Versorgungsleitungen bei Parallelführung < 5,0 m

- 1 kV- Signal-, Messkabel 0,3 m
- 10 kV- oder 30 kV-Kabel 0,6 m
- mehrere 30 kV-Kabel oder 60 kV-Kabel 1,0 m
- Gas- und Wasserleitungen 0,4 m

c) Mindestabstand zu parallel liegenden anderen Versorgungsleitungen bei Parallelführung > 5,0 m

- 1 kV- Signal-, Messkabel 0,3 m
- 10 kV- oder 30 kV-Kabel 0,7 m
- mehrere 30 kV-Kabel oder 60 kV-Kabel 1,5 m
- Gas- und Wasserleitungen 0,4 m

Stromversorgungsanlagen:
Einzuhaltende Abstände zu Hochspannungsanlagen sind in jedem Falle rechtzeitig mit dem NB abzustimmen.
Abstände zu übrigen erdverlegten Leitungen werden bei der örtlichen Einweisung festgelegt.

Beim Eindringen von Körperteilen oder Gegenständen in den **Schutzbereich** von Freileitungen besteht wegen der Möglichkeit eines Überschlages **akute Lebensgefahr**.

Folgende Mindestabstände zu unter Spannung stehenden Teilen dürfen unter keinen Umständen unterschritten werden (Gefahrenbereich):

- bis 1.000 Volt (Niederspannung) Schutzabstand a ≥ 1 m nach allen Seiten
- über 1.000 Volt bis 110.000 Volt Schutzabstand a ≥ 3 m nach allen Seiten

Die einzuhaltenden **Schutzabstände a** beziehen sich auf die tatsächliche Lage der Leiterseile. Daher ist das mögliche **seitliche Ausschwingen** der Leiterseile bei Wind (vgl. Bild Seite 14) zusätzlich zu beachten.

Ebenso ist zu berücksichtigen, dass sich der **Durchhang** der Leiterseile witterungs- und belastungsabhängig erheblich ändern kann. Bei allen außergewöhnlichen Witterungsverhältnissen ist eine Abstimmung mit dem NB erforderlich. Der NB erteilt über die Höhe der Spannung einer Freileitung Auskunft, ebenso auch über den erforderlichen Schutzabstand und die zu treffenden Maßnahmen.

Beim Unterfahren einer Leitung darf die gesetzlich zugelassene Fahrzeughöhe von 4,00 m nicht überschritten werden. Fahrzeuge mit aufgerichteten Aufbauten bzw. Ladeflächen, Kräne, Fördergerüste und dergleichen, dürfen daher nur im umgelegten oder abgesenkten Zustand die Leitungen unterqueren.

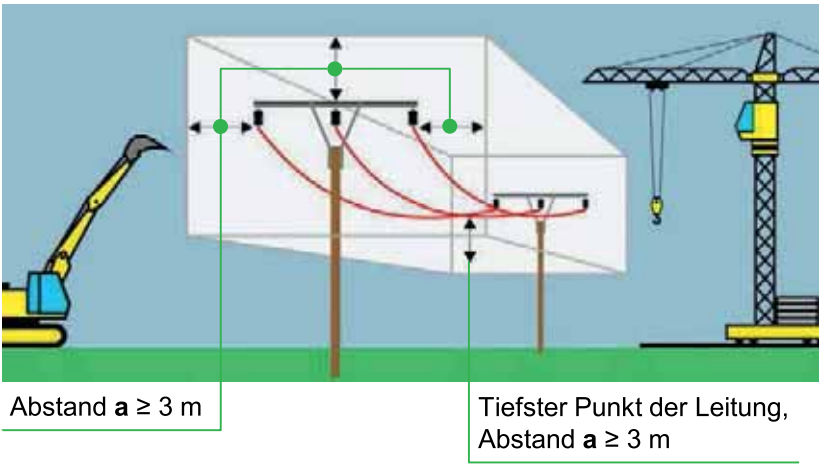
Erfahrungen haben gezeigt:

- Vom Führerstand einer Baumaschine ist der Abstand zwischen Ausleger und Leitung schwer zu schätzen
- Unebenheiten des Geländes führen bei Bewegungen des Baggers zu unkontrollierten Ausschwingungen des Auslegers
- Bei einem Kran schwingt die Last häufig unkontrolliert aus
- Personen, die ein Fördergerüst verschieben, übersehen leicht die gefährliche Annäherung an eine Leitung
- Beim Abladen eines Kippers konzentriert sich der Fahrer eher auf den Abladevorgang als auf die darüber verlaufende Freileitung

Besondere Maßnahmen:
Besteht daher auch nur die Möglichkeit einer unzulässigen Annäherung, so müssen nach Absprache mit dem NB besondere Maßnahmen ergriffen werden:

- Freischalten der Leitung bzw. Anlage gemäß den fünf Sicherheitsregeln oder
- Durchführung der Arbeiten unter Aufsichtsführung einer verantwortlichen Elektrofachkraft oder
- Abschranken des Gefahrenbereiches mit Sperrschranken oder
- Aufstellen eines verantwortlichen Warnpostens, gem. DGUV Vorschrift 3

Schutzabstände am Beispiel einer Freileitung mit einer Spannung von 20.000 Volt, **ohne** Windeinfluss

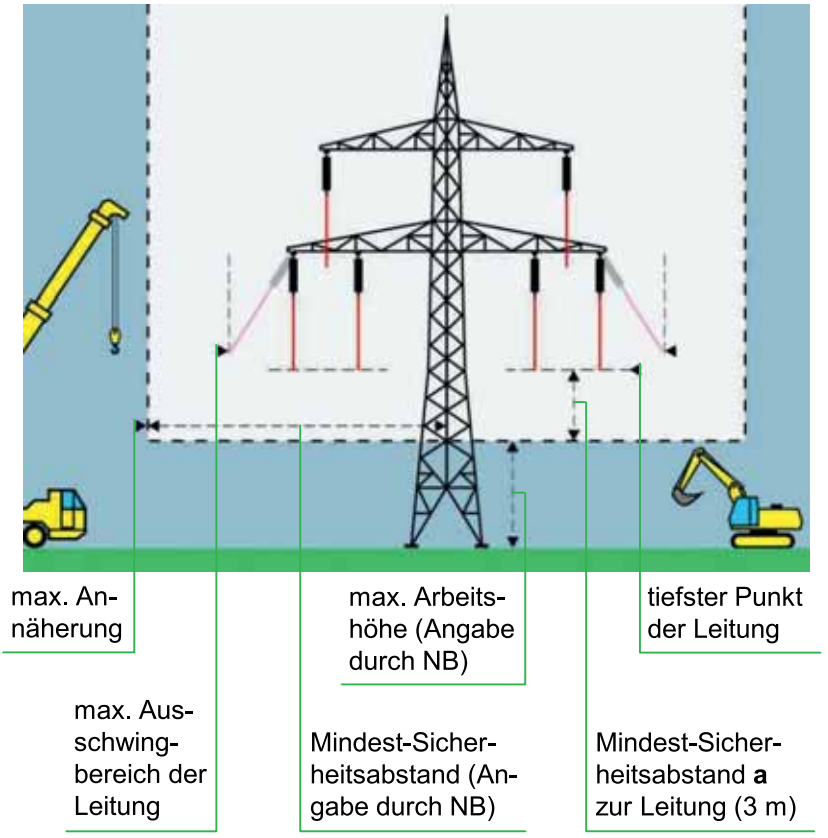


Angaben zu Abstand **a** auf Seite 12 beachten!

- Bei Annäherung an den Schutzbereich sind **besondere Maßnahmen** erforderlich!
- Das Ausschwingen von Lasten ist zu beachten!
- Bei Unterschreitung des Schutzabstandes: **Lebensgefahr!**

Weitere Hinweise auf den folgenden Seiten beachten!

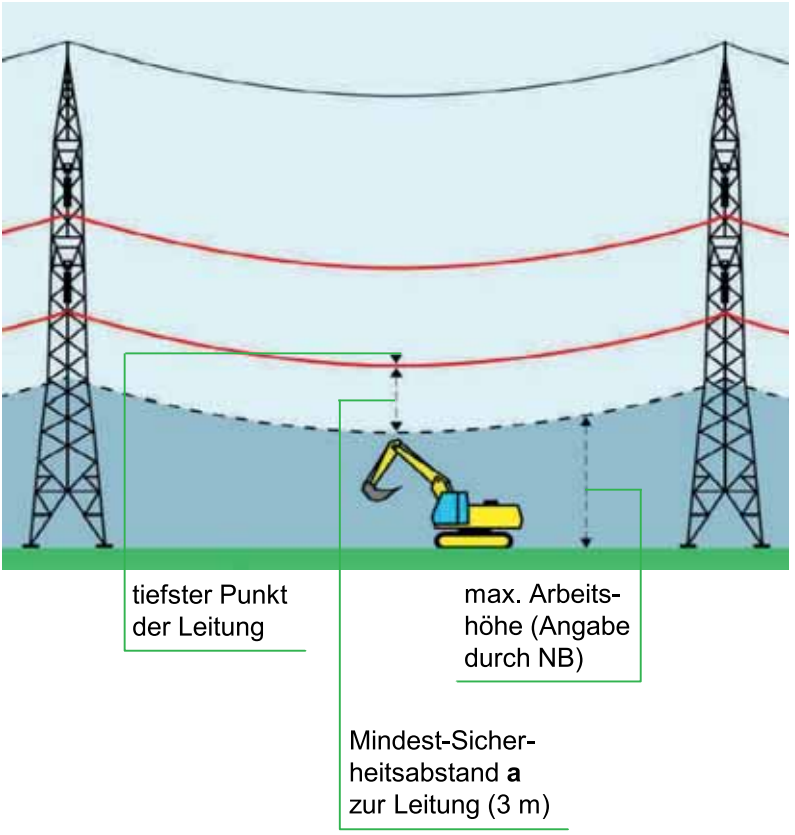
Schutzabstände am Beispiel einer Freileitung mit einer Spannung von 110.000 Volt, **mit** und **ohne** Windeinfluss
(Ansicht in Leitungsrichtung)



Angaben zu Abstand **a** auf Seite 12 beachten!

- Bei Annäherung an den Schutzbereich sind **besondere Maßnahmen** erforderlich!
- Das Ausschwingen von Lasten ist zu beachten!
- Bei Unterschreitung des Schutzabstandes: **Lebensgefahr!**

Schutzabstände am Beispiel einer Freileitung mit einer Spannung von 110.000 Volt, **mit** und **ohne** Windeinfluss
(Ansicht quer zur Leitungsrichtung)

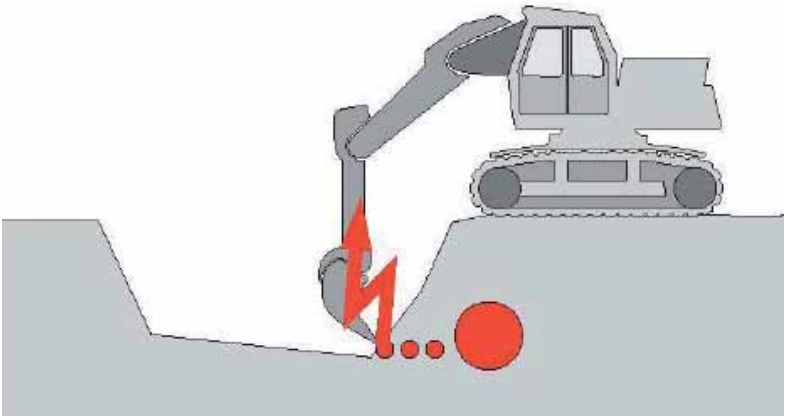


Angaben zu Abstand **a** auf Seite 12 beachten!

- Bei Annäherung an den Schutzbereich sind **besondere Maß-nahmen** erforderlich!
- Das Ausschwingen von Lasten ist zu beachten!
- Bei Unterschreitung des Schutzabstandes: **Lebensgefahr!**

Maßnahmen bei Beschädigungen

Jede Beschädigung an Energieversorgungs- und Entsorgungsanlagen ist unverzüglich dem NB zu melden.
Beschädigungen sind nicht nur Leckagen, sondern auch Verletzungen der Rohrumhüllung (z. B. der Korrosionsschutzschicht) bzw. Druckstellen am Kabelmantel.
Ist die Rohrumhüllung oder Kabelisolierung beschädigt worden, darf die Verfüllung erst nach Instandsetzung und mit Zustimmung vom NB erfolgen.



Beschädigung an Gasversorgungsanlagen

Was tun, wenn trotz aller Vorsicht eine Gasleitung beschädigt wird?
Achtung! Bei ausströmendem Gas besteht Brand- und Explosionsgefahr!

Eine Beschädigung einer Rohrleitung oder eines Schutzrohres darf nicht verharmlost werden. Sie kann immer schwerwiegende und kostspielige Folgeschäden nach sich ziehen.

Die Größe des Gefahrenbereiches wird durch verschiedene Einflussfaktoren bestimmt:

- Menge des austretenden Gases (z. B. hoher Druck, großer Rohrdurchmesser)
- Windrichtung und -stärke (Verschiebung des Gefährdungsbereiches)
- topographische Bedingungen (z. B. Hohlräume, Schächte und Kanäle) berücksichtigen
- Bebauung (ggf. müssen Gebäude evakuiert werden)

Maßnahmen: Gasaustritt im Freien

Es besteht Brand-, Explosions- und Erstickungsgefahr!
Deshalb gilt:

- Die Bauarbeiten sind sofort einzustellen!
- Wenn eine Gasleitung so beschädigt worden ist, dass Gas austritt, sind unverzüglich Maßnahmen zur Verringerung und Vermeidung von Gefahren zu treffen!
- Eine mögliche Zündung des Gases verhindern: Insbesondere sofort alle Baumaschinen und Fahrzeugmotoren abstellen, nicht rauchen, kein Feuerzeug oder Streichholz anzünden, keine elektrischen Anlagen (z. B. Schalter, Klingeln, …) betätigen, im Gefahrenbereich nicht telefonieren!
- Keine elektrischen Verbindungen herstellen oder lösen!
- Angrenzende Gebäude auf Gaseintritt (z. B. durch geöffnete Fenster und/oder Türen) prüfen. Ggf. Fenster und/oder Türen schließen, Markisen von Hand einrollen!
- Kanalisation, Schächte, Telefonzellen und andere Hohlräume auf eingedrungenes Erdgas überprüfen!
- Gefahrenbereich räumen, weiträumig absichern und den Zutritt von unbefugten Personen verhindern!
- Betroffene Personen warnen, Gefahrenbereich verlassen und bis zum Eintreffen von Fachpersonal von außerhalb überwachen!
- Unverzüglich die Störungsnummer „Gas“ anrufen!
- Polizei und/oder Feuerwehr benachrichtigen, falls erforderlich!
- Weitere Maßnahmen mit dem NB abstimmen!
- Das Personal des Bauunternehmens darf die Baustelle nur mit Zustimmung des NB verlassen!
- Erste Hilfe leisten!

Maßnahmen: Gasaustritt im Gebäude

- Gleiche Verfahrensweise wie bei „Gasaustritt im Freien“!
- Lüftungsmaßnahmen durchführen!
- Wenn möglich Absperrhahn schließen!
- Mitbewohner durch Klopfen und lautes Rufen warnen (nicht klingeln oder telefonieren)!

Maßnahmen: Gasbrand

- Gasbrände nicht löschen (Vermeidung der Explosionsgefahr)!
- Ein Übergreifen der Flammen auf brennbare Materialien in der Umgebung ist zu verhindern!
- Muss aus Gründen der Personenrettung ein Erdgasbrand gelöscht werden, sind Pulverlöscher der Brandklasse C zu verwenden.

Bei jeder Gasleitung gilt:

Der NB muss auch dann benachrichtigt werden, wenn „nur“ die **Umhüllung** einer Gasleitung aus Stahl oder „nur“ die **Wandung** einer Gasleitung aus Kunststoff angekratzt wurde. Selbst wenn keine Beschädigung direkt erkennbar ist, kann sich durch Korrosionsleckagen oder Risse im Rohr als Folge einer äußeren Beschädigung Gas in der Schottertragschicht unter der bituminösen Straßendecke ansammeln und verteilen, in Hohlräume wie Kabelziehschächte oder andere unterirdische Bauwerke weiterziehen und damit eine unmittelbare Explosionsgefahr darstellen.

Rohbiogas

Im Netzgebiet des NB können sich Rohbiogasleitungen befinden. Rohbiogas ist hochentzündlich und kann in Verbindung mit Luft explosionsfähige Gemische bilden.
Je nach Schwefelwasserstoff-, Ammoniak- und Kohlenstoffdioxidkonzentration sind beim Einatmen schwere Vergiftungen mit Gefahr von Bewusstlosigkeit und Tod möglich.
Rohbiogas kann je nach Zusammensetzung leichter als Luft, dichteneutral oder schwerer als Luft sein.

Beschädigung an Stromversorgungsanlagen

Was tun, wenn es trotz aller Vorsicht zur Berührung mit einem Erdkabel, mit einer Freileitung oder zum Herabfallen von Leiterseilen gekommen ist?

Es besteht **Lebensgefahr** für alle Personen in der Umgebung der Schadenstelle. Deshalb gilt:

- Die Bauarbeiten sind sofort einzustellen!
- Selbst in größerer Entfernung können noch lebensgefährliche Schrittspannungen auftreten!
- Dem verunglückten Fahrzeug oder den auf dem Boden liegenden Leiterseilen darf man **sich auf keinen Fall nähern**, auch wenn die Spannung abgeschaltet zu sein scheint!
- Fahrzeugführer dürfen **den Fahrzeugstand nicht verlassen**, sondern sollten versuchen durch Schwenken des Auslegers oder durch Wegfahren des Fahrzeuges, den Kontakt zur Freileitung zu unterbrechen, um so aus dem Gefahrenbereich zu gelangen. Sich nähernde Personen sind zu warnen! („Nicht nähern! Nicht das Fahrzeug berühren!“).
- Gelingt die Entfernung des Fahrzeuges aus dem Gefahrenbereich nicht und ist der Aufenthalt im Fahrzeug nicht mehr möglich (weil es z. B. zu brennen beginnt), **nicht unüberlegt aussteigen**, sondern **mit geschlossenen Füßen möglichst weit abspringen** und sich in Sprungschritten mit geschlossenen Beinen entfernen. Eine gleichzeitige Berührung von Fahrzeug und Erdboden kann tödlich sein!
- Gefahrenstelle im Umkreis von mindestens 20,00 m absperren. Auch unter Spannung gesetzte Gegenstände größerer Abmessungen (z. B. Drahtzäune oder Rohrleitungen) sind in die Absperrung mit einzubeziehen!
- Unverzüglich Störungsnummer „Strom“ anrufen!.
- Weitere Maßnahmen mit dem NB abstimmen!

Bei Beschädigung der Kabelmäntel von Öldruckkabel besteht die Gefahr des Austritts von Kabelöl und damit verbunden einer Kontaminierung des Erdreichs und des Grundwassers. In diesen Fällen sind umgehend, nach Freischaltung der Kabel, Maßnahmen zum Schutz der Umwelt einzuleiten.

Beschädigung an Kommunikationsanlagen

Was tun, wenn trotz aller Vorsicht ein Lichtwellenleiter- oder Fernmeldekabel beschädigt wird?

Lichtwellenleiter- und Fernmeldekabel erfüllen wichtige Aufgaben im Verteilungsbereich. Sie dienen nicht nur der Kommunikation und Datenübertragung, sondern auch der Übertragung von Messwerten und Schaltimpulsen. Bei einer Beschädigung eines Lichtwellenleiterkabels oder eines Fernmeldekabels gilt deshalb:

- Nicht in das offene Kabelende sehen, da Gefährdung der Augen durch Laserstrahlung im unsichtbaren Infrarotbereich besteht!
- Arbeiten im Bereich der Schadenstelle einstellen!
- Unverzüglich Störungsnummer „Strom“ anrufen!
- Weitere Maßnahmen mit dem NB abstimmen!

Beschädigung an Wasserversorgungsanlagen

Was tun, wenn trotz aller Vorsicht eine Wasserleitung beschädigt wird?

- Die Bauarbeiten sind sofort einzustellen!
- Wenn eine Wasserleitung so beschädigt worden ist, dass Wasser austritt, sind unverzüglich Maßnahmen zur Verringerung und Vermeidung von Gefahren zu treffen!
- Bei ausströmendem Wasser besteht die Gefahr der Ausspülung und Unterspülung sowie der Überflutung. Deshalb tiefliegende Räume und Baugruben erforderlichenfalls von Personen räumen!
- Gefahrenbereich räumen, weiträumig absichern und den Zutritt von unbefugten Personen verhindern!
- Unverzüglich Störungsnummer „Wasser“ anrufen!
- Polizei und/oder Feuerwehr benachrichtigen, falls erforderlich!
- Weitere Maßnahmen mit dem NB abstimmen!
- Das Personal des Bauunternehmens darf die Baustelle nur mit Zustimmung des NB verlassen!

Nichteinhalten der Sicherheitsbestimmungen

Der Verursacher von Schäden und Unfällen hat für die entstehenden Kosten aufzukommen.

Werden die Energieversorgungsanlagen des NB wiederholt in grob fahrlässiger Weise beschädigt, kann zusätzlich Strafanzeige gestellt werden.

Ferner ist die Berufsgenossenschaft berechtigt, Bußgelder zu verhängen, wenn Mitglieder oder Versicherte vorsätzlich oder grob fahrlässig gegen Unfallverhütungsvorschriften verstoßen.

Netzgebiet Strom

- Avacon-Standorte
- Städte zur Orientierung
- Verteilnetz und 110-kV-Netz
- Ausschließlich 110-kV-Netz
- Indirekte Versorgung über 110-kV-Netz

Netzgebiet Erdgas

- Avacon-Standorte
- Städte zur Orientierung
- Netzgebiet Erdgas
  (einschließlich Tochtergesellschaft Avacon Hochdrucknetz)

Anschriften und Rufnummern

Zentrale Störungsnummern

Gas
T 0800-4 28 22 66

Strom, Wärme, Wasser
T 0800-0 28 22 66

Fremd- und Bauleitplanung

Avacon Netz GmbH
Betrieb Spezialnetze
Watenstedter Weg 75
38229 Salzgitter
Fremdplanung@avacon.de

Planauskunftsportal

Leitungsauskunft für Baumaßnahmen
www.planauskunftsportal.de

Avacon Zentrale

Avacon Netz GmbH
Schillerstraße 3
38350 Helmstedt
T 0 53 51-1 23-0
www.avacon.de

Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen

1. Allgemeine Hinweise

Jahr für Jahr entstehen bei Erdarbeiten im Bereich von unterirdisch verlegten Verteilungsanlagen zahlreiche Schäden. Neben den erheblichen Sachschäden ist im Schadensfall eine Gefährdung von Personen nicht auszuschließen. Um dies zu vermeiden sind folgende Hinweise zu beachten:

- **Die für die Durchführung der Arbeiten bestehenden einschlägigen Vorschriften und Regeln werden durch diese Hinweise, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhalten, nicht berührt.**
- **Überall in der Erde können Verteilungsanlagen liegen.**
  Personen, die Verteilungsanlagen beschädigen, gefährden sich selbst und andere.
  Eine Beschädigung kann zur Unterbrechung der Versorgung führen.
  Deshalb: Vorsicht bei Erdarbeiten jeder Art!
- Die Anwesenheit eines Beauftragten des Netzbetreibers an der Aufgrabungsstelle entbindet das ausführende Unternehmen nicht von seinen Sorgfaltspflichten und von der Haftpflicht bei evtl. auftretenden Schäden.
- In der Nähe von Gebieten mit Kampfmitteln sind die hierfür geltenden Bestimmungen einzuhalten.
- Verteilungsanlagen werden nicht nur in öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen, sondern auch in privaten Grundstücken verlegt (z.B. Gärten, Felder, Wiesen, Wälder). Hierzu gehören z.B. Rohrleitungen, sonstige Betriebseinrichtungen, Hoch-, Mittel- und Niederspannungskabel, Armaturen, sonstige Einbauteile, Anlagen für den kathodischen Korrosionsschutz, Steuer- und Messkabel, Erdungsanlagen, Warnbänder u. a.
- Jeder Bauunternehmer hat bei Durchführung ihm übertragener Hoch- und Tiefbauarbeiten auf öffentlichem und privatem Grund mit dem Vorhandensein unterirdisch verlegter Ver- und Entsorgungsleitungen zu rechnen und seine Mitarbeiter und gegebenenfalls Subunternehmer zu unterweisen und zu überwachen. Die Erkundigungs- und Sicherungspflicht ergibt sich aus der DIN 18300 (VOB Teil C) Pkt. 3.1.3 und 3.1.5, dem DVGW-Arbeitsblatt GW 315 und den einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften.
- Der Einsatz von Subunternehmern für die Tiefbauarbeiten setzt Übernahme und Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht voraus. Der Hauptunternehmer hat alle in einer eventuellen Einweisung gegebenen Informationen, übergebene Bestandspläne bzw. Kopien und die „Bestandsplan-Auskunft" an die bauausführenden Firmen zu übergeben. Auch wenn das Tiefbauunternehmen für eigenes Verschulden gem. §§ 823, 31 BGB selbst haftet, bleibt der Hauptunternehmer für eventuell entstandene Leitungsschäden und deren Regulierung primär gegenüber dem Netzbetreiber haftbar.
- Bei Beginn der Bauarbeiten müssen Leitungsauskünfte neuesten Standes vorliegen. Bei Abweichungen von der Bauplanung oder Erweiterung des Bauauftrages muss eine neue Leitungsauskunft eingeholt werden. Der Unternehmer hat sich vor Arbeitsaufnahme davon zu überzeugen, dass alle Planangaben eindeutig erkennbar sind und dass die Planauskunft tatsächlich mit der Anfrage übereinstimmt.
- Unsere Leitungstrassen und Erdungsanlagen sind bei den Bauarbeiten zu berücksichtigen und vor Beschädigung zu schützen. Bei Arbeiten in der Nähe von Kabeln sind insbesondere die Unfallverhütungsvorschriften DGUV Vorschrift 3 (Elektrische Anlagen und Betriebsmittel), DGUV Vorschrift 70 (ehemals BGV D 29), DGUV Vorschrift 38 (ehemals BGV C 22) und DGUV Regel 100-500 (ehemals BGR 500 Kap.2.12 -Erdbaumaschinen) zu beachten. Die jeweils gültigen gesetzlichen Vorschriften (z.B. Landesbauordnung, Baugesetzbuch) sind zu beachten. In Leitungsnähe sind Erdarbeiten unbedingt mit Hand und mit äußerster Vorsicht auszuführen. Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist gegebenenfalls durch Kabelortung oder Quergrabungen in Handschachtung festzustellen. Das Abgreifen (Ausmessen) von Maßen aus der Leitungsdokumentation ist nicht zulässig. Leitungsverdrängungen von Parallelkabel (u. a. in Mehrspartenplänen) können zusätzliche Verfälschungen der Leitungslagen in der Dokumentation darstellen.
- Bagger oder sonstige maschinelle Aufgrabungsgeräte sowie spitze Geräte (Dorne, Schnurpfähle) dürfen im Gefährdungsbereich der Verteilungsanlagen nur dann eingesetzt werden, wenn deren genaue Lage bekannt und eine Beschädigung ausgeschlossen ist. Dies gilt insbesondere auch für den Einsatz von grabenlosen Verlegeverfahren (z.B. Bodenraketen).
- Werden Verteilungsanlagen oder Warnbänder an Stellen, die in keinen Plan eingezeichnet sind angetroffen, so ist der Betreiber der Verteilungsanlage unverzüglich zu ermitteln und zu verständigen. Die Arbeiten sind in diesem Bereich zu unterbrechen, bis mit dem Zuständigen Einvernehmen über das weitere Vorgehen erzielt wurde.

2. Verhaltensregeln bei Freileitungen

- Achtung: Wer Freileitungen – gleichgültig mit welchen Gegenständen – **berührt**, befindet sich in **akuter Lebensgefahr**. **Eine Annäherung an die Leitung innerhalb des Schutzbereiches kommt wegen eines Überschlages einer Berührung gleich.**
- Vor Beginn der Arbeiten sind alle beteiligten Personen über die Gefahren bei Arbeiten in der Nähe bzw. unter Freileitungen zu unterweisen.
- Bei Verwendung von Baugeräten, wie Bagger, Krane, Kipper-Lastwagen, Leitern, Bauaufzügen, Baugerüsten usw. sowie Transport und Lagerung von Baumaterialien sind folgende Schutzabstände lt. DGUV Vorschrift 3 von spannungsführenden Leitungen einzuhalten:

Bei Freileitungen mit Spannungen	Schutzabstände
Bis 1000 Volt (Niederspannung)	1 m nach allen Seiten
über 1 kV bis 110 kV	3 m nach allen Seiten
unbekannt	5 m nach allen Seiten

- Im Zweifelsfalle erteilt der zuständige Standort des Netzbetreibers über die Höhe der Spannung einer Freileitung sowie über den erforderlichen Schutzabstand Auskunft. Neben der ergonomischen Komponente ist auch ein technisches Versagen von Geräten und Betriebsmitteln für die Einhaltung der Abstände zu berücksichtigen.
- Die einzuhaltenden Schutzabstände beziehen sich auf die tatsächliche Lage der Leiterseile. Daher ist das mögliche seitliche Ausschwingen der Leiterseile bei Wind zusätzlich zu beachten. Ebenso ist zu berücksichtigen, dass sich der Durchhang der Leiterseile witterungs- und belastungsabhängig erheblich ändern kann. Innerhalb des Spannfeldes ist sicherzustellen, dass durch Aufschüttungen etc. der Mindestabstand von 6 m zwischen Leiter und Erdoberfläche eingehalten wird. Bei der Ermittlung des Abstandes sind der größte Durchhang und die Windlast unter Anwendung der DIN EN 50341 bzw. die DIN EN 50423 zu berücksichtigen. Bei Unsicherheiten bezüglich Durchhangs- und Abstandsermittlung ist im zuständigen Standort des Netzbetreibers Auskunft einzuholen.
- Bei einer unumgänglichen Annäherung an die Schutzabstände sind wahlweise folgende Maßnahmen zu treffen, damit die genannten Abstände mit Sicherheit nicht unterschritten werden:
    - Aufstellen von Warnposten, welche die Bewegung der Geräte überwachen und die Verantwortung für die Sicherheit übernehmen.
    - Aufstellen von Sperrschranken, welche den Schutzabstand absichern.
    - Umgeben der Freileitung mit einem Schutzgerüst (nur bei abgeschalteter Leitung und unter Aufsicht eines Mitarbeiters des Netzbetreibers).
    - Wenn obige Maßnahmen nicht durchgeführt werden können, muss in Verbindung mit einem Mitarbeiter des zuständigen Standortes des Netzbetreibers eine andere Lösung gefunden werden, wie z. B. bei kreuzenden Fahrwegen das Aufstellen einer **Höhenbegrenzung** vor und hinter der Freileitung.
- Sollten Schutzabstände oder obige Maßnahmen nicht eingehalten werden können, so muss die betreffende Anlage bzw. Leitung freigeschaltet werden. Hierfür sind rechtzeitige Informationen und Abstimmungen mit dem zuständigen Standort des Netzbetreibers durchzuführen.
- Bitte setzen Sie sich zur Abstimmung der weiteren Verfahrensweise mit dem zuständigen Standort des Netzbetreibers in Verbindung:
    - **wenn Masterder** (z. B. verzinktes Bandeisen) beschädigt werden.
    - **zu eventuellen Möglichkeiten der Freischaltung, Umsetzung bzw. Isolierung von Freileitungen.**
    - wenn trotz aller Sorgfalt eine Freileitungsanlage beschädigt wird, um weitere Schäden und Gefahren abzuwenden. Die Gefahrenstelle ist zu sichern und die Arbeiten sind bis zum Eintreffen des Mitarbeiters des Netzbetreibers einzustellen.

  Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass eine beschädigte Freileitung vor „Freigabe“ durch unseren Mitarbeiter auf keinen Fall berührt werden darf, da hier **Lebensgefahr** besteht.

3. Verhaltensregeln bei Kabeln

- Die Verlegetiefe von Verteilungsanlagen beträgt zwar in der Regel 60 – 150 cm; abweichende Tiefen sind jedoch aus den verschiedensten Gründen möglich (selbst 10 – 20 cm), aber auch größere Tiefen sind aus verschiedensten Gründen, wie z.B. Niveauänderungen, möglich.
- Kabel sind bei Legung mit sogenannten Kabelsteinen, Ton- bzw. Kunststoffhauben oder Schutzrohren abgedeckt und/oder durch Trassen- oder Kunststoffbänder gekennzeichnet oder liegen frei im Erdreich. Bei Arbeiten im Erdreich darf nicht auf das Vorhandensein derartiger Schutz-/Warnmaßnahmen vertraut werden, da diese z. B. durch Baumaßnahmen nachträglich entfernt sein können. Diese können die Kabel auch nicht gegen mechanische Beschädigungen schützen, sondern lediglich auf das Vorhandensein von Energieanlagen aufmerksam machen (Warnschutz!). Für den Fall abweichender Legetiefen oder Leitungsverläufen kann ein Mitverschulden des Netzbetreibers bei Leitungsbeschädigungen nicht begründet werden.
- Kabel können sowohl mit rotem bzw. schwarzem Kunststoffmantel als auch mit Jute/Metall-Außenmantel angetroffen werden. In den Plänen werden grundsätzlich alle Verteilungsanlagen als System dargestellt, das heißt, ein Kabelsystem kann im Erdreich als 3 x Einleiterkabel bzw. 1 x Mehrleiterkabel vorkommen. Werden in der Nähe von Verteilungsanlagen Erdungsleitungen (meist verzinkte Bandeisen oder Kupferseile) freigelegt, dürfen diese nicht unterbrochen werden, da sie Schutzfunktionen erfüllen. Wir weisen darauf hin, dass auch Kabel anderer Versorgungsträger bzw. stillgelegte Kabel angetroffen werden können.
- Baumaschinen sind bis zu einer Annäherung an die Trasse einzusetzen, die mit Sicherheit eine Gefährdung der Verteilungsanlagen ausschließt. Erforderlichenfalls sind besondere Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Diese sind, ebenso wie Rohrvortriebs-, Bohr- und Sprengarbeiten, das Einschlagen (Rammen) von Pfählen, Bohlen und Spundwänden, das Einspülen von Filtern für Grundwasserabsenkungen, der Einsatz von Durchörterungsgeräten u. ä. mit dem Netzbetreiber abzustimmen. Im Bereich von Kabelanlagen dürfen Pfähle, Dorne oder andere spitze Gegenstände nicht in den Erdboden getrieben werden. Werden Warnbänder, Schutzrohre, Kabelabdecksteine, Erdungsanlagen oder Kabel angetroffen, so ist die Arbeit mit besonderer Vorsicht (ggf. Handschachtung) fortzusetzen. Freigelegte Kabel müssen beim Verfüllen wieder ordnungsgemäß abgedeckt, verdichtet und mit Kabelwarnband (20 cm über Kabelscheitel) versehen werden. Erst ab einer Überdeckung von 40 cm (30 cm nach ATV DIN 18300) ist eine lagenweise, maschinelle Verdichtung zulässig.
- Lageänderungen und/oder das Verfüllen von freigelegten Verteilungsanlagen dürfen vom ausführenden Unternehmen nicht selbstständig, sondern nur in Abstimmung mit dem Netzbetreiber vorgenommen werden.
- Schachtdeckel müssen stets zugänglich bleiben. Hinweisschilder oder andere Markierungen dürfen ohne Zustimmung nicht verdeckt oder entfernt werden.
- Wenn unzulässige Näherungen von Kabeln zu Gasverteilungsleitungen festgestellt werden, ist der Netzbetreiber zu informieren. (Sicherheitsbereich: 10 cm (MS-Kabel 20 cm) bei Kreuzungen, 20 cm) (MS-Kabel 40 cm) bei Parallelverlegung. Für lichte Mindestabstände von Kabeln zu Gasverteilungsanlagen gelten die Werte im Merkblatt „Verhaltensregeln bei Gasanlagen“.

- Bitte setzen Sie sich zur Abstimmung der weiteren Verfahrensweise mit dem zuständigen Kundencenter/Standort des Netzbetreibers in Verbindung:
    - bevor mit den Arbeiten begonnen wird. Unsere Verteilungsnetze sind ständigen Veränderungen unterworfen. Aus diesem Grund haben die anliegenden Pläne eine begrenzte Gültigkeitsdauer. Der zuständige Standort nimmt gegebenenfalls eine örtliche Einweisung vor. Es werden Aufträge zur Kabelortung und Kabelfeststellung ggf. Schalthandlungen abgestimmt.
    - wenn es, bedingt durch Ihre Baumaßnahmen bzw. Planungen, zur Überbauung unserer Kabel, zur Veränderung der Legetiefe bzw. zur Behinderung Ihrer Baumaßnahme durch unsere Verteilungsanlagen kommt. Beantragen Sie bitte die Umlegung unserer Verteilungsanlagen bzw. die Legung dieser im Schutzrohr durch den Netzbetreiber. Der Netzbetreiber wird dann bei Erfordernis dem Antragsteller auf Grundlage des Antrages ein Angebot für die Umlegung unterbreiten und dafür sorgen, dass die notwendigen Maßnahmen gefahrlos und entsprechend geltenden Richtlinien durchgeführt werden. Ggf. sind für Planungszwecke Quergrabungen in Handschachtung durchzuführen.
    - wenn durch den Bauausführenden Kabel in einer Baugrube freigelegt werden. Ihr Netzbetreiber wird eventuell durch Beistellen eines erfahrenen Mitarbeiters dafür Sorge tragen, dass diese Arbeiten gefahrlos und sachlich richtig durchgeführt werden.

- wenn eingetragene Leitungslagen nicht aufgefunden werden. Es kann nicht automatisch von dem Nichtvorhandensein dieser Leitungen ausgegangen werden.
- wenn in der Nähe von Verteilungsanlagen Schutzrohre und Erdungsanlagen angetroffen werden, die nicht in den Bestandsplan-Ausschnitten enthalten sind.

- Wenn trotz aller Sorgfalt Kabel oder Schutzrohre beschädigt (auch (leichte) Beschädigungen, die nicht zur unmittelbaren Zerstörung des Kabels führen, wie z.B. leichte Pickhiebe) werden, dann gilt zur Abwendung weiterer Schäden und Gefahr:
  - Die Bauarbeiten sind sofort einzustellen, der Gefährdungsbereich ist sicher zu verlassen. Die Schadenstelle ist außerhalb des Schutzbereiches gegen Betreten zu sichern.
  - Es besteht Lebensgefahr für alle Personen in der Umgebung der Schadenstelle. Es können noch lebensgefährliche Schrittspannungen auftreten.
  - Einem beteiligten Fahrzeug oder Gerät darf man sich auf keinen Fall nähern, auch wenn die Spannung abgeschaltet zu sein scheint.
  - Fahrzeugführer dürfen den Fahrzeugstand nicht verlassen, sondern sollten versuchen durch Schwenken des Auslegers das Kabel oder durch Wegfahren des Fahrzeuges, den Kontakt zum Kabel zu unterbrechen, um so aus dem Gefahrenbereich zu gelangen. Sich nähernde Personen sind zu warnen.
  - Unverzüglich Störungsnummer „Strom“ anrufen.
  - Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass ein beschädigtes Kabel vor „Freigabe“ durch unseren Mitarbeiter auf keinen Fall berührt werden darf, da hier Lebensgefahr besteht.

4. Verhaltensregeln bei Gasanlagen

- Beschädigungen (auch ohne Gasaustritt z. B. Deformierung oder Beschädigung der Umhüllung) von Verteilungsanlagen sind sofort und unmittelbar an die o. g. Entstörungsnummer zu melden.
- Ist die Rohrumhüllung beschädigt worden, so darf die Verfüllung erst nach Instandsetzung und mit Zustimmung des Netzbetreibers erfolgen.
- Im Netz eingebaute Armaturen dürfen nur vom Fachpersonal des Netzbetreibers oder auf dessen ausdrückliche Anweisung bedient werden!
- Die Anwesenheit eines Beauftragten des Netzbetreibers an der Aufgrabungsstelle entbindet das ausführende Unternehmen nicht von seinen Sorgfaltspflichten und von der Haftpflicht bei evtl. auftretenden Schäden.
- In Leitungsnähe sind Erdarbeiten generell nur von Hand oder Saugbagger und mit äußerster Vorsicht auszuführen.
- Lageänderungen und/oder ggf. das Verfüllen von freigelegten Verteilungsanlagen dürfen vom ausführenden Unternehmen nicht selbstständig, sondern nur in Abstimmung mit dem Netzbetreiber vorgenommen werden und nur nach dessen Anweisung erfolgen.
- Werden Warnbänder, Schutzrohre, Kabel oder Gasleitungen angetroffen, so ist die Arbeit mit besonderer Vorsicht (Handschachtung) fortzusetzen. Freigelegte Gasleitungen müssen beim Verfüllen wieder ordnungsgemäß abgedeckt, verdichtet und mit Gaswarnband (30 cm über der Gasleitung) versehen werden. Erst ab einer Überdeckung von 40 cm ist eine lagenweise, maschinelle Verdichtung zulässig.
- Straßenkappen müssen stets zugänglich bleiben. Hinweisschilder oder andere Markierungen dürfen ohne Zustimmung nicht verdeckt oder entfernt werden.
- Bei Anwendung grabenloser Verfahren im Bereich von Gasleitungen gelten die unten aufgeführten Mindestabstände. Die grabenlosen Verfahren sind im Vorfeld dem Netzbetreiber anzuzeigen und mit ihm abzustimmen. Erforderlichenfalls wird der Netzbetreiber die Abstände erweitern und die Herstellung von zusätzlichen Suchschachtungen im gefährdeten Bereich bzw. die Freilegung der Kreuzung der Gasleitung als Auflage erteilen. Im Bereich von Gasleitungen sind grabenlose Verlegungsverfahren nur zulässig, die eine genaue Position des Vortriebs unter Beachtung der Sicherheitsabstände gewährleisten. Zur Sicherstellung der Lage der eingezogenen Leitung sind durch den Bauherrn ggf. auch Maßnahmen erhöhten Aufwandes durchzuführen.
- Kreuzungen von Gasleitungen sind grundsätzlich rechtwinklig und als Unterkreuzung auszuführen. Bei Vorhandensein eines Schutzstreifens sind Knickpunkte außerhalb davon anzuordnen.
- Werden Gasleitungen gekreuzt, die im Bohrverfahren errichtet worden sind, sind grundsätzlich Suchschachtungen zur Freilegung des Bohranfangs und des Bohrendes durchzuführen.
- Bei Kreuzung von Gasleitungen mit einer Baustraße für Schwerlastverkehr (≥40 t), für das Kreuzen der Gasleitung durch Land- und Fortwirtschaftsfahrzeuge (≥40 t) sowie Aufstellung von Kränen auf Gasleitungen sind bei dem Netzbetreiber die Sicherheitsmaßnahmen im Einzelfall abzufragen.
- Vor Ramm- und Bohrarbeiten ist die genaue Lage der Gasleitung durch Ortung und/oder Suchschachtung festzustellen. Der Abstand richtet sich nach der Intensität der übertragenen Schwingungen und wird vom Netzbetreiber individuell festgelegt. Kann die genaue Lage der Gasleitung nicht festgestellt werden (z. B. bei gesteuerten Bohrungen > 2,0 m Tiefe), so ist von der Achse der Gasleitung (Lageplan) zur Außenwand der Spundung allseitig ein Mindestabstand von 3,00 m einzuhalten.
- Eine Überbauung von Gasleitungen oder die Überpflanzung mit Bäumen oder tiefwurzelnden Gehölzen ist nicht zulässig. Um den kathodischen Korrosionsschutz von Leitungen nicht zu gefährden, dürfen keine elektrisch leitenden Verbindungen zu metallischen Gasrohrleitungen hergestellt werden. Außerdem sind in der Örtlichkeit vorgefundene Messsäulen durch ein Erdkabel mit der Stahlleitung, dem Mantelrohr sowie dem Steuerkabel verbunden. Bei Kreuzungen bzw. Parallelverlegungen sind Beeinflussungen auszuschließen.
- Bei der Verfüllung des Rohrgrabens sind freigelegte Gasverteilungsanlagen mind. 0,10 m allseitig mit steinfreiem neutralem Boden (Rundkorn 0 – 2 mm) zu umhüllen. Die Weiterverdichtung hat lagenweise zu erfolgen. Zur weiteren Verfüllung dürfen keine größeren Steine (Körnung > 100 mm), kein schwerentfernbares Material und kein Bauschutt verwendet werden.

Sicherheitsabstände, Schutzstreifen und Schutzmaßnahmen

Folgende lichte Mindestabstände von Ver- und Entsorgungsleitungen zu Gasverteilungsanlagen (einschließlich Zubehör z.B. KKS- und Fernmeldekabel) der Netzbetreiber sind einzuhalten.

Gasleitung	Abstand bei offener Parallelverlegung	Abstand bei geschlossener Parallelverlegung	Abstand bei offener Kreuzung	Abstand bei geschlossener Kreuzung
Gasleitung aus Kunststoff ≤ 16 bar	0,40 m	1,00 m	0,20 m	1,00 m
Gasleitung aus Kunststoff ≤ 16 bar zu Kabel bis 1kV	0,20 m	1,00 m	0,10 m	1,00 m
Gasleitung aus Stahl ≤ 16 bar	0,40 m	1,00 m	0,20 m	1,00 m
Gasleitung aus Stahl > 16 bar innerhalb öffentlicher Verkehrsflächen	0,40 m	1,00 m	0,20 m	1,00 m
Gasleitung aus Stahl > 16 bar außerhalb öffentlicher Verkehrsflächen *				
▫ Leitung bis DN 150	1,00 m	1,00 m	0,50 m	1,00 m
▫ Leitung über DN 150 bis DN 400	1,50 m	1,50 m	0,50 m	1,00 m
▫ Leitung über DN 400 bis DN 600	2,00 m	2,00 m	0,50 m	1,00 m
▫ Leitung über DN 600 bis DN 900	3,00 m	3,00 m	0,50 m	1,00 m
▫ Leitung über DN 900	3,50 m	3,50 m	0,50 m	1,00 m
* Bei parallel verlegten Gasleitungen unterschiedlicher Durchmesser gilt für die Abstandsvorgabe stets der größere Durchmesser.				

Für HS – Kabel gelten gesonderte Mindestabstände zu Gasleitungen aller Materialien und Druckstufen:

HS – Kabel	Abstand bei offener Parallelverlegung	Abstand bei geschlossener Parallelverlegung	Abstand bei offener Kreuzung	Abstand bei geschlossener Kreuzung
< 110 kV	2,00 m	2,00 m	0,50 m	1,00 m
>/ = 110 kV	5,00 m	5,00 m	1,00 m *	2,00 m
>/ = 380 kV	10,00 m	10,00 m	1,00 m *	2,00 m
* mit thermisch isolierenden Zwischenlagen				

Des Weiteren gilt, dass sich die Schutzstreifen der HS – Kabel und die Schutzstreifen der Gasleitung nur berühren dürfen (keine Überlappung).

Für HS – Freileitungsanlagen (Leitungen, Maste, Erder, etc.) gelten beim Netzbetreiber folgende Mindestabstände zu Gasleitungen, oberirdischen Gasanlagen (Stationen) sowie Absperr- und Ausblasearmaturen.

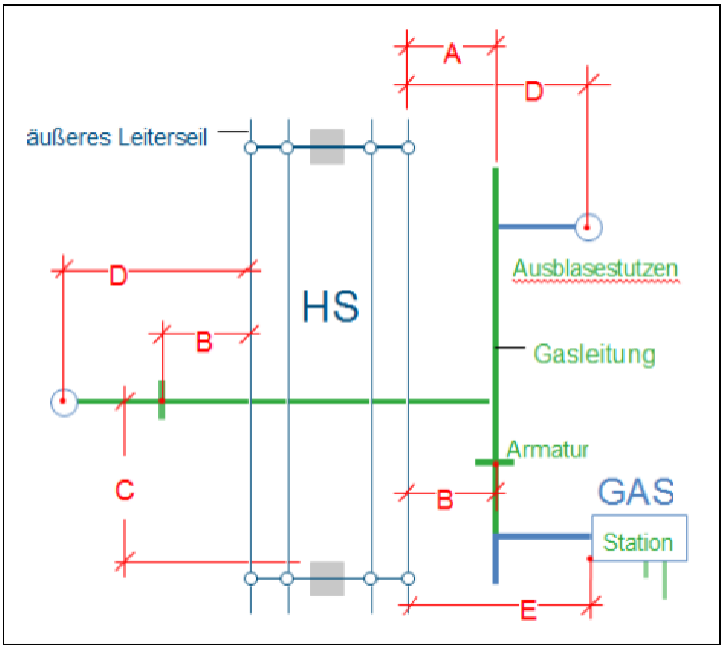


Bild: 1

Tabelle: 1

		Mindestabstände (m)	
		< 110 kV	≥ 110 kV
A	Rohrachse - Leiterseil[1]	10	10
B	Armatur - Leiterseil[1]	10	10
C	Rohrachse - Mast[2]	20	20
D	Ausblasestutzen - Leiterseil[1]	35	35
E	Station - Leiterseil[1]	35	55

1 … vertikale Projektion
2 … Kreuzung / Querung der Freileitung stets senkrecht zur Freileitungstrasse

Kathodische Korrosionsschutzanlagen müssen sich außerhalb der Beeinflussung von Hochspannungsfreileitungen (einschließlich Fahr- und Speiseleitung) befinden. Fremdstromanoden müssen bei Freileitungsmasten mit Erdseil mindestens 30 m vom Mastfuß und dessen Erdern entfernt sein.

Zwischen Gebäuden und oberirdischen Gasanlagen (Stationen) sowie Entspannungseinrichtungen der Gasversorgung sind folgende Mindestabstände zu beachten:

Tabelle 2

oberirdischen Gasanlagen (Station)	10,00 m
Entspannungseinrichtungen Leitung (Ausbläser)	20,00 m

Eine Bebauung näher als 20 m zu Gashochdruckleitungen größer 4 (5) bar bedarf der ausdrücklichen Genehmigung durch den Netzbetreiber, der individuelle Schutzmaßnahmen festlegt.

Zur Sicherung des Bestandes und Betriebes liegen Gasleitungen in einem Schutzstreifen. Die Außengrenzen des Schutzstreifens werden durch die Lage der Gasleitung bestimmt, deren Achse grundsätzlich unter der Mittellinie des Schutzstreifens liegt. Lageabweichungen können auftreten.

Tabelle 3

Gasleitung	Betriebsdruck (bar)	Schutzstreifen gesamt (m)
Nieder-, Mittel- und Hochdruck-Gasleitung	≤ 4 (5)	2
Hochdruck-Gasleitung	> 4(5) bis ≤ 16	4
Hochdruck-Gasleitung	> 16	
- ≤ DN 150		4
- > DN 150 bis DN 300		6
- > DN 300 bis DN 500		8
Hochdruck-Gasleitung (Baujahr vor 1990)	> 4(5)	8

Die Verlegung von unter- und oberirdischen Bauwerken und sonstigen Anlagen im Schutzstreifen einer Gasleitung > 16 bar wird vom Netzbetreiber nur im Ausnahmefall gestattet.

Voraussetzung dafür ist der Abschluss einer Interessensabgrenzungsvereinbarung.

Die Verlegung ist terrestrisch zu vermessen und an den Netzbetreiber im dxf-Format zu übergeben.

Die Kreuzung von Schutzstreifen einer Gasleitung > 16 bar durch Kabel oder Leitungen unterliegt folgenden Mindestanforderungen:

- Verlegung der Kabel oder Leitungen in einem Leerrohr, dessen Enden sich außerhalb des Schutzstreifens der Gasleitung befinden
- Kreuzung rechtwinklig zur Gasleitung
- dauerhafte und gut sichtbare Markierung der Kreuzung an beiden Enden des Leerrohres

Wichtige Hinweise zum Verhalten bei Beschädigungen an Gasverteilungsanlagen

Maßnahmen bei Gasaustritt im Freien:

Wenn eine Gasleitung so beschädigt worden ist, dass Gas austritt oder Undichtigkeiten zu befürchten sind, sind sofort folgende Vorkehrungen zur Verringerung von Gefahren zu treffen:

- Bei ausströmendem Gas besteht Brand- und Explosionsgefahr; Zündquellen (z. B. Funkenbildung) vermeiden, nicht rauchen, kein Feuer anzünden!
- Arbeiten im Bereich der Schadensstelle sofort einstellen, dazu gehört auch sofort alle Baumaschinen und Fahrzeugmotoren abzustellen!
- Keine Mobiltelefone im Gefahrenbereich verwenden!
- Keine elektrischen Verbindungen herstellen oder lösen!
- Markisen von Hand einrollen, Bewohner warnen und zum Verlassen des Gefahrenbereiches auffordern.
- Wenn möglich Kanalisation, Schächte, Telefonzellen und andere Hohlräume auf eingedrungenes Erdgas überprüfen.
- Gefahrenbereich räumen, weiträumig absichern und Zutritt unbefugter Personen verhindern!
- Den Netzbetreiber unverzüglich benachrichtigen! (jeweilige Entstörungsnummer Gas)
- Erforderlichenfalls Polizei und/oder Feuerwehr benachrichtigen.
- Erste Hilfe leisten!
- Keine elektrischen Geräte, Schalter, Klingeln etc. betätigen!
- Fenster und Türen angrenzender Gebäude schließen, damit kein im Freien ausströmendes Gas eindringen kann!
- Weitere Maßnahmen mit dem Netzbetreiber und den zuständigen Dienststellen abstimmen!
- Das Baustellenpersonal darf die Schadenstelle nur mit Zustimmung des Netzbetreibers verlassen!

Maßnahmen: Gasaustritt im Gebäude

- Gleiche Verfahrensweise wie Gasaustritt im Freien.
- Lüftungsmaßnahmen durchführen!
- Absperrarmatur nur auf ausdrückliche Anweisung des Netzbetreibers schließen!
- Mitbewohner durch Klopfen und lautes Rufen warnen (nicht klingeln oder telefonieren)!

Maßnahmen bei Gasbrand:

- Gleiche Vorgehensweise wie Gasaustritt
- Gasbrände nicht löschen (Vermeidung der Explosionsgefahr). Muss aus Gründen der Personenrettung doch ein Erdgasbrand gelöscht werden, sind Pulverlöscher der Brandklasse C zu verwenden.
- Ein Übergreifen der Flammen auf brennbare Materialien in der Umgebung verhindern.

Vorsicht bei Schäden an Biogasleitungen

- Gase aus der biologischen Erzeugung können neben Methan auch Kohlenstoffdioxid und Schwefelwasserstoff enthalten. Kohlenstoffdioxid kann den Sauerstoff in der Atemluft verdrängen, das Einatmen von Schwefelwasserstoff gefährdet die Gesundheit.

Strafrechtliche Konsequenzen und Schadenersatzansprüche

- Verstöße eines Unternehmens gegen die obliegende Erkundungs- und Sorgfaltspflicht führen im Schadensfall zu einer Schadensersatzverpflichtung nach § 823 BGB und können darüber hinaus auch mit strafrechtlichen Konsequenzen verbunden sein.
- Der Einsatz von Subunternehmern für die Tiefbauarbeiten setzt Übernahme und Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht voraus. Der Hauptunternehmer hat alle in einer eventuellen Einweisung gegebenen Informationen, übergebene Bestandspläne bzw. Kopien und die „Bestandsplan-Auskunft" an die bauausführenden Firmen zu übergeben. Auch wenn das Tiefbauunternehmen für eigenes Verschulden gem. §§ 823, 31 BGB selbst haftet, bleibt der Hauptunternehmer für eventuell entstandene Leitungsschäden und deren Regulierung primär gegenüber dem Netzbetreiber haftbar.

5. Baumpflanzung/Bebauung im Bereich von Verteilungsanlagen

Von der Begrünung und Bepflanzung innerstädtischer Wege, Straßen und Plätze werden die unterirdischen Verteilungsanlagen und Freileitungen erfahrungsgemäß erheblich betroffen.

Verschiedene Interessen erfordern die gegenseitige Rücksichtnahme und ein rechtzeitiges Zusammenwirken aller Beteiligten bei der Planung und Durchführung von Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen. In diesem Zusammenhang verweisen wir Sie auf die Hinweise „Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlangen“. Diese wurden vom Arbeitskreis „Baumpflanzungen im Bereich von Verteilungsanlagen“ im Arbeitsausschuss „Kommunaler Straßenbau“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) in Zusammenarbeit mit der DVGW der ATV-ad-hoc-Arbeitsgruppe „Baumstandorte“ im Fachausschuss 1.6 „Ausschreibungen und Ausführungen von Entwässerungsanlagen“ erarbeitet. Dies ist textgleich mit dem DVGW-Merkblatt GW 125 „Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle“.

Für unterirdische Trassen gilt zusätzlich:

Bei der Pflanzung im Bereich bestehender unterirdischer Gasleitungen und Kabel sind die Trassen grundsätzlich von Baumpflanzungen freizuhalten. Abstände von Baumpflanzungen zu bestehenden Verteilungsanlagen: (Die nachfolgenden Maße beziehen sich auf den horizontalen Abstand des Stammes zur Gasleitung bzw. Kabel)

- Bei einem Abstand von über 2,50 m sind Schutzmaßnahmen in der Regel nicht erforderlich.
- Bei einem Abstand zwischen 1,00 und 2,50 m ist in Abhängigkeit von Baumart und Leitungstyp der Einsatz von Schutzmaßnahmen zu prüfen und zu entscheiden.
- Bei einem Abstand unter 1,00 m ist eine Baumpflanzung nur im Ausnahmefall, unter Abwägung der Risiken, möglich. Besondere Schutzmaßnahmen sind zu vereinbaren.
- Pflanzgruben sind von Hand anzulegen, wenn die Außenkante einen geringeren Abstand als 0,50 m zur bestehenden Gasleitung oder Kabel besitzt.

Der Schutzbereich für 110 kV-Kabelanlagen beträgt 10 m. Innerhalb des Schutzbereiches darf keine Bepflanzung mit Gehölzen erfolgen. Der Schutzbereich darf nicht mit Bauwerken überbaut werden.

Bei geplanten Überbauungen (z. B. Straßen, Parkplätze usw.) sind zur Gewährleistung der erforderlichen Sicherheit eventuell zusätzliche Maßnahmen erforderlich. Die hierdurch verursachten Kosten sind durch den Antragsteller zu tragen.

Sofern Schutzmaßnahmen erforderlich werden, bedürfen diese der Abstimmung zwischen den Beteiligten.

Möglich sind z. B.:

- Trennwände aus Stahl, Beton oder wurzelfeste Kunststoffplatten
- ringförmige Trennwand (Betonrohr / Kanalschacht)
- Schutzrohre oder längsgeteilte Schutzrohre

Beim Einbau von parallelen Trennwänden müssen diese von der Oberfläche bis mindestens auf Sohlhöhe des Gasleitungs- bzw. Kabelgrabens geführt werden. Sie müssen aus schwer verrottbarem Material (Beton, Stahl, geeignete Kunststoffe) sein.

Ungeeignet sind z. B.:

- dünnwandige Folien < 2mm, Abdeckhauben, Trennwände mit ungeschützten Fugen
- Kabelkanalformsteine aus Beton

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen unsere Kundencenter/Standorte gerne zur Verfügung.

Für Freileitungen gilt:

Unter Freileitungen sind grundsätzlich keine Bauwerke zu errichten. Die Errichtung von Bauwerken ist nur möglich, wenn die innerhalb der vor genannten Normen geforderten Abstände nachgewiesen werden.

Verbindungen und Abspannungen, Plakate, Planen und sonstige Teile dürfen an Masten von Freileitungen nicht angebracht werden

Baumpflanzungen in der Nähe unserer Freileitungen stimmen wir grundsätzlich nicht zu, da diese bedingt durch den Baumwuchs, zur Beeinträchtigung der Versorgungszuverlässigkeit unserer Kunden führen können.

Die Zugänglichkeit der Maststandorte und der Trasse ist für Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten jederzeit zu gewährleisten.

Bei geplanten Straßen hat der Abstand zwischen Fahrbahnkante und den Masteckstielen, die der Fahrbahn zugewandt sind, mindestens 15 m zu betragen. Maßnahmen des Anfahrschutzes müssen im Einzelfall gesondert abgestimmt werden.

Bei der Kreuzung mit Straßen und befahrbaren Verkehrsflächen aller Art ist gemäß DIN EN 50341 zwischen Fahrbahnoberkante und Leiterseil ein Mindestabstand bei größtmöglichem Leiterseildurchhang von 7 m einzuhalten. Die Ermittlung des größten Leiterseildurchhanges und des seitlichen Ausschwingens erfolgt unter Berücksichtigung der DIN EN 50341. Es ist deshalb erforderlich, dass ein Bauprojekt beim Netzbetreiber zur Prüfung auf Einhaltung der nach DIN EN 50341 geforderten Abstände eingereicht wird, aus der die Fahrbahnhöhe, bisherige Geländehöhe und benachbarten Maststandorte hervorgehen.

Anhang zur Stellungnahme von BS Energy

Wenden West BA 2 - Anforderungen einer klimaneutralen Wärmeversorgung an den B-Plan

Einleitung

Der 2. Bauabschnitt des Baugebietes Wenden West umfasst nach aktuellem Planungsstand rund 700 Wohneinheiten, die sich auf Mehrfamilienhäuser und Einfamilienhäuser verteilen. Als Besonderheit soll dieses Baugebiet auf Wunsch der Stadt über ein klimaneutrales Wärmenetz erschlossen werden, und damit neue Standards für die Entwicklung künftiger Baugebiete setzen. Als weitere städtebauliche Besonderheiten sind eine PV- und Gründachpflicht in der Diskussion, weiterhin wird ein autofreies Quartier angestrebt. Auch BS|ENERGY hat sich das Erreichen einer CO_2-Neutralität bis spätestens 2035 zum Ziel gesetzt.

Die Entwicklung einer CO_2-freien Energieversorgung für ein Quartier dieser Größenordnung stellt eine nicht unerhebliche Herausforderung dar, insbesondere wenn eine rein bilanzielle CO_2-Neutralität ausgeschlossen wird und Biomasse zudem nur eingesetzt werden soll, wenn diese aus lokalen Quellen stammt. Da die Erzeugung erneuerbarer Energie zumeist in der Fläche erfolgt, kann die gewünschte klimaneutrale Erschließung nur erfolgen, wenn gewisse Anforderungen an Flächennutzungen von Anfang an berücksichtigt und im B-Plan ermöglicht werden. Das nachfolgende Konzept stellt erste vorläufige Anforderungen an Flächenbedarfe für ein Versorgungsszenario dar. Das grobe Vorkonzept ersetzt nicht die Machbarkeitsstudie, die zur Umsetzung sowie Förderung der Wärmeversorgung zwingend erforderlich ist. Das tatsächlich zu realisierende Erzeugungskonzept, der erforderliche Flächenbedarf sowie die einzelnen Standorte können daher erst nach Abschluss der Machbarkeitsstudie exakt benannt werden.

BS|ENERGY schlägt hierfür eine Wärmeversorgung über ein an eine Energiezentrale angeschlossenes Nahwärmenetz vor. Hierfür sind verschiedene Erzeugungskonzepte, Temperaturniveaus und Erschließungsgrade denkbar. Aus diesen Konzepten resultieren jeweils unterschiedliche Anforderungen an den Standort der Energiezentrale. Daher ist es erforderlich, die Errichtung einer Energiezentrale im B-Plan an zwei Standorten baurechtlich zu ermöglichen. Neben dem bisher angedachten Grundstück neben der Energiezentrale für den ersten Bauabschnitt sollte sich der Alternativstandort weiter nördlich etwa im Bereich der Freiflächen (Luftschneisen) befinden. Im abgebildeten skizzenhaften Plan ist ein denkbarer Alternativstandort entsprechend mit "EZ" eingetragen.

Berechnungsgrundlage

Die Berechnungen zu Energiebedarfen, erforderlichen Leitungstrassen und Flächenerfügbarkeiten dieses Vorkonzeptes basieren im Wesentlichen auf dem Planungsstand vom 22.3.2022 zum Bebauungsplan. Darüber hinaus wurden folgende potenzielle Anschlussnehmer berücksichtigt:

- 590 WE in MFH
- 81 EFH (gereiht)
- 29 EFH (freistehend)
- 2 Schulen mit einem Wärmebedarf von insgesamt 1,14 GWh/a

Für die Wohneinheiten wurden folgende Verbräuche für die verschiedenen Energiestandards ermittelt:

[MWh/a]	ges. Mindestanf.	KfW 55	KfW 40	Passivhaus
MFH	2.960	2.520	2.080	1.630
EFH (gereiht)	640	590	470	360
EFH (freistehend)	920	700	480	340
Schulen	1.140			
Summe	**5.660**	**4.940**	**4.180**	**3.480**

Für die Betrachtungen wurde der Standard KfW 55 herangezogen. Änderungen in der Anzahl an Wohneinheiten gegenüber dem zugrundegelegten Vorentwurf oder beim geforderten Energiestandard können somit zu deutlichen Abweichungen der benötigten Flächen zur Energienutzung führen. Die potenziell nutzbaren Flächen sind im Plan eingetragen. Dabei wurden die Flächen I-V als potenziell für Geothermiesonden nutzbar und die Flächen VI und VII als potenziell für Solarenergie nutzbar eingestuft. Im Fall der Flächen IV und V ist jedoch zu berücksichtigen, dass diese zum Zeitpunkt eventueller Bohrungen bereits landschaftsbaulich gestaltet sein werden, was zu erheblichen Mehraufwänden führen kann.

Weiterhin wurde in der Betrachtung davon ausgegangen, dass sämtliche Gebäude über das Wärmenetz erschlossen werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die spezifischen Leitungskosten je verbrauchter Wärmemenge bei den Einfamilienhäusern deutlich höher liegt als bei den Mehrfamilienhäusern und der Schule - mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit einer leitungsgebundenen Wärmeversorgung. Darüber hinaus besteht bei Einfamilienhäusern in der Regel die Möglichkeit über Luft-Wärmepumpen und Solarthermie eine wärmenetzunabhängige Wärmeversorgung aufzubauen. Es wird daher empfohlen im Zuge der Machbarkeitsstudie sowohl eine Erschließung aller Gebäude als auch einer kleineren Variante bestehend aus den Mehrfamilienhäusern und der Schule zu untersuchen. Die nachfolgende Tabelle gibt einen groben Überblick über die erforderlichen Leitungslängen je nach Erschließungsgrad für den Fall der Energiezentrale am ursprünglich angedachten Standort.

Erschließung	MFH+Schule	MFH+Schule+RH	alle Gebäude
Leitungslängen [m]	1.540	2.690	3.160

Wenden-West, 2. Bauabschnitt **WE 63**

Stadtgrundkarte [1] der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte [2]

[1] © Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation

[2] © LGLN

Versorgungsszenario

Das Referenzszenario einer Erschließung des Quartiers Wenden-West BA 2 geht von einer Erschließung mit einer Vorlauftemperatur von 70°C und einer Rücklauftemperatur von 40°C aus. Dies entspricht denselben Temperaturniveaus wie bereits im Bauabschnitt 1 und bietet damit die grundsätzliche Möglichkeit, auch den Bauabschnitt 1 (voll oder anteilig) mit erneuerbarer Wärme zu versorgen, für den die Temperaturniveaus bereits feststehen. Dies würde allerdings mit einer entsprechenden Erhöhung der erforderlichen Flächen für eine Geothermie- und Solarnutzung einhergehen.

Bei einer Vorlauftemperatur von 70°C ist in den Gebäuden keinerlei Nacherhitzung mehr erforderlich, sodass die angeschlossenen Gebäude nur einen minimalen Platzbedarf für die Wärmeversorgung reservieren müssen (lediglich eine Fernwärme-Übergabestation und ein Pufferspeicher) und hierfür zudem nahezu keine zusätzlichen laufenden Kosten neben der bezogenen Wärme entstehen. Darüber hinaus entspricht dieses Temperaturniveau voraussichtlich auch den Anforderungen der Schulen, welche mit 23 % einen nicht unerheblichen Anteil am Gesamtwärmebedarf des Quartiers haben.

Der überwiegende Anteil der Wärme soll über Umweltwärme bereitgestellt werden. Hierfür ist eine entsprechende Niedertemperatur-Wärmequelle für die Verdampferseite des Wärmepumpenprozesses erforderlich, die auch im Winter zuverlässig zur Verfügung stehen muss. Hierfür bieten sich Geothermiesonden an. Zusätzlich zu den Geothermiesonden ist die Nutzung des Mittellandkanals, städtischen Abwassers oder von Umgebungsluft als Wärmequelle denkbar. Diese sollten aber nach aktuellem Stand nur ergänzend und nicht als alleinige Quelle eingesetzt werden. Eine alleinige Nutzung von Umgebungsluft würde zu deutlichen Effizienznachteilen führen, während das Wasser des Mittellandkanals aufgrund der Gefahr des Zufrierens während Frostperioden nur eingeschränkt nutzbar ist.

Da in diesem Szenario der gesamte Energiebedarf des Quartiers zentral erzeugt wird, ist dementsprechend auch der Platzbedarf für die Geothermiesonden maximal. Hierfür wäre - abhängig von den geologischen Voraussetzungen, die im Zuge der Machbarkeitsstudie zu evaluieren sind - rechnerisch ein Platzbedarf von mind. rund 2,5 ha erforderlich. Nach erster Abschätzung sind rund 300 Bohrungen erforderlich, wobei jeweils bis zu 10 Sonden in einem Kontrollschacht gebündelt werden können. Die exakte Anzahl an Bohrungen und damit auch der Flächenbedarf muss aber erst durch entsprechende Untersuchungen im Zuge der vertieften Machbarkeitsstudie ermittelt werden.

Für die Georthermiesonden sind unversiegelte Flächen erforderlich. Da die Flächen zudem möglichst in einem räumlichen Zusammenhang stehen sollten und die landschaftsbauliche Gestaltung der im skizzenhaften Vorentwurf vom 22.03.2022 markierten Flächen IV und V bei Baubeginn vrsl. bereits abgeschlossen sein wird, wird vorgeschlagen, Flächen I, II und III sowie Teile der Kita-Freiflächen im Nordwesten sowie im Osten des 2. Bauabschnitts vollständig für die Nutzung von Geothermiesonden zu öffnen. Zugleich müsste die Errichtung einer Energiezentrale mit den u.g. Ausmaßen an der mit "EZ" markierten Position ermöglicht werden. Unter diesen Voraussetzung wäre die geringfügige Unterschreitung des genannten vrsl. Flächenbedarfs hinnehmbar.

Darüber hinaus ist eine flächendeckende Nutzung von Solarenergie erforderlich um den erforderlichen Strombezug aus dem Netz weitestmöglich zu reduzieren und so die geforderte CO_2-Neutralität zu erreichen. Denkbar ist sowohl eine Solarthermieanlage zur Anhebung des Temperaturniveaus im Verdampfer der Wärmepumpe oder im Netzrücklauf als auch eine Photovoltaikanlage zur Versorgung der Wärmepumpe mit umlage- und abgabebefreitem Grünstrom. Da in beiden Fällen Leitungen zur Energiezentrale erforderlich sind, bietet sich hier die Fläche VI besonders an. Als Fläche sollten für die Solarenergie 1-3 ha vorgehalten werden. Neben der Verfügbarkeit einer Fläche muss hier aber auch zwingend sichergestellt werden, dass eine Solarnutzung unter wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen genehmigungsfähig ist. Hierbei gilt: Je größer die verfügbare Fläche, desto geringere Wärmepreise für die Kunden sind erreichbar. Um im Jahresverlauf dieselbe Energiemenge aus Photovoltaik zu erzeugen, die zur Bereitstellung der Wärme erforderlich ist, wäre eine Fläche von rund 3,6 ha erforderlich.

Das Referenzszenario erfordert weiterhin einen großen Warmwasser-Pufferspeicher, um auch nachts Wärme bereitstellen zu können. Dieser kann je nach exakter Dimensionierung eine Höhe von 10 m und mehr erreichen und soll im oder neben dem Gebäude der Energiezentrale errichtet werden. Letztere soll ein nach Süden ausgerichtetes, bis zum Boden durchgehendes Pultdach erhalten, um auch vor Ort Solarenergie bestmöglich nutzen zu können. Zur Erreichung einer hinreichenden Kollektorfläche soll dieses Pultdach daher möglichst keinen zu strengen Höhenbeschränkungen unterliegen und eine Firsthöhe von bis zu 15 m ermöglichen. Darüber hinaus muss neben der Energiezentrale ein ebenfalls bis zu 15 m hoher Warmwasserspeicher ermöglicht werden.

Hintergrundinfos

Geothermiesonden

Bei Geothermiesonden handelt es sich um stabförmige Wärmeübertrager, die bis zu mehrere hundert Meter tief in die Erde eingebracht werden. Hierbei zirkuliert das Wärmeübertragermedium (i.d.R. Wasser-Glykol-Gemisch) in 1-2 U-Rohren, wird also einmal zum unteren Punkt der Sonde und wieder zurück an die Erdoberfläche gepumpt. Somit besteht keinerlei Stoffaustausch zwischen dem Wärmeübertragermedium und dem Grundwasser. Als zusätzlicher Schutz der Rohre, zur Verbesserung des Wärmeübergangs und als Abdichtung der Grundwasserstockwerke wird der Hohlraum der nach dem Einlassen der U-Rohre in die Bohrung (rd. 20 cm Durchmesser) entsteht, mit einer Bentonit-Zement-Suspension oder Einpressmörtel verfüllt. Dadurch ist bei ordnungsgemäßer Ausführung auch das Risiko kleinerer Erdbeben als äußerst gering einzustufen und kann durch entsprechende geologische Voruntersuchungen nahezu ausgeschlossen werden. Geothermiesonden können zudem aufgrund langjähriger Erfahrungswerte als etablierte Technik angesehen werden.

Die Wärmeübertragerrohre der Geothermiesonden können unterirdisch zu einem Verteilerschacht geführt werden, sodass diese an der Oberfläche nicht sichtbar sind und die Fläche anderweitig genutzt werden kann. Die Verteilerschächte müssen aber zu Kontrollzwecken zugänglich sein.

Flusswasserwärme (Mittellandkanal)

Bei der Nutzung von Flusswasserwärme wird einem Fließgewässer kontinuierlich Wasser entnommen, über einen Wärmetauscher abgekühlt und anschließend wieder in das Gewässerbett eingeleitet. Die so entzogene Wärme kann anschließend mithilfe einer Wärmepumpe auf das Temperaturniveau des Netzvorlaufs erhöht werden. Alternativ kann diese Wärme auch genutzt werden, um die Geothermiesonden zu regenerieren (d.h. die Temperatur im Erdreich zu erhöhen), solange die Wassertemperatur oberhalb der des Sondenrücklaufs liegt. Dadurch kann das Sondenfeld entlastet und entsprechend kleiner ausgelegt werden und zugleich die Effizienz des Gesamtsystems gesteigert werden.

Eine derartige Nutzung ist allerdings nur möglich, wenn das entnommene Wasser nicht so stark abgekühlt wird, dass es nach dem Wiedereinleiten in das Gewässer zu Eisbildung kommen kann. Aus diesem Grund ist eine entsprechende Redundanz für besonders kalte Wetterlagen vorzuhalten. Im Fall des Mittellandkanals besteht weiterhin die Einschränkung durch die vergleichsweise geringe und vom Wind beeinflusste Strömung. Weiterhin dürfen die durch die Entnahme und Einleitung erzeugten Strömungen nicht so groß sein, dass die Schifffahrt beeinträchtigt wird. Daher ist es für eine Nutzung unerlässlich die tatsächlichen Potenziale des Mittellandkanals in als Umweltwärmequelle im Zuge der Machbarkeitsstudie unter Einbindung der entsprechenden Genehmigungsbehörden näher zu untersuchen.

Zusammenfassung der Anforderungen

<u>Geothermiesonden</u>
Die exakte Anzahl erforderlicher Sonden und damit bereitzuhaltender Fläche hängt von den geologischen Gegebenheiten ab, die erst im Zuge einer Machbarkeitsstudie näher spezifiziert werden können. Aus diesem Grund sollte eine Fläche von 2-3 ha vorgehalten werden, vorzugsweise in den Flächen I, II und III sowie Teilen der für die beiden Kitas vorgesehenen Freiflächen. Die Sonden selbst sind nicht sichtbar, es sind aber Kontrollschächte an den Verteilungen der Sonden erforderlich. Bei gleichmäßiger Verteilung wäre ungefähr alle 25 m ein Schacht erforderlich. Die Flächen sollten unversiegelt und nicht überbaut sein, um im Schadensfall einen Zugang zu den Sondenbohrungen zu ermöglichen.

Die Geothermiegewinnung soll dabei lediglich eine Zusatznutzung der entsprechenden Flächen darstellen, weshalb die Flächen im Eigentum der Stadt verbleiben sollten. BS|ENERGY ist dann ein entsprechendes dauerhaftes Recht zur Geothermienutzung zu erteilen.

<u>zusätzliche Umweltwärme</u>

Um Umweltwärme aus dem Mittellandkanal nutzen zu können, ist neben den entsprechenden wasserrechtlichen und schifffahrtspolizeilichen Genehmigungen eine Entnahme und Einleitung in den Kanal sowie eine Transportleitung zur Wärmepumpe erforderlich. Hierfür sind mindestens ein kleineres Gebäude für die Kanalwasserpumpe und einen Wärmetauscher am Kanalufer, sowie entsprechende Leitungsrechte erforderlich. Im Zuge der Machbarkeitsstudie sind dann die Strömungsverhältnisse des Mittellandkanals zu klären. Sofern nur eine sehr geringe oder in der Richtung wechselnde Strömung herrscht, sollten die entsprechenden Entnahme und Einleitstellen in einem ausreichenden Abstand

voneinander errichtet werden, um eine Wiederentnahme des bereits abgekühlten Wassers zu verhindern.

Soll Abwasserenergie in größerem Umfang als Umweltwärmequelle genutzt werden, so ist ein entsprechendes Gebäude für Schächte, Pumpen und ggfs. externe Abwasserwärmetauscher an einem großen Abwassersammler vorzusehen. Hierfür bestehen aber nach aktuellem Kenntnisstand keine Potenziale

Freiflächen-Solarenergie

Das Maß der (bilanziell auf das Jahr betrachteten) Energieautarkie und damit die ohne grünstromzertifikate erreichbare CO_2-Neutralität hängt maßgeblich von der für eine Solarenergienutzung verfügbaren Fläche ab, da nur hier tatsächlich Energie gewonnen und nicht wie im Fall der Wärmepumpe nur effizient umgewandelt wird. Für eine bilanziell vollständige CO_2-Neutralität wäre eine Fläche von rund 3,6 ha erforderlich, was fast den gesamten Flächen VI und VII entsprechen würde. Da mit einer wachsenden Solarenergienutzung aber auch die Kosten für die Wärmebereitstellung sinken, sollte zumindest eine Fläche von mind. 2 ha bereitgestellt werden. Sofern keine Fläche im Planungsbereich des B-Plans zur Verfügung gestellt werden kann, wird eine Alternativfläche in räumlicher Nähe zur Energiezentrale benötigt, die wirtschaftlich vertretbar über eine eigene Stromleitung an die Energiezentrale angeschlossen werden kann. Hier sollte eine Distanz von 500-1000 m nicht überschritten werden.

Weiterhin ist wichtig, dass nicht nur eine Fläche zur Verfügung steht, sondern auch dass eine PV- oder Solarthermieanlage ohne unzumutbaren Mehraufwand genehmigungsfähig ist. Da kurzfristig nicht mit einem Inkrafttreten des in Bearbeitung befindlichen F-plans mit entsprechenden Regelungen für die Freiflächen-Photovoltaik zu rechnen ist, muss die Solarnutzung als aufgeständerte Freiflächenanlage zwingend über einen B-Plan o.ä. ermöglicht werden. Weiterhin muss die vorgesehene Fläche frei von Altlasten sein, wobei an dieser Stelle auf ein entsprechendes Altlastensanierungsförderprogramm der N-Bank verwiesen wird. Einen finanziell unzumutbaren Mehraufwand stellt auch eine erforderliche Montage auf entsprechend hohen Gestellen zur Nutzung als Agri-PV-Anlage dar. Eine gleichzeitige Beweidung der Solarflächen bei konventionell aufgeständerten Modulen ist in Kooperation mit einem Land-/Tierwirt hingegen grundsätzlich denkbar und als nachhaltige Doppelnutzung sogar begrüßenswert.

Standort und Gebäude Energiezentrale

Je nach zu realisierendem Erzeugungskonzept sind zwei verschiedene Standorte für die Energiezentrale für den 2. Bauabschnitt erforderlich. Bei einer umfangreichen (über die Mehrfamilienhäuser hinausgehenden) Erschließung des ersten und zweiten Bauabschnittes ist eine Errichtung neben der Energiezentrale des ersten Bauabschnitts denkbar. Dies setzt jedoch weiter voraus, dass die Flächen IV bzw. V für eine Geothermienutzung zur Verfügung stehen.

Unter anderen Rahmenbedingungen, insbesondere, wenn andere Flächen zur Verfügung gestellt werden, nur die Mehrfamilienhäuser des zweiten Bauabschnittes erschlossen werden sollen o.ä. kann es erforderlich werden, die Energiezentrale auf einem weiter nördlich gelegenen Standort in der Nähe der nutzbaren Flächen zu errichten. Hierfür ist ein Grundstück an der Straße westlich der Fläche I denkbar. Eine belastbare Aussage zur

Wirtschaftlichkeit der Erschließung und damit zum finalen Standort kann jedoch erst im Zuge der Machbarkeitsstudie getroffen werden, sodass zunächst beide Standorte im B-Plan berücksichtigt werden sollten.

Für die Energiezentrale selbst sollte eine Gebäudegrundfläche von rund 18 x 30 m mit direktem Zugang zur Straße und Parkmöglichkeiten für mind. 2 größere Fahrzeuge vorgehalten werden. Hieraus ergibt sich ein erforderlicher Grundstücksbedarf von mind. rund 25 x 35 m mit entsprechendem Baurecht. Zudem sollte die Möglichkeit bestehen, einen Speicher mit einer Höhe von bis zu 10-15 m aufzustellen und zudem ein nach Süden ausgerichtetes Pultdach mit entsprechend ähnlicher Firsthöhe zur maximalen Nutzung von Solarenergie zu errichten.

Anhänge zur Stellungnahme der BS Netz GmbH

Im Altfelde

TOP 23

Veltenhöfer Straße

Feuerweher

Am Wasserwerk

Eichenweg

VELTENHÖFER STRAßE

	Datum	Name
Gez.	13.06.2023	NBp/Ro
Gepr.		

BS|NETZ

Maßstab		Zeichnungs-Nr.
1:1000	WE63 Wenden-West 2.Bauabschnitt Bestandsplan der Gas- und Wasserversorgung	20230613_1
		Blatt: 1

TOP 23

Lessinggymnasium

Heideblick

Straßenbahn

Landsberger Straße

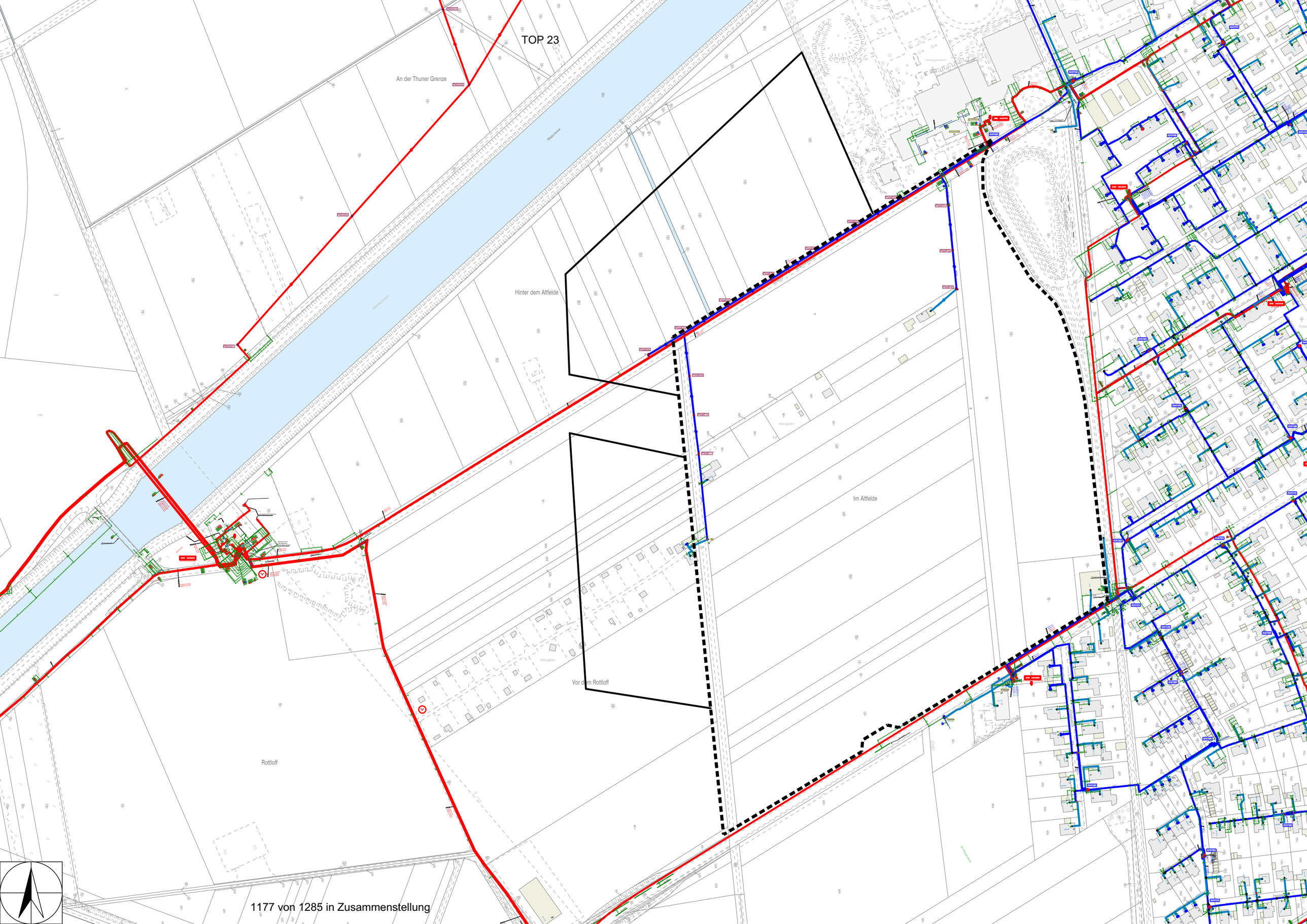
Zoppotstraße

	Datum	Name
Gez.	13.06.2023	NBp/Ro
Gepr.		

BS|NETZ

Maßstab 1:1000	WE63 Wenden-West 2.Bauabschnitt Bestandsplan der Gas- und Wasserversorgung	Zeichnungs-Nr. 20230613_2 Blatt: 1

TOP 23


An der Thuner Grenze
Hinter dem Altfelde
Im Altfelde
Vor dem Rottloff
Rottloff
Kleingärten

Hildeblick
Kleingärten
Im Altfelde
Zoppotstraße
Im Mittelfeld
Bunzlaustraße
Veltenhöfer Straße
Am Wassenwerk
TOP 23
ST2506
ESSINGCHRISNOM
ST2215
ZOPPOTSTR
ST2217
VELTENHÖFER STR_WASSERWERK
VS3970
VS3919
VS3916
VS3958
VS3915
TK08579
TK08634
TK08740
TK08527
A02YSOFL2Y 50*2*0.8 (LTG.1489)
LWL-A-DF2Y 8*4E9 (LTG.9171)
A02YSOFL2Y 50*2*0.8 (LTG.1489)
LWL-A-DF2Y 8*12E9 (LTG.9259)
LWL-A-DF2Y 8*4E9 (LTG.9171)
A02YSOFL2Y 50*2*0.8 (LTG.1489)
LWL-A-DF2Y 8*12E9 (LTG.9259

aktuell keine Fernwärme
Neubaugebiet wird Nahwärmenetz

	Datum	Name		
Gez.	22.06.2023	Eimecke, Jeanette	BS ENERGY	N
Gepr.				
Maßstab 1 : 1244	**Wenden West** Fernwärme		Zeichnungs-Nr.: 1 Blatt:	

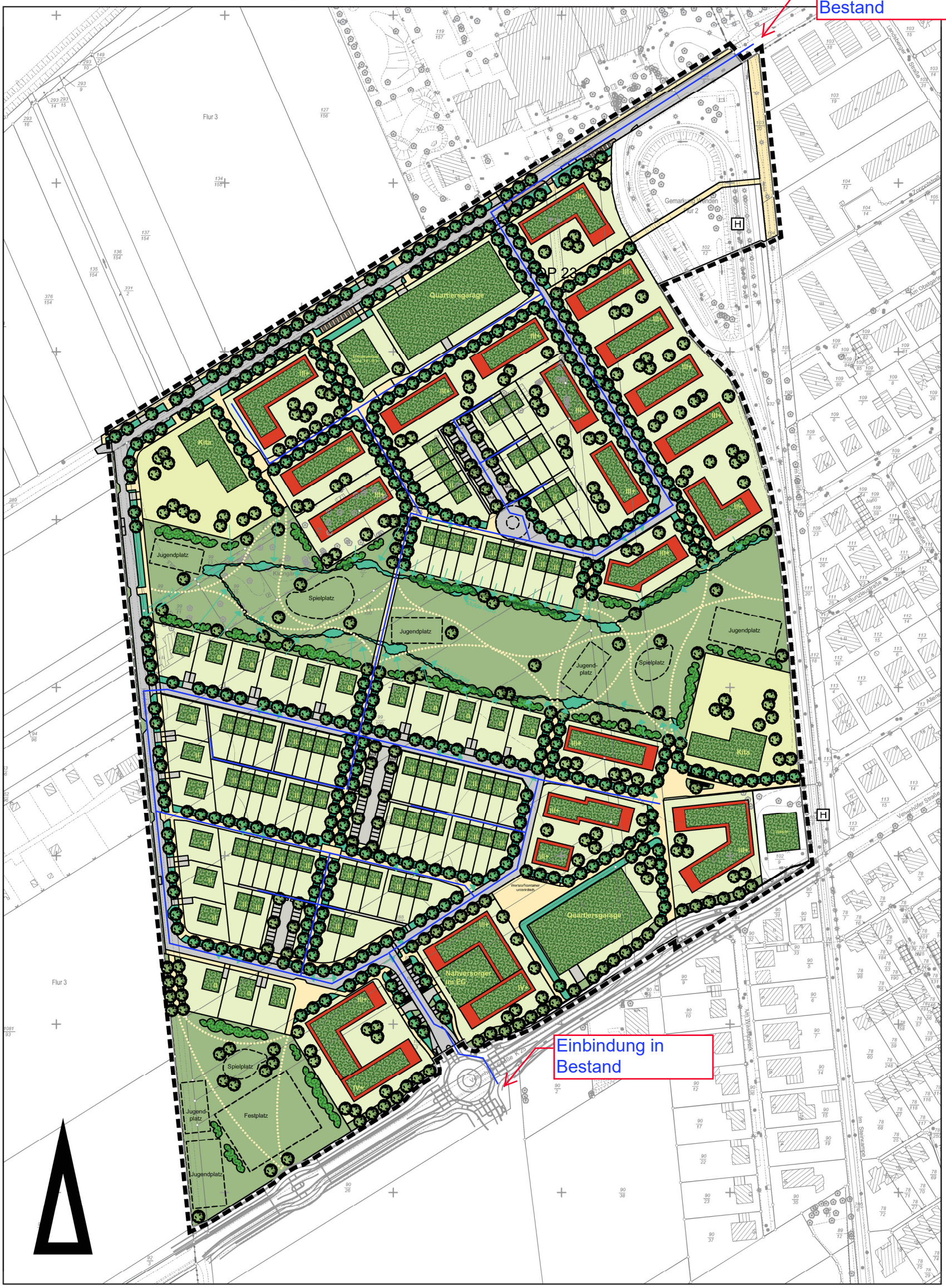
Stadt **Braunschweig**

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Wenden-West, 2. Bauabschnitt **WE 63**

Nutzungsbeispiel

Stand 24. Mai 2023 - Beteiligung gemäß § 4 (2) BauGB



Maßstab 1:2500

0 50 100 200 250

Stadtgrundkarte [1] der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte [2]

[1] © **Stadt Braunschweig** Abteilung Geoinformation

[2] © LGLN Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Braunschweig-Wolfsburg

geplante Wasser-versorgungsleitung (ENTWURF) BS|NETZ

	Datum	Name
Gez.	26.06.2023	NBp\Barleben
Gepr.		

BS|NETZ

Maßstab		Zeichnungs-Nr.
1: 500	Wenden West 2. BA Stromversorgung geplante Ortsnetzstationen "nördlicher Bereich"	NBp/E 2023 U-W 001

Blatt: 1

	Datum	Name
Gez.	26.06.2023	NBp\Barleben
Gepr.		

BS|NETZ

Maßstab	Wenden West 2. BA	Zeichnungs-Nr.
1: 500	Stromversorgung geplante Ortsnetzstationen "südlicher Bereich"	NBp/E 2023 E U-W 002
		Blatt: 1

	Datum	Name
Gez.	26.06.2023	NBp\Barleben
Gepr.		

BS|NETZ

Maßstab		Zeichnungs-Nr.
1: 500	Wenden West 2. BA Stromversorgung geplante Ortsnetzstationen "südlicher Bereich"	NBp/E 2023 E U-W 002

Blatt: 1

Anhänge zur Stellungnahme der Ewe Netz GmbH

Planübergabeprotokoll

Auftragsnummer: 8LHJ

EWE NETZ GmbH
Cuxhaven/Delmenhorst
Fischstraße 35
27749 Delmenhorst
Telefon: 04221 9819-294
Telefax: 04221 9819-299

Stadt Braunschweig Baureferat
Koordinierung von Baumaßnahmen
Frau Gabriele Jantos
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Telefon: 0531 470-2791 Telefax: 0531 470-3549 E-Mail: gaby.jantos@braunschweig.de

wurden wegen -Bauvorhaben- im Bereich
Braunschweig / Gieselweg u.A. / Wenden-West, 2. BA, WE 63
das Planübergabeprotokoll und untenstehende Pläne übergeben.

Plan-Nr.	Mittelsp.-Leitungen	Niedersp.-Leitungen	Telekommunikation (TK)	Strassenbel.-Kabel	Gas-Verteilungsleitungen	Gas-Hochdruckleitungen	Wasserleitungen	Fernwärme (FW)	Breitbandkabel	Stillgelegte Leitungen	Bau- und Planungsaktivitäten	Sonderleitungen	Bemerkungen
326570096A	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☑	☐	
326570096A	☐	☐	☑	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☑	☐	☐	
326570186B	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☑	☐	
326570298A	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☑	☐	
326570186B	☐	☐	☑	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☑	☐	☐	
326570298A	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☑	☐	
326570298A	☐	☐	☑	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☑	☐	☐	
326570298A	☐	☐	☑	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☑	☐	☐	
326570598A	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☑	☐	
326570598A	☐	☐	☑	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☑	☐	☐	
326570298D	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☑	☐	
326570298D	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☑	☐	
326570298D	☐	☐	☑	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☑	☐	☐	
326570298D	☐	☐	☑	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☑	☐	☐	

Pläne im Maßstab 1:1000, dienen zur Übersicht, dort keine Leitungen vorh.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Lage der Leitungen und Kabel sich durch Bodenabtragungen, Bodenbewegungen, Aufschüttungen oder andere Maßnahmen **nachträglich verändern** können.
Es besteht daher die Pflicht, die genaue Tiefe und Lage durch Querschläge, Suchschlitze o.ä. festzustellen.
In Leitungsnähe sind Erdarbeiten unbedingt von Hand und mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei EWE NETZ GmbH durchzuführen.
Sollten dennoch Beschädigungen - auch anscheinend geringfügige - vorkommen, ist die

Störungsnummer		
	Gas:	**0800 0500505**
	Strom/TK:	**0800 0600606**
	Trinkwasser:	**0800 0700707**
	Wärme:	**0800 3932010**

anzurufen.

Zur Abstimmung eines Einweisungstermins vor Ort oder bei Fragen, kontaktieren Sie bitte unsere Bezirksmeisterei. Kontaktdaten siehe oben

Für den Fall abweichender Verlegungstiefen oder Leitungsverläufe kann ein Mitverschulden der EWE NETZ GmbH bei Leitungsbeschädigungen nicht begründet werden.
§ 254 BGB wird ausgeschlossen.
Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.
Die Auskunft über stillgelegte Leitungen hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit

Das "Merkheft für Arbeiten in der Nähe von Gashochdruckleitungen" wurde übergeben: ja ☐ nein ☑
Das "Merkheft für Baufachleute" wurde übergeben: ja ☑ nein ☐
Die "Kundeninformation Versorgungsleitungen" wurde übergeben: ja ☑ nein ☐
Planübergabeprotokoll an o.g. Adresse unterschrieben zurücksenden: ja ☑ nein ☐

Die im Zusammenhang mit der Planauskunft anfallenden personenbezogenen Daten werden nach den Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung verarbeitet. Der Datenbezieher hat die Datenschutzinformation der EWE NETZ GmbH gemäß Art. 13 und 14 DS-GVO zur Kenntnis genommen.

Braunschweig, 10.07.2023

Ort, Datum
adosterl

Datum

Stempel, Unterschrift

Datenbezieher

Nutzungsbedingungen

für in elektronischer Form übergebene EWE NETZ GmbH – Daten/Pläne

1 Die EWE NETZ GmbH bietet eine „Planauskunft per E-Mail" an, mittels derer Informationen über die von der EWE NETZ GmbH dokumentierten Betriebsmittel in Form von Daten/Plänen per E-Mail bereitgestellt werden können.

2 Jede „Planauskunft per E-Mail" erfolgt vorbehaltlich der Anerkennung dieser Nutzungsbedingungen durch den Datenbezieher.

3 Die bereitgestellten Daten/Pläne dürfen nur für Planungs- und Baumaßnahmen des Datenbeziehers genutzt werden. Die Weiterveräußerung oder gewerbliche Weitergabe der zur Verfügung gestellten Daten/Pläne ist nicht gestattet.

Der Datenbezieher sichert der EWE NETZ GmbH eine vertrauliche Behandlung der zur Verfügung gestellten Daten/Pläne zu. Eine Weitergabe der Daten/Pläne darf nur an berechtigte Dritte – zum Beispiel Subunternehmer – erfolgen. Dritte sind zur vertraulichen Behandlung der zur Verfügung gestellten Daten/Pläne zu verpflichten. Dies ist der EWE NETZ GmbH auf Verlangen nachzuweisen.

Der Datenbezieher sowie ein möglicher berechtigter Dritter haben dafür Sorge zu tragen, dass Unbefugte keinen Zugriff auf die Daten/Pläne haben und Mitarbeiter die Daten/Pläne weder für ihre eigenen Zwecke nutzen, noch Dritten zugänglich machen.

Die EWE NETZ GmbH hat die Grundkartendaten/-pläne von der amtlichen Vermessungs- und Katasterverwaltung zum Zwecke der eigenen Netzdokumentation erworben. Eine Nutzung der Daten/Pläne für andere Zwecke ist nicht zulässig. Der Datenbezieher beschafft sich, soweit erforderlich, auf seine Kosten die für die Nutzung der Grundkartendaten erforderlichen Lizenzen bei der amtlichen Vermessungs- und Katasterverwaltung. Er beachtet bezüglich der Nutzung der Grundkarten die von den zuständigen Stellen erlassenen Vorschriften.

4 Wegen ständiger Netzveränderungen haben sämtliche zur Verfügung gestellten Daten/Pläne eine Gültigkeitsdauer von vier Wochen und dürfen anschließend nicht mehr verwendet werden. Dies gilt auch für Daten/Pläne, die an berechtigte Dritte weitergegeben wurden. Im Rahmen der Dokumentationspflicht von Planungen und Baumaßnahmen ist die Aufbewahrung zulässig.

5 Die im Zusammenhang mit der Planauskunft anfallenden personenbezogenen Daten werden nach den Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung verarbeitet. Die Datenschutzinformation der EWE NETZ GmbH gemäß Art. 13 und 14 der DS-GVO finden Sie unter: https://www.ewe-netz.de/meta/datenschutz Für jede Planauskunft erfolgt eine Protokollierung der Datenabfrage (Datenbezieher, Zeitpunkt, Umfang und Inhalt). Die protokollierten Daten werden zum Ende des vierten Kalenderjahres nach dem Bereitstellungszeitpunkt gelöscht.

6 Die EWE NETZ GmbH übernimmt keine Gewähr für die Vollständigkeit und Richtigkeit des Inhalts der zur Verfügung gestellten Daten/Pläne und haftet nicht für Schäden, die durch die Verwendung unvollständiger, fehlerhafter und/oder fehlerhaft übermittelter Daten/Pläne entstehen.

Das Risiko eventueller Übertragungsfehler, beispielsweise in Bezug auf die Vollständigkeit, Lesbarkeit und/oder eindeutige Interpretierbarkeit der übermittelten Daten/Pläne, trägt der Datenbezieher.

Je nach Druckqualität können Abweichungen vom Original auftreten. Der Datenbezieher trägt das alleinige Risiko, dass der Planausdruck mit der Bildschirmdarstellung identisch ist und dass die Maßzahlen entsprechend lesbar sind. Er hat dies daher zu überprüfen.

Der Datenbezieher ist für den Zustand der eingesetzten Hard- und Software im Hinblick auf eine ordnungsgemäße Ausgabe der Daten/Pläne selbst verantwortlich. Die EWE NETZ GmbH haftet nicht für Schäden und Folgeschäden, die aufgrund mangelhafter Hard- und/oder Softwareausstattung entstehen.

Der Datenbezieher trägt das Risiko, das durch Veränderung der Daten/Pläne durch den Datenbezieher beziehungsweise infolge von Manipulationen durch Dritte entsteht.

Die Entnahme von Maßen durch Abgreifen aus den Daten/Plänen ist nicht zulässig.

Der Datenbezieher ist verpflichtet, vollständige und korrekte Angaben in den jeweiligen Eingabefeldern zu machen.

7 Eine Planauskunft muss zeitnah, vor Beginn der Baumaßnahme, erfolgen. Die bereitgestellten Daten/Pläne entsprechen zum Zeitpunkt der Erzeugung dem aktuellen Dokumentationsstand der EWE NETZ GmbH. Die vollständige Planauskunft umfasst folgende Bestandteile:

- Netz-/Daten/Pläne
- Planübergabeprotokoll
- Zeichensymbolkatalog*
- Merkheft für Baufachleute*
- Merkheft für Arbeiten in der Nähe von Gashochdruckleitungen*
- Versorgungsleitungen im Erdreich*
- Hinweisblatt (Auszug aus dem Zeichensymbolkatalog)

*siehe Downloads auf: www.ewe-netz.de

Sofern die Daten/Pläne keine eindeutigen, vollständigen Ergebnisse liefern oder Verweise bestehen, die auf eine aktuelle Bearbeitung der Daten/Pläne hinweisen, müssen über den jeweiligen EWE NETZ-Standort aktuelle Daten/Pläne angefordert werden.

8 Die überlassenen Daten/Pläne dürfen inhaltlich nicht verändert werden.

Werden die von der EWE NETZ GmbH zur Verfügung gestellten Daten/Pläne im System des Datenbeziehers weiterverarbeitet, stellt der Datenbezieher sicher, dass diese Daten/Pläne vollständig und eindeutig interpretierbar dargestellt werden.

Werden digitale Daten anders als in der Dokumentationsvorschrift der EWE NETZ GmbH grafisch dargestellt, sind deutliche Hinweise darauf im Datenbestand anzubringen.

Umfang sowie technische Rahmenbedingungen sind im Planübergabeprotokoll dokumentiert.

9 Es gelten die Allgemeinen Vertragsbedingungen für Verkauf, Werklieferungs-, Werk- und Dienstleistungen der EWE NETZ GmbH – unter: www.ewe-netz.de

10 Sollte eine der Bestimmungen des Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen des Vertrages nicht. Die unwirksame Bestimmung soll durch eine wirksame Regelung ersetzt werden, die dem im Vertrag zum Ausdruck gekommenen Willen der Parteien unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Zwecks der unwirksamen Regelung möglichst nahe kommt. Die Parteien sind zu sinngemäßen Ergänzungen des Vertrages verpflichtet.

Oldenburg, 13. Juli 2020

NB_E-PA_n_01_130720
Stand: 07/20

EWE netz

Nutzungsbedingung für in elektronischer Form übergebene EWE NETZ GmbH - Bestandsdaten/pläne

Auftrag: 8LHJ

Bezieher: Kundennummer 0RNG
Stadt Braunschweig Baureferat
Koordinierung von Baumaßnahmen
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Verpflichtungserklärung des Beziehers

Ich erkenne die vorstehenden Bedingungen rechtsverbindlich an und verpflichte mich, bei Zuwiderhandlung den dadurch entstandenen Schaden zu ersetzen.

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass die Nutzungserlaubnis bei fahrlässigem oder vorsätzlichen Fehlverhalten widerrufen werden kann.

Die Anerkennung der Nutzungsbedingung erfolgt per E-Mail (als "Antwort"-Mail).

1188 von 1285 in Zusammenstellung

Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWEnetz

NCD Delmenhorst

Planausschnitt/Plan-Nr.
32657009A
Braunschweig, Stadt

Bau- und Planungsaktivit.

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adosteri | Maßstab 1:500 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010

Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWEnetz

Telekommunikation

NCD Delmenhorst

Planausschnitt/Plan-Nr.
32657096A
Braunschweig, Stadt

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adosterl | Maßstab 1:500 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010

Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWEnetz

NCD Delmenhorst

Planausschnitt/Plan-Nr.
32657009A
Braunschweig, Stadt

Telekommunikation
(stillgelegt)

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adosteri | Maßstab 1:500 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010

Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWEnetz

NCD Delmenhorst

Planausschnitt/Plan-Nr.
326701869
Braunschweig, Stadt

Bau- und Planungsaktivit.

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adosterl | Maßstab 1:1000 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010

Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWEnetz

NCD Delmenhorst

Planausschnitt/Plan-Nr.
326701BB
Braunschweig, Stadt

Telekommunikation

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adostert | Maßstab 1:1000 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010

Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWEnetz

NCD Delmenhorst

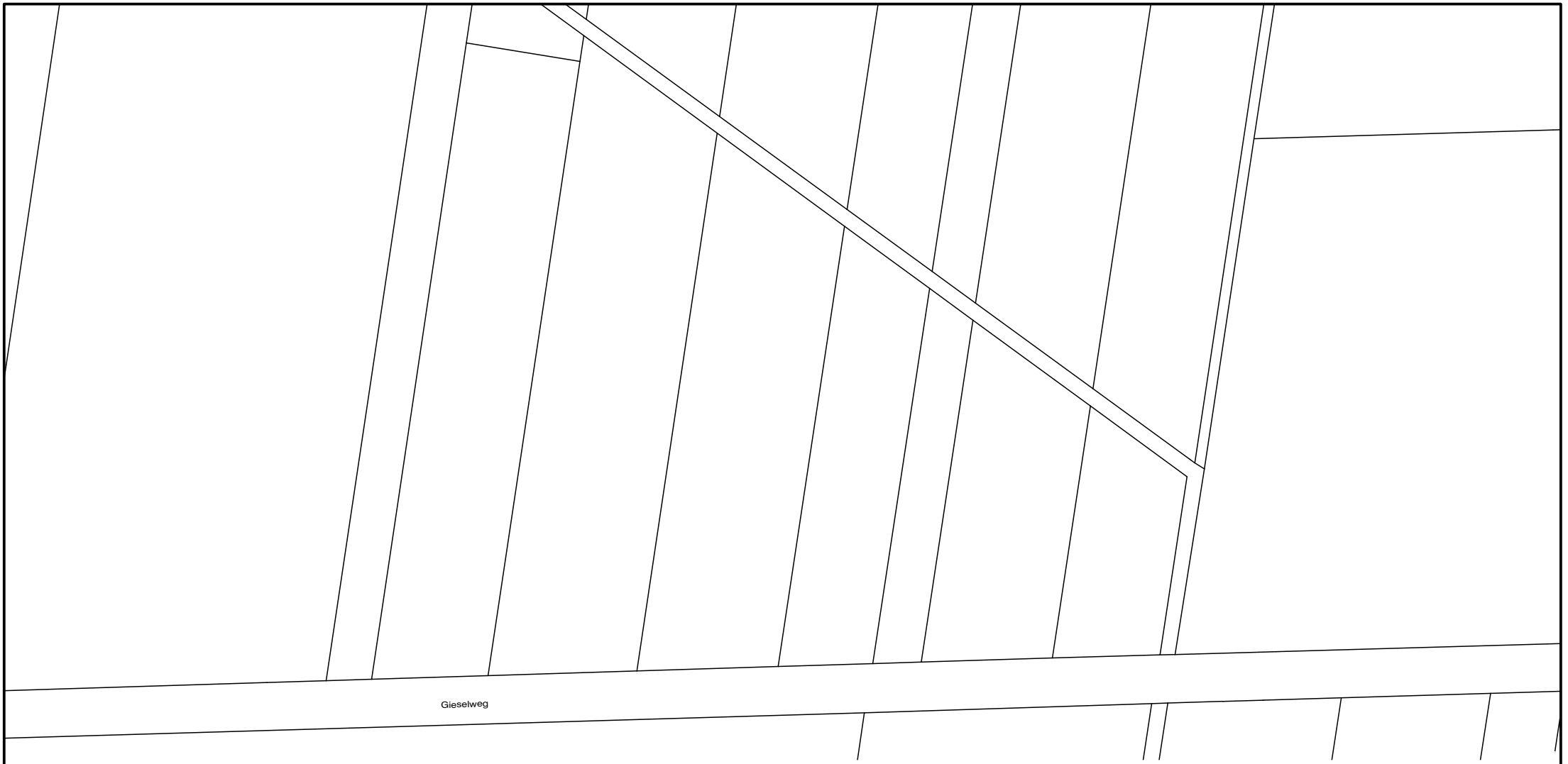
Planausschnitt/Plan-Nr.
326701869
Braunschweig, Stadt

Telekommunikation
(stillgelegt)

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adosterl | Maßstab 1:1000 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010



Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWE netz

NCD Delmenhorst

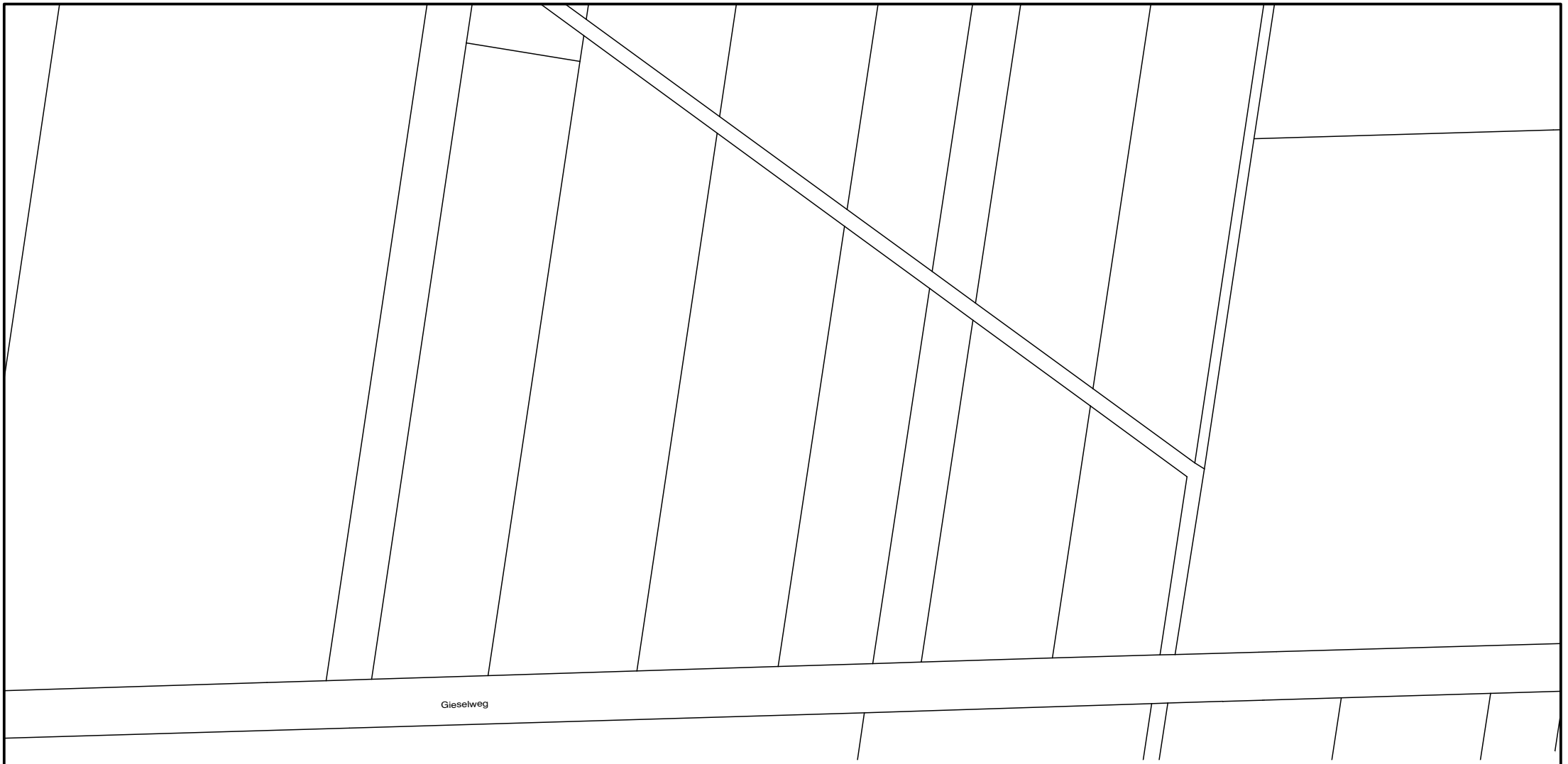
Planausschnitt/Plan-Nr.
326570298A
Braunschweig, Stadt

Bau- und Planungsaktivit.

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adosterl | Maßstab 1: 1000 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010



Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWE netz

NCD Delmenhorst

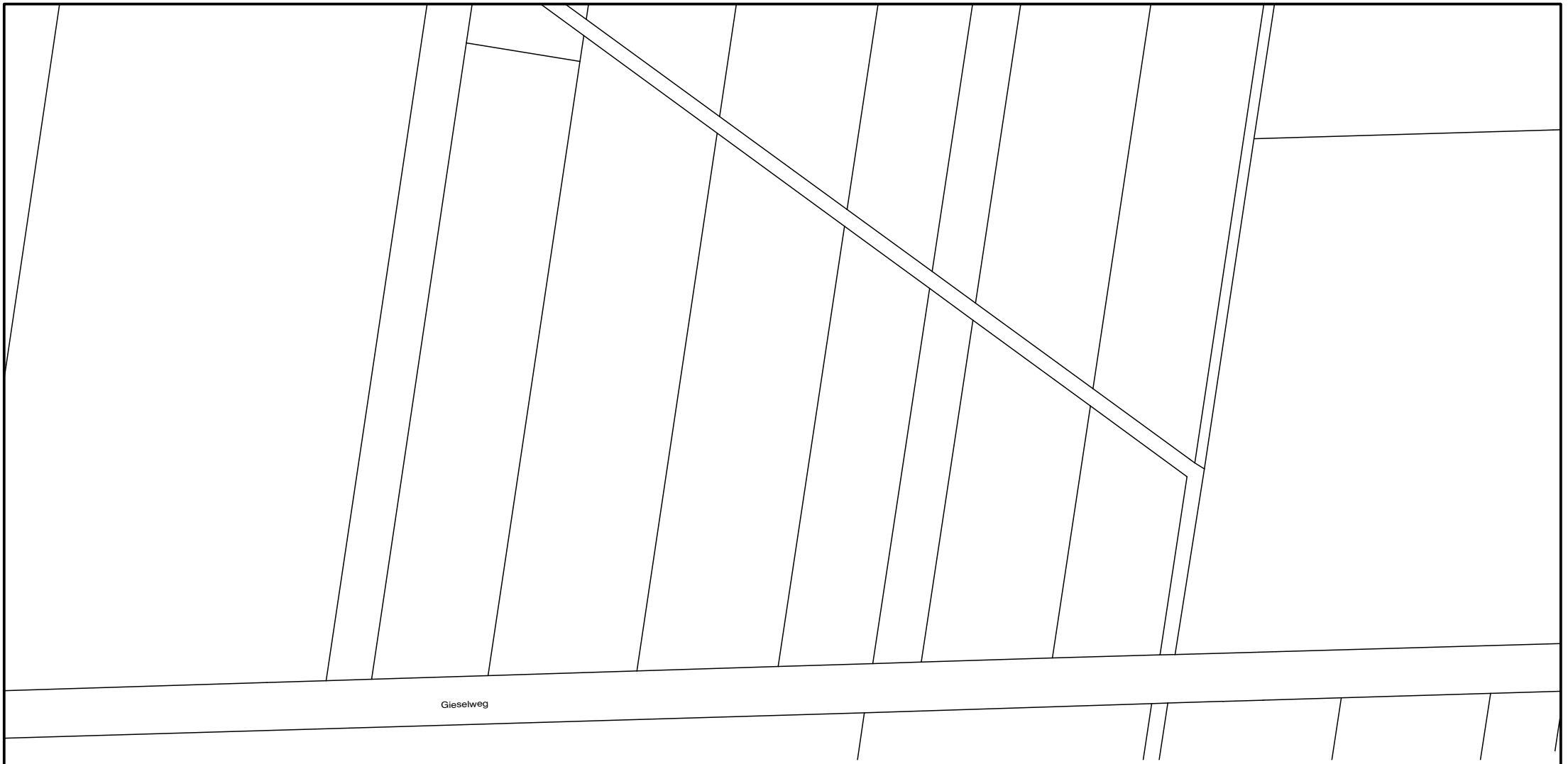
Planausschnitt/Plan-Nr.
326570298A
Braunschweig, Stadt

Telekommunikation

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adosterl | Maßstab 1: 1000 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010



Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWE netz

NCD Delmenhorst

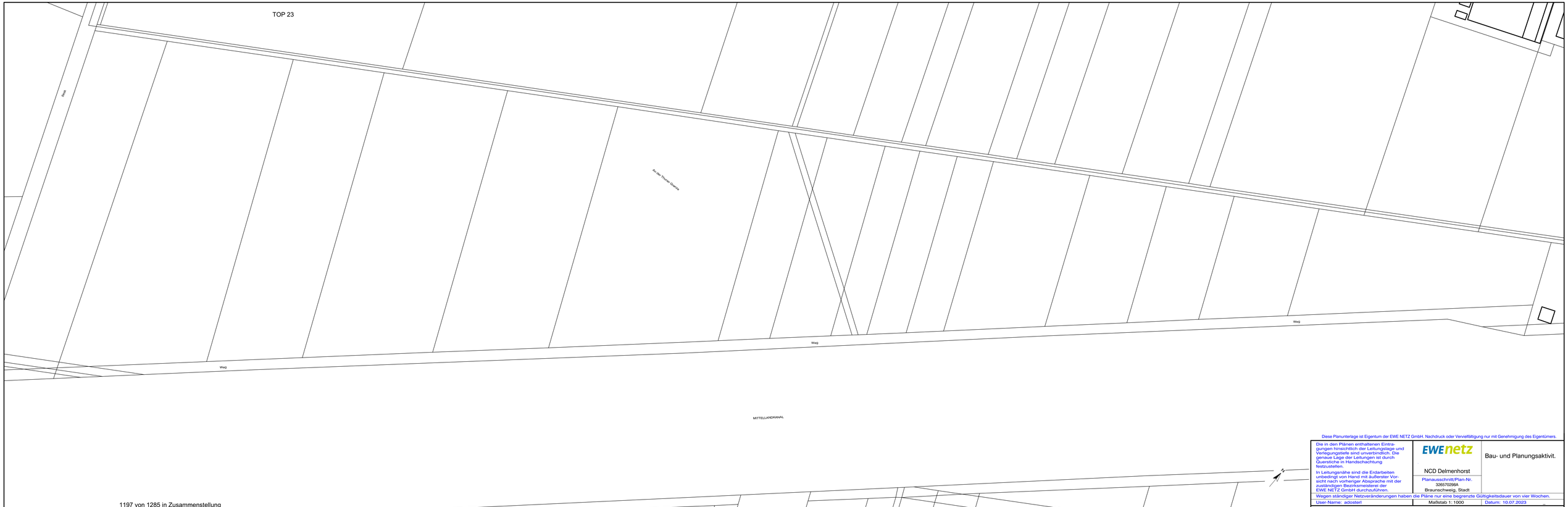
Planausschnitt/Plan-Nr.
326570298A
Braunschweig, Stadt

Telekommunikation
(stillgelegt)

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adosterl | Maßstab 1: 1000 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010



Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWEnetz

NCD Delmenhorst

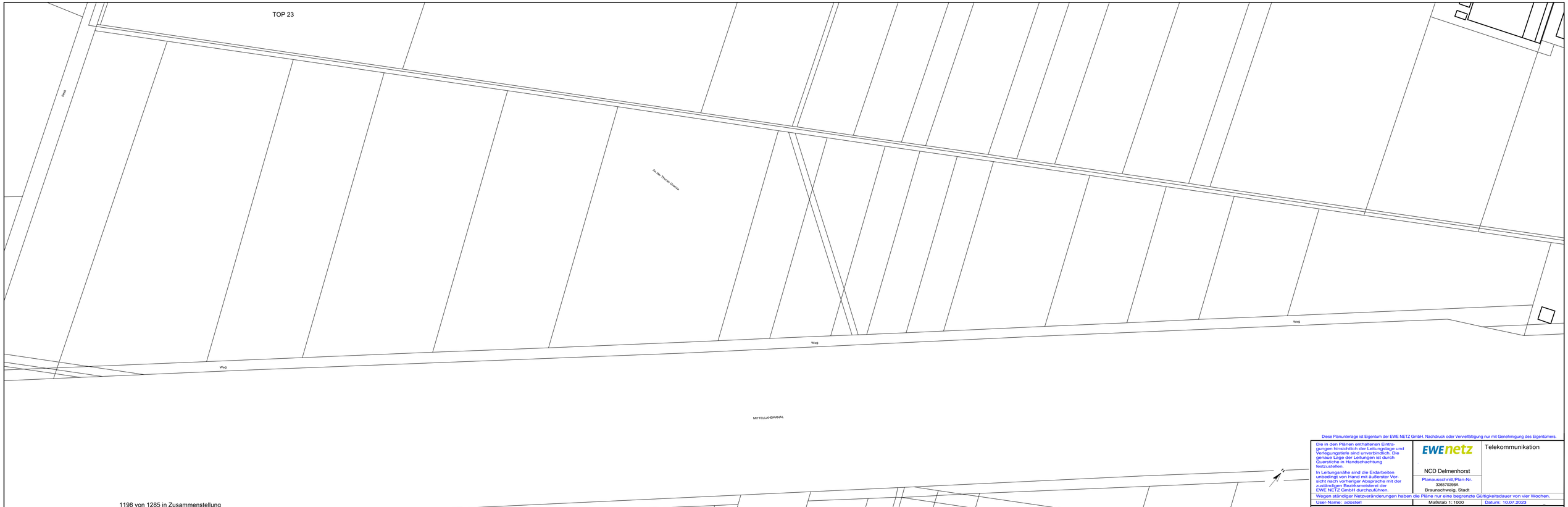
Planausschnitt/Plan-Nr.
32657029IA
Braunschweig, Stadt

Bau- und Planungsaktivit.

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adosterl | Maßstab 1:1000 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010



Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWEnetz

NCD Delmenhorst

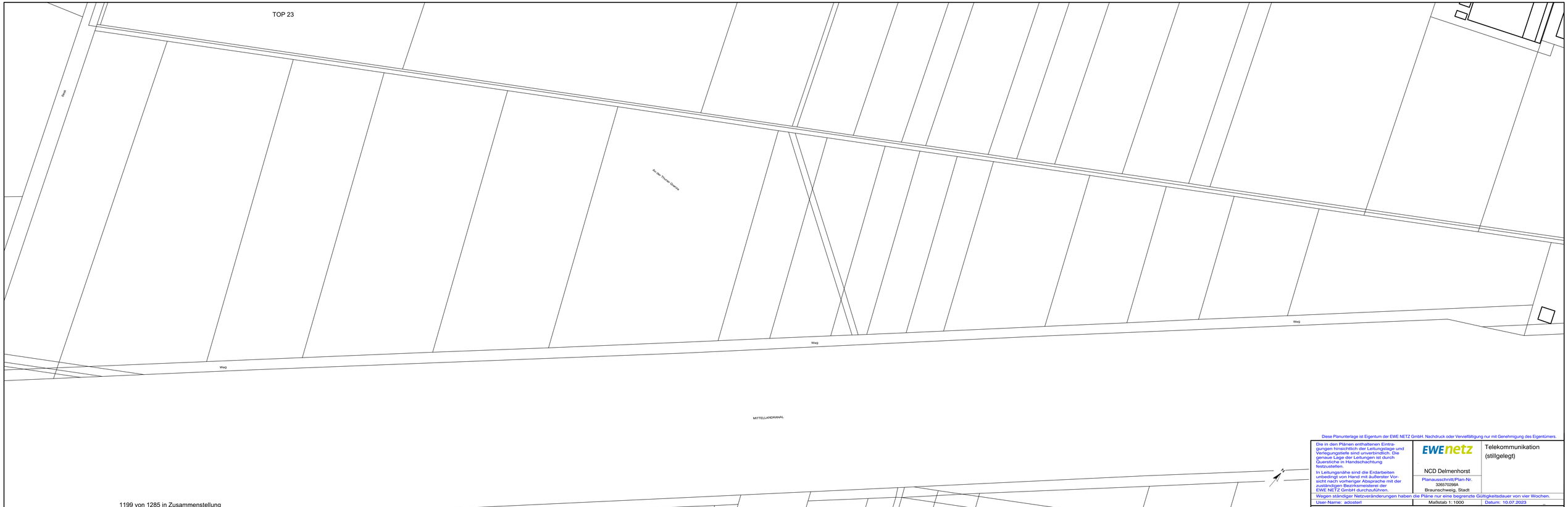
Planausschnitt/Plan-Nr.
32657029IA
Braunschweig, Stadt

Telekommunikation

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adosterl | Maßstab 1:1000 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010



Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWEnetz

NCD Delmenhorst

Planausschnitt/Plan-Nr.
32657029IA
Braunschweig, Stadt

Telekommunikation
(stillgelegt)

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adosterl | Maßstab 1:1000 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010

Lessinggymnasium

Straße

Straßenbahn

Weg

Zoppelstraße

Am Ohlstg

Heidedlick

Im Altfelde

Im Mittelfeld

Glatze straße

Bunzlauerstraße

Velthelder Straße

Am Wasserwerk

Pumpwerk

TOP 23

Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWEnetz

NCD Delmenhorst

Planausschnitt/Plan-Nr. 3265702980

Braunschweig, Stadt

Bau- und Planungsaktivit.

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adostert | Maßstab 1: 500 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010

Lessinggymnasium

Straße

Straßenbahn

Weg

Zoppelstraße

Am Ohlstg

Heidedlick

Im Altfelde

Im Mittelfeld

Glatzer straße

Burgdautstraße

Am Wasserwerk

Pumpwerk

1KV Station, Braunschweig Veltenhöfer Str. 8634

VKF[02]

AKF[01]

VKF[00.01]

VKF[01]

VKF[00.00.01]

Veltenhöfer Str.

TOP 23

Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWEnetz

Telekommunikation

NCD Delmenhorst

Planausschnitt/Plan-Nr.
3265709I9D
Braunschweig, Stadt

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adoslerl | Maßstab 1: 500 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010

Lessinggymnasium
Straße
Straßenbahn
Weg
Zoppelstraße
Heidestieck
Im Altfelde
Im Mittelfeld
Glatze straße
Bunzlauerstraße
Am Wasserwerk
Pumpwerk
Velthelder Straße
TOP 23

Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.
In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWEnetz

NCD Delmenhorst

Planausschnitt/Plan-Nr. 3265702980
Braunschweig, Stadt

Telekommunikation (stillgelegt)

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adostert | Maßstab 1: 500 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010

Heidebliick

Weg

50

Weg

49

Im Altfelde

30A

30

Weg

K 25

8A

Pumpwerk

Feuerwehr

TOP 23

N

Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWE netz

NCD Delmenhorst

Planausschnitt/Plan-Nr.
326570298D
Braunschweig, Stadt

Bau- und Planungsaktivit.

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adosterl | Maßstab 1:1000 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010

Heidebliick

Weg

50

Weg

49

Im Altfelde

30A

30

Weg

K 25

8A

Pumpwerk

Feuerwehr

TOP 23

1204 von 1285 in Zusammenstellung

N

Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWE netz

NCD Delmenhorst

Telekommunikation

Planausschnitt/Plan-Nr.
326570298D
Braunschweig, Stadt

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adosterl | Maßstab 1: 1000 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010

Heidebliick

Weg

50

Weg

49

Im Altfelde

30A

30

Weg

K 25

8A

Pumpwerk

Feuerwehr

N

TOP 23

Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWE netz

NCD Delmenhorst

Planausschnitt/Plan-Nr.
326570298D
Braunschweig, Stadt

Telekommunikation
(stillgelegt)

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adosterl | Maßstab 1:1000 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010

Beberbach

TOP 23

Im Bruche

Weg

N

1206 von 1285 in Zusammenstellung

Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWEnetz

NCD Delmenhorst

Planausschnitt/Plan-Nr.
326570598A
Braunschweig, Stadt

Bau- und Planungsaktivit.

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adosterl | Maßstab 1:1000 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010

Beberbach

TOP 23

Im Bruche

Weg

N

1207 von 1285 in Zusammenstellung

Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWE netz

NCD Delmenhorst

Telekommunikation

Planausschnitt/Plan-Nr.
326570598A
Braunschweig, Stadt

Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adosterl | Maßstab 1: 1000 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010

Beberbach

TOP 23

Im Bruche

Weg

N

1208 von 1285 in Zusammenstellung

Diese Planunterlage ist Eigentum der EWE NETZ GmbH. Nachdruck oder Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Eigentümers.

Die in den Plänen enthaltenen Eintragungen hinsichtlich der Leitungslage und Verlegungstiefe sind unverbindlich. Die genaue Lage der Leitungen ist durch Querstiche in Handschachtung festzustellen.

In Leitungsnähe sind die Erdarbeiten unbedingt von Hand mit äußerster Vorsicht nach vorheriger Absprache mit der zuständigen Bezirksmeisterei der EWE NETZ GmbH durchzuführen.

EWE netz

NCD Delmenhorst

Planausschnitt/Plan-Nr.
326570598A
Braunschweig, Stadt

Telekommunikation
(stillgelegt)

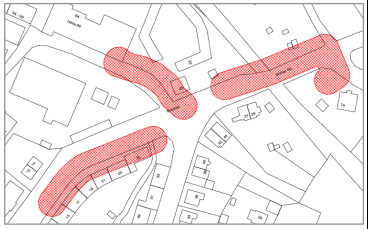
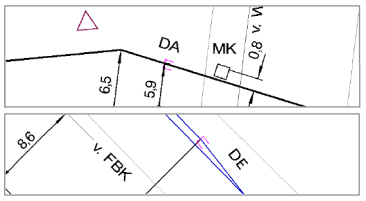
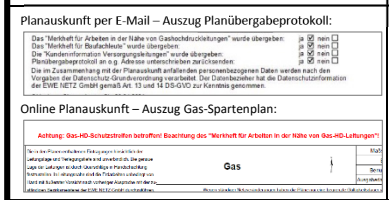
Wegen ständiger Netzveränderungen haben die Pläne nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer von vier Wochen.

User-Name: adosterl | Maßstab 1: 1000 | Datum: 10.07.2023

Störungsnummer: Gas: 0800/0500505 Strom/TK: 0800/0600606 Trinkwasser: 0800/0700707 Wärme: 0800/3932010

AUSZUG AUS DEM ZEICHENSYMBOLKATALOG FÜR DIE PLANAUSKUNFT
ALLGEMEIN ALLE SPARTEN

gültig ab: 23.01.2021

Signatur/ Symbol	Beschreibung
x[Nummer]	Es sind weitere Unterlagen (z. Bsp. Sonderpläne) vorhanden. - Beachten Sie die Zusatzdokumente zum jeweiligen Symbol entsprechend der *„x[Nummer]“*. Sie sind Bestandteil der Planauskunft und als zip-Datei enthalten. - Zur Zuordnung des Sonderplanes und dessen Lage sind jeweils die letzten 8 Ziffern der Sonderplannummer am Symbol angegeben.
	Ggf. sind weitere Unterlagen verfügbar. - EWE NETZ GmbH kennzeichnet neue bzw. sanierte Hausanschlüsse und Anschlussleitungen mit diesem *„HA-Symbol“*. - Wenden Sie sich an den jeweiligen EWE NETZ Standort (siehe Standortfinder auf www.ewe-netz.de), um die aktuellen Einmessunterlagen zum *„HA-Symbol“* zu erhalten.
	Ggf. sind weitere Unterlagen verfügbar. - EWE NETZ GmbH kennzeichnet aktuelle Bauprojekte mit einer rot schraffierten Fläche. Sofern eine Planauskunft aktuelle Bau- oder Planungsaktivitäten enthält, sind diese in den Dateien *„[Nummer]_Netzdaten_Bau- und Planungsaktivitaeten.pdf“* und *„[Nummer]_Uebersicht.pdf“* dargestellt. - Wenden Sie sich an den jeweiligen EWE NETZ Standort (siehe Standortfinder auf www.ewe-netz.de), um den Status des Bauprojektes zu erfahren und ggf. aktuelle Einmessunterlagen zum Bauprojekt zu erhalten.
	Bei Horizontalbohrungen sind Anfang und Ende mit „DA“ / „DE“ (= Dükeranfang/-ende), mitlaufende Schutzrohre mit „SR/SRA/SRE“ (= Schutzrohr/-anfang/-ende) gekennzeichnet.
	Wird im Planübergabeprotokoll oder im Gas-Spartenplan ein Hinweis auf Gas-HD-Schutzstreifen gegeben, so ist zwingend das „Merkheft für Arbeiten in der Nähe von Gas-HD-Leitungen“ zu beachten, unabhängig davon, ob eine HD-Leitung in der Planauskunft ersichtlich ist. Zur Sicherung gegen Einwirkungen von außen werden Gas-Hochdruckleitungen in einem Schutzstreifen verlegt. Es dürfen keine Einwirkungen vorgenommen werden, die den Bestand oder Betrieb der Leitung beeinträchtigen oder gefährden (siehe auch DVGW-Regelwerk G463).

Anhänge zur Stellungnahme der Flughafen Braunschweig Wolfsburg GmbH

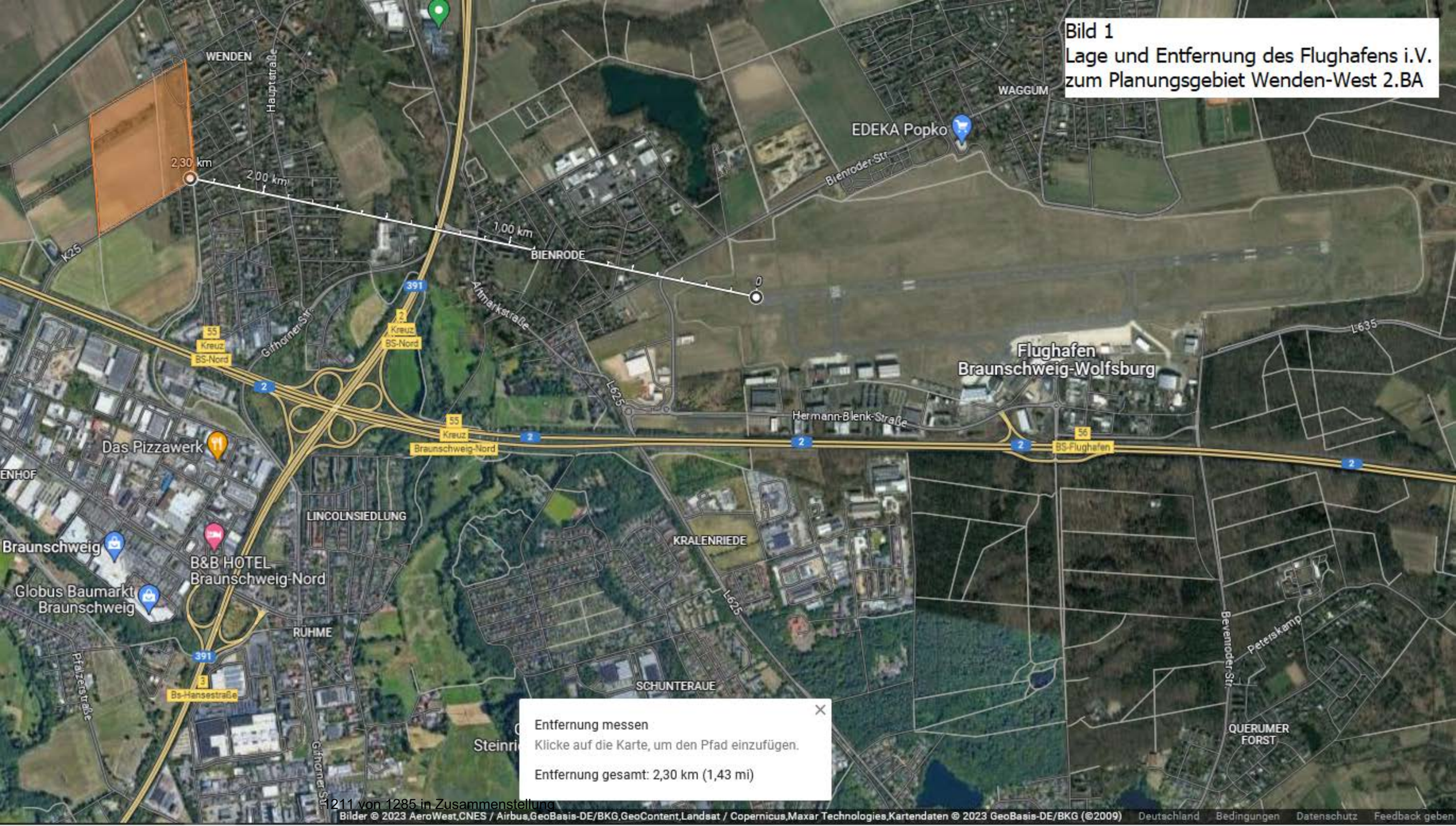


Bild 1
Lage und Entfernung des Flughafens i.V. zum Planungsgebiet Wenden-West 2.BA

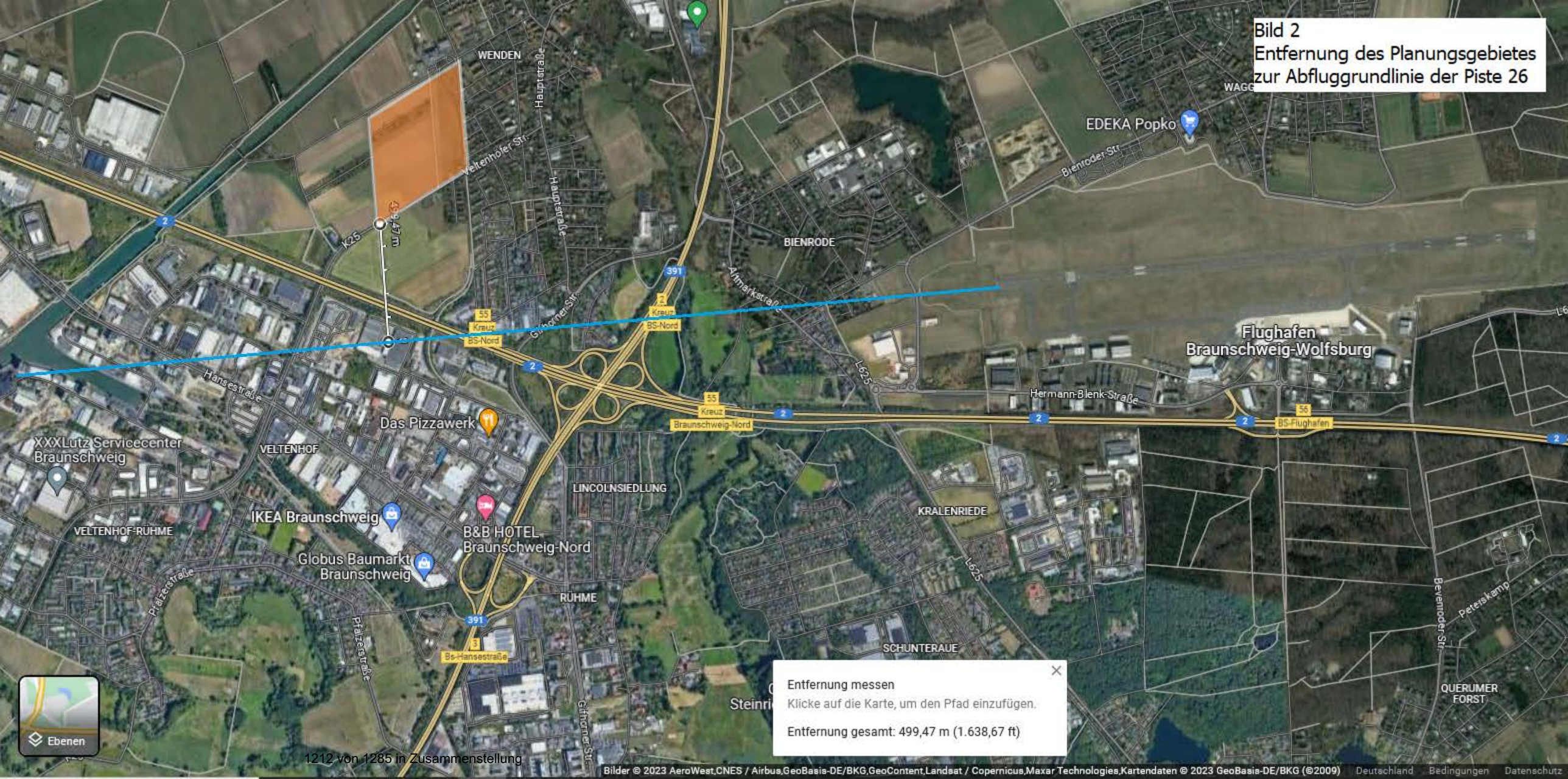
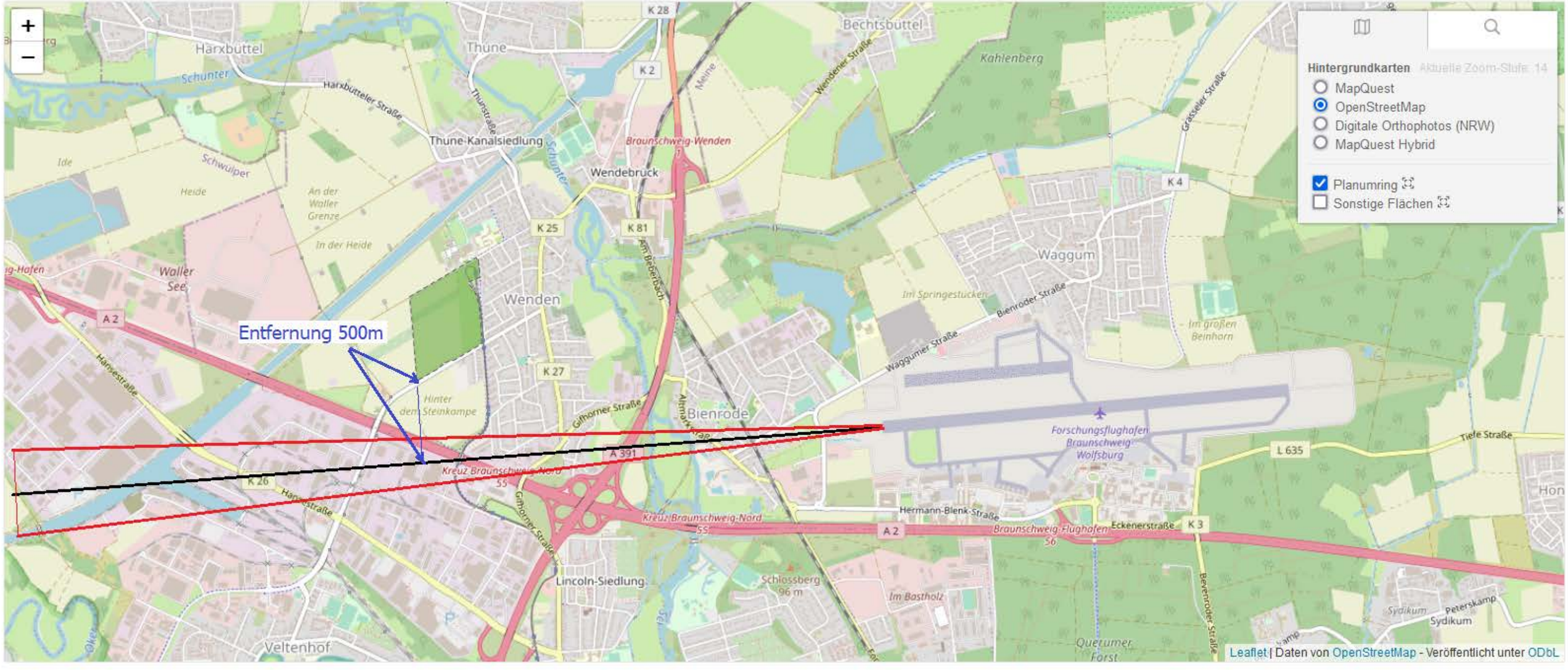
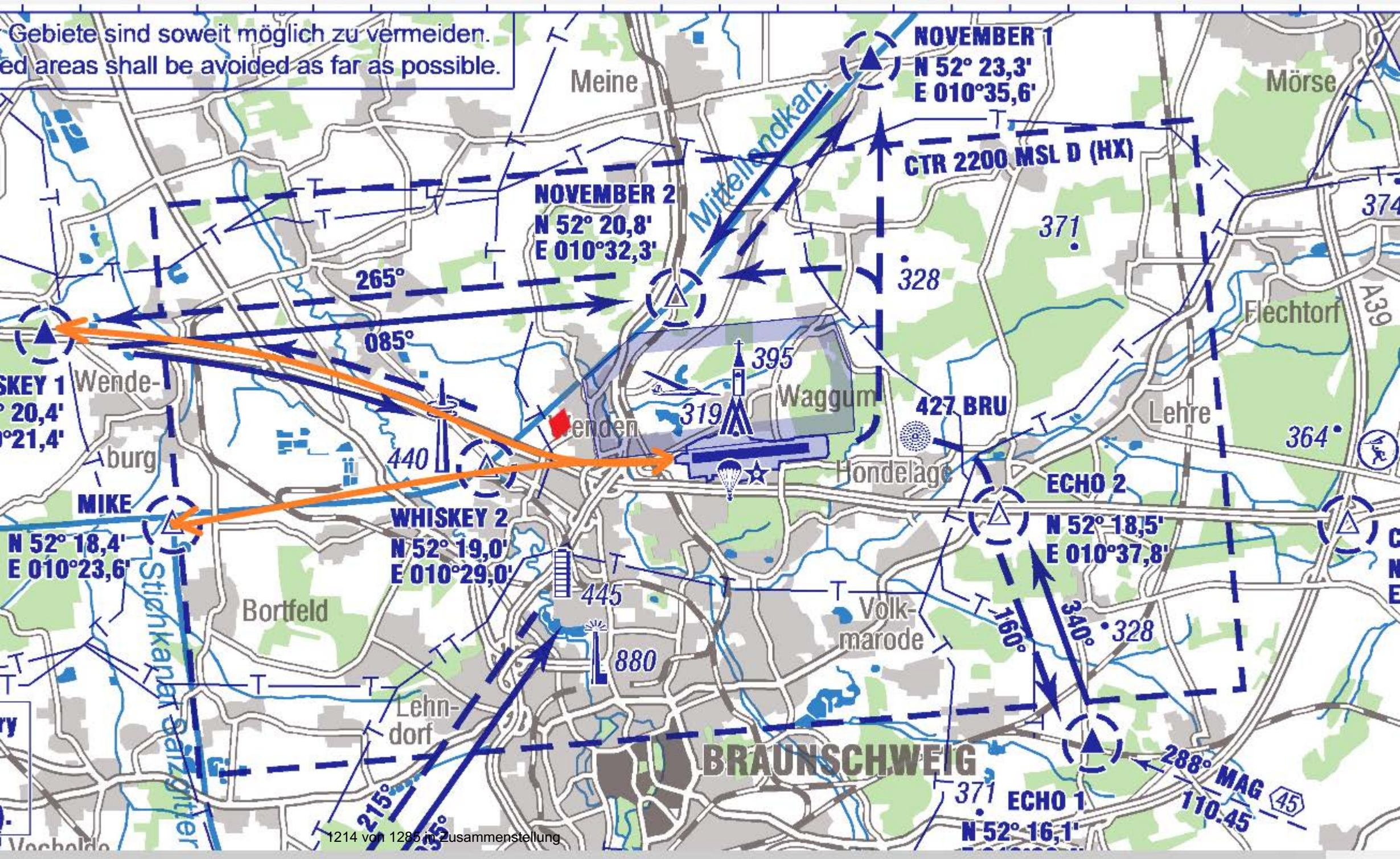


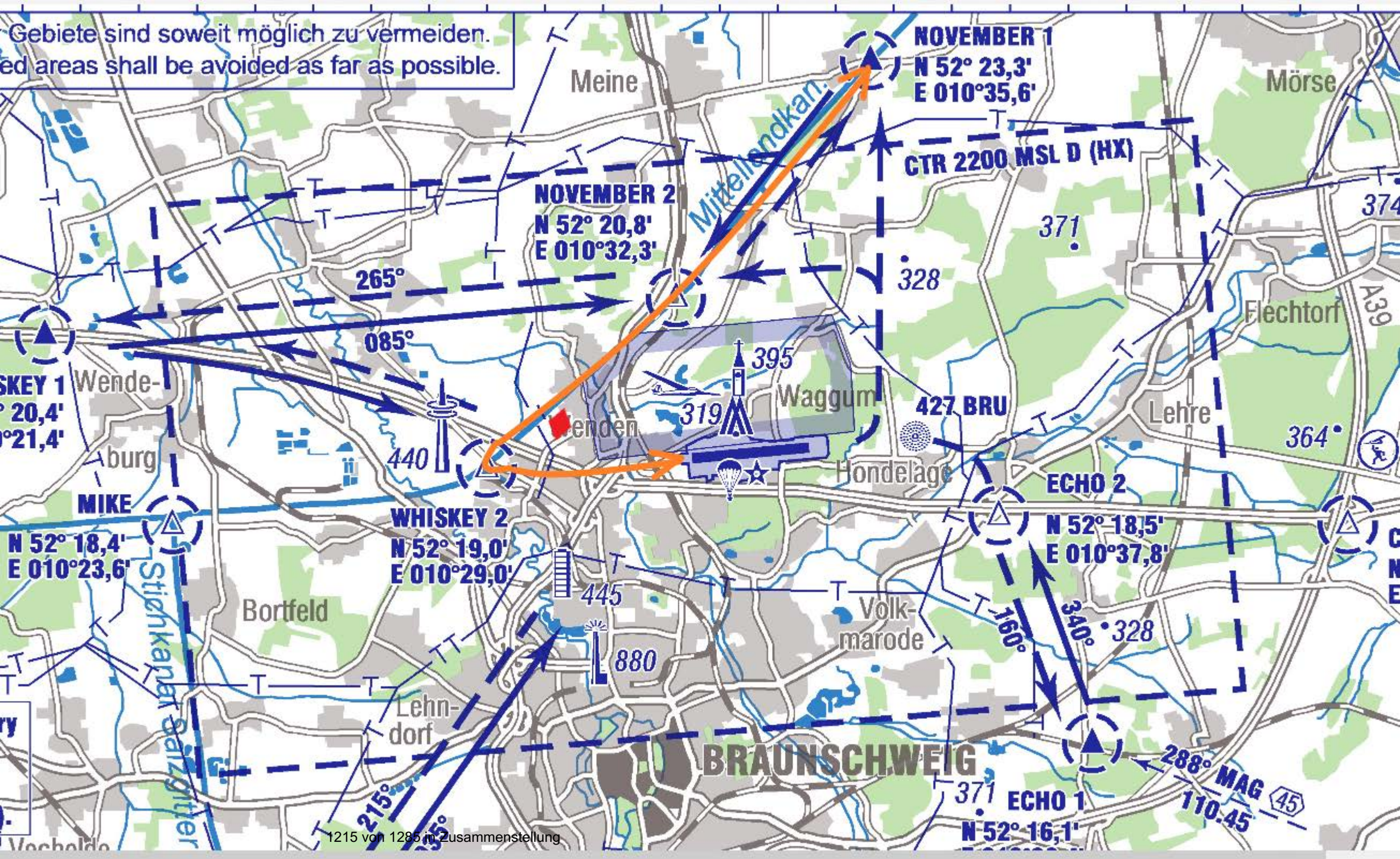
Bild 2
Entfernung des Planungsgebietes
zur Abfluggrundlinie der Piste 26
WENDEN
Hauptstraße
Veltenhöfer Str.
Hauptstraße
K25
5,47 m
BIENRODE
Gifhorner Str.
391
55
Kreuz
BS-Nord
Ahmarkstraße
L625
Flughafen
Braunschweig-Wolfsburg
Hermann-Blenk-Straße
55
Kreuz
Braunschweig-Nord
55
BS-Flughafen
EDEKA Popko
Bienroder Str.
WAGG
Hansestraße
Das Pizzawerk
XXXLutz Servicecenter
Braunschweig
VELTENHOF
LINCOLNSIEDLUNG
KRALENRIEDE
IKEA Braunschweig
VELTENHOF-RÜHME
B&B HOTEL
Braunschweig-Nord
Globus Baumarkt
Braunschweig
Pfalzestraße
RÜHME
391
3
Bs-Hansestraße
SCHUNTERAUE
Bevenroder Str.
Peterskamp
QUERUMER
FORST
Entfernung messen
Klicke auf die Karte, um den Pfad einzufügen.
Entfernung gesamt: 499,47 m (1.638,67 ft)
Ebenen
Bilder © 2023 AeroWest,CNES / Airbus,GeoBasis-DE/BKG,GeoContent,Landsat / Copernicus,Maxar Technologies,Kartendaten © 2023 GeoBasis-DE/BKG (©2009)
Deutschland
Bedingungen
Datenschutz

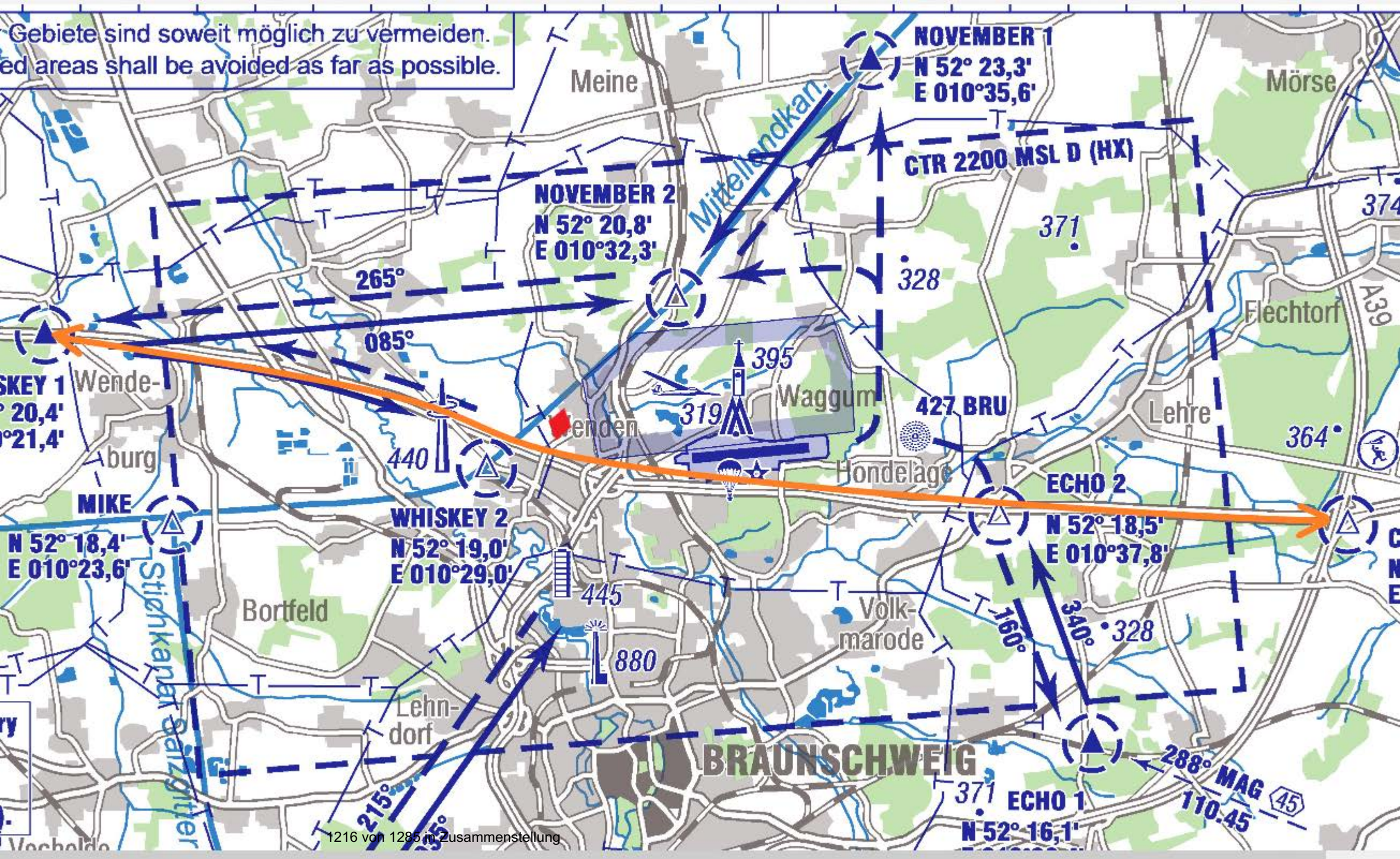
Bild 3
Entfernung der idealisierten Abfluggrundlinie 26 (Anfluggrundlinie 08) vom Planungsgebiet und Korridorbreite

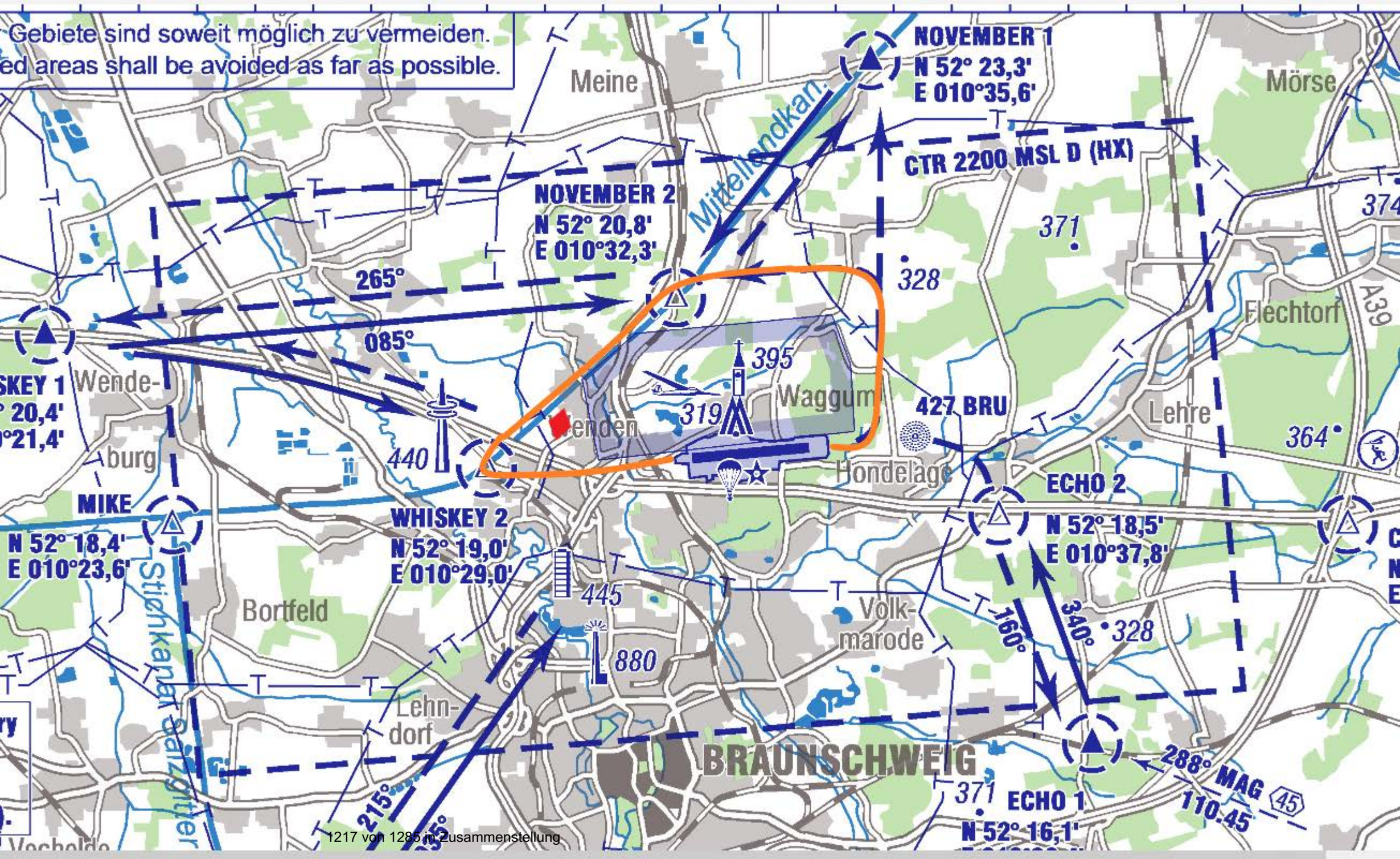
Räumlicher Geltungsbereich und sonstige Flächen in der interaktiven Karte




Gebiete sind soweit möglich zu vermeiden.
ed areas shall be avoided as far as possible.
NOVEMBER 1
N 52° 23,3'
E 010°35,6'
NOVEMBER 2
N 52° 20,8'
E 010°32,3'
CTR 2200 MSL D (HX)
265°
085°
MIKE
N 52° 18,4'
E 010°23,6'
WHISKEY 2
N 52° 19,0'
E 010°29,0'
ECHO 2
N 52° 18,5'
E 010°37,8'
ECHO 1
N 52° 16,1'
BRAUNSCHWEIG
Meine
Mörse
Flechtorf
Lehre
Waggum
Wende-
burg
Bortfeld
Lehn-
dorf
Volk-
marode
Hondelage
Mittellandkan.
Stichkanal Salzgitter
A39
427 BRU
160°
340°
288° MAG
110.45
215°
371
328
395
319
440
445
880
364
374
45


Gebiete sind soweit möglich zu vermeiden.
ed areas shall be avoided as far as possible.
NOVEMBER 1
N 52° 23,3'
E 010°35,6'
NOVEMBER 2
N 52° 20,8'
E 010°32,3'
CTR 2200 MSL D (HX)
265°
085°
MIKE
N 52° 18,4'
E 010°23,6'
WHISKEY 2
N 52° 19,0'
E 010°29,0'
ECHO 2
N 52° 18,5'
E 010°37,8'
ECHO 1
N 52° 16,1'
BRAUNSCHWEIG
Meine
Mörse
Flechtorf
Lehre
Waggum
Wende-
burg
Bortfeld
Lehn-
dorf
Volk-
marode
Hondelage
Mittellandkan.
Stichkanal Salzgitter
A39
427 BRU
160°
340°
288° MAG
110.45
215°
371
328
395
319
440
445
880
364
374
45

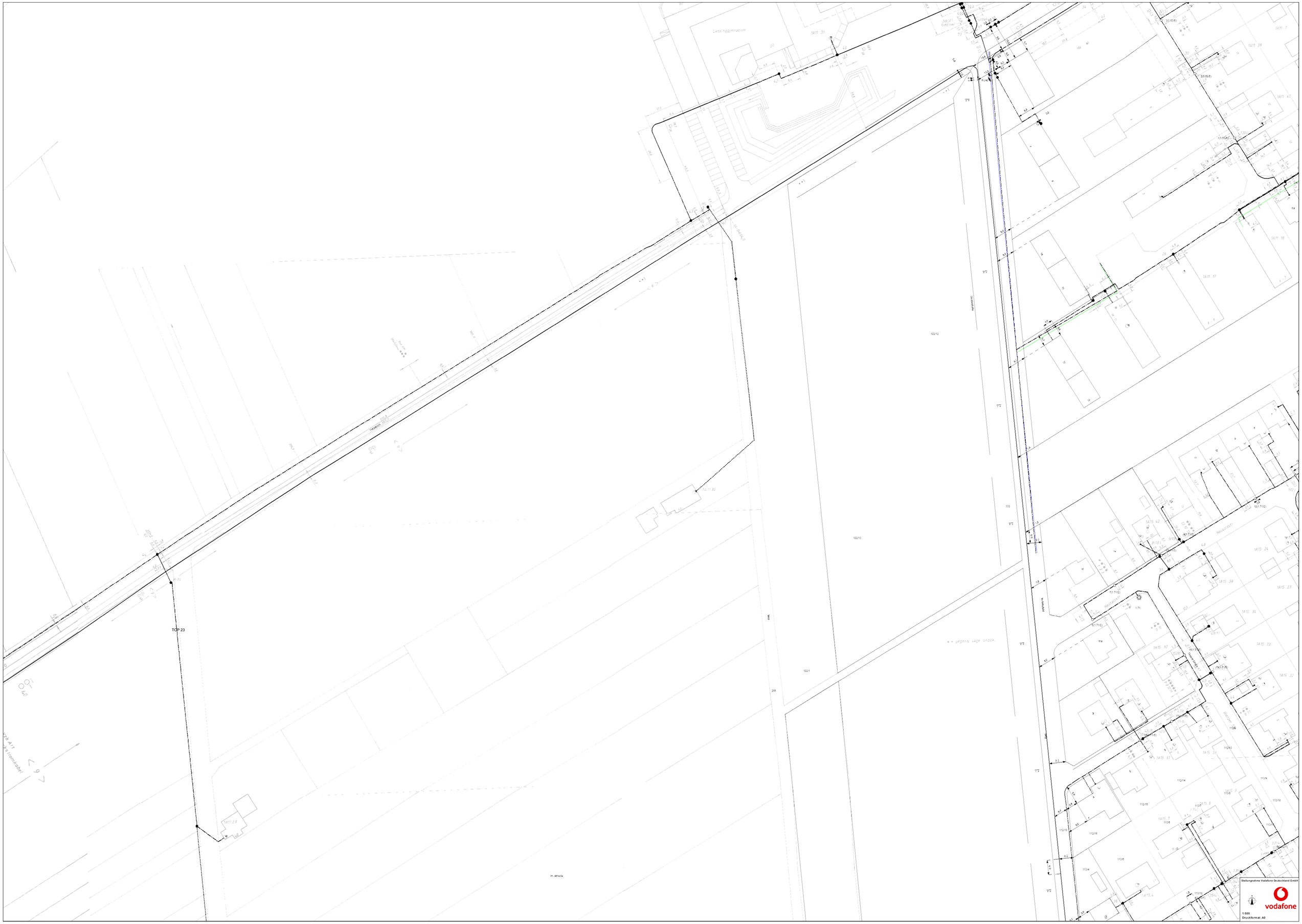

Gebiete sind soweit möglich zu vermeiden.
ed areas shall be avoided as far as possible.
NOVEMBER 1
N 52° 23,3'
E 010°35,6'
NOVEMBER 2
N 52° 20,8'
E 010°32,3'
CTR 2200 MSL D (HX)
265°
085°
MIKE
N 52° 18,4'
E 010°23,6'
WHISKEY 2
N 52° 19,0'
E 010°29,0'
ECHO 2
N 52° 18,5'
E 010°37,8'
ECHO 1
N 52° 16,1'
160°
340°
288° MAG
110.45
BRAUNSCHWEIG
Meine
Mörse
Flechtorf
Wende-
burg
Waggum
Lehre
Hondelage
Bortfeld
Volk-
marode
Lehn-
dorf
Stichkanal Salzgitter
Mittellandkan.
A39
427 BRU
371
328
395
319
440
445
880
364
374
45


Gebiete sind soweit möglich zu vermeiden.
ed areas shall be avoided as far as possible.
NOVEMBER 1
N 52° 23,3'
E 010°35,6'
NOVEMBER 2
N 52° 20,8'
E 010°32,3'
CTR 2200 MSL D (HX)
265°
085°
MIKE
N 52° 18,4'
E 010°23,6'
WHISKEY 2
N 52° 19,0'
E 010°29,0'
ECHO 2
N 52° 18,5'
E 010°37,8'
ECHO 1
N 52° 16,1'
BRAUNSCHWEIG
Meine
Mörse
Flechtorf
Lehre
Waggum
Wende-
burg
Bortfeld
Lehn-
dorf
Volk-
marode
Hondelage
Mittellandkan.
Stichkanal Salzgitter
A39
427 BRU
160°
340°
288° MAG
110.45
45
215°
440
319
395
445
880
328
371
364

Anhang zur Stellungnahme der Deutsche Telekom Technik GmbH

	AT/Vh-Bez.:	Kein aktiver Auftrag					
	AT/Vh-Nr.:	Kein aktiver Auftrag	AsB	1			
	TI NL	Nord	VsB	531A		Sicht	Lageplan
Bemerkung:	PTI	Braunschweig	Name	T NL Nord PTI 24 Stüve, Ja		Maßstab	1:5000
	ONB	BS-Wenden	Datum	21.04.2022		Blatt	1

Anhänge zur Stellungnahme der Vodafone GmbH



© Vodafone Deutschland GmbH / © Vodafone GmbH

TOP 23

Stellungnahme Vodafone Deutschland GmbH

1:500
Druckformat: A0

© Vodafone Deutschland GmbH / © Vodafone GmbH

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
Wenden-West 2. BA **WE 63**
Behandlung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit

Beteiligung gemäß § 3 (2) BauGB vom 22.02.2024 bis 23.02.2024

Stellungnahme 1	
Schreiben vom: 21.02.2024 hiermit nehme ich zu Ihrer Planung Wenden-West 2 Stellung.	Abwägungsvorschlag
1. Strahlenbelastung durch die Firmen GE Healthcare und Eckert & Ziegler Das Problem der Strahlenbelastung, die von beiden Firmen im Falle eines Unfalls ausgehen, ist bis heute nicht gelöst. Das von der Firma beauftrage Gutachten (Fa. Brenck) zur Sicherheit der Anlagen ist seit Jahren in der Prüfung und seitens der Niedersächsischen Umweltministeriums nicht bestätigt. Der TÜV-Nord hatte 18 Punkte im Gutachten bemängelt. Für einen Teil der bemängelten Punkte hat Fa. Eckert & Ziegler bis heute keine Nachweise geliefert Hierunter fallen z.B. Brandschutzmaßnahmen. Auch von den ca. 100 Container, für die es von der Bauplanung her keine Genehmigung gibt, die aber von der Stadt dennoch geduldet werden, gehen mögliche Gefahren für die Bevölkerung aus. Die Genehmigung zum Umgang mit radioaktiven Stoffen ist aus meiner Sicht wegen der fehlenden Sicherheit nicht rechtmäßig, wird aber seit Jahren vom NMU geduldet. Das sogenannte Hanauer Urteil, das der Stadt bei der Planung neue Spielräume hinsichtlich des Industriegebietes eröffnet, wird von der Stadt völlig ignoriert. Das Argument, dass es sich bei dem Hanauer Urteil um ein Zwischenlager handelt und deshalb nicht anwendbar ist, zieht nicht. Das	Zu 1. Strahlenbelastung durch die Firmen GE Healthcare und Eckert & Ziegler: Der Stadt Braunschweig ist die Lage des Wohngebietes zum Gewerbestandort nördlich des Mittellandkanals bewußt. Der Schutz der Bevölkerung und der Umwelt vor der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlung ist im Strahlenschutzgesetz (StrlSchG) und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, insbesondere der Strahlenschutzverordnung (StrlSchV), abschließend geregelt. Die Zuständigkeiten für den Vollzug von StrlSchG und StrlSchV ergeben sich aus der ZustVOUmwelt-Arbeitsschutz. Aus § 8 StrlSchG ergibt sich, dass der Normadressat für diese Vorschrift zur Vermeidung unnötiger Exposition und zur Dosisreduzierung zunächst einmal die natürliche oder juristische Person ist, die radioaktive Stoffe oder ionisierende Strahlung anwendet und mittelbar daher die für die strahlenschutzrechtliche Aufsicht zuständige Behörde. Eine nicht mehr tolerable Gefährdung durch die in Thune vorhandenen Betriebe wird durch das Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz als die für den Strahlenschutz zuständige Behörde nicht gesehen. Eine Zuständigkeit der Stadt Braunschweig zur Prüfung besteht diesbezüglich nicht. Die Rechtmäßigkeit der Genehmigung zum Umgang mit radioaktiven Stoffen kann auch nicht Gegenstand dieses Bebauungsplanverfahrens sein.

Zwischenlager in Leese wird ab 2028 geräumt. Darin befinden sich auch gut. 8.700 Fässer der Fa. Eckert & Ziegler (Aussage des Niedersächsischem Umweltministeriums). Sollten diese nach Braunschweig verlagert werden, dann haben wir hier sehr wohl ein Zwischenlager. Das Niedersächsischem Umweltministeriums hat expliziert in einer UIGAnfrage (Dezember 2023) geantwortet, dass Eckert & Ziegler ihre 8736 Fässer nach Braunschweig holen dürfte, solange die Umgangsgenehmigung das hergebe. Und das gibt sie her! Die neueste Aussage des Niedersächsischem Umweltministeriums ist, dass der in Leese lagernde Müll direkt in Schacht Konrad eingelagert werden soll. Das ist zeitlich überhaupt nicht realisierbar, da Schacht Konrad gemäß Aussage der BGE ,,Zu Beginn der 2030er Jahre soll die Einlagerung. . . .beginnen" und damit frühestens ab 2030 zur Verfügung steht und die Fässer erst noch in Conrad-Containern konditioniert werden müssen. Das ist in Leese gar nicht möglich. So lange das Thema Strahlenbelastung und der damit verbundenen Gefährdung der jetzigen und zukünftigen Bevölkerung nicht abschließend geklärt ist, darf es kein neues Baugebiet im Gefährdungsbereich geben!! Hier kann sich die Stadt Braunschweig nicht mit ihrer fehlenden Zuständigkeit herausreden. Sie ist schließlich für das Wohl ihrer Einwohner, auch über neue Bebauungspläne zuständig. Der Standort am Gieselweg wurde wieder einmal überhaupt nicht betrachtet. Ich frage mich, wer hat der Fa, Ucon hier Vorgaben gemacht, bzw. wie qualifiziert ist die Fa. Ucon an die Sache herangegangen? Nur weil die Firmen Eckert & Ziegler und GE Healthcare nicht als Störfallbetriebe eingestuft sind, dürfen sie nicht in der Betrachtung herausgelassen werden. Das wird der Seveso-Richtlinie nicht gerecht. Sie schreiben zwar, ,,dass von den Betrieben eine Gefahr ausgeht, ist gemäß Aussage des NMU widerlegt. Die durchgeführte Störfallanalyse wird allerdings von der BISS angezweifelt. Wenn weitere 8.700 Fässer aus Leese dort gelagert werden, sieht die Sache vollkommen anders aus. Nicht umsonst klagen 4 Bürger gegen das NMU.	Planungsrechtlich zu berücksichtigende Abstandsregelungen zur Wohnbebauung oder zu anderen Betrieben, die mit radioaktiven Stoffen umgehen, sind im StrlSchG und in den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen nicht enthalten. Im Strahlenschutzrecht müssen Grenzwerte im bestimmungsgemäßen Betrieb und bei Störfällen bereits in unmittelbarer Nähe des Betriebsgeländes eingehalten werden. Beim Vorliegen von mehreren zu betrachtenden genehmigungs- oder anzeigebedürftigen Tätigkeiten hat gemäß § 80 Absatz 4 StrlSchG die für den Strahlenschutz zuständige Behörde darauf hinzuwirken, dass die in § 80 Absatz 1 und 2 StrlSchG genannten Grenzwerte für Einzelpersonen der Bevölkerung insgesamt eingehalten werden. Die Bedenken, dass das Baugebiet aufgrund der Nähe zu Eckert & Ziegler und GE Healthcare Buchler bzw. der sich daraus ergebende Gefährdung nicht verwirklicht werden kann, konnten nach Prüfung der Sachlage insofern ausgeräumt werden. Den potenziellen Gefahren durch die in Thune ansässigen Betriebe bzw. der damit verbundenen Gefährdung der Bevölkerung wird durch die strahlenschutzrechtlichen Regelungen insbesondere die StrSchVO Rechnung getragen. Die noch verbleibenden Restrisiken sowie Spekulationen über ein zukünftiges Zwischenlager können nicht ohne Weiteres Gegenstand einer städtebaulichen Regelung sein.

2. Nahversorgung in Wenden Das Gutachten der Fa. Dr. Donato Acocella Stadt- und Regionalentwicklung GmbH ist aus meiner Sicht völlig daneben. Es ist z.B. überhaupt nicht mehr aktuell. Es gibt keinen Schreibshop mehr und das seit mehreren Jahren. Der NP Markt ist seit ca. einem halben Jahr geschlossen und es ist nicht abzusehen, ob und wann er wieder eröffnet wird. Was bringt die ausführliche Betrachtung der Kaufkraft der Bevölkerung, auch der umliegenden Orte? Was bringt die Betrachtung des Sortiments der heutigen Nahversorger (% Drogerie, % Lebensmittel)? Dann geht das Gutachten davon aus, dass die Bevölkerung im 700 m Radius zu Fuß zu Einkaufen geht bzw. gehen sollte. Das ist ja völlig weltfremd. Durch diese Annahme gerät das Thema Individualverkehr in eine völlige Schieflage. Der im Baugebiet geplante Nahversorger ist sicher nicht aufgrund der geringen Verkaufsfläche und der fehlenden Parkplätze (reicht die Parkgarage?) zu realisieren. Hier wird sich niemand finden, der in diesen Standort investiert. Sollte sich dennoch ein Nachversorger für das Baugebiet finden lassen, wie wollen Sie denn steuern, dass lediglich die Bewohner dort einkaufen und nicht auch Kunden aus den umliegenden Gemeinden, die mit dem Auto anreisen? Ob die geplante südliche Quartiersgarage von den Kunden als Parkfläche überhaupt angenommen wird, ist mehr als fraglich und fraglich ist auch, ob die geplante Anzahl von Parkplätzen für die Anwohner und Kunden ausreicht. Mittlerweile muss von 2 PKW pro Haushalt im Mittel ausgegangen werden. Die Vorgaben mit 0,5 bzw. 1 Stellplatz pro Wohneinheit ist vollkommen weltfremd. Warum stellt sich die Stadt bei den Planungen und Beschreibungen nicht der Realität?? Und dann sollen noch die Besucher, Nahversorgungskunden und der Park&Ride Verkehr dort untergebracht werden. Zum Schmunzeln. Sind in den Quartiersgaragen Parkgebühren	Zu 2. Nahversorgung in Wenden: Es ist festzustellen, dass der NP Markt am 1. August 2023 durch ein Feuer stark beschädigt wurde und (vorübergehend) geschlossen werden musste. Die (vorübergehende) Schießung ist im Gutachten zwar nicht berücksichtigt, eine Überarbeitung des Gutachtens ist dennoch nicht erforderlich. Zum einen liegt der NP-Markt nicht im Zentralen Versorgungsbereich Wenden, so dass eine Gefährdung dieses Bereichs nicht gesehen wird, zum anderen kann die Notwendigkeit eines zusätzlichen Nahversorgers in Wenden durch den Wegfall nur noch mehr bekräftigt werden. So weist das Gutachten der Fa. Dr. Donato Acocella Stadt- und Regionalentwicklung GmbH anhand der Kaufkraftanalyse und unter Betrachtung der Sortimente - insbesondere der nahversorgungsrelevanten Sortimente – sinnvoll nach, dass der Stadtteil Wenden bereits heute Kaufkraftabflüsse in die umliegenden Ortschaften zu verzeichnen hat. Das Gutachten zeigt weiterhin auf, dass die Ansiedlung eines zusätzlichen Nahversorgers in Wenden vernünftigerweise geboten ist, um die Versorgung der Bevölkerung, besonders für die weniger mobilen Bewohnergruppen, mit Gütern des täglichen Bedarfs, insbesondere des Lebensmitteleinzelhandels, in Wohnortnähe sicherzustellen. Standortalternativen für eine entsprechende Erweiterung bzw. Verlagerung des vorhandenen Nahversorgers stehen im Stadtteilzentrum leider nicht zur Verfügung. Eine gute räumliche Nahversorgungssituation kann nach Realisierung der beiden ersten Bauabschnitte von Wenden-West insofern nur gehalten werden, wenn in deren Umfeld ein zusätzlicher Lebensmittelbetrieb angesiedelt wird. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass für einen Großteil des geplanten Wohngebiets Wenden-West die fußläufige Erreichbarkeit der Nahversorgungseinrichtungen durch die bestehenden Betriebe im Stadtteilzentrum nicht gegeben ist. Zur Bestimmung der fußläufigen Erreichbarkeit hat der Gutachter - gemäß den Vorgaben des Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Begründung zur Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen, LROP

geplant?? Wer finanziert die Garagen? Die Anwohner anteilig? Wer steuert und verhindert Fremdnutzung? Wo stehen die vielen Wohnmobile?	2017) - eine maximale Gehzeit von 10 Minuten zugrunde gelegt, dies entspricht einer Entfernung von 700 bis maximal 1.000 m. Dieser Nachweis ist Voraussetzung für die Anwendung der Ausnahmeregel vom Integrationsgebot des LROP. Natürlich ist trotz des Nachweises der fußläufigen Erreichbarkeit nicht ausgeschlossen, dass auch Kunden mit dem Auto anreisen. Die bauordnungsrechtlich erforderlichen Stellplätze sollen daher in ausreichender Anzahl am angedachten Standort des Nahversorgers bzw. in der benachbarten Quartiersgarage untergebracht werden. Die Dimensionierung der im Quartier vorgesehenen Garagen und der Stellplätze orientieren sich an den Empfehlungen der gutachterlichen Untersuchung (Verkehrsgutachten mit Mobilitätskonzept, WVI Prof. Dr. Wermuth Verkehrsforschung,2023). Grundsätzlich ist das Baugebiet als „autoarmes“ Quartier geplant und daher die Bündelung der erforderlichen Stellplätze in den Quartiersgaragen vorgesehen. Dies schafft nicht zuletzt Freiheiten im öffentlichen Raum und zugleich ein attraktives Wohnumfeld in verkehrsberuhigten Zonen. Aktuell wird eine umfassende Machbarkeitsstudie zur Realisierung der Quartiersgaragen erstellt. Darin werden auch das Betriebskonzept sowie die Finanzierungsmöglichkeiten untersucht. Diese Aspekte sind jedoch nicht Bestandteil des Bebauungsplanverfahrens.
3. Interessenten für das Baugebiet Es ist grundsätzlich fraglich, ob es genügend Interessenten für das Baugebiet gibt. Die Planung wurde gemacht, als die Zinsen und Inflation noch niedrig waren. Ebenfalls hatten die Baupreise ein ganz anderes Niveau als heute. In Thune (Am Grefenhoop) und Wenden (Aschenkamp) gibt es mehrere Objekte, die leer stehen und sich nicht mehr vermarken lassen. Zu befürchten ist zudem, dass die Stadt die Realisierung wieder an einen Bauträger vergibt (2.B. MT Massivhaus - Rautheim und Querum/Dibbesdorf)), der sich nicht an die Vorgaben hält und wesentlich mehr Wohneinheiten baut, damit das Ganze finanzierbar ist. Sie sprechen ja selber vom "Nutzungsbeispiel zum Bebauungsplan, also nichts verbindliches.	Zu 3. Interessenten für das Baugebiet Die Stadt Braunschweig ist ein attraktiver Bildungs-, Forschungs- und Wirtschaftsstandort mit einem hohen Arbeitsplatzzuwachs (2008 bis 2019 plus 23.000 Beschäftigte; Prognose 2020 bis 2035 plus 19.400 Beschäftigte). Dies ist der Hauptgrund für den seit Jahren dringenden Bedarf zur Schaffung neuer Wohngebiete. Als neue Zielzahlen für die Entwicklung Braunschweigs empfiehlt das Gutachterbüro InWIS auf Basis aktueller Bedarfsprognosen (2023) von 2020 bis 2025 Baurecht für 5.700 Wohnungen, bis 2030 für weitere 3.500 Wohnungen und bis 2035 für weitere 3.000 Wohnungen zu schaffen. Dabei werden laut Prognose deutlich mehr familiengerechte Wohnungen - auch im Geschosswohnungsbau - benötigt, um die aktuelle Umlandwanderung von Familien nennenswert zu reduzieren. Es ist

Die klimafreundliche Planung von BS Energy (Energiebedarf) wäre damit wesentlich höher als berechnet und würde in sich zusammenfallen. Das klimaökologische Fachgutachten wäre damit auch völlig falsch und hinfällig. Im Zuge der Klimaveränderungen ist eh fraglich, ob es noch die richtigen Aussagen und Annahmen trifft. Grundsätzlich kommt mir in der Beschreibung des Baugebietes und dessen Gestaltung zu häufig das Wort ,,soll", ,,grundsätzlich" und ,,könnte" vor.	insofern von einem anhaltenden Interesse und einer entsprechenden Nachfrage nach Wohnraum auszugehen. Vor diesem Hintergrund sollen die günstigen Standortfaktoren insbesondere der bereits vorhandene Stadtbahnanschluss in Wenden-West genutzt werden, um der Schaffung von dringend benötigten Wohnbauflächen Rechnung zu tragen und die Vielfalt und Qualität des Wohnungsangebotes in Braunschweig zu erweitern. Mit der Umsetzung des "Baulandmodells Wohnen" wird die Stadt Braunschweig an diesem Standort eine aktive Bauland- und Bodenpolitik umsetzen und bezahlbaren Wohnraum für breite Kreise der Bevölkerung schaffen. Insgesamt ist im Plangebiet eine Quote von mindestens 30 % des Wohnraumes mit Belegungs- und Mietpreisbindung und 10% des Wohnraums im mittleren Preissegment vorgesehen. Ziel ist es, trotz der derzeitigen Inflation verbunden mit den gestiegenen Zinsen und den hohen Baukosten ein attraktives Wohnangebot für verschiedene Bevölkerungsgruppen zu schaffen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass der erforderlichen langen Planungszeiträume auch antizyklisch zur jeweils aktuellen Situation erforderlich sind. Die Stadt hat die genannten Baugebiete nicht an die Bauträger vergeben. Vielmehr wurden die Entwicklungen durch die Bauträger angetrieben. Bei der Planung in Wenden wird auch die Verträglichkeit in Hinblick auf Infrastruktur und Einwohnerzuwachs des Ortsteiles berücksichtigt. Um die Zahl der Wohnungen insgesamt in einen verträglichen Rahmen zu halten sind im Bebauungsplan – anders als beispielweise in Rautheim oder Querum/Dibbesdorf - Festsetzungen zur höchstzulässigen Anzahl von Wohnungen in Wohngebäuden getroffen worden. Dadurch kann sichergestellt werden, dass nicht wesentlich mehr Wohneinheiten baut werden, als der Abwägung zugrunde gelegt worden sind. Es ist insofern auch nicht zu befürchten, dass der Energiebedarf wesentlich höher ausfällt oder die klimatischen Auswirkungen des Plangebiets wesentlich von den Fachgutachten abweichen werden.
4. Kindertagesstätten im Planqebiet	Zu 4. Kindertagesstätten im Planqebiet:

Im Plangebiet sind 2 Kindertagesstätten vorgesehen. Der Bedarf ist ganz sicher vorhanden. Nur fehlt der Glaube, dass diese gebaut werden und betrieben werden. Ich möchte an das Neubaugebiet in Waggum (Vor den Hörsten/Am Beberbach) erinnern. Dort war auch eine Kindertagesstätte geplant, die meines Wissens durch die Volksbank BraWo gebaut werden sollte. Die Volksbank BraWo hat, nachdem das Gebiet gebaut war, einen Rückzieher gemacht. Selbst wenn das in diesem Gebiet anders laufen sollte, woher sollen denn die ca. 40 Fachkräfte herkommen. Der Bedarf in den bestehenden Betreuungseinrichtungen kann heute schon nicht gedeckt werden.	Der Bebauungsplan kann durch Schaffung von entsprechendem Baurecht lediglich die Voraussetzungen zum Bau der Kindertagesstätten schaffen. Über die Entsprechenden Regelungen im städtebaulichen Vertrag sollen in diesem Fall zudem Bau und Betrieb sichergestellt werden. Der Fachkräftemangel kann allerdings nicht Bestandteil einer städtebaulichen Regelung sein.
5. Verkehrsgutachten WVI Prof. Dr. Wermuth Verkehrsforschung und Infrastrukturplanung GmbH Bei dem Verkehrsgutachten wird lediglich ein Tag im Juni 2022 betrachtet. Die Aussagekraft bei einer derart kurzen Beachtung ist fragwürdig. Auch der Vergleich mit der Zählung 2019 ist wenig hilfreich. Durch die geplanten 2 Kindertagesstätten wird sich der Verkehr an allen Knotenpunkten K1- K4 deutlich verstärken. Die Verkehrssituation auf dem Heidblick und damit an K1 und K2 ist heute schon durch den Schulbetrieb morgens und mittags unerträglich. Da bringen auch die am Anfang des Heideblicks ausgewiesenen Elternparkplätze für Eltern, die ihre Kinder zur Schule bringen oder von der Schule holen, wenig. Wie häufig diese überhaupt durch die Eltern genutzt werden, kontrolliert niemand. Auf z.B. Seite 21 werden sehr schön die Verkehrsströme dargestellt. Leider passen die Zahlen der einzelnen Abbildungen nicht zusammen. Beispiel: Abbildung 2-2 und Abbildung 2-4: Auf dem Aschenkamp fahren 343 Fahrzeuge Richtung Hauptstraße und 72 Fahrzeuge biegen vom Heideblick in die gleiche Richtung ab. Das sind 415 Fahrzeuge. In Abbildung 2-4 kommen aber im gleichen	Zu 5. Verkehrsgutachten WVI Prof. Dr. Wermuth Verkehrsforschung und Infrastrukturplanung GmbH. Die Hinweise und Einwände zu den geplanten Änderungen in Wenden wurden von Seiten der Verkehrsplanung nachvollzogen und geprüft. Das Verkehrsgutachten des unabhängigen Büros, der WVI Prof. Dr. Wermuth Verkehrsforschunq und Infrastrukturplanunq GmbH, ist aber fachlich korrekt erstellt worden und deckt sich mit den Erkenntnissen des anderen unabhängigen Büros, der Ingenieurgemeinschaft Dr.-Ing. Schubert, welches den 1. Bauabschnitt in Wenden-West, unter Berücksichtigung der zusätzlich zur Verfügung stehenden Potentialflächen gutachterlich betrachtet hatte. Beide Gutachten sind seitens der Stadt Braunschweig fachlich begleitet und geprüft worden. Die gewählte Erhebungsform entspricht dem aktuellen Stand der Technik. Der Abgleich zur Überprüfung der Plausibilität mit älteren Zählungen und der städtischen Verkehrsmengenkarte ist ergänzend der präziseste Weg einer Verkehrsprognose. Der nördliche Heideblick wird für den MIV des Plangebietes abgetrennt, so dass sich hier durch das Gebiet keine gravierenden Änderungen ergeben. Im Gegenteil wird die Straße und auch die Bereiche der Knotenpunkte K1 und K2 etwas entlastet, da der Lehrerparkplatz künftig nicht mehr auf diesem Wege angefahren werden soll. Die Hol- und Bringzone der Grundschule im Osten des Heideblicks ist auf die Mitarbeit der Schule

Zeitraum 418 Fahrzeuge an (190 und 228). Wo kommen diese 3 zusätzlichen Fahrzeuge her? Abbildung 2-3: 252 Fahrzeuge fahren auf dem Aschenkamp Richtung Hauptstraße, dazu gesellen sich 82 Fahrzeuge aus dem Heideblick. Das wären 334 Fahrzeuge plus ein Wender, also 335 In der Darstellung 2-5 sind es dann nur 330 Fahrzeuge (156 +174). Wo sind diese 5 Fahrzeuge geblieben? Auf den 50 m können sie nirgends verschwinden. Die übrigen Abbildungen scheinen beim Überschlagen zu stimmen. Diese Diskrepanzen sind nicht gerade vertrauensbildend. Wenn denn die Zahlen (mit den vielen Annahmen) eintreten, dann bedeutet das für Wenden ein Verkehrskollaps. Die Hauptstraße in Wenden ist heute schon dermaßen stark frequentiert. In der letzten Bezirksratssitzung (30.01.2024) war der Verkehr auf der Hauptstraße und die Unübersichtlichkeit durch parkende Autos wieder einmal Thema ohne Lösung. Nun kommen noch mehr Fahrzeuge dazu. Wie wird die Stadt dem entgegentreten? Wie sieht die Lösung dieses Problems aus?	angewiesen. Hier handelt es sich lediglich um ein städtisches Angebot, was auf Wunsch der Schule eingerichtet worden ist. Die Nutzung wird in unregelmäßigen Abständen kontrolliert und dürfte tatsächlich deutlich größer ausfallen. Insgesamt lässt sich über die Verkehrsbelastung des Heideblicks in diesem Bereich aber noch immer feststellen, dass außerhalb der relativ kurzen An- und Abreisezeiten der Schulen sehr wenig MIV vorhanden ist. Kleinere Ungenauigkeiten durch wendende Fahrzeuge, von privaten Stellplätzen oder aus dem öffentlichen Parkraum neu hinzukommende oder durch Einparkvorgänge wegfallende einzelne Fahrzeuge, in dem betreffenden Beobachtungszeitraum in einen Abschnitt einfahrende, aber erst im nächsten betrachteten Zeitintervall ausfahrende Fahrzeuge, usw. sind ganz normal und besitzen für die Abschätzung der künftigen Leistungsfähigkeiten der öffentlichen Verkehrsräume keine Relevanz. Eine Prognose basiert immer auf Annahmen, die hier von dem unabhängigen Sachverständigen-Büro nach dem aktuellen Stand der Technik vorgenommen worden sind. Die zu erwartenden Leistungsfähigkeiten sind dem Gutachten zu entnehmen, darin auch die Anteile, die dem neuen Plangebiet zuzuordnen sind. Aus dem Umland Zuziehende, die einen neuen Wohnort unmittelbar an einem ÖPNV-Verknüpfungspunkt mit Stadtbahnhaltestelle finden, entfallen potentiell bei den vielen einpendelnden Verkehrsteilnehmern. Allgemein wird bei Verkehrszählungen im Stadtgebiet ein Rückgang der Zahlen beim MIV festgestellt. Mit dem befürchteten „Verkehrskollaps“ muss nicht gerechnet werden. Die meisten der angesprochenen Verkehrsthemen sind nicht unmittelbar auf die Planungen des neuen Gebietes zurückzuführen. Allgemeine Verkehrsthemen sind an anderer Stelle, wie bei dem Mängelmelder der städtischen Internetpräsenz besser aufgehoben. Die gesamte Braunschweiger Mobilität wird aktuell noch immer im Rahmen der Aufstellung des Mobilitätsentwicklungsplanes bearbeitet und unter Einbeziehung der notwendig gewordenen Verkehrswende neu gedacht.
6. In welche Richtung wird der zusätzliche Verkehr verlaufen?	Zu 6. In welche Richtung wird der zusätzliche Verkehr verlaufen?

Bei der Untersuchung wird hauptsächlich das Wohngebiet, nicht aber die übrige Umgebung ausreichend betrachtet. Wie auch schon beim Baugebiet Wenden-West BA 1 beschrieben: Der neu dazukommende Schwerlastverkehr und Individualverkehr soll It. Verkehrsuntersuchung hauptsächlich Richtung Hansestraße gelenkt werden. Erreicht werden soll dies dadurch, dass der nördliche Kreisverkehr zwar von Linienbussen durchfahren werden kann, aber für LKWs zu eng ist. Wie das gehen soll, wird nicht näher erläutert. Das Argument, dass ein von einem Linienbus durchfahrbarer Kreisverkehr abschreckend auf LKW-Fahrer*innen wirkt, ist für mich wenig überzeugend. Vielleicht werden besonders große Transporter diese Option meiden, aber sicher nicht der normale LI(A/ (ab 2,8 Tonnen), wenn entsprechende Zeit-Vorteile erreicht werden. Keine zusätzlichen Kfz und LKWs Richtung Hauptstraße ist aus meiner Sicht Voraussetzung für die Vermeidung eines Verkehrschaos in Wenden und den Erhalt der lebenswerten, funktionierenden Hauptstraße, den Geschäftsbesatz, die Gastronomie - die gesamte Aufenthaltsqualität im Zentrum des Stadtteils. Auch die Sicherheit der Radfahrenden und querender Fußgänger*innen hängt davon ab, ob der MIV-Anteil noch weiter steigt. Die geplante Ableitung des Verkehrs in Richtung Hansestraße ist aus meiner Sicht vollkommen unrealistisch. Aufgrund der vielen Ampeln und der damit verbundenen Wartezeiten werden die Autofahrer sicher einen Umweg von einigen Hundert Metem in Kauf nehmen wenn sie dadurch bis zu 8 Ampeln sparen.	Die Stellungnahme beinhaltet Anmerkungen zum 1. Bauabschnitt, welcher nicht Gegenstand des vorliegen Planverfahrens ist. Die Schwerlastverkehre aus dem Gewerbegebiet des 1. Bauabschnitts sollen künftig von dort in Richtung Hansestraße abgeleitet werden, so dass sie den 2. Bauabschnitt nicht beeinträchtigen werden. Auf der Veltenhöfer Straße Richtung Wenden wird daher mit verengten Verkehrsräumen und möglichen Verboten für den Schwerlastverkehr gearbeitet werden. In dem 2. Bauabschnitt ist hingegen kein Gewerbegebiet, dass Schwerlastverkehr als Ausgangs- oder Zielverkehr besitzt, geplant. Es ist daher nicht ersichtlich welche zusätzlichen Lkw-Verkehre mit welchen Ausgangs- und Zielpunkten angesprochen sind, die eine Abkürzung durch die Veltenhöfer Straße wählen könnten.
Auch das Lärmgutachten geht mit keinem Wort auf das zusätzliche Verkehrsaufkommen und die damit verbundene Lärmentwicklung ein. Hier ist dringend eine Gesamtbewertung für Wenden erforderlich. Sonst besteht die Gefahr, dass erst unzumutbare Zustände eintreten, Schlafen nicht mehr möglich ist und viel Arger, kleine und wohlmöglich schwere Unfälle mit anschließender Flickschusterei folgen.	Im Lärmgutachten werden Berechnungen zum Straßen-, Schienen- und Schifffahrtsverkehrslärm sowie zum Fluglärm richtlinienkonform als Verkehrslärm zusammengefasst und berücksichtigt. Die Berechnung der Geräuschemissionen für den Straßenverkehrslärm erfolgt nach Vorgaben der Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen (RLS-19) anhand der Verkehrszahlen aus der Verkehrsuntersuchung der WVI Prof. Dr. Wermuth Verkehrsforschung und Infrastrukturplanung

	GmbH aus dem Jahr 2023 für das Prognosejahr 2035. Es wurden die Verkehrszahlen für den Prognose- Planfall 1 der Verkehrsuntersuchung einbezogen, welche die Umsetzung des geplanten 2. Bauabschnitts berücksichtigen. Festzustellen ist, dass das Plangebiet durch den Verkehrslärm aus verschiedenen Himmelsrichtungen verlärmt wird. Dabei tragen insbesondere die Autobahn A2, die Veltenhöfer Straße sowie die Summe der weiteren Verkehrsabschnitte aus Planstraßen, Stadtbahnstrecke sowie Mittellandkanal und insbesondere am Tag dem Fluglärm relevant zu den Geräuschimmissionen bei. Aktive und planerische Schallschutzmaßnahmen sind großflächig daher nicht sinnvoll umsetzbar. Das Gutachten zeigt jedoch auf, dass mit Hilfe einer ausreichenden Schalldämmung der Außenbauteile schutzbedürftiger Räume sowie einer fensterunabhängigen Lüftung oder besonderen Fensterkonstruktionen in Schlafräumen gesunde Wohn- bzw. Schlafverhältnisse im Plangebiet erreicht werden können.
Dieser zusätzliche Verkehr birgt natürlich auch ein wesentlich erhöhtes Unfallrisiko. Da die Gefahr von schweren Unfällen und langen Staubildungen steigt, ist auch eine Betrachtung von Gefahrguttransporten notwendig. Hier muss unter anderem mit Unfällen unter Beteiligung von Transporten radioaktiver Stoffe (Eckert & Ziegler) sowie einer deutlich ansteigenden Strahlenbelastung der Bevölkerung durch im Stau stehende Transporte radioaktiver Stoffe gerechnet werden. Deren Strahlung (Grenzwert an Fahrzeugoberfläche bis zu 2 Millisievert pro Stunde) entspricht dem bis zu 17.000-fachen des Grenzwertes von Überwachungsbereichen von Nuklearbetrieben von 1 Millisievert im Jahr.	Es ist an dieser Stelle nicht ersichtlich welcher zusätzliche Verkehr angesprochen wird. Wie oben beschrieben ist ein zusätzlicher Lkw-Verkehr aus dem Baugebiet „Wenden-West 2. BA“ nicht zu erwarten. Auch ist ein Bezug der wiederholt aufgeführten Verkehre mit Ziel in Thune zu dem aktuell zu bewertenden Plangebiet nicht ersichtlich. Fragestellungen des Gefahrguttransportes sind nicht Regelungsgegenstand des Bebauungsplans.
7. Umweltverbund: Gehen. Fahrrad fahren. Bus und Straßenbahn nutzen	Zu 7. Umweltverbund: Gehen. Fahrrad fahren. Bus und Straßenbahn nutzen
Die Aussagen in der Verkehrsuntersuchung, dass ,,das Plangebiet ... bestmöglich an das Braunschweiger Fuß- und Radwegenetz und den ÖPNV angebunden werden soll.., um den Umweltverbund zu stärken", ist aus meiner Sicht sehr gut, wurde allerdings nicht erfüllt. Auch hier wird lediglich das Baugebiet mit den Fahrrad- u. Fußmöglichkeiten betrachtet.	Angesprochen werden an dieser Stelle die städtischen Verkehrswege im Umfeld des Plangebiets. Das Plangebiet selbst wird in der Einwendung nicht bzw. nicht korrekt betrachtet. Gebietsintern wird das Plangebiet - wie in der Verkehrsuntersuchung dargestellt - verkehrsberuhigt, mit vielen Freizeitwegen, die für den MIV nicht nutzbar sind, geplant. Das Gebiet

Wenden bietet nicht viele Alternativen für Radfahrende bezüglich ihrer Wegenetze. Es gibt einige große Barrieren für den Radverkehr in dieser Region. Der Mittellandkanal, die Stadtbahntrasse, die 84 und die A2 können jeweils nur an wenigen Stellen gequert werden. In Wenden selbst gibt es keinen einzigen ausgewiesenen Fahrradweg. Nahezu alle Gehwege im Ortsteil sind schmaler als 2,5 m. Der ca. 1 km lange gemeinsame Geh-Radweg entlang der Stadtbahntrasse ist zwischen 1,9 und 2,8 m breit. Der Rat der Stadt Braunschweig hat aktuell beschlossen, dass 1-Richtungsradwege 2,3 m breit sein sollen - in Wenden wird dieser Wert nicht mal auf der wichtigsten Verbindung mit 2-Richtungsradweg und Fußweg erreicht. Obendrein ist dieser Weg zum Teil überwuchert und schlecht gepflegt (Winterdienst?). Dieser Weg über die A2 ist für viele Fahrradfahrer*innen auch von Thune, Haxbüttel und aus dem Papenteich die Hauptverbindung Richtung Süden nach Braunschweig-Mitte. Ansonsten kann alternativ die Hauptstraße oder mit Umwegen und noch schlechteren Rahmenbedingungen eine Route über Bienrode genutzt werden. Die Zustände sind jetzt schon äußerst unbefriedigend. Wenn sich der Rad- und Fußverkehr bei fast doppelt so vielen Einwohner*innen und viel mehr Arbeitsplätzen etwa verdoppeln wird, ist für mich unverständlich, warum sich die Verkehrsuntersuchung überhaupt nicht damit auseinandersetzt. Es wird so getan, als wäre nicht nur alles in bester Ordnung (der 1,5 m breite einseitige Gehweg auf der Südseite der Veltenhöfer Straße darf ja schließlich auch von Radfahrern mitbenutzt werden - was ist daran vertretbar?). Wir brauchen eine Bestandserfassung, eine Bewertung der Erhöhung der Nutzungsverdoppelung, Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen. Die vorliegende Verkehrsuntersuchung kreist nur um das Auto und den LKW und vergisst völlig den Fuß- und Radverkehr. Eine wichtige Maßnahme sollte sein, durch das neue Baugebiet eine hochwertige Geh- und Radwegeverbindung zwischen	wird für den Fuß- und Radverkehr sehr durchlässig und mit sehr vielen Anschlüssen an die umgebenden Verkehrswege geplant. Es soll dafür beispielsweise auch ein zusätzlicher Überweg über die Gleistrasse entstehen. Sämtliche an dem Plangebiet anliegenden Bus- und Stadtbahnhaltestellen werden auf direktem Weg gut und sicher erschlossen. Die geplante Tempo-30-Straße im Gebiet bietet zusätzlich Potential zu einer Fahrradstraße, die einen direkten Anschluss in Richtung Süden zur Veltenhöfer Straße bekommen soll. Dafür ist ein Gehweg und ein Zweirichtungsradweg in den aktuellen Braunschweiger Standardbreiten geplant. Entlang der Veltenhöfer Straße befinden sich bereits beidseitige Geh- und Radwege im Bau, da dieser Bedarf bereits durch den ersten Bauabschnitt entstanden ist. Es entsteht somit ein optimaler Anschluss an das umliegende öffentliche Verkehrsnetz. Auch für Radfahrer aus Thune, die über die Brücke beim Mittellandkanal anfahren, wird die Verbindung in Richtung Hansestraße deutlich attraktiver gestaltet. Entlang der Straßenflächen sind hier zukünftig durchgängig separate Radwege nutzbar. In der Summe lässt dies durchaus den Schluss zu, dass das Plangebiet bestmöglich an das Braunschweiger Fuß- und Radwegenetz und den ÖPNV angebunden wird. Die sichere Erschließung für die unterschiedlichen Verkehrsarten ist gegeben. Die Anmerkungen zu anderen Teilen des Stadtgebietes können an dieser Stelle allerdings nicht durch die Planungen des neuen Gebietes bedient werden. Das Gutachten gibt jedoch zusätzlich Hinweise, wie die Verkehrssituation im umliegenden Verkehrsraum evtl. verbessert werden könnte, was gleichzeitig im Rahmen des Mobilitätsentwicklungsplanes auch herausgearbeitet wird. Der Mobilitätsentwicklungsplan erarbeitet eine mittel- und langfristige Strategie zur Entwicklung und Steuerung des Mobilitätsverhaltens und des Verkehrs unter ökonomischen, ökologischen und sozialverträglichen Aspekten in Braunschweig. Es werden fortlaufend die Potentiale und Mängel des

Lessinggymnasium bis zur Haltestelle Geibelstraße zu bauen, um den vielen zusätzlichen Menschen einen attraktiven Weg zur Haltestelle Veltenhöfer Straße und Geibelstraße und mit dem Rad zu den südlich angrenzenden Stadtteilen, Schulen, Freizeitangeboten und zur Innenstadt anzubieten. Dazu ist eine gute Geh- und Radwegeführung in ausreichender Breite vom Lessinggymnasium über die Haltestelle Geibelstraße zur Brücke über die A2 erforderlich. Und wie sieht es auf der Veltenhöfer Straße Richtung Hauptstraße aus? Die Veltenhöfer Straße ist 6 m breit und im Ortsteil mit nur einem Gehweg von 1,5 m Breite auf der Südseite ausgestattet - dieser soll als Lösung für Radfahrer*innen freigegeben werden. Warum in der Verkehrsuntersuchung dieses nicht als Mangel erkannt wird, verstehe ich nicht. Einen nur 1,5 m breiten Gehweg für Fahrradfahrer freizugeben, ist doch keine Lösung. Wieso erkennt das Gutachten hierin nicht schon einen groben Mangel, der insbesondere mit den zusätzlichen Neubürgem beider Baugebiete so nicht bleiben kann? Und auf dem Teilstück zwischen Brandenburgstraße und Hauptstraße auf der Nordseite der Veltenhöfer Straße von einem vorhandenen Gehweg zu reden? Ist ein 1 m breiter Streifen wirklich als Gehweg zu bezeichnen? Von der Hauptstraße nach Südwesten auf der Veltenhöfer Straße sieht es für den Radverkehr auch schlecht aus. Bei 6 m Breite und deutlich mehr Kfz- und L1(A/-Verkehr wird das Unfall-Risiko steigen. Radfahren in diesem Bereich, wie auch auf der Hauptstraße, wird insbesondere morgens und abends zum Abenteuer. Und die T-Kreuzung mit der Hauptstraße bietet schon heute nur 2 statt der üblichen 3 Querungsmöglichkeiten für Fußgänger*innen. Wer über die Hauptstraße will, muss teilweise große Umwege in Kauf nehmen oder ungesichert queren. Wenn der Verkehr von 9.800 nach Norden auf ca. 14.000 Fahrzeuge pro Tag und nach Süden von 9,000 auf 13.000 steigt, werden die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen keine Chance mehr haben, die Hauptstraße ungesichert zu queren. Die Hauptverlierer*innen sind die Menschen, die	Verkehrssystems in Braunschweig betrachtet und Maßnahmen abgeleitet. Auch das Braunschweiger Radverkehrsnetz, welches die Grundlage für die weitere Netzplanung bildet, wurde im Rahmen dieser Mobilitätsentwicklungsplanung vor allem in Bezug auf die Verbindung und Erschließung der Stadtteile an die Innenstadt und zwischen den einzelnen Stadtteilen analysiert. Dabei standen die Radverkehrsachsen im Fokus, die eine besondere Verbindungsfunktion übernehmen. Ein Ziel des MEP ist es, unter anderem auf Grundlage des bestehenden Radverkehrsnetzes ein strategisches Hauptroutennetz für den Radverkehr zu entwickeln. Diese umfassenden Betrachtungen für das gesamte Stadtgebiet streben selbstverständlich auch eine Verbesserung der Fahrradinfrastruktur im Bereich von Wenden und Thune an. Die außerhalb des Plangebiets liegenden Maßnahmen sind jedoch nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanverfahrens.

umweltfreundlich zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind - das ist das genaue Gegenteil der Verkehrswende.	
8. Wie wird mit dem Verkehrslärm umgegangen? Schlicht gesagt: mit diesem Thema wird so gut wie gar nicht umgegangen. Die gesamte Betrachtung des Verkehrslärms bezieht sich ausschließlich auf die Auswirkungen auf die Neubebauung. Wie sich die Mehrbelastung auf die Wohnqualität der Wendenerinnen und Wendener auswirkt, die hier heute schon wohnen, wurde nicht untersucht. Das muss geschehen und dafür ist zuallererst zu überdenken, wie viel Verkehr entsteht und wo entlang dieser fährt.	Zu 8. Wie wird mit dem Verkehrslärm umgegangen? Das Thema ist untersucht und berücksichtigt worden. Im Lärmgutachten wird u. a. auf Seite 23 auf das Thema Verkehrslärm eingegangen. Es wird ausgeführt, dass das geplante Wohnbaugebiet auf den umliegenden Verkehrswegen ein erhöhtes Verkehrsaufkommen erzeugt, welches zu höheren Verkehrslärmimmissionen an der umgebenden Bebauung führt. Die Auswirkung dieses vorhabenbezogenen Verkehrslärms werden in Anlehnung an die Regelungen der Verkehrslärmschutzverordnung bzw. TA Lärm im Weiteren untersucht. Im Ergebnis ist festzustellen, dass durch das Baugebiet zwar ein zusätzliches Verkehrsaufkommen auf den umliegenden Verkehrswegen zu erwarten ist. Aufgrund der hinzukommenden Fahrbewegungen sind jedoch keine schädlichen Umwelteinwirkungen an den umliegenden schutzbedürftigen Nutzungen zu erwarten. Eine Notwendigkeit zur Umsetzung von Schallschutzmaßnahmen ergibt sich demnach nicht.
9. Klimaökologie Betrachtungsraum Bei der Planung des Baugebietes Wenden-West 1 wurden die Auswirkungen der geplanten Entwicklung bezüglich der Frischluftversorgung und der Lufttemperaturen ausschließlich unter der Voraussetzung betrachtet, dass das Kaltluftentstehungsgebiet nördlich der Veltenhöfer Straße wirksam bleibt und in Wenden weiterhin für Abkühlung und frische Luft sorgt. Da aber dieser Bereich nun überplant wird, ist das Fachgutachten aus Bebauungsplan 1 in seinen Aussagen hinfällig. Und es gibt sogar darüber hinaus noch weitere potenzielle Erweiterungsflächen. Auch hier fehlt die Gesamtbetrachtung beider Baugebiete und deren Auswirkungen. Mit der Gesamtplanung steht zu befürchten, dass sich die Temperaturen in ganz Wenden deutlich erhöhen, weil nahezu keine Kaltluft mehr einfließen wird. Hierbei wird im Gutachten mit keinem Wort auf die zu erwartenden	Zu 9. Klimaökologie: Die Auswirkungen des aktuell in Realisierung befindlichen 1. Bauabschnitts auf die Umweltgüter sind in die klimaökologische Gesamtbetrachtung zum 2. Bauabschnitt eingeflossen. Das Fachgutachten sowie die Begründung zum 2. BA berücksichtigen insofern das Zusammenwirken beider Bauabschnitte. Es ist festzustellen, dass durchaus eine Veränderung der klimaökologischen Situation zu erwarten ist. Mit Umsetzung der geplanten, gegensteuernden Maßnahmen kann der Anstieg der Wärmebelastung im Quartier jedoch gemindert, die Frischluftproduktion erhöht und so die Auswirkungen auf Gesundheit sowie die Lebens- und Aufenthaltsqualität abgemildert werden. Im Ergebnis verbleiben keine als erheblich und nachteilig zu wertenden umweltrelevanten Auswirkungen auf das Stadtklima. Weitere potenzielle Erweiterungsflächen westlich bzw. nördlich des Plangebiets sind in die

massiven Veränderungen durch den Klimawandel und die daher zusätzlich zu erwartenden Temperaturanstiege sowie Hitzeperioden eingegangen. Das ist aus meiner Sicht zwingend erforderlich, da wir bei dieser städtebaulichen Entwicklung nicht von einer Arrondierung des Bestandes, sondern von einer Verdoppelung an Einwohner*innen, Versiegelung und Verkehr sprechen.	Betrachtung des Fachgutachtens nicht eingeflossen, da noch keine konkreten Planungen vorliegen und auch noch keine Baurechte geschaffen werden, die eine solche Berücksichtigung erfordern würden. Sollten zu einem späteren Zeitpunkt konkrete Planungen in Angriff genommen werden sind die Auswirkungen entsprechend in der Gesamtbetrachtung zu untersuchen.
Beschlussvorschlag **Die Festsetzungen des Bebauungsplans werden beibehalten.**	

Stellungnahme 2	
Schreiben vom: 23.02.2024 vielen Dank für die Benachrichtigung gem. § 3 Abs. 2 Satz 3 des Baugesetzbuches (BauGB) über die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB zu dem Entwurf des Bebauungsplanes Wenden-West, 2. BA, WE 63 vom 22.01.2024. Dem Schreiben habe ich entnommen, dass zu beachten ist, dass es sich hierbei nicht um eine förmliche erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit der Aufforderung zur Stellungname gemäß § 4a Abs. 3 BauGB handelt. Dennoch möchte ich auf einige Punkte hinweisen, die mir bei der Durchsicht der Planunterlagen aufgefallen sind. Vor allem die Planbegründung enthält widersprüchliche Aussagen. Diese führen dazu, dass weiterhin der Nachweis nicht erbracht werden kann, dass die Planung an die Ziele der Raumordnung angepasst ist. Die textlichen Festsetzungen des Plans setzen unter I 1. fest, dass in den Allgemeinen Wohngebieten gemäß § 4 BauNVO der Versorgung des Gebietes dienende Läden nicht zulässig sind. Die Planbegründung führt auf S. 60 zudem aus, dass in den Allgemeinen Wohngebieten die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden ausgeschlossen werden, um wesentliche Auswirkungen gegen die Funktionsvielfalt des zentralen Versorgungsbereiches City sowie der Stadtteil- und Nahversorgungszentren durch die Ansiedlung von Einzelhandelsagglomerationen im	Abwägungsvorschlag Die umfassenden Ausführungen zum Sachverhalt werden zur Kenntnis genommen. Die vermeintlich widersprüchlichen Aussagen wurden geprüft. Die in der Planbegründung getroffenen Aussagen sind zwar nicht gänzlich falsch, dennoch wurden die Bedenken aufgegriffen und die Formulierung klarstellend konkretisiert.

Plangebiet zu verhindern. Um das Nahversorgungszentrum in Wenden zu schützen sollen Nahversorgungsrelevante Nutzungen im Plangebiet nur im begrenzten Umfang und nur im Urbanen Gebiet MU 2 ausnahmsweise zulässig sein. Diese Festsetzung und die dazugehörige Begründung werden von mir ausdrücklich begrüßt. Weiter wird unter I 2. festgesetzt, dass in den Urbanen Gebieten gemäß § 6a BauNVO ausnahmsweise Einzelhandelsnutzungen im Erdgeschoss des Urbanen Gebietes MU 2 zugelassen werden können, sofern diese der Nahversorgung der Bevölkerung dienen. Auch diese Festsetzung begrüße ich unter raumordnerischen Gesichtspunkten. Ebenso habe ich gegen folgende Ausführungen der Planbegründung keine Bedenken und kann diese aus raumordnerischer Sicht nachvollziehen: Seite 61: Es ist städtebauliches Ziel der Ausweisung der Urbanen Gebiete, dem Bedarf nach einem adäquaten Angebot an gebietsbezogener Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie allgemeinen städtebaulichen Ziele wie der "Stadt der kurzen Wege", der Vermeidung von Verkehr, der Sicherung der Grundversorgung und der Schaffung von Arbeitsplätzen im näheren Wohnumfeld nachzukommen. Seite 61: Um die Versorgung der Bevölkerung, besonders für die weniger mobilen Bewohnergruppen, mit Gütern des täglichen Bedarfs, insbesondere des Lebensmitteleinzelhandels, in Wohnortnähe sicherzustellen, erscheint daher die Ansiedlung eines zusätzlichen Nahversorgers in Wenden vernünftigerweise geboten. Allerdings sollte der bestehende Nahversorger im Stadtteilzentrum durch eine Neuansiedlung im Plangebiet nicht beeinträchtigt werden. Seite 61-62: Mit dem städtebaulichen Ziel wesentliche Auswirkungen gegen die Funktionsvielfalt des zentralen Versorgungsbereiches City sowie der Stadtteil- und Nahversorgungszentren insbesondere auch dem Stadtteilzentrum Wenden, Hauptstraße	

auszuschließen, werden im Urbanen Gebiet daher Einschränkungen hinsichtlich Ansiedlung von Einzelhandelsnutzungen getroffen. Dies erfolgt unter Beachtung der Ziele sowie Vorgaben der Landes- und Regionalplanung und auf Grundlage des Zentrenkonzepts der Stadt Braunschweig, das Leitlinien für Einzelhandelsansiedlungen im gesamten Stadtgebiet enthält. Seite 62: So werden in den Urbanen Gebieten Einzelhandelsbetriebe weitestgehend ausgeschlossen. Sie können im Erdgeschoss des Urbanen Gebietes MU 2 jedoch ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie hauptsächlich der wohnortnahen Versorgung dienen. Diese Festsetzung berücksichtigt die Ergebnisse der gutachterlichen Untersuchung zur Weiterentwicklung der Nahversorgung Wendens mit der Baugebietsentwicklung Wenden-West II des Büros Dr. Acocella Stadt- und Regionalentwicklung. Seite 62: Allerdings muss die Einzelhandelsnutzung nach gutachterlicher Aussage auf die Gebietsversorgung beschränkt bleiben, um die bestehenden Versorgungsstrukturen nicht zu gefährden. Seite 63: Hinsichtlich der Ladengröße unterliegt die Ansiedlung eines Betriebes oder einer Agglomeration oberhalb der Schwelle der Großflächigkeit von 800 m² Verkaufsfläche bzw. 1.200 m² Geschossfläche grundsätzlich der Regelvermutung, die sich aus § 11 Abs. 3 BauNVO ergibt. Großflächige Einzelhandelsbetriebe sind in einem Urbanen Gebiet demnach nicht zulässig. Seite 63: Demnach wäre zwar eine entsprechend große Verkaufsfläche städtebaulich noch vertretbar, allerdings wird im Rahmen der Festsetzung kein konkretes Baurecht für Einzelhandelsflächen in dieser Größenordnung geschaffen. Sie kann bei Erfüllung der o. g. Voraussetzungen ggf. nachgelagert erreicht werden (Nachweis über ein entsprechendes Einzelhandelsgutachten erforderlich). Die ausnahmsweise Zulässigkeit von Einzelhandelsvorhaben im Urbanen Gebiet MU 2 und der Ausschluss im Urbanen Gebiet MU1 dienen insbesondere dazu, die Nahversorgung im Stadtteilzentrum zu sichern.	

Dahingegen bestehen aus meiner Sicht Bedenken gegen die im Folgenden aufgeführten Aussagen der Planbegründung. Diese stehen im Widerspruch zu den im Vorangegangen erwähnten Ausführungen der Planbegründung: Seite 62: Zur Gewährung der Ausnahme ist daher im Baugenehmigungsverfahren ein entsprechendes Betriebskonzept vorzulegen. Hierzu folgende Anmerkung und Bedenken: Ist ein großflächiger Einzelhandelsbetrieb geplant, ist ein Betriebskonzept im Baugenehmigungsverfahren nicht ausreichend. Es ist vielmehr ein Verträglichkeitsnachweis zu erbringen. Dieser hat plausibel nachzuweisen, dass es sich um einen Betrieb der wohnortbezogenen Nahversorgung gemäß den Vorgaben des LROP handelt. Dient ein Planvorhaben mit periodischen Kernsortimenten der wohnortbezogenen Nahversorgung, wirken diese Betriebe ausschließlich kleinräumig und erlangen deshalb keine Raumbedeutsamkeit. Deshalb kann ihre VKF auch mehr als 800 m² betragen. Zwingend einzuhaltende Voraussetzungen dieser Betriebe sind, dass ihr Sortiment zu mindestens 90 % aus periodischen Sortimenten (Lebensmittel und Drogeriewaren) besteht und mehr als 50 % ihres Umsatzes von Kunden aus einem fußläufigen Einzugsbereich stammen. Wegen ihrer fehlenden Raumbedeutsamkeit sind Betriebe bis zu 800 m² VKF und Vorhaben der wohnortbezogenen Nahversorgung nicht an die Vorgaben des LROP gebunden. Sie werden allein über das Städtebaurecht gesteuert.	Zum Stichpunkt „Aussagen der Planbegründung zur Gewährung der Ausnahme im Baugenehmigungsverfahren“: Die Notwendigkeit einer Betriebsbeschreibung ist nicht falsch und schließt auch keine anderen Notwendigkeiten aus. Die Bedenken wurden dennoch aufgegriffen und die Planbegründung klarstellend konkretisiert. Die klarstellende Formulierung lautet nunmehr: Zur Gewährung der Ausnahme ist daher im Baugenehmigungsverfahren ein entsprechendes Betriebskonzept vorzulegen. Über einem Verträglichkeitsnachweis ist plausibel nachzuweisen, dass es sich um einen Betrieb der wohnortbezogenen Nahversorgung gemäß den Vorgaben des LROP handelt. Dient ein Planvorhaben mit periodischen Kernsortimenten der wohnortbezogenen Nahversorgung, wirken diese Betriebe ausschließlich kleinräumig und erlangen deshalb keine Raumbedeutsamkeit. Deshalb kann ihre Verkaufsfläche auch mehr als 800 m² betragen. Zwingend einzuhaltende Voraussetzungen dieser Betriebe sind, dass ihr Sortiment zu mindestens 90 % aus periodischen Sortimenten (Lebensmittel und Drogeriewaren) besteht und mehr als 50 % ihres Umsatzes von Kunden aus einem fußläufigen Einzugsbereich stammen. Wegen ihrer fehlenden Raumbedeutsamkeit sind Betriebe bis zu 800 m² VKF und Vorhaben der wohnortbezogenen Nahversorgung nicht an die Vorgaben des LROP gebunden. Sie werden allein über das Städtebaurecht gesteuert.
Seite 64: Es kann davon ausgegangen werden, dass eine Agglomeration im Umfang der gutachterlichen Untersuchung mit insgesamt 1.245 m² Verkaufsfläche - davon 1.020 m² Nahrungs- und Genussmittel, 80 m² sonstige nahversorgungsrelevante Sortimente und 25 m² Bäckereifiliale - ebenso der wohnortbezogenen Nahversorgung dienen und die weiteren Vorgaben erfüllen würde: Die Flächenumsätze sind bei für solche Lagen typischen kleinflächigen Betrieben in aller Regel geringer als in einem Lebensmittelbetrieb. Eine Agglomeration mit erheblichen raumordnerischen Wirkungen ist mit Blick auf die restriktiven Festsetzungen zur Einzelhandelsnutzung daher kaum zu erwarten.	Zum Stickpunkt „Aussagen der Planbegründung zum Umfang der Agglomeration“: Die Anregung in Bezug auf die Angabe zum Umfang der Agglomeration wurde aufgegriffen. Die kritisierte Formulierung wird gestrichen. Stattdessen lautet die klarstellende Formulierung nunmehr: „Falls sich doch in enger Nachbarschaft weitere – kleinflächige – Betriebe ansiedeln sollten, wird die Einstfung des Einzelhandelsstandortes als Agglomeration geprüft. Die o.g. maximale Gesamtverkaufsfläche stellt auch die Obergrenze für eine evtl. Agglomeration - beispielsweise mit Läden aus der MU-Zeile des 1. Bauabschnitts südlich der Veltenhöfer Straße - dar. Im

Das Planungsergebnis steht somit im Einklang mit dem raumordnerischen Zielvorgaben. Hierzu folgende Anmerkung und Bedenken: Im Verträglichkeitsgutachten "Gutachterliche Untersuchung zur Weiterentwicklung der Nahversorgung Wendens mit der Baugebietsentwicklung Wenden-West II" (Stand: 07. November 2023) des Büros Dr. Acocella Stadt- und Regionalentwicklung werden zwei Größenvarianten für einen großflächigen Einzelhandel im Plangebiet abgeprüft. Die größere Variante (Variante A) besteht aus einem Lebensmittelbetrieb mit einer Gesamtverkaufsfläche von 1.220 m², davon maximal 1.020 m² im Sortiment Nahrungs-/ Genussmittel und maximal rd. 80 m² im Teilsortiment Drogeriewaren). Die kleinere Variante (Variante B) besteht aus einem Lebensmittelbetrieb mit einer Gesamtverkaufsfläche von rd. 870 m², davon maximal 700 m² im Sortiment Nahrungs-/ Genussmittel und maximal 80 m² im Teilsortiment Drogeriewaren. Die oben aufgeführten Aussagen der Planbegründung stehen im Widerspruch zu der Aussage der gutachterlichen Untersuchung des Büros Dr. Acocella (u.a. Seite 37), dass für die Vorhabenvariante A vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Auswirkungsanalyse und der kleinteiligen Bestandsstrukturen Auswirkungen gegen den im Stadtteilzentrum ansässigen Supermarkt nicht zur Gänze ausgeschlossen werden können. Im Fazit der gutachterlichen Untersuchung wird auf Seite 47 zu der Variante A festgehalten, dass die nicht zur Gänze auszuschließenden wesentlichen Auswirkungen gegen den Bestand im Zentrum Wenden-West, v.a. gegen den dort ansässigen Supermarkt negativ zu werten sind. Eine Schließung dieses Betriebs ohne adäquate Nachfolge würde einer substanziellen Beeinträchtigung der Versorgungsfunktion des Stadtteilzentrums Wenden, Hauptstraße und den Verlust des mit Abstand bedeutendsten Frequenzbringers und Magnetbetriebes bedeuten. Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass aufgrund der Ergebnisse der Verträglichkeitsuntersuchung die zitierte Aussage der Planbegründung nicht nachvollzogen werden	Baugenehmigungsverfahren – besonders für einen Lebensmittelbetrieb – ist dann gutachterlich nachzuweisen, dass die Agglomeration insgesamt die Vorgaben aus § 11 Abs. 3 BauNVO und LROP einhält. " Da die Aussagen der Begründung richtiggestellt wurden und sich keine Auswirkungen auf die Festsetzungen ergeben, ist der Bebauungsplan Wenden-West, 2. BA, WE 63 an die Ziele der Raumordnung angepasst.

kann. Für Variante A kann der Nachweis nicht erbracht werden, dass es sich um einen Betrieb der wohnortbezogenen Nahversorgung handelt. Der Nachweis, dass ein solches Vorhaben an die Ziele der Raumordnung angepasst ist, kann nicht erbracht werden. Zudem stehen die Aussagen zu Variante A im Widerspruch zu den genannten Festsetzungen des B-Plans sowie zu den weiteren genannten Textpassagen in der Planbegründung, die meine positive Zustimmung finden. Die Planbegründung ist entsprechend anzupassen und zu überarbeiten. Ansonsten ist der Bebauungsplan Wenden-West, 2. BA, WE 63 nicht gemäß § 1 Abs. 4 BauGB an die Ziele der Raumordnung angepasst. Für Variante B kann die Raumverträglichkeit nachvollziehbar im Gutachten dargelegt werden. Gegen diese Variante bestehen von Seiten der Raumordnung keine Bedenken.	
Beschlussvorschlag **Die Festsetzungen des Bebauungsplans werden beibehalten.**	

Stellungnahme 3	
Schreiben vom: 13.02.2024 Gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der Stadt Braunschweig und der GGB wird letztere wie eine Trägerin öffentlicher Belange in die Flächennutzungs- und Bebauungsplanverfahren eingebunden und erhält im Rahmen der vorgesehenen Beteiligungen Gelegenheit zur Stellungnahme.	Abwägungsvorschlag Da die Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB abgegeben wurde, wird sie an dieser Stelle berücksichtigt und fließt in die Abwägung ein.
Das Plangebiet Wenden-West 2. BA WE 63 umfasst ca. 18,39 ha. Geplant ist die Realisierung von ca. 700 Wohneinheiten mit einem Mix aus Einfamilienhäusern (überwiegend in Reihenhausausprägung) und Mehrfamilienhäusern für ca. 1.500 Einwohnerinnen und Einwohner. Insgesamt stehen lediglich ca. 53 % der Fläche für eine Bebauung bzw. Veräußerung (einschließlich Sondergebiete, Flächen für Gemeinbedarf und Versorgungsflächen) zur Verfügung. Das schränkt die Wirtschaftlichkeit der Gebietsentwicklung vor dem Hintergrund der bisherigen Grunderwerbs-	Zum Stichpunkt „Fläche und Wirtschaftlichkeit“: Städtebauliches Ziel des Bebauungsplans ist es die Vielfalt und Qualität des Wohnungsangebotes in Braunschweig zu erweitern und der Schaffung von dringend benötigten Wohnbauflächen Rechnung zu tragen. Ermöglicht werden soll die Realisierung von ca. 700 Wohneinheiten mit einem Mix aus Einfamilienhäusern (überwiegend in Reihenhausausprägung) und Mehrfamilienhäusern, wobei der deutlich höhere Anteil der Wohneinheiten (ca. 87%) auf die Mehrfamilienhäuser fällt. Mit insgesamt nur 89 m²

sowie der erwarteten Erschließungs- und Folgekosten erheblich ein.	öffentliche Fläche (Grün-/Verkehrsflächen) je Wohneinheit, wird im Baugebiet insgesamt eine vergleichsweise hohe städtebauliche Dichte erreicht. Die Festsetzungen ermöglichen insofern eine flächenschonende, wirtschaftliche und zugleich verträgliche Siedlungserweiterung des Ortsteiles Wenden.
Ein zentraler von Südosten in nordwestliche Richtung verlaufender Grünzug gliedert das Baugebiet. Dieser Grünzug enthält zahlreiche Kinder- und Jugendplätze sowie einen temporären Veranstaltungsplatz. Für den noch abzuschließenden Städtebaulichen Vertrag weist die GGB schon jetzt darauf hin, dass insbesondere für die "Festwiese" mit ihren temporären Nutzungen die vollständige Kausalität bezogen auf die Gebietsentwicklung des 2. Bauabschnittes nachgewiesen werde müsste. Wie unter 8.2.1 dargelegt, muss die Übernahme von Folgekosten i. S. v. § 11 BauGB angemessen sein und in einem unmittelbaren zeitlichen und sachlichen Zusammenhang zur Erschließung des Baugebietes stehen.	Zum Stichpunkt "Festwiese": Die festgesetzten öffentlichen Grünflächen mit der Zweckbestimmung "Parkanlage mit Freizeitnutzungen" sollen differenziert gestaltet unter Berücksichtigung der Nutzungsansprüche jeweils zu einer naturnahen und abwechslungsreich gestalteten Parkanlage ausgebaut werden. Dabei wird in der südlichen Parkanlage (öffentliche Grünfläche 3) u. a. auch eine Wiesenfläche für temporäre Veranstaltungen wie z. B. Volksfeste vorbehalten. Da es sich bei solchen Veranstaltungen jedoch nur um gelegentliche, zeitlich begrenzte Nutzungen (sogenannte "seltene Ereignisse") handelt und ansonsten der Charakter einer Parkanlage dominiert, wird bewusst auf eine spezifische Festsetzung als "Festwiese" verzichtet. Die Wiese wird überwiegend als Parkanlage für die wohnungsnahe und wohngebietsbezogene Erholung zur Verfügung stehen. Sie dient der Deckung des örtlichen Bedarfs und steht somit im Zusammenhang mit der Gebietsentwicklung. Die Übernahme von Folgekosten ist im städtebaulichen Vertrag zu regeln und somit nicht Bestandteil der Festsetzungen.
Ebenso erscheint, wie im Nutzungsbeispiel dargestellt, die Notwendigkeit von 9 Kinder- und Jugendplätzen (plus Quartiersplatz und Festplatz) bei 700 Wohneinheiten in Summe überdimensioniert zu sein. Die GGB geht jedoch davon aus, dass es sich hierbei lediglich um Potentialflächen handelt, die nicht alle mit Spiel- und Jugendplätzen gestaltet werden sollen.	Zum Stichpunkt „Kinder- und Jugendspielflächen“: Die im Nutzungsbeispiel dargestellte Anzahl der Kinder- und Jugendspielplatze (plus Quartiersplatz und Festplatz) ist grundsätzlich beispielhaft und unverbindlich. Es gibt – wie bereits oben beschrieben - keine spezifischen Festsetzungen zu "Festwiese" bzw. einem Quartiersplatz. Hinsichtlich der Dimensionierung der Kinder- und Jugendplätzen sind die textlichen Festsetzungen zu beachten. Der Umfang der Flächen wurde durch die zuständige Organisationseinheit bei der Stadt ermittelt und bietet aus hiesiger Sicht keinen Anlass zu Zweifeln. Da die bestehenden Spielflächen im Spielplatzbezirk die aus dem Baugebiet

	entstehenden Bedarfe an Kinder- und Jugendspielflächen nicht decken können, sollen im Plangebiet weitere Spielflächen entstehen und in die festgesetzten öffentlichen Grünflächen integriert werden. Die Größe der Flächen ergibt sich aus dem Fehlbedarf. Auf eine konkrete Festsetzung der Lage und Anzahl wird jedoch bewusst verzichtet, um Spielräume für die weitere Ausgestaltung der Grünflächen vorzuhalten. Aus schalltechnischer Sicht empfiehlt es sich den Fehlbedarf von rund 2.700 m² an Jugendspielfläche vorzugsweise in den südlichen Grünflächen (öffentliche Grünflächen 3 und 4) unterzubringen. Weniger lärmintensive Jugendspielangebote können jedoch auch in die zentrale Grünfläche (öffentliche Grünflächen 1 und 2) integriert werden. Darüber hinaus sollen in den Grünflächen (öffentliche Grünflächen 1 -4) zur Deckung des Bedarfs und Sicherstellung einer guten Erreichbarkeit mehrere Kinderspielflächen in einer Gesamtgröße von insgesamt rund 1.200 m² entstehen. Kostenübernahme und Herstellungspflichten werden im städtebaulichen Vertrag geregelt und sind nicht Bestandteil der Festsetzungen.
In der Begründung zum Bebauungsplan wird unter Punkt 5.9 die notwendige soziale Infrastruktur beschrieben. Im 2. Absatz des Unterpunktes "Kindergartenplätze" heißt es: "Je Standort werden daher rund 4.000 m Gemeinbedarfsflächen mit Zweckbestimmung Kindertagesstätte festgesetzt." Die GGB geht davon aus, dass es sich hier um eine Quadratmeterangabe handelt.	Zu Stichpunkt „Größe der Gemeinbedarfsflächen“: Der redaktionelle Fehler in der Begründung wird korrigiert. Es sind rund 4.000 m² Gemeinbedarfsflächen.
Im Bebauungsplan wird darüber hinaus eine zwischen Heideblick und der Veltenhöfer Straße verlaufende Trasse für eine potenzielle Veloroute gemäß den strategischen Zielen des Entwurfs zum Mobilitätsentwicklungsplan berücksichtigt. Auch hier ist im Rahmen des städtebaulichen Vertrages die Kausalität bzw. der sachliche Zusammenhang zur Gebietsentwicklung zu dokumentieren.	Zum Stichpunkt „potenzielle Veloroute“: Die in der Begründung erwähnte potenzielle Route wurde im Rahmen der Planungen berücksichtigt, damit die Festsetzungen einer späteren Umsetzung nicht entgegenstehen. Es ist jedoch keine konkrete Festsetzung damit verbunden, zumal die tatsächliche Umsetzung des Veloroutennetzes aktuell noch nicht absehbar ist.
Beschlussvorschlag **Die Festsetzungen des Bebauungsplans werden beibehalten.**	

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
Wenden-West 2. BA **WE 63**
Behandlung der Stellungnahmen aus der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 4a (3) BauGB

Erneute Beteiligung vom 24.09.2024 bis 14.10.2024

Stellungnahme 1	
Schreiben vom: 09.10.2024	Abwägungsvorschlag
vielen Dank für die Benachrichtigung gern. § 3 Abs. 2 Satz 3 des BauGB über die Beteiligung der Öffentlichkeit gern. § 3 Abs. 2 BauGB zu dem Entwurf des Bebauungsplanes Wenden-West, 2. BA, WE 63 vom 24.09.2024. Dem Schreiben habe ich entnommen, dass zu beachten ist, dass es sich hierbei nicht um eine förmliche erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit der Aufforderung zur Stellungname gemäß§ 4a Abs. 3 BauGB handelt. Dennoch möchte ich auf einige Punkte hinweisen, die mir bei der Durchsicht der Planunterlagen aufgefallen sind. Die Anmerkungen und Bedenken meiner letzten Stellungnahme vom 23.02.2024 zur Planbegründung bezüglich des Einzelhandels wurden zum Teil in der überarbeiteten Planbegründung umgesetzt. In Bezug auf die Ausführungen zur Agglomerationsbildung auf 5. 64 der Begründung wurde der Absatz, der auf das Verträglichkeitsgutachten „Gutachterliche Untersuchung zur Weiterentwicklung der Nahversorgung Wendens mit der Baugebietsentwicklung Wenden-West II" (Stand: 07. November 2023) des Büros Dr. Acocella Stadt - und Regionalentwicklung eingeht, entfernt. Dennoch wird weiterhin davon ausgegangen, dass „eine Agglomeration mit erheblichen raumordnerischen Wirkungen ist mit Blick auf die restriktiven Festsetzungen zur Einzelhandelsnutzung daher kaum zu erwarten [ist]". Die Aussage zum Verträglichkeitsgutachten aus meiner letzten Stellungnahme bleibt bestehen. Es ist bedenklich, dass für Vorhabenvariante A die Auswirkungen gegen den im Stadtteilzentrum	Die hier vorgebrachten Aspekte gehören weder zu den geänderten noch zu den ergänzten Teilen und wurden im Rahmen der Abwägung zuvor bereits umfassend behandelt. Die Ergebnisse sind in Begründung der Festsetzungen, dem Gutachten sowie im Abwägungsvorschlag zu den Stellungnahmen des Regionalverbands vom 29. Juni 2023 und 24. Juli 2023 (Anlage 6.1) eingeflossen. Daher wird an dieser Stelle nicht noch einmal darauf eingegangen.

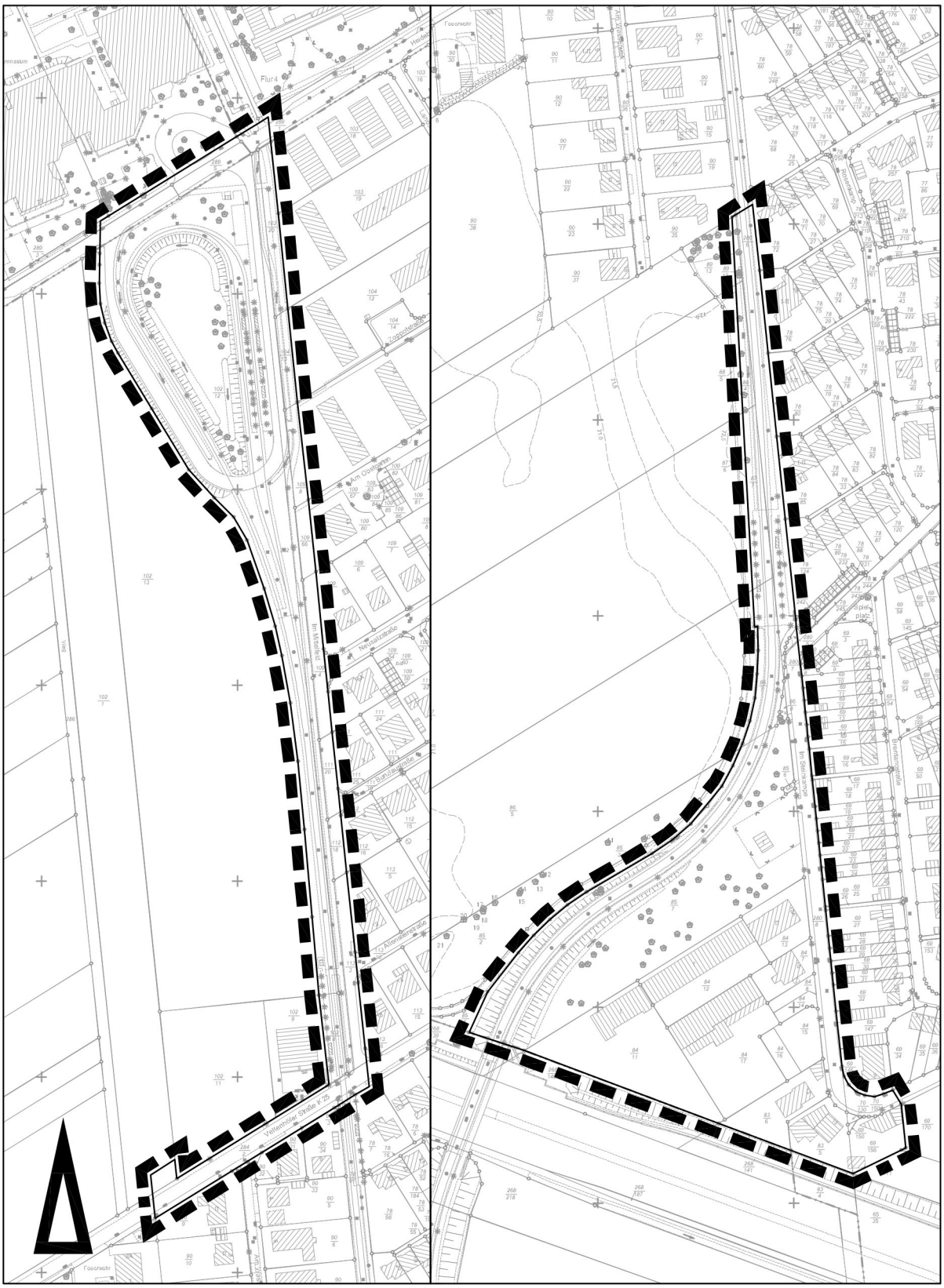
ansässigen Supermarkt nicht zur Gänze ausgeschlossen werden können. Eine Schließung dieses Betriebs ohne adäquate Nachfolge würde einer substanziellen Beeinträchtigung der Versorgungsfunktion des Stadtteilzentrums Wenden, Hauptstraße und den Verlust des mit Abstand bedeutendsten Frequenzbringers und Magnetbetriebes bedeuten. Für Variante A kann der Nachweis nicht erbracht werden, dass es sich um einen Betrieb der wohnortbezogenen Nahversorgung handelt. Der Nachweis, dass ein solches Vorhaben an die Ziele der Raumordnung angepasst ist, kann nicht erbracht werden. Diese Variante ist in den Planunterlagen zu Wenden-West, 2. BA, WE 63 auszuschließen. Für Variante B ist die Raumverträglichkeit durch das Verträglichkeitsgutachten nachgewiesen und es bestehen seitens der Raumordnung keine Bedenken. Ich erlaube mir eine Ausfertigung dieser Stellungnahme dem Arl Braunschweig und der IHK Braunschweig zur Kenntnis zukommen zu lasse	
Beschlussvorschlag **Die Festsetzungen des Bebauungsplans werden beibehalten.**	

Stadt **Braunschweig**

Bebauungsplan

Wenden-West **WE 50**

Bereiche, für die der Aufstellungsbeschluss vom 09.05.1995 aufgehoben werden soll



Maßstab 1:3000

0 50 100 200

Stadtgrundkarte [1] der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte [2]

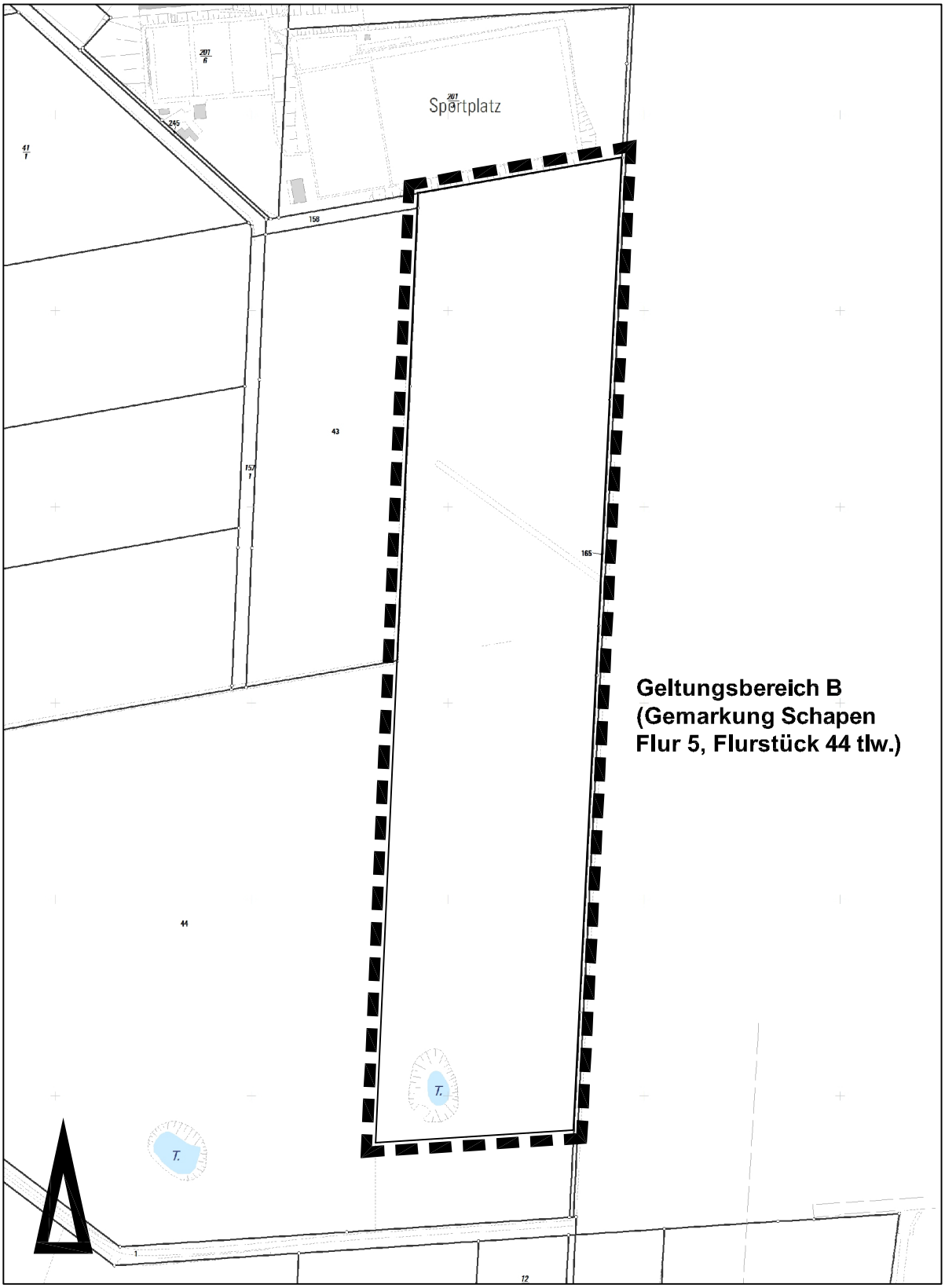
[1] © **Stadt Braunschweig** Abteilung Geoinformation

[2] © LGLN Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Braunschweig-Wolfsburg

Stadt **Braunschweig**

Bebauungsplan
Wenden-West **WE 50**

Bereich, für die der Aufstellungsbeschluss (formal erfolgt durch den Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB am 06.07.1999) aufgehoben werden soll



Maßstab 1:3000

0 50 100 200

Stadtgrundkarte [1] der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte [2]

[1] © **Stadt Braunschweig** Abteilung Geoinformation

[2] © LGLN Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Braunschweig-Wolfsburg

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24746
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Anpassung der Förderrichtlinien des Förderprogramms für regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen 2025

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VIII 68 Fachbereich Umwelt	20.11.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Umwelt- und Grünflächenausschuss (Vorberatung)	26.11.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

"1. Die Förderrichtlinien „Richtlinie zur Förderung der Solarstromerzeugung" (Anlage 1), "Richtlinie zur Förderung regenerativer Wärme im Bestand" (Anlage 2) und "Richtlinie zur Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Bestand" (Anlage 3) des Förderprogramms für regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen werden in der jeweils vorliegenden Fassung beschlossen.

2. Zur Steigerung der Teilnahmebereitschaft an einer Umfrage zur Zufriedenheit im Förderprozess wird ein Betrag in Höhe von 300 Euro aus dem Fördertopf bereitgestellt.

3. Die Verwaltung wird ermächtigt, redaktionelle Änderungen ohne erneute Gremienbeteiligung vorzunehmen.“

Beschlusskompetenz:

Die Beschlusskompetenz des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Nr. 2 NKomVG.

Sachverhalt:

Mit dem Förderprogramm für regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen unterstützt die Stadt Braunschweig seit 2012 die Reduktion lokaler Treibhausgasemissionen durch den Umstieg privater Haushalte auf regenerative Energien. Das Förderprogramm stellt eine etablierte und erfolgreiche Maßnahme im kommunalen Klimaschutz dar und erfreut sich hoher Nachfrage unter den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt. Zudem leistet es einen wesentlichen Beitrag zur lokalen Wirtschaftsförderung im Bereich regenerativer Energien.

Zusammenfassung des Förderjahres 2024

Bis zum 15. November 2024 wurden insgesamt 934 Anträge eingereicht und Fördermittel in Höhe von über 600.000 Euro beantragt. Durch zurückgezogene und abgelehnte Anträge sind zum aktuellen Zeitpunkt ca. 470.000 Euro an Fördermitteln ausgeschöpft. Ein Großteil der Anträge entfiel auf steckerfertige PV-Anlagen (602 Anträge), von denen 15

Antragstellende den Bonus für die Sozialkomponente in Anspruch nahmen. Dadurch wurden für steckerfertige PV-Anlagen, einschließlich Bonus, über 120.000 Euro gebunden.

Erfreulich ist der Anstieg bei Mieterstromprojekten: 24 Haushalte können mit einer Leistung von 77 kWp gefördert werden, was einer beantragten Fördersumme von ca. 23.000 Euro entspricht. Der Ausbau von 33 kWp vertikale PV-Anlagen wird bei vier Antragstellenden mit bis zu 7.000 Euro unterstützt.

Für den Bereich der regenerativen Wärme wurden etwa 165.000 Euro beantragt, die sich folgendermaßen zusammensetzen: 1 Antrag für Solarthermieanlagen, 14 Anträge für Brauchwasserwärmepumpen, 5 Erdreichwärmepumpen und 101 Luft/Wasser Wärmepumpen. Einen Bonus für ein besonders klimafreundliches Kältemittel gibt es bei 72 Antragstellenden.

Der Förderbereich für Einzelmaßnahmen an der Gebäudehülle ist mit ca. 130.000 Euro belegt (60 Anträge) sowie mit 6 Anträgen auf Sanierung auf ein Energieeffizienzhaus-Niveau, die etwa 18.000 Euro entsprechen.

Die Gesamtinvestitionssumme beläuft sich auf über 12 Mio. Euro, was einer Steigerung von mehr als 4 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Unter Berücksichtigung veränderter rechtlicher und technischer Rahmenbedingungen sowie zur Erweiterung des Förderspektrums schlägt die Verwaltung eine erneute Anpassung der Förderrichtlinien für das Jahr 2025 vor.

Folgende Änderungen sind beabsichtigt:

Schaltung einer anonymen Umfrage

Zur Förderung der Teilnahmebereitschaft an einer anonymen Umfrage zum Förderprozess wird ein Betrag in Höhe von 300 Euro in Form von Stadt-Gutscheinen zu je 15 Euro gebunden. Die Gutscheine werden im Rahmen einer Verlosung unter allen Teilnehmenden vergeben. Die Umfrage erhebt Daten zur Zufriedenheit im Förderprozess, Hintergrundinformationen wie Eigentums- oder Mietverhältnisse der Antragstellenden sowie deren Bruttojahreseinkommen. Ziel ist es, die Erkenntnisse zur Optimierung des Förderprogramms und zur Verbesserung interner Abläufe zu nutzen.

Richtlinie zur Förderung von Solarstromerzeugung

Die Förderung von steckerfertigen PV-Anlagen bleibt weiterhin bei 200 Euro, die installierte Peakleistung der PV-Module wird im zukünftigen Förderjahr jedoch auf maximal 960 Watt begrenzt. Dies wird damit begründet, dass im Frühjahr 2025 mit der Veröffentlichung der DIN VDE V 0126-95 gerechnet wird und diese voraussichtlich eine Begrenzung der Peakleistung der PV-Module auf 960 Watt vorsieht.

Der Förderschwerpunkt „Mieterstrom“ wird folgendermaßen umstrukturiert: Zukünftig wird die Förderung unter dem Namen “Gemeinschaftliche Solarstromprojekte” zusammengefasst. Dadurch werden die gesetzlichen Änderungen berücksichtigt, welche sich aus dem „Solarpaket I“ ergeben. Somit sind zukünftig auch eine „gemeinschaftliche Gebäudeversorgung“ und die „kollektive Selbstversorgung (Einzählermodell)“ förderfähig. Die Fördersumme für diesen Förderschwerpunkt wird im Rahmen einer zu erwartenden steigenden Nachfrage auf 4.000 Euro reduziert.

Daraus folgt zudem, dass aus dem Titel der Richtlinie 1 zukünftig der Begriff „Mieterstrom“ gestrichen wird. Die Richtlinie 1 heißt nun „Richtlinie zur Förderung von Solarstromerzeugung“

Alle weiteren Förderschwerpunkte der „Richtlinie zur Förderung von Solarstromerzeugung“

bleiben in der bisherigen Form erhalten.

Richtlinie zur Förderung regenerativer Wärme im Bestand

Aufgrund einer zuletzt sehr geringen Nachfrage der Förderung für Solarthermieanlagen, soll dieser Förderschwerpunkt gestrichen werden.

Dafür wird die Aufnahme einer Luft/Luft Wärmepumpe als Förderinhalt i. H. v. 500 Euro vorgeschlagen. Dies ist damit zu begründen, dass Luft/Luft Wärmepumpen eine kostengünstige Alternative zu Gasetagenheizungen darstellen, wodurch eine bestehende Lücke bzgl. alternativer Infrastrukturen in der Wärmewende geschlossen werden kann. Luft/Luft Wärmepumpen bieten zwar nicht den gleichen Komfort wie wasserführende Heizsysteme, sind jedoch vergleichbar effizient wie Luft/Wasser Wärmepumpen und können beispielsweise auch in zukünftigen Fernwärmegebieten als treibhausgasneutrale Übergangslösung genutzt werden. Zudem ist der Doppelnutzen von Luft/Luft Wärmepumpen hervorzuheben, die vergleichbar wie wasserführende Wärmepumpen für eine Regulierung der Wohnraumtemperatur auch in Hitzeperioden nutzbar gemacht werden können. Da aufgrund des fortschreitenden Klimawandels mit einer Zunahme extremer Hitzeereignisse in Braunschweig zu rechnen ist und die Hitzebelastung der Bevölkerung in verdichteten, stark versiegelten Stadtbereichen noch verstärkt wird (vgl. Urbaner Wärmeinseleffekt), ist dieser Beitrag zur Minderung des Hitzestresses bei sommerlicher Überwärmung auch ein sinnvoller Beitrag zur Klimafolgenanpassung.

Alle weiteren Förderschwerpunkte der „Richtlinie zur Förderung regenerativer Wärme im Bestand“ bleiben in der bisherigen Form erhalten.

Richtlinie zur Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Bestand

Die Förderschwerpunkte der „Richtlinie zur Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Bestand“ bleiben in der bisherigen Form erhalten.

In der Anlage sind die aktualisierten Förderrichtlinien des Förderprogramms für regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen beigefügt.

Herlitschke

Anlage/n:

Anlage 1 Richtlinie zur Förderung der Solarstromerzeugung
Anlage 2 Richtlinie zur Förderung regenerativer Wärme im Bestand
Anlage 3 Richtlinie zur Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Bestand

Richtlinie zur Förderung der Solarstromerzeugung

1. Förderziel

Ziel dieser Zuschussrichtlinie ist die Förderung der Solarstromnutzung und der erleichterte Zugang zu erneuerbaren Energien. Mit der Förderung soll der Anteil an Solarenergie im Stadtgebiet Braunschweig erhöht werden.

2. Räumlicher Geltungsbereich

Die Förderrichtlinie findet Anwendung für Liegenschaften im Stadtgebiet Braunschweig.

3. Allgemeine Fördervoraussetzungen

Eine Doppelförderung ist, **bis auf folgende Ausnahmen**, grundsätzlich ausgeschlossen:

- Die Nutzung passender Kredite und Zuschüsse im Rahmen von Förderprogrammen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) oder vergleichbare Produkte anderer Kreditinstitute (bspw. N-Bank).
- Die Inanspruchnahme der Einspeisevergütung über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).
- Die Kombination mit der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG).

4. Was wird gefördert?

a) Steckerfertige-PV-Anlagen (Stecker-PV), die den folgenden Anforderungen entsprechen:

- Der Strom wird aus der steckerfertigen PV-Anlage („Stecker-PV“) erzeugt.
- Die Mindestausgangsleistung von 350 Voltampere (VA) oder 0,35 Kilovoltampere (kVA) und **die maximale Ausgangsleistung des Wechselrichters (Nennausgangsscheinleistung VA) von 800 VA oder 0,8 kVA** (entsprechend der aktuell gültigen Fassung des EEG) wird eingehalten.
- Die installierte Peakleistung der PV-Module beträgt zusammen maximal 960 Watt (dies entspricht zwei Standard-Modulen).

Folgende Bedingungen müssen hierbei eingehalten werden:

- Die Anlage ist im Marktstammdatenregister zu registrieren.
- Es handelt sich um eine fest montierte Stecker-PV-Anlage.
- Jeder teilnehmende Haushalt ist automatisch Betreiber der Anlage und für die sachgerechte Installation zuständig.
- Es gibt keine bereits bestehende PV-Anlage auf oder an der Liegenschaft. Stecker-PV-Anlagen anderer Betreiber/-innen bzw. Wohngemeinschaften sind zulässig.
- Die Zustimmung des Vermieters/der Vermieterin oder ggf. der Hauseigentümergemeinschaft liegt vor.
- Es sind außerdem die etwaigen Vorgaben von BSINETZ einzuhalten.

Bonus für steckerfertige PV-Anlagen
Bei Antragstellenden, die nachweislich zum Zeitpunkt der Antragstellung zum Bezug der nachfolgenden Leistungen berechtigt sind, erhöht sich die Förderung der steckerfertigen PV-Anlagen.

- Bürgergeld gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) – Bürgergeld in der aktuellen Fassung.
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gemäß SGB Zwölftes Buch (XII), Sozialhilfe in der aktuellen Fassung.

- Wohngeld in Form eines Zuschusses zur Miete (Mietzuschuss) oder zur Belastung (Lastenzuschuss) für den selbst genutzten Wohnraum gemäß Wohngeldgesetz in der aktuellen Fassung.
- BAföG gemäß Bundesausbildungsförderungsgesetz.

b) Vertikale PV-Anlagen (Stromerzeugende Fassade und Zäune) an Hauswänden und Zäunen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
- Eine Neigung von 70 Grad darf nicht unterschritten werden.
- Die installierte Leistung der vertikalen PV-Module beträgt 3 bis 20 kWp.

c) Gemeinschaftliche Solarstromprojekte: Mieterstrom; Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung; Kollektive Selbstversorgung (Einzählermodell)
- Der Strom wird aus einer PV-Anlage erzeugt.
- Am gemeinschaftlichen Solarstromprojekt sind mindestens drei Wohneinheiten beteiligt.
- Die PV-Anlage hat mindestens eine installierte Peak-Leistung von 10 kW.
- Volleinspeisungen und Leasingmodelle werden **nicht** gefördert.
- Alle geltenden bundes- und landesrechtlichen Regelungen werden eingehalten.

d) Die **Weiterbildung zur Fachkraft Photovoltaik (DGS/VDE)**
- Fördervoraussetzung ist das erfolgreiche Bestehen einer schriftlichen Abschlussprüfung.
- Als Nachweis dient das Zertifikat: Fachkraft für Photovoltaik (VDE/DGS).
- Antragsberechtigt sind in Braunschweig wohnhafte Privatpersonen oder Unternehmen mit Sitz in Braunschweig.
- Erstattet wird ein Teil der Kursgebühren, welche die teilnehmende Person oder der jeweilige Betrieb selbst bezahlen muss.

Grundsätzlich **nicht** förderfähig sind:
- Überwiegend aus gebrauchten Teilen bestehende PV-Anlagen,
- Prototype,
- Mobile PV-Anlagen,
- Anlagen von Leasingsystemen,
- Installationen, die aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen vorgeschrieben sind.

5. Art und Höhe der Förderung

Die finanzielle Förderung wird als einmaliger, nicht zurückzahlbarer Zuschuss zu den Gesamtkosten gewährt. Die Gesamtkosten setzten sich aus den Anschaffungskosten sowie Installations- und Anschlusskosten bzw. bei Weiterbildungen der Kursgebühr zusammen.

Steckerfertige PV-Anlagen, Stromerzeugende Fassaden/Zäune, Gemeinschaftliche Solarstromprojekte und Weiterbildungen werden folgendermaßen gefördert:

Fördergegenstand	Förderhöhe von bis zu
Steckerfertige PV-Anlagen (0,35 – 0,8 kVA)	200 €
Bonus für Steckerfertige PV-Anlagen bei Bezug von Wohngeld, Bürgergeld, Grundsicherung oder BAföG	150 €
Stromerzeugende Fassade/Zäune (vertikale PV-Anlage, 3 - 20 kWp)	200 € je kWp
Gemeinschaftliche Solarstromprojekte (mind. 10 kWp)	4.000 € je Liegenschaft
Weiterbildung zur Fachkraft Photovoltaik (DGS/VDE)	50 % der Kursgebühren, maximal 1.000 €

Ist die Anlagenleistung im Verwendungsnachweis höher als die geplante Anlagenleistung bei Antragstellung, so gelten die Angaben im Antrag als Maßgabe für die Berechnung und Festsetzung der Förderhöhe.
Die Förderung ist möglich bis zu einem Maximalbetrag von 4.500 € je Liegenschaft und 25.000 € je Antragssteller/-in (Institution, Firma, etc.) innerhalb des jeweiligen Förderjahres. Diese Grenze gilt in Kombination mit den übrigen Förderrichtlinien des Förderprogramms für regenerative Energien.

6. Weitere Bedingungen

Die Bewilligung erfolgt als freiwillige Leistung der Stadt Braunschweig im Rahmen der für diesen Zweck noch bereitstehenden Haushaltsmittel, auf die kein Rechtsanspruch besteht.

Es können nur Installationsvorhaben oder Weiterbildungsmaßnahmen gefördert werden, die im Jahr der Antragsstellung begonnen worden sind. Die Anzeige eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns ist nicht notwendig.

Als Vorhabenbeginn gilt der Start der Bauarbeiten vor Ort und bei steckerfertigen PV-Anlagen der Kauf der Anlage. Die Planung der Maßnahme, die Beantragung und Bewilligung der erforderlichen Genehmigungen sowie der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages gelten nicht als Beginn des Vorhabens.

Installationsvorhaben und Weiterbildungen können im Jahr der Umsetzung der Maßnahme nur gefördert werden, wenn diese bis zum 31. Dezember des betreffenden Jahres abgeschlossen worden sind. Sollte die beantragte und genehmigte Anlage auf Grund von nachzuweisenden Lieferschwierigkeiten seitens der Herstellerfirmen oder durch Installationsschwierigkeiten seitens des Installateurs im Jahr der Förderung nicht mehr in Betrieb genommen werden, so kann vorbehaltlich bereitgestellter Haushaltsmittel die Auszahlung der Förderung im darauffolgenden Jahr ohne erneute Antragstellung des Zuwendungsempfängers durch die Bewilligungsbehörde erfolgen.

Kann die Betriebsbereitschaft eines gemeinschaftlichen Solarstromprojektes nicht bis zum 31. Dezember des betreffenden Jahres nachgewiesen werden, ist eine verbindliche Realisierungsabsicht aller Vertragsparteien nachzuweisen. Die Stadt Braunschweig wird einzelfallbezogen über eine Förderung entscheiden.

Die Förderhöhe darf die Gesamtkosten gemäß Ziffer 5 dieser Richtlinie nicht überschreiten, ansonsten wird der zu fördernde Betrag entsprechend gekürzt.

7. Antrag

Die Antragstellung erfolgt ausschließlich online. Der Zeitpunkt der Antragstellung beginnt vorbehaltlich des Vorhandenseins entsprechender Haushaltmittel im April jeden Jahres (mit der Ausnahme von Sonn-, Feier- oder Samstagen) und mit Freischaltung des aktuellen Antragsformulars im Onlineportal unter www.service.braunschweig.de/.

Antragsberechtigt sind juristische oder natürliche Personen, die Eigentümer-/innen, Pächter-/innen oder Mieter-/innen der Liegenschaften im Stadtgebiet Braunschweigs sind, auf, in, oder an denen die Anlageninstallation durchgeführt werden soll. Pächter-/innen oder Mieter-/innen benötigen die schriftliche Erlaubnis des/der Eigentümers-/in zur Errichtung und zum Betrieb der Anlage. Wohnungsbaugesellschaften müssen ihren Sitz in Braunschweig haben. Städtische Wohnungsbaugesellschaften und Förderungen auf Grundstücken der städtischen Kernverwaltung sind von der Förderung ausgeschlossen.
Bezüglich Weiterbildungsmaßnahmen sind in Braunschweig wohnhafte Privatpersonen oder Unternehmen mit Sitz in Braunschweig antragsberechtigt.

Für den Antrag eines gemeinschaftlichen Solarstromprojektes, einer vertikalen PV-Anlage oder Weiterbildung ist ein Kostenvoranschlag der ausführenden Firma direkt mit hochzuladen oder innerhalb der Frist von 16 Wochen nachzureichen. Bei Antragstellung einer steckerfertigen PV-Anlage sind die Unterlagen erst nach Beendigung der Maßnahme einzureichen (s. hierzu Ziffer 8 dieser Richtlinie).

Eingegangene Anträge auf Bezuschussung werden nach Eingang und Vollständigkeit der Unterlagen bearbeitet und fachlich geprüft. Fehlende Unterlagen sind spätestens 16 Wochen nach Antragstellung einzureichen, um für die Antragsprüfung berücksichtigt zu werden. Eventuelle Änderungen sind ebenfalls in dieser Frist mitzuteilen. Sobald das Fördervolumen aufgebraucht ist, ist keine weitere Antragstellung in diesem Förderzeitraum mehr möglich.

Falls eine Förderung abgelehnt wird, hat der/die Antragssteller-/in die ihm/ihr entstandenen Kosten selbst zu tragen.

8. Verwendungsnachweis

Nach Beendigung aller Maßnahmen sind die Kopien der Originalrechnungen der Anlage bzw. Weiterbildung vorzulegen.

- Bei steckerfertigen PV-Anlagen (Stecker-PV) sind außerdem der Nachweis über die Anmeldung beim Marktstammdatenregister und ein Foto der installierten Anlage einzureichen.
- Nach erfolgreichem Abschluss einer Weiterbildung ist diese über das Zertifikat „Fachkraft für Photovoltaik (VDE/DGS)“ oder Vergleichbares nachzuweisen.
- Für vertikale PV-Anlagen sowie bei gemeinschaftliche Solarstromprojekte ist zusätzlich noch das Inbetriebnahmeprotokoll einzureichen

Die Stadt Braunschweig kann verlangen, dass ergänzende Belege beigebracht werden und behält sich vor, die geförderte Anlage zu besichtigen.

9. Auszahlung der Zuwendung

Vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wird die Zuwendung erst dann ausgezahlt, wenn das im Antrag beschriebene Vorhaben unter Vorlage der unter Ziffer 8 dieser Förderrichtlinie geforderten Nachweise umgesetzt worden ist und der Verwendungsnachweis ohne Beanstandung geprüft wurde.

10. Allgemeines Verfahren

Das Verfahren richtet sich nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig in der derzeit geltenden Fassung, sofern diese nicht durch Regelungen dieser Richtlinie ersetzt worden sind. Darüber hinaus behält sich die Stadt vor, Zuschüsse nebst Zinsen zurückzufordern, wenn die Anlage in einem Zeitraum von weniger als 5 Jahren ab Inbetriebnahme außer Betrieb genommen oder so verändert wird, dass diese den Zielsetzungen dieser Zuschussrichtlinie nicht mehr entspricht. Das Nähere regelt § 13 der Richtlinie über die Gewährung von Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig.

11. Inkrafttreten

Diese Förderrichtlinie tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. Sie ersetzt die bisherige Fassung.

Richtlinie zur Förderung regenerativer Wärme im Bestand

1. Förderziel

Ziel dieser Zuschussrichtlinie ist die Förderung der Errichtung von Grundwasser-, Erdreich- und Luftwärmepumpen zur Bereitstellung regenerativer Wärme. Mit dieser Förderung soll der Anteil an regenerativer Wärme im Stadtgebiet Braunschweig erhöht werden.

2. Räumlicher Geltungsbereich

Die Förderrichtlinie findet Anwendung für Liegenschaften im Stadtgebiet Braunschweig.

3. Allgemeine Fördervoraussetzungen

Bei der errichteten Anlage muss es sich um eine marktfähige Anlage handeln, die bereits vom Hersteller allgemein angeboten wird. Eigenbauanlagen, Prototypen oder bereits gebrauchte sowie zu überwiegend aus gebrauchten Teilen bestehende Anlagen werden nicht gefördert.

Die beantragten Installationsvorhaben müssen den aktuell geltenden Bedingungen der KfW „Bundesförderung für effiziente Gebäude - Heizungsförderung für Privatpersonen/Unternehmen“ (KfW Zuschuss 458 oder 459) entsprechen. Eine Kombination mit der entsprechenden Bundesförderung für effiziente Gebäude ist möglich.

Die Anlagen sind nur in solchen Gebäuden förderfähig, die zum Zeitpunkt der Antragstellung älter als fünf Jahre sind.

4. Was wird gefördert?

Gefördert werden klimafreundliche Anlagen zur Wärme- und Kälteerzeugung in Kombination mit dem Einsatz regenerativer Energien. Dazu gehören Brauchwasser- und Luft/Luft Wärmepumpen, Luftwärmepumpen (Luft/Wasser), Grundwasser- (Wasser/Wasser) und Erdreichwärmepumpen (Sole/Wasser).

Luft/Luft Wärmepumpen werden nur gefördert, wenn dessen Außengerät auf der „Liste der förderfähigen Wärmepumpen mit Prüf-/Effizienznachweis“ der BAfA aufgeführt sind und in Kombinationen mit dem/den Innengerät/en

- bei einer Heizleistung bis 12 kW eine Effizienz-Klasse „A+++“ oder „A++“ aufweisen oder
- bei einer Heizleistung von mehr als 12 kW ein Raumheizungs-Jahresnutzungsgrad (ηs,h) von mindestens 150 % im Heizbetrieb erbracht werden kann.

Im Falle von Split- oder Multisplitgeräten ist die Installation von Wärmepumpen nur durch Fachbetriebe gestattet.

Wärmepumpen, welche ein Kältemittel mit einem Global Warming Potential (GWP) von kleiner gleich 150 verwenden (GWP ≤ 150, z.B. Propan), erhalten einen zusätzlichen finanziellen Anreiz.

5. Art und Höhe der Förderung

Gefördert werden Materialkosten und Installationsdienstleistungen:

Fördergegenstand	Förderhöhe von bis zu
Brauchwasserwärmepumpen	500 €
Luft/Luft Wärmepumpe	500 €
Luftwärmepumpen (Luft/Wasser)	1.000 €
Grundwasser- (Wasser/Wasser) bzw. Erdreichwärmepumpen (Sole/Wasser)	4.000 €
Bonus für Wärmepumpen mit einem klimafreundlichen Kältemittel (GWP ≤ 150)	500 €

Die finanzielle Förderung wird auf ein BEG-förderfähiges Vorhaben und als einmaliger, nicht zurückzahlbarer Zuschuss gewährt.

Die Förderung ist möglich bis zu einem Maximalbetrag von 4.500 € je Liegenschaft und 25.000 € je Antragssteller/-in (Institution, Firma, etc.) innerhalb des jeweiligen Förderjahres. Diese Grenze gilt in Kombination mit den übrigen Förderrichtlinien des Förderprogramms für regenerative Energien.

6. Weitere Bedingungen

Die Bewilligung erfolgt als freiwillige Leistung der Stadt Braunschweig im Rahmen der für diesen Zweck noch bereitstehenden Haushaltsmittel, auf die kein Rechtsanspruch besteht.

Es können nur Installationsvorhaben gefördert werden, die im Jahr der Antragsstellung begonnen worden sind. Die Anzeige eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns ist nicht notwendig.

Als Vorhabenbeginn gilt der Start der Bauarbeiten vor Ort. Die Planung der Maßnahme, die Beantragung und Bewilligung der erforderlichen Genehmigungen sowie der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages gelten nicht als Beginn des Vorhabens.

Installationsvorhaben können im Jahr der Umsetzung der Maßnahme nur gefördert werden, wenn diese bis zum 31. Dezember des betreffenden Jahres abgeschlossen worden sind. Sollte die beantragte und genehmigte Anlage auf Grund von nachzuweisenden Lieferschwierigkeiten seitens der Herstellerfirmen oder durch Installationsschwierigkeiten seitens des Installateurs im Jahr des Umsetzungsbeginns nicht mehr in Betrieb genommen werden, so kann vorbehaltlich bereitgestellter Haushaltsmittel die Auszahlung der Förderung im darauffolgenden Jahr ohne erneute Antragstellung des Zuwendungsempfängers durch die Bewilligungsbehörde erfolgen.

Die Förderhöhe darf die Gesamtkosten gemäß Ziffer 5 dieser Richtlinie nicht überschreiten, ansonsten wird der zu fördernde Betrag entsprechend gekürzt.

7. Antrag

Die Antragstellung erfolgt ausschließlich online. Der Zeitpunkt der Antragstellung beginnt vorbehaltlich des Vorhandenseins entsprechender Haushaltmittel im April jeden Jahres (mit der Ausnahme von Sonn-, Feier- oder Samstagen) und mit Freischaltung des aktuellen Antragsformulars im Onlineportal unter www.service.braunschweig.de/.

Antragsberechtigt sind juristische oder natürliche Personen, die Eigentümer-/innen, Pächter-/innen oder Mieter-/innen der Liegenschaften im Stadtgebiet Braunschweigs sind, auf, in, oder an denen die Anlageninstallation durchgeführt werden soll. Pächter-/innen oder Mieter-/innen benötigen die schriftliche Erlaubnis des/der Eigentümers-/in zur Errichtung und zum Betrieb der Anlage. Wohnungsbaugesellschaften müssen ihren Sitz in Braunschweig haben.

Städtische Wohnungsbaugesellschaften und Förderungen auf Grundstücken der städtischen Kernverwaltung sind von der Förderung ausgeschlossen

Bei Antragstellung ist ein Kostenvoranschlag der ausführenden Firma sowie die baurechtliche Genehmigung (soweit erforderlich) direkt mit hochzuladen oder innerhalb der Frist von 8 Wochen nachzureichen.

Eingegangene Anträge auf Bezuschussung werden nach Eingang und Vollständigkeit der Unterlagen bearbeitet und fachlich geprüft. Fehlende Unterlagen sind spätestens 8 Wochen nach Antragstellung einzureichen, um für die Antragsprüfung berücksichtigt zu werden. Eventuelle Änderungen sind ebenfalls in dieser Frist mitzuteilen. Sobald das Fördervolumen aufgebraucht ist, ist keine weitere Antragstellung in diesem Förderzeitraum mehr möglich.

Falls eine Förderung abgelehnt wird, hat der/die Antragssteller-/in die ihm/ihr entstandenen Kosten selbst zu tragen.

8. Verwendungsnachweis

Nach Beendigung der Maßnahme sind die Kopien der Originalrechnungen vorzulegen. Bei der Beantragung des „Bonus für Wärmepumpen mit einem klimafreundlichen Kältemittel“ muss dies in der Rechnung ersichtlich werden. Bei Luft/Luft Wärmepumpen muss die Effizienz des Gesamtsystems in der Rechnung oder anderweitig aufgeführt sein.
Die Stadt Braunschweig kann verlangen, dass ergänzende Belege beigebracht werden und behält sich vor, die geförderte Anlage zu besichtigen.

9. Auszahlung der Zuwendung

Vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wird die Zuwendung erst dann ausgezahlt, wenn das im Antrag beschriebene Vorhaben unter Vorlage der unter Ziffer 8 dieser Förderrichtlinie geforderten Nachweise umgesetzt worden ist und der Verwendungsnachweis ohne Beanstandung geprüft wurde.

10. Allgemeines Verfahren

Das Verfahren richtet sich nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig in der derzeit geltenden Fassung, sofern diese nicht durch Regelungen dieser Richtlinie ersetzt worden sind. Darüber hinaus behält sich die Stadt vor, Zuschüsse nebst Zinsen zurückzufordern, wenn die Anlage in einem Zeitraum von weniger als 5 Jahren ab Inbetriebnahme außer Betrieb genommen oder so verändert wird, dass diese den Zielsetzungen dieser Zuschussrichtlinie nicht mehr entspricht. Das Nähere regelt § 13 der Richtlinie über die Gewährung von Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig.

11. Inkrafttreten

Diese Förderrichtlinie tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. Sie ersetzt die bisherige Fassung.

Richtlinie zur Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Bestand

1. Förderziel

Ziel dieser Zuschussrichtlinie ist die Förderung der Durchführung von Energieeffizienz-Maßnahmen im Bestand. Mit den geförderten Maßnahmen soll der Endenergiebedarf im Gebäudebereich gesenkt werden.

2. Räumlicher Geltungsbereich

Die Förderrichtlinie findet Anwendung für Liegenschaften im Stadtgebiet Braunschweig.

3. Allgemeine Fördervoraussetzungen

Vor Antragsstellung ist eine Energieberatung bei der Stadt Braunschweig[1] oder bei einer für die Förderprogramme des Bundes zugelassenen Energieberatung (Energieberater-/innenliste: www.energie-effizienz-experten.de) erforderlich.

Die beantragten Maßnahmen müssen nach den aktuell geltenden Bedingungen der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG EM, BEG WG und BEG NWG) umgesetzt werden. Eine Kombination mit der entsprechenden Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) ist möglich und im Falle der Einzelmaßnahmen an der Gebäudehülle nach BAfA, BEG, EM Fördervoraussetzung

Die Maßnahmen sind nur in solchen Gebäuden förderfähig, die zum Zeitpunkt der Antragstellung älter als fünf Jahre sind.

4. Was wird gefördert?

Gefördert werden Gesamtkosten bestehend aus den Materialkosten und Installationsdienstleistungen sowie die von der KFW / BEG / BAfA anerkannten Kosten für die Fachplanung und Baubegleitung von:

1. Einzelmaßnahmen an der Gebäudehülle (Fenster, Fassade, Dach) gemäß BAfA BEG EM
2. Die Bestandssanierung von Gebäuden zum KfW Effizienzhaus gemäß BEG WG oder BEG NWG

5. Art und Höhe der Förderung

Fördergegenstand	Förderhöhe von bis zu
Einzelmaßnahmen an der Gebäudehülle nach BAfA BEG EM	25 % der BAfA-Fördersumme*
Sanierung von bestehenden Immobilien zum KfW Effizienzhaus	
Sanierung zum Effizienzhaus Denkmal	1.500 €
Sanierung zum Effizienzhaus 85, 85 EE und 85 NH	2.000 €
Sanierung zum Effizienzhaus 70, 70 EE und 70 NH	3.000 €
Sanierung zum Effizienzhaus 55, 55 EE und 55 NH	4.000 €
Sanierung zum Effizienzhaus 40, 40 EE und 40 NH	4.500 €

* aufgerundet auf den vollen Hunderter

[1] Kostenlose Energieberatung der Stadt Braunschweig, E-Mail: energieberatung@braunschweig.de, Tel.: 0531/470-39 48

Bei Antragstellung zu Einzelmaßnahmen an der Gebäudehülle erfolgt die Ermittlung der vorläufigen Fördersumme anhand des **Zuwendungsbescheides des BAfA**.

Ist die Fördersumme des BAfA im **Festsetzungsbescheid** (nach Realisierung und positiver Prüfung durch das BAFA) niedriger als die angegebene Fördersumme im Zuwendungsbescheid, so gelten die Angaben im Festsetzungsbescheid der BAfA als Maßgabe für die Berechnung und Festsetzung der Förderhöhe.

Die finanzielle Förderung von Einzelmaßnahmen an der Gebäudehülle in Höhe von 25 % der BAfA-Fördersumme (gegen Vorlage des Festsetzungsbescheids) wird als einmaliger, nicht zurückzahlbarer Zuschuss gewährt.

Die Förderung ist möglich bis zu einem Maximalbetrag von 4.500 € je Liegenschaft und 25.000 € je Antragssteller/-in (Institution, Firma, etc.) innerhalb des jeweiligen Förderjahres. Diese Grenze gilt in Kombination mit den übrigen Förderrichtlinien des Förderprogramms für regenerative Energien.

6. Weitere Bedingungen

Die Bewilligung erfolgt als freiwillige Leistung der Stadt Braunschweig im Rahmen der für diesen Zweck noch bereitstehenden Haushaltsmittel, auf die kein Rechtsanspruch besteht.

Es können nur Installationsvorhaben gefördert werden, die im Jahr der Antragsstellung begonnen worden sind. Die Anzeige eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns ist nicht notwendig.

Als Vorhabenbeginn gilt der Start der Bauarbeiten vor Ort. Die Planung der Maßnahme, die Beantragung und Bewilligung der erforderlichen Genehmigungen sowie der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages gelten nicht als Beginn des Vorhabens.

Installationsvorhaben können im Jahr der Umsetzung der Maßnahme nur gefördert werden, wenn diese bis zum 31. Dezember des betreffenden Jahres abgeschlossen worden sind. Sollte die beantragte und genehmigte Maßnahme auf Grund von nachzuweisenden Lieferschwierigkeiten seitens der Herstellerfirmen oder durch Installationsschwierigkeiten seitens des Installateurs im Jahr des Umsetzungsbeginns nicht mehr in Betrieb genommen werden, so kann vorbehaltlich bereitgestellter Haushaltsmittel die Auszahlung der Förderung im darauffolgenden Jahr ohne erneute Antragstellung des Zuwendungsempfängers durch die Bewilligungsbehörde erfolgen.

Die Förderhöhe darf die Gesamtkosten gemäß Ziffer 4 dieser Richtlinie nicht überschreiten, ansonsten wird der zu fördernde Betrag entsprechend gekürzt.

7. Antrag

Die Antragstellung erfolgt ausschließlich online. Der Zeitpunkt der Antragstellung beginnt vorbehaltlich des Vorhandenseins entsprechender Haushaltmittel im April jeden Jahres (mit der Ausnahme von Sonn-, Feier- oder Samstagen) und mit Freischaltung des aktuellen Antragsformulars im Onlineportal unter www.service.braunschweig.de/.

Antragsberechtigt sind juristische oder natürliche Personen, die Eigentümer-/innen, Pächter-/innen oder Mieter-/innen der Liegenschaften im Stadtgebiet Braunschweigs sind, auf, in, oder an denen die Anlageninstallation durchgeführt werden soll. Pächter-/innen oder Mieter-/innen benötigen die schriftliche Erlaubnis des/der Eigentümers-/in zur Errichtung und zum Betrieb der Anlage. Wohnungsbaugesellschaften müssen ihren Sitz in Braunschweig haben. Städtische Wohnungsbaugesellschaften und Förderungen auf Grundstücken der städtischen Kernverwaltung sind von der Förderung ausgeschlossen

Bei Antragstellung ist ein Kostenvoranschlag der ausführenden Firma sowie der Zuwendungsbescheid des BAfA und die baurechtliche Genehmigung (soweit erforderlich) direkt mit hochzuladen oder innerhalb der Frist von 16 Wochen nachzureichen.

Eingegangene Anträge auf Bezuschussung werden nach Eingang und Vollständigkeit der Unterlagen bearbeitet und fachlich geprüft. Fehlende Unterlagen sind spätestens 16 Wochen nach Antragstellung einzureichen, um für die Antragsprüfung berücksichtigt zu werden. Eventuelle Änderungen sind ebenfalls in dieser Frist mitzuteilen. Sobald das Fördervolumen aufgebraucht ist, ist keine weitere Antragstellung in diesem Förderzeitraum mehr möglich.

Falls eine Förderung abgelehnt wird, hat der/die Antragssteller-/in die ihm/ihr entstandenen Kosten selbst zu tragen.

8. Verwendungsnachweis

Nach Beendigung der Maßnahme ist der **Festsetzungsbescheid** des BAfA bzw. der KfW vorzulegen.

Die Stadt Braunschweig kann verlangen, dass ergänzende Belege beigebracht werden und behält sich vor, das Vorhaben zu besichtigen.

9. Auszahlung der Zuwendung

Vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wird die Zuwendung erst dann ausgezahlt, wenn das im Antrag beschriebene Vorhaben unter Vorlage der unter Ziffer 8 dieser Förderrichtlinie geforderten Nachweise umgesetzt worden ist und der Verwendungsnachweis ohne Beanstandung geprüft wurde.

10. Allgemeines Verfahren

Das Verfahren richtet sich nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig in der derzeit geltenden Fassung, sofern diese nicht durch Regelungen dieser Richtlinie ersetzt worden sind. Darüber hinaus behält sich die Stadt vor, Zuschüsse nebst Zinsen zurückzufordern, wenn das Vorhaben in einem Zeitraum von weniger als 5 Jahren ab Vorhabenabschluss so verändert wird, dass dieses den Zielsetzungen dieser Zuschussrichtlinie nicht mehr entspricht. Das Nähere regelt § 13 der Richtlinie über die Gewährung von Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig.

11. Inkrafttreten

Diese Förderrichtlinie tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. Sie ersetzt die bisherige Fassung.

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24575
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung)

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VIII 67 Fachbereich Stadtgrün	15.11.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Umwelt- und Grünflächenausschuss (Vorberatung)	26.11.2024	Ö
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	05.12.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschluss:

„Die Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung) wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen."

Sachverhalt:

Im Rahmen der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand ist gemäß § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) seit dem 1. Januar 2023 auf einzelne Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig Umsatzsteuer zu erheben.

Dabei ergeben sich allein aufgrund der Art der Beisetzung grundlegende Unterschiede bei der Umsatzbesteuerung:
Sargbestattungen unterliegen mangels Wettbewerb zu privaten Anbietern nicht der Umsatzbesteuerung.
Im Gegensatz dazu können Urnenbeisetzungen gem. Gesetz über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (BestattG) auch von privaten Unternehmern (auch außerhalb von Friedhöfen) angeboten werden, wodurch grundsätzlich ein (potenzieller) Wettbewerb zwischen privaten Unternehmern und der Stadt als Friedhofsträgerin begründet wird.

Wenn es sich bei dem betreffenden Urnengrab um eine in sich abgeschlossene Grundstücksfläche handelt, soll die Vergabe der Nutzungsrechte nach § 4 Nr. 12 UStG nach herrschender Meinung steuerbefreit sein. In allen anderen Fällen (z. B. Urnenhain, Urnengemeinschaftsgrab) ist die Beisetzung hingegen aktuell mit 19 % zu versteuern.

Mit Beschluss des Rates vom 20.12.2022 wurde die Friedhofsgebührensatzung im Hinblick auf die Umsetzung der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand durch § 2b UStG dahingehend verändert, dass die bis dahin umsatzsteuerfreien Nettobeträge ab 01.01.2023 für einen Übergangszeitraum von zwei Jahren als Bruttoentgelte zu zahlen sind.

Dies gilt seitdem für einzelne Gebührentatbestände, welche die Beisetzungsformen Urnenhain und Urnengemeinschaftsanlage betreffen, ebenso die Beisetzungen im historischen Umfeld sowie die entsprechenden Nebenleistungen, z. B. das Anbringen von Bronzegusstafeln mit den Namen der Verstorbenen an Stelen.

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Braunschweig wurden im Ergebnis in den Jahren 2023 und 2024 nicht zusätzlich belastet, da die Steuerlast von der Verwaltung getragen und an das Finanzamt abgeführt wird.

Dies führte zu einer entsprechend reduzierten Einnahme für die Stadtkasse.

1. Anlass und Begründung für die vorgeschlagene Änderung

Die beschlossene Reduzierung der Nettoentgelte führte zu Mindereinnahmen aus den Friedhofsgebühren in Höhe von 76.770,72 € für das Jahr 2023 und in Höhe von 55.991,94 € für die ersten neun Monate des Jahres 2024, somit insgesamt hochgerechnet auf den gesamten Übergangszeitraum von zwei Jahren zu Mindereinnahmen in Höhe von rund 150.000 €.

Diese Mindereinnahmen durch die Übernahme der zusätzlich abzuführenden Umsatzsteuer konnte auch nicht durch einen entsprechenden Vorsteuerabzug ausgeglichen werden. Die abzugsfähige Vorsteuer betrug im Jahr 2023 rund 5.500 € und im Jahr 2024 bisher rund 11.000 €, sodass sich der Kostendeckungsgrad der Friedhofsverwaltung insgesamt weiter verschlechtert hat.

Aufgrund der aktuellen Haushaltssituation der Stadt Braunschweig schlägt die Verwaltung zur Erhöhung der Einnahmen vor, bei den betroffenen Gebührentatbeständen die Umsatzsteuer ab dem 1. Januar 2025 auf die bis Ende 2023 erhobene Nettogebühr aufzuschlagen und so zumindest die Netto-Einnahmen wieder auf das Niveau der Jahre bis 2023 zu bringen.

Die Gebühren erhöhen sich dementsprechend für die Bürgerinnen und Bürger um den jeweils aktuellen Umsatzsteuerbetrag, zzt. 19 %.

Dies betrifft die folgenden Ziffern der Gebührentatbestände der Friedhofsgebührensatzung, die seit dem 1. Januar 2023 inklusive Umsatzsteuer zu erheben sind:

2.3.1 Urnenhain für eine Urne (20 Jahre)
2.3.2 Urnengemeinschaftsgrab (20 Jahre)
2.4.1 Urnenhain für eine Urne (15 Jahre)
2.4.2 Urnengemeinschaftsgrab (15 Jahre)
2.4.7 Urnengrab 0,5 m² in historischem Umfeld
3.2.2 Verlängerung Urnengemeinschaftsgräber pro Jahr
4.6.3 Bronzegusstafel Reformierter Friedhof.

Eine Gegenüberstellung der Höhe der betroffenen Gebühren ist aus der Anlage 2 ersichtlich.

2. Kalkulationsgrundlage

Auf Grund der in der Stadt Braunschweig gegebenen Konkurrenzsituation (drei Friedhofsträger) sind weiterhin kostendeckende Gebühren nicht zu erzielen.

Für den Gesamtbereich des Friedhofs- und Bestattungswesens (Stadtfriedhof, Ortsteilfriedhöfe, historische Friedhöfe, Kriegsgräber, Ehrengräber) sind für das Jahr 2025 Aufwendungen in Höhe von 2.750.398,63 € geplant. Von den Gesamtaufwendungen für das Friedhofs- und Bestattungswesen entfallen auf den Gebührenbereich 2.694.112,28 €.

Diesen Aufwendungen stehen in der Planung 2025 ohne die Gebühren-Erhöhung Erträge in Höhe von 1.593.932,66 € gegenüber. Der Kostendeckungsgrad beträgt demzufolge rund 59 %.

Die vorgeschlagene Gebührenerhöhung durch den aktuellen Umsatzsteuerbetrag würde zu haushaltsentlastenden Mehreinnahmen für die Friedhofsverwaltung in Höhe von rund 75.000 € für das Jahr 2025 führen. Hierdurch würde der Kostendeckungsgrad geringfügig erhöht und mit 62 % in einem vollen Haushaltsjahr erwartet.

Die neu kalkulierten Gebühren sind der Anlage 1 zu entnehmen.

3. Zuständigkeit des Rates

Die Zuständigkeit des Rates für die Beschlussfassung über die Friedhofsgebührensatzung ergibt sich aus dem § 58 Abs. 1 Nr. 7 Nieders. Kommunalverfassungsgesetz, nach dem der Rat (die Vertretung) „über die Erhebung öffentlicher Abgaben (Gebühren, Beiträge und Steuern) und Umlagen“ beschließt.

Herlitschke

Anlage/n:

Anlage 1: Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig

Anlage 2: Gegenüberstellung der von der Erhöhung betroffenen Gebühren

Zweiundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung)

vom 17. Dezember 2024

Auf Grund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. Februar 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 9), der §§ 1, 2, 4 und 5 des Nds. Kommunalabgabengesetzes vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 22. September 2022 (Nds. GVBl. S. 589) und § 13 des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen vom 08. Dezember 2005 (Nds. GVBl. S. 381), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Februar 2022 (Nds. GVBl. S. 134), hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 17. Dezember 2024 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

Die Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung) vom 13. Dezember 1977 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 14 vom 30. Dezember 1977, S. 64), zuletzt geändert durch die Einundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig vom 20. Dezember 2022 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 15 vom 22. Dezember 2022, S. 89) wird wie folgt geändert:

1. § 2 Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

   „Soweit Leistungen der Umsatzsteuerpflicht unterliegen, erhöhen sich die im Gebührenverzeichnis genannten Gebühren um die gesetzliche Umsatzsteuer."

2. Die Anlage zur Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung) wird wie folgt geändert:

   a) Nummer 2.3.1 wird wie folgt gefasst:

„2.3.1 Urnenhain für eine Urne	810,70 € (zuzüglich der aktuell geltenden Umsatzsteuer)"

   b) Nummer 2.3.2 wird wie folgt gefasst:

„2.3.2 Urnengemeinschaftsgrab	1.555,40 € (zuzüglich der aktuell geltenden Umsatzsteuer)"

   c) Nummer 2.4.1 wird wie folgt gefasst:

„2.4.1 Urnenhain für eine Urne	628,10 € (zuzüglich der aktuell geltenden Umsatzsteuer)"

   d) Nummer 2.4.2 wird wie folgt gefasst:

„2.4.2 Urnengemeinschaftsgrab	1.283,70 € (zuzüglich der aktuell geltenden Umsatzsteuer)"

   e) Nummer 2.4.7 wird wie folgt gefasst:

„2.4.7 Urnengrab 0,5 m² im historischen Umfeld	1.089,00 € (zuzüglich der aktuell geltenden Umsatzsteuer)“

f) Nummer 3.2.2 wird wie folgt gefasst:

„3.2.2 Verlängerung Urnengemeinschaftsgräber pro Jahr	81,40 € (zuzüglich der aktuell geltenden Umsatzsteuer)“

g) Nummer 4.6.3 wird wie folgt gefasst:

„4.6.3 Bronzegusstafel Reformierter Friedhof	264,00 € (zuzüglich der aktuell geltenden Umsatzsteuer)“

Artikel II

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2025 in Kraft.

Braunschweig, den xx. xxx 2024

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.

Herlitschke
Stadtrat

Vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht.

Braunschweig, den xx. xxx 2024

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
I. V.

Herlitschke
Stadtrat

Ab 1. Januar 2025 von der Änderung der Friedhofsgebührensatzung betroffene Friedhofsgebühren

Gebühren-Ziffer	Gebührenüberschrift	Gebühren-Ziffer	Gebührentext	derzeitiges PSP-Element	bisherige Gebühr inkl. 19% Ust	künftige Gebühr inkl. 19 % Umsatzsteuer	Steigerung
2.3	Urnengrabstätten für die Dauer von 20 Jahren	2.3.1	Urnenhain für eine Urne	1.55.5530.03.02	810,70 €	964,73 €	**19%**
		2.3.2	Urnengemeinschaftsgrab	1.55.5530.03.03	1.555,40 €	1.850,93 €	**19%**
2.4	Urnengrabstätte für die Dauer von 15 Jahren	2.4.1	Urnenhain für eine Urne	1.55.5530.03.02	628,10 €	747,44 €	**19%**
		2.4.2	Urnengemeinschaftsgrab	1.55.5530.03.03	1.283,70 €	1.527,60 €	**19%**
		2.4.7	Urnengrab 0,5 m² im historischen Umfeld	1.55.5530.03.10	1.089,00 €	1.295,91 €	**19%**
3.2	Besondere Gebühren für Verlängerung (pro Jahr)	3.2.2	Verlängerung Urnengemeinschaftsgräber pro Jahr	1.55.5530.03.03	81,40 €	96,87 €	**19%**
4.6	Besondere Leistungen bei Bestattungen/Beisetzungen	4.6.3	Bronzegusstafel Reformierter Friedhof	1.55.5530.03.10	264,00 €	314,16 €	**19%**

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

24-24000
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Neufassung des Entgelttarifes der Stadt Braunschweig für die Benutzung städtischer Sporteinrichtungen

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VIII 0670 Sportreferat	26.09.2024

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Sportausschuss (Vorberatung)	27.09.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	29.10.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	05.11.2024	Ö

Beschluss:

„Der Entgelttarif der Stadt Braunschweig für die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen wird in der in Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen."

Sachverhalt:

1. Zuständigkeit des Rates

Die Zuständigkeit des Rates für die Beschlussfassung der Entgelte für den Entgelttarif ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Nr. 8 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz, nach dem der Rat (die Vertretung) „über die Festlegung allgemeiner privatrechtlicher Entgelte" beschließt.

2. Anpassung des Entgelttarifes der Stadt Braunschweig für die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen

Mit Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 14. März 2023 (Ds. 23-20340) wurde festgelegt, dass für einen Übergangszeitraum 2023/2024 die Entgelte der Stadt Braunschweig für die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen inklusive der gesetzlichen Umsatzsteuer vereinbart werden. Durch diese Konstellation wurde der Umsetzung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) Rechnung getragen, gleichzeitig wurden die Sportvereine nach zwei Krisensituationen (Covid-19-Pandemie, Ukraine-Krieg und hohe Energiepreise) nicht zusätzlich finanziell belastet.

Da der Übergangszeitraum am 31. Dezember 2024 endet, hat die Verwaltung nunmehr eine Anschlussregelung zu finden.

Für die Überlassung von städtischen Sporteinrichtungen, u. a. an Braunschweiger Sportvereine, wird gemäß dem Entgelttarif der Stadt Braunschweig für die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen (Entgelttarif) in der Regel halbjährlich ein Nutzungsentgelt in Rechnung gestellt.

Folgende wesentliche Änderungen werden im neuen Entgelttarif ab 01.01.2025 berücksichtigt:

1. Aufgrund von Kostensteigerungen im Bereich der Betriebskosten erfolgt bei den Entgelten im Durchschnitt eine rd. 10-prozentige Erhöhung. Im Zusammenhang mit

der o. g. Umsetzung des Beschlusses des Verwaltungsausschusses wird der Entgelttarif in den Tarifen A und B nunmehr mit dem Hinweis „zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer“ versehen, wodurch sich die Entgelte pro Stunde für Nutzende um durchschnittlich rd. 30 Prozent anheben.

2. Zusätzlich wird aufgrund der in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Reinigungskosten bei der Nutzung von Haftmitteln in Sporthallen ein zusätzliches Entgelt berücksichtigt (Ziffern 3.6 und 4.6).

3. Ebenso wird zur Differenzierung eine weitere Entgeltziffer für die Nutzung großer Sporthallen ab einer Fläche von 45 x 27 m eingeführt.
   Diese betrifft die derzeitigen Dreifachsporthallen

   - Peenestraße (Wilhelm-Bracke-Gesamtschule),
   - IGS Franzsches Feld,
   - Güldenstraße,
   - Lessinggymnasium und
   - Otto Bennemann Schule (Alte Waage)

   sowie einige weitere in der Zukunft geplanten Sporthallen dieser Größe (z. B. die Dreifachsporthallen Querum und Volkmarode sowie die Vierfachsporthalle 6. IGS Wendenring).

   Bei anteiliger Nutzung fällt – wie bisher – auch nur ein anteiliges Entgelt an, welches auch für die mittelgroßen Sporthallen gilt.

4. Durch die Zurverfügungstellung der Tennishallen „Vienna House“ wird für die Nutzung von Indoor-Tennishallen zukünftig ein neues Entgelt erhoben (Ziffer 6.)

Eine Gegenüberstellung der bisherigen Entgelte und der zukünftigen Entgelthöhe ist in den Anlagen 2 (Tarif A) und 3 (Tarif B) ersichtlich. Tarif A beziffert das Nutzungsentgelt für Vereine, Verbände und Jugendorganisationen, Tarif B das Nutzungsentgelt für andere Gruppen und Vereinigungen.

Inwieweit die Anpassung der Entgelte für die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen und die Erhebung der gesetzlichen Umsatzsteuer (derzeit 19 %) ggf. zu Rückgaben von Hallennutzungszeiten und somit zu einem Nachfragerückgang führen könnte, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden.

Herlitschke

Anlage/n:
Anlage 1 Entgelttarif Sportstätten ab 01.01.25
Anlage 2 Tarif A
Anlage 3 Tarif B

Entgelttarif der Stadt Braunschweig für die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen (**EntgT-Sport-BS**)

A.: Benutzungsentgelte

	Tarif A: Vereine, Verbände und Jugendorganisationen Euro je Stunde (zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer)	Tarif B: Andere Gruppen und Vereinigungen Euro je Stunde (zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer)
1. Gymnastikräume, Darträume und sonstige Räumlichkeiten, welche nicht unter die nachfolgenden Ziffern fallen	2,20	4,40
2. Kleine Sporthalle kleiner als 18 x 36 m nicht teilbar jeweils inkl. Auf- und Abbau, Vorbereitung	3,30	8,70
3. Mittelgroße Sporthalle ab 18 x 36 m bis kleiner 27 x 45 m		
3.1. für den Trainingsbetrieb, 3.2. für Wettkämpfe (Punktspiele), 3.3. für Lehrgänge, 3.4. für Veranstaltungen einschl. Freundschaftsspiele und Turniere	6,50	17,40
3.5. für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird der Nettoeinnahmen	10 v.H.	10 v.H.
mindestens	10,90	26,20
3.6. bei Haftmittelnutzung (genehmigungspflichtig)	16,50	27,40
jeweils inkl. Auf- und Abbau, Vorbereitung		
4. Große Sporthalle ab 27 x 45 m		
4.1. für den Trainingsbetrieb, 4.2. für Wettkämpfe (Punktspiele), 4.3. für Lehrgänge, 4.4. für Veranstaltungen einschl. Freundschaftsspiele und Turniere	9,00	23,00
4.5. für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird der Nettoeinnahmen	10 v. H.	10 v. H.
mindestens	10,90	26,20
4.6. bei Haftmittelnutzung (genehmigungspflichtig)	19,00	33,00
jeweils inkl. Auf- und Abbau, Vorbereitung		
5. Bei Übertragung der Schlüsselgewalt zu Ziff. 1, 2, 3, 4	**50 v. H. von 1 bzw. 2 bzw. 3 bzw. 4**	
6. Tennishalle pro Tennisfeld	8,00	15,00

Entgelttarif der Stadt Braunschweig für die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen (EntgT-Sport-BS)

7. Lehrschwimmhallen und Therapiebecken BBS III - Abt. Blasiusstraße, Schulzentrum Heidberg-Raabeschule, Hans-Würtz-Schule und künftige	21,80	52,30
8. Städtische Schießsportanlagen	10,90	26,20
9. Städtische Freisportanlagen		
9.1. pro Spielfeld für den Trainingsbetrieb, 9.2. pro Spielfeld für Wettkämpfe (Punktspiele), 9.3. Veranstaltungen einschl. Freundschaftsspiele und Turniere	8,70	21,80
9.4. für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird	10 v. H.	10 v. H.
der Nettoeinnahmen **mindestens**	21,80	43,60
9.5. Baseballfelder	8,80	17,60
für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird	10 v. H.	10 v. H.
der Nettoeinnahmen **mindestens**	17,60	35,20
9.6. Beachfelder für den Trainingsbetrieb für Wettkämpfe (Punktspiele), Veranstaltungen einschl. Freundschaftsspiele und Turniere	2,20	11,00
für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird	10 v. H.	10 v. H.
der Nettoeinnahmen **mindestens**	8,80	22,00
9.7. pro Faustballfeld	2,80	6,60
9.8. pro Pétanquefeld	1,10	2,20
9.9. pro Tennisfeld	1,10	2,20
9.10. pro Multifunktionsfeld	2,20	4,40
9.11. pro (3x3-) Basketballfeld Streetballfeld SpA Rote Wiese und künftige	2,80	6,60
jeweils inkl. Auf- und Abbau, Vorbereitung		
10. Kalthalle	4,00	10,00
11. Leichtathletische Anlagen pro Segment Bienroder Weg 51, Rote Wiese, Rüningen, Stöckheim, Waggum und künftige	6,50	17,40

Entgelttarif der Stadt Braunschweig für die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen (EntgT-Sport-BS)

B.: Allgemeines

1. Bei den unter Tarif A aufgeführten Benutzenden muss es sich um Vereine oder Fachverbände handeln, die dem Stadtsportbund Braunschweig e. V. angehören. Die Jugendorganisationen müssen öffentlich anerkannt sein und aus der Stadt Braunschweig kommen.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, in besonderen Fällen das Entgelt zu ermäßigen oder eine unentgeltliche Nutzung zu genehmigen. Die Regelung findet nur auf die Benutzenden unter Tarif A Anwendung.

3. Die Verwaltung wird ebenfalls ermächtigt, in Fällen der kommerziellen Nutzung (z. B. Betriebssportgruppen von Firmen) ein außertarifliches Entgelt zu vereinbaren.

4. Die Entgelte sind auch zu entrichten, wenn die Sporteinrichtungen aus einem von den Benutzenden zu vertretenden Grunde nicht genutzt werden.

5. Soweit Vereine über Einnahmen aus Rundfunk- bzw. Fernsehübertragungsrechten verfügen, sind die Vereine verpflichtet, die Stadt an diesen Einnahmen in Höhe von 5 v. H. zu beteiligen.

C.: Inkrafttreten

Der Entgelttarif tritt ab 1. Januar 2025 in Kraft.
Mit dem gleichen Tage tritt der Entgelttarif vom 1. Juli 2023 außer Kraft.

Braunschweig, den xx.xx.2024

I. V.

Herlitschke
Stadtrat

Anpassung Entgelttarif ab 01.01.2025 Tarif A

Alte Fassung	Neue Fassung	Bisheriges Entgelt	Entgelt ab 01.01.2025
1. Gymnastikräume	**1. Gymnastikräume, Darträume und sonstige Räumlichkeiten,** welche nicht unter die nachfolgenden Ziffern fallen	2,00 €	2,20 €
2. 1 Turnhalleneinheit - kleine Turnhallen (nicht teilbar) – bis 18 x 36 m	**2. Kleine Sporthalle** kleiner als 18 x 36 m nicht teilbar jeweils inkl. Auf- und Abbau, Vorbereitung	3,00 €	3,30€
3. Teilbare Turn- und Sporthallen - ab 18 x 36 m - 3.1 für den Trainingsbetrieb 3.2 für Wettkämpfe (Punktspiele) 3.3 für Lehrgänge 3.4 für Veranstaltungen einschl. Freundschaftsspiele und Turniere	**3. Mittelgroße Sporthalle** ab 18x36m bis kleiner 27x45m 3.1 für den Trainingsbetrieb 3.2 für Wettkämpfe (Punktspiele) 3.3 für Lehrgänge 3.4 für Veranstaltungen einschl. Freundschaftsspiele und Turniere	5,90 €	6,50 €
3.5 für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird der Bruttoeinnahmen mindestens	3.5 für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird der Nettoeinnahmen mindestens	10 v. H. 9,90 €	10 v. H. 10,90 €
	3.6. bei Haftmittelnutzung (genehmigungspflichtig)		16,50 €
	jeweils inkl. Auf-und Abbau, Vorbereitung		
	4. Große Sporthalle ab 27 x 45 m 4.1 für den Trainingsbetrieb 4.2 für Wettkämpfe (Punktspiele) 4.3 für Lehrgänge 4.4 für Veranstaltungen einschl. Freundschaftsspiele und Turniere		9,00 €
	4.5 für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird der Nettoeinnahmen mindestens		10 v. H. 10,90 €
	4.6. bei Haftmittelnutzung (genehmigungspflichtig)		19,00 €
	alles inkl. Auf-und Abbau, Vorbereitung		

Alte Fassung	Neue Fassung	Bisheriges Entgelt	Entgelt ab 01.01.2025
4. Bei Übertragung der Schlüsselgewalt zu Ziff. 1, 2 und 3 3	**5. Bei Übertragung der Schlüsselgewalt zu Ziff. 1, 2, 3 und 4**	50 v.H. von 1 bzw. 2 bzw. 3	50 v.H. von 1 bzw. 2 bzw. 3 bzw. 4
	6. Tennishalle pro Tennisfeld		8,00 €
5. Lehrschwimmhallen	**7. Lehrschwimmhallen**		
BBS III - Abt. Blasiusstraße, Schulzentrum Heidberg-Raabeschule, Hans-Würtz-Schule und künftige	BBS III - Abt. Blasiusstraße, Schulzentrum Heidberg-Raabeschule, Hans-Würtz-Schule und künftige	19,80 €	21,80 €
6. Städtische Schießsportanlagen	**8. Städtische Schießsportanlagen**	9,90 €	10,90 €
7. Städtische Sportanlagen 7.1 pro Platz für den Trainingsbetrieb, Wettkämpfe, Freundschaftsspiele und Turniere	**9. Städtische Freisportanlagen** 9.1 – 9.3 pro Platz für den Trainingsbetrieb, Wettkämpfe, Freundschaftsspiele und Turniere	7,90 €	8,70 €
7.2 für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird Bruttoeinnahmen mindestens	9.4 für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird der Nettoeinnahmen mindestens	10 v. H. 19,80 €	10 v. H. 21,80 €
7.3 pro Baseballfeld	9.5 pro Baseballfeld	8,00 €	8,80 €
7.4 für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird Bruttoeinnahmen mindestens	für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird der Nettoeinnahmen mindestens	10 v. H. 16,00 €	10 v. H. 17,60 €
7.5 pro Beachfeld	9.6 pro Beachfeld	2,00 €	2,20 €
7.6 für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird Bruttoeinnahmen mindestens	für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird der Nettoeinnahmen mindestens	10 v. H. 8,00 €	10 v. H. 8,80 €
7.7 pro Faustballfeld	9.7 pro Faustballfeld	2,50 €	2,80 €
7.8 pro Petanquefeld	9.8 pro Petanquefeld	1,00 €	1,10 €

Anpassung Entgelttarif ab 01.01.2025 Tarif A

Alte Fassung	Neue Fassung	Bisheriges Entgelt	Entgelt ab 01.01.2025
7.9 pro Tennisfeld	9.9 pro Tennisfeld	0,50 €	1,10 €
7.10 pro Multifunktionsfeld	9.10 pro Multifunktionsfeld	2,50 €	2,80 €
7.11 pro Basketballfeld Streetballfeld SpA Rote Wiese und künftige	9.11 pro (3x3) Basketballfeld Streetballfeld SpA Rote Wiese und künftige	2,00 €	2,20 €
8. Kalthalle	**10. Kalthalle**	4,00 €	4,00 €
9. Leichtathletische Anlagen Bienroder Weg 51, Rote Wiese, Rüningen, Stöckheim, Waggum und künftige	**11. Leichtathletische Anlagen** pro Segment Bienroder Weg 51, Rote Wiese, Rüningen, Stöckheim, Waggum und künftige	5,90 €	6,50 €

Alte Fassung	Neue Fassung	Bisheriges Entgelt	Entgelt ab 01.01.2025
1. Gymnastikräume	**1. Gymnastikräume, Darträume und sonstige Räumlichkeiten,** welche nicht unter die nachfolgenden Ziffern fallen	4,00 €	4,40 €
2. 1 Turnhalleneinheit - kleine Turnhallen (nicht teilbar) – bis 18 x 36 m	**2. Kleine Sporthalle** kleiner als 18 x 36 m nicht teilbar jeweils inkl. Auf- und Abbau, Vorbereitung	7,90 €	8,70 €
3. Teilbare Turn- und Sporthallen - ab 18 x 36 m - 3.1 für den Trainingsbetrieb 3.2 für Wettkämpfe (Punktspiele) 3.3 für Lehrgänge 3.4 für Veranstaltungen einschl. Freundschaftsspiele und Turniere	**3. Mittelgroße Sporthalle** ab 18x36m bis kleiner 27x45m 3.1 für den Trainingsbetrieb 3.2 für Wettkämpfe (Punktspiele) 3.3 für Lehrgänge 3.4 für Veranstaltungen einschl. Freundschaftsspiele und Turniere	15,80 €	17,40 €
3.5 für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird der Bruttoeinnahmen mindestens	3.5 für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird der Nettoeinnahmen mindestens	10 v. H. 23,80 €	10 v. H. 26,20 €
	3.6. bei Haftmittelnutzung (genehmigungspflichtig)		27,40 €
	4. Große Sporthalle ab 27 x 45 m 4.1 für den Trainingsbetrieb 4.2 für Wettkämpfe (Punktspiele) 4.3 für Lehrgänge 4.4 für Veranstaltungen einschl. Freundschaftsspiele und Turniere		23,00 €
	4.5 für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird der Nettoeinnahmen mindestens		10 v. H. 26,20 €
	4.6. bei Haftmittelnutzung (genehmigungspflichtig)		33,00 €

Alte Fassung	Neue Fassung	Bisheriges Entgelt	Entgelt ab 01.01.2025
4. Bei Übertragung der Schlüsselgewalt zu Ziff. 1, 2 und 3	**5. Bei Übertragung der Schlüsselgewalt zu Ziff. 1, 2, 3 und 4**	50 v.H. von 1 bzw. 2 bzw. 3	50 v.H. von 1 bzw. 2 bzw. 3 bzw. 4
	6. Tennishalle pro Tennisfeld		15,00 €
5. Lehrschwimmhallen	**7. Lehrschwimmhallen**		
BBS III - Abt. Blasiusstraße, Schulzentrum Heidberg-Raabeschule, Hans-Würtz-Schule und künftige	BBS III - Abt. Blasiusstraße, Schulzentrum Heidberg-Raabeschule, Hans-Würtz-Schule und künftige	47,50 €	52,30 €
6. Städtische Schießsportanlagen	**8. Städtische Schießsportanlagen**	23,80 €	26,20 €
7. Städtische Sportanlagen 7.1 pro Platz für den Trainingsbetrieb, Wettkämpfe, Freundschaftsspiele und Turniere	**9. Städtische Freisportanlagen** 9.1 – 9.3 pro Platz für den Trainingsbetrieb, Wettkämpfe, Freundschaftsspiele und Turniere	19,80 €	21,80 €
7.2 für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird Bruttoeinnahmen mindestens	9.4 für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird der Nettoeinnahmen mindestens	10 v. H. 39,60 €	10 v. H. 43,60 €
7.3 pro Baseballfeld	9.5 pro Baseballfeld	16,00 €	17,60 €
7.4 für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird Bruttoeinnahmen mindestens	für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird der Nettoeinnahmen mindestens	32,00 €	35,20 €
7.5 pro Beachfeld	9.6 pro Beachfeld	10,00 €	11,00 €
7.6 für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird Bruttoeinnahmen mindestens	für Veranstaltungen, bei denen Eintritt erhoben wird der Nettoeinnahmen mindestens	10 v. H. 20,00 €	10 v. H. 22,00 €

Alte Fassung	Neue Fassung	Bisheriges Entgelt	Entgelt ab 01.01.2025
7.7 pro Faustballfeld	9.7 pro Faustballfeld	6,00 €	6,60 €
7.8 pro Petanquefeld	9.8 pro Petanquefeld	2,00 €	2,20 €
7.9 pro Tennisfeld	9.9 pro Tennisfeld	1,00 €	2,20 €
7.10 pro Multifunktionsfeld	9.10 pro Multifunktionsfeld	6,00 €	6,60 €
7.11 pro Basketballfeld Streetballfeld SpA Rote Wiese und künftige	9.11 pro (3x3) Basketballfeld Streetballfeld SpA Rote Wiese und künftige	4,00 €	4,40 €
8. Kalthalle	**10. Kalthalle**	10,00 €	10,00 €
9. Leichtathletische Anlagen Bienroder Weg 51, Rote Wiese, Rüningen, Stöckheim, Waggum und künftige	**11. Leichtathletische Anlagen** Pro Segment Bienroder Weg 51, Rote Wiese, Rüningen, Stöckheim, Waggum und künftige	15,80 €	17,40 €

Absender:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt / Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der Stadt

24-24000-01
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Neufassung des Entgelttarifes der Stadt Braunschweig für die Benutzung städtischer Sporteinrichtungen Antrag zur Vorlage 24-24000

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	19.11.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Sportausschuss (Vorberatung)	22.11.2024	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	17.12.2024	Ö

Beschlussvorschlag:
Der Entgelttarif der Stadt Braunschweig für die Benutzung der städtischen Sporteinrichtungen wird in der in Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen, mit folgender Änderung:

1. Die Entgelte werden ab dem 1. Januar 2025 um die gesetzliche Umsatzsteuer von derzeit 19 % erhöht.

2. Abweichend von der bisherigen Planung wird die Erhöhung der Entgelte für 2025 nur um 5 % im Vergleich zu den bisherigen Tarifen vorgenommen, statt wie ursprünglich vorgesehen um 10 %.

3. Für das Jahr 2026 wird die Erhöhung um weitere 10 % im Vergleich zum Jahr 2024 beibehalten, um die Kostenentwicklung aufzufangen.

Sachverhalt:
Die beschlossene Anpassung berücksichtigt die erheblichen Kostensteigerungen im Bereich der Betriebskosten, jedoch soll den Sportvereinen im Jahr 2025 durch eine gestaffelte Belastung eine längere Anpassungszeit ermöglicht werden. Die moderate Anhebung von 5 % für 2025 wirkt entlastend, während die gestaffelte Anpassung den Vereinen und Nutzenden eine schrittweise Kostenerhöhung bietet und langfristige Planungen unterstützt.

Anlagen:
keine

Absender:
CDU-Fraktion im Rat der Stadt

24-24871
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	04.12.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)	17.12.2024	Ö

Sachverhalt:
Deutschland befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen Krise, vermutlich die schwerste seit Bestehen der Bundesrepublik. Viele Branchen klagen über die schlechten Bedingungen am Standort Deutschland, verlagern ihre Betriebe ins Ausland oder schließen gleich ganz. Besonders hart getroffen ist die Automobilindustrie mit ihrer gesamten Zulieferbranche – ein schwerer Schlag für unsere Stadt und die gesamte Region Braunschweig.

Bis zuletzt hatten Wirtschaftsvertreter auf die Unterstützung der Bundesregierung gehofft, doch die Ampel war nur noch mit sich selbst beschäftigt. Der Bruch der Bundesregierung Anfang November – von wem auch immer willentlich herbeigeführt – dürfte nicht nur den Weg für vorgezogene Neuwahlen am 23. Februar 2025 freigemacht haben, sondern bringt uns hoffentlich auch eine neue Bundesregierung und den dringend benötigten wirtschaftlichen Aufschwung.

Zu lange wurden Versprechungen gemacht, wie beispielsweise bei den Strompreisen für energieintensive Unternehmen oder dem Lieferkettensorgfaltsgesetz – eingehalten wurde keine einzige. Zu lange hat man einem Wirtschaftsminister vertraut, der weder weiß, was eine Insolvenz ist (vgl. https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/aeusserung-zur-insolvenz-kritik-an-habeck-1.5652559; zuletzt eingesehen am 4. Dezember 2024 um 16.00 Uhr), noch versteht, dass trotz sinkender Inflation die Preise weiter steigen (vgl. https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/preise-der-inflationsirrtum-des-robert-habeck/100091355.html; zuletzt eingesehen am 4. Dezember 2024 um 16.00 Uhr).

Die wirtschaftliche Situation Deutschlands hat natürlich direkte Auswirkungen auf die Stadt Braunschweig, unter anderem bei den städtischen Finanzen. Wer heute nicht weiß, ob im nächsten Jahr sein Arbeitsplatz noch existiert, wird keine großen Investitionen tätigen, keinen Handwerker beauftragen, keine Wohnung kaufen und sich erst recht bei den Weihnachtseinkäufen zurückhalten. Und wer bereits seinen Job verloren hat, der zahlt keine Einkommensteuer mehr – von der die Kommune bekanntermaßen einen Anteil zugewiesen bekommt –, sondern bezieht irgendwann Sozialleistungen, die von der Kommune zu schultern sind.

Es ist daher für die kommunalen Planungen unerlässlich zu wissen, wie die Lage am Arbeitsmarkt momentan ist und wie sie sich in den nächsten Monaten wahrscheinlich entwickeln wird – vor allem, wenn man einen Doppelhaushalt verabschieden will.
Die Liste des bislang bekannten beziehungsweise angekündigten Stellenabbaus ist lang: Bei Bertrandt im Kreis Gifhorn fallen 600 Stellen weg. Bei der IAV, ebenfalls in Gifhorn beheimatet, werden ebenso 600 Stellen gestrichen. Bei Volkswagen ist gar die Rede von 30.000 Stellen, wenn auch nicht ausschließlich in unserer Region.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie haben sich die Arbeitslosenzahlen im Gebiet der Agentur für Arbeit Braunschweig-Goslar in den vergangenen zwölf Monaten entwickelt (die Zahlen bitte monatsweise, aufgeteilt nach Kommune)?

2. Wie ist die Trendabschätzung für die kommenden zwölf Monate aufgrund öffentlicher und interner Informationslagen (bspw. durch zwar öffentlich angekündigten, aber noch nicht vollzogenen Stellenabbau)?

3. Welches Programm verfolgt die Verwaltung, um neue Gewerbegebiete auszuweisen, damit neue Betriebe sich in Braunschweig ansiedeln und damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden können?

Anlagen:
keine

Absender:
Gruppe Die FRAKTION. BS im Rat der Stadt

24-24868
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Standort für den Verein Spokuzzi e. V.

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	04.12.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)	17.12.2024	Ö

Sachverhalt:
Der Verein für Sport, Kultur, Zirkus und Zirkuspädagogik, Spokuzzi e. V., bietet den Kindern und Jugendlichen eine Möglichkeit, sich frei und kreativ zu entwickeln. Dabei wird ihnen neben der Bewegungsfreude auch Toleranz und Selbstwertgefühl vermittelt. Neben dem zirkuspädagogischem Zentrum im westlichen Ringgebiet gehören auch die Zirkusprojekte mit dem Zirkus Dobbelino zu dem Verein.

Das Konzept des Vereins fand bereits 2022 die Unterstützung der Kommunalpolitik, als erstmal die Standortsuche thematisiert wurde. Auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen im SBR 130 (22-17874-01) beschloss der SBR zum „Fördergebiet Bahnstadt – ‚Wachstum und nachhaltige Erneuerung' Fortschreibung des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes 2022" folgende Ergänzung:

Entwicklungsziele werden um folgenden Punkt ergänzt: „Erhalt und Förderung vom Zirkus Dobbelino."

Der Zirkus Dobbelino wird zukünftig mit einem Standort im Plangebiet (z.B. auf den im IEK auf den Abb. 65 links und 89 gezeigten untergenutzten Grünflächen) oder in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet berücksichtigt. Die Verwaltung wird gebeten einen geeigneten Standort zu identifizieren und freizuhalten.

Das wurde am 29.03.2022 vom Rat so ebenfalls beschlossen (22-17874-02).

Mit einem Schreiben zeigte der Zirkus-Verein Spokuzzi ein anderes Bild auf. So sei der Pachtvertrag für das Zirkusgelände letztmalig bis zum 31.12.2025 verlängert wurden. Auch könne die Verwaltung aktuell keine weitere Aussage über einen langfristigen Standort geben.

Dieses vorausgestellt fragen wir die Verwaltung:

1. Ist es richtig, dass der Verbleib des Zirkusses nur bis zum 31.12.2025 vorgesehen ist?

2. Wieso wird der Ratsbeschluss aus 2022 nicht umgesetzt und der Verein bei der Planung der Bahnstadt nicht berücksichtigt?

3. Welche Alternativstandorte können dem Zirkus während der Planungs- und Baumaßnahme der Bahnstadt angeboten werden?

Anlagen:
keine

Absender:
Fraktion BIBS im Rat der Stadt

24-24870
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Erhalt des Gliesmaroder Bades weniger wichtig als Haus der Musik?

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	04.12.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)	17.12.2024	Ö

Sachverhalt:
Laut einem Artikel der Braunschweiger Zeitung vom 30.11.2024 zu den Investitionskosten für das 'Haus der Musik' würden für die Stadt insgesamt etwa 62,8 Millionen Euro Kosten für das Haus der Musik eingeplant. Hierbei handele es sich „um die erste grobe Annahme für die Beteiligung der Stadt Braunschweig“, wie die Verwaltung in dem BZ-Artikel zitiert wird. Weiter heißt es: „Drei Millionen Euro der Summe fallen bereits in 2026 an. [...] Für 2025/26 kommen laut Haushaltsplanentwurf noch knapp eine Million Euro an Kaufnebenkosten für den Erwerb des früheren Karstadtgebäudes hinzu, zuzüglich zum Kaufpreis von 15 Millionen Euro.“

In der Ratssitzung am 17. September wurden von der Verwaltung in der Antwort auf eine Anfrage der Grünen Fraktion (Ds. 24-24330-01) die Investitionskosten für den Weiterbetrieb des Gliesmaroder Bades mit 3,3 Millionen € für Sofortmaßnahmen, mit 3,9 Mio. € für mittelfristige sowie mit 4,6 Mio € für langfristige Maßnahmen beziffert. Auch hier handelte es sich um eine sehr grobe Schätzung, wie die Verwaltung damals betonte.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Inwiefern ist der Eindruck zutreffend, dass das Bad Gliesmarode für die Stiftung nachrangig ist, das heißt, dass das Haus der Musik finanziell vollständig abgesichert sein muss, bevor eine Finanzierung des Bades in Betracht gezogen wird?

2. Weshalb reicht beim Haus der Musik eine grobe Schätzung der Investitionskosten, um die entsprechenden finanziellen Mittel bereits in den Haushalt einzustellen, während für den Erhalt des Gliesmaroder Bades erst belastbare Zahlen für Sanierung und Weiterbetrieb abgewartet werden müssen?

Anlagen:
keine

Absender:
Glogowski, Robert

24-24873
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Stärkung der Kinderrechte im Jugendamt Braunschweig, in den Abteilungen "Allgemeiner Sozialer Dienst" und "Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften".

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	05.12.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)	17.12.2024	Ö

Sachverhalt:
Statistisch lebt ein Viertel aller Familien mit Kindern getrennt. Fast jede Trennung ist ein Streitfall. In Deutschland wird der Aufenthalt des Kindes im Gesetz durch das Umgangsrecht geregelt. Dieses Umgangsrecht wird oft im Kleinkindalter festgelegt.

Wenn für Jugendliche die festgelegten Umgangszeiten nicht mehr zu den Lebensumständen passen, dann kann es im eigenen Interesse des Jugendlichen sein, diese Umgangszeiten ändern zu wollen. Umgangszeiten sind oft mit Unterhaltszahlungen verbunden und stellen ein erhebliches Konfliktpotential dar.

Jugendliche aus Trennungsfamilien sind in der Regel erfahren mit Konflikten der Eltern und müssen eine Veränderung der Umgangsregeln sehr sorgfältig abwägen. Dafür brauchen Jugendliche Informationen über ihre Möglichkeiten zur Veränderung ihrer Lebenssituation, die Perspektiven in der Umsetzung und die Konsequenzen ihrer Entscheidungen.

Das Jugendamt Braunschweig hat in diesem Zusammenhang als betreuende Institution eine besondere Verantwortung, da das Braunschweiger Jugendamt durch die Fähigkeit zu eigenständigen Rechtsauslegungen und eigener „Urteile“ in der Lage ist, Situationen für Jugendliche zu verändern, ohne ein Familiengericht bemühen zu müssen.

Frage 1.
Zur Wahrnehmung ihrer Rechte brauchen Jugendliche, ihrem Alter angemessen, einen eigenständigen und umfassenden Zugang zu den Informationen der Abteilungen des Jugendamt Braunschweig, die ihre Familie betreuen: die „Abteilung Allgemeiner Sozialer Dienst“ und ggf. die Abteilung „Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften“. Wie ist dieser Zugang im Jugendamt Braunschweig gewährleistet?

Frage 2.
Um den Willen eigenständig äußern zu können, brauchen Jugendliche die Kenntnis darüber, dass sie Rechte haben. Wie klärt das Jugendamt Braunschweig Jugendlichen aus betreuten Familien und Jugendliche in direkter Betreuung über ihre Rechte auf?

Die Kinderrechte der Vereinten Nationen (VN), insbesondere die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) von 1989, legen besonderen Wert auf die Mitspracherechte von Kindern. Diese Rechte gelten auch in Deutschland, da die Konvention von der Bundesrepublik ratifiziert wurde.

Artikel 13: Recht auf freie Meinungsäußerung und Information

• Kinder haben das Recht, ihre Meinungen frei zu äußern, Informationen zu erhalten und weiterzugeben.

• Dieses Recht umfasst die Möglichkeit, eigene Perspektiven zu formulieren und sich Gehör zu verschaffen, **zum Beispiel in familienrechtlichen Verfahren** oder politischen Entscheidungsprozessen.

Artikel 5: Achtung der wachsenden Fähigkeiten

• Die Rolle der Eltern oder anderer Verantwortlicher besteht darin, das Kind zu begleiten und zu unterstützen, damit es seine Rechte ausüben kann.

• Gleichzeitig wird anerkannt, dass **Kinder mit zunehmendem Alter und Reifegrad eigenständig Entscheidungen treffen können**.

Kinderrechte in spezifischen Lebensbereichen

Familie

• Kinder haben das Recht, bei Entscheidungen innerhalb der Familie, wie Umzug, Schulwahl oder **Umgangsregelungen, angehört zu werden**.

• Insbesondere bei rechtlichen Verfahren (z. B. Scheidung der Eltern) hat ein Kind das Recht, eine eigene Meinung zu äußern.

Das Umgangsrecht in Deutschland ist im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) geregelt, insbesondere in den §§ 1684 ff. Dabei hat ein 14-jähriges Kind bestimmte Rechte, die im Umgangsrecht berücksichtigt werden müssen.

Hier sind die zentralen Punkte:

1. Recht auf Umgang mit beiden Elternteilen

Gemäß § 1684 Abs. 1 BGB hat ein Kind das Recht auf Umgang mit beiden Elternteilen, und beide Elternteile sind verpflichtet, den Umgang zu ermöglichen und zu fördern.

2. Berücksichtigung des Kindeswillens

Ab einem Alter von 14 Jahren spielt der Wille des Kindes eine größere Rolle:

• Gerichtliche Anhörung: Nach § 159 FamFG (Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit) muss das Familiengericht das Kind in der Regel persönlich anhören. Das bedeutet, dass ein 14-jähriges Kind vor Gericht angehört wird, wenn es um die Regelung des Umgangsrechts geht.

• Einschätzung der Reife: Der Wille eines 14-jährigen Kindes wird ernst genommen, da davon ausgegangen wird, dass es seine Wünsche und Vorstellungen klar äußern kann. Das Gericht wägt allerdings ab, ob der Wille des Kindes tatsächlich seinem Wohl entspricht.

3. Mitspracherecht bei der Regelung des Umgangs

Das Kind kann selbst äußern, wie es den Umgang gestalten möchte, z. B. wie häufig, wie lange und unter welchen Umständen es den Umgang mit einem Elternteil wünscht. Diese Wünsche werden bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt.

Absender:
CDU-Fraktion im Rat der Stadt

24-24872
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Umsetzung der Cannabis-Freigabe - Vorbereitung auf Kontrollen

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	04.12.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)	17.12.2024	Ö

Sachverhalt:
Mit der Einführung des Gesetzes zur kontrollierten Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken (Konsumcannabisgesetz, kurz KCanG) hat die inzwischen gescheiterte Ampelregierung die bisherige deutsche Drogenpolitik massiv verändert – Kritik daran gab es von allen Seiten.

Ziel des neuen Gesetzes soll unter anderem ein besserer Jugendschutz sein. Dieser soll erreicht werden, indem festgelegt wurde, dass für Minderjährige Cannabis verboten bleibt, der Konsum in Sichtweite von Schulen oder Jugendeinrichtungen nicht erlaubt ist, Minderjährige keinen Zutritt zu Anbauvereinigungen erhalten und es eine Straftat ist, wenn man Cannabis an Minderjährige weitergibt.

Die niedersächsische Landesregierung hat nun am 15. Oktober dieses Jahres den Entwurf einer Änderungsverordnung der Zuständigkeitsverordnung Ordnungswidrigkeiten (ZustVO-OWi) zur Umsetzung des KCanG zur Verbandsbeteiligung freigegeben. Der Entwurf sieht vor, dass Verstöße gegen die §§ 2 bis 10 KCanG von den Kommunen zu ahnden sind. Mithin wären die Kommunen zum Beispiel mit ihren kommunalen Ordnungsdiensten zuständig für die Überwachung der neu geschaffenen gesetzlichen Regelungen des KCanG und der Ahndung von Verstößen.

Sollte die Zuständigkeitsverordnung also in Kraft treten, müsste unser Zentraler Ordnungsdienst – in Abstimmung mit weiteren Akteuren wie der Polizei, dem Zoll und der Landwirtschaftskammer – der geforderten Überwachung nachkommen. Dies knüpft an das von uns geforderte und mit Änderungsantrag zur Waffenverbotszone (DS.-Nr. 24-24122-01) im Rat beschlossene Konzept für eine Stärkung des ZOD.

Wenn mal also auf die Gesetzeseinführung des KCanG und die derzeitige Regellosigkeit bei der Zuständigkeit aufgrund der noch nicht in Kraft getretenen ZustVO-OWi blickt, stellen sich Fragen hinsichtlich nötiger Kontrollen und Vorbereitungen.

<u>Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:</u>

1. Welche Zuständigkeit innerhalb der Stadtverwaltung besteht für die Kontrollen der gesetzlichen Verbots- und Ordnungswidrigkeiten-Regelungen des KCanG?

2. Wie kontrolliert die Stadtverwaltung aktuell die bereits in Kraft getretenen gesetzlichen Verbots- und Ordnungswidrigkeiten-Regelungen des KCanG?

3. Wie will die Stadtverwaltung die Einhaltung des Jugendschutzes speziell auf der Braunschweiger Partymeile kontrollieren?

Anlagen: keine

Absender:
Fraktion BIBS im Rat der Stadt

24-24869
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Jugendzentrum B58: Mögliche Alternativen zum Neubau

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	04.12.2024

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)	17.12.2024	Ö

Sachverhalt:
Angesichts der drohenden Verschiebung des Neubaus des Kinder- und Jugendzentrums B58 auf nach 2030 wurde in der Sitzung des Bezirksrats 330 vom 22.08.2024, die im B58 stattfand, nachgefragt, ob die Stadt nicht das Nachbargrundstück (die ehemalige Fliesenhalle) nochmals auf seine Eignung (durch einen kosten- und klimaschonenden Umbau bzw. eine Sanierung) für die Beherbergung des zukünftigen B58 prüfen könnte. Die Verwaltung hatte damals eine erneute Prüfung als mögliche Alternative zu einem Neubau zugesagt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie ist das Ergebnis dieser Prüfung?

2. Sollte die Prüfung positiv ausgefallen sein, mit welchen Kosten würde die Verwaltung im Vergleich zu den bisher kalkulierten finanziellen Mitteln für einen Neubau rechnen?

3. Sollte eine Verlegung des Standorts des zukünftigen Jugendzentrums auf das genannte Nachbargrundstück möglich sein, welche Alternativnutzungen des aktuellen Gebäudes könnte sich die Verwaltung nach einer möglichen vollständigen Sanierung vorstellen (z.B. als neuen Standort für die städtische Musikschule?)?

Wir bitten um einen Sachstandsbericht.

Anlagen:
keine